This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ling. III. 6. 95

Der Arbeiterfreund.

Zeitschrift für die Arbeiterfrage.

Organ

des

Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Herausgegeben

von

Professor Dr. Viktor Böhmert in Dresden.

XXXVII. Jahrgang. Erstes Vierteljahrsheft.

Berlin
Verlag von Bernhard Simion.
1899.

Zw 206

Der Arbeiterfreund.

Zeitschrift für die Arbeiterfrage.

Organ

des

Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Herausgegeben

von

Professor Dr. **Viktor Böhmert** in Dresden.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Berlin.

Verlag von Leonhard Simion.

1899.

VIII 206

SIEGEL DER STADT DÜSSELDORF

Der Arbeiterfreund.

Zeitschrift für die Arbeiterfrage.

Organ

des

Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Herausgegeben

von

Professor Dr. **Viktor Böhmert** in Dresden.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Berlin.

Verlag von Leonhard Simion.

1899.

STANFORD U I ITY
LIB
STACKS
1978

Publ.
2

HD4802
A7
V.37
1899

Inhaltsverzeichnis

des

Jahrgangs XXXVII. des „Arbeiterfreund".

Abhandlungen.

Seite

Der Entwurf eines Reichsgesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen. Von Dr. A. Emminghaus in Gotha 1
Volkswirtschaftliche Entwicklung und Arbeiterfürsorge im Königreich Sachsen von 1873—1898. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 11
Das Pariser Museum für Arbeiterwohlfahrt und Volkswirtschaft noch einmal 27
Ein Arbeiterjubiläum nach 60jähriger Dienstzeit. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 29
Der bayerische Eisenbahnerverband. Von de Terra 34
Zum hundertsten Geburtstage unseres Präsidenten Lette 123
Ein deutscher Edelmann und Landwirt wie er sein soll. Zum Andenken an Graf Armin zur Lippe-Weißenfeld auf Oberschönfeld in Schlesien. Von Dr. A. Emminghaus 127
Die Beschäftigung von Arbeitslosen als gemeinnützige und kommunale Aufgabe. Von Prof. Dr. Viktor Böhmert 141
Die Schreibstube für Arbeitslose in Basel 145
Unterstützung durch Arbeit seitens der Armenverwaltung Colmar i. E. Von Rud. Schwander in Straßburg 147
Die Arbeit an Strafentlassenen in den Freistaaten von Nordamerika. Von R. A. Reiß in New-York 158
Die Hauptaufgaben der Gewerbeinspektionen, mit besonderer Beziehung auf die neuesten Jahresberichte der sächsischen Gewerbeinspektoren. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 166
Deutsche Arbeitsstätten in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter.
1. Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof in Bayern 186
2. Die Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffbeck bei Hamburg 190
3. Die Maschinenfabrik von Heinrich Lanz in Mannheim 194
Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 245. 379

Seite

Sociale Museen. Von Bibliothekar P. Schmidt 268
Vier neuere deutsche Fälle von Gewinnbeteiligung der Arbeiter.
1. Siemens & Halske, Berlin 291
2. J. Zuber & Co., Papierfabriken, Rixheim (Elsaß) 292
3. Scheurer, Lauth & Co. (früher Scheurer, Rott & Co.), Textildruckerei in Thann (Elsaß) 293
4. Max Roesler, Feinsteinfabrik in Rodach (Thüringen) 295
Die Einweihung des Schulze-Delitzsch-Denkmals in Berlin. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 297
Die Wohlfahrtseinrichtungen der großen französischen Eisenbahngesellschaften. Von Leopold Katscher 303
Zur Erinnerung an Valentin Weisbach. † 23. Oktober 1899 369
Zur Erinnerung an Adolf Gumprecht. † am 23. Dezember 1899 373
Die Ehrentafel deutscher Arbeiterfreunde im Jahre 1899. Von Bibliothekar P. Schmidt 405
Die gesetzlichen und freiwilligen Zuwendungen von Arbeitgebern für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter. Von Prof. Dr. Victor Böhmert 410
Die gesetzlichen und freiwilligen Wohlfahrts-Einrichtungen der Chemischen Fabrik von Heyden, A.-G., Radebeul-Dresden 413

Handfertigkeit und Hausfleiß.

Der XV. Kongreß des deutschen Vereins für Knaben-Handarbeit 422
Hausfleißvereine 427

Materialien für praktische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Kasse für Arbeitslose der Maschinenfabrik von Heinrich Lanz in Mannheim . 198

Litteratur über die Arbeiterfrage.

Recensionen:

Die Gewinnbeteiligungslitteratur der letzten drei Jahre (1896, 1897, 1898). Von Leopold Katscher 36
1. Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie von Ed. Bernstein. V. Böhmert 201
2. How the English Workman lives. By a German Coal Miner (Ernst Dückershoff). t. 204
Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. — Kalender und Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1900. — Breslauer Statistik. Peter Schmidt 321

Bibliographie nach Materien geordnet:

1898.

III. Handwerkerfrage. — Innungswesen. — Lehrlingsfrage. — Fachschulen 44
IV. Frauenfrage (auch Arbeiterinnenfrage enthaltend) 53

Seite

V. Arbeiterversicherungswesen. — Haftpflicht. — Unfallstatistik. — Berufskrankheiten. — Samariterdienst 56
VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte 66
VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen 71
VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonien und Naturalverpflegungsstationen 73
IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen 75
X. Lebenshaltung der Arbeiter. (Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung. — Wohnung.) 79
XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken 83
XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur 84

1899.

I. Sociale Frage und Arbeiterfrage im allgemeinen 430
II. Fabrikwesen. — Kinderarbeit. — Arbeiterschutz. — Arbeitszeit. — Sonntagsfrage 438
III. Gewerbe- und Handwerkerfrage. — Innungs- und Vereinswesen. — Lehrlings- und gewerbliche Bildungsfrage 447
IV. Frauenfrage (auch Arbeiterinnenfrage enthaltend) 452
V. Arbeiter- und Volksversicherung, Volksheilstätten. — Haftpflicht. — Unfallverhütung und Unfallstatistik. — Berufskrankheiten. — Samariterdienst 455
VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte 462
VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen 466
VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonien und Naturalverpflegungsstationen 468
IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen 471
X. Lebenshaltung der Arbeiter. (Wohnung. — Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung.) 473
XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken 476
XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur 477

Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-sociale Umschau. (Januar bis März) 86
Aus den socialwirtschaftlichen Beobachtungsstationen. Die Großherzoglich Badische Fabrikinspektion und ihr Jahresbericht 99
Wirtschaftlich-sociale Umschau. (April bis Juni) 207

Seite

Rückblick auf 1898. Viktor Böhmert 479
Wirtschaftlich-sociale Umschau. (Juli bis September) 326

Berichte und Notizen:

Wirtschaftliches 94 211 329 481
Sociales 102 215 335 484
Arbeiterfrage 105 224 349 494
Totenschau 107 230 351 498
Ehrentafel 109 232 352 499

Innere Angelegenheiten des Centralvereins.

Neue Mitglieder seit 1. Januar 1899 120
Sitzungsprotokolle:
Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 27. Oktober 1899 518
Ordentliche Hauptversammlung der Mitglieder am 8. Dezember 1899 . . 520
Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 8. Dezember 1899 527
Verzeichnis der Mitglieder im Vereinsjahre 1899 530
Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses für das Geschäftsjahr 1900 557

Sachregister für den XXXVI. Jahrgang 559
Personen-Namen-Register 565
Litteratur-Register 569

I. Abhandlungen.

Der Entwurf eines Reichsgesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen.

Von Dr. A. Emminghaus in Gotha.

Seit alter Zeit ist die Meinung darüber geteilt, ob erwachsene Menschen Einsicht in ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten sicherer gewinnen, wenn man sie durch Schaden klug werden läßt, oder wenn man es ihnen auf alle Weise erleichtert, die rechte Wahl zu treffen, den rechten Weg zu finden. Soviel ist gewiß, daß es Zeiten gegeben hat, wo die Wegweiser-Politik den Gesetzgebern weniger geläufig war, als heutzutage, und wo es den Leuten nicht geschadet hat, daß sie sich in ihren eigensten Angelegenheiten ohne unabläßig begleitende amtliche Fingerzeige zurechtfinden mußten. Aber, — um, was wir meinen, durch einen weiteren Vergleich deutlich zu machen: es hat auch Zeiten gegeben, wo auch ein Provinziale in Berlin selbst in den verkehrsreichsten Stunden an der Ecke der Friedrichs- und Leipziger Straße nicht nach dem Schutzmann auszuschauen brauchte, um ungefährdet hinüber zu kommen, und heutzutage erscheint an solchen Stellen auch dem geriebensten Berliner der Schutzmann doch mindestens wie ein Leuchtturm in der Brandung.

Die Lebensverhältnisse sind seit einigen Menschenaltern verwickelter, undurchsichtiger geworden, als sie früher waren, und die Menschen behalten in dem ewigen Hasten und Jagen nach ihren verschiedenen Zielen nicht mehr die Muße, über jeden einzelnen Schritt, der zu thun ist, erst ruhig nachzudenken. Zudem hat die Reklame mächtig an Einfluß gewonnen. Dieser Einfluß kommt faulen Früchten des Marktes ebenso zu gute, wie gesunden. Solche Erscheinungen rechtfertigen es vielleicht nicht, entschuldigen es aber, daß was wir oben Wegweiser-Politik nannten und was eigentlich in der That noch viel mehr ist, nämlich Führer- und Träger-Politik, heutzutage in einem großen Teile von Europa die Gesetzgebung beherrscht.

Wir sind noch heute nicht davon überzeugt, daß das Konzessions- und Aufsichts-System dem Privatversicherungswesen gegenüber das rechte Mittel ist, dem Versicherer Mißwirtschaft unmöglich zu machen und den Versicherungsnehmer vor den Folgen von Mißwirtschaft zu behüten. Und wenn das Mittel zweckmäßig wäre, so erschiene es uns noch fragwürdiger, ob der Zweck die Mühe lohne. Auch stützt uns die englische Erfahrung in unserm Bedenken. Denn wo gediehe das Versicherungswesen besser, als auf englischem Boden? Und die englische Versicherungsgesetzgebung huldigt wie keine andere dem laisser faire.

Aber das ist ja nicht zu leugnen, daß einem unter polizeilicher Fürsorge aufgewachsenen Volke wie dem deutschen gegenüber, namentlich unter Zeitverhältnissen wie den oben angedeuteten, die Versuchung für wohlwollende und machtfreudige Gesetzgeber recht groß ist, unter dem Motto: „Schutz den Schwachen" eine Gesetzgebung einzuleiten, die alle möglichen Mittel ergreift, Versicherungsmißwirtschaft zu verhüten und wenn sie doch noch Platz greifen sollte, ihre schädlichen Folgen abzuschwächen. Denn gerade da, wo der Mensch, den besten wirtschaftlichen Instinkten folgend, mit Preisgabe gegenwärtiger Genüsse, für die Zukunft, die eigene oder die Anderer, sorgt, ist es besonders schmerzlich, ihn durch Schaden klug werden lassen zu müssen; er wird dann vielleicht klug, aber — arm.

Von diesem Gesichtspunkte aus mag man es begrüßen, daß endlich im deutschen Reiche das Privat-Versicherungswesen zum Gegenstand eines lange erwarteten Gesetzes gemacht wird, und darf man sich nicht wundern, daß hier der Grundsatz: „den Schwachen Schutz" die ausgedehnteste Anwendung finden soll. Aber auch von einem anderen Standpunkte aus muß man diese Erscheinung willkommen heißen. Sie bedeutet die endliche Erfüllung eines Versprechens der Reichsverfassung (Art. 4. No. 1.) und sie behütet uns vor einer schon drohenden Buntscheckigkeit partikularrechtlicher Regelung des Gegenstandes. Und, wie man über die politische Auffassung, von der er ausgeht, auch denken mag, — der jüngst veröffentlichte Entwurf eines Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen ist eine überaus sorgfältig überlegte, viele Klippen mit großer Gewandtheit umsegelnde, durchaus klare und staatsmännische gesetzgeberische Arbeit — die beste ihresgleichen, die uns aus neuerer Zeit bekannt geworden ist.

Der Entwurf zerfällt in neun Abschnitte. Der erste enthält Einleitungs-, der letzte Schluß-, der vorletzte Strafvorschriften. Der

zweite behandelt die Bedingungen der Zulassung zum Geschäftsbetriebe, der dritte regelt das öffentliche Recht der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit; der vierte enthält allgemeine Vorschriften über die Geschäftsführung und Rechnungslegung und besondere über die Prämienreserve bei der Lebensversicherung. Im fünften Abschnitte werden die Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörden und wird die Verfassung und das Verfahren dieser Behörden festgelegt. Der sechste Abschnitt beschäftigt sich mit den Rechtsverhältnissen der ausländischen Versicherungsanstalten; der siebente regelt die Anwendbarkeit des Gesetzes auf die bei Inkrafttreten des letzteren zum Geschäftsbetriebe zugelassenen Anstalten. Sechsundsechzig Druckseiten Großquart „Erläuterungen", welche in einen allgemeinen und einen besonderen Teil zerfallen und zum Verständnis des Entwurfes besonders wertvoll sind, schließen das Werk.

Die oben ausgesprochene Anerkennung des Entwurfes soll und kann eine uneingeschränkte nicht sein, ganz abgesehen davon, daß sie die Richtigkeit der leitenden Grundsätze voraussetzt, aber nicht zugiebt.

Die Hauptmängel des Entwurfes schränken auch die Wirksamkeit der Bestimmungen als Schutzwehr für die Schwachen ein. Denn die Gunst, welche der Entwurf den öffentlich-rechtlichen Versicherungs-Instituten erweist, kommt den Schwachen, den Unbemittelten und voraussichtlich Geschäfts-Unkundigen, nicht zu gute. Sie leiden unter den Monopolen und Privilegien jener Institute ganz entschieden, wenn auch z. B. die mangelhafte Gefahren-Klassifikation und Tarifierung der öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten allerdings meist wohlhabende Versicherungsnehmer stärker schädigt, als unbemittelte. Beseitigen konnte ja ein Aufsichtsgesetz jene Institute nicht; aber ihre Mitunterstellung unter Reichsaufsicht hätte ihre Praxis wenigstens in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, und eine Bestimmung, welche der Neuerrichtung solcher Institute gewisse Grenzen gezogen hätte, hätte eben auch der immer preisverteuernden Monopol- und Privilegienwirtschaft Grenzen gesteckt.

Ferner: wenn die landesgesetzlichen Vorschriften über die polizeiliche Ueberwachung des Abschlusses von Feuerversicherungsverträgen und der Auszahlung von Brandentschädigungen von dem Reichsaufsichtsgesetze gänzlich unberührt bleiben, so ist dies ein Grund großer und gerechtfertigter Unzufriedenheit der deutschen Privatfeuerversicherung mit dem Entwurfe. Denn die Beseitigung jener kleinlichen und unnützen Schikanen, denen dieser Versicherungszweig im deutschen Reiche

in der mannigfaltigsten Weise ausgesetzt wird — das war es, was er vor Allem von einer einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung erhoffte und erhoffen durfte. Ihm hat der Entwurf eine schmerzliche Enttäuschung bereitet. Er, dessen Vertreter das Bedürfnis einheitlicher gesetzlicher Regelung stets am entschiedensten betonten, sieht sich, wenn der Entwurf Gesetz wird, um seine schönsten Hoffnungen betrogen. Und was die Kundschaft der Privat-Feuerversicherung anbelangt, so leiden unter den Geschäftserschwerungen im Gefolge der sogenannten Präventiv-Kontrolle selbstverständlich alle Kunden, zumeist aber die kleinen, denen die unnütze Erhöhung der Geschäftsunkosten — eine unausbleibliche Folge polizeilicher Mitwirkung — empfindlicher sein muß, als den anderen.

Wenn aber endlich der Entwurf auch der thatsächlich geübten mehrfachen Besteuerung des Versicherungsgeschäftes in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten keinen Einhalt thut, — viele Versicherungsscheine werden z. B. gleichzeitig mit Stempeln dreier verschiedener Bundesstaaten, des Ausstellungsstaates, des Staates, wo der Versicherungsnehmer staatsangehörig ist, und desjenigen, wo er sich aufhält, belastet — so kann man diese Unterlassung abermals nicht als einen Ausfluß der Tendenz: „den Schwachen Schutz" bezeichnen. Es ist ja ganz erklärlich, daß diese Unterlassung unter Berufung auf die Steuerhoheit der Bundesstaaten zu rechtfertigen gesucht wird. Aber warum verzichtete man auf solche Berufung, da man das Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 erließ?

Die hier gerügten drei großen Mängel des Entwurfes lassen deutlich erkennen, daß er ein Kompromißwerk ist.

Und es fragt sich nun: soll man den Entwurf mit diesen Spuren eines aus mühsamen Verhandlungen hervorgegangenen Kompromisses begrüßen und ihn trotz ihrer als ein Reformwerk betrachten, oder soll man wegen jener Spuren, die zugleich wesentliche Mängel darstellen, wünschen, daß er zu dem seit Jahren aufgespeicherten schätzbaren Material der gleichen Kategorie geworfen werde?

Wie diese Frage zu beantworten sei, wäre nur zweifelhaft, wenn als Folge der letzteren Wahl etwa allgemeine Geltendmachung der englischen Auffassung von der Aufgabe des Staates gegenüber dem Privatversicherungswesen bei uns zu erwarten wäre. Nichts aber wäre weniger zu erwarten. Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Entwurfes hat die K. Württembergische Regierung — recht bundesfreundlich! — eine Verordnung, betr. die Beaufsichtigung der Privat-

versicherungs-Anstalten, erlassen, die einen deutlichen Fingerzeig giebt, was die in Deutschland arbeitenden Versicherungsanstalten zu gewärtigen hätten, wenn auch dieser Entwurf wieder zum alten Eisen wandern würde — nichts, als eine wahre Zwickmühle von Partikular-Gesetzen und Verordnungen, die eine immer schlimmer, als die anderen.

Deshalb, aber auch um seiner unverkennbaren großen Vorzüge willen, ist der Entwurf dankbar zu begrüßen und ihm, wenn möglich mit einigen zu seiner Verbesserung nötigen Abänderungen, Gesetzeskraft zu wünschen — namentlich auch im Sinne der wirtschaftlich und hingesehn auf die Geschäftskunde schwächeren Interessenten des Privatversicherungswesens.

Aehnlich wie beim Steuerwesen bringen auch in den verschiedenen Versicherungszweigen die kleinen Beiträge die großen Summen. Neben den großen Versicherungsanstalten für die verschiedenen Zweige der Lebens- und der Schadensversicherung bestehen in Deutschland zahllose örtliche Sterbekassen, Versicherungs-Vereine u. s. w. der mannigfaltigsten Art. Haben jene Anstalten Millionen von kleinen Leuten unter ihrer Kundschaft, so sind diese örtlichen Institute im wesentlichen durch und für kleine Leute geschaffen. Der kleine Mann wird jetzt von Versicherungsvermittlern aller Art unausgesetzt umworben, sei es, daß es sich um Lebens- oder die sogen. Volks- oder Arbeiter-Versicherung, oder um Feuer-, auf dem Lande auch um Hagel- oder Vieh-Versicherung, handelt. Das wäre ja gut und erfreulich; es ist gewiß eine hocherfreuliche Erscheinung, daß in Großbritannien eine einzige Lebensversicherungs-Gesellschaft (die „Prudential") im „industrial branch" jetzt schon einen Bestand von gegen 13 bis 14 Millionen Policen (!) je über etwa 100 Mark zu verzeichnen hat, und daß auch in Deutschland die sogenannte Volks- oder Arbeiter-Versicherung, insoweit sie von großen Gesellschaften betrieben wird, in wenigen Jahren bis zu einem Bestande von gegen vierhundert Millionen Mark (Versicherungssumme) gediehen ist. Aber zu leugnen ist es doch nicht, daß beim Werben um die Kundschaft der kleinen Leute nicht jene den Sieg davon tragen, welche die beste Sache vertreten, sondern jene, welche am besten das Vertrauen der kleinen Leute — mit welchen Mitteln auch immer — zu erwerben wissen und welche am zudringlichsten sind. Und zur Genüge bekannt ist, daß unter den zahllosen in der Form von Versicherungsvereinen bestehenden Hülfskassen sehr viele jeder rationellen und die Absicht der Interessenten sichernden Einrichtung entbehren. Der Zusammenbruch einer großen Versicherungs-Gesellschaft, bei der Millionen von

Ersparnissen kleiner Leute angelegt sind, oder die zu kostspielige Verwaltung oder die zu geringfügigen Leistungen, oder die zu harten Versicherungsbedingungen solcher Gesellschaften, ferner die danaidenfaßähnlichen Einrichtungen der kleinen Hülfskassen und Versicherungs-Vereine — alles das kann die Existenz eines großen Teiles der Bevölkerung aufs Schwerste gefährden und aufs Tiefste schädigen. Und die Prüfung der Güte der teils aufgedrungenen, teils aus eigener Entschließung oder Nachahmungstrieb oder Standesgefühl einzugehenden Versicherungsgeschäfte ist gerade diesem Teile der Bevölkerung sehr schwer, wenn nicht ganz unmöglich.

Wird solchen Uebelständen und Gefahren ein Gesetz, wie es im Entwurf vorliegt, mit einiger Sicherheit abhelfen und vorbeugen können?

Sicherlich nicht vollkommen; aber, wenn ernst und verständnisvoll gehandhabt, ebenso gewiß doch zum guten Teile.

Es wäre kühn, zu behaupten, daß, wenn der vorliegende Entwurf Gesetz werde, nun keine Mißwirtschaft, kein Zusammenbruch einer größeren Versicherungsgesellschaft, niemals mehr irrationales Gebahren kleiner Sterbekassen und lokaler Versicherungsvereine möglich wäre. Selbst die sachkundigste Leitung der Aufsichtsämter wird dergleichen nie ganz verhüten können. Aber die folgenden im Entwurfe zum Ausdruck kommenden gesetzlichen Vorschriften und Maßregeln können doch in der That dazu beitragen, unser gesamtes privates Versicherungswesen, unbeschadet seiner Entwickelung, seinem allgemeinen wirtschaftlichen Zwecke entsprechender zu gestalten, und solchen Personen, welche eines kritischen Einblicks in das Versicherungswesen nicht fähig sind, Beruhigung zu verschaffen, wenn sie Kunden der einen oder anderen der sich darbietenden Versicherungsanstalten werden wollen.

Der Entwurf unterscheidet zwischen inländischen und ausländischen Versicherungsanstalten und, die ersteren anlangend, zwischen solchen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten erstreckt, und solchen, deren inländischer Geschäftsbetrieb auf einen Bundesstaat beschränkt ist. Im wesentlichen müssen auch die letzteren ihre Einrichtungen und ihren Betrieb nach den Vorschriften, die für die anderen gelten sollen, einrichten; aber die Erlaubnis ihnen zu erteilen und sie zu beaufsichtigen haben in der Regel die zuständigen Landesbehörden, während der Reichs-Erlaubnis und -Aufsicht die inländischen größeren und die ausländischen Anstalten unterstellt sind. Die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe muß unabhängig von dem Nachweise eines Bedürfnisses, ohne Zeitbeschränkung und — anlangend die größeren An-

stalten — für das ganze Reichsgebiet erteilt werden, wenn die vorgeschriebenen Urkunden und Nachweisungen mit dem Antrage eingereicht werden, wenn die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen hiernach gewährleistet erscheint und gegen den Zweck und die Einrichtung des Unternehmens Bedenken vom Standpunkte des Gemeinwohls nicht zu erheben sind. Über den Antrag auf Zulassung entscheidet die Staatsbehörde nicht ohne Mitwirkung von Mitgliedern eines aus Sachverständigen gebildeten Beirates, welche ihr Amt als Ehrenamt verwalten.

Der Entwurf stellt die notwendigen Erfordernisse des Gesellschaftsvertrages und der Versicherungsbedingungen auf und bestimmt, daß die letzteren und — bei Unternehmungen auf Gegenseitigkeit — die Satzungen jeweils vor Abschluß des Vertrages dem Versicherungsnehmer gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen sind. Es ist dann die eigene Schuld der Versicherungsnehmer, wenn sie sich einer Versicherungsanstalt zuwenden, deren Einrichtungen und Bedingungen ihnen nachmals nicht zusagen. Für die Lebensversicherung im weitesten Sinne werden die notwendigen Bestandteile des der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Geschäftsplanes angegeben. Diese hat den Geschäftsplan zu prüfen und kann ihn genehmigen oder verwerfen. Ebenso unterstehen ihrer Prüfung alle Abänderungen. Der Entwurf enthält eine Kautel gegen willkürliche Verwerfung. Auch die Uebertragung des Versicherungsbestandes und der Aktiva und Passiva einer Versicherungsunternehmung auf die andere bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die nur aus denselben Gründen wie die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe überhaupt versagt werden darf.

Der III. Abschnitt des Entwurfs gehört zu seinen wertvollsten Teilen. Er hat die öffentlich-rechtliche Regelung der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zur Aufgabe. Die Gegenseitigkeit, eine Gesellschaftsform, die nur im Versicherungswesen angewendet wird und ausgebildet ist, hat ihre großen Vorteile, aber sie birgt auch große und ernste Gefahren in sich. Man kann behaupten, in Deutschland werde unter dieser Form das Versicherungsgeschäft in der solidesten und segensreichsten Weise betrieben; aber auch diejenigen Unternehmungen, die bewußt oder unbewußt den ärgsten Versicherungsschwindel treiben, segeln unter der Flagge der Gegenseitigkeit. Und diese Gesellschaftsform entbehrte bisher so gut wie ganz des gesetzlichen Rückgrates. Dieses versucht ihr der III. Abschnitt des Entwurfes zu geben und der Versuch scheint in besonderem Grade gelungen. Hier aber kommt

der Entwurf einem dringenden Bedürfnisse gerade des wirtschaftlich unmündigen Teiles der Bevölkerung entgegen. Denn diesem gerade ist die Gegenseitigkeit sympathisch und ihm gerade wird sie bei schlechter Struktur und mangelhafter Verwaltung der Unternehmungen höchst gefährlich, ja bisweilen verderblich. Die rechtlichen Bedingungen, unter denen allein künftig ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit soll bestehen können, klar und sicher festgestellt zu haben — das ist ein so hohes Verdienst des Entwurfes, daß man wohl sagen kann: durch diese That allein ist dem Versicherungswesen mehr gedient als durch alle anderen Teile des Entwurfes zusammengenommen. Sie könnten fallen; die Rettung des dritten Abschnittes allein bedeutete schon einen wichtigen Fortschritt in unserer Versicherungsgesetzgebung.

Im IV. Abschnitt sind, abgesehen von den vom Zwecke hergeleiteten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit — z. B. der Beschränkung des Grunderwerbs — und den Vorschriften über die, auch öffentliche, Rechnungslegung, besonders wichtig und im ganzen dem Gegenstande entsprechend die Bestimmungen über die Prämienreserve bei Lebensversicherungen — dies alles Bestimmungen, welche darauf abzielen, den Versicherungsnehmern möglichst sichere Garantieen für die Sicherheit ihrer Vermögensanlagen bei den und ihrer Ansprüche an die Versicherungsanstalten zu schaffen.

Die im V. Abschnitte festgelegten Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörde während des regelmäßigen Bestandes und bei drohender oder unvermeidlich gewordener Auflösung eines Versicherungsunternehmens sind umfassend und tief eingreifend. Man hat hier eben eine thatsächlich leistungsfähige, nicht nur Scheinaufsicht schaffen wollen. Aber man sieht, daß der Gesetzgeber auch ernstlich bestrebt ist, Privat-Versicherungsunternehmungen, die, sei es durch eigene Schuld, sei es unverschuldet, ins Schwanken geraten, möglichst vor dem Sturze zu bewahren, und namentlich die Versicherten vor Verlusten zu behüten, die unvermeidlich wären, wenn ihnen die Behörde nicht rechtzeitig die hülfreiche Hand böte und den Geschäftsbetrieb, wenn auch mit einstweiligen Opfern der Beteiligten, wieder in regelmäßige Bahnen zu leiten suchte.

Die Reichsaufsichtsbehörde soll „Kaiserliches Privatversicherungsamt" oder „Kaiserliches Aufsichtsamt für Privatversicherungswesen" heißen und ein ständiges Reichsamt sein. Unter ihm können besondere Kommissare mit der Ausübung der unmittelbaren Aufsicht über die der Reichsaufsicht unterstehenden Anstalten betraut werden. Ein aus

Sachverständigen des Versicherungswesens bestehender Beirat — Mitgliedzahl nicht bestimmt — soll das Amt bei Vorbereitung wichtigerer Beschlüsse gutachtlich beraten, aber auch bei einer ganzen Anzahl von Fragen (§ 71 Z. 1—6) mit beschließender Stimme mitwirken.

Die Kosten des Amts sollen bis zu annähernd drei Vierteilen durch von den beaufsichtigten Anstalten nach einem festzustellenden Maßstabe von den Bruttoprämieneinnahmen zu erhebende Gebühren beschafft werden.

Das Privatversicherungsamt hat jährlich Mitteilungen über den Stand der seiner Aufsicht unterliegenden Versicherungsanstalten, sowie über seine Wahrnehmungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu veröffentlichen.

Eine Neuerung von, wie uns bedünken will, sehr großer Bedeutung, ist die Einrichtung des Sachverständigenbeirates. Hiermit sichert sich die Aufsichtsbehörde vor den Gefahren der „Grünentisch"-Entscheidungen und davor, den Zusammenhang mit der Praxis des Versicherungswesens jemals zu verlieren. Zugleich aber giebt die Einrichtung tüchtigen und unbefangenen Praktikern die beste Gelegenheit, ein zu tiefes und gewaltsames oder gar unbilliges behördliches Eingreifen in die Privatthätigkeit rechtzeitig hintanzuhalten und der Behörde eine gewisse Volkstümlichkeit, Vertrauen und gerechte Beurteilung ihrer Handlungen zu sichern.

Die Verpflichtung der Behörde zur Veröffentlichung ihrer Wahrnehmungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens hat einen bewährten Vorgang in der Schweizer Gesetzgebung. Diese Veröffentlichungen könnten ein treffliches Mittel der Erziehung zu selbständigem Urteile in Versicherungsangelegenheiten, also ein Mittel werden, die Staatsaufsicht allmählich entbehrlich zu machen. Freilich ist die Handhabung dieses Mittels nicht leicht.

Der Versicherungsbeirat und die Verpflichtung der Behörde, mit der Öffentlichkeit in lebendige Beziehung zu treten — das sind zwei Momente, welche auch Gegner des Konzessions- und des Aufsichtsprinzips allenfalls mit diesem Gesetzentwurfe versöhnen können.

Der VI. Abschnitt regelt die Bedingungen, unter denen ausländische Anstalten zum Geschäftsbetrieb im Reiche zugelassen werden können, und die Grundsätze für ihre Beaufsichtigung. Jene Bedingungen und diese Grundsätze stellen im wesentlichen ausländische Gesellschaften nicht ungünstiger als einheimische.

Die Absicht des VII. Abschnittes geht auf eine möglichst un-

berührte Haltung des Geschäftsbetriebes von Versicherungsgesellschaften, welche zur Zeit des Erlasses des Gesetzes bereits im Inlande thätig sind, und eine Überleitung derjenigen dieser Gesellschaften und Vereine, welche der Reichsaufsicht zu unterwerfen sind, in diese Reichsaufsicht und ihre Anpassung an die gesetzlichen Bestimmungen hinaus. Für diese Anpassung sind ihnen teils bestimmte geräumige Fristen gesetzt, teils doch noch näher im Aufsichtswege festzustellende Fristen in Aussicht genommen. Über die Strafvorschriften des VIII. Abschnittes braucht näheres nicht ausgeführt zu werden.

Die Schlußbestimmungen (Abschnitt IX) geben dem Bundesrate die Befugnis zum Erlaß von Ausführungsvorschriften und die besonders wichtige Befugnis, bezüglich einzelner Versicherungszweige — namentlich die Transport- und Rückversicherung — die für diese schwer anwendbaren Gesetzesbestimmungen ganz oder teilweise außer Anwendung zu setzen. Hier finden wir auch die Bestimmung wegen Freilassung der öffentlichen Versicherungsanstalten von den Vorschriften des Gesetzes; hier endlich die sehr anfechtbare Aufrechterhaltung landespolizeilicher Befugnisse in betreff der Feuerversicherung.

Wenn wir uns den Gesetzentwurf zum Gesetz geworden denken und uns eine Vorstellung von der Wirksamkeit dieses Gesetzes machen, so werden uns als solche, denen es nützen soll und kann, immer nicht die begünstigten oberen Zehntausend, sondern die Millionen vor Augen stehen, welche die breiteste Bevölkerungsschicht bilden — jene thätigen und einsichtigen Vorsteher kleiner Haushaltungen, welche einen Anteil an den Segnungen der Versicherung anstreben, aber weder Zeit noch Kunde genug haben, um mit Sicherheit wählen zu können, welche Versicherungsgelegenheit sie benutzen sollen, noch in der Lage sind, da gerade wohlerworbenes Gut ohne schmerzliche Entbehrung zu verlieren, wo sie auf materielle Sicherung der Zukunft bedacht waren.

Und ihnen gerade wird das Gesetz einen großen und wichtigen Dienst erweisen.

Wenn dasselbe nicht den Fortschritt von der Staatshülfe zur Selbsthülfe bedeutet, so bedeutet es doch den von der unwirksamen zur hoffentlich wirksamen, von der buntscheckigen und vielfach verwirrenden zur einheitlichen und einheitlich geregelten Staatshülfe. Vielleicht aber bereitet es auch jenen größeren Fortschritt vor, so daß dieser seiner Zeit von einer weniger ängstlichen Generation, als der heutigen, getrost gemacht werden kann.

Volkswirtschaftliche Entwicklung und Arbeiterfürsorge

im Königreich Sachsen von 1873—1898.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

Der 29. Oktober 1898 war der Abschluß einer 25jährigen Regierungszeit des Königs Albert von Sachsen, der sechs Monate vorher, am 23. April 1898, seinen 70. Geburtstag mit seinem Volke festlich begangen hatte. Es sind zur Feier dieser beiden Jubiläen bis jetzt drei größere Werke mit beachtenswerten Rückblicken auf die Entwicklung des Königreichs Sachsen in den Jahren 1873—1898 erschienen.

Das erste Werk unter dem Titel „Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen" von dem Direktor des Königlichen Haupt-Staatsarchivs, Geh. Regierungsrat Dr. Paul Hassel behandelt in dem bis jetzt herausgekommenen ersten Teil die Jugendzeit des Königs. Der Verfasser stellt sich die hochwichtige Aufgabe, die persönlichen Erlebnisse und politischen Ereignisse, deren Zeuge König Albert gewesen ist, ausführlich zu schildern. Alle die großen Begebenheiten, die Deutschland zuerst erschüttert, dann erhoben haben, wirkten auf seine Geschicke ein und gaben ihm den Antrieb zu Entschlüssen und Thaten. In der heutigen Generation der deutschen Fürstenschaft ist König Albert der einzige, der in dem Augenblick der ersten Sammlung und Erstarkung des deutschen Volksgeistes 1848 für die Befreiung Schleswig-Holsteins das Schwert geführt hat. Er gehört ferner auch zu den wenigen noch lebenden Mitgliedern der deutschen Fürstenschaft, die dem Reichsverweser ihre Huldigung darbrachten. Unwillkürlich denkt man dabei an die Anwesenheit des späteren Kronprinzen von Sachsen bei der Proklamation des deutschen Kaiserreichs in Versailles, nachdem er in dem nationalen Kampfe mit Frankreich 1870 und 1871 tapfer und treu für die Verteidigung deutschen Rechtes und deutscher Ehre eingetreten war und sich als siegreicher Feldherr auf den Schlacht-

feldern in Frankreich bewährt hatte. „Welche Fülle weltgeschichtlicher Ereignisse hatte sich vollziehen müssen, bis nach 22 Jahren des Hoffens und Harrens, der Kämpfe und der Versöhnungen die deutsche Einheitsbewegung ihr Ziel erreichte!“ Seit der Begründung des Deutschen Reichs in Versailles ist Prinz Albert sowohl als deutscher Feldmarschall wie auch als König vom Jahre 1873 an mit Kaiser Wilhelm I. und dessen Nachfolgern in aufrichtiger Freundschaft verbunden und unablässig bemüht gewesen, mit Rat und That, wo immer er zu wirken vermochte, in allen Fragen der auswärtigen Politik, der Wehrmacht, der gesetzlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des nationalen Verbandes die Eintracht der Fürsten und Stämme Deutschlands zu befestigen und zu fördern. Unter der Gunst der Vorsehung war es ihm dann vergönnt, als Herrscher Sachsens den produktiven Lebenskräften seines Landes nach allen Seiten des industriellen und gewerblichen Schaffens wie der wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen eine Entfaltung zu erschließen, die in Gegenwart und Zukunft den schönsten Ruhmestitel seiner Regierung bildet. Weniger bekannt als die militärischen und politischen Leistungen des Königs Albert sind die hohen Aufgaben, welche an ihn auch auf dem gewerblichen und socialen Gebiete schon im 20. Lebensjahre in der Bewegungszeit von 1848 herantraten. Der Rückschlag der revolutionären Bewegung von 1848 zeigte sich auf dem socialen Gebiete von seiner gefährlichsten Seite. Die arbeitenden Klassen hatten im Jahre 1848 in dem schon damals industriell hochentwickelten Sachsen unter einem thatsächlich vorhandenen Notstande zu leiden. Der Außenhandel stockte; der mehr als geringfügige Verkehr auf der Leipziger Ostermesse von 1848 hatte den industriellen Unternehmern die schwersten Verluste gebracht. Schon im Frühjahr war die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter im Voigtlande auf mehrere Tausend angewachsen. Die Regierung hatte bereits am 3. April 1848 eine Kommission eingesetzt, die sich auf der breitesten Grundlage einer sachverständigen Enquete mit der Umgestaltung der gewerblichen Verhältnisse beschäftigen sollte. Als der erste Versuch einer socialen Gesetzgebung verdienen die damals ergriffenen Maßregeln noch heute volle Beachtung. Es gab zwar noch keine socialdemokratische Partei, aber daß die Ideen des Socialismus und Kommunismus, die durch die Pariser Revolution zeitweise zur Herrschaft gelangt waren, in den industriellen Bezirken Sachsens und Thüringens Eingang gefunden hatten, konnte sich niemand verhehlen. Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, vor den Schlagworten der

Agitation zu warnen. Sie wies mit Nachdruck darauf hin, daß es ein völlig verfehltes Unternehmen sein würde, wenn man von der Staatsgewalt verlangen wollte, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit auf gesetzgeberischem Wege zu lösen. „Das besondere, den Arbeitern zunächst vor Augen liegende und darum so leicht ganz einseitig aufgefaßte Verhältnis zwischen Lohn und Arbeit, zwischen Arbeiter und Arbeitgeber — so hieß es in jenem Erlaß — ist nur ein Glied in der langen Kette organisch zusammenhängender Verhältnisse. Jeder Versuch, an diesem Gliede allein eingreifende Veränderungen vorzunehmen, würde eine Störung der ganzen Kette, ein Zerreißen derselben herbeiführen und mehr schaden als nützen. Am wenigsten würde das angestrebte Ziel zu erreichen sein durch das traurige Mittel der Umwandlung des freien Tummelplatzes produzierender Thätigkeit in die trostlose Einförmigkeit einer alle andere Entwicklung erstickenden Staatsinduſtrie. Die Aufgabe kann nur in einer zeitgemäßen Umbildung und Gestaltung aller gewerblichen Verhältnisse bestehen." Zu diesem Zwecke erließ die Regierung an die gewerblichen und industriellen Kreise in allen Distrikten des Landes die Aufforderung, Vertreter ihrer Interessen zu wählen und zu Ausschüssen zu vereinigen, deren Zweck es sein sollte, die Ursachen des Notstandes zu prüfen und in Gemeinschaft mit der vom Staate ernannten Kommission die Mittel zur Abhülfe vorzuschlagen. Es bestand der Plan, den Prinzen Albert zum Mitgliede dieser Kommission zu ernennen, die sehr bald eine umfangreiche Thätigkeit entwickelte. Man mußte jedoch davon Abstand nehmen, weil die dienstlichen Verpflichtungen die ganze Zeit des Prinzen ausfüllten. Dies hinderte jedoch nicht, daß er schon damals allen Bestrebungen für die Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen eine lebhafte Teilnahme entgegenbrachte.

Wenn es dem Prinzen Albert im Jahre 1848 und 1849 nicht möglich war, persönlich intensiveren Anteil an den Untersuchungen der sächsischen Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse und an der positiven Förderung des Arbeiterwohls zu nehmen, so hat er als König in den ersten 25 Jahren seiner Regierungszeit reichliche Gelegenheit dazu gefunden und dieselbe in umfassendem Maße benutzt. Es wird dies besonders in zwei größeren Jubiläumsschriften eingehend nachgewiesen, welche ein lebensvolles Bild der volkswirtschaftlichen Entwicklung Sachsens von 1873—1898 entrollen. Das schon im April 1898 am Geburtstag des Königs von Joseph Kürschner herausgegebene Buch unter dem Titel „König Albert und Sachsenland" hat 11 Be-

arbeiter gefunden, während das von dem Anstaltsgeistlichen Grohmann in Bräunsdorf herausgegebene, im „Sächsischen Volksschriften-Verlag“ Ende Oktober 1898 erschienene Buch unter dem Titel „Sachsen unter König Albert“ 39 Bearbeiter zählt. Von den im sächsischen Jubiläumsjahre 1898 erschienenen kleineren Schriften sind weiter hervorzuheben: Dr. Sturmhövel: „König Albert von Sachsen, ein Lebensbild“; O. Langebach: „König Albert“; Dr. Oberbrayer: „Charakterzüge König Alberts“; Rudolf Sendig: „Dresden, eine Fremdenstadt in Kunst und Natur“; Generallieutenant z. D. v. Below: „König Albert, ein Lebensbild“.

Von besonderem Interesse für die Leser dieser Zeitschrift sind außer der Festschrift des Archivdirektor Dr. Hassel die in den Werken von Joseph Kürschner veröffentlichten Abhandlungen über Industrie, Handel und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft und die in der vom Anstaltsgeistlichen Grohmann in Bräunsdorf herausgegebenen Festschrift des „Sächsischen Volksschriften-Verlags“ enthaltenen Abschnitte über den Volkswohlstand, das Städtewesen, Erziehungswesen, Volksschulwesen, das technische und gewerbliche Unterrichtswesen, Industrie, Gewerbe und Handel, Eisenbahnwesen und Arbeiterfürsorge. Die in diesen Abschnitten enthaltenen Darlegungen sind den nachstehenden Mitteilungen vorzugsweise zu Grunde gelegt, zugleich aber auch die neuesten Veröffentlichungen der „Zeitschrift des königlich statistischen Büreaus“ und des „Kalender und Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen“ für 1899 benutzt.

Der Regierungsantritt des Königs Albert im Oktober 1873 fiel in den Anfang einer neuen Zeit. Die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs ermöglichte eine früher nicht geahnte Blüte des deutschen Wirtschafts- und Kulturlebens, an welcher das Königreich Sachsen einen hervorragenden Anteil genommen hat. Die Bevölkerung Sachsens ist vom 1. Dezember 1871 bis zum 2. Dezember 1895 von 2 556 244 auf 3 787 688 Einwohner gestiegen. Es wohnten auf dem Quadratkilometer in Sachsen durchschnittlich am 1. Dezember 1871: 170,49 und am 2. Dezember 1895 sogar 252,68 Personen, dagegen im Durchschnitte des Reichs 96,70, im Durchschnitt Preußens 91,88, Bayerns 76,70, Württembergs 106,68, Badens 114,41, außerhalb Deutschlands aber z. B. in Belgien 220 Personen und, wenn man einzelne preußische Provinzen berücksichtigt: in Rheinland 189,16, Westfalen 133,67, Hessen-Nassau 111,94, Schlesien 109,58 und Provinz Sachsen 106,87 Personen.

Der große industrielle Aufschwung, den Sachsen während der Zeit von 1873—1898 genommen hat, ist am deutlichsten aus einer Vergleichung der beiden großen Berufszählungen von 1882 und 1895 ersichtlich.

Es betrug in Sachsen:	1882	1895
die Zahl der gewerbthätigen männlichen Personen	573 287	799 268
und der weiblichen Personen	220 473	351 585
männlichen und weiblichen Personen zusammen .	793 760	1 150 853
Es betrug die Zahl:		
1. in den Alleinbetrieben	209 895	189 097
2. in den Gehülfenbetrieben mit 1 bis 5 Personen	220 277	287 534
3. in den Mittelbetrieben mit 6 bis 50 Personen	180 039	304 135
4. in den Großbetrieben mit 51 bis über 1000 Personen	183 549	370 087

Danach ist die Steigerung in den Großbetrieben mit 51 bis über 1000 Personen am erheblichsten. Auf die Alleinbetriebe kamen im Jahre 1895 nur noch 189 097 oder 16,4 pCt. Personen (1882: 26,4 pCt.), dagegen kamen 1895 auf die Gehülfenbetriebe: 961 756 Personen oder 83,6 pCt. (1882 mit 73,6 pCt.) Seit 1882 ist der Anteil des Personals bei den Alleinbetrieben an der Gesammtzahl der beschäftigten Personen um 10 pCt. herabgegangen, dagegen bei den Gehülfenbetrieben in gleichem Maße gestiegen.

Sehr deutlich wird gerade die Steigerung der sächsischen Großindustrie illustrirt durch die neueste Veröffentlichung einer Abhandlung vom Geh. Regierungsrat Morgenstern unter dem Titel „Die Dampfkessel und Dampfmaschinen im Königreich Sachsen am 1. Januar 1896" in der Zeitschrift des königl. sächs. statistischen Büreaus, Beilage zu Heft 1 und 2, Jahrgang 1899. Danach waren, soweit hierauf bezügliche Erhebungen vorliegen, im Königreich Sachsen feststehende Dampfmaschinen vorhanden:

1846: 197, 1856: 550, 1861: 1003, 1878: 4548, 1885: 6244, 1891: 8073 und 1896: 9677.

Der Bestand an diesen Maschinen hat mithin in den letzten 50 Jahren um 9480 zugenommen. In den verschiedenen Gewerbegruppen Sachsens spielt die Textilindustrie die wichtigste Rolle. In ihr waren am 1. Januar 1896 2645 feststehende Dampfmaschinen vorhanden, die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel hatte 1531, Bergbau und Hüttenbetrieb 1175, die Industrie der Maschinen und

Instrumente 936, die Papierindustrie 635, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 595, die Industrie der Steine und Farben 460, die Metallverarbeitung 344, die Chemische Industrie 227, die Industrie der Bekleidung und Reinigung ebenfalls 227, die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtstoffe u. s. w. 223, die polygraphischen Gewerbe 155, die Gruppe für häusliche Zwecke 145, die Lederindustrie 139 feststehende Maschinen. Die übrigen Gewerbegruppen hatten sämmtlich unter 100 feststehende Dampfmaschinen.

Die dem Aufschwunge der Großindustrie hauptsächlich zu verdankenden Fortschritte des Volkswohlstandes in Sachsen lassen sich namentlich aus den Ergebnissen der Einkommensteuer deutlich ersehen. Die sächsische Einkommensteuer ist zwar bereits durch Gesetz vom 22. Dezember 1874 eingeführt; dies erste Gesetz wurde jedoch durch ein zweites Gesetz vom 2. Juli 1878 etwas verändert und erhielt wiederum durch ein drittes Gesetz vom 10. März 1894 einige neue Abänderungen der Einkommensklassen und der für dieselben festgesetzten Steuersätze. Während nach der früheren Skala Einkommen bis zu 300 Mk. steuerfrei blieben, gehören nach der neuen Skala zu den Steuerfreien alle Personen mit Einkommen bis zu 400 Mk. Die Einkommensklassen von über 400 bis einschließlich 1250 Mk. und die nach dem Gesetz vom 2. Juli 1878 für dieselben festgesetzten Steuerbeträge sind auch in dem Abänderungsgesetz vom 10. März 1894 beibehalten worden, dagegen sind besonders die hohen Einkommen stärker als bisher zur Leistung herangezogen worden. Infolge dieser allerdings nur geringen Aenderungen der sächsischen Steuergesetzgebung sind nur die Ergebnisse der 15 Jahre von 1879—1894 genau mit einander vergleichbar.

Es war in diesen 15 Jahren das nach Abzug der Schuldzinsen verbleibende Gesamteinkommen der sächsischen Steuerzahler von 959 222 482 Mk. auf 1 666 521 811 Mk. gestiegen.

Ohne Abzug der Schuldzinsen betrug das Einkommen der sächsischen Steuerzahler:

aus	1879	1894
Grundbesitz	218 238 971	287 105 814
Renten	111 713 392	220 299 705
Gehälter und Löhne	364 651 115	771 289 822
Handel und Gewerbe	350 379 804	527 780 000
Gesamteinkommen	1044 983 282	1 806 475 341
Abzug der Schuldzinsen	85 760 800	139 953 530
Verbleibendes Gesamteinkommen	959 222 482	1 666 521 811

Aus den vorstehenden Zahlen ergiebt sich die hochwichtige Thatsache, daß die Gehälter und Löhne in der Zeit von 1879 bis 1894 die höchste Steigerung unter allen Einkommensquellen erfahren und sich mehr als verdoppelt haben. Es haben mithin gerade die Beamten und Arbeiter ihre Lage am meisten verbessert. Die weiter folgenden Zahlen beweisen die in socialer Hinsicht ebenfalls befriedigende Thatsache eines allmählichen Aufsteigens der unteren Steuerklassen in die mittleren und höheren Klassen und einer prozentual immer stärker werdenden Belastung der höchsten Einkommensbeträge über 9000 Mk.

Es betrug:

die Anzahl der eingeschätzten Personen

	1879		1894	
Steuerklassen	absolut	prozentual	absolut	prozentual
bis zu 800 Mk.	830 456	76,33	976 494	65,28
von über 800 bis 3300 Mk. .	227 839	20,94	465 430	31,09
von über 3300 bis 9600 Mk.	24 414	2,24	42 407	2,84
von über 9600 Mk.	5 293	0,49	11 935	0,79

das eingeschätzte Einkommen

	1879		1894	
Steuerklassen	absolut	prozentual	absolut	prozentual
bis zu 800 Mk. . . .	381 336 526	39,74	493 045 846	29,59
von über 800 bis 3300 Mk.	321 245 043	33,48	628 340 350	37,70
von über 3300 bis 9600 Mk.	124 616 279	12,99	217 238 541	13,03
von über 9600 Mk. . .	132 244 227	13,79	327 895 714	19,68

der Steuerbetrag

	1879		1894	
Steuerklassen	absolut	prozentual	absolut	prozentual
bis zu 800 Mk.	1 096 540	9,37	1 602 183,75	6,54
von über 800 bis 3300 Mk.	3 803 287	31,88	7 108 461,50	28,99
von über 3300 bis 9600 Mk.	3 190 906	26,70	5 577 775,00	22,76
von über 9600 Mk. . . .	3 800 520	32,05	10 222 410,00	41,71

Die neuesten im „Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen" auf das Jahr 1899 veröffentlichten Abschätzungen der sächsischen Einkommensteuer haben ergeben ohne Abzug der Schuldzinsen für das Jahr 1897:

aus	
Grundbesitz	299 889 750
Renten	250 187 590
Gehälter und Löhne	912 793 591
Handel und Gewerbe	596 105 291
Gesamteinkommen	2 058 976 222
Abzug der Schuldzinsen	156 377 978
Verbleibendes Gesamteinkommen . . .	1 902 598 244

Infolge des Wachstums der sächsischen Großindustrie sind auch die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter bedeutend verbessert worden. Das Königreich Sachsen hat nicht nur an allen materiellen, geistigen und kulturlichen Vorteilen der nationalen Einigung Deutschlands in den letzten 25 Jahren teilgenommen und der Reichsgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter selbstverständlich immer bereitwillig Folge geleistet, sondern ist dem Reiche in vielen Punkten vorangeeilt und für dasselbe maßgebend gewesen. Insbesondere hat Sachsen das Institut der Gewerbeaufsichtsbeamten oder Fabrikinspektoren unter allen deutschen Staaten am meisten gepflegt und ausgebaut. Ferner hat es schon lange vor Erlaß der Norddeutschen und der allgemeinen deutschen Gewerbeordnung den sächsischen Arbeitern und Gewerbsgehülfen und kleinen Handwerkern durch seine Gewerbeordnung vom 15. Oktober 1861 die Gewerbefreiheit und ausgedehnte Erleichterungen im Gewerbebetrieb gewährt. In Sachsen war dadurch schon seit 1862 u. a. für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern der Erlaß einer Fabrikordnung vorgeschrieben und es waren bezüglich des Inhalts derselben nähere Bestimmungen vorgesehen. Durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 traten diese Bestimmungen für Sachsen wieder außer Kraft; aber das deutsche Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891 enthielt wieder die der früheren sächsischen Gewerbeordnung von 1861 ganz analoge Bestimmung: „Für jede Fabrik, in welcher in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen."

Noch weit nachhaltiger als alle übrigen deutschen Staaten hat Sachsen durch sein musterhaftes Volksschulgesetz, durch die im Jahre 1873 erfolgte Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulwesens und durch seine gewerblichen Fachschulen

für die ganze Arbeiterwelt von Staatswegen gesorgt. Die beiden Ausstellungen der sächsischen gewerblichen Fachschulen vom Jahre 1888 und 1898 sind glänzende Beweise der staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Fürsorge für das gewerbliche Unterrichtswesen.

Auch die unter König Albert erfolgte Neugestaltung des sächsischen Steuerwesens ist nicht nur in finanzieller, sondern auch in socialer und allgemein volkswirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiter von höchster Wichtigkeit. Die ganze Richtung der neuen sächsischen Steuergesetzgebung ist als eine arbeiterfreundliche zu bezeichnen, da sie die unbemittelten Klassen zu erleichtern und die Hauptsteuerlast den bemittelten Klassen aufzuerlegen sucht.

Die unter der bisherigen Regierung von König Albert in der Zeit von 1873—1898 auf zahlreichen Gebieten bemerkbare Arbeiterfürsorge wird nicht nur vom sächsischen Staate, sondern insbesondere auch von den meisten Gemeinden kräftig bethätigt. Es geschieht dies in erster Linie dadurch, daß auch die sächsischen Gemeindesteuern immer mehr nach dem System der Einkommensbesteuerung in der Richtung einer Entlastung der unbemittelten Klassen veranlagt werden. Es waren nach den im Königl. Sächs. Statistischen Büreau ermittelten Ergebnissen im Jahre 1890 im Königreich Sachsen bei einer Bevölkerung von 3 502 272 Personen in 143 sächsischen Städten mit 1 597 078 Einwohnern und in 3099 Landgemeinden mit 1 905 194 Einwohnern im ganzen an Gemeinde-, Armen-, Kirchen- und Schulanlagen-, sowie Bezirkssteuern 30 134 164 Mk. erhoben worden und zwar 1 625 714 Mk. mittelst Kopfsteuer, 20 164 415 Mk. mittelst Einkommensteuer, 6 682 214 Mk. mittelst Grundsteuer und 1 661 821 Mk. mittelst Mietsteuer. — Es überwiegt mithin auch in den Gemeiden die Einkommensteuer, während die für die Arbeiterbevölkerung lästigen Kopfsteuern und Mietsteuern immer mehr in den Hintergrund treten.

Die sächsischen Gemeinden bethätigten ihre Arbeiterfürsorge außer durch eine Reform der Besteuerung noch besonders durch Verbesserung des Sparkassenwesens, das auch in den sächsischen Landgemeinden immer mehr Eingang findet, ferner durch Fürsorge für das Gesundheits-, Wohnungs-, Bildungs- und Armenwesen, sowie durch eine Verbesserung der Gehälter ihrer Angestellten und der Löhne vieler von ihnen beschäftigten Arbeiter unter gleichzeitiger Sicherung ihrer Zukunft mit Hülfe des Versicherungswesens.

Besondere Erwähnung verdienen die modernen Bestrebungen

vieler sächsischer Gemeinden, der Volksgesundheit aller ihrer Bewohner, namentlich auch der unbemittelten Klassen, durch Gründung von Badeanstalten zur unentgeltlichen oder sehr billigen Benutzung sowie durch Anlegen freier Plätze innerhalb der Städte und durch Erwerbung von Garten-, Feld- und Waldgrundstücken außerhalb der Städte zu fördern, um große und kleine Spielplätze für Kinder in verschiedenen Stadtteilen zu errichten. Die sächsischen Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz sind in dieser Richtung mit gutem Beispiel vorangegangen. Besonders beachtenswert sind auch die Bemühungen und Schöpfungen des früheren Oberbürgermeister Kuntze, welcher für die Stadt Plauen durch Pflanzung von Bäumen und Errichtung von Waldanlagen in musterhafter Weise gesorgt und diese wichtige Frage auch weiterhin öffentlich angeregt hat.

Ferner gehören zur Arbeiterfürsorge die Veranstaltungen für den Arbeitsnachweis, welche in Sachsen entweder direkt in einigen Gemeinden begründet sind oder von gemeinnützigen Vereinen mit Hülfe von Beiträgen der Kommunalbehörden ins Leben gerufen und verwaltet werden.

Die Arbeiterfürsorge des Staates und der Gemeinden hat sich in den letzten 25 Jahren endlich in hervorragender Weise auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung bethätigt, indem die darauf bezüglichen Institute von dem Staate oder von den Gemeinden teils selbständig begründet, teils vereinzelt oder gemeinschaftlich verwaltet werden.

Die Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen sucht, wie andere deutsche Anstalten, das Arbeiterwohl auch durch Hergabe von Geldern zum Bau von Arbeiterwohnungen und gemeinnützigen Veranstaltungen zum Wohl ihrer Versicherten zu fördern. Sie hatte bis zum Schlusse des Jahres 1897 in dieser Weise zum Bau von Arbeiterwohnungen, von Kranken- und Genesungshäusern und ähnlichen gemeinnützigen, vorwiegend der Klasse der Versicherten zu gute kommenden Einrichtungen 2 931 484 Mk. hergegeben, bezw. zur Abhebung bereit gestellt. Die sächsischen Genesungsheime sind teils aus Stiftungen, teils von größeren Ortskrankenkassen in Dresden, Leipzig und anderen Landesteilen begründet.

Die sächsische Arbeiterfürsorge hat sich in der Regierungszeit von König Albert insbesondere auch durch Wohlfahrtseinrichtungen von Unternehmern, Arbeitern und Vereinen vielfach bethätigt. Die Berichte der Königl. Sächs. Gewerbe-Inspektoren lassen vom Jahre 1879 an

infolge der mit diesem Jahre in Kraft getretenen neuen gewerbegesetzlichen Bestimmungen sowohl die Arbeiterfürsorge des Staats und der Gemeinden wie auch diejenige der Unternehmer von Jahr zu Jahr deutlicher erkennen. Das im Sächs. Volksschriften-Verlag erschienene Werk des Anstaltsgeistlichen Grohmann enthält in dem Abschnitt über „Arbeiterfürsorge" ziemlich umfängliche Mitteilungen aus den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeinspektoren von 1879 bis 1897, von denen nur einige der neuesten, im „Arbeiterfreund" noch nicht erwähnten Einrichtungen schließlich hier erwähnt werden mögen.

Verschiedene Berichterstatter legen mit Recht großen Wert auf Verbesserungen der Löhne, auf Einführung zweckmäßiger Lohnsysteme, auf Fortgewährung von Löhnen auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit und auf Beteiligung der Arbeiter an dem Geschäftsgewinn. Aus dem Wurzener Bezirk wird berichtet, daß in dem Farbenwerk von Hessel in Nerchau die Beamten und Arbeiter am Jahresschlusse 5 pCt. des erzielten Reingewinnes ausgezahlt erhalten. In Chemnitz bewilligt eine kleine Strumpfwarenfabrik dem älteren Teile der Arbeiterschaft in Form einer Produktionsprämie einen Anteil vom Reingewinn, der sich auf verschiedene Arbeiter in der Höhe von 49½ Mk. bis 660 Mk. verteilte. Ferner verfügte in Chemnitz der Inhaber der Firma Küchenmeister bei seinem Ableben, daß nach dem Verkauf der Fabrik jedem Arbeiter ein Geldbetrag von 10 Mk. für jedes Arbeitsjahr in der Fabrik eingehändigt werden solle. Von den freudig überraschten Arbeitern erhielten einzelne beim Verkauf bis zu 300 Mk. In Zwickau wurden nach dem Ableben des Besitzers der Fischerschen Porzellanfabrik Geldbeträge in Höhe von 16 605 Mk. je nach der Höhe des Lohnes und der Dienstjahre an die einzelnen Arbeiter verteilt. Die ältesten Arbeiter erhielten jährlich zahlbare, lebenslängliche Renten ausgesetzt. Für das erste Jahr waren bereits 8650 Mk. Ruhegehälter ausgezahlt worden. Im Bezirk Plauen zahlte der Inhaber einer Fabrik für Streichgarnstoffe, der 250 Arbeiter beschäftigt, während des schlechten Geschäftsganges auch dann den Wochenlohn unverkürzt aus, wenn wegen mangelnder Aufträge an einigen Tagen nicht gearbeitet werden konnte. — Die von Dr. Kolbe geleitete chemische Fabrik in Radebeul bei Dresden giebt nach dem Dresdner Bericht von 1897 ihren länger als 5 Jahre in dem Betrieb beschäftigten Arbeitern eine jährliche Alterszulage von 50 Mk., und länger als 10 Jahre in der Fabrik beschäftigten Arbeitern eine solche von 100 Mk.; sie wendete

hierzu im Jahre 1897 für insgesamt 118 Arbeiter eine Summe von 8000 Mk. auf. — Eine neuere Vorkehrung der Papierfabrik der Firma Kübler & Niethammer zu Kriebstein im Bezirk Döbeln besteht in der Anstellung einer besonderen Diakonissin zur unentgeltlichen Pflege der Arbeiter und ihrer Angehörigen in Krankheitsfällen.

Die meisten Gewerbeinspektoren berichten von guten Erfolgen der Konsumvereine, die für einzelne Fabriken oder für ganze Fabrikorte teilweise unter Beihilfe von Fabrikanten, welche das Betriebskapital ohne Verzinsung zur Verfügung stellen, begründet und meist von Arbeitern selbst mitverwaltet werden. Über einzelne größere Konsumvereine wird bereits 1894 mitgeteilt, daß sie ihren Mitgliedern 7, 10, ja sogar 18 pCt. Dividende von der Bruttoeinnahme gewähren. Nach dem Leipziger Inspektionsbericht von 1896 hatte der Konsumverein für Leipzig-Plagwitz und Umgegend im 13. Geschäftsjahr bereits 25 Verkaufsstellen. Die Mitgliederzahl des Vereins erhöhte sich 1896 von 10 933 auf 13 348 zumeist dem Arbeiterstand angehörige Personen. Der Warenumsatz belief sich 1896 auf 4 489 923 Mk. 12 Pf. (910 506 Mk. 80 Pf. mehr als im Vorjahr). Der Reinertrag erreichte die Höhe von 444 091 Mk. und die Dividende betrug 10 pCt. In dem 1897er Jahresbericht des Fabrikinspektors von dem Bezirk Wurzen wird mitgeteilt, daß der Konsumverein der Arbeiter der Schröderschen Papierfabrik in Golzern im Jahre 1896: 17 pCt. und im Jahre 1897: 18 pCt. Dividende zur Verteilung gebracht habe. — Besonderen Wert haben außer Konsumvereinen auch Sparkasseneinrichtungen. In einer Wurzener Maschinenfabrik werden den Sparern 6 pCt. Jahreszinsen ihrer Einlagen gewährt. Der Dresdner Gewerbeinspektor berichtet über eine Mietzinssparkasse der Cigarrenfabrik von A. Collenbusch in Dresden, welche im Jahre 1888 begründet wurde und die wöchentlichen Einzahlungen zur Miete am Schlusse eines jeden Vierteljahres mit 4 pCt. Prämie zurückzahlt. Von 250 Arbeitern hatten sich 1894 90 beteiligt, die jährliche Auszahlung war von 1888—1894 von 2466 Mk. auf 11 450 Mk. gestiegen. Auch in der Schokoladenform- und Blechemballagenfabrik von Anton Reiche in Plauen bei Dresden besteht nach dem Dresdner Fabrikinspektionsbericht für 1897 eine Mietzinssparkasse, an der sich gegen 200 Personen mit etwa 7500 bis 8000 Mk. vierteljährlich beteiligen. Die Spargelder werden mit 5 pCt. verzinst, müssen jedoch vor Quartalsschluß abgehoben werden. Derselbe Großindustrielle spendete den Bauplatz und 5000 Mk. für ein in Plauen bei Dresden vom Dresdner Frauenverein zur Hebung der Sittlichkeit

ins Leben gerufenes Mädchenheim, das im Oktober 1897 eingeweiht wurde und den zahlreichen Fabrikarbeiterinnen der Umgegend gesunde und billige Wohnung sowie Beköstigung und Gelegenheit zur Ausbildung in weiblichen Handarbeiten bietet und sie auch in sittlicher Hinsicht behüten soll. Das Mädchenheim bietet Unterkunft für 92 Mädchen.

Viele sächsische Unternehmer haben die neue Einrichtung getroffen, ihren Arbeitern im Sommer Urlaub auf einige Tage oder Wochen zu bewilligen. In der Buchdruckerei von C. G. Naumann in Leipzig besteht dafür eine förmliche Kasse. — Die chemische Fabrik von Dr. Kolbe (Dr. F. v. Heyden Nachfolger) zu Radebeul bei Dresden gewährt alljährlich einer Anzahl von Arbeitern, die länger als 5 Jahre in der Fabrik beschäftigt sind, unter Fortzahlung des vollen Lohnes einen 8—14tägigen Erholungsurlaub, der unter Umständen, wenn gesundheitliche Rücksichten dies geboten erscheinen lassen, bis auf 3 Wochen verlängert wird. Im Jahre 1894 erhielten 55 Arbeiter einen 8tägigen Urlaub. Im Jahre 1897 gewährte dieselbe Firma 85 Arbeitern, die ihr wenigstens 5 Jahre angehörten oder bei denen eine besondere Bedürftigkeit vorlag, unter Fortgewährung des vollen Lohnes einen Urlaub von 8 Tagen. Ferner wurden auch die Kosten für die Unterbringung und den Aufenthalt von 22 Kindern ihrer Arbeiter in den Ferienkolonien bestritten. — Erwähnenswert sind ferner aus dem Dresdner Bezirk die großen Leistungen der die Höhe von 1 Million Mark erreichenden Stiftungen des im Jahre 1894 verstorbenen Kommerzienrat Bienert in Dresden, ferner die Speise- und Badeeinrichtungen der Lederfabrik der Firma Heinrich Bierling in Dresden und der Kammgarnspinnerei von Dietel & Schmitt zu Coßmannsdorf, ferner die Kasseneinrichtungen der Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik von Seidel & Naumann und der Eschebachschen Werke in Dresden und eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen der großen Dresdner Fabriken Villeroy & Boch und der vormals Siemensschen Glasfabriken.

Die Steingutfabrik von Villeroy & Boch in Dresden hat den seit 1887 für ihre Arbeiterinnen eingeführten Unterricht in weiblichen Handarbeiten immer weiter ausgebaut und dafür 3 Lehrerinnen für Stopfen, Häkeln, Nähen, Schneidern angestellt. Der Unterricht findet an Wochentagen von 6—8 Uhr abends statt. Die Lehrzeit dauert bei wöchentlich einmaligem Unterricht bis zu 1 Jahr. Unentschuldigtes Wegbleiben zieht 20 Pf. Strafe zu Gunsten der Betriebskrankenkasse

nach sich und im dreifachen Wiederholungsfall Ausschluß vom weiteren Besuch der Unterrichtsstunden. Nach Beendigung der ordnungsmäßigen Lehrzeit wird den Schülerinnen von der betreffenden Lehrerin ein Zeugnis ausgestellt. Der Fabrikdirektor behält sich vor, lobenswerte Zeugnisse noch besonders zu belohnen.

Neu ist ferner die im Jahre 1897 von dem Kommerzienrat Eschebach in Dresden getroffene Bestimmung, daß in den Sommermonaten bejahrten und kranken Meistern des Klempnergewerbes auf seiner in Berggießhübel befindlichen, mit Badeanstalt verbundenen Besitzung kostenfreie Verpflegung gewährt und der Gebrauch stärkender mineralhaltiger Bäder ermöglicht wird. Auch sollen erholungsbedürftige Arbeiter der Eschebachschen Werke zu Dresden und Radeberg Gelegenheit finden, während des Sommers einige Zeit lang der Ruhe pflegen und die Naturschönheiten der Gegend genießen zu können.

Die Molkerei von Gebrüder Pfund zu Dresden-N. hat in ihren Gebäuden 4 Räume zu Restaurationszwecken kostenlos zur Verfügung gestellt, in denen täglich ungefähr 100 unverheiratete Arbeiter für 25—30 Pf. Mittagbrot, bestehend in Fleisch, Gemüse oder Braten erhalten. Die Preise für Kaffee, Bier, Speisen aller Art sind Selbstkostenpreise. Die Firma zahlt für diese Einrichtung einen jährlichen Zuschuß von etwa 1000 Mark. Allwöchentlich schlachtet sie ein Schwein, das an die Arbeiter zum Selbstkostenpreise verpfundet wird; auch werden die Produkte der Firma zum Selbstkostenpreise abgegeben. Zur Abhaltung von Versammlungen der Betriebskrankenkasse und zu sonstigen Beratungen, sowie zur Abhaltung von Vergnügungen der Arbeiter, zu ernsten und heiteren Vorträgen und für Theaterspiele, insbesondere auch für Kindervergnügen hat die Firma einen großen Saal mit Orchester bez. Bühne gebaut, in dem die aus Mitgliedern des Personals bestehende musikalische Kapelle, ein Gesangverein und eine dramatische Vereinigung ihre Übungen vornehmen und Vorstellungen geben können. Die Firma unterstützt die Kapelle durch teilweise Bezahlung der Instrumente und des Musikunterrichts sowie den Dramatischen- und Gesangverein durch Rat und That. Für die Kinder der fast durchgängig in den Gebäuden der Firma wohnenden Arbeiter ist ein Spielplatz eingerichtet worden, der sich einer lebhaften Benutzung erfreut.

Über die Arbeiterwohnungsfrage im Königreich Sachsen hat der frühere Leipziger Gewerbeinspektor Morgenstern, gegenwärtig Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern, bereits im „Arbeiter-

freund" Jahrgang 1889 und über die Fürsorge für Lehrlinge im Jahrgang 1888 ausführlich berichtet und dabei auch der Fürsorge der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung für das Arbeiterwohl gedacht. Seit dem Jahre 1889 sind weitere Leistungen zu verzeichnen. Im Jahre 1892 bewilligte der sächsische Landtag $1^1/_2$ Millionen Mark für die Erbauung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnen und der im Winter 1897/98 versammelte Landtag hat die gleiche Summe für die Fortsetzung der gedachten Bauten bewilligt.

Mit Recht gedenken beinahe alle Gewerbe-Inspektoren auch der socialen Veranstaltung gemeinnütziger und kirchlicher Vereine für die allgemeinen Interessen des Volkswohls. Dazu gehören Knabenhort, Mädchenhort, Krippen, Volksbäder, Volksbildungsvereine, Innungshäuser, Arbeitsnachweisstellen, Vereine zur Hebung der Volksgeselligkeit u. s. w.

Unter den gemeinnützigen Gesellschaften, die sich in hervorragender Weise der Arbeiterfürsorge widmen und über ganz Sachsen verbreitet sind, verdienen namentlich die sächsischen Volksbildungsvereine hervorgehoben zu werden, die in einem Landesverbande mit dem Sitz in Leipzig vereinigt sind, ferner die Mäßigkeits- und Enthaltsamkeitsvereine, unter welchen die Guttempler besonders viele Arbeiter aufweisen, sodann die Sittlichkeitsvereine, die Vereine für Arbeitsnachweis, die sächsischen Frauenvereine mit ihren vielseitigen Veranstaltungen für Fortbildung des weiblichen Geschlechts im Haushalt und Beruf, für Beschaffung von Erwerbsgelegenheiten, Kinder- und Krankenpflege u. s. w.

Endlich spielen die von den Arbeitern selbst ins Leben gerufenen und verwalteten Gewerkvereine und Gewerkschaften der Arbeiter auch in Sachsen eine wichtige Rolle auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge. Alles, was das Selbstgefühl und Ehrgefühl und die Selbstthätigkeit der Arbeiter hebt und fördert, wird auch ihre Lust und Liebe zur Arbeit kräftigen und ihre Hoffnung auf bessere Zeiten beleben. Die Mitbeteiligung der Arbeiter an den für sie mit bestimmten gemeinnützigen Schöpfungen, ebenso wie am öffentlichen und politischen Leben liegt daher auch im Interesse der Unternehmer und des gesamten Erwerbslebens eines jeden Landes. Die Arbeiter werden auch in Sachsen gesetzlich und amtlich zur Mitverwaltung ihrer Kassen und der Versicherungsanstalten vielfach mit herangezogen. Die Arbeiter sind Beisitzer der Gewerbegerichte, sind Leiter und Berater in den Orts-

krankenkassen, Beisitzer bei den berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichten und werden gesetzmäßig auch im Reichsversicherungsamt gehört. Man wird auch in Sachsen vielfach die Erfahrung machen, daß man ihr Mißtrauen und ihre Verstimmung um so leichter überwindet, je mehr man ihnen selbst mit Vertrauen entgegenkommt. Wer sich in die reichfließenden historischen und statistischen Quellen über die wirtschaftliche und sociale Entwicklung Sachsens vertieft, wird bald finden, daß trotz der in Sachsen hochgehenden socialdemokratischen Wogen es kaum irgendwo einen tüchtigeren und brauchbareren Arbeiterstand giebt. Der hohe Stand der sächsischen Volkswirtschaft ist vorzugsweise dem Gewerbefleiß und technischen Geschick, sowie der Sparsamkeit und Intelligenz der Bevölkerung und dem Umstande zu danken, daß Staat und Gemeinde, Kirche und Schule, Unternehmer und Arbeiter und gemeinnützige Private und Vereine aller Volkskreise miteinander gewetteifert haben, um die Schätze der Natur zu heben, die Wasserkräfte des Landes zu benutzen und die gewerblichen Anlagen und Fertigkeiten der Bewohner durch gute Schulen und Förderung edler Gesittung immer weiter auszubilden. König Albert hat an der Feier seines 70. Geburtstages den ihn beglückwünschenden Deputationen und gemeinnützigen Vereinen gegenüber gerade die Bedeutung der freiwilligen Liebesthätigkeit und des Zusammenwirkens aller Kulturfaktoren im Staate kraftvoll betont. Es wird nunmehr am Ende der 25jährigen Regierungsthätigkeit des geliebten Monarchen Sache des Volkes und insbesondere Aufgabe aller Behörden, Korporationen und Vereine sein, in die Zukunft mit neuen patriotischen Entschließungen einzutreten und an dem socialen Frieden und der inneren Kultur aller Volksklassen freudiger als je zu arbeiten!

Das Pariser Museum für Arbeiterwohlfahrt und Volkswirtschaft noch einmal.

Das seit dem Jahre 1895 in Paris bestehende musée social in der rue Las-Cases hat am 6. Februar d. J. seinen edlen Begründer den Grafen de Chambrun verloren. Der Name dieses Mannes wird als der eines hocharistokratischen und zugleich echt volkstümlichen aufopferungsvollen Menschenfreundes in der Geschichte der socialen Entwicklung fortleben, obwohl der Schöpfer sein Werk nur wenige Jahre überlebt hat. Über die innere Einrichtung des Pariser musée social ist im letzten Heft des „Arbeiterfreund" von Leopold Katscher ausführlich berichtet worden. Der Bericht enthielt den Schlußsatz: „Vielleicht veranlassen unsere kurzen Mitteilungen über die ideale Art, wie der treffliche Gründer und Erhalter des musée social sein Geld verwendet, einen oder den anderen deutschen Volksfreund zur Nachahmung seines löblichen Thuns".

Das verehrte Vorstandsmitglied unseres Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Herr Geh. Oberregierungsrat Dr. J. Post, schreibt der Redaktion des „Arbeiterfreund" zu diesem Schlußsatze Folgendes:

„Thatsächlich liegen die Verhältnisse ganz anders. Der „Arbeiterfreund" hat vor kurzem selbst die Schöpfung des verstorbenen Gehe besprochen, der bezüglich der Opferwilligkeit für den in Rede stehenden Zweck dem Grafen Chambrun mehr als gleichzustellen sein dürfte. Die Gehe-Stiftung hat ihre Aufgaben nur enger begrenzt, erfüllt sie daher aber auch um so erschöpfender. Das gleiche gilt von dem Frankfurter Merton, der bis jetzt eine Million Mark für das von ihm ins Leben gerufene Institut für Gemeinwohl gewidmet hat. Dieses kommt in Deutschland mit seiner Thätigkeit der des Grafen Chambrun wohl am nächsten, die des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen hat sich wesentlich andere Aufgaben gestellt.

Wenn die verschiedenen deutschen Veranstaltungen sich nicht mit denen des französischen Grafen vollkommen decken, so liegt das daran, daß jede derselben mit ihrem Arbeitsprogramm auf die bestehenden Rücksicht genommen hat. Jedenfalls sind die deutschen Schöpfungen insgesamt älter und in ihrer Entwickelung vorgeschrittener als das von Katscher als Muster hingestellte musée social. Der eigentliche Bestand desselben ist als ein winziger Anfang zu bezeichnen. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß das Pariser musée social sich die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen zum Vorbilde genommen hat, so steht doch fest, daß wiederholt Beauftragte desselben hier gewesen sind, um unsere Anstalt kennen zu lernen."

Die Redaktion des „Arbeiterfreund" dankt dem Herrn Einsender, daß er bei dieser Gelegenheit nicht nur wieder an die Verdienste des Dresdner Kaufmanns Gehe erinnert, sondern auch auf diejenigen des Frankfurter Kaufmanns Merton neu aufmerksam gemacht hat. Immerhin erscheint der Wunsch unseres Mitarbeiters Herrn Katscher in dem Sinne gerechtfertigt, daß in noch recht vielen deutschen Gemeinden Volksfreunde das löbliche Thun des Grafen Chambrun nachahmen mögen. Alle drei Männer Gehe, Merton und Chambrun haben ihre Werke als Privatpersonen ins Leben gerufen und durchgeführt, während der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen und die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen die Kosten ihrer Veranstaltungen doch vorzugsweise aus Vereinsmitteln und unter Mitwirkung von Staatsbehörden mitbestreiten. Immerhin wird neben der persönlichen Opferwilligkeit auch die Vereinsthätigkeit auf die Dauer unentbehrlich sein, um die Massen auf höhere Stufen der Kultur emporzuheben und auf denselben auch zu erhalten.

Ein Arbeiterjubiläum nach 60jähriger Dienstzeit.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

Es sollte immer mehr üblich werden, das Personal großer und kleiner Betriebe als Mitarbeiter zu betrachten, denen eine treue Dienstzeit von etwa 5 oder mehr Jahren und nun gar ein lebenslängliches Ausharren in derselben Unternehmung gleichsam als Angehörigkeit zu einer gemeinschaftlich produzierenden Familie angerechnet und entsprechend vergütet wird. Wer in einer Unternehmung lange ausharrt oder nach einer jedem Menschen heilsamen Wanderzeit und Übung in anderen Werkstätten gereift zu seinem alten Betriebe wieder zurückkehrt, kann demselben ganz andere Dienste leisten als unstete, immer wechselnde Gehülfen, welche nirgends heimisch werden. Seßhafte treue Arbeiterfamilien sind ein Schatz für jeden geschäftlichen Betrieb. Man wird dieselben in der Regel da finden, wo auch die Unternehmer und Geschäftsleiter ausharren und zugleich wohlwollend, gerecht und klug in der Behandlung ihres Personals sind.

Es giebt mancherlei besondere Veranstaltungen, welche die Seßhaftigkeit von Arbeitern fördern können, wie die Einrichtung von Prämien und Lohnerhöhungen nach mehrjähriger Dienstzeit, das Einrücken in bessere Dienststellungen, die Überlassung von billigen Dienstwohnungen oder Arbeiterhäusern, die Fürsorge für Familien bei Geburten, Konfirmationen, Eheschließungen, Krankheiten, Todesfällen, ferner Förderung der Berufsbildung von Familiengliedern und Unterbringung derselben in geeignete Stellungen, Fürsorge für Gesundheit, geistige Anregung, gesellige Unterhaltung, Erhebung und Erfrischung des Gemüths von Erwachsenen und Kindern der Arbeiterwelt. In neuerer Zeit gibt es auch staatliche und kommunale Auszeichnungen, sowie Belohnungen durch besondere Vereine, um langjährige Treue in derselben amtlichen oder nichtamtlichen Stellung gebührend zu ehren. Endlich wird es in größeren Betrieben auch immer mehr üblich, Arbeitern mit längerer Dienstzeit Anteile am Reingewinn zu gewähren und an Ehrentagen des Geschäfts oder in den Testamenten von Chefs industrieller Unternehmungen verdienstvolle Arbeiterfamilien mit Erbteilen, Legaten oder Geschenken zu bedenken.

Alle diese Veranstaltungen beweisen, daß das Gefühl der Solidarität und Zusammengehörigkeit von Unternehmern und Arbeitern trotz der oft beklagten socialen Gährung und Gegnerschaft von Arbeit und Kapital doch an vielen Orten vorhanden ist. Man sollte über solche Fälle treuen Ausharrens im Dienste und beglückenden gemeinsamen Arbeitens nur auch öfter berichten und nicht nur Unternehmerjubiläen, sondern auch Arbeiterjubiläen würdig begehen. Über ein seltenes Arbeiterjubiläum nach 60jähriger Dienstzeit mögen hier folgende Mitteilungen gestattet sein.

Am 2. Januar 1899 waren gerade 60 Jahre seit dem Eintritt des Cigarrenarbeiters Johann Heinrich Gottlieb Dietel in die Cigarrenfabrik der Firma A. Collenbusch in Dresden verflossen. Der Jubilar war schon an der Feier seiner 50jährigen Dienstzeit vom Staat mit dem Königlichen Allgemeinen Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit geschmückt und hoch geehrt worden. Der Chef der Firma, Herr Kommerzienrat Adolf Collenbusch, glaubte, an dem Jubiläum des 60ten Dienstjahres von einer rauschenden Feier mit Essen und Trinken absehen und sich auf ein sinniges Fest der Arbeit beschränken zu sollen; er versammelte am Vormittage des 2. Januar 1899 alle seine Arbeiter in der Fabrik selbst, um den wie gewöhnlich zur Arbeit gekommenen Jubilar mit einer herzlichen Ansprache zu begrüßen und mit sinnigen Geschenken zu erfreuen, denen auch die Arbeiter ihre Gaben hinzufügten, während die Ehefrau des Jubilars in ihrer Wohnung von der Gattin des Fabrikinhabers beglückwünscht und mit Geschenken erfreut wurde, die den Jubilar nach der Rückkehr von der Arbeit überraschten.

Wenige Tage nachher fand noch eine erhebende Nachfeier dieses Dienstjubiläums statt. Es wurde am 6. Januar, dem hohen Neujahrstage, der in Sachsen als ein Festtag gefeiert wird, an welchem alle Arbeit ruht, in den weiten Räumen der Neustädter Turnhalle gerade ein großer Volksunterhaltungsabend abgehalten, an welchem auch der Jubilar Dietel, als Mitglied des Vereins Volkswohl, sowie der Chef der Firma Collenbusch mit seiner Familie und zahlreichen anderen Familien des Fabrikpersonals mit zugegen waren. Der Vorsitzende des Vereins Volkswohl benutzte dieses Zusammentreffen, um der zahlreichen Versammlung von etwa 2000 Männern und Frauen aus allen Volksklassen den Segen der Arbeit und die Bedeutung eines friedlichen Zusammenwirkens aller Kräfte und Stände und Berufszweige vorzuführen, indem er hervorhob, daß der Vereinsgenosse, Jubilar Dietel,

nicht allein ein nachahmenswertes Vorbild beruflicher Treue sei, sondern auch durch nüchterne, geordnete, arbeitsfreudige Lebensführung den Segen des Fleißes und der Mäßigkeit bis ins hohe Alter beweise. Der Volksunterhaltungsabend, an welchem gerade einer der ersten Künstler Dresdens, der Violinist Prof. Rappoldi auftrat und einer der beliebtesten Redner, Prof. Dr. Schultze von der technischen Hochschule, einen Vortrag hielt über das Thema: „Der Mensch in den verschiedensten Lebensaltern von der Wiege bis zum Grabe", gestaltete sich zugleich zu einem erhebenden Feste der Arbeit und hat bei allen Teilnehmern einen nachhaltigen wohlthuenden Einfluß hinterlassen.

Der Lebensgang des Jubilars ist zwar einfach, aber deshalb nicht minder beachtenswert: Johann Heinrich Gottlieb Dietel wurde am 24. April 1824 als der Sohn eines Tuchbereiters in der Stadt Döbeln in Sachsen geboren und nach seiner Konfirmation am 1. Januar 1839 von seinen Eltern nach Dresden zu Verwandten geschickt, um sich in der Hauptstadt des Landes sein Brot selbst zu verdienen. Er trat am Tage nach seiner Ankunft am 2. Januar 1839 in die Cigarrenfabrik des Kaufmanns Collenbusch ein, welche damals nur etwa 20—30 junge Leute beschäftigte. Die Cigarrenfabrikation war damals in Sachsen noch im ersten Jahrzent ihres Bestehens und konnte, obwohl es noch keine Gewerbefreiheit gab, frei betrieben werden, weil das Cigarrenmachen niemals zünftig gewesen war. Der neue Erwerbszweig hatte noch wenig unter der Konkurrenz zu leiden. Der noch nicht 15jährige Dietel konnte sich schon nach einem Vierteljahr durch Stückarbeit wöchentlich etwa 15 Groschen verdienen und als er soweit geübt war, um wöchentlich mehr als 1000 Stück anfertigen zu können, stieg sein Lohn schon im 16ten Lebensjahre beinahe auf das Doppelte. In den Anfängen der Cigarrenfabrikation pflegte jeder Arbeiter sein eigener Wickelmacher zu sein und die angefertigten Wickel selbst mit einem Deckblatt zu versehen und einzurollen. Nach und nach entwickelte sich auch in diesem Gewerbe die Arbeitsteilung dergestalt, daß sich ein Roller seinen besonderen Wickelmacher hielt und diesen selbst bezahlte. Außer den Wickelmachern und Rollern bildete sich sehr bald noch die besondere Arbeitsgruppe der Cigarrensortierer. Das Wickelmachen wurde nach und nach immer mehr eine Beschäftigung für Mädchen und Frauen, während als Roller und Sortierer meist Männer angestellt sind. In den fünfziger Jahren kam neben der bloßen Handarbeit mehr und mehr auch die sogenannte Formarbeit auf, welche in neuester Zeit wieder mehr der Handarbeit oder sogenannten Façon-

arbeit gewichen ist. Die Anfertigung von Cigarren mit der Maschine ist zwar vielfach versucht worden, hat sich jedoch nicht einbürgern können, und die Cigarrenfabrikation ist deshalb ein Gewerbszweig geworden, welcher verhältnismäßig sehr viele Hände beschäftigt. Als der Cigarrenarbeiter Dietel 1839 in die Dresdner Fabrik von Collenbusch eintrat, dauerte die Arbeitszeit 11 Stunden, von früh $6^1/_2$ bis Abends $6^1/_2$ Uhr mit einstündiger Mittagspause von 12—1 Uhr. In den letzten 60 Jahren ist die Arbeitszeit zuerst auf 10 Stunden und dann auf 9 Stunden beschränkt worden. Sie dauert jetzt von früh $7^1/_2$ bis $6^1/_2$ Uhr Abends mit $1^1/_2$stündiger Mittagspause von 12 bis $1^1/_2$ Uhr und $^1/_4$ Frühstücks- und $^1/_4$-Stunde Nachmittagspause. Zeitweise brauchen die Arbeiter nach Verabredung mit dem Prinzipal, sobald die Arbeit nicht drängt und schon viel Waare auf Vorrat angefertigt ist, auch nur 8 Stunden im Sommer zu arbeiten.

Der Arbeitslohn, welcher meist im Stücklohn gewährt wird und anfänglich nur einen halben Thaler für 1000 Stück Cigarren betrug, ist nach und nach auf einen Thaler, dann später auf 4 und 5 Mark pro 1000 Stück je nach Feinheit der Sorte gestiegen. Während sich früher ein Arbeiter nur etwa 12 Mark in der Woche verdienen konnte, ist der Durchschnittslohn allmählich auf 15 und 20 Mark und darüber je nach der Leistung und Arbeitsstellung gestiegen. (Die genauesten Angaben enthält die Arbeit von Alban Förster: „Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Cigarrenfabrik von A. Collenbusch in Dresden" in der „Zeitschrift des Kgl. Sächs. Statistischen Bureaus" Jahrg. 1892). Große Veränderungen sind in der Fabrik von Collenbusch namentlich in sanitarischer Hinsicht dadurch möglich geworden, daß an Stelle der früher engen und winkligen Zimmer eines älteren Fabrikgebäudes geräumige hohe helle Säle mit luftigen reinlichen Korridoren eines völligen Neubaues getreten sind, welcher vor einigen Jahren auch mit das Ziel einer von Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Post durch Sachsen und Österreich geführten Exkursion von etwa 20—30 Herren aus den verschiedenen deutschen Staaten gebildet hat.

Der Cigarrenarbeiter Dietel ist in zwei Menschenaltern Zeuge durchgreifender Veränderungen und Verbesserungen der deutschen Cigarrenfabrikation auf sanitarischem, volkswirtschaftlichem und socialem Gebiete gewesen und liefert den praktischen Beweis, daß man auch nach 60jähriger Arbeit in einem Gewerbe, welches vielfach als ungesund bezeichnet wird, im Alter von 75 Jahren noch frisch und munter thätig sein kann. In derselben Fabrik sind noch mehrere Arbeiter,

welche bereits eine 50jährige Dienstzeit überschritten haben. Dietel ist in seiner 60jährigen Dienstzeit zusammen nur etwa 20 Wochen krank gewesen, darunter einmal 8 Wochen lang. Befragt, welchen Umständen er besonders diese anhaltende Gesundheit verdanke, versicherte Dietel, daß ihn in jungen Jahren namentlich das Turnen gesund und widerstandsfähig gegen die Gefahren des langen Sitzens bei der Cigarrenfabrikation gemacht habe; er sei 5 Jahre Vorturner gewesen und habe in seinem Alter von 50—60 Jahren nach der Arbeit längere Wanderungen nach seiner von der Fabrik etwas entfernt gelegenen Wohnung gemacht und dann Gartenarbeit getrieben. Auch die regelmäßig betriebene Heilgymnastik, sowie eine immer mäßige Lebensweise und ein befriedigendes Familienleben habe seinen Körper frisch erhalten, nicht minder auch der Umstand, daß er bemüht gewesen sei, in seinem Gemüt ruhig zu bleiben und seinem Geiste durch das Hören von Vorträgen und durch das Lesen guter Bücher gesunde Nahrung zu bieten. Als ältere Bücher, denen er viel Nutzen und Befestigung seines Willens verdanke, bezeichnete er Preuskers „Jugendbildung“ und Zschokkes „Stunden der Andacht“.

Der Cigarrenarbeiter Dietel hat 4 Kinder gehabt, von denen 2 Söhne und 1 Tochter im Alter von 40, 38 und 36 Jahren, sämmtlich verheiratet, die Tochter in Amerika, noch leben. Der Jubilar ist im Stande, im Alter von 75 Jahren seiner Berufsarbeit noch täglich nachzugehen. Er erklärt, daß er arbeiten wolle, so lange er noch Kraft habe, weil man schaffen müsse, so lange es noch Tag sei, ehe die Nacht komme, wo niemand wirken könne.

Möge ihm nach 60jähriger Dienstzeit noch ein langes glückliches Leben der Arbeit beschieden sein! Die Zufriedenheit des Jubilars mit seinem Berufe und sein treues Ausharren im Dienst ehrt nicht nur den Arbeiter, sondern auch die Leitung des Geschäfts und beweist, daß ein friedliches und freundschaftliches Zusammenwirken von Arbeit und Kapital in deutschen Landen kein bloßer Traum und frommer Wunsch, sondern praktische Wahrheit geworden ist und überall werden kann, wo Prinzipale und Arbeiter es verstehen, ihre Berufspflichten treu zu erfüllen und ihr persönliches Verhältnis zu einander menschenfreundlich zu gestalten!

Der bayerische Eisenbahnerverband*).

Dem soeben veröffentlichten 2. Jahresbericht des bayerischen Eisenbahnerverbandes entnehmen wir Folgendes: Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1898 rund 16 000 Mitglieder in 83 Obmannschaften. Im letzten Jahre hat er 6500 Mitglieder gewonnen. In der Rheinpfalz sind 1500 Eisenbahner im bayerischen Eisenbahner-Verband organisirt. Das Fachblatt der „Eisenbahner", das am 1. Oktober v. Js. zum ersten Male erschien, zählt bereits 11 000 Abonnenten. Da die Geschäftslast für die Vorstandschaft und den Sekretär zu groß wurde, ist der I. Vorstand des Verbandes als (besoldeter) Verbandsverwalter angestellt worden.

Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 11 081 Mk. und eine Ausgabe von 8982 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am 1. Februar 2098 Mk. Für Versammlungen und Ausbreitung des Verbandes hat der Verband rund 1600 Mk. ausgegeben. Die Organisation des Verbandes ist in dem letzten Jahre so weit ausgebaut worden, daß in ganz Bayern nur noch 2 Obmannschaften einzurichten sind.

An der Verbesserung der Lage seiner Mitglieder hat der Verband tüchtig gearbeitet. Umfangreiche Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse des Eisenbahn-Personals haben das Material zu einer Denkschrift an den Landtag geliefert. Auf Grund dieser Erhebungen hat der Verband in einer Eingabe an die Verwaltung darum gebeten, es möchten von Staatswegen für das Eisenbahn-Personal Dienst- und Arbeiterwohnungen gebaut werden. Die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen hat auf diese Petition die erfreuliche Antwort gegeben, daß die Regierung vom nächsten Landtage eine größere Summe zum Bau von Wohnungen für das Eisenbahn-Personal fordern werde. (Bekanntlich inzwischen geschehen.) Eine Deputation des Verbandes hatte eine Audienz beim Herrn Staatsminister von Crailsheim, um ihm den Dank der Eisenbahner für die eingeführten Verbesserungen zu überbringen.

*) Vergl. XXXVI. Jahrg. 3. Viertelj.-Heft S. 263 ff.

Hierbei wurde von der Deputation auch die Bitte ausgesprochen, es möchte den Werkstättearbeitern eine Lohnaufbesserung zu theil werden. Der Herr Staatsminister sagte zu und ließ 200 000 Mark für diesen Zweck anweisen.

Die Selbsthülfe wurde vom Verbande eifrig geübt. Die vor Jahresfrist gegründete Unterstützungskasse hat bereits 7680 Mitglieder und zahlte über 11 000 Mark an Unterstützungen. Ein eigener Fond dient dazu, solche Mitglieder zu unterstützen, die wegen Krankheit, Alter u. s. w. nicht in die Unterstützungskasse aufgenommen werden können. Dieser Unterstützungsfond hatte an freiwilligen Spenden 730 Mk. eingenommen und 560 Mk. an Unterstützungen gezahlt. Mit dem gemeinsamen Bezug von Steinkohlen wurde in München im letzten Herbst eine Probe gemacht. Es wurden über 3000 Centner Steinkohlen, der Centner um 20—30 Pf. billiger als beim Händler bezogen. Da der Versuch gelang, wird diese Einrichtung weiter ausgedehnt werden. Bisher haben sich innerhalb des Verbandes 4 Baugenossenschaften gebildet. Diese wollen, jede an ihrem Ort, der für das Eisenbahn-Personal besonders fühlbaren Wohnungsnoth abhelfen. Weitere Gründungen sind in Vorbereitung.

Ende März hält der Verband in Nürnberg seine Generalversammlung ab. Die Wünsche des Eisenbahn-Personals an den nächsten Landtag, der Ausbau der Organisation und der Unterstützungskasse sind die Hauptpunkte, über die in der Generalversammlung verhandelt wird. Im neuen Verbandsjahr will der Verband seine Organisation noch weiter kräftigen und stärken und seine Wohlfahrtseinrichtungen weiter ausbauen. Da die Frage der Gehalts-Regulirung den nächsten Landtag besonders beschäftigen dürfte, wird der Verband dem Landtag eine Denkschrift zu dieser Frage unterbreiten, um bei den Verhandlungen des Landtages in dieser Frage die Wünsche des Eisenbahner-Personals zur Geltung zu bringen. Das Freifahrtwesen und die Urlaubsfrage werden dem Verbande weitere Arbeit geben. Die Herausgabe von Dienst-Unterrichtsbüchern, die Gründung einer großen Bibliothek und die Einrichtung von Unterrichtskursen ist bereits in die Wege geleitet; als höchst erfreulich kann es bezeichnet werden, daß die Bestrebungen des Verbandes bei der Verwaltung nicht nur keinem Widerstand begegnen, sondern da, wo solches angebracht ist, wohlwollende Förderung erfahren. de Terra.

II. Litteratur über die Arbeiterfrage.

A. Recenſionen.

Die Gewinnbeteiligungslitteratur der letzten drei Jahre (1896, 97, 98).

Das älteſte und wichtigſte der Fachwerke, die ſeit der letzten Beſprechung über die Gewinnbeteiligungslitteratur erſchienen ſind, iſt unſtreitig

1. **Les applications de la participation aux bénéfices.** Par Albert Trombert. Avec une préface de Charles Robert. Paris 1896, Librairie Chaix. 336 Großoktavſeiten.

Die hohe Bedeutung dieſes ſtattlichen Bandes liegt darin, daß er die praktiſche Anwendung des Anteilſyſtems außerordentlich erleichtern wird; denn er beſteht der Hauptſache nach aus 54 ſehr ausführlichen Darſtellungen von modernen Anteilwirtſchaften verſchiedener Länder. In dieſer Hinſicht bildet er eine unmittelbare Fortſetzung der ähnlichen Darſtellungen, welche der Verfaſſer, der wackere Schriftführer des Pariſer Gewinnbeteiligungsvereins, ſeiner franzöſiſchen Ausgabe des Böhmert'ſchen Werkes über Gewinnbeteiligung als Ergänzung angefügt hat. Gewinnbeteiligungsfirmen und ſolche, die es werden wollen, finden hier ein ungemein reiches Material (Reglements, Urſachen, Ergebniſſe u. ſ. w.), das im Verein mit desſelben Autors wertvollem „Guide pratique de la participation“ (der im 4. Heft des Jahrg. 1892 des „Arbeiterfreund“ beſprochen worden iſt) meines Erachtens für alle praktiſchen Bedürfniſſe hinreicht, d. h. für Praktiker kaum etwas zu wünſchen übrig läßt. Die Fülle von Unternehmungszweigen, die hier vorgeführt werden, iſt ebenſo groß, wie die der geſchilderten Anteilverfahrungs-Arten und -Formen. Dieſe Fälle und die in zahlreichen grundverſchiedenen Fällen erzielten günſtigen Reſultate — günſtig für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber — können auch zur neuerlichen Beſtätigung der alten Thatſache dienen, daß die Gewinnbeteiligung ſich für Unternehmungen jeden Umfanges und faſt jeder Gattung eignet. Sehr erhöht wird die Brauchbarkeit des Werkes durch ein treffliches Sachregiſter, eine gediegene Vorrede des Staatsrats Charles Robert (Vorſitzenden der Société pour l'étude de la participation) und eine nicht weniger als 56 Seiten lange, eingehende, höchſt willkommene Analyſe der geſamten Fachlitteratur. Wie umfangreich die letztere bereits geworden, iſt geradezu erſtaunlich.

Aus dem Jahre 1897 wäre nur Ein Werk zu nennen, das ſehr zu empfehlen iſt:

2. **La partecipazione dei lavoratori al profitto dell' impresa.** Per l'avvocato Vincenzo Camanni. Rom.

Der Verfaſſer behandelt den Gegenſtand von der theoretiſchen wie von der praktiſchen Seite; er analyſiert die Prinzipien und die Thatſachen. Jeder Fachmann, der italieniſch verſteht, ſollte das ſchöne Buch leſen.

Allen drei Jahren gehört unſer lieber alter Bekannter an:

3. **Bulletin de la participation aux bénéfices.** Paris, Imprimerie Chaix. Jahrgänge 18, 19, 20.

Dieſe von dem unermüdlichen Trombert redigierte Vierteljahrsſchrift des Pariſer Gewinnbeteiligungsvereins fährt fort, die reichſte Fundgrube für einſchlägiges Material zu ſein und die gute Sache in Studien, Artikeln, Berichten, Notizen ꝛc. nach Kräften zu verbreiten. Wie früher, will ich auch diesmal auf die hauptſächlichſten Beſtandteile des Inhalts aufmerkſam machen:

Der Jahrgang 1896 enthält folgende Hauptaufſätze: Die Gewinnbeteiligung in Holland. — Das neue Hülfskaſſengeſetz. — Das Socialmuſeum (wiederholt). — Die Arbeiter als Mitglieder des Verwaltungsrats. — Die gerechte Verteilung des des Arbeitsvertrags. — Die ruſſiſchen Artels. — Der internationale Genoſſenſchaftskongreß. — 1897: Ein Agrarkongreß. — Die Alliance coopérative internationale. — Das Socialmuſeum (wiederholt). — Landwirtſchaftliche Gewinnbeteiligung in England. — 1898: Die Sociologie auf der Pariſer Weltausſtellung von 1900. — Die Stückarbeit und die Gewinnbeteiligung. — Der Geſellenverband. — Die vier ſocialen Probleme. Die Wohlfahrtseinrichtungen der franzöſiſchen Eiſenbahnen. — Die Gewinnbeteiligung bei den Produktivgenoſſenſchaften. — Das Socialmuſeum (wiederholt). — Ferner zahlreiche ausführliche Schilderungen neueſter intereſſanter Anteilwirtſchaften.

Die andere Gewinnbeteiligungs-Vierteljahrsſchrift, die ich in früheren Ueberſichten zu beſprechen pflegte, R. P. Gilman's Zeitſchrift „Employer and Employed", iſt 1896 leider eingegangen; doch beſteht die Amerikaniſche Geſellſchaft zur Förderung der Gewinnbeteiligung, deren Organ ſie war, weiter; ſie verlegt ſich jetzt mehr auf die eifrige Verteilung von Broſchüren und Flugblättern. Gilman ſelbſt ſchreibt noch immer Artikel und hält noch immer zuweilen Vorträge über den Gegenſtand.

Beſonders reich an neuen Fachwerken war das Jahr 1898; in dieſem haben ſich fünf Bücher angeſammelt. Das erſte:

4. **Methods of industrial remuneration.** By David F. Schloss. Third edition. London, Edinburgh and Oxford: Williams & Norgate. 466 Seiten

iſt eine völlig umgearbeitete und erheblich erweiterte Neuausgabe eines unſeren Leſern wohlbekannten Meiſterwerks, deſſen erſte Auflage in dieſen Blättern bereits gewürdigt worden iſt (1892, 4. Heft). Ich kann mich daher kurz faſſen. Zu den zahlreichen Entlohnungsformen, die der ungemein tüchtige Autor behandelt, gehört die Gewinnbeteiligung, welcher er in fünf Kapiteln und zwei Anhängen nicht weniger als 110 Seiten — alſo faſt den vierten Teil des Buches — widmet, die eine Menge ausgezeichneter theoretiſcher Erörterungen und praktiſchen Materials enthalten. Schloß' bekannte Stellungnahme zur Gewinnbeteiligungsfrage hat ſich ebenſowenig geändert, wie ſeine große Unparteilichkeit. Wie allgemein die dieſem Buch gezollte Anerkennung iſt, geht daraus hervor, daß die geſamte engliſche Tages-

und die internationale Fachpresse ohne Unterschied der Richtung demselben hohes Lob gespendet hat.

Der Schreiber dieser Zeilen hat letzthin im „Arbeiterfreund" eine Schilderung des Pariser Socialmuseums entworfen. Diese verdienstvolle Anstalt hat, wie ich dort bereits mitteilte, auf Kosten ihres freigebigen Begründers, des Grafen Chambrun, ein Preisausschreiben auf Bücher über die Gewinnbeteiligungsfrage erlassen, die nach vorgeschriebenen Grundsätzen anzulegen waren. Von den 23 eingereichten Werken wurden die folgenden vier gekrönt und veröffentlicht (ich halte die Reihenfolge der Auszeichnung ein):

5. **La participation aux bénéfices.** Contribution à l'étude des modes de rémunération du travail. Par Emile Waxweiler (Bruxelles). Paris, Arthur Rousseau, 1898. 320 Seiten.
6. **La participation aux bénéfices.** Étude théorique et pratique par Maurice Vanlaër (Lille). Paris, Rousseau, 1898. 310 Seiten.
7. **L'association de l'ouvrier aux profits du patron.** Par Paul Bureau. Paris, Rousseau, 1898. 322 Seiten.
8. **Le métayage et la participation aux bénéfices.** Ouvriers de l'industrie; ouvriers agricoles; pêche maritime. Par Roger Merlin. Paris, Rousseau, 1898. 578 Seiten.

Waxweiler, der Gewinner des Hauptpreises (12 000 Frcs.), definirt die Gewinnbeteiligung als „eine Entlohnungsart, bei der zu dem normalen Lohn noch ein Anteil am Reingewinn der Unternehmung kommt". Er fügt hinzu, daß diese seine Definition die Halbpacht und die Kollektivbeteiligung ausschließt. Er betrachtet den Gegenstand von drei Seiten: der praktischen, der wissenschaftlichen und der juristischen. Er illustriert seinen Abriß der Geschichte durch die Darstellung ausgewählter Anteilwirtschaften und begleitet sie mit Tabellen, die die Entwickelung des Systems seit 1842 (dem Datum seiner Einführung durch Leclaire) nach Ländern zeigen; aus diesen Tabellen ersehen wir, daß seit 1887 Frankreich von England übertroffen wird, und die Metall-, die Textil- und die Druck-Industrien in den Vordergrund getreten sind.

Der Autor glaubt, daß man den Arbeitern die Prüfung der Buchführung nicht verweigern könne, wenngleich gegenwärtig nach seiner Mitteilung nur $11\frac{1}{2}$ Prozent der Partizipationsfirmen sie gestatten. Diese Aufsicht könnte, wie er vorschlägt, durch einen vom Unternehmer bezeichneten Angestellten oder durch einen Vertreter des Personals oder durch den „beratenden Ausschuß der Arbeiter" — wo ein solcher besteht — gehandhabt werden. Er berechnet, daß in Frankreich 15, in England 32, in den Vereinigten Staaten 60 Prozent der Gewinnbeteiligungshäuser den ganzen Anteil baar verteilen. Die Ziffer der gescheiterten Versuche schätzt er auf 14 Prozent und als Ursachen des Mißlingens führt er an: Mangel an Intelligenz beim Personal (wo bleibt der Mangel an Intelligenz beim Chef?), Unzulänglichkeit des Reingewinns, Zwietracht zwischen Unternehmern und Angestellten.

Wissenschaftlich ist die Gewinnbeteiligung nach Waxweiler unanfechtbar. Auf den bekannten Einwand, sie sei weder gerecht noch wissenschaftlich, weil nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer den Gewinn erzeuge, antwortet er mit einer Theorie, die er für ganz neu erklärt. Es handle sich nicht darum, ob der Gewinn vom Unternehmer erzeugt werde, sondern darum, ob er gegenwärtig lediglich dem Unternehmer zufalle. Während früher der Unternehmer alles war, habe er sich jetzt

bei den Aktiengesellschaften einigermaßen zersplittert. Das Kapital werde von den Aktionären geliefert, die Idee rühre von einem Erfinder oder Gründer her, die Leitungsarbeit verteile sich zwischen dem Verwaltungsrat und einer Anzahl von Direktoren; die Unternehmerthätigkeit werde fest entlohnt und der Gewinn wie der Verlust falle dem Kapital zu. Und was bei den Aktiengesellschaften klar zu tage liege, das treffe thatsächlich auch anderswo zu, so daß die Zuweisung eines Teiles des Gewinns an andere Personen als den Unternehmer keine Expropriierung des letzteren sei, denn er empfange den Gewinn nicht in seiner Eigenschaft als Unternehmer, sondern in derjenigen als Kapitalist. Aber auch das Kapital erleide durch eine solche Zuweisung keine Expropriation, denn wenn der Gewinn den Unterschied zwischen dem Kosten- und dem Verkaufspreis bilde, so mache man vor der Verteilung desselben an das Kapital fast immer Abzüge für Reserven, Abschreibungen ꝛc. Nehme man nun in die Reihe dieser Abzüge einen Anteil für die Angestellten auf, so bedeute das für das Kapital nicht mehr, als wenn der leitende Direktor die Löhne erhöhen müßte, d. h. der Anteil gehöre dann eben zu den normalen Herstellungskosten und sei daher völlig berechtigt. Wenn es nicht unwissenschaftlich sei, die Löhne zu erhöhen, so sei es ebensowenig unwissenschaftlich, einen Gewinnanteil zu gewähren.

Mit Recht sagt der Verfasser, daß, wenn das System die Erzeugung des Gewinnanteils der Arbeiter durch diese selbst bewirke, die Unternehmer ein gutes Geschäft machen; selbst menn sie nur vor Lohnzwistigkeiten, Streiks ꝛc. bewahrt bleiben, können sie schon sehr zufrieden sein. Uebrigens sei das System nicht überall anwendbar; es erfordere einesteils auf beiden Seiten eine gewisse allgemeine Bildung, andernteils einen Produktionszweig, in welchem die Thätigkeit des Personals das geschäftliche Ergebnis zu beeinflussen vermag. Waxweiler zählt nicht weniger als 28 Einwendungen auf, die gegen die Gewinnbeteiligung erhoben worden sind; er widerlegt sie dann meist in unanfechtbarer, selten in fragwürdiger Weise und weist klar nach, daß die Partizipation eine Lohnform, nicht aber ein Gegensatz zum Lohn sei. Er verwirft jede gesetzliche Vorschrift, welche die Gewinnbeteiligung etwa obligatorisch machen möchte.

In einem kurzen Kapitel behandelt er die Kollektivbeteiligung, die er empfiehlt und als vollständigsten Ausdruck der Wohlfahrtseinrichtungen bezeichnet. Im Schlußwort sagt er, die Partizipation sei weder eine Freigebigkeit, wie die Unternehmer behaupten, noch eine Restitution, wie die Arbeiter meinen, sondern eine Arbeitsentlohnungsform, die der socialen Evolution angemessen, den anderen bekannten Formen wirtschaftlich und sittlich überlegen, aber vorläufig schwer anzuwenden sei, weil der Boden noch nicht genügend vorbereitet ist. Er steht der Sache sehr günstig gegenüber und wünscht ihr baldige große Verbreitung.

Empfehlenswert ist auch das Buch von Vanlaër. Er kennt den Gegenstand genau, argumentiert mit viel Logik und behandelt die einzelnen Fragen im engsten Zusammenhang miteinander. Die fünf Abteilungen des Werkes befassen sich mit der Definition, der Geschichte, den Bedingungen, den Ergebnissen und den Aussichten der Gewinnbeteiligung. Der Verfasser erklärt es für „logisch, den Gewinn der Hauptsache nach als Entschädigung für das Risiko des Unternehmers zu betrachten"; er dürfe nicht, wie bei Smith u. a., mit der Entschädigung des Kapitals oder der Leitung verwechselt werden; bei Aktiengesellschaften z. B. sei der bezahlte Direktor nicht der Unternehmer, denn nicht er, sondern das Kapital trage das Risiko.

Die Geschichte der Gewinnbeteiligung erzählt Vanlaër in sehr interessanter Weise; am Schluß seiner historischen Darstellung sagt er: „Die Partizipation hat vielleicht eine große Zukunft, aber ihre gegenwärtige Lage ist jedenfalls eine bescheidene." Hinsichtlich der „besten Anteilsbedingungen" zieht er, wo irgend möglich (in der Landwirtschaft ist die Möglichkeit der Vorherbestimmung kaum vorhanden), die Vorherbestimmung des Anteilsatzes vor; auch findet er die Beteiligung einer bloßen Elite zweckmäßiger als die des ganzen Personals und will die Aufnahme in die Elite (Kern, noyau, élite) von einer bestimmten Mindest-Dienstzeit abhängig gemacht sehen. Doch spricht er sich dagegen aus, daß die angesammelten Anteile dem Berechtigten unter irgend welchen Umständen (Austritt ꝛc.) vorenthalten werden oder daß die Angestellten die Geschäftsbücher prüfen. Ein Angestellter könnte sich selbstständig machen wollen oder ein Arbeiter könnte von einer Konkurrenzfirma bestochen sein — dann würde die dem Personal eingeräumte Kontrolle zum Wegfischen der Kunden oder zum Verrat anderer Geschäftsgeheimnisse führen. Die Anteilwirtschaft müsse lediglich auf Vertrauen beruhen u. s. w. Er vergißt, daß seine Bedenken überwindbar sind, wenn das Recht, die Bücher zu prüfen, auf einen öffentlichen Buchsachverständigen oder, wie das bereits bei mehreren hervorragenden Partizipationsfirmen der Fall, auf einen zur Verschwiegenheit verpflichteten Vertrauensmann des Personals beschränkt bleibt.

Bezüglich der Ausbreitung des Systems sieht unser Autor schwärzer als nötig, indem er die Schwierigkeiten größer macht als sie sind. So z. B. bringt er die durch die Erfahrung widerlegten Befürchtungen vor, daß die Verringerung des Gewinns Mißtrauen und Feindseligkeit nach sich ziehen werde und daß die Arbeiter in der Regel noch nicht intelligent genug seien. Auch lasse sich die Grenze zwischen den Erzeugungskosten und dem Gewinn sehr schwer bestimmen. Ferner würden im allgemeinen zu geringe Gewinne erzielt, denn der große Wettbewerb drücke sie, wenigstens in den nicht mehr neuen Industriezweigen, immer mehr herab. Am besten stehe es noch mit dem Handel, schwächer mit dem Kleingewerbe, noch schwächer mit der Großindustrie und am schlimmsten mit der Landwirtschaft. Um wirklich wirksam zu sein, müßte die Gewinnbeteiligung das Einkommen des Arbeiters beträchtlich erhöhen; das aber sei wegen der Geringfügigkeit der Gewinne wenig wahrscheinlich. Daher sei trotz der theoretischen Ueberlegenheit des Partizipationssystems die Lohnerhöhung thatsächlich wirksamer.

Dem Bericht der Preis-Jury entnehme ich die folgende Stelle: „Der Verfasser erklärt in seinem Resümee, die wahre Gewinnbeteiligung müsse freiwillig, vertragsmäßig und lohnergänzend sein. Der Unternehmer müsse eine bestimmte Verpflichtung eingehen; der Arbeiter habe kein wirkliches Recht auf Beteiligung, denn er werde mittels Lohnes bezahlt und trage kein Risiko; der Gewinn werde durch die Intelligenz des Chefs erzeugt; der Arbeiter werde durch eine Lohnerhöhung mehr angespornt als durch einen Gewinnanteil, denn jene sei etwas Sicheres, dieser etwas Unsicheres. Erziele der Chef einen Gewinn, so möge er sein Personal getrost daran beteiligen; das sei stets sein Recht und vielleicht auch seine Pflicht; allein er übe damit nur eine Handlung der Wohlfahrt, eine gute That; freilich könne diese unter Umständen für ihn ein gutes Geschäft werden."

Die volkswirtschaftlichen Ideen, welche Vanlaër in seinem interessanten Buch entwickelt, stehen durchweg im innigsten Zusammenhang miteinander. Gar manche seiner Anschauungen ist anfechtbar, aber man muß anerkennen, daß er gut

argumentiert und nur logische Schlüsse zieht. Auch seine Irrtümer und sein zu weitgehender Skeptizismus sind wohl motiviert. Darum wird das Buch, wenngleich es nicht einwandsfrei ist, viel zur Klärung der Meinungen über den Gegenstand beitragen.

Auch Paul Bureau ist kein Optimist. Seinem Leitspruch „Man muß die wirtschaftlichen Einrichtungen mit großer Mäßigung beurteilen" getreu, hält er sich von jeder Begeisterung fern. Er will kein Apostel sein, sondern ein Kritiker. „Statt eine doktrinäre Befürwortung zu schreiben, will ich nach sorgfältigster Prüfung der Thatsachen eine gewissenhafte und unbefangene Studie liefern." Er besitzt die erforderlichen nationalökonomischen und rechtswissenschaftlichen Kenntnisse und hat der praktischen Seite durch den Besuch zahlreicher einschlägiger Unternehmungen und durch Briefwechsel mit anderen Genüge geleistet.

Er giebt zu, daß die Theorie, der ganze Reingewinn gebühre dem Unternehmer, weil dessen Intelligenz ihn geschaffen habe, größtenteils richtig sei; aber sie sei nicht vollkommen richtig, denn nicht selten hänge der Gewinn von Konjunkturen ab, die weder vom Willen des Unternehmers noch von der Beschaffenheit des Arbeiters beeinflußt werden. Bureau teilt die Lohnergänzungen in 3 Gattungen: Ertragsteilung (métayage), Prämien, Gewinnbeteiligung, und dies sind auch die 3 Abteilungen seines Buches Die Gewinnbeteiligung betrachtet er nicht als eine Panacee, wohl aber als die „höchste Form der Ausgleichung zwischen der fest entlohnten Arbeit und der Entlohnung". Er giebt der Reihe nach ihre Geschichte, ihre Theorie, ihre Anwendungsarten, ihre rechtlichen Seiten und ihre Ergebnisse. Der Arbeiter, sagt er an einer Stelle, fühle sich, auch wenn er einen hohen Lohn beziehe, zum Streiken versucht, wenn er den Gewinn des Unternehmers für sehr groß halte; wo ein Anteilverfahren geübt werde, schwinde diese Versuchung Die Partizipation könne überall eingeführt werden, wo die Arbeit der Hände die Hauptrolle spielt und wo auf beiden Seiten die moralischen Vorbedingungen — namentlich das Vertrauen — vorhanden sind.

Die Verlustbeteiligung des Personals hält Bureau nicht für unmöglich, aber er ist mit Recht gegen sie eingenommen. Wo die Gewinnbeteiligung vertragsmäßig besteht, könne man sie nicht für einen Akt der Wohlthätigkeit erklären. Die Veröffentlichung der Bilanzen der Aktiengesellschaften beweise, daß die Kenntnis der Höhe des Gewinnes im allgemeinen nicht schade; immerhin könnten jedoch unangenehme Indiskretionen vorkommen, falls dem Personal diese Kenntnis gegeben wird, gegenteils könnte das den Chef leicht ungerecht verdächtigen. Was die Höhe der Beteiligung betrifft, so meint unser Autor, der Gewinn wäre am besten nach Maßgabe der Gesamtheit des Geschäftskapitals einerseits und der Gesamtheit der festen Bezüge des Personals andererseits gleichmäßig zu verteilen. Bezüglich der Zulassung der Anteilberechtigung empfiehlt er, gleich Vanlaër, die Forderung einer bestimmten Mindestdienstzeit. Hinsichtlich der Art der Verwendung des Geldes glaubt er, daß der Arbeiter der Ansammlung die Barzahlung vorzieht, daß aber beide Arten Nachteile haben: die Barzahlung verleite leicht den Arbeiter zur Verschwendung und den Unternehmer zur Zahlung niedriger Löhne, während die Ansammlung zu Altersversorgungszwecken eine Zwangssparsamkeit sei, welche den Sinn für eigenes Sparen beeinträchtige.

Betreffs der Anwendbarkeit des Systems sagt der Verfasser, daß dieses trotz der Gegnerschaft der Gewerkvereine im Kleingewerbe eher am Platze sei, weil da

die Arbeitsweise einfacher sei und der Chef sein Personal genau kenne, während das letztere in der Großindustrie zu zahlreich sei, um sich selbst überwachen zu können. Für ganz überflüssig hält er die Partizipation in Betrieben, deren Gedeihen hauptsächlich von den Eigenschaften des Unternehmers abhängt. Lohnerhöhungen seien für die Arbeiter ein viel besserer Ansporn, abgesehen davon, daß eine allgemeine Einführung der Gewinnbeteiligung vielleicht zur Verringerung der festen Entlohnungen führen könnte. Übrigens stehe der Ausbreitung des Systems schon das Überhandnehmen der Großindustrie im Wege. Überhaupt stellt Bureau überall die Schwierigkeiten und Hindernisse in den Vordergrund; aber er beleuchtet den dornigen Pfad durch die Neuheit des von ihm gesammelten Materials und durch die Kunst seiner Dialektik. Er hält nicht viel von der Zukunft der Sache, allein sein Werk zeichnet sich durch eine Fülle thatsächlicher Belehrung aus und regt vielfach zur: Nachdenken über den Gegenstand an.

Roger Merlin's Werk stützt sich auf die gesamte Fachlitteratur, noch mehr aber auf eine umfassende persönliche Enquête. Der erste und umfangreichste Abschnitt ist der Ertragsteilung gewidmet und bildet mit seiner lichtvollen Schreibweise eine anziehende Lektüre. Nach eingehender Schilderung der einschlägigen Zustände im Altertum und in der neuesten Zeit (Frankreich, Schweiz, Italien insbesondere), entwirft Merlin ein lesenswertes Bild der wirtschaftlichen und socialen Vorteile des métayage-Vertrags. Mit der gleichen Sorgfalt behandelt er im zweiten Abschnitt die Gewinnbeteiligungsfrage. Besonders planmäßig sind seine theoretischen Erörterungen. In maßvoller durchsichtiger Weise entwickelt er die Vorbedingungen einer erfolgreichen Anwendung der Partizipation und sein reiches Thatsachenmaterial enthält sehr viel Neues, namentlich aus England und dem Elsaß. In der dritten Abteilung beschäftigt er sich in vortrefflicher Weise mit den in der Seefischerei üblichen Entlohnungs- und Teilungsarten. Es fehlt im großen und ganzen an der Originalität, welche die Werke Waxweilers, Vanlaërs und Bureaus auszeichnet; sein Buch ist mehr eine Kompilation und darum hat es keinen Preis erhalten, sondern ist nur durch die Drucklegung (auf Kosten des musée social) geehrt worden. Deshalb aber ist es nicht minder gut und brauchbar als die übrigen drei; es bildet eine gewissenhafte, lehrreiche, klar und zusammenhängend geschriebene Arbeit von beträchtlicher Nützlichkeit.

Seit langer Zeit ist auch einmal wieder ein deutsches Fachwerk zu verzeichnen:

9. **Die Gewinnbeteiligung.** Von Dr. Rudolf Einhauser. Tübingen 1898, H. Laupp'sche Buchhandlung. 153 Seiten. (Separatabzug aus der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.")

Seit Heinrich Frommer ist dies die erste gegnerische Schrift. Einhauser bewegt sich auch in den Gebieten Frommer's und hat dessen Vorzüge und Fehler: Eifer und guten Willen zur Unbefangenheit, aber große Einseitigkeit. Diese rührt teils daher, daß die Fachlitteratur nicht genügend benutzt wurde (eine ganze Anzahl hervorragender Werke ist nicht einmal erwähnt), teils daher, daß der Verfasser viel zu streng ist in der Auslese der Versuche, denen er die Berechtigung zuspricht, zur „eigentlichen" Gewinnbeteiligung gezählt zu werden. In dieser Hinsicht überflügelt er sogar den strengen Schloß noch, denn er erkennt kaum fünf Dutzend Fälle an. So sehr er betont, daß bei der Behandlung solcher Fragen Wissenschaftlichkeit die Hauptsache sei, so wenig sind seine Untersuchungen — deren Objektivität übrigens alle Anerkennung verdient — von praktischem Nutzen, denn er vergißt bei seinen

vielen Einwendungen und Bedenken gegen die Gewinnbeteiligung, daß es sehr verfehlt ist, die Dummheiten und Mängel einer nur zu häufig verkehrten und engherzigen Praxis dem System als solchem in die Schuhe zu schieben. Daß viele der bisherigen Praktiker die Sache falsch angefaßt haben, beweist nicht das Geringste gegen die Sache selbst. Immerhin bieten die Darlegungen Einhauser's den Vorteil, daß sie geeignet sind, selbst die Freunde der Gewinnbeteiligung vor einseitiger, blinder Anhängerschaft zu bewahren; es ist nützlich, auch gegnerische Stimmen zu hören. Auch enthält das Buch viel neues thatsächliches Material, da der Verfasser eine schriftliche Enquête veranstaltet hat.

Die letzte der uns vorliegenden Schriften:

10. **Die Karl Zeiß-Stiftung; ein Versuch zur Fortbildung des großindustriellen Arbeitsrechts.** Von Julius Pierstorff. Leipzig 1897, Duncker & Humblot.

handelt nur zum Teil von der eigentlichen Gewinnbeteiligung, enthält aber so viel Interessantes über indirekte Beteiligung in Gestalt von Wohlfahrtseinrichtungen, daß sie ungemein lesenswert ist. Was das berühmte Jenenser Haus für seine Arbeiter thut*), bildet in seiner Gesamtheit ein wohlthuendes Bild einer gesunden, von jeder Utopie freien Philanthropie. Mittels des 1891 ins Leben getretenen Statuts, das 1896 abgeändert und stark verbessert wurde, verwandelte der Inhaber Prof. Abbe die Firma in eine „Stiftung" — in erster Reihe zu gunsten des Personals. In jeder Hinsicht — Dienstverhältnis, Lohnhöhe, Urlaubsanspruch, Abgangsentschädigung, Pensionierung, Entlohnung für „besondere Leistungen" ꝛc. — sind die Interessen der Angestellten weitgehend berücksichtigt und Ende 1896 wurde noch die direkte Gewinnbeteiligung hinzugefügt. Um die Stiftung für die Erfüllung ihrer großen vermögensrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Personal genügend auszurüsten, sorgen die Satzungen für einen erheblichen Reservefonds aus Betriebsüberschüssen und anderen Quellen.

Was speziell die Gewinnbeteiligung betrifft, so hält Abbe, obwohl er ihre Vorzüge keineswegs verkennt, nicht übermäßig viel von ihr. Er schrieb vor, daß der Einzelanteil aller nach Maßgabe der Höhe der festen Bezüge ein relativ gleicher sein solle und daß jeder Angestellte anteilbefugt sein müsse — mit Ausnahme der „Mitglieder der Geschäftsleitung, damit dieselben gegen den Verdacht geschützt bleiben, als könnten sie des eigenen Vorteils wegen die schwankenden Bezüge auf Kosten des regelmäßigen Gehalts oder Lohnes zu erhöhen trachten". Von dem ermittelten bilanzmäßigen Gewinn werden die ersten 9 Prozent vorneweg für den Reservefonds in Abzug gebracht, „und zwar 7 Prozent als anschlagmäßige Reserve für zukünftige Personalleistungen und 2 Prozent als Deckung für künftige Abgangsentschädigungen. Sofern", schreibt Pierstorff, „der verbleibende Nettogewinn 20 Prozent nicht übersteigt, fällt er der Stiftung als Unternehmergewinn zu. Überschreitet er aber die Höhe von 20 Prozent" (nicht vom Kapital, sondern vom Lohn- und Gehaltkonto), „so wird die Hälfte dieses Überschusses unter die Beamten und Arbeiter verteilt". Der Anspruch auf den Einzelanteil ist klagbar, doch hat das Personal nicht das formelle Recht auf Prüfung der Bücher. Leopold Katscher.

*) Vgl. Arbeiterfrd. Jahrg. 1897, S. 104 ff: „Die Karl Zeiß-Stftg. in Jena".

B. Bibliographie*)

(nach Materien geordnet).

(Schluß aus dem Jahrgang 1898.)

III. Handwerkerfrage. — Innungswesen. — Lehrlingsfrage. — Fachschulen.

A. Zeitschriften. (Ergänzung vom Jahrgang 1897.)

Blätter für Genossenschaftswesen. (Innung der Zukunft. 45. Jahrgang.) Organ des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften. Begründet von Schultze-Delitzsch. Herausgegeben von dem Anwalte. Redakteur: Crüger. Jahrgang 1898. 52 Nummern. gr. 4. Berlin, J. Guttentag. Halbjährlich ℳ 3,—.

Genossenschaft, die. Organ des allgemeinen Verbandes der auf Selbsthülfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich. Begründet von H. Ziller. Redakteur: C. Wrabetz. 27. Jahrgang. 1898. 52 Nummern. gr. 4. Wien, (I, Tuchlauben 18), Administration. fl. 9,—.

Gewerbeschau. Sächsische Gewerbezeitung. Herausgegeben von H. Gebauer und B. Zieger. 30. Jahrgang 1898. 24 Nummern. gr. 4. Zittau, P. Haeckels Nachfolger. Vierteljährlich ℳ 2,50.

Gewerbe-Zeitung, österreichische. Freies Organ zur Verteidigung der wirtschaftlichen und socialen Interessen des christlichen Handels- und Gewerbestandes. Herausgeber und Redakteur: Jos. Karl Blaschek. 9. Jahrg 1898. 52 Nummern. Fol. Wien, Verlag „Austria". Vierteljährlich fl. 1,—.

Gewerbe-Zeitung, Thüringer. Verbandsorgan der Thüringer Gewerbevereine. Redakteur von Dr. Max Kehm. 7. Jahrgang 1898. gr. 4. Jena, G. Fischer. ℳ 4,—.

Handwerker-Zeitung, deutsche. Redakteur: C. Knüppel. 10. Jahrgang 1898. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, F. v. Perbandt & Co. Vierteljährlich ℳ 1,50.

Mitteilungen des aargauischen Gewerbemuseums. 2. Bd. 12 Nummern. gr. 4. Aarau, H. R. Sauerländer & Co. in Komm. fr. 2,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Adler, Dr. Em., Über die Lage des Handwerks in Österreich. (130 S.) (Wiener staatswissenschaftliche Studien 1. Band 1. Heft.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. ℳ 3,20.

Annuaire des syndicats professionnels. (675 p.) Paris, Berger-Levrault.

Anweisung vom 1. III. 1898 zur Ausführung des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897. 12. (20 S.) Hannover, H. Ahlfeld. ℳ —,15.

---

*) Die Redaktion des „Arbeiterfreund" erklärt sich gern bereit, den Lesern des „Arbeiterfreund" resp. den Mitgliedern des „Centralvereins" zur Beschaffung oder **leihweisen Überlassung** aller in der „**Bibliographie**" aufgeführten Fachschriften und Aufsätze, soweit solches thunlich, behülflich zu sein. Die **geehrten Verlagsbuchhandlungen** ersuchen wir um Einsendung resp. um Anzeige von neu erschienenen einschlägigen Schriften.

Arbeidsraad, hoogere, ingesteld door het koninklijk besluit van den 7n april 1892. Derde zittijd, 1895—1896. Dienstverdrag. In-4, 664 p. Bruxelles, P. Weissenbruch. fr. 15.

Arbeits-Statistik der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) für d. Jahr 1897. Nach den Angaben der Gewerk- und Ortsvereine zusammengestellt von R. Klein und W. Petersdorff, mit Erläuterungen herausgegeben von R. Hirsch. Lex. 8. (123 S. mit 1 Tabelle.) Berlin, E. Haase. *M* 3,—.

Associations, les, ouvrières de production. (613 p.) Paris, Imp. nationale.

Baudoux et Lambert, Les syndicats professionnels et le régime général des associations modernes. (32 p.) Bruxelles, J. Janssens. c. 25.

Bericht betr. die gewerberechtliche Regelung des Bauunternehmerwesens. (Drucksachen 1897, IV, Nr. 3173 der Handels- und Gewerbekammer Pilsen. S. 159—176.)

— 26., der Gewerbeschul-Kommission in Wien über ihre Wirksamkeit im Schuljahre 1896/97. gr. 8. (549 S.) Wien, C. Konegen. fl. 2,50.

— über die Thätigkeit d. Verbandes der Buchdrucker 2c. Österreichs i. Jahre 1897. Wien 1898. E. Verlag des Verbandes (Johannes Zeh). (48 S.)

Bernewitz, Minist.-Dir. Geh. R. Dr. **A. v.**, Das Handwerkergesetz. Gesetz betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897 und die dazu erlassenen Reichs- und sächsischen Landes-Ausführungsbestimmungen. Nach den Gesetzgebungsmaterialien bearbeitet. Nebst e. Anh., enthaltend sonstige Nachträge zur 6. Aufl. der Handausgabe der Reichsgewerbe-Ordnung. Mit Sachregister. 8. (IV, 220 S.) Leipzig, Roßberg. Geb. in Leinw. *M* 3,40.

Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895. Gewerbestatistik der Bundesstaaten 1. Theil. (X, 475 S.) (Statistik des deutschen Reichs.) Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht. *M* 5,—.

— Gewerbestatistik der Großstädte. (X, 391 S.) Ebenda. *M* 5,—.

— der Verwaltungsbezirke. (Kleinere Verwaltungsbezirke Preußens.) (XVII, 413 S.) Ebenda. 2 Teile à *M* 5,—.

— Berufsstatistik der Bundesstaaten. (622 S.) Ebenda. *M* 6,—.

— Die Landwirtschaft im Deutschen Reich. (570 S.) Ebenda. *M* 8,—.

Bewegung der Gewerbe in Bayern im Jahre 1897. (Zeitschrift des Königlich Bayerischen statistischen Bureaus, 1898, Nr. 2.) München, J. Lindauer.

Böttger, Hugo, Geschichte und Kritik des neuen Handwerkergesetzes vom 26. VII. 1897. Mit 19 Tabellen und einer Anlage: Vergleichende Gegenüberstellung des Regierungsentwurfs und des endgiltigen Gesetzes. gr. 8. (XII, 408 S.) Florenz, E. Diederichs. *M* 6,—.

Bonnier, Etude sur les écoles professionnelles, industrielles et commerciales de la France et de l'étranger. Vienne.

Calwer, Richard, Der Verfall des Schreinerhandwerks. (Die neue Zeit 15. Jahrgang. Nr. 36).

Chaffers, W., Gilda Aurifaborum: a history of English Goldsmiths and plateworkers and their marks stamped on plate. London, Gibbings 1897.

Chauvet, E. prof.. Le travail: les professions. (81 p.) Caen.

Claverie, Maurice, L'idée syndicate ouvrière. (24 p.) (Bureau de la Revue Socialiste.) fr. 0,20

Coldiz, Hugo, Zur Geschichte der Gewerbe in Lichtenstein. (Schönburgische Geschichtsblätter, Waldenburg, Kästner, Bd. IV, Heft 3 und 4.)

Cronzel, Dr. **A.,** Un syndicat professionnel peut-il imposer le renvoi d'un ouvrier? Paris, A. Rousseau. 1,50 fr.

Crüger, H., Der heutige Stand des deutschen Genossenschaftswesens. (96 S.) Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Berlin, L. Simion. *M* 2,—.

Däbritz, Lehrer **G. A.,** Anleitung zur Anfertigung von schriftlichen Arbeiten aus dem Geschäftsleben des kleinen Landwirtes und Handwerkers. 3. Aufl. gr. 8. (48 S.) Dresden, A. Huhle. *M* —,35.

Dechesne, Laurent, Dr., La conciliation industrielle en Belgique. (20 p.) Paris, Larose.

Döring, C., Treu und beharrlich! Festgabe dem Gewerbeverein zu Meißen am Tage seiner goldenen Jubelfeier 10. Januar 1898. (52 S.)

Dröge, Rektor **J.,** Anleitung zur Buchführung im Bäckergewerbe. Zum Selbstunterricht und zum Gebrauch in Bäckerfachschulen bearbeitet. 2. Auflage gr. 8. (46 S.) Berlin, W. Latte. *M* —,60.

Eberstadt, Rud., Die Entwickelung der Königsmeister im französischen Zunftwesen vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert. (Schmollers Jahrbuch für Gesetzg. pp. 1897, 3. Heft.)

Eckard, J., Das Handwerkergesetz. Gesetz betr. Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897. Ein Vortrag. 12. (48 S.) Stuttgart, Verlag des „Deutschen Volksblatts". *M* —,20.

Eckert, Chrn., Das Mainzer Schiffergewerbe in den letzten drei Jahrhunderten des Kurstaates. (155 S.) (Staats- und socialwissenschaftl. Forschungen. 16 Bd.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,80.

Ein schweizerisches Gewerbegesetz. (Organisation des Kleingewerbes in der Schweiz.) (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 8./9. Heft 1898.)

Entwurf des Statuts einer freien Innung nach §§ 81 bis 99 d. Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 26. VII. 1897. Nebst Entwurf eines Beschlusses der Innungsversammlung, betr. Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens. Fol. (17 und 2 S.) Flöha, A. Peitz & Sohn. *M* —,50.

— des Statuts einer Zwangsinnung nach §§ 100 bis 100 u der Gewerbeordng. in der Fassung des Gesetzes vom 26. VII. 1897. Nebst Entwurf eines Beschlusses der Innungsversammlung betr. Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens. Fol. (18 und 2 S.) Ebenda *M* —,50.

Erzberger, M., Christliche oder socialdemokratische Gewerkschaften? 12. (48 S.) Stuttgart, Deutsches Volksblatt. *M* —,20.

Fabriker och handtverk. Kommerskollegii underd. berättelse far år 1896. (68 s.) (Bidrag till Sveriges officiela statistik). Stockholm, Samson & Wallin.

Farbstein, David, Der Rückgang des Kleingewerbes und die sogenannte Schmutzkonkurrenz. (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1897, Nr. 15.)

Festschrift zur Feier des 25jähr. Bestehens des Gewerbevereins zu Bamberg am 8. Sept. 1897. (18 S.)

Festschrift und Festbericht zur Feier des 50jähr. Bestehens des Gewerbevereins zu Crimmitschau 1847—1897. Crimmitschau 1897.

Fête pour le concours sur les associations ouvrières et patronales (95 p.) Paris, Calman-Levy.

Flament, A., prof., Petit cours d'économie sociale à l'usage des écoles professionnelles. (130 p.) Bruxelles, Schepens. fr. 1,—.

Forderungen, die, der Bauhandwerker „Vor die Bauſtelle". Vernichtung des Entwurfs der Regierung und Zerſtörung der Kapital-Allmacht. Von *** 8. (46 S.) Hagen, H. Riſel & Co. ℳ —,75.

Forelobig Redegørelse for Danmarks Haandværks-og Industri-Virksomheder ved Tællingen den 25. Maj 1897. Udgivet of Statens statistiske Bureau. 74 Sider i 8. Kjøbnhavn. 75 öre.

Franz, A., k. k. Oberingenieur, Mähriſche Zunftſpiegel (enthält auch wichtige Angaben über die Geſchichte des mähriſchen Handwerks.) (Museum Franciscenne Annales, Brunae, 1898, p. 247—290. Mit 22 Tafeln.)

Freeſe, H., Der Schutz der Bauhandwerker. Betrachtungen über die Geſetzentwürfe zur Sicherung der Bauforderungen. (70 S.) (Sociale Streitfragen, 3. Heft.) Berlin, W. Möller. ℳ —,65.

Fritzſche, Guſt., Anſprachen bei Lehrlings-Aufnahmen, Lehrlings-Entlaſſungen und Meiſter-Aufnahmen der Innungen. 2. Aufl. 8. (VI, 85 S.) Leipzig, Breitkopf & Härtel. ℳ 1,50.

Fromageot, Henri, L'organisation et le rôle des associations ouvrières et marchandes en Chine. (19 p.) Paris, imp. Nationale.

Gareis, Geh. Juſtiz-Rat Prof. Dr. **C.**, Neues Innungs- und Handwerkergeſetz. (Abänderung der Gewerbeordnung.) Vom 26. VII. 1897. (40 S.) 8. Gießen, Roth. ℳ —,80.

Geißler, R., Geh. Reg.-Rat Dr. **Arth.**, Die Bevölkerung nach Hauptberuf, Alter und Familienſtand. Nach den Ergebniſſen der Berufs- und Gewerbezählung 1895. (Zeitſchrift der Königl. Sächſ. Statiſtiſchen Bureaus, 1897.)

Gewerbeweſen, das, der Stadt Mannheim nach der Erhebung vom 14. Juni 1895. (Heft I d. Beiträge zur Statiſtik d. Hauptſtadt Mannheim, Heft 1.) Mannheim 1898.

Godeaux, Aug., ing., L'enseignement industriel en Suisse. (7 p.) Liège, imp. Desoer.

Golforelli, In., direttore, Sulla instruzione professionale. (63 p.) Florence, imp. Ricci.

Gonnard, Caractères généraux de la loi de 1884 sur les syndicats professionnels. Paris.

Grätzer, Dr. **Rudolf**, Die Lage des deutſchen Handwerks und ſeine Organiſation. (Zeitſchrift für Socialwiſſenſchaft, 4. Heft 1898.)

Grandtke, Hans, Die vom „Verein für Socialpolitik" veranſtalteten Unterſuchungen über die Lage des Handwerks in Deutſchland mit beſonderer Rückſicht auf ſeine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großinduſtrie. (Schmollers Jahrbuch für Geſetzgebung 1897, 3. Heft.)

Grotefend, Geh. Reg.-R. **H. A.**, Die deutſche Gewerbordnung und deren Nebengeſetze, nebſt den Ausführungserlaſſen und ſonſtigen Erläuterungen herausgegeben. 2. Aufl. 8. (XII, 499 S.) Düſſeldorf, L. Schwann. Kart. ℳ 3,50.

Güllinger, H., Der praktiſche Bäcker. (Ill. deutſche Handwerkerbibliothek, Bd. 1.) Stuttgart, Süddeutſches Verlags-Inſtitut. ℳ 1,—.

Haberland, G., Der Schutz der Bauhandwerker. Kritik des neueſten Geſetzentwurfes betr. die Sicherung der Bauforderungen. gr. 8. (39 S.) Berlin, Thormann & Goetſch. ℳ —,30.

Hampke, Thilo., Die neue Organiſation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingsweſens. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, 3. Folge, 14. Band.)

Handwerk, das chriſtliche, in den Innungen des Mittelalters und die Handwerkerfrage der Gegenwart. Von einem Handwerkerfreunde. gr. 8. (32 S.) Aachen, J. Schweitzer. ℳ —,35.

Handwerkernovelle, die, vom 26. VII. 1897 (Reichsgeſetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897), nebſt der kaiſerlichen Verordng. vom 14 III. 1898 und der Bundesratsbekanntmachung über die Muſterſtatuten für Innungen ꝛc. nebſt dieſen vom 19. III. 1898. Mit alphabet. Sachregiſter. gr. 16. (IV, 180 S.) München, C. H. Beck. Kart. ℳ —,80.

Hardyns, Ferdinand, Les syndicats professionnels et le mouvement ouvrier. (16 p.) Bruxelles, J. Milot. fr. 0,05.

Hauptergebniſſe der Berufszählung vom 14. VI. 1895 für den preußiſchen Staat im Ganzen und die Ortsgrößenklaſſen im beſonderen. I. Teil. Beruf und Berufsſtellung der männlichen und weiblichen Perſonen. (VI, 164 und 431 S.) Preuß. Statiſtik. 142. Heft. Berlin, Verlag des kgl. ſtatiſt. Bureaus. ℳ 15,20.

Heiderich, J. H., Das Leipziger Kürſchnergewerbe. (Diſſ. Heidelberg 1897.) (128 S.)

Hilſe, Kreisger.-R. B., Die deutſche Handwerksorganiſation. (Das Leben, Wien. 1897, 4. Heft.)

Hoffmann, Reg.-Aſſeſſor Dr. F., Die Gewerbeordnung mit den geſamten Ausführungsbeſtimmungen für das Deutſche Reich und Preußen. (787 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ 4,—.

Jaenicke, Ernſt, Der Rückgang des Hauſiergewerbes auf dem Eichsfelde. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, Jena 1897.)

Jahresbericht d. Allgemeinen Handwerker-Vereins zu Dresden 1896/97. Dresden 1897. (28 S.)

Janz, R., Was fehlt dem Handwerk? Zeitſtudien. 4. Tauſd. gr. 8. (14 S.) Darmſtadt, K. Heß. ℳ —,30.

Innungs- und **Handwerkergeſetz.** Reichsgeſetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897, nebſt der Ausführungs-Anweiſung vom 1. III. 1898. 2. Aufl. 12. (96 S.) Hannover, H. Ahlfeldt. ℳ —,40; kart. ℳ —,50.

Keil, K., Die Neuordnung des Handwerker- und Lehrlingsweſens. Eine gemeinverſtändliche Darſtellung der vom geltenden Rechte abweichenden Vorſchriften des Reichsgeſetzes, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. VII. 1897. Mit einer Textausgabe des Geſetzes. gr. 8. (XVI, 120 S.) Leipzig, E. Avenarius. Kart. ℳ 2,—.

Knebel, Konrad, Künſtler in Gewerken der Bau- und Bildhauerkunſt in Freiberg II. Beitrag zur Geſchichte des ſächſiſchen Kunſthandwerks. (Mitt. von Freibergs Altertumsverein. 34. Heft. 1898.)

Köth-Wandscheid, Frhr. Dr. **Dael v.**, Christliche Bauern-Vereine und die berufsgenossenschaftliche Organisation des Bauernstandes. (40 S.) gr. 8. Frankfurt a. M., P. Kreuer. ℳ —,50.

Kowalewski, Gust., Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. (Patriotische Gesellschaft.) Gestiftet im Jahre 1765. Im Auftrage der Gesellschaft verfaßt. 4. (VI, 250 und XIV S. mit 26 Bildern.) Hamburg, H. Seippel in Komm. ℳ 15,—; geb. in Leinw. ℳ 20,—.

Krause, O., Die ältesten Zunftrollen der Stadt Greifswald. (1397—1541.) Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Greifswald. Progr. gr. 4. (72 S.) Greifwald, J. Abel. ℳ 2,50.

Krüger, Reg.-R. **H. v.**, Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. VII. 1897. Handwerkergesetz. Mit Erläuterungen herausgegeben. gr. 8. (87 S.) Düsseldorf, L. Voß & Co. ℳ —,30; geb. ℳ —,50.

Krumbholtz, R., Die Gewerbe der Stadt Münster bis zum J. 1661. Mit einer Wappentafel der Gilden aus dem Jahre 1598. (XXII, 232 und 558 S.) gr. 8. Leipzig, S. Hirzel. ℳ 27,—.

Laffargue. De la responsabilité des syndicats professionnels à raison des atteintes à la liberté du travail. Toulouse.

Lambert s. Baudoux.

Lehrlingsfonde, die, im Kanton St. Gallen. (Statistik des Kantons St. Gallen, VIII. Heft. Bern 1897. 22 S.)

Leitschuh, Oberbibl., Zum fünfzigjährigen Bestehen des Gewerbevereins Bamberg. Festschrift. Bamberg 1897, Verlag des Gewerbevereins. (18 S.)

Lemaistre, Alexis. Les écoles professionnelles. (400 p.) Tours, Maine.

Les droits des syndicats professionnels en matière d'actions judiciaires. (16 p.) Paris.

Ljubsa, Gesellenver.-Vizepräses **M.**, Das alte Zunftleben. Nach steir. Urkunden zusammengestellt. (72 S.) Graz, U. Moser. fl. —,16.

Lommatzsch, Assessor Dr. **G.**, Die Bevölkerung nach Hauptberuf und Religionsbekenntnis. Hausiergewerbetreibende. Nach den Ergebnissen der Berufs- u. Gewerbezählung 1895. (Zeitschrift d. Kgl Sächs. Statist. Bureaus 1897.)

Lotmar, Ph., Die Freiheit der Berufswahl. Rektoratsrede. gr. 8. (47 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 1,—.

Märtens, Sekr. **O.**, Die Lage der schweizerischen Schuhmacher und der schweiz. Schuhmacherverband. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1897, Juli.)

May, Max, Zu den Untersuchungen über die Lage des Handwerks. (Deutsche Worte, 1897, Heft 7/8.)

— Handwerksorganisation und Verwandtes. (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik, 1897, Nr. 10.)

Mayer, Max, Selbstunterricht in der Buchführung für Handwerker mit spezieller Berücksichtigung des Schneidergewerbes und Anleitung zu allen geschäftlichen Korrespondenzen. 2. Aufl. gr. 8. (48 S.) Leipzig, Jüstel & Göttel in Komm. ℳ 1,25.

Meister, Lehr., Erwerbslehre. Der Erfolg aus eigener Kraft. 8. (143 S.) Berlin, H. Walther. ℳ 1,—.

Mettier, H., Der Grütliverein Zürich. 1848—1898. Dargestellt in seinem Werden und Wachsen. gr. 8. (83 S.) Zürich, Buchhandlung des schweiz. Grütlivereins. Fr. 1,—.

Michel, C., Dir. der prakt. Brauerschule zu München, Der praktische Bierbrauer. (D. Ill. Handwerkerbibl. Bde. 3—5.) Stuttgart, Südd. Verlags-Institut. *M* 3,—.

Mieß, M., Disziplinierung der Gewerbelehrlinge. (XXII. Jahresbericht der Gewerbelehrlingsschule zu Bistriz in Siebenbürgen. Bistriz 1897.)

Moindrot, E., Des réformes à introduire dans la législation des syndicats professionnels (thèse). In-8, 217 p. Lyon, imp. des Facultés.

Monanges, Maurice, avocat, Les associations ouvrières en France depuis 1789. (191 p.) Montluçon, imp. Herbin.

Mühlpfordt, Dr. W., Die Handwerkerfrage und das neue Handwerkergesetz. gr. 8. (58 S.) Königsberg, W. Koch. *M* 1,—.

van Nießen, Erwerbsleben der Stadt Dramburg in neuerer Zeit (in seiner „Geschichte der Stadt Dramburg", 1897, S. 281—322).

Office du travail. Les Associations ouvrières de production. In-8, 613 p. Paris 1897. Berger-Levrault et Ce.

Pannier, K., Gewerbeordnung für das Deutsche Reich m. dem Reichsgesetze vom 26. VII. 1897 (Handwerkerschutzgesetz) und allen am 1. I. 1900 in Kraft tretenden Abänderungen, nebst dem Gesetze über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes, dem Einführungsgesetz für Elsaß-Lothringen und den wichtigsten Ausführungsbestimmungen. Textausgabe mit kurzen Anmerkungen und Sachregister. 9. Aufl. gr. 16. (251 S.) Leipzig, Ph. Reclam jun. *M* —,40; geb. *M* —,80.

Plenge, J., Westerwälder Hausierer und Landgänger. (264 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. *M* 5,60.

Rapport sur la situation et l'enseignement industriel et professionnel en Belgique. (514 p.) Bruxelles. J. Lebègue.

Regers, A., Handausgabe der Gewerbeordnung. II. Aufl. 1. Ergänzungsbändchen. Enth.: Das Reichsgesetz vom 26. VII. 1897 (sog. Handwerks-Organisations-Gesetz) nebst weiteren Gesetzesnovellen. Mit Erläuterungen, sowie den seither erlassenen Vollzugsbekanntmachungen, herausgegeben von Bez.-Amtsassessor J. Keibel. 8. (IV, 242 S.) Ansbach, C. Brügel & Sohn. Kart. *M* 2,80.

Reichsgesetz vom 27. VII. 1897 über die Abänderung der Gewerbeordnung samt den badischen Vollzugsverordnungen. gr. 8. (16 S.) Karlsruhe, G. Braun. *M* —,15.

Report, ninth, by the Chief Labour correspondent of the Board of trade on Trade Unions. (274 p.) London. Sh. 1/4.

Rickert, Franz, Das Schreinergewerbe in Freiburg i. Br. (Diss., Freiburg i. Br. 1897.) (54 S.)

Riedl, Konsulent Rich., Die deutschen Gewerbezählungen und die Reform der Gewerbestatistik in Österreich. Wien, Braumüller in Komm. (VI, 136 S.) *M* 2,—.

Rößger, Richard, Eine Untersuchung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena 1897.)

Rohmer, Bez.-Amtsassessor Dr. **Gust.,** Die Handwerkernovelle. Gesetz vom 26. VII. 1897, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung. (X, 338 S.) *M.* 3,50; geb. in Leinw. *M.* 4,20.

Rohrlack, G., Die Entwickelung des deutschen Metallarbeiterverbandes. (Neue Zeit, XV. Jahrg. Nr. 37.)

Rohrscheidt, Reg.-Rat **Kurt, v.,** Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit. Eine Studie nach den Quellen. gr. 8. (XX, 668 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. *M* 12,—.

— Die Normal-Statuten für freie und Zwangsinnungen, nebst der preuß. Anweisung vom 1. III. 1898 zum Innungs- und Handwerker-Gesetz. Ergänzungsheft zu dem Kommentar des Gesetzes. 12. (110 S.) Leipzig, C. L. Hirschfeld. Kart. *M* 1,20.

Rollfuß, J., Landtagsabgeordneter, Sekretär der Handelskammer Zittau, Die Brauntöpferei in der sächsischen Oberlausitz. (Bautzener Nachrichten vom 14. Oktober 1897.)

Romstorfer, Archit. Gewerbesch.-Dir. **Carl A.,** Entwickelungsgeschichte der k. k. Staats-Gewerbeschule in Czernowitz. 1873–1898. gr. 8. (III, 198 S.) Czernowitz, H. Pardini. fl. 2,—.

Rüffert, Uhrmacher **F. W.,** Die Hebung des Erwerbes des Uhrmachers. gr. 8. (31 S.) Döbeln, Jacobi & Zocher. *M* —,50.

Sander, Dr. **Paul,** Die Lage des Barbier- und Friseurgewerbes, auf Grund e. in München veranstalteten Umfrage dargestellt. gr. 8. (80 S.) München, Dr. H. Lüneburg. *M* 2,–.

Schicker, v., Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in ihrer Gestaltung nach dem Erlaß des Gesetzes vom 26. VII. 1897, mit Erläuterungen und den Ausführungsvorschriften des Reichs. 4. Aufl. 1. Lieferung. gr. 8. (III, VIII und S. 1—369.) Stuttgart, W. Kohlhammer. *M* 3,90; kart. *M* 4,30.

— Die Organisation des Handwerks. Reichsgesetz vom 26. VII. 1897 mit Erläuterungen und Musterstatuten. gr. 8. (IV, 315 S.) Ebenda. *M.* 3,20; geb. *M* 3,80.

Schmidt, a. Dir. Doc. Dr. **Gust. Heinr.,** Schweizerische Gewerbezählung. Ein Gutachten. gr. 8. (24 S.) Bern, Steiger & Co. fr. —,50.

Schmidt, Ger.-Sekr. a. D., Was sollen unsere Kinder werden? Aus langjährigen Erfahrungen und durch freundliche Mitwirkung verschiedener Kollegen, Militärs u. anderer sachverständiger Personen zusammengestellt. gr. 8. (55 S.) Breslau (Bohrauerstr. 15), Selbstverlag. *M* 1,—.

Schmöle, J., Die socialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Socialisten-Gesetzes. 2. Teil: Einzelne Organisationen. 1. Abteilung. Der Zimmererverband. gr. 8. (IX, 300 S.) Jena, G. Fischer. *M* 6,—.

Schneider, Amtsger.-R. **Herm.,** Zum Bauhandwerkergesetz. Vorschläge zur Abänderung des Regierungs-Entwurfs vom 15. XII. 1897. 8. (32 S.) Berlin, J. Guttentag. *M* —,40.

Schott, Dr. **S.,** Vorstand des statistischen Amtes der Hauptstadt Mannheim, die Ergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895. Beiträge zur Statistik der Hauptstadt Mannheim, Heft III. Mannheim 1898. (80 S.)

Schüller, Rich., Die österreichische Handwerkergesetzgebung. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1897.)

Schulze, Otto, Beruf und Berufswahl. (22 S.) Pädagogisches Magazin Nr. 103. Langensalza, H. Beyer & Söhne. ℳ —,30.

Schwandt, G., Über das Genossenschaftswesen und die Vorteile von Handwerker-Kredit-Genossenschaften für den Gewerbestand. Vortrag. gr. 8. (13 S.) Kiel, Lipsius & Tischer. ℳ 1,—.

Société des écoles du dimanche de France. (51 p.) Paris.

Sombart, E. M., Über die Zukunft des Kleingewerbes. 8. (36 S.) Magdeburg, E. E. Klotz. ℳ —,75.

Statistische Zusammenstellung der im Bezirk der Handelskammer vorhandenen Handweber. Aufgenommen im Februar 1898. (Anhang zum Jahresbericht der Handelskammer Schweidnitz für 1897.)

Steck, A., Die heutige Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. (Archiv für soc. Gesetzgebung und Statistik 1897.)

Steindorf, Prof. Dr. **Geo.,** Das Kunstgewerbe im alten Ägypten. (20 S.) Leipzig, Dr. Seele & Co. ℳ —,30.

Szteringl. L'industrie, l'enseignement professionnel et commercial en Hongrie. Budapest.

Trempenau, Wilh., Rechte und Pflichten der Kaufleute und Gewerbetreibenden nach den neuen Reichsgesetzen. 8. (XI, 212 S.) Neuwied, Heusers Verlag. Kart. ℳ 2,—.

Triqaut, J., professeur. Etudes sur l'enseignement professionnel. (32 p.) Binche. fr. 0,50.

Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Deutschland. Bd. I (520 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 11,—, Bd. II (264 S.) ℳ 5,60.

Vachon, Les écoles et les musées d'art industriel en France. Paris.

Vandervelde, E., Le projet de loi sur les unions professionnelles devant le parlement belge. (23 p.) Paris, Giard et Brière.

Verhandlungen der am 23., 24. u. 25. IX. 1897 i. Köln a. Rh. abgeh. Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über die Handwerkerfrage, den ländlichen Personalkredit und die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts der Arbeiter im Deutschen Reiche. Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom ständ. Ausschuß. (V, 456 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 10,—.

Voigt, Paul, Die Hauptergebnisse der neuesten Handwerkerstatistik von 1895. (Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung 1897, 3. Heft.)

— Untersuchungen über die Tischlerei und Drechslerei in einigen Orten bei Berlin und im Spreewald. (Diss., Berlin 1897.) (42 S.)

Waentig, H., Gewerbliche Mittelstandspolitik. Eine rechtshistorisch-wirtschaftspolit. Studie auf Grund österreichischer Quellen. gr. 8. (X, 483 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 9,60.

Wagner, Bankdir. **Franz,** Das Reichsgesetz vom 26. VII. 1897 über die Innungen und Handwerkskammern. Gemeinfaßlich dargestellt unter Benutzung der Begründung des Gesetzentwurfes. gr. 8. (15 S.) ℳ —,25.

Webb, Sydney, und **Beatrice Webb,** Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (industrial democracy). Deutsch von E. Hugo. 2. (Schluß-) Bd. gr. 8. (III, 407 und LVIII S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 6,50; geb. in Leinw. *M* 8,—; in Halbfrz. *M* 9,—.

Weigelsperg, Frhr. **B. v.,** Compendium der auf das Gewerbewesen bezugnehmenden Gesetze u. Verordnungen und sonstigen Vorschriften. VIII. Nachtragsheft. (Mit einem die sämtlichen bisher erschienenen Nachtragshefte umfassenden alphabetischen Register.) gr. 8. (II, 116 S.) Wien, Manz. *M* 1,80.

Wenger, G., Der praktische Fleischer. (Ill. deutsche Handwerkerbibliothek, Bd. 2) Stuttgart, Südd. Verlags-Institut. *M* 1,—.

Wewer, Rektor **J.,** Übungsheft für die schriftlichen Arbeiten des Gewerbetreibenden. gr. 4. 4 Hefte. 2. Aufl. (II, 26, II, 26, II, 30 u. II, 30 S.) Dortmund, F. W. Ruhfus. à *M* —,30.

— Der Geschäftsmann. Ein Ratgeber bei den schriftlichen Arbeiten des Handwerkers und Kleingewerbetreibenden. Zum Selbstunterricht sowie zum Gebrauch in Fortbildungsschulen bearbeitet und herausgegeben. 4. Aufl. gr. 8. (VIII, 211 S.) Dülmen, A. Laumann. Kart. *M* 1,20.

Zählung der Gewerbe Niederösterreichs nach dem Stande vom 1. VI. 1897. Bewegung im Stande der Gewerbe Niederösterreichs, während der Zeit vom 1. VI. 1896 bis 31. V. 1897. Auf Grund des Gewerbe-Katasters bearb. vom statist. Bureau der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer. (VI, 139 S.) 4. Wien, W. Braumüller in Komm. fl. 2,—.

Zur Einführung des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 über die Innungen und Handwerkskammern. (Anlage IV zum Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer in Stuttgart für 1897.)

Zur Geschichte des Buchgewerbes in Anhalt. Festschrift anläßlich des 130jähr. Bestehens der Cöthenschen Zeitung und des 50jähr. Bestehens der Firma Schettler in Cöthen. gr. 4. (56 S. mit Abbildungen, 1 Fksm. [8 S. in 4.] und 3 [2 farb.] Taf.) Cöthen, P. Schettlers Erben. *M* 5,—.

IV. Frauenfrage (auch Arbeiterinnenfrage enthaltend.)

(Mit Ausschluß des Frauenstudiums und der politischen Frauenfrage.)

A. Zeitschriften. (Ergänzung von Jahrgang 1897.)

Arbeitsstube, Die, und Haushaltungsschule. Zeitschrift f. leichte und geschmackvolle Handarbeiten und praktische Haushaltungskunde. Technische Leitung: Hermine Steffahny. 28. Jahrg. (Oktbr. 1898–Septbr. 1899.) 12 Hefte. gr. 8. Leipzig, O. de Liagre. Vierteljährlich *M* 1,—.

Bahnen, Neue. Organ des allgemeinen deutschen Frauenvereins. Herausg. von A. Schmidt. 32. Bd. Jahrgang 1898. 24 Nrn. hoch 4. Leipzig, M. Schäfer. *M* 3,—.

Frauenblatt, Neues. Zeitschrift f. alle Interessen der Frauenwelt. Herausg.: Frau Louise Madsack. Red.: M. Hartog. 2. Jahrg. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, Neues Frauenblatt. Vierteljährlich *M* 1,50.

Frauen-Zeitung, Bielefelder. Special-Ausg. des „Frauen-Bund". Hauswirtschaftlicher Ratgeber und Familienblatt für Bielefeld und Umgegend. Red.: Chr. Hege. Jahrg. 1898. 52 Nrn. Fol. Bielefeld, A. Helmich. Vierteljährlich ℳ —,75.

Wege und Ziele. Monatsschrift f. die christl. Frauenwelt zur Unterhaltung und zur Belehrung über ihre verschiedenen „Arbeitsgebiete". Hrsg. von Agnes Willms-Wildermuth. 2. Jahrgang. April 1898—März 1899. 12 Hefte. Lex. 8. Stuttgart, Verlag der „Wege & Ziele". Vierteljährlich ℳ 1,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Abel, P. **Heinr.,** Das Ideal der christlichen Frau. Nach den Vorträgen des A. Von E. C. Kardt. gr. 16. (40 S.) Brünn, Buchdr. Jos. Schmidt. ℳ —,40.

Aine, E., Les patronnes, employées et ouvrières de l'habillement à Paris: leur situation morale et matérielle. (21 p.) Paris.

Benfey-Schuppe, Anna, Frauenfrage u. Mädchen-Erziehung. (29 S.) Kempten, J. Kösel. ℳ —,35.

Broecker, Hedwig v., Wie gewinnen wir die Fabrikarbeiterinnen? Vortrag, gehalten am 1. Oktober 1897 in der „Berufsarbeiter-Konferenz zur Fürsorge der weiblichen Jugend zu Berlin". Dresden 1897. (12 S.)

— Bericht des Sonntagsvereins f. Fabrikarbeiterinnen zu Dresden. Dresden 1897. (16 S.)

— Von der Fürsorge an den Fabrikarbeiterinnen. Dresden 1897. (4 S.)

Cheliga, Morga, Guide des travaux et professions de la femme en France. Paris.

Collet, Miss., Changes in the Employment of Women and Girls in industrial Centres. I. Flax and Jute Centres. (113 p.) London. 6 d.

Destrée, Jules, Le socialisme et les femmes. (20 p.) Bruxelles. fr. —,05.

Dodd, Dr. **Arth.,** Die Wirkungen der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbetriebe in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen. Jena, Fischer. (VIII, 236 S.) ℳ 4,50.

Dyhrenfurth, G., Die hausindustriellen Arbeiterinnen in der Berliner Blusen-, Unterrock-, Schürzen- und Tricotkonfektion. (IX, 121 S.) gr. 8. Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 2,80.

Endris, Rekt. **A. J.,** Wie läßt sich die Ausbildung und Erziehung der weiblichen Jugend am zweckmäßigsten gestalten? 8. (IV, 68 S.) Wiesbaden, R. Bechtold & Co. ℳ —,75.

Euler, Ferd., Die weibliche Diakonie der Gegenwart und ihr Anteil an der Lösung der Frauenfrage. Stuttgart, Belser. (47 S.) ℳ —,80.

Fabre, Auguste, Le féminisme. (72 p.) Nimes. fr. 1,—.

Frohnmeyer, Schulr. Dr., Welche Ziele u. Schranken sind der Frauenbewegung durch das Evangelium gesetzt? Vortrag. gr. 8. (20 S.) Bremen, J. Morgenbesser. ℳ —,30.

Fürth, Henriette, Die Frau im Handelsgewerbe. (Deutsche Worte 1897, Heft 7/8.)

Gratl, Jos., Die Frau im alten und neuen Heidentum. (48 S.) Graz, U. Moser. fl. —,16.

Hauser, H., prof., Le travail des femmes aux XVe et XVIe siècles. (15 p.) Paris, Girard et Brière.

Hegewald, Was wir den Frauen schulden? 8. (49 S.) Weinheim, F. Ackermann. *M.* —,80.

Henning, Gen.-Sekr. **A.,** Denkschr. üb. das Kellnerinnen-Wesen. gr. 8. (20 S.) Berlin, Leipzig, H. G. Wallmann in Komm. *M* —,25.

Heyse, Paul, Marthas Briefe an Maria. Ein Beitrag zur Frauenbewegung mit einem Vor- und Nachwort herausg. 2. Aufl. 8. (80 S.) Stuttgart, J. G. Cotta Nachf. *M* 1,—; geb. *M* 2,—.

Jahrbuch f. die deutsche Frauenwelt. (1899.) Hrsg. v. Elly Saul u. Hildegard Obrist-Jenicke. 12. (VIII, 253 S. m. 5 Bildn.) Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. Geb. in Leinw. *M.* 3,—.

Jahresbericht, erster, der Frauen-Vereinigung f. sociale Hülfsthätigkeit in Wien. 1897. (28 S.) Wien. (Leipzig, Litterar. Anstalt A. Schulze.) *M.* —,30.

Key, Ellen, Mißbrauchte Frauenkraft. Ein Essay. Übertr. v. Therese Krüger. gr. 8. (III, 74 S.) München, A. Langen. *M* 1,—.

Klugmann, Dr. **N.,** Vergleichende Studien zur Stellung der Frau im Altertum. 1. Bd.: Die Frau im Talmud. gr. 8. (V, 87 S.) Wien. (Frankfurt am Main, J. Kauffmann.) *M.* 2,—.

Kühn, Vorst. **Elise,** Grundzüge der Haushaltungslehre, als Leitfaden für den Unterricht in öffentlichen u. privaten Haushaltungs- u. Fortbildungsschulen, wie zum Selbstunterricht bearbeitet. gr. 8. (VIII, 143 S.) Karlsruhe, O. Nemnich. *M* 1,—.

Ladoucoeur, prof., Conférence sur le féminisme et les revendications féministes. (22 p.) Orange, imp. Sibourg. fr. —,50.

Lambert, Le féminisme. Paris.

Leffler, J. A., Zur Kenntnis von den Lebens- u. Lohnverhältnissen industrieller Arbeiterinnen in Stockholm. gr. 8. (136 S. m. 13 graph. Taf.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 2,—.

Lehrplan für die vom Fabrikbesitzer Kommerzienrat W. Fitzner zu Laurahütte unterhaltene Haushaltungsschule. Laurahütte. (4 S.)

Lorenz, H., Berufswahl als Postgehülfin, Telegraphengehülfin, Fernsprechgehülfin und Fahrkartenausgeberin. Eine Zusammenstellg. der Bestimmgn. üb. die Bewerbg., Annahme, Prüfg., Anstellg. und das Einkommen in der Post- u. Eisenbahnverwaltg. 12. (18 S.) Berlin, O. Nahmmacher in Komm. *M* —,25.

Merz, † Präl. **Heinr.,** Christliche Frauenbilder. II. Aus der neueren Zeit. 6. Aufl. von Dr. Johs. Merz. 8. (IV, 460 S.) Stuttgart, J. F. Steinkopf. *M* 4,—, geb. in Leinw. *M* 5,—.

Milhaud, Léon, La réforme de la loi sur le travail des femmes et des enfants. (Revue polit. et parlementaire No. 36, 1897.)

Monteton, O. v., Cherchez la femme! Ein Beitrag zur socialen Frage. gr. 8. (44 S.) Berlin, Militär-Verlag R. Felix. *M* —,75.

Nouvel, Haushaltsch.-Leiterin **Mathilde,** Bericht üb. die Haushaltschule f. schulentlassene Mädchen in Marienburg Westpr. gr. 8. (12 S.) Marienburg, L. Giesow. *M* —,50.

Penzoldt, u. A. Das Medizinstudium der Frauen. (Verhandlungen des 26. deutschen Ärztetages in Wiesbaden am 28. und 29. Juni 1898. S. 34—44.)

Pflüger, Die Stellung der Frau. Zürich, Buchhdlg. d. Grütlivereins. *M* —,20.

Pieczynska, Mme E., L'Appel des femmes aux fonctions publiques. Discours. 8. (54 S.) Bern, Schmid & Francke. *M* —,60.

Popelin. Marie, Actes du Congrès feministe international de Bruxelles (1897). (160 p.) Bruxelles, impr. Bulens.

Ravit, Louise, Kochbuch f. Haushaltungsschulen, sowie zum Gebrauch f. sparsame Hausfrauen. 2. Aufl. Herausg. von der hauswirthschaftl. Kommission der Gesellschaft freiwill. Armenfreunde in Kiel. 8. (126 S.) Kiel, Lipsius & Tischer. Kart. *M* 1,—.

Rehburg, M., Das Weib im Existenzkampfe. gr. 8. (15 S.) Leipzig, F. Pfau. *M* —,50.

Reuner, Kreissch.-Insp. **Aug.,** Des Weibes seelische Eigenart u. daraus sich ergebende Folgerungen f. die Erziehung der Mädchen. Bielefeld, A. Helmich. (19 S.)

Schaible, em. Prof. Dr. **Karl Heinr.,** Die Frau im Altertum. Ein kulturgeschichtl. Bild. gr. 8. (VIII, 96 S.) Karlsruhe, G. Braun. Geh. *M* 2.

Schiller, Jul., Die Frauenbewegung in christlicher Beleuchtung. (31 S.) Stuttgart, Ch. Belser. *M* —,60.

Schirmacher, K., Le Féminisme aux Etats-Unis, en France, dans la Grande-Bretagne, en Suède et en Russie. Petit in-16, 79 p. Paris, Collin et Ce. fr. 1,—.

Schmidt, Auguste u. **Hugo Rösch,** Luise Otto-Peters, die Dichterin u. Vorkämpferin für Frauenrecht. Ein Lebensbild. (Biographische Volksbücher, 103 S.) Leipzig, R. Voigtländer.

Seilhac, de, L'industrie de la couture et de la confection à Paris. (111 p.) Paris, Didot.

Waldheim, S. v., Die Frau ist schuld! Ein Weckruf zum Kampfe gegen die sociale Not. 3. (Titel-)Aufl. gr. 8. (79 S.) Gotha, 1896, F. A. Perthes. Kart. *M* 1,20.

Weyl, C., La Réglementation du travail des femmes dans l'industrie (loi du 2 novembre 1892). In-8. II-148 p. Paris, Larose.

Weyl, Claude, La réglementation du travail des femmes dans l'industrie. (142 p.) Paris, Souffiot.

Zur Bewegung der Frauen. (Die modernen Ekklesiazusen.) 8. (15 S.) Königsberg, W. Koch. *M* —,20.

V. Arbeiter-Versicherungswesen. — Haftpflicht. — Unfallstatistik. — Berufskrankheiten. — Samariterdienst.

A. Zeitschriften.

Arbeiterschutz. Organ der Krankenkassen Österreichs. Herausg.: L. Walecka. Red.: S. Kaff. 9. Jahrg. 1898. 24 Nrn. gr. 4. Wien, 1. Wiener Volksbuchhandlung. fl. 4,20.

Arbeiter-Versorgung, die. Centralorgan für das gesamte Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- u. Alters-Versicherungswesen im Deutschen Reiche. Hrsg. von Dr. P. Honigmann. 15. Jahrg. 1898. 36 Nrn. Lex.-8. Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgung, A. Troschel. Subskr.-Preis halbjährlich ℳ 6,—, nach vollständ. Erscheinen f. den Jahrg. ℳ 14,—.

Berufsgenossenschaft, die. Organ f. die Veröffentlichungen d. Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften u. d. Vereins deutscher Revisions-Ingenieure. Hrsg. v. O. Wenzel u. M. Schlesinger, red. v. O. Wenzel. 13. Jahrg. 1898. 24 Nrn. gr. 4. Berlin, C. Heymanns Verl. Halbjährl. ℳ 6,—.

Invaliditäts- u. Alters-Versicherung, die, im Deutschen Reiche, m. Ausdehnung auf d. Krankenversicherg. Zeitschrift f. d. Durchführg., Förderg. u. Weiterbildg. d. Gesetzgebg. auf d. Gebiete der Invaliditäts-, Alters- u. Krankenfürsorge. Sammlg. amtl. Materialien u. Quellen der Reichs- u. Bundesstaats-Gesetzgebg. Hrsg. v. Fey u. Zeller. 8. Jahrg 1897/98. 24 Nrn. gr. 4. Mainz, J. Diemers Verl. Postfrei ℳ 8,—.

Mitteilungen des deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes. Hrsg. von dem Verbands-Vorstande. Redigiert von Prof. Dr. R. von der Borght-Aachen. Berlin, Siemenroth & Troschel.

—, wissenschaftliche, des Instituts zur Behandlg. von Unfallverletzten in Breslau. Breslau, Ed. Trewendt.

Revue pratique et juridique des accidents du travail, paraissant le 1er et le 15 de chaque mois. 1re année, 1898/1899. In-4. Bruxelles, Vve Ferd. Larcier. Par an. Belgique, fr. 10,—.

Unfallversicherungs-Praxis, die. Monats-Zeischrift f. die öffentl. u. private Unfallversicherg. Red.: Subdir. H. Schmidt, Dr. Vict. Peters. 1. Jahrg. Oktbr. 1897—Septbr. 1898. ca. 12 Nrn. gr. 4. Leipzig, Nürnbergerstr. 29, Expedition. ℳ 6,—.

Zeitschrift für Gewerbe-Hygiene, Unfall-Verhütung und Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Mit dem Beiblatte: „Die Fabriks-Feuerwehr". Hrsg. u. Red.: B. Steiner. 5. Jahrg. 1898. 24 Nrn. gr. 4. Wien, Spielhagen & Schurich. Halbjährl. ℳ 9,—.

— für Samariter- u. Rettungswesen. Zeitung des deutschen Samariterbundes. Im Auftrage des Bundesvorstandes hrsg. von DD. Karl Aßmus u. Hans Kohler. 4. Jahrg. 1898. 24 Nrn. gr. 4. Leipzig, Verlag des „Reichs-Medizinal-Anzeigers". ℳ 4,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Amendements au projet de loi sur les accidents du travail, par la Chambre de commerce d'Angers. Paris.

André, L., et **L. Guibourg,** Le Code ouvrier. 2e édition. In-8, VII-248 p. Paris, Chevalier-Marescq et Ce. fr. 10.

Angeli, de, Discorsi sul disegno di lege degli infortuni nel lavoro. Rome.

Arbeiter-Kranken-Versicherung, die, in Berlin im Jahre 1897. Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Berlin. (32 S.)

Arnaud, Dr., Etudes sur le phosphore et le phosphorisme professionnel. Paris.

Ascher, Dr. Ludwig, Kreiswundarzt, Krankenfürsorge und Arbeiterversicherung. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 3. Heft, 1898.)

Aussichten der Altersversicherung in England. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 8./9. Heft, 1898.)

Baupolizeiliche Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter. (6 S.) Würzburg, Stahels Verlag. ℳ —,20.

Beck, Dr. med. **G.,** Das Kranken- u. Unfallversicherungsprojekt in sanitarischer Beleuchtung. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- u. Socialpolitik 1897, Juli.)

Bellom, Maur., Les assurances ouvrières en Allemagne. (Revue polit. et parlem. No. 36, 1897.)

— Etude sur la statistique des accidents dans les mines allemandes. Paris.

— Chronique de statistique sur les questions ouvrières et les assurances sur la vie. (Journ. de la Société de statist. de Paris 1897, No. 6.)

— Résultats généraux et charges futures des assurances ouvrières allemandes. (No. 7.)

Bensa, Histoire du contrat d'assurance au moyen âge. N. Valery, Paris.

Begriff, der, des Unfalls. (Masius Rundschau, 1897, 7. Heft.)

Bericht des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens f. d. Jahr 1896. gr. 8. (120 S. m. 3 Tab.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. 1,—.

— der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien im Verwaltungsjahr 1896. Brünn 1898. (30 S.)

— über die Thätigkeit der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien in Brünn für 1896. Brünn 1897. (60 S.)

— über die Verwaltung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1897. Berlin 1898. (42 S.)

— über die Thätigkeit der Brauerei- u. Mälzerei-Berufsgenossenschaft für 1897. Frankfurt a. M. 1898. (32 S.)

— über die wirtschaftlichen Ergebnisse der freien Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen i. J. 1897. Chemnitz, Mai 1898. (Berichterstatter Theodor Suhl.) (16 S.) Mit Anhang, die Kassenärzte betr. (8 S.)

Bestimmungen f. die ärztlichen Verordnungen bei den Kassen mit freier Arztwahl zu Berlin für das Jahr 1898. 12. (44 S.) Berlin (R. Trenkel). ℳ 1,—.

Blanchet, Augustin, ing., Etude d'une loi sur les accidents du travail en France. (30 p.) Paris, Société d'économie sociale.

Blankenstein, P., Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. (Archiv f. sociale Gesetzg. u. Statistik 1897.)

Bödiker, Dr. **T.,** Die Reichversicherungsgesetzgebung. (58 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 1,60.

Borght, Prof. Dr. R. van der, Der IV. Internationale Kongreß f. Arbeiterunfälle und sociale Versicherung. (Mitteil. des deutschen Haftpflichtschutzverbandes, Heft 7, 1897, S. 29—40.)

— Zur Entwicklung der Haftpflichtversicherungsprämien. (Dieselbe, Nr. 7/1897, S. 159.)

— Die sociale Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung. gr. 8. (III, 84 S.) Jena, G. Fischer, ℳ 2,—.

Bramsen, L., Wettelijke regeling van schadevergoeding aan arbeiders wegens ongelukken in gevaarlijke bedrijven. Zutphen, W. J. Thieme & Cie. Gr. 8o. (44 blz.) fl. 0,30.

Brinkmann, Bürgermeister C., Arbeiterversicherung und Armenpflege. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 2. Heft, 1898.)

Bruschettini, L'assurance contre les accidents du travail en Italie. Saint-Amand.

Cheysson, E., Les Accidents du travail. Observations présentées devant la Société d'économie sociale, les 14 fevrier et 14 mars 1898. In-8, 36 p. Paris, Guillaumin et Ce.

— L'assurance contre les accidents, mélanges et notices. (La Réforme sociale 1897, Mai.)

Christ, E., und **G. Stoffers,** Katechismus des Unfallversicherungs-Gesetzes. 2. Aufl. 12. (VIII, 102 S.) Düsseldorf, J. B. Gerlach & Co. Geb. ℳ 1,—.

Chrzescinski, R., Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Vom 11. Juli 1887. 2. Aufl. Unter Berücksichtder Rechtsprechg. des Reichs-Versicherungsamts vollständig neu bearb. und hrsg. 16. (XXIII, 213 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,60.

Coermann, W., Das Reichshaftpflichtgesetz. Vom 7. Juni 1871. (IV, 159 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 1,—.

Congrès international des accidents du travail et des assurances sociales. (1042 p.) Bruxelles, Weissenbruch. fr. 10.

Darcy, H., La Loi des accidents du travail devant le Sénat en 1898. In-8, 77 p. et tableau. Paris, imp. Chaix.

Delcaire, E., La loi sur les accidents: son application, ses conséquences. (17 p.) Paris, Schlœber.

Drouineau, G., Nouvelle loi concernant les responsabilités des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail, commentée article par article. In-8. 121 p. Paris, Muzard et Ebin. fr. 2,50.

Duboisdenghien, L., De l'organisation technique des sociétés de secours mutuels. (57 p.) Bruxelles, Bruylant.

Eingabe des deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes zu den Unfallversicherungs-Entwürfen vom Winter 1896/97. (Mitteil. d. deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes, Heft 7, 1897, S. 81—94.)

Ernst, Karl, So sollt ihr versichern! Mit besonderer Berücksicht. der Haftpflichtversicherung. Ein Ratgeber f. jedermann. gr. 8. (VIII, 103 S.) Ravensburg. Dorn. ℳ 1,—.

v. Esmarch, Dr., Wirkl. Geh. Rat, Über die Entwickelung und die Erfolge des Samariterwesens. Vortrag, gehalten in Wien am 23. Nov. 1897. (Zeitschrift f. Krankenpflege 1898, Aprilband.)

— Die erste Hülfe bei plötzlichen Unglücksfällen. Ein Leitfaden f. Samariter-Schulen in 6 Vorträgen. 14. Aufl. 55. Tausend. 8. (VI, 120 S. mit 150 Abbildgn.) Leipzig, F. C. W. Vogel. Geb. in Leinw. ℳ 1,80.

Fabris, Riccardo, direttore, Gl'infortunî del lavoro. (43 p.) Milano, imp. Bellini.

Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes in der Reichstagssession 1896 bis 1897. M.-Gladbach, Centralstelle des „Volksvereins f. d. kath. Deutschland", 1898. (4 S.)

Frankenberg, v. H., Die Gemeinden u. die Arbeiterversicherung. (Schmollers Jahrb. f. Gesetzg. 1897, 3. Heft.)

— Die deutsche Arbeiterversicherung. (28 S.) Hamburg, Verlagsanstalt und Druckerei. *M* —,75.

Fuld, Ludwig, Die Unfallversicherung in Frankreich. (Beil. zur Allgem. Zeitg. 1898, Nr. 91.)

Fuster, E. siehe Gruner, E.

Garreau-Payen, E., Nouvelle loi-accidents promulguée le 10 avril 1898. In-8, 41 p. Paris, libr. May.

Geschäftsbericht d. land- u. forstwirtsch. Berufsgenossenschaft f. d. Kgr. Sachsen f. d. Jahr 1896. Dresden, 1897. (36 S.)

— (u. Rechnungsabschluß) d. Ortskrankenkasse zu Leipzig und Umgebung a. d. Jahr 1897. (10 S.)

— des Reichsversicherungsamtes f. d. Jahr 1897. Berlin, 1898. (36 S.)

— der Knappschafts-Berufsgenossenschaft mit Jahresbericht der Krankenhausverwaltung Bergmannsheil f. d. Jahr 1897. Bochum, 1898. (48 u. 10 S.)

— der Rhein.-Westfälischen Hütten- u. Walzwerks-Berufsgenossenschaft für 1897. (11 S., Anlage A—E, Tafeln I—VII.)

Gesetze u. Verordnungen, betr. die Unfall- u. Krankenversicherg. d. Arbeiter. 7. Aufl. 12. (VII, 201 S.) Wien, Manz. fl. 1,60.

— betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. Nach dem Stande von Ende Juni 1898. 2. Aufl. (VIII, 305 S.) Ebenda. fl. 2,40.

Greven, Stabsarzt a. D. Dr., Die erste Hülfe bei plötzlichen Unglücksfällen. Hrsg. vom Vorstand der Knappschafts-Berufsgenossenschaft. 3. Aufl. 12. (58 S. m. Abbildungen.) Berlin, C. Heymanns Verlag. Geb. in Leinw. *M* —,80.

Grosse, Dr. **Johs.,** Das deutsche Krankenversicherungsgesetz und die deutschen Ärzte. Ein Beitrag zur Lösg. e. hochwicht. Zeitfrage. gr. 8. (VIII, 44 S.) Leipzig, F. Fleischer, Verl. *M* —,60.

Gruner, E. et **Fuster, E.,** Résultats statistiques sur l'assurance contre les accidents en Allemagne et en Autriche. (27 p.) Paris.

Guyon, Loi du 9 avril 1898 concernant les responsabilités des accidents. Paris.

Haag, Ob.-Beamter **Georg,** Skala der Einbuße an Erwerbsfähigkeit bei Unfallschäden. Für Ärzte u. Berufsgenossenschaften nach Dr. Otto Bodes Tabelle dargestellt. Lith. gr. 8. (Mit Text an der Seite.) München, Seitz & Schauer. Auf Pappe m. Öse *M* 1,25, auf Leinw. *M* 1,25.

Hahn, Amtsger.-Rat **Jul.,** Das Krankenversicherungsgesetz vom $\frac{25.\ 6.\ 1883}{10.\ 4.\ 1892}$, nebst den die Krankenversicherung betreffenden Bestimmungen der übrigen Reichsversicherungsgesetze u. den wichtigeren Ausführungsbestimmungen. Mit Einleitg. u. Kommentar. 2. Aufl. gr. 8. (VIII, 360 S.) Berlin, Verl. der Arbeiter-Versorgg. A. Troschel. *M* 6,—, geb. *M* 7,—.

Handhabung, die, des Heilverfahrens bei Versicherten durch die Hanseatische Versicherungsanstalt ꝛc. im Jahre 1896. Hamburg, 1897. (36 S.)

Heilstätte Oberberg b. St. Andreasberg, errichtet von der Hanseatischen Versicherungsanstalt in Lübeck. Lübeck, 1897. (22 S. u. Karten-Bilder.)

Heldt, B. H., Pensionneering van werklieden. Uitkomsten van het onderzoek der staats-commissie, met eenige beschouwingen. Amsterdam, S. L. van Looy. 8. (83 blz.) fl. —,60.

Hennig, Sekr. **E.**, Die sämtlichen Reichsgesetze üb. die Arbeiterversicherg. (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- u. Altersversicherung) m. besond. Berücksicht. d. einschlagenden sächsischen Landesgesetze und der wichtigeren Ausführungsbestimmungen. 8. (VII, 208 S.) Dresden, D. u. R. Becker. *M* 1,50.

Henrich, Rechtsanw. Dr. **R.**, Die freie Arztwahl im Deutschen Reiche. gr. 8. (III, 59 S.) München, Staegmeyr. *M* 1,50.

Héry, Paul, président. Les retraites ouvrières et le chômage. (22 p.) Paris, A. Rousseau.

Hie, Henry, avocat, L'assistance par le travail de Rouen. (19 p.) Rouen, impr. Cagniard.

Hiestand, Dr. **Paul**, Unterleibsbruch u. Unfallsbegriff. gr. 8. (31 S.) Zürich, Art. Institut Orell Füssli. *M* 1.—.

Hoff, Geh. Reg.-R., Die Pensionskasse, die Krankenkassen u. die Unfallversicherung der Arbeiter bei der Preußischen Staatsbahnverwaltung in den Jahren 1895—1897. (Archiv für Eisenbahnwesen 1888, S. 1165.)

Hoffmann, Die Innungskrankenkassen nach der Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. 7. 1897. Lex.-8. (31 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgung A. Troschel. *M* —,80.

Horner, Prof. Dr. **Jos.**, Erste Hülfeleistung bei Unglücksfällen u. plötzlichen Erkrankungen in Bild u. Wort. qu. gr. Fol. (40 Farbdr. m. farb. Titel u. 2 Bl. Text.) Dux, C. Scheithauer. In Leinw.-Mappe fl. 80,—.

Jacot, L'assistance pour le travail en Allemagne et en France. Montauban.

Jaeger, Dr. **Fel.**, Die Umwandlungsklage im deutschen Haftrechte jetzt und nach 1900. Zum prakt. Gebrauche f. alle Haftpflichtinteressenten dargestellt. gr. 8. (VI, 42 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. *M* —,80.

Imbert, Rapport sur le projet de loi relative aux accidents du travail. Marseille.

Inhülsen, C. H. P., Die Reform der Arbeiter-Unfall-Entschädigung in England. (Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, Jena 1897.)

Instructions sur les moteurs industriels, leur mise en marche et leur arrêt. (47 p.) Paris, par l'Association des industriels de France contre les accidents.

— sur les premiers soins à donner en cas d'accidents avant l'arrive du médecin. (27 p.) item. Paris.

— concernant les précautions à prendre dans l'emploi des meules en grès et des meules artificielles. (35 p.) item. Paris.

— sur les scieries mécaniques et les usines à travailler le bois. (73 p.) item. Paris.

Jouanny, G., Etude de la loi du 9 avril 1898 sur les responsabilités des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail. In-8, 14 p. Paris, A. Rousseau.

Kiey, W., Die Schwindsucht im Lichte der Statistik u. Socialpolitik, m. besond. Berücksicht. der staatl. u. privaten Versicherung. Mit 3 graph. Taf. gr. 8. (VIII, 87 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 2,40.

v. Kobell, Reg.-Rat, Die socialen Versicherungen in Oberbayern. (Die Landwirtschaft im Reg.-Bezirk Oberbayern, Nachtrag zur Denkschrift von 1885. München 1898, S. 452—472.)

Krafft, Rechtsanwalt, Die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs v. 18. August 1896. (Mitteil. d. Deutsch. Haftpfl.-Schutzverbandes, Heft 7, 1897, S. 135—144.)

Krankenversicherung der Arbeiter des Herzogtums Sachsen-Meiningen, 1896. (Statistik d. H. S.-M. Bd. 6, Nr. 12, 1897.)

— in der Stadt Braunschweig. (Festschrift: Braunschweig im Jahre 1897, S. 317—348.)

Krueger, Dr. **Paul,** Landwirtschaftliche Kreishaftpflichtvereine in Schleswig-Holstein. 8. (16 S. u. Beilage 4 S. in 4.) Oldesloe, H. Meyer. *M* —,50.

Kulemann, W., Landger.-Rat, Die Reform der deutschen Socialversicherung. (Handelsmuseum. Wien 1897, Nr. 29.)

Lambrechts, La question des accidents du travail devant sept assemblées délibérantes. Bruxelles. (24 p.) Bruxelles, Société belge de librairie. fr. —,50.

Landmann, Dr. **F.,** Die Lösung der Kassenarztfrage. 8. (56 S.) Elberfeld. H. Grimpes Buchdr. *M* 1,—.

Ledderhose, Prof. Dr. **G.,** Die ärztliche Untersuchung und Beurteilung der Unfallfolgen. Lex.-8. (46 S.) Wiesbaden, J. F. Bergmann. *M* 1,20.

Lov om Arbejderes Forsikring mod Følger af Ulykkestilfælde i visse Virksomheder. Amalienborg, den 7de Januar 1898. 10 Sider i Imp. 8. Kjøbenhavn, Gad.

Lünstedt, Jul., Wie muß das deutsche Volk die gesammelten 600 000 000 Mark der Alters-, Invaliditäts- u. Unfallversicherungs-Genossenschaftsfonds zum Besten des Vaterlandes anlegen? 2. Taus. 8. (IX, 54, III u. IX S.) Zürich, C. Schmidt. fr. 1,—.

Maaß, Landessekr. **Wilh.,** Handbuch zur Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vom 22. 6. 1889. 8. (VIII, 173 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgung, A. Troschel. Kart. *M* 2,—, geb. in Leinw. *M* 2,50.

Magaldi, V., Sur la récente phase législative de la protection des ouvriers contre les accidents du travail en Italie. Milan, impr. Henri Reggiani. 8. p. 34.

Magnus, Prof. Dr. **H.,** Leitfaden f. Begutachtung u. Berechnung v. Unfallsbeschädigungen der Augen. 2. Aufl. gr. 8. (XVI, 180 S. m. 3 Taf.) Breslau, J. U. Kerns Verlag. *M* 6,—

Malapert, E., Du projet de loi sur les accidents du travail voté par la Chambre des députés dans la séance du 28 octobre 1897. In-8, 48 p. Rennes, imp. Caillot.

Mathis, E., Besteht nach gemeinem Recht bei der Werkverdingung eine kontraktliche Haftpflicht des Werkmeisters für das Verschulden seiner Gehülfen? (Dissert.) Berlin, 1897. (70 S.)

Mayer, G. u. v. Zanten, J. H., Der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes in den Niederlanden. (Archiv für soc. Gesetzgebg. u. Statistik 1897, 4./5. Heft.

Medina. Contributo alla questione degl'infortuni del lavoro. Florence.

Meeteren, F. W. Westerouen van, Verplichte pensionneering van invaliede loontrekkenden. Amsterdam, De Erven H. van Munster & Zoon. Gr. 8. (IV, 110 en 3 blz.) fl. 1,25.

Nachweisung der Geschäfts- u. Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten für das Jahr 1896. (Drucksachen des Reichstags, 9. Legisl.-Per., V. Session 1897/98 in Nr. 77.)

Normativbedingungen u. Vorträge, die neuen, vom Juni 1898. (24 S.) (Mitteilungen des deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes Nr. 8.) gr. 8. Berlin, Siemenroth & Troschel. *M* —,60.

Nolthenius, R. P. J. T., De duitsche ongevallen-verzekering in de praktijk. Haarlem, H. D. Tjeenk Willink. Gr. 8. (XII, 163 blz.) fl. 1,75.

Observations sur le projet de loi concernant la responsabilité des accidents du travail. (23 p.) Lille.

OEuvre bordelaise de l'assistance par le travail. (47 p.) Bordeaux, imp. Chariol.

Périssé, S., L'association des industriels de France contre les accidents du travail. (Reforme Sociale 1897, Octobre.)

Peters, Dr. V., Die rechtliche Natur der Unfallentschädigungsansprüche nach den Reichs-Unfallversicherungsgesetzen. (Diss., Erlangen.) 1897. (32 S.)

Pfeiffer, Ludwig, Das Genesungshaus (Volksheilstätte) für Lungenkranke in München bei Berka (Ilm). (Zeitschr. f. Krankenpflege, Aprilheft 1898.)

Piggott's, F. T., Two Chapters in the Law of Torts. I, The Reasonable Man; 2, The Unknown Workman. Roy. 8, sd. London, Clowes. sh. 1,6.

Private Lebensversicherung der Arbeiter in Deutschland. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 1. Heft, 1898.)

Projet de loi sur les accidents. (12 p.) Arras, imp. Bouvry.

Quiquet, A., L'assurance contre l'invalidité et la vieillesse en Allemagne. Critique mathématique de la loi du 22 juin 1889. (Moniteur des Assurances, 1897, Juin.)

Ratschläge für Lungenkranke. Herausgegeben von der Ortskrankenkasse zu Dresden. Dresden 1897. (16 S.)

Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften auf das Jahr 1896. (Drucksachen des deutschen Reichstags, 9. Legisl.-Per., V. Sess., 1897/98, Nr. 57.)

Reger's, A., Handausgabe des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883. (496 S.) Ansbach, C. Brügel & Sohn. *M* 4,80.

Reichel, Priv.-Doc. Dr. **Paul,** Die Abschätzung der Erwerbsfähigkeit. Aus der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Schlesien. gr. 8. (37 S.) Wiesbaden, J. F. Bergmann. *M* 1,—.

Ricou, La Loi relative aux accidents. Marseille.

Rijex, La faute lourde en matière d'accidents du travail. Bruxelles.

Rosin, Prof. Dr., Umschau u. Vorschau auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. (Rede, gehalten in der Aula am 5. Mai 1897 bei der Übergabe des Prorektorats der Universität Freiburg. Freiburg i. B., Universitäts-Druckerei, 1897, S. 26—69.)

Rothmann, Carl, Ortskrankenkasse und freie Hülfskasse, ihre gegenseitigen Vorteile und Nachteile. (Diss., Erlangen.) (40 S.)

Saleilles, Raymond, Les accidents du travail et la responsabilité civile. (91 p.) Paris, A. Rousseau. fr. 2,50.

Scalori, Gl'infortuni de lavoro nella teoria e nella lege. (140 p.) Mantova. A. Mondovi e figlio.

Schubert, H., Kompendium des Baurechts u. der Baupolizei im engeren Sinne, sowie der socialpolitischen Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes. gr. 8. (VIII, 232 S.) Leipzig, A. Schumanns Verlag. Geb. in Leinw. ℳ 3,—.

Seemann, Wilh., Führer durch das Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Gesetz, sowie Altersversicherungs-Gesetz. 8. (31 S.) Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdr. u. Verl. ℳ —,40.

Siegert, W., Die erste Hülfe in Unglücksfällen und bei plötzlichen Erkrankungen bis zur Ankunft des Arztes. 8. (52 S. m. 35 Abbildgn.) Berlin, W. Möller. ℳ —,60.

Sommerfeld, Dr. **Thdr.,** Handbuch der Gewerbekrankheiten. Mit statistischen Übersichten und den Bekanntmachungen des Bundesrates. 1. Bd. gr. 8. (VIII, 536 S. m. 3 Tab.) Berlin, O. Coblentz. ℳ 10,—,

Statistik der Ursachen der Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Aufgestellt im Reichs-Versicherungsamt. (XVI, 227 S.) ℳ 5,—. (Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes. Beiheft.) 4. Berlin, A. Asher & Co.

— der Krankenversicherung im Jahre 1896. (Statistik des Deutschen Reichs.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ 5, - .

Statut der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Mit einem Anhang: Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1894. Berlin 1898. (82 S.)

Statut-Entwurf für eine Kranken-Unterstützungskasse selbständiger Handwerksmeister u. Gewerbetreibender. 8. (14 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgung A. Troschel. ℳ —,40.

Steltz, J., Die Lebens-Versicherung in ihrer Bedeutung für das sociale und Familien-Leben. gr. 8. (35 S.) Karlsruhe. F. Metzler. ℳ —,60.

Tabellarische Übersichten über die Geschäftsergebnisse der der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen. (Verw.-Ber. des Magistrats für 1896/97. S.-A. 14 S.)

Taschen-Kalender 1898 zum Gebrauche bei Handhabung der Arbeiterversicherungsgesetze für Behörden, Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften ꝛc. Hrsg. v. Gen.-Sekr. E. Götze und expedier. Sekr. Kalkul. P. Schindler. 10. Jahrg. 3 Teile. gr. 16. Berlin, Liebel. Geb. in Leinw. Subskr.-Preis ℳ 6,—; Ladenpr. ℳ 7,50.

Thiem, San.-R. leit. Arzt Dr. **Carl,** Handbuch der Unfallerkrankungen, auf Grund ärztl. Erfahrg. bearb. gr. 8. (XLII, 924 S. m. 108 Fig.) Stuttgart, F. Enke. ℳ 24,—.

Thiry, Albert, instituteur, Pensions ouvrières. (12 p.) Quaregnon, J. Dresselaerse-Glorieux. fr. 0,15.

Über die Haftpflicht-Gesetzgebung und den Arbeits- oder Dienstvertrag nach schweizerischem Recht. Ausgearb. vom schweizer. Arbeitersekretariat. 2. Aufl. gr. 16. (23 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. fr. —,20.

Übersicht über die Betriebsergebnisse der der Arbeiterversicherungskommission unterstellten Karlsruher Ortskrankenkassen ꝛc. f. d. Jahr 1896. Karlsruhe 1897. (12 S.)

Unfallverhütungsvorschriften, die, der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. 12. (155 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. Geb. ℳ 1,20.

— für maschinelle Betriebe der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft. Berlin NW., Alt-Moabit, 1898. (16 S.)

Unfallversicherung in Italien. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 6. Heft, 1898.)

Verwaltungsbericht des Wurm-Knappschafts-Vereins zu Bardenberg 1897. Aachen 1898. (34 S.)

— der Ziegelei-Berufsgenossenschaft f. d. Jahr 1897. Berlin 1898. (26 S.) Jahresbericht über die Revisionsthätigkeit 1897. (6 S.)

— der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik für das Jahr 1897. (26 S.)

— der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin f. d. Rechnungsjahr 1897. (116 S.)

Vorlagen, Die, zur Reform der deutschen Unfallversicherung. (Mitt. d. deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes, Heft 7, 1897, S. 72—80.)

Weinbuch, Dr. **Leop.,** Erste Hülfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen. Mit zahlreichen Illustr. gr. 8. (96 S.) München, Seitz & Schauer. ℳ 1,—; geb. in Leinw. ℳ 1,50.

Wengler, A., Katechismus der deutschen Arbeiterversicherung. 1.—3. Teil. 12. Leipzig. J. J. Weber. Geb. in Leinw. Jeder Teil ℳ 2,—.

Wiskott, Max, Das Versicherungswesen der deutschen Buchdrucker. (Diss., Breslau 1897.)

Woedtke, Dir. Dr. **E. v.,** Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. Text-Ausgabe mit Anmerkgn. u. Sachregister. 7. Aufl. (393 S.) ℳ 2,—.

— Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und Gesetz über die Ausdehng. der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. Textausgabe mit Anmerkgn. u. Sachregister. 5. Aufl. (XLII, 331 S.) ℳ 2,—. Berlin, J. Guttentag.

Wokurek, Sekr. **Ludw.,** Die österreichische Unfallversicherung. Eine kritische Studie. gr. 8. (III, 109 S.) Wien, F. Deuticke. ℳ 2,—.

Wolff, Henry W., Employers Liability: What Ought is to be? (114 p.) London, King.

Zacher, Geh. Reg.-Rat Dr., Unfallversicherung in Italien. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 4. Heft, 1898.)

— Zur Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze. (Deutsche Juristen-Zeitung, II. Jahrg., 1897, S. 169.)

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 1. Heft. Die Arbeiter-Versicherung in Dänemark. Lex. 8. (51 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgg., A. Troschel. ℳ 1,—.

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 2. u. 3. Heft. 2. Die Arbeiter-Versicherung in Schweden. 3. Die Arbeiter-Versicherung in Norwegen. Lex. 8. (99 S.) Berlin, ebenda. ℳ 2,—.

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 4. Heft. Die Arbeiter-Versicherung in Frankreich. Lex. 8. Berlin, ebenda. ℳ 2,—.

Rothmann, Carl, Ortskrankenkasse und freie Hülfskasse, ihre gegenseitigen Vorteile und Nachteile. (Diss., Erlangen.) (40 S.)

Saleilles, Raymond, Les accidents du travail et la responsabilité civile. (91 p.) Paris, A. Rousseau. fr. 2,50.

Scalori, Gl'infortuni de lavoro nella teoria e nella lege. (140 p.) Mantova, A. Mondovi e figlio.

Schubert, H., Kompendium des Baurechts u. der Baupolizei im engeren Sinne, sowie der socialpolitischen Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes. gr. 8. (VIII, 232 S.) Leipzig, A. Schumanns Verlag. Geb. in Leinw. ℳ 3,—.

Seemann, Kontroll. **Wilh.,** Führer durch das Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Gesetz, sowie Altersversicherungs-Gesetz. 8. (31 S.) Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdr. u. Verl. ℳ —,40.

Siegert, W., Die erste Hülfe in Unglücksfällen und bei plötzlichen Erkrankungen bis zur Ankunft des Arztes. 8. (52 S. m. 35 Abbildgn.) Berlin, W. Möller. ℳ —,60.

Sommerfeld, Dr. **Thdr.,** Handbuch der Gewerbekrankheiten. Mit statistischen Übersichten und den Bekanntmachungen des Bundesrates. 1. Bd. gr. 8. (VIII, 536 S. m. 3 Tab.) Berlin, O. Coblentz. ℳ 10,—,

Statistik der Ursachen der Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Aufgestellt im Reichs-Versicherungsamt. (XVI, 227 S.) ℳ 5,—. (Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes. Beiheft.) 4. Berlin, A. Asher & Co.

— der Krankenversicherung im Jahre 1896. (Statistik des Deutschen Reichs.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ 5,—.

Statut der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Mit einem Anhang: Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1894. Berlin 1898. (82 S.)

Statut-Entwurf für eine Kranken-Unterstützungskasse selbständiger Handwerksmeister u. Gewerbetreibender. 8. (14 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgung A. Troschel. ℳ —,40.

Steltz, J., Die Lebens-Versicherung in ihrer Bedeutung für das sociale und Familien-Leben. gr. 8. (35 S.) Karlsruhe. F. Metzler. ℳ —,60.

Tabellarische Übersichten über die Geschäftsergebnisse der der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen. (Verw.-Ber. des Magistrats für 1896/97. S.-A. 14 S.)

Taschen-Kalender 1898 zum Gebrauche bei Handhabung der Arbeiterversicherungsgesetze für Behörden, Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften ꝛc. Hrsg. v. Gen.-Sekr. E. Götze und expedier. Sekr. Kalkul. P. Schindler. 10. Jahrg. 3 Teile. gr. 16. Berlin, Liebel. Geb. in Leinw. Subskr.-Preis ℳ 6,—; Ladenpr. ℳ 7,50.

Thiem, San.-R. leit. Arzt Dr. **Carl,** Handbuch der Unfallerkrankungen, auf Grund ärztl. Erfahrg. bearb. gr. 8. (XLII, 924 S. m. 108 Fig.) Stuttgart, F. Enke. ℳ 24,—.

Thiry, Albert, instituteur, Pensions ouvrières. (12 p.) Quaregnon, J. Dresselaerse-Glorieux. fr. 0,15.

Über die Haftpflicht-Gesetzgebung und den Arbeits- oder Dienstvertrag nach schweizerischem Recht. Ausgearb. vom schweizer. Arbeitersekretariat. 2. Aufl. gr. 16. (23 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. fr. —,20.

Übersicht über die Betriebsergebnisse der der Arbeiterversicherungskommission unterstellten Karlsruher Ortskrankenkassen ꝛc. f. d. Jahr 1896. Karlsruhe 1897. (12 S.)

Unfallverhütungsvorschriften, die, der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. 12. (155 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. Geb. ℳ 1,20.

— für maschinelle Betriebe der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft. Berlin NW., Alt-Moabit, 1898. (16 S.)

Unfallversicherung in Italien. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 6. Heft, 1898.)

Verwaltungsbericht des Wurm-Knappschafts-Vereins zu Barbenberg 1897. Aachen 1898. (34 S.)

— der Ziegelei-Berufsgenossenschaft f. d. Jahr 1897. Berlin 1898. (26 S.) Jahresbericht über die Revisionsthätigkeit 1897. (6 S.)

— der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik für das Jahr 1897. (26 S.)

— der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin f. d. Rechnungsjahr 1897. (116 S.)

Vorlagen, Die, zur Reform der deutschen Unfallversicherung. (Mitt. d. deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes, Heft 7, 1897, S. 72—80.)

Weinbuch, Dr. **Leop.,** Erste Hülfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen. Mit zahlreichen Illustr. gr. 8. (96 S.) München, Seitz & Schauer. ℳ 1,—; geb. in Leinw. ℳ 1,50.

Wengler, A., Katechismus der deutschen Arbeiterversicherung. 1.—3. Teil. 12. Leipzig, J. J. Weber. Geb. in Leinw. Jeder Teil ℳ 2,—.

Wiskott, Max, Das Versicherungswesen der deutschen Buchdrucker. (Diss., Breslau 1897.)

Woedtke, Dir. Dr. **E. v.,** Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. Text-Ausgabe mit Anmerkgn. u. Sachregister. 7. Aufl. (393 S.) ℳ 2,—.

— Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und Gesetz über die Ausdehng. der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. Textausgabe mit Anmerkgn. u. Sachregister. 5. Aufl. (XLII, 331 S.) ℳ 2,—. Berlin, J. Guttentag.

Wokurek, Sekr. **Ludw.,** Die österreichische Unfallversicherung. Eine kritische Studie. gr. 8. (III, 109 S.) Wien, F. Deuticke. ℳ 2,—.

Wolff, Henry W., Employers Liability: What Ought is to be? (114 p.) London, King.

Zacher, Geh. Reg.-Rat Dr., Unfallversicherung in Italien. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 4. Heft, 1898.)

— Zur Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze. (Deutsche Juristen-Zeitung, II. Jahrg., 1897, S. 169.)

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 1. Heft. Die Arbeiter-Versicherung in Dänemark. Lex. 8. (51 S.) Berlin, Verlag der Arbeiter-Versorgg., A. Troschel. ℳ 1,—.

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 2. u. 3. Heft. 2. Die Arbeiter-Versicherung in Schweden. 3. Die Arbeiter-Versicherung in Norwegen. Lex. 8. (99 S.) Berlin, ebenda. ℳ 2,—.

— Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. 4. Heft. Die Arbeiter-Versicherung in Frankreich. Lex. 8. Berlin, ebenda. ℳ 2,—.

Zanten, v., s. Mayer.

Zur Statistik der Krankenversicherung. (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1897, 2. Heft.)

Zusammenwirken der Vaterländischen Frauen-Vereine mit den Organen der Arbeiterversicherung. (Bericht über die 31. Generalversammlung des Vaterl. Frauen-Vereins am 30. und 31. März 1897. Berlin. S. 16 ff.)

VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte.

A. Zeitschriften.

Arbeiterbewegung, die. Rundschau d. wirtschaftl. u. socialen Vorgänge. Red.: Max Koppe. 1. Jahrg. Oktbr.—Dezbr. 1898. 13 Nrn. gr. 4. Berlin, M. Warschauer. Vierteljährl. ℳ 1,50.

Office du travail. Note sur le minimum de salaire dans les travaux publics en Angleterre, en Belgique, en Hollande, en Suisse, aux Etats-Unis et en France. In-4, 131 p. Paris, Imp. nationale.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Achelis, Thomas, Sklaverei, Leibeigenschaft und Lohnsystem. (Die Zukunft, VI. Jahrg. Nr. 29.)

Aldrich, A., Löhne und Arbeiterbewegung in Australien. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 6. Heft 1898.)

Arbeitseinstellungen u. Aussperrungen, die, im Gewerbebetriebe in Österreich während des Jahres 1896. Hrsg. vom statist. Departement im k. k. Handelsministerium. gr. 8. (127 u. 333 S.) Wien, A. Hölder. fl. 2,40.

Arbeitslöhne und Arbeitsverfassungen der österreichischen Landwirtschaft. (Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, 1897, 3. Heft.)

d'Avenel, G. vicomte, Paysans et ouvriers depuis sept siècles: 1. Les salaires au moyen-âge. 2. Les salaires aux temps modernes. (Revue des deux Mondes, 1897, Octobre.)

Beach, C. F., The modern law of contracts. Londres.

Beaume, La participation aux bénéfices dans l'industrie et le commerce. Lyon.

Bender, Emile, avocat, Le salaire effectif, sa protection par la loi. (182 p.) Paris, Rousseau. fr. 3,50.

Bericht über die Ursachen u. den Verlauf des Münchener Hafnerstreiks im Frühjahr 1897. Herausg. von der Streikkommission. gr. 8. (47 S.) München, M. Ernst. ℳ —,40.

Bernewitz, Minist.-Dir. Geh. Rat Dr. **A. v.,** Revidierte Gesindeordnung f. das Königreich Sachsen in der Fassung vom 31. 5. 1898. Mit ausführl. Sachregister. 2. Aufl. 8. (VIII, 224 S.) Leipzig, Roßberg. Geb. in Leinw. ℳ 3,60.

Bernstein, Ed., Der Kampf der Maschinenbauer und der Gewerkvereinskongreß in Birmingham. (Neue Zeit, XVI. Jahrg.)

Beschäftigung, Unterhaltskosten und Lohnhöhe der Industriearbeiter in Frankreich. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 6. Heft 1898.)

Birks, James, Trade Unions in relation to wages. (32 p.) London SW. /6 p.

Biermer, Prof. Dr. M., Die neueste Entwicklung d. britischen Arbeiterbewegung. Vortrag. gr. 8. (36 S.) Münster, Coppenrath. ℳ —,75.

— Die britische Arbeiterbewegung. (Jahrbuch d. Int. Vereinig. f. vergl. Rechtswissenschaft, 6. Jahrg., 1898, Bd. I S. 129—158.)

— Eine neuere englische Stimme über das Lohn- und Gewerbevereinsproblem. (Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebg. 1897, 3. Heft.)

Bloch, Landesger.-Rat Dr. Alfr., Das Gewerbegericht. Gesetz vom 27. 11. 1896, in historisch-dogmat. u. exeget. Darstellung. 8. (IV, 140 S.) · Wien, M. Breitenstein. fl. 2,—.

Bouge, A., député, Les conditions du travail et le collectivisme. (124 p.) Paris, imp. A. Colin. fr. 1,50.

Boulloc, avocat, Les grèves et le droit commun. (96 p.) Paris, Guillaumin. fr. 1,50.

Bouvy, Alex, Rapport au conseil communal sur le minimum de salaire. (40 p.) Liège, H. Vaillant-Carmanne.

Broefike, M., Die deutsche Streikbewegung. Unter Berücksicht. der ausländ. Streikbewegg. dargestellt. gr. 8. (VI, 67 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 1,20.

Burdick, F. M., Selected cases on the law of partnership, including limited partnerships. Boston, Little, Brown & C. c. 11×691 p. O. cl., $ 4,50.

Bureau, Paul, L'association de l'ouvrier aux profits du patron et la participation aux bénéfices. (341 p.) Paris, Rousseau.

Burns, John et **Krapotkine, Pierre,** La grande grève des docks. Bruxelles.

Camanni, La participazione dei lavoratori al profitto dell'impresa. Roma.

Charmolu, A., La justice rapide et gratuite par l'arbitrage amiable. Paris.

Chevreffon siehe Schoeffhauser.

Ciozel, Jules, avocat, Patrons et employés. (20 p.) Lyon, impr. Salut public.

Coalitionsrecht, das, vor Gericht! Stenographisches Protokoll der Verhandlg. gegen die Genossen R. Preußler u. A. Schäfer wegen Übertretg. der §§ 2 und 3 des Koalitionsgesetzes u. s. w. gr. 8. (53 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Crewes, Law of Arbitration. London.

Croker, E. J., Retrospective Lessons on Railway Strikes: United Kingdom. (212 p.) London, Simpkin. sh. 2,6.

Crook, J. W., German wage theories: a history of their development. New York, The Macmillan Co. 3-113 p. O. pap., $ 1.

Davidson, J., The Bargain Theory of Wages. A Critical Development from Historic Theories. Cr. 8vo, London, Putnam's Sons. sh. 6.

Dniestrzański, Dr. St., Das Wesen des Werklieferungsvertrages im österreichischen Rechte. gr. 8. (III, 194 S.) Wien, Manz. fl. 3,60.

Douillard, Maxime, avocat, Les loyers des gens de mer. (260 p.) Paris, A. Rousseau. fr. 5,—.

Edelberger, Jos., Tabelle zur Berechnung der Arbeitslöhne nach Tagen und Stunden. Fol. Wiesbaden, Ch. Limbarth. ℳ —,30, auf Karton ℳ —,40.

Ferrand, Joseph, Dr., De la résiliation du louage de services à durée indéterminée. (410 p.) Paris, A. Rousseau.

Foerſter, Dr. **Fr. W.,** Die Dienſtbotenfrage und die Hausfrauen. 8. (45 S.) Zürich, K. Henckell & Co. fr. —,60.

Fourth Annual Report on changes in wages and hours of labour in the United Kingdom. (273 p.) London. 1/6.

v. Frankenberg, H., Stadtrat in Braunſchweig, Die Gerichtsbarkeit d. Innungen und das Innungsſchiedsgericht. (Annalen des Deutſchen Reichs 1899, Nr. 1, S. 58 ff.)

Freundlich, A., Das Verfahren nach dem Reichsgeſetz, betr. die Gewerbegerichte vom 29. 7. 1890. gr. 8. (III, 33 S.) München, J. Schweitzer Verlag. *M* —,80.

Friedensbedingungen, die, des britiſchen Maſchinenbauerausſtandes von 1897/98. (Zeitſchr. f. Socialwiſſenſchaft, 3. Heft, 1898.)

Fridrichowicz, E., Die Lehren der Arbeiterbewegung in der Garderobenkonfektion. (Zeitſchr. f. d. geſamte Staatswiſſenſchaft, 1897, 2. Heft.)

Fürth, Henriette, Der Strike der Wäſcherinnen in Neu-Iſenburg. (Neue Zeit, XV. Jahrg. Nr. 40.)

Gang der Löhne in Italien während des letzten Vierteljahrhunderts. (Zeitſchr. f. Socialwiſſenſchaft, 6. Heft 1898.)

Gans, L'instabilité des ateliers et la résiliation du contrat de travail. Laval.

Gaultier de Kermoal, De l'engagement des gens de mer. (176 p.) Saint-Brieux, Prud'homme.

Gendebien, V., Commentaire de la loi du 16 août 1887 sur le payement des salaires des ouvriers. (40 p.) Bruxelles, E. Bruylant. fr. 1,—.

George, Henry, The Condition of Labour: An open Letter to Pape Leo XIII. London.

Geſindeordnung für das Herzogtum Sachſen-Altenburg vom 25. 11. 1897. 8. (20 S.) Altenburg, O. Bonde. *M* —,25.

—, die revidierte, f. d. Königr. Sachſen in der Faſſung vom 31. 5. 1898. Textausgabe. Mit ausführl. Sachregiſter. 3. Aufl. 8. (VI, 54 S.) Leipzig, Roßberg. In Leinw. kart. *M* —,80.

Gewerbegerichtsgeſetz. Geſetz vom 27. 11. 1896, betr. die Einführung v. Gewerbegerichten ꝛc. Mit e. Regiſter. 8. (IV, 102 S.) Wien, Manz. fl. 1,40.

Gompers, Sam., Strikes and coal-miners. (The Forum, 1897, Septbr.)

Gotthold, Aug., Tagelohn-Berechner. Berechnung der Tagelöhne von 1 bis 6 Mark und von 1 bis 31 Tagen. 8. (27 S.) Kaiſerslautern, A. Gotthold's Verl. *M* 1,—.

Guiral, Albert, avocat, La conciliation et l'arbitrage. (144 p.) Rouen, impr. Lecerf.

Hardy, C., L'emploi des fonds sans la participation aux bénéfices. (Reforme sociale, Juillet 1897.)

Hocquet, René, Dr., Emploi des fonds dans la participation aux bénéfices. (144 p.) Paris, Larose. fr. 4,—.

d'Hooche, Traité sur la saisie-arrêt. (326 p.) Bordeaux, impr. Delagrange. fr. 6,—.

Jaſtrow, J., Die Erfahrungen in den deutſchen Gewerbegerichten. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statiſtik, 3. Folge, 14. Bd.)

Immerwahr, Priv.-Doz. Dr. **Walt.**, Die Kündigung, historisch u. systematisch dargestellt. gr. 8. (VIII, 187 S.) Breslau, M. u. H. Marcus. *M* 6,—.

Jourdain, V., La Législation française sur les coalitions ouvrières; Son évolution au XIXe siècle. In-8, 180 p. Lille, Le Bigot frères.

Juglar, Clément, De la répartition des bénéfices du travail et du capital dans l'accroissement de la richesse depuis 50 ans. (14 p.) Nancy, Berger-Levrault.

Jurnitschek, O., Über den Strike der englischen Maschinenbauarbeiter in den Jahren 1897 u. 1898. gr. 8. (56 S.) Wien, Manz. fl. 1,20.

Kaff, Reb. **Sigm.**, Wie schützt der Arbeiter sein Recht in Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeits-, Lehr- u. Lohnverhältnisse? gr. 8. (39 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. —,10.

Kermoal, de, De l'engagement des gens de mer. Saint-Brieux.

Kohlmann, W., Lohn-Tabellen zum praktischen Gebrauch f. Lohn-Auszahler jeder Art. (5. Aufl.) 16. (IV, 96 u. IV, 38 S.) Eilenburg, C. W. Offenhauer. *M* —,90.

Krapotkine, Pierre siehe Burns.

Krejcsi, II. Handels- u. Gewerbek.-Sekr. Dr. **Rud.**, II. Gesetzartikel vom Jahre 1898 über Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgebern u. landwirtschaftlichen Arbeitern. gr. 8. (34 S.) Budapest, M. Räth. à Heft fl. —,80.

Küster, Rittergutsbes. **A.**, Gesindelohn-Abrechnung, nebst den für die Dienstboten wichtigsten gesetzl. Bestimmgn., welche im Königr. Preußen m. Ausnahme der Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Hannover u. Schleswig-Holstein sowohl auf dem Lande wie in den Städten Giltigkeit haben. gr. 8. (4 u. 16 S.) Neudamm, J. Neumann. *M.* —,20.

Lambert, Essai sur la protection des salaires. Paris.

Levasseur, Le salariat et le salaire. (16 p.) Paris.

Licht, Sekr. Dr. **Stef.**, Der gewerbliche Arbeitsvertrag in der Rechtsdurchsetzung. 8. (XII, 191 S.) Brünn, C. Winkler. fl. 2,60.

Lipinski, R., Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters. 3. Aufl. gr. 8. (52 S.) Leipzig, An der alten Elster 2, Selbstverlag. *M* —,30.

Löhne industrieller Arbeiter in Oberschlesien. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 7. Heft, 1898.)

Lohnverhältnisse in der Töpferei-Industrie im Jahre 1896. (Veröffentlichungen des statistischen Amts der Stadt Berlin 1898.)

Marx, K., Value, Price and Profit. Addressed to Working Men. Cr. 8vo, sd., pp. VI—94. London, Swan Sonnenschein. sh. 1.

Merlin, Roger, avocat, Le métayage et la participation aux bénéfices. (594 p.) Paris, A. Rousseau. fr. 6.

Modica, L., Costruzione giuridica del contratto di lavoro. Palermo 1897, stab. tip. Virzi. 8. p. 63.

Musco, La dottrina del Salario. Naples.

Neue Festsetzungen des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter. (Zeitschr. d. Kgl. Bayer. statist. Bureaus, 1898, Nr. 2.)

Neuregelung, die, der Rechtsverhältnisse zwischen den Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitern in Ungarn. (Zeitschr. f. Socialwiss., 3. Heft, 1898.)

Riethammer, A., Das wirtschaftliche und sittlich-religiöse Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Vortrag. 8. (25 S.) Leipzig, B. Richter. ℳ —,50.

Noé, J. D., De la protection des salaires contre l'insolvabilité des patrons. Toulouse.

Note sur le minimum de salaire dans les travaux publics. (129 p.) Paris, imp. Nationale.

Office du travail. Salaires et Durée du travail dans l'industrie française. Album graphique. In-8 carré, 7 p. et 29 planches en noir et en couleurs. Paris (1897), imp. nationale.

— Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage survenus pendant l'année 1897. In-8, XV-308 p. Paris, Berger Levrault et Ce.

Parkyn, The Law of Master and Servant. With a chapter vor Apprenticeship, Londres.

Péronnet, Ch., La conciliation et l'arbitrage. (346 p.) Paris, Larose.

Potter, Agathon de, Le collectivisme. (43 p.) Bruxelles, A. Manceaux.

Preise, ortsübliche, für Maurer-, Steinmetz- und Zimmer-Arbeiten u. Materialien f. d. J. 1898. Hrsg. von der Innung der Bau-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmermeister in München. gr. 8. (28 S.) München, L. Finsterlin. ℳ 1,—.

Reichel, Hans, Das Gewerbegericht. gr. 8. (52 S.) Herrnhut, G. Winter. ℳ —,50.

Report by the Chief Labour Corr. on the Strikes and Lock-outs of 1896. (Board of Trade, Labour Dep.) London, Eyre and Spottiswoode, 1897. (210 p.) 1 sh. 2 d.

Salaires et durée du travail dans l'industrie française. (578 p. et album de 29 planches) Paris. imp. nationale.

Schmid, Hans, Die große Lohnbewegung der schweizerischen Eisenbahner und der Nordostbahnstreik. (Deutsche Worte, 1897, No. 6.)

Schoeffhauser et **Chevresson,** avocats, La saisie-arrêt des gages, salaires et petits traitements. (220 p.) Paris, Marchal et Billard. fr. 4,50.

Schrödter, E., Gang der Arbeitslöhne in Amerika in letzter Zeit. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 5. Heft. 1898.)

Sorgniard, De la participation aux bénéfices. Saint-Brieuc.

Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage. (320 p.) Paris, Impr. Nat. Gr.

Stieda, Wilh., Arbeiterorganisationen. (Beil. z. Allg. Zeitg., München, Nr. 151 vom 11. Juli 1898 und Nr. 152 vom 12. Juli 1898.)

Strauss, Commentaire de la loi du 12 janvier 1895, 2e édition. Paris.

Tille, Dr. Alexander, Der Ausstand der britischen Maschinenbauer. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 3. Heft, 1898.)

Tönnies, Prof. F., Der Hamburger Streik von 1896/97. (Archiv. f. sociale Gesetzgebg. u. Statistik 1897, Heft 4/5.)

Trempenau, Wilh., Die Rechtsverhältnisse der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten in Deutschland und Österreich. 8. (IV, 47 S.) Leipzig, G. Weigel. ℳ —,75; geb. ℳ 1,—.

Unger, Magiſtr.-Aſſeſſor Dr. **Emil,** Entſcheidungen des Gewerbegerichts zu Berlin unter Berückſichtigung der Praxis anderer deutſcher Gerichte. gr. 8. (VIII, 284 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. *M* 4,—.

Vanlaer, Maur., Coment définir la participation aux bénéfices? (Revue d'économie politique, 1897, No. 8.)

— La participation aux bénéfices. (318 p.) Paris, A. Rousseau. fr. 6.

Vetillard, Du contrat de travail. Angers, Germain et Grassin.

Wages and Hours of Labor (4. Annual Rep.) in the United Kingdom. 1896. London (Board of Trade, Labour Dep.) 1897 (274 p.).

Waxweiler, La participation aux bénéfices. Paris.

Wiedfeldt, O., Eine landwirtſchaftliche Lohnſtatiſtik im Königreich Sachſen. (Handelsmuſeum, Wien 1897. 12 Bd.)

v. Zanten ſ. Mayer, G.

Zevort, Ad., De la résiliation du contrat de travail. (275.) Caen, impr. Adeline.

Zimmermann, Dr. **F. W.,** Arbeitseinſtellungen und Ausſperrungen in Öſterreich. (Zeitſchr. f. Socialwiſſenſchaft, 10. Heft, 1898.)

VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klaſſen.

A. Zeitſchriften.

Charitas, Zeitſchr. f. die Werke der Nächſtenliebe im kathol. Deutſchland. Red.: Dr. Lor. Werthmann. 3. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 8. Freiburg i. B., Geſchäftsſtelle des Charitas-Verbandes f. das kathol. Deutſchland. *M* 3,—.

Concordia. Zeitſchrift des Vereins zur Förderg. d. Wohles d. Arbeiter. Red.: W. Jutzi. 20. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 4. Mainz, V. v. Zabern. *M* 5,—.

Helfer, Der. Blätter für Armenpflege und Wohlthätigkeit. Organ f. die Armenpflege der Städte Dresden, Stuttgart und Poſen, ſowie f. die Helfer und Helferinnen des Vereins gegen Armennot und Bettelei zu Dresden. Hrsg. von V. Böhmert. 10. Jahrg. Okt. 1898—Sept. 1899. 12 Nrn. gr. 4. Dresden N., O. V. Böhmert. *M* 2,—.

Hilfe, Die. Gotteshülfe, Selbſthülfe, Staatshülfe, Bruderhülfe. Hrsg. u. Schriftleiter: Pfr. Frdr. Naumann. 4. Jahrg. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Berlin. Vierteljährl. *M* 1,50.

Liebeswerke, Die chriſtlichen. Zeitſchr. f. die geſamte Liebesarbeit der evangel. Kirche. Herausg. v. Paſt. J. Kneſchke, 1. Jahrg. Oktbr. 1898—Septbr. 1899. 6 Hefte. gr. 8. Leipzig, Fr. Richter. *M* 4,—; einzelne Hefte *M* —,75.

Volkswohl. Allgemeine Ausg. der Social-Korreſpondenz. Organ des Centralvereins f. das Wohl der arbeit. Klaſſen. Hrsg. von Dr. Vict. Böhmert. u. Dr. Paul Scheven in Dresden. 22. Jahrg. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Dresden, O. V. Böhmert in Komm. Vierteljährl. *M* 1,60.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Bericht über die 2. Hauptversammlung des Ausschusses f. Wohlfahrtspflege auf dem Lande am 17. Februar 1898 im großen Saale des Klubs der Landwirte. gr. 8. (86 S.) Berlin, Trowitzsch & Sohn. *M* —,80.

Böhmert, Prof. Dr. **Vict.**, Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande. (15 S.) Dresden, O. V. Böhmert. *M* —,40.

Brouilhet, Charles, professeur, Les fonctions sociales des Caisses d'épargne. (47 p.) Paris, A. Rousseau.

Daum, A., Die Bekämpfung der Trinksitten durch die Gesetzgebung. gr. 8. (20 S.) Wien, Manz. fl. —,40.

Greinz, Domvic. **Chr.**, Das sociale Wirken der katholischen Kirche in der Erzdiöcese Salzburg. (308 S.) Wien, Mayer & Co. *M* 4,80.

Hartnik, Past., Innere Mission auf dem Lande oder ländliche Wohlfahrtspflege in christlich-kirchlicher Beleuchtung. Referat. (24 S.) Kreuzburg, E. Thielmann. *M* —,20.

Hnuziker, Dr. **O.**, Geschichte der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft. gr. 8. (IV, 259 S.) Zürich, Zürcher & Furrer. fr. 3,—.

Jahresbericht, erster, der Frauen-Vereinigung f. sociale Hülfsthätigkeit in Wien. 1897. gr. 8. (28 S.) Wien. fl. —,30.

Liebe, Dr. **Geo.**, Volksheilstätten für Lungenkranke. gr. 8. (7 S.) Leipzig, H. Hartung & Sohn. *M* —,50.

Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten A.-G., Burbacher Hütte. Wohlfahrtseinrichtungen. Malstatt-Burbach 1897. (28 S.)

Mädchen- und Frauengruppen für sociale Hülfsarbeit zu Berlin. Programm für das Arbeitsjahr 1897/98. Als Beilage: Programm für die theoretischen Kurse von Oktober 1897 bis Sommeranfang 1898. (12 + 8 S.) Berlin, Schillstr. 10.

Riethammer, Geh. Kommerz.-Rat **Alb.**, Das wirtschaftliche und sittlich-religiöse Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Vortrag. 8. (25 S.) Leipzig, B. Richter. *M* —,50.

Pemsel, J., Ländliche Wohlfahrtspflege, eine Pflicht der Gegenwart, beleuchtet. 8. (38 S.) Regensburg, J. Habbel. *M* —,20.

Post, Prof. Dr. Geh.-R. **Julius**, Die Armenpflege im Dienste des socialen Versöhnungsprocesses. (Deutsche Rundschau, Juli-Heft 1898.)

Prez de la Ville-Tual, Mme. C., La charité dans l'évolution sociale. (220 p.) Paris, Bourguet-Calas.

Rechenschaftsbericht, 31., des „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen" in Stuttgart. (28 S.)

Schubert, P. **Osk.**, Die innere Mission und die ihr verwandten Bestrebungen in Riga. Eine Skizze. gr. 8. (34 S.) Riga, A. Stieda. *M* 1,20.

Schepp, Ländliche Wohlfahrtseinrichtungen. Vorschläge aus der Praxis. gr. 8. (VII, 35 S.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. *M* —,70.

Soennecken, F., Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter. Vortrag. gr. 8. (28 S.) Bonn, F. Soennecken. *M* —,50.

Thaten, volksfreundliche, statt leerer Worte oder sociale Thätigkeit. (62 S.) (Volksaufklärung 8./9. Heft.) Warnsdorf, A. Opitz. *M* —,16.

Übersicht für die vom Kommerzienrat W. Fitzner zu Laurahütte geschaffenen und unterhaltenen Wohlfahrtseinrichtungen. Laurahütte 1897. (26 S.)

Vitzthum v. Eckstädt, Graf **Otto,** J. H. Wicherns Aufruf zur inneren Mission, seine Denkschrift von 1849 und der gegenwärtige Stand der inneren Mission der evang.-luther. Kirche im Königr. Sachsen. Vortrag. (32 S.) Dresden, Niederlage zur Verbreitung christl. Schriften in Komm. *M* —,30.

Volksbad, das Gießener. Ein Beitrag zur Entstehungs- und Entwickelungsgeschichte des Baues und der Einrichtung desselben. gr. 8. (58 S. mit 7 Taf.) Gießen, J. Ricker in Komm. *M* 2,—.

Vorbericht und Verhandlungen der Konferenz des Verbandes deutscher Wohlfahrtsvereine Berlin, 14. Mai 1898 im Reichstagsgebäude. (VIII, 57 S.) (Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Nr. 15.) gr. 8. Berlin, C. Heymanns Verl. *M* 1,20.

Wohlfahrtseinrichtungen der Königlich württembergischen Verkehrsanstalten. (Archiv für Eisenbahnwesen, 1898, S. 1297.)

Zay, Lehrerin **Adele,** Hülfsbüchlein zur Heranbildung von Lehrerinnen für Sommerbewahranstalten. gr. 8. (80 und 23 S.) Kronstadt, H. Zeidner. *M* 1,50.

VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonieen und Naturalverpflegungsstationen.

Einzelne Schriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Annual report, 27., of the Bureau of Statistics of Labor. March 1897. Boston, Wright & Potter. (354 p.)

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenzählung im allgemeinen. (Christlich-sociale Blätter 1897, 12. Heft.)

Arbeitsvermittelung, die, in Österreich. Verf. und herausg. vom statistischen Departement im k. k. Handelsministerium. 4. (VIII, 304 und 217 S.) Wien, A. Hölder. fl. 4,80.

Bastos, Teixera J., Les bourses du travail. Lisbonne.

Bericht 2c., III., der Arbeitsnachweisstelle des Verbandes der Textil-Industriellen von Chemnitz und Umgegend. Chemnitz 1898. (4 S.)

Bernis, Prof. **Edw. W.,** Die amerikanische Arbeitsstatistik. (Archiv f. sociale Gesetzg. u. Statistik 1897.)

Buschmann, R., Die Arbeitslosigkeit und die Berufsorganisation. gr. 8. (IV, 129 S. m. 1 Tab.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. *M* 2,—.

Cornil, Georges, professeur, L'assurance municipale contre le chômage involontaire. Bruxelles, imp. Moreau. fr. 4.

Erzberger, Red. Arbeitersekr. **M.,** Christliche oder socialdemokratische Gewerkschaften? 12. (48 S.) Stuttgart, Deutsches Volksblatt. *M.* —,20.

Foerster, F. W., Die Arbeitslosigkeit und die moderne Wirtschaftsentwicklung. 8. (III, 52 S.) Berlin, Verlag f. eth. Kultur. *M* 1,—.

Geschäftsbericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin für 1897. Berlin 1898. (24 S.)

Gesetzentwurf betreffend Errichtung einer Arbeitsstatistik in Österreich, nebst Begründung und Anhang betr. die Arbeitsstatistik im Ausland. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 7. Heft, 1898.)

Gründe, die, der Verwerfung der Arbeitslosenversicherung in Zürich. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 10. Heft, 1898.)

Jahresbericht des schlesischen Provinzial-Vereins für ländliche Arbeiterkolonieen 1897/98. Breslau. (56 S.)

— der Allg. Arbeitsnachweis-Anstalt der Hauptstadt Freiburg i. Breisgau für das Jahr 1897. (16 S.)

— 7., des Vereins für Arbeits-Nachweisung zu Dresden auf das Jahr 1897. Dresden 1898. (12 S.)

— 3., des Arbeiter-Sekretariats Nürnberg. gr. 8. Nürnberg (A. Henning). (37 S.) *M* —,25.

— 10., des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats f. d. J. 1896. gr. 8. (90 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins in Komm. fr. 1,50.

Jastrow, J., Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsnachweis-Verbänden. Verhandlungen der 1. deutschen Arbeitsnachweis-Konferenz (Karlsruhe, 13. Septbr. 1897). gr. 8. (VIII, 165 S.) Berlin, H. S. Hermann. *M* 4,—.

Ländliche Arbeiternot, die, in Ostdeutschland. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 4. Heft, 1898.)

Laurent, Camille, Trusts et syndicats, 2e edit. (23 p.) Charleroi, Tourneur-Schmitz. fr. 2.

Möller, Versicherungs-Mathemat. Vorst. **F.,** Über die Stellenlosen-Versicherung für Kaufleute. Vortrag. gr. 8. (20 S.) Frankfurt a. M., Mahlau & Waldschmidt. *M* —,75.

Mutahoff, Dr. **Christo,** Zur Geschichte des Rechts auf Arbeit mit besond. Rücksicht auf Charles Fourier. (III, 142 S.) gr. 8. Bern, K. J. Wyß. *M.* 1,60.

Naturalverpflegung und Arbeitsnachweis in Böhmen. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 6. Heft, 1898.)

— („Pflicht zur Arbeit") im Kanton Aargau und in Böhmen. (Zeitschr. für Socialwissenschaft, 1. Heft, 1898.)

Platzmann, Dr., Die Krisis am landwirtschaftl. Arbeitsmarkt. Vortrag. gr. 8. (45 S.) Dresden, G. Schönfeld. *M.* —,60.

Rapport sur les opérations de la Bourse du travail de Bruxelles. (24 p.) Bruxelles, Alliance typographique.

Rechenschaftsbericht, XII., des Vereins für Arbeiterkolonieen in Bayern. München 1897. (18 S.)

Reims, Louis, Le scrétariat du peuple.

Neumann, J., Die städtische Arbeitsvermittlung als Mittel des Kampfes gegen die Socialdemokraten. (32 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Richter, Verbandssekr. **Stef.,** Die Landarbeiterfrage m. besond. Berücksicht. der Organisation des landwirtschaftl. Arbeitsmarktes in Böhmen. gr. 8. (47 S.) Prag, J. G. Calve. fl. 1.20.

Rusticus, Landwirtschaftlicher Arbeitermangel und Armenpolitik in der Schweiz. (Die neue Zeit 1898/99, Nr. 7.)

Sachsenstiftung. Unentgeltlicher Arbeitsnachweis für gediente Soldaten. Drucksachen: Prospekt, Jahresberichte, Geschäftsordnung, Belehrung f. Arbeitsuchende. Grimma i. S. 1898.

Schmöle, Dr., Ein neuer Beitrag zur Lösung der Arbeitslosenfrage. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 8./9. Heft, 1898.)

Stieger, G., Zur Landarbeiterfrage. Beobachtungen und Gedanken aus der Praxis. gr. 8. (57 S.) Jena, G. Fischer. *M.* 1,60.

Tabellarische Übersichten über die Thätigkeit der Arbeitsvermittelungsstelle in Frankfurt a. M. (Verwaltungsbericht des Magistrats für 1896/97. Sep.-Abdruck 12 S.)

Vialatte, J., Le droit au travail. (16 p.) Levallois-Perret, impr. Mottelet. frs. 0,25.

Woodworth, Arthur V., Report of an inquiry into the condition of the Unemployed. (62 p.) Londres.

Wright, Carroll D., commissioner of Labor, Labor Laws of the United States. (1383 p.) Washington.

Zur Verwendung der Naturalverpflegungsstationen in Böhmen als Arbeitsvermittelungsanstalten. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 2. Heft, 1898.)

IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen.

A. Zeitschriften.

Bundesbote, schlesischer. Organ des Südostbundes evangel. Männer- u. Jünglings-Vereine. Red.: Pastoren Anders u. Fichtner. 1. Jahrg. 1898. 26 Nrn. gr. 4. Berlin, Buchhandlung des Ostdeutschen Jünglingsbundes. Vierteljährl. *M* —,40.

Dorf-Zeitung, kleine. Hrsg.: Heinr. Sohnrey. 1. Jahrg. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, C. Heymanns Verl.

Jünglings-Bote, sächsischer. Bundesblatt der Männer- u. Jünglingsvereine in Sachsen u. in Thüringen. Hrsg. vom Bunde der ev.-luth. Männer- und Jünglingsvereine im Königr. Sachsen. Schriftleitung: Bundespfleger E. Zacharias. 21. Jahrg. 1898. 24 Nrn. hoch 4. Dresden, Verbandsbuchhandlg. E. Zacharias. Halbjährl. *M* —,80.

Post, neue. Mit Unterhaltungsblatt „Fürs deutsche Haus". Red.: Prof. Dr. H. Albrecht. 1. Jahrg. Oktober—Dezbr. 1898. 13 Nrn. gr. 4. Berlin, C. Heymanns Verl. *M* —,80.

Volksblatt, braunschweigisches. Hrsg.: Vereinsgeistl. Past. R. Knopf. 32. Jahrg. 1898. 52 Nrn. Nebst: Braunschweiger Arbeiter-Freund. Wochenblatt f. Stadt und Land. 8. Jahrg. 52 Nrn. gr. 4. Braunschweig, Grüneberg. Vierteljährl. *M* 1,—.

Volksgeselligkeit. Blätter f. Volksbildung u. edle Volkserholung. Monatsblatt des Vereins „Volkswohl" zu Dresden. Hrsg. von Dr. Victor Böhmert. 2. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 4. Dresden, O. V. Böhmert. *M.* 2,—.

Werft- u. Hafenbote, der. Vaterländische Zeitg. f. d. Angehörigen v. Werften, Hafenbetrieben u. verwandten Berufszweigen. Red.: Rich. Bahr. 1. Jahrg. 1898. 104 Nrn. Fol. Mit dem Unterhaltungsblatt „Fürs deutsche Haus". 52 Nrn. gr. 4. Berlin, C. Heymanns Verl. Vierteljährl. ℳ —,60.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Aldrich, M. A., The American federation of labor. New York, The Macmillan Co. c. 4+219—266 p. D. pap., 50 c.

Arbeiterfreund-Kalender. 1899. 4. (96 S. m. Bildern.) Bern, Buchhandlg. des Blauen Kreuzes. fr. —,40.

Arbeiter-Kalender, illustrierter, f. d. Jahr 1899. Hrsg. von Th. Traub. 4. (III, 53 u. 11 S. m. 1 Wandkalender.) Schw. Hall, Buchhdlg. für Innere Mission. ℳ —,25.

Bergemann, Dr. **Paul,** Aphorismen zur socialen Pädagogik. gr. 8. (71 S.) Leipzig, A. Hahn. ℳ 1,—.

Bloch, Ludw., Sammlung neuer Ansprachen und Tischreden in Prosa. 23. Bdchn.: In gemeinnützigen Vereinen. (95 S.) 12. Berlin, E. Bloch. ℳ 1,20.

Böhmert, Prof. Dr. **Vict.,** Volksgeselligkeit. Mit e. Berichte vom Landrichter Dr. Karl Böhmert über Kindergeselligkeit. (16 S.) Dresden, O. V. Böhmert. ℳ —,40.

Bube, Wilh., Ländliche Feierabende. Eine Anregung zur Förderung edler Geselligkeit u. geist. Genüsse auf dem Lande. gr. 8. (31 S.) Berlin, Trowitzsch & Sohn. ℳ —,60.

Encyklika, die, über die Arbeiterfrage oder das Programm der christlichen Arbeit. Festspiel f. kathol. Arbeitervereine von J. E. u. G. H. 12. (52 S.) Augsburg, Kranzfelder. ℳ —,50.

Familienabend, der. Eine Sammlg. v. Programmen nebst vollständ. Stoffdarbietung. Für Gemeinde-, Volks- u. Vereinsfeste. gr. 8. Berlin, Buchhdlg. des Ostdeutschen Jünglingsbundes. In Heftchen à ℳ —,40.

Fischer, Frau **Marie,** geb. Lette, Marksteine f. ein christliches Eheleben, aufgerichtet zu Nutz deutscher Braut- u. Eheleute. 8. (II, 27 S.) Dresden, J. Naumann. ℳ —,30.

Gräbenteich, E., Arbeiter-Katechismus für deutsche evangelische Arbeiter. 8. (192 S.) M. Gladbach, Verein f. christl. Volksbildung. ℳ —,75.

Handbuch f. socialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1893—98. Hrsg. vom socialdemokr. Parteivorstand. 8. (399 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. Geb. in Leinw. ℳ 3,—.

Hasemann, H., Führer f. Vereine u. Gesellschaften. Praktisches Handbuch zum Gebrauch f. Vereinsvorstände. 7. Jahrg. 1898/99. 12. (120 S.) Berlin, Rosenbaum & Hart. Geb. ℳ —,75.

Hassell, Oberstlieut. a. D. **Ulr. v.,** Die christlichen Vereine junger Männer in Deutschland und ihre Aufgabe. Stuttgart, Ch. Belser. (60 S.) ℳ 1,—.

Herold, Heinr., Jugendlektüre u. Schüler-Bibliotheken unter Berücksicht. der Zeitverhältnisse. Vorwort von Geh. Reg.- u. Schulrat Dr. L. Kellner. 2. Aufl. 12. (VII, 168 S.) Münster, H. Schöningh. ℳ 1,50, geb. in Leinw. ℳ 2,—.

Höfle, Pfr. **J.,** Abendunterhaltungen über religiöse Zeit- u. Streitfragen in Wechselgesprächen zwischen Bauersmann, Fabrikarbeiter u. Pfarrer. Eine populäre Apologie. 2. Aufl. gr. 8. (VII, 259 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 1,50, geb. in Leinw. *M* 2,20.

Huckert, Realgymn.-Oberlehr. Dr. **Egon,** Sammlung socialpädagogischer Aufsätze. gr. 8. (IV, 137 S.) Paderborn, F. Schöningh. *M* 2,20.

Jahrbuch des ostdeutschen Jünglingsbundes f. d. Jahr 1898. Hrsg. vom Bundesvorstand gr. 8. (24 S.) Berlin, Buchh. d. Ostdeutschen Jünglingsbundes in Komm. *M* —,20.

Jorde, Fritz, Der katholische Gesellenverein zu Elberfeld. Seine Gründung u. weitere Geschichte. Festschrift. Elberfeld 1897, J. J. Keller. (54 S.)

Jünglingsfreund. Jahrbuch f. evang. Jünglings- u. christl. Männervereine. 1898. 1. Jahrg. Hrsg. v. Pfr. Herm. Faulhaber. 12. (90 S. m. Abbildungen.) Schw. Hall, Buchh. f. Innere Mission. *M* —,40.

Kühn, Vorst. **Elise,** Lehrbuch für die Haushaltungs- u. Fortbildungsschulen der deutschen Industrie, zugleich ein praktischer Ratgeber f. Mädchen u. Frauen. gr. 8. (VI, 143 S.) Karlsruhe, O. Nemnich. Geb. *M* 1,—.

Klein, 25 Jahre freiwilliger Fortbildungspflege durch den Verband für Ost- und Westpreußen der Gesellschaft f. Verbreitung von Volksbildung. Jubiläumsschrift. Danzig, 1898. (22 S.)

Landjugend, die. Ein Jahrbuch zur Unterhaltg. u. Belehrung. Hrsg. v. Heinr. Sohnrey. Hrsg. v. Ausschuß f. Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Mit Illustr. 2. Jahrg. gr. 8. (208 S.) Berlin, Th. Schoenfeld. Kart. *M* 1,25.

Lehrlings-Kalender f. d. Jahr 1898. 16. (38 S.) München, Ph. L. Jung. *M* —,10.

Lerch, P. **Wenzel,** S. J., Was ist Bildung? Populär beantwortet. 3. Aufl. gr. 16. (IV, 48 S.) Warnsdorf, A. Opitz. *M* —,10.

Luther, Oberpfr. Dr. **Paul,** Deutsche Volksabende. Ein Handbuch f. Volksunterhaltungsabende. Für die Praxis zusammengestellt. 8. (246 S.) Berlin, A. Duncker. Geb. in Leinw. *M* 3,—, eleg. geb. m. Goldschn. *M* 4,—.

Maria u. Martha. Jahrbuch f. evangel. Frauen u. Jungfrauen u. deren Vereine auf d. Jahr 1898. Hrsg. v. Helene Berthold. 9. Jahrg. 12. (80 S. m. Bildern u. 1 Farbdr.) Dessau, Buchhandlg. des Evang. Vereinshauses. *M* —,20.

Natorp, Paul, Socialpädagogik. Theorie der Willenserziehg. auf der Grundlage der Gemeinschaft. gr. 8. (VIII, 352 S.) Stuttgart, F. Frommann. *M* 6.

Norikus, F., Katholisches Vereinswesen. Ein Beitrag zum 50jähr. Jubiläum der kathol. Vereine. gr. 8. (40 S.) München, R. Abt. *M* —,40.

Pflüger, P., Die Hebung der schweizer. Volksbildung. (19 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. fr. —,20.

Prologe u. Fest-Gedichte. 4. Heft: Prologe f. Wohlthätigkeits-Aufführungen. 8. (32 S.) Berlin, E. Bloch. *M* —,60.

Raabe, Jul., „Hoch die deutsche Industrie." Scenischer Prolog m. Apotheose zur Aufführg. bei Festen industrieller Etablissements u. Vereinigungen 2c. 8. (19 S.) Leipzig, O. Weber. *M* 1,50; Textbuch (18 S.) *M* —,50.

Rade, Pfr. Dr. **Mart.,** Die religiös-sittliche Gedankenwelt unserer Industriearbeiter. Vortrag auf dem 9. evangel.-socialen Kongreß in Berlin. gr. 8. (70 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* 1,40.

Rein, W., Prof. in Jena, Volkshochschulbewegung. (Mitt. d. Evang.-soc. Kongresses, 1897 Nr. 3.)

— Erziehungs- u. Bildungsideale. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* —,10.

Rothhardt, Herm., Warum hat namentlich Hamburg die Pflicht, die Ideal-Volks-Schule einzuführen? gr. 8. (12 S.) Hamburg, C. Kloss. *M* —,20.

Satzungen und Berichte des „Vereins deutscher Arbeiter" in Aschersleben (P. Paul). (4 u. 4 S.)

Schliepe, Pfr. u. Pred. **Liedtke,** Christliche Familienabende. Gesammelte Vorträge. 2. Bändchen. gr. 8. (IV, 127 S.) Gütersloh, C. Bertelsmann. *M* 1,50, geb. *M* 1,80.

Schubert-Soldern, v., Die sociale Bedeutung der ästhetischen Bildung. Leipzig, Dr. Seele & Co. *M* —,30.

Seubler, R. u. O. Kobel, Übersichtliche Darstellung des Volkserziehungswesens der europäischen und außereuropäischen Kulturvölker. Beitrag zur Kulturgeschichte der Jetztzeit. gr. 8. (32 S.) Breslau, H. Handel. In Heften à *M* —,60.

Société des écoles du dimanche de France. (51 p.) Paris.

Staudinger, J. v., Das Vereinsrecht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. In seinen Grundzügen dargestellt. gr. 8. (IV, 83 S.) Erlangen, Palm & Enke. *M* 1,20.

Steltz, Johs., Die Lebensversicherung in ihrer Bedeutg. f. d. sociale u. Familienleben. gr. 8. (35 S.) Karlsruhe, F. Metzler. *M* —,60.

Suin de Boutemard, Diac. **A.,** Wie sind die Versammlungsabende d. Männer- u. Jünglingsvereine auszufüllen, bezw. fruchtbar zu gestalten m. Rücksicht auf Alters- u. Standesunterschiede der Mitglieder? gr. 8. (24 S.) Breslau. Berlin, Buchh. d. Ostdeutschen Jünglingsbundes. *M* —,30.

Sydow, E., Bildung auf dem Lande. (49 S.) Stuttgart, Belser. *M* —,80.

The London school of Economics and political science. (14 p). London.

The social Mind and Education. London.

Tytgat, Ch., La famille et le socialisme. (8 p.) Bruxelles, Schepens. fr. —.10.

Über Volksbildung. (32 S.) Leipzig, Verl. f. Kunst u. Wissenschaft. *M* —,10.

Umsturzbestrebungen u. Volkserziehung. Ein Mahnwort v. Demophilus. gr. 8. (24 S.) Berlin, H. Walther. *M* —,50.

Volkshäuser (oder Phalanstères?) in Schweizer Städten. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 2. Heft 1898.)

Volksunterhaltung, die. Vorträge u. Berichte von F. S. Archenhold, A. Dresdner, R. v. Erdberg u. a. Stenographischer Bericht üb. d. 1. Kongreß f. Volksunterhaltg. am 13. u. 14. 11. 1897 zu Berlin. Im Auftrage hrsg. v. R. Löwenfeld. 8. (136 S.) Berlin, F. Dümmlers Verl. *M* 1,50.

Zimmermann, Dr. **H. F. W. R.,** Vorst. des statist. Bureaus d. Herz. Staatsministeriums, Statistische Erhebung über die Volksbibliotheken im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1897. (Beitr. z. Statistik des Herzogtums Braunschweig, XIV, 1898, S. 33—45.)

X. Lebenshaltung der Arbeiter.

(Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung. — Wohnung.)
(Kochunterricht s. Abschnitt IV.)

Actes du Congrès international des habitations à bon marché. (586 p.) Bruxelles, Hayez.

Albrecht, Prof. Dr. **H.,** Fünf Jahre praktisch-socialer Thätigkeit. (Berliner gemeinn. Bauverein.) Aus der Versuchsstation der Centralstelle f. Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtgn. Mit 9 Abbildgn. (III, 53 S.) (Schriften d. Centralstelle f. Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Nr. 14.) gr. 8. Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 1,20.

Anwesen- u. Wohnungs-Zählung vom 2. 12. 1895 in München. München, Lindauer. (68 S.) ℳ 2,—.

Association pour l'amélioration des logements ouvriers. (44 p.) Bruxelles, Feron.

Aster, Archit., Baumstr. **Geo.,** Familienhäuser f. Stadt u. Land als Fortsetzung v. Villen u. kleine Familienhäuser. Mit 110 Abbildgn. v. Wohngebäuden nebst dazugehörigen Grundrissen u. 6 in den Text gedr. Figuren. (256 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 5,—.

Auzière, procureur général, Les habitations à bon marché. (68 p.) Limoges, impr. Ducourtieux.

— La loi sur les habitations à bon marché. (68 p.) Limoges, impr. Ducourtieux.

Barmer Baugesellschaft f. Arbeiterwohnungen in Barmen. 26. Geschäftsbericht pro 1897. Barmen, 1898. (12 S.)

Barré, L. A. et **Paul,** La maison salubre. Paris.

Baudran, G., De l'habitation dans le département de l'Oise. (195 p.) Paris, impr. Didot.

Beck, Oberbürgermstr., Die Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Mannheimer Verhältnisse. Denkschrift. Mannheim, 1897. (138 S.)

Beer, G., Le logement de l'ouvrier. Paris.

Bericht üb. d. IV. ordentl. Generalversf. d. vegetarischen Obstbaukolonie „Eden" in Oranienburg. (Obstverwertg. u. Wohnungen betr.) Leipzig, 1898. (14 S.)

v. Bodelschwingh, Verwaltungsbericht d. deutschen Vereins „Arbeiterheim" v. 26. Nov. 1897. (29 S.) Bielefeld, 1897.

Bonnevay, Laurent, avocat, Le Homestead et les projets français d'insaisissabilité du bien de famille. (24 p.) Lyon, imp. Mougin-Rusand.

Brandt, Franz, Stadtverordn., Wohnungsverein. Milderung der Wohnungsnot durch Zuschüsse z. Wohnungsmiete. Als Manuskript gedruckt. M.-Gladbach, 1897. (20 S.)

— Wie wirkt die Gebäudesteuer auf die Wohnungsverhältnisse der unteren Volksklassen? Ein Beitrag zur Wohnungsfrage. Als Manuskript gedruckt. M.-Gladbach, 1897. (18 S.)

Brelay, Le logement et l'alimentation populaires. (63 p.) Paris, Guillaumin et Ce.

Buildings Societies Acts, 1874—1894. From the Annual Account and Statement. London.

Cahn, Dr. **Ernst,** Das Schlafstellenwesen in den deutschen Großstädten u. seine Reform. Mit bes. Berücksichtig. der Stadt München. (122 S.) Stuttgart, J. G. Cotta Nachf. *M* 3,—.

Cheysson, E., Les habitations à bon marché. (14 p.) Paris, Masson.

Comité officiel de patronage des habitations ouvrières et des institutions de prévoyance pour les communes ouest de l'agglomération bruxelloise. VIIIe rapport annuel avec IX annexes; travaux du comité en 1897; enquêtes et statistiques. In-8, XXVII-126 p. Bruxelles, Alliance typographique.

Denis-Kalle, Vernünftige Ernährung. Tafeln A—D. Hildesheim, Geschäftsführer d. deutschen Vereins gegen d. Mißbrauch geist. Getränke. *M* —,20.

Denkschrift üb. d. Wirksamkeit d. Barmer Bau-Gesellschaft f. Arbeiterwohnungen während der ersten 25 Jahre ihres Bestehens. Barmen, 1898. (14 S. u. VI Anlagen.)

Droulers, La loi du 30 novembre 1894 relative aux habitations à bon marché. Paris.

Dückershoff, E., Wie der englische Arbeiter lebt? gr. 8. (III, 42 S.) Dresden, O. V. Böhmert. *M* —,80.

Exter, Archit. **Aug.,** Das deutsche bürgerliche Einfamilienhaus. 1. Abteilg.: Häuser mit 3 Zimmern u. Küche. Mit 8 Taf. in Chromolith., 4 Taf. in Lichtdr. u. 18 Taf. in Photolithogr. gr. Fol. (VIII S. Text.) Leipzig, Baumgärtner. In Mappe *M* 18,—.

Fontaine, de W., architecte, professeur, Type d'habitation ouvrière pour grande ville. (9 p., avec plan.) Bruxelles, impr. des Travaux publics.

Fürth, Henriette, Die Lebenshaltung des großstädtischen Arbeiters. („Die neue Zeit", Stuttgart, 1897/98, Nr. 20 v. 12. 2. 98.)

Gans, Ch., Dr. et **Weber,** avocat, L'ouvrier stable et l'habitation ouvrière. (77 p.) Paris, Challamel.

Garron de la Bévière. G. de, Etude sur la législation des logements insalubres (loi du 13 avril 1850) (thèse). In-8. II-176 p. Paris, Larose.

Generalversammlung, die, des Spar- und Bauvereins zu Aachen pro 1897. Aachen, 1898. (2 S.)

Glümer, H. v., Schutz der Arbeiter vor dem Alkohol-Mißbrauch — Weitere Mitteilungen zum Kapitel „Arbeiterschutz gegen den Alkohol". — Der Alkohol auf den Arbeitsplätzen. 3. Sammlung v. Gutachten. gr. 8. (30 S. mit Abbildungen, 16, 22 und 22 S.) München, J. F. Lehmanns Verlag. *M*—,80.

Jahresbericht des Vereins zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin für das Geschäftsjahr 1896. Berlin 1897.

— Statut und Rechnungsabschluß der Aktiengesellschaft für Speisewirtschaften über das Jahr 1896. Basel 1897. (412 S.)

Janet, Charles, viceprésident, Les habitations à bon marché dans les villes de moyenne importance. (18 p., avec plan.) Bruxelles, imp. Hayez.

Keller, Architekt Bausch.-Dir. **O.,** Der Bau kleiner und wohlfeiler Häuser für e. Familie. 4. Aufl. 26 Taf. m. erläuterndem Text. gr. 8. (31 S.) Weimar, B. F. Voigt. In Mappe *M* 3,—.

Kleines Fisch-Kochbuch für einfache Küchen. Herausgegeben vom Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Stuttgart. Stuttgart 1897. (16 S.)

Knauß, Stadtarzt Dr., Über Volksernährung. Herausgegeben vom Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Stuttgart. Stuttgart 1897. (20 S.)

Lambeau, Lucien., Le logements à bon marché. (1357 p.) Paris, imp. municipale.

Lambert und **Stahl,** Ausgeführte Wohn- und Einfamilienhäuser. 3. Lieferung. Stuttgart, K. Wittwer. ℳ 6,—.

Lezius, Privatdozent Lic., Luthers Stellung zu den socialen Fragen seiner Zeit. (Verhandlungen des IX. Ev.-soc. Kongresses, Göttingen 1898, S. 8—30.)

Lehmann, Pfarrer Dr., Die jüngste Entwickelung des Wohnungsproblems in Deutschland. (Mitt. des evang.-soc. Kongresses, Berlin 1898 Nr. 4—6.)

Lünstedt, J., Wie muß das deutsche Volk die gesammelten 600 000 000 ℳ der Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungsgenossenschafts-Fonds zum Besten des Vaterlandes anlegen? Ein Vorschlag friedlicher Socialreform. Zugleich Programm der „Gesellschaft für genossenschaftliche Kolonsation". 2. Tausd. 8. (IX, 54, III und IX S.) Zürich, C. Schmidt. fr. 1,—.

Maham, Ernest, professeur, Habitations ouvrières de la ville de Liège. (140 p.) Liège, imp. Hiot.

Mangoldt, Dr. **Karl v.,** Der Verein Reichs-Wohnungsgesetz und seine Vorschläge. (38 S.) ℳ —,50. (Schriften zur Wohnungsfrage. Herausgegeben vom Verein Reichs-Wohnungsgesetz. 1. Heft.) gr. 8. Frankfurt a. M. J. Alt.

Mellet, Alphonse, avocat, Des modifications apportées au Code civil par la loi du 30 novembre 1894. (Etude du nouveau système de dévolution successorale conscré pour les habitations à bon marché.) (220 p.) Paris, Larose. fr. 5,—.

Milas, P. H., Des droits de l'hygiène vis-à-vis de la propriété bâtie, et Législation en vigueur en France et à l'étranger. Grand in-8, 229 p. Toulouse, imp. Cléder.

Mohr, Friedr., Die Wohnungsfrage. (Beilage zur „Allgemeinen Zeitung", München 1898 Nr. 125.)

— Das Wohnungsproblem. (Gewerbeblatt für Württemberg 1898 Nr. 43.)

Müchel, Architekt **Karl,** Über den Bau von Familienhäusern in der Nähe von Städten. (21 S.) Prag, F. Haerpfer. ℳ —,30.

Note du conseil supérieur des habitations à bon marché sur la mission des comités locaux. (9 p.) Paris, imp. nationale.

Oppermann, Dir. **G.,** und Sekretär **H. Häntschke,** Handbuch für Konsumvereine. Praktische Anweisung zu deren Einrichtung und Gründung. (XI, 350 S.) (Handbibliothek für das deutsche Genossenschaftswesen. Hrsg. vom Verbandsanwalt Dr. Hans Crüger. 3. Bd.) gr. 8. Breslau, C. Morgenstern Verlag. ℳ 5,—; geb. ℳ 6,—.

Pigot, Georges, Les habitations à bon marché. (16 p.) Paris, Société française des habitations à bon marché.

Programm der Kgl. Gewerbe- und Haushaltungsschule für Mädchen in Posen. 1898. (16 S.)

Pourbaix, Monographie de la Société d'habitations ouvrières. Le Prévoyant propriétaire. Tournai.

— Les sociétés d'habitations ouvrières, 2e édit. (16 p.) Bruxelles, Société belge de Librairie, fr. 0,50.

Rapport du Conseil supérieur des habitations à bon marché sur les demandes formées par les sociétés de construction d'habitations à bon marché pour obtenir l'approbation de leurs statuts. (15 p.) Paris, imp. Nationale.

— du conseil supérieur de l'hygiène publique de Belgique sur les travaux des comités de patronage des habitations ouvrières en 1895. Bruxelles.

— du conseil supérieur des habitations à bon marché, année 1897. (53 p.) Paris, imp. Nationale.

— de l'association pour l'amélioration des logements ouvriers. (57 et 52 p.) Bruxelles, Stanislas Feron.

Risetti, La società cooperative per acquisito e costruzione di case economiche. Citta del Castello.

Rivière, Les jardins ouvriers. Paris.

Rouge, Dr., Hygiène de l'habitation privée à Paris. Paris.

de Royer de Dour, H., Amélioration de la condition de l'ouvrier et de petit propriétaire de campagne. (45 p.) Bruxelles, imp. Schepens. fr. 1,—.

Satzungen und Begründungs-Protokoll (vom 10. Dezbr. 1897) betr. den rheinischen Verein zur Förderung des Arbeiterversicherungswesens. Düsseldorf 1898. (4+6 S.)

Scheyvaerts, Les habitations ouvrières. (26 p.) Malines, Van Velsen.

Schiller, Regierungsbaumeister, Verzeichnis der Bauentwürfe (auch Arbeiterwohnhäuser betr.) aus der Sammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. (Arbeiten der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Heft 12.) Mit 149 Abb. (32 S.) Berlin 1896.

Schmidt, Auguste, Arbeiterwohnungen. (Neue Bahnen, 1898, Nr. 14.)

Siegfried, Jules, Président, Les habitations à bon marché. (27 p.) Paris, Masson.

Stich, Bahnarzt Hofrat Dr., Übernachtungs- und Unterkunfts-Räume für das Fahrpersonal. Vortrag. 2. Aufl. gr. 8. (21 S.) Nürnberg, F. Weigel. ℳ —,40.

Süskind, W., Dienstboten und Haushaltungswesen in Oberbayern. (Die Landwirtschaft im Regierungsbezirk Oberbayern. Nachtrag zur Denkschrift von 1885, München 1898, S. 76—79.)

Vorlage des Stadtrates der Stadt Freiburg im Breisgau an den Bürgerausschuß, betr. die Erbauung einer weiteren Reihe Häuser mit kleinen Mieterwohnungen. Freiburg i. Br., 1898. (16 S. mit 2 Tafeln.)

Weber, avocat, s. Gans.

Wohnungsfrage und Grundverstaatlichung. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 1. Heft 1898.)

Wohnungsordnung für die Stadt Dresden. (Regelung der Benützung aller Wohn- und Arbeitsräume u. Aufsicht des Schlafstättenwesens.)

Wohnungsverhältnisse der Stadt Braunschweig. (Festschrift: Braunschweig im Jahre 1897, S. 177—191.)

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken.

Bleucke, Dr. **Fritz**, Alfred Krupp. Mit 27 Abbildungen. (128 S.) Leipzig, R. Voigtländer. ℳ —,25.

Blum, Hans, Die Heiligen unserer Socialdemokratie und die Pariser Kommune von 1871 in ihrer wahren Gestalt. gr. 8. (79 S. mit Titelbild.) Wurzen, C. Kiesler. ℳ —,80.

Bockenheimer, Landger.-Dir. Dr. **K. G.**, Johann Brito aus Brügge, der angebliche Erfinder der Buchdruckerkunst. gr. 8. (IV, 46 S.) Mainz, Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei. ℳ —,50.

Bode, Dr. **Wilh.**, Oberstleutnant a. D. Curt v. Knobelsdorff, Eine Lebensskizze. 3. Aufl. 8. (32 S.) Berlin, Deutsche evangel. Buch- und Tractat-Gesellschaft. ℳ —,25.

Böhm Bawerk, E. v., Karl Marx and the Close of his System. A Criticism. Translated by A. M. Macdonald. With a Preface by J. Bonar. Cr. 8vo, pp. 222. London, T. Fischer Unwin. sh. 6.

Erinnerung, zur, an Friedrich List. (Archiv für Post und Telegraphie, 1897, S. 28.)

Fleischmann, Paul, Johann Friedrich Oberlin. Ein Büchlein für deutsche Christenkinder. gr. 8. (16 S. mit 3 Abbildungen.) Berlin, Deutsche Sonntagsschul-Buchh. ℳ —,10.

Freund, G., Leo XIII. Der sociale Papst. 12. (45 S.) Münster, Alphonsus-Buchhandlung. ℳ —,30.

Frobenius, Herm., Alfred Krupp. Ein Lebensbild. (VII, 231 S. mit Bildnis.) Dresden, C. Reißner. ℳ 2,—; geb. ℳ 2,60.

Gegen die Flut. 6 Antworten auf Reichsgerichtsrat a. D. Otto Mittelstädts Briefe: „Vor der Flut". gr. 8. (47 S.) Hagen, H. Risel & Co.

Grunewald, M., Englische Socialreformer. Eine Sammlung „Fabian Essays". (V, XIII, 206 S.) Leipzig, G. H. Wigand. ℳ 3,—.

Hintze, O., Roschers politische Entwickelungstheorie. (Schmollers Jahrbuch für Gesetzg. 1897, 3. Heft.)

Lange, Ernst, Karl Marx als volkswirtschaftlicher Theoretiker. (Jahrbücher f. Nationalökonomie und Statistik, Jena 1897.)

Leroux, P., Malthus et les économistes, ou Y aura-t-il toujours des pauvres? T. 2. In-32, 186 p. Paris 1897, lib. Pfluger. 25 c.

Mackay, John, Henry, Max Stirner. Sein Leben und sein Werk. Mit 3 Abbildungen, mehreren Faksm. und e. Anhang. gr. 8. (X, 160 S.) Berlin, Schuster & Loeffler. ℳ 6,—; geb. ℳ 7,50.

Mehring, Franz, Lassalles Anfänge. (Neue Zeit, XV. Jahrg. Nr. 39.)

Mill, J. St., Auguste Comte et le positivisme. Traduit de l'anglais par G. Clémenceau. 6e édition. In-18 jésus, 204 p. Paris, Alcan.

Morris, William, Wie ich Socialist wurde. (Deutsche Worte 1897, Oktbr.)

Oncken, Prof. Dr. **Aug.**, Das Adam Smith-Problem. (Zeitschrift für Socialwissenschaft 1898, Heft 2.)

Pahl, Realgymn.-Oberlehrer **Franz**, Werner v. Siemens. Mit 1 Bildnis. (91 S.) Leipzig, R. Voigtländer. ℳ —,25.

Philippson, Martin, Max v. Forckenbeck. Ein Lebensbild. (VII, 393 S. mit 1 Bildnis.) Dresden, C. Reißner. *M* 4,—; geb. *M* 4,60.

Schmidt, Auguste, und **Hugo Rösch,** Luise Otto-Peters, die Dichterin und Vorkämpferin für Frauenrecht. Ein Lebensbild. Mit 3 Bildnissen. (103 S.) Leipzig, R. Voigtländer. *M* —,20.

Simchowitsch, Wladimir Gr., Die social-ökonomischen Lehren der russischen Narodniki. (Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, Jena 1897.)

Stirner's, Max, Kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes: „Der Einzige und sein Eigentum". Aus den Jahren 1842 bis 1847. Hrsg. v. John Henry Mackay. gr. 8. (VII, 185 S.) Berlin, Schuster & Loeffler. *M* 3,—; geb. *M* 4,50.

Wetzel, A., Friedrich List als nationaler Erzieher. Ein geschichtl. Beitrag zur „Politik der Sammlung". gr. 8. (III, 70 S.) Reutlingen, J. Kocher. *M* 1,—.

Wolf, Prof. Dr. **Jul.,** Illusionisten und Realisten in der Nationalökonomie. (Zeitschr. f. Socialwissensch., 1898, Heft 1 und 2.)

Zöhrer, Ferd., Österreichs Buch der Arbeit. Erzählungen aus dem Leben verdienter österreich. Industriellen und Erfinder. 12. (III, 184 S.) Teschen, K. Prochaska. Kart. fl. 1,50.

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur.

Bellamy, Edward, Gleichheit. (Equality.) Aus dem Amerikan. v. M. Jacobi. 2. Aufl. 8. (495 S.) Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. *M* 3,—; geb. *M* 4,—.

Das sociale Princip. Festrede. (15 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. fr. —,10.

Gerhard, Wald., „Vernichtet!" Soziales Schauspiel. 5. Aufl. 8. (122 S.) Berlin, C. Steiner. *M* 2,—.

Grabow, Bernh. Isa, Soziales Lebensbild. (92 S.) Berlin, A. Weichert. *M* —,20.

Grothelm, Alb., Wahrhaft glücklich. Eine soziale Erzählung. gr. 8. (136 S.) Berlin, Buchh. der Deutschen Lehrerzeitung. *M* 1,50; geb. in Leinwand *M* 2,—.

Jentsch, Carl, Socialauslese. Kritische Glossen. 8. (VIII, 236 S.) Leipzig, F. W. Grunow. *M* 2,80.

Kirchenheim, Professor **A. von,** Die neuesten Utopien. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 8. Heft, 1898.)

Lewetzki, Schulvorst. **S.,** Willensbildung. Ein Beitrag zur Lösung der socialen Frage. gr. 8. (24 S.) Berlin (SW., Kommandantenstr. 5a), Selbstverlag. *M* —,60.

Lichtenberger, Le socialisme utopique. Paris.

Liebknecht, Wilh., Zum Jubeljahr der Märzrevolution. 8. (96 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. *M* —,30.

Merlino, S., L'utopia collettivista e la crisi del socialismo scientifico. Milano, fratelli Treves. 16. p. 133. L. 1.

Müller, Ed. Jos., Der Weihnachtsabend oder Ehrliche Arbeit segnet Gott. Schauspiel. (45 S.) Limburg, Limburger Vereinsdruckerei. *M* —,60.

Pfennigsdorf, O. und **Ew. Stier,** Diakonen, Der Mensch lebt nicht vom Brot allein! Eine Sammlung socialer Predigten von namhaften Kanzelrednern der Gegenwart. gr. 8. (58 S.) Cöthen. Dessau, Buchh. des evangel. Vereinshauses. *M.* —,80.

Preczang, Ernst, Töchter der Arbeit. Socialistisches Theaterstück. 12. (32 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. *M* —,50.

Produktion und Konsum im Socialstaat von Atlanticus. Mit e. Vorrede von **K. Kautsky.** 8. (XXIX, 104 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 1,50.

Rückblick auf Österreich im Jahre 2000. Von Probus. gr. 8. (47 S.) Leipzig, O. Wiegand. *M* —,60.

Spättgen, Freiin **Doris v.,** Arbeitskraft. Roman. 2 Bde. 8. (192 und 198 S.) Dresden, C. Reißner. *M* 5,—; in 1 Bd. geb. *M* 6,—.

Vely, E., Armenhäusler. (Neue Ausg.) 8. (319 S.) Breslau, Schles. Buchdruckerei 2c. *M* 2,—.

Vitis, Charles de, Der Roman der Arbeiterin. Preisgekrönter Roman aus dem Pariser Leben. 8. (463 S.) Köln, J. P. Bachem. *M.* 4,50; geb. *M* 6,—.

Wolff, A., Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in polit., socialer und litterar. Beziehung. Jubiläums-Volksausg., hrsg. von C. Gompertz. gr. 8. (VIII, 386 S.) Berlin, F. Dümmlers Verl. *M* 3,—; geb. *M* 4,—.

III. Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-soziale Umschau.

(Januar—März.)

Dresden, Ende März 1899.

Die äußere politische Lage war im ersten Viertel des neuen Jahres als eine ruhige zu bezeichnen und auch die Aussichten in die nächste Zukunft sind durch keine bedrohlichen politischen Konstellationen getrübt. Die durch den am 16. Februar erfolgten plötzlichen Tod des Präsidenten Faure nötig gewordene Neuwahl eines Präsidenten der französischen Republik war nicht imstande, die politischen Leidenschaften besonders zu erregen oder Störungen des Friedens zu bewirken. Die Wahl selbst, welche am 18. Februar zu Versailles stattfand, fiel mit 483 gegen 270 Stimmen auf Emile Loubet, der als ein ebenso besonnener wie zielbewußter Staatsmann gilt und in hohem Maße die Achtung der parlamentarischen Körperschaften Frankreichs genießt. Eine weitere Klärung in der politischen Situation ist durch die endgültige Beilegung der spanisch-amerikanischen Zwistigkeiten erfolgt. Während der nordamerikanische Senat in Washington am 6. Februar — allerdings mit nur 3 Stimmen Majorität — den Friedensvertrag annahm, erfolgte die Unterzeichnung der Ratifikation seitens der Königin-Regentin von Spanien am 17. März. Mit Annahme dieses Friedensvertrages ist Spanien aus der Reihe der Kolonialmächte zurückgetreten und für die übrigen nunmehr Nordamerika als Konkurrent zu betrachten. Die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten ist als ein neuer, noch ganz unberechenbarer Faktor der Weltpolitik zu betrachten.

Zu erwähnen ist ferner, daß auch Italien sich einen Stützpunkt seiner maritimen Interessen in Ostasien gesichert hat

und daß die anfänglich seitens China gegen diese Aktion eingenommene ablehnende Haltung inzwischen einer zustimmenden Auffassung gewichen ist.

Bei einem Rückblick auf die Ereignisse, welche die politische Lage Deutschlands im letzten Vierteljahr charakterisieren, sind zwei wichtige Thatsachen hervorzuheben: die am 16. März in Anwesenheit des Kaisers erfolgte Beisetzung des Fürsten Bismarck im Mausoleum zu Friedrichsruh und der am 6. Februar unerwartet eingetretene Tod des Nachfolgers Bismarcks, des Grafen v. Caprivi. Wie das deutsche Reich in einem Jahre seine beiden ersten Kaiser verloren hat, so hat es auch seine beiden ersten Kanzler kurz nacheinander zu Grabe geleitet. Das deutsche Volk ist beiden Kanzlern zu tiefem Dank verpflichtet: dem ersten Kanzler für die Schaffung der nationalen Einheit und Stärke, dem zweiten für die Erzielung wirtschaftlicher Beruhigung und Kräftigung weiter Kreise durch Abschließung einer Reihe der wichtigsten Handelsverträge. Die vom Staatssekretär v. Bülow in der Budgetkommission des Reichstages am 18. Februar gegebenen Aufklärungen über die Beziehungen Deutschlands zu China, Samoa und Manila waren völlig beruhigend. Auch in wirtschaftlicher Beziehung konnten die Erklärungen des Herrn v. Bülow über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit England Befriedigung gewähren. Diese Aussichten sind dadurch nicht verschlechtert worden, daß eine Verständigung in den kolonialen Beziehungen Englands und Deutschlands durch Verhandlungen des ehemaligen kapländischen Premierministers Cecil Rhodes mit der deutschen Reichsregierung und in einer am 11. März erfolgten Audienz beim deutschen Kaiser über eine von Kapstadt nach Kairo geplante Eisenbahn und über die Anlage von Telegraphenleitungen durch Deutsch-Ostafrika erfolgte. Im übrigen läßt sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands im allgemeinen als eine fortgesetzt günstige bezeichnen. Es liegen für die Eisen- und Maschinenindustrie, für die Elektrizitätswerke, die Bergbau- und die Hüttenproduktion usw. derartig umfassende Aufträge vor, daß die großen industriellen Vereinigungen allgemein über Mangel an Arbeitern klagen. Andererseits fehlt es auch nicht an Stimmen, welche unter Hinweis auf bereits im Auslande eingetretene Krisen zur Einschränkung der Produktion auffordern. Wenn man einen Blick auf die industriellen und finanziellen Neugründungen der jüngsten Gegenwart wirft, so kann man die Befürchtung, daß die

Aufnahmefähigkeit des Marktes für manche Produkte überschätzt wird, allerdings nicht ungerechtfertigt finden. Im Jahre 1898 sind nach dem „Deutschen Ökonomist" allein im deutschen Reich 329 fast ausschließlich industrielle Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 463 Mill. Mark neu gegründet worden, d. h. mehr als in irgend einem Jahre seit 1873. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß fast alle deutschen Aktiengesellschaften ihre Kapitalien unter dem Hinweis auf erzielten hohen Dividendengewinn und auf erfolgte reichliche Abschreibungen wesentlich erhöhten. Als ein Umstand, der geeignet erscheint, für die genauere Schätzung der Konsumtionsbedürfnisse und für eine bessere Regelung von Angebot und Nachfrage zu sprechen, ist noch zu erwähnen, daß die Kartellbildungen in der Großindustrie auch innerhalb des letzten Vierteljahrs weitere Ausdehnung gewonnen haben.

Wirft man schließlich noch einen Blick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der unbemittelten Volksklassen, so kann man nicht leugnen, daß die Lebenshaltung derselben sich in stetig aufsteigender Linie bewegt. Auch im ersten Vierteljahr lagen keine allgemeinen Gründe vor, diese Annahme einzuschränken. Der ungewöhnlich mild verlaufene Winter gewährte dauerndes Arbeitsangebot zu guten Löhnen. Die bereits vorliegenden Gewerbe-Inspektionsberichte für Bayern, Baden und einzelne andere deutschen Staaten bestätigen teilweise eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung, allerdings auch hier und da eine mit der Steigerung der Löhne schritthaltende Verteuerung von Wohnung, Fleisch und Brot. Als Beleg für ein günstiges Winterhalbjahr für wandernde Arbeiter darf auch die Thatsache aufgeführt werden, daß in einzelnen deutschen Arbeiterkolonieen eine größere Anzahl Betten leer standen, während sonst nur von Überfülle an Quartiersuchenden berichtet wurde. — In einer Zeit günstiger Konjunkturen und Einnahmeverhältnisse mögen die wirtschaftlich Stärkeren zur Vorsicht gemahnt und die wirtschaftlich Schwächeren an die Pflicht erinnert werden, der Zukunft zu gedenken und sich durch Versicherungen und Ersparnisse einen Rückhalt zu schaffen gegen Alter, Siechtum und Lebensnot!

Aus den socialwirtschaftlichen Beobachtungsstationen.

Die Großherzoglich Badische Fabrikinspektion und ihr Jahresbericht.

Heidelberg, im Februar 1899.

Das Großherzogtum Baden besitzt in dem Fabrikinspektor Wörishoffer einen Beamten, der die Aufgaben seines hohen Berufs im weitesten Sinne erfaßt hat und sich nicht damit begnügt, alljährlich Bericht abzustatten, sondern außerdem auch noch umfassende Spezialuntersuchungen anstellt, die Verhältnisse und Einrichtungen unbefangen kritisiert, Mängel freimütig rügt, eine wahre Vermittlung zwischen Arbeit, Kapital und Unternehmertum anstrebt und beinahe alljährlich neue fruchtbare Anregungen bringt. Außer seinen Jahresberichten bieten auch seine beiden größeren Schriften: 1. „Die sociale Lage der Cigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden", 2. „Die sociale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und dessen nächster Umgebung" eine Fundgrube von Belehrung, weil seine Darstellungen nicht nur auf eigenen Erfahrungen, sondern auch auf den von Bezirksämtern, Bezirksärzten, Gemeindebehörden, Geistlichen, Betriebsunternehmern, sowie von Arbeitern selbst gemachten Mitteilungen beruhen und ein ziemlich erschöpfendes Bild der wirtschaftlichen, sanitären und socialen Arbeiterverhältnisse gewähren. Auch im Jahre 1899 erscheint Wörishoffer wieder als einer der ersten am Platze mit seinem Jahresbericht für 1898, der, wie frühere Berichte, jedem Socialpolitiker hohes Interesse bietet und wiederum manche neue Anregungen enthält. Ein Vorschlag, den wir gleich im Eingange hervorheben möchten als ein ziemlich radikales Mittel gegen mancherlei sociale und sittliche Übelstände, geht auf Beseitigung des Kantinenwesens in den Fabriken. Der Berichterstatter erwähnt, daß das Lohnzahlungswesen namentlich durch das Kantinenwesen und das Kreditgeben der Miete manche Schattenseiten habe. Er ist der Ansicht, daß die Kantinen, da sie doch nicht zum Einkaufspreis abgeben, sondern Gewinn erzielen, gegen die Gewerbeordnung verstoßen, er hält eine Beseitigung der Kantinen deshalb für angebracht, weil sie die Arbeiter zu unnützem Genuß und zu verfehlten Geldausgaben veranlassen; er schlägt ferner vor, die Vesperpausen in Wegfall zu bringen, weil durch den Biergenuß zur Vesperpause die Arbeitsleistung in den letzten Stunden beträchtlich ver-

schlechtert oder vermindert werde. Wir möchten bei Erwägung dieses Vorschlages nur anheimgeben, im Falle der Beibehaltung von Fabrikkantinen mindestens dafür zu sorgen, daß die Kantinen keinem Erwerbszwecke dienen, keinen Schnaps und keine schweren Biere verkaufen, keine Kredite geben und entweder von der Fabrik in Selbstverwaltung übernommen oder gemeinnützigen Gesellschaften unter der Bedingung überlassen werden, daß Gewinne, welche mehr als 4 pCt. des Kapitals betragen, wieder zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden müssen.

Anlangend nun den Hauptinhalt des Jahresberichts der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für 1898 (Karlsruhe 1899 bei F. Thiergarten. 140 S. Mk. 3), so beginnt derselbe mit der Mitteilung, daß die Behörde einen neuen akademisch gebildeten Beamten zugeteilt erhalten habe und daß man später wohl genötigt sein werde, zu dezentralisiren und auch Beamte in den größeren Verwaltungszentren anzustellen, weil die Geschäfte wie die Betriebe stetig wachsen und der Arbeiterschutz sich noch weiter ausdehnen müsse. Daß bei Neuanstellungen auch weibliche Hülfskräfte, aber nur solche, die auch das Amt eines Aufsichtsbeamten ganz ausfüllen, heranzuziehen sein würden, giebt der Berichterstatter aufs neue zu. Er ist ferner der Ansicht, daß Betriebe mit fast ausschließlich weiblichen Arbeitskräften jedenfalls den weiblichen Beamten zu überweisen seien, aber auch ohnedies spezielle Frauensachen den weiblichen Beamten überlassen bleiben sollten. Zugleich wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß mit Assistentinnen — und wohl auch mit Assistenten — die nur die Eigenschaft von Aufsehern besitzen, kaum etwas Ersprießliches zu erreichen sein dürfte.

Außer den Fabrikbetrieben 2c. (2211) sind auch 469 Bäckereien revidirt worden. Es ist erfreulich, daß nach dem Bericht Verfehlungen gegen die Bäckereiverordnungen gegen Ende des Berichtsjahres fast ganz geschwunden waren. Es geht also auch so. Über die Überschätzung der Zahl und der Häufigkeit der Revisionen spricht der Bericht sich eingehend aus und hebt hervor, daß die Gewerbeaufsicht nur eine erfolgreiche sein könne, wenn — wie das in Baden der Fall ist — auch die Verwaltungsbehörden kräftig mitwirken.

Der Verkehr mit den Arbeitgebern gestaltet sich insofern stetig angenehmer, als die Industriellen den Wert der Aufsicht besser als früher erkennen, aber auch dadurch die Geschäfte erleichtern, daß sie bei Neubauten und Veränderungen ihrer Anlagen, bei Erlaß von Arbeitsordnungen u. s. w. die Fabrikinspektion im voraus zu Rate

ziehen. Der Verkehr mit den Behörden war ein sehr reger und steigert sich stetig, aber der Berichterstatter hält das für günstig im Interesse eines wirksamen Arbeiterschutzes. Der Verkehr mit den Arbeitern läßt immer noch viel zu wünschen übrig und selbst am Sitze der Behörde werden selten mündlich Beschwerden angebracht. Bei den Revisionen kommen die Aufsichtsbeamten in den großen Betrieben nur wenig mit den Arbeitern in Verkehr, weit mehr in mittleren und kleinen Betrieben. Im allgemeinen ist die Beobachtung festgestellt, daß die Arbeiter stetig an Einsicht über ihre Verhältnisse und ihre Beziehungen zum Arbeitgeber gewinnen und daß sie auch selbst bei Lohnerhöhung oder anderen Forderungen die allgemeinen Zustände der betreffenden Industrie berücksichtigen lernen. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß dies zum guten Teil den Organisationen und den durch diese bewirkten Belehrungen mitzuverdanken sei. Es wird von ihm wiederholt und eingehend beklagt, daß die Arbeiter noch viel zu wenig organisirt seien und daß darüber ganz falsche Ansichten bestehen. Das betreffende Kapitel ist jedem Politiker und Unternehmer, der sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt, zur Lektüre dringend zu empfehlen.

Die Kinderarbeit und die Zahl der Jugendlichen hat in der Arbeiterschaft überhaupt abgenommen; es haben jedoch in einzelnen Industrien Verschiebungen stattgefunden. So z. B. haben die Jugendlichen in der Metallindustrie zugenommen, in den Industrien der Steine und Erden aber abgenommen. Es wird letzteres der vermehrten Einführung der Maschinen in der Ziegelindustrie zugeschrieben.

Beklagt wird, daß namentlich in der Cigarrenindustrie verbotene Kinderarbeit sich einschmuggelte und vom Landbürgermeister unterstützt wurde. Zu klagen war wieder über einzelne Mängel der Lehrlingsausbildung, über die Scheinlehrverträge behufs Erlangung von Arbeitern mit mehrjährigen Kontrakten und auch über die zu große Anstrengung mancher jugendlichen Arbeiter.

Die weiblichen Arbeiter haben absolut etwas zugenommen, relativ aber nicht, wenn auch ein Fall berichtet wird, daß eine Metallwaarenfabrik billige weibliche Arbeitskräfte für Spenglerarbeit anlernte, welche Männerarbeit ersetzten, ohne jedoch entsprechend bezahlt zu werden. Die Fabrik erspare 25 pCt. an Lohn. — Die Überarbeit der Frauen hat im Berichtsjahr wieder zugenommen, was hauptsächlich am guten Geschäftsgange und am Arbeiterinnenmangel in der Bijouterie liegt. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß die Arbeitsdauer für Frauen noch weiter gekürzt werden müsse, weil man bemerken könne,

daß die Frauen vom 30ten Jahre ab sehr verfallen und daß Ausnahmen nur bei den Arbeiterinnen in ländlichen Cigarrenfabriken vorkommen, die während der Hauptarbeiten in der Landwirtschaft die Fabrikarbeit aussetzen und im Feld und Haus arbeiten.

Bei der Cigarrenindustrie wird auch gern bemerkt, daß die Arbeitgeber mehr und mehr für Ankleideräume und Abortsanlagen sorgen, die nach den Geschlechtern getrennt sind.

Die Zunahme der Arbeiterzahl ist bei dem fast durchweg guten Geschäftsgang begreiflich und man hat Arbeiter aus anderen Gegenden des Reiches und dem Auslande herangezogen. Meist war der Erfolg kein günstiger und die fremden Arbeiter zogen wieder ab oder wurden wieder entlassen.

Die Zahl der Betriebe hat sich weniger vermehrt als in den Vorjahren, hingegen haben sich größere Betriebe noch weiter ausgedehnt und so die Errichtung kleiner unmöglich gemacht oder kleine Betriebe verdrängt. Die Industrie ist bei ihrer Ausdehnung auch in Gegenden gedrungen, wo sie bisher noch nicht war, und hat den Landwirten Gelegenheit geboten, Milchprodukte, Eier, Gemüse u. s. w. besser und leicht zu verkaufen.

Einzelne Fabriken haben die Arbeitszeit allgemein gekürzt und dabei hat sich die Erfahrung bestätigt, daß die Leistungen entsprechend wuchsen. In manchen Betrieben hat man die Mittagpausen verlängert und andere Pausen wegfallen lassen, was bezüglich der Vesperpause besonders begrüßt wird, weil durch den üblichen Biergenuß in der Pause die letzten Arbeitsstunden verminderte Leistungen aufwiesen. — Hinsichtlich der Sonntagsruhe konnte die Fabrikinspektion manchen Arbeiterkategorien (darunter Fuhrleuten) zu Verbesserungen verhelfen. Verfehlungen gegen die Sonntagsruhe sind sehr selten. Über Kontraktbruch ist wenig zu sagen, Ausstände sind in geringer Anzahl vorgekommen, aber teilweise sehr rasch verlaufen. Nur einmal kam ein Gewerbegericht als Einigungsamt in Thätigkeit (in Freiburg i. B.).

Der Schutz vor Gefahren und Unfällen ist in stetem Wachsen und überhaupt geschieht viel für Arbeiter-Hygiene. Erwähnt wird auch ein neuer billiger Respirator, dessen Herstellung von der Inspektion erstrebt wurde. Beklagt wird wiederum, daß man vielfach den Arbeitern zu schwere Arbeit zumute, die dann zu dem häufigen Vorkommen von Bruchschäden Anlaß gebe. Die Anwendung des Anticorrosivum als Schutzmittel gegen Kesselstein wird widerraten und auf andere Mittel hingewiesen. Verschiedene Schädigungen in der Tabak-

und Gemeindebeamten sind von der Armenpflege und allen Beiträgen für Armenzwecke stets befreit.

Jeder der gewählten Armenräte ist zu gewissenhafter und unentgeltlicher Führung seines Amtes verpflichtet und darf sich der Übernahme nur aus gesetzlichen Gründen entziehen. Ein Armenrat kann auf Antrag des Gemeinderats oder der Armenpflege durch Beschluß des Bezirksrats seines Amtes enthoben werden, wenn er sich grober Pflichtverletzung schuldig macht oder wenn er sich dauernd als unfähig erweist. Der Armenrat versammelt sich mindestens vierteljährlich zu einer ordentlichen Sitzung. Er beschließt in seiner Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist. Der Armenrat kann Mitglieder des Gemeinderats, die in Armen- und Waisensachen tätig sind, mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen beiziehen. Er muß den Armenrat des Kreises, in dessen Bezirk sich der Sitz seiner Armenpflege befindet, jährlich einmal über seine Tätigkeit und über den Stand der Armenpflege Bericht erstatten. Streitigkeiten über das Gebiet der Armenpflege, z. B. über den Ersatz der Armenunterstützungen, entscheidet auf Klage der Armenpflege oder des Armenrats der Bezirksrat, gegen dessen Entscheidung binnen 14 Tagen Berufung an den Kreisrat zulässig ist. Dieser setzt in solchen Streitsachen eine Kammer von drei ständigen Mitgliedern und zwei Beisitzern aus dem Kreise der Gemeindevorsteher ein. Die Armenräte werden in ihrer Tätigkeit durch den Bezirksrat überwacht. Sie haben ihm alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und über den Stand der Armenpflege zu erstatten. Der Bezirksrat kann sich auch durch Abgeordnete von dem Zustande der Armenpflege an Ort und Stelle Kenntnis verschaffen. Er kann den Armenräten Weisungen erteilen, sie auf Mängel aufmerksam machen und Vorschläge zu deren Beseitigung machen. Der Armenrat kann Ortsarme in Armenhäuser oder Armenanstalten verbringen. Er kann Kinder armer Eltern, die in ihrer Erziehung vernachlässigt werden, in geeignete Familien oder Anstalten unterbringen. Er kann Kinder armer Eltern, die in ihrer Erziehung vernachlässigt werden, in geeignete Familien oder Anstalten unterbringen. Er kann Kinder armer Eltern, die in ihrer Erziehung vernachlässigt werden, in geeignete Familien oder Anstalten unterbringen.

In den Beilagen zum Bericht sind außer Arbeitsplänen und Jahresberichte aus der Kreis- und Bezirksgewerbeschule enthalten.

Max Max.

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. März 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der deutsche Handelstag hielt am 2. März in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Frentzel eine Plenarversammlung ab. Dr. Ritter-Hamburg referirte über den die privaten Versicherungs-Unternehmungen betreffenden Gesetzentwurf. Die von ihm vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution verlangt Beschränkung des Gesetzes auf die Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Hagel- und Viehversicherung, Unterstellung der öffentlichen Versicherungs-Unternehmungen, soweit sie nicht als Landesanstalten staatlich geleitet werden, unter das Gesetz, Aufhebung der Vielgestaltigkeit der Besteuerung in den verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs und baldigste Herbeiführung auch der privatrechtlichen Regelung des Versicherungswesens. Dr. Weigert-Berlin hielt einen Vortrag über die Organisation der Wasserbauverwaltung in Preußen, worauf sich der Handelstag entschieden dagegen aussprach, daß in Preußen die gesamte Wasserbauverwaltung dem Ministerium für Landwirtschaft übertragen werde. Ueber die Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern berichtete Reinicke-Halle. Die angenommene Resolution gipfelte in den Sätzen, daß den Kornhausgenossenschaften die Staatshülfe zu entziehen sei, sofern sie sich nicht auf die Lagerung, die Bearbeitung und den Verkauf des von den Genossen erzeugten Getreides beschränken, und daß den Landwirtschaftskammern Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte für die Landwirte ihres Bezirkes zu untersagen seien. Das Referat über die Abänderung des Bankgesetzes wurde vom Generalsekretär des Handelstags, Dr. Soetbeer, erstattet. Eine von der Versammlung hierauf angenommene Erklärung fordert die Verlängerung der Frist, nach deren Ablauf das Reich die Reichsbank aufheben oder ihre Antheile erwerben kann, von zehn auf zwanzig Jahre und die Verpflichtung der Anstalten der Reichsbank auch in Städten von 80 000 und weniger Einwohnern zur Annahme der Privatbanknoten.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hielt vom 21.—25. Februar in Berlin seine 27. Generalversammlung unter dem Vorsitze des Landeshauptmann v. Roeder-Oberellguth ab. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie (Referenten: Prof. Dr. Maerker-Halle und Frhr. v. Erffa-Wernburg). Es fanden hierzu folgende Resolutionen Annahme:

„1) Die Hebung des Zuckerverzehrs ist in erster Linie durch Verbilligung des Zuckers zu erstreben. Für diesen Zweck ist die in ihrer jetzigen Höhe nicht zu rechtfertigende Zuckerverzehrssteuer abzuschaffen und zwar zur Erleichterung des Uebergangs nicht auf einmal, sondern um jährlich je 2 Mark für den Zentner zu erniedrigen, so daß sie nach 5 Jahren in Fortfall kommt. — 2) Die Exportprämie ist in ihrer jetzigen Höhe bis zum vollkommenen Fortfall der Zuckerverzehrssteuer beizubehalten, da durch ihre Abschaffung der Wettbewerb des deutschen Zuckers im Auslande schwer geschädigt würde. — 3) Da die mit der Verfütterung der minderwertigen Nachprodukte der Zuckerfabriken erzielten Erfolge dauernd günstige sind,

ist die Denaturierung des Zuckers zu vereinfachen und der Verkehr mit denaturiertem Zucker ebenso leicht zu gestalten, wie derjenige mit denaturiertem Salz u. s. w. — 4) Dem denaturierten Zucker ist eine Prämie in derselben Höhe, wie sie derselbe Zucker beim Export erhalten würde, zu gewähren. — 5) Es ist auf eine wirksame Durchführung des Saccharingesetzes besonders durch sofortigen Erlaß von Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat zu dringen und eine Besteuerung des Saccharins anzubahnen. — 6) Da die Versuche mit der Einführung des Zuckers in die Rationen der Soldaten dem Vernehmen nach günstig ausgefallen sind, ist der Zucker als regelmäßiger Bestandteil der Rationen in der Armee einzuführen. — 7) Das beste Mittel zur Gesundung und Erhaltung der Zuckerindustrie sieht der deutsche Landwirtschaftsrat nach wie vor in der Schaffung von Verhältnissen, welche die übrigen Zweige der Landwirtschaft, insbesondere aber die Getreideproduktion, sowie die landwirthschaftlichen Nebengewerbe wieder rentabel machen. — 8) Der im Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsvertrage stehende Differentialzoll für die Einfuhr von deutschem Zucker nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist zu beseitigen. — 9) Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit den Anbauverhältnissen des Zuckerrohrs und der Entwickelungsfähigkeit der Rohrzuckerindustrie vertraute Sachverständige zum Studium der einer neuen Entwickelung entgegengehenden Anbaugebiete des Zuckerrohrs zu entsenden. Die Detarifierung des Zuckers zur Ausfuhr ist durchzuführen." Ueber „Maßnahmen gegen die Einfuhr von Pferden" wurde die von den Referenten Geh. Reg.-R. Reich-Meyten und Gutsbesitzer Funch-Loy vorgeschlagene Resolution 1: „Die Einfuhr von Pferden ist für Deutschland zur Zeit noch unentbehrlich" von der Versammlung abgelehnt, dagegen die Punkte 2-5, welche sich für Beschränkung der Pferdeeinfuhr und Hebung der heimischen Pferdezucht aussprachen, angenommen. Ferner sprach sich die Versammlung nach einem Referat des Prof. Dr. Maerker-Halle zustimmend für die Gründung einer das ganze Brennereigewerbe umfassenden Central-Spiritus-Verwertungsstelle aus. Nach Referaten der Herren Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Wangenheim-Kl. Spiegel und Frhr. v. Soden-Fraunhofen wurde hinsichtlich des „Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Bankgesetzes von 14./3. 1875" folgende Resolution angenommen:

„I. Die Uebernahme der gesamten Reichsbankanteile durch das Reich ist für die Zukunft zu erstreben, unbeschadet des Fortbestehens der Privatnotenbanken. — II. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs sind wie folgt abzuändern: 1) Zu Artikel 1: Das Grundkapital der Reichsbank ist um mindestens 80 Millionen Mark zu erhöhen. — 2) Aus dem beim Jahresabschluß sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird —: a. den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von $3^1/_2$ % des Grundkapitals berechnet; — b. von dem Mehrbetrag eine Quote von 20 % dem Reservefonds zugeschrieben, so lange derselbe nicht ein Viertel des Grundkapitals beträgt; — c. der alsdann verbleibende Ueberrest zur Hälfte an die Anteilseigner, zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt, soweit die Gesamtdividende der Anteilseigner nicht 5 % übersteigt; der verbleibende Rest fällt der Reichskasse zu. — III. Artikel 5 ist zu streichen. — IV. Die neuen Anteile sollen zur öffentlichen Subskription gelegt werden. — V. Die Gewährung von Privatdiskont ist der Reichsbank wie den Privatnotenbanken zu verbieten. — VI. Wechsel von Genossenschaften sollen auf Grund der Haftpflicht derselben Wechseln mit drei Unterschriften gleichgeachtet werden."

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. März 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der deutsche Handelstag hielt am 2. März in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Frentzel eine Plenarversammlung ab. Dr. Ritter-Hamburg referirte über den die privaten Versicherungs-Unternehmungen betreffenden Gesetzentwurf. Die von ihm vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution verlangt Beschränkung des Gesetzes auf die Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Hagel- und Viehversicherung, Unterstellung der öffentlichen Versicherungs-Unternehmungen, soweit sie nicht als Landesanstalten staatlich geleitet werden, unter das Gesetz, Aufhebung der Vielgestaltigkeit der Besteuerung in den verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs und baldigste Herbeiführung auch der privatrechtlichen Regelung des Versicherungswesens. Dr. Weigert-Berlin hielt einen Vortrag über die Organisation der Wasserbauverwaltung in Preußen, worauf sich der Handelstag entschieden dagegen aussprach, daß in Preußen die gesamte Wasserbauverwaltung dem Ministerium für Landwirtschaft übertragen werde. Ueber die Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern berichtete Reinicke-Halle. Die angenommene Resolution gipfelte in den Sätzen, daß den Kornhausgenossenschaften die Staatshülfe zu entziehen sei, sofern sie sich nicht auf die Lagerung, die Bearbeitung und den Verkauf des von den Genossen erzeugten Getreides beschränken, und daß den Landwirtschaftskammern Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte für die Landwirte ihres Bezirkes zu untersagen seien. Das Referat über die Abänderung des Bankgesetzes wurde vom Generalsekretär des Handelstags, Dr. Soetbeer, erstattet. Eine von der Versammlung hierauf angenommene Erklärung fordert die Verlängerung der Frist, nach deren Ablauf das Reich die Reichsbank aufheben oder ihre Antheile erwerben kann, von zehn auf zwanzig Jahre und die Verpflichtung der Anstalten der Reichsbank auch in Städten von 80 000 und weniger Einwohnern zur Annahme der Privatbanknoten.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hielt vom 21.—25. Februar in Berlin seine 27. Generalversammlung unter dem Vorsitze des Landeshauptmann v. Roeder-Oberellguth ab. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie (Referenten: Prof. Dr. Maerker-Halle und Frhr. v. Erffa-Wernburg). Es fanden hierzu folgende Resolutionen Annahme:

„1) Die Hebung des Zuckerverzehrs ist in erster Linie durch Verbilligung des Zuckers zu erstreben. Für diesen Zweck ist die in ihrer jetzigen Höhe nicht zu rechtfertigende Zuckerverzehrssteuer abzuschaffen und zwar zur Erleichterung des Uebergangs nicht auf einmal, sondern um jährlich je 2 Mark für den Zentner zu erniedrigen, so daß sie nach 5 Jahren in Fortfall kommt. — 2) Die Exportprämie ist in ihrer jetzigen Höhe bis zum vollkommenen Fortfall der Zuckerverzehrssteuer beizubehalten, da durch ihre Abschaffung der Wettbewerb des deutschen Zuckers im Auslande schwer geschädigt würde. — 3) Da die mit der Verfütterung der minderwertigen Nachprodukte der Zuckerfabriken erzielten Erfolge dauernd günstige sind,

ist die Denaturierung des Zuckers zu vereinfachen und der Verkehr mit denaturiertem Zucker ebenso leicht zu gestalten, wie derjenige mit denaturiertem Salz u. s. w. — 4) Dem denaturierten Zucker ist eine Prämie in derselben Höhe, wie sie derselbe Zucker beim Export erhalten würde, zu gewähren. — 5) Es ist auf eine wirksame Durchführung des Saccharingesetzes besonders durch sofortigen Erlaß von Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat zu dringen und eine Besteuerung des Saccharins anzubahnen. — 6) Da die Versuche mit der Einführung des Zuckers in die Rationen der Soldaten dem Vernehmen nach günstig ausgefallen sind, ist der Zucker als regelmäßiger Bestandteil der Rationen in der Armee einzuführen. — 7) Das beste Mittel zur Gesundung und Erhaltung der Zuckerindustrie sieht der deutsche Landwirtschaftsrat nach wie vor in der Schaffung von Verhältnissen, welche die übrigen Zweige der Landwirtschaft, insbesondere aber die Getreideproduktion, sowie die landwirthschaftlichen Nebengewerbe wieder rentabel machen. — 8) Der im Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsvertrage stehende Differentialzoll für die Einfuhr von deutschem Zucker nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist zu beseitigen. — 9) Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit den Anbauverhältnissen des Zuckerrohrs und der Entwickelungsfähigkeit der Rohrzuckerindustrie vertraute Sachverständige zum Studium der einer neuen Entwickelung entgegengehenden Anbaugebiete des Zuckerrohrs zu entsenden. Die Detarifierung des Zuckers zur Ausfuhr ist durchzuführen." Ueber „Maßnahmen gegen die Einfuhr von Pferden" wurde die von den Referenten Geh. Reg.-R. Reich-Meyten und Gutsbesitzer Funch-Loy vorgeschlagene Resolution 1: „Die Einfuhr von Pferden ist für Deutschland zur Zeit noch unentbehrlich" von der Versammlung abgelehnt, dagegen die Punkte 2-5, welche sich für Beschränkung der Pferdeeinfuhr und Hebung der heimischen Pferdezucht aussprachen, angenommen. Ferner sprach sich die Versammlung nach einem Referat des Prof. Dr. Maerker-Halle zustimmend für die Gründung einer das ganze Brennereigewerbe umfassenden Central-Spiritus-Verwertungsstelle aus. Nach Referaten der Herren Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Wangenheim-Kl. Spiegel und Frhr. v. Soden-Fraunhofen wurde hinsichtlich des „Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Bankgesetzes von 14./3. 1875" folgende Resolution angenommen:

„I. Die Uebernahme der gesamten Reichsbankanteile durch das Reich ist für die Zukunft zu erstreben, unbeschadet des Fortbestehens der Privatnotenbanken. — II. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs sind wie folgt abzuändern: 1) Zu Artikel 1: Das Grundkapital der Reichsbank ist um mindestens 80 Millionen Mark zu erhöhen. — 2) Aus dem beim Jahresabschluß sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird —: a. den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von $3^1/_2$ % des Grundkapitals berechnet; — b. von dem Mehrbetrag eine Quote von 20 % dem Reservefonds zugeschrieben, so lange derselbe nicht ein Viertel des Grundkapitals beträgt; — c. der alsdann verbleibende Ueberrest zur Hälfte an die Anteilseigner, zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt, soweit die Gesamtdividende der Anteilseigner nicht 5 % übersteigt; der verbleibende Rest fällt der Reichskasse zu. — III. Artikel 5 ist zu streichen. — IV. Die neuen Anteile sollen zur öffentlichen Subskription gelegt werden. — V. Die Gewährung von Privatdiskont ist der Reichsbank wie den Privatnotenbanken zu verbieten. — VI. Wechsel von Genossenschaften sollen auf Grund der Haftpflicht derselben Wechseln mit drei Unterschriften gleichgeachtet werden."

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. März 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der deutsche Handelstag hielt am 2. März in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Frentzel eine Plenarversammlung ab. Dr. Ritter-Hamburg referirte über den die privaten Versicherungs-Unternehmungen betreffenden Gesetzentwurf. Die von ihm vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution verlangt Beschränkung des Gesetzes auf die Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Hagel- und Viehversicherung, Unterstellung der öffentlichen Versicherungs-Unternehmungen, soweit sie nicht als Landesanstalten staatlich geleitet werden, unter das Gesetz, Aufhebung der Vielgestaltigkeit der Besteuerung in den verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs und baldigste Herbeiführung auch der privatrechtlichen Regelung des Versicherungswesens. Dr. Weigert-Berlin hielt einen Vortrag über die Organisation der Wasserbauverwaltung in Preußen, worauf sich der Handelstag entschieden dagegen aussprach, daß in Preußen die gesamte Wasserbauverwaltung dem Ministerium für Landwirtschaft übertragen werde. Ueber die Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern berichtete Reinicke-Halle. Die angenommene Resolution gipfelte in den Sätzen, daß den Kornhausgenossenschaften die Staatshülfe zu entziehen sei, sofern sie sich nicht auf die Lagerung, die Bearbeitung und den Verkauf des von den Genossen erzeugten Getreides beschränken, und daß den Landwirtschaftskammern Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte für die Landwirte ihres Bezirkes zu untersagen seien. Das Referat über die Abänderung des Bankgesetzes wurde vom Generalsekretär des Handelstags, Dr. Soetbeer, erstattet. Eine von der Versammlung hierauf angenommene Erklärung fordert die Verlängerung der Frist, nach deren Ablauf das Reich die Reichsbank aufheben oder ihre Antheile erwerben kann, von zehn auf zwanzig Jahre und die Verpflichtung der Anstalten der Reichsbank auch in Städten von 80 000 und weniger Einwohnern zur Annahme der Privatbanknoten.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hielt vom 21.—25. Februar in Berlin seine 27. Generalversammlung unter dem Vorsitze des Landeshauptmann v. Roeder-Oberellguth ab. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie (Referenten: Prof. Dr. Maerker-Halle und Frhr. v. Erffa-Wernburg). Es fanden hierzu folgende Resolutionen Annahme:

„1) Die Hebung des Zuckerverzehrs ist in erster Linie durch Verbilligung des Zuckers zu erstreben. Für diesen Zweck ist die in ihrer jetzigen Höhe nicht zu rechtfertigende Zuckerverzehrssteuer abzuschaffen und zwar zur Erleichterung des Uebergangs nicht auf einmal, sondern um jährlich je 2 Mark für den Zentner zu erniedrigen, so daß sie nach 5 Jahren in Fortfall kommt. — 2) Die Exportprämie ist in ihrer jetzigen Höhe bis zum vollkommenen Fortfall der Zuckerverzehrssteuer beizubehalten, da durch ihre Abschaffung der Wettbewerb des deutschen Zuckers im Auslande schwer geschädigt würde. — 3) Da die mit der Verfütterung der minderwertigen Nachprodukte der Zuckerfabriken erzielten Erfolge dauernd günstige sind,

ist die Denaturierung des Zuckers zu vereinfachen und der Verkehr mit denaturiertem Zucker ebenso leicht zu gestalten, wie derjenige mit denaturiertem Salz u. s. w. — 4) Dem denaturierten Zucker ist eine Prämie in derselben Höhe, wie sie derselbe Zucker beim Export erhalten würde, zu gewähren. — 5) Es ist auf eine wirksame Durchführung des Saccharingesetzes besonders durch sofortigen Erlaß von Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat zu bringen und eine Besteuerung des Saccharins anzubahnen. — 6) Da die Versuche mit der Einführung des Zuckers in die Rationen der Soldaten dem Vernehmen nach günstig ausgefallen sind, ist der Zucker als regelmäßiger Bestandteil der Rationen in der Armee einzuführen. — 7) Das beste Mittel zur Gesundung und Erhaltung der Zuckerindustrie sieht der deutsche Landwirtschaftsrat nach wie vor in der Schaffung von Verhältnissen, welche die übrigen Zweige der Landwirtschaft, insbesondere aber die Getreideproduktion, sowie die landwirthschaftlichen Nebengewerbe wieder rentabel machen. — 8) Der im Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsvertrage stehende Differentialzoll für die Einfuhr von deutschem Zucker nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist zu beseitigen. — 9) Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit den Anbauverhältnissen des Zuckerrohrs und der Entwickelungsfähigkeit der Rohrzuckerindustrie vertraute Sachverständige zum Studium der einer neuen Entwickelung entgegengehenden Anbaugebiete des Zuckerrohrs zu entsenden. Die Detarifierung des Zuckers zur Ausfuhr ist durchzuführen." Ueber „Maßnahmen gegen die Einfuhr von Pferden" wurde die von den Referenten Geh. Reg.-R. Reich-Meyten und Gutsbesitzer Funch-Loy vorgeschlagene Resolution 1: „Die Einfuhr von Pferden ist für Deutschland zur Zeit noch unentbehrlich" von der Versammlung abgelehnt, dagegen die Punkte 2 - 5, welche sich für Beschränkung der Pferdeeinfuhr und Hebung der heimischen Pferdezucht aussprachen, angenommen. Ferner sprach sich die Versammlung nach einem Referat des Prof. Dr. Maerker-Halle zustimmend für die Gründung einer das ganze Brennereigewerbe umfassenden Central-Spiritus-Verwertungsstelle aus. Nach Referaten der Herren Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Wangenheim-Kl. Spiegel und Frhr. v. Soden-Fraunhofen wurde hinsichtlich des „Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Bankgesetzes von 14./3. 1875" folgende Resolution angenommen:

„I. Die Uebernahme der gesamten Reichsbankanteile durch das Reich ist für die Zukunft zu erstreben, unbeschadet des Fortbestehens der Privatnotenbanken. — II. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs sind wie folgt abzuändern: 1) Zu Artikel 1: Das Grundkapital der Reichsbank ist um mindestens 80 Millionen Mark zu erhöhen. — 2) Aus dem beim Jahresabschluß sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird —: a. den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von $3^1/_2$ % des Grundkapitals berechnet; — b. von dem Mehrbetrag eine Quote von 20 % dem Reservefonds zugeschrieben, so lange derselbe nicht ein Viertel des Grundkapitals beträgt; — c. der alsdann verbleibende Ueberrest zur Hälfte an die Anteilseigner, zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt, soweit die Gesamtdividende der Anteilseigner nicht 5 % übersteigt; der verbleibende Rest fällt der Reichskasse zu. — III. Artikel 5 ist zu streichen. — IV. Die neuen Anteile sollen zur öffentlichen Subskription gelegt werden. — V. Die Gewährung von Privatdiskont ist der Reichsbank wie den Privatnotenbanken zu verbieten. — VI. Wechsel von Genossenschaften sollen auf Grund der Haftpflicht derselben Wechseln mit drei Unterschriften gleichgeachtet werden."

Ueber den Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes referierten Frhr. v. Cetto-Reichertshausen und Landgerichtsrat Schneider-Cassel. Man beschließt: „Kreditvereine und Kreditgenossenschaften gehören nicht zu den Hypothekenbanken im Sinne des Gesetzes. Die staatliche Beaufsichtigung der Hypothekenbanken gewährt denselben keinerlei Anspruch auf Verleihung der Mündelsicherheit für die ausgegebenen Pfandbriefe. Es ist beim Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß das Vorrecht der sogenannten Mündelsicherheit nach § 1807 B. G.-B. nicht als Folge der im Hypothekenbankgesetz vorgesehenen staatlichen Beaufsichtigung der Hypothekenbanken auf deren Pfandbriefe ausgedehnt werde."

Nach zwei besonders interessanten Referaten des Wirkl. Geh. Admiralitätsrats Professor Dr. Neumayer-Hamburg und des Generalsekretärs Dr. Dade über die Witterungskunde im Dienste der Landwirtschaft wird hierüber folgende Resolution angenommen: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: bei dem Herrn Reichskanzler zu beantragen, daß zum Zwecke der Einführung eines wettertelegraphischen Dienstes für die deutsche Landwirtschaft thunlichst bald eine Konferenz aus den Direktoren der meteorologischen Zentralstellen im deutschen Reich, aus Kommissaren der Reichsregierung und der größeren Staatsregierungen und aus Vertretern der Landwirtschaft einberufen werde; — dem Herrn Reichskanzler als den Ort der Konferenz Hamburg, den Sitz der deutschen Seewarte zu empfehlen." Ueber den Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen referierten Geh. Oekonomie-Rat Professor Dr. von Langsdorff-Dresden und Landgerichtsrat Schneider-Cassel. Die angenommene Resolution spricht das Einverständnis des Deutschen Landwirtschaftsrats mit den Grundzügen des Gesetzes aus und billigt die in Aussicht genommene Einrichtung einer Reichsbehörde für die Erteilung der Geschäftserlaubnis und für die Beaufsichtigung der Versicherungs-Anstalten. Eine Anzahl Vorschläge für Abänderung einzelner Paragraphen des Entwurfs sollen der Reichsbehörde zur Erwägung überwiesen werden. — Ueber den Entwurf eines Schlachtvieh- und Fleischschau-Gesetzes referierten Landes-Ökonomie-Rat v. Mendel-Reufels-Halle und Geh. Reg.-R. Prof. Dr Dammann-Hannover. Folgende Resolution, welche nebst Abänderungsvorschlägen für einzelne Bestimmungen des Entwurfs den maßgebenden Stellen zur Erwägung unterbreitet werden soll, fand Annahme: „Der Erlaß eines Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, entspricht den berechtigten Forderungen der Deutschen Landwirtschaft nur dann: a. wenn in dem Gesetze selbst (nicht durch Bundesratsverordnung!) ausländisches Fleisch und ausländische Fleischkonserven genau nach denselben strengen Grundsätzen der Kontrolle behandelt werden, wie die inländische Waare gleicher Art; — b. wenn alle nicht oder nicht sicher kontrollierbaren Körpertheile von Tieren sowohl wie Fleischkonserven (auch Würste) ausländischer Herkunft, sofern sie nicht untersuchbar sind, von der Einfuhr überhaupt ausgeschlossen werden; — c. wenn nach Erlaß dieses Gesetzes in all denjenigen Staaten, in welchen dies noch nicht der Fall ist, eine öffentliche Schlachtviehversicherung unter Heranziehung von öffentlichen Mitteln eingerichtet wird, und wenn Fürsorge dafür getroffen wird, daß das minderwertige, aber für den Genuß noch zulässige Fleisch, sowie auch die gänzlich verworfenen Teile angemessene Verwertung finden (Freibank, Abkochung)." Der Gegenstand: „Zollvergütung für ausgeführtes Mehl" wurde auf Grund der Referate von Graf v. Schwerin-Löwitz und Geh. Oek.-Rat Haehnel-Duppritz sehr ein-

gehend behandelt und führte zu einer Resolution, welche sich für eine nach der Feinheit und dem Werte des Mehles bemessene Zollvergütung ausspricht. — Bei dem Thema: „Gesetzentwurf betreffend Fernsprechwesen", griff nach den Referaten vom Rittergutsbesitzer Seidel-Chelchen und Reichstagsabg. v. Stockhausen-Schnuß, auch der Staatssekretär v. Podbielsky in die Debatte ein und pflichtete der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Bedeutung des Fernsprechwesens auch fürs Land im Allgemeinen bei. — Ueber den Entwurf eines Invalidengesetzes referirten die Herren v. Arnim und Frhr. v. Welser. Von den Vorschlägen des Referenten fanden folgende Annahme:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erkennt auch den neuen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Invaliditäts- und Alters-Versicherung vom 22. Juni 1889 im allgemeinen als eine Verbesserung des bestehenden Zustandes an und erklärt zu demselben im einzelnen: 1) Die gewünschte Vereinigung der gesamten Renten-Versicherung (Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungen) der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist nicht berücksichtigt; — 2) eine umfangreichere Beteiligung der Allgemeinheit an der Tragung der Lasten, eine alte Forderung der Landwirtschaft, ist nicht vorgesehen; als ein geeigneter Weg zum Ausgleich erscheint die Uebertragung der Versicherung an Landesanstalten; — 3) Die Beseitigung der Beitragsmarken ist noch nicht vorgeschlagen, obwohl sie wünschenswert bleibt, auch ist die Entwertung der eingeklebten Marken nicht obligatorisch, wie auch die Ausgabe von Marken für längere Zeit nur möglich gemacht ist, auch die Freistellung der Ausländer von der Versicherungspflicht ist nicht unbedingt gesichert. Dagegen ist zu seiner Befriedigung 4) eine gleichmäßigere Verteilung der Rentenlast (Gemein- und Sonderlast) vorgeschlagen; — 5) die Abstufung nach Lohnsätzen beibehalten, wobei das Steigen des Grundbetrages der Rente aber zu verwerfen; — Die Errichtung von Rentenstellen erscheint nicht zweckmäßig und verursacht unnötige Kosten."

Namens der „Kommission für die ländliche Arbeiterfrage" begründete Frhr. v. Cetto-Reichertshausen in längerem Vortrag folgenden Antrag:

„Die Arbeiternot hat gegenwärtig auf weiten Gebieten des Deutschen Reiches einen solchen Grad erreicht, daß dadurch die Fortführung einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Frage gestellt wird. Um dieser Not zu steuern, ist es unumgänglich notwendig, alsbald Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu treffen, welche zur energischen Bekämpfung des Uebels geeignet erscheinen.

Als solche sind besonders zu empfehlen:

1) zur Beseitigung des akuten Arbeitermangels: a. weitere Zulassung ausländischer Arbeiter, jedoch unter Wahrung der nationalen Interessen; — b. Rücksichtnahme bei Vornahme größerer Arbeiten seitens des Staats (Eisenbahn- und Kanalbauten u. s. w.) auf den Arbeiterbedarf der Landwirtschaft; — c. Einschränkung der den zur Reserve übertretenden Militärpersonen erteilten Freifahrtsbewilligung nach dem Ort ihrer künftigen Niederlassung.

2) Zur organischen Besserung der Arbeiterverhätnisse nimmt der Deutsche Landwirtschaftsrat Bezug auf seine früheren Verhandlungen und Beschlüsse, betreffend a. Gesindemaklerwesen; b. Organisation des ländlichen Arbeitsnachweises; c. Kontraktbruch; d. Seßhaftmachung der Arbeiter; e. Anteil der Landarbeiter am Roh- oder Reinertrag der Wirtschaft; f. Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter; und bringt

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. März 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der deutsche Handelstag hielt am 2. März in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Frentzel eine Plenarversammlung ab. Dr. Ritter-Hamburg referirte über den die privaten Versicherungs-Unternehmungen betreffenden Gesetzentwurf. Die von ihm vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution verlangt Beschränkung des Gesetzes auf die Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Hagel- und Viehversicherung, Unterstellung der öffentlichen Versicherungs-Unternehmungen, soweit sie nicht als Landesanstalten staatlich geleitet werden, unter das Gesetz, Aufhebung der Vielgestaltigkeit der Besteuerung in den verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs und baldigste Herbeiführung auch der privatrechtlichen Regelung des Versicherungswesens. Dr. Weigert-Berlin hielt einen Vortrag über die Organisation der Wasserbauverwaltung in Preußen, worauf sich der Handelstag entschieden dagegen aussprach, daß in Preußen die gesamte Wasserbauverwaltung dem Ministerium für Landwirtschaft übertragen werde. Ueber die Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern berichtete Reinicke-Halle. Die angenommene Resolution gipfelte in den Sätzen, daß den Kornhausgenossenschaften die Staatshülfe zu entziehen sei, sofern sie sich nicht auf die Lagerung, die Bearbeitung und den Verkauf des von den Genossen erzeugten Getreides beschränken, und daß den Landwirtschaftskammern Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte für die Landwirte ihres Bezirkes zu untersagen seien. Das Referat über die Abänderung des Bankgesetzes wurde vom Generalsekretär des Handelstags, Dr. Soetbeer, erstattet. Eine von der Versammlung hierauf angenommene Erklärung fordert die Verlängerung der Frist, nach deren Ablauf das Reich die Reichsbank aufheben oder ihre Antheile erwerben kann, von zehn auf zwanzig Jahre und die Verpflichtung der Anstalten der Reichsbank auch in Städten von 80 000 und weniger Einwohnern zur Annahme der Privatbanknoten.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hielt vom 21.—25. Februar in Berlin seine 27. Generalversammlung unter dem Vorsitze des Landeshauptmann v. Roeder-Oberellguth ab. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie (Referenten: Prof. Dr. Maerker-Halle und Frhr. v. Erffa-Wernburg). Es fanden hierzu folgende Resolutionen Annahme:

„1) Die Hebung des Zuckerverzehrs ist in erster Linie durch Verbilligung des Zuckers zu erstreben. Für diesen Zweck ist die in ihrer jetzigen Höhe nicht zu rechtfertigende Zuckerverzehrssteuer abzuschaffen und zwar zur Erleichterung des Uebergangs nicht auf einmal, sondern um jährlich je 2 Mark für den Zentner zu erniedrigen, so daß sie nach 5 Jahren in Fortfall kommt. — 2) Die Exportprämie ist in ihrer jetzigen Höhe bis zum vollkommenen Fortfall der Zuckerverzehrssteuer beizubehalten, da durch ihre Abschaffung der Wettbewerb des deutschen Zuckers im Auslande schwer geschädigt würde. — 3) Da die mit der Verfütterung der minderwertigen Nachprodukte der Zuckerfabriken erzielten Erfolge dauernd günstige sind,

ist die Denaturierung des Zuckers zu vereinfachen und der Verkehr mit denaturiertem Zucker ebenso leicht zu gestalten, wie derjenige mit denaturiertem Salz u. s. w. — 4) Dem denaturierten Zucker ist eine Prämie in derselben Höhe, wie sie derselbe Zucker beim Export erhalten würde, zu gewähren. — 5) Es ist auf eine wirksame Durchführung des Saccharingesetzes besonders durch sofortigen Erlaß von Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat zu bringen und eine Besteuerung des Saccharins anzubahnen. — 6) Da die Versuche mit der Einführung des Zuckers in die Rationen der Soldaten dem Vernehmen nach günstig ausgefallen sind, ist der Zucker als regelmäßiger Bestandteil der Rationen in der Armee einzuführen. — 7) Das beste Mittel zur Gesundung und Erhaltung der Zuckerindustrie sieht der deutsche Landwirtschaftsrat nach wie vor in der Schaffung von Verhältnissen, welche die übrigen Zweige der Landwirtschaft, insbesondere aber die Getreideproduktion, sowie die landwirthschaftlichen Nebengewerbe wieder rentabel machen. — 8) Der im Widerspruch mit unserem Meistbegünstigungsvertrage stehende Differentialzoll für die Einfuhr von deutschem Zucker nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist zu beseitigen. — 9) Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit den Anbauverhältnissen des Zuckerrohrs und der Entwickelungsfähigkeit der Rohrzuckerindustrie vertraute Sachverständige zum Studium der einer neuen Entwickelung entgegengehenden Anbaugebiete des Zuckerrohrs zu entsenden. Die Detarifierung des Zuckers zur Ausfuhr ist durchzuführen." Ueber „Maßnahmen gegen die Einfuhr von Pferden" wurde die von den Referenten Geh. Reg.-R. Reich-Meyten und Gutsbesitzer Funch-Loy vorgeschlagene Resolution 1: „Die Einfuhr von Pferden ist für Deutschland zur Zeit noch unentbehrlich" von der Versammlung abgelehnt, dagegen die Punkte 2 - 5, welche sich für Beschränkung der Pferdeeinfuhr und Hebung der heimischen Pferdezucht aussprachen, angenommen. Ferner sprach sich die Versammlung nach einem Referat des Prof. Dr. Maerker-Halle zustimmend für die Gründung einer das ganze Brennereigewerbe umfassenden Central-Spiritus-Verwertungsstelle aus. Nach Referaten der Herren Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Wangenheim-Kl. Spiegel und Frhr. v. Soden-Fraunhofen wurde hinsichtlich des „Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Bankgesetzes von 14./3. 1875" folgende Resolution angenommen:

„I. Die Uebernahme der gesamten Reichsbankanteile durch das Reich ist für die Zukunft zu erstreben, unbeschadet des Fortbestehens der Privatnotenbanken. — II. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs sind wie folgt abzuändern: 1) Zu Artikel 1: Das Grundkapital der Reichsbank ist um mindestens 80 Millionen Mark zu erhöhen. — 2) Aus dem beim Jahresabschluß sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird —: a. den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von $3^1/_2$ % des Grundkapitals berechnet; — b. von dem Mehrbetrag eine Quote von 20 % dem Reservefonds zugeschrieben, so lange derselbe nicht ein Viertel des Grundkapitals beträgt; — c. der alsdann verbleibende Ueberrest zur Hälfte an die Anteilseigner, zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt, soweit die Gesamtdividende der Anteilseigner nicht 5 % übersteigt; der verbleibende Rest fällt der Reichskasse zu. — III. Artikel 5 ist zu streichen. — IV. Die neuen Anteile sollen zur öffentlichen Subskription gelegt werden. — V. Die Gewährung von Privatdiskont ist der Reichsbank wie den Privatnotenbanken zu verbieten. — VI. Wechsel von Genossenschaften sollen auf Grund der Haftpflicht derselben Wechseln mit drei Unterschriften gleichgeachtet werden."

Ueber den Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes referierten Frhr. v. Cetto-Reichertshausen und Landgerichtsrat Schneider-Cassel. Man beschließt: „Kreditvereine und Kreditgenossenschaften gehören nicht zu den Hypothekenbanken im Sinne des Gesetzes. Die staatliche Beaufsichtigung der Hypothekenbanken gewährt denselben keinerlei Anspruch auf Verleihung der Mündelsicherheit für die ausgegebenen Pfandbriefe. Es ist beim Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß das Vorrecht der sogenannten Mündelsicherheit nach § 1807 B. G.-B. nicht als Folge der im Hypothekenbankgesetz vorgesehenen staatlichen Beaufsichtigung der Hypothekenbanken auf deren Pfandbriefe ausgedehnt werde."

Nach zwei besonders interessanten Referaten des Wirkl. Geh. Admiralitätsrats Professor Dr. Neumayer-Hamburg und des Generalsekretärs Dr. Dade über die Witterungskunde im Dienste der Landwirtschaft wird hierüber folgende Resolution angenommen: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: bei dem Herrn Reichskanzler zu beantragen, daß zum Zwecke der Einführung eines wettertelegraphischen Dienstes für die deutsche Landwirtschaft thunlichst bald eine Konferenz aus den Direktoren der meteorologischen Zentralstellen im deutschen Reich, aus Kommissaren der Reichsregierung und der größeren Staatsregierungen und aus Vertretern der Landwirtschaft einberufen werde; — dem Herrn Reichskanzler als den Ort der Konferenz Hamburg, den Sitz der deutschen Seewarte zu empfehlen." Ueber den Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen referierten Geh. Oekonomie-Rat Professor Dr. von Langsdorff-Dresden und Landgerichtsrat Schneider-Cassel. Die angenommene Resolution spricht das Einverständnis des Deutschen Landwirtschaftsrats mit den Grundzügen des Gesetzes aus und billigt die in Aussicht genommene Einrichtung einer Reichsbehörde für die Erteilung der Geschäftserlaubnis und für die Beaufsichtigung der Versicherungs-Anstalten. Eine Anzahl Vorschläge für Abänderung einzelner Paragraphen des Entwurfs sollen der Reichsbehörde zur Erwägung überwiesen werden. — Ueber den Entwurf eines Schlachtvieh- und Fleischschau-Gesetzes referierten Landes-Ökonomie-Rat v. Mendel-Neufels-Halle und Geh. Reg.-R. Prof. Dr. Dammann-Hannover. Folgende Resolution, welche nebst Abänderungsvorschlägen für einzelne Bestimmungen des Entwurfs den maßgebenden Stellen zur Erwägung unterbreitet werden soll, fand Annahme: „Der Erlaß eines Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, entspricht den berechtigten Forderungen der Deutschen Landwirtschaft nur dann: a. wenn in dem Gesetze selbst (nicht durch Bundesratsverordnung!) ausländisches Fleisch und ausländische Fleischkonserven genau nach denselben strengen Grundsätzen der Kontrolle behandelt werden, wie die inländische Waare gleicher Art; — b. wenn alle nicht oder nicht sicher kontrollierbaren Körpertheile von Tieren sowohl wie Fleischkonserven (auch Würste) ausländischer Herkunft, sofern sie nicht untersuchbar sind, von der Einfuhr überhaupt ausgeschlossen werden; — c. wenn nach Erlaß dieses Gesetzes in all denjenigen Staaten, in welchen dies noch nicht der Fall ist, eine öffentliche Schlachtviehversicherung unter Heranziehung von öffentlichen Mitteln eingerichtet wird, und wenn Fürsorge dafür getroffen wird, daß das minderwertige, aber für den Genuß noch zulässige Fleisch, sowie auch die gänzlich verworfenen Teile angemessene Verwertung finden (Freibank, Abkochung)." Der Gegenstand: „Zollvergütung für ausgeführtes Mehl" wurde auf Grund der Referate von Graf v. Schwerin-Löwitz und Geh. Oek.-Rat Haehnel-Duppritz sehr ein-

gehend behandelt und führte zu einer Resolution, welche sich für eine nach der Feinheit und dem Werte des Mehles bemessene Zollvergütung ausspricht. — Bei dem Thema: „Gesetzentwurf betreffend Fernsprechwesen", griff nach den Referaten vom Rittergutsbesitzer Seidel-Chelchen und Reichstagsabg. v. Stockhausen-Ochnuß, auch der Staatssekretär v. Podbielsky in die Debatte ein und pflichtete der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Bedeutung des Fernsprechwesens auch fürs Land im Allgemeinen bei. — Ueber den Entwurf eines Invaliden-gesetzes referirten die Herren v. Arnim und Frhr. v. Welser. Von den Vorschlägen des Referenten fanden folgende Annahme:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erkennt auch den neuen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Invaliditäts- und Alters-Versicherung vom 22. Juni 1889 im allgemeinen als eine Verbesserung des bestehenden Zustandes an und erklärt zu demselben im einzelnen: 1) Die gewünschte Vereinigung der gesamten Renten-Versicherung (Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungen) der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist nicht berücksichtigt; — 2) eine umfangreichere Beteiligung der Allgemeinheit an der Tragung der Lasten, eine alte Forderung der Landwirtschaft, ist nicht vorgesehen; als ein geeigneter Weg zum Ausgleich erscheint die Uebertragung der Versicherung an Landesanstalten; — 3) Die Beseitigung der Beitragsmarken ist noch nicht vorgeschlagen, obwohl sie wünschenswert bleibt, auch ist die Entwertung der eingeklebten Marken nicht obligatorisch, wie auch die Ausgabe von Marken für längere Zeit nur möglich gemacht ist, auch die Freistellung der Ausländer von der Versicherungspflicht ist nicht unbedingt gesichert. Dagegen ist zu seiner Befriedigung 4) eine gleichmäßigere Verteilung der Rentenlast (Gemein- und Sonderlast) vorgeschlagen; — 5) die Abstufung nach Lohnsätzen beibehalten, wobei das Steigen des Grundbetrages der Rente aber zu verwerfen; — Die Errichtung von Rentenstellen erscheint nicht zweckmäßig und verursacht unnötige Kosten."

Namens der „Kommission für die ländliche Arbeiterfrage" begründete Frhr. v. Cetto-Reichertshausen in längerem Vortrag folgenden Antrag:

„Die Arbeiternot hat gegenwärtig auf weiten Gebieten des Deutschen Reiches einen solchen Grad erreicht, daß dadurch die Fortführung einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Frage gestellt wird. Um dieser Not zu steuern, ist es unumgänglich notwendig, alsbald Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu treffen, welche zur energischen Bekämpfung des Uebels geeignet erscheinen.

Als solche sind besonders zu empfehlen:

1) zur Beseitigung des akuten Arbeitermangels: a. weitere Zulassung ausländischer Arbeiter, jedoch unter Wahrung der nationalen Interessen; — b. Rücksichtnahme bei Vornahme größerer Arbeiten seitens des Staats (Eisenbahn- und Kanalbauten u. s. w.) auf den Arbeiterbedarf der Landwirtschaft; — c. Einschränkung der den zur Reserve übertretenden Militärpersonen erteilten Freifahrtsbewilligung nach dem Ort ihrer künftigen Niederlassung.

2) Zur organischen Besserung der Arbeiterverhätnisse nimmt der Deutsche Landwirtschaftsrat Bezug auf seine früheren Verhandlungen und Beschlüsse, betreffend a. Gesindemaklerwesen; b. Organisation des ländlichen Arbeitsnachweises; c. Kontraktbruch; d. Seßhaftmachung der Arbeiter; e. Anteil der Landarbeiter am Roh- oder Reinertrag der Wirtschaft; f. Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter; und bringt

weiter in Vorschlag: g. die Begründung von bäuerlichen Gemeinden mit gemischter Besitzverteilung für die Gegenden des vorherrschenden Großgrundbesitzes. — h. Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs bei Festsetzung der Schulunterrichtszeit auf dem Lande unbeschadet der Ziele des Volksunterrichts.

3) Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: in Erwägung, daß es im allgemeinen nationalen Interesse liegt, das ungeregelte übermäßige Einströmen der Arbeitsuchenden vom Lande in die Städte und Industrie-Centren planmäßig zu verhüten, beim Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß a. eine Beschränkung der Freizügigkeit stattfindet in der Weise, daß junge Leute unter achtzehn Jahren nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Eltern oder Vormünder ihre Heimat verlassen dürfen und auch da nur dann, wenn die Aufnahme in ein festes Arbeitsverhältnis nachgewiesen wird; — b. auf den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen Bedacht genommen wird, wonach der Zuzug in die Stadt nicht anders gestattet wird, als bei dem Nachweis einer Wohnung, die den sittlichen und hygienischen Anforderungen entspricht; — c. im weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung die Verwendung jugendlicher Arbeiter in der Industrie mehr als bisher eingeschränkt werde." Nach längerer Debatte, ob in eine eingehende Beratung einzutreten sei, nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt im allgemeinen sein Einverständnis mit den Vorschlägen der Kommission und beschließt, daß dieselben zur eingehenden weiteren Verhandlung auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung gesetzt werden."

Die 24. General-Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer wurde am 14. Februar unter dem Vorsitze des Frhr. v. Manteuffel in Berlin eröffnet. Unter den Verhandlungsgegenständen bot das Thema „Arbeitermangel im Gebiete der Landwirtschaft", über welches Landrat v. Glasenapp-Marienburg referierte, besonderes Interesse. Zur Annahme gelangte folgende Resolution, mit einigen vom Ausschuß vorgenommenen Aenderungen: 1) Der Arbeitermangel im Gebiete der Landwirtschaft hat von Jahr zu Jahr eine immer größere Ausdehnung angenommen und sich zu einer Kalamität entwickelt, welche den rationellen Betrieb der Landwirtschaft ernstlich gefährdet. Die Arbeiternot berührt ebenso sehr den kleineren, wie den mittleren und größeren Grundbesitz und herrscht ziemlich gleichmäßig in allen Teilen des Reiches. — 2) Die Gründe dieser Erscheinung sind sowohl ethischer wie socialer und wirtschaftlicher Natur. In Betracht zu ziehen sind hierbei insbesondere: a. die historische Entwickelung des ländlichen Arbeiterstandes, b. der Wandertrieb und das Streben nach Ungebundenheit, Abwechselung und Vergnügen, c. die gewerbsmäßige Verlockung durch Agenten, d. die ungünstige Lage der Landwirtschaft. — 3) Die Beseitigung des Arbeitermangels ist zur Zeit eine der wichtigsten agrarpolitischen Aufgaben. Als geeignete Mittel zur Abhülfe sind vorzugsweise zu berücksichtigen: a. die Erschwerung des Kontraktbruchs und der Verleitung dazu durch schärfere Bestrafung desselben, sowie die Regelung der Ersatzpflicht für den dem geschädigten Arbeitgeber entstandenen Schaden, auch der Arbeitgeber soll bestraft werden, der bewußt einen kontraktbrüchigen Arbeiter annimmt, b. die Einführung der Konzessionspflicht für Gesindevermieter und Arbeitsvermittler und das Verbot des Betriebes dieser Gewerbe im Umherziehen, c. eine zeitweise anderweite Festsetzung der Schulzeiten auf dem platten Lande unter voller Aufrechterhaltung der Ziele des Volksschulunterrichts (Halbtagsunterricht), (d. die

thunlichste Vermeidung der Heranziehung landwirtschaftlicher Arbeiter zu großen staatlichen und kommunalen Arbeitsunternehmungen), e. die erweiterte Zulassung ausländischer Arbeiter, soweit nationale Rücksichten es gestatten, f. die Errichtung von Arbeitsnachweisestellen für ländliche Arbeiter, g. die planmäßige Ansiedelung von landwirtschaftlichen Arbeitern. — Eine dauernde und durchgreifende Besserung der Arbeiternot wird aber nur zu erreichen sein: durch die allgemeine Hebung der Lage der Landwirtschaft.

Die 6. Generalversammlung des Bundes der Landwirte fand am 13. Februar in Berlin unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Wangenheim statt. Nach dem vom Direktor Dr. Hahn erstatteten Geschäftsbericht zählt der Bund zur Zeit 188 000 Mitglieder, von denen 97 000 westlich und 91 000 östlich der Elbe wohnen. 158 000 gehören dem Kleingrundbesitz an, 28 000 dem mittleren und 1 400 dem Großgrundbesitz. Die Einnahmen betrugen im Vorjahre: 541 700 Mark. Im verflossenen Jahre wurden von der landwirtschaftlich-technischen Abteilung des Bundes bezogen: 1 514 390 Zentner Düngemittel, 32 967 Zentner Futtermittel, 190 018 Kilogramm Originalsämereien. Die Genossenschaftsabteilung hat in dem begründeten Revisionsverband 150 Genossenschaften vereinigt, darunter 17 Konsumgenossenschaften, 107 Produktivgenossenschaften, einschließlich 75 Pferdezuchtgenossenschaften. Die Zentral-Genossenschaftskasse schloß für das verflossene Jahr mit einem Gesammtumsatze von 8 022 330 Mark ab. — Die Generalversammlung nahm eine Resolution an, die die Zustimmung „zur Wiederaufnahme der Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck zum gleichmäßigen Schutze der gesamten vaterländischen Arbeit" ausspricht, und die Erwartung ausdrückt, „daß auf dem Gebiete der Vieh- und Fleischeinfuhr das Ausland nicht vor dem Inland bevorzugt werde".

Der Deutsche milchwirtschaftliche Verein hielt am 14. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Gutsbesitzer Plehn-Gruppe seine 25jährige Generalversammlung ab. In den Verhandlungen wies Direktor de Roi-Prenzlau auf die Bedeutung der Eismilch für die Versorgung der Großstädte hin. Weiter wurden Beratungen über die Hebung der Butterausfuhr insbesondere nach unseren Kolonien, über die Errichtung einer besonderen Unfallversicherung für das Molkereigewerbe, über die Regelung des Wassergehaltes der Butter, die Ausbildung des Molkereipersonals u. s. w. gepflogen.

Die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hielt am 17. Dezember 1898 in Berlin ihre erste Generalversammlung ab. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die für eine erfolgreiche Weiterführung der Politik der Handelsverträge und für eine gleichmäßige Wahrung der Interessen aller Zweige der Industrie und des Handels eintritt und weder freihändlerische noch schutzzöllnerische Tendenzen einseitig befürwortet, in der Ueberzeugung, daß die zollpolitischen Bedürfnisse jedes einzelnen Erwerbszweiges je nach Lage des Marktes aus sachlichen Momenten zu beurteilen und zu bestimmen sind. Schließlich sprach sich die Resolution dafür aus, daß eine erfolgreiche Handelspolitik Hand in Hand gehen muß mit dem Bestreben zur Erhaltung der deutschen Goldwährung und der bestehenden Bankgesetzgebung des Reiches sowie mit einer entsprechenden Reform der Frachttarife und einer gleichmäßigen Ausgestaltung des Verkehrswesens, insbesondere des Ausbaus eines „einheitlichen Netzes der deutschen Wasserstraßen".

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am 28. Februar zu Berlin unter dem Vorsitze des Landtagsabg. Bopelius eine Delegiertenversammlung ab, in welcher auch Stellung zu dem Entwurf eines Invaliditätsgesetzes genommen wurde. Die betr. Resolution spricht sich im allgemeinen zustimmend zu dem Entwurfe aus, erblickt dagegen in der Errichtung örtlicher Rentenstellen eine Förderung der socialdemokratischen Organisation, der durch diese staatliche Einrichtung eine neue Stelle erweiterter Wirksamkeit und vermehrten Einflusses gegeben werde. Dazu sei diese Einrichtung mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden. Die bezüglich des Markensystems und der Erhebung der Beiträge vorgeschlagenen neuen Bestimmungen werden für geeignet erachtet, das Verfahren zu erleichtern und die Erhebung der Beiträge mehr als bisher sicher zu stellen, und es wird anerkannt, daß bis auf Weiteres die Rentenbemessung nach Arbeitsdauer und Lohnhöhe und in Verbindung damit auch das Markensystem beizubehalten sei. — Die in Vorschlag gebrachte anderweitige Verteilung der Rentenlast und die damit verbundene Aufteilung des Vermögens kann zu den bedenklichsten Konsequenzen führen, und insbesondere zu einer verhängnisvollen Lähmung des Interesses an einer weiteren Vermögensbildung innerhalb der einzelnen Versicherungsanstalten. Durch veränderte Gruppierung und Zusammenlegung der Versicherungsanstalten seien auch heute noch und für die Zukunft diese Mißstände zu beseitigen. Endlich erhebt die Resolution noch Einspruch gegen die im Entwurf vorgeschlagene wesentliche Erhöhung der Grundbeträge der Invalidenrente und die dementsprechende Umänderung der Steigerungssätze, sowie überhaupt gegen alle die Selbstverwaltung einschränkende Vorschriften desselben.

Der 30. Vereinstag des deutschen Nautischen Vereins trat am 27. Februar in Berlin unter dem Vorsitze des Geh. Kommerzienrat Sartori aus Kiel zusammen. Nach dem Referat des Handelskammersyndikus Boysen-Kiel über den Tarif des Kaiser-Wilhelmskanals gelangte ein von Hansen-Kiel und Dethlessen-Flensburg gestellter Antrag zur Annahme, die Reichsregierung zu ersuchen, die Frist, innerhalb deren die Festsetzung des Kanalabgabentarifs durch kaiserliche Verordnung vorgesehen ist, angemessen verlängern zu lassen. Der Direktor der deutschen Seewarte Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Prof. Dr. Neumayer hielt einen Vortrag über die neuesten Forschungen auf dem Gebiete des Seekartenwesens und der Chronometerprüfungen. Ein Antrag des Kieler Nautischen Vereins, den Reichskanzler zu bitten, bis auf Weiteres eine Summe von jährlich 30 000 Mark für die Unterstützung bestehender und neu zu errichtender deutscher Seemannsheime im Ausland aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen. Baron von der Ropp führte einen von ihm erfundenen neuen Rettungsapparat vor. Ferner beschäftigten den Vereinstag die Abänderung der Befähigungsvorschriften für Seemaschinisten sowie eine Petition an den Reichskanzler und den Reichstag betreffs der Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute.

Der 6. Verbandstag deutscher Seeschiffer-Vereine fand am 13. und 14. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Kapitän Woitschewsky-Hamburg statt. Die Reform des Navigationsschulwesens bildete den ersten Beratungsgegenstand. Nach längerer Diskussion, vor deren Beginn der Vertreter der Reichsregierung auf eine bevorstehende Beratungskonferenz der Direktoren dieser Schulen

hingewiesen, wird beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen: „eine Reformierung der Prüfungs-Vorschriften und Erneuerung der Prüfungsaufgaben im Sinne einer größeren Anpassung an die Bedürfnisse der Praxis veranlassen zu wollen." Es wurde ferner dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Invaliditäts- und Altersversorgung der Seeleute der Seeberufsgenossenschaft übertragen werde, unter der Voraussetzung, daß sie eine Witwen- und Waisenversorgung einrichte. Eine Anzahl weiterer Anträge der Versammlung zielte auf Vermehrung der Leuchtfeuer und sonstigen Warnungssignale.

Ein Allgemeiner deutscher Schiffertag fand am 25. Januar in Berlin unter dem Vorsitze des Grafen Luckner-Berlin, Eigentümer der Fachzeitschrift „Deutsche Binnenschiffahrt", statt. Die Beratungen führten zur Begründung eines „Deutschen Schifferbundes", aus den bisherigen Einzel-Innungen und Schiffer-Vereinen bestehend. Die Versammlung sprach sich weiter für die Gründung von freien Innungen, sowie gegen den Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin aus, weil derselbe „den zahlreichen Stand selbständiger Schiffseigner in seiner Existenz bedrohen werde", erklärte sich jedoch für den Fall, daß trotzdem dieser Kanal gebaut werde, für die geplante Ostlinie.

Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt hielt am 12. März zu Berlin seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Geh. R.-R. Willich ab. Nach Erstattung des günstig lautenden Jahresberichtes durch den Schriftführer, Major z. D. Hilken, sprachen Privatdozent Dr. Katz und Graf Arnim-Schlagenthin über Erteilung von Kanal-Konzessionen und plaidirten für Einführung eines Wasserrechts, durch welches der Anschluß an Wasserstraßen gestattet werde. Die Ausführung eines solchen Wasserrechts habe ein Reichswasseramt zu übernehmen. — Hauptmann Tonne-Magdeburg empfahl eine bessere Organisation des Verkehrs auf unseren Wasserstraßen.

Aus den Verhandlungen der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen am 20. Dezember 1898 in Berlin ist der Beschluß von wirtschaftlicher Bedeutung, daß neben anderweiten Frachttarif-Ermäßigungen für Bienen, Brot, Butter, Fische, frisches Gemüse, Milch und frische Beeren ein besonders billiger Eilgut-Spezialtarif angenommen wurde.

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten fand unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Lueg-Düsseldorf am 17. Januar in Berlin statt. Nach Erstattung des Geschäftsberichts durch den Geschäftsführer des Vereins, Ingenieur Schrödter, fanden Erörterungen über die Arbeiterverhältnisse und über den Arbeitsnachweis statt, welche Fragen in der nächsten Versammlung eingehend erörtert werden sollen. Es folgten weiter Beratungen über Lieferungsbedingungen und über die Aufstellung eines normalen metrischen Gewindes.

Eine Vereinigung deutscher Mühlenindustrieller bildete sich am 4. März in Berlin unter Vorsitz des Kommerzienrat Meyer-Hameln. Die Versammlung erhob Protest gegen die vom Verband deutscher Müller eingereichte Petition einer gestaffelten Umsatzsteuer, weil dieselbe den Mehlexport verhindere und die ganze deutsche Mühlenindustrie gefährde.

Ein Verband deutscher Aussteller ist kürzlich ins Leben gerufen worden, um gegen den unlauteren Wettbewerb auf dem Gebiete des Ausstellungswesens Front zu machen. Der Verband bezweckt: 1. Anregung und Förderung, bezw. eigene Veranstaltung von Fach- und allgemeinen Ausstellungen, die vorhandenen Bedürfnissen entsprechen; 2. überflüssigen sowie aus unlauteren Motiven veranstalteten Ausstellungen entgegenzutreten; 3. durch Intervention bei den zuständigen städtischen Behörden und Korporationen die Interessen des reellen Ausstellungswesens zu wahren.

Der 2. Allg. Preußische Städtetag, welcher unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Becker-Köln vom 22.—24. Januar in Berlin tagte, nahm u. a. hinsichtlich der Fleischversorgung großer Städte einen Antrag der Berichterstatter O.-B. Delbrück-Danzig und Fuß-Kiel an, welcher besagte: „Die Vertreter der preußischen Städte sind von der Notwendigkeit wirksamer veterinärpolizeilicher Maßregeln gegen die Einschleppung der Viehseuchen überzeugt, halten aber eine ausgiebige Fleischversorgung der Städte für wirtschaftlich gleich bedeutungsvoll. Da in einer Anzahl Städte die Fleischpreise, namentlich des Schweinefleisches, seit geraumer Zeit auf einer Höhe stehen, welche die Fleischversorgung Minderbegüterter in Frage stellt, erscheint es geboten, daß bei Ausübung der durch das Viehseuchengesetz gegebenen Vollmachten einer ausgiebigen Versorgung der Städte mit Fleisch thunlichst Rechnung getragen wird. Zur Sicherstellung dieser Versorgung sollte von dem Einfuhrverbot nur unter möglichster zeitlicher und örtlicher Beschränkung und nur zur Abwehr einer unmittelbaren, in größerem Umfange bedrohlichen Seuche des angrenzenden Auslandes Gebrauch gemacht werden. Möglichst baldige einheitliche Durchführung einer strengen Fleischschau inländischer und ausländischer Schlachtprodukte ist für Deutschland notwendig. Der Vorstand des Städtetages soll beim Reichskanzler und dem preußischen Handelsminister im Sinne der vorstehenden Beschlüsse vorstellig werden."

Ausstellungen. Eine volkstümliche Ausstellung für Haus und Herd wird in Dresden vom 18. November d. Js. bis zum 7. Januar 1900 im städtischen Ausstellungsgebäude unter dem Protektorate der Königin Carola abgehalten werden. — Die II. Acetylen-Fachausstellung, verbunden mit einer solchen zur Blechbearbeitung, Heizung, Lüftung u. a., findet vom 11.—30. Mai in Stuttgart-Cannstadt statt. — Mit der vom 8.—13. Juni in Frankfurt a. M. stattfindenden 13. Wanderausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft wird ein Preiswettbewerb bezüglich der Ausrüstung landwirtschaftlicher Arbeiter mit Geräten und Kleidung verbunden sein.

Socialcs.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Das Deutsche Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke hielt am 9. Januar in Gegenwart der deutschen Kaiserin und unter dem Ehrenvorsitz des Reichskanzlers in Berlin eine Generalversammlung ab. Der Reichskanzler hob in der Eröffnungsansprache die Bedeutung der Heilstättenbewegung hervor. Die Versammlung nahm den Statutenentwurf einstimmig an. Geh. Rat Leyden besprach den für die Pfingstwoche d. Js. beabsichtigten Tuberkulose-Kongreß, über welchen die Kaiserin das Protektorat annahm.

Zu einem Reichsverein für vaterländische Festspiele hat sich in einer am 19. Februar zu Dresden unter dem Vorsitze des Herrn v. Schenckendorff der bisherige Reichs-Ausschuß für deutsche Nationalfeste erweitert. Als Ziel des Reichsvereins stellte der Vorsitzende das Streben hin: Hebung der Volksgesundheit durch Zusammenfassung von Turnen, Sport und Spiel, Stärkung des Nationalgefühls, und Veredelung der Volksfeste und zwar sowohl in der Idee, wie in den Vorbereitungen zur Ausführung. Die vom Oberbürgermeister Beutler-Dresden entworfenen und erläuterten Statuten wurden genehmigt.

Der Deutsche Verein zum Schutze der Kinder gegen Ausbeutung und Mißhandlung hielt kürzlich seine 1. Jahresversammlung in Berlin ab. Der Hauptverein hat seinen Sitz in Berlin (Vorsitzender Generalleutnant v. Pelet-Narbonne, Kantstraße 158), Zweigvereine bestehen bis jetzt in den Berliner Vororten, sowie in Chemnitz, Bromberg, Magdeburg, Hameln, Harzburg, Schneidemühl. Es hat sich gezeigt, daß, wo die Vereine die eifrige Unterstützung der Bevölkerung genießen, sie segensreich wirken, indem zahlreiche Mitteilungen über Ausnutzung und Mißhandlung von Kindern eingingen und Abhülfe zu schaffen möglich war.

Das Preußische Landes-Ökonomie-Kollegium nahm in seiner Sitzung vom 27. Februar in Berlin unter anderem den Antrag Mendel-Neufels an, den Landwirtschaftsminister zu ersuchen, die Regierung zu bitten, daß die Staatszuschüsse für die Förderung der Landeskultur wesentliche Erhöhung erfahren, damit für die Errichtung von ländlichen Haushaltungsschulen Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden könnten, so daß unter weiterer Heranziehung von Kommunal- und Kammermitteln in allen Provinzen eine Anzahl dieser Anstalten ins Leben gerufen werden könnte.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit hat in seiner am 10. Februar d. Js. in Berlin abgehaltenen Ausschußsitzung beschlossen, die 19. Jahresversammlung in der vorletzten oder letzten Woche des Septembers 1899 in Breslau abzuhalten. Auf die Tagesordnung sind folgende Gegenstände gesetzt: 1. Vorlage des Berichts über die für die Armenpflege wichtigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches; 2. das Erstattungswesen der Armen-Verbände; 3. Arbeitseinrichtungen für Zwecke der offenen Armenpflege; 4. Beaufsichtigung der in Familienpflege untergebrachten Kinder; 5. Natural- und Geldunterstützung; 6. Krankenpflege und Hauspflege auf dem Lande.

Die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege soll vom 13.—16. September d. Js. in Nürnberg abgehalten werden. Verhandlungsgegenstände: 1. Die hygienische Beurteilung der verschiedenen Arten künstlicher Beleuchtung. — 2. Gesundheitliche Beurteilung des durch Thalsperren gewonnenen Wassers. — 3. Bedeutung und Aufgaben des Schularztes. — 4. Maßregeln gegen die Rauchbelästigung in den Städten. — 5. Das Bedürfnis größerer Sauberkeit im Kleinvertrieb von Nahrungsmitteln.

Die 29. Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung soll am 13. und 14. Mai in Posen abgehalten werden. Verhandlungsgegenstände: Gewerbliche Fachschulen in den östlichen Provinzen. — Volksschulwesen in den Ostmarken. — Die sozialen Pflichten der Besitzenden und Gebildeten in den östlichen Provinzen. — Volksbildung und wirtschaftliche Entwickelung.

Der evangelisch-soziale Kongreß findet am 21.—27. Mai in Kiel statt. Verhandlungsgegenstände: Professor Kaftan-Berlin, Stellung der lutherischen Kirche zu den allgemein-sozialen Aufgaben. — Professor Friedrich Paulsen-Berlin: Wandlungen des Bildungsideals in ihrem Zusammenhange mit der sozialen Entwicklung. — Fabrikbesitzer Heinrich Freese-Berlin: Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe.

Der 4. Charitastag findet am 18. und 19. Juli in Augsburg statt.

Der hundertste Volksunterhaltungsabend in Dresden. Am 28. November 1886 wurde in Dresden ein erster allgemeiner öffentlicher Volksunterhaltungsabend mit freiem Zutritt für Männer und Frauen aller Stände und Konfessionen abgehalten. Er unterschied sich von früheren ähnlichen größeren Volksversammlungen dadurch, daß weder politische, noch konfessionell-kirchliche, noch beruflich-geschäftliche Zwecke damit verbunden waren, sondern nur Belehrung des Geistes, Erhebung des Gemütes, dichterische und künstlerische Anregungen aller Teilnehmer ohne Trink- und Verzehrungszwang beabsichtigt waren. Dieser erste Versuch einer Reform der Volksgeselligkeit in einer Großstadt war von einem Komitee für „Volkswohl" ausgegangen, das sich innerhalb des Dresdener Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke gebildet hatte, um dem Volke Ersatz für den Besuch von Schankstätten und Tanzlokalen durch edlere Erholungen zu bieten. Die Dresdner Bewegung für Volksunterhaltungsabende ist mithin aus der deutschen Mäßigkeitsbewegung vor mehr als 12 Jahren hervorgegangen. Am 12. März d. Js. ist nun in Dresden selbst der hundertste Volksunterhaltungsabend in der großen Turnhalle von Dresden-Neustadt unter Mitwirkung von Künstlern ersten Ranges, wie des Königl. Konzertmeisters Petri und seines Sohnes und des Kammersängers Glomme und des Organisten Braun unter lebhafter Begeisterung einer aus allen Volkskreisen zusammengesetzten Zuhörerschaft abgehalten worden. Der Vorsitzende des Vereins Volkswohl und des Dresdner Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Geh. R.-R. Professor Dr. Böhmert, eröffnete die Feier mit einer Schilderung der Entstehung und Entwickelung des ganzen Unternehmens, indem er betonte, daß es notwendig sei, eine Reform der Volksgeselligkeit dadurch anzubahnen, daß an Stelle des Essens und Trinkens edlere Erholungen gepflegt und Wissenschaft, Kunst und reine Freude am Leben als Gemeingüter allen Volksklassen, namentlich den hartarbeitenden Mitbürgern, von Gelehrten, Beamten und Künstlern zugänglich gemacht und überhaupt die persönlichen Beziehungen der Menschen zu einander verbessert werden. — In einem zweiten kurzen Vortrage schilderte Dr. med. Meinert, der am ersten Dresdner Volksunterhaltungsabende über gute und billige Ernährung gesprochen hatte, die Beteiligung der Dresdner Ärzte an den Bestrebungen zur Förderung der Volkserholungen und der Volksgesundheit, insbesondere auch zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. — Während in Dresden aus dem ursprünglichen „Komitee für Volkswohl", welches die Volksunterhaltungsabende ins Leben rief, ein großer Verein „Volkswohl" mit mehr als 6000 Mitgliedern herausgewachsen ist, der eine Reihe von fünf Volksheimen, ein Lehrlingsheim, ein Mädchenheim und einen großen Waldpark geschaffen hat, ist die Bewegung für Volksunterhaltungsabende in den letzten 12 Jahren über ganz Deutschland und weit darüber hinaus verbreitet und im letzten Jahre sogar ein besonderer Kongreß für Volksunterhaltungsabende in Berlin abgehalten worden. Es ist das ein deutlicher Beweis, daß die Menschheit sich sehnt, einen menschenfreundlichen Verkehr aller Volksklassen und

Konfessionen und politischen Parteien herzustellen und mit der Übung brüderlicher und schwesterlicher Gesinnung gegen alle Volksgenossen wirklich Ernst zu machen!

Preisausschreiben. Der französische Finanzmann Osiris hat einen Preis von 100 000 Franks dem Syndikat der Pariser Presse zu dem Zweck übermittelt, daß derselbe diesen Betrag der besten, anläßlich der Pariser Weltausstellung herauszugebenden Schrift auf künstlerischem, industriellem oder humanitärem Gebiete zuerkenne. — Die Ärztekammer Berlin-Brandenburg will an alle Ärzte Deutschlands einen Aufruf richten, sich an der Preisbewerbung für eine Schrift zu beteiligen, welche die Eindämmung des Kurpfuschertums durch Aufklärung des Volkes bezweckt. — Von den vielen auf die Preisfrage des Fachblattes „Schuh und Leder": „Wie ist die Arbeitsvermittelung für die Schuh- und Leder-Industrie zur Förderung des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten zu organisieren?" eingelaufenen Arbeiten wurden prämiiert mit dem I. Preise die Arbeit von Hermann Eckert, Verwalter des städtischen Arbeitsnachweises in Freiburg, mit dem II. Preise Frau Henriette Fürth in Frankfurt a. M. und mit dem III. Preise Robert Jahn in Köln-Nippes. — Vom belgischen Minister des Innern ist ein Preis von 1000 Franks für ein Gemälde zur Bekämpfung des Alkoholismus erlassen werde. Von dem prämiierten Gemälde sollen Chromolithographien zur Verbreitung in den öffentlichen Instituten und Schulen verteilt werden.

Arbeiterfrage.

Fachvereinigungen und Versammlungen. Der 2. deutsche Seemannskongreß wurde am 9. Januar in Hamburg unter Anwesenheit von 23 Delegirten und mehreren socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eröffnet. Es wurde eine Resolution angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag noch in der diesjährigen Session eine Vorlage der revidierten Seemannsordnung zu machen, ferner eine solche, die den Behörden eine bessere Kontrolle der bestehenden Vorschriften über die Fürsorge für die Matrosen empfiehlt, denen die Seemannskommissionen keine Hülfe bringen können. Weitere Beschlüsse betrafen die Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler für Seeleute, der sogenannten Heuerbase, und die Errichtung allgemeiner Heuerbüreaus, die Sicherstellung des Koalitionsrechts der Seeleute, die in die Seemannsordnung aufzunehmen sei, die Einführung eines Schöffengerichts und Schaffung eines Reichsoberseeamts. Auch beschloß der Kongreß, um die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre bei der Altersversicherung zu petitionieren.

Die erste Generalversammlung des Deutschen Seemanns-Verbandes wurde am 12. Januar in Hamburg eröffnet. Dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Stormer-Hamburg war zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder 2723 beträgt. Außer Beschlüssen über Statutenänderungen und Agitationsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Verbreitung des Fachorgans „Der Seemann", wurden folgende Beschlüsse gefaßt: hinsichtlich statistischer Ermittelungen „Die erste Generalversammlung des deutschen Seemannsverbandes erachtet es als die Pflicht aller seemännischen Arbeiter, in Bezug auf statistische Aufzeichnungen eine größere Thätigkeit wie bisher zu entfalten; ferner verpflichtet die Generalversammlung die örtlichen Verwaltungsbeamten, in demselben Sinne in ihren Mitgliedschaften

zu wirken." — Ferner hinsichtlich Streiks: „1) Ueber Streiks, deren Entrierung und Aufhebung, haben nur organisierte Seeleute zu entscheiden. 2) Bei Ausständen haben die Seeleute erst nach einer zweimonatlichen Mitgliedschaft ein Anrecht auf Unterstützung, und 3) hat jedes Mitglied eine Extramarke von 50 Pfennig zu lösen." — Hinsichtlich der Rettung Schiffbrüchiger: „Die Mitgliedschaft des Seemannsverbandes in der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wird beibehalten; der Jahresbeitrag wird auf 75 Mark erhöht." — Außerdem wurde beschlossen, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu ersuchen, auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses das Thema zu setzen: „Die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften in allen Notlagen des Lebens."

Die 4. ordentliche General-Versammlung des Gewerkvereins christlicher Bergleute fand am 8. Januar in Essen statt. Es wurden folgende Resolutionen gefaßt: „Die vierte ordentliche Jahresversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands beauftragt den Zentralvorstand, durch Eingabe an den Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Arbeitgeber zu bitten: 1. die Löhne der Bergarbeiter zu erhöhen, entsprechend der günstigen Lage des Kohlenmarktes und der notwendigen Kosten der Lebenshaltung; 2. Arbeiter-Ausschüsse auf den Werken einzuführen zwecks Meinungsaustausches zwischen Arbeitgebern und -nehmern über Wünsche und Beschwerden der Arbeiter." — Ferner wurde beschlossen: „Die Generalversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Bergwerksinspektion unter Mithülfe freigewählter Arbeiterdelegierter ausgeführt werden sollte, die ihre Funktionen im Nebenamte auszuüben hätten. Die Generalversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Reform der Bergwerks-Inspektion heute noch nicht in diesem Sinne herbeigeführt ist."

Der 3. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet vom 8. bis 12. Mai in Frankfurt a. M. statt.

Die Delegirten-Versammlung des Gesamtverbandes der evang. Arbeitervereine Deutschlands findet am 23. und 24. Mai in Altona statt.

Vereinigungen und Versammlungen für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt. Die 3. Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande fand am 15. Februar unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Thiel in Berlin statt. Nach dem Jahresbericht umfaßt der Ausschuß z. Zt. 532 Einzelmitglieder und 79 Körperschaften. Der Bericht konnte im besonderen verweisen auf die Unterstützung in der Errichtung von ländlichen Volksbibliotheken, auf die Gründung von Schulsparkassen, auf die Förderung des Obstbaues u. s. w. Zwei Aufgaben des Programms konnte der Verein im letzten Jahre näher treten, der Förderung der inneren Kolonisation und der Einwirkung auf das ländliche Schulwesen. Zur Förderung der ersten Aufgabe wird sich schon in den nächsten Tagen eine besondere Gesellschaft mit beschränkter Haftung konstituieren. Zweck des Unternehmens soll die Schaffung gesunder Dörfer sein. Man will weiter das Vermittlungswesen bei Parzellierung und Verkäufen von Landgütern beseitigen. Die Geschäftsstelle der Gesellschaft soll zugleich eine Auskunftsstelle werden. Die Verteilung irgend welchen Reingewinns ist grundsätzlich ausgeschlossen. Die Einwirkung auf das ländliche Schulwesen soll in der Richtung erfolgen, daß beim Unterricht mehr auf die ländlichen Verhältnisse Rücksicht, die Liebe

zur engeren Heimat und zur Seßhaftigkeit gepflegt und damit zugleich dem Abzuge vom Lande entgegengewirkt wird. Die Tagesordnung brachte u. a. ein Referat des Direktor Zollikofer-Visselhövede über Eierverwertungsgenossenschaften.

Die Ausschußsitzung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise wurde am 11. Februar in Berlin abgehalten. Es wurde beschlossen, an sämtliche Arbeitsnachweise des Verbandes ein Zirkular zu senden, in welchem diese ersucht werden, den lokalen Verhältnissen entsprechend die Vermittelung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft möglichst zu befördern und die im Laufe des Jahres sich ergebenden Erfahrungen der Zentralstelle mitzuteilen. In betreff des 2. Punktes der Tagesordnung war man von vornherein überzeugt, daß eine streng einheitliche Arbeitsnachweisstatistik zur Zeit nicht durchgeführt werden könne — auch nicht als reine Geschäftsstatistik. Im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse wurde beschlossen, die Verbandsarbeitsnachweise zu ersuchen, die folgenden Punkte in ihrer Geschäftsführung zu berücksichtigen: 1. vor allem den Grundsatz anzugeben, wonach sie ihre Statistik aufstellen, 2. männliche und weibliche Arbeitnehmer getrennt in den Listen zu führen, 3. Passanten, selbst wenn sie nicht in die Listen eingetragen werden, wenigstens summarisch anzugeben, 4. ihren Geschäftsbericht an die Verbandsschrift „Arbeitsmarkt" möglichst eingehend abzufassen und die Gründe für etwaige auffällige plötzliche Änderungen anzugeben, 5. ihrer Geschäftsführung das in einigen Punkten abgeänderte und vereinfachte Formular der Rhein-Mainischen Arbeitsvermittelungsstellen zu Grunde zu legen. Endlich wurde übereinstimmend betont, daß es für die gedeihliche Entwickelung der Arbeitsnachweise, namentlich im Interesse der Landwirtschaft, unerläßlich sei, daß Post und Telephon mehr in ihren Dienst gestellt würden, entweder dadurch, daß den unparteiischen Arbeitsnachweisen Gebührenfreiheit gewährt oder, nach dem Vorgang süddeutscher Staaten, auch vom preußischen Staate ein entsprechendes Pauschquantum an die einzelnen Arbeitsnachweise gezahlt würde.

Der Deutsche Haftpflichtschutzverband hielt am 28. Dezember v. Js. in Düsseldorf seine Hauptversammlung ab. Dem Verbande gehören 499 Mitglieder, darunter 13 Körperschaften an. Die Versicherungsgesellschaften hatten im letzten Jahre an Haftpflichtschäden 30 000 Mark zu vergüten, denen 99 000 Mark Prämien gegenüberstehen, auf die wieder 13 600 Mark Rabattanteile für die Verbandsmitglieder entfielen. Referate wurden erstattet über den Entwurf zu einem Reichsversicherungsgesetz und über Versicherung gegen Sturmschäden. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Der Verband erkennt eine Versicherung gegen Sturm- und andere Elementarschäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen im Anschluß an bestehende Versicherungen als wünschenswert an, hält aber den Gedanken erst dann für ausführbar, nachdem durch statistische Untersuchungen über den Umfang und die Art des Risikos greifbare Unterlagen geschaffen sind. Er spricht deshalb die Erwartung aus, daß die Behörden bei Beschaffung der statistischen Unterlagen hülfreiche Hand leisten werden."

Die diesjährige Hauptversammlung der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen findet am 15. und 16. Mai in Stuttgart statt.

Totenschau.

Bamberger, Ludwig, hervorragender Parlamentarier und politischer Schriftsteller, 1868 ins deutsche Zollparlament gewählt, 1871—1894 Mitglied des Reichstages,

bis 1880 der nationalliberalen, dann der Secession, seit 1884 der freisinnigen Partei und seit 1890 der freisinnigen Vereinigung angehörend, in seinem Kampfe für die Goldwährung und gegen die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik stets für die Förderung der nationalen Idee und der deutschen Einheit eintretend, geboren 1823 in Mainz, † am 14. März zu Berlin.

Burmeister, C. C., Etatsrat, Begründer der großen Schiffswerft und Maschinenfabrik Burmeister & Wains in Kopenhagen und als solcher auch Förderer des von Angehörigen dieser Firma begründeten größten kontinentalen Arbeiterbauvereins in Kopenhagen, † am 13. Dezember v. Js. in Kopenhagen im Alter von 78 Jahren.

Caprivi, Graf Leo v., vom 20. März 1890 bis Oktober 1894 zweiter Kanzler des Deutschen Reichs, besonders verdient um die Förderung der Handels- und Industrieinteressen Deutschlands durch Begründung neuer Handelsverträge mit Rußland, Oesterreich, Italien und der Schweiz, bemüht, auch in der inneren Politik während seiner Kanzlerlaufbahn beruhigend und versöhnend zu wirken, bis 1882 General und Divisionskommandeur in Mainz, von 1883 ab als Viceadmiral Leiter der Admiralität der Marine, seit dem Tode Kaiser Friedrichs Kommandeur des 10. Armeekorps in Hannover, geboren am 24. Februar 1831 zu Berlin, † am 6. Februar auf seinem Landgute Skyren bei Krossen, woselbst er seit seiner Entlassung als Kanzler in stiller Zurückgezogenheit gelebt hatte.

Chambrun, Graf Joseph de, ein thatkräftiger Förderer des Arbeiterwohles, Begründer des Musée Social, dem er sein ganzes bedeutendes Vermögen vermachte (siehe „Arbeiterfreund" 1898, S. 399—406), anregend wirkend auch in der französischen Wertschätzung der deutschen Landwirtschaft und Industrie, geboren 1821 zu Saint-Chely d'Apiter, † in Nizza am 7. Februar.

Clemm, Dr. Carl Friedrich, Kommerzienrat, Begründer der „Badischen Anilin- und Sodafabrik", der „Zellstofffabrik Waldhof", der „Badischen Holzstoff- u. Pappenfabrik", der „Oberrheinischen Versicherungsgesellschaft", welche Institutionen sämtlich durch hervorragende planmäßige Fürsorge für ihre Beamten und Arbeiter sich auszeichnen, von 1887—1898 nationalliberales Mitglied des Reichstages, geboren am 16. August 1836 zu Gießen, † in Ludwigshafen a. Rh. am 20. Februar.

v. Egidy, Christoph Moritz, Oberstlieutenant a. D., der 1890 mit seiner Schrift „Ernste Gedanken" allgemeines Aufsehen erregte und damit eine praktisch-religiöse Reformation einzuleiten versuchte, auch eine seine Ideen fördernde Zeitschrift „Die Versöhnung" gründete; als ein Mann von redlichstem Wollen und lauterstem Charakter allseitig anerkannt; am 29. August 1847 zu Mainz geboren, † in Potsdam am 29. Dezember.

Meyer, Dr. Rudolf Hermann, nationalökonomischer und socialpolitischer Schriftsteller, u. a. Verf. von „Der Emancipationskampf des vierten Standes", „Die deutschen Banken", „Ursachen der amerikanischen Konkurrenz" und anderen Werken, am 10. Dezbr. 1839 in der Provinz Brandenburg geboren, † in Dessau am 16. Januar.

Sarfert, Julius, Kommerzienrat, Chef des Hauses Georg Schleber in Reichenbach i. V., verdient durch große Wohlthätigkeit und als Förderer gemeinnütziger Bestrebungen, am 21. Dezember 1836 geboren, † daselbst am 26. Dezember.

Ehren-Tafel.

Der Großherzog von Heſſen ſpendete für die vom Bauverein „Daheim“ in Darmſtadt zu errichtenden Arbeiterhäuſer den Betrag von 5000 Mk.

Auerbach, Paul, Fabrikbeſitzer in Saalfeld, ſtiftete anläßlich des 25jährigen Beſtehens ſeiner Maſchinenfabrik 14 000 Mk. für ſeine Arbeiter.

Baumgärtel & Sohn, Fabrikbeſitzer in Lengenfeld, überwieſen anläßlich ihres 50jähr. Geſchäftsjubiläums der Kinderbewahranſtalt 1000 Mk., der Kirche 1000 Mk., der Armenkaſſe 800 Mk., Gratifikationen an alte Arbeiter und Arbeiterinnen von je 5—500 Mk.

v. Boch, Ww. des Geh.-R. v. B., zu Mettlach, ſtiftete 100 000 Mk. zum Beſten der Arbeiter der Firma Villeroy & Boch.

Böhm, Guſtav, Großhändler in Berlin, ſtiftete aus Anlaß des Hinſcheidens ſeines 24jähr. Sohnes 100 000 Mk. zur Errichtung eines Pavillons für Lungenkranke in der Heilſtätte am Grabowſee.

Bolze, Louiſe, Ww. geb. König, ſtiftete 30 000 Mk. für erkrankte Arbeiter der Firma König & Bauer in Oberzell.

Bürger, Kommerzienrat in Dresden, ſtiftete teſtamentariſch ſeiner Vaterſtadt Torgau 30 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Chrambach, Max, Konſul in Dresden, überwies den Ferienkolonieen 2000 Mk.

Frankfurter Maſchinenfabrik, G. m. b. H., zu Frankfurt a. M., ſtiftete 4000 Mk. für eine Arbeiter-Unterſtützungskaſſe.

Friedheim, Geh. Kommerzienrat in Cöthen, ſchenkte der Stadt 40 000 Mk. zur Ausſtattung des Sitzungsſaales im neuen Rathauſe.

Fürther Ausſteueranſtalt ſtiftete anläßlich ihres 100jähr. Beſtehens 100 000 Mk. zur Errichtung einer Volksheilſtätte.

Günther, Franz, Kommerzienrat, in Dresden, vermachte teſtamentariſch als Unterſtützungsfonds an ältere Kaufleute und Handwerker Dresdens 50 000 Mk., dem Verein gegen Armennot 5000 Mk., ſowie für andere gemeinnützige Zwecke 35 000 Mk.

Hänel-Clauß, Frau Sarah, in Leipzig, hat der von ihrem Vater, dem Verlagsbuchhändler G. F. Fleiſcher gegründeten Öffentlichen Buchhändler-Lehranſtalt den Betrag von 50 000 Mk. als Stiftung überwieſen.

Ehrentafel.

Haniel & Lueg, Maschinenfabrik in Düsseldorf-Grafenberg, stiftete anläßlich ihres 25jähr. Bestehens für ihre Beamten und Arbeiter an Gratifikationen 47 000 Mk., für die Errichtung einer Beamten-Versorgungskasse 50 000 Mk., für die Errichtung einer Arbeiterbibliothek 3000 Mk.

Henke (s. a. Kreutziger), Kommerzienrat in Oberleutersdorf, hinterließ dem dortigen Kinderheim, dem seine verstorbene Ehefrau bereits 3000 Mk. vermacht hatte, 5000 Mk.

Henschelsche Maschinenfabrik in Kassel, überwies anläßlich der Fertigstellung der 5000. Lokomotive 200 000 Mk. an die Arbeiter-Invaliden- und Witwenkasse, 100 000 Mk. dem Arbeiterunterstützungsfonds, 100 000 Mk. der neu begründeten Beamtenpensionskasse, ein Freibett beim „Roten Kreuz" für Arbeiter-Angehörige, sowie Gratifikationen an alle Beamten und Arbeiter.

Herz, Geh. Kommerzienrat Wilhelm, Präsident des Berliner Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft, überwies anläßlich seines 75. Geburtstages der s. Z. von ihm begründeten Wilhelm Herz-Stiftung den Betrag von 10 000 Mk.

Israel, N., Konfektionsfirma in Berlin, überwies, wie alljährlich, der Jacob Israel-Stiftung (Pensionskasse mit einem Vermögen von 385 144 Mk.) 10 000 Mk.

Kerber, Gebr., Besitzer der Büchlberger Granitwerke, stifteten zu Weihnachten den Grundstock zu einer Arbeiter-Pensions-, Witwen- und Waisenkasse.

Klepperbein, Stadtrat, Kaufmann in Dresden, vermachte der Stadtgemeinde 100 000 Mk. für Freistellen im Bürgerhospital.

Kratz, Frau, verw. Kommerzienrat, vermachte dem Stadtkrankenhause in Glauchau 5000 Mk.

Kreutziger & Henke, Fabrikinhaber in Oberleutersdorf, überreichten ihren Arbeitern Weihnachtsgeschenke in einem Gesamtbetrage von 10 000 Mk.

Krupp, Geheimrat in Essen, hat für die von ihm im Vorjahr zur 100jähr. Gedenkfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. mit 1 000 000 Mk. begründeten Invalidenstiftung ein weiteres Kapital von 500 000 Mk. ausgesetzt, außerdem bewilligte derselbe 100 000 Mk. zum Bau des neuen Kieler Stadttheaters.

Löscher, Fabrikbesitzers-Witwe in Reichenbach i. V., stiftete zum Andenken an ihren Mann 10 000 Mk. für Verschönerung des Stadtparkes und 10 000 Mk. als Stiftung für Armenunterstützung und Badezwecke.

Ehrentafel.

Lueg, s. Haniel.

v. Mendelssohn, Robert u. Franz, Bankiers in Berlin, überwiesen anläßlich der Wiederkehr des 100. Geburtstages ihres Großvaters Alexander Mendelssohn der Friedrich-Wilhelm-Augusta-Stiftung der Berliner Kaufmannschaft den Betrag von 20 000 Mk., sowie der Alexander-Mendelssohn-Stiftung 10 000 Mk., ferner der Stadtverwaltung Charlottenburg 10 000 Mk. für Armenzwecke.

Merkel, Moritz, Webwarenfirma in Mylau, bewilligte ihren beiden ältesten Handwebern eine Pension bis zu ihrem Lebensende von wöchentlich je 10 Mk.

Mousson, J. G. & Co., Seifenfabrik in Frankfurt a. M., verteilte anläßlich des 100jähr. Bestehens Arbeiterprämien- und Beamten-Gratifikationen im Gesamtbetrage von 24 000 Mk.

Röther, S., Ww. in Mannheim, überwies der Stadt einen Betrag von 40 000 Mk. zur Unterstützung von Arbeiter-Rekonvalescenten.

Pätzmann, Heinrich, Fabrikbesitzer in Waldenburg, überwies seinen Arbeitern 1500 Mk. an Arbeitsprämien, derselbe unterhält auch die dortige Kinderbewahranstalt mit einem Jahresaufwand von mehreren Tausend Mark.

Probst, Ad., Kommerzienrat in Immenstadt, erbaute dem dortigen Turner-Feuerwehrverein eine Turnhalle für 30 000 Mk.

Rickmers, Rhedereifirma in Bremerhaven, errichtete für die Witwen und Waisen der Stadt eine Stiftung von 100 000 Mk., außerdem überwies sie für Armenunterstützungszwecke der Stadt Geestemünde 25 000 Mk. und der Stadt Leer gleichfalls 25 000 Mk.

Sarfert, Jul., Kommerzienrat und Stadtrat in Reichenbach i. Voigtl., vermachte testamentarisch dem Arbeiterasyl seiner früheren Fabrik (jetzt Gg. Schleber, A.-G.) 200 000 Mk., außerdem der Stadt Reichenbach ein Legat von 60 000 Mk. und der Gemeinde Unterhainsdorf ein Legat von 10 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke und dem dortigen Kirchenbaufonds 15 000 Mk., sowie der Kirchgemeinde Waldkirchen i. V. für Kirchenrenovation den Betrag von 6000 Mk.

Schuster, Frau Minka, Ww., vermachte der Stadt Markneukirchen 30 000 Mk. zur Begründung eines Altenheims.

Schwartze, Julius, Rentier in Dresden, früher Fabrikbesitzer, vermachte seiner Vaterstadt Frankenberg sein Vermögen im Nettobetrage von 167 245 Mk.

Ehrentafel.

v. Stumm, Frhr., Eisenwerke in Neunkirchen, bewilligte infolge der andauernden günstigen Geschäftslage seinen Arbeitern Prämien und zwar an jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren je 25 Mk., für die übrigen minderjährigen Arbeiter je 35 Mk., für die großjährigen Arbeiter je 50 Mk.

Sturm, Louis, Cigarrenfabrikants Erben in Döbeln, überwiesen dem zu gründenden König-Albert-Hospital den Betrag von 6000 Mk.

Weber, Emil, Fabrikbesitzer in Leipzig-Plagwitz, vermachte seinen Arbeitern die Summe von 10 000 Mk.

Wolffs Telegraphenbureau überwies anläßlich seines 50jähr. Bestehens 100 000 Mk. für einen Fonds zur Unterstützung arbeitsunfähiger Beamten der Firma.

Wupperman, Ww. des verstorbenen Eisenwerkbesitzers in Pinneberg, begründete eine Pensionskasse für invalide und alte Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterwitwen der Firma.

Zuhoffen, P. H., Hof-Dampfkaffeebrennerei-Besitzer in Bonn, überwies anläßlich der Eröffnung der neuen Rheinbrücke den Armen 2500 Mk.

Außerordentliche Zuwendungen für die Wohlfahrt der Angestellten und Arbeiter spendeten im ersten Vierteljahr 1899 folgende deutsche Aktiengesellschaften:

Aachen-Münchener Feuerversicherungsanstalt: 250 000 Mk., Sr. Maj. dem Kaiser zur freien Verfügung für gemeinnützige Zwecke vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates überreicht.

— Unionbahn: 3000 Mk. dem Pensionsfonds.

Apolda. Vereinsbrauerei: 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungskonto.

Augsburg. Baumwollspinnerei: 10 000 Mk. der Pensionskasse.

— Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei: 60 000 Mk. dem Arbeiterunterstützungs- und Beamtenpensionsfonds, Dienstalterspämien an die Arbeiter „in bisheriger Weise".

— „Union", Vereinigte Zündholz- und Wichsefabriken: 15 000 Mk. der Unterstützungskasse.

— Vereinigte Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple & Buxbaum: 50 000 Mk. dem Arbeiter- und Beamten-Unterstützungskonto.

Ehrentafel.

Bamberg. Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei: 41 606 Mk. für Pensionen an Arbeiter, 31 837 Mk. für ein Arbeiterbadehaus, 30 000 Mk. für Geschenke an Arbeiter und Meister.

Berlin. A.-G. für Schlesische Leinenindustrie: 15 000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 15 000 Mk. dem Pensionsfonds.

— Rüdersdorfer Hutfabriken: 3600 Mk. Gratifikationen an die Angestellten.

— Siemens & Halske, A.-G.: 350 000 Mk. zu Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter.

— „Archimedes", A.-G. für Eisen- und Stahl-Industrie: 5000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke, vormals Boese & Co.: 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Fabrik für Nähmaschinen-Stahlapparate, vorm. Mohlich: 13914 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

— Ludwig Loewe & Co., A.-G.: 50 000 Mk. zur Dotierung der Loewe-Stiftung.

— Deutsche Continental-Gasgesellschaft: 100 000 Mk. für Begründung eines Pensionsfonds.

— Oberschlesische Coakswerke und Chemische Fabriken: 25 000 Mk. dem Arbeiterunterstützungsfonds.

— Vereinigte Smyrna-Teppich-Fabriken, 10 000 Mk. Gratifikationen, 2500 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Bielefeld. Mechanische Weberei: 10 000 Mk. dem Alterszulage- und Pensionskonto.

Bischweiler. Elsässische Gesellschaft für Jute-Spinnerei u. Weberei: 12 000 Mk. Dotierungen an Beamte und Arbeiter.

Blaibach. Allgäuer Baumwollspinnerei: 10 000 Mk. an die Pensionskasse.

Bremen. Aktien-Brauerei: 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Wollkämmerei: 71 125 Mk. Angestellten- und Arbeiterunterstützung.

— Wollwäscherei: 2400 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

Breslau. Spritfabrik: 24 000 M. Remuneration für die Beamten, 3525 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskonto.

Cosel, O.-S. Cellulosefabrik Feldmühle: 137 292 Mk. für eine neue Wohnhaus-Kolonie f. Beamte und Arbeiter.

Ehrentafel.

Dresden. Brauerei zum Felsenkeller: 9437 Mk. Gratifikationen für Beamte und Arbeitnehmer, 6291 Mk. dem Unterstützungsfonds, 32000 Mk. außerordentliche Vergütung an Beamte und Arbeiter, 10000 Mk. außerordentliche Zuwendung an den Unterstützungsfonds.

— Vereinigte Fabriken photograph. Papiere aus Anlaß des 25jähr. Bestehens: 15000 Mk. der Ernst Sulzberger-Stiftung, 10000 Mk. zur Verfügung für Jubiläumszwecke.

— Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schladitz: 5000 Mk. Gratifikationen, 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Vereinigte Strohstofffabriken: 11768 Mk. der Beamtenschaft als Tantieme.

— Straßenbahn: 9082 Mk. für die Betriebsbeamten, 15000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Baugesellschaft: 10000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur: 15000 Mk. für Arbeiterprämien, 10000 Mk. für den Beamten-Unterstützungsfonds.

Delmenhorst. Hanseatische Jute-Spinnerei u. Weberei: 6000 Mk. für Gratifikationen, 10000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Deutz. Gasmotorenfabrik: 18750 Mk. der Arbeiterhülfskasse.

Düsseldorf. A.-G. für Eisenbahnbedarf vorm. Weyer & Co.: 39363 Mark dem Unterstützungsfonds, 5000 Mk. der Heilstätte für Lungenkranke.

— Rheinische Metallwarenfabrik: 2165 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Eilenburg. Vereinigte Schloß- und Neumühlenwerke: 3711 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Einsiedel b. Chemnitz. Chemnitzer Papierfabrik: 5500 Mk. für Gratifikationen an Beamte, Meister und Arbeiter.

Elberfeld. Seide-Trocknungs-A.-G.: 4000 Mk. für gemeinnützige Zwecke im Interesse der Seidenindustrie, 3567 Mk. dem Pensionsfonds.

— Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.: 50000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 110000 Mk. Gratifikationen.

Essen. Bergwerksverein „König Wilhelm": 20000 Mk. dem Beamten-Dispositionsfonds.

Frankfurt a. M. Vereinigte Brauereien Bauer, Gräff & Seeger: 2500 Mk. Gratifikationen an die Beamten.

Ehrentafel.

Frankfurt a. M. Frankfurter Asbestwerke A.-G., vorm. Louis Wertheim: 3000 Mk. Belohnungen.

— Adlerfahrradwerke vorm. Heinr. Kleyer: 10 000 Mk. dem Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds.

— Hutstoffwerke vorm. C. F. Donner in Niederrad: 41 194 Mk. Gewinnantheil und Belohnungen.

Frankfurt a. O. Stärkezuckerfabrik vorm. Köhlmann & Co.: 7304 Mark dem Pensions- und Unterstützungsfonds.

Freden. Deutsche Spiegelglas-A.-G.: 28 998 Mk. für Arbeiterwohl.

Freiwalde. Schlesische Dachstein- und Falzziegel-Fabriken, vorm. G. Sturm: 2500 Mk. Gratifikationen.

Gassen i. d. Lausitz. Maschinenbauanstalt und Eisengießerei vorm. G. Flöther: 30 000 Mk. dem Beamten- und Fabrikarbeiter-Unterstützungsfonds.

Gelsenkirchen. Bergwerks-Aktiengesellschaft: 70 000 Mk. für wohlthätige Zwecke.

Gera. Jutespinnerei und Weberei: 15 000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 25 000 Mk. Gratifikationen an die Arbeiter, 5000 Mk. dem Wohlthätigkeitsfonds, 20 000 Mk. zur Gründung eines Beamten-Pensionsfonds, 25 000 Mk. zur Erbauung eines Krankenhauses für die Fabrikangestellten.

Göggingen. Zwirnerei und Nähfadenfabrik: 28 409 Mk. dem Pensionsfonds, 3393 Mk. dem Dispositionsfonds. (In der Bilanz befinden sich u. a. folgende Positionen: 91 296 Mk. Ersparniskonto der Arbeiter, 271 590 Mk. Pensionskonto, 297 084 Mk. Arbeiterhäuser-Anlagen.)

Hamburg. Wagenbauanstalt, Waggonfabrik für elektrische Bahnen vorm. Busch: 2000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

— Malzfabrik: 700 Mk. dem Wohlfahrtskonto.

— Norddeutsche Jutespinnerei und Weberei: Dotierungen für Beamte und Arbeiter 12 000 Mk., Arbeitersparkonto 5000 Mk.

— Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon: 12 000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 3127 Mk. für Wohlfahrtseinrichtungen.

— Amerikanische Paketfahrtsgesellschaft, aus Anlaß der glücklichen Rettung der „Bulgaria“: 10 000 Mk. dem Seefahrer-Armenhause in Hamburg, 10 000 Mk. dem Fonds für Errichtung eines Seemannsheims in Kiaotschau.

Ehrentafel.

Hannover. Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Co.: 25 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds, 40 000 Mk. für besondere Arbeiterwohlfahrtszwecke.

— Maschinenbau A.-G. vorm. Georg Egestorf: 25 000 Mk. dem Dispositionsfonds für Arbeiter, 35 000 Mk. für einen Arbeiter-Witwen- und Waisenfonds.

— Hannoversche Centralheizungs- und Apparatebau-Anstalt: 12 473 Mark dem Beamten- und Arbeiterfonds, sowie Errichtung eines der Wohlfahrt der Arbeiter dienenden Gebäudes.

Hemmoor. Portland-Cementfabrik: 10 000 Mk. dem Beamtenfonds.

Helmstedt. Braunschweigische Kohlenbergwerke: 8201 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 4908 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Hemelingen. Bremer Jutespinnerei und Weberei: 10 000 Mk. an Beamte und für den Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Hörde. Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein hat außer der bereits mitgeteilten Rücklage für eine Beamten-Pensionskasse (200 000 Mk.) noch folgende außerordentliche Beiträge für das Wohl der Arbeiter verausgabt: 70 409 Mk. an die Pensionskasse der Hüttenarbeiter, 286 Mk. der Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit, 14 077 Mk. außerordentliche Unterstützungen für Hütten- und Bergarbeiter, 3174 Mk. an die Familienkrankenkasse der Bergarbeiter.

Itzehoe. Alsensche Portland-Cementfabriken: 12 826 Mk. der Helene Bensa-Stiftung für Arbeiter und Beamte, 25 000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds, 100 000 Mk. für den Bau von Arbeiterwohnungen.

Kaiserslautern. Pfälzische Nähmaschinenfabrik vorm. Gebr. Kayser: 34 132 Mk. Gewinnbeteiligung und Belohnungen.

Koburg. Aktien-Bierbrauerei: 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Köln-Ehrenfeld. Waggonfabrik vorm. Herbrand & Co.: 5000 Mk. für Arbeiterunterstützung.

Kulmbach. Brauerei „Mönchshof": 14 000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 40 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

— Petzbräu A.-G.: 5000 Mk. Gratifikationen, 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Leipzig-Plagwitz. Sächs. Wollgarnfabrik vorm. Titel & Krüger: 25 638 Mk. Tantiemen an die Beamten.

— — Chromopapier- u. Kartonfabrik vorm. Gustav Najork: 15 467 Mk. an Beamten-Gratifikationen und als Beitrag zur Bildung eines Pensionsfonds.

Leopoldshall. Chemische Fabrik „Concordia": 39 000 Mk. dem Arbeiterhäuser-Konto, 5000 Mk. dem allgemeinen Unterstützungsfonds.

Linden. Lindener Aktien-Brauerei (außer dem bereits mitgeteilten Betrag von ca. 7000 Mk. für den Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds): 6000 Mk. zu Gratifikationen.

— Eisen- u. Stahlwerke: 8930 Mk. Tantieme an Beamte, 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Lüneburg. Lüneburger Eisenwerk: 1200 Mk. an Remunerationen.

München. Spinnerei Werbach: 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Aktienziegelei: 10 000 Mk. für Wohlfahrtszwecke.

Neidenfels i. B. Gebr. Hemmer, Maschinenfabrik: 6997 Mk. dem Arbeiterwohlfahrtskonto.

Nürnberg. Velocipedfabrik „Herkules", vormals Marschuh & Co.: 9000 Mk. zu Gratifikationen an die Beamten und zum Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebr. Bing: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Oppeln. Portland-Cementfabrik vorm. Giesel: 20 000 Mk. für Gratifikationen.

Osnabrück. Aktienbrauerei: 4000 Mk. dem Unterstützungsfondskonto.

Penig. Patentpapierfabrik: 10 000 Mk. der Arbeiter-Pensionskasse, 10 000 Mk. der Arbeiter-Witwen- und Waisenkasse, 20 000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.

Pfersee. Mechanische Weberei am Mühlbach: 5000 Mk. an eine Arbeiter-Unterstützungskasse.

Plauen i. V. Aktienbrauerei: 2000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 4000 Mk. Beamten-Gratifikationen.

Posen. Chemische Fabrik vorm. Moritz Milch & Co: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds für Beamte.

Posta. Sprit-Aktiengesellschaft: 5670 Mk. dem Beamtenfonds.

Ehrentafel.

Radeberg. Sächsische Glasfabrik: 25 000 Mk. an Beamten-Gratifikationen und Arbeiter-Unterstützungen.

Rostock. Mahn & Ohlerich, Bierbrauerei: 2000 Mk. dem Unterstützungskonto.

Rummelsburg-Berlin. Norddeutsche Eiswerke: 10 225 Mk. Gratifikationen an die Beamten.

Schalke. Bergwerks-A.-G. „Konsolidation": 30 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Schlema b. Schneeberg. Holzstoff- und Papierfabrik: Arbeiter-Prämiierungsfondskonto 4553 Mk.

Schmiedeberg i. R. Vereinigte Smyrna-Teppichfabriken: 2500 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Schönau b. Chemnitz. Wanderer-Fahrradwerke vorm. Winkelhofer & Jaenicke: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Schretzheim. Mechanische Bindfadenfabrik: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 3000 Mk. dem Kirchenneubaufonds.

Stuttgart. Aktienbrauerei Rettermeyer; 20 102 Mk. für Gewinnbeteiligung und Belohnungen.

Untersachsenwald. Preßspanfabrik vorm. Hellinger: 3000 Mk. Gratifikationen für die Beamten und Arbeiter.

Wahren b. Leipzig. Polyphon-Musikwerke: 6000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Weißenborn. Freiberger Papierfabrik: 13 000 Mk. für die Wohlfahrt der Beamten und Arbeiter.

Werder a. H. Vereinigte Werdersche Brauereien: 5946 Mk. dem Arbeiter-Wohlfahrtskonto.

Wetzlar. Buderussche Eisenwerke: 6000 Mk. Belohnungen an Beamte.

Witzschdorf. Sächs. Nähfadenfabrik vorm. Heydenreich: 1000 Mk. dem Konto für Arbeiterzwecke.

Würmsee. Dampfschiffahrtsgesellschaft auf dem Würmsee: 1000 Mk. dem Wohlfahrtseinrichtungsfonds, 5000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Zusammenstellung

der in der „Ehrentafel" des „Arbeiterfreund" pro Januar bis März 1899 zahlenmäßig aufgeführten, von Industriellen, Privaten und Aktiengesellschaften des Deutschen Reichs den Arbeitern und deren Angehörigen resp. den unteren Volksklassen gemachten außerordentlichen Geschenke und Stiftungen.

Gesamtbetrag aller Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse . . . . . Mk. 5 804 317

Hiervon entfallen auf:	von Privaten Mk.	von Aktiengesellschaften Mk.	In Summa Mk.
Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen für Arbeiter u. deren Angehörige	1 421 245	1 138 753	2 559 998
Prämien, Gratifikationen, Gewinnanteile	92 500	1 136 448	1 228 948
nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke	114 000	115 768	229 768
nicht besonders bezeichnete gemeinnützige Zwecke	135 000	324 000	459 000
Kinderfürsorge	8 000	—	8 000
Altenheime und Bürgerasyle . .	330 000	—	330 000
Krankenpflege u. Genesenenfürsorge	281 000	33 174	314 174
Gesundheitspflege (Bäder 2c.) . .	—	31 837	31 837
Wohnungsfürsorge	5 000	286 292	291 292
Erziehungs- und Unterrichtszwecke .	80 000	—	80 000
Bildungszwecke (Bibliotheken 2c.) .	3 000	—	3 000
Förderung von Sparcinrichtungen .	—	5 000	5 000
Kirchliche Zwecke	22 000	3 000	25 000
Armenunterstützung im allgemeinen	78 300	10 000	88 300
Kunstpflege	150 000	—	150 000
	2 720 045	3 084 272	5 804 317

Die Zahl der bei diesen Spenden beteiligten Faktoren beläuft sich auf 142, hierunter befinden sich 105 Aktiengesellschaften und 37 private Arbeitgeber resp. ehemalige Arbeitgeber und deren Rechtsnachfolger.

März 1899. P. Schmidt.

IV. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Neue Mitglieder
seit 1. Januar 1899.

A. Behörden, Körperschaften und Vereine.

1. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Großherz. Hessen in Darmstadt.
2. Königliche Eisenbahn-Direktion Essen (Ruhr).
3. Vorstand der Württemb. Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt in Stuttgart, Gartenstr. 29 A.
4. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Pommern in Stettin.
5. Institut für Gemeinwohl in Frankfurt a. M., Alte Rothhofstr. Nr. 1.
6. Versicherungsanstalt für Oberfranken in Bayreuth.
7. Königliche Regierung zu Osnabrück.
8. Königliche Eisenbahn-Direktion Kattowitz.
9. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hessen-Nassau in Cassel.
10. Vorstand der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen in Dresden.
11. Versicherungsanstalt Oldenburg in Oldenburg i. Gr.
12. Königliche Generaldirektion der Bayerischen Staatseisenbahnen in München.
13. Königliche Regierung zu Posen.
14. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Schleswig-Holstein in Kiel.
15. Vorstand des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit in Aachen.
16. Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Elsaß-Lothringen in Straßburg (Elsaß).

B. Aktien- und andere Gesellschaften.

1. Ullersdorfer Werke, Kunstziegelei und Thonwarenfabrik Nieder-Ullersdorf (Kr. Sorau).
2. Westfälische Jute-Spinnerei und Weberei, Ahaus in Westfalen.
3. Zuckerfabrik Frankstadt.
4. Ludwigshafener Walzmühle, Ludwigshafen a. Rh.

5. Accumulatorenfabrik, Aktiengesellschaft, Berlin NW., Luisenstr. 31a.
6. Papierfabrik Sacrau in Breslau.
7. Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg.
8. Direktion der „Vereinigte Pinselfabriken" in Nürnberg.
9. Eschweiler Eisenwerk Aktiengesellschaft in Eschweiler-Aue.
10. Haarener Tuchfabrik, G. m. b. H., in Haaren, Rheinland.
11. Kölnische Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Köln.
12. Dürener Metallwerke Hupert & Harkort, G. m. b. H., in Düren (Rheinland).
13. Aachener Diskonto-Gesellschaft in Aachen.
14. Ehrhard & Sehmer, G. m. b. H., Schleifmühle in Saarbrücken.
15. Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke, Aktiengesellschaft in Zabrze.
16. Direktion des Bonner Bergwerks- und Hütten-Verein, Cementfabrik bei Obercassel b. Bonn a. Rh.
17. Aktiengesellschaft A. Lehnigk in Vetschau i. L.
18. „Archimedes", Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin SW., Alexandrinenstr. 2/3.
19. Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke Aktiengesellschaft, vorm. W. A. Boese & Co. in Berlin SO., Köpnickerstr. 154.
20. Bürstenfabrik Erlangen, A.-G., vorm. Emil Kränzlein (Direktor Hr. Kommerzienrat Emil Kränzlein) Erlangen.
21. Kathreiner's Malzkaffeefabriken, G. m. b. H., in München.
22. Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft in Straßburg (Elsaß).
23. Hörder Bergwerks- und Hüttenverein in Hörde.

D. Persönliche Mitglieder in Berlin.

1. Dr. Fürst, Geheimer Ober-Bergrat, Vortr. Rat im Ministerium für Handel u. Gewerbe, W. Tauenzienstr. 6.
2. Ludwig Grünfeld, in Firma F. B. Grünfeld, W. Leipzigerstr. 25.
3. Ad. Wendelstadt, Geh. Regierungsrat u. Vortr. Rat im Handelsministerium, NW. Brücken-Allee 3.
4. Paul Mankiewicz, Direktor der Deutschen Bank, W. Mauerstr. 29/32.
5. Carl v. d. Heydt, Banquier, W. v. d. Heydtstr. 18.
6. Conrad Borsig, Fabrikbesitzer, NW. Alt-Moabit 86, I.

E. Persönliche Mitglieder in preußischen Provinzen.

1. Graf v. Tiele-Winckler'sche Hauptverwaltung in Kattowitz.
2. Paul Chrzescinski, Weingroßhandlung in Elberfeld.
3. Noblée & Thorl, Schwefelraffinerie und Mineralölfabrik, Harburg (Elbe).
4. J. Börstling, Lüneburger Wachsbleiche in Lüneburg.
5. Richard Rösicke, Kommerzienrat, Mitgl. des Reichstages, in Tornow b. Potsdam.
6. Hch. Gerlach, Geheimer Kommerzienrat in Memel.
7. G. Engelhardt & Co., Schuhfabrik in Cassel.
8. W. Leiendecker & Co., Fabrik für Bleiprod. in Köln-Ehrenfeld.
9. Georg Freudenberg, Fabrikbesitzer, in Firma Främbs & Freudenberg in Schweidnitz.
10. Henschel & Sohn, Maschinenfabrik in Cassel.
11. R. Damme, Geheimer Kommerzienrat in Danzig.
12. Moritz Jaffé, Kaufmann und Gerichtsassessor a. D. in Posen.
13. Georg Kieffer, Hebezeugfabrik in Köln (Sülz).
14. Höveler & Dieckhaus, Metallscheideanstalt in Papenburg.
15. Fröhlich & Wolff, Mech. Spinnerei und Weberei in Cassel.
16. Frau Siegfried Kaufmann, Fabrikbesitzerin in Görlitz.

F. Persönliche Mitglieder in den anderen deutschen Staaten.

1. Paul Lechler, Fabrikant in Stuttgart.
2. F. A. Mayer, in Firma Frege & Co., in Leipzig, Katharinenstr. 11.
3. Oskar Meyer, Banquier und Stadtverordneter in Leipzig, Schillerstr. 6.
4. C. F. Schäffer, in Firma Berger & Voigt, in Leipzig, Neumarkt 3.
5. Bernhard Hüffer, in Firma Hüffer & Co. in Leipzig.
6. H. Schaffstädt, Maschinenfabrik in Gießen.
7. Münchmeyer & Co. in Hamburg, Alter Jungfernstieg 11.
8. Sachs, Justizrat, Rechtsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig.
9. Züdel, Kommerzienrat in Braunschweig.
10. Hermann Krum, Papierfabrikant in Göppingen (Württemberg).
11. Knoll & Co., Chemische Fabrik in Ludwigshafen a. Rh.
12. Walther Reinhardt in Bautzen, Taschenberg 10.
13. Louis Feistmann, Fabrikant und Stadtverordneter in Offenbach, Ludwigstraße 8.
14. Dr. Arwad Roßbach, Königl. Sächs. Baurat, Mitglied des Rates d. Stadt Leipzig in Leipzig.
15. R. Sohm, Professor in Leipzig, Plagwitzerstr. 51.
16. Dr. jur. A. Prüfer, Privat-Dozent in Leipzig, Schwägrichenstr. 6.
17. Prüssing & Co., Sächsisch-Thüringische Portland-Cementfabrik in Göschwitz.
18. Langer & Hachenberger in Leipzig.
19. Haus Schwalbe, Fabrikbesitzer in Werdau i. S.
20. Dr. von Steiner, Geh. Kommerzienrat in Stuttgart.
21. Max Pommer, Architekt in Leipzig, Plagwitzerstr. 51b.

I. Abhandlungen.

Zum hundertsten Geburtstage unseres Präsidenten Lette,

geb. 10. Mai 1799. † 3. Dezember 1868.

Der Kreis aufrichtiger Freunde, die am 10. Mai d. J. den 100. Geburtstag ihres unvergeßlichen Mitarbeiters und Vereinsgenossen Dr. Wilhelm Adolph Lette, Präsidenten des Revisionskollegiums in Berlin und langjährigen Vorsitzenden des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen gefeiert haben, ist kleiner und stiller geworden, als zu den Lebzeiten Lette's; aber doch hat einer der ältesten und größten deutschen Handwerkervereine, der Berliner Handwerkerverein, der auf eine umfangreiche und hochverdienstliche Thätigkeit für Bürgerwohl und Arbeiterfürsorge zurückblicken kann, es sich nicht nehmen lassen, zur Ehre seines Andenkens eine erhebende Lette-Feier zu veranstalten. —

Als „unser Präsident Lette" lebte und wirkte, hatte die Arbeiterfrage noch nicht die ihr jetzt in Deutschland anhaftende scharfe politische Parteifärbung angenommen. Die eigentliche Großindustrie war noch nicht so entwickelt wie heutzutage, wo mehr die Gegensätze als die Zusammenhänge von Unternehmern und Lohnempfängern betont werden. Die Handwerks-Gesellen und Lehrlinge in den kleineren und mittleren Betrieben waren damals zahlreicher als heutzutage und bildeten vielfach den Gegenstand der Fürsorge wohlwollender Beamten und Menschenfreunde, die ihnen den Kampf ums Dasein und die Konkurrenz mit dem aufstrebenden Fabrikwesen zu erleichtern suchten. Aber Lette war einer von denen, die schon in den vierziger Jahren bei Gelegenheit der ersten großen Zollvereinsausstellung in Berlin im Jahre 1844 auch an die Leistungen der deutschen Arbeiter dachten und sie ebenso wie die Handwerker emporzubringen und zu fördern suchten

und zu diesem Zwecke den Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen begründeten.

„Unser Präsident," so wurde Lette vom Arbeiter und Handwerker, vom kleinen Landwirt und Dorfschullehrer genannt, „unser Präsident," der seinen Volksgenossen nicht Haß, sondern Liebe predigte und ihnen praktische, nüchterne Ratschläge gab und zugleich werkthätig für sie, für ihre Bildung und für Förderung ihres Berufslebens und Veredelung ihres Familienlebens und für die Emporhebung der gesamten Frauenwelt zu besserer Erwerbsfähigkeit arbeitete.

Der Jahrgang 1868 des „Arbeiterfreund" enthält außer dem Nekrologe Karl Brämers über Wilhelm Adolph Lette nicht weniger als drei wichtige Rechenschaftsberichte des greisen Vorsitzenden des Centralvereins:

1. Rechenschaftsbericht des Komitees zur Beförderung des Besuchs der Pariser Industrieausstellung seitens preußischer unbemittelter Gewerbtreibender (Vorsitzender des Komitees Dr. Lette);
2. Bericht über die Generalversammlung des Berliner Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechtes vom 12. März 1868 (Der Vorsitzende Präsident Dr. Lette eröffnete die Versammlung und erstattete den Geschäftsbericht);
3. Aufruf zur Beschaffung einer Statistik der landwirtschaftlichen Genossenschaften nebst Gutachten vom Präsidenten Dr. Lette.

In der That bedarf es nur eines Einblicks in die zahlreichen Jahrgänge des „Arbeiterfreund" und einer Verweisung auf dieselben, um das Andenken an Lette immer neu zu beleben! — Zum hundertsten Geburtstage Lette's ist der Redaktion eine Schrift zugegangen, die den Titel führt: „Ein Lebensbild des verewigten Präsidenten Dr. Lette" und von der einzigen noch lebenden Tochter Lette's, Frau Marie Fischer, geb. Lette, herrührt. Diese Schrift, welche in der ersten kleinen Auflage nur für Freunde und Verehrer Lette's bestimmt war und nächstens vervollständigt in zweiter größerer Auflage im Buchhandel erscheinen soll, schildert im Eingange die Jugendjahre, welche Lette im elterlichen Hause verlebte, zuerst auf der von dem Vater, dem Landwirt Lette, gepachteten Domäne Kienitz, Kreis Soldin, wo unser Wilhelm Adolph Lette am 10. Mai 1899 als der erste Knabe geboren wurde, und dann auf dem Dorfe Wuthenow bei Soldin, wo der Vater 1810 das Rittergut Wuthenow gekauft hatte. Schon als 13jähriger Knabe unternahm Lette die mili-

tärische Einübung der Dorfjugend, ohne jedoch seine Studien zu vernachlässigen, denn bereits Ostern 1814 wurde er für die Sekunda reif befunden und besuchte von da an das Graue Kloster in Berlin unter Dir. Bellermann. Zu Michaelis 1816 wurde Lette 17½ Jahre alt von dort entlassen, um in Heidelberg Jura zu studieren und bei Thibaut mit „Institutionen" zu beginnen, während er zugleich bei Prof. Welcker „Rechtsgeschichte und Encyklopädie der Rechtswissenschaften", bei Schlosser „Geschichte" und bei Hegel „Philosophie" hörte. In seiner Begeisterung für Deutschland beteiligte sich Lette 1817 auch mit an dem Wartburgsfeste und gelobte mit 364 Teilnehmern „für die Freiheit, Einheit und Größe des Vaterlandes zu kämpfen, für das Wohl und Gedeihen des heißgeliebten deutschen Volkes zu wirken, das Gute zu fördern, das Schlechte zu hassen, für seine Überzeugung männlich einzustehen". Nie ist ein Versprechen besser erfüllt worden. Der Mann hat gehalten, was der Jüngling gelobte. Als Lette im Jahre 1825 sein zweites Examen glänzend bestanden hatte, verheiratete er sich am 21. April 1825 mit der Tochter des Justizamtmannes Voitus, Marie Konstanze, die am 6. Juli 1858 starb. Zehn Jahre später folgte ihr Lette am 3. Dezember 1868.

Lette's Tochter schreibt: „Seit vielen Generationen lebte stets nur ein Träger des Namens Lette. Mit unserem Präsidenten erlischt der Name. Denn sein ältestes Kind, ein Knabe, starb im zarten Alter und ein zweiter Sohn in fernen Landen ohne Nachkommen. So ist es nach Gottes Ratschluß bestimmt, und niemand darf ungestraft wagen, sich des Namens zu bemächtigen, der einzig dasteht und einzig dastehen soll!" — Die Schrift von Frau Marie Fischer, geb. Lette, enthält im Anhange ein wertvolles Verzeichnis der über Lette erschienenen „Biographieen", sowie seiner „Werke, Schriften und Reden". — Dieses Verzeichnis ist von dem Mitredakteur des „Arbeiterfreund", Herrn Bibliothekar Schmidt in Dresden, vervollständigt worden und wird eine Lücke in der Litteratur über Lette und über seine Bestrebungen für „Volkswohl" und „Arbeiterfürsorge" ausfüllen.

Lette war einer von der alten Garde fester, unbeugsamer deutscher Justizbeamten, nationalgesinnt aus vollster Seele, aber zugleich treuer Hüter der Volksrechte und Verteidiger der bürgerlichen Ordnung und einer maßvollen Volksfreiheit, wie der am 2. Mai 1899 im 89. Lebensjahre dahin geschiedene Simson. Lette und Simson haben vereint als feste preußische Beamte schon in der deutschen Nationalversammlung von 1848 für ein Deutsches Reich und Deutsches Recht

unerschrocken gekämpft, haben sich aber, als die Träume ihrer Jugend nicht erfüllt wurden und als ihre nationale und liberale Gesinnung nicht mehr hof- und regierungsfähig war, nicht schmollend von der Bühne des öffentlichen Lebens zurückgezogen, sondern treu ausgeharrt im Kampfe für eine bessere nationale Zukunft. Lette wurde 1867 ebenso wie Simson auch wieder in den Norddeutschen Reichstag gewählt. Lette entwickelte jedoch seine Hauptthätigkeit nicht wie Simson auf dem politischen und juristischen, sondern auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete. Er gehörte schon in der Frankfurter Nationalversammlung zum volkswirtschaftlichen Ausschuß und wurde 1858 ein Hauptbegründer des deutschen volkswirtschaftlichen Kongresses, dem er bis zu seinem Tode am 3. Dezember 1868 als Präsident des ständigen Ausschusses alle seine Kräfte widmete. Was Lette von 1858 an mit seinen volkswirtschaftlichen Kongreßgenossen mühsam vorbereitet hatte, konnte 1866 im Norddeutschen Reichstage und im Zollparlament teilweise noch unter seiner Mitwirkung rasch durch die Gesetzgebung durchgeführt werden. Noch unvergeßlicher ist Lette's Name durch seine edle gemeinnützige Thätigkeit als langjähriger Präsident des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen und des Vereins zur Förderung der Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts, der später nach ihm Lette-Verein genannt wurde und nach seinem Tode zuerst von Prof. v. Holtzendorff, dann aber von seiner ebenfalls hochverdienten Tochter Schepeler-Lette geleitet und zu hoher Blüte gebracht wurde. Überall, wo gemeinnützige Männer treu zusammenstehen mit verständigen Arbeitern, Männern und Frauen, wird das uneigennützige Wirken des edlen Volksmannes und Arbeiterfreundes Lette unvergeßlich bleiben. Ehre seinem Andenken!

Dresden, am 10. Mai 1899. V. B.

Ein deutscher Edelmann und Landwirt wie er sein soll.

Zum Andenken an Graf Armin zur Lippe-Weißenfeld auf Oberschönfeld in Schlesien.

Von Dr. A. Emminghaus.

„Wohl den Menschen, die Dich für ihre Stärke halten und von Herzen Dir nachwandeln, die durch das Jammerthal gehen und machen daselbst Brunnen. Und die Lehrer werden mit viel Segen geschmückt. Sie erhalten einen Sieg nach dem anderen, daß man sehn muß, der rechte Gott sei zu Zion."
(Psalm 84, 6—8.)

Es ist mancher große Staatsmann und mancher große Heerführer aus deutschen Adelsgeschlechtern hervorgegangen; aber von „Brunnenmachern" und „Lehrern" im Sinne des Psalmisten, d. h. also von Männern, die ihre ganze Kraft als Helfer, als Förderer, als Wohlthäter freiwillig in den Dienst der Brüder stellten, ist nicht allzuviel in der Geschichte des deutschen Adels zu berichten.

Kürzlich haben wir den Heimgang eines solchen schmerzlich bewegt erfahren müssen.

Am 21. April d. J. verschied zu Oberschönfeld bei Bunzlau in Schlesien Armin, Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld, Ehrendoktor der Universität Rostock, Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher am oben genannten Orte. In ihm ist einer der hervorragendsten deutschen Landwirte der Jetztzeit und einer der edelsten Menschen von uns gegangen.

Sein Leben ist nicht eben sehr wechselvoll verlaufen; aber es hat viel Segen gestiftet, und da es zum guten Teile den Mühseligen und Beladenen unter seinen Brüdern gewidmet ward, da es vorzugsweise

in gemeinnütziger Arbeit sich ausgelebt hat, ist wohl hier der Platz, dem Dahingeschiedenen ein Dankes- und Ehrendenkmal zu setzen.

Graf Bernhard zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld lebte, ohne eigene Schuld in ungünstige Vermögenslage geraten, auf seinem bescheidenen Besitztum in der Oberlößnitz bei Dresden, als ihm seine Gemahlin, Emilie, geb. von Klengel, am 15. Oktober 1825 den einzigen Sohn schenkte. Mit zwei älteren Schwestern zusammen verlebte der Knabe in der schön gelegenen ländlichen Heimat eine glückliche, sorgsam gepflegte Kindheit. Schon dem Jünglingsalter nahe ward er der nach den Freiheitskriegen von drei befreundeten Mitstreitern begründeten, zu jener Zeit von dem ausgezeichneten Pädagogen Johannes Barop sen. geleiteten, Erziehungsanstalt zu Keilhau bei Rudolstadt übergeben, da die Hauslehrererziehung dem strebsamen Knaben nicht länger behagte und dem Vater nicht länger geeignet erschien.

Der Aufenthalt in Keilhau ist für die Charakterentwickelung und Berufswahl unseres Freundes in mehrfacher Beziehung entscheidend gewesen. Wenn er auch Standesvorurteile weder ererbt, noch anerzogen erhalten hatte — leicht hätten sie unter anderen Verhältnissen sich bei ihm bilden können. Der Charakter der Keilhauer Anstalt war solcher Bildung wenig, dagegen der Entwickelung eines auf das Höchste gerichteten Gemeingeistes in hohem Grade günstig. Das Leben in und mit der schönen Natur, welche die Anstalt umgiebt und die Bevorzugung der Naturanschauung, welche den dortigen Unterricht auszeichnete, konnte wohl den dazu Beanlagten der Naturforschung geneigt machen und die tägliche Beobachtung landwirtschaftlicher, wenn auch kleinbäuerlicher, Betriebe war nicht ungeeignet, die Liebe zum landwirtschaftlichen Berufe zu wecken.

Die Schule der Anstalt führte damals noch die Zöglinge in der Gymnasialabteilung bis zum Universitätsstudium. Graf Lippe aber bezog, als er im Alter von neunzehn Jahren die Anstalt verließ, nicht schon die Hochschule, sondern trat zunächst als Landwirt bei einem damals weitbekannten Praktiker, dem Gutsbesitzer Hoffmann in Steudach bei Eisfeld, in die Lehre, um den Beruf, den er sich erwählt, von der Picke auf kennen zu lernen. Oftmals haben wir aus seinem Munde vernommen, wie der strenge Lehrmeister seinen Schülern die stärksten Anspannungen der Kraft, Geduld und Ausdauer zugemutet, und wie er sie in seiner kurzen, oft humoristischen, Sprechweise nicht nur in allen Hantierungen des Gewerbes und in der Art wie mit den Gehülfen umzugehen, sondern auch, soweit es seine eigene Wissenschaft

erlaubte, in den naturwissenschaftlichen Grundlagen des Pflanzenbaues und der Tierzucht unterwiesen hat.

Ausgerüstet mit guten Schulkenntnissen und mit soviel Fertigkeiten und Erfahrungen, als ein strebsamer und charakterfester junger Mann in wenigen Jahren praktisch-landwirtschaftlicher Lehre sich aneignen kann, bezog Graf Lippe nun zu Ostern 1846 das mit der Universität Jena verbundene, damals mit Recht weit berühmte Schulze'sche landwirtschaftliche Institut. Außer den unmittelbar gewerblichen Fächern trieb er hier mit Vorliebe naturwissenschaftliche und nationalökonomische Studien. Laboratorium und Hörsaal waren seine Hauptarbeitsstätten. Die Freistunden füllte anmutiger Verkehr mit Freunden, hin und wieder auch studentisch-geselliger Verkehr, da er einer damals blühenden Burschenschaft als gern gesehener Gast angehörte, und die Beschäftigung mit der schönen Litteratur, der seine Neigung sein ganzes Leben hindurch treu geblieben ist, und in der er trefflich Bescheid wußte, aus. Im Herbst 1848 wurde noch ein praktischer Kursus in der Spiritusbrennerei durchgemacht. Dann begann die Laufbahn selbständiger landwirtschaftlicher Berufsausübung. Es ist hier der Ort, daran zu erinnern, ein wie seltenes Beispiel von zielbewußter Thatkraft und beruflicher Tüchtigkeit das Leben dieses Mannes bietet. Denn so gut wie mittellos trat Graf Lippe in den landwirtschaftlichen Beruf ein; von Stufe zu Stufe arbeitete er sich empor — fast ganz aus eigener Kraft, und am Ziele seines Lebens war er Besitzer und Bewirtschafter eines in bester Kultur befindlichen ansehnlichen Rittergutes, hatte er einem seiner Söhne zum Besitze eines ertragreichen kleineren Landgutes verholfen und seinen sämtlichen Kindern eine treffliche Erziehung angedeihen lassen. Wie wenigen gelingt ähnliches! Wir sagten, ihm sei es aus eigener Kraft gelungen. Die Wahrheit fordert eine Einschränkung. Wenn je eine Ehe zugleich den höchsten sittlichen Anforderungen entsprochen und der gemeinsamen Arbeit der Ehegatten auch äußerlich Segen verliehen hat, so war es die seine. Schon im frühen Jünglingsalter erwachte bei unserm Freunde die Neigung zur Schwester eines Mitzöglings in Keilhau. Diese Neigung wuchs mit den Jahren und erwies sich stark genug, um alle sich entgegentürmenden ernsten Hindernisse zu besiegen. Ihr Sieg hilft auch die wunderbaren äußeren Erfolge dieses edlen Lebens erklären. Denn die Gattin war nicht nur die treueste, sondern auch die denkbar umsichtigste, hülfreichste und kundigste Lebensgefährtin.

Doch — kehren wir zu der begonnenen Erzählung zurück!

Im Jahre 1849 übertrug dem Grafen sein Schwager, Herr von Arnim auf Planitz, die Verwaltung zweier im Sächsischen Voigtlande gelegener Güter, Irfersgrün und Voigtsgrün. Beide waren verwahrlost, bedurften sehr der Besserung und waren wegen schwieriger klimatischer Verhältnisse nicht leicht ertragsreich zu machen. Aber die Aufgabe begann zu glücken, und nach einem Jahre war der junge Landwirt auch Administrator des größeren, eine Stunde von seinem Wohnort ab gelegenen Rittergutes Planitz. Im Herbst 1851 ward in Irfersgrün der häusliche Herd begründet. Vier Jahre später konnten die beiden voigtländischen Güter in Pacht übernommen und nun mit allen Kräften ganz nach eigenen Plänen einer gedeihlicheren Kultur zugeführt werden.

Kaum hatte der Graf mit seiner Wirtschaft sich vertraut gemacht, da begann sich der angeborene Trieb nach belehrender und bessernder Einwirkung auf seine Umgebung lebhaft in ihm zu regen. Es galt vor allem, auf die sittliche und wirtschaftliche Hebung der kleinen Bauern des Voigtlandes einzuwirken. Unermüdlich ward diese Arbeit gethan in Schriften und Vorträgen, in der Begründung und Leitung eines landwirtschaftlichen Vereins, des Hirschfelder Vereins, dessen Mitglieder, als ihr treuer Freund im Jahre 1862 von ihnen schied, ihm eine wertvolle Gabe mit der Inschrift spenden konnten: „Wer Segen ausstreuet, erntet Liebe. Ein forschender Geist, eine fleißige Hand bringt Bildung und Recht durch Wohlstand ins Land."

Da sich günstige Gelegenheit zu einer auch vom Verpächter gern genehmigten Cession der Pachtung von Irfersgrün und Voigtsgrün bot, und der Graf dringend wünschte, seine wissenschaftlichen Studien noch in einigen Stücken auf einer Hochschule zu ergänzen, wurde die Cession im Jahre 1862 ausgeführt und die Familie siedelte nach Leipzig über. Hier wurden besonders die Vorlesungen v. Treitschke's, Roscher's und des Physikers Hankel eifrig besucht.

Die während der Pachtzeit ersparten Mittel gestatteten schon im Frühjahr 1863 den Ankauf eines kleinen Rittergutes zu Thum im Erzgebirge. Der Ankauf war nicht unvorteilhaft; die rationelle Bewirtschaftung kämpfte glücklich mit den Schwierigkeiten der Lage und des Klimas. Aber das letztere wurde von den Familienangehörigen des Grafen schwer ertragen, und so entschloß er sich, Thum nach fünfjährigem Besitze wieder zu verkaufen, was auch unter günstigen Umständen gelang.

Inzwischen waren die Bestrebungen zur Hebung der kleinbäuerlichen Wirtschaft durch Schrift und Wort eifrig und mit überraschend günstigem Erfolge fortgesetzt worden, und, da er nun Muße erhielt, trachtete der Graf danach, diese durch ganz systematische Arbeit auf dem gleichen Gebiete nützlich und ihm selbst zur Befriedigung auszufüllen. Mit diesem Plane siedelte er 1868 nach Dresden über, wo er sich in der Neustadt ein Haus erwarb. Einige Jahre lebte er nun ganz dem landwirtschaftlichen Vereinswesen und der freiwilligen landwirtschaftlichen Lehrthätigkeit. Namentlich hielt er auch sehr zahlreich besuchte landwirtschaftliche Vorträge vor Soldaten aus bäuerlichem Stande, welche in Dresden garnisonierten, und erteilte in Schullehrerseminarien förmlichen landwirtschaftlichen Unterricht an die künftigen Landschullehrer.

Diese Thätigkeit wurde durch den Krieg unterbrochen.

Als die ersten siegreichen Schlachten geschlagen waren und es den überfüllten Lazaretten in Frankreich an kundigen und aufopferungsfähigen Helfern zu gebrechen begann, war es für den Grafen keine Frage, wo sein Platz sei im Dienste fürs Vaterland. Er sammelte eine Schar tüchtiger junger Leute um sich und führte sie auf den Kriegsschauplatz, um mit ihnen da, nach den großen Kämpfen um Metz, monatelang unter härtesten Entbehrungen und in schwerster Arbeit Krankenpflegerdienste in Lazaretten zu leisten. Erst als der Mangel an geeigneten Kräften sich auszugleichen anfing, kehrte der tapfere Mann in die Heimat zurück, begleitet von den Segnungen Unzähliger, denen er beigestanden in der tiefsten Not, in den bängsten Leidensstunden als unermüdlicher barmherziger Helfer und Pfleger. Wahrlich, ihm ziemte das Johanniterkreuz, mit dem später sein König ihn schmückte!

Da er seit geraumer Zeit als landwirtschaftlicher Schriftsteller und Lehrer die Blicke der Fachgenossen auf sich gelenkt hatte, erging im Herbst des Jahres 1872 die Frage an ihn, ob er eine ordentliche Professur der Landwirtschaftslehre und Nationalökonomie in Rostock anzunehmen bereit sei. Er bejahte und wurde, nachdem ihm die Doktorwürde honoris causa verliehen worden, in jener Eigenschaft angestellt.

„Dem Förderer der Landwirtschaft, dem treuen Freund und Berater der landwirtschaftlichen Vereine" widmeten, als er Sachsen verließ, diejenigen Vereine, in denen er vornehmlich gewirkt, zum Abschied ein sinniges Ehrengeschenk.

In Rostock begann nun die wichtigste und für größere Kreise bedeutsamste Arbeit seines Lebens. Hier fand er den rechten Boden für die edle Saat, die er auszustreuen gewillt und befähigt war. Wohl erinnerte er sich hier oft der dringenden und begeisternden Mahnworte seines großen Lehrers Friedrich Gottlob Schulze, der seinen Zuhörern immer und immer wieder ans Herz legte, der Ärmeren, der Schwachen sich anzunehmen, und, da er zu werdenden Landwirten sprach, insbesondere dafür zu sorgen und zu wirken mit allen Kräften, daß ein tüchtiger Bauernstand wieder erstehe, wo er in Zeiten des herrschenden Feudalismus vernichtet sei, und daß der Stand der landwirtschaftlichen Arbeiter wirtschaftlich und sittlich gehoben werde.

Zwar waren es hier nicht in erster Linie Arme im gewöhnlichen Sinne des Wortes, aber es waren doch Hülfsbedürftige, denen sein Hauptwirken galt; es waren kleine Landwirte nach der in Mecklenburg und Pommern herrschenden Auffassung; es waren wackere, vielfach auch wohlsituierte Männer, die aber in dem Feudalstaate Mecklenburg wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht zu der ihnen gebührenden Stellung gelangen konnten. Machten dem Grafen schon die Vorlesungen, bei denen er anfangs das Auditorium schwach besetzt fand, welche aber schnell eine überraschend große Hörerzahl, auch aus den Reihen der Juristen, heranriefen, große Freude, so fühlte er doch noch größere Befriedigung in seiner Einwirkung auf das anfänglich so spröde Material der Mecklenburger Bauern und Erbpächter, welche, da sie fühlten, daß er ein Mann nach ihrem Herzen, ein Edelmann im wahrsten Sinne des Wortes, daß er redlich bestrebt und befähigt sei, sie auf eine höhere Stufe der gewerblichen und allgemeinen Bildung zu heben, sich um ihn drängten und seiner organisatorischen Arbeit willig entgegenkamen. Vereine auf Vereine entstanden und belebten sich durch seinen Geist bei strenger Arbeit und veredelndem Festtreiben. Er gründete bald auch eine große landwirtschaftliche Versuchsstation, und es gelang ihm, für diese Anstalt einen vorzüglich befähigten Leiter in Prof. Heinrich zu gewinnen, der sie zu hoher Blüte entfaltete und ihren Ruf weit über die Grenzen des Landes verbreiten half.

Wir können die segensreiche Wirksamkeit des Grafen in Mecklenburg nicht besser veranschaulichen, als indem wir zwei nach seinem Hinscheiden in dortigen Blättern veröffentlichte Nachrufe hier abdrucken:

Ein Herr F. Ahrens schreibt im Beiblatt des „Rostocker Anzeigers“ vom 25. April d. J.:

„Der am 21. April d. J. in Schönfeld in Schlesien verstorbene

Graf zur Lippe-Weißenfeld hat nur 7 Jahre in Mecklenburg gewohnt, dabei aber doch auf weite, namentlich landwirtschaftliche, Kreise den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt, dessen segensreiche Wirkungen nun schon über 25 Jahre angehalten haben und sicher noch auf lange Zeit hin anhalten werden.

Im Herbst 1872 war durch den Fortgang des Professor Wilkens nach Wien der Lehrstuhl der Landwirtschaft an unserer Landes-Universität erledigt. Die Regierung berief an diese Stelle den Grafen zur Lippe-Weißenfeld, der aus dem Königreich Sachsen kam, wo er an dem blühenden landwirtschaftlichen Vereinswesen hervorragenden Anteil genommen hatte. Hier bei uns fand er an landwirtschaftlichen Vereinen nur den Patriotischen Verein, in welchem die kleineren Landwirte fehlten. Sofort beschäftigte ihn der Gedanke, wie diesen Anregung zur intensiveren Wirtschaftsführung zu geben sei. Durch die hochherzige Initiative des verstorbenen Großherzogs Friedrich Franz II. waren nämlich die domanialen Bauerstellen vererbpachtet und so ein landwirtschaftlicher Mittelstand geschaffen worden, welcher, Herr auf seiner Hufe und an keine veraltete Fruchtfolge mehr gebunden, das größte Interesse hatte, dem Boden die höchstmöglichen Erträge abzugewinnen. Anregung zu rationellem Betrieb der Landwirtschaft wurde viel begehrt und fand dankbare Aufnahme, war aber schwer zu erhalten; denn die landwirtschaftliche Bildung der neuen Erbpächter, die in den alten Anschauungen groß geworden waren, war solchen Anforderungen vielfach nicht gewachsen; bei Gutspächtern und Gutsbesitzern sich Rat zu erholen, verhinderte nur zu sehr das bäuerliche Mißtrauen, und landwirtschaftliche Vereine gab es nicht, wo Gedanken und Erfahrungen ausgetauscht, über Erfolge und Mißerfolge neuer Kulturmethoden berichtet, Neuheiten auf den verschiedensten Zweigen des landwirtschaftlichen Betriebes besprochen werden konnten.

So war der Boden beschaffen, auf dem Graf zur Lippe das landwirtschaftliche Vereinswesen aufbaute, das bald das ganze Land wie ein Netz überzog. In allen Versammlungen, selbst den kleinsten Vereinen, herrschte ein frischer, froher Geist, und was die Hauptsache ist, es blieb nicht bloß bei Vorträgen, sondern es entspannen sich vielfach recht lebhafte Debatten, die dadurch für die Mitglieder nur gewinnen konnten, daß sie oftmals in plattdeutscher Sprache geführt wurden. Der Boden, in den Graf zur Lippe seine Saat streute, war zwar empfänglich dafür, aber das steht fest, daß er bei all seiner Empfänglichkeit nimmer die Früchte getragen hätte, wenn der Säemann nicht ein ganz be-

sonders geschickter gewesen wäre. Graf zur Lippe's hervorragendste Eigenschaft zur Gründung und Leitung der Vereine war die in ihm sich darstellende Verbindung der Wissenschaft mit der Praxis, die seine Wirksamkeit bei uns zu einer so gesegneten machte. Dazu kam seine Liebenswürdigkeit im Umgang, das freundliche Herabsteigen zu dem Gedankenkreis des einfachen Landmannes, seine Unermüdlichkeit im Beantworten, selbst der unbedeutendsten Fragen, die Geschicklichkeit, auch die Blödesten in die Diskussion mit hineinzuziehen — alles Eigenschaften, welche jede Gleichgültigkeit besiegten. Graf zur Lippe betonte neben den praktischen Zielen immer die ideale Seite der Vereine; die Mitglieder sollten sich als Teile eines großen Ganzen fühlen lernen, zu dessen Gedeihen der Einzelne nach Möglichkeit beizutragen hat. Auch die Veredelung des Festlebens des Volkes suchte er durch die Vereine anzubahnen, weshalb er die Abhaltung von Stiftungsfesten als zur Aufgabe derselben gehörig erachtete.

Im Jahre 1879 verließ Graf zur Lippe Mecklenburg, um seinen dauernden Wohnsitz in Ober-Schönfeld in Schlesien zu nehmen. Aber auch in der Ferne hat er den landwirtschaftlichen Vereinen stets sein warmes Interesse bewahrt und mit lebhaftem Anteil alles verfolgt, was in ihnen vorging. Wie hat er sich aufgeregt und wie viele Briefe hat er geschrieben, als um Weihnachten 1898 eine Verschmelzung des landwirtschaftlichen Vereins mit dem Patriotischen zur Frage stand, von welcher er eine Gefährdung der Selbständigkeit des landwirtschaftlichen Vereins befürchtete!

So lange die landwirtschaftlichen Vereine im Sinne ihres Gründers thätig sind, werden sie sich stets einer reich gesegneten Wirksamkeit erfreuen."

Und ein Nachruf in der „Rostocker Zeitung" vom 27. April d. J. lautet:

„Unser Graf ist nicht mehr!" „Unser Graf ist gestorben!"

„So geht die Klage durch die Reihen der mecklenburgischen Landwirte, vor allem durch die Reihen der kleineren, der Erbpächter, der Bauern. Armin Graf und Edler Herr zur Lippe ist in die ewige Heimat abgerufen worden, so meldet es die Zeitung, die landwirtschaftlichen Vereine aber und ihre Mitglieder sagen: wir haben „unseren Grafen" verloren. Und, in der That, der Graf zur Lippe stand in einem so eigenartigen und innigen Verhältniß zu den mecklenburgischen Bauern, wie man es vorher, ehe unser Graf ins Mecklenburger Land kam, nicht für möglich gehalten hätte. Dies war auch

nur möglich, weil Graf zur Lippe eine Persönlichkeit und ein Charakter war, wie sie selten vorkommen. Unser Großherzog Friedrich Franz II. sah ein, daß die früher als Hauswirte in mannigfacher Richtung gebundenen und durch ihn zu größerer Selbständigkeit berufenen jetzigen Erbpächter ihre wirtschaftliche Freiheit nicht immer richtig benutzen könnten, wenn ihnen nicht Anleitung und Belehrung zu teil würde. Es zeugt von dem scharfen Blick des Großherzogs, daß dieser Mann den Grafen zur Lippe berief, um den neuen Erbpächtern mit Aufklärung und Rat zur Seite zu stehen.

Der Graf zur Lippe kam als ein Fremdling nach Mecklenburg, und es kann keinen besseren Beweis von der Macht seiner Persönlichkeit geben, als daß dieser „Fremdling" uns mecklenburgische Landwirte, die wir uns gegen alles Fremde nur zu mißtrauisch und ablehnend verhielten, wie im Fluge umwandelte, daß er unser Vertrauen und unsere Liebe erwarb in einem Maße, wie es bei uns selten vorkommt. Im Herbst 1872 kam Graf zur Lippe nach Mecklenburg und bis November 1873, also in einem Jahre, waren 29 landwirtschaftliche Vereine gegründet; kaum ein weiteres Jahr später war die ganze noch jetzt bestehende Organisation der Vereine fertig, der Centralausschuß derselben konnte zusammentreten. Schon 1879 mußte er uns wieder verlassen, und diese sieben Jahre unter uns haben genügt, nicht nur den Grund zu legen zu dem landwirtschaftlichen Fortschritt, dessen sich Mecklenburg erfreut, sondern auch ihm unsere Herzen zu erobern, eine Anhänglichkeit an seine Person zu schaffen, die heute noch fortdauert, und zwar nicht nur bei den Personen, die das Glück gehabt haben, seine Tüchtigkeit und seine Liebenswürdigkeit des Herzens persönlich kennen zu lernen, sondern die sich in den Vereinen erhalten und fortgepflanzt hat. Die Alten haben das Vertrauen, welches „unser Graf" ihnen einflößte, auf die Jungen vererbt. Wenn in den Vereinen von „unserm Grafen" gesprochen wird, weiß jeder, daß dies nur der Graf zur Lippe ist.

Die Erklärung dieses allgemeinen Vertrauens, das der Graf so rasch unter den kleineren Landwirten erwarb, liegt darin, daß jeder, sobald er ihn kennen lernte, fühlte, daß der Graf nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieb durch die Wissenschaft und deren verständige Benutzung verbessern, die Erträge der Wirtschaft erhöhen, also das materielle Wohlbefinden fördern wollte, sondern daß er die Menschen als solche auf eine höhere Stufe erheben wollte. Seine Menschenliebe, sein warmes Herz wollten nicht nur die Wirtschaften, sondern

auch die Menschen besser und dadurch glücklich machen. Mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit wollte er auch die geistige und damit die sociale Selbständigkeit der Bauern, der früheren Hauswirte, jetzigen Erbpächter, heben; er wollte sie zu einer höheren socialen Stellung befähigen. Daß der Graf zur Lippe nichts für sich anstrebte, daß er auch bei der Hebung des Bauernstandes gänzlich ohne Hintergedanken irgend welcher Art war, daß er das Wohl der Landwirte nicht förderte, um irgend eines anderen Zweckes, als nur dieses Wohles wegen, das ideale Streben und die Liebenswürdigkeit des Herzens, diese waren es, die alle gefangen nahmen, die mit dem Grafen zur Lippe in Berührung kamen. Alle, die den Vorzug hatten, ihm persönlich näher treten zu dürfen, stehen noch heute unter dem Zauber und dem Banne seiner so idealen Denk- und Ausdrucksweise.

Aber es darf eines nicht verhehlt werden: nicht allen war das Streben des Grafen genehm; man gönnte den Bauern wohl, daß sie unter den neuen Verhältnissen bestehen konnten, man wünschte auch wohl, daß sie Fortschritte in der Wirtschaft machten; aber eine bessere sociale Stellung, eine höhere Bildung, das paßte nicht für den Bauern! Die Kreise, in denen solche Ansichten herrschten, wurden bald dem Grafen zur Lippe unfreundlich gesinnt; auch seine Stellung als Professor der Landes-Universität blieb dadurch nicht ungetrübt.

Nicht nur sein wirklich angegriffener körperlicher Zustand, nicht nur seine allerdings durch übermenschliche Anstrengung verstimmten Nerven, sondern auch das angedeutete Übelwollen mancher Kreise wird mitgewirkt haben, ihn zum Rücktritt zu veranlassen.

Die Zustimmung und die Huld unseres Landesherrn ist ihm jedoch ebenso erhalten geblieben, wie die Dankbarkeit, die Liebe und die Anhänglichkeit der von ihm gegründeten landwirtschaftlichen Vereine. Er achtete den Bauern als Menschen, und das vergessen diese ihm nie. Bei allen mecklenburgischen Landwirten finden übrigens die Verdienste des Grafen zur Lippe je länger, desto mehr Anerkennung."

Der Hauptgrund, welcher den Grafen bewog, aus seiner so gesegneten Mecklenburger Thätigkeit auszuscheiden, lag wohl in dem Gefühl der Überarbeitung, welche seiner übrigens von Haus aus rüstigen Gesundheit stark zugesetzt hatte. Überdies war sein Hauptwerk so fest und sicher begründet, daß es auch ohne seine Leitung weiter gedeihen konnte, und bis in seine letzten Lebenstage hinein ist er mit demselben innig verbunden geblieben, haben die Mecklenburger Getreuen sich vertrauensvoll um Rat und That an ihn gewandt und

ist der briefliche Verkehr zwischen Mecklenburg und Schönfeld ein sehr lebhafter geblieben. Auch Abordnungen von dort erschienen hier bei besonderen Gelegenheiten. Eine solche hat es sich auch nicht nehmen lassen, der Trauerfeier am 25. April in Schönfeld beizuwohnen und einen Kranz auf dem Grabe des verehrten heimgegangenen Freundes niederzulegen.

Besonders schwer wurde es dem Großherzog Friedrich Franz II., dem Entlassungsgesuch stattzugeben; denn er wußte die ganze Bedeutung des tüchtigen Mannes für die Entwickelung seines Landes zu würdigen. Dieser Würdigung gab er durch Verleihung eines hohen Ordens an den Scheidenden freundlichen Ausdruck.

Rührend waren die sinnigen Beweise von Anhänglichkeit und Dankbarkeit, welche ihm aus den Kreisen, denen seine Arbeit in Mecklenburg vornehmlich gewidmet war, beim Abschied zu teil wurden.

Graf Lippe weilte vom Herbst 1879 ab ein Jahr in Thüringen, um seine Gesundheit wiederherzustellen. Aber, wenn er auch diese Ruhepause zur Fortführung begonnener und zum Angriff neuer litterarischer Arbeiten benutzte, so sehnte er sich doch bald nach Wiedererlangung einer regelmäßigen Berufsthätigkeit, und zwar richtete sich sein Wunsch nun dringender als je wieder auf eigenen Besitz und eigene Wirtschaft. So kam es, daß er eine passende Gelegenheit benutzte, das Rittergut Oberschönfeld bei Bunzlau zu erwerben und so zufällig in einer Gegend sich anzusiedeln, in welcher Vorfahren von ihm und Angehörige des Hauses vor langen Jahren angesessen gewesen und noch angesessen waren.

Die Hebung des in lieblicher Gegend gelegenen, gut arrondierten und durch nicht eben reichen, aber dankbaren Boden sich auszeichnenden Gutes, welches er in sehr mangelhafter Kultur vorfand, nahm zunächst seine wiedergewonnene Kraft um so mehr völlig in Anspruch, als er bestrebt war, hier von vornherein im höchsten Sinne des Wortes rationell zu wirtschaften, das Ganze als einen in allen Stücken wohldurchdachten Betrieb anzulegen und auf nachhaltig höchsten Reinertrag aller Teile der Wirtschaft einzurichten. Pflanzenbau und Tierzucht sollten beide nach den bewährtesten Grundsätzen geleitet werden. Etwaige technische Gewerbe sollten lediglich beiden dienen. Eine musterhafte Buchführung mußte Rechenschaft von dem Erfolge jeder einzelnen Unternehmung geben. Und so ist hier nach und nach eine Musterwirtschaft nicht in dem Sinne, daß nichtige Äußerlichkeiten auf Bestechung des Urteils berechnet worden wären, sondern in dem Sinne, daß alles

in die letzten Lebensjahre kerngesund, erkrankte der Graf vor einiger Zeit gänzlich unerwartet an einem unheilbaren Leiden. Am 21. April verschied er sanft und krankheitsmüde im Alter von noch nicht vierundsiebzig Jahren. Er ist über vielem getreu gewesen. Er gehörte zu denen, die „durch das Jammerthal gehen, und machen daselbst Brunnen". Wenn derjenigen dankbar gedacht wird, die in den letzten Jahrzehnten in unserem Vaterlande Wohlthäter weiter Kreise geworden sind aus innerem Herzensdrange, aus der reinen, keuschen Natur ihres Wesens heraus, so muß auch sein Name genannt und an seine Person erinnert werden den kommenden Geschlechtern zum Beispiel und zur Nachfolge. —

Was sterblich an ihm war, ward am 25. April d. J. unter großer und sinniger Teilnahme von Nah und Fern in einer von ihm selbst geschaffenen, lieblich geschmückten Anlage dicht vor dem Dorfe Oberschönfeld bestattet.

Das Andenken der Gerechten bleibet in Segen!

Die Beschäftigung von Arbeitslosen

als gemeinnützige und kommunale Aufgabe.

Von Prof. Dr. Viktor Böhmert.

Unter den privaten und öffentlichen socialen Aufgaben der Gegenwart steht die Beschäftigung von Arbeitslosen mit obenan. Sie ist ebenso wichtig geworden, wie die jetzt in fast allen Kulturländern obrigkeitlich geordnete Armenpflege, welche nach der letzten im Jahre 1885 im Deutschen Reich stattgefundenen armenstatistischen Erhebung nur für 3—4% der Bevölkerung zu sorgen hatte, während die Zahl der Arbeitslosen in Zeiten industrieller Krisen oft weit höher steigt. Längere Arbeitslosigkeit eines arbeitskräftigen Familienvaters wirkt oft schädlicher als Krankheit, weil das Brachliegen der Arbeitskraft zugleich die innere Lebensfreudigkeit schwächt und die Menschen in Versuchung oder zur Verzweiflung führen kann, wenn sie trotz des besten Willens und der Lust zu arbeiten doch keine Beschäftigung finden können. Man hat daher, nachdem das Armenunterstützungswesen reichsgesetzlich geordnet worden ist, auch schon eine nationale Organisation des Arbeitsnachweises vorgeschlagen, und kein Geringerer als Fürst Bismarck hat das „Recht auf Arbeit" befürwortet. Es ist jedoch leichter, für etwa 3—4% Verarmte ein Recht auf Arbeit zu dekretieren, als für alle Arbeitslosen, deren Zahl sich an manchen Orten zuweilen auf 10 und mehr Prozent der Einwohnerschaft steigert, ein Recht auf Arbeit und wirkliche Beschäftigung zu garantieren. Wir stehen hier vor einem der schwierigsten Probleme, zu dessen Lösung der obrigkeitliche Zwang von Staat und Gemeinde nicht ausreicht, sondern vor allem die freiwillige, opferfreudige Thätigkeit der Gesellschaft, insbesondere der Industriellen, Kaufleute und Landwirte beitragen muß. Große Industrielle errichten an manchen Orten schon besondere „Kassen für Arbeitslose" im

Interesse solcher Arbeiter, welche wegen Mangel an Arbeit aus der Fabrik entlassen werden müssen (siehe die „Statuten der Kasse für Arbeitslose der Maschinenfabrik von Heinrich Lanz", abgedruckt im Heft II, Jahrgang 1899 des „Arbeiterfreund" S. 198). Ferner sorgt man für Arbeitslose durch „Versicherungsanstalten für Fälle von Arbeitslosigkeit", sowie durch „Gewerkvereine", die ihren arbeitslosen Mitgliedern wöchentliche Unterstützungen gewähren. Alle gut situierten Unternehmungen von Privaten und Gesellschaften sowie Staats- und Gemeinde-Etablissements sollten als neue Wohlfahrtseinrichtungen förmliche „Kassen für Arbeitslose" begründen oder für ihr Personal bei günstigen Geschäftsabschlüssen „Gewinnanteile" zurücklegen, welche bei ungünstigen Geschäftszeiten im Falle von Entlassung aus den Fabriken erhoben werden können.

Mit dieser Fürsorge für aus Fabriken entlassene Arbeiter müssen nun aber überall noch besondere Veranstaltungen für Arbeitsnachweis oder für Beschäftigung von Arbeitslosen Hand in Hand gehen. In jedem größeren Privathaushalt werden zuweilen auch fremde Arbeitskräfte gebraucht, es sind daher auch Privatpersonen oft in der Lage, Arbeitslose, wenn auch nur vorübergehend, zu beschäftigen oder Arbeit für sie bereit zu halten. Noch weit häufiger ist dies in größeren Geschäften der Fall, welche ihren Betrieb bei Arbeitslosigkeit am Orte oft etwas ausdehnen und auf Lager arbeiten lassen oder Reparatur- und Neubauten in außerordentlichen Zeiten vornehmen könnten. Auch Staats- und Kommunalbehörden könnten sehr oft bei ihren Unternehmungen auf die Gunst oder Ungunst der Geschäftslage und auf die Beschäftigung einheimischer Arbeiter mehr Rücksicht nehmen, da die Arbeitslosigkeit von ansässigen Einwohnern mit Familie nicht selten durch Einstellung und Begünstigung fremder Arbeiter verschlimmert wird.

Da die Beschäftigung von Arbeitslosen in erster Linie in der Hand der Arbeitgeber liegt, mögen dies nun Behörden oder Private oder Aktiengesellschaften sein, so muß unter ihnen eine Organisation zu einer zweckmäßigen Verteilung der Arbeiter auf das ganze Jahr angebahnt werden, damit möglichst wenige Arbeitnehmer zu feiern brauchen. Man würde dadurch auch Überstunden und Überanstrengungen zu gewissen Zeiten leichter vermeiden. Es muß ferner im allgemeinen Interesse von Behörden und Privaten auf einen Ausgleich der Arbeitskräfte hingewirkt und dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft zur Zeit der Aussaat und Ernte und dem Handel und

der Schiffahrt zur Zeit des lebhaften Güterverkehrs die Arbeitskräfte nicht unnötig entzogen werden; dafür könnten im Winter, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiten ruhen oder die Ströme unfahrbar sind, gewiß recht oft feiernde Arbeiter in der Industrie noch zahlreicher als bisher nützlich beschäftigt werden.

Gemeinnützige Vereine können Arbeitsnachweise oder Arbeitsvermittelungsstellen ebenso erfolgreich leiten wie Gemeindeverwaltungen, insbesondere dann, wenn sie sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verschiedener Erwerbszweige zur Mitverwaltung heranziehen und zugleich im Bunde mit den staatlichen und kommunalen Behörden arbeiten. Sobald der Arbeitsnachweis einen amtlichen Charakter annimmt, liegt die Gefahr nahe, daß die Arbeitslosen ein Recht auf Arbeit beanspruchen und an die ganze Veranstaltung unerfüllbare Anforderungen stellen. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß kommunale Arbeitsnachweise an vielen Orten segensreich wirken, es empfiehlt sich jedoch auch auf diesem socialen Gebiete, die Konkurrenz gemeinnütziger Vereine mit amtlichen Veranstaltungen und den Abschluß freier Arbeitsverträge zwischen Privaten und Arbeitslosen nicht unnötig zu erschweren. Jedenfalls müssen gerade in arbeitslosen Zeiten die Arbeitnehmer alle Gelegenheiten zur Beschäftigung doppelt eifrig ergreifen und den Arbeitgebern lieber entgegenkommen, als sie abschrecken und mißmutig machen. Es sind in der Arbeiterwelt an manchen Orten ganz eigentümliche Ideen über Arbeitsrecht und Arbeitspflicht und Vertragsverhältnis verbreitet. Der Schreiber dieser Zeilen ist seit mehr als einem Jahrzehnt an der Verwaltung der Dresdener Arbeitsvermittelungsstelle mit beteiligt, welche im Jahre 1898 3664 männlichen Arbeitern und 9927 weiblichen Arbeitern Beschäftigung vermittelt hat. Während die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, in der Regel für häusliche Dienstleistungen, oft kaum befriedigt werden kann, hält es sehr schwer, arbeitslose Männer unterzubringen. Obwohl an manchen Tagen 30—40 Männer vergeblich auf Arbeit warten, wird doch angebotene Arbeit oft verweigert oder ungenügend ausgeführt und bald wieder verlassen, weil man den Lohn nicht für ausreichend erachtet. Leute, welche wochenlang arbeitslos waren, weigern sich, für einen Tagelohn von 2,50 Mk. zu arbeiten oder auswärts Arbeit anzunehmen. Man stellt ihnen vergeblich vor, daß minderwertige Leistungen auch nur geringer vergütet werden können und daß die Arbeitgeber doch erst die Kraft eines Arbeiters erproben müssen und ihn nur dann, wenn er sich bewährt, höher be-

zahlen können. Erfreuliche Ausnahmen bilden meist solche Arbeitslose, welche eine etwas höhere Bildung haben und früher in kaufmännischen Geschäften oder als Schreiber beschäftigt waren oder verheiratet sind und gern mit einem geringen Lohn anfangen, in der meist berechtigten Hoffnung, daß die Arbeitgeber gute und zuverlässige Arbeitskräfte gern behalten und anständig bezahlen werden. Man sollte schon allein zu dem Zwecke, um die Bildung und den Charakter der Arbeitslosen zu prüfen, Schreibstuben nach dem Muster der „Schreibstube für Arbeitslose in Basel" mit den Arbeitsnachweisen verbinden (siehe den nachstehenden Artikel „die Schreibstube für Arbeitslose in Basel"). Es liegt im Interesse aller Beteiligten, daß die Arbeitsvermittelungsstellen die sich anbietenden Arbeitskräfte sorgfältig prüfen, eine gute Statistik führen, unwürdige, trunksüchtige und unzuverlässige Elemente ausscheiden und ihren Kunden, den Arbeitgebern, passende Arbeitskräfte zuweisen. Gleichzeitig müssen sie aber auch die Arbeitnehmer günstig zu beeinflussen, ruhig zu belehren und über die Gesetze des Arbeitslohns und über die Ursachen der Schwankungen des Angebots und der Nachfrage nach Arbeit zu verständigen suchen, da in vielen Fällen nur Irrtümer und Mißverständnisse oder schlechte Beispiele kürzere oder längere Arbeitslosigkeit verschulden. Auch zur Abwehr der Arbeitslosigkeit bedarf es einer besseren Erziehung, größerer Geduld und eines freundlicheren Entgegenkommens vonseiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft.

Die Schreibstube für Arbeitslose in Basel.

Die Schreibstube für Arbeitslose in Basel, welche sich an die dortige altbewährte „Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen" anlehnt, war von dem Baseler Professor B. Riggenbach kurz vor seinem Tode mit besonderer Freude und Liebe hauptsächlich zu dem Zwecke angeregt worden, um Arbeitslosen, welche zu schwerer Arbeit untauglich, aber zu schriftlicher Arbeit in genügender Weise befähigt sind, und denen es wirklich um Arbeit zu thun ist — bei manchem ist es nur ein Vorwand — die Möglichkeit zu verschaffen, sich das Erforderliche zum einfachen Lebensunterhalt zu verdienen. — Prof. Riggenbach hatte sich mit besonderer Hingebung auch um das Wohl und Wehe entlassener Sträflinge bekümmert und dabei wahrgenommen, daß vorgekommene Rückfälle zumeist auf den Zeitpunkt neuer Arbeitslosigkeit fielen, wie auch viele der straffällig Gewordenen erst dann, wenn sie sich vergeblich um Arbeit umgesehen hatten, unter dem Einfluß einer verbitterten und verzweifelten Stimmung sich zu größeren Vergehen hinreißen ließen. Darum betonte Riggenbach immer aufs neue, daß es von größerer Wichtigkeit sei, vorzugsweise Arbeitslosen, ob vorbestraft oder nicht, möglichst bald Arbeit und Verdienst zuzuweisen, als Strafgefangene zu beschäftigen, für die sowieso gesorgt wird. Riggenbachs Freunde, welche nach seinem Tode die Baseler Schreibstube ins Leben riefen, thaten dies in der Überzeugung, daß es schon als ein großer Gewinn betrachtet werden dürfe, wenn ihr Institut mit der Zeit auch nur wenige im richtigen Moment wieder aufrichten und vor gänzlichem Untergange bewahren könne.

Nach dem so eben veröffentlichten vierten Jahresberichte, der sich auf die letzten neun Monate des Jahres 1898 bezieht, bezweckt die Baseler Schreibstube, Arbeitslosen, die zu schwererer Arbeit untauglich sind, durch mannigfache Schreiberei und leichtere Hantierungen Verdienst zu verschaffen. Schreiben von Adressen und Postfertigmachen von Cirkularen, Programmen, Karten, Preislisten ꝛc. sind die üblichsten

Beschäftigungen, doch auch Abschreibungen von Akten, Geschäftsbüchern, Kollegienheften und Übertragung von Stenogrammen in Kurrentschrift werden besorgt. Die Schreibstube ist werktäglich von vormittags 8—12 Uhr, nachmittags von 2 Uhr an geöffnet. In den angegebenen neun Monaten sind 169 Männer 6673 Tage beschäftigt worden bei einem Gesamtlohn von 17 860 Frcs. oder durchschnittlichem Tageslohn von 2,67 Frcs. Es wurden 722 842 Adressen und sonstige Sachen geschrieben und 713 694 postfertig gemacht; dann wurden noch 36 403 Kilo Kaffee gelesen. Die Regierung hat das Lokal unentgeltlich erstellt, Beiträge unterstützen die Sache. Aus dem Bericht heben wir eine interessante Mitteilung hervor: „Wir haben seit dem Bestehen unserer Anstalt die Erfahrung gemacht, daß Leute, deren Leistung und Verhalten am meisten zu wünschen übrig läßt, zumeist begehrlich und unzufrieden sind, während wirklich brauchbare, wackere Leute, die gewöhnlich ohne ihr eigenes Verschulden ihre Stellen verloren haben, oder die, durch gemachte Erfahrungen klug geworden, ernstlich einen neuen Weg gehen wollen, in der Regel bescheiden und sehr dankbar sind, überhaupt durch uns beschäftigt zu werden. Daß wir derartige Leute, auch im Interesse der Arbeitgeber und damit der Anstalt selbst, in ganz erster Linie bei Gelegenheit von Arbeit außerhalb der Schreibstube und zu festen Stellen empfehlen, liegt auf der Hand. Die Elemente, welche nach den verschiedensten Richtungen zu Klagen Anlaß gegeben haben, sind fast ohne Ausnahme Leute, die durch Geldunterstützungen verwöhnt sind und die, weil sie sich diese Unterstützung auch fernerhin gesichert halten, ernstlicher Arbeit, wenn sie sich nicht eigentlich dazu gezwungen sehen, lieber ausweichen. Es kam uns kürzlich vor, daß z. B. ein arbeitsloser, jüngerer, seiner Schätzung nach leistungsfähiger Mann, eine ihm angebotene Stelle mit einem Monatslohn von 125 Frcs. ausschlug, da er zu solch einem Gehalt nicht arbeite! Und doch hat derselbe eine Mutter, die in der Hauptsache auf ihn angewiesen ist und die nun durch wohlthätige Anstalten unterstützt werden muß." — Es verlohnt sich gerade jetzt, auf die Baseler Schreibstube wieder hinzuweisen, da möglicherweise in nicht zu ferner Zeit, so bedauerlich es auch sein würde, eine Reihe von Privatstadtposten ihren Betrieb einstellen dürften. Da nun diese Anstalten auch einen ausgezeichneten Schreibstubendienst ausgebildet haben, würde durch ihr Eingehen eine Lücke entstehen, welche von den gemeinnützigen Schreibstuben nach Baseler Muster einigermaßen ausgefüllt werden könnte. B.

Unterstützung durch Arbeit

seitens der Armenverwaltung Colmar i. E.

Von **Rud. Schwander** in Straßburg.

Es sollte überall Grundsatz der Armenpflege werden, daß dem arbeitslosen Armen keine Unterstützung in Geld oder Naturalien, gewährt werden dürfe, sondern Arbeit verschafft werden müsse. Jeder sich selbst achtende Arbeiter wird diese Art der Unterstützung auch vorziehen. Durch die Beschäftigung giebt man ihm Gelegenheit zur Selbsthülfe, durch sie wird nicht nur sein Ehrgefühl, sondern auch seine Arbeitskraft erhalten. Sie bewahrt ihn nicht nur vor Hunger, sondern auch vor dem Müßiggang und seinen verderblichen Folgen, dem Laster und dem ungeregelten Leben. Durch Beschaffung von Arbeit erhält der Arme nicht nur materielle, sondern auch moralische Unterstützung. Die Armenpflege hat nicht nur an der Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit, sondern vor allem auch an der Verhütung der Demoralisierung der ihr zur Last gefallenen Beschäftigungslosen das höchste Interesse. Ihr Streben darf deshalb nicht bloß dahin gehen, den Beschäftigungslosen vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, es muß vielmehr ebenso sehr darauf bedacht sein, die schlechten Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen. Sowohl vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, als vom Standpunkte vorbeugender Armenpflege — Verhütung von Demoralisierung und völliger Verarmung — besteht also für die Armenpflege das allergrößte Interesse an dem Nachweise von Arbeit und dem Schaffen von Arbeitsgelegenheit für die ihr zufallenden Beschäftigungslosen.

Zur Durchführung des Eingangs erwähnten Grundsatzes hat die Armenverwaltung Colmar Einrichtungen getroffen, die auch für weitere Kreise von Interesse sein dürften. Schwierigkeiten machte dabei die

Beschäftigungen, doch auch Abschreibungen von Akten, Geschäftsbüchern, Kollegienheften und Übertragung von Stenogrammen in Kurrentschrift werden besorgt. Die Schreibstube ist werktäglich von vormittags 8—12 Uhr, nachmittags von 2 Uhr an geöffnet. In den angegebenen neun Monaten sind 169 Männer 6673 Tage beschäftigt worden bei einem Gesamtlohn von 17 860 Frcs. oder durchschnittlichem Tageslohn von 2,67 Frcs. Es wurden 722 842 Adressen und sonstige Sachen geschrieben und 713 694 postfertig gemacht; dann wurden noch 36 403 Kilo Kaffee gelesen. Die Regierung hat das Lokal unentgeltlich erstellt, Beiträge unterstützen die Sache. Aus dem Bericht heben wir eine interessante Mitteilung hervor: „Wir haben seit dem Bestehen unserer Anstalt die Erfahrung gemacht, daß Leute, deren Leistung und Verhalten am meisten zu wünschen übrig läßt, zumeist begehrlich und unzufrieden sind, während wirklich brauchbare, wackere Leute, die gewöhnlich ohne ihr eigenes Verschulden ihre Stellen verloren haben, oder die, durch gemachte Erfahrungen klug geworden, ernstlich einen neuen Weg gehen wollen, in der Regel bescheiden und sehr dankbar sind, überhaupt durch uns beschäftigt zu werden. Daß wir derartige Leute, auch im Interesse der Arbeitgeber und damit der Anstalt selbst, in ganz erster Linie bei Gelegenheit von Arbeit außerhalb der Schreibstube und zu festen Stellen empfehlen, liegt auf der Hand. Die Elemente, welche nach den verschiedensten Richtungen zu Klagen Anlaß gegeben haben, sind fast ohne Ausnahme Leute, die durch Geldunterstützungen verwöhnt sind und die, weil sie sich diese Unterstützung auch fernerhin gesichert halten, ernstlicher Arbeit, wenn sie sich nicht eigentlich dazu gezwungen sehen, lieber ausweichen. Es kam uns kürzlich vor, daß z. B. ein arbeitsloser, jüngerer, seiner Schätzung nach leistungsfähiger Mann, eine ihm angebotene Stelle mit einem Monatslohn von 125 Frcs. ausschlug, da er zu solch einem Gehalt nicht arbeite! Und doch hat derselbe eine Mutter, die in der Hauptsache auf ihn angewiesen ist und die nun durch wohlthätige Anstalten unterstützt werden muß." — Es verlohnt sich gerade jetzt, auf die Baseler Schreibstube wieder hinzuweisen, da möglicherweise in nicht zu ferner Zeit, so bedauerlich es auch sein würde, eine Reihe von Privatstadtposten ihren Betrieb einstellen dürften. Da nun diese Anstalten auch einen ausgezeichneten Schreibstubendienst ausgebildet haben, würde durch ihr Eingehen eine Lücke entstehen, welche von den gemeinnützigen Schreibstuben nach Baseler Muster einigermaßen ausgefüllt werden könnte. B.

Unterstützung durch Arbeit
seitens der Armenverwaltung Colmar i. E.

Von Rud. Schwander in Straßburg.

Es sollte überall Grundsatz der Armenpflege werden, daß dem arbeitslosen Armen keine Unterstützung in Geld oder Naturalien, gewährt werden dürfe, sondern Arbeit verschafft werden müsse. Jeder sich selbst achtende Arbeiter wird diese Art der Unterstützung auch vorziehen. Durch die Beschäftigung giebt man ihm Gelegenheit zur Selbsthülfe, durch sie wird nicht nur sein Ehrgefühl, sondern auch seine Arbeitskraft erhalten. Sie bewahrt ihn nicht nur vor Hunger, sondern auch vor dem Müßiggang und seinen verderblichen Folgen, dem Laster und dem ungeregelten Leben. Durch Beschaffung von Arbeit erhält der Arme nicht nur materielle, sondern auch moralische Unterstützung. Die Armenpflege hat nicht nur an der Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit, sondern vor allem auch an der Verhütung der Demoralisierung der ihr zur Last gefallenen Beschäftigungslosen das höchste Interesse. Ihr Streben darf deshalb nicht bloß dahin gehen, den Beschäftigungslosen vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, es muß vielmehr ebenso sehr darauf bedacht sein, die schlechten Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen. Sowohl vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, als vom Standpunkte vorbeugender Armenpflege — Verhütung von Demoralisierung und völliger Verarmung — besteht also für die Armenpflege das allergrößte Interesse an dem Nachweise von Arbeit und dem Schaffen von Arbeitsgelegenheit für die ihr zufallenden Beschäftigungslosen.

Zur Durchführung des Eingangs erwähnten Grundsatzes hat die Armenverwaltung Colmar Einrichtungen getroffen, die auch für weitere Kreise von Interesse sein dürften. Schwierigkeiten machte dabei die

Frage nach der Art der Arbeit und nach den Bedingungen, unter welchen die Beschäftigung für beide Teile, Armenverwaltung und Arbeiter am vorteilhaftesten stattfinden könnte. Zunächst mußte vermieden werden, neue Arme zu schaffen, indem man den vorhandenen Armen zu helfen suchte, d. h. es durfte unter keinen Umständen eine Arbeit gewählt werden, durch deren Zuweisung an die Arbeitslosen diejenigen Arbeiter brotlos wurden, die diese Arbeiten bisher ausgeführt hatten. Ferner mußte man Arbeiten wählen, die ohne besondere Schwierigkeiten von jedem Arbeiter leicht erlernt und ausgeführt werden können. Die Wahl fiel auf das Zerkleinern von Steinen zu Straßenbelag. Mit dem Zerkleinern der Steine, welche der städtische Unternehmer bisher hauptsächlich im Sommer ausführen ließ, war eine ganze Anzahl Arbeiter beschäftigt, die auch zu jeder Feldarbeit fähig waren und herangezogen werden konnten. Bei dem im Kreise Colmar jeden Sommer fühlbaren Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, war es keine zwingende Notwendigkeit, den Steinschlag stets von diesen Arbeitern und im Sommer ausführen zu lassen. Es war vielmehr erwünscht, die im Sommer auf anderen Gebieten so nötigen Arbeitskräfte dahin zu lenken und die Steinschlagarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen, die namentlich im Winter stets zahlreich vorhanden sind und um Unterstützung einkommen müssen, vorzubehalten.

Ein erster Schritt zur Arbeitslosenbeschäftigung wurde im Winter 1893—1894 gemacht. Es wurde mit dem Unternehmer der Steinlieferungen für die Stadt ein Abkommen dahin getroffen, daß er alle ihm vom Armenamte zugeschickten Personen mit Steineklopfen beschäftigen solle. Diese Einrichtung hat sich aber nicht bewährt. Der Unternehmer stellte die Zugewiesenen ohne Unterweisung, ohne jede Anleitung an die Arbeit. Daß sich der Arbeiter mit dieser ihm ungewohnten Arbeit dann nur schwer zurechtfand und bei dem Akkordlohn nichts verdiente, ist selbstredend. Die Armenverwaltung beschloß deshalb, das Armenamt direkt mit der Beschäftigung der Arbeitslosen zu beauftragen. Im Winter 1894—1895 fand zum erstenmal eine Beschäftigung in größerem Umfange seitens des Armenamts statt. Bei der Lohnmessung wurde darauf Wert gelegt, daß der Lohn der beschäftigten Arbeitslosen nie die Höhe des Lohnes erreichen solle, den die aus eigener Kraft, durch eigenes Regen erlangte Arbeit bringt. Hierdurch wollte man diejenigen Arbeiter fernhalten, welche sonstwo Arbeit finden können und deshalb der öffentlichen Beihülfe nicht be-

dürfen; es sollte verhütet werden, daß der Privatthätigkeit die Arbeitskräfte entzogen werden und die Arbeiter ihre Arbeitskraft dem Arbeitsmarkt länger als unbedingt nötig ist vorenthalten. Der Tagelohn wurde auf 1,20 Mk. festgesetzt. So berechtigt die gemachten Erwägungen auch sind, so war der Tagelohnsatz von 1,20 Mk. doch entschieden zu niedrig bemessen, denn der ortsübliche Tagelohn beträgt im Winter 2 Mk. Die Erfahrung bewies bald, daß der Lohn zu niedrig war. Die Arbeitszeit betrug 7 ½—8 Stunden. Es wurden im ganzen 102 Arbeiter beschäftigt. Auffallend war, daß etliche Arbeiter, die jeden Winter unter dem Vorgeben von Arbeitslosigkeit Unterstützung verlangten, diesmal wegblieben, während viele Arbeiter, die noch nie Unterstützung verlangt hatten, sofort um Einstellung bei der Arbeit einkamen.

Die Ausgaben für diese erste Arbeitslosenbeschäftigung betrugen	3 404,95 Mk.
Der Erlös aus dem Verkaufe der Steine . . .	2 265,48 Mk.
Die Armenverwaltung mußte somit	1 192,47 Mk.

aus ihren Mitteln zu den Löhnen zulegen.

Das Klopfen und Aufsetzen eines Kubikmeters Bruchsteine kam auf 7,50 Mk. zu stehen, während sonst bloß 4,20 Mk. bezahlt wird.

Die Verrichtung der Arbeit im Tagelohn erwies sich insoweit als unpraktisch, als bei der großen Anzahl Arbeiter eine strenge Beaufsichtigung des Einzelnen nicht möglich ist, und der lässige Arbeiter sich diesen Umstand zu nutze zu machen suchte. Trotz seiner Minderleistung bezog er denselben Lohn, wie der fleißige Arbeiter, was bei letzterem Unzufriedenheit erweckte und Anlaß zu Klagen gab.

Aus diesem Grunde fand die Beschäftigung im Winter 1895/96 durchweg im Akkorde statt. Jeder Arbeiter war jetzt im Akkord beschäftigt und erhielt nur den wirklich verdienten Lohn. Der Lässigkeit fauler Arbeiter war nun zwar vorgebeugt, hingegen wurde jetzt öfters Klage über geringen Lohn geführt. Und diese Klage war nicht unberechtigt. Bei 7—8stündiger Arbeit konnte der Durchschnittsarbeiter selten mehr wie 1 Mk. täglich verdienen, trotzdem der gewöhnlich 2,80 Mk. pro Kubikmeter betragende Akkordlohn (es wurden jetzt keine Bruchsteine mehr, sondern Grubenwacken zerkleinert; für diese besteht ein niedrigerer Satz, da sie leichter zu verarbeiten sind, deshalb der Unterschied zwischen dem oben und dem hier angegebenen ortsüblichen Satze) auf 3,40 Mk. erhöht worden war. Das Steineschlagen war eben den meisten eine ungewohnte Arbeit. Abgesehen davon, daß bei

dem zu geringen Lohne die Absichten des Armenrats bezüglich des Fernhaltens von eigentlicher Armenunterstützung und der Erhaltung des Selbstgefühls nicht durchgeführt werden konnten, durfte man es dem Arbeiter auch nicht verdenken, wenn er sich von einer Arbeit mißmutig abwandte, die sich ihm, selbst bei angestrengter Thätigkeit, so wenig lohnend erwies. Bei diesem System konnte auch nicht wohl ein Unterschied zwischen Anfänger und bereits eingeübtem Arbeiter, zwischen vollwertigem und minderwertigem Arbeiter gemacht werden. Ein Versuch, dies durch Bezahlung verschiedener Preise pro Kubikmeter (3,80 Mk. für Anfänger während der ersten 8 Tage, 3,60 Mk. für die folgenden 14 Tage, 3,40 Mk. für die folgende Zeit und 3,20 Mk. für die Arbeiter, die bereits im Vorjahre gearbeitet) zu erreichen, erwies sich als undurchführbar, da über die verschiedene Löhnung ein und desselben Arbeitsquantums stets Unzufriedenheit herrschte.

Wohl kam die Beschäftigung pro 1895/96 dem Armenrat infolge der Akkordarbeit bedeutend billiger zu stehen, denn einer Gesamtausgabe von 3 467,95 Mk. stand eine Gesamteinnahme von 2 837,25 Mk. gegenüber; der Hauptzweck: dem Arbeitslosen ein Verdienst zu verschaffen, womit er die allernötigsten Bedürfnisse *selbst* bestreiten könnte, es ihm zu ermöglichen, durch eigener Hände Arbeit, ohne Armenunterstützung im engeren Sinne, sich und seine Familie zu ernähren, wurde aber nicht erreicht.

Die bei diesen Versuchen gemachten Erfahrungen lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen:

1. Der Lohn des Arbeiters muß zur Bestreitung aller dringenden Bedürfnisse ausreichen;
2. die Beschäftigung darf weder im Tagelohn noch im Akkord geschehen; es muß vielmehr eine Löhnungsmethode gefunden werden, welche die Vorzüge beider Systeme vereinigt und die Nachteile ausschließt;
3. um Anfänger nicht von vornherein von der ungewohnten Arbeit abzuschrecken, ist denselben bei ungenügendem Lohne eine Frist zur Erlernung der Arbeit zu gewähren;
4. bei der Festsetzung der Löhne ist ein Unterschied zwischen dem vollwertigen und dem minderwertigen Arbeiter zu machen;
5. die Arbeiter sind zu verpflichten, jede andere ihnen zugewiesene Arbeit bei entsprechender Zahlung anzunehmen;
6. zur Übermittelung von Wünschen seitens der Beschäftigten an die Verwaltung bezüglich der Arbeitszeit, Arbeitsleistung,

Lohnfestsetzung, ferner zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Arbeitsplatze ist die Einsetzung eines durch die Beschäftigten zu wählenden Arbeiterausschusses wünschenswert. Entlassungen sollten dann nur nach Rücksprache mit diesem Ausschusse stattfinden.

Unter Benutzung der gemachten Erfahrungen und der sich hieraus ergebenden Grundsätze für die Beschäftigung Arbeitsloser sind für die Winterbeschäftigung 1896/97 folgende Arbeitsbestimmungen festgesetzt worden:

„Arbeitsbestimmungen für die von der Armenverwaltung Colmar beschäftigten Arbeitslosen.

Die Arbeiter werden in folgende Abteilungen eingeteilt:

1. Abteilung.

Neueingetretene, welche die Arbeit erst erlernen müssen:

Lohn { a) für junge Leute bis zu 18 Jahren 0,80 Mk. täglich
b) für ledige Arbeiter über 18 Jahre 1,20 Mk. =
c) für Familienväter . . . . . 1,40 Mk. =

2. Abteilung.

Arbeitsgruppe junger Leute bis zu 18 Jahren:

Lohn 1 Mk. täglich.

Mindestleistung 0,20 cbm täglich.

3. Abteilung.

Arbeitsgruppe erwachsener vollwertiger Arbeiter:

Lohn { a) für ledige Arbeiter 1,40 täglich
b) für Familienväter 1,60 =

Mindestleistung 0,30 cbm täglich.

Überarbeit wird à 3 Mk. pro Kubikmeter besonders bezahlt.

4. Abteilung.

Arbeitsgruppe minderwertiger Arbeiter (ältere Leute, schwächlichere Gewerbetreibende):

Lohn { a) für ledige Arbeiter 1,20 Mk. täglich
b) für Familienväter 1,50 Mk. =

Mindestleistung 0,20 cbm täglich.

5. Abteilung.

Arbeitsgruppe der Steinklopfer von Beruf:

Diese Leute werden im Akkord beschäftigt zu dem üblichen Lohne.

1. Diejenigen Arbeiter, welche die verlangten Mindestleistungen nicht verrichten, können nicht weiter beschäftigt werden.

2. Die Arbeiter werden den einzelnen Abteilungen durch den Arbeiterausschuß zugewiesen.

3. Die Arbeitsstunden sind von 8—11 ½ Uhr vormittags und von 1—5 Uhr nachmittags; dieselben müssen pünktlich eingehalten werden. Wer von der Arbeit ausstehen will hat dies dem Aufseher mitzuteilen.

4. Die Löhnung findet wöchentlich statt.

5. Die Arbeiter sind gehalten, jede andere ihnen angetragene entsprechend bezahlte Arbeit sofort anzunehmen. Im Weigerungsfalle muß ihre Entlassung erfolgen. Nach Verrichtung solcher Arbeiten kann die Arbeit beim Armenamt ohne Verzug wieder aufgenommen werden.

6. Den Anordnungen des Aufsehers ist unbedingt Folge zu leisten. Beschwerden gegen diese Anordnungen sind beim Armenamt anzubringen, welches nach Anhörung des Arbeiterausschusses Entscheidung treffen wird."

Die Durchführung dieser Grundsätze bei der Arbeitslosenbeschäftigung hat deren Richtigkeit erwiesen. Besonders muß der Arbeiterausschuß, bestehend aus dem Aufseher und seitens der Beschäftigten gewählten Mitgliedern, als eine äußerst gute und empfehlenswerte Einrichtung bezeichnet werden. Durch den Arbeiterausschuß lernt einerseits die Verwaltung die Wünsche und Bedürfnisse sowie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter genau kennen; andererseits lernen die Arbeiter durch das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten mit der Verwaltung auch deren Absichten kennen, sie lernen die Gründe und die Notwendigkeit des Erlasses der Arbeitsbestimmungen begreifen, sie lernen verstehen, warum die Löhne so und nicht anders festgesetzt werden können. Ungerechtfertigter Unzufriedenheit wird durch den Arbeiterausschuß von vornherein ein Riegel vorgeschoben. Auf das gesamte Verhalten der Arbeiter erwies sich das Bestehen eines Arbeiterausschusses von bestem Einfluß. Wenn auch ursprünglich die am Orte noch fremdartige Einrichtung eines Ausschusses (obgleich die Mitglieder von den Arbeitern frei gewählt waren) als eine andere Art von Aufseher betrachtet wurde, so erkannten die Arbeiter doch bald, daß diese Einrichtung hauptsächlich in ihrem eigenen Interesse liegt. Der Ausschuß selbst war stets mit Eifer bei der Sache; sein Rat und seine Mitwirkung bei der Leitung der Arbeiten ist äußerst wertvoll.

Wie aus den Arbeitsbestimmungen hervorgeht, fand die Arbeit

auch bei diesem System im Tagelohn, jedoch so statt, daß für diesen erhöhten Tagelohn eine Mindestleistung an Arbeit verlangt wird. Höhere Leistung und Überarbeit wird zur Anspornung des Fleißes extra bezahlt. Die Lohnsätze sowohl als die geforderten Mindestleistungen wurden durch den Arbeiterausschuß vorgeschlagen.

Die geforderten Mindestleistungen sind abteilungsweise auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Arbeiter berechnet und so bemessen, daß sie jeder in der einzelnen Abteilung Beschäftigte bei fleißiger Arbeit erreichen muß. Die Richtigkeit dieser Arbeitsbemessung hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt. Die Mehrzahl der in Abteilung III beschäftigten, also der vollwertigen Arbeiter hatte jeden Zahltag Mehrarbeit und einen Durchschnittsverdienst von 2 Mk. täglich.

Auch der kleine Unterschied in der Bemessung der Löhne für vollwertige und minderwertige Arbeitskräfte hat sich als richtig erwiesen. Der Durchschnittsarbeiter ist, wie die Erfahrungen der erstmaligen Winterarbeit lehrten, durchaus nicht immer gewillt, für den weniger leistungsfähigen mitzuarbeiten.

Was die Lohnbemessung weiter angeht, so ist bereits der Einwand erhoben worden, daß wenn bei den Winterarbeiten für $7^1/_2$—8 stündige Arbeit 1,60 Mk. täglich bezahlt werde, ein Lohn, der durch fleißige Arbeit auf 2 Mk. gebracht werden könnte, es manchem Arbeitgeber schwer fallen müsse, bei Bedarf von Arbeitskräften solche zu dem bisher üblichen Lohne, welcher nicht viel höher ist, zu erhalten. Auf diesen Einwand sei nur die eine Frage erlaubt: wäre es denn wirklich eine Schädigung der Interessen der Allgemeinheit, wenn infolge des bei den Winterarbeiten bezahlten, gewiß nicht zu hohen Lohnes, der gewöhnliche Arbeitslohn des Tagelöhners in die Höhe ginge?

Zur Beschäftigung werden jeder arbeitslose Familienvater und jeder erwachsene arbeitslose Alleinstehende, die in Colmar ihren gesetzlichen Unterstützungswohnsitz haben, angenommen. Die Einschränkung auf die hier Heimatsberechtigten erscheint geboten, um einen Zuzug fremder Armer uach der Stadt, der sonst durch Arbeitslosenbeschäftigung veranlaßt werden könnte, möglichst zu verhindern.

Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren werden nur beschäftigt, insoweit sie als Ernährer oder Miternährer ihrer Familie mit angesehen werden müssen.

Im Winter 1896/97, für welchen der Bericht der Armenverwaltung vorliegt, wurden 121 Personen beschäftigt; an wieviel Tagen, ist leider nicht gesagt.

An Löhnen wurde ein Betrag von 4 812,70 Mk. verausgabt. Das Klopfen des Kubikmeters Steine kam auf 6,50 Mk. zu stehen. Der ortsübliche Satz für das Zerkleinern eines Kubikmeters Grubenwacken ist 2,80—3,00 Mk.

Auf die Berufsarten verteilen sich die in dem Berichtsjahre Beschäftigten wie folgt:

Landwirtschaft	27
Baugewerbe	53
Sonstige Gewerbe und Industrie	17
Häusliche Dienste und wechselnde Lohnarbeit	24

Interessante Einblicke gewähren auch die Tabellen über die Familien- und Altersverhältnisse der Beschäftigten. Sie seien deshalb hier mitgeteilt.

Familienverhältnisse:

Es wurden beschäftigt	Anzahl	Angehörige	Kopfzahl der durch die Winterarbeit Ernährten
1. Familienväter	75	285	360
2. Alleinstehende erwachsene Personen	24	—	24
3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren	22	—	22
Zusammen	121	285	406

Altersverhältnisse:

Es standen im Alter von	Einzelstehende und jugendliche Arbeiter	Familienväter
16—18 Jahren	6	—
18—20 =	11	—
20—30 =	12	17
30—40 =	4	19
40—50 =	3	20
50—60 =	4	17
60 und darüber	3	5
	43	78

Es waren hiernach hauptsächlich Familienväter, Ernährer kinderreicher Familien beschäftigt. Durch die Überweisung von Arbeit ist ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht möglich gemacht worden.

Über die Ursache der Arbeitslosigkeit giebt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Arbeitslos wurden infolge	Landwirtschaft	Baugewerbe	Andere Gewerbe und Industrie	Häusliche Dienste u. wechselnde Lohnarbeit	Zusammen
Aufhören der Arbeit .	22	50	11	17	100
Krankheit und Nichtauffinden von Arbeit nach der Genesung	3	2	1	1	7
Kündigung durch Arbeitgeber	—	—	3	3	6
Eigene Kündigung . .	1	—	2	—	3
Sonstige Ursachen . .	1	1	—	3	5

Das Einstellen der Arbeit mit Eintritt der Winterkälte bildete die Hauptursache der Arbeitslosigkeit. Die weitaus meisten Beschäftigten entfielen infolgedessen auf die Landwirtschaft (Feldarbeiter) und das Baugewerbe (Maurer, Handlanger).

Im großen ganzen hat sich das beschriebene Arbeitssystem bewährt; es ist seither auch beibehalten worden. Die oben erwähnte Hauptabsicht der Armenverwaltung wurde erreicht. Abgesehen von einigen Fällen, wo verschiedene Umstände Unterstützung erforderlich machten, hielten sich die Beschäftigten von direkter Armenunterstützung frei und suchten mit dem selbstverdienten Lohne auszukommen.

Es kann hier noch die Frage aufgeworfen werden, ob nicht an Stelle des Armenamtes das Stadtbauamt die Beschäftigung der Arbeitslosen übernehmen sollte, wie dies auch anderwärts vielfach geschehen ist. Bei Beantwortung dieser Frage darf aber nicht vergessen werden, daß gerade bei der Beschäftigung der Arbeitslosen nicht schablonenmäßig vorgegangen werden darf, daß auch in der Zuweisung des Arbeitsquantums, in der Behandlung des Arbeiters individualisiert werden, daß überhaupt die Leitung von Liebe zur Sache und vollem Verständnis für die Einrichtung und deren Bedeutung für die Armenpflege und das öffentliche Wohl erfüllt sein muß, wenn der beabsichtigte

Zweck voll und ganz erreicht werden soll. Diese unbedingt erforderlichen Eigenschaften dürften jedenfalls bei den Organen einer guten Armenpflege leichter zu finden sein. Übrigens ist ausdrücklich hervorzuheben, daß die vom Armenamt Beschäftigten nicht als Unterstützungsempfänger betrachtet werden und mithin ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen. Das Armenamt geht von dem Grundsatz aus, daß der Lohn für eine geleistete Arbeit als Armenunterstützung nicht betrachtet werden kann, selbst dann nicht, wenn die geschaffene Arbeit dem gezahlten Lohne nicht ganz entspricht und Zuschüsse aus Armenmitteln darin enthalten sind.

Eine weitere Anstalt zur Durchführung des Grundsatzes: „Dem Arbeitsfähigen keine Unterstützung ohne Gegenleistung!" ist die seitens der Armenverwaltung eingeführte Natural-Verpflegung von Durchreisenden.

Jeder in Colmar mittellos Zureisende findet Beherbergung für eine Nacht — in gewissen Fällen auch für längere Zeit —, Abendessen, Frühstück und Mittagessen. Als Gegenleistung hierfür wird eine dreistündige Arbeit gefordert, welche im Zerkleinern von Holz auf dem Hofe der Armenverwaltung besteht und von 8—11 Uhr vormittags unter Aufsicht verrichtet wird. Das zerkleinerte Holz wird für die Armenpfleglinge verwendet. Um die Beherbergung zu jeder Zeit, auch in der Nacht, gewähren zu können, wurde die Zuweisung der Zureisenden in die Herberge dem Polizeikommissariate übertragen. Bis zur Verrichtung der Arbeit muß der Beherbergte seine Papiere bei der Polizei hinterlegen. Im Rechnungsjahre 1896/97 wurden 1860 Durchreisende beherbergt. Diese Einrichtung verursachte in demselben Rechnungsjahre eine Ausgabe von 1412,55 Mk.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die als dauernde Einrichtung bestehende Beschäftigung armer Frauen. Viele arme Familien sind auf den Verdienst von Frauen angewiesen. Der Verdienst wird oft wesentlich dadurch erschwert, daß solche Frauen ihrer häuslichen Pflichten wegen auswärts keine Beschäftigung übernehmen können. Die Armenverwaltung erachtete es nun als größte Wohlthat, diesen Frauen solche Arbeit zu verschaffen, welche zu Hause geleistet werden kann. Im Jahre 1893 beschloß sie, während der Wintermonate Arbeit auszugeben. Die Arbeit besteht in der Anfertigung von Kleidungsstücken, Wäsche, Bettzeug u. s. w. Die gesamte fertige Arbeit wird vom Armenamt übernommen und als Unterstützung an die Armen abgegeben. Nur ein kleiner Teil des Vorrats wird alljährlich

zum Selbstkostenpreise verkauft, doch nur an Armenpfleger und Wohlthätigkeitsvereine und da auch nur zur Abgabe an Arme. Für die gefertigte Ware könnte Absatz auch in privaten Kreisen zum eigenen Gebrauch gefunden werden, doch hält man grundsätzlich daran fest, daß die durch die Armenverwaltung gefertigten Kleidungsstücke 2c. nur als Unterstützung abgegeben werden, um, so lange dies nicht unbedingt nötig ist, der Geschäftswelt keine Konkurrenz zu machen.

Obgleich die Löhne höher angesetzt sind, als diejenigen, die sonst für gleiche Arbeitsleistung bezahlt werden, kommen im großen und ganzen die Waren der Armenverwaltung doch billiger zu stehen, als bei Einkauf in Geschäften. Der Einkauf der Stoffe im großen ist eben stets mit Vorteil verbunden. Der Zuschnitt der Kleider, die Aufsicht 2c. geschieht von Damen im Ehrenamte. Im Winter 1896/97 wurden 29 Frauen beschäftigt. Es wurden ca. 800 Kleidungsstücke verfertigt. Die Ausgaben hierfür betrugen 2 359 Mk.

Die Überweisung von Arbeit geschieht hauptsächlich nur an Ehefrauen, die mehrere Kinder haben und deren Mann krank und arbeitsunfähig ist, ferner an Witwen mit einer größeren Anzahl von Kindern. Diese Überweisung von Arbeit mag ja oft zweckmäßig sein und als wirkliche Wohlthat empfunden werden, ob es aber für eine weitsehende Armenpflege in manchen Fällen nicht besser sein würde, die Unterstützung dieser armen Frauen so zu bemessen, daß sie ihre Zeit dem Haushalte, der Pflege des Mannes und der Erziehung der Kinder widmen könnten, statt dem Broterwerbe, dürfte doch auch mit zu überlegen sein.

Die Arbeit an Strafentlassenen in den Freistaaten von Nordamerika.

Von R. A. Reiß in New-York.

In unserem Zeitalter der Menschenfreundlichkeit haben sich in allen zivilisierten Ländern Gesellschaften gebildet, welche es sich zur Aufgabe machen, den moralisch Gesunkenen hülfreiche Hand zu bieten. Bei allen Experimenten, welche in verschiedenen Ländern und von verschiedenen Gesellschaften gemacht wurden, war das Endziel, den Strafentlassenen wieder zu einem nützlichen Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft zu machen.

Die angewendeten Mittel waren nicht immer die richtigen, der Erfolg ist in vielen Fällen ein zweifelhafter gewesen; allein wenn die praktischen Resultate noch armseliger gewesen wären als sie sind, so hat die Bewegung doch ein unschätzbares Gutes im Gefolge gehabt, indem sie das große Publikum für die Sache interessierte und zum Denken anregte, was wieder zu Vorschlägen führte, und die Wissenschaft zu Untersuchungen veranlaßte, sowie den Staat zwang, mit den alten Methoden zu brechen und Reformen einzuführen.

Wir wissen heute, daß sich der Hang zu Verbrechen schwer ausrotten läßt, daß er oft eine ererbte Charaktereigenschaft, eine Neigung, eine Krankheit ist. Er kann aber, wie jede andere Eigenschaft des Menschen, durch die Umgebung und durch Umstände gefördert oder geschwächt werden. Die ersten Menschenfreunde, welche mit ihren Sympathieen für die Gefangenen öffentlich hervortraten, thaten dies wahrscheinlich in der Überzeugung, daß der Bestrafte nicht ganz allein verantwortlich sei für die That, die ihn zum Verbrecher machte und daß äußere Einflüsse und Umstände mitwirkten, deren er sich nicht erwehren konnte, ja für die vielleicht die Gesellschaft, die ihn zu schwerer Strafe verurteilte, selbst mit verantwortlich war.

Diese indirekte und unbewußte Mitschuld der Gesellschaft hat Menschenfreunde zuerst veranlaßt, das Los der Gefangenen zu mildern.

Es ist ja richtig, daß die Behandlung der Gefangenen, und nicht nur der schweren Verbrecher, in allen Ländern eine unnötig grausame war. Je brutaler ein Geselle war, desto brauchbarer schien er für eine Anstellung im Gefängnis. Der Gefangene war vollständig rechtlos. Die Außenwelt hörte sein Geschrei nicht, wußte nichts von seinen Schmerzen und kümmerte sich auch nicht darum. Gelang es einem Gefangenen, Mitteilungen über unmenschliche und ungerechte Behandlung nach außen gelangen zu lassen, so verschlimmerte er dadurch nur seine Lage. Niemand rührte einen Finger zu seinen Gunsten, im Gegenteil, das große Publikum hielt die schlimmste Behandlung für voll verdient, so lange der Sträfling nicht etwa unschuldig im Gefängnisse saß.

Seit aber die Gefängnisthore der Inspektion geöffnet sind, nicht nur der amtlichen, sondern auch der Fürsorge privater, mit gewissen Privilegien ausgestatteter Gesellschaften, seit die Presse in Wirklichkeit das Mundstück des Publikums ist und die Behörden sich nicht mehr so leicht dem Einfluß der öffentlichen Meinung entziehen können, ist vieles besser geworden. Vor allem ist im großen und ganzen die Behandlung menschlicher geworden, wenn auch noch vieles hinter den Mauern der Strafanstalten vorgeht, das grausam genannt werden muß.

In manchen Ländern, besonders in Amerika, ist man in dem Bestreben, das Los der Gefangenen zu mildern, unstreitig zu weit gegangen. Besonders in den Strafanstalten für kürzere Termine hat man es so weit gebracht, daß der Aufenthalt daselbst solchen, deren Ehrgefühl erstickt ist, und die zu feige oder zu gleichgültig sind, um den schweren Kampf ums Brot aufzunehmen, geradezu wünschenswert erscheint. Die Arbeit daselbst ist weder zu lang, noch zu schwer; mehr als 8 Stunden wird in den meisten Gefängnissen nicht gearbeitet; bei ungünstigem Wetter überhaupt nicht; Kost gut und genügend; Gelegenheit zur Erholung, zum Lesen, zur Bewegung in frischer Luft reichlich geboten; manchmal giebt es sogar von Menschenfreunden veranstaltete Konzerte; kurz und gut, es ist eine ganz nette Versorgung für die, welche kein Ehrgefühl haben. Und wie leicht verliert sich das!

Eine Reform, bei welcher nicht vernünftige Grenzen eingehalten werden, beseitigt nur ein Übel, um es durch ein anderes zu ersetzen.

Die höchste Aufgabe betreffs der Sträflinge soll nicht sein, ihnen die Gegenwart erträglich oder gar den Aufenthalt im Gefängnis be-

gehrenswert zu machen, sondern so viel als möglich ihre Zukunft zu sichern. In dieser Beziehung sind wir noch nicht einmal über einen guten Anfang hinaus. Es ist wahr, junge Leute werden in Strafanstalten angehalten, irgend ein Handwerk zu lernen. Nur wenige haben das Glück, sofort nach der Entlassung aus dem Gefängnis das Erlernte zu verwerten, und die es haben, werden nicht selten aus der Arbeit wieder vertrieben, sobald ein Mitarbeiter oder der Arbeitgeber das Kainszeichen an ihm entdeckte. Dann folgt Mutlosigkeit, Verzweifeln am ehrlichen Wollen und Rückfall in die Verbrecherlaufbahn.

Diejenigen, die nicht rasch die Mittel finden, sich durch Arbeit ihr Brot zu verdienen, und die nicht von Verwandten oder Freunden bis zum Antritt einer Beschäftigung unterstützt werden können, geraten natürlich wieder um so schneller auf Abwege.

Staats-Zuchthäuser geben einem Sträfling bei Entlassung einen kleinen Betrag mit auf den Weg, bei einiger Sparsamkeit genügend, um wenigstens eine Woche lang das Leben fristen zu können. Gesellschaften, die sich für das Fortkommen entlassener Sträflinge interessieren, liefern denselben beim Austritt aus dem Gefängnis einen Anzug und Leibwäsche. Das ist hochherzig, aber nicht genügend, um den verlorenen Sohn wieder zum nützlichen Mitglied der Gesellschaft zu machen. Die kritische Zeit für den Strafentlassenen dauert nicht eine Woche, sondern vielleicht ein Jahr. Nicht daß er die ganze Zeit hindurch mit Geld und Kleidung unterstützt zu werden braucht, aber man sollte ihn moralisch unterstützen, ihn ermutigen, ihm mit Rat an die Hand gehen, in ihm das Selbstvertrauen wecken. Wie ein von schwerer Krankheit Genesender erst wieder gehen lernen muß, so muß auch der Strafentlassene wieder lernen, sich unter Menschen frei zu bewegen und sich mit ihnen gleichberechtigt zu fühlen. Jemandem wegen abgebüßter Strafe aus dem Wege zu gehen, die dargebotene Hand zurückzuweisen, Mißtrauen zu zeigen und durch Blicke und Geberden ihn zu verletzen, ist eine viel empfindlichere Strafe für den Besserungsfähigen, als es das Tragen der Sträflingskleidung war.

Wie wenige giebt es leider, die wissentlich einen Menschen direkt vom Gefängnis weg in ihre Dienste nehmen! Wie wenige selbst unter denen, welche sich für die hohe Aufgabe interessieren, Strafentlassenen das Fortkommen zu erleichtern, ihnen den Übergang zu einem ehrlichen Leben zu ermöglichen. Diese halben Menschenfreunde opfern Zeit und Geld für den löblichen Zweck, ja, geben sich persönlich Mühe,

entlassenen Sträflingen Arbeit zu verschaffen, sie sind bereit, irgendwo ein gutes Wort für sie einzulegen, aber ihnen selbst Beschäftignng geben, — Gott behüte! Es ist ja wahr, daß viele Strafentlassene dankbar genug sind, auf der Bahn der Ehrlichkeit, die ihnen geöffnet wurde, auszuharren; allein ein gewisser Prozentsatz wird erfahrungsgemäß wieder rückfällig, und der halbe Menschenfreund hat die Furcht, daß derjenige, dem er Beschäftigung giebt, gerade zu diesem Prozentsatz gehört, und ihn eines Tages zum Danke für die Wohlthat beraubt. Da läßt man denn doch lieber einen andern das Experiment wagen.

Eine resolute Frau in New-York, Mrs. Barrett, die einer Gesellschaft angehört, deren Zweck es ist, entlassene Sträflinge wieder auf eigene Füße zu bringen, behauptet, daß 75 pCt. ihrer Schützlinge wieder ehrliche Menschen geworden seien. Diese Frau, die ihre ganze Thätigkeit ausschließlich dem obigen humanen Zwecke widmet, verläßt sich wenig oder gar nicht auf die Unterstützung der Mitglieder der Gesellschaft. Sie besucht die Versammlungen, berichtet, macht Vorschläge u. s. w., kurz, sie ist der leitende Geist, verfolgt aber im übrigen ihre eigenen Methoden. Diese bestehen hauptsächlich darin, daß sie ihre Schützlinge nie aus dem Auge läßt, mit ihnen fortwährend irgend wie in Verbindung bleibt und sie gewissermaßen auf dem Fuße gleichberechtigter Freundschaft behandelt; sie kehrt niemals die Wohlthäterin heraus, wird nie aufdringlich und läßt bei keinem die Empfindung aufkommen, daß man ihr Dank schuldet. Ferner läßt sie, und darin gipfelt ihr Erfolg, die wirklich gebesserten Strafentlassenen, ihre „Jungens", wie sie sie nennt, auf ihre unglücklichen Kameraden, welche eben das Gefängniß verlassen haben, einwirken. Die letzteren lassen sich von gewesenen Mitsträflingen weit eher beeinflussen, wie von Personen, die gesellschaftlich hoch über ihnen stehen. Wie der simple Dorfbewohner seinen eigenen wenig gebildeten Pfarrer viel besser versteht, und ihm mehr Vertrauen entgegenbringt, als dem hochgelehrten Bischof aus der Residenz, so versteht auch der entlassene Sträfling seinen einstigen Leidensgenossen besser und vertraut ihm mehr, wie vornehm auftretenden Reformatoren. So hat schon mancher entlassene Sträfling Beschäftigung und Hilfe gefunden, ohne daß er wußte, daß Mrs. Barrett hinter der Scene stand und soufflierte. Dieser Sträfling mag später, wenn er nach und nach Mrs. Barrett und ihre Absichten kennen gelernt, sich auch willig zum Werkzeug hergeben, um andere retten zu helfen.

Schade, daß solche Frauen so selten sind!

Mrs. Barrett erzählte kürzlich, daß in einem großen New-Yorker Geschäfte durch ihre Vermittelung zwei entlassene Sträflinge Stellen bekommen hatten. Beide thaten ihre Pflicht gewissenhaft. Schließlich wurde aber der eine doch rückfällig Er stahl seinem Prinzipal 700 Dollars und verschwand. Am meisten erschrocken darüber war der zweite entlassene Sträfling. Er trat vor seinen Prinzipal und sagte: „Herr S., Sie können zu einer Klasse Menschen, zu der ich gehöre, kein Vertrauen mehr haben und werden mich entlassen. Thun Sie es aber nicht sogleich. Geben Sie mir von meinem Lohn das Notdürftigste und behalten Sie den Rest, bis der volle entwendete Betrag abbezahlt ist. Dann entlassen Sie mich, wenn Sie es wünschen." — Der Prinzipal acceptierte den Vorschlag; der entlassene Sträfling arbeitete mir doppeltem Eifer, lebte aufs Eingeschränkteste und bezahlte wirklich die ganze Summe. Der Prinzipal entließ ihn nicht, sondern gab ihm eine besser besoldete Stellung.

Solche Vorfälle sollten Menschenfreunde ermuthigen, in ihrem hochherzigen Rettungswerke fortzufahren, trotz einzelner Mißerfolge.

Reformfragen dieser Art gehören keiner einzelnen Nation an, sondern sind, wie das Übel selbst, international. Erweist sich irgendwo eine gewisse Methode der Reformthätigkeit erfolgreich, so kann mit derselben auch in anderen Ländern ein Versuch mit ziemlich sicherer Aussicht auf Erfolg gemacht werden. Es sollte daher auch zwischen den verschiedenen Gesellschaften verschiedener Länder eine engere Verbindung angebahnt, ein besserer Austausch der Ideen angeregt werden. Das Augenmerk sollte vornehmlich darauf gerichtet werden, wie die Ursachen, welche zu den massenhaft auftretenden kleineren Verbrechen führen, beseitigt oder doch wenigstens vermindert werden können. Staat und Gemeinde sorgen für den Unterricht der Kinder; aber der Einfluß der Schule reicht selten weiter bis außerhalb der Schulräume. Unsere Erziehungsmittel machen die Jugend wissensreicher, geschickter und mehr ausgestattet für den Umgang mit den Mitmenschen, aber nicht besser. Die Entwicklung des Charakters, das Einschläfern böser, und das Fördern guter Eigenschaften im Kinde ist Sache der Eltern. Wie viel wird aber da aus Nachlässigkeit und Unverstand gesündigt! Gelänge es, die Eltern anzuleiten, wie sie ihre Kinder erziehen sollen, wie vielen Menschen würde der Weg zum Zuchthaus erspart bleiben! Die so hochgepriesene, hehre „Mutterliebe" hat viel auf dem Gewissen. Das viele Sitzen des Vaters im Wirts-

haus hat schon manchen Sohn dahin gebracht, später in der Strafanstalt sitzen zu müssen. Übermäßige Strenge und übermäßige Milde haben manche vielversprechende Existenz frühzeitig ruiniert, den Erzeugern Gram und Kummer verursacht, und ein Ende mit Schande genommen. Schwerer als die Nachlässigkeit ist der Unverstand der Erzieher zu bekämpfen. Eltern, und vielfach auch Lehrer, scheren alle Charaktere über einen Kamm. Sie sehen die Unterschiede in den Charakteren nicht, oder wenn sie sie sehen, wissen sie dieselben nicht entsprechend zu behandeln. Welch' große Aufgabe hat die Volksbildung noch vor sich!

Außer Eltern und Lehrern sind ein weiterer wichtiger Faktor die Richter. In zivilisierten Staaten ist die Rechtspflege für alle Bürger gleich. Der Staat und die Gesetzgeber meinen es ehrlich mit diesem Grundsatz. In der Wirklichkeit genießt aber der Besitzende, ganz besonders in Amerika, doch Vorzüge vor dem Nichtbemittelten. Der erstere kann die besten Anwälte in seinen Dienst nehmen, und manche nehmen deren fünf oder sechs. Im Falle eines Schuldigspruchs wird von Instanz zu Instanz appelliert, wodurch fürs erste Zeit gewonnen wird. Der Angeklagte ist durch Bürgschaft auf freiem Fuße und geht seinen Geschäften nach. Der Nichtbemittelte bekommt auch seinen Vertheidiger, aber es liegt in der Natur der Sache, daß der Anwalt, der nichts oder nur einen geringen Betrag für seine Mühe bekommt, nicht allzuviel Anstrengungen machen wird, und gewöhnlich ist es auch mit deren Fähigkeiten nicht weit her.

Es ist staunenswerth, mit welcher Leichtigkeit und Gefühllosigkeit die Richter in den unteren Gerichten oft Urteil sprechen. Ein junger Mensch, der mit seinem ersten Vergehen, schlecht verteidigt, vor den Richter kommt, erhält dafür seine drei oder sechs Monate, und, wenn der Richter vielleicht nicht gut gefrühstückt hat oder von seiner Frau geärgert wurde, auch die volle Strenge des Gesetzes. Seine eigene Verteidigung, wenn ihm überhaupt eine solche gestattet ist, wird kaum angehört, oder nicht geglaubt. Die klagende Partei macht die Schuld immer größer als sie wirklich war. Nach den Motiven der That oder den Ursachen, durch welche sie herbeigeführt oder verschlimmert wurde, wird in der Regel gar nicht geforscht. Und so wird der junge Sünder in eine Gesellschaft gestoßen, die ihn erst zum Verbrecher ausbildet. Er verlernt das Schamgefühl, er lernt Kniffe und Handgriffe, und so kommt mancher, in dem noch ein guter Kern steckt, nicht nur nicht gebessert aus der Strafanstalt, sondern gewappnet mit gefähr-

lichen Kenntnissen und bekannt oder befreundet mit schlechten Elementen. Wenn Reformgesellschaften schon im ersten Stadium einer Verbrecherlaufbahn gegenüber ihre segenbringende Thätigkeit einsetzen und den Anfänger davor bewahren könnten, mitten unter die verderbliche Gesellschaft zu kommen, es wäre ihnen in vielen Fällen erspart, den Sünder später zu retten, wenn er vielleicht schon zu tief gesunken und zu verhärtet ist, um noch gerettet werden zu können.

Auch die Presse ist manchmal Schuld, daß ein gebesserter oder auf dem Wege moralischer Besserung befindlicher Mensch wieder auf die bereits verlassene Verbrecherbahn gedrängt wird. Es ist dies allerdings nur jener Teil der Presse, der gern im Schmutz wühlt und durch Sensationsgeschichten die gröberen Nerven der Massen kitzeln will. Ein einmal bestrafter Mensch mag einen neuen Wirkungskreis gefunden haben und sich unter Menschen bewegen, die seine Vergangenheit nicht kennen. Irgend eine unbedeutende Angelegenheit mag ihn als Zeuge vor Gericht bringen oder er mag sonstwie in eine öffentliche Sache verwickelt werden. Da wird er um seine Vergangenheit befragt, oder derselben nachgeforscht und diese bloßgelegt. Das Ergebnis findet seinen Weg in die Presse und wird den Lesern zum Frühstückstisch servirt. Der Betreffende mag bei einem Unfall verwundet worden sein, einem Mitmenschen das Leben retten oder sonstwie die öffentliche Aufmerksamkeit unverschuldet auf sich lenken, mit der Veröffentlichung seiner That oder seines Falles geht meist auch die Veröffentlichung seiner Vergangenheit Hand in Hand und so erfährt plötzlich „alle Welt", was er so ängstlich vor ihr verborgen hält. Ich glaube nicht, daß derlei in Deutschland vorkommt, in der amerikanischen Presse ist es aber etwas Alltägliches. Es wird dadurch manche Laufbahn, manche vorteilhafte gesellschaftliche Beziehung grausam zerstört. Die neu aufgerissene Wunde blutet wieder, Freunde und Gönner ziehen sich zurück, vielleicht wird auch das Vertrauen des Arbeitgebers, der bisher die dunkle Vergangenheit des Angeklagten nicht gekannt, vernichtet. In Amerika lebt zur Zeit ein Millionär, der schon viele Hunderttausende für die Wissenschaft gespendet und noch spendet; unter anderm ließ er eine große Sternwarte bauen, errichtete Stiftungen u. s. w. Als er noch ein junger Mensch war, wurde er einmal wegen Bankdiebstahls verurteilt. Die jetzige Generation wüßte das nicht, aber wenn immer der Mann etwas thut, das einem Theil der Presse nicht gefällt, flugs wird die unschöne Geschichte mit allen Einzelheiten dem Publikum wieder in Erinnerung gebracht.

Unsere deutschen Landsleute sind in dieser Beziehung auch nicht müßig. Es kommen ja manche nach Amerika, die, ehe sie auswanderten, daheim einen Fehltritt begangen haben. Sie haben ihre Strafe abgebüßt, sind hier ehrlich und fleißig. Wenn sie es aber zu Ansehen und Wohlstand bringen, so sorgt schon der Neid dafür, daß die Schatten der Vergangenheit wieder heraufbeschworen werden. Irgend ein unbedeutender Zank, eine einfache Meinungsverschiedenheit kann dazu führen, daß der häßlichen Rachsucht Raum gegeben wird. Es gab hier einen deutschen Journalisten, der jedem Deutschen, den er kennen lernte oder der sich irgendwie hervorthat, nachschnüffelte; was er erfahren konnte, trug er sorgfältig in ein alphabetisch angelegtes Verzeichnis ein, und dann suchte und fand er Gelegenheit, den Betreffenden vor der Öffentlichkeit zu „vernichten".

Ich wäre der letzte, der die Freiheit der Presse eingeschränkt wissen möchte, aber es giebt Dinge, bei denen gesetzlich scharfe Grenzen gezogen werden sollten. Anständige Blätter haben ja selbst Takt genug, in dieser Beziehung nicht zu weit zu gehen; den anderen sollte staatlich das Handwerk gelegt werden. In einer europäischen Armee, ich weiß nicht ob in mehreren oder allen, erhält derjenige Soldat eine empfindliche Strafe, der einem andern ein Vergehen oder Verbrechen vorwirft, für das dieser eine Strafe abgebüßt hat. Ich habe das Gesetz immer für weise gehalten, und glaube, daß es die beste Art ist, wie entlassene Sträflinge behandelt werden sollten. Warum soll sich die Gesetzgebung anderer Staaten nicht ein Beispiel daran nehmen können? Die Schuld ist gesühnt — warum also diese Verfolgung bis ans Lebensende?

Die Hauptaufgaben der Gewerbeinspektionen,

mit besonderer Beziehung auf die neuesten Jahresberichte der sächsischen Gewerbeinspektoren.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

Unter den staatlichen Veranstaltungen für Arbeiterwohl und Socialreform nimmt das Institut der Gewerbeinspektoren eine ganz hervorragende Stellung ein. Das industrielle England ist nach Erlaß seiner ersten Fabrikgesetze zum Schutze von Kindern in Fabrikbetrieben auch mit der Anstellung von Fabrikinspektoren anderen Staaten vorangegangen, indem es durch Gesetz vom 29. August 1833 zunächst 4 Beamte einsetzte, denen, als Vertretern der Staatsgewalt, die Befugnis eingeräumt wurde, jede Fabrik oder jede mit einer Fabrik verbundene Schule zu allen Tages- und Jahreszeiten bei Tag und bei Nacht, wenn diese Fabriken in Thätigkeit sind, zu betreten und die darin beschäftigten Kinder oder jungen Personen zu untersuchen und sich betreffs der Verhältnisse, Beschäftigung und Erziehung derselben zu erkundigen.

Das Institut war gerade in dem englischen Volke, das jeder Staatseinmischung und jeder polizeilichen Überwachung von Werkstätten und Häusern abgeneigt ist, anfänglich sehr angefeindet und hat sich erst durch die würdige Auffassung und durch eine ebenso tüchtige und taktvolle wie gerechte und menschenfreundliche Ausübung des Berufs von seiten der zuerst angestellten Fabrikinspektoren mehr und mehr eingebürgert, so daß man dem englischen Fabrikinspektorat durch Gesetz vom 27. Mai 1878 eine neue erweiterte Organisation geben konnte, wonach 50 Inspektoren in ebensovielen Bezirken angestellt wurden, denen in den 10 größten Distrikten auch noch Assistenten und Fabrikärzte beigegeben wurden.

In der Schweiz ist das Fabrikinspektorat durch das Bundesgesetz vom 23. März 1877 geschaffen, in Österreich durch das Gesetz

vom 17. Juni 1883. In Preußen war das Institut zwar schon durch das Gesetz vom 16. Mai 1853 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken eingeführt worden, man hatte jedoch nur für die 3 Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Arnsberg Fabrikinspektoren angestellt. Die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 hatte in § 132 die Ernennung von Fabrikaufsichtsbeamten in das Ermessen der Regierungen gestellt; erst durch die deutsche Gewerbeordnungs-Novelle vom 17. Juli 1878 wurde die Fabrikinspektion für alle deutschen Staaten obligatorisch gemacht und das Institut der Fabrikinspektoren trat mit dem 1. April 1879 in fast allen deutschen Staaten ins Leben, nachdem es im Königreich Sachsen schon durch Verordnung vom 4. September 1872 eingeführt worden war.

Seit dem Jahre 1879 ist die Thätigkeit der deutschen Gewerbeinspektoren mit jedem Jahre umfangreicher und wichtiger geworden; sie ist zwar gesetzlich durch die Vorschriften der Gewerbeordnung geordnet, soll aber dadurch nicht eingeengt werden. Ein Gewerbeinspektor soll das Gewerbewesen seines Landes im Interesse des Gesamtwohls der Bevölkerung fördern und überwachen, das ist sein allgemeiner Beruf. In erster Linie müssen die gewerbegesetzlichen Bestimmungen auch gewissenhaft, ohne Ansehen der Person, gehandhabt werden. Ein gleichmäßiges entgegenkommendes Verfahren liegt im Interesse aller Beteiligten. Der Beruf eines Gewerbeinspektors erfordert sehr viel Takt, Gerechtigkeitsgefühl, Wohlwollen und Kenntnis der Persönlichkeiten, der lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse der Industrie. Die Gewerbeinspektionen sind nicht nur ausführende, sondern auch begutachtende, beratende und vermittelnde Organe, welche das wechselvolle moderne Erwerbsleben scharf beobachten und mit ihm fortschreiten müssen, aber auch die festen Ziele der Ordnung, Sitte, Gerechtigkeit und allgemeinen Menschenliebe nicht aus den Augen verlieren dürfen. Jede neue technische Erfindung oder Gefährdung und jede volkswirtschaftliche oder socialpolitische Neuerung stellt dem Gewerbeinspektor auch wieder ganz besondere Aufgaben, als deren Hauptzweck man vielleicht die „Friedensbewahrung“ im Erwerbsleben hinstellen kann. Ein Gewerbeinspektor sollte neben allgemeiner Bildung und neben speziell volkswirtschaftlichen und gewerbewissenschaftlichen Kenntnissen vor allem auch ein Herz für seine Mitmenschen haben, da ihm die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen mit anvertraut ist. Der schweizerische Arzt Fr. Schuler, der schon lange vor Einsetzung von eidgenössischen Fabrikinspektoren in seinem Heimatkanton

Glarus eine Art Fabrikinspektion ausübte, bemerkt über den Beruf eines Fabrikinspektors sehr treffend: „Es versteht sich wohl von selbst, daß vor allem auf Männer zu sehen ist von humaner Gesinnung, unbestechlicher Redlichkeit, von Energie und voll Lust zur Arbeit. Es muß auch verlangt werden, daß es Leute seien von guter Erziehung und tüchtiger allgemeiner Bildung, gewandt im taktvollen Verkehr mit Hoch und Niedrig, Reich und Arm." Da solche Leute schwer zu finden sind, so dürfte es sich vielleicht empfehlen, sich bei der Wahl von Fabrikinspektoren nicht ängstlich die Hände zu binden. Es können sich außer Technikern auch Ärzte, Verwaltungsbeamte, Lehrer, Geistliche, nicht minder frühere Arbeiter, Werkmeister 2c. zu gewerblichen Aufsichtsbeamten eignen, sobald sie nur praktische Erfahrung im Erwerbsleben mit Takt, humaner Gesinnung und unbestechlicher Gerechtigkeitsliebe vereinigen.

In England hat man bisher Männer aus den verschiedensten Klassen der Gesellschaft und auch aus Arbeiterkreisen zu Gewerbeinspektoren und auch zu hohen Stellungen in staatlichen Arbeitsämtern und im board of trade berufen. Frühere Sekretäre von Gewerkvereinen sind hohe Beamte und Berater von Ministern geworden. Je zahlreicher die Arbeitermassen werden und in den Parlamenten ihre Vertretung finden, um so schwerer wird man sie auch von Ämtern ausschließen können, welche besonders die Arbeiterinteressen fördern sollen. Man hat sich daher in England auch zur Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren entschlossen, um die vielen weiblichen Arbeiterinnen, die besonders in der englischen Textilindustrie beschäftigt sind, wirksam schützen zu können. Auch in Deutschland ist die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren nur noch eine Frage der Zeit. Einer der hervorragendsten deutschen Fabrikinspektoren, Wörishoffer, empfiehlt für das Großherzogtum Baden bereits ausdrücklich die Heranziehung weiblicher Hülfskräfte, aber nur solcher, die auch das Amt eines Aufsichtsbeamten ganz ausfüllen. Im Königreich Sachsen ist die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten im Interesse des Schutzes der zahlreichen weiblichen Fabrikbevölkerung ebenfalls schon vielfach empfohlen worden und scheint auch von der Regierung beabsichtigt zu sein.

Das Institut der Gewerbeinspektoren hat sich auch in Österreich in hohem Grade bewährt. Der erst kürzlich in den Ruhestand getretene Centralgewerbeinspektor Dr. Migerka hat sich sowohl durch seine zusammenfassenden alljährlichen Gewerbeberichte über den Haupt-

inhalt der verschiedenen österreichischen Gewerbeinspektionsberichte sowie durch die arbeiterfreundliche Auffassung seines Berufs und endlich vor allem auch durch die in Wien erfolgte Begründung eines österreichischen Museums für Gewerbehygiene und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen große Verdienste um das ganze Institut des Fabrikinspektorats erworben und Mustergültiges auch für andere Staaten geliefert. Der Nachfolger von Ministerialrat Dr. Migerka, der österreichische Centralgewerbeinspektor k. k. Hofrat Franz Klein scheint seinem Vorgänger würdig nachzueifern; er ist auch Mitglied des neuen österreichischen Arbeitsbeirats, der unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Victor Mataja bisher eingehende Beratungen u. a. über eine Reform der Streikstatistik und über den Ausbau der Arbeitsvermittelungseinrichtungen gepflogen und in seiner 3. Sitzung vom 20. März 1899 sich besonders mit einer Erhebung über die Lage der Bergarbeiter in Österreich beschäftigt hat.

Auch die Schweizer Fabrikinspektionsberichte liefern ein wichtiges Material zur Beurteilung der Arbeiterverhältnisse und der Wirksamkeit des Arbeiterschutzes.

Obwohl wir ein vergleichendes Studium vieler Jahresberichte von Fabrikinspektoren verschiedener Länder für dringend wünschenswert halten, um das hochwichtige Institut des Fabrikinspektorats allseitig zu würdigen und in das richtige Licht zu stellen, so lassen sich doch auch schon aus dem Studium verschiedener Berichte eines und desselben Landes wichtige Belehrungen schöpfen und mannigfache Folgerungen ziehen. Wir benutzen daher, nachdem in Heft I Jahrg. 1899 des „Arbeiterfreund" S. 89—93 der Jahresbericht der großherzoglich badischen Fabrikinspektion für 1898 näher besprochen worden ist, das im Mai 1899 erfolgte Erscheinen der Jahresberichte der sächsischen Gewerbeinspektoren und Berginspektoren über das Jahr 1898, um daran die Bedeutung und die Aufgaben der Gewerbeinspektoren sowie den Umfang ihrer Thätigkeit etwas näher zu beleuchten.

Das Institut der Gewerbeinspektoren ist wohl in keinem deutschen Staate so ausgebaut worden, wie im Königreich Sachsen, in welchem sich in der Zeit von 1875—1895 die Einwohnerzahl von 2 760 068 auf 3 783 014 steigerte, während sich nach den Berufszählungen der Jahre 1882 und 1895 die Zahl der gewerbsthätigen männlichen Personen von 573 287 auf 799 268 und der gewerbsthätigen weiblichen Personen von 220 473 auf 351 585 vermehrte. Zum Schutz und zur Förderung der Interessen dieser alljährlich wachsenden gewerbs-

thätigen Bevölkerung bestehen in Sachsen jetzt 13 Gewerbeinspektionsbezirke mit 13 Vorständen und 23 Assistenten. Außerdem ist jedem Inspektionsbezirk auch noch ein chemischer Sachverständiger beigegeben. Die Jahresberichte dieser Gewerbeaufsichtsbeamten bieten eine Fülle von Material zur Beurteilung der industriellen Verhältnisse des Landes.

Es giebt auf dem weiten Gebiete der Socialreform und Arbeiterfürsorge kaum eine Frage, welche in diesen Berichten unberührt bleibt und nicht durch den schlichten Bericht wirklicher Thatsachen und Erfahrungen aufgehellt wird. Der Leser erhält in jedem Bericht im ersten Abschnitt zunächst einen allgemeinen Überblick über die Zahl der Betriebe des betreffenden Inspektionsbezirks und der darin beschäftigten Arbeiter nach ihrem Geschlecht und nach den Hauptzweigen der Industrie. Der zweite Abschnitt behandelt die jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter im allgemeinen; der dritte bespricht den Schutz der Arbeiter vor Gefahren, und der vierte wichtigste Abschnitt behandelt die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung, die Wohlfahrtseinrichtungen und Verschiedenes.

Es ist schwer aus diesem reichen Inhalt nun auch das Wichtigste herauszugreifen. Das Jahr 1898 zeigt die industriellen Verhältnisse Sachsens fast in allen Bezirken in einem erfreulichen Fortschritt, wenn auch nicht in allen Zweigen der Produktion. Die sächsische Textilindustrie war gerade in dem Hauptbezirk Chemnitz hinsichtlich der Zahl der Betriebe und der Arbeiter etwas im Rückgang begriffen, auch die Industriegruppen der Steine und Erden und der Holz- und Schnitzstoffe zeigen eine kleine Abnahme; um so erheblicher war fast überall die Zunahme der Metallverarbeitung, der Maschinenindustrie sowie der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, und zahlreicher anderer Beschäftigungen. Der im allgemeinen bedeutenden Erhöhung des Arbeiterstandes steht hier und da eine Beschränkung in manchen Betrieben gegenüber; aber die Erhöhung der Löhne kann fast überall zahlenmäßig nachgewiesen werden, wenn auch nicht verschwiegen wird, daß dieser Erhöhung leider eine Steigerung der Wohnungsmieten und insbesondere auch der Fleischpreise, namentlich in allen Großstädten, gegenübersteht. Erwähnenswert ist aus dem industriereichsten Bezirk Chemnitz die kurze Mitteilung: „Infolge der allgemeinen günstigen Geschäftslage ist eine Arbeitslosigkeit im Berichtsjahre nicht zu tage getreten."

Obwohl die Berichte der Gewerbeinspektoren der industriellsten

Bezirke Chemnitz, Dresden, Leipzig, Zwickau, Plauen ganz besonders lehrreich sind, enthalten doch auch die übrigen sächsischen Berichte eine Fülle beachtenswerter Beobachtungen und Mitteilungen. Wir können den Hauptinhalt natürlich nicht erschöpfen, sondern wollen ihn nach einigen Hauptgesichtspunkten nur andeuten, um daran die Wirksamkeit und die Hauptaufgaben der Gewerbeinspektoren zu beleuchten. Es sind im nachstehenden nur zwei Hauptaufgaben etwas ausführlicher behandelt, nämlich die Erledigung von Beschwerden, Erinnerungen und Schutzmaßregeln und besonders die gerade jetzt brennende Frage der Arbeitseinstellungen und der dabei vorkommenden Ausschreitungen. Einige andere ebenfalls hochwichtige Aufgaben, wie z. B. die Berichterstattung über neue Wohlfahrtseinrichtungen, über Lohnverhältnisse, Arbeitsnachweis, Gewerbegerichte, Arbeiterausschüsse sind im Arbeiterfreund oft behandelt und daher in diesem Aufsatze nur durch einige wenige aus den Berichten herausgegriffene Mitteilungen angedeutet.

1. Die Erledigung von Beschwerden, Erinnerungen und Schutzmaßregeln. Eine Hauptaufgabe der Aufsichtsbeamten besteht darin, Beschwerden, Erinnerungen und Schutzmaßregeln zu erledigen. Es werden von Unternehmern und Arbeitern, sowie von Verwaltungsbehörden und Nachbarn gewerblicher Anlagen die verschiedenartigsten Beschwerden persönlich, schriftlich oder in öffentlichen Blättern erhoben und näher untersucht. Der Verkehr der Fabrikinspektoren mit den Arbeitgebern pflegt am regsten zu sein. Es handelt sich dabei zumeist um Rücksprachen über projektierte Neu- und Erweiterungsbauten, zuweilen auch um die Durchführung von behördlicherseits angeordneten Schutzmaßregeln. Der Verkehr mit den Arbeitern scheint in den meisten Bezirken nur schwach zu sein, sie beschweren sich meist schriftlich oder anonym oder durch Arbeiterzeitungen. In neuerer Zeit hat auch der Verein zur Förderung der Gewerksschaftsbewegung verschiedene Beschwerden von Vereinsgenossen zur Sprache gebracht. Die Beschwerden rügen meist den Mangel an Schutzvorrichtungen, Überschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit, Verletzungen der Sonntagsruhe, das Fehlen von Ankleideräumen und Waschseinrichtungen, den Mangel an gutem Trinkwasser, an einem in der Arbeitsordnung vorgesehenen Arbeiterausschuß, ferner schlechte Beschaffenheit der Aborte, der Heizung und Lüftung, Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, über die Lohnzahlung und Kündigungsfrist. Auch über Lehrlingszüchtung wird mehrfach geklagt. — Zahlreiche Beschwerden sind begründet, viele aber auch

ungerechtfertigt oder übertrieben. Die meisten Verstöße gegen die Gewerbeordnung werden von den Gewerbeinspektoren selbst ermittelt. So wird aus dem Dresdener Bezirk berichtet, daß bei den Revisionen in 55 Anlagen 61 Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ermittelt worden waren und daß ferner die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe eine ganze Reihe von Erinnerungen veranlaßten, da in 55 Fällen die zu führenden Verzeichnisse der Sonntagsarbeiten nicht angelegt waren usw. Im Inspektionsbezirk Meißen sind bezüglich der Sonntagsarbeit bei den vorgenommenen Revisionen 96 Zuwiderhandlungen gegen Gesetzesvorschriften festgestellt worden. — Der Chemnitzer Fabrikinspektor erwähnt 4 Beschwerden über Maschinenfabriken, welche der Verein zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung mitgeteilt hatte, sie betrafen meist das Fehlen von Schutzvorrichtungen und wurden zum Teil als übertrieben, zum Teil aber in betreff der Ungenießbarkeit des Trinkwassers und der Beleuchtung der Gießhalle und des Hofes einer Maschinenfabrik als berechtigt gefunden. Derselbe Chemnitzer Inspektor berichtet folgendes (S. 43): „Zwei Arbeiter einer Buntpapierfabrik (einer war entlassen, dem anderen war gekündigt worden) brachten eines Sonntags an Inspektionsstelle folgendes an: Die für genannte Fabrik maßgebende Arbeitsordnung sei bezüglich der Arbeitszeit und der Arbeitspausen ohne Gehör des Arbeiterausschusses, dem die Beschwerdeführer früher einmal angehört hatten, teilweise geändert worden; die Arbeiter müßten ferner Freitag abends bei der Lohnzahlung oft 20—30 Minuten unnötigerweise warten; außerdem würden die Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage bis $^1/_2$7 Uhr abends beschäftigt; weiter fände unnötige Sonntagsarbeit statt, und endlich habe sich der Direktor einzelnen Arbeiterinnen gegenüber unanständige Äußerungen erlaubt. Die vorgenommene Erörterung ergab, daß die Beschwerde im wesentlichen begründet war; es wurde deshalb angeordnet, die in Frage kommenden Übelstände zu beseitigen, bezw. nicht wieder vorkommen zu lassen, und der Direktor noch besonders zu einer anständigen Behandlung seiner Arbeiterinnen und zur Unterlassung unsittlicher Äußerungen in eindringlicher Weise angehalten."

Wie in dem vorstehenden Falle, so zeigt sich in vielen anderen Fällen, daß den Gewerbeinspektionsbeamten doch ein beachtenswerter Einfluß auf die Hebung der Sittlichkeit in den Fabriken möglich ist, wenn sie gewissenhaft darüber wachen, daß die Sonntagsarbeit in den

Fabriken immer mehr eingeschränkt oder ganz beseitigt wird, daß die Ankleideräume und Aborte des männlichen oder weiblichen Geschlechts getrennt, daß gewisse Beschäftigungen den Frauen untersagt, daß unsittliche Personen und Handlungen nicht geduldet werden usw. Der Meißner Gewerbeinspektor berichtet von ausländischen weiblichen Arbeiten in Ziegeleien, Thonwarenfabriken, in einer Jutespinnerei und Lumpensortieranstalt folgendes: „Die abweichenden Sitten und Charaktereigenschaften dieser Arbeiterinnen, auch die größere Bereitwilligkeit derselben, weniger reinliche Arbeit zu übernehmen, z. B. Lumpensortieren, brachten außer Schwierigkeiten im mündlichen Verkehr bisweilen vorübergehende Störungen des bisherigen guten Einvernehmens unter dem weiblichen Arbeitspersonal mit sich." Derselbe Inspektor berichtet über „unzulässige Beschäftigung von weiblichen Arbeitern in einer Schlemmerei für Porzellanerde, über Herumklettern von Arbeiterinnen ohne Benutzung von Treppen von einer Gestelllatte zur andern" und bemerkt, daß bei Revisionen Herstellung von Umkleide- und Waschräumen und nach Geschlechtern getrennte Aborte mehrfach verlangt worden seien. Bezüglich der Sonntagsarbeit sind außer im Dresdner, Meißner und Zittauer Bericht auch anderwärts häufige Übertretungen namentlich in kleineren Anlagen und bei Getreidemühlen wahrgenommen worden. Der Dresdner Bericht erwähnt sogar einmal „die Beschwerde mehrerer Bewohner einer Dorfgemeinde, daß in einer Getreidemühle unzulässige Sonntagsarbeit stattfinde". Wenn nur alle Bewohner einer Gemeinde und alle Nachbarn von gewerblichen Betrieben so verfahren und bei Übertretungen der Bestimmungen über die Sonntagsarbeit selbst direkt Polizei üben und ihren Nachbarn so etwas persönlich widerraten, eventuell aber Anzeige erstatten wollten, so würde die Sonntagsarbeit überall schnell im Gesamtinteresse aller Gemeindebewohner aufhören. Wer jemals in England das Erwerbs- und Volksleben genau beobachtet hat, wird gefunden haben, daß dort schon von Sonnabend Nachmittag an die Arbeit eingestellt wird. Wir konnten in London schon Sonnabend nachmittags unser deutsches Geld nicht mehr in englisches Geld umwechseln, weil auch die Banken geschlossen waren. Wenn das englische Volk mit seiner gewaltigen industriellen Produktion und seinem viel ausgedehnteren Weltverkehr die Sonntagsarbeit streng vermeidet, so sollte dies doch in Deutschland ebenfalls durchführbar sein! Nur im Inspektionsbezirk Bautzen scheint in dieser Hinsicht sich ein Umschwung in der Unternehmerwelt vorzubereiten. Der betreffende Gewerbe-

inspektor schreibt S. 183: „Auch im Berichtsjahre hat sich mehrfach das Bestreben verschiedener Industrieller bemerkbar gemacht, die nach § 105c Abs. 1 der Gewerbeordnung ohne weiteres gestattete Sonntagsarbeit durch zweckentsprechende Vorkehrungen auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen. In einer nicht unerheblichen Anzahl von Gewerbebetrieben wird die Sonntagsarbeit überhaupt gänzlich vermieden. Es kommen die Unternehmer immer mehr zu der Überzeugung, daß die Sonntagsarbeit an und für sich schon die an den Werktagen gewohnte regelmäßige Arbeit nicht zu ersetzen vermag, weil sie von den Arbeitern in der Regel nicht gern verrichtet wird. Einzelne Anlagen vermeiden es sogar, daß die periodisch wiederkehrenden, unumgänglich notwendigen Dampfkesselreinigungen an Feiertagen vorgenommen werden, selbst wenn dadurch ein Werktag geopfert werden müßte."

2. Arbeitseinstellungen und ihr Verlauf. Arbeitseinstellungen in gewerblichen Betrieben waren der Dresdner Inspektion im Jahre 1898 in 4 Fällen zur Kenntnis gekommen: sie betrafen eine Porzellanfabrik, eine Holzwarenfabrik, ein Mörtelwerk und eine Brauerei. Im erstgenannten Falle wurde die Inspektion von den ausständigen Arbeitern als Vermittlerin angerufen. Der Ausstand endete mit einer Niederlage der Arbeiter, von denen 64 endgültig entlassen wurden und 14 die Arbeit wieder aufnahmen. „Einer der Ausständigen hatte die Mutter eines taubstummen, in der Fabrik verbliebenen Arbeiters zu einer Einwirkung auf ihren Sohn zu bereden versucht und gedroht, wenn die Ausständigen wieder in der Fabrik seien, würde ihr Sohn und die anderen nicht mit Ausständigen schon „herausfliegen, die werden herausgeschmissen"; er büßte dieses Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung mit einer einmonatlichen Gefängnisstrafe." „Bei dem Ausstande in der Holzwarenfabrik wurde in erster Linie die Aufstellung eines Lohntarifs und eine wesentliche Lohnerhöhung gefordert. Von 26 Holzbildhauern legten 21 die Arbeit nieder; die Ausständigen wurden nicht wieder eingestellt. Auch hier trug einer der Ausständigen wegen Bedrohung eines nicht am Streik sich Beteiligenden eine Woche Gefängnis davon." — Bei der Arbeitseinstellung im Mörtelwerk gaben eine beantragte und nicht gewährte Lohnerhöhung sowie die Verkürzung der Mittagspause von $1^1/_2$ auf 1 Stunde Anlaß zum Ausstande; die Ausständigen wurden sofort durch andere Arbeiter ersetzt. — In der Brauerei endlich war von den Brauern eine Lohnerhöhung oder Zahlung eines Wohnungsgeldes,

da die Brauer nicht mehr in der Brauerei wohnen wollten, gefordert worden. Beides war, wenn auch nicht in der geforderten Höhe, bewilligt, einer der Brauer aber auch entlassen worden. Letzterer Umstand gab zum Streik Anlaß, nur einer der Brauer fand wieder Anstellung. — Eine Anzahl Ausstände fand auch auf Bauten statt. Die Inspektion hat jedoch auf eine Darstellung dieser Vorgänge verzichtet, weil ihr nicht die Beaufsichtigung dieser Betriebe oblag.

Im Chemnitzer Bezirk hatte die Inspektion, zumeist durch die Polizeibehörde Kenntnis von 12 im Berichtsjahr vorgekommenen Arbeiterausständen erhalten. Von diesen betrafen 5 dem Baugewerbe angehörende Betriebe. Auf einem Bau legten von 40 Bauarbeitern 10 Maurer, auf einem anderen 12 Zimmerleute die Arbeit nieder, im dritten Falle handelte es sich um die Arbeitsniederlegung von 30 bei einem Friedhofsumbau beschäftigten Arbeitern und im fünften Falle um einen Ausstand von Stuckateurgehilfen. In allen 5 Fällen scheint Lohnstreit der Hauptgrund der Arbeitsniederlegung gewesen zu sein. Über den zuletzt erwähnten Ausstand ist der Inspektion Chemnitz folgendes bekannt geworden: „Anfangs August 1898 traten in Chemnitz die Stuckateurgehilfen in eine Lohnbewegung ein; sie beschlossen, die Arbeit bei allen Meistern niederzulegen, welche den von den Gehülfen aufgestellten Lohntarif nicht anerkennen wollten. Da die Meister aber die Anerkennung versagten, so legten 31 Gehilfen die Arbeit nieder, diese wurde jedoch bereits an demselben oder am nächsten Tage wieder aufgenommen, nachdem die Meister den Lohntarif nach einigen Änderungen unterschrieben hatten. Bei dieser Arbeitsniederlegung ließen sich 20 Stuckateure einen Kontraktbruch insofern zu Schulden kommen, als sie die vertragsmäßige Kündigungsfrist von 14 Tagen nicht innehielten."

Weiter berichtet die Chemnitzer Inspektion: „In einer Ziegelei stellten eines Morgens von 34 Arbeitern 5 die Arbeit ein, weil ihnen der Lohn von 1,50 Mk. für das Ein- und Ausfahren von je 1000 Stück Ziegel zu niedrig war. Da der Ziegelmeister eine Erhöhung dieses Lohnes um 20 Pf. zusicherte, so erklärten sich die nur wenige Stunden ausständigen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit."

Der in einer Webmaschinenfabrik ausgebrochene Ausstand hatte folgenden Anlaß: „Die Arbeiterschaft war bei dem Unternehmer schriftlich um Errichtung eines Arbeiterausschusses und um Vornahme verschiedener Änderungen der Arbeitsordnung vorstellig geworden. Der eben von einer größeren Reise zurückgekehrte Besitzer konnte nicht so-

fort zu einem Entschlusse kommen, da er auf Grund seiner Erfahrungen die unmittelbare Entgegennahme von Beschwerden seiner Arbeiter für das Beste hielt und in der Art und Weise des Vorgehens derselben nur eine von einigen jüngeren Arbeitern aufgeworfene Machtfrage erblickt. Eine im Stillen aus 3 Schlossern gebildete Arbeitervertretung bestand jedoch auf einer bestimmten Antwort, die vom Besitzer verweigert wurde. Hierauf legten von 34 Schlossern und Drehern, für welche nach der Arbeitsordnung eine Kündigung nicht bestand, 12 die Arbeit nieder. Bis auf wenige Leute, welche als Leiter der ganzen Bewegung anzusehen waren, wurde die Arbeit von den Ausständigen bald wieder aufgenommen.

Die verweigerte Entlassung eines den Arbeitern einer Möbelfabrik nicht angenehmen, daselbst als Zuschneider beschäftigten Werkführers war der Grund, weshalb die 40 Leute der Fabrik die Arbeit niederlegten. Die Inhaberin des Betriebes gab dem Verlangen ihrer Arbeiter schließlich nach und entließ den bei der Arbeiterschaft nicht beliebten Werkführer, wodurch der Ausstand beigelegt wurde.

Auch in einer Metalldruckwarenfabrik traten 29 Arbeiter, welche ohne Kündigung angenommen worden waren, deswegen in den Ausstand, weil ihnen ein neuer Werkführer, der mehr Thatkraft als der frühere entfaltete, nicht behagte. Bereits am nächsten Tage wurde der Ausstand dadurch beigelegt, daß der aus dem Auslande gekommene Werkführer wieder dorthin zurückkehrte; jedoch wurde ein Dreher, welcher der Übermittler der von der Arbeiterschaft gestellten Forderung gewesen war, nicht wieder aufgenommen.

Der Ausstand von 40 Klempnern einer Fahrradlaternenfabrik bezweckte die Erlangung höherer Löhne. Er endigte schließlich in der Weise, daß die Fabrik Ersatz durch Arbeiter von auswärts erhielt und der größte Teil der Ausständigen die Arbeit ohne den erstrebten Erfolg nach und nach wieder aufnahmen. Eine bei diesem Ausstande zu Tage getretene Ehrverletzung bezw. Bedrohung zweier Arbeitswilliger durch einen Ausständigen fand auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung durch das zuständige Amtsgericht eine Ahndung mit 1 Monat Gefängnisstrafe.

Der in einer größeren Bierbrauerei ausgebrochene Arbeiterausstand, bei welchem 17 Arbeiter beteiligt waren, bot dem Berichterstatter im Bezirk Chemnitz auf Antrag des Direktors Gelegenheit, durch persönliche Vermittlung zur baldigen Wiederaufnahme der Arbeit beizutragen. Die Einigung, deren Herbeiführung bereits durch Arbeiter-

vertreter versucht worden war, wurde im Laufe der Verhandlungen im wesentlichen unter den Bedingungen erzielt, auf welche die Direktion der Brauerei schon bei den im Anfange mit den Ausständigen gepflogenen Unterhandlungen bereit war, einzugehen. Die Vereinbarungen betrafen die Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit an den Wochentagen, die Beschränkung der Sonntagsarbeit auf die unumgänglich notwendigen und zulässigen Arbeiten und auf die Zeitdauer von höchstens 8 Stunden für den Diensthabenden, die Vergütung derselben mit 3 Mk. für jeden beteiligten Arbeiter, eine um 5 Pf. höhere Vergütung der notwendigen Überstunden, die Festsetzung der Löhne für die Brauer und Böttcher, eines Minimallohnes für die Bierfahrer, sowie die Entlastung der letzteren bei später Rückkehr, ferner eine Sondervergütigung von 2 Mk. an die Bierfahrer, welche Sonntags ausnahmsweise Bierfuhren zu machen haben, weiter die Nichtverhinderung der Arbeiter am Beitritt zu Arbeitervereinen und die Wiederaufnahme von 6 verheirateten ausständigen Arbeitern, denen an einem Wiedereintritt in ihr früheres Arbeitsverhältnis gelegen war." —

Über zwei weitere im Inspektionsbezirk Wurzen vorgekommene Arbeiterausstände wird folgendes berichtet: „Der eine Ausstand ereignete sich in einer Dampfschneidemühle und Baufabrik, in welcher 28 der auf dem Holzlagerplatze beschäftigten Arbeiter erklärten, daß sie nicht in Gemeinschaft mit den polnischen und galizischen Arbeitern, die eben eingestellt waren, arbeiten wollten und daß sie mehr Lohn beanspruchten. Da die Betriebsleitung sich weigerte, diese Forderungen zu erfüllen, verlangten die 12 Arbeiter ihre Entlassung, die ihnen auch, da der Arbeitsordnung zufolge das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Aufkündigung jederzeit gelöst werden konnte, ohne weiteres bewilligt wurde, während 16 Arbeiter ihre Beschäftigung unter den bisherigen Bedingungen wieder aufnahmen." —

Der andere Ausstand fand in einer Spinnerei, Bleicherei und Färberei statt. Derselbe erstreckte sich zwar nur auf die in der Spinnerei beschäftigten Flyer-Mädchen, hatte aber doch zur Folge, daß auch die übrigen Betriebsabteilungen vorübergehend feiern mußten. Die Ursache zu dem Ausstande gab die durch verspätete Lieferung in Englang bestellter Merinozwirnmaschinen wiederholt notwendig gewordene Verlängerung der Arbeitszeit bis abends 8 Uhr, welche, soweit erforderlich, von der höheren Verwaltungsbehörde bewilligt worden war. Nachdem die Besitzer der Fabrik bestimmt erklärt hatten, daß

sie aus geschäftlichen Gründen auf die Verlängerung der Arbeitszeit nicht verzichten könnten und bei dem Widerstande gegen diese notwendige Maßregel das Arbeitsverhältnis als gelöst betrachten müßten, gaben die Flyer-Mädchen an, daß sie von 3 Spinnern veranlaßt worden wären, sich der Verlängerung der Arbeitszeit zu widersetzen, und nahmen die Arbeit am nächsten Tage unter den bisherigen Bedingungen wieder auf. Die oben erwähnten 3 Spinner wurden nicht wieder eingestellt. Einer derselben beschuldigte hierauf den Besitzer der Fabrik der Vornahme unzulässiger Sonntagsarbeit. Bei dem infolgedessen eingeleiteten Strafverfahren sprach das Amtsgericht jedoch den Beschuldigten frei, da aus der Zeugenaussage hervorging, daß es sich nur um Arbeiten gehandelt habe, die sämtlich unter die Bestimmungen des § 105c Abs. 1 Ziff. 5 der Gew.-Ord. fielen. Die außergewöhnlich lange Dauer der Überarbeit war dadurch möglich geworden, daß die vorerwähnte Fabrik kurz vor Schluß des Jahres 1897 für 40 Tage, von denen 19 Tage in das Jahr 1898 fielen, Erlaubnis zu solcher erhalten hatte und daß nach Ablauf der bei der ersten Erlaubniserteilung festgesetzten Frist ein neuer Antrag um Gestattung von Überarbeit für weitere 40 Tage einging, der insoweit Berücksichtigung fand, als die höhere Verwaltungsbehörde für 20 Tage Überarbeit gestattete. Ein von der Inspektion gemachter Vorschlag, vor der Erteilung der Genehmigung zur Verlängerung der Dauer der Überarbeit den Arbeiterausschuß der Fabrik zu hören, war unbeachtet geblieben.

Aus dem Bezirk Zwickau berichtet der Gewerbeinspektor Folgendes: Von Arbeitseinstellungen kamen in diesem Jahre zwei zur Kenntnis der Inspektion, diejenige in einer Maschinenfabrik zu Krimmitschau vom 20. März bis 4. April und diejenige in einer mechanischen Weberei vom 19. und 20. September 1898. An beiden Ausständen waren nicht sämtliche Arbeiter der Fabrik beteiligt.

Im ersten Falle wurden zur Zeit des Ausstandes 215 Arbeiter beschäftigt und traten von ihnen 150 aller Branchen mit Ausnahme der Tischler in den Ausstand, nachdem ihnen die Forderung eines 15prozentigen Zuschlags und 10stündiger Arbeitszeit für Lohnarbeiter sowie einige andere kleinere Forderungen nicht zugestanden worden waren. Die Fabrikleitung wollte ihnen entgegenkommen, indem sie die 10stündige Arbeitszeit und einen 5prozentigen Lohnzuschlag bewilligte. Die Gewerbeinspektion erfuhr von diesem Ausstande durch einen Brief, mit welchem die „Streikenden resp. die Ausgesperrten der

Fabrik" sich an dieselbe wendeten und hierbei unter anderem Gewicht darauf legten, daß mehrere der Fortarbeitenden, um die Ausständigen zu ersetzen, an Maschinen und Plätzen beschäftigt würden, für die sie nicht genügend ausgebildet wären und deshalb Gefahr liefen. Nachdem sich ein großer Teil der Arbeiter ohne weiteres wieder eingefunden hatte, wurde am 4. April mit dem Komitee der ausständigen Arbeiter folgendes vereinbart und von ihm durch Unterschrift anerkannt:

1. Die ausständigen Arbeiter treten morgen, Dienstag, den 5. April 1898, vormittags $^1/_2$9 Uhr wieder in Arbeit.
2. Die Arbeitszeit beträgt für jeden Arbeitstag ohne Ausnahme zehn Stunden, sie beginnt früh 6 Uhr und endet abends 6 Uhr.
3. Für jede Überstunde zahlt die Fabrik eine Extravergütung von 20 anstatt 15 pCt. Diese Vergütung gilt für die Lohnarbeiter.
4. Der Direktion bleibt es überlassen, tüchtigen Arbeitern eine Lohnaufbesserung von 5 pCt. und mehr zu teil werden zu lassen, und zwar nach und nach.
5. Die ausständigen Arbeiter werden mit Ausnahme von vier eingestellt, soweit die Plätze frei sind.
6. Den Arbeitern wird behufs Wasserholung und Waschen eine Zeit von 3 Minuten vor Arbeitsschluß zugebilligt.
7. Jeder Arbeiter hat sich der Fabrikordnung und den Bestimmungen der Meister zu fügen. Alle Agitationen für den Beitritt zum Metallarbeiterverband sind innerhalb der Fabrik untersagt. Zuwiderhandlungen führen sofortige Entlassung herbei.

Der zweite Ausstand beruhte auf Benachteiligung der Weber für angeblich schlechte Arbeit, sowie auf Lohnabzügen ohne Angabe des Grundes, und wurde anderen Tages dadurch erledigt, daß der die Waren übernehmende und den Lohnabzug bestimmende Angestellte seine Entlassung erhielt. Der Ausstand hatte nicht so rechte Nahrung gefunden, weil die Streikenden durch einen Formfehler keinen geeigneten Raum zur Abhaltung einer Versammlung finden konnten.

Im Bezirk Leipzig beschlossen in den Ausstand einzutreten: die Schuhmachergehülfen Leipzigs wegen Nichtgewährung des neu ausgearbeiteten Lohntarifs, die Cementarbeiter Leipzigs und Umgebung, sobald nicht ein Stundenlohn von 50 bezw. 40 Pf. gewährt würde; die Dachdeckergehilfen bei Nichtbewilligung der aufgestellten Lohnforde-

rungen; die Zimmerer Leipzigs, sofern nicht 9½stündige Arbeitszeit eingeführt und 52 Pf. Stundenlohn gezahlt würde; die Schneidergehülfen, wenn die auf Einrichtung von Betriebswerkstätten, Aufstellung eines Lohntarifs und auf anderes gerichteten Wünsche nicht berücksichtigt würden; die Feilenhauergehilfen für den Fall der Versagung höheren Lohnes und kürzerer Arbeitszeit. Von den Mitgliedern der hier in Betracht kommenden Arbeiterverbände sind, soweit die Bewegungen derselben haben verfolgt werden können, alle diejenigen, denen die Arbeitgeber in den einzelnen Betrieben sich nicht entgegenkommend zeigten, auf kürzere oder längere Zeit ausständig geworden. Mitteilungen liegen betreffs der Feilenhauergehülfen vor, deren auf 40 Gehülfen und 7 Wochen sich erstreckender Ausstand durch das Gewerbegericht Leipzig mittels eines Vergleichs beigelegt wurde, welchem zufolge Akkordarbeit wegzufallen, die wöchentliche Arbeitszeit 58 Stunden und der Mindestlohn 35 Pf. für die Stunde zu betragen und die Lohnzahlung künftig Freitags stattzufinden hat, während nach Feierabend sowie Sonn- und Festtags außer auf besondere Verabredung, welche sich auch auf die Höhe der Löhnung zu erstrecken hat, nicht gearbeitet werden darf. Das Abkommen sollte bis Ende 1899 für beide Teile verbindliche Kraft haben.

Außer obigen Fällen erwähnt die Leipziger Inspektion noch mehrere Arbeitseinstellungen in einzelnen Fabriken, von denen diejenigen in einer Gummiwarenfabrik ebenfalls durch das Gewerbegericht geschlichtet wurde. In dieser Fabrik hatten 18 Drechsler und Polierer die Arbeit niedergelegt, obwohl sie sich ausdrücklich verpflichtet hatten, die angefangenen Akkordarbeiten zu den früher vereinbarten Preisen zu vollenden. Von dem Gewerbegericht wurde den Ausständigen in Gegenwart des Arbeitgebers die rechtswidrige Handlungsweise vorgehalten und es führte dies nach 3 Tagen zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Eine größere Bewegung fand unter den Leipziger Modelltischlern in 19 Fabriken statt, in denen zusammen 112 Tischler die Arbeit eingestellt hatten. Der Ausstand erreichte nach 14 Wochen sein Ende; 17 Tischler nahmen während desselben die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen auf, während 35 Gehülfen abreisten. Die Arbeiter erreichten, daß der Mindestlohn auf 45 Pf. für die Stunde erhöht wurde und somit um etwa 11 pCt. stieg, wogegen die Arbeitszeit unverändert blieb.

Die Mitwirkung der Leipziger Inspektion in der Herbeiführung

einer Einigung zwischen den ausständigen Arbeitern und dem Arbeitgeber wurde von der Ortspolizeibehörde in einem Falle angerufen und führte zu dem gewünschten Erfolge.

Wir haben uns bemüht, die Mitteilungen einiger sächsischer Fabrikinspektoren über die im Jahre 1898 vorgekommenen Arbeitseinstellungen und ihren Ausgang möglichst vollständig und wörtlich nach den Berichten abzudrucken, um unsere Leser in den Stand zu setzen, sich über verschiedene in Sachsen im letzten Jahre vorgekommene Arbeiterausstände und ihre Ursachen genauer zu informieren und danach selbst sich ihr Urteil zu bilden.

3. Wohlfahrtseinrichtungen, Verbesserung der Lohnverhältnisse und Löhnungsmethoden, Arbeiterausschüsse, Arbeitsnachweisstellen u. s. w. Zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerbeinspektoren gehört unbedingt die Beobachtung aller auf die Arbeiterwohlfahrt bezüglichen Einrichtungen und die Berichterstattung über Verbesserungen und Neuerungen auf diesem Gebiete. Die meisten sächsischen Inspektionsberichte enthalten auch darüber viele wertvolle Mitteilungen, über welche wir in diesem Hefte nicht so eingehend berichten können, wie über die erledigten Beschwerden und vorgekommenen Arbeitseinstellungen. Alljährlich werden, wie im übrigen Deutschland, auch in Sachsen neue bessere Sparkasseneinrichtungen, Unterstützungs-, Pensions-, Witwen- und Waisenkassen freiwillig geschaffen und hohe Vermächtnisse und Stiftungen zum Wohle der Arbeiter begründet.

Innerhalb zahlreicher Fabriken werden für größere Leistungen und längere Dienstzeit Produktionsprämien, Alterszulagen, statutarische Gewinnanteile, feste Vergütung für mehrjährige Dienstzeit bewilligt und in den einzelnen Fabriken neue Badeeinrichtungen, Arbeiterwohnhäuser, Koch- und Haushaltungsschulen, Fabrikküchen, Arbeiterbibliotheken, Urlaubsbewilligungen unter Fortzahlung der Löhne und andere Erleichterungen gewährt, um den socialen Frieden mehr zu sichern.

Auch gemeinnützige Vereine beteiligen sich vielfach an der Verbesserung des Wohnungswesens und der Ernährungsweise der Bevölkerung, sowie an der Hebung der Volksbildung und Volksgeselligkeit und an anderen öffentlichen Veranstaltungen für Arbeiterwohl. Am thätigsten müssen natürlich die Arbeitgeber selbst überall für ihre Arbeiter sorgen. Die wirksamste Fürsorge besteht in einer Erhöhung der Löhne oder in Gewährung von Gewinnanteilen. Der Freiberger Gewerbeinspektor berichtet über einen beachtenswerten Schritt der

Flachsspinnerei der sächsischen Leinenindustrie-Gesellschaft vormals H. C. Müller & Hirt in Freiberg, welche im Jahre 1898 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen hat, sämtliche im Laufe des Geschäftsjahres von ihr beschäftigte und bis zur Generalversammlung ununterbrochen arbeitende Personen am Geschäftsgewinne teilnehmen zu lassen, und zwar soll jeder Gewinnberechtigte soviel Prozente der von ihm im verflossenen Geschäftsjahre verdienten Lohnsumme erhalten, als der von der Generalversammlung der Aktionäre festgestellte Dividenden-Prozentsatz beträgt: „Für das Jahr 1898 werde der Gewinnanteil mindestens 5 pCt. betragen." — Solche Abtretungen von Gewinnanteilen an die Arbeiter haben schon in vielen Unternehmungen den Reingewinn von Fabrikanten und Aktionären nicht etwa geschmälert, sondern sogar erhöht. Die Arbeiter werden guten Unternehmern gern dafür auch mehr leisten und pflegen auch den Dank nicht etwa immer schuldig zu bleiben. Der Leipziger Fabrikinspektor schließt seinen Bericht (S. 174) mit folgenden Bemerkungen: „Die Arbeiter der Leipziger Wollkämmerei zu Leipzig widmeten im Berichtsjahre der Arbeitgeberin eine marmorne, am Eingange in das Geschäftshaus der Fabrik angebrachte Gedenktafel, auf welcher anläßlich des 25jährigen Bestehens des Unternehmens der Dank der Arbeiterschaft für langjährigen und gesicherten Verdienst seinen Ausdruck gefunden hat."

Arbeiterausschüsse scheinen nur in einer geringen Anzahl von Betrieben zu bestehen und den Arbeitgebern wenig sympathisch zu sein. Im Dresdener Bezirk „äußerten mehrfach Arbeitgeber die Absicht, den bestehenden Arbeiterausschuß wieder abzuschaffen, da die Mitglieder desselben sich weniger mit den thatsächlichen Verhältnissen des betreffenden Betriebes, als mit sozialdemokratischen Zukunftsplänen, Einführung des Achtstundentages u. a. m. beschäftigten". — Bei der Revision im Bezirk Chemnitz nahmen die Beamten der Inspektion vielfach Gelegenheit, sich nach den in den Arbeitsordnungen vorgesehenen Arbeiterausschüssen oder Arbeitervertretungen zu erkundigen, deren Neuwahl oder Ergänzung in 4 Fällen angeordnet werden mußte. In 20 Fällen, in welchen zumeist gleichzeitig Beschwerden erörtert worden sind, wurde eingehende Rücksprache mit den Ausschüssen oder mit einzelnen Mitgliedern derselben genommen, um auch die Ansicht der Arbeiter über diese oder jene Zustände zu hören und ein möglichst zutreffendes Urteil zu gewinnen. Bei diesen Befragungen sind mitunter, wenn auch verhältnismäßig selten, Wünsche

geäußert oder Mitteilungen über bestehende Mißstände gemacht worden. In einigen Fällen regten die Arbeiterausschüsse von Maschinenfabriken und Eisengießereien die Beschaffung heizbarer Arbeiteraufenthaltsräume und die öftere Reinigung von Abortanlagen an. „Im allgemeinen — so bemerkt der Chemnitzer Bericht — darf wohl gesagt werden, daß in vielen Betrieben ein wirkliches Bedürfnis für Arbeiterausschüsse nicht vorhanden zu sein scheint; mag auch das gleichgültige Verhalten mancher Arbeitgeber in dieser Hinsicht nicht unwesentlich dazu beitragen, so dürften doch vielfach auch andere, mehr auf seiten der Arbeitnehmer liegende Umstände hieran schuld sein. So wurde bei der Revision einer Kesselschmiede der Fall bekannt, daß die Mitglieder des ehemaligen dreigliedrigen Arbeiterausschusses derselben ihr Amt deswegen niedergelegt hatten, weil sie auf Ersuchen der Arbeitskollegen wiederholt wegen ganz geringfügiger, oft unbilliger und nichtiger Anliegen bei den Vorgesetzten vorstellig werden sollten."

Arbeitsnachweisstellen waren in dem Bezirk Dresden zur Zeit 2, von größeren Vereinigungen ins Leben gerufen. Diejenige des Verbandes der Großindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden vermittelte vom 11. Juli bis Ende Dezember 1898 3429 und die Nachweisstelle der deutschen Gewerkvereine im Laufe des Jahres 429 Arbeitsstellen. — Im Bezirk Chemnitz vermittelte die schon einige Jahre bestehende Arbeitsnachweisstelle des Chemnitzer Bezirksverbandes deutscher Metallindustrieller zu Chemnitz im Berichtsjahre 13 934 Stellen, das sind 2794 Stellen mehr als im Vorjahre, während die ebenfalls vor mehreren Jahren errichtete Arbeitsnachweisstelle der Textilindustriellen zu Chemnitz in der Lage war, insgesamt 8804 Arbeitern, darunter 5907 weiblichen Personen, Arbeitsgelegenheit nachzuweisen. — Zu diesen beiden Arbeitsnachweisen ist im September 1897 eine neue Nachweisstelle getreten, nämlich die für gediente Soldaten, welche von dem Verbande der Militärvereine unter dem Namen „Sachsenstiftung" ins Leben gerufen wurde. Die Hauptstelle Chemnitz mit ihren Nebenstellen zu Limbach, Stollberg und Thalheim hat bis zum Schlusse des Berichtsjahres bei einer Anmeldung von 287 Arbeitgebern und 350 Arbeitsuchenden die Besetzung von 87 Stellen vermittelt. — Im Bezirk Leipzig wurde die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises bei der Stadtgemeinde Leipzig angeregt, vorläufig aber abgelehnt; dagegen haben sich einige 70 der bedeutenderen Firmen der Holzindustrie Leipzigs nach Art des ganz Deutschland umfassenden Ver-

bandes der Metallindustriellen vereinigt, um besonders durch Errichtung eines Arbeitsnachweises der Holzindustriellen den Prinzipalen brauchbare Arbeitskräfte zuzuführen, sowie den Gesellen und Gehülfen das Auffinden von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Andererseits strebt der neue Verband an, die Solidarität der Mitglieder zu pflegen und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Gehülfenschaft und Arbeitgebern in den einzelnen Betrieben und Werkstätten vermittelnd einzugreifen.

Ferner erwähnt der Leipziger Bericht noch den „Leipziger Arbeitsnachweis für gediente Soldaten", der jetzt die Nebenbezeichnung „Geschäftsstelle der Sachsenstiftung" führt, da unter diesem Namen und aus den Mitteln der seit 22. März 1897 gegründeten Stiftung gleichen Namens in allen Teilen des Sachsenlandes nach dem Leipziger Vorbilde Arbeitsnachweise für gediente Militärs eingerichtet worden sind, welche untereinander in Verbindung stehen. Der Leipziger Nachweis besteht seit 5 Jahren und wurde im Jahre 1898 wieder stark beansprucht. Die Unterbringung nicht ständiger und ungelernter Arbeiter gestaltet sich infolge geringerer Nachfrage ungleich schwieriger als derjenigen, welche ein Handwerk erlernt haben (Zahlen fehlen). Der Leipziger Bericht fügt seinen Mitteilungen über Arbeitsnachweise noch folgende Bemerkung bei: „Unter den Arbeitern macht sich eine Gegenströmung gegen die ohne ihre Mitwirkung bestehenden Arbeitsnachweise bemerkbar, und hat dies bei verschiedenen Arbeiterverbänden Leipzigs bereits zur Errichtung eigener Arbeitsnachweise geführt." — Diese letztere Bemerkung bestärkt die Redaktion in der Ansicht, daß die Bestrebungen des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" und derjenigen gemeinnützigen oder städtischen oder Facharbeitsnachweise, in denen sowohl Vertreter von Arbeitgebern wie auch von Arbeitnehmern vertreten sind, im allgemeinen Interesse aller Beteiligten vorzugsweise gefördert werden sollten.

In betreff der Thätigkeit der Gewerbegerichte wird u. a. mitgeteilt, daß sich das Gewerbegericht für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz einschließlich der Städte Limbach und Stollberg im Berichtsjahre mit 302 Klagen beschäftigte, von denen 192 durch Vergleich, 1 durch Verzichtung, 28 durch Zurücknahme, 18 durch Versäumnisurteile und 35 durch andere Endurteile Erledigung fanden.

Bei dem Gewerbegericht der Stadt Chemnitz sind im Berichtsjahre 981 Streitigkeiten anhängig gewesen und es waren davon angebracht:

89 von Arbeitgebern gegen Arbeiter
884 von Arbeitern gegen Arbeitgeber
8 von Arbeitern gegen Arbeiter.

Erledigt wurden 979 Streitpunkte, nämlich 482 durch Vergleich, 387 durch Rücknahme, Liegenlassen, außergerichtliche Vergleiche usw. 33 durch Versäumnisurteil und 77 durch anderes Endurteil. Als Einigungsamt ist keines der beiden Gewerbegerichte thätig gewesen.

Vor dem Leipziger Gewerbegericht waren im Berichtsjahre 3235 Klagen anhängig. Als Kläger traten 495 Arbeitgeber, 2734 Arbeitnehmer und 6 Arbeiter desselben Arbeitgebers gegen einander auf. In 1736 Fällen kam gerichtlicher Vergleich und in 366 Zurückziehung der Klage zu stande; 493 Fälle fanden durch Verlassen des Termins ohne Antragstellung und 368 durch Nichterscheinen der Parteien im Termin ihre Erledigung, während 16 unentschieden gebliebene Fälle auf das neue Jahr hinüberzunehmen waren.

Vor dem Gewerbegericht zu Bautzen waren im Jahre 1897 nur 53, dagegen 1898 117 Klagen erhoben, in 88 Fällen von Arbeitnehmern und in 29 Fällen von Arbeitgebern. Von den 117 Klagen wurden 66 durch Klagerücknahme, 27 durch Vergleich und 21 durch Urteil zur Erledigung gebracht, in 3 Fällen ruht das Verfahren. Die Rücknahme der Klage erfolgt in der Regel erst nach Abschluß der kontradiktorischen Verhandlung und nach erfolgter Rechtsbelehrung auf Anraten des Vorsitzenden. Bei den 21 durch Urteil erledigten Streitigkeiten wurden in 8 Fällen der Arbeitgeber und in 6 Fällen der Arbeitnehmer verurteilt. In 7 Fällen wurde der klagende Arbeitnehmer abgewiesen.

Deutsche Arbeitsstätten in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter.

1. Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof in Bayern.

Die „Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof" in Bayern wurde 1870 gegründet, sie gehört zu den größten Etablissements der Textilindustrie Bayerns. Zur Zeit sind, bei einem Umfang der Fabrik von 74 000 Spindeln und 900 Webstühlen, 1350 Arbeiter in derselben beschäftigt. Die Leitung der Spinnerei entwickelt eine planmäßige Fürsorge in der Wohlfahrt ihrer Angestellten und Arbeiter, eine Thatsache, die bei dem Besuche einer Kommission der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen" im Herbste des Vorjahres voll anerkannt wurde. In Veranlassung dieses Besuches entstand eine gedruckte „Darstellung der vorhandenen Einrichtungen der Spinnerei-Abteilung zu Arbeiter-Wohlfahrtszwecken". Vorhanden war bereits eine ebenfalls gedruckte Schrift: „Zur Erinnerung an die Gedenkfeier des 25jährigen Bestehens der Neuen Baumwoll-Spinnerei Hof, abgehalten im festlich geschmückten Hofe der Arbeiterwohnungen am Sonntag, den 7. April 1895. Gewidmet sämtlichen Teilnehmern." Diese beiden Druckschriften, sowie eine uns freundlich übermittelte ergänzende Darstellung des Fabrikdirektors Rudolf sind der nachfolgenden Darstellung zu Grunde gelegt.

Die meisten der nachfolgenden Angaben beziehen sich auf die Spinnerei-Abteilung, welche etwa die Hälfte der Arbeiter beschäftigt, da die Weberei früher eine selbständige Aktiengesellschaft war und durch Fusion im Jahre 1890 dem Etablissement angegliedert wurde. Die Weberei hat gleichfalls eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen aufzuweisen, die Anpassung derselben an diejenigen der Spinnerei ist jedoch noch nicht ganz durchgeführt. Für die Fortführung der gesamten Wohlfahrtseinrichtungen wurde im Jahre 1898 ein Beitrag von 45 000 Mk. aufgewendet. Von den Einzel-Institutionen erwähnen wir:

1. Beamten-Pensionsfonds. Dieser wurde aus Anlaß des oben erwähnten 25jährigen Jubilums mit einer Dotation von 30 000 Mark geschaffen und betrug nach Verschmelzung beider Fonds für Spinnerei und Weberei Ende 1898: 86 938 Mk.

2. Beamten-Gratifikationen. Solche werden alljährlich aus den Reinerträgnissen bewilligt, am Schlusse des Geschäftsjahres 1898 ca. 15 000 Mk.

3. Arbeiter-Pensions- und Unterstützungskasse. Das angesammelte Kapital dieser Kasse betrug Ende 1898: 448 002 Mk. Würdige und bedürftige Arbeiter erhalten nach 15 Dienstjahren, insofern dieselben wegen gänzlicher und teilweiser Arbeitsunfähigkeit den Fabrikdienst nicht mehr verrichten können, statutarisch aus dieser Kasse folgende Pensionen:

72 Mk.	jährlich	für volle 15—20	Dienstjahre
96 "	"	" 20—25	"
120 "	"	" 25—30	"
144 "	"	" 30—35	"
168 "	"	" 35—40	"
192 "	"	" 40	" und darüber.

Ende 1898 gab es 15 Arbeiter-Pensionäre.

Diese Kasse gewährt ferner außerordentliche Zuwendungen in dringenden Notfällen, sowie Lohnzuschüsse und sonstige Beihülfen in bedrängten Lagen an Arbeiter, welche das Arbeitsverhältnis zwar fortsetzen, infolge von Alter oder Gebrechlichkeit aber unfähig sind, in Bezug auf Leistung mit ihren Nebenarbeitern gleichen Schritt zu halten. Die Zuschüsse hierfür betragen 20 Pf. bis 1 Mk. pro Arbeitstag und erreichten im Jahre 1897 für 21 Arbeiter den Betrag von 2264,50 Mk.

4. Weihnachtsgeschenke. Die Skala für die Verabfolgung dieser im Jahre 1887 eingeführten Geschenke ist folgende:

a) bei ununterbrochener 5jähriger Dienstzeit:

15 Mk. an Verheiratete
10 " " Unverheiratete } beiderlei Geschlechts;

b) bei einer Dienstzeit von ½—5 Jahren:

10 Mk. an Verheiratete
5 " " Unverheiratete } beiderlei Geschlechts,
3 " " Jugendliche unter 16 Jahren,
10 " " Meister- und Aufsichtspersonal extra.

Im Jahre 1897 bezifferte sich der Gesamtbetrag auf 5795 Mk.

5. Jahresgeschenke nach der jedesmaligen ordentlichen Generalversammlung an alle Arbeiter mit mindestens 5jähriger ununterbrochener Dienstzeit, in Form von Sparkassen-Einlagen mit demjenigen Ertrage, welchen der Arbeiter im Vorjahre an die Krankenkasse gesetzlich zu leisten hatte. Diese Einrichtung besteht seit 1890, der Aufwand belief sich 1897 auf 3210 Mk.

6. Kinderschule, mit benachbarten Fabriken 1881 gegründet. Dieselbe nimmt die Kinder von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht auf.

7. Außerordentlicher Lohnzuschlag an sämtliche Arbeiter mit mindestens 2jähriger ununterbrochener Dienstzeit, auszahlbar in 3 viermonatlichen Perioden. — Nach den vorliegenden Unterlagen gewährte die Gesellschaft in Anbetracht der günstigen Geschäftslage für die Jahre 1895—1897 einen Lohnzuschlag von 5 pCt. und zwar 1896 an 478 Arbeiter in Höhe von 15 027,60 Mk., 1897 an 437 Arbeiter in Höhe von 14 063,90 Mk., für 1898 wurde ein solcher Zuschlag in Höhe von 3 pCt. gewährt. Die Einrichtung hat keinen ständigen Charakter.

8. Der Gesangverein „Liederkranz der Neuen Baumwoll-Spinnerei Hof" wurde 1895 auf Anregung und unter Förderung der Fabrikdirektion gegründet. Die Direktion stellt das Übungslokal unentgeltlich zur Verfügung und deckt auch etwaige Fehlbeträge.

9. Treuelohn. Seit 1895 werden alljährlich alle Arbeiter, welche im Laufe des Jahres eine 25jährige Dienstzeit vollendeten, durch Ehrengeschenke und Geldgaben erfreut. Im Jahre 1896 gab es 28, 1897 noch 23 und 1898 59 Arbeiter-Jubilare. Die Verabfolgung der Ehrenbezeugungen geschieht besonders feierlich unter Teilnahme aller Mitarbeiter und unter Mitwirkung von Musik und Gesang.

10. Aufenthaltssaal für die jugendlichen Arbeiter bei schlechter Witterung, sowie für die auswärts wohnenden Arbeiter zur Mittagszeit.

11. Speisewärme-Vorrichtungen in den einzelnen Arbeitssälen für mitgebrachte Speisen und Getränke.

12. Bade-Einrichtung bestehend in 4 Warm- und 7 Brausebädern zur unentgeltlichen Benutzung der Arbeiter.

13. Meister- und Arbeiterwohnungen. Für die Spinnerei giebt es zur Zeit 16 Meisterwohnungen und 88 Arbeiterwohnungen,

für die Weberei 42 Arbeiterwohnungen. Der jährliche Mietszins für die Meisterwohnungen schwankt zwischen 150 Mk. (2 Zimmer und 1 Kammer) und 260 Mk. (4 Zimmer und 2 Kammern), für Arbeiterwohnungen zwischen 47 Mk. (1 Zimmer) und 143 Mk. (2 Zimmer und 1 Kammer). Zu den meisten Wohnungen gehören Gartenanteile und Keller, sowie Waschhausnutzung. Sämtliche Wohnungen haben Wasserleitung.

14. Fabriksparkasse. Ende 1897 betrug die Zahl der Einleger 258, das eingezahlte Kapital 119 507,46 Mk.

15. Eine Fabrikfeuerwehr besteht seit 1884, sie besitzt sämtliche nötigen Löscheinrichtungen, hat eigenes Kommando und ist zur Zeit ca. 70 Mann stark.

16. Trinkwasserständer sind innerhalb und außerhalb der Fabrik an vielen Orten den Arbeitern zur Verfügung gestellt.

17. Eine neugeschlossene centralisierte Ventilation sorgt für energische Lufterneuerung und Luftbefeuchtung.

18. Als weitere Leistungen der Fabrikdirektion sind noch hervorzuheben: Verabfolgungen von Kohlen bei strengem Winter (1895), besondere Geldspenden bei günstigen Geschäftsabschlüssen (1896 8256 Mk.), die Feier eines Waldfestes gelegentlich des 25jährigen Bestehens der Firma (1895), verbunden mit Verteilung von Bargeschenken in Höhe von 27 626 Mk., der gemeinsame Besuch der Nürnberger Gewerbeausstellung mit einem Kostenaufwande von ca. 6000 Mk.

Die Feier des 25jährigen Bestehens der Firma lieferte ein sprechendes Zeugnis für den herzlichen Verkehr der Fabrikleitung mit dem Personal und für den guten Geist, der unter den Arbeitern herrscht. Nach der an jener Jubelfeier gehaltenen Ansprache des Direktors Rudolf „an seine lieben Arbeiter" waltet über dem Unternehmen ein Dreigestirn: die fleißig beharrliche Arbeit, die billige, gerechte, auf gegenseitiger Geduld begründete Ordnung und die gemeinsame Eintracht. Möge dieses Dreigestirn auch ferner einen wohlthunden Segen über die „Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof" zum fröhlichen Weitergedeihen ausströmen! P. Sch.

2. Die Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffbeck bei Hamburg.

(Filialen in Ostritz (Kgr. Sachsen), Oskarström (Schweden) und Bischweiler (Elsaß).)

Die Stammfabrik in Schiffbeck wurde 1883/84 errichtet. Diese beschäftigte Ende 1898 in Schiffbeck bei einem Umfang von 8132 Feinspindeln und 400 Webstühlen ca. 1500 Arbeiter, während in der Filiale Ostritz ca. 950 Arbeiter, in Oskarström ca. 1000 und in Bischweiler ca. 1100 Arbeiter angestellt waren, sodaß sich der Gesamtarbeiterbestand auf rund 4550 belief. Die nachstehend verzeichneten Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma sind für die Stammfabrik Schiffbeck in Wirksamkeit, sofern nicht ausdrücklich auf Grund der in den „Hamb. Nachr." vom 14. Januar 1899 und vom 12. März 1899 veröffentlichten Bilanz und Jahresbericht pro 1898 Angaben hinzugefügt sind, die sich auf die in den Filialen errichteten Einrichtungen beziehen. Im allgemeinen bemerkt die Direktion in einer kleinen Broschüre: „Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter der Norddeutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffbeck", daß sie „in Ostritz, Oskarström und Bischweiler ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen habe, wie in Schiffbeck."

1. Krippe. In dieser werden Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre aufgenommen. Zwei im Hause wohnende Diakonissen leiten die Krippe, welche an Wochentagen von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr geöffnet ist und den Kindern vollständige Verpflegung, Anleitung zum Gehen und passende Spielbeschäftigung bietet. Für Überwachung des Gesundheitszustandes sorgt der Fabrikarzt; die Oberaufsicht wird geführt von einem der Fabrikdirektoren, dem Pastor und dem Ortsvorsteher der Gemeinde Schiffbeck. Ende 1898: 16 Kinder.

A. Für Kinder und jugendliche Arbeiter.

2. Kindergarten und Fabrikschule. Eigenes neu errichtetes Gebäude mit Glockenturm. Für die Leitung und Überwachung des Kindergartens sind eine Kindergärtnerin und eine Haushälterin angestellt. Alle Kinder, welche das zweite Lebensjahr überschritten haben, gesund sind und gehen können, werden im Kindergarten mit Schule aufgenommen und können daselbst bis zum vollendeten 13. Lebensjahre

verweilen. Wie in der Krippe, so hat auch hier der Fabrikarzt über den Gesundheitszustand der Kinder zu wachen. Der Kindergarten ist während der Fabrikarbeitsstunden, 6—12 Uhr, 1—7 Uhr, geöffnet, zum mitgebrachten Frühstück wird den Kindern je ein Becher Milch verabfolgt. Durch Beobachtung peinlichster Sauberkeit der den Kindergarten besuchenden Kinder wird auch eine Rückwirkung auf die Eltern erzielt. Gegenwärtiger Besuch ca. 100 Kinder.

3. Fortbildungsschule. Der Unterricht ist für alle jungen Arbeiter der Fabrik vom 14. bis vollendeten 17. Lebensjahre obligatorisch, mit Genehmigung der Staatsregierung. Mit der Schule ist ein Turnverein verbunden, dessen Übungen zweimal wöchentlich stattfinden. Der Verein hat ein Trommler- und ein Pfeiferchor und unternimmt im Sommer Ausflüge unter Leitung des Lehrers.

4. Handarbeitsunterricht für Mädchen von 12—14 Jahren durch eine Lehrerin jeden Sonnabend-Nachmittag. Dieser Unterrichtszweig wurde 1886 mit 30 Schülerinnen eingerichtet, im Vorjahre nahmen bereits 68 Mädchen mit großem Interesse an demselben teil.

5. Koch- und Haushaltungsunterricht für Mädchen. In Gemeinschaft mit den übrigen Schülerinnen der oberen Klasse der Schiffbecker Gemeindeschule erhalten die Arbeitertöchter, welche diese Schule besuchen, Haushaltungsunterricht in dem von der Direktion zur Verfügung gestellten Raume. Zu den Kosten trägt die Direktion bei. Nach der Bilanz ult. Dezember 1897 beliefen sich die Kosten für vorstehend aufgeführte Unterrichts- 2c. Zwecke auf 7651,79 Mk.

B. Für erwachsene Arbeiter.

6. Arbeiterkolonie und Gartenhäuser. Die Kolonie enthält gegen 200 Arbeiterwohnungen. Außerdem hat die Fabrik 3 Meisterhäuser und 4 Beamtenwohnungen errichtet. Seit einigen Jahren errichtet die Firma sog. „Gartenhäuser" für die besser besoldeten Arbeiter, als Aufseher, Schlosser usw. Zur Zeit sind 27 solcher Häuser vorhanden. Die Koloniewohnungen, zu denen je ein Stück Gemüseland gehört, kosten an Miete, je nach der Größe, pro Woche 2 bis 3,50 Mk. Die Wohnungen sind wegen ihrer bequemen und gesunden Einrichtung und weil sie billig sind, sehr gesucht, so daß fast die Hälfte des gesamten Arbeiterpersonals in der Arbeiterkolonie untergebracht ist. Den Reflektanten auf „Gartenhäuser" wird eine einmalige Bauprämie von 500 Mk. seitens der Direktion gewährt, und ihnen die

nötige Hypothekenaufnahme derartig vermittelt, daß es dem betreffenden Arbeiter möglich wird, nach 13 Jahren Eigentümer des Hauses zu sein. In der Bilanz pro 1897 steht die Arbeiterkolonie inkl. Schulhaus und Kindergarten mit dem Betrage von 575 000 Mk. zu Buch. Die Beamten- und Arbeiterwohnungen in der Filiale Ostritz i. S. stehen mit 214 000 Mk. zu Buch.

7. Das Arbeiter-Vereinshaus enthält zur unentgeltlichen Benutzung ein großes Vereinszimmer, in welchem der Arbeiter-Gesangsverein und der Arbeiter-Musikverein ihre Übungen abhalten. Das Vereinshaus bietet außerdem Lesezimmer und Billardzimmer. Die Küche des Vereinshauses wird von einem Arbeiter verwaltet, welcher nach dem von der Direktion aufgestellten Preiskourant kräftige und billige Kost verabreicht. Ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Gemüse, Fleisch und Brot kostet 30 Pf. Eine besondere Arbeiterkommission überwacht die Qualität der Speisen und Getränke. Der jährliche Überschuß der Speiseanstalt des Vereinshauses von ca. 2000 Mk. fließt dem Arbeiter-Konsumverein zu.

8. Dampf-Warmöfen für Warmhaltung von mitgebrachten Speisen und Getränken sind 4 in der Fabrik aufgestellt.

9. Die Arbeiter-Badeanstalt wurde 1889 mit 10 Zellen eröffnet. Vor kurzem wurde eine neue vergrößerte Anstalt errichtet, welche 17 Badezellen mit Wannen- und Douscheneinrichtungen enthält.

10. Schiffbecker Kirche. Um dem Wohle der Arbeiter auch in kirchlicher Beziehung Rechnung zu tragen, hat die Direktion auf Anregung des Pastors die Errichtung einer evangelischen Kirche in Schiffbeck unterstützt, welche eine Zierde des Ortes geworden ist. Die Kirche bietet Raum für 350 Personen.

11. Arbeiter-Bibliothek enthält 1000 unentgeltlich zur Benutzung überwiesene Bände.

12. Unentgeltliche ärztliche Sprechstunden werden durch die hierfür angestellten zwei Fabrikärzte zweimal wöchentlich in einem besonders hierfür eingerichteten Zimmer abgehalten. Neben dem Sprechzimmer befindet sich ein Krankenzimmer mit Hausapotheke, in welchem ein engagierter Heilgehülfe bei Unfällen und Unpäßlichkeiten zunächst die erforderliche Hülfe leistet. Das Gehalt für den Heilgehülfen — jährlich 1300 Mk. — zahlt die Fabrik, während Ärzte und Medikamente aus der Fabrik-Krankenkasse bezahlt werden.

13. Arbeiter-Unterstützungsfonds. Alljährlich werden Beträge diesem Fonds überwiesen — 1897 : 12 000 Mk. —, aus dem auch die Weihnachtsbescherungen für die Kinder bestritten werden.

14. Fabrik-Feuerwehr. Dieselbe wurde 1884 mit 24 Fabrikarbeitern errichtet, ist zur Zeit über 40 Mann stark und hat eine eigene Kapelle.

15. Gemeinnütziger Konsumverein. Der jährliche Umsatz dieses Vereins, dem ca. 800 Arbeiterfamilien angehören, beläuft sich auf rund 120 000 Mk. Eigenes Gebäude. Der Gewinn, zu welchem auch der Überschuß der Vereinshauskantine (s. o.) gehört, wird alljährlich als Dividende an die beteiligten Arbeiter verteilt.

16. Koch- und Haushaltsunterricht wird nicht nur an Schulmädchen (s. o.), sondern auch an alle junge Arbeiterinnen, nach einem von der Fabrikleitung festgesetzten Turnus, erteilt. Der Unterricht wird in der Küche des Vereinshauses erteilt, auch werden von den Kursisten die Einkäufe für die Vereinshaus-Küche besorgt. Für die durch die Teilnahme am Kursus in der Fabrik versäumte Zeit wird voller Lohn gewährt.

17. Die Fabrik-Sparkasse ist verbunden mit einer Vorschuß-, Witwen- und Waisenkasse. Die Arbeiter legen 2 pCt. ihres verdienten Arbeitslohnes in die Sparkasse, die Fabrik verzinst diese Einlagen mit 5 pCt. Außerdem erhält jeder Sparer am Schluß des Jahres eine Prämie von 20 pCt. des in dem betreffenden Jahre gesparten Betrages, außerdem stiftete die Fabrik für die 20 besten Sparer besondere Prämien in Höhe von 20—250 Mk. Nach der Bilanz pro 1897 beliefen sich die Zuschüsse der Fabrik für die Sparlust der Arbeiter auf nicht weniger als 13 975,26 Mk. Für den Witwen- und Waisenfonds leistet die Fabrik einen Jahresbeitrag von 3000—3500 Mk. Die Witwe eines Arbeiters, der mindestens 5 Jahre der Fabrik angehörte, erhält aus den vorerwähnten Fonds sofort nach dem Ableben des Mannes, oder falls die Frau schon vorher verstorben ist, die etwa hinterbliebenen Waisen unter 16 Jahren eine bare Auszahlung von 300 Mk. und außerdem für die nächsten fünf Jahre eine Unterstützung von jährlich 100 Mk.

18. Arbeiterausschuß. Die Meister und Vorarbeiter der einzelnen Abteilungen des Etablissements treten täglich bei dem technischen Direktor und dessen Assistenten zu einer Konferenz zusammen, in welcher alle Fragen des Betriebes, auch die etwaigen

Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter zur Sprache kommen. Außerdem besteht ein von den Arbeitern gewählter Arbeiterausschuß. Die Thätigkeit der letzterwähnten Institution hat nach den Mitteilungen der Direktion nicht am wenigsten mit zur Aufrechterhaltung des gegenseitigen Vertrauens und des guten Einvernehmens in der Schiffbecker Jutespinnerei beigetragen.

---

3. Die Maschinenfabrik von Heinrich Lanz in Mannheim.

Die Fabrik, die neben ihrer Hauptstelle in Mannheim auch Filialen in Berlin, Breslau, Königsberg i. Pr., Köln und Regensburg unterhält und demnächst in Kostheim bei Mainz eine Zweiganstalt errichten wird, ist aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Inhaber, Kommerzienrat Heinrich Lanz, hat seinen Betrieb in Mannheim 1859 mit zwei Arbeitern eröffnet; jetzt werden 2100 Arbeiter beschäftigt. Das Personalverzeichniß ergiebt, daß noch einer der im Jahre 1859 Angestellten als Verwalter im Geschäft thätig ist, ein Monteur ist seit 1863, ein Meister seit 1866, ein Werkstattsvorstand seit 1867, ein Buchhalter seit 1868 in dem Betriebe thätig, während aus den Jahren 1869 bis 1879 eine größere Anzahl von Beamten, Angestellten, Dienern, Meistern und Arbeitern fortgesetzt bis auf den heutigen Tag im Geschäft thätig gewesen sind und manche schon Alters- und Jubiläumsprämien empfangen haben.

Die regelmäßige Arbeitszeit in den Fabrikwerkstätten und Betrieben ist $9\frac{1}{2}$ Stunden täglich.

Die Arbeitsordnung kennt keinerlei Geldstrafen.

Die Krankenkassen leisten die gesetzliche Hülfe, welche jedoch durch besondere Stiftungskassen (s. u.) erhöht wird.

Seit 1890 ist die Wohlfahrtspflege der Angestellten und Arbeiter planmäßig organisirt.

Am 9. März 1890 errichtete der Geschäftsinhaber gelegentlich seiner silbernen Hochzeit mit einem Kapital von 100 000 Mk. eine Stiftung für alte Beamte und Meister, welche weniger als 4000 Mk. Jahreseinkommen haben, im Fall sie erkranken und die Krankheit länger währt, als das Gehalt vertragsmäßig fortzuzahlen ist; und zwar sollen sie erhalten während 6 Monaten $\frac{2}{3}$ des Gehalts, während weiterer 6 Monate $\frac{1}{2}$ des Gehalts, und dann noch weitere

Unterstützung als Zuschuß zu irgend welcher auf Gesetz oder Verträge basierenden Rente (Unfall).

Unterstützungen sollen auch gegeben werden bei längerer Krankheit eines Familienangehörigen der betreffenden Angestellten und im Falle der Arbeitsunfähigkeit, sei sie durch Alter, Unfall oder Krankheit erfolgt, unbeschadet der gesetzlichen Renten.

Im Jahre 1893 errichtete der Geschäftsinhaber eine Kranken- und Familien-Unterstützungskasse für Arbeiter, deren Leistungen er übernahm und durch eine Anordnung vom März 1895 wie folgt festsetzte:

Alle Arbeiter (und deren Familien) seiner Fabriken und Gießerei erhalten, wenn sie in Mannheim wohnen:

I. bei andauernder Krankheit des Mannes

1. bei mindestens dreijähriger Dauer der Anstellung einen Beitrag zur Wohnungsmiete vom vierten Monat ab, weil nur bis dahin die Krankenkasse volle Unterstützungen zahlt);
2. bei 5—10jähriger Anstellung, Bezahlung der Wohnungsmiete und wöchentlich 5 Mk. Krankengeld vom vierten Monat ab, weil nur bis dahin die Krankenkasse volle Unterstützungen zahlt, und vom Beginn des siebenten Monats ab Wohnungsmiete und 15 Mk. Krankengeld;
3. bei zehnjähriger und längerer Dauer der Anstellung, vom vierten Monat ab Wohnungsmiete und wöchentlich 7 Mk., vom siebenten Monat ab Wohnungsmiete und wöchentlich 20 Mk. Krankengeld.

Die Unterstützungen werden bis zum Eintritt der Hülfe durch Invalidenrente unbedingt bezahlt und je nach den Umständen in gleicher Weise abgemindert für weitere Krankheitsdauer.

II. Bei andauernder Krankheit der Frau

werden vom zweiten Monat ab, wenn der Mann mindestens 5 Jahre im Etablissement thätig war, pro Woche 5 Mk. Unterstützung gezahlt, oder bei Spitalbehandlung der Kranken die Hälfte der Kosten.

Für besondere Heilungszwecke oder behufs Erholung stehen weitere Unterstützungen in Aussicht.

III. Unterstützungen im Falle der Erkrankung von Kindern sind je nach den Umständen hinsichtlich Dauer und Höhe festzusetzen.

IV. Unterstützungen im Falle des Ablebens eines mindestens 5 Jahre in der Fabrik angestellten Arbeiters. Im ersten Quartal 40 Mk., im zweiten 30 Mk., im dritten 20 Mk., im vierten 10 Mk.

Bei unverschuldeten Unfällen, welche Arbeiter erleiden, die mindestens vier Wochen angestellt waren, sollen vom Tage des Unfalles an Zuschüsse zum Krankengeld gezahlt werden bis zum Eintritt der Zahlungen der Unfall- oder Invaliditätsrenten.

Arbeiter, die nicht in Mannheim wohnen, auch die bei den Filialen beschäftigten,

erhalten bei andauernder Krankheit des Mannes, wenn er bereits 5 Jahre im Geschäft thätig war, vom vierten Monat ab wöchentlich 6 Mk., vom siebenten Monat ab wöchentlich 10 Mk. Fortdauer der Unterstützung auch nach Eintritt der Zahlung einer Invalidenrente bleibt den besonderen Umständen vorbehalten.

Bei andauernder Krankheit der Frau werden vom Beginn des zweiten Monats ab monatlich 15 Mk. Unterstützung oder bei Spitalverpflegung die Hälfte der Kosten gewährt. Bei Krankheit der Kinder wird je nach den Umständen die Höhe der Unterstützung festgesetzt.

Im Falle des Ablebens eines auswärts wohnenden Arbeiters, der mindestens 5 Jahre im Geschäft thätig war, werden die gleichen Unterstützungen an die Familien gewährt, wie bei den in Mannheim wohnenden, ebenso wird auch bei Unfällen der Auswärtige ebenso behandelt wie der in Mannheim Ansässige.

Anmeldungen für die Unterstützungen sind entweder durch den behandelnden Arzt oder schriftlich an die Direktoren zu richten, können aber aber auch mündlich an erstere gerichtet werden. Erwünscht ist jedoch mündliche Anmeldung beim Geschäftsinhaber in seiner dazu angesetzten Sprechstunde an jedem Donnerstag von 12—1 Uhr.

In keinem Falle dürfen den Genesenen irgend welche Nachteile treffen, weil er Unterstützung in Krankheit erhielt.

Am 15. August 1897 errichtete die Firma „im Hinblick auf etwaige spätere schlechtere Geschäftsperioden" eine Kasse für verheiratete Arbeitslose, deren innere Einrichtung aus dem unter „Materialien" abgedruckten Statut zu ersehen ist.

Das stete Sinken des Zinsfußes für Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen veranlaßte den Inhaber der Firma zu Neujahr 1898 eine Fabriksparkasse zu errichten.

Dieselbe verzinst Einlagen bis zu 500 Mk. mit 5 pCt., größere Beträge bis zu 2000 Mk. mit 4 pCt.

Abgesehen von der vertragsmäßigen Beschränkung der Auszahlung der gemachten Ersparnisse an Lehrlinge ist die Verwaltung der Kasse den öffentlichen Sparkassen nachgebildet.

Am 9. März 1898, gelegentlich seines 60sten Geburtstages stiftete der Geschäftsinhaber eine Million Mark in 3procentigen Staatspapieren zur Errichtung einer allgemeinen Kranken- und Familien-Unterstützungskasse für seine sämmtlichen Arbeiter.

Aus dem Zinsertrag sollen im Anschluß an die 1893 errichtete Unterstützungskasse unterstützt werden:

1. kranke Arbeiter;
2. Arbeiterfamilien, in denen die Frau erkrankt ist;

3. sollen Unterstützungen bei allen Gelegenheiten, in denen solche nötig erscheinen, an Arbeiterfamilien gewährt werden, insbesondere bei unverschuldeten Zufällen und im Falle des Ablebens eines Arbeiters.

Höhe und Dauer der Unterstützungen richten sich nach den Verhältnissen und den Mitteln der Kasse und sollen, soweit dies möglich ist, jährlich im voraus im allgemeinen festgesetzt werden. Die nicht verbrauchten Zinserträgnisse sind zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden, auch können diese Beträge zur Wiederergänzung des Kapitals bei etwaigen Kursverlusten 2c. dienen.

In der Regel sollen nur Arbeiter und deren Familien unterstützt werden, nachdem der Betreffende drei Jahre im Betrieb gearbeitet hat.

Im Falle der Auflösung der Fabrik ist der Bestand an Zins und Reserve unter würdige Arbeiter und Arbeiterwitwen zu vertheilen und, für den Fall des Übergangs der Fabrik an Fremde (Nichtnachkommen des Stifters), soll die Stiftung unter dem Namen Heinrich und Julie Lanz-Stiftung in eine der Nächstenliebe oder Vaterlandsliebe dienende Stiftung umgewandelt werden.

Die Stiftungsverwaltung wird stets Sache der Firma und deren Leiter sein, die ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen.

Für Arbeiterwohnungen und Speiseanstalten oder andere Wohlfahrtseinrichtungen ist bisher nichts selbständiges geschehen, die Firma unterstützt jedoch vielmehr alle allgemeinen derartigen Bestrebungen an ihren Niederlassungsorten.

M. May.

II. Materialien
für praktische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Kasse für Arbeitslose der Maschinenfabrik von Heinrich Lanz in Mannheim.

Der gegenwärtige günstige Geschäftsgang veranlaßt mich, auch an künftige schlechtere Geschäftszeiten zu denken und zu versuchen, die mißlichen Folgen zu lindern, welche dann durch etwa eintretenden Arbeitsmangel entstehen können.

Ich habe deshalb eine Kasse für Arbeitslose gegründet, indem ich derselben ein Geschenk machte von 20 000 Mark in 3prozentigen Staatspapieren, um mit diesem Kapital, mit den Zinsen aus demselben und mit anderen in günstigen Jahren zu machenden Zuschüssen für etwaige Arbeitslose der Firma eintreten zu können.

Für diese Kasse sind folgende Grundregeln festgesetzt worden:

§ 1. Die Fabriken und die Gießerei meiner Firma vergüten für jede längere Arbeitszeit als $10^1/_2$ Stunden täglich, vom Ablauf der 9ten Stunde an, für die ganze Überzeit pro Mann und Stunde 10 Pfennig an die Kasse für Arbeitslose. An dem Lohne und Akkord der Arbeiter darf nichts gekürzt werden.

§ 2. Unterstützungsberechtigt ist jeder hier wohnsitzberechtigte und hier wohnende verheiratete Arbeiter, welcher wegen Arbeitsmangel im Spätjahr oder Winter entlassen werden mußte, bei der Entlassung mindestens ein Jahr lang angestellt war und nach der Entlassung keine Arbeit finden kann.

§ 3. Die Unterstützung beginnt 14 Tage nach der Entlassung, frühestens vom 1. Dezember an und dauert bis spätestens Ende Februar des gleichen Winters. Sie beträgt je nach der Arbeitsdauer und nach dem Lohne des Entlassenen:

a) wenn er mindestens 3 Jahre lang ununterbrochen in der Firma angestellt war:

für Mann und Frau pro Woche	Mk. 10,—	bis Mk.	15,—
= 1 Kind unter 14 Jahren pro Woche . .	=	=	2,50
= 2 Kinder unter 14 Jahren pro Woche .	=	=	4,—
= jedes weitere Kind . . . = = .	=	=	1,50

b) wenn er weniger als 3 Jahre und mehr als 1 Jahr angestellt war, die Hälfte der unter a) bezeichneten Unterstützungen.

§ 4. Die Gesamtleistungen der Kasse während eines Winters sind begrenzt wie folgt:

a) wenn das Vermögen am 1. Dezember mehr als 15 000 Mk. beträgt auf zwei Drittel des Vermögens;

b) wenn es weniger beträgt, auf 10 000 Mk.

Ist kein Vermögen mehr vorhanden, so hört die Kasse auf.

§ 5. Sollten die Unterstützungen voraussichtlich so zahlreich werden, daß die in § 3 bestimmten Beträge nicht für den ganzen Winter ausreichen könnten, so muß rechtzeitig eine entsprechende Verminderung eintreten. Diese Verminderung wird vom Vorstande der Fabrik-Krankenkasse auf Antrag der Fabrikleitung beschlossen. Findet der Antrag keine Majorität, so entscheidet das Großh. Bezirksamt hier als letzte Instanz.

§ 6. Falls über die Berechtigung von Ansprüchen Arbeitsloser Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fabrikleitung und dem Arbeitslosen besteht, so kann der Arbeitslose an den Vorstand der Fabrik-Krankenkasse Berufung einlegen; findet in demselben keine Einigung zwischen der Majorität der von mir ernannten Mitglieder und der Majorität der von den Arbeitern erwählten Mitglieder statt, so entscheidet als letzte Instanz das Großh. Bezirksamt hier.

§ 7. Wenn Entlassene anderwärts eine Stelle bekamen und diese wieder verloren, so haben sie keinen Anspruch mehr an die Kasse.

Wer nach der Entlassung durch außergewöhnliche Arbeiten, wie z. B. Steinklopfen, einen Verdienst erwerben kann, welcher nicht höher ist, als die im § 3 unter a) angegebenen Unterstützungen, soll — so lange die Kasse nicht zu sehr in Anspruch genommen ist — von der Kasse einen Zuschuß von der Hälfte der gewöhnlichen Unterstützung bekommen.

Jeder, welcher Unterstützung in Anspruch nimmt, ist verpflichtet, etwaigen Nebenverdienst sofort anzumelden oder jede sonst gewünschte Auskunft wahrheitsgemäß zu geben, bei Gefahr der Entziehung der Unterstützung.

Wenn ein Entlassener Beiträge aus einer Krankenkasse, oder Unterstützungen aus irgend einer anderen Kasse bezieht, hat er kein Anrecht auf die Kasse für für Arbeitslose.

§ 8. Der Vorstand der Krankenkasse kann auf Antrag der Fabrikleitung beschließen, daß die Kasse die Unterstützungen auch auf auswärts wohnende verheiratete Arbeiter ganz oder teilweise, dauernd oder ausnahmsweise ausdehnen; ebenso, daß Arbeitslose, welche weniger als 3 Jahre in der Firma beschäftigt waren, die vollen Unterstützungen nach § 3 Absatz a) erhalten.

§ 9. Das Kapital der „Kasse für Arbeitslose" ist in deutschen Staatspapieren oder bei Sparkassen derart anzulegen, daß es zu jeder Zeit flüssig gemacht werden kann.

Alljährlich ist in ähnlicher Weise, wie bei der Fabrik-Krankenkasse Abrechnung zu geben.

§ 10. Überzeitarbeiten, welche durch Betriebsstörungen oder zur Verhütung von Betriebsstörungen unternommen werden müssen, fallen nicht in die Beitragspflicht der Firma für Überzeit-Arbeit; ebensowenig regelmäßige Arbeitsleistungen, wie z. B. die Fabrik-Feuerwehr, Nachtwächter, Reinigungsarbeiten u. dergl.

§ 11. Arbeitsmangel, welcher durch vorübergehende Betriebsstörung entsteht, gleichviel welcher Art dieselbe ist und durch was sie hervorgerufen wurde, ob sie lang oder kurz sei, ob sie zur Entlassung oder zum vorübergehenden Arbeitsmangel nötige, ebenso teilweise oder gänzliche Arbeitseinstellung, welche durch Streiks veranlaßt werden könnte, verpflichtet die Kasse zu keinerlei Unterstützung; letztere bleibt vielmehr in diesen Fällen ausschließlich dem Ermessen der Fabrikleitung anheimgestellt.

§ 12. Bei Ausbruch von Krieg kann das ganze Vermögen der Kasse für freiwillige Unterstützungen der Familien von Einberufenen nach freiem Ermessen der Fabrikleitung verwendet werden.

§ 13. Änderungen dieser Grundregeln können zu jeder Zeit durch gemeinsame Zustimmung der Majorität der von mir ernannten Mitglieder der Fabrik-Krankenkasse einerseits und der Majorität der von den Arbeitern gewählten Mitglieder anderseits erfolgen.

§ 14. Die Firma behält sich vor, bei Bedarf geeignete Vorschriften für Kontrolle entweder durch den Vorstand der Krankenkasse oder durch andere geeignete Organe ausüben zu lassen.

Mannheim, den 15. August 1897. Heinrich Lanz.

III. Litteratur über die Arbeiterfrage.

Recensionen.

1. **Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie** von Ed. Bernstein. Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger 1899.

England ist die Geburtsstätte der Hauptwerke von Friedrich Engels und Karl Marx, auf welche sich die deutsche Socialdemokratie immer noch vorzugsweise zu stützen pflegt, nachdem die Lassallesche Lehre von dem sog. ehernen Lohngesetz von ihr als unhaltbar erkannt und auch in ihren öffentlichen Kongressen abgelehnt worden ist. Jetzt kommt nun ein Hauptanhänger und hervorragender Schriftsteller der socialdemokratischen Partei, zugleich langjähriger Freund und Schüler von Engels und Marx und Herausgeber ihres litterarischen Nachlasses, Ed. Bernstein, mit einer ziemlich scharfen Kritik der grundlegenden Sätze des marxistischen Socialismus und seiner materialistischen Geschichtsauffassung, sowie seiner Lehre vom Klassenkampf und von der Kapitalentwicklung. An diese Kritik der Hauptlehren von Engels und Marx knüpft Bernstein eine Darlegung der Entwicklung der englischen Socialdemokratie aus einer utopistisch-revolutionären Sekte, als die Engels selbst sie wiederholt hingestellt hat, in eine Partei der praktischen Reform und kommt zu dem Schlusse, daß auch die deutsche Socialdemokratie die frühere Umsturzlehre und Verelendungstheorie aufgeben und sich positiven Aufgaben zuwenden müsse, nachdem sie thatsächlich aus einer Proletarierpartei, an welche sich das kommunistische Manifest von Engels und Marx wendete, eine Bürgerpartei und eine parlamentarisch-politische Partei geworden ist, „welche die socialistische Umgestaltung der Gesellschaft durch das Mittel demokratischer und wirtschaftlicher Reformen anstrebt." Bernstein kennzeichnet schon im Vorwort seiner neuesten Schrift die Irrtümer des „kommunistischen Manifestes", welches Engels und Marx im Jahre 1848 an die Proletarier aller Länder veröffentlichten, indem er u. a. schreibt: „Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das „Manifest" schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter. Die Konzentrierung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Pro-

duktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Wahrnehmungen der socialistischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirtschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden."

In Betreff der politischen Stellung und Aufgabe der heutigen socialdemokratischen Partei bemerkt Bernstein u. a. folgendes: „Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen ... Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, um so mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen ... 1872 erklärten Marx und Engels im Vorwort zur Neuauflage des „Kommunistischen Manifestes", die Pariser Kommune habe namentlich den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann. Und 1895 hat Friedrich Engels im Vorwort zu den Klassenkämpfen ausführlich dargelegt, daß die Zeit der politischen Überrumpelungen, der von „kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen" heute vorbei sei, daß ein Zusammenstoß in großem Maßstabe mit dem Militär das Mittel wäre, das stetige Wachstum der Socialdemokratie aufzuhalten und selbst für eine Weile zurückzuwerfen, — kurz, daß die Socialdemokratie „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz" gedeiht. Und er bezeichnet demgemäß als die nächste Aufgabe der Partei „das Wachstum ihrer Stimmen ununterbrochen in Gang zu halten — beziehungsweise langsame Propaganda der parlamentarischen Wirksamkeit." So Engels. Derselbe ist so sehr von der Überlebtheit der auf die Katastrophen zugespitzten Taktik überzeugt, daß er auch für die romanischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in Deutschland, eine Revision von ihr hinweg für geboten hält." Bernstein stellt sich nun in seiner Schrift ganz auf denselben Standpunkt und führt darin näher aus, daß im stetigen Vormarsch eine größere Gewähr für dauernden Erfolg liege, wie in den Möglichkeiten, die eine Katastrophe bietet.

Die volkswirtschaftlichen Darlegungen Bernsteins sind in den drei ersten Kapiteln seiner Schrift enthalten, in welchen er zuerst die grundlegenden Sätze des marxistischen Socialismus und sodann den Marxismus und die Hegelsche Dialektik beleuchtet, um im dritten Kapitel „die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft" zu behandeln. Das vierte Kapitel, welches „die Aufgaben und Möglichkeiten der Socialdemokratie" bespricht, hat einen mehr politischen Inhalt.

Bernstein giebt sich möglichst viel Mühe, immer zuerst die Irrtümer von Marx durch Engels bestätigen zu lassen. So schreibt er S. 26: „Engels hat am Abend seines Lebens im Vorwort zu den „Klassenkämpfen" den Irrtum, den Marx u. a. in der Abschätzung der Zeitdauer der sozialen und politischen Entwickelung begangen hatte, rückhaltlos eingestanden." In seiner eigenen Kritik bezeichnet Bernstein mit Recht „die Hegeldialektik als das Verräterische in der Marxschen Doktrin, sie ist der Fallstrick, der aller folgerichtigen Betrachtung der Dinge im Wege steht". Über sie konnte oder mochte Engels nicht hinaus. ... „Das Urteil von Marx und Engels über Parteien und Personen kann bei den Selbsttäuschungen, denen sie sich über den Gang der Ereignisse hingaben, trotz der sehr

realistischen Betrachtungsweise kein völlig zutreffendes sein und ebensowenig ihre Politik immer die richtige" — Auch die materialistische Geschichtstheorie von Marx erfährt eine zutreffende Abweisung. Nach Marx und Engels sollten die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen" nicht in den Köpfen der Menschen, sondern „in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise" zu suchen sein. — Dagegen betont Bernstein die Verpflichtung, „neben der Entwickelung und dem Einflusse der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse den Rechts- und Moralbegriffen, den geschichtlichen und religiösen Traditionen jeder Epoche, den Einflüssen von geographischen und sonstigen Natureinflüssen, wozu denn auch die Natur des Menschen selbst und seiner geistigen Anlagen gehört, voll Rechnung zu tragen" . . . „Der heut erreichte Stand ökonomischer Entwickelung läßt den ideologischen und besonders den ethischen Faktoren einen größeren Spielraum selbständiger Bethätigung, als dies vordem der Fall war." Im wesentlichen kommt Bernstein auf die Forderung hinaus, welche vor ihm schon zahlreiche Sozialreformer und Menschenfreunde seit einem Menschenalter aufgestellt und auch hier im „Arbeiterfreund" wiederholt begründet haben: daß es zur Verbesserung der ökonomischen und politischen Lage der Arbeiterbevölkerung vor allem einer Entwickelung aller Volksgenossen zu höher gebildeten und freien sittlichen Persönlichkeiten bedarf. Dies kann aber nur allmählich unter Mitwirkung aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, die höher gebildeten und reicheren Klassen mit inbegriffen, geschehen. Bernstein erinnert zu rechter Zeit an die Forderungen, welche englische Arbeiterführer an ihre Genossen stellen, indem er schreibt: „Mit dem unsteten, heimats- und familienlosen Proletarier wäre keine andauernde, solide Gewerkschaftsbewegung möglich; es ist kein Bourgeoisvorurteil, sondern in Jahrzehnten der Organisationsarbeit gewonnene Überzeugung, die so viele der englischen Arbeiterführer — Socialisten und Nichtsocialisten — zu eifrigen Anhängern der Mäßigkeitsbewegung gemacht hat. Auch der Vorstand der „Unabhängigen socialistischen Arbeiterpartei in England" hat neulich in einem Rundschreiben seinen Sektionen warm ans Herz gelegt, in ihren Klublokalen keine spirituösen Getränke zu führen. Die Arbeitersocialisten kennen die Fehler ihrer Klasse, und weit entfernt, sie zu glorifizieren, suchen die gewissenhaften unter ihnen, sie mit allen Kräften zu bekämpfen." Am Schlusse seiner Schrift giebt Bernstein der Socialdemokratie den Rat, „vor allem die socialpolitischen Ansichten und Urteile des Philosophen Friedrich Albert Lange zu berücksichtigen. „Was ich im Auge habe — so schreibt er S. 188 — ist die Lange auszeichnende Verbindung von aufrichtiger und unerschrockener Parteinahme für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse mit einer hohen wissenschaftlichen Vorurteilslosigkeit, die stets bereit war, Irrtümer zu bekennen und neue Wahrheiten anzuerkennen."

Das Buch Bernsteins entwickelt nicht nur auf dem ökonomischen und philosophischen Gebiete, sondern auch in politischer und nationaler Richtung Ansichten, denen sich die deutsche Socialdemokratie wahrscheinlich nur schwer anschließen wird; aber die Schrift wird voraussichtlich nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die eigene Partei und auch auf weitere Kreise bleiben und hoffentlich dazu beitragen, die Socialdemokratie von ihren alten Umsturzideen und von der Verhetzung der Massen gegen die besitzenden Klassen und gegen die Unternehmer, ohne deren Mitwirkung die Arbeiter doch nicht vorwärts kommen können, allmählich zu heilen, und sie in eine bürgerliche Reformpartei zu verwandeln. Victor Böhmert.

2. How the English Workman lives. By a German Coal Miner (Ernst Dückershoff). P. J. King & Son. Ochard House, Westminster. (One shilling.)

Dieses Buch ist die englische Übersetzung eines deutschen Buches, das im vorigen Jahre unter dem Titel: „Wie der englische Arbeiter lebt? Von Ernst Dückershoff, Bergarbeiter. Dresden, Verlag von O. V. Böhmert, 1898. Preis 80 Pfg." erschien. Der Verfasser ist ein einfacher deutscher Bergmann, der keine weitere Vorbildung genossen hat, als die der heimischen Volksschule im Bergischen Lande. Er ist dann viel in Deutschland herumgekommen, hat Menschen und Verhältnisse überall mit offenen Augen und auch mit einer reichlichen Dosis der echt deutschen Neigung zum Bekriteln betrachtet. Diese letztere Eigenschaft brachte den Verfasser in Konflikt mit der Polizei und so wandte er denn dem Vaterlande den Rücken, um mit seiner Familie in England ein neues Arbeitsfeld zu finden. Die Neigung zum Kritisieren hat ihn auch in England nicht verlassen, und diesem Umstande verdanken wir die schlichten Mitteilungen eines deutschen Bergmannes, der seit mehreren Jahren in englischen Steinkohlenbergwerken gearbeitet und reiche Gelegenheit gefunden hat, die englischen Verhältnisse mit den deutschen zu vergleichen. Man kann aus seiner Darstellung erkennen, daß wir in Deutschland trotz unserer vielgerühmten Arbeiterschutzgesetze doch noch recht viel von den Engländern zu lernen haben, namentlich in Betreff der persönlichen Behandlung des Arbeiters durch seine Vorgesetzten und durch seine Werkmeister und Aufsichtsbeamten. Der Verfasser scheint außer seinem Groll auch sein socialistisches Evangelium in Deutschland zurückgelassen zu haben; er schildert uns die englischen Zustände in den Bergwerksdistrikten von Newcastle on Tyne, so wie er sie in Arbeit und Erholung am eigenen Leibe erfahren hat. Und gerade darum redet er eindringlicher zu uns, als es gelehrte Werke zu thun vermöchten. Obwohl die Schilderungen für den Kenner der englischen Verhältnisse nur wenig im eigentlichen Sinne neues enthalten, so zeigen sie doch das Alte in einer neuen und eigentümlichen Beleuchtung. Daß auch Engländer dafür Interesse gewonnen haben, beweist die Übersetzung ins Englische. Der englische Herausgeber bemerkt, daß Studien über die englische Arbeiterbevölkerung nichts Seltenes seien, aber sehr selten von denjenigen herrühren, die selbst Arbeiter sind und in verschiedenen Ländern Beschäftigung gefunden haben und die Lage der Arbeiterklassen mehrerer Länder mit einander vergleichen können.

Der deutsche Bergmann Ernst Dückershoff urteilt nicht vom Standpunkte eines fanatischen Parteigängers. Manche Wohlfahrtseinrichtungen, wie z. B. gute deutsche Einrichtungen zum Waschen und Reinigen und Ausruhen nach der Ausfahrt aus den Gruben, ehe man den Weg nach Hause antritt, vermißt er in England; auch die deutsche Arbeiterfrau behagt ihm mehr als die englische, welche er nicht so sauber, fleißig und erfahren wie die deutsche findet; aber der Behandlung des englischen Arbeiters in den Gruben und sonst giebt er entschieden den Vorzug, wie auch der Organisation des englischen Arbeiterstandes. Die ökonomische Lage der englischen Arbeiterfamilien wird von ihm sehr günstig geschildert, sie wohnen und essen besser als die deutschen Familien. Die Hauptlebensmittel Brod und Fleisch sind in England billiger als in Deutschland. Für die Kinder wird sehr viel gethan. Überall giebt es große Kinderspielplätze, die stark besucht sind. Ein Mann in Dienstkleidung hat daselbst die Aufsicht. Es giebt viele Klubs von Arbeitern, von denen jeder verschiedene Ausflüge veranstaltet. Die Kinder dieses deutschen Bergarbeiters

waren im Sommer zweimal bei einem solchen Ausfluge, einmal per Bahn und das zweite Mal per Schiff. — Beachtenswert ist folgende Äußerung Dückershoffs: „Wenn ich mich frage, wie es kommt, daß der englische Arbeiter ein so gutes und auskömmliches Leben führt, so muß ich sagen, daß dies nur durch das feste Zusammenhalten der Arbeiter erreicht ist. Sobald es sich für den englischen Arbeiter um eine Lohnerhöhung handelt, tritt er voll und ganz dafür ein, alles übrige ist ihm Nebensache. Die feste Überzeugung habe ich gewonnen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo alle Arbeiter, sowie diejenigen, die das Wohl der Arbeiter erstreben, zu der Einsicht gelangen, daß nur durch ein ruhiges und besonnenes, aber fest geschlossenes Vorgehen der ganzen Arbeiterschaft etwas zu erreichen ist. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß viele evangelische Pastoren sich freimütig der Arbeiterlage annehmen."

Für alle Unternehmer und Bergwerksbehörden ist besonders beachtenswert, was der deutsche Bergmann Dückershoff über das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern in englischen Gruben erzählt. Er schreibt u. a.: „Daß der Haß und die Wut gegen die Besitzenden den englischen Arbeitern nicht anhaftet, hat hier seinen Grund darin, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter gegenüber viel humaner ist, als es in Deutschland der Fall ist. Für einen Deutschen macht es einen sonderbaren Eindruck, wenn der Beamte zu den Arbeitern kommt. Seine erste Frage ist gewöhnlich: Wie geht's? Hast Du Tabak, oder eine Prise, oder wie geht's Deiner Familie? Kannst Du auf dieser Stelle etwas verdienen? Alles geht kameradschaftlich zu. Grobe Worte und Fluchen hört man selten. Der Steiger (der nur festes Gehalt und keine Prämien bezieht) kümmert sich hier nicht darum, ob einer faul oder fleißig ist, ob er 10 oder nur 2 Shilling verdient. Abgezogen und zugesetzt wird nicht. Je fleißiger einer ist, desto mehr Achtung genießt er bei seinen Kameraden. Eine Maßregelung einzelner unliebsamer Personen durch das Geben von schlechterer Arbeit kann hier gar nicht vorkommen, weil alle drei Monate die Plätze durch das Los gewechselt werden. Der Akkordpreis ist ein fester und richtet sich genau nach dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise. Die Arbeitszeit ist hier sehr kurz, für Hauer 6 Stunden. Überschichten finden hier nicht statt. Wenn Leute Stellen bekommen, auf denen es unmöglich ist, auf einen gewissen Lohn zu kommen, dann steht es einem frei, die Arbeit in Schichtlohn zu machen. Sie erhalten 5 Shilling Schichtlohn, haben aber dafür achtstündige Tagesschicht. Es macht jedoch selten ein Kohlenhauer von dieser Arbeitsgelegenheit Gebrauch" . . . „Sehr human zeigt sich der englische Bergmann seinen schwächeren Kameraden sowohl wie älteren Leuten gegenüber. Auf jeder Grube ist ein „Old men place" vorhanden, wo nur alte Leute arbeiten. Das ist gewöhnlich ein leichter Bau, wo die Kohle sehr lose liegt. Diese alten Leute sind da noch in der Lage, ebensoviel zu verdienen, wie die jüngeren Leute. Drei Monate habe ich selbst bei diesen alten Leuten gearbeitet (NB. als Dückershoff eine schwere Lungenkrankheit überstanden hatte). Es waren ihrer 13, von denen der jüngste 62 Jahre und der älteste 75 Jahre zählte; und ich muß wirklich sagen, daß verschiedene davon an Gewandtheit manchen deutschen Bergmann von 36 bis 40 Jahren übertrafen. Daß der englische Bergmann älter und kräftiger ist und wird, hat auch seinen guten Grund. Er hat erstens Zeit, sich gehörig ausruhen zu können, und zweitens genießt er mehr Fleisch als Kartoffeln. Überhaupt kann wegen der Überanstrengung und schlechten Ernährung der deutsche Bergmann mit dem englischen nicht konkurrieren."

Sehr interessant sind die praktischen Erfahrungen Dückershoffs über das Verfahren der englischen Gewerkvereine und über Arbeitseinstellungen überhaupt und besonders auch auf der Grube, wo er selbst arbeitete, wo der Betriebsführer von der ganzen Belegschaft (451 Mann) aufgefordert wurde, 14 Mann, die nicht der Union angehörten, zu entlassen. Der Streit wurde rasch dadurch geschlichtet, daß sich die 14 Mann, welche entlassen werden sollten, bereit erklärten, der Union beizutreten. „In den Verhandlungen der einzelnen Gruben, welche alle 14 Tage stattfinden, sind auch Beamte anwesend, welche Beschwerden ebenso wie jeder Arbeiter vorbringen, was viel zur Verständigung beiträgt. Das kriechende Benehmen der Arbeiter, dem Beamten gegenüber, ist dem Engländer fremd."

Wir machen unsere Leser ferner besonders aufmerksam auf den Abschnitt der Dückershoff'schen Schrift über „englische Streikbewegungen im Frühjahr 1897", welcher für alle diejenigen sehr belehrend ist, welche sich ein Urteil über die im deutschen Reichstage noch unerledigte Gesetzesvorlage zum Schutze der Arbeitswilligen bilden wollen. Dückershoff schreibt: „Solch ein Haß und eine gegenseitige Wut, wie in Deutschland, ist bei Streiks hier nicht vorhanden. Der Kapitalist braucht hier die nämlichen Mittel wie in Deutschland, nur wird er nicht so von den Behörden unterstützt, wie in Deutschland. Das hat am besten der Streik der Eisenbahnarbeiter der North Eastern Railway bewiesen. — Ein gefährlicherer Streik konnte für England niemals ausbrechen. Alle Gewerkvereine der Transportbranche hatten sich gerüstet. Der Gewerkverein der North Eastern Railway hatte einen Kassenbestand von über 100 000 Pfd. Sterling. Der Streik dauerte vier Tage und endete mit dem Siege der Eisenbahnarbeiter. — Die nähere Schilderung des Streiks befindet sich auf S. 14 und 15 der Dückershoff'schen Schrift in der deutschen Ausgabe.

Von allgemeinem Interesse auch für solche Leser, die der Unternehmer- wie Arbeiterwelt nicht näher stehen, sind endlich die Schilderungen des englischen Familienlebens, des Haushalts im Allgemeinen, ferner der Ausgaben der Arbeiter, der Lebensmittelpreise, des Kochens, Waschens, Nähens der englischen Frauen, des Wohnungswesens, der Behandlung der Kinder und des Gesellschaftslebens und Vereinswesens, der Benutzung der Sonntage und der Arbeitervergnügungen. — Der nach England verschlagene deutsche Bergmann Dückershoff schreibt über den Sonntag in England: „Es ist hier keine Gelegenheit geboten, des Sonntags sich ein Vergnügen zu machen, als in die Kirche zu gehen oder still zu Hause zu sitzen. Ich kann fest behaupten, daß der englische Arbeiter am Montag besser ausgeruht zur Arbeit kommt wie der deutsche. . . . Sonntags ruht hier alles. . . . Ausflüge werden auch Sonntags gemacht, aber sehr wenig. Der Vergnügungstag ist der Sonnabend. Ein Deutscher, der glaubt, er könne keinen Sonntag ohne Tanzen und das nötige Trinken vorübergehen lassen, wäre hier verurteilt, sich gründlich auszuruhen. Aber er würde in kurzer Zeit finden, daß es ihm sehr gut dabei geht." t.

IV. Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-soziale Umschau.

(April—Juni.)

Dresden, Ende Juni 1899.

Das zweite Vierteljahr 1899 ist für die Kulturvölker durch ein der Förderung des Weltfriedens günstiges Pfingstereignis bedeutungsvoll geworden. Am 18. Mai ist die vom Kaiser von Rußland berufene Friedens- oder Abrüstungskonferenz im Haag unter dem Vorsitz des russischen Botschafters von Staal zusammengetreten und am Dienstag nach Pfingsten, am 23. Mai, hat bereits die erste Kommission des Kongresses vormittags und die zweite Kommission nachmittags eine Sitzung abgehalten. Eine große Zahl hochangesehener Gesandten, Gelehrten und Offiziere aller Hauptkulturvölker ist im Haag nunmehr schon 6 Wochen lang mit ernsten Beratungen beschäftigt, um Mittel und Wege zu finden, damit die Kriegsrüstungen eingeschränkt, die Lasten des bewaffneten Friedens vermindert, die Schrecken des Krieges gelindert und die Streitigkeiten der Völker durch Schiedsgerichte erledigt werden. Solche friedliche Bestrebungen sind zwar schon in früheren Jahrhunderten aufgetaucht; aber sie sind noch nie von einem der mächtigsten Herrscher der Welt mit so überzeugenden Worten den Völkern ans Herz gelegt und zum Hauptgegenstande friedlicher offizieller Beratungen gemacht worden. Friedenspredigten und Kongresse von gelehrten und ungelehrten Privatmännern können unmöglich so wirksam sein, wie die Verhandlungen einer so erlauchten amtlichen Versammlung, an welcher sich die Regierungen aller großen Kulturvölker beteiligen. Wenn auch die Hauptidee des russischen Kaisers kaum vollständig verwirklicht werden wird, so erscheint es doch

keineswegs unmöglich, daß man zu einer Milderung der Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche, zur Ausdehnung der Bestimmungen der Genfer Konvention über den Landkrieg auf den Seekrieg und zu einer Beschützung des Privateigentums im Seekriege sowie zur Einsetzung eines fakultativen Schiedsgerichts zur Abwendung von Kriegen kommen wird. Die im Haag versammelten Delegierten fühlen sich im Bewußtsein ihrer großen Verantwortlichkeit verpflichtet, im Sinne des Friedens zu arbeiten und dadurch auch inneren Wirren und socialistischen Bewegungen vorzubeugen.

Das Pfingstfest des Jahres 1899 hat es der Menschheit nahe gelegt, sich noch höhere Ideale zu stellen und auf eine Zukunft hinzuwirken, in welcher einmal auch die brudermörderischen Kämpfe um bloße Glaubenssätze und konfessioneller Hader aufhören und die Völker sich zu freiem friedlichen Austausche der Früchte ihrer körperlichen und geistigen Arbeit, zu Werken der Nächstenliebe und zur Bethätigung wahrer brüderlicher und schwesterlicher Gesinnung in einem internationalen Friedensparlament von Regierungs- und Volksvertretern aller Kulturvölker vereinigen werden.

In den Wochen, die dem diesjährigen Pfingstfeste vorangingen und nachfolgten, haben auch verschiedene wichtige Kongresse von Wohlfahrts-, Bildungs- und evangelisch-socialen Vereinen stattgefunden. Es haben u. a. getagt: Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung am 13. und 14. Mai in Posen; die Konferenz der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in Stuttgart am 15. und 16. Mai; der internationale Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin am 24.—27. Mai; der zehnte evangelisch-sociale Kongreß in Kiel am 25. und 26. Mai; der deutsch-evangelische Frauentag in Kassel am 5.—7. Juni.

Die politische Lage hat nach außen hin während des letzten Vierteljahres einen friedlichen Charakter bewahrt. Nur die noramerikanische Union hatte einen erbitterten Kleinkrieg mit den Filipinos im Innern ihrer neuerworbenen Kolonie zu führen und scheint sich durch den raschen Sieg über die Spanier schwere Lasten und Sorgen aufgebürdet zu haben, welche auf die inneren Parteiverhältnisse zurückwirken. — Die durch das agressive Vorgehen der Engländer und Amerikaner zugespitzte Samoafrage wurde durch den von den Vertragsmächten angenommenen Vorschlag der deutschen Regierung, mittels einer an Ort und Stelle gesandten Kommission die vorliegenden Verhältnisse zu untersuchen und resp. zu ordnen, abgeschwächt und dürfte

durch das angeblich erzielte Einverständnis der Kommissionsmitglieder einer friedlichen Lösung zugeführt werden. Freudige Zustimmung in weiten Kreisen erzielte gelegentlich der Wiedereröffnung des Reichstages am 6. Juni die durch den Staatssekretär v. Bülow erfolgte Proklamierung eines von Deutschland mit der spanischen Regierung abgeschlossenen Vertrages, wonach die Karolinen-, Palauinseln und Mariannen gegen eine Entschädigung von 16 Millionen Mark an Deutschland abgetreten werden. Dieser Vertrag ist von beiden Parlamenten bestätigt worden, so daß also nunmehr der deutsche Kolonialbesitz in der Südsee um eine Anzahl kultur- und ertragsfähiger Inseln erweitert worden ist.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands haben sich im letzten Vierteljahr günstig weiter entwickelt. Das öffentliche Vertrauen zu der gegenwärtigen Lage zeigt sich darin, daß unaufhörlich das Privatkapital den industriellen Unternehmungen zufließt. Vor 10 Jahren (1889) zählte Deutschland (Conrad's Handwörterbuch der Staatsw. II. Aufl. Bd. 1. S. 190) 825 Aktiengesellschaften mit einem Betriebskapital von rund 403 Millionen Mark, heute beträgt die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften (nach Schumann's Handbuch der Aktiengesellschaften) rund 4200 mit einem ungefähren Betriebskapital von 8 Milliarden Mark. Dazu kommt, daß seit 1892, seit dem Bestehen des Gesetzes für Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sich bereits über 200 derartige Gesellschaften in Deutschland gebildet haben mit einem Betriebskapital von rund 625 Millionen Mark. Daß diese günstige industrielle Konjunktur auch in den finanzpolitischen Kreisen als weiter fortbestehend erachtet wird, beweist u. a. der Umstand, daß das Königl. Sächs. Finanzministerium im Monat Juni ein 3prozentige Staatsanleihe für Eisenbahnbauten zum Kurse von 83½ vergeben hat.

Das Schicksal der von der preußischen Regierung dem Landtage gemachten Mittelland-Kanalvorlage, welche am 16. Mai d. J. von der Kommission abgelehnt worden ist, bewegt die politische Welt tiefer, als seit langer Zeit irgend ein politisches Problem, zumal da die Fertigstellung dieser großen Unternehmung unzweifelhaft ein weiteres Mittel zur Förderung von Industrie und Handel abgeben würde und da an der Fortdauer dieser günstigen Konjunktur doch auch die Landwirtschaft wesentlich mit beteiligt ist.

Unter den Bestrebungen für eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage zu gunsten der Industrie erscheint ein Vorschlag des Bundes

der Industriellen beachtenswert, der gesamten Industrie in einem „Deutschen Industrierat" eine ähnliche Vertretung zu geben, wie solcher der Landwirtschaft in dem „Deutschen Landwirtschaftsrat" schon lange zu teil wird. Weiter ist zu berichten, daß auch der industriell-gewerbliche Mittelstand sich zur genossenschaftlichen Wahrung seiner Interessen lebhaft rüstet: am 19. Juni erfolgte zu Leipzig die Gründung des Deutschen Bundes für Handel und Gewerbe, dem sofort 35 Vereine mit 6500 Mitgliedern beitraten.

Die Lage der wirtschaftlich-industriellen Verhältnisse führt von selbst zur Besprechung der innerhalb dieser bestehenden Arbeiterverhältnisse. Hier macht sich nun gegenwärtig eine eigenartige Erscheinung bemerkbar. Die günstige Geschäftslage erzeugt auf der einen Seite Arbeitermangel und führt zur immer weiteren Beschäftigung von fremdländischen Arbeitern, auf der anderen Seite erzeugt sie Arbeitslosigkeit, da die Kohlenbergwerke nicht mehr allen Anforderungen gerecht werden können, wodurch Beschränkungen in manchen Industrieen, speziell in Hochofenbetrieben und in der Maschinen- und Metallindustrie veranlaßt werden. Daß die außerordentlich günstigen Konjunkturen in der Bergbauindustrie auch unter den Arbeitern Bestrebungen zur Bessergestaltung ihrer Lage entstehen lassen, ist naheliegend. Solche Bestrebungen haben in der westfälischen Kohlenindustrie Ende Juni einen großen Streik hervorgerufen, an den sich leider Ausartungen und Revolten knüpften, welche bereits den Tod von 5 Personen und die schwere Verwundung von 12—15 Personen zur Folge hatten.

Die Zahl der Ausständigen, die meist aus Polen bestehen, soll sich auf 6000 belaufen. Ob durch diese bedauerlichen Ausschreitungen die Aussichten für die Vorlage zum Schutze Arbeitswilliger sich ändern werden, bleibt abzuwarten. Die Vorlage ist der Mehrheit des Reichstages bedenklich erschienen, weil man darin ein Ausnahmegesetz zu Ungunsten der Arbeiter und eine Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter erblickt und eine Verstimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung befürchtet. Es ist vielleicht angebracht, bei dem heutigen Wiederauftauchen der Erörterungen der Koalitionsfrage der Arbeiter auf die großen öffentlichen Versammlungen hinzuweisen, die der „Centralverein" und seine Führer, allen voran der unvergeßliche Lette, in dieser Frage vor 35 Jahren veranstaltete. In den Jahren 1864 und 1866 des „Arbeiterfreund" sind die Reden und Gutachten über diese Frage von Lette, Brämer, Faucher, Gneist, Horn, Huber, Michaelis, Weber und Max Wirth veröffentlicht. Die erste

Lieferung der Publikationen des Centralvereins, herausgegeben am 25. August 1848, d. h. unmittelbar nach den revolutionären Vorgängen in Deutschland, enthält eine Abhandlung des Regierungsrates Quentin zu Düsseldorf über: „Ein Wort zur Zeit der Arbeiterkoalitionen," dessen Schlußworte also lauten: „Möge Teilnahme und Gerechtigkeit das Vertrauen, Unterricht und Belehrung die Intelligenz der arbeitenden Klassen wecken: damit sie erkennen lernen, daß ihre Interessen mit denen der Fabrikherren enge verbunden sind, ihnen selbst aber das Mittel innewohnt, ihren Wohlstand zu erhöhen und ihre Existenz zu sichern."

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. Juni 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hielt unter dem Vorsitz des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg am 27. Mai zu Berlin ihre diesjährige Hauptversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede konstatierte der Präsident das starke Wachstum der Gesellschaft, welche jetzt über 30 000 Mitglieder zähle, und rechtfertigte den Standpunkt, daß die Gesellschaft sich nicht berechtigt fühlen könne, in schwebende politische Fragen, z. B. in die der Samoa-Wirren einzugreifen. Bei dem Rückblick auf die letztjährige Thätigkeit der Gesellschaft wies Redner darauf hin, daß nach Ankauf durch das Reich nunmehr der Weiterbau der Usambara-Eisenbahn gesichert sei und daß die Erträgnisse der Wohlfahrts-Lotterie es ermöglicht hätten, die Hauptbestandteile des für den Tanganyika-See bestimmte Dampfers an Ort und Stelle zu bringen; die Hungersnot in Usaramo zu lindern, zwei kolonialwirtschaftliche Expeditionen zu unterstützen und die Übersiedelung von Frauen und Mädchen nach Deutsch-Südwest-Afrika zu erleichtern. Das von der Gesellschaft errichtete Auskunftsbureau erteilte im Jahre 1897 971 schriftliche Auskünfte an Auswanderer. Von den neueren die Kolonialfrage fördernden Reichsmaßnahmen erwähnte Redner die Beschlüsse hinsichtlich des weiteren Ausbaues von Eisenbahnen, die Übernahme der Verwaltung von Neu-Guinea durch das Reich und die Ermäßigung der Portotaxen für den Briefverkehr Deutschlands mit den Kolonien. Von den Anträgen bezogen sich mehrere auf nötige Statutenabänderungen. Einen Hauptvortrag bildete derjenige des Geh. Kommerzienrat Oechelhäuser über die deutsch-ostafrikanische Centralbahn, welcher zu folgenden Beschlüssen führte: 1. Die deutsche Kolonialgesellschaft erachtet es aus politischen, civilisatorischen und wirtschaftlichen Gründen für eine absolute Notwendigkeit, die Ostküste unseres deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes durch eine Centraleisenbahn mit dem westlichen

Seengebiet in Verbindung zu setzen. 2. Sie empfiehlt aufs dringendste, sofort mit Ausführung der ersten Baustrecke von Dar-es-Salam nach Ukami vorzugehen und beim Reichstag die Gewährung einer Zinsgarantie für eine zu bildende Central-Eisenbahn-Gesellschaft zu beantragen. 3. Sie anerkennt die hohe Wichtigkeit einer das deutsche Interesse wahrenden Verbindung der Centralbahn mit der von Cecil Rhodes geplanten großen afrikanischen Transversalbahn. — Die nächstjährige Hauptversammlung soll in Koblenz abgehalten werden.

Eine deutsche „Schiffsbautechnische Gesellschaft" in der Art wie das englische „Institution of Naval Architect" hat sich am 23. Mai in Berlin gebildet, 432 Herren sind derselben bereits beigetreten. Ehrenvorsitzender ist der Erbgroßherzog von Oldenburg, geschäftsführender Vorsitzender Geh. R. Rat Professor Busley. Die erste Hauptversammlung der Gesellschaft wird am 20. und 21. November in Berlin stattfinden. Als Organisationsbeitrag wurde bereits die Summe von 98 550 Mk. gezeichnet.

Eine Versammlung der deutschen Bauernvereinigungen fand auf Einladung des deutschen Fleischerverbandes am 6. April in Frankfurt a. M. statt, um über den Entwurf des Reichs-Fleischschaugesetzes zu beraten. Die gefaßten Resolutionen sprechen sich für das Gesetz an sich aus, verlangen jedoch eine mindestens gleiche Behandlung der ausländischen Fleischwaren und des ausländischen Viehes gegenüber den inländischen Fleischwaren und dem inländischen Vieh. „Soweit durch einen etwaigen Ausfall der fremdländischen Fleisch- und Fettwaren der Bedarf des deutschen Volkes seitens der heimischen Landwirtschaft nicht gedeckt wird, ist lebendes ausländisches Vieh unter solchen Bedingungen zuzulassen, die eine Verseuchung der heimischen Viehbestände ausschließen und, soweit es Schlachtvieh ist, derselben doppelten Kontrolle zu unterstellen, die für deutsches Schlachtvieh vorgeschrieben ist."

Die 4. Jahresversammlung der freien Vereinigung deutscher Kreditgenossenschaften fand unter dem Vorsitz des Senator Dr. Glackemeyer-Hannover vom 26. bis 29. Mai in Dresden statt. Kassierer Albers-Harburg sprach über das Thema: „Der Checkverkehr als Förderungsmittel für die Kreditvereine und den Mittelstand", worauf folgende Resolution Annahme fand: „In Erwägung, daß 1. der Checkverkehr große Vorteile für das große Publikum, wie für die Kreditvereine und keinerlei Nachteile hat; 2. daß die Handhabung des Checkverkehrs für das Publikum, wie für die Kreditvereine höchst einfach ist, beschließt die Versammlung, daß die Einführung des Checkverkehrs den Kreditvereinen Deutschlands dringend zu empfehlen ist." Rechtsanwalt Brauns-Hannover wies in längerer Ausführung nach, daß es unter gewissen gesetzlichen Voraussetzungen möglich sei, daß ein Konkursverwalter oder der Prozeßbevollmächtigte eines Gläubigers die Mitgliedschaft eines Genossen kündigen kann. Kanzleirat Thiele-Hannover behandelte die Frage, ob als Sicherheit eines Kredits die Hypothek auf ideellen Anteil an einem Grundstück zu empfehlen sei, und verneinte diese Frage wegen der vielen Schwierigkeiten und Nachteile, die diese Sicherungsstellung biete. Rechtsanwalt Dr. Steinfeld-Hannover referierte über das Thema: „Die Behandlung der Zinsen, der Konventionalstrafe und der Quittung im Bürgerlichen Gesetzbuch, soweit diese neuen Gesetzesvorschriften den genossenschaftlichen Kreditverkehr berühren." Bankdirektor Kinder-Königsberg referierte über

die Notwendigkeit von Bankkredit für die Kreditvereine und über Centralkassen, worauf die Versammlung in einer Resolution die Notwendigkeit der Gründung von Centralgenossenschaftskassen für die einzelnen Länder und Landesteile betonte, auch, auf ein weiteres Referat des Direktor Magiern-Breslau, den Kreditvereinen nach Schultze-Delitzsch den Beitritt zu Centralkassen dringend empfahl Weitere Vorträge wurden gehalten von Rechtsanwalt Brauns-Hannover über die Verpfändung von Forderungen und sonstigen Rechten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Rechtsanwalt Dr. Steinfeld-Hannover über die Teilung der Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder durch Teilung ihrer Arbeit im Statut oder in einer Instruktion, Direktor Voigt-Dresden über Täuschungen im Wechselverkehr, Senator Dr. Glackemeyer-Hannover über die Schätzung der Solidarhaft seitens der Reichsbank, Dr Koppel-Dresden über die Beurkundung der Darlehen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Fabrikant Wallheinecke-Hannover über die Befugnisse der Generalversammlung, wobei er die Genossenschaften vor spekulativen Grundstücksgeschäften warnte, Landgerichtsrat Dr. Lobe-Leipzig über die Übertragung von Forderungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Direktor Boedecker-Lehrte über leichtere Gründung von Kreditgenossenschaften. Dr. Steinfeld-Hannover berichtete noch über die Einwirkung der neuen Reichscivilprozeßordnung auf die Kreditvereine, während schließlich Brauns-Hannover den Kreditvereinen empfahl, alle Beamten mit weniger als 2000 Mk. Einkommen zu versichern.

Der deutsche Sparkassen-Verband hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Berlin am 3. Juni unter Leitung des Oberbürgermeister v. Bock-Mühlheim a. R. ab. Der Geschäftsführer, Direktor Drape-Hannover berichtete, daß dem Verbande gegenwärtig angehören: Der Rheinisch-Westfälische Verband mit 200 Sparkassen und 940 Millionen Mark Einlagenbestand, der Hannoversche Verband mit 157 Sparkassen und 545 Millionen Mark Einlagenbestand, der Schlesische Verband mit 115 Sparkassen und 336 Millionen Mark Einlagenbestand, der Brandenburgische Verband mit 59 Sparkassen und 219 Millionen Mark Einlagenbestand, der Ost- und Westpreußische Verband mit 55 Sparkassen und 123 Millionen Mark Einlagenbestand, der Posensche Verband mit 61 Sparkassen und 55 Millionen Mark Einlagenbestand, der Sächsisch-Thüringische Verband mit 59 Sparkassen und 334 Millionen Mark Einlagenbestand, der Hessische Verband mit 28 Sparkassen und 73 Millionen Mark Einlagenbestand, der Schleswig-Holsteinische Verband mit 51 Sparkassen und 150 Millionen Mark Einlagenbestand, der Badische Verband mit 64 Sparkassen und 251 Millionen Mark Einlagenbestand und der Württembergische Verband mit 54 Sparkassen und 101 Millionen Mark Einlagenbestand, sowie 20 Einzelsparkassen mit 331 Millionen Mark Einlagenbestand, zusammen 11 Verbände mit 903 Sparkassen und 20 Einzelsparkassen, insgesamt 923 Sparkassen mit einem Gesamteinlagenbestande von 3508 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr ist der Verband um 96 Sparkassen, der Einlagenbestand, den er repräsentirt, um 443 Millionen Mark gewachsen. Außerhalb des Deutschen Sparkassenverbandes steht von den preußischen Provinzen allein noch Pommern. — Die finanziellen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren günstig gestaltet; die Rechnung für 1898 schließt mit einem Überschusse von 4311 Mark ab. — Der Verband hat vom Landgerichtsrat Schneider in Kassel ein Werk: „Das Bürgerliche Gesetzbuch und seine Nebengesetze nach ihrer Wirkung im Geschäftsbereiche der öffentlichen Sparkassen"

(1,50 Mk.) bearbeiten lassen. Nach Feststellung des Etats (Einnahme 20 700 Mk., Ausgabe 18 700 Mk.) berichteten Direktor Drape-Hannover über die Einrichtung eines Centralinstituts für den Geldverkehr der Sparkassen, Regierungsrat Dr. Seidel-Wiesbaden und Sparkassen-Verwalter Leser-Lahr über Kontokorrent- und Checkverkehr bei den Sparkassen; Landgerichtsrat K. Schneider-Kassel und Stadtsyndikus Götting-Hildesheim über das Bürgerliche Gesetzbuch nach seiner Wirkung im Geschäftsbereiche der öffentlichen Sparkassen; Direktor Drape-Hannover über das Rechnungsjahr der Sparkassen. Zu dem letzteren Gegenstande wurde folgende vom Berichterstatter vorgeschlagene Resolution angenommen: „Wenn für die öffentlichen Sparkassen ein einheitliches Etatsjahr festgesetzt werden soll, so empfiehlt sich für dieselben als zweckmäßigste Rechnungsperiode das Kalenderjahr."

Der Centralverein der deutschen Gesellschaften mit beschränkter Haftung hielt seine erste Generalversammlung unter dem Vorsitzenden Dr. Fabri in Berlin ab. Die Gründung des Vereins wurde durch befriedigende Zeichnung zum Grundkapital, welches 20 000 Mk. betragen soll, gesichert.

Die landwirtschaftliche Central-Darlehnskasse für Deutschland, A. G., mit dem Sitze in Neuwied, hielt am 18. April in Frankfurt a. M. ihre diesjährige Generalversammlung ab. Hauptgegenstand war die Ausgestaltung der Organisation, insbesondere dahin, daß die bisherige offene Handelsgesellschaft „Raiffeisen und Konsorten", welche im letzten Jahre in Vermittelung des Warenverkehrs für die Mitglieder der Raiffeisenschen Genossenschaften einen Umsatz von 14 Millionen Mark hatte, mit der Central-Darlehnskasse verbunden werde, so daß nunmehr beides, Geldverkehr und Warenverkehr, in der Hand der A. G. liegen. Letztere hatte im Vorjahre einen Geldumsatz von 379 Millionen Mark, der einen Bruttogewinn von 71 033 Mk. einbrachte. Die Bilanz für 1898 wies in Aktiva und Passiva 31 820 024 Mk. auf. Das rechnungsmäßig vorhandene Reinvermögen der bisherigen Handelsgesellschaft „Raiffeisen & Konsorten" samt der bestehenden Druckerei in Neuwied wird im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat und Generalanwaltschaftsrat von den Firmeninhabern einer unter staatlicher Kontrolle zu bildenden „Raiffeisen-Stiftung" überwiesen, welche den Zweck hat, Zuschüsse zu liefern: 1. zur Pensionskasse der Beamten, 2. zur Pflege und Organisation ländlicher Genossenschaften, 3. zur Linderung der Not in außerordentlichen Unglücksfällen und zur Erfüllung der Aufgaben der ländlichen Wohlfahrtspflege. — An die Generalversammlung der Central-Darlehenskasse reihte sich ein außerordentlicher Vereinstag des Generalanwaltschaftsverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland, der gleichfalls eine Statutenänderung beschloß. Dieser Revisionsverband wird sich in Zukunft nicht mehr Generalanwaltschaftsverband, sondern „Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland" nennen.

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften, welche am 3. Juni in Kassel tagte, faßte den Beschluß, eine besondere Erklärung über seine Stellung zum Entwurf eines Reichsversicherungsgesetzes zu veröffentlichen. Die Vorbereitungen für die Gründung eines „Vereins für Versicherungswissenschaft" sind dem Abschluß nahe, so daß die konstituierende Versammlung dieses Vereins demnächst zusammenberufen werden kann.

Der deutsche Fischereitag wurde am 10. Juni in Frankfurt a. M. eröffnet. Aus der Tages-Ordnung: Verteilung der zur Förderung der Binnenschiffahrt gewährten Reichsmittel. — Erwirkung strengerer Strafen gegen den Fischfrevel.

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hielt seine Hauptversammlung am 23. April in Düsseldorf ab. Geh.-Rat Lueg aus Oberhausen, der den Vorsitz führte, erstattete einen eingehenden Geschäfts-Bericht und gedachte namentlich auch der notwendigen Einigkeit der Industrie auf dem Gebete der Verkehrsfragen, besonders des Rhein-Elbekanals. Darauf sprachen Kießelbach über Motoren zum Antrieb der Walzenzugmaschinen, sowie Prof. Meyer und Ingenieur Luermann aus Osnabrück über weitere Fortschritte in der Verwendung von Hochofenkraftgas.

Der Verband deutscher Eisenwarenhändler hielt seine diesjährige Generalversammlung am 28. Mai in Würzburg ab. Es wurde beschlossen, den Verbandsort dauernd nach Mainz zu verlegen. Von allgemeinem Interesse war die Besprechung über die Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse in den Ladengeschäften. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche sich für eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit ausspricht und die Ladenschlußzeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens als angemessen bezeichnet. Weitere Verhandlungen betrafen die Fabrikanten-Syndikate, Zahlungsreform, Maßeinheiten u. s. w.

Der Centralverein der deutschen Lederindustrie hielt am 4. April seine Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. ab. Nach dem vom Generalsekretär Krause erstatteten Geschäftsbericht wird sich der C.-V. an der Pariser Weltausstellung nicht beteiligen. Zoll- und Tarifffragen bildeten einen Hauptgegenstand der Tagesordnung. Über die Entwickelung der vom C.-V. in Freiberg i. S. unterhaltenen Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie konnte günstig berichtet werden. Der Vorstand dieser Anstalt, Dr. Päßler, hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Mikroorganismen für die Lederindustrie.

Ausstellungswesen. Eine Deutsche Ausstellung für städtische Hygiene und Städteverwaltung soll 1903 in Dresden stattfinden. — Eine Jubiläumsausstellung für allgemeine Hygiene findet zu Ehren des 100. Geburtstags des Begründers der Wasserheilkunde, Vincenz Prießnitz, durch den deutschen Verein der Naturärzte und Naturheilkundiger, sowie des Deutschen Bundes der Naturheilvereine vom 19. August bis 10. September d. J. in Dresden statt. — Eine vorläufige Abrechnung des Finanz-Ausschusses der Allgemeinen Gartenbau-Ausstellung in Hamburg 1897 schließt in Debet und Credit mit dem Betrage von 2 660 712 Mk. ab.

Sociales.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Ein Internationaler Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit war auf Veranlassung des deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke vom 24. bis 27. Mai in Berlin im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitze des Herzogs v. Ratibor versammelt. Im Ganzen haben etwa 2000 Personen, darunter amtliche Vertreter fast aller Kulturstaaten an dem unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Kongresse teilgenommen. Neben

dem Vorsitzenden des Zentralkomitees, Herrn Staatssekretär Grafen v. Posadowsky-Wehner, hat sich Oberstabsarzt Dr. Pannwitz-Berlin besondere Verdienste um das Zustandekommen des Kongresses erworben. In seiner Eröffnungsrede wies Graf v. Posadowsky-Wehner darauf hin, daß die Tuberkulose in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung eine Begleiterscheinung des modernen Kulturlebens sei, die eine stets wachsende Gefahr für unser Volkswohl darstelle. Heute gäbe es im Reichstagsgebäude nur eine einzige Partei, die Einem Feinde, der Tuberkulose, entgegenzutreten bereit sei. Die Referate, an welche sich Diskussionen anschlossen, gliederten sich in fünf Abteilungen. Zur ersten, die die Ausbreitung und Bedeutung der Tuberkulose behandelte, sprach zuerst der Direktor des Kaiserlichen Gesundheitsamts, Geh. O. R. R. Dr. Köhler. Er entrollte an der Hand von statistischem Material ein düsteres Bild von der Verbreitung der Tuberkulose. Im Alter von 15—60 Jahren starben in Deutschland während des Zeitraumes von 1894—1897 jährlich 87 600 an Lungenschwindsucht, d. h. auf je 1000 Lebende dieser Altersklasse starben bei einer Gesamtsterblichkeit von 9 Personen 3, also der dritte Teil an dieser Krankheit. Geheimrat Dr. Krieger hob die außerordentliche Bedeutung der Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse und die Art der Berufsarbeit hervor. Der Direktor der hanseatischen Versicherungs-Anstalt, Direktor Gebhardt-Lübeck, dem das Verdienst gebührt, auf die Nutzbarmachung des § 12 des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes zur Tuberkulosen-Behandlung zuerst hingewiesen zu haben, besprach die Tuberkulose als Invaliditätsursache. Etwa 11 % aller Invaliditätsfälle sind durch sie bedingt. Bei den männlichen Industriearbeitern, die bis zum 30. Jahr invalid werden, leiden mehr als die Hälfte an der Lungenschwindsucht. Mit Hülfe der Hamburgischen Einkommensteuerstatistik läßt sich nachweisen, daß dort die Zahl der Schwindsuchtsfälle mit den Steuerklassen in einem gewissen Parallelismus stehen; je niedriger das Einkommen, desto größer die Zahl der Krankheitsfälle. Die Personen der höheren Stufen weisen eine etwa 4mal geringere Sterblichkeit an Schwindsucht auf als die Klasse mit einem Einkommen von 900 bis 1000 Mk. General-Oberarzt Dr. Schjerning machte lehrreiche Angaben über den diesbezüglichen Gesundheitszustand im Heer. 1898 erkrankten noch 1,8 pro Mille der Mannschaften an Tuberkulose. Die Ökonomiehandwerker, Schreiber und Bäcker werden von ihr bei weitem mehr befallen als die Fronttruppen. Dr. Bollinger-München sprach über die Tuberkulose unter den Haustieren und warnte vor dem Genuß ungekochter Milch und rohen Rind- und Schweinefleisches. Die zweite Abteilung behandelte die Tuberkulose mehr vom medizinischen Standpunkte aus (Tuberkelbazillus, Übertragung, Mischinfektion, Erblichkeit, Immunität, Disposition). Eine gewisse Beruhigung gewährt es, zu erfahren, daß der Tuberkelbazillus außerhalb des Körpers verhältnismäßig schnell abstirbt im Vergleich zu Cholera- und Diphtheriebazillus, und daß nur ein langdauerndes Zusammensein mit Kranken eine Gefahr der Ansteckung in sich schließt; doch ist in dem letzterwähnten Umstand für unsere Arbeiterwelt wenig Trost, wenn auch die Bemittelten vielleicht leichter ihre Scheu vor der Berührung mit schwindsüchtigen Armen überwinden. Erblichkeit der Krankheit ist nicht erwiesen, wohl aber daß die Infektion schon in der allererstesten Lebenszeit stattfinden kann durch Einatmung von Bakterien im Stubenstaub und Berührung tuberkelbeschmutzter Finger oder Sachen mit dem Mund. Die 3. Abteilung beschäftigte sich mit den Maßnahmen zur Verhütung

(die Bekämpfung der Ansteckungsgefahr im Kindesalter, bei der Gattenwahl, in der Ehe, am Krankenbett). Von ganz besonderem Interesse war der Vortrag des Professors der Hygieine Dr. Rubner-Berlin über den Einfluß der Wohn- und Arbeitsräume auf die Krankheit. Einführung von Wohnungsinspektion, Verbesserung und Ergänzung der Bauordnungen, Erlaß eines Wohnungsgesetzes, Erweiterung der sanitären Vorschriften bezüglich des Arbeiterschutzes seien die vornehmsten Vorbeugungsmittel gegen Ausbreitung der Tuberkulose. In der 4. und 5. Abteilung der Vorträge, welche die Heilverfahren und insbesondere das Heilstättenwesen behandeln, kamen hauptsächlich die Kliniker zum Wort wie Professor Curschmann-Leipzig, Weber-London, Dettweiler-Falkenstein, Prof. Robert-Rostock, früherer Leiter in Görbersdorf, Prof. Winternitz-Wien, Begründer der wissenschaftlichen Wasserheilkunde. Über die Entwickelung der Heilstättenbestrebungen sprach Professor v. Leyden-Berlin, über die Krankenkassen und Krankenkassen-Ärzte bei der Heilstättenfürsorge der Vertrauensmann der Berliner Kassen, Dr. Friedeberg, der mit aller Energie für die Emporentwickelung der Arbeiterschaft und als Vorbedingung dazu für Gewährung der Koalitionsfreiheit eintrat. Über die bauliche Herstellung, die Einrichtung, den Betrieb und die Kurerfolge der Heilstätten legten Dr. Schmieder und Dr. Werner, beide im Dienste Berlins, ihre Ansichten und Erfahrungen dar, während Oberstabsarzt Dr. Pannwitz-Berlin, der Generalsekretär des Kongresses, die Notwendigkeit der Fürsorge für die Angehörigen der in den Heilstätten Verpflegten als eine maßgebende Voraussetzung für den Heilerfolg betonte.

Nach Schluß der Verhandlungen besuchte ein Teil der Kongreßteilnehmer die drei in der Nähe Berlins gelegenen Heilstätten, deren zwei die Gemeindeverwaltung, eine die Ortskrankenkassen errichtet haben.

Weittragende, für einzelne Staaten oder Korporationen bindende Beschlüsse sind auf dem Kongreß nicht gefaßt worden. Immerhin ist Anregung zu litterarischer Arbeit, z. B. auch durch Stiftung eines namhaften Preises für die beste Broschüre über die Bekämpfung der Tuberkulose (siehe „Preisausschreiben") gegeben worden; die Beauftragung eines Komitees zur Abfassung eines Aufrufes zur Errichtung eines Denkmals für Brehmer ist ebenfalls zu begrüßen, denn er war es, der schon von 1854 an für die naturgemäße Behandlung Lungenkranker in der von ihm in Görbersdorf geschaffenen Heilstätte eintrat. Es wäre vielleicht wünschenswert gewesen, daß der Kongreß eine Zentralstelle zur Orientirung, Beratung und Aufmachung einheitlicher Krankheitsstatistiken geschaffen hätte. Nun, hoffentlich wird der erste derartige Kongreß nicht der letzte gewesen sein, sondern in regelmäßiger Wiederkehr sich wiederholen, denn nur ausdauernde, wetteifernde Arbeit aller Völker und aller berufenen Institutionen und Organisationen kann dem Übel allmählich Abruch thun.

Der VII. Internationale Kongreß gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wurde vom 4.—8. April in Paris unter dem Vorsitz des Oberarztes der Irrenanstalten des Seinedepartements Dr. Legrain abgehalten. Unterstaatssekretär Jules Legrand hielt die Eröffnungsrede, in welcher er hervorhob, daß in Frankreich der Alkoholismus leider sehr im Zunehmen begriffen und daß deshalb eine Reform der Trinksitten auch für Frankreich von größter Wichtigkeit sei. Seitens des Vertreters des Unterrichtsministeriums wurden die Maßnahmen

zur Aufklärung der Jugend über die Schädlichkeit des Alkohols dargelegt, Prof. Buisson betonte im Sinne der englischen Toynbee-Gesellschaft und der Bestrebungen Stanton Coits die Notwendigkeit eines freundschaftlichen Verkehrs zwischen Angehörigen der verschiedenen Bildungsklassen; nur von einem solchen, nicht von einem lehrhaften Tone der Gebildeten könne er erwarten, daß die arbeitenden Klassen für Mäßigkeit oder Enthaltsamkeit gewonnen würden. Frl. Solmer, die Vertreterin Dänemarks, sowie Pfarrer Rochat und Bischof Turinat, sprachen über die Rolle der Frau im Kampfe gegen die Trunksucht. Über die Beziehungen der Fabrikarbeit zum Alkoholismus sprachen die Herren Lecomte und van der Velde, letzterer als belgischer Socialist mit dem Hinweis, daß „wenn die Socialisten die Herrschaft über die Erde gewinnen wollen, so müssen sie vor allem sich selbst beherrschen lernen". Graf de Vincelles besprach die Stellung des ländlichen Grundbesitzers in dem Kampf gegen die Trunksucht. Ein Bericht des Kommandanten von Madagaskar, General Gallieni, wies nach, daß man besonders in den Tropen, wo der alkoholische Genuß von schädlicher Wirkung sei, sich dieses Genusses enthalten müsse. Ein Bericht des Dr. Harford Battersby bestätigte diese Ansichten für das Innere Afrikas. Mr. Dillon sprach über die Temperenz in der englischen Armee; aktive Offiziere sprachen über dasselbe Thema hinsichtlich der französischen und schweizerischen Armeeen. Außer diesen öffentlichen Vorträgen wurden innerhalb der Sektionen eine große Anzahl von Vorträgen gehalten über gesetzliche Maßnahmen in der Trunksuchtbekämpfung, über Verminderung der Schenkenzahl, über Reform des Unterrichts und der Erziehung im Sinne der Mäßigkeitsförderung, über gesundheitliche Schädigungen des Alkoholgenusses und über den Stand der Alkoholbekämpfung in den einzelnen Staaten. Deutschland war durch bewährte Förderer der Trunksuchtsbekämpfung auf dem Kongresse vertreten; es waren anwesend Geheimrat Dr. Baer und Kooperator Neumann aus Berlin, Dr. Smith aus Mosbach, Dr. Bonne aus Hamburg, Frl. Hoffmann aus Bremen, Regierungsbaumeister Siegel aus Stuttgart u. a. — Der nächste Internationale Kongreß soll 1901 in Wien stattfinden.

Die 29. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung fand am 13. und 14. Mai in Posen unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Rickert statt. — Nach dem zunächst erstatteten Jahresbericht zählt die Gesellschaft allein 1543 körperschaftliche Mitglieder (vor 10 Jahren 792), das Vermögen beläuft sich auf rund 360 000 Mk. Die Ausgaben der Zentralstelle beliefen sich im vorigen Jahre auf 67 000 Mk. Der Hauptposten wurde zur Begründung von 297 und zur Erweiterung von 96 Volksbibliotheken verwandt. Erstere wurden mit 18 512, letztere mit 3093 Bänden ausgestattet. In den östlichen Provinzen wurden allein 314 Bibliotheken, von denen viele auf dem Lande liegen, bedacht. Der Verein hat eine neue Auflage der Schrift: „Die Volksunterhaltungsabende nach Bedeutung, Entwickelung und Einrichtung" und des „Redner-Adreßbuches" veranstaltet. Auf Kosten der Gesellschaft wurden im letzten Jahre 170 Vorträge in den verschiedensten Teilen des Reichs gehalten.

Das erste Referat hatte Gymnasialoberlehrer Collmann über „Die Pflichten der Gebildeten und Besitzenden in den östlichen Provinzen". Indem er die Quellen des Privateigentums besprach, erörterte er die Bedingungen, unter denen der Besitzende sich die Arbeit eines andern aneignen darf. Dies

führte zur Besprechung der Lohnfrage der industriellen Arbeiter und der Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der Koalitonsfreiheit derselben. Redner führte aus, daß nur von der inneren Kolonisation in Verbindung mit der Schaffung einer lebensfähigen Industrie, die dem Landwirt einen großen Zuwachs an kaufkräftigen Kunden in Aussicht stelle, eine Besserung der Zustände im Osten zu hoffen sei. Auf die Wichtigkeit einer organisierten socialen Wohlfahrtspflege übergehend, drückte Redner den Wunsch aus, daß namentlich die Beamten in dieser Richtung sich noch mehr als bisher ihrer Aufgabe bewußt werden möchten.

Als zweiter Redner nahm Mittelschullehrer Gutsche-Posen das Wort zu dem Bericht über das Volksschulwesen in den Ostmarken, welches erst unter Falks Regime sich zu einem deutsch-nationalen Schulwesen zu entwickeln begonnen habe. Die Regierung suche auch in der Schulfrage alle Kräfte zu gemeinsamer Thätigkeit heranzuziehen und müsse verhindern, daß die Verschiedenheit der Sprache eine Scheidewand zwischen den Bewohnern bilde. Auch hätten die mehr als 20 000 polnischen Schulkinder der Provinz in ihrem eignen Interesse vollen Anspruch darauf, in der Schule zur Beherrschung des Deutschen geführt zu werden. Trotzdem die Kenntnis der deutschen Sprache sich ausbreite, gehe das Deutschtum an sich in der Provinz Posen zurück. Die stärkere natürliche Vermehrung der Polen, der Zuzug aus Rußland und Galizien seien die hauptsächlichsten Gründe dafür. Bedeutsam für das nationale Schulwesen der Provinz sei die weltliche Schulaufsicht. Der Umstand, daß der Kreisschulinspektor oft der bestgehaßte Mann in Posen sei, dürfe die Regierung in ihrer Schulpolitik nicht irre machen.

Generalsekretär Tews legte die für den Verein maßgebenden Ansichten über „Volksbildung und wirtschaftliche Entwickelung" dar. Bildung ist ihm Erhöhung und Differenzierung der im Menschen vorhandenen Kräfte. Aus diesem Grunde ist Bildung ohne weitereres auch Erhöhung der wirtschaftlichen Kraft. Am wenigsten werde der Wert der Bildung in der Landwirtschaft gewürdigt. Gegenüber einseitigen Parteiansichten werde jedoch von maßgebenden landwirtschaftlichen Autoritäten die Notwendigkeit einer höheren Kultivierung der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung anerkannt. Redner verweist auf den hohen Stand der Landwirtschaft in Dänemark, der zum Teil auf die dort vorhandenen Volkshochschulen zurückzuführen sei. Im Kleingewerbe seien gewisse zünftlerische Kreise der Ausdehnung des Fortbildungsunterrichts abgeneigt; und doch sei die bessere Ausbildung der Rekruten des Kleingewerbes, die zum größten Teile vom Lande kommen, für das Handwerk eine Lebensfrage. Großindustrie und Handel wüßten den wirtschaftlichen Wert der Bildung im allgemeinen in vollem Umfange zu schätzen. Daß die höhere Volkskultur in der Großindustrie eine wichtige Rolle spielt, legt Redner durch Vergleichung der Arbeitsleistungen russischer und westeuropäischer Arbeiter dar. Im Ausland würde Deutschlands maßgebende Stellung auf dem Weltmarkt hauptsächlich auf das hochentfaltete Schulwesen zurückgeführt. Unter der wirtschaftlichen Entwicklung sei aber nicht nur eine Erhöhung der Produktion, sondern auch eine zweckmäßigere Verteilung der Arbeitserträge zu verstehen. Die Erhöhung der Volksbildung habe nach dieser Seite hin außerordentlich wohlthätig gewirkt. Die wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten habe sich in den Kulturstaaten wesentlich gehoben. Leider stehe dem Streben der arbeitenden Klassen nach Vermehrung ihres Anteils an den materiellen und geistigen Gütern

der Nation das sociale Vorurteil noch vielfach im Wege. — Über dasselbe Thema sprach als Korreferent Dr. Ernst Schultze-Berlin. Er bemühte sich zu zeigen, daß sich die Beziehungen zwischen Volksbildung und wirtschaftlicher Entwicklung auch direkt zahlenmäßig nachweisen lassen. Die Voraussetzung der Volksbildung bestände in nicht zu langer Arbeitszeit, daneben in nicht zu geringem Lohn. Durch zahlreiche Beobachtungen sei es auf das Unzweifelhafteste nachgewiesen, daß eine zu lange Arbeitszeit nicht nur die Folge habe, daß jedes geistige Interesse ertötet werde, sondern daß auch die etwa schon vorher erworbene Bildung sich bis auf die letzten Spuren verflüchtige. — Was nun die wirtschaftlichen Folgen der Volksbildung anbetreffe, so seien sie durchweg günstige und zeigten sich vor allem in erhöhter Produktion, in zunehmender Sparsamkeit, in dem Verschwinden roher Vergnügungsarten und dem Aufkommen edlerer Erholungen. Daneben sei noch zu nennen: Abnahme der Verbrechen und der Armenlasten, Zunahme der Vaterlandsliebe und eine günstige Beeinflussung der Volksgesundheit — sowohl direkt durch Verbreitung hygieinischer Kenntnisse als auch durch Abnahme der Trunksucht. Zum Schluß gab der Redner eine Übersicht über unser deutsches Volksbildungswesen und die Anforderungen, die namentlich vom Gesichtspunkte einer gesteigerten wirtschaftlichen Entwicklung an dasselbe gestellt werden müßten.

Am Schluß der Verhandlungen wurde an Stelle des verstorbenen Dr. Schmelzer zum stellvertretenden Vorsitzenden der Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath gewählt.

Der 10. evangelisch-sociale Kongreß wurde am 25. Mai in Kiel vom Generalsuperintendanten Dr. Kaftan-Kiel eröffnet. Prof. Dr. Kaftan-Berlin referierte über das Verhältnis der lutherischen Kirche zu der socialen Frage. Nach lebhafter Diskussion, an welcher sich Prof. Harnack-Berlin, Redakteur der „Hilfe" Dr. Maurenbrecher, Pfarrer Naumann u. a. beteiligten, wurde eine Resolution Maurenbrechers: „Der Kongreß richtet an die Vertreter der systematischen Theologie die dringende Bitte, sie möchten sich mehr als bisher der Lösung derjenigen Probleme zuwenden, die der protestantischen Ethik aus der socialen Bewegung unseres Jahrhunderts erwachsen sind", angenommen, sowie den Leitsätzen des Referenten im allgemeinen zugestimmt. Letztere lauten: „Die lutherische Kirche weist den unmittelbar kirchlichen Organen keine direkte Mitwirkung im socialen und wirtschaftlichen Leben zu, weil sie andere (weltliche) Organe des christlichen Volkskörpers als die von Gott hierfür berufenen ansieht und deren Dienst an und für sich als Gottesdienst und Lebensfunktion der Kirche verstanden wissen will. 2. Diese Stellung der lutherischen Kirche zu den socialen Fragen und Aufgaben ist mit innerer Notwendigkeit aus der Reformation Luthers hervorgegangen und muß als ein prinzipieller Fortschritt in der kirchlichen Lebensordnung der protestantischen Völker erachtet werden. 3. Die lutherische Kirche soll unbeirrt an ihrer wichtigen Erkenntnis festhalten, soll aber nicht verkennen, daß die sociale Bewegung der Gegenwart mit dem Grundgedanken des Evangeliums und der Reformations Luthers innerlich zusammenhängt und sie daher die Pflicht hat, in Predigt und Volkserziehung eine nach diesen christlichen Gedanken bemessene Socialreform zu befürworten und zu fördern." — Fabrikbesitzer Heinrich Freese-Berlin sprach über das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe, das nunmehr von ihm seit 15 Jahren durch seinen Arbeiter-Ausschuß eingeführt sei und zwar

mit bestem Erfolge. Die Arbeiterausschüsse sollen mit dem Arbeitgeber über die Arbeitsverhältnisse, Lohn- und Arbeitsverträge, Schutzvorrichtungen, Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen u. s. w. beraten. Es liege nur im Interesse des Fabrikbetriebes, wenn zur Regelung der Lohnverhältnisse, der Arbeitszeit, der Tarife u. s. w. vor jeder Einführung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen u. s. w. der aus freien Wahlen hervorgegangene Arbeiterausschuß gehört werde. Die Arbeiter gewinnen dadurch größeres Interesse an dem Betriebe, die Arbeiten werden besser und sauberer ausgeführt, es werde mit einem Wort mehr Ordnung und größere Kontrolle in dem Betriebe geschaffen. Auch dürfte es bei Regelung der Arbeitsordnung vielfach gelingen, den Schnaps aus der Fabrik fern zu halten. Diejenigen Arbeitgeber, die dadurch einen Terrorismus der Arbeiter befürchten, irren sich vollständig. In den Versammlungen des Ausschusses werde mit der größten Ruhe und Sachlichkeit und mit strengster parlamentarischer Ordnung beraten und Beschluß gefaßt. Er könne nur den Arbeitgebern empfehlen, seinem Beispiele Folge zu leisten und zwar in friedlichen Zeiten die Bildung von Arbeiterausschüssen vorzunehmen, und nicht zu warten, bis erregte Zeiten eintreten und die Ausschüsse vielleicht von den Arbeitern abgelehnt würden. Der Redner schloß mit den Worten: Die Arbeiter werden sehr bald einsehen, daß die Arbeiterausschüsse die besten Gewerkschaften seien. Daneben könnten die Parteiorganisationen bestehen bleiben, diese seien ebenso berechtigt wie die Arbeitgeberorganisationen. Die Arbeiterausschüsse dürften aber die Parteiorganisationen sehr bald ablösen. Empfehlen würde sich auch die Gewinnbeteiligung. Er schloß mit den Worten des großen Denkers aus dem vorigen Jahrhundert: „Große Gedanken kommen aus dem Herzen!“ Die Verhandlung führte zu einstimmiger Annahme der vom Schriftsteller Damaschke vorgeschlagenen Erklärung: „Der Kongreß begrüßt mit Freuden die ersten Ansätze konstitutioneller Gestaltung industrieller Großbetriebe und spricht die ernste Hoffnung aus, daß die Staatsbetriebe, die nach kaiserlicher Verheißung „Musterbetriebe“ werden sollen, gerade in der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse sich vorbildlich gestalten werden.“ — Prof. Dr. Paulsen-Berlin referierte über die „Wandlungen des Bildungsideals in ihrem Zusammenhange mit der socialen Entwickelung“ worüber er zum Hauptschlusse kam, „daß die Entwickelung aller Volksgenossen zu freier sittlicher Persönlichkeit das Bildungsideal unseres Volkes sei und daß das ganze Volk zu der geistig-sittlichen Bildung seiner führenden Schichten durchdringen müsse.“

Nach der sehr anregenden Debatte führte Professor Adolf Wagner-Berlin aus, „daß das nationalökonomische Wissen der Socialdemokratie in den meisten Fällen nicht wirkliches Wissen, sondern nur dogmatischer Glaube sei, und daß es nicht auf das Wissen allein ankomme, sondern daß unserem Volke auch der feste Wille und die Energie not thue und daß man im Zeitalter der Nervosität nicht zu große Anforderungen an die Gehirnthätigkeit stellen dürfe“. Er schloß seine vielen Beifall erntende Rede mit der Warnung vor einer Überschätzung der Bildung, indem er sagte: „Ich möchte ferner vor einer Überschätzung der Bedeutung der Bildung warnen. Man sagt uns Professoren ja immer: Ihr wißt viel, aber ihr könnt wenig, und Bismarck sagte ganz richtig, daß man mit lauter Wenn und Aber nicht von der Stelle kommt. Wir brauchen heutzutage Thatkraft und Willen! Die müssen aber zu kurz kommen, wenn wir die Bildung überschätzen. Wir stehen dann zu allem zu kritisch und unsere positive Leistungskraft würde gelähmt werden. In der Gegenwart ist die Nervosität der geistig Thätigen in ungemeinem An-

wachsen. Wir dürfen auch nicht vergessen, wie wichtig für unser Leben und Bestand die gesunden Volksreserven sind. Darum keine Überschätzung der Bildung, rufe ich als Professor aus!" — An den Kongreß schloß sich eine öffentliche Versammlung, in welcher im Anschluß an einen Vortrag von Frl. Dr. Windscheid-Leipzig über das Frauenstudium verhandelt wurde.

Die 4. freie kirchlich-sociale Konferenz wurde am 11. April unter Leitung des Hofpredigers a. D. Stöcker in Berlin abgehalten. Über die Frauenfrage sprach Prof. v. Nathusius. Die Versammlung bestätigte in einer Resolution die Ansicht des Redners, daß diese Frage im christlichen Sinn durch eine allmähliche Reform der Mädchenerziehung, welche einerseits die Mädchen für den häuslichen Beruf, andererseits für Handel und Gewerbe, ärztlichen Beruf und das höhere Lehrfach vorbilde, zu lösen sei. Dagegen müsse die Frau vom politischen Parteigetriebe ferngehalten werden.

Die 33. Jahresversammlung des Ausschusses der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger fand am 29. Mai in Rostock statt. Der Geschäftsbericht, erstattet vom Generalsekretär Syndikus Dr. Nebelthau-Bremen, betrauert zunächst das Dahinscheiden des ersten Vorsitzenden, Konsul H. H. Meier-Bremen. Die Rettungsstationen der Gesellschaft sind im letzten Betriebsjahr 14 mal mit Erfolg thätig gewesen und haben 96 Menschenleben aus Seenot gerettet. Hierdurch steigt die Gesamtzahl der Geretteten auf 2510. An Prämien wurden aus der Laeisz-Stiftung 4062 Mk., einschließlich des Geldwertes der Medaillen verteilt. Die Zahl der Rettungsstationen beträgt z. Zt. 116, von denen sich 72 an der Ostsee und 44 an der Nordsee befinden. Bezirksvereine sind z. Zt. 61 thätig. Die Mitgliederzahl beläuft sich z. Zt. auf 53 558, deren Beiträge im Jahre 1898 sich auf 151 064 Mk. beliefen. Außerordentliche Einnahmen beliefen sich auf 87 107 Mk., hierunter Stiftungen 54 676 Mk. Vom Ehrenmitglied Robin befand sich unter letzteren eine neue Stiftung von 30 000 Mk. Die Gesamtausgaben des Vorjahres beliefen sich auf 199 846 Mk. Der Vermögensbestand wird für 1. April 1899 mit 677 209 Mk., der Reservefonds mit 1 295 543 Mk. veranschlagt. Die nächstjährige Jahresversammlung findet in Dresden statt.

Die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder hat sich am 24. April in Berlin mit einem Mitgliederbestand von ca. 1500 konstituiert. Der verdienstvolle Vorkämpfer auf dem Gebiete des Volksbadewesens, Universitätsprofessor Dr. Lassar-Berlin wurde zum Vorsitzenden gewählt. Derselbe gab ein Bild der früheren und jetzigen Entwickelung des deutschen Badewesens und wies auf die beklagenswerten Lücken des gegenwärtigen Zustandes hin. Prof. Rubner, Direktor des hygienischen Instituts, Berlin, betonte als Hauptaufgabe der Gesellschaft, in den Arbeitergegenden der Großstädte zweckmäßige Badegelegenheiten zu schaffen. Schulrat Bertram-Berlin berichtete über Schulbäder und hob hervor, daß jetzt in Berlin neun Doppelschulen mit Brausebädern ausgestattet, und daß solche in allen neuen Schulbauten vorgesehen seien. Major Hoffmann vom Kriegsministerium sprach über Badeeinrichtungen im Heer. 1879 gab es deren erst 30, heute besitzt jede Kaserne ihr Brausebad, auch auf den Übungsplätzen befinden sich solche. Wannenbäder erweisen sich als undurchführbar. Im Sommer wird dagegen fleißig, da wo es angängig ist, geschwommen. Admiral Hollmann schilderte die betreffenden Einrichtungen an den kaiserlichen Werften und auf den Kriegsschiffen. Die technischen Fortschritte

in der Destillierung des Seewassers ermöglichen es jetzt, den Mannschaften auf jedem Kriegsschiff Süßwasserbäder zu gewähren. Daß in den Kadettenhäusern der Schwimmsport in rationeller Weise gepflegt wird, ist allgemein bekannt Der aus 59 Mitgliedern bestehende Vorstand wurde durch Zuruf gewählt und die vorgeschlagenen Satzungen wurden ohne Änderung angenommen.

Der 27. deutsche Ärztetag wurde am 21. und 22. April in Dresden abgehalten, er beriet u. a. auch über die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen, und befürwortete diese Einrichtung mit 107 Stimmen, welche 12065 Ärzte vertraten gegen 29 Stimmen, welche 1538 Ärzte vertraten. Hinsichtlich der Reform der Alters- und Invaliditätsversicherung sprach sich der Berichterstatter, Geheimer Sanitätsrat Dr. Wallichs-Altona, für gemeinsame Verwaltung der Kranken- und Invaliditätsversicherung durch besondere Versicherungsämter aus. Ein einstimmig angenommener Antrag wünschte, daß im ganzen Reich Erhebungen über die Schäden der Kurpfuscherei durch Fragebogen veranstaltet werden möchten, wie deren schon in den Königreichen Preußen und Sachsen in die Wege geleitet sind.

Der Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten hielt am 24. März in Berlin seine 19. Jahresversammlung ab. Der Verein hat im verflossenen Jahr in seinen vier Hospizen zu Norderney, Wyk, Großmüritz und Zoppot 1666 Kinder verpflegt, 137 mehr als 1897. Das Vereinsvermögen beläuft sich gegenwärtig auf 1 062 000 Mk.

Eine Konferenz von Lehrern sämtlicher deutscher Hochschulen fand am 18. März in Berlin unter dem Vorsitz des Rektors der dortigen Universität Geh. Rat Waldeyer, statt, um sich über die Erfahrungen bei der Errichtung volkstümlicher Kurse an einzelnen Universitäten und technischen Hochschulen auszusprechen und die Ausdehnung des volkstümlichen Unterrichts durch Hochschullehrer zu beraten. Alle Redner hoben die Notwendigkeit derartiger Einrichtungen hervor. Es wurde beschlossen, zu Ostern nächsten Jahres wieder in Berlin zusammenzukommen, um über die Fortschritte dieser Einrichtung zu beraten.

Von Versammlungen in der Frauenfrage erwähnen wir den X. Deutsch-evangelischen Frauentag, welcher am 4. Juni in Kassel durch Lic. Weber-M.-Gladbach eröffnet wurde, den Verein Frauenbildungsreform, welcher Anfang Juni in Hannover seine diesjährige Jahresversammlung abhielt, den Verein Frauenbildung — Frauenstudium, welcher am 19. Mai in Baden-Baden seine Generalversammlung abhielt, den Allgemeinen deutschen Lehrerinnenverein, welcher am 21. bis 23. Mai in Danzig seine 5. Generalversammlung abhielt.

Die diesjährige Konferenz des Vereins für Auswandererwohlfahrt fand am 26. Mai in Hannover statt. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die in der liberalen Erteilung von Landkonzessionen an geeignete Unternehmungen und in klimatisch geeigneten Teilen unserer Schutzgebiete das notwendigste Mittel zur weiteren wirtschaftlichen Erschließung der letzteren erblickt und andererseits die Bedingung für erforderlich hält, daß solche Konzessionen (im Gegensatz zu manchen früher erteilten) an die Voraussetzung thatsächlicher wirtschaftlicher Gegenleistungen der Unternehmer geknüpft werden. — Ferner ist hervorzuheben, daß der vom Verein für Auswandererwohlfahrt verfolgte Plan einer

Nutzbarmachung organisierter Auswanderung für die Interessen der Armen- und Waisenfürsorge die volle Zustimmung der Konferenz fand.

Preisausschreiben. Die philosophische Fakultät der Universität Göttingen stellt für das Jahr 1902 zwei Preise aus der Benekestiftung in Höhe von 1700 Mk. und 680 Mk. für die beste quellenmäßig belegte Bearbeitung einer Geschichte der Bücherpreise in Deutschland seit Erfindung der Buchdruckerkunst. — Die Dr. Rudolf Schleiden-Stiftung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Freiburg i. B. setzt einen Preis von 1000 Mk. für die beste Arbeit über das Thema: „Die Landwirtschaft in Baden seit der Grundentlastung" aus. Die Arbeiten müssen bis zum 1. März 1901 bei dem Dekan der Universität unter Geheimhaltung des Namens des Verfassers eingereicht werden. Nähere Auskunft durch den Dekan Prof. W. v. Rohland in Freiburg i. B.

Aus Anlaß des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose hat Herr Ferdinand Mannheimer in Berlin einen Preis von 3000 Mk. für die beste populäre Schrift über die Schwindsucht gestiftet. Von Herrn Max Kahnemann in Berlin ist dieser Preis noch um 1000 Mk. erhöht worden. — Der Verein deutscher Ingenieure hat in seiner diesjährigen Jahresversammlung am 13. Juni in Nürnberg beschlossen, daß die Preisausschreibung für eine kritische darstellende Geschichte der Dampfmaschine, da die Aufgabe nicht gelöst wurde, nochmals erlassen werden soll; es ist dafür ein Preis von 10 000 Mk. ausgesetzt. Ebenso wurde die Bewilligung einer Summe von 7000 Mk. für ein wiederholtes Preisausschreiben auf Rauchverhütungsvorschriften beschlossen.

Arbeiterfrage.

Vereinigungen und Versammlungen in der Arbeiterfrage. Die VIII. Konferenz für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen trat am 15. Mai in Stuttgart unter dem Vorsitze des Wirkl. Geh. Rat, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog zusammen. Der Württembergische Minister des Innern v. Pischek hielt eine bemerkenswerte, die selbstlosen Bestrebungen der Zentralstelle würdigende Ansprache. Eine gleich warme Ansprache hielt der Vorsitzende des Stuttgarter Gemeinderats Stockmayr. Über die Fürsorge für das Säuglingsalter referierte Ober-Medizinalrat Dr. Hauser-Karlsruhe, er faßte seinen Vortrag in folgende Thesen zusammen: „1. Die Fürsorge für Säuglinge unbemittelter Volksklassen in weiteren Grenzen, als dieselbe bisher inne hatte, erscheint als sociale Pflicht des Staates wie der privaten Wohlthätigkeitspflege. 2. Als Mittel zur Erreichung derselben empfehlen sich: a) gesetzliche Bestimmungen zum Schutze hochschwangerer Personen in gewerblichen Betrieben; b) gesetzliche Gewährleistung von Unterstützungen seitens der Krankenkassen an dieselben; c) Besserung unserer gesamten Geburts- und Wochenbettshygieine durch Hebung des Hebammenstandes und Förderung der Wochenbettspflege; d) Asyle und Anstalten zur zeitweiligen und gleichzeitigen Aufnahme von Säuglingen und Müttern nach Entlassung der letzteren aus der ersten Geburts- und Wochenbettspflege; e) Anstalten zur zeitweiligen Aufnahme und Verpflegung erkrankter Säuglinge; f) gesetzliche Organisation des öffentlichen Kinderschutzes und Schaffung einer gut organisierten und gut überwachten Außenpflege; g) gut überwachte und gut geleitete Krippen. 3. Gut überwachte und gut geleitete Krippen sind für wenig bemittelte Be-

völkerungsschichten von Segen und darum bei uns in erweitertem Umfange anzustreben."

Über das Kost- und Haltekinderwesen referierte Dr. med. Taube-Leipzig, der bekannte Reformator auf diesem Gebiete, das er über das eigentliche Kindesalter hinaus erweitern will. In der Diskussion über beide Themata stellt Dr. Oppenheimer aus Stuttgart die Schaffung von Milchversorgungsanstalten für Säuglinge durch Staat und Gemeinde als Forderung auf. — Über die Frage der Erleichterung der Beschaffung der Geldmittel für die gemeinnützige Bauthätigkeit referierten Landesrat Brandts aus Düsseldorf und Oberbürgermeister Beck aus Mannheim, zwei Männer, die auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungsfrage bereits Bedeutendes geschaffen haben. Beide gingen aus von der Wohnungsnot der unteren Schichten, die durch die Privatspekulation nicht befriedigt werde und die Wohnungspreise nahezu unerschwinglich steigere. Von dieser Sachlage aus trat Landesrat Brandts für die Arbeiterbaugenossenschaften ein, die in den Arbeitern genossenschaftlichen Geist wecken. Als Geldgeber haben die Invaliditätsanstalten, die Rentenbanken und die öffentlichen Sparkassen einzustehen und zu mäßigem Zinsfuße die nötigen Kapitalien zu gewähren. Außerdem haben sich für einzelne Bezirke oder Staaten freie Vereinigungen für das Arbeiterwohnungswesen aus den gemeinnützigen Bauvereinen, den staatlichen und kommunalen Behörden zu bilden. In der Rheinprovinz ist die Thätigkeit der Kommunen für das Arbeiterwohnungswesen schon sehr erheblich, durch Ermäßigung der baupolizeilichen Vorschriften, Erlaß der Gebäudesteuer u. a. Zu ihrem Vorgehen wurden sie auch durch die staatlichen Behörden angeregt. Der zweite Redner Oberbürgermeister Beck aus Mannheim, erörterte die bei der Wohnungsfürsorge in Betracht kommenden Faktoren und suchte den Wirkungskreis der Gemeinden abzugrenzen. Er zog die Aktiengesellschaft der Baugenossenschaft vor, weil der ersteren mehr Kapital und Intelligenz zur Verfügung stehe, sie also bessere Erfolge erziele. Dagegen betonte er energisch die Pflicht des Reichs, Staats und besonders der Gemeinde, ihren Angestellten und Arbeitern gegenüber für Wohnungen zu sorgen; weiter habe die Gemeinde überhaupt den Bau von kleinen Wohnungen anzuregen und teils durch Vermittlung bei Beschaffung von Kapitalien, teils durch Steuernachlaß, Erlaß der Straßenkosten und andere Vergünstigungen kräftig zu unterstützen, sie selbst aber solle keine Wohnungen bauen, da das Risiko zu groß für sie sei. Das vom Referenten ausgearbeitete Programm giebt wertvolle Anregungen.

Die Diskussion drehte sich großenteils um die Frage nach dem Werte der Baugenossenschaften. Einzelne Stimmen befürchteten einen zu großen Einfluß der Gemeinde. Paul Lechler, der Vater des Planes einer nationalen Wohnungsreform, wies die Unterstützung durch die Invaliditätsanstalten zurück, während ein anderer den wohlthätigen Stiftungen empfahl, ihr Geld in Arbeiterwohnungen anzulegen.

Eine Versammlung von Socialpolitikern trat am 3. Mai in Berlin zwecks Vorbereitung der Gründung einer Internationalen Vereinigung zur Förderung des Arbeiterschutzes unter dem Vorsitze des früheren Staatsministers Freiherrn v. Berlepsch zusammen. Es waren etwa 70 Herren zugegen. Eine Anzahl Herren hatten ihr Fernbleiben entschuldigt, ihre Mitwirkung

an dem Unternehmen jedoch in Aussicht gestellt. In der Debatte wurde betont, daß das etwa in der Schweiz zu errichtende Bureau sich nicht auf Sammeln von Geld, auf Veröffentlichungen nnd Informationen beschränken dürfe, sondern den Mittelpunkt einer kräftigen Agitation für die Fortführung des Arbeiterschutzes bilden solle. Die Hauptfrage wurde einstimmig mit folgendem Beschluß bejaht: „Die heute im Architektenhause zu Berlin versammelten Vertreter der verschiedensten socialpolitischen Richtungen beschließen die Wahl eines provisorischen Komitees, bestehend aus 20 Mitgliedern, mit dem Rechte der Kooptation, das den Auftrag hat, sich an den Beratungen einer internationalen Vereinigung zur Förderung des Arbeiterschutzes zu beteiligen und die Bildung einer nationalen Sektion für Deutschland vorzubereiten. Über die zu diesem Zwecke unternommenen Schritte ist in einer im Herbst einzuberufenden neuen Versammlung Bericht zu erstatten". Die gewählten 24 Herren sind: Staatsminister a. D. Frhr. v. Berlepsch, Prof. Brentano, Dr. E. Francke, Herausgeber der „Soc. Praxis", Abg. Dr. Max Hirsch, Abg. Prof. Hitze, H. Kamin, Vorsitzender des Verbandes der Gewerkvereine, Abg. Dr. Lieber, Pfarrer Naumann, Landesökonomierat Nobbe, Abg. Dr. Pachnicke, Kommerzienrat v. Pfister, Generalsekretär Dr. Pieper, Abg. Kommerzienrat Roesicke, Fabrikant Schmalbein, Abg. Schmidt-Elberfeld, Prof. Schmoller, Prof. Sombart, Verleger L. Sonnemann, Abg. Stöcker, Lithograph Tischendörfer, Prof. Ad. Wagner, Pfarrer Lic. Weber, Handelskammersekretär Dr. Wirminghaus, Vorsitzender des Vereins „Arbeiterschutz", Weigel.

Der Zentralvorstand deutscher Arbeiterkolonien hielt am 20. April, in Gemeinschaft mit dem Gesamtverband deutscher Verpflegungsstationen seine Jahresversammlung in Berlin ab. Vorsitzender beider Verbände ist Geh. Reg.-R. v. Massow-Potsdam. Nach seinem Bericht gehören dem Centralvorstande 32 Vereine im Deutschen Reiche an, welche ebensoviele Arbeiterkolonien mit zusammen 8925 Betten unterhalten. Im vorigen Jahre haben die Arbeiter-Kolonien 767 805 Nachtquartiere gewährt. Der Gesamtverband der Verpflegungsstationen umfaßt 1150 solche Stationen. Das wesentliche Herabgehen der Frequenz beider Institutionen im Vorjahre führte der Vorsitzende hinsichtlich der Kolonien auf den wirtschaftlichen Aufschwung und das Steigen der Arbeitslöhne, hinsichtlich der Verpflegungsstationen auf das Aussterben des alten Strolchentums und der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zurück. Es wurde auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Fürsorge für arbeitslose Wanderer hingewiesen. Pastor Braun-Görlitz berichtete hierauf über ein neues Formular der Arbeitsbescheinigungen und empfahl, mehr ästhetische als polizeiliche Gesichtspunkte geltend zu machen und den Arbeitslosen vor allem Arbeit und Obdach zu verschaffen. In die Debatte griff auch der frühere preußische Minister des Innern, Graf zu Eulenburg ein, indem er gleichfalls dafür eintrat, den Gesichtspunkt des Arbeitsnachweises voranzustellen. Eine Beschickung der Pariser Weltausstellung mit Modellen der Pflegestationen und Arbeiterkolonien wurde vom Verbande abgelehnt und den einzelnen Verbänden überlassen.

Die Generalversammlung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands wurde am 23. Mai in Altona unter dem Vorsitz des Pf. Lic. Weber-M.-Gladbach abgehalten. Nachdem der Geschäftsführer

Pfarrer Arndt-Vollmarstein die stetige weitere Ausbreitung der evang. Arbeitervereine (z. Zt. bestehen 359 Vereine mit 76 998 Mitgliedern) und der von diesen vertretenen Bestrebungen konstatiert, berichtete der Vorsitzende u. a., daß er im Auftrage des Ausschusses in einer ihm erteilten Audienz den Staatssekretär Grafen v. Posadowsky um Gewährung eines Staatskredits zur Errichtung von Arbeiterwohnungen gebeten und daß letzterer ihm bemerkt habe, daß die Reichsregierung dieser Frage näher treten wolle. Diakonus Dr. Költzsch-Dresden sprach sehr scharf über die den socialen Frieden gefährdende Wirksamkeit der römisch-katholischen Männerorden, worauf auf Vorschlag des Pfarrer Naumann der Beschluß gefaßt wurde: „Die Generalversammlung erkennt grundsätzlich an, daß die evangelischen Arbeitervereine nicht bloß einen religiösen, sondern ebenso einen socialen Charakter haben." — Hofprediger a. D. Stöcker hielt einen längeren Vortrag über die sociale Bedeutung der alttestamentlichen Propheten. — Prof. Dr. Hypeden-Kassel sprach über die Errichtung von Arbeitskammern, es gelangte nach längerer Diskussion folgende Erklärung zur Annahme: Der Delegiertentag begrüßt den auf Errichtung der Arbeitskammern gerichteten Antrag der Abgeordneten Hitze und v. Heyl als einen ernsten Versuch, die Frage einer gemeinsamen, der Verständigung dienenden und nach Berufen gegliederten Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber der Lösung näher zu bringen." — An den Ausschuß war ein Antrag gegen ein beabsichtigtes Zuchthausgesetz eingelaufen. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Delegiertenversammlung erklärt, daß sie jeden Terrorismus von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entschieden verurteilt, daß sie aber die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuches, besonders in § 153, für vollständig genügend und bei gleicher Anwendung nach beiden Seiten angemessen hält." Eine große Anzahl von Anträgen wird dem Ausschuß übergeben. — Über Mißstände bei der jetzigen Verwaltung der Ortskrankenkassen referierte Pastor Günther-Breslau. Die Mißstände bestehen darin, daß über die freien Hülfskassen nicht genügende Aufsicht geübt werde, daß sie oft von socialdemokratischen Agitatoren geleitet werden, die ihren Genossen Vorteile zuwenden. Die Ortskrankenkassen sollten verallgemeinert, die Hülfskrankenkassen aufgehoben und als Leiter beeidete Beamte angestellt werden, die politischer Agitation fernstehen. Die Angelegenheit soll auf der nächsten Versammlung besprochen werden. Stadtverordneter Kott hielt ein Referat über die Reorganisation der Volksfeste. Pfarrer Weber und Pastor Niemeyer berichteten über den gegenwärtigen Stand der Wohnungsfrage. Es wurden zwei lange Resolutionen im Sinne der bisherigen Stellung der evangelischen Arbeitervereine vorgeschlagen. Pfarrer Lic. Weber hielt zum Schluß noch einen Vortrag über kommunale Socialpolitik.

Der erste Kongreß christlicher Gewerkschaften, von katholischer Seite einberufen, tagte am 22. und 23. Mai in Mainz. Den Vorsitz führte der aus der Piesberger Ausstandsbewegung bekannt gewordene Herr Brust. Socialdemokratischen Berichterstattern war der Zutritt zu den Versammlungen verweigert worden. Folgende Leitsätze gelangten zur Annahme: „Die christlichen Gewerkschaften sind interkonfessionell und politisch unparteiisch. Die Erörterung parteipolitischer Fragen ist fernzuhalten, aber die Herbeiführung gesetzlicher Reformen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erörtern." Die Versammlung nahm noch Anträge gegen eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit,

für den Ausbau der Arbeitergesetze und für Schaffung von Arbeiterkammern an.

Der III. Allgemeine Gewerkschaftskongreß wurde am 8. Mai in Frankfurt a. M. eröffnet. Von den zahlreichen Beschlüssen sind folgende bemerkenswert. Der Generalkommission der Gewerkschaften (Sitz Hamburg) wurden folgende, ihre Thätigkeit erweiternde Aufgaben überwiesen: „1. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften aller Länder; 2. Sammlung und Nutzbarmachung des in den amtlichen Publikationen des Reichs, der Einzelstaaten, Gemeinden, Handels- und Gewerbekammern, Versicherungsbehörden, Krankenkassen u. s. w. sich häufenden Agitationsmaterials in Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung; 3. Erweiterung des Korrespondenzblattes zu einer gewerkschaftlichen Rundschau; 4. Herausgabe von Jahresberichten als Handbuch des Gewerkschaftslebens; 5. Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung und die Wahl von Arbeitervertretern, sowie Leitung der Wahlen dazu, die eine Einwirkung von einer Centralstelle erfordern." — Gegen den Gesetzentwurf zum Schutze Arbeitswilliger wurde eine besonders scharfe Resolution gefaßt. — Hinsichtlich der Arbeitsvermittelung gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittelung ist ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Der Kongreß hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt. Die Mitwirkung von Staat und Gemeinde bei der Arbeitsvermittelung kann deshalb nur darauf beschränkt sein, die Mittel für die dazu nothwendige Einrichtung und deren Erhaltung zur Verfügung zu stellen. Der Kongreß erkennt dagegen an, daß es unter den bestehenden Verhältnissen an manchen Orten für eine Reihe von Berufen von Vorteil sein kann, sich an kommunalen Arbeitsnachweisen zu beteiligen. Diese sind jedoch nach folgenden Grundsätzen auszugestalten: a) Verwaltung durch eine in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitern je in freier Wahl gewählten direkten Vertretern zusammengesetzte Kommission, unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden; b) Führung der Geschäfte durch aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangene Beamte; deren Wahl durch die Verwaltungskommission; c) Ablehnung der Vermittelung von Arbeitskräften an solche Arbeitgeber und Dienstherren, die notorisch ihre Pflichten als Arbeitgeber nicht erfüllen, sowie an solche Arbeitgeber, die bei ausbrechenden Differenzen mit ihren Arbeitern in keine Verhandlungen zu deren Beilegung mit der zuständigen Arbeiterorganisation eintreten wollen; d) genaue Feststellungen über die Lohnbedingungen und deren Veröffentlichung mit den übrigen Ergebnissen der Arbeitsnachweis-Statistik; e) vertragsmäßige Verpflichtung der Arbeitgeber, die vor dem Arbeitsamt angegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen nach erfolgter Einstellung auch zu erfüllen, um den Arbeiter oder Dienstboten vor Täuschung oder Benachteiligung zu schützen; f) vollständige Gebührenfreiheit und Übernahme der gesamten Kosten auf die Gemeinde- oder Staatskasse. Wo kommunale Arbeitsämter errichtet werden, hat die organisierte Arbeiterschaft ihren berechtigten Einfluß geltend zu machen und für die Durchführung vorstehender Forderungen einzutreten, ohne daß die einzelne Gewerkschaft verpflichtet werden kann, den etwa bestehenden, gut funktionierenden Facharbeitsnachweis ohne besonderen Grund aufzuheben. Derartige Facharbeitsnachweise sind jedoch möglichst mit dem städtischen Arbeitsamt in Verbindung zu bringen, um eine vollständige Arbeits-

nachweisstatistik zu ermöglichen. Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten. In den Arbeitsnachweisen der Innungen fällt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ebenfalls die Aufgabe zu, diese, wenn sie einmal geschaffen, nach Möglichkeit im Interesse der Arbeiter auszugestalten." — Bezüglich der Gewerkschaftskartelle wurde beschlossen: „Die Gewerkschaftskartelle haben die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen ihres Ortes zu vertreten, wie Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens, der Statistik, Bibliotheken, Errichtung von Arbeitersekretariaten 2c. Sie haben die Arbeiterinteressen gegenüber den Behörden: Gewerbe-Inspektion, Gemeindeverwaltung 2c. und bei Wahlen zu Gewerbegerichten und Versicherungsanstalten zu wahren. Sie haben weiter im Einverständnis mit den betreffenden Organisationsleitungen die Agitation unter den Berufen, deren Organisationen aus eigener Kraft dazu nicht imstande sind, zu unterstützen. Die Beschlußfassung über Streiks muß ausschließlich Aufgabe der Vorstände der Centralverbände sein. Die Kartelle sind verpflichtet, dem Centralvorstand der Organisation, die am Orte in einen Streik eintreten will, oder sich im Streik befindet, auf Erfordern einen Situationsbericht zu geben. Materielle Unterstützung für Streiks wird seitens des Kartells nur dann gewährt, wenn der Centralvorstand der im Streik befindlichen Organisation dies beantragt oder seine Zustimmung erteilt hat. Über die Taktik bei Lohnbewegungen und bei auftauchenden Fragen innerhalb ihres Gewerbes entscheidet die betreffende Gewerkschaft selbständig." Die beiden Vorsitzenden des Kongresses, Legien und Brömelburg, beide aus Hamburg, nehmen noch kurz vor Schluß des Kongresses Veranlassung zu erklären, daß zwischen den Gewerkschaften und der Socialdemokratie keinerlei trennende Punkte beständen.

Der deutsche Werkmeisterverband hielt in den Ostertagen seine diesjährige Delegiertenversammlung in Eisenach ab, geleitet von dem Verbandsvorsitzenden Zander-Düsseldorf. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Verband, der 34 400 Mitglieder und 614 Bezirksvereine zählt, für seine socialen, als mustergültig anerkannten Einrichtungen mehrere Millionen aufgebracht. Im letzten Bericht waren die Leistungen des Verbandes und der Sterbekasse mit 2 587 554 Mk. aufgestellt. Dazu kommen für die Jahre 1897 und 1898 Sterbegelder mit 287 500 Mk., bezw. 305 400 Mk. und Unterstützungen mit 266 010 Mk., bezw. 337 000 Mk. Es ergiebt dies für die 15 Jahre, die der Verband besteht, eine Gesamtleistung von 3 783 464 Mk. Die Sterbekasse besitzt ein Vermögen von 706 000 Mk., der Verband ein solches von 1 231 000 Mk. Der nächste Delegiertentag wird voraussichtlich in Hamburg stattfinden.

Der 2. Kongreß socialdemokratischer deutscher Berg- und Hüttenarbeiter tagte am 2. April in Halle. Er drückte seine Zufriedenheit über die Regierungserlasse hinsichtlich der Zurückdrängung fremdländischer Arbeiter und der Forderung, daß in aufsichtführenden Stellungen stehende Arbeiter der deutschen Sprache mächtig sein müssen, aus. Es wurden Beschlüsse gefaßt hinsichtlich einer Bessergestaltung der Organisation der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter, der Zuziehung praktisch gebildeter, von ihren Kameraden frei gewählter Grubenkontroleure zum Bergarbeiterschutze, Verbesserung des Sanitätswesens, namentlich besserer Waschräume u. s. w.

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Lagerhalter socialdemokratischer Konsumvereine, welche am 3. April in Altenburg abgehalten wurde, erging sich überwiegend in Klagen über die Ausbeutung der Lagerhalter durch die Verwaltungen. Eine Beleuchtung des Verhältnisses socialdemokratischer Arbeitgeber zu ihren Untergebenen gab eine vom Verband durchgeführte Statistik, welche 62 Konsumvereine mit 296 Lagerhaltern und 14 Lagerhalterinnen umfaßt. Danach betrug nach den „M. N. N." die Arbeitszeit 60 bis 100 Stunden pro Woche; eine Mittagspause war nur für 172 Personen unter 310 durchgeführt; das Gehalt belief sich bei 20 Lagerhaltern unter 80 Mk. monatlich, bei 44 unter 140 Mk., eine Summe, die das Höchstgehalt ausmachte. An Dividende zahlten 10 Konsumvereine 5 bis 8 pCt., 16 Vereine bis 10 pCt., 36 Vereine bis 16 pCt. Wie es mit der Maifeier in den socialdemokratischen Konsumvereinen gehalten wird, darüber schweigt sich ein von der socialdemokratischen Presse ausgegangener, sehr diplomatisch gehaltener Bericht aus.

Auf dem 10. Internationalen Bergarbeiterkongreß in Brüssel waren 47 Delegierte anwesend, die 1 433 000 Bergarbeiter vertraten. England allein hatte 32 Delegierte entsandt, die im Namen von 670 000 Arbeitern stimmten. Der Kongreß beschloß, daß der Staat für eine öffentlich-rechtliche Versicherung der alten und invaliden Arbeiter zu sorgen habe. Die nationalen Ausschüsse der Bergarbeiter sollen einander über die Resultate der Streiks benachrichtigen und beim Beginn von Lohnbewegungen miteinander in Unterhandlungen treten. Zwei weitere Resolutionen brachten das Verlangen nach völliger Unabhängigkeit der Bergwerksinspektoren von den Zechenbesitzern, sowie den Wunsch auf Verstaatlichung aller Bergwerke zum Ausdruck.

Totenschau.

Amelung, Dr. Hermann, Begründer und langjähriger Leiter der Lebens-Versicherungsanstalt A.-G. „Germania" in Stettin, bekannter liberaler Politiker, seit 1883 Mitglied des Centralvereins, † dortselbst am 21. Mai im Alter von 70 Jahren.

Berthold, Dr. G., Mitglied des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, städtischer Bezirksvorsteher und Mitglied der Armenkommission, für die wissenschaftliche Förderung des Armenwesens verdient durch seine Erhebungen über Stand und Ausdehnung der deutschen Arbeiterkolonien, am 12. Februar 1845 zu Berlin geboren, † Mitte Juni dortselbst.

Bierling, Christof Richard August, Besitzer und Senior der Lederfabrik Fr. Chr. Bierling & Sohn in Dresden, † am 24 Mai daselbst im 53. Lebensjahre.

Bucher, Hofrat Bruno, bis 1897 Direktor des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, hochverdient um die Förderung des Kunstgewerbes, u. a. Verfasser von: „Die Kunst im Handwerk", „Geschichte der technischen Künste", „Festschrift des österreichischen Museums zur Weltausstellung 1873", „Mit Gunst! Aus Vergangenheit und Gegenwart des Handwerks", „Zunft- und Verkehrsordnungen der Stadt Krakau", am 24. April 1826 zu Köslin geb., † in Wien am 9. Juni.

Büchner, Professor Dr. Ludwig, der Verfasser des im Geist des modernen Materialismus gehaltenen und seinerzeit großes Aufsehen erregenden Buches „Kraft und Stoff", sowie anderer naturphilosophischer Schriften, am 29. März 1824 zu Darmstadt geboren, † daselbst in der Nacht zum 1. Mai.

Cadbury, Richard, Chef der gleichnamigen großen Chokoladenfabrik in Birmingham, ein wahrer Arbeiterfreund, dem Birmingham zahlreiche Stiftungen, darunter eine Bildungsanstalt für die Arbeiterklasse, ein Genesungsheim für Kinder, eine mit 70 000 Pfund Sterling Kostenaufwand errichtete Altersversorgungsanstalt usw. verdankt, † am 20. März plötzlich auf einer Erholungsreise nach Jerusalem begriffen, im 62. Lebensjahre.

Fritzsche, Gustav, Hofbuchbinder in Leipzig, der sich vom mittellosen Buchbindergehülfen zum Inhaber eines der größten Etablissements seiner Branche emporarbeitete, eifrig thätig in der Förderung kommunaler und genossenschaftlicher Institutionen, langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrats der Leipziger Kreditbank, † dortselbst am 24. Mai im 60. Lebensjahre.

Gregg, Marie, geb. Pouchoulin, welche in den 60er Jahren als Vorkämpferin der Frauenrechte auftrat, Gründerin und langjährige Vorsitzende des „Internationalen Frauenbundes", † in Genf am 24. März. 73 Jahre alt.

v. Hirsch, Baronin Klara, geb. Bischofsheim, Witwe des bekannten Finanzmanns und Eisenbahnunternehmers Moritz v. Hirsch, eine Frau, die das ihr zur Verfügung stehende riesige Vermögen zu einem großen Teil für wohlthätige Zwecke verwandte, † in Paris am 2. April, 65 Jahre alt.

Hoesch, Leopold, Geh. Kommerzienrat, Großindustrieller in Düren, der Mitbegründer des großen Eisen- und Stahlwerks Hoesch in Dortmund, bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, hochverdient um die Förderung der deutschen Eisenindustrie und im Zusammenhang damit um die Entwickelung des Eisenbahnwesens, durch Zuwendungen großer Stiftungen für Arbeiterwohlfahrt und für Bildungszwecke sich auszeichnend, am 13. Januar 1820 in Düren geboren, † daselbst am 21. April.

Hoffmann, Ewald Alexander, Geh. Rat, von 1887 bis Ende 1898 Generaldirektor der sächsischen Staatseisenbahnen, dann Abteilungsdirektor im Kgl. sächsischen Finanzministerium, am 8. Januar 1838 zu Freiberg geboren, † in Dresden am 30. April.

zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld, Graf Arminius, einer der praktischen hervorragendsten Landwirte, Schriftsteller und Förderer des landwirtschaftlichen Vereinswesens, von 1872 bis 1879 ordentlicher Professor für Landwirtschaft an der Universität Rostock, dann Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher in Oberschönfeld bei Bunzlau, war Herausgeber (in Gemeinschaft mit Dr. Emminghaus) des Lehrbuchs der allgemeinen Landwirtschaft nach den hinterlassenen Papieren seines Jenaer Lehrers Prof. Fr. G. Schulze, der „Landwirtschaftlichen Briefe", der Schrift „Die rationelle Ernährung des Volkes", des „Landwirtschaftlichen Lehrbuchs für den kleineren Landwirt", der Sammlung von Vorträgen und Abhandlungen „Für die Praxis" und anderer Schriften, geb. am 15. Oktober 1825 zu Oberlößnitz bei Dresden, † am 21. April auf seinem Gute Oberschönfeld.

Quistorp, Johannes, Kommerzienrat, Großindustrieller in Stettin, Begründer, Stifter und Förderer einer großen Anzahl gemeinnütziger Anstalten, als „Bethanien", „Ernst Moritz Arndt-Stift", „Friedenshof" (Lehrerinnen-Seminar), „Erneſtinenhof", „Pommersche Molkereischule", Verfasser der Schrift: „Der Kern der Arbeiterfrage", † am 11. Mai dortselbst im 77. Lebensjahre.

Scheibler, Dr. Karl, Geh. Reg.-Rat und Prof., einer der verdienteſten Forscher und Pfleger der technischen Chemie, von 1868 bis 1882 als Lehrer dieſes Faches an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin wirkend, um den Ausbau der Zuckerfabrikation hervorragend verdient, Erfinder des rauchloſen Pulvers, am 16. Februar 1827 zu Eupen geb., † zu Berlin am 2. April.

Völker, Heinrich, Steinmetzmeister, Vorsitzender der Verbandskaſſe der Innungs-Spar- und Darlehnsgeſellschaften, ein Führer der Handwerkerbewegung, † am 10. März in Berlin.

Ehren-Tafel.

Abbé, Prof., und Dr. Schott in Jena (Zeiß-Stiftung) überwieſen der Jenaer Baugenoſſenschaft ein Geſchenk von 20 000 Mk. (außerdem ein auf 15 Jahre unkündbares Darlehen zu 3 % von 20 000 M.).

Baumgärtel & Sohn, Fabrikbeſitzer in Lengenfeld, überwieſen anläßlich des 50jährigen Beſtehens der Firma außer den bereits mitgeteilten Stiftungen (S. 109), 10 000 Mk. für einen Arbeiter-Unterſtützungsfonds.

Beermann, Karl, Inhaber der Maſchinenfabrik dieſes Namens, überwies anläßlich des 50jährigen Fabrikjubiläums 100 000 Mk. zu einem Wohlthätigkeitsfonds für ihre Angeſtellten und Arbeiter und 10 000 Mk. für die Gemeinde Treptow bei Berlin, in deren Bereich die Fabrik liegt.

Berg, Karl, Kommerzienrat zu Lüdenscheid, überwies 40 000 Mk. für die Volksheilſtätte in Altena.

Bienert, Kommerzienrat in Plauen bei Dresden, ſchenkte dem „Dresdener Spar- und Bauverein" einen Bauplatz in Räcknitz im Werte von 12 000 Mk.

Braun, ſiehe Hartmann.

Brauns, Wilhelm, Fabrikbeſitzer in Quedlinburg, ſtiftete anläßlich ſeines Geſchäftsjubiläums 10 000 Mk. für Zwecke der Heilung armer ſkrophulöſer Kinder der Stadt, bezw. zur Beſtreitung der Koſten

Ehrentafel.

von Soolbädern für solche, und 10 000 Mk. zur Begründung einer Stiftung für das Arbeiterpersonal. Als Jubiläumsgabe erhielten die Beamten je eine Monatsrate, die Arbeiter je 10—100 Mk. und die Arbeiterinnen je 5—50 Mk.

Bürger, weil. Kommerzienrat in Dresden, stiftete testamentarisch, außer dem bereits erwähnten Betrage (S. 109), 12 600 Mk. für Krankenpflege in Dresden und 6300 Mk. zur Unterstützung armer das Dresdner Kreuzgymnasium besuchender Knaben.

Clemm, Kommerzienrats Witwe (siehe „Totenschau" S. 108) in Ludwigshafen, überwies der Direktion der Zellstofffabrik Waldhof 100 000 Mk. als Unterstützungsfonds für die Arbeiter und 10 000 Mk. zu Gunsten der Beamten-Pensionskasse der Pfälzischen Bank.

Dümling, Wilhelm, Kaufmann und Beigeordneter in Schönebeck, Reg.-Bez. Magdeburg, stiftete 25 000 Mk. für die geplante Errichtung eines Sanatoriums bei Gommern.

Eschebach, Kommerzienrat in Dresden, stiftete 20 000 Mk. anläßlich des Abschlusses des 9. Geschäftsjahres der A.-G. „Vereinigte Eschebach-Werke" zur Verteilung an das Personal.

Förster, Großindustrieller in Deutz bei Köln, vermachte testamentarisch 250 000 Mk. der Stadt Berlin als Legat, dessen Erträgnisse zunächst zur Hälfte dazu verwendet werden sollen, Mädchen über 15 Jahren, welche sich ihr Brot erwerben müssen und keinen häuslichen Anhalt haben, Kost und Wohnung in anständigen Familien zu gewähren, die andere Hälfte der Zinsen werden vorläufig dem Kapital zugeschlagen.

Freudenberg, Philipp, Seniorchef der Firma Hermann Gerson in Berlin, stiftete zum Andenken an seine verstorbene Gemahlin 20 000 Mk. für eine Pensionskasse der Angestellten der Firma und deren Angehörige.

Gerson, siehe Freudenberg.

Görlt, Fabrikbesitzer in Dresden, schenkte dem „Dresdner Bau- und Sparverein" einen Bauplatz in Gittersee im Werte von 4000 Mk.

Grunert & Lehmann, Fabrikfirma in Leipzig, begründete anläßlich ihres 50jährigen Jubiläums eine Arbeiterunterstützungskasse mit 5000 Mk., außerdem erhielten alle Angestellten und Arbeiter der Firma beträchtliche Geldgeschenke.

Hagens, Major a. D. in Dresden, Rittergutsbesitzer, vermachte testamentarisch dem Dresdner Verein gegen Armennot 6000 M. mit der Bestimmung, daß von den Zinsen alljährlich arme Kinder zu Weihnachten mit Kleidungsstücken beschenkt werden sollen.

Ehrentafel.

Hartmann & Braun, Fabrik elektrischer Meßinstrumente in Frankfurt a. M.-Bockenheim, stifteten 15 000 Mk. vorläufige Zuwendungen als Grundstock zu einer Beamten-Pensionskasse und zu einer Arbeiterunterstützungskasse, welche bei vorkommenden Krankheits- und Sterbefällen der Arbeiter wie auch bei Erkrankungen von Gliedern der Familien Unterstützungen gewähren soll.

Herzog, Hermann, & Co. in Alt- und Neugersdorf stifteten 10 000 Mk., deren Zinsen der Fabrikkrankenkasse als Beihülfe zufließen sollen.

Hoesch, Leopold, Geh. Kommerzienrats Erben in Düren (siehe „Totenschau" S. 231), schenkten der Stadt den Betrag von 250 000 Mk. zum Bau eines monumentalen Museums.

Kleber, Emil, Fabrikbesitzer in Leipzig-Plagwitz, hinterließ für seine Arbeiter den Betrag von 10 000 Mk.

Kröner, Kommerzienrat, in Stuttgart, überwies aus Anlaß seines 40jährigen Berufsjubiläums 20 000 Mk. dem Vorstand des Buchhändler-Börsenvereins, 5000 Mk. dem Unterstützungsverein Deutscher Buchhändler, 5000 Mk. der Witwen-, Waisen- und Invaliden-Zuschußkasse des Allgemeinen Deutschen Buchhändler-Gehülfenverbandes.

Krupp, Geh. Kommerzienrat in Essen, überwies der Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen 1000 Mk., für die Errichtung eines städtischen Orchesters in Essen sicherte derselbe eine jährliche Beihülfe von 20 000 Mk. zu.

v. Kulmiz, Fabrikbesitzer in Saarau (Schlesien) überwies dem Komitee für Errichtung von Lungenheilstätten in Schlesien den Betrag von 20 000 Mk.

Lange, Kämmerer, ehemaliger Großindustrieller, Landtagsabgeordneter in Auerhammer, hat testamentarisch der Wettinstiftung der Firma Dr. Geitners Argentanfabrik F. A. Lange 20 000 Mk. überwiesen.

Lehmann, siehe Grunert.

Löser, Kommerzienrat in Berlin, stiftete anläßlich des 25jährigen Bestehens der Firma Löser & Wolff in Elbing einen Betrag von 100 000 Mk. zum Besten seiner Arbeiter.

Meier & Weichelt, Eisengießerei in Leipzig-Lindenau, stifteten einen namhaften Betrag zur Gründung einer Pensionskasse.

Merck, Geh. Kommerzienrats Witwe in Darmstadt, stiftete 100 000 Mk. als Grundstock zu einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Beamten der Firma E. Merck und weiter 100 000 Mk. für eine Stiftung zu gunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma.

Ehrentafel.

Nehrlich, Frau Emma, Eigentümerin des „Gothaischen Tageblatt" errichtete aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Blattes eine Stiftung für das Geschäftspersonal, aus welcher alljährlich ein größerer Geldbetrag an eines der dienstältesten Mitglieder des Geschäftspersonals ausgehändigt wird.

Piening, Weinhändler und Weidenplantagenbesitzer in Ütersen, schenkte dieser Stadt einen Bauplatz zur Errichtung eines Altersversorgungshauses und einer Haushaltungsschule.

v. Querfurth, Edler, Eisenhüttenwerksbesitzer in Schönheiderhammer, stiftete anläßlich der Konfirmation seiner Tochter 10000 Mk. zur Erneuerung der dortigen Kirche.

Schneider, verw. Frau Stadtrat in Leipzig, stiftete 10000 Mk. zum Besten des Beamten- und Arbeiterpersonals der Firma Hugo Schneider in Leipzig-Reudnitz, A.-G.

Seige, Arthur, Mitinhaber der Firma Fischer & Seige in Pößneck, stiftete anläßlich seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Firma ein Kapital von 30000 Mk. für eine Arbeiterunterstützungskasse.

Selve, Geh. Kommerzienrat in Altena, stiftete 100000 Mk. für die vom Kreise Altena errichtete Volksheilstätte.

Sieler, Kommerzienrat, Stadtrat in Chemnitz, überwies der Stadt 10000 Mk. als „Bruno Sieler-Stiftung" für Aufnahme würdiger und bedürftiger Personen in das Hospital St. Georg.

Spindler, W., in Spindlersfeld bei Cöpenick, überwies laut Jahresbericht im Jahre 1898 dem Invalidenfonds den Betrag von 31072 Mk., außerdem als außerordentlichen Jubiläumsbetrag (25jähriges Bestehen der Firma) 50000 Mk. und ferner einen außerordentlichen Betrag von 1370 Mk.

Schott, siehe Abbé.

Straff, Fabrikbesitzer in Meerane, überwies 1000 Mk. für den Schmuck der Kirche.

Tonne, Gustav, Kaufmann in Magdeburg, überwies der dortigen Handelskammer den Betrag von 10000 Mk. zur Unterstützung hülfsbedürftiger würdiger Schiffer.

Toosbye, Oberbürgermeisters Schwestern in Flensburg, haben das Vermögen ihres verstorbenen Bruders im Betrage von 40000 Mk. für den Bau des geplanten städtischen Gewerbemuseums zur Verfügung gestellt.

Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den preußischen Staaten spendete 3200 Mk. dem Gärtner-Unterstützungsfonds der Kaiser Wilhelms- und Augusta-Jubiläumsstiftung, sowie 5000 Mk. der Gärtner-Lehranstalt in Potsdam zu deren 25jährigem Jubiläum.

Ehrentafel.

Vetter, Dr. med., praktischer Arzt in Waldkirch bei Freiburg, errichtete eine Stiftung im Betrage von 10 000 Mk. zu Gunsten bedürftiger Lungenkranker.

Vieweg & Sohn, Verlagsfirma in Braunschweig, stiftete anläßlich des 100jährigen Bestehens der Firma 5000 Mk. der Witwen- und Waisenkasse des deutschen Buchhandlungs-Gehülfen-Verbandes.

Weichelt, siehe Meier.

Weisflog, Geh. Kommerzienrat, Fabrikbesitzer in Gera, schenkte einen Bauplatz und 20 000 Mk. bar zur Begründung eines Asyls für Hinterbliebene von Angehörigen des Handelsstandes.

Wolff, L., Filztuchfabrikbesitzer in Rodewisch stiftete anläßlich des 25jährigen Bestehens der Firma einen Fonds von 10 000 Mk. für Auszeichnung treuer Arbeiter.

Außerordentliche Zuwendungen für die Wohlfahrt ihrer Angestellten und Arbeiter, sowie für sonstige gemeinnützige Zwecke spendeten im zweiten Vierteljahr 1899 folgende deutsche Aktiengesellschaften:

Arenberg. A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb: 50 000 Mk. Dotierung der Beamten-Witwen- und Waisen-Kasse, 50 000 Mk. der Kranken- und Witwen-Unterstützungskasse.

Augsburg. Zwirnerei und Nähfadenfabrik: 3000 Mk. zu Gratifikationen und für Arbeiterunterstützungen.

— Vereinigte Gaswerke: 2000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Bantorf a. D. Kohlenzechen, A.-G.: 3300 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Bedburg. Wollindustrie A.-G.: 7500 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 3000 Mk. der Arbeiterunterstützungskasse.

Berlin. Dampfmühlen A.-G.: 135 000 Mk. für einen Dispositionsfonds.

— Neue Berliner Pferdebahn-Gesellschaft: 25 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 30 000 Mk. dem Pensionsfonds.

— Mix & Genest, Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiterfabrik: 5000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— A.-G. Teltower Weinkeller: 1000 Mk. für Krankenpflege.

— Eisengießerei vorm. Keyling & Thomas: 10 000 Mk. Unterstützungsfonds.

— Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft: 12 000 Mk. Remunerationen an die Beamten.

Ehrentafel.

Berlin. Trägerwellblechfabrik Hein, Lehmann & Co.: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Messinglinienfabrik und Schriftgießerei vorm. H. Berthold; 10 000 Mk. dem Unterstützugsfonds.

— „Ilse", Bergbau-A.-G.: 23 000 Mk. dem Werkunterstützungsfonds.

— Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken: 62 000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

— Paketfahrt A.-G.: 5000 Mk. dem Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds.

— A.-G. für Anilinfabrikation: 100 000 Mk. Überweisung an die Beamten-Pensionskasse, 50 000 Mk. an den Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds.

— „Eintracht", Braunkohlenwerke und Brikettfabriken: 10 000 Mk. zu Remunerationen.

Beuel. Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei: 3000 Mk. der Arbeiterkasse.

Biebrich a. Rh. Chemische Werke vorm. H. & C. Albert: 15 000 Mk. für Pensions- und Unterstützungszwecke.

Bielefeld. Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. H. Koch & Co.: 2000 Mk. der Unterstützungskasse.

— Ravensberger Spinnerei: 7000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Bonn. Rheinische Wasserwerks-Gesellschaft: 9000 Mk. Remuneration dem Betriebspersonal.

Braunschweig. Optische Anstalt vorm. Voigtländer & Sohn: 2725 M. Gratifikationen an die Beamte.

Bremen. Petroleum-Raffinerie vorm. August Korff: 1624 Mk. der Arbeiter-Unterstützungskasse, 5337 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. der Unterstützungskasse für erwerbsunfähige Arbeiter.

— Gebr. Nielsen, Reismühlen- und Stärkefabrik: 15 000 Mk. dem Gratifikations- und Unterstützungsfonds.

— Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun": 10 000 Mk. der Seemannskasse der Gesellschaft.

Breslau. Waggonfabrik Gebr. Hofmann & Co.: 20 000 M. dem Unterstützungsfonds, 5000 Mk. dem Beamten-Wohlfahrtsfonds.

— Gogolin-Gorasdzer Kalk A.-G.: 1500 Mk. Remunerationen 6000 Mk. dem Pensions- und Unterstüungsfonds für Angestellte und deren Hinterbliebene.

— Maschinenfabriken vorm. Gebr. Guttsmann und Breslauer Metallgießerei: 11 000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 2000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Breslau. Elektricitäts- und Gas-Aktien-Gesellschaft: 200000 Mk. für einen neu zu errichtenden Dispositionsfonds.

— Hallenschwimmbad: 1500 Mk. zur Bildung eines Dispositionsfonds.

Breslau-Carlowitz. Breslauer Wassermesser- und Eisenbauwerke: 4000 Mk. Gratifikationen an die Beamten.

Buckau. Porzellan-Manufaktur: 1000 Mk. Beamten-Gratifikationen.

Burglehn bei Bunzlau. „Konkordia", Spinnerei und Weberei: 10000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 10000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Charlottenburg. A.-G. für Holzverwertung und Imprägierung: 15000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Cölln bei Meißen. Sächsische Ofen- und Chamottewarenfabrik: 12000 Mk. dem Arbeiter-Interesse-Konto.

Danzig. Marienburg-Mlawkaer Bahn: 7300 Mk. dem Beamtenfonds, 1450 Mk. der Arbeiterkasse.

— Sparkassen-Aktien-Verein: 219500 Mk. Geschenke an milde Stiftungen.

— Nordische Elektricitäts-Aktien-Gesellschaft: 3000 Mk. Gratifikationen.

Dittersdorf. Filz- und Kratzentuchfabrik: 2000 Mk. an die Hülfskasse.

Dresden. Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft vereinigter Elbe- und Saale-Schiffer: 18855 Mk. Tantieme an die Beamten und Arbeiter.

— Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel & Naumann: 14317 Mk. der Invalidenkasse, 28634 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 6000 Mk. der Beamten-Unterstützungskasse, außerdem erhalten die Arbeiter 3 % ihres Jahresverdienstes als Anteil am Geschäftsgewinn ausgezahlt, dieser Betrag belief sich pro 1898 auf 54—55000 Mk.

— Sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft: 19402 Mk. für die Pensionskasse des Personals, 6325 Mk. Gewinnanteil des Personals.

— Deutsche Straßenbahngesellschaft: 6000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Gasmotorenfabrik vorm. Moritz Hille: 7500 Mk. Gratifikationen an Beamte.

— Leder-, Maschinenriemen- und Militäreffekten-Fabrikation vorm. Heinrich Thiele: 7000 Mk. Gratifikationen an die Beamten und Arbeiter.

— A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens: 15000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 15000 Mk. der Beamten-Pensionskasse, 15000 Mk. der Arbeiter-Pensionskasse, 30000 Mk. für Arbeitervergünstigungen zur Verfügung des Vorstandes.

Ehrentafel.

Dresden. „Elektra": 1500 Mk. Gratifikationen an die Beamten.

Duisburg. Eisen- u. Stahlwerke: 10000 Mk. dem Dispositionsfonds.

— -Hochfeld. Rheinische Bergbau- u. Hüttenwesen A.-G.: 5000 Mark der Beamtenkasse.

Eisenach. Fahrzeugfabrik: 50 000 Mk. Dispositionsfonds, 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Essen. Bergbau-A.-G. „Pluto": 27 498 Mk. dem Beamten- und Hinterbliebenen-Unterstützungsfonds, 11 840 Mk. Remuneration an Beamte.

— Blechwalzwerk Schulz & Knaudt: 20 000 Mk. der Karl-Adolf-Stiftung.

— Bergwerksverein „König Wilhelm": 20 000 M. dem Beamten-Dispositionsfonds.

Frankfurt a. M. Chemische Fabrik Griesheim-Elektron: 58 371 Mk. Gratifikationen, 28 000 Mk. Zuweisung an den Pensionsfonds.

Freiberg i. S. Sächsische Leinen-Industriegesellschaft vorm. Müller u. Hirt: 9000 Mk. Gewinnbeteiligung der Arbeiter, 2500 Mk. der „Müller-Hirt-Stiftung".

Friedenshütte, O.-Schl. Milowicer Eisenwerk: 120 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Gassen i. d. Lausitz. Maschinenbauanstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther: 30 000 Mk. dem Beamten- und Fabrikpersonals-Unterstützungskonto.

Geislingen. Württembergische Metallwarenfabrik: 350 000 Mk. außerordentliche Beiträge zum Beamten-Pensions- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Geisweid. Siegener Verzinkerei: 2600 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 4000 Mk. dem Fonds für gemeinnützige Zwecke.

Gera. Jutespinnerei und Weberei: 15 000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 25 000 Mk. Gratifikationen an die Arbeiter, 5000 Mk. Überweisung an den Wohlthätigkeitsfonds, 20 000 Mk. I. Rate zur Gründung eines Beamten-Pensionsfonds, 25 000 Mk. I. Rate zur Erbauung eines Krankenhauses.

Gleiwitz, O.-Schl. Oberschlesische Eisenindustrie, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb: 15 000 Mk. für Wohlthätigkeits-Anstalten und Wohlfahrts-Einrichtungen.

Gronau i. Westf. Westfälische Baumwollspinnerei: 12 477 Mk. für neue Arbeiterwohnungen.

Groß-Wegesack. Bremer Tauwerk-Fabrik: 6000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Halle a. S. Ribbeckſche Montanwerke: 15 000 Mk. der Penſions- u. Unterſtützungskaſſe.

— Maſchinenfabrik u. Eiſengießerei: 2353 M. dem Arbeiter-Unterſtützungsfonds, 35 000 Mk. Zuſchuß zu Invaliditätsverſicherungen und Altersverſorgungen.

Hamburg. Anglo-Continentale (vorm. Ohlendorff'ſche) Guanowerke: 3000 Mk. dem Wohlfahrtsfonds.

— Norddeutſche Juteſpinnerei u. Weberei (außer den bereits S. 111 mitgeteilten Beträgen): 1500 Mk. dem Witwen- u. Waiſenfonds.

— A.-G. der Holler'ſchen Karlshütte bei Rendsburg: 13476 Mk. dem Arbeiter-Unterſtützungskonto.

— Eiſenwerk vorm. Nagel & Kaemp: 10 000 Mk. für Arbeiterunterſtützungs- und Beamten-Remunerationskonto.

— China-Export-, Import- u. Bank-Compagnie: 12 025 Mk. den Angeſtellten, 13 436 Mk. Extrabonifikation für die Angeſtellten.

Hannover. Vorwohler Portlandcementfabrik vorm. Plauck & Co.: 4000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 25 000 Mk. Dispoſitionsfonds.

Heddenheim. Kupferwerk vorm. F. A. Heſſe Söhne: 15 000 Mk. Gratifikationen an Angeſtellte und Arbeiter.

Heinrichshall. Chemiſche Fabrik: 5000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Höchſt a. M. Farbwerke vorm. Meiſter, Lucius u. Brüning: 150 000 Mark für Arbeiterunterſtützung und Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, 20 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Kalk bei Köln. Maſchinenbauanſtalt „Humboldt": 40 000 Mk. Gratifikationen an Beamte und für den Arbeiter-Unterſtützungsfonds.

Kaſſel. Akt.-Geſellſch. für Federſtahlinduſtrie vorm. A. Hirſch & Co.: 11 000 Mk. Anteil der Arbeiter am Geſchäftsgewinn.

Kaufbeuren. Mechaniſche Baumwoll-Spinnerei und Weberei: 10 000 Mk. der Penſionskaſſe, 1187 Mk. dem Arbeiter-Dispoſitionsfonds, 35 000 Mk. Unterſtützungen an die Arbeiter wegen der infolge des Brandes eingetretenen Arbeitsloſigkeit.

Kiel. Baltiſche Elektricitätsgeſellſchaft: 2000 Mk. der Unterſtützungskaſſe.

Köln. Bergwerks-Verein: 7969 Mk. Zuſchuß zur Familien-(Kranken-) Kaſſe.

— Kölniſche Gummifädenfabrik vorm. Ferd. Kohlſtadt: 8436 Mk. Gratifikationen an Beamte ꝛc.

— Maſchinenbau-A.-G.: 5000 Mk. dem Unterſtützungsfonds.

Ehrentafel.

Köln-Rottweil. Pulverfabriken: 15 000 Mk. der Pensionskasse, 15 000 Mk. Unterstützungsfonds.

Königsberg. Union-Gießerei: 50 000 Mk. dem Unterstützungskonto.

Lauban. Thonwerke: 3600 Mk. für Extra-Gratifikationen.

Leipzig-Plagwitz. Kammgarnspinnerei vormals Stöhr & Co.: 40 368 Mk. an Gratifikationen.

Ludwigshafen a. Rh. Badische Anilin- und Sodafabrik: 100 000 Mark dem Arbeiter-Unterstützungsfonds-Konto, 30 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke, ferner verabfolgt die Fabrik ihren auswärts wohnenden Arbeitern vom 1. März d. J. ab unentgeltlich die Eisenbahn-Monats- u. Wochenkarten; für freiwillige Leistungen der Gesellschaft zu den Arbeitskassen ꝛc. wurde im Jahre 1898 die Summe von 313 464 Mk. aufgewendet.

— Pfälzische Bank: 7000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Lugau. Kammgarnspinnerei vorm. F. Hey: 2200 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Magdeburg. Allgemeine Gas-Aktien-Gesellschaft: 10 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Mannheim. Aktien-Gesellschaft für Seilindustrie: 5000 Mk. Gratifikationen.

Mechernich. Bergwerks-Aktienverein: 10 000 Mk. zu Gewinnanteilen und Belohnungen.

Meißen. Ofen- und Porzellanfabrik vorm. C. Teichert: 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 4559 Mk. an Gratifikationen.

— Deutsche Jutespinnerei und Weberei: 14 000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 16 000 Mk. zur Verteilung an das Arbeiterpersonal, 1678 Mk. Ersatz an den Pensionsfonds, 20 000 Mk. Extrazuwendung an den Pensions- und Unterstützungsfonds.

Münchberg. Aktienfärberei vorm. Knab & Luchardt: 2336 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungskonto.

München und Linz a. D. Lokomotivfabrik Kraus & Co.: 75 080 Mk. für Arbeiter-Wohlfahrtszwecke, 50 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds (Bestand 276 748 Mk.).

— Gießerei vorm. Sugg & Co.: 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Lithographisch-artistische Anstalt vorm. Gebr. Obpacher: 15 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Bürstenfabrik vorm. Pensberger & Co: 5000 Mk. an den Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

München. Bayrisches Portland-Cementwerk Marienstein: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Lokalbahn: 50000 Mk. dem Unterstützungsfonds für Angestellte.

Niederullersdorf, Kreis Sorau. Ullersdorfer Werke: 8000 Mk. an den Pensionsfonds.

Nürnberg. Elektricitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. Schuckert & Co.: 210000 Mk. Gratifikationen, 50000 Mk. Überweisung an den Pensionsfonds.

— Nürnberg-Fürther Straßenbahn-Gesellschaft: 6000 Mk. dem Pensionsfonds für das Personal.

— Wasserleitungsbau A.-G. vorm. Christian Hilpert: 2000 Mk. für Arbeiter und Personal.

Ohligo. „Kronprinz", A.-G. für Fahrradteile: 10000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Oppeln. Portland-Cementfabriken: vorm. F. W. Grundmann: 100000 Mk. dem Dispositionsfondskonto.

Ottensen. Eisenwerk vorm Pommé & Ahrens: 5465 Mk. Gratifikationen für Beamte.

Peine. Ilseder Hütte und Peiner Walzwerk: 86287 Mk. dem Remunerationsfonds.

Remscheid. Wellblechfabrik und Verzinkerei vorm. Wilh. Tillmann: 5000 Mk. der Fabrikkrankenkasse.

Rositz. Zucker-Raffinerie: 20000 Mk. für Arbeiter-Wohlfahrtzwecke, 100000 Mk. zur Gründung eines Dispositionsfonds.

Roth bei Nürnberg. Broncefarbenwerke vorm. Carl Schlenk: 2500 Mk. dem Wohlfahrtsfonds.

Saarau. „Silesia", Verein chemischer Fabriken: 12000 Mk. Beitrag für Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau, 22560 Mk. für die Arbeiter-Witwen- und Waisen-Pensionskasse, 10000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Salzuflen. Hoffmanns Stärkefabriken: 22500 Mk. Gratifikationen und Zuwendungen zur Unterstützungskasse, 8000 Mk. einmaliger Zuschuß an die Fabrikkrankenkasse, 45000 Mk. zum Hospitalfonds.

Schalke i. W. Glas- und Spiegelmanufaktur: 5000 Mk. zur Bildung eines Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Schmichow. Portland-Cement-, Kalk- und Ziegelwerke: 5708 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 35000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Schönebeck. „Harmonia", vorm. königl. preuß. chemische Fabrik: 3920 Mk. der Pensionskasse, 4557 Mk. der Unterstützungskasse.

Ehrentafel.

Schwandorf. Thonwarenfabrik: 1500 Mk. Gratifikationen.

Schweinfurt. Deutsche Gußstahlkugelfabrik vorm. Fries & Höpflinger: 6210 Mk. Leistungen für Arbeiterwohlfahrt.

Senftenberg (Lausitz). Bergbau-Aktien-Gesellschaft: 23 000 Mk. dem Werks-Unterstützungsfonds.

Stendal. Aktien-Zuckerfabrik: 10 000 Mk. Gratifikationen 2c.

Stettin. Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Vulkan": 50 000 Mk. dem Pensionsfonds, 9013 Mk. der Kinderbewahrschule, 5005 Mk. dem Kirchenbaufonds, 10 000 Mk. dem Dotationskonto.

— Chamottefabrik vorm. Didier: 40 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Stralsund und Halbe a. S. Vereinigte Pommersche Eisengießerei und Hallesche Maschinenbauanstalt, vorm. Baas & Lithmann: 18 371 Mk. zur Verteilung an die Beamten.

Stuttgart. Filderbahn-Gesellschaft: 1526 Mk. der Unterstützungskasse.

— Straßenbahn-Gesellschaft: 5000 Mk. dem Pensionsfondskonto.

Teisnach. Papierfabrik: 10 000 Mk. Geschenk zum Bau der Kirche in Teisnach.

Wasserburg-Günzburg. Bayrische Wollfilzfabrik: 20 000 Mk. dem Pensions-Unterstützungsfonds.

Westeregeln. Konsolidierte Alkaliwerke: 40 000 Mk. Zuweisung zum Pensionsfondskonto.

Wickrath. Niederrheinische Aktien-Gesellschaft für Lederfabrikation vorm. Z. Spier: 7000 Mk. Gratifikationen, 12 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Wiesbaden. Gesellschaft für Lindes Eismaschinen: 100 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Zabrze. Oberschlesische Kohlenwerke „Donnersmarckhütte": 20 000 Mk. der Arbeiter-Unterstützungskasse, 2000 Mk. für ein Kaiser Friedrich-Denkmal in Breslau.

Zeitz. Paraffin- u. Solaröl-Fabrik: 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Zusammenstellung

der in der „Ehrentafel" des „Arbeiterfreund" pro April bis Juni 1899 zahlenmäßig aufgeführten, von Industriellen, Privaten und Aktiengesellschaften des Deutschen Reichs den Arbeitern und deren Angehörigen resp. den unbemittelten Volksklassen gemachten außerordentlichen Geschenke und Stiftungen.

Gesamtbetrag aller Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse . . . . . Mk. 6 493 886

Hiervon entfallen auf:	von Privaten Mk.	von Aktiengesellschaften Mk.	In Summa Mk.
Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen für Arbeiter u. deren Angehörige	530 642	2 042 934	2 573 576
Prämien, Gratifikationen, Gewinnanteile	50 000	1 320 005	1 370 005
nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke	200 000	931 441	1 131 441
zur Linderung der Folgen von Arbeitslosigkeit	—	35 000	35 000
nicht besonders bezeichnete gemeinnützige Zwecke	135 000	278 500	413 500
Kinderfürsorge	16 000	9 013	25 013
Altenheime und Bürgerasyle . .	30 000	—	30 000
Krankenpflege u. Genesenenfürsorge	217 600	141 969	359 569
Gesundheitspflege (Bäder 2c.) . .	—	—	—
Wohnungsfürsorge	36 000	12 477	48 477
Erziehungs- und Unterrichtszwecke .	11 300	12 000	23 300
Bildungszwecke (Bibliotheken 2c.) .	21 000	—	21 000
Förderung von Spareinrichtungen .	—	—	—
Kirchliche Zwecke	11 000	15 005	26 005
Armenunterstützung im allgemeinen	—	—	—
Kunstpflege (Museen, Denkmäler 2c.)	310 000	2 000	312 000
Unterbringung und Verpflegung erwerbsthätiger Mädchen	125 000	—	125 000
	1 693 542	4 800 344	6 493 886

Außerdem ohne besondere Aufführung der bewilligten Beträge: 1 Pensionskasse, 1 Prämienkasse, 2 Bauplätze für Altersversorgungshäuser 2c., Fahrkarten-Verabfolgung u. s. w.

Die Zahl der bei diesen Spenden beteiligten Faktoren beläuft sich auf 156, hierunter befinden sich 134 Aktiengesellschaften und 42 private Arbeitgeber resp. ehemalige Arbeitgeber und deren Rechtsnachfolger.

Juni 1899. P. Schmidt.

I. Abhandlungen.

Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

I.

Der Schreiber dieser Zeilen ist an seinem siebzigsten Geburtstage, am 23. August 1899, durch zahlreiche Beweise herzlicher Teilnahme und durch eine ihm gewidmete Stiftung für gemeinnützige Zwecke im Betrage von 14 300 Mark hoch beglückt worden und fühlt sich verpflichtet, allen daran beteiligten Freunden, Helfern und Helferinnen in der Nähe und Ferne hierdurch den wärmsten Dank auszudrücken und die Gedanken und Empfindungen beim Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt in den nachstehenden „Rückblicken und Ausblicken" zusammenzufassen.

Man pflegt wohl oft zu sagen, daß man von dem, was man in der Jugend wünscht, im Alter die Fülle habe. Mir ist im Alter mehr Gnade und Liebe zu teil geworden, als ich in der Jugend zu wünschen wagte und ahnen konnte. Der Gang meines Lebens ist teils durch liebe Eltern, Lehrer, Verwandte, Freunde und Mitarbeiter, teils durch eigentümliche Führungen, Berufungen, Begegnungen und Ereignisse wesentlich beeinflußt worden. Ich verdanke es vor allem den bescheidenen, glücklichen Verhältnissen des Elternhauses und der kleinbürgerlichen Umgebung, daß ich schon früh zu ernster Arbeit hingedrängt wurde, um nur überhaupt zum Studium der Wissenschaften zu gelangen und nachher weiter vorwärts zu kommen. Freud' und Leid und auch heftige Widerstände, Enttäuschungen und Gegner, vor allem aber die große Zeit politischer und volkswirtschaftlicher Neugestaltungen, in welche meine Jugend- und Mannesjahre hineinfielen, haben auf meine Entschließungen, Gewöhnungen und Bestrebungen

mitbestimmend eingewirkt. Von meinem Vater habe ich das Bestreben, Menschen und Dinge mit offenem Auge und heiterem Sinn zu beobachten und fest auf der Erde zu bleiben, wenn mich die Phantasie zuweilen mit fortreißen will. Mein Vater war im Jahre 1797 in den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Verhältnissen der sächsischen Landstadt Dahlen geboren, wo seine Eltern am Markt ein Haus mit bäuerlichem Grundbesitz hatten und in den Kriegsjahren 1810—1813 durch Einquartierungen schwer geprüft wurden. Er war nur durch die Hülfe gemeinnütziger Menschen und bemittelter Personen dazu gekommen, in der Stadt Torgau das Gymnasium zu besuchen und in Leipzig zu studieren. Sowohl als Gymnasiast wie auch als Student der Theologie und Philologie konnte er nur durch eisernen Fleiß und durch Stundengeben vorwärts kommen. Er war zuerst Gymnasiallehrer an der Thomasschule in Leipzig, dann 7 Jahre Landpfarrer in dem Dorfe Quesitz bei Markranstädt und 37 Jahre Pfarrer der Stadt Roßwein. Er ist an der Seite einer treuen Gattin harmonisch durch das Leben gegangen, ohne an dasselbe große Ansprüche zu machen, weil er viel ärmlicher erzogen war als er später leben konnte. Die Erinnerung an seine Herkunft, an die bescheidenen Verhältnisse seiner Jugend verließ ihn nie; er war deshalb auch immer sehr sparsam und suchte, weil andere ihm uneigennützig vorwärts geholfen hatten, nun auch seinerseits allen seinen Mitmenschen gemeinnützig zu dienen, worauf ihn schon sein Beruf als Pfarrer hinwies. — Ich habe die Geschichte seines gemeinnützigen Lebens in dem Buche „Der Pfarrer von Roßwein" (Gotha. Friedrich Andreas Perthes, 1886) beschrieben und will hier nur, weil man mich oft über Gebühr wegen meines gemeinnützigen Strebens lobt, ausdrücklich bemerken, daß ich diesen Zug meines Wesens fast ganz meinem Vater abgelauscht und im Roßweiner Pfarrhause schon als Knabe die Seelsorge und selbstloses öffentliches Wirken beobachtet habe. Meine ganze Erziehung wurde darauf zugeschnitten, Pfarrer zu werden. Ich wurde deshalb auch schon früh im Deklamieren und öffentlichen Auftreten geübt. Aus meiner frühen Kindheit muß ich noch berichten, daß wir, ehe meinem Vater ein stattliches Pfarrhaus mit schönem Garten gebaut wurde, bei einem Zinngießer wohnten, in dessen Werkstatt ich mit ganz besonderer Vorliebe verkehrte, um dem Formen und Gießen von Geräten zuzuschauen und dem Gesellen zu helfen, soviel ich konnte. Es ist mir dadurch die Liebe zum Handwerk und zur Arbeit überhaupt schon frühzeitig eingeimpft worden. Ganz besonders aber danke ich es

meinem Vater, daß er mich oft in die Häuser seiner Pfarrkinder und auf seine Pfarrdörfer mitnahm und mich lehrte, jede ehrliche Beschäftigung gleichmäßig zu schätzen und auch den niedrigsten Arbeiter zu achten. Mein Vater war frei von jedem Standesdünkel und betrachtete die ihm beschiedene bessere Ausbildung und das ihm verliehene Amt nur als Gnade von oben, welche ihm gegen seine Mitmenschen die Verpflichtung auferlege, sie als Brüder und Schwestern zu betrachten und ihnen mit Rat und That zu dienen. Meine Mutter hatte ganz dieselbe Gesinnung, sie war auch aus einfachen bürgerlichen Verhältnissen, die Tochter eines städtischen Steuerbeamten in Leipzig, die jedes Überheben über andere, jeden Luxus und das Besuchen von öffentlichen Wirtschaften beinahe ängstlich mied und fast ganz in ihrer Familie und in ihrem Hauswesen und Garten aufging. Meine Mutter hatte ein stilles, aber heiteres sinniges Wesen und eine seltene Reinheit und Weichheit des Gemüts. Unvergeßlich ist mir's, wie lange sie mir immer beim Abschied vom Vaterhause nachschaute. Ihre Mutterliebe hat den größten Einfluß auf mein Gemüt gehabt und war mir die stärkste Schutzwehr in den Versuchungen des Lebens.

Im Herbst 1842 bezog ich, 13 Jahre alt, die Fürstenschule in Meißen. Mein Vater hatte mich durch jahrelange Unterweisung im Lateinischen und Griechischen darauf allein vorbereitet, während ich den übrigen Unterricht in der gewöhnlichen Volksschule genossen hatte.

An meinem 14. Geburtstage gab mir mein Vater folgende Segenswünsche mit auf dem Lebensweg: „Wohlan, mein Victor. Mögest Du Sieger sein und bleiben immer und überall! Mögest Du einen vorzeitigen Tod und Krankheiten aller Art bis zum äußersten Ende des menschlichen Lebens besiegen! Mögest Du alle Schwierigkeiten, welche uns bei der Erlernung der Wissenschaften entgegentreten, durch Fleiß und Ausdauer überwinden! — Mögest Du die Verlockungen sinnlicher Lust durch fromme Liebe zu Gott und zu den Eltern besiegen! Mögest Du schlechte Gesellschaft durch Reinheit der Seele besiegen! Denn wer im Wissen vorwärts und in der Sittlichkeit rückwärts schreitet, kommt mehr zurück als vorwärts. — Mögest Du die Herzen der Menschen durch humanen und bescheidenen Sinn besiegen und Dir gewinnen!"

Mein $5^1/_2$jähriges Gymnasialleben in dem Internat der Fürstenschule Meißen von Michaelis 1842 bis Ostern 1848 war für mich eine glückliche Zeit, in welcher ich in beinahe klösterlicher Abgeschieden-

heit, entfernt von großstädtischen Vergnügungen und Versuchungen, in der Beschäftigung mit dem klassischen Altertum, unter der Leitung tüchtiger Lehrer und im Wetteifer mit vorwärtsstrebenden Altersgenossen zu idealen Anschauungen erzogen wurde, ohne schon an die praktische Verwertung des aufgenommenen Wissensstoffs zu denken. Regelmäßiger Briefwechsel und die Ferien hielten mich mit dem Vaterhause und der Vaterstadt in reger Verbindung. Als mein künftiger Beruf schwebte mir immer das Amt eines Pfarrers vor. In einer deutschen Arbeit, welche wir über das Ideal unseres künftigen Berufs zu liefern hatten, schilderte ich die Wirksamkeit eines Landpfarrers. Das Vorbild eines rechten Pfarrers war mir neben meinem Vater ein lieber Freund desselben, Pastor Beer in Niederau bei Meißen, an welchen ich gleich nach der Aufnahme in die Fürstenschule warm empfohlen worden war. Da Niederau nur eine Stunde von Meißen entfernt ist, verkehrte ich als Gymnasiast viel im Niederauer Pfarrhause an den zu Spaziergängen oder Familienbesuchen uns freigegebenen Nachmittagen. Auch in den Ferien verlebte ich ganze Tage in diesem gastlichen Hause und fand dort viel Anregung. Die Frau Pastorin war eine feingebildete Französin aus Montbéliard, welche ihr Mann als Hauslehrer in einer gräflichen Familie kennen gelernt und als Pfarrer geheiratet hatte. Da die beiden trefflichen Eheleute keine Kinder hatten und doch aus Unterrichten gewöhnt waren, so pflegten im Niederauer Pfarrhause immer einige junge Mädchen in Pension zu sein. Auch meine ältere Schwester war nach ihrer Konfirmation dort längere Zeit in Pension, um auf dem Lande ihre Gesundheit zu kräftigen und um dort die französische Sprache zu erlernen. Da die Frau Pastorin es immer vorzog, französisch zu sprechen, so gewann ich im angenehmen Verkehr mit ihr und ihrem Gemahl und mit mancher anmutigen Pensionärin auch Lust zu den neueren Sprachen und nahm bald, nachdem ich die Universität Leipzig bezogen hatte, auch Unterricht in der englischen Sprache. — In der Fürstenschule Meißen wurden die alten Sprachen mit Vorliebe gepflegt. Nicht bloß im Lateinischschreiben, sondern auch im Lateinischsprechen mußten wir uns viel üben. Dies war mir auch auf der Universität und darüber hinaus von Nutzen. — Ich verließ die Fürstenschule Meißen als Primus im März 1848 mit dem Vorsatze, Theologie und Philologie zu studieren. Als ich zu den sog. Mulus-Ferien im Roßweiner Pfarrhause ankam, war die Februarrevolution in Paris bereits ausgebrochen und die nationale Bewegung in Deutsch-

land schon im vollen Gange. Wir jungen Leute wurden von dieser Bewegung mächtig mit ergriffen und es regte sich in mir der Gedanke, ob ich nicht anstatt der Theologie lieber die Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre wählen solle, um künftig an dem Ausbau des deutschen Staats besser teilnehmen zu können. Mein Vater und der mit ihm sehr befreundete Roßweiner Diakonus Plesse nahmen liebevollen Anteil an meinen inneren Kämpfen und rieten mir schließlich, im ersten Semester allgemeine philosophische Vorlesungen zu hören und mich erst im zweiten Semester definitiv zu entscheiden.

Als ich nun aber Mitte April 1848 die Universität Leipzig bezog, überlegte ich mir, daß ich bei längerer Unentschlossenheit ein Halbjahr verlieren und zum ersten Examen erst nach $3^1/_2$ Jahren kommen, mithin auch meinen Eltern mehr Kosten verursachen werde. Ich faßte daher bei der Inscription selbständig den raschen Entschluß, Jurist zu werden und konnte infolge dessen auch noch vor Ablauf des gesetzlichen Trienniums im Februar 1851 mein erstes juristisches Examen bestehen. — Als Hauptfächer belegte ich im ersten Semester „Institutionen und römische Rechtsgeschichte" und „Methodologie des Rechts" bei Prof. Marezoll, „Geschichte der neueren Zeit von 1814—1848" und „Über die tragische Kunst Shakespeares" bei Prof. Flathe, „Logik" bei Prof. Drobisch und „Ästhetik" bei Prof. Christ. Herm. Weiße. Die letztere Vorlesung bildete gewissermaßen noch eine Brücke zur Ethik und Theologie, die mir im ersten Semester noch schwere innere Kämpfe verursachte. Ich machte mir bittere Vorwürfe, daß ich dem Ideale meiner Jugend, dem geistlichen Berufe, untreu werden wolle. Weder in den philosophischen Vorlesungen, noch im Lesen philosophischer und theologischer Schriften, noch in den Kirchen, die ich oft besuchte, konnte ich über meine Zweifel Herr werden. Die Philosophie führte mich zwar ein in die Räthsel des Daseins der Dinge und der Bestimmung der Menschen; aber sie konnte mir diese Räthsel nicht lösen und zeigte mir nur, daß die Haupttendenz unseres Zeitalters ein sinnlicher Materialismus sei. Ich hörte zuweilen sogar vornehme Eltern in Gegenwart junger Leute äußern: „Man müsse die Jugend austoben lassen, die Wildesten würden gewöhnlich die Besten." Gegen diese Anschauung, die besonders unter Korpsstudenten verbreitet war, sträubte sich mein ganzes Wesen. Meine Niederschriften aus jenen inneren Kämpfen zeigen mir viele Stellen aus „Scheidlers Hodegetik", u. a. die trefflichen Worte des Freiherrn v. Stein: „Unsere neueren Publizisten suchen die Vollkommenheit der Staatsverfassung in der gehörigen

Organisation der Verfassung selbst, nicht in der Vervollkommnung der Menschen, der Träger der Verfassung! Die mit dem Praktischen des konstitutionellen Lebens innig vertrauten Alten forderten unerläßlich zu seinem Bestehen Religiosität und Sittlichkeit. Der Charakter, das Wollen muß gebildet werden, nicht allein das Wissen."

Ausbildung des Charakters, Vertiefung in die Fragen der menschheitlichen Erziehung und Förderung religiöser Gesinnung, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit erscheinen mir heutzutage als die wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Vor mehr als 50 Jahren, als ich die Universität bezog, glaubte ich noch, daß die Geistlichen vorzugsweise zur Erfüllung dieser Aufgaben berufen seien und war nahe daran, das Studium des Rechts wieder aufzugeben. Ich entsinne mich noch deutlich, daß ich im ersten Semester in der Kirche wiederholt zu Gott betete, daß er mir doch einen Wink geben möge, was ich thun solle, und daß die feierliche Einsegnung zweier Missionare, wenn ich mich nicht irre in der Leipziger Nikolaikirche durch den bedeutenden Kanzelredner Harleß, den ich oft und gern hörte, mich mächtig ergriff und beinahe veranlaßte, selbst Missionar zu werden.

Es war ein Glück für mich, daß ich durch die nationale Bewegung und das rege politische Leben, sowie auch durch meine Beteiligung an der großen deutschen Studentenversammlung in Eisenach in der Pfingstwoche des Jahres 1848 von meinen philosophischen und theologischen Grübeleien abgelenkt und immer wieder auf die praktischen Kämpfe des Tages und auf die zukünftigen Aufgaben des Deutschen Staates hingewiesen wurde. Auch mein Vater trug in den ersten großen Ferien zwischen meinem ersten und zweiten Semester dazu bei, mein Inneres zu beruhigen, indem er mir sagte, daß ein Jurist in ganz freier uninteressierter Stellung vielleicht mehr für die Kirche und für die Religion wirken könne als ein Geistlicher, dem man vorwerfe, daß er bezahlt werde und so sprechen müsse, wie ihm von oben herab vorgeschrieben werde.

So trat ich denn freier von Zweifeln und mutiger in das zweite Semester meines Universitätslebens ein und wurde namentlich durch das Studium der Volkswirtschaftslehre, welches ich im 3. Semester begann, mit der Wahl meines künftigen Berufs völlig ausgesöhnt. Ich hörte bei Prof. Roscher zweimal Nationalökonomie, ferner praktische Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Politik, Statistik und Geschichte der politischen Theorien und beteiligte mich auch mit einem kleinen Kreise von etwa 8—10 Studierenden an Vorträgen und Dis-

kussionen über volkswirtschaftliche Fragen, welche unter Leitung Roschers abends in einer Konditorei stattfanden. Dadurch lernte mich Prof. Roscher näher kennen, der später einer meiner Hauptgönner und Förderer geworden ist. Ich durchlebte ein glückliches Triennium, da ich in viele angesehene Familien von Professoren, Beamten und Kaufleuten eingeführt war und im studentischen Pauliner Gesangverein, zu dessen Sekretär man mich wählte, an der Seite von Prof. Langer auch das heitere Studentenleben und fröhliche Sängerfahrten in die Umgegend von Leipzig, ins Muldenthal, Elbthal, nach Zittau u. s. w. mit genoß. Von einem Trinkzwang war unter uns Sangesgenossen keine Rede. Die meisten von uns mußten schon aus Mangel an Mitteln mäßig sein. Mehr als 600 Mk. jährlich hatte ich während meiner ganzen Studienzeit nicht zu verzehren, und ich habe dabei keinen Mangel gelitten. — Ich blieb auch nach dem ersten juristischen Examen noch ein Jahr in Leipzig, um dort bei dem Rechtsanwalt Brunner praktisch zu arbeiten und bat nach einem Jahre um die sog. Specimina für das zweite juristische Examen. Dieses zweite Examen bestand in früherer Zeit in der schriftlichen Bearbeitung eines praktischen Civilfalles und Kriminalfalles, welche mit ausführlicher Begründung dargestellt und entschieden werden mußten. Man konnte daran Jahre lang arbeiten; ich hatte mir jedoch mit einem meiner intimsten Freunde, mit dem ich schon das erste juristische Examen gemeinsam bestanden hatte, vorgenommen, in spätestens vier Monaten beide Arbeiten einzureichen. Wir sind beide diesem Vorsatze nachgekommen. Als wir die Examina glücklich bestanden und unsere Censuren in der Tasche hatten, war es mein lebhafter Wunsch, noch ein Jahr in Heidelberg zu studieren und dort nachträglich bei Prof. Vangerow, dem damals berühmtesten Juristen des römischen Rechts, noch einmal Pandekten zu hören. Ein kinderloser Freund meines Vaters, der mich wie seinen eigenen Sohn oft bei sich beherbergte und freundlich förderte, wollte die Kosten dieses Studiums tragen; aber mein Vater, der einen zweiten Sohn in Leipzig studieren lassen wollte, konnte mich nicht zeitig genug in eine Stellung bringen und überraschte mich mit der Mitteilung, daß ich in Meißen bei dem Rechtsanwalt und Gerichtsdirektor, Stiftssyndikus Zimmermann, als Gerichtsaktuar mit einem Anfangsgehalt von 200 Thalern angestellt werden solle. Als gehorsamer Sohn ging ich ohne Murren in die mir schon von der Fürstenschule her lieb gewordene Stadt Meißen und habe dort $2^1/_2$ glückliche Jahre in der juristischen Praxis zugebracht, mich jedoch von Anfang an durch meinen

Eintritt in den Meißener Gewerbeverein und durch Begründung des ersten Vorschußvereins in Sachsen auch am öffentlichen Leben beteiligt. Ich fing an, Vorträge im Gewerbeverein zu halten und mich an den Verhandlungen zu beteiligen und machte auf die von Schulze-Delitzsch eben begonnene Bewegung für das Genossenschaftswesen aufmerksam. Meine ersten publizistischen Arbeiten handelten vom Genossenschaftswesen, worüber ich im Meißener Wochenblatt vier größere Aufsätze lieferte. Dies brachte mich zuerst in briefliche und später in persönliche Beziehungen zu Schulze-Delitzsch, welcher mich zu sich nach Delitzsch einlud, um die von ihm begründeten Genossenschaften an Ort und Stelle zu studieren. Diese Verbindung wurde für mein ganzes späteres Leben bedeutungsvoll und erleichterte mir die Begründung des Kongresses deutscher Volkswirte im Jahre 1857.

Die Zeit vom August 1852 bis Ostern 1855, welche ich in der Stadt Meißen als junger Jurist verlebte, war wohl die arbeitsvollste meines Lebens, weil ich neben advokatorischen und richterlichen Arbeiten gleichzeitig meine volkswirtschaftlichen Studien fortsetzen wollte und mir vorgenommen hatte, mich an die Bearbeitung einer Preisfrage über die zweckmäßigste Einrichtung von Kleidermagazinen heranzuwagen. Die deutsche Schneiderakademie in Dresden hatte für die beste Beantwortung dieser Frage einen Preis von 100 Dukaten ausgesetzt. Nicht nur diese Summe, sondern auch der Gegenstand selbst lockte mich, da ich die in meiner Vaterstadt beobachteten Beziehungen des Handwerksbetriebs zum Fabrikbetrieb und die neueren Aufgaben des freiwilligen Genossenschaftswesens im Gegensatze zu den Zwangszünften näher beleuchten konnte. In der Form von „Briefen zweier Handwerker" schilderte ich die Ansichten eines im Zunftwesen befangenen und eines von der Notwendigkeit der Gewerbefreiheit und der Begründung freiwilliger Genossenschaften überzeugten Handwerkers. Die Beschäftigung mit der Volkswirtschaft war mir eine Erholung nach den praktisch juristischen Arbeiten. Auch die Verhandlungen im Gewerbeverein interessierten mich und gaben mir manche volkswirtschaftliche Anregung und Übung im ökonomischen Denken, Vortragen und Diskutieren. Mit Mühe und Not und mit Darangabe meiner Weihnachtsferien konnte ich am 31. Dezember 1853 mit meiner Preisschrift fertig werden und sie nach Dresden einsenden, ohne davon jemandem etwas mitzuteilen. Selbst meine Eltern erfuhren nicht den Grund, der mich in der Weihnachtszeit so an Meißen gefesselt hatte.

Da ich selbst daran zweifelte, daß mir ein Preis für diese volks-

wirtschaftliche Arbeit beschieden sein werde, und da ich mich doch durch irgend eine wissenschaftliche Arbeit bekannt machen wollte, um etwas rascher vorwärts zu kommen, ging ich noch im Januar 1854 an die Fortsetzung einer im Jahre 1853 ebenfalls begonnenen juristischen Preisarbeit. Die Leipziger Juristenfakultät hatte einen Preis ausgeschrieben über das Thema: „Quatenus verum sit, volenti non fieri injuriam“, welche in lateinischer Sprache behandelt werden sollte, und wobei auch die Schrift des Aristoteles über die Nicomache'sche Ethik mit zu berücksichtigen war. Ich behandelte darin teils die civilrechtliche Frage: ob demjenigen Unrecht geschehe, der sich mit seinem Wissen und Willen übervorteilen und z. B. minder preiswürdige Ware liefern läßt, teils die kriminalrechtliche Frage: ob man jemandem ein Unrecht zufügt, den man mit seinem Willen beleidigt oder auf seinen Wunsch tötet. Diese Arbeit sollte Ende Juni 1854 eingeliefert werden, und ich mußte daher meine ganze freie Zeit von Januar bis Juni darauf verwenden; aber ich wollte zwei Eisen im Feuer haben und auch in meinem eigentlichen juristischen Berufe eine wissenschaftliche Arbeit liefern.

Der erste April 1854 bereitete mir die erste größte und freudigste Überraschung meines Lebens, da mir ein Briefbote an diesem Tage einen inhaltsvollen Geldbrief mit der Nachricht brachte, daß meiner Arbeit über Kleidermagazine der erste Preis von 60 Dukaten zuerkannt worden sei. Man hatte die ursprünglich ausgeschriebenen 100 Dukaten geteilt und noch für eine andere Arbeit 40 Dukaten bewilligt. Ich war zufrieden mit der größeren Hälfte und wanderte noch an demselben Tage nach meiner Vaterstadt Roßwein, wo die Freude meiner Eltern mein Glück erhöhte. Dieser erste Erfolg spornte mich nun aufs äußerste an, die angefangene lateinische Arbeit für die Juristenfakultät in Leipzig zu vollenden und Ende Juni zum ausgeschriebenen Termin fertig zu liefern. Die im August oder September eintreffende Nachricht, daß mir der ausgesetzte Preis von 50 Thalern zuerkannt worden sei, erfreute mich und meine Eltern ebenso wie der im April errungene Preis und wurde für mich auch dadurch wichtig, daß ich die Preisschrift als Dissertatio juridica einreichen konnte, um Doctor juris zu werden. Das mündliche Examen wurde mir allerdings nicht erspart.

Das Jahr 1855 brachte mir die Zulassung zur Advokatur und zum Notariat im Königreich Sachsen; ich habe jedoch von diesem Rechte, das ich ursprünglich in der Stadt Meißen ausüben wollte,

keinen Gebrauch gemacht, weil mich Gottes gütige Führung andere Bahnen einschlagen ließ.

Die mir durch zwei Preisschriften zugeflossenen finanziellen Mittel, welche noch durch das Schriftstellerhonorar für Herausgabe des Buches „Briefe zweier Handwerker" vermehrt wurden, setzten mich in den Stand, eine größere gewerbswissenschaftliche Reise durch Sachsen, Rheinland, Westfalen, Belgien und Frankreich zu machen und in den Monaten August und September des Jahres 1855 die erste Pariser Weltausstellung zu besuchen. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, womöglich 1—2 Jahre dazu zu verwenden, das Ausland zu bereisen und mir die Mittel dazu durch Korrespondenzen für Zeitungen zu erwerben, an welche mich Professor Biedermann in Leipzig empfohlen hatte. Als Zweck der Reise und Berufsziel schwebte mir eine volkswirtschaftliche Laufbahn vor, wozu mich außer Professor Roscher auch mein neuerrungener Freund und Gönner, der sächsische Statistiker Dr. Engel ermuntert hatte, dessen Nachfolger ich 20 Jahre später werden sollte. Dr. Engel war von der Deutschen Schneiderakademie zum Preisrichter über die eingegangenen Preisschriften über Kleidermagazine ernannt worden und hatte meine Schrift in erster Linie empfohlen. Er förderte mich auch während der Pariser Weltausstellung dadurch, daß er es mir ermöglichte, Mitglied des internationalen statistischen Kongresses zu werden, der im September 1855 in Paris abgehalten wurde. Mein künftiges Schicksal war schon vor meiner Ankunft in Paris entschieden worden. Ich hatte im April 1855 meine gewerbswissenschaftliche Reise in Chemnitz und Umgegend begonnen und reiste im Mai über den Harz zuerst nach Hannover und von da nach Hamburg, um dort die Handels- und Schiffahrtseinrichtungen kennen zu lernen und neue Anschauungen über den Welthandel zu gewinnen. Von Hamburg nach Hannover zurückgekehrt, erreichte mich ein Brief meines hochverehrten Lehrers, Professor Roscher in Leipzig, der mir mitteilte, daß er mich zum Redakteur einer in Heidelberg neuzubegründenden volkswirtschaftlichen Wochenschrift vorgeschlagen habe. Dieser Brief veranlaßte mich, nach Heidelberg zu reisen und mich dem Verlagsbuchhändler Emmerling vorzustellen, der diese neue volkswirtschaftliche Zeitschrift herausgeben wollte und mir nicht ungünstige Bedingungen stellte, so daß ich mich rasch zur Annahme des Rufes bereit erklärte und nunmehr meine Reise mit festeren Zielen fortsetzen konnte. Ich bereiste von Heidelberg aus zunächst den Rhein, Elberfeld und das industrielle Wupperthal mit Empfehlungen an den alten Harkort von seinem Bruder, dem

Leipziger Kaufmann Harkort, dem hochverdienten Hauptbegründer der Leipzig-Dresdener Eisenbahn, dessen Denkmal die Leipziger Anlagen gegenüber dem Leipzig-Dresdener Bahnhof ziert. Nach kurzem Aufenthalt in den belgischen Industriestädten und in Brüssel traf ich gegen Ende Juli in Paris ein, wo ich in der rue de Seine 4 Treppen hoch eine Privatwohnung auf mehrere Monate bezog und mich besonders dem Studium der Weltausstellung widmete, um mich dadurch zugleich auf meinen neuen Beruf in Heidelberg vorzubereiten. Der internationale statistische Kongreß gab mir Gelegenheit, durch meinen neugewonnenen Gönner Dr. Engel, der unter den Statistikern der Welt schon damals eine angesehene Stellung einnahm, mit einer Reihe hervorragender Volkswirte und Statistiker verschiedener Länder bekannt zu werden. Außer Dr. Engel nahm sich auch der badische Kommissar der Weltausstellung mit Rücksicht auf die in Heidelberg von mir herauszugebende Zeitschrift meiner an. Ich lernte verschiedene tüchtige Männer kennen, welche mir auch versprachen, an meiner neuen Zeitschrift mitzuarbeiten. Unter den interessanten Bekanntschaften, die ich machte, befand sich auch Lothar Bucher, der spätere vertraute Mitarbeiter des Fürsten Bismarck. Bucher war damals noch ein Flüchtling aus Preußen und berichtete von Paris aus über die Weltausstellung an die Nationalzeitung in Berlin. Ich hatte an ihn einen Brief von Schulze-Delitzsch, der mir Buchers Adresse nicht angeben konnte, aber vermutete, daß ich sie durch den Preußischen Ausstellungs-Kommissar ohne Schwierigkeit erfahren werde. Ehe ich mich dort erkundigen konnte, erfuhr ich zufällig durch ein Mitglied des internationalen statistischen Kongresses, Herrn von Marschall aus Zürich, daß Lothar Bucher in der „rue de Seine" wohne und daß ich die Nummer des Wohnhauses in den nächsten Tagen erfahren solle. Am Tage darauf fand ich die Visitenkarten Buchers und des Herrn von Marschall, der mich hatte besuchen wollen, auf dem Tisch meines Wohnzimmers, und es ergab sich, daß Bucher nicht nur in demselben Hause, sondern auch in derselben Etage und Familie wie ich wohnte, und daß wir uns schon am Tag vorher beim Abendessen in dieser Familie gesprochen hatten, ohne einander näher zu kennen, da er mir als Monsieur Biché vorgestellt wurde und die Konversation bei Tisch und nach Tisch französisch geführt wurde. Wir haben uns später auf unseren Zimmern natürlich oft deutsch unterhalten, sind uns jedoch nicht näher gekommen, da Buchers ganze Weltanschauung, seine etwas menschenfeindliche kritische Kälte, sowie die grämliche Darstellung der

englischen Verhältnisse und der allgemeinen politischen und socialen Zustände mich wenig anzogen.

Weit sympathischer war mir ein anderer Mann, in dessen Hause ich Eingang fand, der bekannte Statistiker, Volkswirt und Ingenieur Le Play, dessen volkswirtschaftliche Beobachtungsmethode und Darstellung sozialer Verhältnisse mir ein Vorbild für meine eigenen späteren socialstatistischen Untersuchungen wurde.

Paris mit seiner Weltausstellung und dem weiten weltbürgerlichen Horizonte, der damals allen Besuchern Frankreichs sich eröffnete, erschloß mir in der That eine neue Welt und erweckte in mir nachhaltige freihändlerische Eindrücke beim Anblick der Produkte aller Zonen und des Wetteifers aller Nationen. Das zweite napoleonische Kaiserreich befand sich 1855 auf dem Höhepunkte seiner Macht und seines Einflusses in der Welt. Es war zwar im Kriege mit Rußland, aber dieser Krieg hatte bereits eine günstige Wendung für die beiden verbündeten Hauptmächte England und Frankreich genommen. Sebastopol fiel am 10. September 1855 und in derselben Woche weilte die Königin Victoria mit ihrem Gemahl in Paris, wo sich Fest an Fest reihte. Der Kaiser Napoleon ließ sich die Mitglieder des internationalen statistischen Kongresses in den Tuilerien vom Minister Rouher vorstellen. Europa blickte nach der Niederlage Rußlands bei Sebastopol auf ihn wie auf den mächtigsten Herrscher der Erde, und mein Nachbar, Herr von Marschall aus Zürich, raunte mir bei unserer Vorstellung in den Tuilerien ins Ohr: „Von dem prophezeie ich Europa nichts Gutes". In der That hat ja Frankreich während des zweiten Kaiserreichs zur Beunruhigung Europas viel beigetragen. Nach Rußlands Demütigung kam Österreich an die Reihe und 1870 sollte Preußen von seiner Höhe herabgestürzt und Deutschlands Einigung verhindert werden; aber schon 15 Jahre nach der Eroberung von Sebastopol zog Napoleon III. als Gefangener des Königs von Preußen in Kassel ein und seine ganze Macht und Herrlichkeit war dahingesunken. Ich habe Paris in den Jahren 1867 und 1878 bei ähnlichen Weltausstellungen und ähnlichen wissenschaftlichen Kongressen wie im Jahre 1855 wiedergesehen, aber niemals in solchem Glanze wie während des zweiten Kaiserreichs, als die Tuilerien noch nicht in Trümmern lagen.

Im Oktober 1855 schied ich von Paris mit angenehmen Erinnerungen an eine ereignisvolle Zeit und dankbar für nachhaltige Anregungen. Ich hatte die dort verlebten Monate nicht nur benutzt, um durch Privatstunden bei einer älteren französischen Lehrerin mich

im Französischsprechen zu üben, sondern um vor allem die Ausstellungsgegenstände und Sehenswürdigkeiten von Paris und Umgegend und die Theater zu genießen. Vor den Versuchungen der Weltstadt blieb ich besonders durch die Notwendigkeit, in der Weltausstellung zu arbeiten und mich auf meine neue volkswirtschaftliche Stellung vorzubereiten, glücklich bewahrt. Außer diesem heilsamen Zwange war mein zweiter Engel meine Armut, die mir nicht gestattete, mich in den Strudel von Vergnügungen zu stürzen.

Bei der Rückkehr in meine Vaterstadt Roßwein traf mich die erschütternde Nachricht, daß meine geliebte jüngste Schwester, die, 20 Jahre alt, sich Ende Oktober mit dem Bürgermeister der Stadt vermählen wollte, am Typhus tötlich erkrankt sei. Zwei Tage nach meiner Ankunft erlag sie der tückischen Krankheit. Anstatt dem Hochzeitszuge in die Roßweiner Pfarrkirche zu folgen, mußte ich sie mit zu Grabe geleiten. Die ganze Stadt nahm den innigsten Anteil an dem tragischen Geschick unserer Familie; aber mein Vater ging uns voran in frommer Ergebung und hielt seiner heißgeliebten Tochter selbst die Grabrede.

In ernster Stimmung, aber doch innerlich beruhigt und beglückt über die neue mir gestellte Lebensaufgabe zog ich im November 1855 nach Heidelberg, wohin ich mich als Leipziger Student vergebens gesehnt hatte. Ich gab meiner neuen volkswirtschaftlichen Wochenschrift den Namen „Germania, Centralblatt für die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands" und fand in dem Heidelberger Privatdozenten der Volkswirtschaft Dr. Pickford, aus einer englischen Familie stammend, die sich in Heidelberg niedergelassen hatte, bald einen treuen Freund und Mitarbeiter, der mir den schweren Anfang wesentlich erleichterte. Auch der Heidelberger Nationalökonom Professor Rau war mir sehr gewogen und schrieb, ebenso wie Professor Roscher in Leipzig, Artikel für die neue Wochenschrift, welche sehr bald eine liberal volkswirtschaftliche Richtung einschlug und die Adam Smith'sche Schule vertrat, deren Anhänger und hervorragender deutscher Vertreter Professor Rau war. In der Universität Heidelberg ging mir im Umgange mit Professoren und Privatdozenten eine neue Welt des wissenschaftlichen Strebens und Forschens auf. Auch die schöne Umgebung der Neckarstadt wirkte auf mein Gemüt wohlthuend ein. Die Freundschaften, welche ich, außer mit meinem Fachgenossen Pickford, besonders auch mit dem damaligen Privatdozenten der Medizin Dr. Kußmaul und mit dem Juristen und späteren Reichstag-

abgeordneten Dr. Marquardsen geschlossen hatte, erweiterten meinen Horizont und erhöhten meine Freude am Leben. Die Redaktion der Wochenschrift nötigte mich, zu allen großen volkswirtschaftlichen Tagesfragen rasch eine bestimmte Stellung einzunehmen. Der ganze Zug der Zeit, der glänzende Sieg der englischen Freihandelsbewegung, die Entwicklung des modernen Verkehrs zu einer Weltwirtschaft, welche schon auf der ersten Weltausstellung in London im Jahre 1851 und nochmals auf der zweiten Weltausstellung in Paris 1855 den Völkern der Erde vor Augen getreten war und auch die Bedürfnisse der deutschen Großindustrie, welche nach der Begründung des Zollvereins bald mächtig erstarkte, drängten die deutsche Volkswirtschaft zu Fortschritten in der Richtung der Gewerbefreiheit und Handelsfreiheit, zur Abschaffung der deutschen Flußzölle und Durchfuhrzölle und zu Reformen im Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-, sowie im Geld- und Münz-, im Maß- und Gewichtswesen, im Handels- und Wechselrecht und auf zahlreichen anderen Gebieten. Da ich nach meiner ganzen Natur und nach meinem praktischen Lebensgange mehr zur Agitation und zum positiven Schaffen als zur Theorie und Kritik hinneigte, so wurde gerade die Publizistik und die rasche innere Anteilnahme an den großen internationalen politischen Ereignissen und volkswirtschaftlichen Tagesfragen bald mein Lebenselement. Ich war jedoch gleichzeitig entschlossen, die Professoren-Karriere einzuschlagen und mich im Wintersemester 1856/57 als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaften in Heidelberg zu habilitieren, als ich, wiederum auf Roschers Empfehlung, einen Ruf nach Bremen an die Redaktion des Bremer Handelsblattes erhielt.

Der Abschied von Heidelberg und von der Dozentenlaufbahn wurde mir sehr schwer; aber die Erwägung, daß die Thätigkeit an einem Mittelpunkte des Handels und der Schiffahrt für die volkswirtschaftliche Ausbildung nur förderlich sein könne, gab schließlich den Ausschlag, zumal da die Stellung in Bremen auch finanziell viel günstiger und sicherer war als diejenige in Heidelberg. Im Dezember 1856 siedelte ich nach Bremen über, wo soeben der Norddeutsche Lloyd begründet worden war und Handel und Schiffahrt in erfreulichem Aufschwunge sich befanden. Der Pariser Frieden hatte überall den Unternehmungsgeist geweckt. Meine redaktionelle Thätigkeit am Bremer Handelsblatt war weit umfangreicher und praktisch anregender als diejenige in Heidelberg, weil ich fast täglich die Bremer Börse besuchte, um dort Informationen über wichtige Ereignisse und Angelegenheiten

des Handels und der Schiffahrt einzuziehen und die Ansicht erfahrener Reeder, Kapitäne und Kaufleute aller Warenbranchen, sowie der Vermittler von Reederei-, Waren- und Geldgeschäften zu hören. Die beiden Herren, welche mich nach Bremen berufen hatten, Senator Heineken, der erste Handelsrichter und langjährige Vertreter Bremens auf den Handelsrechts-Konferenzen in Nürnberg und Hamburg, und Dr. Gröning, erster Syndikus der Bremer Handelskammer, führten mich in alle für mich wichtigen Kreise erfahrener Kaufleute, Senatoren u. s. w. ein, während ich im Künstlerverein, dem Hauptmittelpunkte des geselligen Verkehrs, mit dem jüngeren Nachwuchse von Kaufleuten, Architekten, Großindustriellen, Gelehrten, Schriftstellern, Rechtsanwälten u. s. w. mich selbst rasch bekannt machte und befreundete. Es wurde mir im Anfange schwer, den geselligen Verpflichtungen zu genügen und die darin gewonnenen Eindrücke und Belehrungen über so viele mir früher ganz fremde geschäftliche Dinge und Einrichtungen daheim auch gehörig zu verarbeiten. Ich hatte noch das Glück, auch bei dem alten würdigen Bürgermeister Smidt, dem Begründer von Bremerhaven, eingeführt zu werden und an dessen offenen Abenden teilzunehmen, bei denen mehr als 50 Personen in verschiedenen Zimmern sich stehend angenehm unterhielten und dann zu einem frugalen Abendessen mit kalter Küche, bestehend in der Regel aus Kalbsbraten mit Kartoffelsalat und einer Sorte Rotwein, sich niederließen. Ich lernte dort die meisten Senatoren und Richter kennen, auch den damals noch bremischen und später hanseatischen Ministerresidenten Dr. Schleiden in Washington, der mir bald darauf die interessantesten Berichte aus Amerika über die sich schon im Frühjahr 1857 vorbereitende große Handelskrisis für das Bremer Handelsblatt lieferte. Ich nahm in Bremen meine Wohnung bei einem Engländer, einem Agenten für englische Wedgewood-Artikel (Steingutwaren), mit dem ich mich meist englisch unterhielt und auch im Monat Juli 1857 eine mehrwöchentliche Reise nach London und Manchester und in die englischen Industriedistrikte von Staffordshire, sowie nach Schottland unternahm. Bald nach unserer Rückkehr brach, von Amerika ausgehend, auch über Bremen, das mit Amerika sehr lebhaft verkehrte, eine schwere Handelskrisis herein, welche den Diskont bis auf 16 pCt. erhöhte. Die in den Magazinen lagernden Waren verloren 30 und mehr Prozent an Wert oder waren ganz unverkäuflich und nur die Vereinigung von etwa 20 der ersten Firmen Bremens, welche größere bare Goldsendungen aus der Londoner Bank vermittelten, rettete Bremens Kredit, während Ham-

burg und auch Lübeck sehr schwer heimgesucht wurden. Auch der Bremer Norddeutsche Lloyd hatte anfänglich mit schweren Verlusten zu kämpfen; aber die Männer, welches dieses große Reedereiunternehmen leiteten, an ihrer Spitze Konsul H. H. Meier, der spätere Reichstagsabgeordnete für Bremen, wußten die sich auftürmenden Schwierigkeiten immer siegreich zu überwinden und richteten, als die New-Yorker Dampferlinie wieder gute Dividenden abwarf, neue Dampferlinien nach Baltimore und anderen Plätzen ein, welche für Bremens und Deutschlands Handel unentbehrlich waren und deshalb trotz anfänglicher Verluste unternommen werden mußten.

Das Jahr 1857, in welchem ich meine Redaktionsthätigkeit für ein dem Handel und der Schiffahrt gewidmetes Blatt in Bremen begann, wurde für mich auch dadurch ganz besonders bedeutungsvoll, daß ich am 23. Mai 1857 im Bremer Handelsblatte in einer einsamen Stunde ganz aus mir selbst heraus, ohne mit den Unternehmern des Handelsblattes oder mit Freunden meiner Richtung Rücksprache zu nehmen, einen „Aufruf zu einem Kongresse deutscher Volkswirte" veröffentlicht hatte. Diesen Aufruf, den ich mit Briefen an die Redaktionen von etwa 20 größeren deutschen Zeitungen geschickt hatte, wurde in noch viel mehr Blättern teils vollständig, teils im Auszug veröffentlicht und vielfach günstig besprochen. Er bildete den Anfang einer Bewegung für volkswirtschaftliche Reformen und machte mich plötzlich zum Agitator, ohne daß ich bei der Veröffentlichung des Aufrufs dies geahnt hatte; es war jedoch an ein Zurückweichen meinerseits nicht zu denken, denn nicht nur viele Redakteure, Kaufleute und Gewerbetreibende, sondern auch hohe Beamte und Politiker, wie der Regierungspräsident Staatsrat Francke in Coburg, der spätere Finanzminister v. Patow, Präsident Lette in Berlin und vor allem Schulze-Delitzsch äußerten sich zustimmend zu dem Plane und rieten, von Bremen aus die Vorbereitungen zu einem Kongresse deutscher Volkswirte in die Hand zu nehmen. Auf Anraten Franckes machte ich den Versuch, die in Coburg versammelten deutschen Landwirte für die Sache zu gewinnen. Meine in Coburg gehaltene Ansprache fand jedoch gar keinen Anklang und erst der in Frankfurt a. M. im September 1857 abgehaltene internationale Wohlthätigkeitskongreß wurde die eigentliche Wiege des volkswirtschaftlichen Kongresses. Die dort zahlreich versammelten deutschen Volkswirte, an deren Spitze Präsident Lette und Schulze-Delitzsch standen, konnten mit ihrer nationalökonomischen Richtung gegen die auf dem Kongreß

vorherrschende belgische Richtung der charité nicht durchdringen und die Genossenschaftsfrage gar nicht einmal vor dem Plenum des Wohlthätigkeitskongresses zur Verhandlung bringen. Infolgedessen versammelten sich die deutschen Mitglieder dieses internationalen Kongresses am 16. September 1857 zu einer Separatbesprechung im Hotel Landsberg. Dort hielt Schulze-Delitzsch einen zündenden Vortrag über das Assoziationswesen, an welchen sich eingehende Beratungen anschlossen über Mittel und Wege, um die volkswirtschaftliche Bildung im deutschen Volke weiter zu verbreiten und eine Verständigung über wichtige volkswirtschaftliche Fragen durch einen Kongreß deutscher Volkswirte herbeizuführen, sowie überhaupt bessere volkswirtschaftliche Einrichtungen anzubahnen. — Der von der Versammlung gebilligte „Aufruf zur Bildung von volkswirtschaftlichen Vereinen" trug zahlreiche Unterschriften, unter denen nur diejenigen der Heidelberger Professoren Mittermaier, Rau und Welcker, ferner Professor Schubert in Königsberg, Dr. Asher in Hamburg, Regierungspräsident Francke in Coburg und Schulze-Delitzsch erwähnt werden mögen. Bremen wurde zum provisorischen Vorort erwählt und ein Redaktions-Ausschuß aus den Herren Dr. Pickford in Heidelberg, Max Wirth in Frankfurt a. M. und Dr. Böhmert in Bremen gebildet. An diesen Ausschuß gelangte im Juni 1858 ein Schreiben des Vorsitzenden des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Dr. Lette, worin vorgeschlagen wurde, den Kongreß deutscher Volkswirte im Herbst 1858 in Gotha statt in Berlin abzuhalten. Der in Frankfurt a. M. gewählte Redaktionsausschuß stellte für die Beratung folgende Hauptpunkte auf: 1. Die Reform der Gewerbegesetze; 2. das Assoziationswesen in Deutschland; 3. die Durchfuhrzölle des Zollvereins; 4. Spielbanken, Lotto und Lotterien, und 5. die Wuchergesetze. Das Gothaer Lokalkomitee wünschte einen volkswirtschaftlichen Verein zu gründen und vorerst ein Programm und Statut zu beraten. Karl Mathy, damals noch Bankdirektor in Gotha, kam nach Bremen, um sich mit mir darüber zu verständigen; aber ich widerstrebte aufs äußerste, daß man damit anfangen solle, eine von uns geplante nationale Bewegung für volkswirtschaftliche Reformen mit der Beratung von Grundrechten zu beginnen, was für die politische Bewegung des Jahres 1848 und die Frankfurter Nationalversammlung ja so verhängnisvoll gewesen war. Unser Redaktionsausschuß wollte in Gotha sofort mit der Beratung brennender praktischer Tagesfragen beginnen, um die bei der deutschen Gründlichkeit gefahrvolle Beratung

von theoretischen und formellen Fragen zu vermeiden. Wir mußten dem Gothaer Lokalausschuß einige Konzessionen in Betreff der Berufung der Versammlung und der Aufstellung eines Programms und Statuts machen, erreichten jedoch, daß die Debatten darüber in einer Vorversammlung am Abend vor der Hauptversammlung zu einem befriedigenden Abschluß kamen, und daß man einen Ausschuß ernannte, welcher, unter Berücksichtigung der in der Vorversammlung erörterten Ansichten, den Gothaer Statutenentwurf revidieren und gleich bei Eröffnung der ersten Sitzung der Hauptversammlung vorlegen solle. Die erste öffentliche Hauptversammlung nahm einen überraschend günstigen Verlauf. Während es am Abend vorher noch zweifelhaft gewesen war, ob das erste Zusammentreffen deutscher Volkswirte nur als eine Vorversammlung zur Beratung von Grundrechten, Statuten und anderen Formfragen zu betrachten sei und ob ein Kongreß erst im künftigen Jahre zusammentreten solle, war die erste Hauptversammlung am 20. September schon nach Verlauf einer halben Stunde ein wirklicher Kongreß. Das vom provisorischen Ausschuß vorgeschlagene Statut wurde ohne Diskussion en bloc einstimmig angenommen. Danach sollte kein Verein, sondern ein Kongreß mit Wanderversammlungen begründet und eine ständige Deputation zur Vorbereitung desselben gewählt werden. Man ging, ohne sich in doktrinäre nutzlose Prinzipienstreitereien zu verlieren, sofort in die Beratung praktischer Fragen ein und konnte gleich die ersten beiden Hauptfragen über die Gewerbefreiheit und über das Assoziationswesen ziemlich rasch erledigen, weil über jede dieser Fragen umfassende Vorarbeiten und Berichte vorlagen. Man war beinahe einmütig darin, daß dem Arbeiter eines der ersten Menschenrechte — die Freiheit der Arbeit — nicht länger vorenthalten werden dürfe, daß aber andererseits an Stelle der durch die moderne Technik überwundenen Zünfte die freiwilligen Genossenschaften dem Gewerbetreibenden vorwärts helfen müßten. Mit Einstimmigkeit bereitete der Kongreß den uneigennützigen Bestrebungen von Schulze-Delitzsch einen wohlverdienten Triumph und forderte das deutsche Volk zur Einführung dieser Organisationen auf. — Größere Schwierigkeiten und Differenzen als die Gewerbe- und Assoziationsfrage bot in Gotha die Zollfrage, in welcher der Gegensatz von Schutzzöllnern und Freihändlern schon scharf hervortrat. Der Gothaer Kongreß hatte drei Ausschüsse, für das Gewerbewesen, für das Genossenschaftswesen und für das Zollwesen, ernannt und zur Sammlung von Material und zur Vorbereitung künftiger

Verhandlungen beauftragt. Der österreichische Schutzzöllner Dr. Kreutzberg warnte nun bei Beratung der Zollfrage vor einem Beschlusse, der die deutsche Arbeit der Konkurrenz vorgerückterer Länder preisgebe und riet, zur Vorbereitung eines Tarifs auch Schutzzöllner zuzuziehen und den Tarif so einzurichten, daß er die Vergrößerung des Zollvereins erleichtere. Auch Staatsrat Mathy hielt die Versammlung noch für viel zu jung und die Zollfrage noch für viel zu wenig reif, um schon die Aufstellung eines vollständigen Tarifs wünschen zu können. Werde nun ein Zolltarif vorweg zum Gegenstand des nächsten Kongresses gemacht, so müßte dies den günstigen Eindruck der ersten Kongreß-Versammlung schwächen und könne den Kongreß wohl gar auseinandersprengen. Er schlage daher vor, die Zollfrage der ständigen Deputation des Kongresses zur geneigten Berücksichtigung zu überweisen.

Rudolf von Bennigsen, der sich schon im Jahre 1858 einen Namen als hervorragender Politiker gemacht hatte und sich in Gotha an den Sektions- und Plenarversammlungen lebhaft beteiligte, bewies auch in der Zollfrage sein Geschick, verschiedene Standpunkte mit einander zu versöhnen und die Erreichung praktischer Ziele zu fördern. Er stellte folgenden Antrag: „Der Ausschuß für das Zollwesen hat zeitig vor der nächsten Versammlung deutscher Volkswirte seine Arbeit der ständigen Deputation, womöglich bereits gedruckt, vorzulegen zur Erwägung darüber, ob und in wie weit diese Arbeit auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu stellen sei.“ Dieser Antrag von Bennigsen, dem sich der Berichterstatter über die Zollfragen anschloß, wurde einstimmig angenommen.

Die vorstehenden Mitteilungen beweisen, daß in dem volkswirtschaftlichen Kongresse von Anfang an die verschiedensten Richtungen, Anschauungen und Interessen vertreten gewesen sind. Der Kongreß hatte kein ihn bindendes Programm aufgestellt, sondern sich nur zu dem Grundsatz bekannt, daß man durch ehrlichen Meinungskampf mit Gründen und Thatsachen ernstlich nach Wahrheit ringen und das Gemeinwohl praktisch fördern müsse. Es ist ihm mit Unrecht vorgeworfen worden, daß er eine freihändlerische Vereinigung gewesen sei. Er war ein Vereinigungspunkt für Theoretiker und Praktiker der verschiedensten Richtungen zur Beleuchtung und öffentlichen Erörterung volkswirtschaftlicher Fragen. Es sind auf verschiedenen volkswirtschaftlichen Kongressen, z. B. in Stuttgart und München, schutzzöllnerische Beschlüsse gefaßt worden. Die Verdienste des Kongresses beruhen nicht auf seinen

Beschlüssen, sondern auf den von ihm veranlaßten Berichten, Enqueten und Verhandlungen. Seine Arbeiten und Vorschläge haben in der neueren deutschen Gesetzgebung die umfassendste Berücksichtigung gefunden und sind in den Motiven vieler neuen Gesetze oft wörtlich enthalten. Er ist nicht wegen der Konkurrenz des im Jahre 1873 besonders von Schmoller begründeten und seitdem geschickt geleiteten „Vereins für Socialpolitik" eingegangen, sondern weil der letzte Vorsitzende der ständigen Deputation, Dr. Karl Braun, wohl zum Teil wegen Krankheit und parlamentarischer Überbürdung, es unterlassen hatte, die ständige Deputation wieder einzuberufen und weitere Kongresse vorzubereiten. Nach dem Tode Karl Brauns hat niemand daran gedacht, einen andern Volkswirt an seine Stelle zu setzen. Es ist dies im öffentlichen Interesse der Entwickelung der deutschen Volkswirtschaft zu beklagen, weil der Kongreß deutscher Volkswirte nicht bloß „socialpolitische", sondern überhaupt die verschiedensten volkswirtschaftlichen, insbesondere auch Fragen, welche Handel und Schiffahrt und Zollwesen betreffen, zur Erörterung gezogen hatte. In ganz hervorragender Weise hat er die Lösung der deutschen Münzfrage gefördert und vorbereitet. Es wäre zu wünschen, daß ein neuer volkswirtschaftlicher Kongreß gegründet würde, um eine öffentliche Erörterung der deutschen Zollfrage und des künftigen deutschen Zolltarifs vorzubereiten, damit diese brennendste aller deutschen volkswirtschaftlichen Fragen allseitig von Theoretikern und Praktikern aller Erwerbszweige nicht bloß vom Standpunkte der Produzenten, sondern auch der Konsumenten beleuchtet und öffentlich besprochen werden kann.

Die Entstehung des Kongresses deutscher Volkswirte ist von mir deshalb etwas ausführlich beschrieben worden, weil ich Jahrzehnte lang in den innigsten Beziehungen zu dem Kongreß gestanden habe und ihm nachhaltige wissenschaftliche und praktische Anregungen und eine wirksame Förderung meiner öffentlichen Bestrebungen zu verdanken habe. Auch meine Schrift: „Freiheit der Arbeit, ein Beitrag zur Reform der Gewerbegesetze" und verschiedene Berichte über „Fortschritte der Gewerbereform", über „Das Armenwesen", über „Lotterien und Prämienanleihen", über „Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts", über „Reichseisenbahnen" u. s. w. sind nur für den volkswirtschaftlichen Kongreß verfaßt worden.

Der erste Kongreß deutscher Volkswirte in Gotha bewirkte nicht nur auf volkswirtschaftlichem Gebiete eine Klärung und Verständigung über verschiedene bereits gereifte Fragen des öffentlichen Lebens, son-

dern wurde auch politisch bedeutungsvoll, weil er nach langer Stagnation der nationalen Bestrebungen zum ersten Male wieder Männer aus allen deutschen Staaten zur öffentlichen Diskussion über nationale Lebensfragen zusammenrief. Die rasche Verständigung über wichtige Tagesfragen und notwendige Reformen stärkte das politische Bewußtsein und überzeugte die Beteiligten, daß man den Aufbau eines heißersehnten deutschen Staates auf der realen Grundlage wohlbefestigter materieller Verhältnisse beginnen und zunächst den Zollverein zur Befriedigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes parlamentarisch umgestalten und Preußen politisch an die Spitze Deutschlands bringen müsse. Die politische Vereinigung der deutschen Stämme lag der großen Mehrzahl der Kongreßgenossen doch vorzugsweise am Herzen, wenn auch noch nicht auf den Lippen; aber in einem besonders eingeladenen Kreise von etwa 20 Mitgliedern, unter denen nur Lette, Schulze-Delitzsch und Bennigsen genannt werden mögen, brach sich der dem volkswirtschaftlichen Kongresse mit zu Grunde liegende nationale Gedanke mächtig Bahn und erhöhte die gehobene Stimmung, welche schon während der ganzen Dauer des Kongresses bemerkbar gewesen und durch die Vorträge und Debatten wesentlich befestigt worden war. In der Zwischenzeit zwischen dem ersten und zweiten Kongresse deutscher Volkswirte kamen die politischen und nationalen Gedanken unter den Kongreßmitgliedern immer mehr zum Durchbruch und dem zweiten Kongresse deutscher Volkswirte, der in den Tagen vom 12.—15. September 1859 in Frankfurt a. M. wiederum unter Beteiligung von Bennigsen und vielen anderen Politikern abgehalten wurde, folgte unmittelbar die Begründung des deutschen Nationalvereins, zu dessen Vorsitzenden Rudolf von Bennigsen gewählt wurde. Ich war an dieser Begründung des Nationalvereins in Frankfurt a. M. ebenfalls lebhaft mit beteiligt, habe jedoch immer die Ansicht vertreten, daß man den volkswirtschaftlichen Kongreß mit den politischen Verfassungsfragen nicht verquicken dürfe und selbständig wirken lassen müsse und habe mich auch immer mehr für die volkswirtschaftlichen und socialen, als für die rein politischen Fragen interessiert; nur über diejenigen Punkte des Nationalvereins-Programms, welche die kirchliche und konfessionelle Frage betrafen, habe ich mit dem Vorstande des Nationalvereins eine lebhafte Korrespondenz gehabt und gebeten, die nationale Bewegung mit religiösem Ernst zu beginnen und dies auch im Programm zum Ausdruck zu bringen. Bremen wurde sehr bald ein Hauptmittelpunkt der nationalen Bewegung in Nordwest-Deutschland; allein die Aus-

sichten auf Verwirklichung der Pläne des Nationalvereins waren während meiner Berufsthätigkeit in Bremen von 1856—1866 doch noch sehr gering; unsere öffentliche Thätigkeit blieb daher vorzugsweise auf das volkswirtschaftliche Gebiet beschränkt. Wir begründeten für Bremen einen „Verein für Gewerbefreiheit" und für Hannover, Oldenburg und Bremen „eine nordwestdeutsche volkswirtschaftliche Gesellschaft". Die von uns in Bremen organisierte Bewegung für Gewerbefreiheit führte im Jahre 1861 nach vierjährigen heißen Kämpfen zur Aufhebung der Zünfte und zur Einführung der Gewerbefreiheit in Bremen. Während des heißen praktischen Kampfes für Gewerbefreiheit beschäftigte ich mich im Stillen in meinen freien Stunden mit einer wissenschaftlichen historischen Arbeit über „Die Geschichte der Bremer Schusterzunft", für welche mir ein reiches Urkundenmaterial im Bremer Staatsarchiv zu Gebote stand. Die Arbeit wurde von der Fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft zu Leipzig im März 1860 mit einem Preise gekrönt und ist von ihr auch unter dem Titel: „Beiträge zur Geschichte des Zunftwesens 1861" herausgegeben worden.

Als der Kampf für Gewerbefreiheit in Bremen noch unentschieden hin und her schwankte, wurde ich am 26. Juni 1860 zum Syndikus der Bremer Handelskammer erwählt. Mit der Erringung dieser festen Stellung im bremischen Staatsdienste mußte mir auch der Gedanke an die Begründung eines eigenen häuslichen Herdes in dem mir von Jahr zu Jahr lieber gewordenen bremischen Freistaate näher treten. Ich hatte auf Empfehlung meines Freundes, Rechtsanwalt Taube in Leipzig, in dem Hause des bremischen Ältermanns Justin Friedrich Wilhelm Löning, der auch Mitglied der Bremer Handelskammer war, schon bald nach meiner Ankunft in Bremen freundliche Aufnahme gefunden und in dieser Familie oft und gern verkehrt. In der jüngsten Tochter Elisabeth Löning fand ich das Ideal weiblicher Anmut, wonach mein Herz sich schon lange sehnte.

Der 9. April 1861 war der glückliche Tag unserer Verlobung. Am Sonntag vorher war ich in der Bremer St. Ansgarii-Kirche gewesen, die ich gewöhnlich besuchte, sobald Pastor Nonnweiler predigte, den ich unter den Bremer Geistlichen besonders gern hörte. Er predigte an jenem Sonntage gerade „über die Verbindungen, die wir im Leben zu schließen pflegen". Alles, was er sprach, paßte wunderbar auf meine innere Stimmung und auf mein Sehnen nach einem Wesen, das mir ganz angehören und Freud' und Leid im Leben mit mir teilen könne. Ich dachte dabei unwillkürlich an Elisabeth Löning,

deren Nähe und Unterhaltung mich immer erfrischt und belebt hatte, aber ich war nicht sicher genug, ob sie auch von derselben Sehnsucht wie ich erfüllt sei und verlangte nach einem Zeichen und Wink von oben. Da war es nun jedenfalls eine bedeutungsvolle, gütige Fügung des Himmels, daß ich nach dem Schlusse des Gottesdienstes in der Nähe der Kirche ganz unvermutet der für mich bestimmten Braut am Arm ihrer Schwester begegnete und von ihr einen freundlichen Gruß empfing. Ihr Blick und Lächeln schien mir anzudeuten, daß die eben gehörte Predigt auf sie einen ähnlichen Eindruck wie auf mich gemacht habe. Jedenfalls wirkte der gemeinsame Gottesdienst und die unmittelbar darauf folgende persönliche Begegnung wesentlich mitbestimmend auf die wichtigste Entschließung meines Lebens, und mein guter Vater, der am 28. September 1861 unserem Ehebunde in Bremen den kirchlichen Segen gab, konnte in seiner Traurede mit Recht uns darauf hinweisen: daß Ehen im Himmel geschlossen werden. Ich habe vorstehendes nur deshalb mitgeteilt, weil ich zeigen will, auf welchen Wegen ich glücklich geworden bin, und jedem raten möchte, den wichtigsten Entschluß im Leben nicht ohne innere Weihe zu fassen.

Durch unsere Ehe wurde uns häusliches Glück in reichem Maße zu teil und durch die Geburt von drei Söhnen erhöht. Wenn uns auch der älteste Sohn im Juni 1898 wieder entrissen wurde, so ist doch sein Leben in gewisser Hinsicht zur Reife und Blüthe gelangt und vielen Mitmenschen nützlich gewesen. Wir sind daher Gott zu Dank verpflichtet, daß wir ihn 36 Jahre besessen haben und an den von ihm angefangenen socialen Liebeswerken auch unsererseits mit fortarbeiten können.

Mein eigenes Leben hat an der Seite einer treuen Lebensgefährtin erst den rechten Halt und Frieden gewonnen. Die Jugend und das erste Jahrzehnt des Mannesalters fand mit dem Tage meiner Verheiratung einen gewissen Abschluß und ich werde den weiteren Gang meines Lebens in einem zweiten Teile dieser Rückblicke und Ausblicke im nächsten Heft beschreiben.

Sociale Museen.

Von Bibliothekar P. Schmidt.

Man hat, um das Verständnis der bedeutungsvollen Frage des Arbeiterschutzes zu fördern, schon an verschiedenen Orten den beachtenswerten Versuch gemacht, das wirkliche Funktionieren der Socialgesetzgebung gewissermaßen sichtbar und greifbar vor die Augen des Volkes zu führen und zwar in Analogie der zahlreichen und schönen Museen aller Art für Kunst, Wissenschaft und Technik durch die Errichtung sogenannter „Social-Museen". Das Wesen dieser Social-Museen, die man auch „Arbeiterwohlfahrts-Museen", „Gewerbe-hygienische Museen", „Unfallverhütungs-Museen" und ähnlich betitelt, je nachdem diese Institute nach der allgemein volksgesundheitlichen oder gewerbstechnologischen oder socialpolitischen Seite hin sich gleichzeitig ausdehnen sollen, ist durch planmäßig aufgestellte, mittels eines Kataloges oder „Führers" beschriebene, Sammlungen von Modellen, Zeichnungen, Litteratur und sonstigen Materialien und Nachweisen auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der Unfallverhütung, der Gewerbehygiene, der gesamten Zweige der Volkswohlfahrt ausgedrückt.

Wenn wir den Ursprung der Idee zur Errichtung von „Social-Museen" erforschen wollen, so müssen wir auf die „Institutions" Englands zurückgreifen, welche zu Anfang des Jahrhunderts blühten und in ihren Zielen, naturwissenschaftliche Belehrung den gewerbtreibenden Klassen beizubringen, in vielen Ländern nachgeahmt wurden. Auch in Deutschland bestanden schon damals in Nürnberg, Halle, Frankfurt a. M. und anderen Industriestädten „Naturwissenschaftliche Institute für den Gewerbstand" [1]). Das Nürnberger Institut

[1]) Prof. Dr. Schweiger-Halle: Naturwissenschaftliche Institute für den Gewerbestand, in „Mitteilungen des Centralvereins ꝛc.", Berlin 1849, S. 66.

begründete bereits 1818 neben seiner Darlehnskasse eine Industrieschule für Kinder, in welcher diese nicht nur zeichnen, sondern auch modellieren lernten, und zugleich eine für industrielle Zwecke berechnete Bibliothek nebst einer Sammlung von Modellen und Instrumenten. Das Halle'sche Institut, ganz dem Nürnberger nachgeahmt, dehnte 1819 seine Sammlung und die im Institut gehaltenen Vorträge auch auf Gegenstände und Themata gemeinnützigen Charakters aus, und verkaufte Aktien an die Mitglieder, um ein eigenes Haus zu errichten, welches neben Räumlichkeiten für die technologisch-naturwissenschaftlichen Sammlungen „zugleich ein Zimmer darbieten sollte zur Errichtung eines sogenannten Bazars, um verschämten Armen hülfreich zu werden". Neben diesen naturwissenschaftlichen Instituten sind auch die „Gewerbshallen" als Keimträger der „Socialen Museen" zu betrachten, denn diese enthielten oft neben den verkäuflichen Gewerbeerzeugnissen auch zahlreiche Gegenstände in ihren Hallen, die der Verbreitung von Anregungen auf den Gebieten der Wohlthätigkeit, Unfallverhinderung usw. förderlich sein sollten. Daß dann später die eigentlichen Gewerbemuseen[1]) natürlich auch eine große Anzahl Objekte ihren Sammlungen einreihten, welche einzelne Gebiete der Hygiene und der socialen Hülfeleistung und Fürsorge berühren, ist selbstverständlich und soll hier, wo es sich um eine geschichtliche Skizzierung der Entstehung von socialen Museen handelt, nur erwähnt werden.

Was nun aber die Gründung wirklicher „Social-Museen" anlangt, so gilt auch hier das Wort Ben Akibas: „Es ist alles schon dagewesen". So selbständig wie die Anregung zur Gründung solcher Anstalten auch in neuerer Zeit in Frankreich sich verwirklichte und in Wien, Amsterdam und anderwärts Nachahmung fand, die Idee selbst trat bereits vor fast 50 Jahren an die Öffentlichkeit und zwar durch den Engländer Th. Twining, Mitglied der „Society of Arts" in London. Die Ausführungen Twinnigs wurden in Deutschland wohl zuerst durch das vom Herausgeber dieser Zeitschrift Dr. V. Böhmert damals redigierte Centralblatt für die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands „Germania", Heidelberg

---

[1]) z. B. das South Kensington Museum in London und das zweitälteste derartige Museum, das 1848 gegründete Landesgewerbe-Museum zu Stuttgart. Siehe die Festschrift zur Einweihung des neuen Museumsgebäudes, Stuttgart 1896, S. 29 ff.

1856[1]), verbreitet. Twining hat hiernach schon im Jahre 1852 dargelegt, wie sehr die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in Bezug auf ihre Wohnungen, ihre Möbel und Hausgeräte, ihre Kleidung, ihre Nahrungsmittel, kurz auf alles, was auf ihre materiellen und sanitären Verhältnisse Bezug hat, erleichtert werden könne durch ein ökonomisches Museum für die arbeitenden Klassen, welches eine mit Sorgfalt ausgewählte, klassifizirte, bei Absatzgegenständen mit Preisangaben versehene Sammlung oben genannter Art aufnehmen und dadurch permanent eine populäre Belehrung und Erziehung fördern solle. Twining hat, unterstützt von der Society of Arts und der Pariser société d'économie charitable diese Idee damals weiter verfolgt und sie zuerst in einer der Pariser Ausstellung von 1855 angehängten Special-Ausstellung als „galerie de l'économie domestique", dann 1856 gelegentlich des internationalen Wohlthätigkeitskongresses in Brüssel und in größerem Maßstabe bei der Ausstellung 1857 in Wien gelegentlich der 50jährigen Jubelfeier der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft verwirklicht gesehen. Allein Twinnig betrachtete diese Ausstellungserfolge doch nur als ersten Schritt in der Ausführung seiner Idee, obgleich die darauf zurückzuführende Veranstaltung von Ausstellungen von Haushaltungsgegenständen großen Beifalls sich erfreute[2]). Twining hielt fest an der Ansicht, daß erst solche permanente, nach der hygienisch-volkserziehlichen Seite erweiterte Sammlungen, die eigentliche Lösung der von ihm aufgeworfenen Frage bedeuten. Er veröffentlichte „Vorschläge zu Sammlungen von Gegenständen der häuslichen und sanitärischen Ökonomie zum Gebrauche der arbeitenden Klassen",[3]) welche für die neueren Bestrebungen zur Gründung von „Social-Museen" geradezu vorbildlich erscheinen und deshalb auszugsweise hier mitgeteilt werden mögen:

„I. Ziel und beabsichtigter Plan der Ausführung.

A. In den letzten Jahren hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr von dem polemischen Teil der socialen Ökonomie weg- und dagegen dem praktischen mehr zugewendet. In den meisten Ländern, vorzüglich in England, sind die Ge-

[1]) „Germania", 1856, S. 106: „Ökonomisches Museum für die arbeitenden Klassen".

[2]) D. Karl Helm-Wien: Einige Worte über Ausstellungen von Haushaltungsgegenständen, Expositions d'économie domestique, zum Verständnis ihres Zweckes und ihres Nutzens in „Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl d. arbeitenden Klassen", 2. Heft, Leipzig 1858, S. 139—144.

[3]) „Germania", 1856, S. 107.

sundheitsrücksichten und der häusliche Wohlstand der industriellen Bevölkerung, besonders in Bezug auf deren Wohnung in Stadt und Land, der Gegenstand einer wohlgeleiteten und thätigen Teilnahme geworden. Die Resultate, welche in dieser Beziehung sowohl durch verschiedene Gesellschaften in England, wie auch durch die kaiserliche Regierung in Frankreich, die nicht weniger als eine Summe von 10 Mill. Frcs. diesem Zwecke gewidmet hat, erzielt wurden, sind in höchstem Grade aufmunternd. Dennoch ist es immer klarer geworden, daß Mustergebäude für die arbeitenden Klassen nicht eher zum allgemeinen Vorbilde genommen werden, als bis man den Bauherren und Spekulanten die Mittel an die Hand gegeben hat, sie beinahe so einträglich zu machen, als dies bei den Wohnungen des alten Stiles der Fall ist. Um dies zu bewirken, muß man jede wohlfeile Verbesserung in Hinsicht auf Material, Einrichtung, Möblirung 2c. zusammensuchen und in einem leicht zugänglichen Lokale aufstellen. Dieses wird ein ökonomisches Museum abgeben, oder vielmehr das erste Departement desselben, indem sich noch mehrere andere dazu gesellen müssen.

B. Es ist ferner klar, daß eine Reform der Wohnungen, welche ganz richtig als der erste Schritt zur Verbesserung der physischen Lage der arbeitenden Klassen gewählt wurde, weit davon entfernt ist, der einzige Schritt zur wünschenswerten Hebung ihrer häuslichen Ökonomie zu sein. Es giebt kaum einen Teil derselben, in dem der Arbeiter jetzt denjenigen guten Gebrauch von seinen Mitteln macht oder denjenigen vollen Geldeswert für sein Geld bekommt, den er bei besserer Kenntnis und richtigerer Würdigung seiner Hülfsquellen erlangen könnte. Diese Kenntnis und diese Würdigung herbeizuführen, würde einer der Hauptzwecke des ökonomischen Museums sein. Hausgeräte, Kleidungsstücke, Nahrungsmittel, Brennmaterial 2c. werden sich daselbst vorfinden, nebst allem, was dazu dienen kann, dem Arbeiter eine wohnliche Heimat zu verschaffen oder die Bürde seiner Arbeit zu erleichtern. Ein wesentlicher Gesichtspunkt der wohlthätigen Wirkung, welche so zu erreichen in Aussicht steht, ist, daß das Ganze in jener anspruchslosen, nicht zudringlichen Weise geboten wird, die den Arbeiter geneigt macht, es zu würdigen. Eine sorgfältige und gewissenhaft ausgeführte Sammlung, die das für ihn Empfehlenswerteste und Interessanteste enthält, wird vor seinen Augen hier aufgestellt sein, während es seinem guten Willen überlassen bleibt, Gebrauch davon zu machen, und seinem gesunden Verstande, es zu seinem Besten zu verwenden.

C. Ehe wir unsern Erfindern neue Leistungen abfordern, müssen wir uns vollkommen mit dem Vorhandenen bekannt machen, und andererseits muß der Arbeiter eines jeden Landes, der seine häusliche Lage vollkommen schätzen lernen will, sich einigermaßen mit der Lage seiner fremden Brüder bekannt machen. Aus beiden Gesichtspunkten ist es wünschenswert, daß unser Museum die gegenwärtige Lage der arbeitenden Klassen in den verschiedenen Weltteilen veranschaulichend darstelle, wodurch es auch bedeutend an Interesse gewinnen wird.

D. In einem Museum, das von dem Gesichtspunkte eines praktischen und populären Gebrauches aus errichtet ist, muß alles aufgeboten werden, um den Besucher mit den Vorzügen der ausgelegten Artikel mit möglichst geringer Mühe bekannt zu machen. Jeder Artikel muß daher mit einem Zettel versehen sein, der in klaren Typen und einfachen Ausdrücken diejenige Auskunft giebt (in Bezug auf kommerzielle Bewandtnis, Preis, Adresse behufs Beschaffung 2c.), welche die Unbequemlichkeit eines beständigen Nachblätterns im Kataloge aufhebt.

E. Ferner muß die größte Sorgfalt darauf verwendet werden, daß der Katalog auch seine entsprechenden Dienste leiste. Er muß daher zu geringem Preise verkauft werden, reichlich mit Abbildungen versehen sein und in faßlichem Stile solche Nachweise enthalten, die ihn zu einem populären Handbuch befähigen. Auf diese Weise können die Vorteile eines Museums einigermaßen auch auf entfernt wohnende Personen ausgedehnt werden. Außerdem kann für solche noch manches durch die Errichtung kleiner Lokal-Sammlungen geschehen.

F. Ein peinlicher Umstand in der Lage der arbeitenden Bevölkerung ist, daß diese bei Ausführung ihrer Berufsarbeiten häufig plötzlichen Unfällen oder chronischen Beschwerden ausgesetzt ist. Der Ausführung und Annahme von Erfindungen zur Verhütung, Abhülfe und Linderung solcher Übelstände Vorschub zu leisten, wird eine der wesentlichsten Aufgaben unseres ökonomischen Museums sein, in dem eine eigene Abteilung den sanitärischen Mängeln des industriellen Lebens zugewiesen sein wird.

G. Es giebt vieles in der physischen Lage der arbeitenden Klassen, das weniger durch Ausstellung von Artikeln, als durch Einziehung und Bekanntmachung authentischer statistischer und medizinischer Dokumente verbessert werden kann. Diese werden in einer Bibliothek niedergelegt werden, die eine notwendige Ergänzung unseres Museums ausmachen wird.

H. Ein öffentliches Museum, wie das hier skizzierte, kann in jedem Lande errichtet werden, wenn auch nicht mit derselben Leichtigkeit und demselben Erfolge wie in England, doch mit derselben bereitwilligen Sanktion der betreffenden Regierungen, deren politische Grundsätze es auch nicht im geringsten berühren würde, mit derselben eifrigen Unterstützung seitens bestehender Gesellschaften für wohlthätige Zwecke und mit einer befriedigenden Aussicht auf populäre Nutzbarkeit. Die darauf gerichteten Bestrebungen müssen, um vollkommen wirksam zu werden, einen kosmopolitischen Charakter annehmen. Es muß eine freie Vergleichung der gegenseitigen Berichte, ein Austausch von Materialien nicht allein zwischen Personen und Gesellschaften, sondern zwischen den Nationen stattfinden, oder, mit anderen Worten gesagt, es muß in den Bereich der Philanthropie derjenige Geist hereingezogen werden, den die große Londoner Ausstellung von 1851 in den Bereich des Handels und der Industrie einführte. Jedes Land muß sein ökonomisches Museum haben, und zwar nicht als das Resultat vereinzelter Anstrengungen, sondern errichtet und entwickelt nach einem gemeinsamen, übereinstimmenden Plane, indem es die vereinten Kenntnisse und Erfahrungen des ganzen ökonomischen Verbandes auf seine Lokalbedürfnisse zurückführt."

Man wird wohl zugeben können, daß dieser allgemeine Plan Twinings so gut wie vor 50 Jahren auch heute noch der Gründung eines Social-Museums zu Grunde gelegt werden könnte. Auch in dem nunmehr aufgerollten Special-Programm Twinnigs fehlt es nicht an wertvollen Fingerzeigen. Dieses Programm zerfällt in X Klassen. Klasse I: Baukunst, will nicht nur alle bautechnischen und bauhygienischen Materien in Bezug auf die Wohnhäuser innerlich und äußerlich behandeln, sondern auch in Bezug auf „städtische Mustergebäude aller Art zur Aufnahme von Familien oder einzelnen Per-

sonen", Hospitäler und Bewahrhäuser, Kinderkrippen, Bäder und öffentliche Waschhäuser, Suppenanstalten u. dgl. — Klasse II: Baumaterial. — Klasse III: Möbel und Hausgeräte. — Klasse IV: Kleidung. — Klasse V: Nahrungsmittel und ökonomische Vorräte. Hierhin rechnet Twinnig auch die Darstellung der Untersuchung und Zubereitung der Nahrungsmittel. — Klasse VI: Spezialitäten. Hierhin rechnet Twinnig „Erfindungen und Vervollkommnungen, die sich auf gewisse Handwerker, wie Schiffer, Ackerbauer, Hirten, Bergleute, Maurer, Fabrikarbeiter usw. in einem kollektiven Sinne beziehen". — Klasse VII: Medizinische Abteilung. „1. Apotheke des Armen. Wohlfeile therapeutische, chirurgische und orthopädische Hülfsmittel. 2. Industrielle Pathologie. Mittel zur Verhütung oder Linderung von verschiedenen Beschädigungen und Krankheiten, denen der Arbeiter bei Ausübung seines Berufes ausgesetzt ist." — Klasse VIII: Vermischtes. „Ökonomische Ersatzmittel für kostspielige Sachen. Mittel zu nützlicher Beschäftigung oder heilsamer Erholung in den Ruhestunden. Musikalisches Material. Sinnreiche und den Bedürfnissen des Volkes angemessene Einrichtungen für das Tragen oder die sonstige Beförderung der Lasten und für das Fahren überhaupt, zu Land, zu Wasser, auf dem Eis, Schnee 2c. Neue Hülfsmittel für die Kultur im Kleinen. Schutz- und Wehrmittel gegen die Gefahren und Unbequemlichkeiten, welchen die Einwohner gewisser Gegenden und die Besucher derselben ausgesetzt sind. Schutzmittel gegen übermäßige Hitze oder Kälte, gegen Feuchtigkeit, Staub, schädliche Tiere und Insekten, Überschwemmungen, Verwüstungen der Bergströme, des Eisganges und der Lawinen, gegen Hagel, Blitz, Feuer 2c. Rettungsmittel bei Unfällen, verursacht durch Wasser, Feuer, Einsturz, Verschüttung 2c." — Klasse IX: Bibliothek[1]). „Spezielle gedruckte oder geschriebene Werke, Berichte und Mitteilungen jeder Art über Gegenstände der häuslichen und sanitärischen Ökonomie der arbeitenden Klassen, deren Einnahmen und Ausgaben, deren Kleidung, Bedürfnisse, Hülfsquellen 2c. und über besondere Anstalten, welche zu ihrem Besten errichtet sind.

Bilder- und dergleichen Sammlungen, welche an ihrem Interesse verlieren würden, wenn man sie unter die verschiedenen vorhergehenden Klassen verteilen würde. Auch möchte es wünschenswert sein, in

[1]) Ein ausführliches Programm über eine solche Bibliothek entwickelte Twining am 25. Febr. 1856, abgedruckt in der „Germania", 1856, S. 394 ff.

der Bibliothek eine Sammlung von Porträts und Autographien von Männern der arbeitenden Klassen aufzustellen, die sich durch ihren erfindungsreichen Sinn und ihre lobenswerte Arbeitsamkeit zu einer bedeutenden Stellung in der Gesellschaft erhoben haben."

Diese Bemühungen des Herrn Twinnig führten zunächst zu einer neben dem Brüsseler Wohlthätigkeitskongreß vom 25. August bis 5. Oktober 1856 abgehaltenen entsprechenden Ausstellung[1]), dann aber auch zur Errichtung eines permanenten „ökonomischen Museums" in London durch die „Society of Arts"[2]). In einem Aufruf[3]) zur Beteiligung an einer ähnlichen Ausstellung gelegentlich des IV. Wohlthätigkeitskongresses in London, 1862, spricht Twining mit Befriedigung von seinen Erfolgen, für diese spricht auch seine Ernennung zum Ehrensekretär des gedachten Wohlthätigkeitskongresses. Es spricht ferner für eine eingehendere Beachtung der Anregungen Twinings, daß die „Society of Arts" in London eine Denkschrift herausgab und verbreitete: „Museums for the working classes". Wir müssen allerdings hinzufügen, daß wir doch Zweifel hegen, ob das geplante selbständige Museum wirklich errichtet worden ist. Weder in den zahlreichen Berichten über den Brüsseler und den Londoner Wohlthätigkeitskongreß, s. Engel, S. Neumann u. a.[4]), ist der letzteren gedacht worden, ja Twining selbst weist in seinem großen Werk über die technische Erziehung[5]), welches er als Vicepräsident der „Society of Arts" 1874 veröffentlichte, anscheinend mit keinem Worte auf ein bestehendes ökonomisches Museum hin, während in den Anordnungen dieses Werkes auch die oben mitgeteilten Twiningschen Grundgedanken über ökonomische Museen öfter mit verwebt sind. In der im Hauptwerke Twinings mitgeteilten ausführlichen Bibliographie sind zwei uns nicht vorliegende Schriftchen[6]) von ihm aufgeführt, welche mög-

---

[1]) Sehr beachtenswert ist der Katalog dieser Ausstellung, erschienen Bruxelles, Imp. de Ch. Lelong, Rue Royale 138, 1856. Dieser Katalog weist über 501 Nummern und Gruppierungen auf und enthält Reglements und Beschreibungen einzelner Abteilungen der Ausstellung.

[2]) „Germania", 1856, S. 394.

[3]) Abgedruckt in der „Zeitschrift d. Centralvereins ꝛc.", Bd. III, Leipzig 1861, S. 465—467.

[4]) Zeitschrift des Kgl. Sächs. Statistischen Bureaus 1856; „Arbeiterfreund" 1863, S. 198 ff., 204 ff.

[5]) Twining, Technical Training. London, Macmillan and Co., 1874.

[6]) Twining, Letters on the Condition of the Working Classes. London 1853. — Science for the People. Goodman, 407 Strand. 1870.

licherweise auch über den Stand der Twiningschen Pläne Mitteilungen enthalten. Ob die besonderen Abteilungen des weltberühmten South Kensington Museum in London V: Household, social, and political economy und XII: Hygiene, and means of physical training, auf Twinings Anregung etwa zurückzuführen sind, ist aus dem Werke von Liversidge nicht ersichtlich [1]).

In Frankreich fanden die Twiningschen Ideen besonders eingehende Würdigung. Wie die eigenen Bemühungen Twinings zur Einrichtung einer besonderen „galerie de l'économie domestique" führten, so verwerteten die folgenden Pariser Ausstellungen insofern auch die erwähnten Anregungen, als sowohl die Ausstellung von 1867, als auch diejenige von 1889 eigene planmäßig arrangierte Abteilungen für Socialökonomie aufwiesen. Auf der 1867er Ausstellung war Le Play der Organisator dieser Abteilung. Er sammelte die Dokumente, Modelle und Materialien, welche auf die Verbesserung der physischen und sittlichen Lebensbedingungen des Volkes zielten, er schrieb Preise aus für Personen, Anstalten und Ortschaften, welche durch die Errichtung und Ausgestaltung bestimmter Institutionen dazu beigetragen hatten, die Ausgleichung der socialen Gegensätze unter den an der Gütererzeugung Zusammenwirkenden zu fördern und für die arbeitende Klasse im allgemeinen, für Säuglinge, Kinder und Greise Erleichterungen und Verbesserungen ihrer Lage herbeizuführen. Das Ergebnis dieser Spezialgruppen in der Ausstellung von 1867 war ein ungemein erfolgreiches, hatten sich doch über 600 der bedeutendsten industriellen Unternehmungen der Welt daran beteiligt. Noch weiterer planmäßigerer Umfang wurde dieser Richtung in der Ausstellung von 1889 geboten. Ein ungeheures Material von Modellen, Statuten, Berichten und statistischen Darstellungen, die Pflege der Arbeiterwohlfahrt illustrierend, kam zusammen. Der weiten Öffentlichkeit wurde dieses Material und die dadurch gezeitigten Ergebnisse dieser Abteilungen der Ausstellung durch ein größeres Werk vorgeführt, an welchem außer dem Herausgeber Alfred Picard [2]) die hervorragendsten französischen Nationalökonomen als Léon Say (Gesamtbericht), Lavollée (Lohnfrage), Ch. Robert (Gewinnbeteiligung),

[1]) Liversidge, A., Report upon certain Museums for Technology, Science etc. Sydney 1880, und Tylor-Gugler, Industrie und Schule (in England). Stuttgart 1865. S. 200 u. 201.

[2]) Exposition universelle Internationale de 1889 à Paris. Rapports du Jury international, publiés sous la direction de M. Alfred Picard.

Goffion (Handwerkerkammern), Lucas (Lehrlingswesen), Fontaine (Versicherungswesen und Hülfskassen), Caubert (Unfallversicherung), de Foville (Sparkassen), Raffalovich (Konsumvereine), Courtois (Kredit-Genossenschaften), Picot (Arbeiterwohnungen), Lami (Arbeitervereine), Emile Neumann (Social-Hygiene), Cheysson (Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen), Chevalier (Klein-Industrie und Klein-Landbau) und Donnat (Arbeiterschutz durch die öffentlichen Gewalten) mitarbeiteten. Man begnügte sich aber nicht mit dieser theoretischen Bearbeitung der durch die Ausstellungsobjekte gebotenen Anregungen. Schon die Jury-Mitglieder hegten den Wunsch, die Objekte in einem Museum geordnet dauernd dem Publikum vorzuführen. Am 17. Februar 1890 bildete sich[1]) unter Oberleitung des Ministerpräsidenten, des Ministers für Handel und Gewerbe und des Generalkommissars der Ausstellung ein „Ausschuß des Museums der socialen Ökonomie", welcher sich allerdings vorläufig nur mit der Komplettierung der Sammlung beschäftigen konnte. Nach weiteren Anträgen wurde am 9. Januar 1892 die Sammlung nebst den Museumsakten an die Staatsregierung übergeben und unter Leitung des Verwaltungsrathes des Conservatoire des arts et metiers in der Kapelle St. Martin des Champs untergebracht. Als die Angelegenheit soweit gediehen war, trat der bekannte Philanthrop Graf Chambrun für die Sache ein und machte das staatliche Projekt der Errichtung eines eigenen Museumsgebäudes dadurch überflüssig, daß er nicht nur sein Haus im Werte von $1^1/_2$ Millionen Frcs, sondern auch eine Barsumme von 200 000 Mk. den Zwecken des Social-Museums zur Verfügung stellte. Wie planmäßig und zweckdienlich nunmehr die Sache sich unter Mitwirkung des „Vereins zum praktischen Studium der Gewinnbeteiligung" gestaltete, ist den Lesern des „Arbeiterfreund" (1898, S. 394 ff.) von Leopold Katscher bereits ausführlich dargestellt worden[2]). Die Einrichtung des Museums, die Thätigkeit der Verwaltung desselben, die Wirksamkeit und der Erfolg dieser als mustergültig anzusehenden

[1]) Siehe die Abhandlung: „Das Wohlfahrtsmuseum in Frankreich" in der „Wohlfahrts-Korrespondenz" der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen Nr. 7 vom 15. Juli 1893.

[2]) Die Statuten finden sich im Original abgedruckt in dem „Bulletin de la Participation aux Bénéfices", Paris, Chaix 1894, sowie in Conrads „Jahrbüchern", Bd. 65, S. 272 ff. Eine genaue Uebersetzung der vollständigen Statuten von Prof. Dr. Albrecht befindet sich in der „Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen", Jahrg. 1895, Nr. 3.

Institution sind gleichfalls eingehend von Katscher geschildert worden. Leider ist der edle Begründer des Museums, Graf Chambrun, am 7. Februar d. J. gestorben. Seine Schöpfung wird das Andenken des Grafen für immer wach erhalten.

Das Pariser Musée social stellt sich noch eine weitere Aufgabe, indem es sich, ganz im Sinne des oben mitgeteilten Twinningschen Planes, nicht auf eine nationale Wirksamkeit beschränkt. Es will jeder Nation die Bestrebungen anderer Völker, ihre Wohlfahrtseinrichtungen, ihre Publikationen und ihre Erfahrungen und Leistungen zugänglich machen. Um diesen Zweck besser zu erreichen, hält das Museum für jedes Land einen besonderen Korrespondenten, schreibt internationale Preise für Lösung socialer und volkswirtschaftlicher Fragen und für Untersuchungen aus, versendet Cirkulare und Korrespondenzen und sendet Wanderlehrer in die Welt, um über das Wesen und die Aufgaben des Museums Licht zu verbreiten. Einer der letzteren, der durch seine ebenso eingehenden als objektiven Studien über die deutschen Industrie- und Landwirtschaftsverhältnisse bekannte Professor Dr. Blondel-Paris verglich in einem in Berlin gehaltenen Vortrag[1]) das Museum mit „einer Saug- und Druckpumpe, welche alle Nachrichten über einschlägige sociale Verhältnisse vereinige und wieder verteile“[2]).

In Österreich verdankt man der unermüdlichen arbeiterfreundlichen Wirksamkeit des früheren Centralgewerbeinspektors Dr. Migerka die im Jahre 1889 erfolgte Errichtung eines Gewerbehygienischen Museums in Wien[3]). Zur Ausgestaltung und Pflege des Museums wurde ein besonderer Verein gegründet, dessen Statut am 31. Oktober 1889 von der k. k. Statthalterei für Niederösterreich bestätigt wurde. Wie demnach das Museum der privaten Initiative entsprungen, so

[1]) Gehalten am 18. Juni 1898 in der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Siehe „National-Ztg.“ vom 21. Juni 1898.

[2]) Weitere Beschreibungen des Musée social befinden sich in „Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit“, Zürich 1896, 2. Heft; von Willoughby in den „Annals of the American Academy“, Januar 1896, usw.

[3]) Schon 1868 hatte Migerka in der Einleitung zu seinem Bericht über Gruppe X der Pariser Weltausstellung von 1867 Grundsätze entwickelt, die er 20 Jahre später seinem Gewerbe-hygienischen Museum mit zu Grunde legte. Siehe Bericht über die Weltausstellung zu Paris im Jahre 1867, Heft XI: Socialökonomische Abteilung, Wien 1868. Einleitung von Dr. Migerka. S. 1—11, 322—341.

wird dasselbe auch noch gegenwärtig, also nach 10jährigem Bestehen, von dem „Verein" erhalten, allerdings mit wohlwollender Förderung der Behörden, insbesondere der Fabriken-Inspektoren, und einer großen Zahl Großindustrieller Österreichs. Die selbstlose hingebende Thätigkeit des Begründers, welcher als Obmann des Vereins fungiert, hat in dem Aufblühen des Museums herrliche Früchte getragen. Bereits im Januar 1890 begründete der Verein ein eigenes Organ: „Mitteilungen des Gewerbe-hygienischen Museums in Wien", deren Nummern 149 und 150 den Bericht über die zehnte Generalversammlung des Vereins enthalten.

Die Statuten drücken in § 2 den Zweck des Vereins wie folgt aus: „Zweck des Vereins ist, zur Herbeiführung thunlichster Sicherheit gegen Gefahren des Lebens und der Gesundheit im Gewerbsbetriebe beizutragen, hierauf gerichtete Bestrebungen zu unterstützen und in Bezug auf Einführung, Verbreitung und Gestaltung von Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen anregend und ratend zu dienen". Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes betrachtet der Verein: Systematische Sammlung von in Modellen, Zeichnungen oder Beschreibungen vorgeführten Schutzvorkehrungen im Gewerbsbetriebe; Veranlassung fachmännischer Prüfung derselben, sei es im Wege der Diskussion oder seitens Industrieller planmäßig vorgenommener Erprobung; sorgfältige Sammlung der Ergebnisse derartiger Prüfungen, sowie der bezüglichen fachmännischen Gutachten; Zugänglichmachen der Museumsobjekte und deren Erläuterung durch Wort und Schrift; Abhaltung von Vorträgen; Verfassung und Veröffentlichung von einschlägigen Zeichnungen und Flugschriften; Rat- und Auskunftserteilung an Industrielle, Behörden und Männer der Forschung; Veranstaltung von Wanderausstellungen; Ausschreiben und Erteilung von Prämien für bestimmte Schutzvorkehrungen; Abfassung von in Fabriken anzuschlagenden, auf Verhütung von Unfällen zielenden Vorschriften, von derartigen Belehrungen und Warnungen; Anlegung und planmäßige Pflege einer Fachbibliothek; systematische Sammlung und Verarbeitung von Daten aus dem Gebiete der Unfallstatistik. — Weiter heißt es in der Fixirung der Aufgaben des Vereins: „In Berücksichtigung dessen, daß die in Gewerbsbetrieben sich ergebenden Gefahren erfahrungsgemäß sich steigern unter dem Einflusse ungünstiger Licht- oder Luftbeschaffenheit, vorherrschender Trockenheit oder Feuchtigkeit, scharfer Gerüche, zu niederer oder zu hoher Temperatur oder grellen Wechsels derselben, unzweckmäßiger Kleidung usw. usw. sind die oben bemerkten

Sammlungen und Bearbeitungen auch auf derartige, in den Bereich der Gewerbehygiene gehörige Gegenstände auszudehnen. Endlich wird eine dritte Art von Objekten ins Auge gefaßt: Plastische oder bildliche Darstellungen oder Beschreibungen von Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen (über den Rahmen des Gesetzes hinausgehende Leistungen des Arbeitgebers behufs Förderung des materiellen, geistigen und sittlichen Wohles der Arbeiter) und Sammlungen von für deren Wirksamkeit und Erfolge sprechenden Belegen.

Aus diesem musterhaft zusammengestellten Programm ist der Ernst, die gute Sache planmäßig zu fördern, klar ersichtlich. Von den damals tagenden Ausstellungen zu Wien (Jubiläums-Gewerbe-Ausstellung, Gruppe XX) und zu Berlin (Unfall-Verhütungs-Ausstellung) schöpfte Herr Migerka weitere aktuelle Anregung und spornte nicht nur seine Kollegen der österreichischen Gewerbeinspektion, sondern auch weite Kreise durch Schrift und Vorträge für das Inslebentreten seiner Idee an. In der ersten konstituierenden Generalversammlung, am 31. Januar 1890, betrug bereits die Zahl der Vereinsmitglieder 252, von denen dem Verein 13 als „Stifter" (à 1000 fl. Beitrag), 100 als „Gründer" (à 100 fl. Beitrag) und 139 als Mitglieder mit regelmäßigen Jahresbeiträgen angehörten. Auf 24 500 fl. belief sich hiernach das eigentliche Stammvermögen des Vereins, die Mitglieder sicherten einen jährlichen Beitrag von 1737 fl. Die ersten Einrichtungskosten beliefen sich auf 1905 fl. Es erscheint wichtig, auf diese Ziffern hinzuweisen, weil sie zeigen, daß auch mit verhältnismäßig geringem Grundfond sich ein dauernd segenbringendes Werk schaffen läßt, wenn es an der Hauptsache — der dauernden hingebenden selbstlosen persönlichen Förderung und Pflege nicht fehlt. Migerka schloß seinen Bericht für die erste Generalversammlung mit den Worten: „Das Institut wird sich zur Heimstätte arbeiterfreundlicher, die Industrie fördernder und den Frieden in der Gesellschaft anstrebender Einrichtungen und Bestrebungen ausbilden. Das walte Gott!" Daß diese prophetischen Worte bereits nach 10jähriger Wirksamkeit des Instituts ihrer Erfüllung entgegengehen, ersehen wir aus dem Bericht über die zehnte Generalversammlung des Vereins, abgehalten zu Wien am 25. Januar 1899[1]). Der Besuch des Museums ist von Jahr zu Jahr gestiegen, er erreichte im 10. Berichtsjahr eine Höhe von 3922

[1]) Für eingehendere Informationsabsichten bemerken wir, daß die Berichte über die einzelnen Generalversammlungen sich in den Nummern 11/12, 22/23, 36/37, 51, 65/66, 84/85, 105/106, 127/128 u. 149/150 der „Mitteilungen" befinden.

Besuchern. Unter den 36 Kollektivbesuchen dieses Jahres befand sich auch eine Gruppe der, der Berliner „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen" angehöriger Herren. Zahlreiche Besuche auswärtiger leitender Staats- und Verwaltungsmänner sind zu verzeichnen. Die Inanspruchnahme des Instituts als Rat- und Auskunftsstelle wird dadurch charakterisiert, daß im Jahre 1898, abgesehen von dem regen mündlichen Verkehr, schriftliche Auskunft über folgende Themata erteilt wurde: Abortanlagen. — Schutzvorrichtungen bei Bandsägen. — Einrichtung von Altersversorgung. — Staubabsaugung bei Fußdrehbänken. — Kupplungs-Ein- und Ausrückungen. — Absaugung von Bleidämpfen. — Respiratoren. — Apparat zum staubfreien Mischen von Rohstoffen in der Glasindustrie. Außerdem sind Ausleihungen an Büchern, Kopialien von Zeichnungen, Nachbildung von Apparaten, Versendung von Statuten 2c. alljährlich zahlreich zu verzeichnen. Der Zuwachs an Modellen und Sammel-Objekten steigt alljährlich, zur Zeit beläuft sich die Zahl der ersteren auf 480, außerdem auf 109 Duplikate. Die Sammlungen sind bei der Versicherungsanstalt „Donau" in Höhe von 33 000 fl. versichert. Von den „Mitteilungen" erschienen bisher 151 Nummern. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß nach 10jährigem Bestehen des Museums auch kürzlich ein Katalog der Sammlungen veröffentlicht wurde[1]). Dieses Werk bietet eine Fülle von Anregungen und Informationen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Ein anderes vom Museum herausgegebenes verdienstvolles, in der Fachlitteratur epochemachendes Werk behandelt die in gewerblichen Betrieben vorkommenden Staubarten, von dem bereits eine 2. Auflage nötig war.

Der finanzielle Stand des Vereins stellt sich am Schlusse des zehnten Betriebsjahres so, daß die jährliche Zinseinnahme aus dem angesammelten, 75 000 fl. betragenden Vermögen circa 3000 fl. beträgt. Die Einnahmen des letzten Jahres beliefen sich auf rund 10 000 fl. (darunter rund 7000 fl. Mitgliederbeiträge), die Ausgaben auf 7000 fl.

Die Mitgliederzahl des Vereins wuchs von 1889—1899 von 252 auf 752, darunter 23 Stifter, 229 Gründer und 500 Mitglieder.

Die Verbreitung sachgemäßer Kenntnisse und Belehrungen ließen sich außer dem Obmann noch mehrere Vorstandsmitglieder durch Vor-

[1]) Die Sammlungen des gewerbe-hygienischen Museums in Wien. Wien, Spielhagen & Schurig, 1898.

träge und erklärende Führungen angelegen sein. Seit dem Jahre 1895 haben sich diese Herren auch in den Dienst der in Begleitung von Lehrern an Sonntagen in der Zeit von Oktober bis April im Museum, in einer bestimmten Folgeordnung, erscheinenden Schüler der obersten Klasse von 10 fachlichen und 13 gewerblichen Fortbildungsschulen Wiens gestellt. Herr Migerka bemerkt, daß die Wißbegierde und die rasche Auffassung des jugendlichen Auditoriums sehr angenehm berühren.

Wanderausstellungen (insbesondere auf Industrie-Ausstellungen) wurden mit nicht unbedeutenden Kosten eine größere Anzahl ausgeführt, sie bilden hinsichtlich der Besprechung ihrer Durchführungen, Aufnahme und Erfolge eine stehende Rubrik in den Jahresberichten und Verhandlungen des Vereins.

Die Sitzungen des Vereins erfreuen sich stets zahlreichen Besuches, die Verhandlungen sind vielseitig und anregend. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß seitens der Mitglieder des erfolgreichen unermüdlichen Wirkens ihres Obmanns und Gründers Migerka mit stetem Beifall und wärmsten Dankausdrücken gedacht wird.

In Amsterdam wurde vom Sekretär der Gewerbeinspektion Landré 1889 die Errichtung eines Unfallverhütungsmuseums angeregt. Die Idee fand Anklang und im Jahre 1893 stellte man Lokalitäten für dieses Museum zur Verfügung, der Hauptsaal hatte einen Flächenraum von 371 qm. Das Museumskomitee bestand aus dem Ehrenpräsidenten (Bürgermeister von Amsterdam), dem Präsidenten Forster, Professor der Hygiene an der Universität zu Amsterdam, dem Vizepräsidenten Struve, Landesarbeitsinspektor, und aus dem Sekretär des letzteren, Landré, als dem eigentlichen Leiter des Museums.[1]) Es scheint jedoch die Eröffnung dieses Museums nicht zustande gekommen zu sein, denn Anfang 1899 traten auf Grund eines von Dr. J. C. Eringard in Delft erlassenen Aufrufes in Utrecht etwa 60 Männer zur Gründung eines „Musée social“ für die Niederlande zusammen[2]) und erst Anfang Oktober 1899 verlautet[3]), daß das „Musée social“ wirklich zustande gekommen ist. Die Leitung des Bureaus hat Professor Traub in Amsterdam übernommen.

Was Deutschland anlangt, so erscheint vor allem das Bestreben der Hochschulen Deutschlands beachtenswert, eigene hygienische Insti-

[1]) Näheres siehe „Revue du Travail“, Bruxelles 1897, p. 38 ff.

[2]) Sociale Praxis, Bd. VIII, Nr. 15, Spalte 386.

[3]) Sociale Praxis, Bd. IX, Nr. 1, vom 5. Oktober 1899, Sp. 13.

tute zu begründen und diese durch reichhaltig ausgestattete hygienische Museen zu ergänzen. Man muß hierbei freilich eines berücksichtigen, daß diese Institutionen Organe der betr. Hochschule und als solche in erster Linie für die Studierenden und erst in zweiter Linie für die breite Öffentlichkeit eingerichtet sind. Das mit dem am 1. Oktober 1885 begründeten hygienischen Institut der Universität Berlin, für dessen Betrieb jährlich 23350 Mark eingesetzt wurden, verbundene Hygiene-Museum (eingerichtet in der alten Gewerbe-Akademie, Klosterstraße 32/36 und Sieberstraße 1/2) wurde am 1. Oktober 1886 eröffnet. Beide Institute wurden der Leitung des Geheimrat Professor Koch unterstellt. Für die erste Einrichtung beider Institute wurde eine Summe von 60000 Mk. verwendet. In der Universitäts-Chronik[1]) heißt es u. a. über Zweck und Einrichtungen dieses Museums:

„Die im Jahre 1883 in Berlin veranstaltete Hygiene-Ausstellung hat den Kultusminister Dr. von Goßler zur Erwägung der Frage veranlaßt, ob es zweckmäßig und möglich sei, einen Teil der dort ausgestellten Gegenstände dauernd in einer besonderen Sammlung zu vereinigen. — Die Hygiene-Ausstellung selbst war aus der wachsenden Erkenntnis der Notwendigkeit entsprungen, die sanitären Anforderungen, insbesondere auf dem Gebiete der Staats-, Kommunal- und Vereins-Verwaltung, in steigendem Maße zur Geltung zu bringen und die Ausführung zeigte die Möglichkeit, die Prinzipien im weitesten Umfange, durch Modelle, Pläne und ähnliche Anschauungsmittel darzustellen. — Die hervorragende Bedeutung dieser Thatsache kann keinem Zweifel unterliegen. Es darf in dieser Beziehung nur an die brennenden Fragen der Ventilation und Heizung von Gebäuden, der Wasserleitung und Kanalisation, an die Einrichtung der Schulgebäude, Lehrmittel, Subsellien, an den notwendigen Schutz der Arbeiter gegen Staub, Hitze, schlechte Luft, an die Methoden zur Feststellung einer Verfälschung der Nahrungsmittel, erinnert werden. — Die bezeichnete Ausstellung gewährte die Möglichkeit, ohne große Kosten einen erheblichen Grundstock für die Verwirklichung des vorgenannten Planes zu erwerben. — Eine große Anzahl von Gegenständen war nämlich seitens des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten, sowie seitens der Minister der Justiz, des Innern, der öffentlichen Arbeiten, der landwirtschaftlichen Angelegenheiten und für Handel und Gewerbe ausgestellt.

---

[1]) Chronik der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin für das Rechnungsjahr 1889/90, Jahrgang III, Berlin 1890, S. 114 ff.

Es mußte davon Abstand genommen werden, diese Gegenstände an besondere Fachmuseen, z. B. für Gewerbe-, Bau-, landwirtschaftliche oder Schul-Hygiene, zu überweisen. Dadurch würde ihrem eigentlichen Zwecke nicht entsprochen worden sein, weil überhaupt diese speziellen Gebiete sich schwer begrenzen lassen, andererseits ein Gegenstand oft für die verschiedensten Verwaltungszweige sanitäre Bedeutung hat und die richtige Verwertung der Erfahrungen auf einem Gebiete für alle anderen nur bei einheitlicher Leitung und Zusammenstellung zu erreichen ist. — Diese Sammlungen sollten demnach einen ansehnlichen Stamm bilden, an welchen sich leicht weitere Erwerbungen anschließen konnten. Es war anzunehmen, daß die Privataussteller eine besondere Genugthuung darin finden würden, die von ihnen ausgestellten Modelle, Kopien u. s. w. einem Museum einverleibt zu sehen, ohne für ihre Mühe andere Kosten als höchstens etwa die Auslagen für Transport und dergl. zu beanspruchen. — Nachdem eine Kommission für Bildung des Hygiene-Museums unter dem Vorsitze des Ministerial-Direktors Greiff eingesetzt war und diese unter Zuziehung des Professors Rietschel ihre Thätigkeit am 25. Juli 1883 begonnen hatte, gelang es, die Einrichtungen für das Hygiene-Museum, das im Ausstellungsgebäude provisorisch untergebracht war, im Jahre 1886 zum definitiven Abschluß zu bringen.

Die Eröffnung desselben fand am 1. Oktober 1886 statt.

Die Räume des Museums enthalten folgende Gegenstände:

I. Im Erdgeschoß: — 1. Rettungswesen, Schutz gegen Feuer- und Wassergefahr. — 2. Gewerbehygiene, Schutz gegen Dampfkessel-Explosionen, Schutzvorrichtungen an bewegten Maschinen der verschiedensten Art, Beseitigung von gesundheitsgefährlichem Staube, von Dämpfen u. s. w. — 3. Bergwerkshygiene. — 4. Heizung. — 5. Ventilation. — 6. Kanalisation, Beseitigung der Abfallstoffe. — 7. Wasserversorgung. — Filtration, Straßenbau.

II. Im ersten Stock: — 8. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterwohnungen. — 9. Bäder; Arbeiter-, Volks-, Schulbäder. — 10. Schulhygiene; Subsellien. — 11. Kinderpflege; Turnen, Asyle. — 12. Krankenhäuser; Baracken. — 13. Irrenanstalten. — 14. Asyle für Obdachlose. — 15. Instrumente und Apparate zum chemisch- und bakteriologisch-hygienischen Arbeiten. — 16. Infektionskrankheiten. — 17. Gefängnisse. — 18. Leichenwesen.

III. Im zweiten Stock: — 19. Erste Hülfe bei Unglücksfällen. — 20. Desinfektion. — 21. Krankenpflege; Verbandmaterialien,

Krankenzelte, Tragbahren, Betten. — 22. Beleuchtung. — 23. Bekleidung. — 24. Ernährung; Nahrungsmittel, Schlachthäuser."

Alljährlich berichtet die „Universitäts-Chronik" über Stand und Frequenz des hygienischen Museums. Es ist erfreulich aus diesen Berichten[1]) zu entnehmen, daß nicht nur die Objekte des Museums und die Bücher der Museums-Bibliothek sich jährlich vermehren, sondern daß der Besuch des Museums seitens der Handwerker- und Arbeiter-Vereine, der Gewerberäte, Lehrer u. a. ein außergewöhnlich reger ist und daß demnach der Wert des Hygiene-Museums in allen Schichten der Bevölkerung richtig erkannt wird. Durch die am hygienischen Institut wirkenden Herren Assistenten wurden in den letzten Jahren für die Vertreter von Arbeiterwohlfahrtsvereinen und die Fabriken-Inspektoren besondere Demonstrationen abgehalten. — Eine weitere Vorführung der Museumsobjekte wird dadurch herbeigeführt, daß geeigneten Falls das Museum als Aussteller auf Fachausstellungen auftritt. So verzeichnet beispielsweise der Katalog der Ausstellung für verbesserte Frauenkleidung[2]) hunderte von Gegenständen, die seitens des Hygiene-Museums ausgestellt waren. — Erwähnung verdient hier, daß nach gefälliger direkter Mitteilung auch das staatliche hygienische Institut in Hamburg[3]) im Begriffe ist, ein social-hygienisches Museum zu errichten. — Ein von Professor Dr. Praußnitz, dem damaligen Inhaber des hygienischen Lehrstuhles der Universität München, im Jahre 1894 der Verwirklichung sehr nahe geführte Idee zur Errichtung eines hygienischen Museums, scheint nach dessen damals erfolgten Berufung nach Graz wieder fallen gelassen worden zu sein.[4])

Während, wie oben erwähnt, die Begründung des hygienischen Museums der Berliner Universität auf die durch die Hygiene-Ausstellung 1883 gebotenen Anregungen zurückzuführen ist, bot die 1889 in Berlin abgehaltene „Deutsche allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung" ein erneutes Vorbild zur Errichtung eines allgemeinen deutschen Social-Museums. Die Arbeiter-Versicherungsgesetze hatten mit ihren über das ganze Land ausgedehnten Organen ein all-

[1]) Chronik, Jahrgang IV, S. 102; Jahrgang V, S. 117 u. f. w.

[2]) Dieser Katalog ist ein wirkliches Handbuch der Berliner Wohlfahrtseinrichtungen für Frauen und Mädchen. (Berlin 1898. 64 Seiten.)

[3]) Direktor: Herr Professor Dr Dembar.

[4]) Über das hygienische Institut der Stadt München erschien im Jahre 1882 eine durch Photographien ergänzte Schrift von v. Pettenkofer, die uns jedoch nicht vorgelegen hat.

gemeines Verständnis für Bedürfnis und Aufgaben eines solchen Museums bewirkt. Der Ende Juni 1891 in München abgehaltene 5. ordentliche Berufsgenossenschaftstag genehmigte den Antrag: „Im Einvernehmen mit dem Reichs-Versicherungsamt die in demselben aufbewahrte, seit 1887 angefangene, durch Objekte der 1889er Unfallverhütungsausstellung vermehrte Sammlung von etwa 500 Modellen und Zeichnungen zu übernehmen und in Gestalt einer Sammlung von Mustern für Unfallverhütung weiter zu führen.“[1])

Nunmehr wurde die Angelegenheit auch im Reichstag zur Sprache gebracht und zwar zuerst am 6. Februar 1892 durch den Abgeordneten Dr. Möller-Brackwede,[2]) gelegentlich der Beratungen über das Budget des Reichsversicherungsamtes. Hier berichtete Möller, daß die vorerwähnte öffentliche Sammlung nicht habe errichtet werden können, daß vielmehr die betr. Gegenstände wegen Raummangels im Reichsversicherungsamt nach der technischen Hochschule zu Charlottenburg überführt worden seien und dort zu Lehrzwecken verwendet würden, somit der allgemeinen Benutzung und Anschauung entzogen seien. Möller verwies auf die in Oesterreich und Frankreich bestehenden Einrichtungen und plaidierte für staatliche Unterstützung zur Errichtung eines deutschen Unfallverhütung-Museums. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. v. Boetticher, drückte zwar seine Sympathie für die Errichtung eines solchen Museums aus und nannte dasselbe „eine Stelle, an der die Industrie von den meisten Vorgängen auf dem Gebiete der Herstellung von Unfallverhütungsvorrichtungen Kenntnis nehmen könne“, bedauerte jedoch lebhaft, daß „die Verhältnisse, namentlich die Raumverhältnisse, es nicht zuließen, dieser Anregung eine Folge zu geben.“

In der Sitzung vom 9. Februar 1892[3]) trat Abgeordneter Roesicke für die staatliche Gründung und Sammlung für Unfallverhütungsvorrichtungen ein, damit „wir nicht unserm Bundesgenossen Österreich gegenüber, dem wir inbezug auf die Unfallversicherung vorangeschritten sind, nun auf dem Gebiete der Unfallverhütung nachstehen. Redner erwähnt die von Migerka gegründete Sammlung, „auf welche die Veranstalter in der That stolz sein können, und die

[1]) C. Francke: Ein deutsches Museum für soziale Praxis in der „Sozialen Praxis“ Nr. 22, vom 2. März 1899.

[2]) Stenographische Berichte des deutschen Reichstages. VIII. Legislaturperiode. I. Sess. 1890/92. 6. Band S. 4029 ff.

[3]) A. a. O. S. 4066.

wohl jetzt schon den Namen eines Unfallverhütungsmuseums verdiene", und verwies schließlich auf die Gründung der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen", die ja „als letztes Ziel die Gründung eines Museums für Wohlfahrtseinrichtungen im Auge hat." Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm[1]) betonte in derselben Sitzung, daß ein Museum für Unfallverhütung dringend notwendig sei, ja daß ein solches nicht bloß in Berlin, sondern in allen großen Zentren vorhanden sein müsse, damit „einerseits die Unternehmer sehen könnten, was zu schaffen sei, andererseits die Fabrikanten der Maschinen sich Belehrung holen könnten, und drittens vor allen Dingen, damit die Fabrikinspektoren praktisch Gelegenheit hätten, etwas zu lernen."

Trotz dieser zustimmenden Meinungen im Reichstag stellten sich der Ausführung des Planes, eine Sammlung für Unfallverhütung, Gewerbehygiene und Wohlfahrtseinrichtungen zu erreichen, wobei die Sammlungen des Reichsversicherungsamtes und der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen" vereint werden sollten, Schwierigkeiten entgegen. Das Reichsschatzamt verweigerte in letzter Stunde die Einstellung der für diesen Zweck erforderlichen geringen Mittel (10000 Mk. einmalige und 5000 Mk. jährliche Ausgaben) in den Etat. Die vorhandene Sammlung des Reichsversicherungsamtes wurde auch bereits in einem Raum des Erdgeschosses des 1894 neu erbauten Gebäudes, diejenige der „Centralstelle" in einen Bogen der Berliner Stadtbahn (Bahnhof Zoologischer Garten) untergebracht. Was die letztgenannte Sammlung anlangt, so konstatiert der Bericht über die Thätigkeit der „Centralstelle" für das Jahr 1. April 1898/99[2]), daß jetzt im „Wohlfahrtsmuseum" zunächst drei Abteilungen vorgeführt werden: Bekämpfung der Schädigungen durch den gewerblichen Staub, Volksernährung und Wohnungsfrage. Das Museum kann allerdings leider noch nicht allgemein geöffnet werden, vielmehr wird es bei geeigneten Gelegenheiten der Besichtigung zugänglich gemacht.

Am 26. Februar 1897, also 5 Jahre nach den oben erwähnten Verhandlungen, brachte Abgeordneter Roesicke abermals den Plan der Errichtung eines Social-Museums von reichswegen zur Sprache.[3]) Wenn auch dieser erneute Anstoß wieder erfolglos war, so zeigte sich doch zwei Jahre später, am 28. Januar 1899, wo wiederum der

[1]) A. a. O. S. 4083.

[2]) Zeitschrift der „Zentralstelle, VI. B. Nr. 11 vom 1. Juni 1899.

[3]) Sten. Berichte des deutschen Reichstages, IX. Legisl.-Periode, 1896/97.

Abgeordnete Roesicke das Thema anregte,[1]) daß der Reichstag nach wie vor der Errichtung eines Social-Museums sympathisch gegenüberstand. „Ich hoffe" — so bemerkte u. a. Roesicke — „der frühere Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes wird seine damaligen finanziellen Bedenken heute mehr zurücktreten lassen und mit uns anerkennen, daß es wünschenswert ist, gerade auf diesem Gebiete neue Anregungen zu geben, umsomehr, als die fortwährend neu auftauchenden Erfindungen in der Industrie neue Gefahren für die Arbeiter mit sich bringen, und andrerseits auch inbezug auf die Sicherstellung der letzteren fortwährend Fortschritte gemacht werden, die man der großen Mehrheit der gewerbetreibenden Bevölkerung zugänglich machen sollte." — Abg. Möller, der Vater der Anregung der Angelegenheit im Reichstage, drückte sein vollständiges Einverständnis mit dem Kollegen Roesicke aus und wünschte, daß aus Reichsmitteln die Kosten für die Errichtung eines Social-Museums bewilligt werden sollten.

Auch der bekannte katholische Socialpolitiker, Prof. Dr. Hitze, sprach sich über die Sache aus und betonte, daß hier ein Gebiet friedlicher Arbeit vorhanden sei, wo auch die Arbeitgeber ihr volles Interesse und ihre volle Teilnahme bekunden würden. Es sei von größter Wichtigkeit, daß sowohl Vertreter und Beamte der Berufsgenossenschaft als auch z. B. die Gewerbeinspektoren, wenn sie nach Berlin kämen, um Verhandlungen beizuwohnen, Gelegenheit nehmen könnten, in einem solchen Museum praktisch diese Dinge zu studieren.

„Ich möchte — so äußerte sich Hitze u. a. — dieses sociale Museum nicht beschränkt wissen auf die Unfallverhütung, sondern es ausgedehnt wissen auf das ganze Gebiet der gewerblichen Hygiene im weitesten Umfang, also auch auf das Gebiet des praktischen Arbeiterschutzes, z. B. die Verhütung von gewerblichen Berufskrankheiten. Es ist eine Ehrenpflicht für Deutschland, das auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung soviel gethan hat; es ist zugleich auch wichtig für die freien Vereine und Verbände, wenn sie dadurch Gelegenheit haben, ihre Beamten hierher zu schicken, um sich instruieren zu lassen. Zugleich könnte auch die Einrichtung getroffen werden, daß Modelle u. s. w. ausgeliehen würden für Ausstellungen u. s. w., sodaß auch wieder hinausgetragen würde, was hier gesammelt wurde — kurz, es ist ein Gebiet sehr fruchtbarer Anregung. Ich würde sogar es sehr willkommen heißen, wenn später auch Maschinen oder Modelle im Betriebe gezeigt werden könnten, z. B. für das Kleingewerbe die Kleinkraftmaschinen u. s. w."

Der socialdemokratische Abgeordnete Wurm wies darauf hin, daß seine Fraktion schon im Jahre 1892 die Notwendigkeit eines solchen hygienischen und Unfallmuseums betont habe. Die Arbeiter-

[1]) Sten. Berichte des deutschen Reichstages, X. Legisl.-Periode, I. Sess. 1898/99. Bd. 1 S. 483 ff.

schaft habe dringend den Wunsch, daß ein solches Museum zu Stande käme. — Hierauf erwiderte nun der Vertreter der Staatsregierung, Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: „Was zunächst die Museumsfrage anbetrifft, so habe ich mich allerdings mit dieser Frage in meiner früheren Stellung im Reichsschatzamt beschäftigt, aber bei den Untersuchungen, die ich darüber angestellt habe, bin ich mir auch klar geworden, daß die Einrichtung eines solchen Museums, wenn es nicht nur ein Gegenstand der Neugier und des Interesses für die Leute sein soll, die Berlin bereisen und diese Nummer mit abmachen wollen, sondern wenn es wirklich einen Zweck erfüllen soll im Interesse der Unfallverhütung, eine sehr kostspielige sein wird. Dann genügt nicht die Aufstellung von Modellen — an Modellen kann man nicht sehen, ob eine Einrichtung zur Unfallverhütung wirklich wirksam ist oder nicht, sondern es muß die vollkommene Maschine aufgestellt werden, und sie muß auch in Wirksamkeit sein ganz nach den Verhältnissen, unter denen die Maschine an Ort und Stelle in der Fabrik arbeiten würde; dann würde man ein Bild davon bekommen, ob diese Unfallverhütungsvorrichtung wirklich praktisch ist oder nicht. Wenn man aber nicht ein Museum einrichten will, das schließlich nur den Wert eines Speichers mit alten Eisen trägt, dann wird man selbstverständlich auch allen Fortschritten der Technik folgen und alle neuen Maschinen, die auf diesem Gebiete erfunden werden, mit den Unfallverhütungsvorrichtungen versehen und aufstellen müssen; man wird sie ferner für die Sachverständigen, welche das Museum besuchen, in Bewegung setzen und auch jemand daran arbeiten lassen müssen, um zu zeigen, wie sich der Arbeiter zu den Unfallverhütungseinrichtungen verhält, ob sie ihn behindern oder nicht, ob derjenige, der sie hantiert, auch in der Fabrik gegen etwaige Verletzungen durch die Maschine gesichert sein wird oder nicht. Nur dann, wenn man ein Museum in dieser Weise konstruiert, wird es für die Unfallverhütung meines Erachtens einen wirklich praktischen Zweck haben. Daß das große Summen erfordern würde, wenn dieses Museum immer auf der Höhe der Technik stehen soll, das glaube ich, brauche ich nicht auszuführen."

Als hierauf Abg. Röfickе bemerkte, daß man vorerst die Ziele und Aufgaben eines solchen Museums gar nicht so weit stecken wolle, und daß man auch mit wenig doch gewiß manches im Sinne der Unfallverhütung und der socialen Aufklärung erreichen könne, gab noch Abg. Freiherr v. Stumm-Halberg seinen Ansichten über die Frage dahin Ausdruck, daß er im wesentlichen mit den Ausführungen des

Abg. Rösicke übereinstimme. Auch sei er der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, ein derartiges Museum in dem weiteren Sinne, wie es der Herr Staatssekretär in Aussicht genommen hat, zu schaffen. Er glaube aber, daß auch in etwas bescheidenerer Weise doch ein sehr wesentlicher Zweck erfüllt werden kann. Redner weist an konkreten Beispielen die unfallverhütenden Folgen der Hygiene-Ausstellung nach und führt aus, daß eine methodisch geordnete, planmäßig ergänzte und unter staatlicher Leitung stehende Sammlung von einschlägigen Modellen und Einrichtungen in einem Museum noch weit mehr Erfolge zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesundheit zeitigen würde, als eine von privater Seite veranstaltete Sammlung, wie z. B. in der Hygiene-Ausstellung. Herr v. Stumm glaubt, daß diese Einrichtung nicht besonders hohe Mittel beanspruchen werde und schließt seine Ausführungen wie folgt:

„Ich bin der Überzeugung, daß, wenn ein solches Museum besteht und wenn der Gewerbeinspektor, der eine nachahmenswerte Einrichtung an irgend einer Stelle kennen lernt, den Fabrikanten darauf aufmerksam macht: es ist Ehrensache für Dich, ein Modell anfertigen zu lassen und es in Berlin auszustellen, so wird sich kaum ein Fabrikant dieser Ehrenpflicht entziehen. Ich glaube, es kommt im wesentlichen, was die Kosten betrifft, auf das Lokal und die Instandhaltung und Überwachung an, vorausgesetzt, daß das Museum nicht so eingerichtet wird, wie ich es mit dem Herrn Staatssekretär zwar für wünschenswert, aber nicht für notwendig halte, daß man sich also mit Modellen begnügt, mit Zeichnungen, mit Beschreibungen und dergleichen. Ein kleiner elektrischer Motor kostet ja auch nicht viel. Man würde damit schon recht viel erreichen können, und ich möchte mich deshalb auch dem Wunsche anschließen, die Sache doch sehr ernstlich in Erwägung zu ziehen; ich glaube, daß die Regierung der Industrie und namentlich den Arbeitern, die in der Industrie beschäftigt sind, damit einen ganz erheblichen Dienst leisten wird."

Das sind nun eine Reihe von Männern der Praxis, die sich über Bedeutung, Wesen und Aufgaben eines deutschen Social-Museums ausgesprochen haben, Stimmen von Großindustriellen und Arbeitgebern, die in ihrer Stellung zur Frage von Social-Museen ausnahmslos ein warmes Interesse für die Sicherheit ihrer Arbeiter dokumentieren. In zehn Jahren sind die Ansichten über den großen Nutzen einer solchen Anstalt nicht nur dieselben geblieben, sie haben sich noch bestimmter zugespitzt. Eine Ergänzung finden vorstehende Ansichten durch die einmütige Zustimmung der Fachblätter und der großen politischen Zeitungen. Die „Kölnische Ztg."[1]) hält ein gedachtes Museum „für die Förderung der Wohlfahrtsbestrebungen von außerordentlicher Bedeutung und auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge von höchstem

[1]) Vom 18. Januar 1894.

Werte". Die „Post" bringt anläßlich eines Besuches, den der Staatssekretär des Innern der Sammlung der „Centralstelle f. A.-W.-E." abgestattet hat, die oben dargestellte Stellung des Reichstages zur Anlage eines Museums in Erinnerung und die „Südd. Reichskorrespondenz" meint, daß „sich praktisch mit einem solchen Museum eine wissenschaftliche Darstellung der Volksernährung und der Wohnungshygiene würde verbinden lassen". In der Beilage zur Münchener „Allg. Ztg."[1]) schließt sich Dr. Münsterberg vollständig der Auffassung des Reichstages über diese Frage an und meint, daß ein solches richtig geleitetes und fortdauernd ergänztes Museum „ein durch nichts anderes zu ersetzendes Anschauungsmaterial auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege bilden würde". Er schließt seine Ausführungen mit folgenden beachtenswerten Worten: „Bei einem Museum für Wohlfahrtspflege handelt es sich darum, die Neigung, für die ärmeren Volksklassen nützliche Einrichtungen zu treffen, zu befördern, sie durch Anschauung und Belehrung zu unterstützen. Man sollte meinen, daß Einrichtungen, die den lebenden und leidenden Menschen dienen, mindestens so wichtig und nützlich sein müßten als die, die der Sammlung und Darstellung vergangener Kulturen dienen, wie dies in den Museen für Völkerkunde, in den Waffen- und Zeughäusern, in den Bildergalerien u. s. w. der Fall ist."

Wenn die „Gründlichkeit" als ein hervorragender Charakterzug der Deutschen oft hervorgehoben wird — in dem Meinungsaustausch über die Errichtung von Social-Museen scheint uns diese Gründlichkeit nun genügend zur Erscheinung gekommen zu sein. Hier sind nun der Worte genug gewechselt und wenn nicht alles trügt, so dürften nun auch bald die Thaten folgen. Hat doch gelegentlich der Eröffnung des jüngst in Berlin vom 20. Mai bis 18. Juni abgehaltenen, dank der Mitwirkung hervorragender Männer der ärztlichen und hygienischen Wissenschaften so glänzend verlaufenen Ausstellung für Krankenpflege der damalige preußische Kultusminister v. Bosse mitgeteilt, daß aus der Ausstellung ein staatliches Museum für Krankenpflege hervorgehen werde. Hoffen wir, daß hiermit der erste Schritt auf dem Wege gethan ist, der zur Popularisierung der Technik der Wohlfahrts-Einrichtungen beiträgt, der erste Schritt zur Begründung von Social-Museen, die auch in Deutschland durchaus notwendig sind!

[1]) Nr. 109 v. 19. Mai 1899: „Centralstellen für Wohlfahrtspflege".

Vier neuere deutsche Fälle von Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Unter den vier deutschen Fällen von Gewinnbeteiligung, welche im nachstehenden behandelt werden sollen, ist eigentlich bloß der zuletzt erwähnte Versuch der Feinsteinfabrik von Max Roesler ganz neu aus dem Jahre 1899, aber die drei anderen sind im „Arbeiterfreund" noch nicht näher beschrieben. Alle vier sind noch zu wenig bekannt und in mancher Hinsicht von hohem Interesse.

1. Siemens & Halske, Berlin.

Diese berühmte Firma, die im Oktober 1897 das 50jährige Jubiläum ihres Bestehens feierte, führte anläßlich ihres Vierteljahrhundert-Jubiläums im Jahre 1872 die Gewinnbeteiligung ein. Ein nach Maßgabe der festen Bezüge zu verteilender ansehnlicher Prozentsatz des Reinertrags wurde einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse des Personals zugewiesen. Ferner trat eine Reservekasse für Bedürftige ins Leben. Die Pensionskasse erhielt einen Grundstock von 180 000 Mk. und das Haus speiste ihn anfänglich jährlich mit 30 Mk. für jeden Beamten, 15 Mk. für jeden Arbeiter und 9 Mk. für jede Arbeiterin. Vom Geschäftsjahr 1896/7 an wurden diese Beiträge auf 60, 30 und 18 Mk. erhöht. Aus der Pensionskasse beziehen die Beamten, Arbeiter und Arbeiterinnen schon nach 10 Dienstjahren monatliche Ruhegehälter von mindestens 60 bezw. 30 und 20 Mk. Die höchsten Pensionen betragen 150, 75 und 45 Mk. Nach 30 Dienstjahren beginnt die Voll-Pensionierung; wer dann noch weiter arbeiten kann und will, bezieht neben der Pension den vollen Gehalt oder Lohn fort — eine ganz außergewöhnliche und höchst wertvolle Neuerung im Gebiete des Arbeiterrechts. Auch für die Witwen- und Waisenversorgung trägt die „Kasse" reichlich Sorge.

Ferner wurde bestimmt, daß regelmäßig ein beträchtlicher Teil des Reingewinns zu Tantièmen für Beamte und Prämien für Arbeiter verwendet werde. Die betreffenden Anteile werden nach Maßgabe der

Leistungen jedes Beteiligten berechnet und zu Weihnachten ausgezahlt. „Diese Vorkehrungen" — so lesen wir in Werner v. Siemens' Lebenserinnerungen (1892), durch welche das Verfahren erst öffentlich bekannt wurde — „haben sich vorzüglich bewährt. Beamte und Arbeiter betrachten sich als ständige Bestandteile der Firma und identifizieren deren Interessen mit ihren eigenen. Selten giebt ein Beamter seine Stellung auf und auch die Arbeiter bleiben dauernd in den Diensten der Firma. . . Allerdings wird die Streikfreiheit der Arbeiter wesentlich beschränkt durch die Bestimmung, daß im Falle der freiwilligen Arbeitsniederlegung die Pensionsansprüche hinfällig werden; allein es liegt im Interesse beider Teile, daß ein ständiger Arbeiterstab entstehe, denn nur dann ist die Firma in der Lage, die Arbeiter auch in schlechten Zeiten behalten zu können. Jede große Fabrik sollte einen solchen Pensionsfond gründen, den die Arbeiter, ohne selber Beiträge zu leisten, verwalten — natürlich unter Aufsicht der Firma."

Im Oktober 1897 — anläßlich des 50. Jahrestages des Bestandes des Hauses — stiftete die Familie Siemens zu Gunsten des Personals ein Kapital von einer Million Mark im Anschluß an die Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, deren Vermögen am 12. Oktober 1898 — dem Datum des letzten Abschlusses — rund zwei Millionen Mark betrug. 1897/98 belief sich die Zahl der Kassen-Angehörigen auf 7218, die Summe der Ausgaben auf 134 719 Mk. Jene Angestellten, die mindestens 25 ununterbrochene Dienstjahre hinter sich haben, erhalten von der Firma, die seit einigen Jahren eine Aktiengesellschaft ist, erhebliche Geldgeschenke (je 300 bis 3000 Mk.) und ihr Jubiläum wird festlich gefeiert. Seit 1873 besteht ein „Spar- und Unterstützungsverein" des Arbeitspersonals. Auch ist durch Konsumvereine und Speiseanstalten in den einzelnen Werken der Firma für gute und billige Lebensmittel gesorgt.

„All' diese Einrichtungen haben sich bewährt", schrieb die Leitung der Aktiengesellschaft im Juni 1899. „Beamte und Arbeiter betrachten sich großenteils als dauernd zur Firma gehörig und identifizieren die Interessen derselben mit ihren eigenen."

2. J. Zuber & Co., Papierfabriken, Rixheim (Elsaß).

Auszug aus den „Statuten" der Gesellschaft, welche die früheren Wohlfahrtseinrichtungen der Firma übernahm und neue schuf (die Statuten stammen vom Mai 1890): „§ 50 . . . . In den Büchern der neuen Gesellschaft wird ein Konto „Unterstützung und Versorgung"

eröffnet. Diesem Konto wird das jetzige Vermögen der Invalidenkasse gutgeschrieben, welches dauernd mit 4 pCt. verzinst und ferner gespeist wird: durch die Gewinnbeteiligung (s. § 51), durch etwaige Spenden und durch eine jährliche Einzahlung — auf Betriebskostenrechnung — einer mindestens den zwanzigsten Teil des Lohnbudgets gleichkommenden Summe, die in keinem Fall kleiner sein darf als die vom Gesetz vorgeschriebenen Lasten. . . . . Aus dem Unterstützungs- und Versorgungskonto werden bestritten: alle gesetzlichen Beiträge zur Betriebs-Krankenkasse, zur Unfallversicherungsgenossenschaft, zum Pensions- und Invalidenfond; die Kosten außergewöhnlicher Kranken-, Invaliden- und Unfall-Unterstützungen; alle dem Personal zu gewährenden freiwilligen oder gesetzlichen Pensionen oder vorübergehenden Unterstützungen und Versorgungen; die etwaige Dotierung von Einrichtungen für das geistige und sittliche Wohl der Arbeiter und von etwaigen sonstigen Zuerkennungen, die ein besonders günstiger Vermögensstand gestatten könnte. . . . Im Fall der Auflösung der Gesellschaft müssen den Pensionsberechtigten Leibrenten gesichert werden, während der Rest des Kassenvermögens nach Maßgabe der Dienstzeit und der festen Bezüge unter das Personal bar verteilt wird." . . . In dem von der Gewinnbeteiligung handelnden § 51 heißt es, daß von dem Reinerträgnis, das nach Abzug von 5 pCt. Reservefond-Speisung und 4 pCt. Kapitalzinsen verbleibt, 20 pCt. dem Personal überwiesen werden und zwar muß mindestens der vierte Teil hiervon der Unterstützungs- und Versorgungskasse überlassen und das übrige bar verteilt werden. Das Personal braucht, wie wir gesehen haben, keinerlei Kassenbeiträge zu leisten, nicht einmal den gesetzlichen Teil derjenigen für die Reichsversicherungen 2c.

3. Scheurer, Lauth & Co. (früher Scheurer, Rott & Co.), Textildruckerei in Thann (Elsaß).

Kommandite mit einem Kapital von 2 300 000 Frcs. und etwa 800 Angestellten, von denen jedoch rund 700 bloß Taglöhner mit einem Tagesverdienst von $2^1/_2$ Frcs. für Männer und 1—2 Frcs. für Mädchen und Frauen sind; die Zahl der Drucker beträgt 45—50 und dazu kommen ungefähr ebenso viele Beamte, Graveure und Zeichner mit Jahresgehältern von 1500 bis 5000 Frcs. Seit dem Bestande des Hauses hatte das Personal ein Anrecht auf Krankengelder und Altersversorgung, doch wurden die betreffenden Ausgaben auf die Betriebskosten übernommen. Erst 1874 erfolgte die Gründung einer auf

Gewinnbeteiligung beruhenden „Arbeiterwohlfahrtskasse" mit einem von der Firma gespendeten Grundkapital von 50 000 Frcs. In diesen Fond, der im Jahre 1895 auf rund 765 000 Frcs. angewachsen war, fließen außer den landesüblichen Zinsen 10 pCt. des Geschäftsertrags. Die Kasse wird ohne Überwachung des Personals ausschließlich von der Firma verwaltet, der auch — innerhalb des von ihr erlassenen Reglements — die alleinige Entscheidung über die Höhe der in jedem einzelnen Fall zu gewährenden Unterstützung und Rente zusteht. Anteilberechtigt sind sämtliche Angestellten; wer den Dienst freiwillig verläßt, verliert alle Ansprüche. Da es dem Hause zunächst um Schaffung eines genügend kräftigen Hülfs- und Pensionsfonds zu thun ist, wird die Barauszahlung eines Teiles der Gewinnanteile erst dann erfolgen, wenn die Zinsen des Kassenvermögens den Bedarf vollständig decken werden. Sollte die Kasse sich jemals auflösen wollen oder müssen, so muß zunächst für die Sicherung aller Pensionsansprüche gesorgt werden; der etwaige Rest wird unter das Personal nach Maßgabe der Dienstzeit und der Wichtigkeit der Anstellung unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse verteilt. Sollte es früher oder später — und es ist baldigste Aussicht vorhanden — zur Barverteilung der jährlichen „Bonusse" kommen, so ist sie in Gestalt von Sparkassenbüchern geplant.

Was die Leistungen der „Wohlfahrtskasse" betrifft, so stehen obenan die Ruhegehälter. Diese betragen speziell für Arbeiter und Arbeiterinnen nach 30 Dienst- und 65 Lebensjahren wöchentlich 9 bezw. 6 Frcs. Etwaige Reichsversicherungs-Pensionen werden hiervon leider in Abzug gebracht; dagegen bestreitet die Kasse aber auch sämtliche Reichsversicherungsbeiträge allein, d. h. ohne Heranziehung des Personals. Bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit werden, je nach dem Fall, kleinere Invaliditätsrenten gewährt. In vielen Fällen erhalten die Witwen dauernd oder vorübergehend monatliche Unterstützungen von 5 bis 15 Frcs. Die Kasse leistet ferner, außer Sterbegeldern, kleine Zuschüsse zu den Krankengeldern der gesetzlichen Betriebskrankenkasse und giebt den Pensionären sowie den Angehörigen der Arbeiter unentgeltlich ärztliche Hülfe und Arzneimittel, allen Kranken, bei denen der Arzt es vorschreibt, Fleisch-, Milch- und Wein-Anweisungen, jeder Wöchnerin 15 Pfund Fleisch, die Hebammenkosten und die vollständige Kinderwäsche. Endlich gewährt sie in besonderen Fällen (langwierige Krankheiten, unzulängliches Einkommen bei reichem Kindersegen) Geschenke an Bargeld, Kleidern, Lebensmitteln oder Heizstoff.

Die Jahresausgaben der Wohlfahrtskasse betrugen in der Saison 1894/95 fast 40,000 Fr. (darunter ein Viertel für Ruhegehälter, fast die Hälfte für Unterstützungen, der Rest für Reichsversicherungsbeiträge), während in den Jahren 1884—88 der Durchschnitt nur 22,500 Fr. gewesen war. Bezüglich der Ergebnisse schreibt die Firma: „Naturgemäß haben unsere Einrichtungen besonders angenehme Beziehungen zwischen uns und dem Personal zur Folge; demgemäß haben sich unsere Arbeiter auch nicht dem Generalstreik von 1890 angeschlossen."

4. Max Roesler, Feinsteinfabrik in Rodach (Thüringen).

Dieser bekannte Arbeiterfreund, der jetzt rund 170 ständige Angestellte beschäftigt, nahm am 15. Februar 1899 die erste Gewinnanteilverteilung vor, wobei die Zahl der Berechtigten 76 betrug (14 Beamte, 62 Arbeiter). Seine Anteilwirtschaft ist eine wohldurchdachte und genügt auch weitgehenden Ansprüchen, denn sie sichert den Beteiligungsbefugten eine ganze Hälfte des Reinertrages. Der Chef, der die erste Verteilung am Schluß des dritten Geschäftsbetriebsjahres vornahm, schreibt folgendes: „Von dem Bruttoerträgnis werden dem arbeitenden Einlagekapital 4% Zinsen gewährt. Was dann noch übrig bleibt, ist der Gewinn, welcher zur einen Hälfte dem arbeitenden Einlagekapital, zur anderen den Mitarbeitern gehört. Dieser Erträgnisanteil der Mitarbeiter wird zur einen Hälfte den Angestellten und Beamten, zur anderen den Arbeitern überwiesen. Von dem Beamtenanteil ausgeschlossen ist nur der Chef. Die Verteilung unter die Einzelnen wird vom Chef und den beiden ersten Beamten bestimmt, wobei die Beträge nach Dienstalter, Verantwortlichkeit, Thätigkeit, Bewährung und Einflußnahme auf das Bilanzergebnis nach bestem Ermessen abgestuft werden. Der Arbeiteranteil wird dem Hauptausschuß der Fabrikarbeiter übergeben, welcher unter dem Vorsitze des Chefs über die Verwendung entscheidet. Jeder Arbeiter muß aber mindestens 2 Jahre in der Fabrik bereits ununterbrochen beschäftigt gewesen sein, ehe er beanteilt werden kann. Ob Abstufungen nach Jahrgängen eintreten sollen, steht in dem Ermessen des Hauptausschusses der Arbeiterschaft. Wer 5 Jahre ununterbrochen in der Fabrik ist, zählt immer zu den Höchstbeanteilten. Alle Männer im Alter von 21 Jahren und darüber erhalten gleiche Beträge innerhalb ihrer Stufe, einerlei zu welcher Abteilung der Fabrik sie gehören. Dasselbe gilt von den Frauen oder Mädchen und Lehrlingen. Inner-

halb einer Stufe ist der Anteil der Männer höher als jener der darin einander gleichgestellten Arbeiterinnen und Lehrlinge. Der letztere darf nicht weniger als die Hälfte des Männeranteils betragen. Betreffs der Verwendung der überwiesenen Beträge durch die Einzelnen findet keinerlei Bevormundung statt. — Die Beträge werden in barem Gelde ohne jeden Abzug zur freien Verwendung ausbezahlt. Es steht dem Ausschusse frei, den ganzen überwiesenen Betrag zu verteilen oder einen Teil als Reserve zurückzulegen oder einen Teil einem sonstigen Zwecke zuzuwenden, welcher allen Arbeitern der Fabrik zu gute kommt. Die Lohn- und Akkordsätze sind keinesfalls niedriger als die ortsüblichen."

Herr Roesler nimmt von seinen besten und vertrauenswertesten Mitarbeitern auch Kapitaleinlagen an, sofern die betr. Gelder von „Ersparnissen aus der Thätigkeit in der Fabrik" herrühren. Die Rechte und Erträge dieser Einlagen sind dieselben wie die des regelrechten Betriebskapitals, doch ist ihre Beteiligung an etwaigen Geschäftsverlusten eine beschränkte. Die Gesamteinlagen dürfen ein Zehntel des ganzen Geschäftskapitals nicht überschreiten. Jede Einlage ist gegenseitig halbjährig kündbar und die Einleger sind zur Prüfung der Bücher berechtigt.

Aus den „Grundzügen für die Arbeitsführung", die Herr Roesler in einem anläßlich der Einführung der Gewinnbeteiligung veröffentlichten Flugblatt niederlegte, seien einige ebenso bezeichnende wie beherzigenswerte Stellen angeführt: „Die Arbeitszeit ist für alle gleich, vom Chef bis zum letzten Tagelöhner. Den Chef eingeschlossen, beziehen alle Beamten und Arbeiter eine feste Entlohnung, die eine bescheidene Lebenshaltung gewährleistet. Jeder soll möglichst so beschäftigt sein, wie es seiner Eigenart am besten entspricht. Wirklich erziehlich wirkt nur das persönliche Beispiel; der Chef muß Belehrung und Beispiel geben. Weder er noch die Beamten dürfen vom Arbeiter mehr verlangen als von sich selbst. Gönnt er sich Erholung und Vergnügen, so darf er ein entsprechendes Maß davon auch seinen Arbeitern nicht versagen. Er darf nicht seinem Vergnügen nachgehen in einer Zeit, in welcher seine Leute arbeiten sollen. Alles, was den Neid weckt oder eine — persönliche oder gesellschaftliche — Ueberhebung zum Ausdruck bringt, ist zu vermeiden. In der Werkstatt ehrt nur die Arbeit, adelt nur die hervorragende Leistung."

L. K.

Die Einweihung des Schulze-Delitzsch-Denkmals in Berlin.

Von Prof. **B. Böhmert.**

Am 4. August 1899 ist in einem der geschäftlich regsamsten Teile der Stadt Berlin auf dem freien Platze am Kreuzungspunkte der Köpenicker- und Inselstraße ein Wahrzeichen echter deutscher Bürgertugend geweiht worden. Es ist das Denkmal des Volksmannes und Arbeiterfreundes Schulze-Delitzsch, des Begründers der deutschen Genossenschaften.

Bei der Enthüllung des Denkmals waren nicht nur Vertreter des Reichskanzlers, des Finanzministers und der Universität sowie der Bürgermeister von Berlin mit vielen Stadträten, sondern vor allem auch zahlreiche Vertreter der deutschen Genossenschaften zugegen. Die Feier hatte jedoch nicht nur einen deutsch-nationalen Charakter, weil Angehörige von Süd, Nord, Ost und West aus allen deutschen Stämmen zugegen waren, sondern trug auch ein internationales Gepräge; denn auch Österreicher, Franzosen, Engländer und Italiener feierten Schulze-Delitzsch als einen Mann, der allen Völkern ein Lehrmeister geworden sei, und legten, dankbar für seine Verdienste um die Menschheit, Kränze an seinem Denkmal nieder.

Mit dem Gesange der Hymne, „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre!" begann die würdige Feier. Es folgten Festreden des Vorsitzenden des Denkmalausschusses, Rudolf Virchow, des Bürgermeisters Kirschner und des Anwalts der deutschen Genossenschaften, Abgeordneten Dr. Crüger, woran die Widmung von Kränzen mit kurzen Worten durch zahlreiche außerdeutsche und deutsche Genossenschaftsmänner sich anschloß.

Es trat in allen Reden und Ansprachen, vor allem aber auch in dem wohlgelungenen Denkmal selbst, der charaktervolle Volksmann gleichsam leibhaftig vor die Teilnehmer des schönen Festes hin, um sie wie damals, als er noch unter uns weilte, mit sich fortzureißen und für höhere Ideale zu begeistern.

In der That hat Schulze-Delitzsch — wie sein Freund Professor

Virchow ausführte — der ganzen Menschheit neue Wege eröffnet. „Aus den kleinsten Anfängen heraus hat er mächtige Organisationen geschaffen, die ohne Staatshülfe, ja zeitweise gegen mächtige Widerstände, sich zu entwickeln vermochten und die heute herrlich blühen. Schulze-Delitzsch hat sich in allen Zeiten als ein Mann des Friedens und der Arbeit erwiesen. Sein Streben war nur, im Menschen das lebendig und nutzbar zu machen, was der Allgemeinheit dienen kann, und dieses Streben hatte glänzenden Erfolg. Wohin man blickt, man erkennt Schulze-Delitzsch als glücklichen einsichtigen Organisator, als stets bereiten, hinreißenden Agitator, als Förderer der Volkswohlfahrt. In Reinheit des Herzens, Adel der Gesinnung und Selbstlosigkeit des Strebens kommt ihm keiner gleich. Und so möge er in seinem Denkmal allen vor Augen stehen, ein Lehrmeister des Volkes, ein beredter Mahner zu treuer brüderlicher Arbeit!" Bürgermeister Kirschner gab besonders der Freude darüber Ausdruck, „daß sich das Denkmal von Schulze-Delitzsch innerhalb der Mauern der Stadt Berlin erhebe, da Schulze-Delitzsch dem deutschen Volke so nahe stehe, wie wenige Männer und besonders einen Platz im Herzen der Berliner Bürgerschaft habe. Diese Thatsache beruhe auf zwei Gründen. „Aus kleinen, mehr als bescheidenen Verhältnissen ist Schulze-Delitzsch hervorgegangen und seiner schlichten Anfänge ist er sich stets bewußt geblieben. Vom Beginn bis zum Ende seines Wirkens waren es die hervorragenden bürgerlichen Tugenden, die ihn zierten: Fleiß, Ausdauer und Treue. Auf sie hat er sein Werk gegründet." Aber noch ein zweiter Grund bedingt die Verehrung, die man gerade in der Reichshauptstadt Schulze-Delitzsch zollte: Er hat seine Schöpfung noch ehe es ein deutsches Reich gab, als eine deutsche geplant, ins Werk gesetzt und aufgerichtet." — In der dritten Festrede gab der Anwalt der deutschen Genossenschaften, Dr. Hans Crüger, einen historischen Überblick über die Thätigkeit von Schulze-Delitzsch auf den verschiedensten Gebieten und besonders über die Entwickelung der deutschen Genossenschaften und betonte am Schlusse, daß das Denkmal von Schulze-Delitzsch den heutigen und zukünftigen Geschlechtern eine Mahnung sein solle, die eigene Kraft einzusetzen, nicht zu erstarren im Erwerbsleben, sondern auch in dem harten Kampfe des Lebens die Ideale und die sittlichen Grundsätze hochzuhalten.

Das Denkmal von Schulze-Delitzsch erhebt sich auf einem Sockel von hellem Granit und ist von dem Bildhauer Arnoldt in wetterhartem weißen Marmor ausgeführt. Schulze-Delitzsch ist in un-

gezwungener Haltung als Redner dargestellt. Der Kopf ist ein wenig geneigt, der rechte Arm ist vorgestreckt. Der Ausdruck ist lebendig, und der Kopf sehr ähnlich. Zu beiden Seiten des Sockels sind Bronzegruppen angebracht. Auf der linken Seite reicht ein bärtiger Handwerker einem Landmann die Hand, auf der rechten Seite stellt eine anmutige Frau aus dem Volke, die zu einem mit einer Bluse bekleideten Knaben spricht, die Volkserziehung dar. Auf der Vorderseite des Sockels trägt eine Bronzetafel den Namen Schulze-Delitzsch. Stufen aus dunklem polierten Granit führen zu dem Postament.

Erwähnenswert ist, daß sich am Vorabend der Enthüllung des Schulze-Delitzsch-Denkmals am 3. August 1899 selbst der sozialdemokratische „Vorwärts" zu einem Leitartikel zu Ehren von Schulze-Delitzsch erhob, den Ferdinand Lassalle einst so grimmig verhöhnt hatte. Der „Vorwärts" lieferte in dem Artikel einen schlagenden Beitrag zur Charakteristik Lassalle's und seiner ungerechten widerspruchsvollen Kritik. Er veröffentlichte die verschiedenen Urteile, welche der Vater der preußischen Socialdemokratie über Schulze zu verschiedenen Zeiten gefällt hat, in demselben Aufsatz. Und er schloß sich dem ersten, dem ältern, dem lobenden Urteil an, worin Lassalle dem fortschrittlichen Volksmanne bezeugte:

„Er ist das einzige Mitglied seiner Partei, der Fortschrittspartei, welches, und es ist ihm deshalb nur um so höher anzurechnen, etwas für das Volk gethan hat! Er ist durch seine unermüdliche Thätigkeit und obwohl alleinstehend und in gedrücktester Zeit der Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens geworden, und hat so der Sache der Assoziation einen Anstoß von den weitgreifendsten Folgen gegeben, ein Verdienst, für das ich ihm, so sehr ich in theoretischer Hinsicht sein Gegner bin, indem ich dies schreibe, im Geiste mit Wärme die Hand schüttle. Wahrheit und Gerechtigkeit auch gegen einen Gegner — und vor allem geziemt es dem Arbeiterstand, sich dies tief einzuprägen — ist die erste Pflicht des Mannes."

Später schrieb derselbe Lassalle von demselben Schulze, er sei ein Mann von der Bildung eines Barbiers: „In dem Augenblick, wo ich dies in die Presse gebe, können Sie sich für tot betrachten und in dem Augenblick, wo es einige tausend Leser gefunden hat, auch für begraben." In seinem „Bastiat-Schulze von Delitzsch" verleugnete Lassalle ebenso Wahrheit wie Gerechtigkeit. Der Haupttrumpf, den Lassalle gegen Schulze ausspielte, war das sogenannte „eherne Lohngesetz", das Jahrzehnte lang von der Socialdemokratie

verteidigt wurde und heute von ihr belächelt wird, obwohl Lassalle es vertrat, „bewaffnet mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts", wie er von sich rühmte. Der „Vorw." nennt Lassalles Ausfälle heute befremdend; er gesteht, daß die Zeit viele alte Gegnerschaften überbrücke. Man dürfe jetzt die Bedeutung der liberalen Opposition und der liberalen Wirtschaftsbestrebungen für das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands „zutreffender einschätzen". Schulze wird ein Platz „als einem Ebenbürtigen" eingeräumt.

Man sollte diesem offenen Bekenntnis eines an Schulze-Delitzsch früher verübten Unrechts die Anerkennung nicht versagen. Es hat keinen schrofferen Gegner des Socialismus gegeben als Schulze-Delitzsch, und doch wirft ihn heute die Socialdemokratie nicht zu den Reaktionären; der „Vorw." rühmt ihm sogar manche Verdienste nach, die Lassalle in seinem ersten, verherrlichenden Urteil unerwähnt gelassen hat.

Es zeigt sich an dem Beispiele von Schulze-Delitzsch und an der allgemeinen Wertschätzung, die ihm heutzutage $16^1/_2$ Jahre nach seinem am 29. April 1883 erfolgten Tode zu teil wird, daß die Wahrheit doch immer wieder zu tage tritt, wenn sie auch vorübergehend durch Lüge und Leidenschaft verdunkelt wird.

Es wird den Lesern des „Arbeiterfreund" nicht unwillkommen sein, wenn ihnen der Lebensgang eines der eifrigsten Freunde des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen an dieser Stelle wieder kurz vorgeführt wird.

Schulze-Delitzsch war am 29. August 1808 in Delitzsch geboren, wo sein Vater Bürgermeister war, widmete sich in Leipzig und Halle dem Studium der Rechtswissenschaft und gewann in den Jahren 1841 bis 1848 als Patrimonialrichter seiner Vaterstadt Delitzsch jene genaue Kenntnis der Bedürfnisse des mittleren und kleinen Gewerbestandes, die ihn auf seinen späteren Beruf als Schöpfer und Vater des freien Genossenschaftswesens am besten vorbereitete. Das Bewegungsjahr 1848 machte ihn zum Politiker und Vertreter des Wahlbezirks Delitzsch in der Nationalversammlung zu Berlin, wo er zum Vorsitzenden des Ausschusses zur Untersuchung des Notstandes der arbeitenden Klassen ernannt wurde. In dieser Stellung gewann er die richtige Einsicht, wie das Kleingewerbe unter Schonung der gesellschaftlichen Grundlagen mit Hülfe des Kapitals auf dem Wege der freiwilligen Genossenschaft an Stelle der Zwangsgenossenschaft, des Zunftwesens, zu retten und zu heben sei. — Nach kurzer politischer Thätigkeit von 1848—1850 wurde Schulze-Delitzsch der Begründer

des deutschen Genossenschaftswesens, dem er seine besten Manneskräfte widmete, indem er mit praktischen Versuchen in Delitzsch, Eilenburg, Halle, Bitterfeld begann und seine Erfahrungen zuerst in dem Assoziationsbuch (Leipzig 1852) und dann in der Schrift „Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen" (2. Aufl. Leipzig 1853) schriftstellerisch verbreitete. Im Jahre 1857 war er in Frankfurt a. M. Teilnehmer des internationalen Wohlthätigkeits-Kongresses, auf welchem die dort versammelten deutschen Volkswirte unter Führung von Präsident Lette den „Kongreß deutscher Volkswirte" vorbereiteten, der 1858 in Gotha zum ersten Male zusammentrat und dort auch über das deutsche Genossenschaftswesen beriet. Schon im nächsten Jahre konnte Schulze-Delitzsch in den Tagen vom 14.—16. Juni 1859 den ersten Vereinstag deutscher Vorschußvereine in Weimar abhalten und dort das von ihm Jahrzehnte lang geleitete Centralbureau deutscher Genossenschaften begründen. Das Jahr 1859 berief ihn wieder zur Beteiligung an politischen Angelegenheiten und zur Mitbegründung des deutschen Nationalvereins. — Mit Unrecht hat man jahrelang immer die beiden Schlagwörter „Selbsthülfe" und „Staatshülfe" als Gegensätze zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle betont. Wie der „Arbeiterfreund" in einem Nachruf an Schulze-Delitzsch im Jahre 1883 näher ausführte, war Schulze-Delitzsch nur gegen staatliche Geldzuschüsse zur Genossenschaft, aber nicht gegen Staatshülfe überhaupt, die er ja für seine Genossenschaftsbewegung gar nicht entbehren konnte. Schulze blieb gerade deshalb Politiker und Parlamentarier, um im Abgeordnetenhause und im Reichstage den preußischen Staat und das Deutsche Reich für die Förderung der freien genossenschaftlichen Schöpfungen zu gewinnen. Schulze war tief davon durchdrungen, daß auch die kleinen Handwerker und Arbeiter, denen er besonders vorwärts helfen wollte, nur in und mit dem Staat ihre materielle Lage verbessern könnten und daß Staat, Gemeinde, Schule, gemeinnützige Gesellschaften und Private harmonisch zusammenwirken müssen, damit die Menschheit eine höhere Stufe der Kultur erreiche.

Die Entwickelung des von Schulze so mächtig geförderten Genossenschaftswesens ist keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Jeder Tag bringt neue Formen und neue Erscheinungen.

Schulze-Delitzsch war in der Zeit der politischen Depression nach 1848, wo man dem politischen Vereinswesen mißtraute, zu seinem Glück und zum Glück von Millionen, um seinen Schaffenstrieb zu befriedigen, auf die Förderung der rein wirtschaftlichen Genossen-

schaften gekommen, welche nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder bezwecken.

Schulze-Delitzsch überzeugte sich im Verkehr mit den Kleinbürgern und Handwerkern seiner Vaterstadt Delitzsch, die in großer Zahl Schuhmacher waren und ihre Schuhe auf den Leipziger Messen zu vertreiben suchten, daß mit der alten Zunft oder Zwangsgenossenschaft nicht auszukommen sei, daß ein neues freiwilliges Genossenschaftswesen an die Stelle der alten zünftigen Zwangsgenossenschaft treten müsse, um die ganz neuen Bedürfnisse einer schon damals beginnenden mehr kapitalistischen Produktionsweise zu befriedigen. Wie Schulze 1848 und 1849 in der Berliner Nationalversammlung für politische Freiheit und für die politisch-rechtliche Kräftigung und Befreiung des Bürgerstandes gekämpft hatte, so wurde er in der Zeit des politischen und nationalen Rückschritts ein Vorkämpfer der wirtschaftlichen Freiheit, Freiwilligkeit und Selbstverantwortlichkeit des deutschen Bürgertums.

Es bleibt abzuwarten, wohin die neuen Versuche mit Zwangsinnungen führen werden. Einzelnes mag ja lebensfähig werden, wie die Beschränkung der Freiheit der Unmündigen, die Regelung des Lehrlingswesens; aber die wirtschaftliche Freiheit und Selbstbestimmung der Erwachsenen und Mündigen wird sich kaum von oben herab künstlich beschränken lassen. Schulze-Delitzsch hat die Freiheit der Handwerker, Kleinbürger und Bauern, Wirtschaftsgenossenschaften zu gründen und unter gesetzlichem Schutze des Staats selbständig zu verwalten, stets ebenso lebhaft verteidigt, wie die Freiheit des Arbeiterstandes, Kopf und Hände und Beine zur Förderung ihres Fortkommens mit Hülfe der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zu verwenden und sich mit ihren Arbeitsgenossen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen zu verbinden.

Es hat Zeiten gegeben, wo Schulze-Delitzsch im Auslande, namentlich in den Schriften des Franzosen Rampal und des Italieners Luzzatti, der beiden Hauptförderer des Genossenschaftswesens in Frankreich und Italien, weit mehr Anerkennung gefunden hat als in Deutschland selbst. Heute aber scheint der politische Parteistreit vor dem Denkmal des echten Patrioten und Volksfreundes für immer zu verstummen und der stolzen Freude zu weichen, daß solch ein charaktervoller und selbstloser Kämpfer für das Wohl seiner Mitmenschen „ein Deutscher" gewesen ist!

Die Wohlfahrts-Einrichtungen der großen französischen Eisenbahngesellschaften.

Von Leopold Katscher.

Die Leitungen der französischen Bahnen haben von jeher auf Altersversorgung für ihre Angestellten hingearbeitet. Hohes Interesse bietet das Studium der allmählichen Fortschritte, die ihre Wohlfahrtseinrichtungen im Laufe der Zeit durchgemacht haben. Die Bemühungen der Gesellschaften und die erzielten Ergebnisse bilden nachahmenswerte Beispiele, die die Aufmerksamkeit der Fachkreise im besondern und aller Arbeiterfreunde im allgemeinen verdienen. Schon 1844 gab der Direktor der Paris-Orléansbahn, François Bartholony, den Grundsätzen, die eine gute Verwaltung in diesem Punkte leiten sollten, trefflichen Ausdruck, indem er sagte: „Wir sollten alle, die unsrer Gesellschaft dienen und zu ihrem Gedeihen beitragen, an diesem Gedeihen interessieren, d. h. ihren Eifer anspornen, ihre Anstrengungen belohnen, sie in der eigenen Achtung und in der des Publikums heben, die Talente an uns fesseln. Von alledem werden wir selber mittelbar und unmittelbar Nutzen ziehen. Dazu kommt, daß die Menschen, die ihr Leben in unsren Diensten zubringen, niemals von Not bedroht sein sollten. Unter der Erniedrigung ihrer einstigen Angestellten müßte die Würde einer großen Verwaltung leiden."

Ostbahn.

A. Krankheit und Alter.

I. Ruhegehälter.

a. Festangestelltes Personal.

Diese Gruppe, welche über 20 000 Beamte und Arbeiter umfaßt, hat eine eigene Pensionskasse, deren Satzungen 1891 genehmigt wurden und in welcher die Mitglieder 3, die Gesellschaft aber 12 % des Lohn- und Gehaltsbudgets einzahlen. Sie bietet folgende Vor-

teile: 1. Nach dem 55. Lebensjahr und dem 25. Dienstjahr ist man, falls man seine Einzahlungen geleistet hat, zu einem Ruhegehalt berechtigt, welcher der Hälfte des Durchschnitts der festen Bezüge während derjenigen sechs Jahre gleichkommt, in denen diese Bezüge am höchsten waren. Die Pension steigt mit jedem weiteren Einzahlungsjahr um ein Sechszigstel der festen Bezüge und kann bis zu drei Vierteln der letzteren steigen, jedoch in keinem Falle höher als bis 9000 Frcs. 2. Im Falle dauernder Arbeitsunfähigkeit hat man schon nach 15 Einzahlungsjahren, ohne Unterschied des Lebensalters, Anspruch auf eine Rente, u. zw. pro Einzahlungsjahr auf ein Sechszigstel bis ein Fünfzigstel des unter 1. angedeuteten Durchschnitts der festen Bezüge. Die gleiche Pension kann unter Umständen auch beim Austritt aus den Diensten der Gesellschaft — ohne Eintritt der Invalidität — erlangt werden. 3. Witwen- und Waisenpensionen im Betrag der Hälfte der Mitgliederpensionen. 4. Die Mindestsätze der Ruhegehälter sind (ohne Rücksicht auf das Alter): nach 15, 20, 25 Einzahlungsjahren 300, 450, 600 Frcs. (Witwen und Waisen 250 bzw. 365 Frcs.). 5. Wer ohne Pensionsbewilligung austritt, hat Anspruch auf Rückerstattung seiner Einzahlungen nebst Zinsen. 6. Falls die Pension nicht über 2000 Frcs. beträgt, erhält das pensionierte Mitglied aus der späterhin zu erwähnenden Versorgungskasse jährlich den Betrag eines während der Aktivität bezogenen einmonatlichen Lohnes oder Gehaltes.

1897 dotierte die Gesellschaft die Pensionskasse mit 4759917 Frcs., während die Kasse 6 204 689 Frcs. auszahlte, wobei die Unfallpensionen nicht mitgerechnet sind. Außerdem gelangten an Angestellte, die den Dienst verließen, ohne auf eine Rente Anspruch zu haben, rund 100 000 Frcs. an Einzahlungen und Zinsen zur Rückerstattung.

b. Nicht festangestelltes Personal.

Den Angehörigen dieser Gruppe wird von ihren Bezügen nichts für Ruhegehälter abgezogen. Sie sind zu Pensionen berechtigt, die etwa derjenigen der Gruppe a entsprechen; das Gleiche gilt von ihren Witwen- und Waisenrenten. Diese Gelder werden dem Reingewinn entnommen und betragen mindestens: nach 15, 20, 25 Dienstjahren — ohne Unterschied des Lebensalters — 200, 300, 400 Frcs. (Witwen und Waisen 150, 200, 250 Frcs.). — An Mitglieder dieser Gruppe, bezw. deren Witwen und Waisen wurden 1897 rund 680 000 Frcs. bezahlt.

II. Sonstige Vergünstigungen (Hülfskasse).

In die Hülfskasse zahlen die festangestellten Beamten 1 pCt. ihrer festen Bezüge und die Gesellschaft ebensoviel ein. Ihre Leistungen sind: 1. Ärztlicher Beistand für sämtliche kranke Angestellte ohne Unterschied, sowie Medikamente, Bäder, Bandagen und alle sonstigen erforderlichen Heilbehelfe, bei großer Hitze oder Kälte des Wetters auch Gratisverteilung von Gesundheitsgetränken. Die Gehälter der 170 Gesellschaftsärzte fallen nicht der Kasse, sondern der Gesellschaft zur Last. 2. Krankengelder. Verschuldet der Dienst die Erkrankung oder Verletzung, so erhält man während der ersten drei Monate der Arbeitsunfähigkeit — gewöhnlich sogar bis zur gänzlichen Genesung bezw. Pensionierung — den vollen Gehalt. Kann die Verletzung oder sonstige Erkrankung nicht dem Dienst zugeschrieben werden, so bekommt man zehn Wochen lang — sehr oft auch länger — den vollen Gehalt, wenn man festangestellt ist; die vorübergehend Angestellten empfangen auf Kosten der Gesellschaft zwei Wochen lang den halben Lohn, während die Krankengelder der ersteren Gruppe zur Hälfte von der Hülfskasse getragen werden. 3. Wird ein arbeitsunfähig gewordener definitiv Angestellter ohne Pensionsanspruch entlassen, so erhält er von der Hülfskasse nicht nur seine eigenen Einzahlungen nebst Zinsen zurück, sondern auch die auf ihn entfallenden gleich hohen Einzahlungen der Gesellschaft, d. h. je 1 pCt. seiner Bezüge. Der vorübergehend Angestellte erhält im gleichen Falle von der Gesellschaft eine angemessene Entlassungs-Unterstützung, deren Höhe sich nach der Zahl seiner Dienstjahre und seiner Kinder richtet. 4. Außergewöhnliche Unterstützungen bei Verlegenheiten infolge von Familienereignissen, Krankheiten im Hause u. s. w. 1897 gab die Hülfskasse für solche Zwecke über 116 000, die Gesellschaft über 43 000 Frcs. aus. 5. Begräbnisgelder; dieselben werden, wenn der Tod durch den Dienst verschuldet ist, ausschließlich von der Gesellschaft getragen werden. 6. Sterbegelder (in der Höhe der viermonatlichen Bezüge) für die Hinterbliebenen der Festangestellten. Die Hälfte zahlt die Gesellschaft. Diese bewilligt lediglich auf eigene Kosten auch den Hinterbliebenen des vorübergehend angestellten Personals angemessene Sterbegelder.

1897 opferte die Ostbahngesellschaft für alle unter II. erwähnten Zwecke 1 694 285 Frcs. (Einzahlungen 375 451, Heildienst 234 514, Kranken- und Sterbegelder 1 035 095, Gesundheitsgetränke 49 225), während die Hülfskasse selbst 646 219 Frcs. ausgab.

B. Einkommens-Ergänzungen.

1. Das aktive Zugspersonal bezieht Erhaltungs-, Kranken-, Heizersparnis- und andere Prämien, die auf das Lohn- und Gehaltkonto kommen und sich 1897 auf rund 2 226 000 Frcs. beliefen. Zahlreiche (1897 über 8000) Angestellte erhalten Gratifikationen: 1897 über 1 136 000 Frcs.

2. Mehr als 3650 Angestellte haben freie Wohnung nebst Beleuchtung und Heizung. Der Mietwert der unentgeltlichen Wohnungen beträgt durchweg 10 pCt. des Gehaltes oder Lohnes und wird ins Budget der festen Bezüge eingestellt.

3. Sehr freigebig berechnete, meist einen Gewinn übrig lassende Umzugs- und Versetzungskosten; 1897 rund 2 672 000 Frcs.

4. Kohlen zum Selbstkostenpreis für verheiratete Angestellte.

5. Den uniformierten Beamten werden die Uniformen zu zwei Dritteln der Selbstkosten geliefert.

6. Die Festangestellten, deren Jahreseinkommen 2000 Frcs. nicht übersteigt, erhalten, wenn sie drei Kinder unter 18 Jahren haben, eine Monatszulage von 4 Frcs., für jedes weitere Kind 2 Frcs. 1897: über 101 000 Frcs.

7. Teuerungszulagen an Orten mit kostspieligen Lebensmitteln oder in Zeiten besonderer Teuerung. 1897: rund 117 000 Frcs.; in Paris allein während der Weltausstellung von 1889 über 416 000 Frcs.

8. Die 20 Konsumvereine des Personals werden von der Gesellschaft unterstützt; 1897 rund 59 000 Frcs.

9. Eine Anzahl von Fach- und Elementarschulen für die Kinder der Angestellten, sowie 190 verschiedenartige Studienstipendien.

10. Bei der Besetzung von Anstellungen werden in erster Reihe die Angehörigen des Gesellschaftspersonals berücksichtigt.

1897 gab die Ostbahn für Wohlfahrtszwecke — ohne die Prämien u. dergl. mitzurechnen — nahezu 9 Millionen Frcs. aus, d. i. $^2/_3$ pCt. des Lohn- und Gehaltbudgets oder $45^2/_3$ pCt. der Aktiendividende.

Staatsbahnen.

A. Krankheit und Alter.

I. Pensionskasse der fest Angestellten.

Diese Kasse wird gespeist: 1. durch 5 pCt. der festen Bezüge der betreffenden Beamten und Arbeiter; 2. durch 10 pCt. des Lohn- und Gehaltbudgets (1. wird vom Personal, 2. von der Bahnverwaltung eingezahlt); 3. durch die Zinserträgnisse des Kassenvermögens; 4. durch

allerlei Spenden und Subventionen der Staatsbahnverwaltung; 5. durch einen Teil der Strafgelder. Bei Austritt oder Entlassung erfolgt die Rückerstattung der Einzahlungen, jedoch ohne Interessen; desgleichen im Todesfall.

Die Pensionsberechtigung tritt nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren ein. Unter besonderen Umständen, die im Reglement genau umschrieben sind, kann auch schon früher die Berechtigung wenigstens teilweise eintreten. Die Normalpension wird genau so bemessen wie bei der Ostbahn. Erfolgt die Pensionierung vor der normalen Zeit, so wird die Altersrente für jedes Jahr unter 25 Dienstjahren um ein Fünfzigstel der festen Durchschnittbezüge verringert; aber bei Zugspersonal, das nach 50 Lebens- und 20 Dienstjahren arbeitsunfähig geworden ist, tritt keine solche Verringerung ein. Es giebt auch eine große Kategorie von Angestellten, deren Pensionsberechtigung mit dem 55. Lebensjahr ohne das Erfordernis einer 25jährigen Dienstzeit eintritt; sie erhalten pro Dienstjahr ein Fünfzigstel der Durchschnittsbezüge ihrer letzten sechs Dienstjahre. Niemandes Ruhegehalt kann drei Viertel der Durchschnittsbezüge seiner sechs letzten Dienstjahre übersteigen, und der Höchstbetrag einer Jahrespension ist 6000 Frcs.

Sobald man in den Genuß des Ruhegehaltes eintritt, hat man das Recht, seine gesamten Pensionskassen-Einzahlungen zurückzuverlangen; doch ermäßigt sich diesfalls die Pension auf die Hälfte. Die Witwen- oder Waisenpension beträgt die Hälfte der Eigenpension; ist eine Witwe mit Kindern da, so wird die Pension zwischen jener und diesen geteilt. Stirbt man in der Ausübung des Dienstes, so haben die Angehörigen schon nach 15 Dienstjahren Anspruch auf ihre volle Pension, vorausgesetzt, daß der Verstorbene seit mindestens drei Jahren verheiratet war.

II. Hülfsverein des nicht festangestellten Personals.

1880 unter dem Protektorat der Bahnverwaltung gegründet, bezweckt dieser Verein, seinen Mitgliedern Unterstützungen und Ruhegehälter, ihren Hinterbliebenen aber Witwen- und Waisen-Pensionen zu verschaffen; sind weder Frau noch Kind vorhanden, so werden die dem verstorbenen Mitglied etwa zur Last gefallenen Eltern unterstützt. Die Zulassung zur Mitgliedschaft ist an folgende Bedingungen geknüpft: mindestens sechs Dienstmonate und 18 Lebensjahre, höchstens 45 Lebensjahre. Die Leitung des Vereins besteht aus dem Direktor der Staatsbahnen, sechs von ihm ernannten Beisitzern und sieben von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern.

B. Einkommens-Ergänzungen.

1. Das aktive Zugspersonal bezieht Erhaltungs-, Kranken-, Heizersparnis- und andere Prämien, die auf das Lohn- und Gehaltkonto kommen und sich 1897 auf rund 2 226 000 Frcs. beliefen. Zahlreiche (1897 über 8000) Angestellte erhalten Gratifikationen: 1897 über 1 136 000 Frcs.

2. Mehr als 3650 Angestellte haben freie Wohnung nebst Beleuchtung und Heizung. Der Mietwert der unentgeltlichen Wohnungen beträgt durchweg 10 pCt. des Gehaltes oder Lohnes und wird ins Budget der festen Bezüge eingestellt.

3. Sehr freigebig berechnete, meist einen Gewinn übrig lassende Umzugs- und Versetzungskosten; 1897 rund 2 672 000 Frcs.

4. Kohlen zum Selbstkostenpreis für verheiratete Angestellte.

5. Den uniformierten Beamten werden die Uniformen zu zwei Dritteln der Selbstkosten geliefert.

6. Die Festangestellten, deren Jahreseinkommen 2000 Frcs. nicht übersteigt, erhalten, wenn sie drei Kinder unter 18 Jahren haben, eine Monatszulage von 4 Frcs., für jedes weitere Kind 2 Frcs. 1897: über 101 000 Frcs.

7. Teuerungszulagen an Orten mit kostspieligen Lebensmitteln oder in Zeiten besonderer Teuerung. 1897: rund 117 000 Frcs.; in Paris allein während der Weltausstellung von 1889 über 416 000 Frcs.

8. Die 20 Konsumvereine des Personals werden von der Gesellschaft unterstützt; 1897 rund 59 000 Frcs.

9. Eine Anzahl von Fach- und Elementarschulen für die Kinder der Angestellten, sowie 190 verschiedenartige Studienstipendien.

10. Bei der Besetzung von Anstellungen werden in erster Reihe die Angehörigen des Gesellschaftspersonals berücksichtigt.

1897 gab die Ostbahn für Wohlfahrtszwecke — ohne die Prämien u. dergl. mitzurechnen — nahezu 9 Millionen Frcs. aus, d. i. $^2/_3$ pCt. des Lohn- und Gehaltbudgets oder $45^2/_3$ pCt. der Aktiendividende.

Staatsbahnen.

A. Krankheit und Alter.

I. Pensionskasse der fest Angestellten.

Diese Kasse wird gespeist: 1. durch 5 pCt. der festen Bezüge der betreffenden Beamten und Arbeiter; 2. durch 10 pCt. des Lohn- und Gehaltbudgets (1. wird vom Personal, 2. von der Bahnverwaltung eingezahlt); 3. durch die Zinserträgnisse des Kassenvermögens; 4. durch

allerlei Spenden und Subventionen der Staatsbahnverwaltung; 5. durch einen Teil der Strafgelder. Bei Austritt oder Entlassung erfolgt die Rückerstattung der Einzahlungen, jedoch ohne Interessen; desgleichen im Todesfall.

Die Pensionsberechtigung tritt nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren ein. Unter besonderen Umständen, die im Reglement genau umschrieben sind, kann auch schon früher die Berechtigung wenigstens teilweise eintreten. Die Normalpension wird genau so bemessen wie bei der Ostbahn. Erfolgt die Pensionierung vor der normalen Zeit, so wird die Altersrente für jedes Jahr unter 25 Dienstjahren um ein Fünfzigstel der festen Durchschnittbezüge verringert; aber bei Zugspersonal, das nach 50 Lebens- und 20 Dienstjahren arbeitsunfähig geworden ist, tritt keine solche Verringerung ein. Es giebt auch eine große Kategorie von Angestellten, deren Pensionsberechtigung mit dem 55. Lebensjahr ohne das Erfordernis einer 25jährigen Dienstzeit eintritt; sie erhalten pro Dienstjahr ein Fünfzigstel der Durchschnittsbezüge ihrer letzten sechs Dienstjahre. Niemandes Ruhegehalt kann drei Viertel der Durchschnittsbezüge seiner sechs letzten Dienstjahre übersteigen, und der Höchstbetrag einer Jahrespension ist 6000 Frcs.

Sobald man in den Genuß des Ruhegehaltes eintritt, hat man das Recht, seine gesamten Pensionskassen-Einzahlungen zurückzuverlangen; doch ermäßigt sich diesfalls die Pension auf die Hälfte. Die Witwen- oder Waisenpension beträgt die Hälfte der Eigenpension; ist eine Witwe mit Kindern da, so wird die Pension zwischen jener und diesen geteilt. Stirbt man in der Ausübung des Dienstes, so haben die Angehörigen schon nach 15 Dienstjahren Anspruch auf ihre volle Pension, vorausgesetzt, daß der Verstorbene seit mindestens drei Jahren verheiratet war.

II. Hülfsverein des nicht festangestellten Personals.

1880 unter dem Protektorat der Bahnverwaltung gegründet, bezweckt dieser Verein, seinen Mitgliedern Unterstützungen und Ruhegehälter, ihren Hinterbliebenen aber Witwen- und Waisen-Pensionen zu verschaffen; sind weder Frau noch Kind vorhanden, so werden die dem verstorbenen Mitglied etwa zur Last gefallenen Eltern unterstützt. Die Zulassung zur Mitgliedschaft ist an folgende Bedingungen geknüpft: mindestens sechs Dienstmonate und 18 Lebensjahre, höchstens 45 Lebensjahre. Die Leitung des Vereins besteht aus dem Direktor der Staatsbahnen, sechs von ihm ernannten Beisitzern und sieben von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern.

In die Vereinskasse fließen: 1. 3 pCt. der festen Bezüge der Mitglieder; machen diese 3 pCt. weniger aus als 3 Frcs. monatlich, so haben die betreffenden Mitglieder, um alle Vorteile der Kasse genießen zu können, das Recht, monatlich 3 Frcs. einzuzahlen. 2. Die freiwilligen Beiträge der Ehrenmitglieder (nicht unter 2 Frcs. monatlich). 3. Die Subvention der Bahnverwaltung. 4. Der Ertrag des beweglichen und des unbeweglichen Vereinsvermögens. 5. Allerlei Spenden und Vermächtnisse. 6. Die Einzahlungen (bis zu 400 Frcs. pro Kopf) der vor dem 55. Lebensjahr zur Pensionsberechtigung zugelassenen Mitglieder, die sich dadurch eine höhere Altersrente sichern dürfen. 7. Ein Teil der Strafgelder des nicht festangestellten Personals.

Wird ein Mitglied fest angestellt, so hört es auf, Mitglied zu sein und erhält den Betrag seiner eigenen Einzahlungen unverzinst zurück. Die Pensionsberechtigung der Mitglieder erfolgt nach Ablauf des 55. Lebensjahres, bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit auch früher. Die Höhe der Ruhegehälter hängt von dem alljährlich durch die Generalversammlung zu beschließenden Zinsfuß ab, zu welchem die Einzahlungen der pensionsberechtigten Vereinsmitglieder jeweilig verzinst werden. Alle übrigen Einzahlungen kommen bei der Rentenberechnung nur zur Hälfte in Betracht. Übrigens gewährt der Verein, wie gesagt, auch Unterstützungen. Diese sind, je nach den besonderen Verhältnissen, vorübergehende oder regelmäßige.

B. Einkommens-Ergänzung.

Die Materialienverwaltung der Staatsbahnen verschafft dem Personal und den bei diesem wohnenden Angehörigen die üblichen Gebrauchsartikel zu sehr mäßigen Preisen unter Zugrundelegung des Konsumvereinsprinzips der Selbstkosten, doch mit der Beschränkung, daß niemand für mehr als ein Drittel des Gehaltes oder Lohnes Waren beziehen kann. Wahrscheinlich soll diese Bestimmung zur Sparsamkeit anregen. Die Leitung dieser Spareinrichtung „Ökonomat" liegt in den Händen eines vom Direktor der Bahnverwaltung ernannten Ausschusses.

Südbahn.

A. Krankheit und Alter.

I. Pensionen.

Die Altersversorgungskasse wurde 1856 gegründet; ihre jetzige Organisation stammt aus den Jahren 1891 und 1894. Sie kommt

den fest Angestellten und den Arbeitern der Magazine und Werkstätten zu gute. Die Mitglieder zahlen 3 pCt. ihrer Bezüge ein, die Gesellschaft schießt 15 pCt. der Gesamtbezüge der Mitglieder zu. Die Pensionsberechtigung tritt nach 55 Lebens- und 25 Einzahlungsjahren ein und zwar mit der Hälfte des Durchschnitts der Bezüge der letzten sechs Dienstjahre; sollte jedoch der Durchschnitt der Bezüge sämtlicher Dienstjahre ein für das Mitglied günstigerer sein, so erfolgt die Berechnung des Ruhegehalts auf dieser Grundlage. Für jedes Dienstjahr über das 25. hinaus wird ein Fünfzigstel des Durchschnitts der betreffenden Bezüge hinzugefügt, doch kann die Pension nicht zwei Drittel des Durchschnitts übersteigen und auch nicht höher sein als 8000 Frcs. Wer arbeitsunfähig wird, kann schon nach 15 Einzahlungsjahren pensionsberechtigt werden; er bezieht dann für jedes Dienstjahr ein Fünfzigstel des Durchschnitts.

Wer vor Eintritt der Pensionsberechtigung austritt oder abgesetzt oder entlassen wird, hat nur auf die Erstattung seiner Einzahlungen ohne Zinsen Anspruch. Doch bewilligt die Gesellschaft in vielen solchen Fällen dennoch kleinere Ruhegehälter, vorausgesetzt, daß der Betreffende mindestens 15 Einzahlungsjahre hinter sich hat und nicht wegen Widersetzlichkeit, Trunksucht, Veruntreuung oder andauernd schlechter Dienstleistung entlassen worden ist. Ungeschiedene Witwen haben Anspruch auf die Hälfte der Eigenpension, falls die Verheiratung wenigstens fünf Jahre vor dem Aufhören der Dienstleistung — event. vor dem Tode — des Angestellten erfolgt ist. Fehlt es an einer pensionsbefugten Witwe, so treten die etwaigen Waisen unter 18 Jahren in den Genuß der gleich hohen (d. h. halben) Rente ein, bis sie großjährig werden. Die Hinterbliebenen von Angestellten mit weniger als 15 Dienstjahren bekommen keine Rente, sondern nur die Hälfte der Einzahlungen des Verstorbenen unverzinst zurück.

Die Kasse zählte am 31. Dezember 1897 rund 15 000 Mitglieder und 4728 Pensionäre, von denen mehr als die Hälfte im Genuß der Normalrente waren. Im Laufe des Jahres 1897 gelangten Ruhegehälter im Betrag von nahezu 3 Millionen Francs zur Auszahlung. Das Kassenvermögen beläuft sich gegenwärtig auf rund 63 Millionen Francs.

II. Hülfskasse.

Die Mitglieder zahlen 2, die Gesellschaft 1½ pCt. der Bezüge ein. Leistungen: unentgeltliche Behandlung nebst Heilmitteln; Krankengelder in der Höhe des halben Lohnes oder Gehaltes; Wochenbett-

Zuschüsse; Leichengelder; Unterstützung von Mitgliedern, die wegen vorzeitiger Gebrechen den Dienst verlassen müssen. (Wer im Dienst vorübergehend arbeitsunfähig wird, erhält von der Gesellschaft während der ganzen Dauer der Krankheit den vollen Lohn oder Gehalt). 1897 hatte die Kasse 15 649 Mitglieder.

B. Einkommens-Ergänzungen.

1. Die Gesellschaft liefert ihren Angestellten zum Selbstkostenpreise Lebensmittel, Heizmaterial und Kleidungsstücke. 1897 wurden Waren für rund 3 400 000 Frcs. bezogen.

2. Das gesellschaftliche Speisehaus zu Bordeaux verabreichte 1897 an Angestellte rund 175 000 Mahlzeiten zum Selbstkostenpreise (durchschnittlich 47 Centimes).

3. In demselben Jahre gewährte die Gesellschaft ihrem Personal 438 627 Frcs. an Teuerungszuschüssen, Uniformierungsbeiträgen u. s. w.

4. Im gleichen Zeitraum wurden an würdige Angestellte Gratifikationen im Betrag von über $1^1/_2$ Millionen Francs ausgezahlt.

5. Gratisunterricht von 210 Kindern in der gesellschaftlichen Volksschule zu Morcaux und Dotierung von neun Freiplätzen an einer Mittelschule.

Insgesamt gab die Gesellschaft 1897 für ihre Wohlfahrtseinrichtungen einen Betrag von weit über 6 Millionen Francs aus, welcher 29 pCt. des Lohn- und Gehalts-Budgets entsprach.

Nordbahn.

A. Alter und Krankheit.

I. Ruhegehälter.

Die Pensionsberechtigten zerfallen in drei Gruppen: solche, die vor, solche die nach dem 1. Mai 1896 fest angestellt sind, endlich die sogenannten „Klassifizierten".

1. Für die vor dem 1. Mai 1896 fest Angestellten giebt es zweierlei Ruhegehälter: die eine Art beruht auf Einzahlungen der Berechtigten, die andere auf jährlichen Bewilligungen der Gesellschaft. Für die erste Art werden 3 pCt. der festen Bezüge abgezogen und zu Ansammlungszwecken bei der Nationalen Pensionskasse angelegt. Die sich ergebende Altersrente kann man schon mit 50 Jahren zu beziehen anfangen, es sei denn, daß man noch im Dienst der Gesellschaft bleiben will, welchenfalls die Rente erst mit dem Austritt beginnt.

Die von der Gesellschaft bewilligten Ruhegehälter können nach dem 50. Lebensjahr und dem 25. Dienstjahr für Angestellte mit sitzender, dem 20. für solche mit aktiver Beschäftigung beginnen; wer im Dienst arbeitsunfähig wird, tritt schon früher in den Genuß der Pension ein. Die Bemessung der Renten geschieht pro Dienstjahr mit einem Achtzigstel des Durchschnitts der Bezüge der letzten sechs oder der höchstbezahlten sechs Dienstjahre. Die Gesellschaft hat einen eigenen Pensionsreservefond angelegt, dem sie gegenwärtig jährlich 9 pCt. ihres Lohn- und Gehalts-Budgets zuwendet. 1897 zahlte die Gesellschaft für Pensionen in dieser Gruppe fast 5 Millionen Frcs. aus.

2. Die Altersrenten des nach dem 1. Mai 1896 fest angestellten Personals entstehen aus einem Abzug von 5 pCt. der festen Bezüge und aus Zuschüssen der Gesellschaft. Diese Zuschüsse betragen: während der ersten drei Dienstjahre 5 pCt. der Bezüge des Betreffenden, während der nächsten drei Jahre 7, während der dritten drei Jahre 8, für das 10. bis einschließlich 30. Jahr 9 und darüber hinaus wieder 5 pCt. Die Abzüge und die Zuschüsse werden vierteljährlich in die Nationale Pensionskasse eingezahlt und zwar auf das Konto jedes einzelnen Berechtigten. Jeder Kontoinhaber erhält ein Einlagebüchlein, das unter allen Umständen sein Eigentum bleibt, auch wenn er, aus welchem Grund immer, die Dienste der Gesellschaft verläßt. Die Bezugsbefugnis beginnt mit dem 50. Lebensjahre oder später, falls man sich erst später zur Ruhe setzen will, spätestens jedoch nach Ablauf des 65. Lebensjahres. 1897 wurden dem Personal dieser Gruppe 121 487 Frcs. abgezogen; die betreffenden Zuschüsse der Gesellschaft machten rund 89 000 Frcs. aus. Zusammen rund 210 000 Frcs.

3. In der dritten Gruppe entstehen die Pensionen in derselben Weise wie in der zweiten, nur sind die Prozentsätze verschieden. Die Abzüge betragen nur 3 pCt. und die Zuschüsse der Bahnverwaltung ermäßigen sich ebenfalls, und zwar belaufen sie sich in den ersten fünf Dienstjahren auf 3 pCt. der festen Bezüge des Betreffenden, in den nächsten neun Jahren auf 4, in den folgenden 16 Jahren auf 5 und nach dem 30. Jahr wieder auf 3 pCt. Die vor dem 1. Mai 1896 in die Dienste der Gesellschaft getretenen „klassifizierten" Angestellten brauchen sich, wenn sie nicht wollen, keine Abzüge gefallen zu lassen; dann leistet die Verwaltung ihnen aber auch keine Zuschüsse. 1897 betrugen die Abzüge rund 296 000, die Zuschüsse zufällig ebenso viel; insgesamt etwas über 593 000 Frcs.

II. Anderes.

1. Zulagen von je 50 bis 200 Frcs. an verheiratete Angestellte, die bei einem Jahreseinkommen von unter 1800 Frcs. mehr als zwei Kinder haben. (1897 rund 270 000 Frcs.).

2. Vorübergehende Unterstützung von würdigen, durch Krankheit oder sonstiges Mißgeschick in Geldverlegenheit geratenen Beamten oder Arbeitern. (1897 rund 82 000 Frcs.).

3. Unentgeltliche ärztliche Behandlung (es sind 215 Bahnärzte angestellt) und für die ärmeren Arbeiter auch unentgeltliche Heilmittel. Dieser Posten verschlang im Jahre 1897 über 710 000 Frcs.

4. Verteilung von Gesundheitsgetränken und Leichengeldzuschüssen.

B. Sonstige Einkommens-Ergänzungen.

1. An mehreren Punkten des Bahnnetzes bestehen sogenannte „Ökonomate", die den in der betreffenden Gegend Angestellten alle Arten von Lebensmitteln weit unter den üblichen Preisen in den besten Qualitäten liefern, auch Heizkohle, diese mit einer Ersparnis von 28 pCt.

2. Teils Freiquartier, teils sehr billige Wohnungen in den gesundheitlich trefflich eingerichteten Arbeiterkolonien, die an vielen Knotenpunkten gegründet worden sind.

3. In Notfällen — namentlich bei Familienereignissen — Darlehen zu nur 2 pCt. Zinsen aus dem „Léon Say-Fonds" von 100 000 Frcs. Vom 1. Juni 1896 bis 1. Juni 1898 nahmen 735 Angestellte 115 000 Frcs. in Anspruch. Dieser von der Bahnverwaltung gestiftete Fond wird von einem Fünfer-Ausschuß verwaltet, den das Personal wählt.

4. Pünktlichkeitsprämien für regelmäßig rechtzeitiges Ablassen der Züge, Streckenprämien und Prämien für sparsames Umgehen mit dem Heiz- und Schmiermaterial.

5. Bei Vakanzen werden die Angehörigen der Angestellten bei der Anstellung bevorzugt.

6. Alljährlich erhalten einige Töchter von Angestellten Mitgiftbeiträge von je 1000 Frcs.

7. Allerlei Schulbeiträge, Stipendien und Studienstiftungen, auch für höhere Schulen. Ferner eine Lehrlingsfachschule in La Chapella für Arbeitersöhne, die sich beizeiten für den Bahndienst vorbereiten wollen.

Westbahn.

A. Alter und Krankheit.

I. Ruhegehälter.

1. Festangestelltes Personal. Die Pensionen dieser Gruppe werden teils in der Pensionskasse der Gesellschaft, teils in der Nationalen Pensionskasse aufgesammelt. Die erstere wird von der Bahnverwaltung durch 12 pCt. des Lohn- und Gehaltsbudgets gespeist, während behufs Anlegung bei der zweiten dem Personal 4 pCt. der Bezüge abgezogen werden. Die normale Rente beträgt die Hälfte des Durchschnitts der Bezüge der sechs letzten Dienstjahre und beginnt beim Zugspersonal nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren, bei den übrigen Arbeitern und Beamten fünf Jahre später. Für jedes weitere Dienstjahr kommt ein Sechzigstel des Durchschnitts hinzu. Insofern das Guthaben eines Pensionsberechtigten bei der Nationalen Kasse zur Zeit seiner Pensionierung nicht zur Erzielung des satzungsmäßigen Ruhegehalts ausreicht, erfolgt die notwendige Ergänzung seitens des gesellschaftlichen Pensionsfonds. Im allgemeinen muß der letztere zwei Drittel der Normalrente zuschießen, da die Ansammlung seitens der Berechtigten in der Regel nur ein Drittel ergiebt. Eintritt etwaiger Dienstunfähigkeit berechtigt schon vor der Zeit zu einer Pension, deren Höhe sich nach der Länge der Dienstzeit richtet. Bezüglich der Witwen- und Waisenrenten gilt dasselbe wie bei der Mehrheit der bisher angeführten Gesellschaften. Keine Eigenpension darf unter 500 und keine Witwenrente unter 250 Frcs. betragen.

Am 31. Dezember 1897 gab es 28 900 einzahlende Altersversorgungsberechtigte und rund 7000 Pensionäre, darunter rund 3000 Witwen und Waisen. Im Laufe des Jahres 1897 gelangten Ruhegehälter im Betrag von nahezu 5 Millionen Francs zur Auszahlung, während der Zuschuß der Gesellschaft zum Pensionsfond weit über 5½ Millionen Francs ausmachte.

2. Vorübergehend angestelltes Personal. Seit 1881 werden die Arbeiter aller Dienstzweige zur festen Anstellung zugelassen und können daher an den Pensionskassen teilnehmen. Doch giebt es immerhin eine Anzahl solcher, die wegen ihres Alters nicht mehr zugelassen werden konnten. Diesen ist ein Ruhegehalt von 365 Frcs. jährlich zugesichert. 1897 gelangten über 68 000 Frcs. zur Auszahlung.

II. Verschiedenes.

1. Unentgeltliche ärztliche Behandlung des fest angestellten Personals, auch der Angehörigen. Wer nicht mehr als 3000 Frcs. Einkommen hat, erhält auch die Heilmittel umsonst (1897 über 364 000 Frcs.). Verteilung von Gesundheitsgetränken.

2. Krankengelder in der Höhe der halben Bezüge drei Monate lang, sehr oft auch länger. Begräbniszuschüsse bis zum Belaufe eines Zehntels der Jahresbezüge des Verstorbenen, speziell in Paris überdies 50 Frcs. zum Ankauf eines Grundstückes fürs Grab.

3. Vorübergehende Unterstützungen in berücksichtigenswerten Fällen von Geldverlegenheit infolge Krankheit oder Familienzuwachses (1897 rund 428 000 Frcs.).

4. Hülfskasse des vorübergehend angestellten Personals der Werkstätten und Magazine behufs Erlangung unentgeltlicher ärztlicher Behandlung und Heilmittel, ferner von Kranken- und Begräbnisgeldern ꝛc. In diese Kasse zahlen die Mitglieder und die Bahnverwaltung je 2 pCt. der Löhne und Gehälter ein. 1897 leistete die Gesellschaft an diese Kasse über 75 000 Frcs.

B. Sonstige Einkommens-Ergänzungen.

1. Ein seit 1875 bestehendes „Ökonomat" liefert allerlei Gebrauchsartikel und Lebensmittel zu niedrigen Preisen. 1897 betrug der Umsatz rund 1 126 000 Frcs.

2. Wer bei einem Einkommen von nicht über 1600 Frcs. mehr als zwei Kinder unter 16 Jahren hat, erhält für das dritte bis sechste Kind eine Jahreszulage von je 24 Frcs. Wohnt er in Städten mit hohen Lebensmittelpreisen, so tritt noch eine Teuerungszulage von jährlich 60—120 Frcs. hinzu. 1897 gab die Gesellschaft für diese beiden Zuschußgattungen rund 700 000 Frcs. aus.

3. Freiquartier (nebst Heizung und Beleuchtung) für die Stationschefs, die Bahnwärter u. s. w., Schlafzimmer, Badestuben, Waschräume u. s. w. für das Zugpersonal. Uniformierungsbeiträge (1897 über 97 000 Frcs.).

4. Zahlreiche Angestellte mit weniger als 1800 Frcs. jährlich erhalten Wohnungszulagen von 50—250 Frcs. In Zeiten ganz besonderer Teuerung (schlechte Ernten, strenge Winter u. s. w.) bekommen viele Angestellte, die weniger als 2400 Frcs. beziehen, Teuerungszulagen (während der Pariser Weltausstellung von 1889 605 000 Frcs.).

5. Unverzinsliche, in Monatsraten bis zu einem Zehntel der Bezüge zu tilgende Darlehen (1897 nahezu 98 000 Frcs.).

6. Freie Fahrt für sämtliche Angestellte, zum Teil auch für deren Gattinnen und Kinder; für die übrigen Angehörigen Nachlässe von 50—90 pCt. der Fahrpreise, desgleichen für die Hinterbliebenen. (Diese Begünstigungen werden übrigens — mutatis mutandis — von den meisten anderen Bahnverwaltungen ebenfalls gewährt.)

7. Innerhalb der Pariser Centrale bestehen seit 1875 eine Kinderschule, eine Krippe und eine Kleinkinderbewahranstalt (1897 rund 1000 Kinder). In Verbindung damit steht eine Arbeitsschule, welche 1897 über 500 Frauen von Bahnarbeitern beschäftigte, die fast 38 000 Frcs. verdienten. 1897 betrugen die Barauslagen der Gesellschaft unter diesen zwei Titeln rund 95 000 Frcs. Dazu kommen Freiplätze in mehreren Waisenschulen und zehn Studienstipendien.

8. Bevorzugung der weiblichen Angehörigen oder Hinterbliebenen bei der Besetzung aller durch weibliche Kräfte besetzbaren Stellen (1897 fast 4000 Personen mit Löhnen von mehr als 640 000 Frcs.). Auch die Söhne werden bevorzugt.

9. Allerlei Prämien und Gratifikationen, Preisermäßigung um ein Drittel in den Bahnrestaurants, Fortbezug des vollen Lohns oder Gehalts während des jährlichen Urlaubs u. s. w.

Die Kosten aller Wohlfahrtseinrichtungen der Westbahn kommen dieser jährlich auf rund 25 pCt. ihres Lohn- und Gehaltsbudgets zu stehen.

Paris-Lyon- und Mittelmeer-Bahn.

A. Alter und Krankheit.

I. Ruhegehälter.

1. Gesellschaftliche Pensionskasse.

Diese wurde 1856 ins Leben gerufen und 1864 gänzlich umgestaltet. Das Reglement hat mehrmals Abänderungen erfahren, die dem Personal immer größere Vorteile boten — zuletzt 1895. Die zum Genuß dieser Vorteile berechtigten Angestellten sind durchweg solche, die vor dem 1. Mai 1895 fest angestellt wurden.

In die Kasse fließen 6 pCt. Entlohnungsabzüge der Berechtigten und 10 pCt. dieser Entlohnungen als Zuschuß der Gesellschaft. Eintritt der Pensionsberechtigung nach 55 Lebens- und 25 — unter Umständen auch schon weniger — Dienstjahren, im Fall der Arbeitsunfähigkeit bereits nach mindestens 15 Dienstjahren ohne Rücksicht auf

das Alter. Für jedes Dienstjahr wird ein Fünfzigstel des Durchschnitts der Bezüge berechnet. Witwen oder minderjährige Waisen erhalten die Hälfte der Eigenpension. Verläßt ein Angestellter die Dienste der Gesellschaft, ehe er einen Pensionsanspruch erworben hat, so erhält er seine Einzahlungen ohne Zinsen zurück; im Todesfall werden dieselben den Hinterbliebenen ausgefolgt.

Am 1. Januar 1898 hatte die Kasse über 36 900 Mitglieder, rund 12 200 Pensionäre (Durchschnittspension 900 Frcs.) und ein Vermögen von mehr als 130 Millionen Francs.

2. Nationale Pensionskasse.

Für das vorübergehend angestellte Personal, d. h. die in Rotten und Belegschaften arbeitenden Angestellten — Schienenleger, Werkstättenarbeiter u. dgl. — sorgte die Gesellschaft früher nur durch einmalige Entlassungsabfindungen oder kleine Leibrenten. Gegenwärtig aber sind auch ihnen Pensionen gesichert, und zwar werden diese bei der Nationalen Pensionskasse aufgesammelt. Gleichartige Ruhegehälter kommen auch jenem Teil des festangestellten Personals zugute, der erst nach dem 1. Mai 1895 in die Dienste der Gesellschaft getreten ist.

Den Betreffenden werden 4 pCt. ihrer Bezüge abgezogen und nebst 4—6 pCt., die die Bahnverwaltung — je nach dem Dienstalter — zuschießt, in der Nationalen Kasse angelegt. Jeder Befugte bekommt ein Einlagebüchlein, das unter allen Umständen sein oder, falls er vor der Pensionierung stirbt, seiner Erben Eigentum bleibt, auch wenn er aus welchen Gründen immer austritt. Was die verheirateten Angestellten dieser Gruppe betrifft, so wird der aus ihren eigenen Einzahlungen aufgesammelte Teil des Ruhegehalts zur Hälfte auf den Namen der Gattin geschrieben, der sich aus den Einzahlungen der Bahnverwaltung ergebende Teil gänzlich auf den Namen des Mannes.

Außerdem bewilligt die Gesellschaft jedem Angehörigen dieser Gruppe nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren — bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit schon nach 15 Dienstjahren ohne Rücksicht auf das Alter — eine einmalige Austrittsentschädigung von mindestens 4 pCt. seines Bezügedurchschnitts pro Dienstjahr. Auch dieses Geld wird zu Altersversorgungszwecken bei der Nationalen Kasse hinterlegt. Ergiebt die normale Entschädigung (4 pCt.) nicht eine Rente von mindestens 1 pCt. pro Dienstjahr, so wird sie von der Gesellschaft ausreichend erhöht, um dieses Minimum zu ergeben. Dieser Rententeil kann, wenn der Berechtigte es wünscht, zur Hälfte auf den Namen seiner Frau

übertragen werden. Die Witwe desjenigen, der nach mindestens 15 Dienstjahren an den Folgen der Ausübung seines Dienstes stirbt, erhält die Hälfte der Austrittsentschädigung, die, falls der Ehemann gelebt hätte, ihm gebührt haben würde.

Die Zahl der Pensionsberechtigten dieser Gruppe betrug Neujahr 1898 nahezu 20 000.

II. Sonstiges.

Unentgeltliche Behandlung nebst Heilmitteln für kranke Angestellte, deren Bezüge 3000 Frcs. nicht übersteigen. Die Kranken erhalten mindestens die Hälfte ihrer Bezüge, oft die ganzen. Im Sommer werden kühlende, im Winter erwärmende Gesundheitsgetränke verteilt.

B. Einkommens-Ergänzungen.

1. Billige, gesunde Wohnungen in der Cottage-Kolonie zu Laroche, wo die Gesellschaft 124 Wohnungen zu 2, 3 oder 4 Pièces für nur je 120, 140 oder 180 Frcs. pro Jahr vermietet. Für jährlich 10 Frcs. kann man dazu einen Garten von 18 Ar haben. Diese Mietspreise verzinsen das Unternehmerkapital mit 3,4 pCt. In Oullins vergiebt die Bahnverwaltung rund 160 Wohnungen à 180—252 Frcs., in Paris und Veynes zusammen 86 Wohnungen.

2. In Paris unterhält die Gesellschaft einen Arbeitssaal, in dem 62 Mädchen — Töchter von Angestellten — Wäsche nähen und ausbessern lernen und zweimal wöchentlich Arbeiterfrauen Hausindustrieaufträge erhalten. Ähnliche Einrichtungen bestehen in Laroche und Villeneuve. An diesen zwei Orten giebt es auch Kinderschulen und Bewahranstalten. Ferner bestreitet die Verwaltung die Erziehungskosten von 152 Waisen ihres Personals in verschiedenen Anstalten Frankreichs und Algeriens.

3. Speisehäuser in Paris und Villeneuve in Verbindung mit den Werkstätten. Unterstützung der zahlreichen Konsumvereine des Personals. Viele Angestellte bekommen Wohnungs-, Feuerungs- und Uniformierungs-Zulagen.

Ausgaben der Gesellschaft für ihre Wohlfahrtseinrichtungen im Jahre 1897: Pensionen über 9 200 000 Frcs., Leibrenten, Unterstützungen, Waisenerziehung rund 721 000, Schulen, Arbeitssäle, Speisehäuser u. s. w. 135 000, Ärzte und Heilmittel 557 000, Krankengelder 1 221 000, Wohnungs- und Uniformierungszuschüsse 1 040 000, Verschiedenes rund 141 000 Frcs. Insgesamt über 13 Millionen Francs oder 30 pCt. der Aktiendividende von 1897.

Paris-Orléans-Bahn.

A. Alter und Krankheit.

I. Ruhegehälter.

I. Festangestelltes Personal.

Dieser Klasse von Angestellten hatte die Gesellschaft im Jahre 1844 die Berechtigung zur Gewinnbeteiligung zugesprochen. Sobald die Aktionäre in einem Jahr 20 Millionen Francs an Zinsen und Superdividende erhalten haben, wird von dem etwaigen weiteren Reingewinn dem Personal 15 pCt. überwiesen. Übersteigt das Plus 9 Millionen, so erhält das Personal von den nächsten 3 Millionen nur 10, von dem ferneren Überschuß bloß 5 pCt. als Gewinnanteil. Der Anteil jedes Einzelnen wird bis zum Betrag eines Zehntels seines Lohnes oder Gehaltes in der Nationalen Pensionskasse zu Altersversorgungszwecken angelegt, der etwaige Rest bar ausgezahlt. Da sich nun infolge der starken Vergrößerung des Netzes die Zahl der Anteilbefugten sehr beträchtlich vermehrt hat, und da die erwähnten Anteilsätze leider recht niedrig gegriffen sind, erreichen die Einzelanteile seit 1876 nicht mehr die Höhe von 10 pCt. der festen Bezüge. Um dem abzuhelfen, ergänzt die Bahnverwaltung das an 10 pCt. Fehlende und fügt für jene Angestellte, deren Bezüge unter 3000 Frcs. betragen, jährlich überdies 4 pCt. derselben aus Eigenem hinzu. Die einzelnen Einlagebüchlein bleiben unter allen Umständen das Eigentum der Betreffenden oder ihrer Hinterbliebenen.

Nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren muß die Pension die Hälfte des Durchschnitts der sechs letztjährigen Bezüge ausmachen; genügt das aufgesammelte Kapital hierfür nicht, so ergänzt die Gesellschaft das Fehlende. Für jedes weitere Dienstjahr erhöht sich die Altersrente um ein Vierzigstel (bei den anderen Bahnen nur um ein Achtzigstel bis ein Fünfzigstel) des Durchschnitts, doch kann sie in keinem Fall drei Viertel des letzteren übersteigen. Wer vor dem fünfundzwanzigsten Dienstjahr entlassen wird, dessen Ruhegehalt wird angemessen verringert. Die Witwenpension stellt sich in allen Fällen auf die Hälfte des jeweiligen Eigenanspruches.

1897 kostete die Altersversorgung des fest angestellten Personals der Gesellschaft nahezu 5 Millionen Francs (teils Gewinnanteile, teils Zuschüsse).

2. Vorübergehend angestelltes Personal und Handwerksmeister.

Nach fünf Dienstjahren hat jeder Angehörige dieser beiden Klassen das Recht, zu verlangen, daß ihm künftig 2 pCt. seiner Bezüge abgezogen und zusammen mit einem gleich hohen Zuschuß der Gesellschaft in die Nationale Pensionskasse eingezahlt werden — zu Altersversorgungszwecken auf Grund eines Einlagebüchleins, das sein Eigentum bleibt. Außerdem erhält jeder nach 55 Lebens- und 25 Dienstjahren eine Leibrente von 350 Frcs.; dient er dann weiter, so steigt die Rente um 10 Frcs. pro Dienstjahr, bis sie den Höchstbetrag (400 Frcs.) erreicht; endet der Dienst früher, so verringert sie sich für jedes Jahr um 5 Frcs. Die Witwen-, bezw. Waisenpension beträgt die Hälfte (1897 fast 535 000 Frcs.).

3. Opfer dienstlicher Unfälle.

Die fest Angestellten, die durch einen ihnen in der Ausübung des Dienstes zugestoßenen Unfall arbeitsunfähig werden, haben Anspruch auf ein Ruhegehalt im Betrage der Hälfte des Durchschnitts der Bezüge der letzten sechs Jahre unter Abzug eines Vierzigstels für jedes Dienstjahr unter 25 und eines Achtzigstels für jedes Lebensjahr unter 55; doch kann die Rente in keinem Fall unter 400 Frcs. sein. Angehörige der übrigen Gruppen des Personals erhalten in der gleichen Lage eine einheitliche Pension von 400 Frcs. ohne Rücksicht auf Alter oder Dienstzeit. Die Witwen- bezw. Waisenrente beträgt stets die Hälfte, mindestens aber 300 Frcs. (1897 über 164 000 Frcs.).

II. Verschiedenes.

Kranke oder kinderreiche Angestellte erhalten von der Gesellschaft allerlei Unterstützungen (1897 rund 893 000 Frcs.). Vorzeitig aus dem Dienst entlassene Leute bekamen 1897 insgesamt über 95 000 Frcs. An Beamte und Arbeiter, deren Einkommen hinter 3000 Frcs. zurückbleibt, wurden in demselben Jahre rund 1 132 000 Frcs. verteilt. An sonstige Gratifikationen wendete die Gesellschaft in dem gleichen Zeitraum mehr als 412 000 Frcs. auf. Ärztliche Hülfe erhält das ganze Personal — auch die Angehörigen — unentgeltlich; auf Gratis-Heilmittel hat nur derjenige Anspruch, dessen Einkommen nicht 2100 Frcs. übersteigt (1897 rund 402 000 Frcs.). Als Krankengeld wird der Lohn oder Gehalt gänzlich oder teilweise bezahlt. Gesundheitsgetränke werden verabreicht (1897 über 160 000 Frcs.).

B. Sonstige Einkommens-Ergänzungen.

1. Lieferung von Lebensmitteln, Brennstoffen und Bekleidungsartikeln zu Selbstkostenpreisen (Ersparnis 12—30 pCt.). Im Pariser Arbeiterspeisehaus der Gesellschaft wird für 53 Cent eine aus Suppe, Fleisch, Gemüse und $^1/_4$ Liter Wein bestehende Mahlzeit verabreicht.

2. Lehrkurse und Vorträge für die Lehrlinge der Pariser Werkstätten. Mit den letzteren stehen auch eine Schule und ein Arbeitssaal für die Kinder von Angestellten in Verbindung. Zehn Handelsschul-Freiplätze für Knaben und zehn Waisenhaus-Freiplätze für Mädchen (1897 50 000 Frcs.).

3. Reichliche Unterstützung des Gegenseitigen Hülfsvereins des Personals (Seit 1892 jährlich 100 000 Frcs., früher blos 50—70 000 Frcs.) Zuschüsse zu einzelnen besonderen Ausgabeposten dieses Vereins (1897 rund 32 000 Frcs.). Gewährung von mit nur 3 pCt. verzinslichen Vorschüssen an Baugesellschaften, die sich verpflichten, dem Bahnpersonal billige und gesunde Wohnungen zu vermieten.

1897 wandte die Gesellschaft an ihre Wohlfahrtseinrichtungen insgesamt fast 9 Millionen Francs, d. h. über ein Viertel der Dividende.

II. Litteratur über die Arbeiterfrage.

Recensionen.

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. 8. Jahrgang 1899. Drittes Heft. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1899. (166 S.) Ladenpreis pro Jahrgang 8 *M.*

Kalender und Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1900. Herausgegeben vom Statistischen Bureau des Königlich Sächsischen Ministerium des Innern. Dresden, C. Heinrich, 1899. (88 u. 244 S.) Preis 1 *M.*

Breslauer Statistik. Im Auftrage des Magistrats der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Breslau. XVIII. Bd. 2. Heft. Breslau, E. Morgenstern, 1899. (172 S.) Preis 4,40 *M.*

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß, jemehr die Vorgänge auf den Gebieten der Arbeiterfrage und des socialen Lebens die Öffentlichkeit interessieren, die amtliche Statistik bestrebt ist, den Informationen und Erörterungen über diese Fragen positive Unterlagen zu bieten, und daß das Programm der amtlichen Zahlenermittelung sich von Jahr zu Jahr nach dieser Richtung hin erweitert. Insbesondere faßt das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin, das nun bereits seit 1892 unter der umsichtigen Leitung des Geh. Ob.-Reg.-Rats Dr. v. Scheel funktioniert, seine diesbezüglichen Aufgaben auch dahin auf, aus dem Auslande vergleichende Ziffern herbeizuziehen, oder die dortselbst bestehenden Einrichtungen und Erhebungen gedachter Art zu beschreiben und zu erläutern. Hinsichtlich des jüngsten Zweiges der Statistik, der Arbeits- oder Arbeiter-Statistik, haben die „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs" bereits früher die Methoden der Forschung, die Art der Publikation und die Beschreibung der Ergebnisse der „amtlichen Arbeiterstatistik" in England (1894, Heft III, S. 1), in Frankreich (1895, Heft III, S. 1) und in Österreich (1896, Heft III, S. 5) veröffentlicht. Diesen Darstellungen reiht sich im eben aufgeführten Heft III dieser Statistik S. 1 ff. eine Abhandlung des wissenschaftlichen Hülfsarbeiters Otto Richter an, welche in erschöpfender Weise und unter gewissenhaftem Nachweis der zahlreichen Quellen die „Labor Statistics" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika behandelt. Seit der Begründung des ersten „Bureau of Labor" in Massachusetts im Jahre 1869 haben diese Institutionen eine freie, selbständige und eigenartige Entwickelung gezeigt und eine ganze Reihe von statistischen Werken veröffentlicht. Die erdrückende

Zahlenmenge dieser Litteratur hat gewiß oft den Eindruck erweckt, daß „weniger mehr wäre", daß es an einer genauen Sichtung und Prüfung des Urmaterials fehlen müsse, allein es ist doch andererseits wohl unbestritten, daß es der Leiter des erst begründeten Bureaus in Massachusetts, Carroll Wright, verstanden hat, der Thätigkeit seines Amtes große Anerkennung zu verschaffen, und insbesondere ist die Annahme berechtigt, daß seit der Begründung einer Centrale, des 1884 errichteten arbeitsstatistischen Amtes in Washington, unter Leitung Carrol Wrights, auch die Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Publikationen von den inzwischen entstandenen 29 einzelstaatlichen Arbeitsbureaus eine bessere geworden ist. Eine wesentlich festere Unterlage gewinnen die Ermittelungen der Einzel-Arbeitsbureaus durch die im Zusammenhang mit den Censuserhebungen bewirkten Ermittelungen arbeitsstatistischer Verhältnisse in Amerika, und es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, daß er für seine Darstellung auch diese Censusergebnisse mit benutzt und zur Kontrolle verwendet hat. Der Verfasser bespricht zunächst eingehend die Organisation der arbeitsstatistischen Ämter, insonderheit die der Centralstelle, des „United States Departement of Labor" in Washington. Er charakterisiert das „Departement" als eine selbständige, den Ministerien gleichgestellte Behörde, dessen Leiter jedoch jedesmal nur auf die Dauer von 4 Jahren ernannt wird. Daß trotz der wechselvollen amerikanischen Verhältnisse nach Ablauf der jeweiligen Amtsperiode immer wieder Carrol Wright in seinem Amte von den verschiedenen regierenden Parteien bestätigt wurde, ist der beste Beweis dafür, daß derselbe sein gewiß schwieriges Amt in unparteilicher, umsichtiger und taktvoller Weise zu führen weiß. Das die Aufgaben des Union-Amtes fixierende Grundgesetz vom 27. Juni 1884 ist durch Gesetz vom 13. Juni 1888 erweitert worden, es werden hiernach demselben nicht nur die Sammlung und Verarbeitung von „Nachrichten über die mit der Arbeit — im weitesten Sinne des Wortes — in Zusammenhang stehenden Gegenstände, insbesondere in Bezug auf Kapital, Arbeitszeit, Verdienst der männlichen und weiblichen Arbeiter und in Hinsicht auf die Mittel, um deren materielles, sociales, geistiges und sittliches Wohlergehen zu fördern", zugewiesen, sondern die Gesetzesnovelle von 1888 weist es an, daß „es der allgemeinen Förderung der gewerblichen Thätigkeit des Landes, nicht etwa Sonderinteressen der Arbeiterklasse dienen soll" und erweitert seine Aufgaben dahin, „auch genaue Nachweise über die Herstellungskosten von in den Vereinigten Staaten zollpflichtigen Artikeln in den verschiedenen Produktionsländern zu beschaffen; ferner Untersuchungen anzustellen über die Einwirkungen der Zollgesetze und der Münzwährung der Vereinigten Staaten auf das landwirtschaftliche Gewerbe, über den Umfang und den Einfluß von Trusts oder ähnlichen Vereinigungen, über die allgemeine Lage der wichtigsten Industriezweige, über Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern und deren Ursachen, sofern durch dieselben das Wohl der Bevölkerung beeinträchtigt wird, endlich über die Einfuhr von solchen Gegenständen, die in Strafanstalten hergestellt sind". Die Ermittelungen des Departements über einzelne dieser Gegenstände werden durch die „Annual Reports", die „Special Reports" und durch das „Bulletin" veröffentlicht. Daß zur Bewältigung der dem Departement gestellten Aufgaben auch große Mittel zur Verfügung stehen müssen, ist einleuchtend. Der Verfasser teilt an der Hand des Etats pro 1898/99 mit, daß dem Leiter des Bureaus, dem „Commissioner of Labor" (Gehalt 5000 Doll. jährlich), ein ihn in Verhinderungsfällen vertretender „Chief clerk" (2500 Doll.), 4 Referenten, „Statistical Experts" (à 2000 Doll.),

1 Kassenbeamter, „Disbursing clerk“ (2000 Doll.), 37 Beamten, „Clerks“, des inneren Dienstes (à 1000—1800 Doll.), 20 Beamten, „Special Agents“, des äußeren Dienstes (à 1200—1600 Doll.), 12 Personen gewöhnliches Arbeitspersonal, 2 Schreiber (à 900 Doll.) und eine Anzahl Boten ständig zur Verfügung stehen (Gesamt-Jahresgehalt 102 780 Doll.). Außerdem können innerhalb der jeweilig bewilligten Mittel (pro 1898/99: 58 000 Doll.) außerordentliche Hülfsarbeiter nach Bedarf angestellt werden. Von solchen außerordentlichen „Experts“ beschäftigt das Amt zur Zeit 27. — Die innere Organisation der Einzelstaaten-Arbeitsbureaus ist den eigenartigen Bedürfnissen und Einrichtungen der Staaten angepaßt, es besteht hinsichtlich der Aufgaben und Leitungen dieser Bureaus große Mannigfaltigkeit, in einigen Staaten sind andere Ämter nebenbei mit der Bearbeitung des arbeitsstatistischen Materials betraut, in anderen (z. B. im Staate Idaho) schreiben zwar Gesetze die Errichtung von Arbeitsbureaus vor, allein die Mittel dazu sind noch nie bewilligt worden. Auch kommt es vor, daß durch zeitweilige Mittelverweigerung die Thätigkeit eines solchen Bureaus, z. B. zur Zeit die des Amtes für West-Virginien, unterbrochen wird. Im Staate Süd-Dakota wurde durch Gesetz von 1890, in Utah durch solches von 1892 je ein Arbeitsbureau gegründet, dieselben sind aber inzwischen wieder aufgehoben worden. Aus diesen Andeutungen geht hervor, daß auch die Publikationen der einzelstaatlichen Bureaus nur sporadische sein können. Nach einer vom Verfasser bearbeiteten Übersicht, welche durch Excerpte aus dem Census von 1890 das Gebiet der Einzelämter in Hinsicht auf Zahl, Beruf und Gewerbe der Bevölkerung trefflich charakterisiert, sind folgende Einzelstaaten zur Zeit mit funktionierenden Arbeitsämtern, deren Sitz und Begründungsjahr wir nach der gedachten Tabelle beifügen, versehen: Massachusetts (Boston, 23. 6. 1869), Pennsylvanien (Harrisburg, 12. 4. 1872), Connecticut (Hartford, 12. 7. 1873), Kentucky (Frankfurt, 20. 3. 1876), Ohio (Columbus, 5. 5. 1877), Neu-Jersey (Trenton, 27. 3. 1878), Missouri (Jefferson, 19. 3. 1879), Indiana (Indianopolis, 29. 3. 1879), Illinois (Springfield, 29. 5. 1879), Kalifornien (San Francisko, 3. 3. 1883), Wisconsin (Madison, 3. 4. 1883), New-York (Albany, 4. 5. 1883), Michigan (Lansing, 6. 6. 1883), Maryland (Baltimore, 27. 3. 1884), Jowa (Desmoines, 3. 4. 1884), Kansas (Topeka, 5. 3. 1885), Nord-Karolina (Raleigh, 28. 2. 1887), Maine (Augusta, 7. 3. 1887), Minnesota (St. Paul, 8. 3. 1887), Colorado (Denver, 24. 3. 1887), Rhode-Island (Providence, 29. 3. 1887), Nebraska (Lincoln, 31. 3 1887), West-Virginia (Wheeling, 22. 2. 1889), Nord-Dakota (Bismarck, 1. 10. 1890), Tennessee (Nashville, 23. 3. 1891), Montana (Helena, 17. 1. 1893), Neu-Hampshire (Concord, 30. 3. 1893), Washington (Olympia, Juni 1897), Virginia (Richmond, 3. 3. 1898). Es war schon angedeutet, daß, während das arbeitsstatistische Unionsamt in Washington (27. 6. 1884) sich nur mit Arbeitsstatistik befaßte, einige Bureaus der Einzelstaaten noch Nebenaufgaben zu erfüllen haben. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht, daß die Ämter von Ohio (seit 1890), Nebraska, Kalifornien, New-York besondere Anstalten für unentgeltlichen Arbeitsnachweis eingerichtet und über diese ihre Thätigkeit auch Berichte veröffentlicht haben. — Der Verfasser bespricht nun ausführlich die statistische Methode des Centralamtes und der Einzelbureaus, welche überwiegend auf der Ermittelung der Thatsachen resp. Ausfüllung der Fragebogen an Ort und Stelle durch Agenten beruht. Die durch dieses Verfahren hervorgegangenen und publizierten Leistungen der Bureaus werden eingehend, diejenigen des „Departement of Labor“ in Washington einzeln,

gewürdigt. Verfasser rekapituliert, daß seit Begründung des ersten Amtes in Massachusetts etwa 300 Bände verschiedenen Inhaltes — auch Gebiete berührend, welche nicht die eigentliche Arbeiterfrage betreffen, z. B. über die Finanzlage der Staaten, Bevölkerungsbewegung, Armenwesen, Gefängnisstatistik, Unterricht u. s. w. veröffentlicht und in ca. 150 000 Exemplaren verbreitet worden sind. Es würde hier zu weit führen, positive Mitteilungen aus den statistischen Sammelwerken des Unionsamtes zu reproduzieren, allein gerade auf diese vom Verfasser mit großer Mühewaltung und Umsicht veranstalteten Excerpte ausdrücklich hinzuweisen, ist eine besonders angenehme Pflicht des Recensenten. Diese, zum Teil in verkürzter tabellarischer Form, gegebenen Übersichten ersparen dem Leser ein Vertiefen in die umfangreichen Originalberichte, sie geben in ihrer Lektüre ein Gesamtbild des ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwunges der Vereinigten Staaten und bieten Anregung für eine wünschenswerte Nachahmung der statistischen Erforschung noch vieler unbeachteter Seiten der socialen und wirtschaftlichen Entwickelung im eigenen deutschen Vaterlande.

Von den auf das Inland bezüglichen Abhandlungen des vorliegenden Heftes der Reichsstatistik, wollen wir hier nur derjenigen „Zur Statistik der Streiks und der Aussperrungen" gedenken und aus der das erste Halbjahr 1899 umfassenden „Summarischen Übersicht" folgende Zahlen herausheben. Im ersten Halbjahr 1899 wurden 574 Streiks begonnen und 533 beendet. Die Zahl der betroffenen Betriebe betrug 2910, diejenige der bei Ausbruch der Streiks beschäftigten Arbeiter 89 048, diejenige der gleichzeitig streikenden Arbeiter 43 382. Von diesen waren zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt 26 682, kontraktbrüchig 12 594. Zu völligem Stillstand kamen durch die Streiks 1093 Betriebe, nicht auf alle Geschäftszweige erstreckten sich die Streiks in 824 Betrieben. — Die Anzahl der Aussperrungen betrug im ersten Halbjahre 23, welche alle am Schluß dieses Zeitabschnittes beendet waren. Die Zahl der betreffenden Betriebe war 347, welche (mit Ausnahme von 39 Betrieben, deren Arbeiterzahl unermittelt blieb) 6577 Arbeiter beschäftigten. Von diesen waren gleichzeitig ausgesperrt 4359, von denen 4354 ohne Kündigungsfrist angestellt waren. Die Zahl der durch die Aussperrung zu völligem Stillstand gekommenen Betriebe betrug 315.

Das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen, welches vom Direktor dieses Bureaus, Geh. Reg.-Rat Dr. Arth. Geißler in Dresden redigiert wird, enthält in 15 Abschnitten nicht weniger als 76 Zusammenstellungen und Bearbeitungen, von denen eine größere Anzahl sich besonders mit Ermittelungen auf den Gebieten der Arbeiterfrage, der Gewerbeverhältnisse und der socialen Lage der unteren Volksklassen beschäftigen. Die Mannigfaltigkeit des Stoffes wird aber noch dadurch erhöht, daß innerhalb der Einzeljahrgänge immer neue Themata zur Bearbeitung gelangen und daß auch anderweite, nicht von staatswegen veranlaßte, jedoch einen zuverlässigen Charakter tragende Publikationen, welche an sich kostspielig oder schwieriger zu erlangen sind, excerptweise zur Verwendung gelangen. Im vorliegenden Jahrgang befinden sich beispielsweise 5 auf das Königreich Sachsen bezügliche Zusammenstellungen über Kreditgenossenschaften und Konsumvereine, zu denen das neueste „Jahrbuch des Verbandes der deutschen Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften" die Unterlagen geboten hat. Weiter auf den Inhalt des im „Statistischen Jahrbuch" auf 244 Seiten gebotenen Zahlenmaterials hier einzugehen verbietet uns der Raum, es muß aber nachdrücklich darauf hingewiesen

werden, daß der außergewöhnlich billige Preis des „Jahrbuchs", dem ein vom Geh. Reg.-Rat Nagel bearbeiteter „Astronomischer Kalender für das Jahr 1900", sowie ein „Verzeichnis der Messen und Märkte im Königreich Sachsen im Jahre 1900" vorgeheftet sind, es allen, die sich für die wirtschaftlich-sociale Entwickelung des Königreichs Sachsen interessieren und besonders allen denen, welche über diese Frage von Berufswegen oder aus Neigung im Unterricht, durch Vorträge und durch die Presse kompetente Auskünfte zu erteilen haben, ermöglicht, sich alljährlich auf so bequeme Weise in Besitz der besten Unterlagen für die gedachten Zwecke zu setzen.

Das 2. Heft des XVIII. Bandes der „Breslauer Statistik" behandelt die „Bevölkerungs-, Grundstücks- und Wohnungsaufnahme vom 2. Dezember 1895" und wirft in den Ermittelungen über übervölkerte Wohnungen, über Wohnungen mit Aftermieter und Schlafstellen, über Wohnungen mit Nachts aufgestellten Betten, über Beruf und Geschlecht der Schlafgänger u. s. w. interessante Schlaglichter auf die „Kleinwohnungsfrage" in der schlesischen Hauptstadt. Durch eine Anzahl kartographischer Darstellungen werden auch die Darstellungen dieser düsteren Seiten der Wohnungsfrage auf das beste unterstützt. Peter Schmidt.

III. Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-soziale Umschau.

(Juli—September.)

Dresden, Ende September 1899.

Das dritte Quartal des Jahres 1899 hat als das wichtigste friedliche Ereignis die Verhandlungen der Haager Friedenskonferenz zu verzeichnen, die am 29. Juli geschlossen wurde und im allgemeinen keine ungünstigen Ergebnisse gehabt hat, obwohl sie auch keine greifbaren Garantien für eine längere Sicherung des allgemeinen Friedens gewähren konnte. Als eine Errungenschaft der Konferenz darf jedoch schon der Umstand betrachtet werden, daß sie die Bahn für Konventionen geebnet hat, welche auf eine humanere Kriegsführung, auf eine bessere Verwundetenpflege und auf eine Herabminderung der allgemeinen schädlichen Folgen eines Krieges abzielen. Von Wichtigkeit ist ferner, daß durch Annahme eines entsprechenden Entwurfes am 25. Juli die Frage der schiedsgerichtlichen Entscheidung von Differenzen zwischen einzelnen Staaten zur weiteren Diskussion gestellt ist. Die näheren Festsetzungen über diese Frage bleiben der selbständigen Regelung der Regierungen überlassen und es wird sich nun fragen, ob Rußland etwa als Konsequenz seiner Initiative zur Berufung der Konferenz auch in dieser wichtigen Frage weitere Anregungen zu geben gedenkt. Auch die sogenannte „Interparlamentarische Friedenskonferenz", welche in diesem Jahre am 2. August in Christiania mit 343 Teilnehmern, darunter 63 aus Deutschland, eröffnet wurde und im nächsten Jahre in Paris zu tagen gedenkt, wirkt für den Grundsatz: „Gerechtigkeit und schiedsgerichtliches Verfahren an Stelle von Macht und Gewohnheit" und man kann wohl

der vom norwegischen Staatsminister Steen in seiner Eröffnungsrede aufgestellten Behauptung beipflichten, daß der Zusammentritt der Haager Konferenz als eine Frucht der Vorarbeiten der interparlamentarischen Konferenz mit ihren in allen Kulturländern bestehenden Zweigvereinen anzusehen sei. Den besten Beweis, daß man selbst wenn Regierungsvertreter und Berufsdiplomaten ernsthaft über schiedsgerichtliche Ausgleichung von Völkerdifferenzen beraten, den Aussichten auf einen Erfolg nur skeptisch gegenüberstehen darf, liefert gegenwärtig die sich immermehr zuspitzende Transvaalfrage. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß sehr bald ein blutiger Freiheitskampf der Buren gegen englische Ansprüche zu den Thatsachen gehören wird.

Was Deutschland anlangt, so wird unsere äußere politische Lage durch einen etwaigen Ausbruch von Kriegsunruhen in Südafrika voraussichtlich nicht näher berührt. Die Lage Deutschlands erscheint als eine ruhige und gefestigte, umsomehr als auch inzwischen die von Deutschland, England und Amerika eingesetzte Samoa-Kommission ihre Arbeit beendet und den Frieden gesichert hat. Hinsichtlich der innerpolitischen Verhältnisse des Reiches kann ein gleich günstiger Eindruck nicht gewonnen werden. Der Kampf der politischen Parteien tobt nach wie vor und machte sich gelegentlich der Beratung der preußischen Kanalvorlage in der Richtung scharf geltend, daß die Vertreter der agrarischen Interessen mit allen Mitteln das politische Heft in den Händen zu behalten suchen. Die Kanalvorlage wurde trotz der vielseitigsten Bemühungen und Drohungen der Regierungsvertreter und trotz der bestimmten Willensäußerung des Kaisers „alles daran zu setzen", diese für einen gesunden Fortschritt der Verkehrs- und Wirtschafts-Interessen notwendige Vorlage zur Durchführung zu bringen, in dritter Lesung, am 19. August, mit 235 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß die innern politischen Verhältnisse des Reiches von denen Preußens nicht wesentlich abweichen, sodaß bei einem Andauern des agrarischen Übergewichtes den in wenigen Jahren nötigen Beratungen und Entschließungen über die Erneuerung der Handelsverträge mit Besorgnis entgegengesehen werden muß. Es ist diese Aussicht um deswillen bedauerlich, weil augenscheinlich die durch den Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens erfolgte Besserstellung von Millionen Gewerbetreibenden und Arbeitern im wesentlichen auf die durch die Handelsverträge erlangten günstigeren Beziehungen zum Auslande zurückzuführen sein dürfte. Es ist unbestreitbar, daß in einigen

Industrien, z. B. in der Eisen-, Maschinen-, Schiffsbau- und Bergbauindustrie, der Aufschwung ein durchaus gesunder ist, da die vorliegenden Aufträge kaum Befriedigung finden können, und es in diesen Branchen vielfach sowohl an Rohmaterial, als auch an Arbeitskräften fehlt. Ob aber diese partiell besonders günstigen Konjunkturen nicht auch für finanzielle Spekulationszwecke gemißbraucht werden, dürfte kaum zweifelhaft sein. Die Gründungsthätigkeit scheint noch nicht auf ihrer Höhe angelangt zu sein. Nach einer vom „Deutschen Ökonomist" bearbeiteten Aufstellung umfaßte die Gründungsthätigkeit in Deutschland im 1. Semester 1899 182 Objekte mit einem Kapital von 253 Millionen Mark gegen 179 Objekte mit 245 Millionen Mark Kapital im gleichen Zeitraum des Vorjahres, 108 Objekte mit 132 Millionen Mark Kapital vor zwei Jahren und 96 Objekte mit 151 Millionen Mark vor drei Jahren. — Angesichts der im wirtschaftlichem Leben sich geltend machenden, steigenden Regsamkeit ist es bedauerlich konstatieren zu müssen, daß in den letzten Septemberwochen elementare Ereignisse, nämlich durch andauernde Niederschläge herbeigeführte Überschwemmungen, insbesondere im Königreich Bayern, große Verwüstungen sowie die Vernichtung von Gütern und Schädigungen kultureller Errungenschaften in erheblicher Höhe herbeigeführt haben.

Werfen wir noch einen Blick auf das Gebiet der socialen Frage, insonderheit auf die bestehenden Arbeiterverhältnisse im deutschen Reich, so kann man doch eine Anzahl Momente registrieren, welche eine andauernde Rührigkeit auf diesen Gebieten bestätigen.

In socialpolitischer Hinsicht ist der Verabschiedung des Invalidengesetzes vom 13. Juli 1899 zu gedenken, das mit dem Beginn des neuen Jahres in Kraft tritt und u. a. die Einführung der freiwilligen Versicherung für Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, in sich schließt. Auch die günstige Ausbildung und praktische Bewährung der Gewerbegerichte gehört zu den befriedigenden Erscheinungen in der socialpolitischen Entwickelung. Weitere Fortschritte sind auch in den Fragen der Arbeitsvermittelung zu verzeichnen, wenngleich die Bewegung auf diesem Gebiete vielfach aus einseitiger Interessenvertretung hervorgeht. Hocherfreulich ist die Erscheinung, daß trotz der erheblichen Opfer, welche die Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung der deutschen Industrie auferlegt, die Opferwilligkeit bemittelter Menschenfreunde und industrieller

Gesellschaften zu freiwilliger Fürsorge für die Arbeiter und zur Unterstützung gemeinnütziger Unternehmungen nicht nachläßt. Nach Millionen ist wiederum die Summe zu bemessen, welche die „Ehrentafel" des vorliegenden Heftes, als das Ergebnis an Spenden und Vermächtnissen des letzten Vierteljahres aus industriellen Kreisen, innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches, zusammenfaßt. Es sind trotz aller persönlichen und politischen Gegensätze und trotz aller gesellschaftlichen Reibungen dennoch die Gefühle der menschlichen Zusammengehörigkeit und der Nächstenliebe, die sich immer Bahn brechen in den Wirren der Zeit. Daß einem der wirksamsten und unermüdlichsten Prediger der gegenseitigen Hülfeleistung, dem Vater und Begründer des deutschen Genossenschaftswesens, dem unvergeßlichen Volksfreund Schulze-Delitzsch, innerhalb unserer Berichtsperiode auch ein äußerlich wohlgelungenes Denkmal und zwar am 4. August in der Reichshauptstadt in Gegenwart von Vertretern der Regierung, der städtischen Behörden und zahlreichen Freunden und Genossen aus Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Italien und England enthüllt worden ist, darf als ein Beweis gelten, daß man in dem Manne, der vor 50 Jahren die ersten schwierigen Versuche mit freiwilligen Genossenschaften von kleinen Handwerkern unternahm, heute einen Bahnbrecher socialer Reformen und einen Wohlthäter der Menschheit erblickt.

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. September 1899.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Versammlungen und Vereinigungen. Der 40. Allgemeine deutsche Genossenschaftstag der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wurde vom 31. Juli bis 3. August in Berlin unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Pröbst-München und in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden abgehalten. Nach dem vom Anwalt Dr. Crüger-Charlottenburg erstatteten Jahresbericht umfaßt der Verband zur Zeit 10 850 Kreditgenossenschaften, 82 gewerbliche und 1193 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 34 gewerbliche und 482 landwirtschaftliche Werkgenossenschaften, 67 gewerbliche und 106 landwirtschaftliche Magazingenossenschaften, 193 gewerbliche und 2017 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 271 Genossenschaften verschiedener Art, 1373 Konsumvereine und 244 Baugenossenschaften. Justizrat Dr. Gebhart-Zweibrücken sprach über: „Die Gesetzgebung und die Genossenschaften", hierbei den geschichtlichen Gang

dieses Zweiges von 1883 ab, in welchem Jahre Schulze-Delitzsch dem Preußischen Abgeordnetenhause den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes vorlegte, bis zu dem vom 1. Januar 1900 ab geltenden neuen Bürgerlichen Gesetzbuch, welches die Genossenschaftsverhältnisse denen der Aktiengesellschaften nähern wolle. Redner betonte das gute Recht der Genossenschaften auf eigene Wirtschaftsführung und schloß mit der Hoffnung, daß auch die auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeübte Rechtsprechung in dieser Richtung wirken möge. — Direktor Jäger-Berlin berichtete über die Hülfskasse und die Ruhegehaltskasse deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Die Hülfskasse hätte in diesem Jahre an Einnahmen 20 931,18 Mk. und an Unterstützungen an 30 Familien 7771,25 Mk. verausgabt. Seit dem Bestehen der Hülfskasse (1886) hat dieselbe an Unterstützungen 47 421 Mk. geleistet. Die Prämienbeihülfe für ältere Vorstandsmitglieder zur Ruhegehaltskasse bezifferte sich auf 3822 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 231. Der Effektenbestand ist von 176 000 Mk. auf 181 000 Mk. gestiegen. Das Gesamtvermögen beträgt 186 877 Mk. Auch die erst am 1. Januar 1899 errichtete Ruhegehaltskasse nimmt eine erfreuliche Entwickelung. Bis zum 1. Juli d. J. waren bereits 278 Mitglieder vorhanden. Das versicherte Diensteinkommen erreichte die Höhe von 603 500 Mk., worauf 22 575 Mk. an Prämien und Eintrittsgeldern vereinnahmt wurden. Nachdem längere Verhandlungen über Abänderungen der Verbandsstatuten stattgefunden, nahm das Referat des Verbandsrevisors Vollborn-Friedenau über: Die Bildung eines Checkverbandes unter den Genossenschaften allgemeines Interesse in Anspruch und endete mit der Annahme des Beschlusses: „Der Allgemeine Genossenschaftstag empfiehlt den Unterverbänden die Bildung eines Checkverbandes unter den Genossenschaften, die den Checkverkehr eingeführt haben, nach Möglichkeit zu fördern." — Es folgte nunmehr ein Vortrag des Verbandsanwalts Dr. Crüger-Charlottenburg: „Fünfzig Jahre deutscher Genossenschaftsgeschichte", in welchem er, anschließend an die von ihm kürzlich veröffentlichte und den Mitgliedern des Genossenschaftstages überreichte Festschrift, die politischen Vorgänge schildert, denen das Genossenschaftswesen seit der Zeit des Beginns des Wirkens Schulze-Delitzsch unterworfen gewesen sind. Der nächstjährige Genossenschaftstag findet in Hannover statt.

Der XV. Allgemeine Vereinstag der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften fand vom 12. September ab in Breslau statt. In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Haas-Offenbach, eine Übersicht über den Stand des Verbandes, während Pfarrer Wolff-Hohenfriedberg die geschichtliche Entwickelung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Schlesien eingehend darlegte. Über genossenschaftliche Kornhäuser referierten Generalsekretär Dr. Rabe-Halle und Oberamtmann Ebhardt-Bessendorf. Es gelangte in dieser Frage folgende Resolution zur Annahme: „1. Die genossenschaftliche Verwertung des Getreides durch Errichtung von Kornhäusern erscheint zur Erlangung eines gesunden Absatzes und einer gesunden Preisbildung der Körnerfrüchte erstrebenswert. 2. Der Bau der Kornhäuser, sowie die Organisation und der Betrieb der Genossenschaften muß sich eng an die wirtschaftlichen Verhältnisse des einschlägigen Bezirks anschließen. 3. Eine Verbindung der Kornhäuser innerhalb eines Verbandsbezirks, sowie auch alsdann der Verbände unter einander, muß im Interesse der Erreichung der diesen Organisationen gesetzten Ziele und Aufgaben als er-

forderlich bezeichnet werden. 4. Es empfiehlt sich, unter geeigneten Verhältnissen mit dem genossenschaftlichen Getreideverkauf auch den Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel an die Mitglieder zu verbinden. 5. Die Beleihung des Getreides in den Kornhausgenossenschaften in Form der Lombarddarlehen ist nach Möglichkeit zu erleichtern. 6. Da die allgemeine Errichtung der Kornhäuser auch im Staatsinteresse liegt, so erscheint eine staatliche Unterstützung zur Errichtung weiterer Kornhäuser in Form verzinslicher und amortisierbarer Darlehen auch für die Zukunft wünschenswert. Rittergutsbesitzer v. Graß-Klamin sprach über die genossenschaftliche Organisation des Spiritusabsatzes und wies auf die günstigen Erfolge der für Deutschland am 4. April gegründeten Genossenschaft dieser Art hin. — Landgerichtsrat Dr. Meisel-Darmstadt sprach über die Frage der Mündelsicherheit der ländlichen Spar- und Darlehnskassen. Nach Einwendungen des Regierungsvertreters Geh. Oberregierungsrat Dr. Hermes über die vom Redner vorgeschlagene Resolution gegen die ablehnende Haltung der Gesetzgebung und der Regierungen in der Einreihung der Spar- und Darlehnskassen in die mündelsicheren Anstalten, wurde nach Ablehnung des ersten Punktes des Antrages folgender Beschluß in dieser Frage gefaßt: „Der XV. Allgemeine Vereinstag ersucht die Anwaltschaft, bei den einzelnen Bundesregierungen vorstellig zu werden, daß in etwa zu erlassenden Anweisungen für Vormundschaftsrichter und Vormünder ausdrücklich darauf hingewiesen werde, daß die Anlage von Mündelgeldern gemäß § 1811 des bürgerlichen Gesetzbuchs auch bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen gestattet werden kann; er ersucht ferner die Anwaltschaft, die geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, damit in den einzelnen Bundesstaaten die Anlage von Kirchen-, Schul-, Gemeinde-, Stiftungs- und dergleichen Geldern bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen für zulässig erklärt wird, und ist der Ansicht, daß insbesondere Spar- und Darlehnskassen, die seit längerer Zeit bestehen, der geordneten Kontrolle eines Revisionsverbandes unterliegen und einer Centralstelle angeschlossen sind, zur Anlage von Mündelgeldern und von Geldern der vorstehend bezeichneten Art geeignet sind." Den Schlußvortrag hielt Ökonomierat Johannsen-Hannover über den genossenschaftlichen Eierabsatz.

Der IV. Verbandstag der Baugenossenschaften fand am 1. und 2. Juli in Berlin statt. Dem Verbande haben sich bis jetzt 33 Genossenschaften angeschlossen. Das Verbandsstatut wurde dem neuen Bürgerlichen Rechte angepaßt, nur an Stelle des Verbandsleiters wurde ein aus drei Herren bestehendes Direktorium eingesetzt, um sowohl denjenigen Genossenschaften, die Häuser allein zum Erwerb durch ihre Mitglieder, als auch denen, die nur Häuser zum Vermieten bauen, und solchen, die beiderlei Ansprüchen gerecht werden, Sitz und Stimme in der Leitung einzuräumen. Die Frage der Kapitalsbeschaffung stand auch auf der Tagesordnung. Als besonders wertvoll für die Zukunft wurde das von der Invalidenversicherungsanstalt Hannover eingeschlagene Verfahren bezeichnet, wonach infolge einer Vereinbarung mit dem dortigen Sparkassenverband die Versicherungsanstalt die Gelder den Sparkassen zu 3 v. H. zur Verfügung stellt, welche letzteren sie den Baugenossenschaften zu $3^1/_2$ v. H. übergeben. Von allen Vertretern wurde hervorgehoben, daß nicht nur die Sympathien für Baugenossenschaften recht allgemein seien, sondern auch das Vertrauen zu ihnen sich darin zeige, daß Arbeiter und sogenannte kleine Leute häufig ihre Spareinlagen aus den öffentlichen Sparkassen zurückzögen, um sie

bei genossenschaftlichen unterzubringen. Die Stellung der Hausbesitzervereine zu den Baugenossenschaften kam zwar zur Sprache, doch ging man über die von Egoismus und Unkenntnis diktierten Anfeindungen ohne viel Federlesen zur Tagesordnung über.

Der IV. deutsch-österreichische Binnenschiffahrts-Kongreß wurde am 4. September in Budapest eröffnet. Ritter Dorn v. Marwaldt-Wien referierte über die Frage der Konkurrenz des Binnenwasserweges gegen den Seeweg nach hergestellter Kanalverbindung der Donau mit dem deutschen Wasserstraßennetz. Redner bezeichnete zur Ermöglichung einer aussichtsreichen Konkurrenz der Flußschiffahrt das Eintreten einer Belebung der Thalfahrt, welche zur Verbilligung der Frachtsätze führe, und eine Herabsetzung der Nebengebühren als erforderlich. Hinsichtlich des letzten Punktes stellte in der Diskussion der ungarische Handelsminister v. Hegedüs eine Anstrebung der Herabsetzung der hohen Nebengebühren auf der Donau in Aussicht. — Oberbaurat Prof. Oelwein-Wien referierte über den Stand des Donau-Oder- und des Donau-Moldau-Elbe-Kanals und bemerkte hierbei, daß den Österreichern die ablehnende Haltung der preußischen Agrarier gegenüber den Kanalplänen der Regierung um so unverständlicher sei, als in Österreich alles für Kanalbauten eingenommen sei und man namentlich eine Opposition der Agrarier gegen derartige Projekte auch nicht dem Namen nach kenne. Im Gegenteil seien besonders die ungarischen Agrarier im Verein mit den übrigen Landbesitzern stets energisch für neue Kanäle eingetreten. — Landtagsabg. Bergrat Gothein-Breslau wies in einem längeren Vortrag auf die Bedeutung der Thalsperren für die Verbesserung von Binnenwasserstraßen hin, unter spezieller Berücksichtigung der für den Lauf der Oder projektierten Sperren. — Ingenieur Wöhrl-Nürnberg betonte in einem Referat die dringende Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der behördlichen Vorschriften und Bestimmungen für Schiffsaichungen und Schiffskessel in den Donaustaaten. — Dr. Zoepfl-Nürnberg sprach über das Thema: Auswärtige Handelspolitik und innerer Verkehr. Redner verlangte für den Fall, daß Handelsverträge auf der Grundlage der Meistbegünstigung nicht mehr zustande kommen, und daß England in ein Differentialzollverhältnis mit seinen Kolonien tritt, den Abschluß von kontinentalen Handelsverträgen unter den kontinentalen Staaten Europas, wobei ein Minimalzolltarif für den europäischen Binnenverkehr, sowie für den Seeverkehr der europäischen Staaten unter sich gewährt werden, dagegen für den überseeischen Verkehr ein Maximaltarif eingerichtet werden soll. Die Differenz zwischen diesem Maximal- und Minimaltarif soll aufgebaut werden auf der verkehrspolitischen Grundlage der Handelspolitik, indem der Zoll für den überseeischen Verkehr um so viel höher gehalten wird, als die Seeschiffahrt durchschnittlich gegenüber den Binnenverkehrsmitteln niedriger ist. Im übrigen stellte sich Redner auf den Boden der weiteren Ausgestaltung der Handelsverträge. In der Diskussion sprach sich Excellenz v. Matlekovics gegen die einseitige Bevorzugung des heimischen Bodens in der Handelspolitik aus und auch Prof. Dr. Lotz-München betonte, daß die Mehrzahl der deutschen Wirtschaftspolitiker sich mit dem Kompromißvorschlag des Referenten nicht einverstanden erklären würde. — In einem interessanten Vortrag des Sektionsrats Hoszbotzky-Budapest wurden die Wirkungen der Eisernen Thor-Regulierungsarbeiten trotz noch vorhandener Mängel und nötigen Sprengungen im ganzen als für gelungen und für die Donauschiffahrt sehr förderlich bezeichnet.

In der Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, welche am 30. Juni abgehalten wurde, referierte das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Landtagsabg. Dr. Beumer, über das Wirtschaftsjahr 1898/99. Folgender vom Redner gestellte Schlußantrag wurde einstimmig von der Versammlung angenommen: „Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen bedauert die ablehnende Haltung, welche große Parteien des Reichstages gegenüber dem in dem Gesetzentwurf, betreffend den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses seitens der Reichsregierung bekundeten Bestreben, die Arbeitswilligen in ihrem guten Rechte zu schützen, eingenommen haben. Aus der praktischen Erfahrung seiner Mitglieder heraus erklärt er angesichts des in bedauerlicher Weise zunehmenden Terrorismus der agitatorischen Elemente, durch den die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in einen Koalitionszwang umgewandelt, die Arbeitsgelegenheit verkümmert und das Nationalvermögen auf das Schwerste geschädigt wird, strenge Bestimmungen behufs des Schutzes der Arbeitswilligen für durchaus notwendig. Er hat deshalb das Vorgehen der verbündeten Regierungen mit besonderer Befriedigung begrüßt und giebt der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß sich nach erneuter Prüfung der einschlägigen Verhältnisse in der Herbsttagung des Reichstags eine Mehrheit zur Erreichung des genannten Zweckes finden werde."

Ein „Deutscher Kolonialverein für Einfuhr und Ausfuhr" hat sich anfangs September in Berlin gebildet, der den Zweck hat, die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Deutschen im Mutterlande und im Auslande zu fördern. Der Verein verfolgt diesen Zweck: 1. durch Errichtung eines Musterlagers, in dem die Mitglieder der Gesellschaft ihre Erzeugnisse ausstellen können; 2. durch Vermittelung von Warenkäufen und -Verkäufen auf Rechnung und Gefahr der Aussteller; 3. durch Auskunfterteilung im weitesten Maße; 4. durch besondere Ausstellungen, die zur Erreichung des Zweckes der Gesellschaft dienlich sind; 5. durch Veröffentlichungen und 6. durch Unterstützung der Zwecke und Zicle des deutschen Kolonialmuseums. Vorstand des Vereins ist Direktor G. Meinecke vom Kolonialmuseum; der Jahresbeitrag ist auf 25 Mk. festgesetzt.

Die 27. Versammlung deutscher Forstmänner, welche vom 21. bis 23. August in Schwerin tagte, beschloß fast einstimmig an Stelle der bisherigen Wanderversammlungen die Bildung eines deutschen Forstvereins. Nach Ansicht Sachverständiger ist durch diese Vereinsbildung für alle beteiligten Kreise, namentlich die Privatwaldbesitzer eine höchst wichtige Institution ins Leben gerufen worden, von der eine segensreiche Wirksamkeit allseitig erhofft wird. In der Erörterung der Frage über die Vorarbeiten für die Erneuerung der Handelsverträge bezüglich der Forstwirtschaft wurde allseitig die Notwendigkeit der amtlichen Mitwirkung von Forstbeamten bei diesen Vorarbeiten, insonderheit bei der Beschaffung und Bearbeitung des statistischen Materials betont.

Der 21. Verbandstag der städtischen Haus- und Grundbesitzer Deutschlands wurde am 8. August in Elberfeld eröffnet. Nach dem Geschäftsbericht gehören von den in Deutschland bestehenden etwa 320 Haus- und Grundbesitzervereinen dem Centralverbande 145 Vereine mit etwa 74 000 Mitgliedern an. Gleichzeitig mit dem deutschen Centralverband tagte in Elberfeld der Preußische

Landesverband, welcher Beschlüsse auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes annahm und auf Vorschlag des Rechtsanwalts Baumann-Spandau folgende Resolution faßte: „Der am 8. August 1899 in Elberfeld versammelte Preußische Landesverbandstag hält es für nötig und angemessen, daß zur Entlastung der Einkommen- und Realsteuerpflichtigen in Städten mit großer Arbeiterbevölkerung die Großgewerbetreibenden — ihrem Betriebe entsprechend in Form einer Gebühr — zu einem angemessenen Beitrag zu den durch ihren Betrieb veranlaßten Schul- und Armenlasten herangezogen werden." — Ein vom Architekten Beisel-Elberfeld in langen Ausführungen begründeter Protest gegen die Bevorzugung der Baugenossenschaften aus staatlichen, kommunalen oder Mitteln der Alters- und Invalidenversicherung führte zu einer langen Diskussion und endete mit der Annahme folgender Beschlüsse: „Der Preußische Landesverband städtischer Haus- und Grundbesitzervereine erklärt: 1. Eine einseitige Unterstützung der Baugenossenschaften und Baugesellschaften aus Reichs-, Staats- und Kommunalmitteln ist, abgesehen von den zu 2. gedachten Ausnahmefällen prinzipiell zu versagen, zumal Baugenossenschaften nachweislich nicht in der Lage sind, bessere und billigere Wohnungen als Privat-Hausbesitzer vorzuhalten. 2. Nur insoweit das genossenschaftliche Bauwesen in erkennbarer Weise im Sinne der Privatwohlthätigkeit ausgeübt wird, oder die private Bauthätigkeit infolge Eintritts außergewöhnlicher Ereignisse den Bedarf an Wohnungen nicht deckt, erscheint eine vorübergehende Unterstützung von öffentlicher Seite zulässig. 3. Wenn aber, entgegen den unter Nr. 1 und 2 aufgestellten Grundsätzen dennoch eine Unterstützung gewährt wird, so soll dieselbe jedem gegeben werden, welcher Arbeiterwohnungen nach besonderen von den Staats- bezw. Kommunalbehörden zu gebenden Normen errichten will. 4. Der Verbandstag des Preußischen Landesverbandes kann nicht anerkennen, daß — von vereinzelten Fällen abgesehen — eine Wohnungsnot in den Städten besteht. Eine solche kann jedoch entstehen infolge der heutigen Gesetzgebung bezw. der unrichtigen Handhabung des Kommunalabgabengesetzes — welche Abgaben für Realsteuern, Gebühren, Beiträge u. s. w. veranlaßt, die in ihren großen Summen nicht mehr aus den Mieteeinnahmen kleiner Wohnungen gedeckt werden können — sowie infolge der in vielen größeren Städten eingeführten neuen, die Bauthätigkeit beschränkenden Bauordnungen — da hierdurch die Bauthätigkeit von Häusern für kleinere Wohnungen allmählich aufhört." — Von der Versammlung wurden noch Resolutionen über einen Entwurf für Mietverträge nach den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs, über eine Verständigung mit den Privat-Feuerversicherungsanstalten, über eine Unterstützung der Errichtung von Pfandbriefämtern, über das Hypotheken-Bankgesetz u. s. w. angenommen. Hinsichtlich der Städtevereinigung wurden keine Beschlüsse gefaßt, weil die Meinungen in dieser Frage sehr auseinandergingen. Im allgemeinen herrschte wenig Meinung für die Schwemmkanalisation. Die vom Baumeister Hartwig-Dresden aufgestellten Thesen über Wohnungsbeaufsichtigung im Deutschen Reiche wurden dem nächsten Verbandstage, welcher in Erfurt stattfinden soll, überwiesen.

Die 5. Hauptversammlung des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen tagte am 11. September in Elberfeld. Dem Verein gehören 93 Verwaltungen mit 129 Bahnen an. Eine vom Verein veranstaltete Erhebung, welche allerdings nicht überall in der erwünschten Weise beantwortet worden

ist, zeigt, daß die Gefahren des elektrischen Betriebes keineswegs den Umfang hätten, der ihnen im allgemeinen beigemessen werde. 40 pCt. der gemeldeten Unfälle der Fahrgäste seien auf den Versuch, Wagen während der Fahrt zu besteigen oder zu verlassen, zurückzuführen. Der Kassenbericht ergab einen Vermögensbestand von 10 709 Mk.

Eine Versammlung zur Besprechung über kommunale Anleihen fand am 12. September in Nürnberg auf Einberufung des Privatdozenten Dr. Jastrow-Charlottenburg statt. Es nahmen 63 Städte mit 90 Vertretern an der Versammlung teil, welche Veranlassung zu eingehender Besprechung kommunaler Beleihungsfragen bot, aber zu keinem Beschluß führte, weil die Meinungen über den Einfluß der sich bildenden Bankkonsortien auf diese Frage sehr geteilt waren.

Der Centralverein deutscher Kaufleute hat in seiner am 22. August in Berlin abgehaltenen Generalversammlung nachstehende Resolutionen angenommen: 1. Die Generalversammlung beschließt, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, den Landesvertretungen baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Warenhäuser, Bazare, Offiziers-, Beamten 2c.-Vereine mit einer in Berücksichtigung der Branchen, sowie des Umsatzes progressiven Einkommensteuer, sowie Konsumvereine, Filialgeschäfte, Rabatt-Sparvereine 2c. mit einer gleichen progressiven Umsatzsteuer belegt. 2. Die Versammlung erblickt in dem immer weiter umsichgreifenden Konsumvereinswesen eine große, die allgemeine wirtschaftliche Lage des Handels- und Gewerbestandes schwer schädigende Gefahr und beschließt, die hohe Staatsregierung zu ersuchen, daß das Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, derart abgeändert werde, daß a) Konsumvereine in eigenem Betrieb hergestellte Erzeugnisse oder Produkte einer Produktivgenossenschaft an Nichtmitglieder des Konsumvereins nicht verkaufen dürfen; b) daß die Konsumvereine, bezw. solche Vereine, deren wesentlich geschäftlicher Zweck ist, ihren Mitgliedern im Bezug von Waren Vorteile zu verschaffen, zur Zahlung einer wirksamen Umsatzsteuer herangezogen werden; c) daß die Heranziehung derjenigen Konsumvereine, die sich bisher der Einkommensteuer entzogen haben, zu dieser Steuer für die Zeit nach Einführung der Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Vereine in die Wege geleitet werde.

Ausstellungswesen. Eine internationale Ausstellung für Feuerschutz- und Feuerrettungswesen soll 1901 in Berlin stattfinden. Der Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski ist Vorsitzender des Komitees. — Eine deutsche Sonderausstellung für Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz wird auf Anregung des Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin dortselbst demnächst stattfinden. — Eine Frauen-Gewerbe-Ausstellung findet auf Anregung des Niederösterreichischen Frauen-Gewerbevereins im Mai 1900 in Wien statt.

Sociales.

Über die Böhmert-Feier in Dresden, welche am 23. August 1899 stattfand, berichten die „Dresdner Nachrichten" folgendes: „Gestern feierte Dresdens hochverdienter Bürger, Herr Dr. Victor Böhmert, Geh. Regierungsrat und Professor an der hiesigen Königl. Technischen Hochschule, seinen 70. Geburtstag, der

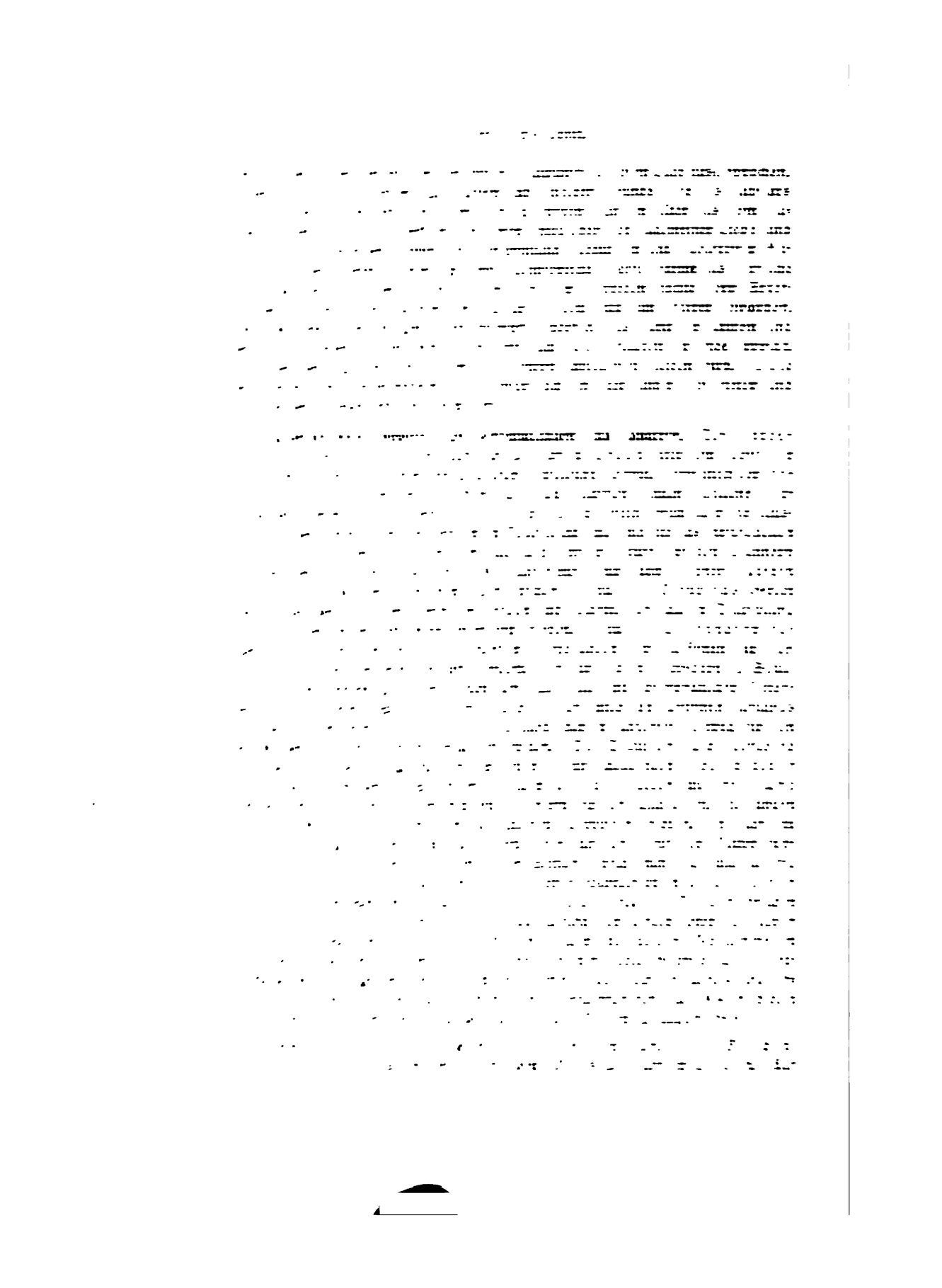
sich zu einem hohen Ehren- und Freudentage für ihn gestaltete; hat sein Name doch in ganz Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus einen hochehrenvollen Klang und blickt er doch auf ein Leben reich an Arbeit, aber auch reich an Segen und Erfolgen zurück. Am 23. August 1829 in Quesitz bei Markranstädt als Sohn des dortigen Pfarrers geboren, besuchte er von seinem 13. Jahre ab die Fürstenschule zu St. Afra in Meißen, zu deren besten Schülern er zählte. Von 1848 ab wollte er in Leipzig anfangs Theologie und Philologie studieren, wandte sich jedoch nach schweren inneren Kämpfen der Jurisprudenz und Nationalökonomie zu und kam nach kurzer Thätigkeit bei einem Leipziger Rechtsanwalte und bestandener zweiter Prüfung als Gerichtsaktuar nach Meißen. Schon damals sich neben seinem Amte mit praktischen socialen Fragen beschäftigend, gab er 1855 die Gerichtspraxis auf und unternahm verschiedene Studienreisen nach deutschen und ausländischen Großindustriebezirken. Später finden wir ihn in Heidelberg und in Bremen thätig. 1866 wurde ihm eine Professur für Nationalökonomie an der Universität und dem Polytechnikum in Zürich übertragen und 1875 wurde er zum Professor an das Polytechnikum und Direktor des Königl. Statistischen Bureaus nach Dresden berufen, an welch' ersterem er noch heute wirkt. Auf socialem und volkswirtschaftlichem Gebiete war er nicht nur unterrichtlich, sondern auch schriftstellerisch auf's Erfolgreichste thätig. Außer seinen in der „Zeitschrift des Königl. Sächs. Statistischen Bureaus", deren Herausgeber er war, veröffentlichten zahlreichen statistischen Arbeiten, gab er eine größere Zahl volkswirtschaftlicher Werke und Broschüren heraus, von denen nur die folgenden hervorgehoben seien: „Der Branntwein in den Fabriken", „Der Trunk auf dem Lande", „Bericht über die Erholungen der Arbeiter außer dem Hause"; die Veranlassung dazu waren, daß in Dresden ein Zweigverein des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" zu stande kam. Hochverdient machte er sich durch sein Werk „Das Armenwesen in 77 Städten", das den Fachmännern der Armenpflege geradezu als Quelle der Belehrung dient. Zur Herbeiführung nichtamtlicher Hülfsthätigkeit auf dem Gebiete der Armenpflege rief Dr. Böhmert im Jahre 1880 den „Verein gegen Armennot und Bettelei" ins Leben, der gegenwärtig ca. 5000 Mitglieder bei einer Jahresausgabe von ca. 40 000 Mk. aufweist. Böhmert erstrebte auch, die Volkserholungen und die Genüsse der Bevölkerung zu veredeln, was die Schaffung der Volksunterhaltungsabende des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke zur Folge hatte, diese wieder führten Ende der 80er Jahre zur Gründung des Vereins „Volkswohl", der die „Organisation der Volksgeselligkeit" zum Zwecke haben sollte und der über 5000 Personen aus allen Kreisen der Residenz zu beitragenden Mitgliedern zählt. 5 Volksheime wurden von ihm geschaffen; in der Dresdner Heide wurde ein Volkspark mit Volksheim, Kolonnaden, Spielplätzen, Naturtheater gegründet und winterliche Unterhaltungs- und Vortragsabende ins Leben gerufen, die sich starken Zuspruches erfreuen. Für die Kinder wurden sogenannte Heidefahrten, für nach Fortbildung Strebende Unterrichtskurse und eine ansehnliche Volks- und Jugendbibliothek eingerichtet, für Stellung suchende Mädchen in der Großstadt Mädchenheime mit Dienstvermittelungsstellen und ein Lehrlingsheim für Lehrlinge, die weder bei ihren Meistern noch bei ihren Eltern wohnen können, gegründet. In einer Anzahl von Böhmert herausgegebenen Zeitschriften vertritt er seine Bestrebungen auf dem Gebiet des Volkswohls. Aus all' diesem erhellt, welch' ausgebreitete gemeinnützige Thätigkeit Böhmert entfaltet hat, und es war zu er-

warten, daß alle, die ihm näher gestanden und noch näher stehen, den gestrigen Tag nicht vorübergehen lassen würden, um ihm Zeichen ihrer Liebe und Verehrung darzubringen. So empfing Böhmert gestern Vormittag von 10 Uhr an in seiner in Wachwitz gelegenen Villa den Vorstand des Vereins „Volkswohl", an der Spitze Herrn Kommerzienrat Collenbusch, und überreichte derselbe eine von ersterem gestiftete kostbare silbere Votivtafel unter entsprechender Ansprache; alsdann beglückwünschte Herr Dr. Meinert den Gefeierten Namens des „Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke", und die Beamten des Vereins „Volkswohl" brachten ein kostbares Album mit den Photographien der verschiedenen Volksheime und deren Beamten dar. Der Vorstand des „Dresdner Beamten-Bauvereins" ließ durch seinen Vorsitzenden, Bibliothekar Schmidt, Glückwünsche und Dank für die thatkräftige Förderung seiner Ziele durch den Jubilar aussprechen. Eine Deputation des „Vereins gegen Armennot und Bettelei", bestehend aus den Herren Dr. Knauth und Landgerichtsrat Baltzer, beglückwünschte den Herrn Dr. Böhmert im Namen dieses Vereins, ebenso eine Deputation, an deren Spitze Herr Professor Dr. Helm im Namen der Kgl. Technischen Hochschule erschien, während im Auftrag eines Komitees von Freunden durch Herrn Dr. Scheven eine Stiftung im Betrage von 14 300 Mk. überbracht wurde, über deren Verwendung die Bestimmung dem Gefeierten überlassen ist. Außer diesen persönlichen Beglückwünschungen und Auszeichnungen liefen im Laufe des Tages ungezählte briefliche und telegraphische Gratulationen, sinnige Blumen- 2c. Spenden von nah und fern ein und legten beredtes Zeugnis davon ab, welch' allgemeiner Liebe und Verehrnng sich Herr Dr. Böhmert in den weitesten Kreisen erfreut. — Am Nachmittag des gestrigen Tages von halb 4 Uhr ab hatte der Verein „Volkswohl" im Heidepark zu Ehren des Herrn Dr. Böhmert besondere Festlichkeiten angesetzt. Herr Dr. Böhmert erschien mit seinen nächsten Anverwandten und nahm zunächst die 12 Spielreviere der Kinder in Augenschein, wo er jedes Mal mit Deklamationen derselben, Blumenangebinden 2c. und sonstigen Ovationen begrüßt wurde. Darauf erfolgte in Gegenwart sämtlicher im Heidepark spielender Kinder — ca. 1600 — und zahlreicher Angehörigen der Kinder die Weihe des Denkmals des Sohnes des Herrn Geh. Rat Dr. Böhmert, des im vorigen Jahre verstorbenen Landrichters Dr. Böhmert, welches, aus einem Block von rotem Meißner Syenit bestehend, das von Herrn Bildhauer Ockelmann nach Photographie modellierte, von der Firma Bierling in Bronze gegossene wohlgetroffene Porträt des Verstorbenen trägt mit der Unterschrift: „Zur Erinnerung an Landrichter Dr. Böhmert, den edlen Menschenfreund und Förderer des Heideparks". Nach dem einleitenden Musikvortrag „Wie könnt' ich Dein vergessen" hielt Herr Handelsschuloberlehrer Heine eine tiefempfundene, zu Herzen gehende Gedächtnisrede, in welcher er die großen Verdienste des Landrichters Böhmert und seine große, nie rastende Liebe und Fürsorge für die Kinder schilderte. Nachdem noch je eine Deputation von Darstellern vom Naturtheater und von Seminaristen im Namen der Helfer und Helferinnen bei den Jugendspielen den Gefeierten herzlich beglückwünscht, dankte er für alle ihm bisher zu teil gewordenen Ehrungen tiefgerührt mit herzlichen Worten, während der Gesang des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" seitens der Kinder die Feier auf diesem Platze beschloß. Darauf wandte man die Schritte nach dem Naturtheater, wo ein dramatisches Spiel „Die Rast im Walde" zur Aufführung gelangte, das die Anwesenden sichtlich erfreute und glatt von statten ging. Die glänzend gelungene Aufführung

eines Reigens durch ältere Schüler und Schülerinnen der Volksschulen beendete die offiziellen Festlichkeiten, denen sich am Abend im Saale des Volksheims „Heidepark" ein einfaches Abend-Festessen im engeren Kreise anschloß.

War der Mittwoch Nachmittag den Huldigungen der Jugend eingeräumt gewesen, so sollten bei dem am Abend im Saale des Volksheims „Heidepark" zu Ehren des Jubilars veranstalteten Festessen die Erwachsenen zu Worte kommen. Zu demselben hatten sich etwa 170 Damen und Herren aus allen Gesellschaftskreisen, Freunde, Gesinnungsgenossen, frühere und jetzige Kollegen Böhmerts, eingefunden, u. a. Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Johs. Rösing-Berlin, Vorsitzender der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, Geh. Reg.-Rat Dr. Roscher, Geh. Hofrat Direktor Prof. Dr. Treu, Landgerichtsrat a. D. Baltzer, Direktor der Sächsischen Bodenkreditanstalt, Fabrikbesitzer Dr. Knauth, Dr. med. Meinert, Pfarrer Gamper, Stadtrat Dr. Vogel, Kommerzienrat Collenbusch, Stadtgärtner Degenhardt u. s. w. Die Tafel war festlich mit Blumen geschmückt. Nachdem sich die Gesellschaft geordnet und der Herr Jubilar mit seiner Familie und seinen nächsten Anverwandten Platz genommen und die Eröffnungsmusik verklungen war, ergriff Herr Kommerzienrat Collenbusch das Wort, um im Namen eines zur Böhmert-Feier gebildeten Komitees dem Herrn Geheimen Rat dessen Glückwünsche und diejenigen der Erschienenen überhaupt darzubringen. Derjenige, der 70 Jahre lebe, hob der Herr Redner hervor, habe es selbst in der Hand, ob dieser 70. Geburtstag von der Allgemeinheit anerkannt werde oder nicht. Außer Gottes Güte gehöre ein Zusammenfluß manchen Glückes und manche Fähigkeit dazu, die der Betreffende entwickele, um sich im Leben so zu stellen, daß er an seinem 70. Geburtstage von Jung und Alt geehrt und gefeiert werde. Diese Verehrung und Liebe habe sich der Jubilar selbst zu verdanken, indem er allezeit treu bewährt „bei der Stange" geblieben. Möge er immer mehr und mehr in dem idealen Streben, in edler Menschlichkeit sich den Mitmenschen zu nähern und die Kluft auszufüllen zwischen Hoch und Niedrig, Arm und Reich, unterstützt werden, möge ihm aber auch seine volle Lebenskraft noch lange erhalten bleiben. Diese Rede klang in einem dreifachen Hoch auf den Herrn Jubilar aus, das allseitig begeisterten Widerhall fand. Hierauf sprach in wohldurchdachten, sinnreichen Worten Herr Geh. Hofrat Direktor Prof. Dr. Treu. Das Wort des Jubilars, das er einst gesprochen, die Genüsse des Volkes müßten veredelt werden, habe tief ins Herz getroffen. Die Zeiten seien längst vorbei, wo unsere schönen Sammlungen sich im allgemeinen dem Kultus einer weiten Vergangenheit widmen durften. Sie wollen jetzt hinaus ins Leben, ins Volk, sie wollen ins Weite und unsere Künstler haben uns den Weg dazu gezeigt. Seit den Tagen Meister Richters haben sie unser Volk gesucht in der Arbeitsfreude und im Arbeitsfrieden, auf unseren heimischen Fluren und im grünen Wald. Das Alles geht auf dem Wege, den Böhmert eingeschlagen. Auch hier im Heidepark umgiebt uns ein Stück Natur, ein Stück heimatlicher Wald. Hier entfaltet sich der ganze Blütenstrauß, der dem Wirken Böhmerts entsprossen ist. Hier sucht ihn die ganze Kinderwelt auf, ihn zu feiern und ihm zu danken. Welche Selbstlosigkeit, welche Hingebung hat dazu gehört, das Alles zu schaffen, wovon der Heidepark Kunde giebt, aber auch welche schmerzlichen und furchtbaren Verluste reihen sich hier an. „Der Mensch, der einer guten Sache dient, der sitzt in einer festen Burg" — es ist aber gut, wenn er in dieser Burg nicht allein ist, sonst könnte er die Verluste vielleicht nicht tragen. Vielleicht wären sie auch für den Jubilar doch zu

erschöpfend gewesen, wenn ihm nicht die treue Gefährtin seines Lebens zur Seite gestanden — ihr bringe er deshalb ein verehrungsvolles dreifaches Hoch! Begeistert stimmten die Anwesenden ein. — Herr Stadtrat Dr. Vogel feierte in einem historischen Rückblicke auf die politische Stellung des Jubilars, der allezeit treu zur liberalen, zur nationalliberalen Fahne gehalten, seine Gesinnungstüchtigkeit und brachte den Dank aller gleichgesinnten Männer dar für seine 40jährige politische Treue. Ein freudig schöner Zufall habe es gefügt, daß am 22. August das erste Enkelkind Böhmerts aus der Taufe gehoben worden sei und so bringe er dem kommenden Geschlecht Böhmert ein Hoch mit dem Wunsche, daß daraus dem deutschen Vaterlande weitere Männer erwachsen möchten, die ihren Beruf so hoch und so ernst auffassen. Hierauf antwortete der Herr Jubilar in einer längeren Rede, in welcher er sein Leben und Streben schilderte, dankte tief gerührt und mit herzlichen Worten für die überwältigenden Beweise der Liebe und Verehruug, die ihm von allen Seiten dargebracht worden, lehnte aber eigenes Verdienst hierbei vollständig ab. Im Elternhause von Kindheit an sei in ihm die Liebe zum Volke gepflanzt worden und der Pflege des Volkswohls habe er daher je und je seine Thätigkeit gewidmet. Es sei immer der Glaube an die Güte der Volksseele, an das Gute, Edle und Schöne im Leben gewesen, der ihn geführt habe. Überall habe er das rein Menschliche, die allgemeine Menschenliebe in den Vordergrund gestellt, frei von jeder Parteistellung. In dieser Beziehung glaube er, könnten alle Parteien mit ihm zusammengehen. Sein Hoch galt allen treuen Helfern und Mitarbeitern am Volkswohl. Herr Missionar Just überbrachte darauf die Grüße und Glückwünsche des Hildesheimer „Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" und richtete an den Jubilar eine warm empfundene Ansprache, in welcher er, Indien zum Ausgangspunkt nehmend, dessen Leben mit einem Bananenbaum verglich, der seine Äste immer weiter und weiter ausbreite, und sprach den Wunsch aus, daß das Wirken und Streben Böhmerts dem Samenkorn der Banane gleichen möge, das kräftig aufgehe, zum stolzen Baume heranwachse, und dessen Zweige sich immer weiter und weiter über die Lande erstrecken möchten. Pfarrer Gamper sprach alsdann im Namen und Auftrag der schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, welcher der Herr Jubilar während seiner Thätigkeit in Zürich in den Jahren 1872 bis 1874 hervorragende Dienste geleistet dadurch, daß er ihre Zeitschrift redigiert, und überbrachte Grüße aus den Schweizer Bergen. Wohl alle die Anwesenden hätten schon das unendliche Glück empfunden, auf den Bergen zu schauen, wie die Sonne Gottes die Welt verkläre, wenn aus den Nebeln, die in den Thälern wallen, das leuchtende Himmelsgestirn sich erhebt, Dann schimmern die Seen und die Matten und die Firnen in glänzendem Lichte. Aber noch schöner ist es am Abend. Da werden die Herzen weit und die Brust hebt sich und wenn dann die Sonne goldig niedertaucht unter die Berge, dann sieht man oft noch ein Schauspiel, das man niemals wieder vergessen kann — das Alpenglühen! Da wird alles ringsumher still. Es ist eine unsichtbare Hand Gottes, gleichsam den Segen auf das ganze Tagewerk legend. Von diesem Alpenbilde lenkt sich der Blick auf das Alter eines Mannes, dessen Leben von Gottes Gnade geführt und verklärt ward und das nun seinen schönsten Glanz erhält in der Anhänglichkeit und der Liebe derer, die seinen Wert zu schätzen wissen. Wenn auch die Locken gebleicht und die Kräfte allmählich abnehmen, das Herz bleibt jung und frisch und wie ein Abendleuchten aus himmlischen Höhen schwebt diese allgemeine Liebe und Verehrung über dem Geliebten. Nachdem der



Grund einer von dem Sekretär der englischen „National Vigilance Assoc.“ veranstalteten Enquête und persönlichen Informationsreise, lagen Berichte aller Kulturstaaten über diesen Gegenstand vor. Ganz besonders wertvoll war der Bericht des Herrn de Mauron-Genf und der Mrs. Fawcett, welch letztere die [illegible] Organisation des „weißen Sklavenhandels“ besprach. Die Berichte und Verhandlungen werden später im Druck erscheinen. Vertreten waren die meisten Länder germanischer Rasse, auch Rußland und Frankreich hatten Delegierte entsandt. Graf Bernstorff überbrachte eine Sympathiekundgebung der deutschen Kaiserin. Mit deutschen Vertretern der Sittlichkeitsbewegung waren u. a. noch erschienen Pastor Burkhardt, Frau Minna Cauer und Frau [illegible].

Die Resolutionen, welche am Schlusse des Kongresses gefaßt worden sind, beziehen sich zum Teil auf die Organisation der National-Komitees und das Verhältnis zum Internationalen Komitee, das seinen Sitz in England haben wird. Ferner sind Beschlüsse gefaßt worden in Hinsicht auf einige Zusammenkünfte und damit verbunden betreffs eines Einwirkens auf die Gesetzgebung jedes Landes, wo ein National-Komitee vorhanden ist. Die Anregung, die [illegible] und gemeinnützigen Vereine und Gesellschaften zu [illegible] untereinander zu veranlassen, besonders über alles das, was sich auf Auswanderung der Frauen und Mädchen bezieht, kann wertvoll werden. Eine Liste dieser Vereine, welche sich mit der Aufgabe beschäftigen wollen, die Auswanderung der Mädchen zu beobachten, soll den Regierungen [illegible].

Das Deutsche National-Komitee setzt sich [illegible] zusammen aus [illegible]kratischen und kirchlichen Kreisen, denen sich noch Vertreter der Sittenpolizei beigetreten. Der etwas [illegible] Charakter dieses Ausschusses dürfte allerdings der Bewegung wenig förderlich sein, denn in dem Komitee gegen die Unsittlichkeit sollte man [illegible] Interessenkreisen die gemeinsame Arbeit erschweren. ([illegible] Nr. [illegible] vom 11. Juli 1899.)

Der VII. Internationale [illegible] Kongreß, welcher am 6. August in Baden-Baden eröffnet wurde, [illegible] Themata, welche allgemeines Interesse haben. Es waren über 1000 Teilnehmer anwesend. Hinsichtlich der [illegible] gegen die Verbreitung von Tierseuchen fand ein Antrag [illegible] Annahme: „Der VII. Internationale [illegible] Kongreß in Baden-Baden erachtet eine wirksame Bekämpfung der [illegible] Anwendung der von der [illegible] entsprechende Regelung des [illegible] und des internationalen [illegible] als auch des allgemeinen [illegible] notwendig [illegible].“

[illegible]

Schlußsätze einstimmige Annahme: „Im Interesse einer wirksamen Maul- und Klauenseuche liegt es:

1. die wissenschaftliche Erforschung dieser Seuche mit allen Mitteln zu betreiben;

2. das verseuchte Gebiet vom Viehverkehr abzusperren;

3. den Verkehr mit Handelsvieh einer strengen veterinär-polizeilichen Überwachung dergestalt zu unterwerfen, daß das Vieh von Viehhändlern vor dem Feilbieten der polizeilichen Beobachtung unterstellt wird;

4. daß Magermilch und alle sonstigen Milchrückstände dauernd aus den Sammelmolkereien nur abgegeben werden dürfen, nachdem sie zuvor einer Temperatur ausgesetzt worden sind, welche die zuverlässige Ertötung des Infektionsstoffes verbürgt;

5. daß den Verwaltungsbehörden die Befugnis beigelegt wird, in geeigneten Fällen eine Tötung von Tieren, gegen Gewährung von Entschädigungen für die daraus entstehenden Verluste an die Besitzer, anzuordnen;

6. die Anordnung, Leitung und Ausführung der in betracht kommenden veterinär-polizeilichen Maßregeln, wobei besonderes Gewicht auf strenge Durchführung der Sperren und der Desinfektion der Kleider des Wartepersonals u. s. w. zu legen ist, im ganzen Lande einheitlich zu regeln." — Hinsichtlich der Fleischbeschau sprach der Kongreß sich für Ausübung derselben durch geprüfte Tierärzte aus, nur aushülfsweise könnten durch Tierärzte vorgebildetete Laien dieselbe ausüben. Als Leiter von Schlachthöfen seien gleichfalls nur Tierärzte anzustellen. Über die Bekämpfung der Schweineseuche nahm der Kongreß auf Vorschlag des Referenten Geh. Obermedizinalrat Lorenz-Darmstadt folgende Anträge an: 1. „Die Schweineseuchen sind veterinär-polizeilich zu bekämpfen und zwar in der Weise getrennt, daß die Schweinepest einerseits und Rotlauf andrerseits für sich zu behandeln sind.

2. Die gegen Schweineseuche und Schweinepest zu ergreifenden veterinär-polizeilicheu Maßnahmen bestehen hauptsächlich in der Tötung kranker und ansteckungsverdächtiger Tiere und in der Desinfektion der verseuchten Gehöfte. Die Tötung ist namentlich für solche Gegenden zu empfehlen, in welche die genannten Seuchen nur vorübergehend eingeschleppt sind.

Die Anwendung, der zur Zeit noch nicht überall genügend erprobten Schutzimpfungsmethoden gegen die vorgenannten beiden Seuchen empfiehlt sich nur für Gegenden, in denen sich bereits ausgedehnte Seuchenherde gebildet haben.

3. Als Bekämpfungsmittel gegen den Rotlauf der Schweine ist, neben den gewöhnlichen veterinär-polizeilichen Maßnahmen, in erster Linie die polizeilich überwachte Schutzimpfung aller Tiere der gefährdeten Bestände zu bezeichnen.

Es empfiehlt sich ferner, die obligatorische Impfung anzuordnen, sobald der Rotlauf in einem Schweinebestande alljährlich auftritt." Der Kongreß sprach sich ferner für eine Erweiterung des tierärztlichen Unterrichts und für das Erfordernis der Universitätsreife für das Studium der Tierheilkunde aus. — Zum Vorort des 1905 abzuhaltenden VIII. Kongresses wurde Pest gewählt. —

Die 9. Interparlamentarische Friedenskonferenz fand vom 1.—4. Aug. in Christiania statt. (Siehe „Wirtschaftlich-sociale Umschau".)

Deutsche gemeinnützige Versammlungen und Kongresse. Von den Beschlüssen der 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die am 27. August in Neisse eröffnet wurde, sind folgende allgemeinen Charakters hervorzuheben. Hinsichtlich der Sonntagsheiligung: „Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt den Katholiken, sich an öffentlichen Vergnügungsveranstaltungen nicht zu beteiligen, durch welche der sonn- und festtägige Gottesdienst, namentlich am Vormittag, beeinträchtigt wird. Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands bedauert, daß der Staat fast ausschließlich an Sonntagen billige Sonderzüge veranstaltet und Rückfahrkarten zum einfachen Preise ausgiebt und dadurch die Entheiligung des Sonntags befördert und unterstützt. Sie beantragt, entweder den Eisenbahntarif herabzusetzen, oder wenigstens an einem bestimmten Wochentage dieselben Vergünstigungen zu gewähren." — Zur Frage der Mäßigkeitsvereine empfiehlt die 46. Generalversammlung im Hinblick auf die immer weiter um sich greifenden Verheerungen des Alkohols in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung die Mäßigkeitsbestrebungen des Charitasverbandes des katholischen Deutschlands aufs angelegentlichste und anerkennt die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Gründung von Mäßigkeitsvereinigungen, insbesondere empfiehlt sie, neben den bestehenden [illegible] für Süd- und Westdeutschland auch solche für Ost- und Norddeutschland ins Leben zu rufen. — [illegible]

und Landarbeiterfrage als dringende Notwendigkeit aus, daß auch in Zukunft auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung alle jene Maßregeln ergriffen werden, die geeignet erscheinen, die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft zu erleichtern und den Bauernstand in jeder Beziehung zu heben und zu fördern. Ein weiterer Beschluß spricht sich für die Gründung von Vereinen für ländliche Arbeiter und Dienstboten auf christlicher Grundlage auf. Aufgabe dieser Vereine ist die religiöse und sittliche Bildung, die Veredelung der Erholung und die wirtschaftliche Wohlfahrtspflege, um dadurch die Vorzüge der ländlichen Arbeit zur Geltung zu bringen und das Verhältniß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einander zu verbessern. Den Landwirten wurde zur Heranbildung tüchtiger christlicher Hausfrauen die Errichtung ländlicher Haushaltungsschulen empfohlen.

Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland fand innerhalb der Tagung der Generalversammlung deutscher Katholiken am 30. August in Neisse statt. Generalsekretär Dr. Pieper-M.-Gladbach erstattete den Jahresbericht für das Vereinsjahr 1898. Die Mitgliederzahl beträgt 186 602, davon entfallen auf das Rheinland 62 000, Westfalen 34 000, Hannover 12 000, Schlesien 4570, Hessen-Nassau 8289, Bayern 18 000, Württemberg 22 000, Baden 10 000, Hessen-Darmstadt 3650. Als wichtigste Aufgabe auf socialem Gebiete betrachte der Volksverein die Förderung der Socialreform und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hebung der einzelnen Stände unseres Volkes. An erster Stelle muß der Volksverein, wenn er dem Volke helfen will, der Socialdemokratie entgegentreten.

Der 24. Kongreß für öffentliche Gesundheitspflege wurde am 12. September in Nürnberg unter dem Vorsitz des Geh. Sanitätsrates Dr. Lent-Köln eröffnet. Aus dem vom Generalsekretär, Geheimrat Dr. Spieß-Frankfurt a. M. erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl auf 1560 angewachsen ist. Prof. Erismann-Zürich sprach über die hygienische Beurteilung der verschiedenen Arten künstlicher Beleuchtung, er bezeichnete das Acetylen, wegen der sehr kleinen absoluten Menge, die es an Verbrennungsprodukten hinterläßt, als besonders günstig in gesundheitlicher Hinsicht; die Giftigkeit des Acetylen sei eine sehr geringe, groß dagegen die Explosionsgefahr. Für Innenräume verdiene diejenige Beleuchtungsart den Vorzug, bei der der Gesamtverbrauch von Brennmaterial pro Lichteinheit am geringsten sei. Die Heizwirkung der Lichtquellen soll möglichst gering sein. Für Schulen sei indirektes (diffuses) Licht anzuwenden. — Prof. Dr. Heim-Erlangen referierte über das Bedürfnis größerer Sauberkeit im Kleinvertrieb von Nahrungsmitteln. Diese notwendige Sauberkeit sei nach angestellten eingehenden Ermittelungen in Bäckereien und Schlächtereien, namentlich aber in der Behandlung der Milch noch sehr mangelhaft. Belehrung des Publikums für eine geeignete Selbsthülfe, Kontrolle der Lagerräume und Arbeitsstätten, Vermehrung der Gelegenheiten für chemische Untersuchungen der Nahrungsmittel, Anstellung von Gesundheitsinspektoren nach englischem Muster u. s. w. wurden als geeignete Abhülfsmittel empfohlen. Über die Schularztfrage referierten Geh. Oberschulrat Prof. Dr. Schiller-Leipzig und Dr. med. Paul Schubert-Nürnberg. Beide Redner waren einig in der Aufstellung folgender Forderungen; „1. Zur Wahrung und Förderung der Gesundheit der Schuljugend ist die Anstellung hygienisch vorgebildeter Schulärzte für alle vom Staat, von der

Gemeinde oder von Privaten geleiteten niederen und höheren Unterrichtsanstalten erforderlich. 2. Die Aufgabe der Schulärzte umfaßt:

I. Die Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse des Schulgebäudes und der Schuleinrichtungen.

II. Die Beaufsichtigung des Vollzuges der über Hygiene des Unterrichts und der Unterichtsmittel erlassenen Vorschriften.

III. Die Obsorge für die Gesundheit der Schulkinder; und zwar:
a) Die Unterstützung des Amtsarztes bei Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten;
b) Die Feststellung körperlicher Mängel der Kinder zum Zweck fortgesetzter Beobachtung oder besonderer Berücksichtigung beim Schulbetrieb;
c) Die Überwachung der körperlichen Erziehung, soweit diese von der Schule geleitet wird.

3. Größere Gemeinden sollen für ihre Volks- und Mittelschulen aus eigenen Mitteln Schulärzte anstellen. In größeren Städten empfiehlt sich die Bestellung eines Schuloberarztes. Wenn möglich ist hierfür der Amtsarzt zu wählen.

In kleineren und unbemittelten Gemeinden hat der Staat für Anstellung einer genügenden Anzahl von Schulärzten zu sorgen.

Privatschulen sind den am Ort thätigen städtischen oder staatlichen Schulärzten zuzuweisen.

4. Der zentralen Schulbehörde des Staates oder der Provinzen sind tüchtig vorgebildete ärztliche Hygieniker als vortragende Räte für Schulgesundheitspflege in genügender Zahl beizugeben. Ihnen fällt die Vorbereitung und Überwachung aller Verfügungen über die Hygiene der Schulgebäude, der Schuleinrichtungen, des Unterrichts und der Schüler, besonders aber der weitere Ausbau des körperlichen Erziehungswesens zu.

5. Die Lehrer und Lehrerinnen an allen Schulen sind hygienisch vorzubilden; hierfür sind die Lehrerseminarien und die Hochschulen in Anspruch zu nehmen. Schulhygiene wird für alle Lehrerkategorien ein allgemein verbindliches Prüfungsfach." Es muß bemerkt werden, daß ein Beschluß in dieser Frage nicht gefaßt wurde und daß eine Anzahl Redner sich gegen die Anstellung von Schulärzten aussprach und daß auch unter den Befürwortern dieser Idee gerade medizinische Fachmänner vor allzugroßen Hoffnungen bei Anstellung von Schulärzten warnten. — Auch hinsichtlich des letzten Gegenstandes der Tagesordnung: Maßregeln gegen die Rauchbelästigung in den Städten wurde kein Beschluß gefaßt, da die Untersuchungen über diesen Gegenstand noch nicht zu einem Abschlusse gelangt seien. Im allgemeinen wurde der Ansicht beigepflichtet, daß der Kleinbetrieb mehr Rauchbelästigung verursache, als der Großbetrieb, und daß insbesondere die Feuerungsanlagen der Bäckereien außerordentlich mangelhaft seien.

Der I. Deutsch-evangelische Frauentag wurde vom 5.—7. Juni in Kassel auf Anregung des Pf. Lic. Weber-M.-Gladbach abgehalten. Pf. Lic. Sardemann sprach über weibliche Krankenpflege und hob hierbei mit Recht hervor, daß erst durch das Eintreten der Frauen in die öffentliche Krankenpflege diese zu einer wahren Wohlthat für das Volk geworden sei. — Frau Dr. Scheven-Dresden sprach über die Frauenthätigkeit auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege. Der Vortrag, welcher auf Beschluß der Versammlung gedruckt werden soll,

berührt insbesondere die thatsächliche oder doch wünschenswerte Thätigkeit der Frau auf den Gebieten des Ziehkinderwesens und der Waisenpflege. — Pf. Lic. Weber behandelte die Berufsbildung der Frauen für gewerbliche Thätigkeit. Er befürwortete eine Erweiterung dieser Thätigkeit und eine bessere Ausbildung derselben durch Gründung von Fachschulen und gewerblichen Mittelschulen durch den Staat. — Frl. Auguste Förster-Kassel sprach über die hauswirtschaftliche Frauenausbildung. — Frau Ufer-Held-Barmen und Pf. Seifert-Berlin sprachen über Jungfrauen-, Ladnerinnen- und Arbeiterinnenvereine. — Der Geschäftsführer des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke Just-Hildesheim und Frl. Knutzen-Kassel sprachen über die Frau und die Alkoholfrage. — Die Vorträge von Frau Mundhenk und Pf. Schreiber-Kaiserswerth behandelten die Bewahrung der gefährdeten und die Rettung der gefallenen Töchter.

Die IV. Führer- und Ärzteversammlung deutscher freiwilliger Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz fand am 12.—16. August in München statt. Nachdem die ersten Tage von praktischen Übungen im großen Stil in Anspruch genommen worden waren, begannen am 14. die Beratungen der Versammlung in Anwesenheit des Protektors Sr. k. Hoh. Prinz Ludwig von Bayern. Die Verhandlungen waren ausschließlich technisch-sanitärer Art. Die nächste Zusammenkunft im Jahre 1900 findet in Mainz statt.

Der IV. Verbandstag der deutschen Frauen-Hülfs- und Pflegevereine fand vom 6.—8. August in Heidelberg in Anwesenheit der Großherzogin von Baden statt. Hinsichtlich der technischen Ausbildung der Lernschwestern wurden folgende Leitsätze des Referenten Privatdozent Dr. Bettmann-Heidelberg angenommen: „1. Es erscheint notwendig, die praktische Ausbildung der Schülerinnen systematisch zu regeln. 2. Einseitige Ausbildung ist zu vermeiden; jede Schülerin soll zum mindesten eine ausreichende praktische Schule im Dienste einer medizinischen und einer chirurgischen Krankenhaus-Abteilung erhalten. 3. Die Lehrzeit darf nicht zu kurz bemessen werden und soll, wenn irgend möglich, wenigstens ein Jahr betragen. 4. Ein geordneter theoretischer Unterricht ist neben der praktischen Ausbildung unentbehrlich." — Hofrat Prof. Dr. Kraske-Freiburg betonte in seinem Vortrag über die Ausbildung von Damen zu freiwilligen Krankenpflegerinnen für den Kriegsfall, daß der theoretische Unterricht mit der praktischen Ausbildung in einem Hospital Hand in Hand gehen müsse und daß die Zahl der vorhandenen Pflegerinnen in einem Kriege nicht ausreiche. Dieselbe Ansicht vertritt das Referat des Generalmajors a. D. v. Speck-München. — Weitere Verhandlungen betrafen die Sicherstellung des weiblichen Personals der Krankenpflege, das Vereinsorgan „Frauenverband", sowie seitens hervorragender Mediziner Themata der praktischen Verwundetenpflege. Auf einen Vortrag des Obermedizinalrats Dr. Häuser-Karlsruhe über die Landkrankenpflege fanden folgende Leitsätze Annahme: „1. Die Schaffung und Ausdehnung einer geordneten Krankenpflege auch in den kleinsten Landorten erscheint sowohl vom ärztlichen wie vom humanitären und socialen Gesichtspunkt als ein ernstes Bedürfnis unserer Zeit. 2. Einen erprobten und daher empfehlenswerten Weg, diesem Bedürfnis gerecht zu werden, bildet die in Baden eingeführte Landkrankenpflege. 3. Die Beschaffung der Mittel zur Erreichung und Unterhaltung derselben liegt in erster Linie den freiwilligen Wohlthätigkeitsvereinen, den Gemeinden und Kreisen ob;

es erscheint aber als billig und ist dringend wünschenswert, daß auch die Krankenkassen und Versicherungsanstalten zur Erreichung dieses Zieles beisteuern."

Der IV. Kongreß für Volks- und Jugendspiele wurde am 26. Juni in Königsberg durch den Vorsitzenden v. Schenckendorff eröffnet. Nach einem Vortrag des Turninspektors Herrmann-Braunschweig über den Einfluß der Bewegungsspiele auf die Erstarkung der weiblichen Jugend wurden dessen nachfolgende Leitsätze von der Versammlung zum Beschluß erhoben: „1. Eine Erstarkung unserer weiblichen Jugend ist notwendig. 2. Zu dieser Erstarkung dienen — neben systematischen Turnübungen, welche der Eigenart des weiblichen Körperbaues, sowie der weiblichen Würde und Sitte entsprechen, — ganz besonders die Bewegungsspiele, weil sie

a) durch ihre kräftige, wohlthätige Wirkung auf alle Muskelgebiete, auf das Wachstum, auf die Organe des Kreislaufes (Lungen, Herz, Verdauungsorgane) und auf eine richtige Ernährung am besten der Gesundheit der weiblichen Jugend entsprechen;

b) Mut, Ausdauer, Rechtssinn, Geistesgegenwart, Gemeingeist, wahre Jugendfreude, also Charakter und Gemüt entwickeln und dadurch den Körper befähigen, ein sicherer und rascher Vollstrecker des Willens der Seele zu sein.

3. Die Bewegungsspiele sind deshalb in allen Mädchenschulen in grundsätzlicher und geordneter Weise auch außerhalb der gewöhnlichen Schulturnstunden zu pflegen, die Teilnahme daran ist für alle, soweit nicht der Arzt sie verbietet, verbindlich zu machen. 4. Es ist dafür zu sorgen, auch über das schulpflichtige Alter hinaus die Jungfrauen und Frauen zu Bewegungsspielen zusammenzuführen und zusammenzuhalten." — Rektor Dobrick-Königsberg hielt einen Vortrag über die Förderung des Schwimmens und Badens von Schulkindern, Realschuldirektor Dr. Lorenz-Quedlinburg einen solchen über die Anforderungen, welche der heutige Heeresdienst an die körperlichen und sittlichen Eigenschaften der Jünglinge stellt, und über die Frage, wie unsere Jugenderziehung im Dienst der nationalen Wehrkraft die Vorbedingungen dazu schaffen kann. Nach den Leitsätzen des Redners sollen planmäßige Turn- und Spielübungen folgende Grundlage für gedachte Anforderungen auszubilden suchen: „a) die allgemeinen Bürgertugenden: eine gewissenhafte Pflichterfüllung, willigen Gehorsam, Kameradschaft, Ehrgefühl, Treue zum Landesfürsten, Gottesfurcht; b) Stärke des Willens und des Körpers in unlösbarer Wechselwirkung: c) Fähigkeit zum Ertragen körperlicher Anstrengungen; dies erfordert insbesondere straffe und gelenkige Bein- und Gesamtmuskulatur, Abhärtung von Haut und Nerven und einen weiten, dehnungsfähigen Brustkorb mit gesunden Lungen und kraftvollem Herzschlag." — Dr. F. A. Schmidt-Bonn hielt einen Vortrag über die Frage: „Welche Vorteile und Nachteile sind mit den Wettspielen der Spielvereinigungen verbunden?" — Es sei hier darauf hingewiesen, daß alle Anregungen, Vorschläge und Erfahrungen, welche darauf abzielen, die körperlichen Übungen zu einer wahren Volkssitte zu machen, sich gesammelt finden in dem „Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele", welches bereits im 8. Jahrgange vorliegt und bei Eltern und Pädagogen, sowie überhaupt in allen volkserziehlichen und national gesinnten Kreisen eine immer weitergehende verdiente Beachtung findet. (Leipzig, R. Voigtländers Verlag).

Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine, welcher vom 4.—6. Juni in Eisenach tagte, nahm u. a. folgende Resolution hinsichtlich der Arbeitszeit der kaufmännischen Gehülfen an: „Die Jahresversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine begrüßt es mit Freude, daß in der Novelle zur Gewerbeordnung in Verbindung mit den Beschlüssen der betreffenden Reichskommission Mittel zur Beseitigung der übermäßigen Arbeitszeit und anderer auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Handlungsgehülfen schädlich wirkender Übelstände in Ladengeschäften geboten werden. In Erwägung jedoch, daß der § 139e der Novelle zu Unträglichkeiten bei seiner Handhabung führen muß, betont der Verband unter Hinweis auf die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik, deren bezügliche Erhebungen durch die im Jahre 1890 an den Herrn Reichskanzler gerichtete Denkschrift des Verbandes veranlaßt wurden, daß er es nach wie vor für unbedingt notwendig hält, für das ganze deutsche Reich einen allgemeinen Ladenschluß um spätestens 8 Uhr Abends mit Ausnahme der Abende vor Sonn- und Feiertagen gesetzlich anzuordnen. Sollte eine einheitliche Ladenschlußstunde gesetzlich nicht eingeführt werden, so halten wir eine Erleichterung der Einführung des freiwilligen örtlichen Ladenschlusses für erforderlich."

Ein Kongreß zur Sammlung der religiösen und socialen Reformparteien fand unter dem Vorsitze des Dr. Eduard Löwenthal am 2. Juni in Berlin statt. Die Freireligiöse Gemeinde, die Egidy-Vereinigung, die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, der Verein für socialisches Genossenschaftswesen, die Kogitanten-Allianz, der demokratische Verein u. s. w. hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende bezeichnete in seinem einleitenden Vortrage über „Die Religion der Zukunft" als Zweck des Kongresses, die Erneuerung des 1865 ins Leben gerufenen sogenannten Kogitantentums in Form einer dogmenfreien Religion der Wissenschaft, verbunden mit praktischer socialer Hülfsarbeit. Der Zersplitterung der religiösen und socialen Reformgruppen solle durch Schaffung einer Allianz ein Ende gemacht werden. Zur Verbreitung dieser Grundsätze sei die Errichtung einer Denker- und Forscher-Akademie beabsichtigt, zu der hervorragende Männer, wie Professor Berthelot-Paris, Dr. Dreeford-Baltimore, Professor Seiling-München, Dr. Maack-Hamburg 2c. ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Debatte gestaltete sich besonders lebhaft. Die Grundzüge der Vereinigung der religiösen und socialen Reformparteien wurden in einer Resolution niedergelegt, deren Einzelheiten noch in einer besonderen Tagung durchberaten werden sollen.

Preisausschreiben. Der Vorstand des belgischen Frauenbundes gegen den Alkoholismus in Brüssel („l'Union des femmes contre l'alcoolisme") schreibt einen Preis von 200 Frcs. für die beste Beantwortung folgender 4 Fragen aus: „1. Woher kommt es, daß sich so viele Menschen von Spirituosen vergiften lassen; sich die Gesundheit zerstören lassen und ihre Familie, ja selbst ihre ferneren Nachkommen im höchsten Maße schädigen, da es doch keinem von vornherein als Ideal gilt, ein Trunkenbold zu werden? — 2. Was haben die Frauen bis heute gethan, um diese furchtbare sociale Plage zu bekämpfen? — 3. Welche Mittel wären von den Frauen anzuwenden, um den Genuß alkoholischer Getränke einzuschränken? — 4. Welchem Umstand ist es zuzuschreiben, daß Belgien eines jener Länder ist, in welchen das größte Quantum an Spirituosen verbraucht wird; welches ist der Zustand diesbezüglich in Ihrem Lande und wodurch ist er erzeugt?" Antworten können

in allen lebenden Sprachen eingesandt werden an Madame Keelhoff, Secrétaire générale de l'Union etc., 2 Rue de l'Industrie, Bruxelles. —

Die Nichten der auf der „Bourgogne" im vorigen Jahr mit untergegangenen amerikanischen Familie Pollok haben einen „Anthony Pollok Preis" in Höhe von 100 000 Frcs. für den vollendetsten **Apparat zur Rettung aus Seenot** gestiftet. Der Wettbewerb wird in **Paris** 1900 stattfinden. Näheres durch die französische Gesandtschaft in Washington. —

Die Kgl. **Preußische Akademie der Wissenschaften** in Berlin hat einen Preis von 2000 Mk. für die beste Abhandlung über die **Entstehung und das Verhalten neuer Getreidevarietäten** im Laufe der letzten 20 Jahre ausgesetzt. Termin 31. Dezember 1901. —

Herr Kommerzienrat **Hugo Oppenheim** in Berlin überwies dem in der Bildung begriffenen „**Deutschen Verein für Volkshygiene**" (Geschäftsstelle Berlin W., Maaßenstraße 23) einen Betrag von 10 000 Mk. zu einem Preisausschreiben für ein Volksbuch, welches die Gesundheitspflege in allgemein verständlicher Form behandelt. — Die „**Deutsche Gesellschaft für Volksbäder**" schreibt bis zum 31. Dezember d. J. Preise im Betrage von 3000 Mk. zur Erlangung mustergiltiger Pläne für die Errichtung einfacher aber einladender Volksbäder aus. — Der „**Verein thüringischer Gemeindebeamten**", dessen Jahresversammlung am 10. September in Gera stattfand, sprach auf ein erlassenes Preisausschreiben über Steuerwesen dem Revisor **Terpinowitz** in Gera für seine Arbeit eine Prämie zu. Für die nächste Preisaufgabe wurde als Thema: „Städtereinigung und Abfuhrwesen" festgesetzt.

Arbeiterfrage.

Versammlungen und Vereinigungen in der Arbeiterfrage. Der XIII. ordentliche Berufsgenossenschaftstag wurde am 26. Juni in Konstanz eröffnet. Eine besonders eingehende und lebhafte Erörterung entspann sich über einige grundsätzliche Fragen, welche die Selbständigkeit der Verwaltung der Berufsgenossenschaften gegenüber den Anforderungen staatlicher Organe betreffen. [illegible]

stellen auch in das Unfallversicherungsgesetz einzufügen, führte zu folgendem Beschluß: „Da nach den Erklärungen der Regierung und den Verhandlungen in der Reichstagskommission nicht ausgeschlossen ist, daß die für das Invalidenversicherungsgesetz vorgesehenen Rentenstellen künftig auch für die Unfallversicherung zur Anwendung kommen sollen, erklärt der Berufsgenossenschaftstag: „Die in dem Entwurf eines Invaliden-Versicherungsgesetzes nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Beratung vorgesehenen Rentenstellen eignen sich, soweit sie als begutachtende Behörden in Betracht kommen, nicht zur Einführung in die Unfallversicherung, da sie das Verfahren verlangsamen und verteuern. Insoweit ihnen aber die Beschlußfassung im Entschädigungsverfahren überwiesen werden soll, sind sie für die Unfallversicherung unbrauchbar. Sie bieten weder eine Gewähr für eine genauere Prüfung der Unfälle, noch für eine richtigere Feststellung der Entschädigungen, als die Organe, denen nach dem bestehenden Gesetz diese Aufgaben obliegen. Auch gefährden die Rentenstellen die Einheitlichkeit der Grundsätze bei den Entscheidungen der ersten Instanz innerhalb ein und derselben Berufsgenossenschaft." — Die voraufgegangenen übrigen Punkte der Tagesordnung fanden eine sachgemäß schnelle Behandlung und Erledigung. — Der nächste Ort des Berufsgenossenschaftstages ist Breslau.

Der Deutsche Buchdruckertag hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 1. Juli in Kiel ab. Nach dem von Baensch-Drugulin erstatteten Jahresbericht beträgt die Zahl der Mitglieder 962, die Jubiläumsstiftung hatte ein Vermögen von 25 120 Mk., durch den Centralarbeitsnachweis waren im verflossenen Jahre 105 Stellen besetzt worden. Der Kassenbericht wies eine Ausgabe von 13 463, eine Einnahme von 14 594 Mk., einen Vermögensbestand von 11 682 Mk auf. Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützungskasse hatte eine Einnahme von 48 015 Mk., eine Ausgabe von 22 429 Mk., einen Vermögensbestand von 125 586 Mk. aufzuweisen. Die Invalidenkasse vereinnahmte 65 085 Mk., verausgabte 12 670 Mk. und zeigte ein Kassenvermögen von 229 369 Mk. Die Krankenkasse hatte im ersten Quartal ihres Bestehens an Einnahmen 15 637 Mk., an Ausgaben 8501 Mk. und einen Überschuß von 7176 Mk. aufzuweisen. Das Gesamtvermögen aller drei Kassen betrug demnach 362 090 Mk. Die nächstjährige Versammlung findet in Dresden statt.

Der „Vorstand des Arbeitgeberbundes", welcher am 3. August in Berlin tagte, faßte folgende Beschlüsse: „Im Anschluß an die örtlichen Bau-Arbeitgebervereinigungen sind in ganz Deutschland obligatorische Arbeitsnachweise auf unparitätischer Grundlage zu errichten. Einheitliche Entlassungsscheine, deren Wortlaut vom Vorstande festgestellt ist, werden im Anschluß an die Arbeitsnachweise eingeführt. An den Bundesrat, an die Ministerien sämtlicher Bundesstaaten, ferner an die Mitglieder der konservativen Fraktion und des Centrums wird ein Protest gegen Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise gesandt. Die Arbeitgeberverbände von ganz Deutschland sind zu veranlassen, Resolutionen zu Gunsten des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu fassen und diese dem Reichstage, dem Bundesrat und dem Reichsamt des Innern zu übersenden. Die fertiggestellten statistischen Ermittelungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe von ganz Deutschland werden den örtlichen Verbänden zugeschickt.

Ein „Deutscher Müllerbund" hat sich mit dem Sitze in Leipzig gebildet. Die Organisation will die Mittel- und Kleinmüller, deren es gegen 40 000

im Deutschen Reiche giebt, vertreten und die Konkurrenz der Riesenbetriebe einerseits und der kleinen Schleudermüller andererseits bekämpfen. Der Bund hat sich im einzelnen folgende Aufgaben gestellt: 1. Beseitigung der Zollvergünstigungen für Exportmühlen (Aufhebung des Zollkredits); 2. Beseitigung der Tarifmängel auf den Eisenbahnen, wodurch gleichfalls die Großbetriebe begünstigt werden; 3. Erhöhung des Frachtsatzes auf den Wasserstraßen, so daß diese wenigstens ihre Unterhaltungskosten und eine mäßige Verzinsung aufbringen; 4. gerechtere Besteuerung der Mühlen nach ihrer Produktivmenge (staffelförmige Umsatzsteuer); 5. Ermäßigung der Versicherungsprämien für Mühlen; 6. Erhöhung der Mahllöhne. Um diese Aufgaben zu erfüllen, will der Bund dahin wirken, daß künftig bei Beratung gesetzgeberischer Maßregeln, die das Müllereigewerbe berühren, auch Mittel- und Kleinmüller gehört werden. Die Leitung des Bundes hat zu diesem Zwecke Beziehungen zu verschiedenen Parlamentariern angeknüpft.

Totenschau.

Duvigneau, Otto, Stadtrat und Ehrenbürger von Magdeburg, Mitbegründer und eines der eifrigsten Mitglieder der nationalliberalen Partei, insbesondere als Abgeordneter verdient um das Zustandekommen des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, erster Vorsitzender des Kunstgewerbevereins in Magdeburg, geb. am 7. Juli 1818, † daselbst am 7. September.

Hoesch, Emil, Kommerzienrat, Großindustrieller und Kreisdeputierter in Düren, † daselbst am 13. Juli, 65 Jahre alt.

Karcher, K., Kommerzienrat in Kaiserslautern, Mitglied der Kaiserslautener Bank und vieler blühender industrieller Unternehmungen in der Pfalz, † am 7. September dortselbst im Alter von 58 Jahren.

Klein, Franz, Hofrat, Central-Gewerbeinspektor im k. k. Handelsministerium zu Wien, Mitglied des Versicherungs-Beirats und des Gewerbebeförderungs-Beirats, am 10. Februar 1852 zu Mährisch-Weißkirchen geboren, † in Gleichenberg am 1. September.

Marx, Heinrich, Robert, Kommerzienrat, bedeutender Großindustrieller, Gründer der großen mechanischen Weberei H. R. Marx in Seifhennersdorf, am 2. Mai 1816 zu Krummen (Reg.-Bez. Potsdam) geboren, † in Seifhennersdorf am 28. August.

v. Meviſſen, Dr. Gustav, Geh. Kommerzienrat und Staatsrat, einziger Ehrenbürger der Stadt Köln a. Rh. und deren Vertreter im preußischen Herrenhause, auch Mitglied des Volkswirtschaftsrats und der ständigen Kommission für das Unterrichtswesen, lange Jahre Präsident der Rheinischen Eisenbahngesellschaft und Vorstandsmitglied der Kölner Handelskammer, Mitbegründer der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, der Schöpfer und Förderer einer ganzen Reihe von finanziellen und industriellen Instituten der westlichen Provinzen, 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments und Unterstaatssekretär im Reichs-Handelsministerium, seit 1873 Mitglied des Centralvereins, † in Godesberg am 13. August, 84 Jahre alt.

Robert, Charles, Staatsrat, einer der verdientesten französischen Volkswirte und Arbeiterfreunde, besonders im Hinblick auf die Förderung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Begründer der Pariser Gesellschaft: „La société pour l'étude pra-

Herr Redner seinen persönlichen herzlichsten Glückwunsch zu diesem Tage ausgesprochen, forderte er die Anwesenden, „die älteren und jüngeren Freunde", die des Jubilars „Anregungen gefolgt sind" auf, ein Hoch zu bringen „auf ein Alter das dem Jubilar beschert sein möge, verklärt von jenem strahlenden Rot allgemeiner Liebe und Verehrung". Begeistert stimmte die Versammlung hierauf ein und lebhaftester Beifall wurde dem Herrn Redner für seine gedankenreiche, ebenso warme als herzliche Ansprache gezollt. Den Schluß in der Reihe der Tischreden machte Herr Stadtgärtner Degenhardt, welcher den Jubilar, obgleich nicht zum Pfarrer geworden, doch nun recht eigentlich zum „Heidepfarrer" geworden, als „Arzt der Armen und des Volkes" feierte. Kurz nach 9 Uhr hatte auch diese Festlichkeit ihr Ende erreicht. die sicher dem Jubilar, sowie den Teilnehmern unvergessen bleiben wird. Möge dem Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Böhmert noch ein recht langer, gesegneter und erfolgreicher Lebensabend beschieden sein!"

Internationale gemeinnützige Versammlungen und Kongresse. Der Internationale Frauenkongreß wurde am 26. Juni in London unter dem Vorsitz der Gräfin von Aberdeen unter sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet. Hinsichtlich der Erwerbsthätigkeit der Frau fanden zwei von deutschen Frauen gehaltene Vorträge besonderen Beifall. Frau Dr. Bieber-Böhm-Berlin sprach über die Ausdehnung der Berufsarten für Frauen in Deutschland und wünschte aus individuellen und gesundheitlichen Rücksichten den Austausch einiger Berufe zwischen Männern und Frauen z. B. die Ausübung des Kellnerberufs nur durch Männer, dagegen sollten die Köche den Köchinnen Platz machen. Frau Dr. Tiburtius-Berlin sprach über den ärztlichen Beruf der Frauen und betonte, daß auch in Deutschland die Ärztinnen mehr und mehr anerkannt werden. Frau Dr. Steffanoistraid-Petersburg wies auf die bahnbrechenden Bestrebungen der Russinnen für den medizinischen Frauenberuf hin und bemerkte, daß zur Zeit in Petersburg 15 Schulärztinnen mit einem jährlichen Fixum von 1200 Mk. und dreimonatlicher Ferienzeit angestellt seien. Statistisch nachweisbar sei, daß unter den Ärztinnen Rußlands 191 verheiratet seien. Miß Hurlbak-England war in längerem Vortrag für den Beruf der verheirateten Frau eingetreten. Die Diskussion über vorstehend skizzirte Vorträge fiel zu gunsten der einen Beruf ausübenden verheirateten Frau aus. — In den 10 Sitzungen, die über die Frage: „Leben und Erziehung des Kindes" gehalten wurden trat eine Rednerin für den Wunsch ein, die jungen Mädchen in Deutschland möchten obligatorisch gezwungen werden, ein Jahr im Kindergarten zu arbeiten, um sich dadurch besser auf den Beruf der Mutter vorzubereiten. In den Verhandlungen dieser Sektion sprach man sich auch allseitig für Haushaltschulen, sowie für den Handfertigkeitsunterricht in Kinderhorten aus. — In der Sektion für Arbeitergesetzgebung für die Frauen sprachen Mrs. Hogg-England gegen die jetzige Ausnutzung der Kinder unter 11 Jahren in England, Signor Tarrido del Marmol über die gleichen Verhältnisse in Spanien. Die bekannte englische Nationalökonomin Mrs. Beatrice Webb entwickelte mit glänzender Beredsamkeit die Vorteile des deutschen Alters- und Invaliditätssystems. — Der nächste internationale Frauenkongreß soll 1904 in Berlin stattfinden. (Näheres siehe: „Neue Bahnen" Nr. 15 vom 1. August 1899.)

Ein Internationaler Kongreß zur Bekämpfung des „Mädchenhandels" („Vigilance-Kongreß") tagte vom 21. bis 23. Juni in London. Auf

Grund einer von dem Sekretär der englischen „National Vigilance Assoc." veranstalteten Enquête und persönlichen Informationsreise, lagen Berichte aller Kulturstaaten über diesen Gegenstand vor. Ganz besonders wertvoll war der Bericht des Herrn de Mauron-Genf und der Mrs. Fawcett, welch letztere die umfassende Organisation des „weißen Sklavenhandels" besprach. Die Berichte und Verhandlungen werden später im Druck erscheinen. Vertreten waren die meisten Länder germanischer Rasse, auch Rußland und Frankreich hatten Delegierte entsandt. Graf Bernstorff überbrachte eine Sympathiekundgebung der deutschen Kaiserin. Von deutschen Vertretern der Sittlichkeitsbewegung waren u. a. noch anwesend Pastor Burkhardt, Frau Minna Cauer und Frau Fischer-Lette.

Die Resolutionen, welche am Schlusse des Kongresses gefaßt worden sind, beziehen sich zum Teil auf die Organisation der National-Komitees und das Verhältnis zum Internationalen Komitee, das seinen Sitz in England haben wird. Ferner sind Beschlüsse gefaßt worden in Hinsicht auf einige Strafbestimmungen und damit verbunden betreffs eines Einwirkens auf die Gesetzgebung jedes Landes, wo ein National-Komitee vorhanden ist. Die Anregung, die philanthropischen und gemeinnützigen Vereine und Gesellschaften zu Mitteilungen untereinander zu veranlassen, besonders über alles das, was sich auf Auswanderung der Frauen und Mädchen bezieht, kann wertvoll werden. Eine Liste dieser Vereine, welche sich mit der Aufgabe beschäftigen wollen, die Auswanderung der Mädchen zu beobachten, soll den Regierungen zugehen.

Das Deutsche National-Komitee setzt sich gegenwärtig zusammen aus aristokratischen und kirchlichen Kreisen, dann sind noch Vertreter der Sittenpolizei beigetreten. Der etwas exklusiv-konfessionelle Charakter dieses Ausschusses dürfte allerdings der Bewegung wenig förderlich sein, denn in dem Kampfe gegen die Unsittlichkeit sollte man nicht kirchlich oder politisch Andersdenkenden die gemeinsame Arbeit erschweren. (Näheres: „Social-Korr." Nr. 55 vom 11. Juli 1899.)

Der VII. Internationale Veterinär-medizinische Kongreß, welcher am 6. August in Baden-Baden eröffnet wurde, behandelte auch einige Themata, welche allgemeines Interesse haben. Es waren über 1000 Teilnehmer anwesend. Hinsichtlich der Schutzmaßregeln gegen die Verbreitung von Tierseuchen fand ein Antrag des Geh. R.-R. und Medizinalrat Prof. D. Dammann-Hannover Annahme: „Der VII. Internationale Tierärztliche Kongreß in Baden-Baden erachtet eine wirksame Bekämpfung der Tierseuchen durch gleichmäßige Anwendung der von der Wissenschaft anerkannten Grundsätze, sowie durch zweckentsprechende Regelung des Veterinärwesens, des Seuchennachrichtendienstes und des internationalen Viehverkehrs im Interesse sowohl der einzelnen Staaten als auch des allgemeinen wirtschaftlichen Wohles nach wie vor für nützlich und wünschenswert.

Er hält indes den gegenwärtigen Zeitpunkt mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwickelung der Verkehrsverhältnisse, sowie auf die Ungleichheit der Veterinärorganisation in den einzelnen Ländern zur Aufstellung bestimmter Grundsätze für eine internationale Vereinbarung nicht für geeignet." In der Frage der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, welche nach den Ausführungen verschiedener Redner dem Deutschen Reiche jährlich ca. 100 Millionen Mark kostet, fanden folgende von einer Kommission beantragten

Schlußsätze einstimmige Annahme: „Im Interesse einer wirksamen Maul- und Klauenseuche liegt es:

1. die wissenschaftliche Erforschung dieser Seuche mit allen Mitteln zu betreiben;

2. das verseuchte Gebiet vom Viehverkehr abzusperren;

3. den Verkehr mit Handelsvieh einer strengen veterinär-polizeilichen Überwachung dergestalt zu unterwerfen, daß das Vieh von Viehhändlern vor dem Feilbieten der polizeilichen Beobachtung unterstellt wird;

4. daß Magermilch und alle sonstigen Milchrückstände dauernd aus den Sammelmolkereien nur abgegeben werden dürfen, nachdem sie zuvor einer Temperatur ausgesetzt worden sind, welche die zuverlässige Ertötung des Infektionsstoffes verbürgt;

5. daß den Verwaltungsbehörden die Befugnis beigelegt wird, in geeigneten Fällen eine Tötung von Tieren, gegen Gewährung von Entschädigungen für die daraus entstehenden Verluste an die Besitzer, anzuordnen;

6. die Anordnung, Leitung und Ausführung der in betracht kommenden veterinär-polizeilichen Maßregeln, wobei besonderes Gewicht auf strenge Durchführung der Sperren und der Desinfektion der Kleider des Wartepersonals u. s. w. zu legen ist, im ganzen Lande einheitlich zu regeln." — Hinsichtlich der Fleischbeschau sprach der Kongreß sich für Ausübung derselben durch geprüfte Tierärzte aus, nur aushülfsweise könnten durch Tierärzte vorgebildetete Laien dieselbe ausüben. Als Leiter von Schlachthöfen seien gleichfalls nur Tierärzte anzustellen. Über die Bekämpfung der Schweineseuche nahm der Kongreß auf Vorschlag des Referenten Geh. Obermedizinalrat Lorenz-Darmstadt folgende Anträge an: 1. „Die Schweineseuchen sind veterinär-polizeilich zu bekämpfen und zwar in der Weise getrennt, daß die Schweinepest einerseits und Rotlauf andrerseits für sich zu behandeln sind.

2. Die gegen Schweineseuche und Schweinepest zu ergreifenden veterinär-polizeilicheu Maßnahmen bestehen hauptsächlich in der Tötung kranker und ansteckungsverdächtiger Tiere und in der Desinfektion der verseuchten Gehöfte. Die Tötung ist namentlich für solche Gegenden zu empfehlen, in welche die genannten Seuchen nur vorübergehend eingeschleppt sind.

Die Anwendung, der zur Zeit noch nicht überall genügend erprobten Schutzimpfungsmethoden gegen die vorgenannten beiden Seuchen empfiehlt sich nur für Gegenden, in denen sich bereits ausgedehnte Seuchenherde gebildet haben.

3. Als Bekämpfungsmittel gegen den Rotlauf der Schweine ist, neben den gewöhnlichen veterinär-polizeilichen Maßnahmen, in erster Linie die polizeilich überwachte Schutzimpfung aller Tiere der gefährdeten Bestände zu bezeichnen.

Es empfiehlt sich ferner, die obligatorische Impfung anzuordnen, sobald der Rotlauf in einem Schweinebestande alljährlich auftritt." Der Kongreß sprach sich ferner für eine Erweiterung des tierärztlichen Unterrichts und für das Erfordernis der Universitätsreife für das Studium der Tierheilkunde aus. — Zum Vorort des 1905 abzuhaltenden VIII. Kongresses wurde Pest gewählt. —

Die 9. Interparlamentarische Friedenskonferenz fand vom 1.—4. Aug. in Christiania statt. (Siehe „Wirtschaftlich-sociale Umschau".)

Deutsche gemeinnützige Versammlungen und Kongresse. Von den Beschlüssen der 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die am 27. August in Neisse eröffnet wurde, sind folgende allgemeinen Charakters hervorzuheben. Hinsichtlich der Sonntagsheiligung: „Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt den Katholiken, sich an öffentlichen Vergnügungsveranstaltungen nicht zu beteiligen, durch welche der sonn- und festtägige Gottesdienst, namentlich am Vormittag, beeinträchtigt wird. Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands bedauert, daß der Staat fast ausschließlich an Sonntagen billige Sonderzüge veranstaltet und Rückfahrkarten zum einfachen Preise ausgiebt und dadurch die Entheiligung des Sonntags befördert und unterstützt. Sie beantragt, entweder den Eisenbahntarif herabzusetzen, oder wenigstens an einem bestimmten Wochentage dieselben Vergünstigungen zu gewähren." — Zur Frage der Mäßigkeitsvereine empfiehlt die 46. Generalversammlung im Hinblick auf die immer weiter um sich greifenden Verheerungen des Alkohols in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung die Mäßigkeitsbestrebungen des Charitasverbandes des katholischen Deutschlands aufs angelegentlichste und anerkennt die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Gründung von Mäßigkeitsvereinigungen, insbesondere empfiehlt sie, neben den bestehenden Mäßigkeitsbestrebungen, für Süd- und Westdeutschland auch solche für Ost- und Mitteldeutschland ins Leben zu rufen. — Ein Antrag des P. Nix warnte vor der Auswanderung von Arbeitern beiderlei Geschlechts anläßlich der bevorstehenden Weltausstellung nach Paris, da dort vielfach schon jetzt große Not herrsche. — Hinsichtlich der socialen Frage hält die Generalversammlung ein eingehendes Studium und eine gründliche Behandlung der socialen Frage seitens der verschiedenen Kreise heute mehr als je für dringend notwendig. In bezug auf die Handwerkerfrage empfiehlt die Generalversammlung den Handwerkern — Meistern und Gesellen — eine energische Mitwirkung an der Ausführung des Handwerkerschutzgesetzes, besonders bei den Wahlen zu den Handwerkerkammern und Gesellenausschüssen, und giebt erneut der Überzeugung Ausdruck, daß die Einführung des Befähigungsnachweises unabweisbar ist. Schließlich wurde noch die Errichtung von Lesehallen empfohlen. Generalsekretär Dr. Pieper-M.-Gladbach forderte auf, dafür zu sorgen, daß in den öffentlichen nicht katholischen Lesehallen alle die Katholiken verletzenden Schriften entfernt würden. — In der Besprechung über die Agrarfrage bezeichnete Referent, Pfarrer Langer-Bärwalde, die Verschuldungsfrage des ländlichen Grundbesitzes als das eigentliche Problem der ländlichen Frage. Für den ländlichen Besitz müßten unkündbare Hypotheken mit Amortisationszwang geschaffen werden. — In sehr scharfer und geistvoller Weise geißelte Rektor Dr. Huppert-Bensheim die moderne belletristische Litteratur, welche einseitig meist nur das Leben der Tiefe schildere. — Auf Antrag des Generalsekretärs Pieper-M.-Gladbach sprach die Schlußversammlung sich noch für die Gründung katholischer Arbeitervereine und die Förderung der auf christlicher Grundlage aufgebauten Gewerkschaftsbewegung aus. Sie tritt ferner ein für möglichste Beschränkung und Beseitigung der Beschäftigung von verheirateten Frauen und die möglichste Durchführung und Erweiterung der Schutzbestimmungen für Kinder in Fabrikbetrieben, sowie für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und die Förderung der katholischen kaufmännischen Vereinigungen. — Schließlich sprach die Generalversammlung der Katholiken noch in der Bauern-

und Landarbeiterfrage als dringende Notwendigkeit aus, daß auch in Zukunft auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung alle jene Maßregeln ergriffen werden, die geeignet erscheinen, die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft zu erleichtern und den Bauernstand in jeder Beziehung zu heben und zu fördern. Ein weiterer Beschluß spricht sich für die Gründung von Vereinen für ländliche Arbeiter und Dienstboten auf christlicher Grundlage auf. Aufgabe dieser Vereine ist die religiöse und sittliche Bildung, die Veredelung der Erholung und die wirtschaftliche Wohlfahrtspflege, um dadurch die Vorzüge der ländlichen Arbeit zur Geltung zu bringen und das Verhältniß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einander zu verbessern. Den Landwirten wurde zur Heranbildung tüchtiger christlicher Hausfrauen die Errichtung ländlicher Haushaltungsschulen empfohlen.

Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland fand innerhalb der Tagung der Generalversammlung deutscher Katholiken am 30. August in Neisse statt. Generalsekretär Dr. Pieper-M.-Gladbach erstattete den Jahresbericht für das Vereinsjahr 1898. Die Mitgliederzahl beträgt 186 602, davon entfallen auf das Rheinland 62 000, Westfalen 34 000, Hannover 12 000, Schlesien 4570, Hessen-Nassau 8289, Bayern 18 000, Württemberg 22 000, Baden 10 000, Hessen-Darmstadt 3650. Als wichtigste Aufgabe auf socialem Gebiete betrachte der Volksverein die Förderung der Socialreform und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hebung der einzelnen Stände unseres Volkes. An erster Stelle muß der Volksverein, wenn er dem Volke helfen will, der Socialdemokratie entgegentreten.

Der 24. Kongreß für öffentliche Gesundheitspflege wurde am 12. September in Nürnberg unter dem Vorsitz des Geh. Sanitätsrates Dr. Lent-Köln eröffnet. Aus dem vom Generalsekretär, Geheimrat Dr. Spieß-Frankfurt a. M. erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl auf 1560 angewachsen ist. Prof. Erismann-Zürich sprach über die hygienische Beurteilung der verschiedenen Arten künstlicher Beleuchtung, er bezeichnete das Acetylen, wegen der sehr kleinen absoluten Menge, die es an Verbrennungsprodukten hinterläßt, als besonders günstig in gesundheitlicher Hinsicht; die Giftigkeit des Acetylen sei eine sehr geringe, groß dagegen die Explosionsgefahr. Für Innenräume verdiene diejenige Beleuchtungsart den Vorzug, bei der der Gesamtverbrauch von Brennmaterial pro Lichteinheit am geringsten sei. Die Heizwirkung der Lichtquellen soll möglichst gering sein. Für Schulen sei indirektes (diffuses) Licht anzuwenden. — Prof. Dr. Heim-Erlangen referierte über das Bedürfnis größerer Sauberkeit im Kleinvertrieb von Nahrungsmitteln. Diese notwendige Sauberkeit sei nach angestellten eingehenden Ermittelungen in Bäckereien und Schlächtereien, namentlich aber in der Behandlung der Milch noch sehr mangelhaft. Belehrung des Publikums für eine geeignete Selbsthülfe, Kontrolle der Lagerräume und Arbeitsstätten, Vermehrung der Gelegenheiten für chemische Untersuchungen der Nahrungsmittel, Anstellung von Gesundheitsinspektoren nach englischem Muster u. s. w. wurden als geeignete Abhülfsmittel empfohlen. Über die Schularztfrage referierten Geh. Oberschulrat Prof. Dr. Schiller-Leipzig und Dr. med. Paul Schubert-Nürnberg. Beide Redner waren einig in der Aufstellung folgender Forderungen; „1. Zur Wahrung und Förderung der Gesundheit der Schuljugend ist die Anstellung hygiénisch vorgebildeter Schulärzte für alle vom Staat, von der

Gemeinde oder von Privaten geleiteten niederen und höheren Unterrichtsanstalten erforderlich. 2. Die Aufgabe der Schulärzte umfaßt:

I. Die Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse des Schulgebäudes und der Schuleinrichtungen.

II. Die Beaufsichtigung des Vollzuges der über Hygiene des Unterrichts und der Unterichtsmittel erlassenen Vorschriften.

III. Die Obsorge für die Gesundheit der Schulkinder; und zwar:

a) Die Unterstützung des Amtsarztes bei Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten;

b) Die Feststellung körperlicher Mängel der Kinder zum Zweck fortgesetzter Beobachtung oder besonderer Berücksichtigung beim Schulbetrieb;

c) Die Überwachung der körperlichen Erziehung, soweit diese von der Schule geleitet wird.

3. Größere Gemeinden sollen für ihre Volks- und Mittelschulen aus eigenen Mitteln Schulärzte anstellen. In größeren Städten empfiehlt sich die Bestellung eines Schuloberarztes. Wenn möglich ist hierfür der Amtsarzt zu wählen.

In kleineren und unbemittelten Gemeinden hat der Staat für Anstellung einer genügenden Anzahl von Schulärzten zu sorgen.

Privatschulen sind den am Ort thätigen städtischen oder staatlichen Schulärzten zuzuweisen.

4. Der zentralen Schulbehörde des Staates oder der Provinzen sind tüchtig vorgebildete ärztliche Hygieniker als vortragende Räte für Schulgesundheitspflege in genügender Zahl beizugeben. Ihnen fällt die Vorbereitung und Überwachung aller Verfügungen über die Hygiene der Schulgebäude, der Schuleinrichtungen, des Unterrichts und der Schüler, besonders aber der weitere Ausbau des körperlichen Erziehungswesens zu.

5. Die Lehrer und Lehrerinnen an allen Schulen sind hygienisch vorzubilden; hierfür sind die Lehrerseminarien und die Hochschulen in Anspruch zu nehmen. Schulhygiene wird für alle Lehrerkategorien ein allgemein verbindliches Prüfungsfach." Es muß bemerkt werden, daß ein Beschluß in dieser Frage nicht gefaßt wurde und daß eine Anzahl Redner sich gegen die Anstellung von Schulärzten aussprach und daß auch unter den Befürwortern dieser Idee gerade medizinische Fachmänner vor allzugroßen Hoffnungen bei Anstellung von Schulärzten warnten. — Auch hinsichtlich des letzten Gegenstandes der Tagesordnung: Maßregeln gegen die Rauchbelästigung in den Städten wurde kein Beschluß gefaßt, da die Untersuchungen über diesen Gegenstand noch nicht zu einem Abschlusse gelangt seien. Im allgemeinen wurde der Ansicht beigepflichtet, daß der Kleinbetrieb mehr Rauchbelästigung verursache, als der Großbetrieb, und daß insbesondere die Feuerungsanlagen der Bäckereien außerordentlich mangelhaft seien.

Der I. Deutsch-evangelische Frauentag wurde vom 5.—7. Juni in Kassel auf Anregung des Pf. Lic. Weber-M.-Gladbach abgehalten. Pf. Lic. Sardemann sprach über weibliche Krankenpflege und hob hierbei mit Recht hervor, daß erst durch das Eintreten der Frauen in die öffentliche Krankenpflege diese zu einer wahren Wohlthat für das Volk geworden sei. — Frau Dr. Scheven-Dresden sprach über die Frauenthätigkeit auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege. Der Vortrag, welcher auf Beschluß der Versammlung gedruckt werden soll,

berührt insbesondere die thatsächliche oder doch wünschenswerte Thätigkeit der Frau auf den Gebieten des Ziehkinderwesens und der Waisenpflege. — Pf. Lic. Weber behandelte die Berufsbildung der Frauen für gewerbliche Thätigkeit. Er befürwortete eine Erweiterung dieser Thätigkeit und eine bessere Ausbildung derselben durch Gründung von Fachschulen und gewerblichen Mittelschulen durch den Staat. — Frl. Auguste Förster-Kassel sprach über die hauswirtschaftliche Frauenausbildung. — Frau Ufer-Held-Barmen und Pf. Seifert-Berlin sprachen über Jungfrauen-, Ladnerinnen- und Arbeiterinnenvereine. — Der Geschäftsführer des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke Just-Hildesheim und Frl. Knutzen-Kassel sprachen über die Frau und die Alkoholfrage. — Die Vorträge von Frau Mundhenk und Pf. Schreiber-Kaiserswerth behandelten die Bewahrung der gefährdeten und die Rettung der gefallenen Töchter.

Die IV. Führer- und Ärzteversammlung deutscher freiwilliger Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz fand am 12.—16. August in München statt. Nachdem die ersten Tage von praktischen Übungen im großen Stil in Anspruch genommen worden waren, begannen am 14. die Beratungen der Versammlung in Anwesenheit des Protektors Sr. k. Hoh. Prinz Ludwig von Bayern Die Verhandlungen waren ausschließlich technisch-sanitärer Art. Die nächste Zusammenkunft im Jahre 1900 findet in Mainz statt.

Der IV. Verbandstag der deutschen Frauen-Hülfs- und Pflegevereine fand vom 6.—8. August in Heidelberg in Anwesenheit der Großherzogin von Baden statt. Hinsichtlich der technischen Ausbildung der Lernschwestern wurden folgende Leitsätze des Referenten Privatdozent Dr. Bettmann-Heidelberg angenommen: „1. Es erscheint notwendig, die praktische Ausbildung der Schülerinnen systematisch zu regeln. 2. Einseitige Ausbildung ist zu vermeiden; jede Schülerin soll zum mindesten eine ausreichende praktische Schule im Dienste einer medizinischen und einer chirurgischen Krankenhaus-Abteilung erhalten. 3. Die Lehrzeit darf nicht zu kurz bemessen werden und soll, wenn irgend möglich, wenigstens ein Jahr betragen. 4. Ein geordneter theoretischer Unterricht ist neben der praktischen Ausbildung unentbehrlich." — Hofrat Prof. Dr. Kraske-Freiburg betonte in seinem Vortrag über die Ausbildung von Damen zu freiwilligen Krankenpflegerinnen für den Kriegsfall, daß der theoretische Unterricht mit der praktischen Ausbildung in einem Hospital Hand in Hand gehen müsse und daß die Zahl der vorhandenen Pflegerinnen in einem Kriege nicht ausreiche. Dieselbe Ansicht vertrat das Referat des Generalmajors a. D. v. Speck-München. — Weitere Verhandlungen betrafen die Sicherstellung des weiblichen Personals der Krankenpflege, das Vereinsorgan „Frauenverband", sowie seitens hervorragender Mediziner Themata der praktischen Verwundetenpflege. Auf einen Vortrag des Obermedizinalrats Dr. Hauser-Karlsruhe über die Landkrankenpflege fanden folgende Leitsätze Annahme: „1. Die Schaffung und Ausdehnung einer geordneten Krankenpflege auch in den kleinsten Landorten erscheint sowohl vom ärztlichen wie vom humanitären und socialen Gesichtspunkt als ein ernstes Bedürfnis unserer Zeit. 2. Einen erprobten und daher empfehlenswerten Weg, diesem Bedürfnis gerecht zu werden, bildet die in Baden eingeführte Landkrankenpflege. 3. Die Beschaffung der Mittel zur Erreichung und Unterhaltung derselben liegt in erster Linie den freiwilligen Wohlthätigkeitsvereinen, den Gemeinden und Kreisen ob;

es erscheint aber als billig und ist dringend wünschenswert, daß auch die Krankenkassen und Versicherungsanstalten zur Erreichung dieses Zieles beisteuern."

Der IV. Kongreß für Volks- und Jugendspiele wurde am 26. Juni in Königsberg durch den Vorsitzenden v. Schenckendorff eröffnet. Nach einem Vortrag des Turninspektors Herrmann-Braunschweig über den Einfluß der Bewegungsspiele auf die Erstarkung der weiblichen Jugend wurden dessen nachfolgende Leitsätze von der Versammlung zum Beschluß erhoben: „1. Eine Erstarkung unserer weiblichen Jugend ist notwendig. 2. Zu dieser Erstarkung dienen — neben systematischen Turnübungen, welche der Eigenart des weiblichen Körperbaues, sowie der weiblichen Würde und Sitte entsprechen, — ganz besonders die Bewegungsspiele, weil sie

a) durch ihre kräftige, wohlthätige Wirkung auf alle Muskelgebiete, auf das Wachstum, auf die Organe des Kreislaufes (Lungen, Herz, Verdauungsorgane) und auf eine richtige Ernährung am besten der Gesundheit der weiblichen Jugend entsprechen;

b) Mut, Ausdauer, Rechtssinn, Geistesgegenwart, Gemeingeist, wahre Jugendfreude, also Charakter und Gemüt entwickeln und dadurch den Körper befähigen, ein sicherer und rascher Vollstrecker des Willens der Seele zu sein.

3. Die Bewegungsspiele sind deshalb in allen Mädchenschulen in grundsätzlicher und geordneter Weise auch außerhalb der gewöhnlichen Schulturnstunden zu pflegen, die Teilnahme daran ist für alle, soweit nicht der Arzt sie verbietet, verbindlich zu machen. 4. Es ist dafür zu sorgen, auch über das schulpflichtige Alter hinaus die Jungfrauen und Frauen zu Bewegungsspielen zusammenzuführen und zusammenzuhalten." — Rektor Dobrick-Königsberg hielt einen Vortrag über die Förderung des Schwimmens und Badens von Schulkindern, Realschuldirektor Dr. Lorenz-Quedlinburg einen solchen über die Anforderungen, welche der heutige Heeresdienst an die körperlichen und sittlichen Eigenschaften der Jünglinge stellt, und über die Frage, wie unsere Jugenderziehung im Dienst der nationalen Wehrkraft die Vorbedingungen dazu schaffen kann. Nach den Leitsätzen des Redners sollen planmäßige Turn- und Spielübungen folgende Grundlage für gedachte Anforderungen auszubilden suchen: „a) die allgemeinen Bürgertugenden: eine gewissenhafte Pflichterfüllung, willigen Gehorsam, Kameradschaft, Ehrgefühl, Treue zum Landesfürsten, Gottesfurcht; b) Stärke des Willens und des Körpers in unlösbarer Wechselwirkung; c) Fähigkeit zum Ertragen körperlicher Anstrengungen; dies erfordert insbesondere straffe und gelenkige Bein- und Gesamtmuskulatur, Abhärtung von Haut und Nerven und einen weiten, dehnungsfähigen Brustkorb mit gesunden Lungen und kraftvollem Herzschlag." — Dr. F. A. Schmidt-Bonn hielt einen Vortrag über die Frage: „Welche Vorteile und Nachteile sind mit den Wettspielen der Spielvereinigungen verbunden?" — Es sei hier darauf hingewiesen, daß alle Anregungen, Vorschläge und Erfahrungen, welche darauf abzielen, die körperlichen Übungen zu einer wahren Volkssitte zu machen, sich gesammelt finden in dem „Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele", welches bereits im 8. Jahrgange vorliegt und bei Eltern und Pädagogen, sowie überhaupt in allen volkserziehlichen und national gesinnten Kreisen eine immer weitergehende verdiente Beachtung findet. (Leipzig, R. Voigtländers Verlag).

Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine, welcher vom 4.—6. Juni in Eisenach tagte, nahm u. a. folgende Resolution hinsichtlich der Arbeitszeit der kaufmännischen Gehülfen an: „Die Jahresversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine begrüßt es mit Freude, daß in der Novelle zur Gewerbeordnung in Verbindung mit den Beschlüssen der betreffenden Reichskommission Mittel zur Beseitigung der übermäßigen Arbeitszeit und anderer auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Handlungsgehülfen schädlich wirkender Übelstände in Ladengeschäften geboten werden. In Erwägung jedoch, daß der § 139e der Novelle zu Unträglichkeiten bei seiner Handhabung führen muß, betont der Verband unter Hinweis auf die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik, deren bezügliche Erhebungen durch die im Jahre 1890 an den Herrn Reichskanzler gerichtete Denkschrift des Verbandes veranlaßt wurden, daß er es nach wie vor für unbedingt notwendig hält, für das ganze deutsche Reich einen allgemeinen Ladenschluß um spätestens 8 Uhr Abends mit Ausnahme der Abende vor Sonn- und Feiertagen gesetzlich anzuordnen. Sollte eine einheitliche Ladenschlußstunde gesetzlich nicht eingeführt werden, so halten wir eine Erleichterung der Einführung des freiwilligen örtlichen Ladenschlusses für erforderlich."

Ein Kongreß zur Sammlung der religiösen und socialen Reformparteien fand unter dem Vorsitze des Dr. Eduard Löwenthal am 2. Juni in Berlin statt. Die Freireligiöse Gemeinde, die Egidy-Vereinigung, die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, der Verein für socialisches Genossenschaftswesen, die Kogitanten-Allianz, der demokratische Verein u. s. w. hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende bezeichnete in seinem einleitenden Vortrage über „Die Religion der Zukunft" als Zweck des Kongresses, die Erneuerung des 1865 ins Leben gerufenen sogenannten Kogitantentums in Form einer dogmenfreien Religion der Wissenschaft, verbunden mit praktischer socialer Hülfsarbeit. Der Zersplitterung der religiösen und socialen Reformgruppen solle durch Schaffung einer Allianz ein Ende gemacht werden. Zur Verbreitung dieser Grundsätze sei die Errichtung einer Denker- und Forscher-Akademie beabsichtigt, zu der hervorragende Männer, wie Professor Berthelot-Paris, Dr. Dreeford-Baltimore, Professor Seiling-München, Dr. Maack-Hamburg 2c. ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Debatte gestaltete sich besonders lebhaft. Die Grundzüge der Vereinigung der religiösen und socialen Reformparteien wurden in einer Resolution niedergelegt, deren Einzelheiten noch in einer besonderen Tagung durchberaten werden sollen.

Preisausschreiben. Der Vorstand des belgischen Frauenbundes gegen den Alkoholismus in Brüssel („l'Union des femmes contre l'alcoolisme") schreibt einen Preis von 200 Frcs. für die beste Beantwortung folgender 4 Fragen aus: „1. Woher kommt es, daß sich so viele Menschen von Spirituosen vergiften lassen; sich die Gesundheit zerstören lassen und ihre Familie, ja selbst ihre ferneren Nachkommen im höchsten Maße schädigen, da es doch keinem von vornherein als Ideal gilt, ein Trunkenbold zu werden? — 2. Was haben die Frauen bis heute gethan, um diese furchtbare sociale Plage zu bekämpfen? — 3. Welche Mittel wären von den Frauen anzuwenden, um den Genuß alkoholischer Getränke einzuschränken? — 4. Welchem Umstand ist es zuzuschreiben, daß Belgien eines jener Länder ist, in welchen das größte Quantum an Spirituosen verbraucht wird; welches ist der Zustand diesbezüglich in Ihrem Lande und wodurch ist er erzeugt?" Antworten können

in allen lebenden Sprachen eingesandt werden an Madame Keelhoff, Secrétaire générale de l'Union etc., 2 Rue de l'Industrie, Bruxelles. —

Die Nichten der auf der „Bourgogne" im vorigen Jahr mit untergegangenen amerikanischen Familie Pollok haben einen „Anthony Pollok Preis" in Höhe von 100 000 Frcs. für den vollendetsten Apparat zur Rettung aus Seenot gestiftet. Der Wettbewerb wird in Paris 1900 stattfinden. Näheres durch die französische Gesandtschaft in Washington. —

Die Kgl. Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin hat einen Preis von 2000 Mk. für die beste Abhandlung über die Entstehung und das Verhalten neuer Getreidevarietäten im Laufe der letzten 20 Jahre ausgesetzt. Termin 31. Dezember 1901. —

Herr Kommerzienrat Hugo Oppenheim in Berlin überwies dem in der Bildung begriffenen „Deutschen Verein für Volkshygiene" (Geschäftsstelle Berlin W., Maaßenstraße 23) einen Betrag von 10 000 Mk. zu einem Preisausschreiben für ein Volksbuch, welches die Gesundheitspflege in allgemein verständlicher Form behandelt. — Die „Deutsche Gesellschaft für Volksbäder" schreibt bis zum 31. Dezember d. J. Preise im Betrage von 3000 Mk. zur Erlangung mustergiltiger Pläne für die Errichtung einfacher aber einladender Volksbäder aus. — Der „Verein thüringischer Gemeindebeamten", dessen Jahresversammlung am 10. September in Gera stattfand, sprach auf ein erlassenes Preisausschreiben über Steuerwesen dem Revisor Terpinowitz in Gera für seine Arbeit eine Prämie zu. Für die nächste Preisaufgabe wurde als Thema: „Städtereinigung und Abfuhrwesen" festgesetzt.

Arbeiterfrage.

Versammlungen und Vereinigungen in der Arbeiterfrage. Der XIII. ordentliche Berufsgenossenschaftstag wurde am 26. Juni in Konstanz eröffnet. Eine besonders eingehende und lebhafte Erörterung entspann sich über einige grundsätzliche Fragen, welche die Selbständigkeit der Verwaltung der Berufsgenossenschaften gegenüber den Anforderungen staatlicher Organe betreffen. Hinsichtlich der Stellung der Beauftragten der Berufsgenossenschaften zu den staatlichen Gewerberäten fand auf Berichterstattung seitens des Referenten Wenzel folgende Resolution Annahme: „Der Berufsgenossenschaftstag beauftragt den geschäftsführenden Ausschuß: 1. mit dem Reichsversicherungsamt in Beratung zu treten, auf welche Weise den in Bezug auf die Überwachung der Betriebe hervorgetretenen Übelständen wirksam zu begegnen ist; 2. geeignete Mittel in Erwägung zu ziehen, um diejenigen Berufsgenossenschaften, die der Aufgabe der Unfallverhütung ihre Aufmerksamkeit bisher noch nicht in genügendem Maße zugewendet haben, zu einem entschiedenerem Vorgehen auf diesem Gebiete anzuregen und insbesondere überall die Anstellung einer ausreichenden Anzahl technisch vorgebildeter Beauftragten zur wirksamen Überwachung der Betriebe herbeizuführen; 3. über die im Sinne der Ziffern 1 und 2 zu machenden Vorschläge dem Verbande auf dem nächsten Berufsgenossenschaftstage zu berichten." — Das Referat des Herrn Dr. Lachmann über die etwaigen Absichten der Regierung, die im Invalidengesetz (zur Zeit der Beratung nur noch als Entwurf in dritter Lesung vorliegend) vorgesehenen Renten-

stellen auch in das Unfallversicherungsgesetz einzufügen, führte zu folgendem Beschluß: „Da nach den Erklärungen der Regierung und den Verhandlungen in der Reichstagskommission nicht ausgeschlossen ist, daß die für das Invalidenversicherungsgesetz vorgesehenen Rentenstellen künftig auch für die Unfallversicherung zur Anwendung kommen sollen, erklärt der Berufsgenossenschaftstag: „Die in dem Entwurf eines Invaliden-Versicherungsgesetzes nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Beratung vorgesehenen Rentenstellen eignen sich, soweit sie als begutachtende Behörden in Betracht kommen, nicht zur Einführung in die Unfallversicherung, da sie das Verfahren verlangsamen und verteuern. Insoweit ihnen aber die Beschlußfassung im Entschädigungsverfahren überwiesen werden soll, sind sie für die Unfallversicherung unbrauchbar. Sie bieten weder eine Gewähr für eine genauere Prüfung der Unfälle, noch für eine richtigere Feststellung der Entschädigungen, als die Organe, denen nach dem bestehenden Gesetz diese Aufgaben obliegen. Auch gefährden die Rentenstellen die Einheitlichkeit der Grundsätze bei den Entscheidungen der ersten Instanz innerhalb ein und derselben Berufsgenossenschaft.“ — Die voraufgegangenen übrigen Punkte der Tagesordnung fanden eine sachgemäß schnelle Behandlung und Erledigung. — Der nächste Ort des Berufsgenossenschaftstages ist Breslau.

Der Deutsche Buchdruckertag hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 1. Juli in Kiel ab. Nach dem von Baensch-Drugulin erstatteten Jahresbericht beträgt die Zahl der Mitglieder 962, die Jubiläumsstiftung hatte ein Vermögen von 25 120 Mk., durch den Centralarbeitsnachweis waren im verflossenen Jahre 105 Stellen besetzt worden. Der Kassenbericht wies eine Ausgabe von 13 463, eine Einnahme von 14 594 Mk., einen Vermögensbestand von 11 682 Mk. auf. Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützungskasse hatte eine Einnahme von 48 015 Mk., eine Ausgabe von 22 429 Mk., einen Vermögensbestand von 125 586 Mk. aufzuweisen. Die Invalidenkasse vereinnahmte 65 085 Mk., verausgabte 12 670 Mk. und zeigte ein Kassenvermögen von 229 369 Mk. Die Krankenkasse hatte im ersten Quartal ihres Bestehens an Einnahmen 15 637 Mk., an Ausgaben 8501 Mk. und einen Überschuß von 7176 Mk. aufzuweisen. Das Gesamtvermögen aller drei Kassen betrug demnach 362 090 Mk. Die nächstjährige Versammlung findet in Dresden statt.

Der „Vorstand des Arbeitgeberbundes“, welcher am 3. August in Berlin tagte, faßte folgende Beschlüsse: „Im Anschluß an die örtlichen Bau-Arbeitgebervereinigungen sind in ganz Deutschland obligatorische Arbeitsnachweise auf unparitätischer Grundlage zu errichten. Einheitliche Entlassungsscheine, deren Wortlaut vom Vorstande festgestellt ist, werden im Anschluß an die Arbeitsnachweise eingeführt. An den Bundesrat, an die Ministerien sämtlicher Bundesstaaten, ferner an die Mitglieder der konservativen Fraktion und des Centrums wird ein Protest gegen Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise gesandt. Die Arbeitgeberverbände von ganz Deutschland sind zu veranlassen, Resolutionen zu Gunsten des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu fassen und diese dem Reichstage, dem Bundesrat und dem Reichsamt des Innern zu übersenden. Die fertiggestellten statistischen Ermittelungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe von ganz Deutschland werden den örtlichen Verbänden zugeschickt.

Ein „Deutscher Müllerbund“ hat sich mit dem Sitze in Leipzig gebildet. Die Organisation will die Mittel- und Kleinmüller, deren es gegen 40 000

im Deutschen Reiche giebt, vertreten und die Konkurrenz der Riesenbetriebe einerseits und der kleinen Schleudermüller andererseits bekämpfen. Der Bund hat sich im einzelnen folgende Aufgaben gestellt: 1. Beseitigung der Zollvergünstigungen für Exportmühlen (Aufhebung des Zollkredits); 2. Beseitigung der Tarifmängel auf den Eisenbahnen, wodurch gleichfalls die Großbetriebe begünstigt werden; 3. Erhöhung des Frachtsatzes auf den Wasserstraßen, so daß diese wenigstens ihre Unterhaltungskosten und eine mäßige Verzinsung aufbringen; 4. gerechtere Besteuerung der Mühlen nach ihrer Produktivmenge (staffelförmige Umsatzsteuer); 5. Ermäßigung der Versicherungsprämien für Mühlen; 6. Erhöhung der Mahllöhne. Um diese Aufgaben zu erfüllen, will der Bund dahin wirken, daß künftig bei Beratung gesetzgeberischer Maßregeln, die das Müllereigewerbe berühren, auch Mittel- und Kleinmüller gehört werden. Die Leitung des Bundes hat zu diesem Zwecke Beziehungen zu verschiedenen Parlamentariern angeknüpft.

Totenschau.

Duvigneau, Otto, Stadtrat und Ehrenbürger von Magdeburg, Mitbegründer und eines der eifrigsten Mitglieder der nationalliberalen Partei, insbesondere als Abgeordneter verdient um das Zustandekommen des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, erster Vorsitzender des Kunstgewerbevereins in Magdeburg, geb. am 7. Juli 1818, † daselbst am 7. September.

Hoesch, Emil, Kommerzienrat, Großindustrieller und Kreisdeputierter in Düren, † daselbst am 13. Juli, 65 Jahre alt.

Karcher, K., Kommerzienrat in Kaiserslautern, Mitglied der Kaiserslautener Bank und vieler blühender industrieller Unternehmungen in der Pfalz, † am 7. September dortselbst im Alter von 58 Jahren.

Klein, Franz, Hofrat, Central-Gewerbeinspektor im k. k. Handelsministerium zu Wien, Mitglied des Versicherungs-Beirats und des Gewerbebeförderungs-Beirats, am 10. Februar 1852 zu Mährisch-Weißkirchen geboren, † in Gleichenberg am 1. September.

Marx, Heinrich, Robert, Kommerzienrat, bedeutender Großindustrieller, Gründer der großen mechanischen Weberei H. R. Marx in Seifhennersdorf, am 2. Mai 1816 zu Krummen (Reg.-Bez. Potsdam) geboren, † in Seifhennersdorf am 28. August.

v. Mevissen, Dr. Gustav, Geh. Kommerzienrat und Staatsrat, einziger Ehrenbürger der Stadt Köln a. Rh. und deren Vertreter im preußischen Herrenhause, auch Mitglied des Volkswirtschaftsrats und der ständigen Kommission für das Unterrichtswesen, lange Jahre Präsident der Rheinischen Eisenbahngesellschaft und Vorstandsmitglied der Kölner Handelskammer, Mitbegründer der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, der Schöpfer und Förderer einer ganzen Reihe von finanziellen und industriellen Instituten der westlichen Provinzen, 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments und Unterstaatssekretär im Reichs-Handelsministerium, seit 1873 Mitglied des Centralvereins, † in Godesberg am 13. August, 84 Jahre alt.

Robert, Charles, Staatsrat, einer der verdientesten französischen Volkswirte und Arbeiterfreunde, besonders im Hinblick auf die Förderung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Begründer der Pariser Gesellschaft: „La société pour l'étude pra-

tique de la participation aux bénéfices", früher Generalsekretär des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts, † am 24. Juli zu Paris.

Schwerin, Frau Jeanette, geb. Abarbanell, eifrige Führerin in der bürgerlichen Frauenbewegung, stellvertretende Vorsitzende der „Gesellschaft für ethische Kultur", Begründerin und Leiterin der Auskunftstelle und Lesehalle dieser Gesellschaft, † in Berlin am 14. Juli.

Schrader, Frau Henriette, Gattin des Reichstagsabgeordneten, Eisenbahndirektors a. D. und Mitglied des Vorstandes des Centralvereins Karl Schrader, welche sich durch Mitbegründung des Vereins für Volkskindergärten und Volkserziehung, einer Ausbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, des Pestalozzi-Fröbelhauses, einer mit Kochschule verbundenen Pension zur hauswirtschaftlichen Ausbildung, sowie auf schriftstellerischem Gebiete um die Erziehung und Bildung des weiblichen Geschlechts große Verdienste erworben hat, † in Berlin Mitte September.

Ehren-Tafel.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein hat aus Anlaß der günstigen Konjunktur seiner Eisenhüttenwerke „Henrietten-Hütte" und „Friedrich-Christian-Hütte" sämtlichen Hüttenarbeitern eine einmalige Gratifikation von 10 % des im August verdienten Lohnes, zur Auszahlung am 9. September, sowie den Hüttenbeamten ein volles Monatsgehalt gewährt.

Abraham, ehemaliger Industrieller, Rentier in Berlin, vermachte seiner Vaterstadt Grünberg 20 000 Mk. zur Errichtung eines städtischen Siechenhauses, 3000 Mk. zur Errichtung einer Haushaltungsschule, 5000 Mk. zu Armenzwecken.

Adler, Hermann, Fabrikbesitzer in Buchholz (Erzgeb.) vermachte an Legaten der Stadt 13 000 Mk.

Arnhold, Georg, Bankier in Dresden spendete aus Anlaß einer „in seiner Familie glücklich überstandenen Krankheit" 5000 Mk. für bedürftige kranke Frauen.

Arnstädt, Kommerzienrat, Konsul in Dresden, schenkte anläßlich seines 25jährigen Berufsjubiläums 10 000 Mk. zur Errichtung eines städtischen Kinderhortes.

Basse & Selve in Altena i. W. zeichneten für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie an die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg 5000 Mk.

Ehrentafel.

Bechstein, Maschinenfabrikant in Altenburg, spendete letztwillig der Stadt 4600 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke.

Bienert, Th. in Plauen b. Dresden, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Bleichert & Co. in Leipzig-Gohlis zeichneten als Beitrag für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie 5000 Mk.

Blohm & Voß, Schiffswerftbesitzer in Hamburg, zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Böcking, Rud. & Co. in Halbergerhütte, zeichneten 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Borsig, A., Maschinenbauanstalt in Berlin, zeichnete 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Bragadirn, Sophie, Dampfbrauerei-Besitzersgattin in Bukarest, stiftete für die Pflege bedürftiger und würdiger Kinder der bayrischen Gemeinde Kainsbach den Betrag von 8000 Mk.

Bremer Dame, die ungenannt bleiben will, stiftete dem dortigen „Verein für öffentliche Bäder" den Betrag von 150 000 Mk., um dadurch den Neubau des Volksbades für die westliche Vorstadt zu ermöglichen.

Casella, Leopold & Co. in Frankfurt a. M., zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Cosmar, Rentner in Gotha, vermachte sein gesamtes Vermögen, 700 000 Mk. der Stadt zu milden Stiftungen.

Freiherr von Cramer-Klett, Reichsrat, spendete 500 000 Mk. für die Arbeiter der jetzigen Maschinenbau-A.-G. in Nürnberg, die früher seinem Vater gehörte.

Dehler, Handelsgärtner in Coburg, stiftete letztwillig der Stadt den Betrag von 40 000 Mk. zu Wohlthätigkettszwecken, sowie verschiedenen dortigen gemeinnützigen Vereinen gleichfalls einen Betrag von 40 000 Mk.

Dehne, A. L. G. in Halle, zeichnete 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Dignowitz, Hermann, Textilfirma in Chemnitz, hat die Einrichtung getroffen, daß nach 10jähriger Arbeitsdauer jeder Arbeiterin ein Sparkassenbuch mit 100 Mk. Einlage und jedem Arbeiter ein solches mit 200 Mk. geschenkt wird.

Dyckerhoff & Söhne in Amöneburg, zeichneten 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Eger, Richard, Besitzer der Mühle in Deuben bei Dresden, stiftete anläßlich seines 50. Geburtstages seinen Arbeitern 2000 Mk.

Ehrentafel.

Ehret, Kommerzienrat, Stadtrat zu Glauchau, stiftete 10 000 Mk. zur Gründung einer Freistelle im städtischen Genesungsheim.

Ehrhardt, Heinrich, Geh. Baurat in Düsseldorf, stiftete für sich und für die Firma Fahrzeugfabrik Eisenach-Rheinische Metall- und Maschinenfabrik in Düsseldorf den Betrag von 25 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Erckens, Geheimer Kommerzienrat in Aachen, stiftete anläßlich seiner goldenen Hochzeit für invalide Beamte seiner Aachener Firma 100 000 Mk., den verschiedenen anderen Wohlfahrtsinstituten dieser Firma 35 000 Mk., den invaliden Beamten seiner Grevenbroicher Spinnerei 50 000 Mk. und 30 000 Mk. für evangelische Gemeindezwecke in Grevenbroich.

Eschebach, Kommerzienrat in Dresden, ließ wiederum 20 000 Mk. unter seiner Arbeiterschaft verteilen, ferner schenkte derselbe dem Dresdener Spar- und Bauverein einen Bauplatz im Werte von 10 000 Mk.

von Faber, Frau, Witwe des bekannten Bleistift-Großfabrikanten in Stein bei Nürnberg, hat aus Anlaß der Einweihung des Denkmals ihres verstorbenen Gatten der Beamtenkasse 50 000 Mk., der Witwen- und Waisenkasse 50 000 Mk. überwiesen und jedem invaliden Arbeiter eine jährliche Pensionszulage von 100 Mk. zugewendet. Die Armenverwaltung Steins erhielt einen Betrag von 20 000 Mk.

Felten & Guilleaume in Mülheim-Ruhr, zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Friedländer, Edm., Bankhaus in Berlin, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Fuchs, Johann Valentin, ehemaliger Industrieller, Rentier in Dresden, vermachte dem dortigen „Verein gegen Armennot und Bettelei" ein Legat von 4000 Mk.

Funke & Hueck in Hagen zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Gerstle, August, Bankier in Augsburg, stiftete letztwillig den Betrag von 50 000 Mk. für eine Stiftung zur Unterstützung arbeitsunfähiger und dürftiger Personen, sowie eltern- und vermögensloser Kinder.

Hahn'sche Werke in Berlin zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Haniel & Lueg in Düsseldorf zeichnete 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Hardt siehe Hueck.

Ehrentafel.

Heckmann, C., Großindustrieller in Berlin, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Henschel & Sohn, Maschinenfabrikbesitzer in Kassel, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Herfurth, Rudolf, Rentner in Hainichen, hat der Stadtgemeinde letztwillig 20 000 Mk. als Herfurthstiftung zu Christbescherungen für arme Kinder und zu Armenunterstützungszwecken überwiesen.

Freiherr v. d. Heydt in Köln, stiftete 25 000 Mk. für den weiteren Ausbau und die Ausmalung des Schlosses Burg a. d. Wupper.

Hoesch, Hugo, früher Großindustrieller in Düren, hat die reformierte Gemeinde in Barmen zur Universalerbin seines Vermögens eingesetzt. Die Gemeinde erhält eine jährliche Rente von 1500 Mk. zur Kirchenkasse (entspricht einer Summe von ca. 45 000 Mk.) und hat folgende Legate auszuzahlen: an das städtische Krankenhaus 6000 Mk., dem Verschönerungsverein 9000 Mk., der Diakonissenanstalt in Kaiserswerth 5000 Mk., Diakonissenanstalt in Duisburg 5000 Mk., Diakonissen- und Mägdehaus in Barmen 2000 Mk., Barmer Konzertgesellschaft für den Pensionsfond 4000 Mk., dem städtischen Singverein 50 000 Mk., der städtischen Bibliothek 20 000 Mk., der Rest des Vermögens ca. 850 000 Mk. ist zu einer Hoesch-Stiftung zu gestalten, aus welcher junge Leute jedes Jahr ein Stipendium erhalten, welches ihnen ihr Studium oder ihre Fortbildung erleichtert.

Holzmann, Ph., Baurat (Inh. der Int. Baugesellschaft) in Frankfurt a. M., zeichnete 15 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Hoffmann, Ernst Julius, Kommerzienrat in Neu-Gersdorf, überwies dem Albertverein (Zweigverein Alt- und Neu-Gersdorf) den Betrag von 40 000 Mk.

Hoppe, C. in Berlin, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Hueck, Arnold zu Neu-Hückeswagen und Kommerzienrat Fritz Hardt zu Lennep haben 11 000 Mk. zur malerischen Ausstattung von Schloß Burg an der Wupper gestiftet.

Hüffer, Eduard, Verlagsbuchhändler in Münster i. W., vermachte für die Armen und für gemeinnützige Zwecke 160 000 Mk.

Jung, Auguste, Fabrikantenwitwe in Hanau, vermachte der Stadt Hanau für Zwecke der städtischen Schulen 225 000 Mk., dem Gymnasium 20 000 Mk., der Zeichen-Akademie 25 000 Mk., dem Geschichtsverein 10 000 Mk., dem vaterländischen Frauenverein 10 000 Mk., der Diakonissenstation 10 000 Mk., dem Kinderhort 5000 Mk. Die

Ehrentafel.

Villa des Verstorbenen fällt gleichfalls der Stadt als Museumsgebäude und ihr großer Park als öffentlicher Stadtgarten zu.

Kirbach, Hermann Julius, Rentner in Hainichen, hinterließ der Stadtgemeinde zur Verschönerung des Wilhelmplatzes den Betrag von 5000 Mk.

Klippel, J. G., mechanische Weberei in Neu-Gersdorf, stiftete anläßlich ihres 50jährigen Bestehens den Betrag von 25 000 Mk. zum Besten der Arbeiterschaft.

Kolbe, Dr., Direktor der chemischen Fabrik v. Heyden in Radebeul, hat anläßlich des 25jährigen Bestehens der Fabrik der Armenkasse zu Radebeul 20 000 Mk. gespendet.

v. Kramsta, Georg, Rittergutsbesitzer in Frankenstein i. Schl., zeichnete 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Krügelstein, Adolf, Vigognespinnerei in Werdau, spendete an 13 Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis zu 26 Jahren der Firma angehörten, Geldprämien bis zu 300 Mk. und stiftete einen Betrag von 12 000 Mk. für weitere solche Prämien.

Krupp, Friedr., Geh. Kommerzienrat in Essen, spendete 50 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie an die Technische Hochschule zu Berlin-Charlottenburg und erwarb für 335 000 Mk. ein Terrain neben der Germaniawerft in Kiel zur Erbauung von Arbeiterwohnungen.

Kuhn, G., Maschinenfabrik in Stuttgart-Berg, zeichnete 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Kunheim & Co. in Berlin zeichneten 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Lanz, Heinrich, Großindustrieller in Mannheim, zeichnete 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Liebermann, Georg, Spinnereibesitzer zu Falkenau, stiftete 25 000 Mk. zur Errichtung einer Unterstützungskasse für seine Beamte.

Lindorfer, Privatus in Feuchtwangen, hinterließ für die Armenpflege in Schillingsfürst 10 000 Mk., für die Diakonissenanstalt in Neuendettelsau 120 000 Mk.

Lorenz, W. in Karlsruhe, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Lürmann, Fritz W., Hütteningenieur in Osnabrück, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Maffei, J. A. in München, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Ehrentafel.

Manheimer, Gustav, Kommerzienrat in Berlin, hat für Errichtung einer Kranken- und Unterstützungskasse für die Angestellten der Firma V. Manheimer 10 000 Mk. gestiftet.

Marx, Heinrich Robert, Kommerzienrat in Seifhennersdorf, hat seinen Arbeitern Stiftungen im Betrage von 62 000 Mk. überwiesen.

Memmingen. Der Stadtrat stiftete 1000 Mk. als „Fürst-Bismark-Stiftung" zur Hebung des Handwerks.

Mende, Hugo, Bankier in Dresden, stiftete anläßlich seines 25jährigen Berufsjubiläums 10 000 Mk. für Armenzwecke.

Meyer, H. J., Verlagsbuchhändler, Inhaber des „Bibliographischen Instituts", überwies aus Anlaß der 25jährigen Übersiedelungsfeier von Hildburghausen nach Leipzig dem Pensionsfond der Angestellten und Arbeiter den Betrag von 50 000 Mk.

Möller, Christian Hansen, Kammerrat, Hofbesitzer bei Apenrade, vermachte 30 000 Mk. als Stiftung zur Unterstützung würdiger armer Leute und zur Erziehung armer Kinder im Kirchspiel Ries.

Möller & Schreiber in Berlin zeichneten 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Noblé, bisher Mitinhaber der Palmkernölfabrik Noblé & Thörl in Harburg, schenkte anläßlich seines Austrittes aus der Firma jedem Arbeiter, je nach der Dienstzeit, bis zu 2 Jahren 20 Mk., bis 5 Jahren 30 Mk. und von über 5 Jahren 50 Mk.

Oldenburg, R., Verlagsanstalt zu München gab anläßlich ihres 50jährigen Jubiläums ihren Angestellten, welche 25 Jahre im Geschäft thätig gewesen waren, je 500 Mk. und überwies außerdem der Hauskasse den Betrag von 30 000 Mk.

Oppenheim, Hugo, Kommerzienrat in Berlin, stiftete 10 000 Mk. als Preis für ein Volksbuch, welches die Gesundheitspflege in allgemeinverständlicher Form behandelt.

Persiehl, H. D., Buchdruckfirma in Hamburg schenkte gelegentlich ihrer 50jährigen Jubiläumsfeier 10 000 Mk. an die Unterstützungskasse der Angestellten des Hauses.

Pfaff, J. C. in Berlin, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Pfähler, Luise, Fräulein, Nutznießerin des Vermögens ihres verstorbenen Bruders, früheren Kaufmanns in Hamburg, hinterließ bestimmungsgemäß dieses 1 000 000 Mk. betragende Vermögen der Stadt Hamburg zur Errichtung eines Altenheims.

Ehrentafel.

Pintsch, Julius in Berlin, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Planck, Hans sen., Privatier in Kulmbach, vermachte der Stadt 40 000 Mk. zur Errichtung eines Volksbades, 20 000 Mk. für den Tierschutz und den Rest seines Vermögens ca. 60 000 Mk. gleichfalls der Stadt für gemeinnützige Zwecke.

v. Poschinger, früher Großindustrieller, jetzt Rentier in München, errichtete die „Michael und Heriterta v. Poschinger-Stiftung" in Höhe von 800 000 Mk. Hiervon sollen verwendet werden: 106 000 Mk. zum Besten der Arbeiter und deren Kinder der Glashütte in Theresienthal, 5400 Mk. dem Marktmagistrat Zwiesel für wohlthätige und gemeinnützige Zwecke, 200 000 Mk. zur unentgeltlichen Verpflegung von Lungenkranken in dem städtischen Sanatorium zu Herlaching, 160 000 Mk. zur Gewährung von Aussteuern für Zöglinge des städtischen Kinderasyls und des städtischen Waisenhauses in Beträgen von je 750 Mk., 80 000 Mk. dem Verein für Arbeiterkolonien in Bayern, 200 000 Mk. dem Stadtmagistrat München zur Förderung der Bestrebungen für die Beschaffung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen in München.

Preßler, Frau Finanzvermessungsdirektor in Dresden, stiftete weitere (siehe „Arbfrd." 1898, S. 367) 15 000 Mk. für ein Freibett im Carola-Krankenhaus.

Ravené, Jacob, Söhne & Co. in Berlin, zeichneten 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Schäfer & Budenberg in Magdeburg-Buckau zeichneten 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Schichau, Fr., Kommerzienrat, Schiffswerftbesitzer in Elbing, zeichnete 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Schieß, Ernst in Düsseldorf, zeichnete 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Schlesinger, C., Trier & Co. in Berlin zeichneten 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Schlutter, Familie in Gera, stiftete 90 000 Mk. zur Errichtung resp. Vollendung eines Landkrankenhauses bei Gera.

Schmelzer, Carl sen., Fabrikbesitzer in Lichtentanne, überwies der vom Vater begründeten „Carl Herm. Schmelzer-Stiftung" den Betrag von 60 000 Mk.

Schmidt, früherer Bäckermeister, Rentner in Mylau, hinterließ der Stadtgemeinde den Betrag von 4000 Mk. für verschämte Arme.

Ehrentafel.

Schmits, Julius Adolf, Kommerzienrats Erben in Elberfeld, stifteten 92 000 Mk. zu wohlthätigen Zwecken.

Schöller, Philipp, Kommerzienrat und Frau Gemahlin in Düren hatten bereits früher (siehe „Arbeiterfreund" 1898, S. 132) zur Errichtung eines Blindenasyls 350 000 Mk. gestiftet. Am 13. August wurde dieses „Annaheim"-Asyl feierlich eingeweiht, nachdem für dasselbe ein Aufwand von noch weiter gestifteten 150 000 Mk., also im ganzen 500 000 Mk., sich nötig gemacht hatte.

Schüll, Gebr., Firma in Birkesdorf, Kr. Düren, überwies den Arbeitern und Arbeiterinnen, welche 25 Jahre in ihren Diensten gestanden, den Betrag von je 100 Mk.

Sedlmayr, Gebr., Besitzer der Spatenbrauerei in München, schenkten anläßlich ihres 25jährigen Geschäfts-Jubiläums dem städtischen Kinderasyl die Summe von 25 000 Mk.

Simon, Theodor, Kommerzienrat, Lederfabrikbesitzer in Kirn a. d. Nahe, setzte testamentarisch 100 000 Mk. zu Gunsten des Unterstützungsfonds der Arbeiter der Fabrik aus.

Später, Karl, in Koblenz, zeichnete 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Spindler, W., in Spindlersfeld bei Köpenick, zeichnete für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie den Betrag von 6000 Mk.

Stöhr, Kommerzienrat, Fabrikbesitzer in Leipzig, übergab der Gemeinde Berchtesgaden eine Summe von 10 000 Mk. für Stipendien an arme Schüler der Distrikts-Zeichen- und Schnitzschule.

Tarnow, L., Steinkohlenlagerbesitzer in Hamburg, vermachte seiner Vaterstadt Wittenburg in Mecklenburg 60 000 Mk. zur Errichtung eines Altenheims und 20 000 Mk. als Stiftung zur Bekleidung armer Konfirmanden.

Thomasius, Hofuhrmachers-Witwe in Dresden, vermachte der Stadt Altenburg 3000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Veit-Meyer, Alexander, Geh. Baurat in Berlin, hinterließ der Stadt Berlin eine Wohlthätigkeitsstiftung von 100 000 Mk., hiervon entfallen auf die Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung 30 000 Mk., auf das städtische Waisenhaus für Berufsausbildung 40 000 Mk., auf die städtische Blindenanstalt 30 000 Mk.

Voerster, Alfred, Buchhändler, in Firma F. Volkmar in Leipzig, überwies dem Unterstützungsverein deutscher Buchhändler und Buchhandlungsgehülfen 5000 Mk., dem Bethlehemsstift in Lausigk 5000 Mk.

Ehrentafel.

Wagner, Ernst, Stadtrat und Kaufmann in Lößnitz (Erzgeb.), hinterließ als „Ernst Wagner-Stiftung" der Stadtgemeinde 6000 Mk., der Kirche 2000 Mk., dem Frauenverein 1500 Mk., dem Gesangverein 500 Mk., dem Turnverein 500 Mk., der Feuerwehr 1000 Mk.

? Schwager des Vorgenannten, Kaufmann in Lößnitz (Erzgeb.), hinterließ der Stadt für Wohlthätigkeitszwecke den Betrag von 25 000 Mk., die Nutznießung des Kapitals verbleibt der Witwe bis zu deren Tode.

Wertheim, Jos., in Frankfurt a. M., überwies letztwillig die Zinsen eines Kapitals von 70 000 Mk. dem „Verein für Rekonvaleszenten-Anstalten", während das Kapital selbst als zweite Hypothek der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen daselbst gewährt wird.

Wolf, R., Maschinenfabrik in Magdeburg-Buckau, zeichnete 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Wollheim, Caesar, Großindustrieller in Berlin, zeichnete 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Außerdem: 100 Großindustrielle, technische Beamte, Bankiers 2c. zeichneten zusammen 99 000 M., in Beträgen von 200 bis 2500 Mk. für die zum Jubiläum der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg beabsichtigte Begründung einer Stiftung der deutschen Industrie.

Berichtigung: Auf Seite 235 des „Arbeiterfreund" ist in der Rubrik „Ehrentafel" eine Spende der Firma W. Spindler zu Spindlersfeld aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Firma verzeichnet, während es korrekt heißen sollte: „aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Fabrik in Spindlersfeld". Die Firma W. Spindler besteht schon seit 1832.

Außerordentliche Zuwendungen für die Wohlfahrt ihrer Angestellten und Arbeiter, sowie für sonstige gemeinnützige Zwecke spendeten im dritten Vierteljahr 1899 folgende deutsche Aktiengesellschaften, industrielle Vereine und ähnliche Körperschaften:

Aachen. A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Altfelde. Zuckerfabrik: 3820 Mk. an Gratifikationen.

Ehrentafel.

Aschersleben. Maschinenbau-A.-G. vorm. W. Schmidt & Co.: 40 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Beckum i. Westf. „Westfalia", A.-G. für Fabrikation von Portland-Cement und Wasserkalk: 6500 Mk. der Arbeiter-Unterstützungs-Kasse.

Berlin. Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Werkzeugmaschinenfabrik vorm. L. Sentker: 8784 Mk. dem Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds.

— Gebr. Böhler & Co., A.-G.: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Eisengießerei A.-G. vorm. Keyling & Thomas: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Schultheiß' Brauerei, A.-G.: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft: 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Ludwig Loewe & Co.: 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Siemens & Halske: 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G.: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Imperial-Continental-Gas-Association: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— „Union", Elektricitätsgesellschaft: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Akkumulatorenfabrik: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Centralverwaltung für Sekundärbahnen: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Große Berliner Straßenbahn: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Hulbschinsky'sche Hüttenwerke: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Neue Berliner Messingwerke Wilh. Borchert jun.: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Ehrentafel.

Bernburg. Deutsche Solvay-Werke: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Bernstadt i. Schl. Zuckerfabrik: 6500 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter, 1500 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Bochum. Gußstahlverein: 300 000 Mk. Zuwendungen an Barstiftungen und Pensionskasse.

Braunschweig. Maschinenbauanstalt: 15 000 Mk. an Gratifikationen, 15 000 Mk. dem Arbeiter-Dispositionsfonds, 3000 Mk. der Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Aktiengesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie: 62 000 Mk. Arbeiter-Gratifikationen, 54 052 Mk. an den Dispositionsfonds, 12 000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 3000 Mk. Zuweisung an humanitäre Anstalten, 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 20 000 Mk. an die Pensionskasse, 35 000 Mk. Rückstellung für Arbeiterhäuser.

— Max Jüdel & Co., A.-G.: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— G. Luther, A.-G.: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Bredow. Stettiner Maschinenbau-A.-G.: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Bremen. Nordd. Lloyd: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie, 3000 Mk. Gratifikationen für Mannschaften, welche bei dem Abbringen des Dampfers „Kaiserin Maria Theresia" thätig waren.

Burbach. Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten-A.-G.: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung d. d. Industrie.

Chemnitz. Sächsische Maschinen-Fabrik vorm. Rich. Hartmann: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Petschke & Glöckner: 1500 Mk. an die Arbeiter-Unterstützungskasse.

Courl i. W. Bergwerks-A.-G.: 253 000 Mk. dem Arbeiterhäuserkonto.

Delmenhorst. Deutsche Linoleumwerke „Hansa": 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Dessau. Deutsche Continental-Gasgesellschaft: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Dessauer Zuckerraffinerie: 4000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Ehrentafel.

Deutz. Gasmotorenfabrik: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Döhlen b. Dresden. Sächsische Gußstahlfabrik: 25 000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 25 000 Mk. für die Beamten-Pensionskasse, 20 000 Mk. zum Besten des Fabrikpersonals, 2000 Mk. der Arbeiter-Schulkassenstiftung.

Dortmund. Eisen- und Stahlwerk Hoesch: 150 000 Mk. der Beamten-Versorgungskasse, 50 000 Mk. der Arbeiter-Unterstützungskasse: „Albert Hoesch-Stiftung".

— „Union", A.-G. für Bergbau 2c.: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Dresden. Aktienbierbrauerei „Gambrinus": 15 000 Mk. Gratifikationen für Beamte.

— Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seck: 12 500 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Duisburg. Maschinenbau-A.-G. Bechem & Kentmann: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Düsseldorf: Röhren- und Eisenwalzwerke: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Einsiedel. Chemische Papierfabrik: 5500 Mk. Gratifikationen an Beamte, Meister und Arbeiter.

Elberfeld. Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer & Co.: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Eßlingen. Maschinenfabrik: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Frankenthal (Pfalz). Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Klein, Schanzlin & Becker: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Schnellpressenfabrik vorm. Albert & Co.: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. dem Beamtenfonds.

Frankfurt a. M. Chemische Fabrik Griesheim-Elektron: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Friedrichsberg b. Berlin. A.-G. H F. Eckert: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Geisweid. Eisenwerke: 10 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 6000 Mk. anderweitigen Stiftungen.

Ehrentafel.

Gelsenkirchen. Gußstahl- und Eisenwerke Munscheidt & Co.: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— A.-G. Schalker Gruben- und Hütten-Verein: 25 000 Mk. dem Reservefonds für gemeinnützige Zwecke.

Grünau b. Berlin. Chemische Fabrik vorm. Landshoff & Meyer: 18 482 Mk. Tantièmen und Gratifikationen an Beamte.

Halle a. S. Zeitzer Paraffin- und Solaröl-Fabrik: 3000 Mk. an den Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Hamburg. Dynamit-A.-G. vorm. Alfred Nobel: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Hamburg-Amerik. Packetfahrt-A.-G.: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Portland-Cementfabrik Hannover: 7500 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Transport-A.-G. vorm. J. Hevecke: 6000 Mk. dem Unterstützungsfondskonto.

— Jutespinnerei und Weberei Hamburg-Harburg: 32 000 Mk. Tantième und Gratifikationen an Beamte.

— Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft: 1000 Mk. Versicherungskasse der Angestellten, 24 932 Mk. Beitrag zur Pensionskasse und Pensionen.

Hamm i. W. J. Banning, A.-G.: 2700 Mk. zu Gratifikationen.

Hannover. Maschinenbau-A.-G. vorm. Georg Egestorff: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Harburg. Gummikamm-Compagnie: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Haspe. Eisen- und Stahlwerk: 14 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke, 10 000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds, 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Heidelberg. Portland-Cement-Werk: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Heidenheim. Württembergische Kattun-Manufaktur: 30 000 Mk. dem Unterstützungs- und Pensionsfonds, 20 000 Mk. dem Arbeiter-Witwen- und Waisen-Unterstützungsfonds, 50 000 Mk. dem Konto für Wohlfahrtseinrichtungen.

Hannover. Portland-Cementfabrik: 10 000 Mk. dem Dispositionsfonds zu Gunsten der Angestellten.

Hoechst a. M. Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning: 5000 Mk. der Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Ehrentafel.

Hoerde i. W. Bergwerks- und Hüttenverein: 300 000 Mk. dem Beamten-Versorgungsfonds, 10 000 Mk. für ein Denkmal Kaiser Wilhelm I., 10 000 Mk. f. d. Jubiläumsstiftung d. d. Industrie.

St. Ingbert. Pfälzische Pulverfabriken: 1000 Mk. zu Gratifikationen.

Kaiserslautern. Eisenwerk: 4500 Mk. Ehrengabenfonds, 40 337 Mk. Pensions- und Unterstützungsfonds, 2550 Mk. Wohlthätigkeitsanstalten.

Kalk b. Köln. Chemische Fabrik: 4000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Kassel. A.-G. für Treber-Trocknung: 60 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Jutespinnerei und Weberei: 8000 Mk. für Gratifikationen.

Kattowitz. A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie, 35 000 Mk. für Wohlfahrtszwecke, 50 000 Mk. für den Pensionsfonds.

Kiel. Howaldtswerke: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Kneuttingen. Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Köln. Vereinigte Köln-Rotweiler Pulverfabriken: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Köln-Deutz. Norddeutsche Wagenbau-Vereinigung: 100 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Königsberg. Union-Gießerei: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Laar b. Ruhrort. „Phönix", A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Langendiebach. J. Brüning & Sohn, A.-G.: 2000 Mk. für Beamten-Gratifikationen.

Lauchhammer. Vereinigte vorm. Gräfl. Einsiedel'sche Werke: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Laurahütte. Vereinigte Königs- und Laurahütte: 162 000 Mk. für Wohlfahrtseinrichtungen.

Lehrte. Portland-Cementfabrik „Germania", H. Nanske & Co.: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Linden vor Hannover. Lindner Aktien-Brauerei: 20 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ludwigshafen a. Rh. Badische Anilin- und Sodafabrik: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Ehrentafel.

Magdeburg-Buckau. Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Strube: 3000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Maikammer (Rheinpfalz). Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ulbrich: 3500 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Mannheim. Verein deutscher Ölfabriken: 17 000 Mk. an Gratifikationen, 3000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds, 3000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Meggen. Walzwerk: 3000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 3000 Mk. Gratifikationen an Angestellte.

Meiderich. Rheinische Stahlwerke: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Metz. Montan-Gesellschaft Lothringen-Saar: 5000 Mk. dem Pensionsfonds.

Mittweida. Baumwollspinnerei: 1500 Mk. dem Krankenkassenfonds für Ausnahmefälle, 5000 Mk. dem Pensionsfonds für Beamte, 15 000 Mk. dem Dispositionsfonds zum Besten der Arbeiter.

Mülhausen. Elsässische Maschinenbau-Gesellschaft: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

München. Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte: 70 138 Mk. an Pensionen für Arbeiter, Witwen und Waisen, 8126 Mk. dem Dispositionsfonds für Arbeiter.

Nürnberg. Elektricitäts-A.-G. Schuckert & Co.: 20 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

— Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen: 15 000 Mk. zu Gratifikationen für Beamte.

— Freiherr v. Tucher'sche Brauerei, A.-G.: 19 587 Mk. Gratifikationen an Angestellte.

Oberhausen. Gutehoffnungshütte: 15 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Oberilen. Thüringer Bleiweißfabriken vorm. Anton Greiner Ww. und Max Buchholz & Co.: 2000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

Offstein. Zuckerfabrik: 2200 Mk. Gratifikationen an Beamte, 1000 Mk. an die Fabrikkrankenkasse.

Radebeul. Chemische Fabrik von Heyden: Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Fabrik: 10 000 Mk. für ein Sommerfest des Personals, 1000 Mk. einem seit 25 Jahren in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, 100 000 Mk. zu einer Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter und deren Angehörige.

Ehrentafel.

Rathenow. Optische Industrie-Anstalt vorm. Emil Busch: 4467 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 8543 Mk. an den Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Remscheid. Bergische Stahlindustrie: 4000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Rositz. Braunkohlenwerke: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfondskonto.

Rothe Erde b. Aachen. Aachener Hütten-Aktienverein: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Saarau. Ida- und Marienhütte: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Sangerhausen. Malzfabrik, A.-G.: 1250 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

Schwientochlowitz O.-Schl. Bismarckhütte: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Siegen. Eisenbahn-Gesellschaft, A.-G.: 3000 Mk. dem Pensionsfonds, 3200 M. Gratifikationen, 3272 Mk. dem Unterstützungsfonds, 1900 Mk. zu gemeinnützigen Zwecken.

Stettin. Chamottefabrik vorm. Didier: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Völklingen. Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke: 5000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Wiesbaden. Gesellschaft für Linde's Eismaschine: 10 000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Waldenburg O.-Schl. Wilhelmshütte, A.-G. für Maschinenbau und Eisengießerei: 3000 Mk. der Pensionskasse.

Zittau. Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Albert Kiesler & Co.: 7500 Mk. für Gratifikationen, 7500 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Züllchow. Stettiner Portland-Cementfabrik: 3000 Mk. für die Jubiläumsstiftung der deutschen Industrie.

Außerdem: 45 Aktiengesellschaften zeichneten zusammen 63 450 Mk. in Beträgen von 250 Mk. bis 2500 Mk. für die zum Jubiläum der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg beabsichtigte Begründung einer Stiftung der deutschen Industrie.

In vorstehendem Verzeichniß befinden sich aufgeführt, ohne daß die Höhe der Summe für diese Zuwendungen ermittelt werden konnte: 7 Spenden für Gratifikationen und Prämien, 1 Stadtpark, 1 Villa (für ein Museum).

Zusammenstellung

der in der „**Ehrentafel**" des „Arbeiterfreund" pro **Juli bis September 1899** zahlenmäßig aufgeführten, von Industriellen, Privaten und Aktiengesellschaften ꝛc. des Deutschen Reichs den Arbeitern und deren Angehörigen resp. den unbemittelten Volksklassen gemachten außerordentlichen Geschenke und Stiftungen.

Gesamtbetrag aller Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse . . . . . **Mk. 11 112 890**

Hiervon entfallen auf:	von Privaten Mk.	von Aktiengesellschaften ꝛc. Mk.	In Summa Mk.
Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen für Arbeiter u. deren Angehörige	758 000	1 938 506	2 696 506
Prämien, Gratifikationen, Gewinnanteile	32 000	296 206	328 206
nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke	562 000	440 178	1 002 178
nicht besonders bezeichnete gemeinnützige Zwecke	1 038 600	21 450	1 060 050
Kinderfürsorge	303 000	—	303 000
Altenheime und Bürgerasyle	1 140 000	—	1 140 000
Krankenpflege u. Genesenenfürsorge	819 500	2 500	822 000
Gesundheitspflege (auch Bäder ꝛc.)	200 500	—	200 500
Wohnungsfürsorge	545 000	288 000	833 000
Erziehungs- und Unterrichtszwecke	1 108 000	2 000	1 110 000
Bildungszwecke (auch Bibliotheken ꝛc.)	*) 498 000	*) 643 950	*) 1 141 950
Kirchliche Zwecke	77 000	—	77 000
Armenunterstützung im allgemeinen	253 000	—	253 000
Kunstpflege (Museen, Denkmäler ꝛc.)	104 500	10 000	114 500
Tierschutz	20 000	—	20 000
Feuerschutz	1 000	—	1 000
Festlichkeiten für Angestellte und Arbeiter	—	10 000	10 000
	7 460 100	3 652 790	11 112 890

Die Zahl der bei diesen Spenden beteiligten Faktoren beläuft sich auf 369, hierunter befinden sich 165 Aktiengesellschaften ꝛc. und 204 private Arbeitgeber resp. ehemalige Arbeitgeber und deren Rechtsnachfolger.

September 1899. Peter Schmidt.

*) In der Hauptsache der für die Jubiläumsstiftung der technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg gezeichnete Betrag.

I. Abhandlungen.

Zur Erinnerung an Valentin Weisbach.

† 23. Oktober 1899.

Am 23. Oktbr. 1899 ist mit Valentin Weisbach dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen und noch vielen anderen Vereinen und weiten Kreisen des deutschen Volkes ein Mann der Gemeinnützigkeit entrissen worden, der es in hervorragender Weise verstanden hat, nicht nur seine reichen finanziellen Mittel, sondern, was ihm noch höher anzurechnen ist, auch persönliche Kräfte, insbesondere Menschenliebe, kaufmännisches Wissen, finanzielles Verwaltungstalent, schöpferische Initiative, gepaart mit ausharrender Opferwilligkeit, ganz in den Dienst der Wissenschaft, Kunst und Arbeiterfürsorge zu stellen. Er gehörte dem Centralverein seit 1881 an und wurde nach dem Tode des um den Centralverein hochverdienten Kommerzienrat Borchert an dessen Stelle im Januar 1888 zum Schatzmeister gewählt. Weisbach widmete schon sofort nach dem Eintritt in den Centralverein allen socialen Fragen, insbesondere der Wohnungsfrage und den Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen das wärmste Interesse. Zu seinen letzten Arbeiten gehörten Vorschläge, die er und die von ihm beantragte Kommission machte, um die freiwilligen Leistungen von Arbeitgebern für das Wohl der Arbeiter zu ermitteln und übersichtlich zusammenzustellen, damit deutsche Unternehmer zur Einführung freiwilliger Aufwendungen und zweckmäßiger neuer Veranstaltungen für das Wohl ihrer Arbeiter veranlaßt würden. Er hoffte gerade dadurch den Frieden zwischen Arbeit und Kapital wirksam zu fördern und ein einträchtiges Zusammenarbeiten von Fabrikanten und Arbeitern herbeizuführen. Mit ganz besonderer Vorliebe arbeitete Weisbach an der Beschaffung von billigen, in hygienischer und sittlicher Beziehung praktisch ausgestatteten Arbeiterwohnungen. Es war seine Absicht, ein Musterprojekt von Arbeiterhäusern auszuführen, welches praktisch nach jeder Richtung hin die mögliche Verbesserung der Arbeiterwohnungen darthun sollte. Zu diesem

Zwecke hatte Weisbach bereits vor einer Reihe von Jahren ein Terrain im Nordosten der Stadt Berlin angekauft mit der Absicht, daß der Verein zur Verbesserung von kleinen Wohnungen in Berlin, dessen Vorsitzender im Aufsichtsrat er seit vielen Jahren war, dasselbe mit Arbeiterwohnhäusern nach diesem Projekt bebauen sollte. Viele Schwierigkeiten bezüglich der projektierten Straßenanlagen verzögerten die Ausführung des Projektes, bis kurz vor seinem Hinscheiden mit dem Bau begonnen werden konnte. Es sind gegenwärtig von vorläufig 14 Häusern, welche erbaut werden sollen, 10 Häuser im Entstehen. Man hofft, daß sie im Oktober 1900 bezogen werden können. Diejenige Straße, welche das Terrain durchschneidet, hat gleich nach Weisbachs Tode seinen Namen erhalten. Wie bei allen gemeinnützigen Unternehmungen, für welche der Verstorbene sich interessierte, hat er auch bei diesem ganz besonders, neben der Darbietung seiner reichen Mittel, mit seiner ganzen Persönlichkeit und Thatkraft für dasselbe gewirkt. Leider sollte es ihm nicht mehr beschieden sein, den so ideal von ihm angelegten Plan, welcher ihn ein ganzes Jahrzehnt beschäftigte, in der Wirklichkeit ausgeführt zu sehen.

Nächst diesem Unternehmen verdankt wohl die Berliner Gesellschaft Urania, deren Hauptzweck darin besteht, die Freude an der Naturkenntnis zu verbreiten, ihre Neu-Organisation hauptsächlich seiner Initiative, seinem Scharfsinn und seiner Energie. Auch hier kargte er nicht mit Geldopfern. Er war lange Jahre Mitglied des Aufsichtsrats dieses Instituts. Ferner zählte der Berliner Verein für Volksbäder ihn seit vielen Jahren zu seinen besten Mitgliedern. Er war bis zu seinem Tode Schatzmeister des Vereins und hat es verstanden, durch wirtschaftliche Sparsamkeit das Vermögen des Vereins auf eine ansehnliche Höhe zu bringen und die Sache mit praktischen Vorschlägen zu fördern.

Im Komitee für die Wärmehallen, welches obdachlosen, anständigen, arbeitswilligen Männern in den Wintermonaten am Tage ein Unterkommen in warmen Räumen und billige Kost, auch Arbeitsgelegenheit gewährt, war Weisbach seit der Begründung ein thätiges Mitglied und nach dem im Jahre 1898 wegen Krankheit erfolgten Ausscheiden des Herrn Minlos, des Begründers der Wärmehallen, Vorsitzender.

Weiter war Weisbach Mitbegründer und Mitglied des Aufsichtsrats der Berliner Baugenossenschaft. Auch hier förderte er die Zwecke derselben durch pekuniäre Unterstützung wie durch seinen er-

probten und erfolgreichen Rat. — Auch im Centralverein für Arbeitsnachweis wirkte er viele Jahre als Schatzmeister.

Die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft wählte ihn eine lange Reihe von Jahren zu ihrem Vorstandsmitgliede, die Ferd. Reichenheim'sche Stiftung Mädchenheim zu ihrem Schatzmeister.

Besonders erfolgreich und weitreichend war auch Weisbachs Wirken für Kunst und Wissenschaft. Unter den dafür bestehenden Vereinen sind ihm namentlich zu Dank verbunden die Generalverwaltung der Königl. Museen, der Kaiser Friedrich-Museums-Verein, dessen Schriftführer er seit der im Jahre 1896 erfolgten Begründung war, das Hülfskomitee für Vermehrung der ethnologischen Sammlungen der Königlichen Museen, welches Reisende mit Mitteln ausrüstet, um Sammlungen für das Königl. Museum für Völkerkunde in Berlin zu erwerben (Weisbach war Vorsitzender des Hülfskomitees seit vielen Jahren), die Berliner Gesellschaft für Anthropologie und Urgeschichte, deren Ausschußmitglied Weisbach gewesen ist. Auch die koloniale Sache fand an ihm durch Darbietung seiner Mittel und Gaben einen eifrigen Förderer. Hierbei sind zu erwähnen die Neu-Guinea-Kompagnie, bei welcher er außerdem noch im Amte als Revisor thätig war, das Deutsche Kolonial-Museum u. andere.

Hieran reihen sich, nicht weniger bedeutend, seine reichlichen und vielen Unterstützungen durch Geldgaben und Rat an weit über 100 der verschiedensten Vereine und Wohlthätigkeitsinstitute, sowie an Personen aller Klassen. Diese Geldopfer erforderten alljährlich einen beträchtlichen Etat. Noch nach seinem Tode zeugen die Summen der ausgesetzten Legate von der großen Menschenliebe, welche dem Verblichenen eigen war. So setzte er z. B. für sein Personal und zur Ablösung von Beiträgen an Vereine und Personen die Summe von 100 000 Mk., für größere Legate an Wohlthätigkeitsanstalten ꝛc. die gleiche Summe aus. Unter den vielen von Weisbach bedachten Vereinen befindet sich u. a. der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen mit 10 000 Mk., der Verein für Arme von Berlin mit 10 000 Mk., der Berliner Asyl-Verein für Obdachlose mit 10 000 Mk. ꝛc.

Das gemeinnützige Wirken Weisbachs war im vollsten und wahrsten Sinne ein segenbringendes; denn nicht unüberlegt übte er Wohlthätigkeit, sondern stets planmäßig und unter eingehender Prüfung der einschlägigen in Frage kommenden Faktoren und Verhältnisse. Es verdanken ihm auch viele Privatpersonen gründliche Aufhülfe von drückender Lage, doch war er in solchen Fällen zu bescheiden, um sich

zu erkennen zu geben, vielmehr bediente er sich sehr häufig der Vermittelung anderer Personen oder besonderer Wohlthätigkeitsinstitute.

Die Lauterkeit seines Charakters, seine Gerechtigkeitsliebe und Wahrhaftigkeit, sowie seine Liebenswürdigkeit gegen jedermann, ob arm oder reich, sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bei seinen Mitmenschen.

Ein Zeugnis hierfür wurde durch die große Beteiligung aller Kreise an seinem Begräbnis abgelegt.

In der Trauerversammlung, welche sich am 26. Oktober 1899 in Weisbachs Wohnung, Tiergartenstraße 4, zusamensand, waren hohe Behörden, wie das Unterrichtsministerium, die Generalverwaltung der Königlichen Museen, das Museum für Völkerkunde, die sämtlich dem Verstorbenen wertvolle Gaben verdanken, ferner der Bürgermeister der Stadt Berlin und viele Stadträte, die städtischen Krankenanstalten, vor allem aber zahlreiche Vereine vertreten, wie der Kaiser Friedrich-Museums-Verein, die Anthropologische Gesellschaft, die Gesellschaft Urania, der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, der Verein für Volksbäder, der Letteverein, der Berliner Handwerkerverein, die Stiftung Mädchenheim, der Centralverband für Arbeitsnachweis, die deutsche Kolonialgesellschaft, das Komitee der Wärmehallen, die Volkskaffee- und Speisehallen-Gesellschaft, der Berliner Krippenverein, die Gesellschaft der Freunde und der Israelitische Frauen-Unterstützungsverein, der Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen usw.

Man kann in der That sagen, daß dem dahingeschiedenen edelmütigen Förderer von Wissenschaft, Kunst und Menschenwohl der wärmste Dank von den Angehörigen aller Konfessionen und von Männern der verschiedensten politischen und kirchlichen Richtungen gespendet worden ist; denn von solchen einzelnen Richtungen hatte der Verstorbene bei allen seinen reichen Spenden und persönlichen Bemühungen für Menschenwohl abgesehen; er hatte gefördert, was er für edel, gut und nützlich hielt, und ist mit der Anerkennung aller derer geschieden, welche im freudigen Glauben und Wirken für Edles, Hohes und Schönes seine Gesinnungen näher würdigen konnten! Möge Valentin Weisbach, der seinen vielen Freunden und Mitarbeitern viel zu früh, schon im 57. Lebensjahre, entrissen wurde, recht viele Nachfolger finden, welche nicht nur ihr Vermögen, sondern auch ihre persönliche Arbeit den Mitmenschen freudig opfern!

Zur Erinnerung an Adolf Gumprecht.

† am 23. Dezember 1899.

Einer der ältesten Freunde des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Adolf Gumprecht, der nicht nur ein langjähriger fleißiger Mitarbeiter am „Arbeiterfreund", sondern auch der Hauptanreger und Vater der Socialcorrespondenz war, ist am ersten Weihnachtstage 1899 auf dem alten evangelischen Friedhof im Kurort Meran (Tirol) zur letzten Ruhe bestattet worden. Mit ihm ist ein edler Mensch dahingeschieden, der sich durch seine hygienischen, volkswirtschaftlichen und erzieherischen Schriften und durch sein gemeinnütziges Wirken dauernde Verdienste erworben hatte. Als Adolf Gumprecht am 7. Dezember 1898 seinen 80. Geburtstag feierte, hat der „Arbeiterfreund" eine längere Abhandlung über sein Wirken und seine Schriften veröffentlicht. Es möge jedoch gestattet sein, auch in diesem Jahrgange die Leser an einige wichtige Thatsachen aus dem Leben dieses Mannes zu erinnern, der Vielen ein Lehrer und Vorbild geworden ist.

Adolf Gumprecht war von Haus aus Verlagsbuchhändler und als solcher am längsten in Leipzig von 1853 bis 1869 thätig. Infolge eines Nervenleidens verkaufte er seinen Verlag und suchte sich zuerst abwechselnd in Nizza, Wiesbaden und Stuttgart zu kräftigen, bis er in Meran das für ihn geeignete Klima fand und 1874 dort seinen dauernden Wohnsitz aufschlug. Von Meran aus hat er eine umfassende litterarische und gemeinnützige Thätigkeit entwickelt. Seine erste größere Schrift war das Buch „Reiseschule", die erst kürzlich in 4. Auflage erschien, mit trefflichen Winken und Ratschlägen, wie man vernünftig und nützlich für Körper, Geist und Gemüt reisen und Bäder oder klimatische Kurorte recht benutzen soll. Seine zweite größere Schrift erschien zuerst 1891 anonym in Gotha bei Friedrich Andreas Perthes unter dem Titel „Aus den Lebenserfahrungen eines Siebzigers", in weiteren Auflagen mit einem Vorwort des Herrn

Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld versehen. Ein ganz besonderes Verdienst hat sich Adolf Gumprecht durch seine weitverbreitete Agitationsschrift „Wider den Trunk“ und durch verschiedene Abhandlungen über „den Kampf gegen den Alkoholismus“ seit dem Jahre 1879 erworben. Gumprecht hat durch seine Schriften der Begründung des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ höchst wirksam vorgearbeitet und war immer einer der thätigsten und opferwilligsten Pioniere für Mäßigkeit. Eine weitere Reihe von größeren Abhandlungen hat Gumprecht seit 1877 im „Arbeiterfreund“ veröffentlicht.

Dasjenige Lebenswerk, welches dem dahingeschiedenen Gumprecht am meisten am Herzen lag, war die Dresdner Social-Correspondenz. Er war bald nach der Begründung des Deutschen Reiches mit tiefer Bekümmernis Zeuge von den Ausschreitungen der Preß- und Redefreiheit, die sich die akarchistischen Parteien, namentlich der bekannte Buchbindergeselle Johann Most u. a., zu schulden kommen ließen. Er war der Ansicht, daß man solchen anarchistischen Bestrebungen in erster Linie durch Verbreitung richtiger volkwirtschaftlicher Ideen in der Presse entgegen wirken und zu diesem Zwecke namentlich die deutschen Blätter mit belehrenden Artikeln und aufklärenden Mitteilungen versorgen müsse. Es gelang ihm, den Vorsitzenden des „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, Professor Gneist in Berlin, und den Redakteur der Zeitschrift „Der Arbeiterfreund“, für seinen Plan zu gewinnen und diese beiden Männer sowie den Assessor Dr. von Studnitz in Dresden zur Herausgabe der „Social-Correspondenz“ zu veranlassen, welche die Zeitungspresse in Deutschland, Österreich und der Schweiz wöchentlich zweimal mit Artikeln über sociale Fragen zum Zweck der Volksbelehrung und der Verbesserung der socialen Zustände versorgt.

Adolf Gumprecht hat der Social-Correspondenz vom Mai 1877 an bis zu seinem Tode als Berater und Mitarbeiter aufs treueste beigestanden und ist in den ersten 15 Jahren regelmäßig persönlich zur Besprechung der Redaktionsangelegenheiten in Dresden erschienen. Er hat sein Werk gedeihen sehen und es mit inniger Freude erlebt, daß seine eigenen Artikel, meist ohne Quellenangabe, wie dies von Anfang an gestattet war, in zahlreichen deutschen Blättern abgedruckt wurden.

Endlich hatte Adolf Gumprecht auch in Meran eine reichgesegnete praktische Wirksamkeit entfaltet. Er gehörte mit zum Kur-

komitee des Platzes. Der Kurort Meran verdankt ihm viele heilsame öffentliche Gesundheitsmaßregeln und Anregungen in hygienischer Hinsicht, wie z. B. das heilsame Verbot an die Damen, zu lange Kleider zu tragen und durch Aufwirbeln von Staub die Kranken und die Spaziergänger auf den Straßen zu belästigen. Viele deutsche Städte könnten in hygienischen Maßregeln von Gumprecht lernen. Ferner hat Gumprecht den Bau der evangelischen Kirche und des Pfarrhauses und die Begründung einer evangelischen Unterrichts- und Erziehungsanstalt in Meran unermüdlich gefördert. Er war jahrelang Mitglied des Presbyteriums und der Armenkommission und wußte immer die rechte Hülfe zu finden. Als Gumprechts 80. Geburtstag am 7. Dezember 1898 von der evangelischen Kirchen- und Schulgemeinde und namentlich von der Kinderwelt in sinniger Weise gefeiert wurde, nannte ihn der evangelische Pfarrer Dr. Selle mit Recht „einen treuen Seelsorger und einen guten Engel des Platzes". Es wurde damals ihm zu Ehren auch eine „Gumprecht-Stiftung" ins Leben gerufen.

Durch seine streng gesundheitliche Lebensweise, maßvolle Arbeit und lebendige Teilnahme an allen kulturellen Bestrebungen der Gegenwart ist es dem Dahingeschiedenen, der von Haus aus körperlich zart und schwächlich war, gelungen, seine Nervosität siegreich zu überwinden und ein hohes Lebensalter in treuer freudiger Arbeit für seine Mitmenschen zu erreichen.

Gumprecht konnte seinen 81. Geburtstag noch leidlich frisch begehen. Erst wenige Wochen vor seinem Tode bedrohte ihn ein altes Leiden, aber er ist schließlich schmerzlos eingeschlummert. Wie uns aus Meran berichtet wird, war er gefaßt und wohl vorbereitet zur Abreise in eine andere Welt, deren Ideale hier schon seine Seele erfüllt hatten. Bei seiner Beerdigung ist er von unendlichen Beweisen der Liebe und Freundschaft überschüttet worden.

Das, was mit Adolf Gumprechts Tode der Mitwelt und Nachwelt nicht entrissen werden kann, ist sein Geist und die in seinen Schriften und Freunden fortlebende Erinnerung an seine opferwillige Gesinnung und harmonische Weltanschauung, welche auch für körperliche Leiden vor allem die Seelenhygiene und eine „grundsätzliche Lebensführung" empfahl. Ehre seinem Andenken!

Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

II.

Der zweite Abschnitt meines Lebens, der mit meiner am 28. September 1861 erfolgten Verheiratung beginnt, führte mich mit meiner jungen Frau zunächst in meine sächsische Heimat nach dem Pfarrhause in Roßwein, wo wir im engsten Familienkreise mehrere glückliche Wochen verlebten. Ende Oktober kehrten wir nach Bremen zurück und bezogen dort in der Krestingstraße ein freundlich gelegenes kleines Haus, bestehend aus Souterrain, Parterre und einem Stock mit drei Fenstern Front. Das Haus war von mir für 165 Thaler Gold (etwa 550 Mk. im heutigen Gelde) gemietet worden. Eine größere Wohnung würde meinen Einkommens-Verhältnissen als zweiter Syndikus nicht entsprochen haben. Unsere bescheidene häusliche Einrichtung hinderte uns in keiner Weise an einem lebhaften geselligen Verkehr mit Verwandten und Freunden. Jeder Tag bot uns in unserem jungen Haushalt und Beruf sowie im öffentlichen Leben neue und interessante Aufgaben. Besonders beglückend wurde es für mich, in der alten Hansestadt Bremen auch für die Neugestaltung Deutschlands wenigstens auf volkswirtschaftlichem Gebiete mitarbeiten zu können. Das Scheitern der politischen Bewegung der Jahre 1848 und 1849 war die erste große Enttäuschung meiner Jugend gewesen. Die Beteiligung an volkswirtschaftlichen Bestrebungen hatte mir wohl einigen Ersatz, aber noch keine Erfüllung meiner politischen Wünsche geboten. Nun sollte sich doch in den ersten fünf Jahren meines jungen Ehelebens in Bremen auch ein Teil unserer politisch nationalen Hoffnungen bis zur Begründung des norddeutschen Bundes wunderbar erfüllen!

Das Jahr 1861, in welchem wir in Bremen unsern Hausstand einrichteten, war für Deutschland eine Zeit neuer nationaler Hoffnungen. In Preußen war König Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 gestorben und sein Bruder Wilhelm auf den Thron ge-

kommen. Er hatte in seiner Proklamation vom 7. Januar 1861 erklärt, daß er seine Pflichten für Preußen als mit denen für Deutschland zusammenfallend betrachte. König Wilhelm I. hatte schon seit der am 7. Oktober 1858 erfolgten Übernahme der Regentschaft für seinen erkrankten Bruder in weiten Kreisen des deutschen Volkes Vertrauen erweckt, weil er sich mit liberalen Ministern umgeben und in seiner Ansprache an das neue Ministerium am 8. November 1858 einen scharfen Tadel der religiösen Heuchelei ausgesprochen hatte. Man erinnerte sich auch, daß er im Jahre 1849 als Prinz von Preußen für Annahme der dem König Friedrich Wilhelm IV. angebotenen deutschen Kaiserkrone gewesen war. Schon unter der Regentschaft von Prinz Wilhelm hatte sich in weiteren Kreisen nach und nach immer mehr die Überzeugung befestigt, daß Preußen allein berufen sei, die Führung Deutschlands zu übernehmen und daß die Einigung Deutschlands sich unaufhaltsam zunächst materiell mit Hülfe des Zollvereins vollziehen werde, der seit dem Jahre 1854 auch Hannover und Oldenburg aufgenommen hatte. Das Präsidium Preußens im Zollverein erschien einem großen Teile der norddeutschen Bevölkerung viel wichtiger als das politische Präsidium Österreichs am Frankfurter Bundestage, der immer mehr zum Schatten herabsank. Die deutsche Nation hatte nach dem Scheitern ihrer politischen Verfassungsideale ihre Thätigkeit energischer als je der Verfassung des Volkswohlstandes zugewendet, und der realpolitische Zug des ganzen Jahrzehnts mit zwei Weltausstellungen und großartigen Erfolgen auf den Gebieten der Industrie und des internationalen Verkehrs trug nicht wenig dazu bei, das Interesse für volkswirtschaftliche Fragen zu fördern und auch eine Verständigung über die handelspolitischen Aufgaben und Ziele Deutschlands anzubahnen. Die im September des Jahres 1858 in Gotha erfolgte Begründung des Kongresses deutscher Volkswirte und die Verhandlungen desselben hatten den öffentlichen Geist neu belebt und die volkswirtschaftliche Bewegung bald über alle Teile Deutschlands verpflanzt.

Der im Januar 1860 erfolgte Abschluß eines Handelsvertrags zwischen England und Frankreich hatte auf die neue wirtschaftspolitische Bewegung höchst förderlich eingewirkt. Nach dem erfolgreichen Vorgange des volkswirtschaftlichen Kongresses war im Jahre 1860 auch ein deutscher Handelstag ins Leben gerufen worden, der sehr bald zu einer Arena des Meinungskampfes über handelspolitische Fragen wurde. Die Organe der hanseatischen Presse bekämpften eifrig

alle Hemmnisse des deutschen Verkehrs wie Durchfuhrzölle, Flußzölle, Übergangszölle und lenkten die Blicke des Inlandes auf die maritimen Interessen. Der im Mai 1861 abgehaltene erste deutsche Handelstag beschloß einmütig auf Antrag der Bremer Handelskammer: „die hohen deutschen Regierungen zu ersuchen, bei Abschluß oder Erneuerung von Handels- und Schiffahrtsverträgen dafür Sorge zu tragen, daß die in manchen fremden Ländern bestehende differentielle Behandlung des deutschen Handels und der deutschen Schiffahrt aufhöre und die Vorteile, welche zur Hebung von Handel, Industrie und Schiffahrt dienen sollen, auch allen übrigen deutschen Staaten, so weit sie die dafür ausbedungenen Gegenleistungen zu erfüllen bereit sind, zu teil werden."

Die im volkswirtschaftlichen Kongreß thätigen Volkswirte suchten unter der Führung des Vorsitzenden der ständigen Deputation, Präsidenten Dr. Lette in Berlin, die preußische Regierung zur Entfaltung einer selbständigen Handelspolitik und zum Anschlusse an das durch den französisch-englischen Handelsvertrag von Napoleon III. inaugurierte „System der westeuropäischen Handelsverträge" zu drängen. Die preußische Regierung sah sich auch schon durch die eigenen Interessen ihres Landes genötigt, mit Frankreich selbständig zu verhandeln, um dieselben niedrigeren Tarifsätze und Handelserleichterungen zu erhalten, welche England auf dem Vertragswege erlangt hatte. Die süddeutschen Staaten wurden von Preußen vor die Alternative gestellt, den mit Frankreich verabredeten Handelsvertrag entweder anzunehmen oder aus dem Zollverein auszutreten. Letzteres wäre für Süddeutschland gleichbedeutend gewesen mit wirtschaftlichem Selbstmorde. Einer der besuchtesten volkswirtschaftlichen Kongresse war im Anfang September 1861 in Stuttgart abgehalten worden. Man verhandelte dort u. a. auch über die Zukunft und über die Verfassung des Zollvereins. Dabei kam besonders auch die innige Wechselwirkung zwischen Volkswirtschaft und Politik zur Sprache. Die partikularistischen Württemberger, die in sehr großer Zahl dem Kongresse beiwohnten, waren gegen jede Hereinziehung der Politik, ebenso die Bayern. Ich vertrat in Stuttgart die Ansicht, daß die deutschen Volkswirte dafür wirken sollten, die Verfassungsfrage des Zollvereins im Sinne einer gemeinsamen deutschen parlamentarischen Vertretung zu lösen. Mein Hauptgegner war der bekannte Württemberger Freiherr v. Varnbüler, der einige Jahre später den Preußen zurief: „Vae victis!" Die Abstimmung ergab, daß wir Freunde einer parlamentarischen Verfassung

des Zollvereins mit 104 gegen 115 Stimmen in der Minderheit blieben Da sich aber die Majorität vorzugsweise aus partikularistischen Süddeutschen zusammensetzte, so durften die zahlreichen Volkswirte, die aus anderen deutschen Staaten in Stuttgart erschienen waren, mit ihrer ansehnlichen Minorität wohl zufrieden sein.

Ich war in jener großen Zeit des allmählichen Werdens eines nationalen deutschen Staates von 1860—1866 in der günstigen Lage, als Syndikus der Bremer Handelskammer von allen intimeren Berichten des Bremer Senats an die Handelskammer über die Vorgänge in Berlin und am Frankfurter Bundestage, wie auch von den Berichten unserer hanseatischen Gesandten in London und Washington und von allen Konsulatsberichten nähere Kenntnis zu erhalten. Mein täglicher Beruf und der gesellige oder briefliche Verkehr mit nahen und fernen Freunden gaben mir die fruchtbarsten Anregungen. Unter den Männern, die mir auf meinem Lebensgange nicht bloß flüchtig begegneten, sondern zum Teil auch durch innige Freundschaft oder gemeinsame Arbeit mir näher traten, möchte ich hier nur einige anführen. Schon sehr bald nach meiner Übersiedlung nach Bremen schloß ich innige Freundschaft mit August Lammers. Derselbe war am 23. August 1831 geboren, mithin gerade zwei Jahre jünger als ich. Er hatte bereits im Frühjahr 1856 in der damals von ihm redigierten „Hildesheimer Zeitung" zuerst unter den deutschen Publizisten meine neue in Heidelberg 1856 erschienene volkswirtschaftliche Wochenschrift „Germania" überaus freundlich besprochen, ohne mich persönlich zu kennen. Er schickte mir diese Besprechung und es entspann sich daraus ein reger Briefwechsel, insbesondere nach meiner Berufung an das „Bremer Handelsblatt". Ich besuchte ihn in Hannover, wo er vom Frühjahr 1857 bis Herbst 1859 die „Zeitung für Norddeutschland" redigierte, und fand an ihm bald einen der treuesten Berater und Kampfgenossen für den von mir im „Bremer Handelsblatt" angeregten „Kongreß deutscher Volkswirte". Im Oktober 1859 folgte Lammers einem Rufe an die Redaktion der „Weser-Zeitung" und blieb in Bremen bis zum Frühjahr 1861. In dieser Zeit haben wir beinahe täglich mit einander verkehrt und fürs ganze Leben einen Freundschaftsbund geschlossen, dem ich die nachhaltigste innere Förderung und Anregung zur Beteiligung an den verschiedensten gemeinnützigen Bestrebungen verdanke. August Lammers war von einer seltenen Begeisterung für seinen hohen Beruf als Publizist erfüllt und ein politischer Agitator und Gründer gemeinnütziger Vereine, wie es wohl kaum einen zweiten

wieder geben wird. Er suchte selbst immer im Hintergrunde zu bleiben und nur andere vorwärts zu drängen. Er war im März 1861 nach Frankfurt a. M. übergesiedelt, um dort eine politische Zeitung im Sinne des Nationalvereins „Die Zeit", zu leiten, die mit Brater's „Süddeutscher Zeitung" in München verschmolzen, später den Namen „Süddeutsche Zeitung" annahm. Trotz größter geistiger Anstrengungen, die zu einer nervösen Abspannung und Erkrankung von Lammers führten, gelang es nicht, das Blatt lebensfähig zu machen und im Jahre 1864 siedelte daher Lammers nach Elberfeld über, um die „Elberfelder Zeitung" zu redigieren und von dort aus ein begeisterter Apostel der Elberfelder Armenpflege zu werden. Im Jahre 1866 kehrte Lammers wieder für immer nach Bremen zurück, um dort zuerst das „Bremer Handelsblatt" und dann den „Nordwest" zu redigieren. Lammers wurde von Bremen aus infolge seiner weitreichenden publizistischen Thätigkeit einer der Hauptanreger und Begründer zahlreicher deutscher Vereine, in erster Linie des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit im Jahre 1880, sodann des deutschen Sparkassentages, des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit, dessen Vorsitzender er bis zu seinem Tode geblieben ist, sodann des Vereins gegen das Moorbrennen, dessen Geschäftsführer er ebenfalls war; ferner wirkte er in der deutschen Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, im Verein für öffentliche Gesundheitspflege, im deutschen Protestantenverein, in der Bewegung für Ferien-Kolonien, vor allem auch in der Frauenfrage. In den letzten 10 Jahren seines Lebens widmete er sich besonders dem Kampfe gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und wurde Geschäftsführer des deutschen Vereins, bis am 28. Dezember 1892 der Tod seinem Wirken ein Ziel setzte.

Ein zweiter meiner intimeren Freunde, Dr. Arwed Emminghaus, rückte im Jahre 1861 gleichzeitig mit meiner Verheiratung mit seiner Familie in Bremen ein, um an meiner Stelle die Redaktion des „Bremer Handelsblatts" zu übernehmen. Es war uns vergönnt, von Oktober 1861 bis Ostern 1866 in Bremen in engen freundschaftlichen Familienverkehr zu treten und manches Gemeinsame zu schaffen. Eine wichtige nationale Gründung, die von Bremen aus vorbereitet und schließlich vorzugsweise von Emminghaus durchgeführt und musterhaft organisiert wurde, war die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, welche sich die Förderung des Rettungswesens an den deutschen Küsten der Nord- und Ostsee zur Aufgabe machte und am 29. Mai 1865 zu Kiel ins Leben gerufen wurde und zu hoher

Blüte gelangt ist. Emminghaus ging Ostern 1866 als Professor der Nationalökonomie an das Polytechnikum in Karlsruhe und veranlaßte mich von dort aus, für sein wichtiges Werk „Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in europäischen Staaten" (Berlin 1870) den Artikel über das Armenwesen der Schweiz zu übernehmen, wodurch ich zuerst dem Armenwesen theoretisch und auch praktisch nähergebracht wurde. Dafür wurde Emminghaus mir wiederholt ein treuer Mitarbeiter am „Arbeiterfreund" und ist mir bis heute ein lieber Freund und Kampfgenosse in mancherlei gemeinnützigen Bestrebungen geblieben.

Ein anderer Freund, der mir namentlich als Teilnehmer an den volkswirtschaftlichen Kongressen und in dem Kampfe für Gewerbefreiheit in Bremen jahrelang der treueste Helfer war, aber bald nach Einführung der Gewerbefreiheit als Gesandtschaftssekretär nach Washington übersiedelte, war Dr. Johannes Rösing, der später als deutscher Generalkonsul in Newyork den Deutschamerikanern und seinem Vaterlande wichtige Dienste leistete, bis er nach der Begründung des Deutschen Reichs nach Berlin in das Reichsamt berufen wurde, um dort die Handels- und Schiffahrtsinteressen Deutschlands kräftig mit zu fördern und nach dem Tode von Michaelis an die Spitze der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds zu treten. Jetzt verbindet uns seit Jahren wieder gemeinsame Arbeit im Ausschuß des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in Berlin.

Zur Vervollständigung meines Rückblicks möchte ich nur noch einige Bremer Familien anführen, welche teilweise auch auf meinen weiteren Lebensgang von Einfluß waren. Als der alte Bürgermeister Smidt gestorben war öffneten sich mir gleich gastlich die Häuser der beiden Bürgermeister Duckwitz und Mohr, in denen ich an den üblichen offenen Abenden oft und gern verkehrte. Duckwitz pflegte mich schon damals scherzend immer den „Professor" zu nennen, als ich von dieser Würde noch gar keine Ahnung hatte. Mit dem Bürgermeister Mohr, dem Onkel meiner Frau, trat ich seit 1861 auch in einen engen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verkehr, ebenso mit seinem Schwiegersohn, dem damaligen Bremer Hauptmann Oskar Nachtigal, späterem Divisionsgeneral Excellenz von Nachtigal. Nachtigal war ein begeisterter Patriot und sehr beliebter Offizier. Er hielt uns schon vor 1866 im Bremer Nationalverein Vorträge über das Militärwesen und einmal auch über die zweijährige Dienstzeit, deren Fürsprecher er war. Der Militärsenator Lampe ersuchte unsern Freund Nachtigal allerdings

bald darauf, solche Vorträge lieber zu unterlassen, hinderte ihn aber nicht, seine gemeinnützigen Bestrebungen fortzusetzen. Nachtigal war nämlich auch ein Pionier für Militär-Wohlfahrtseinrichtungen. Er erkannte schon vor 40 Jahren, daß man den gemeinen Soldaten außerhalb ihres Dienstes nicht allein Belehrung und gute Lektüre, sondern auch edlere gesellige Unterhaltung und Erholung bieten müsse. Er studierte seinen Leuten „Wallensteins Lager" so vorzüglich ein, daß die Vorstellung in Bremen zu gemeinnützigen Zwecken mehrmals wiederholt werden mußte. Infolge dieser Veranstaltungen und wegen seines leutseligen Wesens war Hauptmann Nachtigal von seinen Leuten wie auf den Händen getragen und konnte ihnen die größten Strapazen zumuten. Die für jeden Offizier so überaus wichtige Kunst des richtigen Umgangs mit den Leuten war unserem Freunde Nachtigal sehr nützlich für seine spätere glänzende militärische Laufbahn und für die Anstrengungen vor Straßburg und dann vor Belfort gegen die Bourbaki'sche Armee.

Könnte ich doch allen den Männern dankbar die Hand drücken, mit denen ich in jener Bremer Zeit zusammenarbeitete und gesellig verkehren konnte und in meinem Vertrauen auf eine große Zukunft Deutschlands befestigt wurde! Besonders förderlich war mir auch meine Verbindung mit der „Weser-Zeitung", für die ich oft volkswirtschaftliche Artikel schrieb. Das publizistische Vorbild waren uns Otto Gildemeister's treffliche Leitartikel der „Weser-Zeitung" und seine gehaltvollen und klaren größeren Essays im Bremer Sonntagsblatt. Viele andere Redakteure der „Weser-Zeitung" sah ich gehen und kommen, z. B. Julius Frese, den Übersetzer des englischen Werkes von Lewes über Goethe's Leben, der nach Dr. Klauholds Abgang einige Zeit vor mir das „Bremer Handelsblatt" geleitet hatte, ferner den späteren Abgeordneten Dr. Alexander Meyer. — Mehrere meiner jüngeren Bremer Freunde, wie Dr. Ehmck, der mir als damaliger Senatssekretär die Entzifferung des Urkundenmaterials für meine „Geschichte der Bremer Schusterzunft" freundlich erleichterte, ferner Albert Gröning sind jetzt thätige Senatoren, letzterer zugleich Bürgermeister Bremens für 1900. Dr. Buchenau, der Botaniker, mit dem ich mehrmals im Oldenburger Land tagelang herumstreifte, leitet jetzt als Direktor die Realschule in Bremen; Rechtsanwalt Kießelbach wurde später Oberrichter in Hamburg; Professor Dr. Sattler, der bis 1871 unser englisches Lesekränzchen leitete, in welchem wir die historischen Dramen Shakespeares lasen, wurde später Direktor des Gymnasiums. — Von den hervorragenden Kaufleuten, mit denen ich in der Handelskammer zusammenwirkte, sind

nur noch wenige vorhanden. Einer der rührigsten, mir treu befreundet gebliebenen Kaufleute, Heinrich Claußen, steht noch immer an der Spitze der Bremer Bürgerschaft, und als sein Stellvertreter wirkt mein lieber Freund und Verwandter, Landgerichtsdirektor Dr. Mohr.

Es war ein frisches fröhliches Ringen für ein neues Deutschland und für ein blühendes Bremen, welches mich in dem Jahrzehnt von 1856—1866 mit vielen „tokenboren" und zugewanderten Bremer Bürgern verbunden hat und mir unvergeßlich bleiben wird. Der gesellige Verkehr war ungezwungen und natürlich, ohne viele Ceremonien und steife Formen, wahrhaftig, offen und ohne Hinterhalt. Man hielt auf seine Eigenart und achtete auch den geringen Mann als ebenbürtig, sobald er etwas leistete. Man half sich gegenseitig gern, ohne viele Worte. Man liebte seine Heimat, seine weiten Wiesenflächen und feuchten Niederungen und die Dorfhäuser mit der großen Tenne, in denen vor 40 Jahren auch die Städter noch gern einfach mit den Landleuten im Sommer zusammenwohnten. Man liebte den Hafen und die Schiffahrt, den Strom und das Meer: „Ost und West, Bremen best!"

Meine Berufsstellung in dem mir von Jahr zu Jahr immer lieber gewordenen Bremen wurde wesentlich günstiger und sicherer durch meine am 13. Januar 1865 erfolgte Wahl zum ersten Syndikus der Handelskammer. Ich erlangte dadurch eine größere Selbständigkeit und höheren Einfluß zur Durchführung meiner Grundsätze, zumal da ich kurz vorher auch von der ersten Wählerklasse, den Gelehrten, in die Bremer Bürgerschaft gewählt worden war und mithin zugleich als Volksvertreter öffentlich thätig sein konnte. Ende September 1865 erhielt ich von der Handelskammer den Auftrag, sie auf dem dritten deutschen Handelstage in Frankfurt a. M. zu vertreten. Es wurde dort besonders über das deutsche Münzwesen, über Differential-Frachttarife der Eisenbahnen und über die Reform des deutschen Konsularwesens verhandelt und von mir ein längerer darauf bezüglicher Bericht in den Preußischen Jahrbüchern vom Jahre 1865 veröffentlicht.

Nach der Rückkehr vom deutschen Handelstage hielt ich mich als erster Syndikus verpflichtet, der Handelskammer die Erstattung eines größeren Berichts über ihre Thätigkeit zugleich mit ausführlichen statistischen Mitteilungen über die bisherige Entwickelung von Handel und Schiffahrt Bremens im letzten Jahrzehnt vorzuschlagen. An diesem Bericht arbeitete ich namentlich im Winter und in den ersten Monaten des Jahres 1866 und konnte denselben etwa im März voll-

enden. Ende April trat ich einen Urlaub an, um meine etwas angegriffene Gesundheit in Baden-Baden wieder zu kräftigen und namentlich einen hartnäckigen Kehlkopfkatarrh loszuwerden.

Während meines Aufenthalts in Baden-Baden rückte die politische Krisis über die Zukunft Deutschlands und die Auseinandersetzung Preußens mit Österreich ihrer Entscheidung immer näher. Es möge mir zunächst gestattet sein, über die Stellung, welche man in Bremen zur deutschen Entwickelung einnahm und speziell über die Haltung unseres Nationalvereins in Bremen hier einiges mitzuteilen.

Der im September 1859 begründete Nationalverein hatte von Anfang an in Bremen viele entschiedene Freunde gefunden. Der Hannoveraner Lammers entfaltete eine ganz besonders intensive Thätigkeit und Einwirkung auf seine Landsleute und auf die Oldenburger. Die im Jahre 1859 begründete volkswirtschaftliche Gesellschaft für Nordwestdeutschland gab den hannoverschen, oldenburgischen und bremischen Politikern eine willkommene Gelegenheit, gemeinsam über öffentliche deutsche Angelegenheiten zu beraten, wie z. B. über die Einführung eines gemeinsamen deutschen Maß- und Münzwesens, wobei Oberbaurat Lasius sich als begeisterter Anhänger des Metermaßes erwies, während die Arbeiten und Berichte über das Münzwesen von Dr. Soetbeer uns schon damals wichtige Dienste leisteten. Da Dr. Soetbeer Sekretär der Hamburger Handelskammer war, so kamen wir beide zuerst als Kollegen mit einander in Berührung über allerlei Fragen, welche die Hansestädte gemeinsam berührten. Ich war während einer der großen landwirtschaftlichen Ausstellungen in Hamburg einmal 8 Tage lang sein Gast und wir schlossen bald sehr enge Freundschaft, die mich später auch oft in sein gastliches Haus in Göttingen führte. Die volkswirtschaftlichen Fragen boten überall auch eine Brücke zur Beschäftigung mit der nationalen Politik, die aller Herzen erfüllte. Die beiden hannoverschen Politiker Bennigsen und Miquel kamen mehrfach nach Bremen und hielten im Nationalverein begeisterte Reden. Mit Bennigsen, mit dem ich wegen der volkswirtschaftlichen Kongresse und wegen des Programms des Nationalvereins schon seit 1858 viel korrespondiert hatte, trat ich besonders von der Einweihung des Geestemündener Hafens an in näheren freundschaftlichen Verkehr. Ich sah ihn später oft in der großen Zeit von 1867 bis 1875 in Berlin mit den Führern der damals noch vereinten großen nationalliberalen Partei, mit denen ich vielfach in dem gastlichen offenen Hause von Rickert nach den Reichstagsverhandlungen zusammentraf. Rickert war von Anfang an auch ein begeisterter Freund

des volkswirtschaftlichen Kongresses und uns allen ein lieber Bundesgenosse in allen gemeinnützigen Fragen. Mit Miquel war ich zuletzt persönlich in seiner Wohnung, als er noch Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. war, zu einer engeren Beratung mit Lammers und Bürgermeister Klöffler aus Kassel zusammen in Sachen des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, dem Miquel von Anfang an warmes Interesse auch im Reichstag zuwendete.

Alle hannoverschen Politiker trugen in der Zeit meines Bremer Aufenthalts viel dazu bei, die nationale Stimmung zu heben. — Bismarcks Auftreten hatte anfänglich auch bei den meisten Mitgliedern des Nationalvereins Mißtrauen erregt. Seine am 24. Septbr. 1862 erfolgte Ernennung zum Vorsitzenden des preußischen Staatsministeriums schien zunächst den inneren Konflikt wegen der Reorganisation der Armee in Preußen zu verschärfen; aber die äußere Politik Preußens nahm bald immer deutlichere nationale Umrisse an. Insbesondere war es für die Bestrebungen des Nationalvereins oder der sog. „Kleindeutschen" günstig, daß König Wilhelm im Jahre 1863 die Teilnahme an dem Frankfurter Fürstenkongresse ablehnte und daß das österreichische Reformprojekt verworfen wurde.

Viel bedeutungsvoller als durch den Frankfurter Fürstenkongreß wurde das Jahr 1863 in nationaler Hinsicht durch den am 15. November 1863 erfolgten Tod des Königs Friedrichs VII. von Dänemark, der ganz Deutschland mächtig erregte und überall den Ruf „Jetzt oder nie!" veranlaßte. Die Nation erhob sich einmütig und entschlossen, um ihre in Schleswig-Holstein verpfändete Ehre einzulösen. Am 21. Dezember 1863 tagten 500 deutsche Abgeordnete in Frankfurt a. M., um die nationale Bewegung für die Befreiung Holsteins von Dänemark zu organisieren.

Bismarck zeigte seine Staatskunst besonders darin, daß er in demselben Jahre, in welchem ein deutscher Fürstenkongreß ohne Preußen in Frankfurt a. M. getagt hatte, den Tod des dänischen Königs rasch benutzte, um mit Österreich ein Bündnis zur Befreiung Holsteins von Dänemark zu schließen und den deutsch-dänischen Krieg zu eröffnen, welcher nach glücklicher Beendigung zuerst zu endlosen Auseinandersetzungen mit Österreich und sodann zu dem für den Frankfurter Bundestag verhängnisvollen Beschlusse vom 14. Juni 1866 führte, welcher den Krieg Preußens gegen Österreich und die mit Österreich gehenden deutschen Bundesstaaten zur Folge hatte.

Bremen und Oldenburg waren die ersten Staaten, die ihr Kriegs-

kontingent Preußen zur Verfügung stellten, wozu die meisten Kaufleute Bremens und vor allem die Mitglieder des Nationalvereins in Bremen eifrig hingedrängt hatten. Ich war in der Mittagsstunde des 3. Juli 1866 gerade an der Bremer Börse, als das Telegramm von dem Siege der Preußen bei Königgrätz ankam und von dem Handelskammermitglied H. H. Meier verlesen würde. Es veranlaßte einen stürmischen Jubelruf. Man ahnte, daß die Tage des Ruhmes und der Erneuerung Deutschlands herannahen würden!

Diese großen Ereignisse und der rasche Abschluß der Friedenspräliminarien von Nicolsburg, durch welche eine Intervention Napoleons III. abgewehrt und künftige Bündnisse Preußens vorbereitet wurden, waren in der Hauptsache zwar dem preußischen Heere und dem König Wilhelm und der Staatskunst seines großen Ministers zu verdanken, aber zahlreiche politische, volkswirtschaftliche und gemeinnützige Organisationen von nationalgesinnten deutschen Männern und Frauen hatten die öffentliche Meinung in Deutschland auf diese Wendung der deutschen Geschicke erfolgreich vorbereitet, und die volkswirtschaftliche Bewegung hatte den realpolitischen Sinn nicht unwesentlich geschärft.

Die deutschen Volkswirte waren die ersten auf dem Plane, um sofort nach Eintritt der Waffenruhe ihr Programm für den volkswirtschaftlichen Neubau eines deutschen Bundesstaates öffentlich zu beraten. An demselben 22. Juli 1866, an welchem Österreich in Nicolsburg in die von Preußen aufgestellten Friedenspräliminarien willigte, an deren Spitze die Ausschließung Österreichs aus dem deutschen Bunde stand, erließ Präsident Dr. Lette als Vorsitzender der ständigen Deputation des Kongresses deutscher Volkswirte von Berlin aus eine „Einladung zu einer außerordentlichen Konferenz an die Mitglieder der ständigen Deputation, sowie an verschiedene einzelne Mitglieder unseres Kongresses". Diese Konferenz wurde am 4. August 1866 in Braunschweig abgehalten und gestaltete sich zu einer wichtigen öffentlichen Kundgebung friedlicher nationaler Wünsche, insbesondere über die künftige Zollvereinsverfassung.

Es wurde in Braunschweig über folgende 6 Fragen verhandelt: 1. Beseitigung der Matrikularbeiträge, 2. Zollvereinsverfassung, 3. Reichseinnahmen, 4. Freizügigkeit, 5. Postwesen, 6. Eisenbahnwesen. Die Hauptverhandlungen betrafen Punkt 2, die Zollvereinsverfassung, worüber Präsident Lette gleich in seiner Begrüßungsrede bemerkt hatte: „Vor allem sei das Verhältnis des Zollvereins

zum neuen Bundesstaate zu erörtern, namentlich, ob man sich bemühen solle, die süddeutschen Staaten dem Zollverein zu erhalten, oder ob deren Angehörigkeit an den Zollverein von ihrem Beitritte zum Bundesstaate abhängig zu machen sei."

Die lebhaften Verhandlungen führten zur Annahme eines Antrags von Dr. Braun (Wiesbaden) und eines Zusatzantrags von Prof. Biedermann (Leipzig) und Dr. Faucher (Berlin) in folgender Wortfassung: „1. Durch die Konstituierung des parlamentarischen Bundesstaats wird das Bedürfnis einer Reform der Zollvereinsverfassung befriedigt. An die Stelle der Zollvereins-Konferenzen tritt die Bundesregierung und das Bundesparlament.

2. Staaten, welche dem vorläufig zu erneuernden Zollverein, aber nicht dem Bundesstaate angehören wollen, müssen mindestens auf eine Reform der Zollvereinsverfassung eintreten, welche die handelspolitische Gesetzgebung der Bundesregierung und dem Parlament und die Verwaltung der Bundesgewalt überträgt.

3. Das solchergestalt mit den dem Bundesstaate etwa nicht beitretenden Mitgliedern des bisherigen Zollvereins zu treffende Abkommen hat längstens bis 1870 zu laufen, wo dann die schwankenden Staaten ihren Entschluß zu fassen haben werden, ob sie dem Bundesstaat angehören oder aus dem Zollverein ausscheiden wollen."

Ein dem Antrag von Dr. Braun entgegengestellter Antrag vom Bürgermeister Grumbrecht (Harburg) und Strackerjan (Oldenburg) hatte gelautet: „Die ständige Deputation spricht sich dahin aus, daß die wirtschaftliche Verbindung mit den süddeutschen Staaten, d. h. der Zollverband mit ihnen nur dann erhalten werden kann und darf, wenn sie sich mit den norddeutschen Staaten bundesstaatlich einigen."

Ich habe den Antrag von Grumbrecht damals in Braunschweig entschieden bekämpft und gewarnt, ein Programm hinzustellen, welches den Süden von der Zollinie ausschließe und den politischen Fortschritt durch wirtschaftlichen Rückschritt erkaufe. Ich bat: „daß man im Norden sich nicht zu derselben Leidenschaft möge hinreißen lassen, wie dies im Süden geschehen sei" und „daß man sofort daran gehen möge, ein handelspolitisches Bündnis mit dem Süden neu abzuschließen". In ähnlicher Weise äußerte sich Dr. Wolff (Stettin): „Die Erhaltung des Zollvereins, unserer einzigen nationalen That aus früherer Zeit, stehe ihm höher als die Rücksichten, die Grumbrecht geltend gemacht habe." Finanzrath Hopf (Gotha) bemerkte: „Es würde beklagenswert sein, wenn der geführte Krieg zur Trennung des

wirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen Süd und Nord führe." Dr. Faucher (Berlin) äußerte: „die Zerreißung des Zollvereins würde auch die Interessen des Nordens, wenn auch nicht in solchem Grade als die des Südens gefährden" usw.

Der schließlich mit großer Majorität angenommene Antrag von Braun, Biedermann und Faucher empfahl den richtigen Schritt in einer sehr schwierigen und schicksalsschweren deutschen Frage. Der Weg zur friedlichen Überbrückung der Mainlinie war gefunden und in merkwürdiger Vorahnung wurde auch ein Präklusivtermin gerade bis zum Jahre 1870 befürwortet! Bismarck handelte nach dem Programm der deutschen Volkswirte. Das Zollvereinsparlament wurde die Brücke zum deutschen Parlament.

Bald nach der Rückkehr von Braunschweig verfaßte ich eine längere in den Preußischen Jahrbüchern im Heft vom September 1866 abgedruckte Abhandlung unter dem Titel „Deutschlands wirtschaftliche Neugestaltung", worin ich auf Wunsch der Redaktion die preußischen Reformvorschläge vom 12. Juni 1866 besprach. Es ist darin mein damaliges politisches und volkswirtschaftliches Programm enthalten, worauf ich hier nicht näher eingehen will.

Es war dies die letzte größere Arbeit, welche ich in Bremen anfertigte. Mein Leben nahm plötzlich eine Wendung, welche mich aus dem deutschen Vaterlande nach der Schweiz führte. Der Präsident des eidgenössischen Schulrats Kappeler in Zürich hatte schon im November 1865 einmal vertraulich mir die Professur für Nationalökonomie am eidgenössischen Polytechnikum angetragen. Ich hatte damals ausweichend geantwortet und mir nähere Auskunft erbeten. Ich war sodann im Juni 1866 auf Wunsch Kappelers von Baden aus nach Zürich gereist und hatte dort besonders die Bedingung gestellt, daß ich sowohl von dem Polytechnikum wie auch von der Universität Zürich berufen zu werden wünsche. Mitte September 1866 teilte mir Kappeler mit, daß alle meine Forderungen bewilligt seien und daß ich schon im Oktober meine Stellung antreten möchte. Obwohl sich die Lage in Deutschland inzwischen vollständig geändert hatte und mir der Entschluß nun viel schwerer wurde, in der großen Zeit des Werdens eines neuen deutschen Staates aus dem Vaterlande zu scheiden, so hielt ich mich doch moralisch für gebunden und wurde auch durch die Aussicht, mich ganz der Wissenschaft widmen zu können, sowie durch die Rücksicht auf meine Gesundheit mit bestimmt, da mir sowohl mein Bremer Hausarzt als auch mein Freund Prof. Kußmaul in Freiburg

i. B., der mich im Mai 1866 genau untersucht hatte, erklärten, daß das Züricher Klima meinem Kehlkopf wahrscheinlich zuträglicher sein würde als die Bremer Ostwinde. Meine Frau, die mich am 23. August 1866, wenige Wochen vor meiner Berufung, durch die Geburt eines zweiten Sohnes beglückt hatte, erleichterte mir die Entscheidung durch ihre Erklärung, daß sie mir gern ins Ausland folgen werde, weil sie den Beruf eines Professors sowohl für meine Gesundheit, wie auch für meine innere Ruhe und für meine wissenschaftliche Entwicklung für zuträglicher erachte als das Verbleiben in der Stellung eines Syndikus.

So mußte ich mich schon Ende September ernstlich zur Abreise nach der Schweiz vorbereiten, zuvor aber Anfang Oktober im Auftrage des Bremer Senats den Freistaat Bremen noch einmal auf der Berliner Konferenz wegen der Pariser Weltausstellung von 1867 vertreten. Ich war schon ein Jahr vorher einmal beauftragt worden, den Freistaat Bremen und die Interessen seiner Industriellen auf der in den Tagen vom 16.—18. Oktober 1865 in Leipzig abgehaltenen Konferenz deutscher Mittel- und Kleinstaaten wegen der Pariser Weltausstellung im Jahre 1867 zu vertreten. Ich tagte in Leipzig mit einer Reihe hervorragender, mir zum Teil schon wohlbekannter Männer. Das Königreich Sachsen war durch Dr. Weinlig, Württemberg durch von Steinbeis, Hannover durch Karmarsch, Baden durch Dietz, Oldenburg durch Lasius vertreten. Es herrschte auf dieser Konferenz eine sehr patriotische Stimmung. Man wollte wenigstens die Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands unter der schwarz-rot-goldenen Flagge in Paris als einig darstellen. Wie ganz anders hatte sich die Situation im Oktober 1866 gestaltet! Preußen trat nunmehr als Haupt des Norddeutschen Bundes auf und die mit Preußen verbündeten Staaten konnten natürlich an die in Leipzig verabredet gewesene Ausstellung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht mehr denken.

Aufenthalt in Zürich von 1866—1875.

Am 20. Oktober 1866 hatte ich mit meiner Familie die Stadt Bremen verlassen, und war am 22. Oktober in Zürich glücklich angekommen. Dort habe ich in der Züricher Außengemeinde Fluntern auf dem schönen Zürichberge, nahe dem Polytechnikum in einem Hause, genannt die „Wartburg", 8½ Jahre lang gewohnt. Wir wurden beim Einzuge in Zürich von der Familie des Helfer von Orelli, mit dem mein Vater im Leipzig zusammen Theologie studiert hatte und lebens-

länglich befreundet geblieben war, sehr freundlich empfangen und hatten an dieser trefflichen Familie und ihrem Schwiegersohn, Medizinalrat Meyer von Orelli, während unseres ganzen Aufenthalts in der Schweiz die treuesten Berater und Freunde. Ende Oktober 1866 begann ich meine Vorlesungen. So schwer mir auch der Anfang und die Vorbereitungen auf eine doch bisher ungewohnte Thätigkeit wurden, so fühlte ich mich doch von Monat zu Monat immer mehr befriedigt. Im Umgange mit Männern aller Fakultäten und technischen Wissenszweige ging mir ein neues wissenschaftliches Leben auf. Mein früheres Ideal, Hochschullehrer zu werden, war auf einem Umwege erreicht, nachdem ich an einem Mittelpunkte des Weltverkehrs das wirtschaftliche Leben näher beobachtet und vieles Interessante praktisch selbst miterlebt hatte. Jetzt galt es nun, die gemachten Beobachtungen und Erfahrungen zu ordnen und zu sichten, in den geistigen Zusammenhang der ökonomischen Dinge tiefer einzudringen und über Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Erscheinungen klarer zu werden, um auch die Studierenden darüber aufklären zu können.

Der Dozentenberuf befriedigte mich sehr bald mehr, als meine frühere Stellung an der Bremer Handelskammer. Ich fühlte mich freier und selbständiger und nur durch wissenschaftliche oder andere freigewählte und mir ganz sympathische Beschäftigungen in Anspruch genommen. Mein Gemüt erlangte auch durch die herrliche Natur, in welche ich hineingestellt war, größere Ruhe und Frieden; auch das Züricher Klima bekam mir besser. Die Ausarbeitung meiner Vorträge nahm mich im ersten Jahre vollauf in Anspruch. Im zweiten Jahre waren mir die meist ausgearbeiteten Vorlesungen für die beiden Hauptkollegien „Allgemeine Wirtschaftslehre“ oder „Theoretische Nationalökonomie“ im Winter und „Wirtschaftspolitik“ oder „Praktische Nationalökonomie“ im Sommer schon eine wesentliche Erleichterung, weil ich den Stoff nur systematisch besser ordnen und vervollständigen, oder neue Thatsachen und Argumente berücksichtigen mußte, aber nicht alles neu zu gestalten brauchte. Außer den beiden Hauptvorlesungen las ich noch abwechselnd in verschiedenen Semestern „Allgemeine europäische Wirtschaftsgeschichte“, „Finanzwissenschaft“, „Geschichte des Welthandels“, „Einleitung in die Statistik“, im dritten Jahre einmal „Encyklopädie der Staatswissenschaften“ besonders für die Studierenden der Universität. In jedem Semester, mit Ausnahme des ersten, hielt ich ferner eine Art Praktikum mit „Vortragsübungen und Diskussion über volkswirtschaftliche Fragen“, womit im Sommer Exkursionen zur

Besichtigung von Fabriken, Bahnhöfen, Gütern, Forsten usw. verbunden waren. Am ersten Maisonntage wurde regelmäßig die Landsgemeinde in Glarus besucht, nachdem vorher in einer besonderen Vorlesung die allgemeine staatswissenschaftliche Seite der ganzen Institution und die einzelnen Verhandlungsgegenstände, insbesondere der Finanzhaushalt des Kantons an der Hand des Landsgemeinde-Memorials von mir erläutert worden waren. Diese Exkursionen, mit denen ich im Jahre 1867 begann, gaben mir Gelegenheit, die Studierenden in die Werkstätten des modernen Wirtschaftslebens einzuführen und nicht bloß mit ihnen, sondern auch von ihnen manches Neue zu lernen.

Der Verkehr mit den Professoren und ihren Familien wurde für mich und meine Frau bald sehr erfrischend. In demselben Hause in Fluntern wohnten mit uns noch der Kliniker Prof. Biermer und der Physiolog Prof. Fick, welche uns sehr bald auch mit Prof. Billroth und mit dem Juristen Prof. Heinrich Fick, sowie mit dem Philologen Behn-Eschenburg und mit dem Chemiker Prof. Wislicenus näher bekannt machten, mit dessen Vater ich später auch mehrfach in Züricher Arbeitervereinen an Verhandlungen teilnahm. Von den Professoren des Polytechnikums traten uns von Anfang an mein sächsischer Landsmann Zeuner und der Oldenburger Lasius freundschaftlich näher. Auch mein Leipziger Studiengenosse, der Philologe Prof. Bursian, wurde mir ein lieber Kollege. Mit allen hier erwähnten Professoren, die sämtlich Deutsche von Geburt waren, traten wir in engeren Familienverkehr. Überhaupt bestand die Mehrzahl der damals am Polytechnikum und an der Universität Zürich angestellten Professoren, unter denen sich u. a. auch Semper und Kinkel befanden, aus Deutschen. Die Schweizer waren in der Minderzahl. Die hervorragendsten Schweizer waren der Theolog Alexander Schweizer, der Geolog Escher von der Linth und der Botaniker Heer. Mit den beiden letzteren und etwa 40 Studierenden machte ich noch vor 1870 einmal eine dreitägige botanisch-geologische Exkursion durch das wilde Schächenthal über den Pragel nach dem Kanton Glarus. Diese Exkursion gehört zu meinen schönsten Erinnerungen. Es beteiligten sich daran auch 2 weibliche Studierende der Medizin, welche unter der besonderen Ägide von Prof. Heer standen und sich durch ihren weiblichen Takt und Anstand und durch die Art, wie sie alle Strapazen der Reise überstanden, die allgemeine Achtung der Professoren und Studierenden erwarben. Ich habe in Zürich von 1866 an Gelegenheit gehabt, das Entstehen und die ganze Entwickelung des Frauenstudiums bis 1875 genau zu beobachten. Ich

habe auch in meinen eigenen volkswirtschaftlichen Vorlesungen weibliche Studierende unterrichtet und geprüft und kann nur aus voller Überzeugung und praktischer Erfahrung das bestätigen, was Dr. Billroth's Nachfolger in Zürich, Prof. Dr. med. Rose im Jahre 1870 bei Gelegenheit der Doktorpromotion einer Dame äußerte: „Was Zürich beansprucht, ist: zuerst an dieser unserer Hochschule den Frauen eine öffentliche Bildungsstätte kontinuierlich eröffnet und damit das experimentum crucis der Frauenfrage praktisch gelöst zu haben." (Vergl. meine Schrift: „Das Studium der Frauen, mit besonderer Rücksicht auf das Studium der Medizin, von Prof. Dr. Victor Böhmert. Leipzig, Verlag von Otto Wigand 1872.)

Die Professoren beider Züricher Hochschulen hielten treulich zusammen, und es war mir von besonderem Werte, an beiden Anstalten angestellt zu sein. In jedem Winter wurden von den Professoren öffentliche Vorträge für das größere Publikum im Züricher Rathaussaale und auch in anderen Städten gehalten. Die Volkshochschulbewegung hatte schon in den sechziger Jahren in der Schweiz begonnen, und auch die sog. Extension-lectures waren damals schon üblich. Ich hielt im Winter 1868 im Züricher Rathaussaal einen Vortrag über „die volkswirtschaftliche Neugestaltung Deutschlands" und später einen Cyklus von 10 Vorträgen im kaufmännischen Verein in Winterthur und 3 Vorträge über den Industrialismus und die Arbeiterfrage in St. Gallen infolge einer Aufforderung des Direktoriums der St. Galler Kaufmannschaft.

Nicht lange nach Eröffnung meiner beruflichen Thätigkeit als Professor wurde mir nahegelegt, mich auch an der Lösung öffentlicher wirtschaftspolitischer und gemeinnütziger Aufgaben mit zu beteiligen. Ich war gerade zu einer politisch und social hoch erregten Zeit in die Schweiz gekommen. Im Kanton Zürich war eine Bewegung im Gange, welche namentlich den kleinen Bauern billiges Geld durch Errichtung einer staatlichen Notenbank verschaffen und die etwas widerstrebende liberale Regierung durch eine radikal-demokratische ersetzen wollte. Die politische Forderung des sog. „Referendum", d. i. der Entscheidung aller wichtigen Gesetze und politischen Verfassungsfragen durch eine allgemeine Volksabstimmung, war mitten hinein ins Volk geworfen worden. Die Züricher Regierung hatte mich zum Mitglied einer kantonalen Kommission ernannt, welche die Frage der Errichtung einer Züricher Staatsbank näher untersuchen sollte. In dieser Staatsbankkommission saßen Männer aller Parteien, aber auch Gelehrte und

Praktiker, die nicht Politiker waren. Ich machte gleich in der ersten Sitzung kein Hehl aus meinen Bedenken gegen eine übermäßige Vermehrung des Papiergeldes und wurde dadurch mit zwei mir lebhaft zustimmenden Männern, dem Kaufmann Ott-Trümpler und dem Redakteur der Züricher Handelszeitung, von Taur, näher bekannt. Insbesondere habe ich mit Ott-Trümpler während meines Aufenthalts in der Schweiz auch freundschaftlich viel verkehrt und ihm viele praktische Belehrung zu verdanken. Er war in Hamburg und London kaufmännisch ausgebildet und in allen Zweigen des Weltverkehrs, insbesondere im Baumwollenhandel und im Geld- und Wechselverkehr und Münzwesen als Präsident der Züricher Bank sehr erfahren.

Außer mit Kaufleuten wurde ich sehr bald auch mit den hervorragendsten Großindustriellen der Schweiz, mit dem Seidenfabrikanten Appenzeller in Zürich, mit Sarrasin in Basel, Gonzenbach in St. Gallen, Bally in Königswerth bei Aarau, Rieter und Sulzer und Weber zur Schleife in Winterthur näher bekannt, nachdem ich am 1. Dezbr. 1867 einen Vortrag in der gemeinnützigen Gesellschaft des Bezirks Zürich „über das Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber" gehalten hatte, der später abgedruckt wurde und meine Wahl in eine kantonale Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse veranlaßte. Als Berichterstatter dieser Kommission veröffentlichte ich im Juli 1868 meine erste größere Schrift über die Arbeiterfrage unter dem Titel „Beiträge zur Fabrikgesetzgebung. Untersuchung und Bericht über die Lage der Fabrikarbeiter". Ich tagte in dieser Kommission viele Wochen lang regelmäßig auch mit dem durch seine Bücher: „Geschichte des Materialismus" und „die Arbeiterfrage" bekannten Philosophen Dr. Albert Lange, damals Redakteur des „Landboten" in Winterthur, später Professor der Philosophie in Zürich und Marburg. Die gemeinnützigen und statistischen Gesellschaften des Kantons Zürich und der Schweiz wurden für mich sehr bald Hauptquellen der Belehrung über alle kommerziellen, gewerblichen, bäuerlichen und socialen Verhältnisse der Schweiz. Ich habe auch mehrere Jahre mit dem Professor Hunziker und Pfarrer Grob (jetzt Regierungsrat) gemeinsam die Zeitschrift der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft redigiert und auch der schweizerischen statistischen Zeitschrift Abhandlungen und Berichte geliefert. Gerade diese öffentliche Wirksamkeit in der Schweiz wurde mir sehr förderlich und erfrischend. Insbesondere bin ich der eidgenössischen Regierung dafür zu Dank verbunden, daß sie mir den Auftrag erteilte, für die Wiener Weltausstellung im Jahre 1873

einen Bericht über „Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen der Schweiz“ zu verfassen. Es wurde mir zu diesem Zwecke Portofreiheit für die ganze Schweiz gewährt und mir ein ungeheures Material von allen schweizerischen Kantonen und ihren gemeinnützigen Gesellschaften zur Verfügung gestellt! Es war dies eine der umfänglichsten Arbeiten, die ich in den Jahren 1871, 1872 und 1873 zu erledigen hatte, wobei ich auch mehrere Studierende mit heranzog, unter ihnen auch den mir von Dr. Faucher aus Berlin empfohlenen Arthur von Studnitz, der in meinem Auftrage zur Untersuchung der Uhrenverhältnisse der Schweiz in die Kantone Genf und Neuenburg gesandt wurde und später an der statistischen Zusammenstellung in Zürich mitarbeitete. Er wurde später in Dresden auch mein eifriger Mitarbeiter im Königlichen Statistischen Bureau und in der Redaktion der Socialkorrespondenz.

Im Jahre 1872 gelangte von Berlin aus durch den Vorstand und Ausschuß des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen und durch den Verlagsbuchhändler Leonhard Simion an mich die Aufforderung, die Redaktion der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der Arbeiterfreund“ von Zürich aus zu übernehmen. Ich bin dieser Aufforderung gern gefolgt und habe den „Arbeiterfreund“ in den Jahren 1873—1895 gemeinsam mit Prof. Gneist in Berlin, als Vorsitzendem des Centralvereins, und seit 1895 allein im Auftrage des Centralvereins herausgegeben. Ich bin infolgedessen seit 1872 zuerst von Zürich und dann später von Dresden aus mit Prof. Gneist bis zu dessen Tode in enger wissenschaftlicher und freundschaftlicher Verbindung geblieben und verdanke derselben unendlich viel. Gneist war nicht nur ein großer Gelehrter, sondern vor allem ein edler Mensch und wahrer Erzieher seines Volkes. Sein Wahlspruch war: „Besitz und Bildung sind uns nicht bloß zu eigenem Genuß verliehen, sondern vor allem legen sie uns Pflichten auf gegenüber der Gesamtheit!“

Der Aufenthalt in der Schweiz wurde vielen deutschen Professoren während des deutsch-französischen Krieges dadurch etwas verleidet, daß die Sympathien eines nicht unerheblichen Teiles der Schweizer mehr auf Seite Frankreichs traten, nachdem sich dasselbe zur Republik erklärt hatte. Verschiedene Kollegen wurden nach der neuen Universität Straßburg und nach anderen Hochschulen berufen. Unter ihnen befand sich auch mein Freund Zeuner, der als Direktor an die Freiberger Bergakademie berufen wurde und sehr bald auch an die Spitze des Dresdner Polytechnikums trat. Im August 1874 überbrachte mir

Zeuner persönlich meine Berufung nach Dresden als Direktor des Kgl. Statistischen Büreaus und als Professor des Polytechnikums, und so schlug Ende März 1875 auch für mich die Stunde des Abschieds von dem schönen Zürich, das mir immer eine Stätte lieber Erinnerungen bleiben wird.

Rückkehr in die Heimat 1875.

Im Anfang April zogen wir mit drei Söhnen, von denen der jüngste im November 1868 in Zürich geboren war, in unsere Wohnung an der Chemnitzer Straße ein. Ich konnte in Dresden zwar nicht mehr meine Mutter, die leider schon im Jahre 1871 gestorben war, aber meinen 78jährigen Vater noch gesund und munter begrüßen und mit ihm noch sieben Jahre in Dresden zusammen leben. Meine sächsische Heimat bot mir mehr als ich früher hatte hoffen und wünschen können. Die beiden Stellungen als Direktor und Professor öffneten mir ein weites Feld wissenschaftlicher und praktischer Thätigkeit. Es war mir von Anfang an sehr lieb, meinen Dozentenberuf als Volkswirt fortsetzen zu können, aber noch erwünschter und wichtiger war mir die ganz neue Aufgabe, ein großes statistisches Büreau leiten und mit demselben ein Laboratorium zur exakten Untersuchung wichtiger Fragen meiner Wissenschaft verbinden zu können, sowie die Herausgabe einer wissenschaftlichen statistischen Zeitschrift. Ich war mir von Anfang an bewußt, daß ich nur allmählich in meinen statistischen Beruf hineinwachsen und erst aus der Erfahrung die Impulse für meine Wirksamkeit erhalten könne. Es war mir förderlich, daß gerade im Dezember 1875 eine große deutsche Volks- und Gewerbezählung stattfand, die ich vorbereiten und zum ersten Male in Sachsen mit freiwilligen Zählern durchführen mußte. Einen großen Teil dieser Zähler suchte ich mir in den Volksschullehrern zu sichern und hielt im September 1875 an der großen Jahresversammlung der sächsischen Volksschullehrer in Schneeberg einen öffentlichen Vortrag über die Aufgaben der Volksschullehrer bei der bevorstehenden Volks- und Gewerbezählung. Bei dieser Zählung übernahm ich einen Bezirk als Volkszähler, um von der Pike auf zu dienen und mich selbst davon zu überzeugen, ob die an die Bevölkerung gestellten Anfragen auch allgemein verständlich seien und leicht ausgefüllt werden könnten. Ich suchte immer nach dem Grundsatze zu handeln, daß man Theorie und Praxis mit einander verbinden müsse und habe mich mein Lebtag vorzugsweise von den Thatsachen, Bedürfnissen und Anforderungen des täg-

lichen Lebens und Berufs vorwärts treiben lassen. Es war mein Bestreben, aus Massenerscheinungen, Massenbeobachtungen und Massenerfahrungen einige Wahrheiten für die Theorie und einige Fingerzeige für das öffentliche Leben herauszufinden.

Ich fand bei dem mir in Dresden vorgesetzten Ministerium des Innern namentlich im ersten Jahrzehnt die weitgehendste Förderung aller meiner Pläne für eine Umgestaltung des Kgl. Statistischen Büreaus in eine Auskunftsstelle für die praktische Verwaltung und zugleich in ein wissenschaftliches Institut für die Erforschung von Wahrheiten und Gesetzmäßigkeiten in den Lebens- und Erwerbsverhältnissen der Bevölkerung. Es wurden der Reihe nach volkswirtschaftliche, medizinische, gewerblich-technische, landwirtschaftliche, mathematische und überhaupt wissenschaftlich gebildete Hülfsarbeiter sowie Verwaltungsbeamte dauernd oder vorübergehend im statistischen Büreau angestellt und beschäftigt und dadurch erreicht, daß auch in der „Statistischen Zeitschrift" nicht bloße Zahlenmassen, sondern wissenschaftliche Bearbeitungen von statistischen Ermittelungen geboten werden konnten. Das Ministerium gestattete mir auch vom Jahre 1877 die Herausgabe einer Socialkorrespondenz, welche zunächst von meinem Freunde Adolf Gumprecht in Meran angeregt worden war und vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen subventioniert wurde, aber mir zugleich als statistische Korrespondenz diente, um die Hauptergebnisse der statistischen und volkswirtschaftlichen Forschungen und wichtigsten Thatsachen der socialen Entwicklung den deutschen Zeitungen zweimal wöchentlich in Originalartikeln zum Wiederabdruck ohne Quellenangabe mitzuteilen. Auch die streng mathematische Statistik wurde von meinem Freund Zeuner, Kollegen Prof. Helm und Betriebsdirektor Küttner in der „Statistischen Zeitschrift" erfolgreich vertreten. Von den höheren wissenschaftlichen Beamten des Kgl. Sächsischen Statistischen Büreaus sind der Reihe nach mir als treue Mitarbeiter zur Seite getreten: Regierungsrat Dr. von Studnitz, mein Nachfolger Geh. Regierungsrat Dr. Geißler, Ökonomierat Sieber, Oberregierungsrat Steglich und Oberregierungsrat Morgenstern. In der Armenstatistik und zugleich in der öffentlichen Armenpflege und im Kampfe gegen den Mißbrauch geistiger Getränke leistete mir den kräftigsten Beistand der leider sehr früh verstorbene Redaktionssekretär Alban Förster. An der Spitze der Bibliothek des Kgl. Statistischen Büreaus fördert Bibliothekar Peter Schmidt meine wissenschaftlichen Arbeiten noch heute in opferwilligster Weise und steht mir zugleich als Mitredakteur am „Arbeiterfreund" seit mehr als 15 Jahren getreulich bei.

Schon in den ersten Jahren meiner amtlichen Thätigkeit am Kgl. Statistischen Büreau zeigten sich mir am brennendsten die Fragen des Gewerbewesens, der Finanz- und Einkommensstatistik, der Lohnstatistik, des Armenwesens und sodann das ganze Gebiet der Socialstatistik und der Arbeiterfrage, welche letztere für ein so industrielles Land wie Sachsen ja von größter Bedeutung ist und worüber mir gleich im ersten Jahre meiner Amtsführung vom Ministerium des Innern die Ausarbeitung eines Planes übertragen wurde, der im Jahrgang 1879 der Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büreaus unter dem Titel „Die Statistik der Arbeiterverhältnisse und Wohlfahrtseinrichtungen" abgedruckt ist. Die praktische Anwendung meiner Vorschläge zur Erforschung der sächsischen Arbeiterverhältnisse wurde mir zum ersten Male ermöglicht gelegentlich der mir im Jahre 1878 übertragenen Durchführung der Reichsenquête über das Tabakmonopol für das Königreich Sachsen. Ich wendete hier das bekannte englische Verfahren bei parlamentarischen Untersuchungen insofern an, als ich nicht nur Arbeiter und Unternehmer, sondern auch Geistliche, Ärzte, Kaufleute und andere Personen zur Auskunfterteilung über die einschlägigen Verhältnisse heranzog. (Siehe: Bericht der Kgl. Sächsischen Bezirkskommission für die Tabakenquête. Dresden 1878.) Schon vor der Veröffentlichung des oben erwähnten Planes hatte ich meine bereits in der Schweiz begonnene Schrift „Die Gewinnbeteiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn" in der „Internationalen wissenschaftlichen Bibliothek" (Leipzig, F. A. Brockhaus, 1878) veröffentlicht. Dieselbe ist zugleich in französischer, italienischer und russischer Übersetzung und teilweise auch in englischer Bearbeitung erschienen. Ich habe in dieser Schrift versucht, durch hunderte von Beispielen und Versuchen aus den verschiedensten Ländern eine wichtige Seite der Arbeiterfrage zu beleuchten.

Die meisten meiner größeren statistischen und volkswirtschaftlichen Abhandlungen sind in den 20 Jahrgängen der Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büreaus von 1875 bis 1894 und in 27 Jahrgängen des „Arbeiterfreund" von 1872 bis 1899 (siehe General-Sach- und Namenregister der Publikationen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen von 1848 bis 1895 von Bibliothekar Peter Schmidt, Berlin 1896, Verlag von Leonhard Simion) abgedruckt. Mein Abschiedswort im Jahrgang 1894 der sächsischen statistischen Zeitschrift und mein Bericht über die Verwaltung des Kgl. Sächsischen Statistischen Büreaus von 1875 bis 1890 enthält die Geschichte der

inneren Entwickelung des sächsischen statistischen Büreaus in jener Zeit und die Hauptgrundsätze und Methoden der statistischen Erhebung und Bearbeitung, sowie die Darlegung der Ziele, die ich zu erreichen suchte. Mein Sehnen ging besonders dahin, nicht bloß ein Wahrheitsforscher, sondern womöglich auch ein Wahrheitsfinder zu werden.

Im Jahre 1895 habe ich nach Erreichung des 65. Lebensjahres die Direktion des Kgl. Statistischen Büreaus niedergelegt, bin jedoch auf Wunsch des Kultusministeriums noch Professor an der Dresdner technischen Hochschule geblieben. In meinem Berufe als Dozent hat mir das statistische Seminar und der im Winter allwöchentlich einmal stattfindende Vortragsabend über volkswirtschaftliche Fragen mit nachfolgender Diskussion in der Regel besondere Befriedigung gewährt, weil ich dadurch den Studierenden auch persönlich näher gebracht und in den Stand gesetzt wurde, meine innersten, aus den Vorträgen und Arbeiten der Studierenden und aus ihren Antworten und Anfragen heraus entwickelten Gedanken und Anschauungen offen auszusprechen.

Im Wintersemester 1898/99 und Sommersemester 1899 hielt ich zum ersten Male in Dresden meine Hauptvorlesungen über theoretische und praktische Nationalökonomie nicht bloß vor männlichen Studierenden, sondern gleichzeitig auch vor einer größeren Anzahl von geprüften Lehrerinnen, die als Hospitantinnen zugelassen waren. In dieser Zulassung erblickte ich einen wesentlichen Fortschritt für meine Wissenschaft. Leider hat man im Senat der technischen Hochschule noch Bedenken gegen eine fernere Zulassung von geprüften Lehrerinnen, sobald sie keine Gymnasialzeugnisse beibringen können.

Zu den amtlichen Aufgaben und Pflichten, welche ich seit 1875 in Dresden zu erfüllen hatte, sind nach und nach noch mancherlei freiwillige öffentliche und gemeinnützige Aufgaben hinzugekommen, die zur Gründung von drei Vereinen führten, in denen ich bis zum heutigen Tage den Vorsitz geführt habe. Es sind dies: 1. der im Februar 1880 begründete Verein gegen Armennot und Bettelei in Dresden, welcher besonders den Grundsatz „Arbeit statt Almosen" durchzuführen sucht und zu diesem Zwecke u. a. eine Auskunftsstätte, eine Arbeitsstätte und eine Arbeitsvermittlungsstelle, eine Mietzinssparkasse und Unterstützungen für Berufsbildung armer Knaben und Mädchen geschaffen hat; 2. der im November 1883 gegründete Dresdner Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, welcher die Dresdener Volksunterhaltungsabende ins Leben gerufen hat, und 3. der am 7. Dezember 1888 begründete Verein „Volkswohl", welcher

namentlich die Förderung der Volksbildung und Veredlung der Volksgeselligkeit bezweckt und bisher fünf Volksheime in Dresden begründet und verwaltet hat.

Es würde dem Zwecke dieses Rückblicks nicht entsprechen, hier näher auszuführen, was mit Hülfe dieser Vereine erstrebt wird. Die Jahresberichte der Vereine geben darüber genaue Auskunft.

Hand in Hand mit meiner Thätigkeit in verschiedenen Dresdener Vereinen ging meine Beteiligung an mehreren sächsischen Vereinen, insbesondere an dem sächsischen Landesverbande der Gesellschaft für Volksbildung. Infolge einer Aufforderung meines Freundes Dr. Gensel in Leipzig, als Vorsitzenden dieses Verbandes, hielt ich auf der Jahresversammlung in Mittweida am 18. Mai 1884 einen Vortrag „über den Mißbrauch geistiger Getränke und seine schädigenden Einflüsse auf den Stand der Volksbildung", welcher den einstimmigen Beschluß veranlaßte: „Die Generalversammlung betrachtet es als die Pflicht ihrer Mitglieder, an dem Kampfe gegen den Mißbrauch geistiger Getränke durch persönliche Enthaltung von allem Mißbrauch, sowie durch Rede, Schrift und Vereinsthätigkeit kräftig teilzunehmen."

Auf einer weiteren Hauptversammlung des sächsischen Volksbildungsvereins, die am 9. und 10. Juni 1888 in Chemnitz stattfand, hielt ich einen Vortrag „über den Kampf gegen die Unsittlichkeit". Derselbe führte nach lebhafter Debatte zur einstimmigen Annahme von 5 Thesen, deren erste lautete: „Der Kampf gegen die Unsittlichkeit ist eine der dringlichsten und wichtigsten Angelegenheiten der Gegenwart." Der Vortrag und die Thesen sind vollständig abgedruckt in den „Volkswohl-Schriften", Heft I. Dresden, Verlag von O. V. Böhmert.

Ferner habe ich auf dem sächsischen Gemeindetage in Freiberg im Jahre 1882, um die kommunale Statistik zu fördern, einen Vortrag „über die statistischen Aufgaben der Gemeindebehörden" gehalten. Auf den Generalversammlungen des Allgemeinen Sächsischen Lehrervereins sprach ich 1875 in Schneeberg „über die statistischen Aufgaben der Lehrer" und im September 1899 in Leipzig „über die Aufgaben der deutschen Lehrer zur Förderung der Volkswohlfahrt und zur Veredelung der Volkssitten".

An dem deutschen Vereinsleben habe ich mich zuerst seit 1858 durch die Mitbegründung und den Besuch vieler Kongresse deutscher Volkswirte beteiligt. Meine letzten größeren Berichte erstattete ich auf dem in den Tagen vom 25.—28. September 1876 in

Bremen abgehaltenen Kongresse „über die Reichseisenbahnfrage", nachdem ich vorher eine Enquete über die Reichseisenbahnfrage angestellt und ihre Ergebnisse in 3 Heften veröffentlicht hatte im Verlage von B. G. Teubner, Leipzig 1876.

Außer am Kongreß deutscher Volkswirte habe ich mich am intensivsten an dem nach Gneist's Tode von dem Staatssekretär a. D. Dr. Herzog geleiteten Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen beteiligt, ferner an dem 1880 begründeten, zuerst von Dr. Straßmann in Berlin und nach dessen Tode von Seyffardt in Crefeld geleiteten „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit", für welchen ich das größere Werk: „Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden", 3 Bände, Dresden 1886 (jetzt im Verlage von Duncker & Humblot), verfaßte, sodann an dem 1883 in Kassel begründeten und jetzt von Oberbürgermeister Struckmann in Hildesheim geleiteten „Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke", ferner an der im Juni 1871 begründeten und jetzt vom Reichstagsabgeordneten Rickert geleiteten „Deutschen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung", an deren 26. Generalversammlung ich in Barmen am 6. Juni 1896 einen Vortrag „über die Volksheime und die Bildungsbestrebungen der Gegenwart" gehalten habe, und an dem 1898 begründeten und von Direktor Dr. Freund in Berlin geleiteten „Verband deutscher Arbeitsnachweise".

Als internationale Vereine, an denen ich auf Versammlungen beteiligt war, nenne ich den internationalen Wohlthätigkeits-Kongreß, den internationalen statistischen Kongreß und das internationale statistische Institut, an deren Verhandlungen ich in Budapest, Paris und Wien beteiligt war; ferner den internationalen Mäßigkeits-Kongreß, an welchem ich in Zürich und in Christiania teilnahm, und den internationalen Sittlichkeits-Kongreß, dem ich in Stockholm beiwohnte. In Christiania fand ich bei meinem lieben Freunde Direktor Kiaer vom norwegischen statistischen Büreau acht Tage lang mit meinem Sohne Karl die gastlichste Aufnahme. Ich besuchte in Christiania, Stockholm und Kopenhagen auch die statistischen Ämter und fand dort u. a. auch viele Damen als Hülfsarbeiterinnen beschäftigt, mit deren Arbeiten die Chefs sehr zufrieden waren.

Wenn ich diese Niederschriften noch weiter ausdehnen dürfte, müßte ich noch manche deutsche und internationale Vereine und Gesellschaften erwähnen und zahlreiche liebe Fachgenossen, insbesondere volkswirt-

schaftliche und statistische Kollegen, Vorstands- und Ausschußmitglieder von Vereinen und Hunderte von Helfern und Helferinnen und von Schriftstellern und Mitarbeitern nennen, die mir auf meinem Lebensgange begegnet sind und treulich beigestanden haben. Dem Umgange mit Menschen und der Unterhaltung und Verhandlung mit ihnen, sowie den mit ihnen ausgetauschten Gedanken und Erfahrungen habe ich vielleicht mehr zu verdanken als Büchern. Das viele Kritisieren und Polemisieren war nicht meine Sache, ich liebte das Sammeln und Prüfen von Thatsachen und das eigene wie das fremde positive Schaffen und Handeln.

Als ein Hauptförderungsmittel meiner Vereinsthätigkeit betrachte ich die im Jahre 1877 ins Leben gerufene, zunächst nur für Zeitungen bestimmte, wöchentlich zweimal erscheinende „Socialkorrespondenz" und die „Allgemeine Ausgabe der Socialkorrespondenz", welche als Wochenschrift „Volkswohl" für das größere deutsche und außerdeutsche Publikum bestimmt ist und aus welcher neben der Monatsschrift „Der Helfer" noch weitere drei Monatsschriften mit lokalen Beilagen für die Dresdener Vereine herausgewachsen sind, und zwar unter den Titeln: 1. „Der Armenfreund", (Organ des Dresdener „Vereins gegen Armennot und Bettelei"), ferner 2. „Volksgesundheit" (Organ des Dresdener „Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke") und „Volksgeselligkeit" (Organ des Dresdener Vereins „Volkswohl"). Alle diese Vereinsorgane vermitteln den Verkehr der Vereinsvorstände mit den Mitgliedern, denen sie allmonatlich Kunde über die den Verein betreffenden Angelegenheiten, Ereignisse und Einrichtungen am Orte oder auswärts geben; sie sollen das große Publikum über die Vereinszwecke belehren und zum gemeinnützigen Schaffen erziehen. — Der Hauptanreger der „Socialkorrespondenz", Adolf Gumprecht, ist am 23. Dezember 1898 im 82. Lebensjahre in Meran verschieden. Mit ihm ist mir einer der treuesten Freunde entrissen worden. — Lange Jahre hat mein verstorbener Sohn, Landrichter Karl Böhmert, die Socialkorrespondenz mit mir redigiert und mir einen großen Teil der Arbeiten für die verschiedenen Vereine abgenommen. Aus dieser Zusammenarbeit ist mir jahrelang die größte Lebensfreude erwachsen. Die Ideale und Pläne meines Sohnes gingen über die meinigen weit hinaus. Er hoffte, durch die besonders von ihm angeregten, auf genossenschaftlicher und gemeinnütziger Grundlage errichteten Volksheime ohne Trink- und Verzehrungszwang zahlreiche, nur zu Erwerbszwecken dienende Restaurationen verdrängen zu können

und wollte durch die Dresdner Kinderfahrten in den Wald unter Heranziehung vieler Helfer und Helferinnen auch unter den Erwachsenen edlere Volksfreude verbreiten. Er warnte, politische und kirchliche Parteibestrebungen mit der gemeinnützigen Thätigkeit und insbesondere mit der Reformbewegung für Mäßigkeit und für edlere Volkserholungen zu verbinden, indem er betonte, daß selbstlose Nächstenliebe und ein Wirken mit offenem Kopfe und warmem Herzen genüge. In einem seiner letzten Briefe schrieb er an einen Mitarbeiter: „Ich glaube unser sittliches und wirtschaftliches Elend davon herleiten zu müssen, daß jeder bloß arbeitet, um sich — was immer noch das beste ist — eine gesicherte Lebensstellung, in den meisten Fällen aber, um sich noch weiter Ansehen und Reichtum zu erwerben. Wenige arbeiten nur um der Sache willen ohne jeden eigennützigen Nebengedanken. Ich kann Ihnen aber aus Erfahrung versichern, welch' ein anderer, fröhlicher, gottvertrauender Mensch man wird, wenn der Geldgedanke verschwindet; man spürt sofort die Führung Gottes."

Nach dem Tode meines ältesten Sohnes hat Dr. Scheven die Mitredaktion der Socialkorrespondenz und der Wochenschrift „Volkswohl übernommen und leistet mir zugleich in allen meinen Vereinsbestrebungen, die mit meiner publizistischen Thätigkeit eng zusammenhängen, den treuesten Beistand.

Während mein zweiter Sohn Dr. Wilhelm Böhmert als Assessor im preußischen Justizdienst wirkt und für den von mir redigierten „Arbeiterfreund" von Zeit zu Zeit volkswirtschaftliche und socialwissenschaftliche Abhandlungen liefert, hat mein jüngster Sohn unter der Firma „O. V. Böhmert" in Dresden eine Verlagsbuchhandlung begründet, um sich vorzugsweise dem Verlage volkswirtschaftlicher und socialwissenschaftlicher Schriften zu widmen. Er hat auch die von mir herausgegebene „Socialkorrespondenz" und die Wochenschrift „Volkswohl", sowie die früher im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig erschienenen „Volkswohl-Schriften" in Verlag genommen und wird vom Jahre 1900 an in seinem Verlage eine von Dr. Baer, Dr. v. Strauß und Torney, Dr. Waldschmidt in Berlin und von mir herausgegebene neue Zeitschrift unter dem Titel: „Der Alkoholismus", eine Vierteljahrsschrift zur wissenschaftlichen Erörterung der Alkoholfrage, veröffentlichen.

Mit der Erwähnung dieser neuen Zeitschrift bin ich bei den Ausblicken eines Siebzigers und bei Entwicklung neuer Pläne angekommen. Ich will zu meiner Rechtfertigung bemerken, daß ich mich in den beiden letzten Jahrzehnten gerade mit der Alkoholfrage viel beschäftigt

habe und zu der Überzeugung gekommen bin, daß der Alkohol einer der schlimmsten inneren Feinde nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Völker der Erde ist und daß die Unmäßigkeit im Essen und Trinken und die damit eng zusammenhängende Unsittlichkeit von allen Volksfreunden in erster Linie bekämpft werden müssen. Es ist das allerdings kein populäres Thema und man muß sich gerade bei den Mäßigkeitsbestrebungen auf viel Spott und Enttäuschungen gefaßt machen. Ich will am Schlusse dieser Rückblicke ausdrücklich bemerken, daß mein Leben überhaupt auch große Mißerfolge aufzuweisen hat, wie z. B. die erfolglose Bekämpfung der Änderung des sächsischen Landtags-Wahlrechts im Jahre 1896 und meine erfolglose Kandidatur für den Reichstagswahlbezirk Dresden-Neustadt im Jahre 1898. Diese Niederlagen haben mich jedoch nicht im mindesten entmutigt, sollen mich vielmehr nur zu größerer Thätigkeit namentlich auf dem volkswirtschaftlichen, socialen und kulturellen Gebiete anspornen. Die freundliche Teilnahme weiter Kreise der Bevölkerung an meinem 70. Geburtstage hat mich dazu von neuem verpflichtet.

Die Erwartungen, mit denen ich nach den Enttäuschungen der Jahre 1848 und 1849 meine Mitarbeit am öffentlichen Leben begann, waren sehr herabgestimmt und ich habe mich oft nur bei dem Gedanken beruhigt, daß es auch Vorarbeiter geben müsse und daß vielleicht meine Kinder ernten würden, was wir aussäen müßten; aber ich habe selbst die Tage der nationalen Siege nach außen und auch der inneren Erneuerung unseres deutschen Staates mit erlebt und ich darf im Alter mit Tausenden von Gesinnungsgenossen wohl vertrauen, daß unser Volk seine errungene Machtstellung zu seiner Ehre und zum Segen der Welt auch behaupten wird, sobald wir nur auch auf der Bahn einer höheren geistigen Kultur und Gesittung vorwärts schreiten. Die Hauptarbeit im neuen Jahrhundert wird natürlich dahin gerichtet sein müssen, daß wir in einer Zeit der äußeren Erschütterungen und Gärungen stark und gerüstet bleiben zu Land und zu Wasser, daß wir aber zugleich auch uns im Innern einigen und uns von materieller Genußsucht und von Überhebung über andere Volksklassen und Völker befreien und die Verpflichtung übernehmen, den unbemittelten Klassen in ihrem schweren Kampfe um ihre materielle und bürgerliche Existenz und um die höheren idealen Güter des Daseins treu beizustehen, damit eine schönere Zeit vorbereitet wird, wo aus einer gleichmäßigeren Bildung und günstigeren Lebensstellung der verschiedenen Volksklassen eine Milderung der Gegensätze und socialer Friede entspringen wird.

Das neue Jahrhundert wird sicher nicht nur die einzelnen Volksklassen, sondern auch ganze Völker einander näher bringen, damit sie in größerer Eintracht die Errungenschaften der Kultur wirklich genießen und in Wohlfahrt und Gesittung fortschreiten können.

Die Verbesserung des socialen Zustandes der verschiedenen Völker mit Hülfe eines freieren Austausches der von ihnen produzierten sachlichen und geistigen Güter wird vielleicht die Signatur des kommenden Jahrhunderts sein. Eine der wichtigsten Aufgaben wird allen Arbeitgebern obliegen, welche über größere Massen von Arbeitern gestellt sind, um ihnen nicht nur möglichst ständige Beschäftigung zu geben, sondern auch ein freundlicheres Dasein zu bereiten. Aber auch jede alleinstehende Person wird künftig reichliche Gelegenheit haben, ihren Mitmenschen zu nützen. Der Helferdienst auch nur an einer einzigen Menschenseele ist eine beglückende Mitarbeit am Reiche Gottes schon hier auf Erden!

Die Ehrentafel deutscher Arbeiterfreunde im Jahre 1899.

Von Bibliothekar P. Schmidt.

Es ist eine berechtigte Feinfühligkeit vieler bemittelter Personen, ihre Bethätigungen menschenfreundlicher Gesinnung nicht an die große Glocke zu hängen und lieber im Stillen ihre milde Hand walten zu lassen. Auch zahlreiche Arbeitgeber, denen es ein Herzensbedürfnis ist, Treue, Fleiß und Anhänglichkeit ihrer Arbeiter durch persönliche Fürsorge und materielle Aufbesserung zu belohnen, scheuen sich, dieses ihr Wirken in die Öffentlichkeit zu bringen. Diese Zurückhaltung sollte aber dann fallen gelassen werden, wenn durch Vorführung guter Beispiele anregend und nacheifernd gewirkt werden kann. Diese Gelegenheit will der „Arbeiterfreund", als eine Zeitschrift, die in erster Linie für die Arbeitgeber bestimmt ist, bieten. Seit dem Jahre 1883 ist Verfasser bemüht, alle ihm bekannt werdenden Fälle der gedachten Art zu registrieren und unter dem Sammelbegriff „Ehrentafel" den Lesern zu unterbreiten. Daß diese Einrichtung in den Kreisen der Arbeitgeber vielfach Anklang gefunden, und mutmaßlich auch hier und da anregend für eine arbeiterfreundliche Entschließung gewirkt hat, geht aus manchen brieflichen Mitteilungen hervor. In letzterer Zeit ist die Wichtigkeit eines durch die „Ehrentafel" geschaffenen Spiegels der Gemeinnützigkeit noch mehr betont worden, insbesondere auch in den Vorstands- und Ausschußsitzungen des „Centralvereins" gelegentlich der Erörterungen über eine zweckdienliche Entfaltung der Vereinsthätigkeit. Um diesen Anforderungen thunlichst gerecht zu werden, mußte die bisherige Methode, nur die gelegentlich ermittelten und direkt zugegangenen Notizen für die „Ehrentafel" zu verwenden, als ungenügend aufgegeben und durch Heranziehung der hauptsächlichsten deutschen Tagesblätter und einer großen Anzahl Fachzeitschriften, sowie durch planmäßige direkte Anfragen eine breitere Grundlage für die Gewinnung der nötigen Daten geschaffen werden. Der Erfolg entsprach den Mühen. Die nunmehr vierteljährlich durch die „Ehrentafel" erzielte Fixierung der innerhalb der Reichsgrenzen sich bethätigenden Arbeiterfreundlichkeit brachte Ziffern zu tage, die, in andauernder Steigerung begriffen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregten. Man kann eine gewisse Befriedigung nicht unterdrücken, daß es der intensiveren Forschung vergönnt war, in den

Ziffern der „Ehrentafel" einen Faktor herbeizuziehen, der noch rechtzeitig mit dazu dienen kann, eine mildere Beurteilung des scheidenden „materiellen" Jahrhunderts zu ermöglichen. Denn, wenn man berücksichtigt, daß bei der für unsere Zwecke noch recht ungenügenden Übersichtlichkeit der Berichte der industriellen Gesellschaften es nur möglich gewesen ist, von etwa 600 Aktiengesellschaften, die uns interessierenden Ziffern zu ermitteln, während doch wahrscheinlich von den bestehenden circa 5000 Aktiengesellschaften in Deutschland, 3—4000 ihren Angestellten und Arbeitern außerordentliche Zuwendungen gemacht haben, so kann man behaupten, daß unsere Ziffern, trotz der ansehnlichen Gesammthöhe von circa 40 Millionen Mark pro 1899 noch lange nicht die Grenze der thatsächlich gespendeten Beträge erreicht haben.

Das aus den vier Vierteljahrs-Zusammenstellungen zusammengezogene Jahresergebnis der „Ehrentafel", stellt sich in 24 Gruppen zerteilt wie folgt:

Gruppen:	Von Privaten ℳ	Von Aktiengesellschaften ℳ	In Summa ℳ
1. Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen für Arbeiter u. der. Angehörige	3 036 887	8 129 547	11 166 434
2. Prämien, Gratifikationen, Gewinnanteile	174 500	4 595 927	4 770 427
3. Nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke	2 876 000	4 476 909	7 352 909
4. Zur Linderung d. Folgen v. Arbeitslosigkeit	—	35 000	35 000
5. Nicht beson. bezeichn. gemeinnützige Zwecke	2 317 300	685 129	3 002 429
6. Kinderfürsorge	432 500	9 013	441 513
7. Altenheime und Bürgerasyle	1 873 000	—	1 873 000
8. Krankenpflege und Genesenenfürsorge	1 505 000	178 643	1 683 643
9. Gesundheitspflege (Bäder, Arbeiterferien ꝛc)	200 500	91 837	292 337
10. Blinden- und Taubstummen-Fürsorge	848 680	—	848 680
11. Obdachlosen-Fürsorge	100 000	—	100 000
12. Wohnungsfürsorge	596 000	821 769	1 417 769
13. Erziehungs- und Unterrichtszwecke	3 140 300	63 000	3 203 300
14. Bildungszwecke (auch Bibliotheken)	742 000	663 950	1 405 950
15. Förderung von Spareinrichtungen	—	5 000	5 000
16. Kirchliche Zwecke	170 000	46 005	216 005
17. Armenunterstützung im allgemeinen	366 800	12 000	378 800
18. Kunstpflege	745 500	16 000	761 500
19. Unterbringung und Verpflegung erwerbsthätiger Mädchen	125 000	—	125 000
20. Rettung Schiffbrüchiger	20 000	—	20 000
21. Für Überschwemmte	19 000	—	19 000
22. Tierschutz	20 000	—	20 000
23. Feuerschutz	1 000	—	1 000
24. Festlichkeiten für Angestellte und Arbeiter	5 000	15 000	20 000
	19 314 967	19 844 729	39 159 696

Also Gesamtbetrag aller im Jahre 1899 ermittelten Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse für die Wohlfahrt der Angestellten, Arbeiter und der unteren Volksklassen im deutschen Reiche: 39 159 696 Mk.

Obgleich der auf Private entfallende Anteil mit dem auf die Aktiengesellschaften fallenden Anteil fast genau gleich groß ist, so befinden sich unter den im ganzen an den Spenden beteiligten 966 Faktoren doch nur 345 Private gegen 621 Aktiengesellschaften. Die gute Absicht der industriellen Gesellschaften, in günstigen Zeiten nicht nur ihren Beamten und Arbeitern, sondern auch deren Angehörigen, sowie breiten unbemittelten Volksschichten durch Anteil am Gewinn, durch Begründung von Versorg- und Unterstützungskassen, durch thatkräftige Unterstützung der Institutionen für kirchliche Erbauung, für Bildung, Unterricht, Erholung, Kunstpflege usw. außerordentliche Wohlthaten zukommen zu lassen, geht aus den ermittelten Ziffern unzweideutig hervor. Dabei ist hervorzuheben, daß in der „Ehrentafel" immer nur die Fälle der außerordentlichen Zuwendungen für Wohlfahrtszwecke Berücksichtigung gefunden haben, daß also alle die kontraktlichen Vergünstigungen der Beamten und Angestellten (Tantième) nicht berücksichtigt worden und auch alle außerordentlich bewilligten Gratifikationen und Belohnungen dann nicht mit berücksichtigt worden sind, wenn letztere mit der „Tantième" zusammengefaßt, also nicht für sich allein in den Berichten aufgeführt gewesen sind. Man kann gewiß behaupten, daß bei den deutschen Aktiengesellschaften allein, außer dem ermittelten Betrage noch weitere 10 Millionen Mark der außerordentlichen Arbeiterfürsorge im Jahre 1899 zugeflossen sein werden, und man kann daher mit Sicherheit, auch in Anbetracht dessen, daß das steigende Ergebnis der einzelnen Vierteljahre meist auf die allmähliche Erweiterung des Forschungsmaterials zurückzuführen ist, annehmen, daß die „Ehrentafel" der deutschen Arbeiterfreunde pro 1899 in Wirklichkeit weit über den Betrag von 50 Millionen Mark hinausgehen wird.

Wenn man die 24 Gruppen noch enger zusammenfaßt, so entfallen

auf direkte freiwillige Fürsorge für die Angestellten, Arbeiter und deren Angehörige (Gruppen 1, 2, 3, 4, 12, 19 u. 24) durch Private: 6 813 387 Mk., durch A.-G.: 18 074 152 Mk., im ganzen: 24 887 539 Mk.,

auf gemeinnützige Fürsorge für weitere Kreise (Gruppen 5—11, 13—18, 20—23) durch Private: 12 501 580 Mk., durch A.-G.: 1 770 577 Mk., im ganzen: 14 272 157 Mk.

Auf Grund der im laufenden Jahrgang des „Arbeiterfreund" mitgeteilten circa 1000 Einzelfälle läßt sich hinsichtlich der Verteilung der gespendeten Beträge auf die deutschen Einzelstaaten folgende ungefähre Übersicht feststellen:

Staat	Außerordentliche Spenden für Arbeiterwohlfahrt				Summe	
	Zahl der Fälle	durch Private ℳ	Zahl der Fälle	durch Aktiengesellschaften ℳ	der Fälle	des Betrages ℳ
Königreich Preußen	190	12 180 212	362	13 621 762	552	25 801 974
" Bayern	36	1 810 810	77	2 679 778	113	4 490 588
" Sachsen	92	1 935 945	74	1 082 596	166	3 018 541
" Württemberg	3	35 000	10	214 928	13	249 928
Großherz. Baden	5	103 000	20	633 059	25	736 059
" Hessen	3	205 000	7	185 185	10	390 185
" Mecklenburg-Schwerin	—	—	1	4 000	1	4 000
" Sachsen-Weimar	3	20 000	2	42 000	5	62 000
" Mecklenburg-Strelitz	—	—	—	—	—	—
" Oldenburg	—	—	2	26 000	2	26 000
Herzogt. Braunschweig	1	5 000	7	279 591	8	284 591
" Sachsen-Meiningen	1	30 000	—		1	30 000
" " -Altenburg	—	—	2	134 600	2	134 600
" " -Coburg-Gotha	3	780 000	3	6 800	6	786 800
" Anhalt	1	40 000	7	165 340	8	205 340
Fürstent. Schwarzburg-Sondershausen	—		—	—	—	—
" Schwarzburg-Rudolstadt	1	14 000	—	—	1	14 000
" Reuß ä. Linie	—	—	2	6 000	2	6 000
" " j. Linie	2	110 000	3	93 920	5	203 920
" Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—
" Lippe	—	—	1	75 500	1	75 500
Freie Stadt Lübeck	—	—	—	—	—	—
" " Bremen	2	300 000	12	106 525	14	406 525
" " Hamburg	6	1 746 000	20	166 139	26	1 912 139
Reichsland Elsaß-Lothringen	—	—	13	321 006	13	321 006
Summe:	349	19 314 967	625	19 844 729	974	39 159 696

Die vorstehende Zusammenstellung bestätigt durchaus die oben ausgesprochene Vermutung, daß die wirkliche Höhe der freiwilligen Arbeiterfürsorge im Deutschen Reich in der von uns ermittelten Ziffer noch lange nicht erreicht ist. Es ist doch ganz unwahrscheinlich, daß in den deutschen Staaten: Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg-Lippe und in der freien Stadt Lübeck garnichts für Arbeiterwohlfahrtszwecke gespendet sein sollte, und ebenso ist es andererseits unzweifelhaft, daß in den Staaten Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Elsaß-Lothringen weit höhere Summen seitens Privater

und in manchen anderen Staaten auch mehr Wohlfahrtszuweisungen seitens Aktiengesellschaften gemacht worden sind. Es ist der Wunsch des Verfassers, die skizzierte Lückenhaftigkeit des Materials nach Kräften auszufüllen, vor allem bedarf es aber der Mithülfe der Mitglieder des „Centralvereins" für eine Ergänzung der „Ehrentafel" durch direkte Mitteilungen über eigene oder ihnen bekannt gewordene Zuwendungen für Arbeiterwohlfahrt. Um diese freundliche Mitwirkung im Interesse der Förderung einer guten Sache bittet Verfasser im Namen der Redaktion des „Arbeiterfreund".

Klotzsche-Königswald, Mitte Dezember 1899.

Die gesetzlichen und freiwilligen Zuwendungen von Arbeitgebern für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter.

Von Prof. Dr. Victor Böhmert.

Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen kann sich an der Wende des Jahrhunderts kaum eine wichtigere Aufgabe stellen als den Nachweis, daß die Notwendigkeit eines treuen Zusammenwirkens von Arbeit und Kapital und einer gesteigerten Förderung des Arbeiterwohls in den beiden letzten Menschenaltern von zahlreichen Unternehmern immer klarer erkannt worden und in vielen gewerblichen, landwirtschaftlichen und kaufmännischen Betrieben zum Ausdruck gekommen ist. Als im Jahre 1844 auf der ersten Industrie-Ausstellung des Zollvereins in Berlin eine Reihe deutscher Großindustrieller und höherer Beamten den Centralverein begründete, geschah dies unter dem ausdrücklichen Anerkenntnis, daß viele Industriegehülfen ebenfalls Preise verdient hätten und daß die Unternehmer verpflichtet seien, für das Wohl ihrer Mitarbeiter mehr als bisher zu sorgen. Im ersten Menschenalter des Bestehens des Centralvereins war die Fürsorge für das Arbeiterwohl fast ganz der Freiwilligkeit überlassen. Erst im letzten Menschenalter ist das sogenannte Arbeiterversicherungswesen vom Deutschen Reiche gesetzlich geordnet worden. Eine zeitlang sind die dafür erforderlichen Opfer nicht ohne Murren gebracht worden und die freiwilligen Leistungen zurückgegangen; aber sehr bald hat mit dem erneuten Aufschwunge der deutschen Großindustrie auch die freiwillige Fürsorge für Arbeiterwohl wieder neu eingesetzt und erheblich zugenommen.

Es kann nur zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit und zur Förderung des socialen Friedens beitragen, wenn über alle wichtigen neuen Veranstaltungen auf dem Gebiete der Arbeiterfrage von Zeit zu Zeit übersichtliche Berichte erscheinen. Ein darauf bezüglicher Vorschlag ist im Vorstande des Centralvereins bereits im Mai 1898 näher erörtert worden. Man bezeichnete es damals ausdrücklich „als wünschenswert, daß die zerstreuten Nachrichten über Schenkungen, Stiftungen, Vermächtnisse und sonstige Widmungen für Wohlfahrts- und andere gemeinnützige Einrichtungen, wie sie z. B. im „Arbeiterfreund“ unter

dem Abschnitt „Ehrentafel" erscheinen, periodisch zusammengestellt und die Zusammenstellungen veröffentlicht werden, von der Ansicht ausgehend, daß erst durch eine Sammlung und Ordnung dieser Mitteilungen in Verbindung mit anderem Material eine Einsicht in den Umfang und die Bedeutung der auf Liberalität beruhenden Aufwendungen gewonnen wird".

Bei der Besprechung dieses Vorschlages wurde angeregt, denselben dahin zu erweitern, daß nicht bloß die aus Liberalität hervorgehenden Widmungen für die Wohlfahrt der Arbeiter, sondern sämtliche Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beamten und Arbeiter, sowohl gesetzliche als freiwillige, ermittelt und systematisch zusammengestellt werden möchten.

Der Proponent des so erweiterten Vorschlages war der am 23. Oktober 1899 verstorbene Schatzmeister des Centralvereins, Herr Valentin Weisbach. Andere Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses stimmten dem Gedanken zu. Es wurde den Proponenten empfohlen, den Plan näher durchzuarbeiten und dann mit einer Darlegung der Wege zur Durchführung und der erforderlichen Geldmittel zur Beratung zu stellen. Diese Vorbereitung ist noch im Gange. Als Ergebnis vorläufiger Besprechungen teilte Herr Weisbach dem Herausgeber des „Arbeiterfreund" folgendes mit:

„Die in Aussicht genommene erweiterte Publikation (von Zuwendungen an Arbeiter) wird als eine fortlaufende gedacht in der Rubrik der „Materialien für praktische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage", welche nach folgenden Gesichtspunkten zu bearbeiten wären:

A. Aus veröffentlichten Geschäftsberichten und durch Einholung von Nachrichten aus privaten, befreundeten Kreisen soll eine Zusammenstellung der im letzten Geschäftsjahre ausgegebenen Summen geliefert werden:

a) für die auf gesetzlicher Unterlage beruhenden Einrichtungen (Invaliditäts- und Altersversicherung, Unfallversicherung, Krankenkassen 2c.);

b) für freiwillige Leistungen, welche sich als ein Zuschuß zum Lohne darstellen und welche jedem einzelnen Arbeiter direkt zu gute kommen (Zuschuß des Arbeitgebers zur Invalidenrente, zu Krankengeldern 2c.;

c) für solche freiwillige Leistungen, welche nicht dem einzelnen Arbeiter zu gute kommen, sondern der Gesamtheit der angestellten Arbeiterschaft und welche sich daher als allgemeine

Wohlfahrtseinrichtungen des Arbeitgebers darstellen (Kindergärten, Haushaltungsschulen, Arbeiterwohnungen, Sparkassen, Fortbildungsschulen).

B. Die Sammlung des Materials soll möglichst von zwei Centren aus geschehen und zwar ganz successive, in erster Reihe nur für Berlin und Umgegend, in Dresden für das Königreich Sachsen.

C. Auf Grund der in einem Hefte zum ersten Male geschehenden Veröffentlichung soll alsdann fortschreitend an weitere Kreise gegangen werden mit dem Ersuchen um Zuwendung von Material.

D. Unter allen Umständen soll die Publikation nur auf Deutschland beschränkt bleiben.

E. Nach einer gewissen Zeitperiode, in welcher ein genügendes Material im „Arbeiterfreund" veröffentlicht ist, soll eine zusammengefaßte kurze summarische Rekapitulation erfolgen."

Die Krankheit und der Tod des Herrn Weisbach hat die Beratungen der Kommission, zu der die Proponenten zusammengetreten waren und die sich durch Kooptation verstärkt hatte, aufgehalten. Inzwischen ist es dem Herausgeber des „Arbeiterfreund" nach weiterer Rücksprache mit verschiedenen Großindustriellen in Sachsen und in Berlin nützlich erschienen, ein Fragenformular an Fabrikbesitzer und an Direktionen von Aktiengesellschaften zu entwerfen und den Entwurf zur Kenntnis der Leser des „Arbeiterfreund" zu bringen, und zwar zu dem Zwecke, die Leser der Zeitschrift sowohl zu einer Kritik des Entwurfs einzuladen, als, soweit er ihre Zustimmung finden sollte, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sie schon beim Abschluß des Jahres 1899 auf die Beantwortung der gestellten Fragen sich einrichten.

Mitteilungen der Ansichten über den Plan an sich und den vorgelegten Entwurf werden für die weitere Beschlußfassung sehr dienlich sein und werden daher unter der Adresse des Herausgebers des „Arbeiterfreund" erbeten.

Die bekannte sächsische chemische Fabrik von Heyden, Aktiengesellschaft, Radebeul-Dresden, mit einem Beamten- und Arbeiterpersonal von mehr als 700 Arbeitern hat bereits die Güte gehabt, den Fragebogen eingehend zu beantworten und die allmähliche Entwickelung ihrer nunmehr 25 Jahre bestehenden Fabrik genau zu beschreiben.

NB. Siehe den ausgefüllten Fragebogen in dem nachstehenden Aufsatz „Die gesetzlichen und freiwilligen Wohlfahrts-Einrichtungen der Chemischen Fabrik von Heyden, A.-G., Radebeul-Dresden."

Die gesetzlichen und freiwilligen Wohlfahrts-Einrichtungen der Chemischen Fabrik von Heyden, A.-G., Radebeul-Dresden.

Die unter der Firma „Chemische Fabrik von Heyden, A.-G. in Radebeul bei Dresden" bestehende Fabrik ist am 1. Januar 1874 durch Herrn Dr. von Heyden unter der Firma „Dr. F. von Heyden in Dresden-N." ins Leben gerufen und von demselben am 1. Mai 1885 an die Herren Dr. Kolbe und C. Rentsch unter der Firma „Dr. F. von Heyden Nachfolger in Radebeul" übergeben worden. Nachdem Herr C. Rentsch am 15. Juni 1887 infolge unheilbarer Krankheit ausgetreten war, wurde Herr Dr. Kolbe alleiniger Inhaber der Fabrik, welche unter der Firma „Dr. F. von Heyden Nachfolger" weiter fort firmierte bis die Fabrik am 28. Januar 1896 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Chemische Fabrik von Heyden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Radebeul" und unterm 1. Januar 1899 in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Chemische Fabrik von Heyden, Aktiengesellschaft, Radebeul" umgewandelt wurde.

Das erste und bis zum Jahre 1881 einzige Fabrikat Salicylsäure und deren Salze ist im Jahre 1874 pfund- und kiloweise im Laboratorium dargestellt worden. Der Fabrikbetrieb wurde 1875 mit 5 Arbeitern aufgenommen. Diese Zahl erhöhte sich 1885 auf 50, 1895 auf 230, 1899 auf über 600 nebst ca. 75 Beamten.

Vom Jahre 1890 ab wurde schwefelsaure Thonerde und Krystall-Soda und vom Jahre 1891 ab wurde die fabrikmäßige Darstellung von Süßstoffen, Guajacol, Guajacol-Carbonat Creosol-Carbonat, Euphorin usw. aufgenommen und gegenwärtig werden nach einer der Redaktion vorliegenden Preisliste mehr als 50 chemische Präparate fabriziert.

An Betriebskräften besaß die Fabrik:

im J. 1875:	1	Dampfk. m.		15	qm Heizfl. u.	1	Dampfmasch.		3	HP.
= 1885:	3	=	=	97	= =	3	=		44	=
= 1895:	9	=	=	1 412	= =	9	=		377	=
= 1899:	15	=	=	2 262	= =	13	=		1 215	=

An Feuerungs-Material wurden verwendet:

im Jahre	1875:	ca.	150 000	ko	Kohlen und Koks,
= =	1885:	=	2 000 000	=	= =
= =	1895:	=	7 000 000	=	= =
= =	1898:	=	16 000 000	=	= =

Die erzielten Waaren-Umsätze bezifferten sich:

im Jahre	1875	auf	ca.	150 000	Mk.,
= =	1885	=	=	1 600 000	=
= =	1895	=	=	4 000 000	=
= =	1898	=	=	5 000 000	=

Die Fabrik hat im Jahre 1899 ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert und dieses Fest u. a. auch durch eine Stiftung für das Personal in der Höhe von 100 000 Mk. und durch ein Arbeiterfest, sowie durch eine Ehrengabe von 1000 Mk. an den ältesten, seit 25 Jahren in der Fabrik beschäftigten Arbeiter gefeiert.

Die Firma hat nicht nur den von der Redaktion entworfenen Fragebogen teils für das Jahr 1898, teils für 1899 beantwortet, sondern auf unser Ansuchen auch hinzugefügt, daß sich die im Jahre 1898 von der Firma ausgegebenen Arbeitslöhne im Gesamtbetrage von 554 998,82 Mk. in folgender Weise verteilen:

a)	14 Werkmeister	24 773,21 Mk.	à 1 769,51 Mk.
b)	20 Vorarbeiter	25 922,21 =	à 1 296,11 =
c)	460 männliche Arbeiter über 16 Jahre	477 666,74 =	à 1 038,40 =
d)	50 männliche Arbeiter unter 16 Jahren	23 996,66 =	à 479,93 =
e)	4 weibliche Arbeiter über 16 Jahre	2 640,— =	à 660,— =
		ca. 554 998,82 Mk.	

Besondere Gruppen von Arbeitern konnten nicht aufgestellt werden. Es wurde uns mitgeteilt, daß in der Regel Handwerker (Kupferschmiede, Schlosser, Schmiede, Dreher, Klempner, Tischler, Maurer, Zimmerleute) höhere Löhne (von 1000 Mk. bis 1600 Mk.) verdienen,

daß es jedoch auch unter den übrigen Arbeitern solche gebe, welche gleiche Löhne verdienen.

Die in unserem Fragenformular enthaltenen 16 Fragen haben folgende Beantwortung gefunden:

Entwurf u. Probeausfüllung eines Fragebogens. **Königreich Sachsen.**

Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Fragebogen,

die Zuwendungen der Arbeitgeber für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter betreffend.

Geschäftsjahr 1899 (teilweise 1898).

1. Name und Sitz der Firma (Gesellschaft):	1. Chemische Fabrik von Heyden, Aktiengesellschaft in Radebeul.
2. Art der Industrie:	2. Chemische Fabrik.
3. Zahl der Ende 1899 angestellten Beamten, Meister, Werkführer 2c. (ausschließlich der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder):	3. 26 Chemiker, 6 Techniker (Ingenieure), 44 kaufmännische Beamte, 14 Werkmeister, 20 Vorarbeiter.
4. Zahl der Ende 1899 beschäftigten erwachsenen Arbeiter:	4. 519 erwachsene Arbeiter (493 männliche, 26 weibliche).
5. Zahl der Ende 1899 beschäftigten jugendlichen Arbeiter, Lehrlinge 2c.:	5. 123 jugendliche Arbeiter (89 männliche, 34 weibliche)
6. Gesamtsumme der an die angestellten Beamten (ausschließlich der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) im Jahre 1899 gezahlten Gehälter:	6. 187 975,— Mk. (für 1898).
7. Gesamtsumme der an die erwachsenen Arbeiter im Jahre 1899 gezahlten Löhne:	7. 554 998,82 Mk. (sämtliche Arbeiter im Jahre 1898).
8. Gesamtsumme der den angestellten Beamten (ausschließlich der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) bewilligten kontraktmäßigen Anteile am Geschäftsgewinn (Tantième):	8. 155 842,35 Mk. (1898).
9. Gesamtsumme der an die Arbeiter gezahlten, durch Statut (Arbeitsordnung) festgestellten Anteile am Geschäftsgewinn (Prämien, Gewinnanteil 2c.):	9. Vakat.
10. Gesamtsumme der für die gesetzliche Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- [und Alters-], Haftpflicht-Versicherung) geleisteten Beiträge:	10. 15 259,44 Mk. (1898).

11. Freiwillig im Jahre 1899 von der Firma (Gesellschaft) geleistete Stiftungen und Beiträge für die Wohlfahrt der Beamten und Arbeiter, nebst deren Angehörigen:	11. a) Gratifikationen an Beamte (1898) . 21 350,— Mk. b) Gratifikationen an Meister 2c., Arbeiter (1898) . . . 6 645,— „ c) Beihülfe an die Radebeuler Gewerbeschule pr. Jahr 1898 . . . 200,— „ d) Schulgeld u. Utensilien an uns. Arb., welche vorstehende Gewerbeschule besuchen . . . . 200,— „ in Summa 28 395 Mk.
12. Bestehen außer den im Jahre 1899 mit Zuwendungen bedachten Einrichtungen bei der Firma (Gesellschaft) noch anderweite Stiftungen, Fonds, Spar- und Versorgungskassen, Alterszulagen, Urlaubsunterstützungen, Ausdehnung der Krankenkasse auf Familienglieder der Versicherten und andere Einrichtungen, welche der Wohlfahrt der Angestellten und Arbeiter nebst Angehörigen dienen? Z. B. Krippen, Kinderbewahranstalten, Kinderhorte, Veranstaltungen für Jugendspiele, für Unterrichtskurse, Handfertigkeits- und Haushaltungsunterricht, Frauenkolonien, ferner Veranstaltungen für Ernährung, Verpflegung, Volksbildung, Geselligkeit, Arbeitsnachweis, (Lehrlingsheime, Gesellenheime, Mädchenheime, Volksheime, Altersasyle usw.)	12. a) Arbeiter-Sparkasse, die Einlagen werden mit 5 pCt. verzinst und unentgeltlich verwaltet. b) Kantine, für die die Firma die Räumlichkeit., Utensilien, Heizung und Beleuchtung unentgeltlich stellt und deren Gewinn der Krankenkasse zugeführt wird. c) Stiftung d. Firma i. J. 1899 aus Anlaß des 25jähr. Jubiläums . . 100 000,— Mk. d) Ehrengabe an den älteste. Arbeiter zu dessen 25jährig. Dienstjubiläum . 1 000,— „ e) Beitrag zur Arbeiter-Speiseanstalt, 1./11. 1898 bis 31./10. 1899 . 24 525,62 „ f) Beitrag zur Arbeiter-Badeanstalt (1898) . . . . 1 200,— „ g) Dienstalterszulagen (1899) . 10 850,— „ h) Löhne für Beurlaubte (1899) . 2 400,— „ i) für Beteiligung v. Arbeiterkindern an Ferien-Kolonien (1899) . . 861,05 „

	k) Beihülfe z. Krankenkasse (1898) .	5 117,92 "
	l) Beihülfe z. Invaliditäts-Versicherung (1898) . .	3 996,15 "
	m) für ein Arbeiterfest z. 25jähr. Geschäfts-Jubiläum (1899)	10 000,– "
	in Summa	159 950,74 Mk.
13. Sind der Firma (Gesellschaft) gehörige Arbeiterwohnungen vorhanden? Wie viele? Unter welchen Bedingungen werden diese Wohnungen den Arbeitern überlassen?	13. Vakat.	
14. Werden den Angestellten und Arbeitern Erleichterungen in dem Erwerb eines eigenen Hauses geboten?	14. Ja, durch Darleihung von Hypotheken zu günstigen Bedingungen.	
15. Sind die Arbeiterwohnungen mit Gärtchen versehen? Bietet die Firma den Angestellten und Arbeitern Gelegenheit, sich mit Gartenkultur zu beschäftigen?	15. Nein.	
16. Unterstützt die Firma noch andere allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen, welche auch ihren Arbeitern mit zu gute kommen?	16. Ja, durch Zahlung von Beiträgen (für 10 Jahre à 1000 Mk) an den Dresdner Spar- und Bauverein.	

In betreff der Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen hat die Firma nicht nur ein Statut ihrer Krankenkasse und ein Exemplar ihrer Fabrikordnung eingereicht, sondern auf unser Ansuchen auch eine nähere Beschreibung ihrer einzelnen Veranstaltungen beigefügt. Die Fabrikleitung hält eine Ausdehnung der Leistungen einer Krankenkasse auf die Familienangehörigen der Versicherten für besonders wichtig und segensreich wirkend, wenn sie auch erhebliche Zuschüsse erfordert, und empfiehlt die Aufnahme einer diesen Punkt betreffenden Anfrage in den Fragebogen. (Diese Anregung hat in Frage 12 bereits Berücksichtigung gefunden. D. Red.)

Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen.

1. Arbeiter-Speiseanstalt.

Die Arbeiter-Speiseanstalt wurde im Jahre 1880 begründet und ist seitdem jederzeit im Betriebe gewesen. Jetzt wird sie von circa

20 Beamten und 480 Arbeitern benutzt und ist in einem separat für diesen Zweck errichteten Gebäude untergebracht, in welchem zugleich die Bäder für Beamte und Arbeiter eingerichtet sind.

Die Speisen werden in Dampfkochgefäßen beziehentlich in Bratöfen zubereitet und bestehen in der Regel aus 125 Gramm Fleisch pro Person und Portion und dem entsprechenden Gemüse in erforderlicher Menge; einmal in jeder Woche wird Braten bei erhöhten Fleischportionen und an Kaisers und Königs Geburtstag, sowie am Sedantage außerdem pro Kopf ca. 1 Liter Lagerbier verabreicht.

Die Leitung und Verwaltung der Anstalt erfolgt durch die Firma unter Beihülfe des Arbeiter- und Küchen- (Menage-) Ausschusses; die Herstellungskosten für eine Portion Mittagessen stellen sich durchschnittlich auf 29—30 Pf., wobei aber der Aufwand nicht eingerechnet ist für Hausmiete, Heizung, Beleuchtung, Kraftaufwand, Wasser, Koch- 2c. Apparate, Koch- und Speisegeschirr, Messer und Gabeln, Wäsche, die erforderlichen Geräte usw.

An Beiträgen zur Bestreitung dieser Kosten zahlen die Teilnehmer wöchentlich 1 Mk.; dieser Beitrag wird aber in ca. 14 Wochen des Jahres nicht erhoben, und zwar in denjenigen Wochen, in welche Feiertage fallen oder in welchen durch Mietszahlungen usw. besondere Anforderungen an die Kasse der Arbeiter gestellt werden; in Wirklichkeit werden demnach pro Portion Mittagessen 12—13 Pf. gezahlt.

Der Zuschuß hierzu vonseiten der Firma erforderte im Jahre, 1. 11. 1898 bis 31. 10. 1899, Mk. 24 525,62.

In dem Gebäude der Speiseanstatt befinden sich zur unentgeltlichen Benutzung Brause- und Wannenbäder für männliche und weibliche Beamte und Arbeiter, deren praktische Einrichtung und Nützlichkeit durch eine sehr lebhafte Benutzung Anerkennung finden.

2. Krankenkasse.

Die Ausgaben der auf Grund des Krankenkassenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse übersteigen regelmäßig alljährlich die der Kasse statutengemäß zufließenden Einnahmen. Die Ursache hierzu liegt in der statutarischen Bestimmung, daß den Familienangehörigen der Kassenmitglieder in Erkrankungsfällen vonseiten der Kasse Arzt und Apotheke frei gewährt werden. Durch Wegfall dieser gesetzlich nicht vorgeschriebenen Bedingung oder durch besondere Besteuerung der verheirateten Kassenmitglieder würden Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen gewesen sein. Die Firma hat aber von diesen

Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft abgesehen und die entstandenen Fehlbeträge der Kasse direkt ersetzt. Die Fehlbeträge betrugen:

im Jahre 1898 Mk. 5117,92
" " 1897 Mk. 5836,88
" " 1896 Mk. 2927,16
" " 1895 Mk. 3260,59 usw.

3. Arbeiter-Sparkasse.

Um den Arbeitern ꝛc. Gelegenheit zum Sparen zu geben, ist diese Kasse im Jahre 1884 gegründet worden. Wer derselben beitreten will, erhält ein Sparkassenbuch, in welchem der vom Sparer zu bestimmende wöchentliche Sparbetrag vermerkt ist. Die Sparbeträge werden bei jedem Lohntage innebehalten, mit 5 pCt. verzinst und in der ersten Woche des Monats Dezember nebst Zinsen an die Sparer ausgezahlt. Teil- oder gesamte Rückzahlungen werden auf vorherige Anmeldung an jedem Lohntage gewährt.

Die erzielten Sparergebnisse betrugen:

im Jahre 1899 Mk. 9075,00
" " 1898 Mk. 8381,00
" " 1897 Mk. 8089,81
" " 1896 Mk. 8042,82
" " 1895 Mk. 7079,66 usw.

4. Invaliditätsversicherung.

Die Firma zahlt für sämtliche Versicherungspflichtigen die vollen Beiträge nach der vierten (höchsten) Klasse; sie zahlt somit auch die gesetzlich von den Versicherungspflichtigen zu tragenden Beiträge (die Hälfte), so daß letztere von jeder Zahlung für die Invaliditätsversicherung befreit sind. Die Mehrleistungen für Invaliditätsversicherung betrugen 3996 Mk. 15 Pf. im Jahre 1898.

5. Dienstalterszulagen.

Nach fünfjähriger, ununterbrochener Dienstzeit erhält jeder Arbeiter (auch Meister, Vorarbeiter und Arbeiterin) eine fortlaufende jährliche Zulage von 50 Mark, nach zehnjähriger Dienstzeit eine solche von 100 Mark. Diese Dienstalterszulagen werden am Schlusse jeden Vierteljahres in den entsprechenden Beträgen zur Hälfte baar ausgezahlt, während die andere Hälfte in einem auf den Betreffenden ausgestellten Sparkassenbuche zinsbar angelegt wird, welches erst beim Austritt aus der Beschäftigung an den Zulagen-Empfänger ausgehändigt wird. Die Zahl der letzteren betrug im Jahre 1899

53 à Mk. 100,00 = Mk. 5300,00
111 à Mk. 50,00 = Mk. 5550,00

Die Dienstalterszulagen betrugen demnach Mk. 10 850,00.

Die in den Sparkassenbüchern der ältesten Arbeiter bisher angesammelten Zulagen erreichten Ende Dezember 1899 eine Höhe von je 590 Mark.

6. Urlaub.

Jeder Arbeiter (auch Meister, Vorarbeiter und Arbeiterin) über 25 Jahre hat nach fünfjähriger Dienstzeit, oder im Bedarfsfalle auch schon früher Anspruch auf eine Woche Urlaub, ohne daß hierfür ein Lohnabzug stattfindet.

Im Jahre 1899 machten von dieser Vergünstigung 121 Personen Gebrauch. Die fortgezahlten Löhne für Beurlaubte betrugen Mk. 2400 im Jahre 1899.

7. Ferienkolonie für Kinder.

Schwächlichen oder in der Entwickelung zurückgebliebenen Kindern von Arbeitern ꝛc. der Fabrik erwirkt die Firma auf ihre Kosten Anschluß an die Dresdener Ferienkolonieen des Gemeinnützigen Vereins zu Dresden. Durch Bekanntgabe der betreffenden Vorschriften usw. wird alljährlich rechtzeitig zur Beteiligung aufgefordert. Im Jahre 1899 nahmen infolgedessen 26 Kinder an den Ferienkolonieen teil, wodurch der Firma Mk. 861,05 Kosten erwuchsen.

8. Militärische Übungen.

Arbeitern, welche zu militärischen Übungen als Reservisten eingezogen werden, wird, wenn sie verheiratet sind, die Hälfte ihres Lohnes als Unterstützung für ihre Familien gewährt.

9. Weihnachtsgratifikationen.

Jeder Arbeiter erhält ein Weihnachtsgeschenk. In der Regel wird im ersten Dienstjahre ein solches von Mk. 5,00, im zweiten von Mk. 10,00, und vom dritten Dienstjahre ab ein solches von Mk. 15,00 gewährt. Bei Meistern und Vorarbeitern tritt eine entsprechende Erhöhung dieser Gratifikationen ein. Arbeiter, welche zur Ableistung ihrer Militärpflicht zur aktiven Truppe eingezogen werden, erhalten für das erste Jahr ebenfalls die entsprechende Weihnachtsgratifikation.

10. Kohlenabgabe.

Um den Arbeitern ꝛc. Gelegenheit zum Bezuge von gutem und preiswertem Heizmaterial zu geben, werden an dieselben Kohlen usw.

zum Selbstkostenpreise abgegeben, wobei den Verhältnissen entsprechend, Ratenzahlungen gestattet werden.

11. 25jähriges Jubiläum.

Aus Anlaß des im Jahre 1899 stattgefundenen 25jährigen Geschäftsjubiläums der Firma hat letztere für weitere Wohlfahrtseinrichtungen die Summe von 100 000 Mark bestimmt, welche nach einem noch in der Bearbeitung befindlichen Statut zur Verwendung gelangen sollen.

Im Jahre 1899 hat der älteste Arbeiter mit der Firma sein 25jähriges Arbeitsjubiläum gefeiert, aus dessen Anlaß ihm 1000 Mark als Ehrengeschenk ausgehändigt worden sind. Zufolge eines Beschlusses des Aufsichtsrats soll auch für die im Jahre 1900 dieses Jubiläum feiernden Arbeiter derselbe Betrag gewährt werden.

In besonderen, unvorhergesehenen Fällen, in denen die hier angeführten Wohlfahrtseinrichtungen nicht ausreichen, die Folgen von Krankheiten, Unglücksfällen und dergl. wirksam zu bekämpfen, tritt die Firma durch Beihülfen zur Benutzung von Bade- und Heilanstalten, durch Zuschüsse zur Beschaffung von Heil- und Schutzmitteln für die Familienangehörigen der Arbeiter, ferner durch Unterstützungen für diese Familienangehörigen bei längeren Krankheiten der Ernährer und bei besonders starken Familien usw. ein; insbesondere gilt dies aber auch von der Privatwohlthätigkeit der Frau Dr. Kolbe, durch welche z. B. jeder Wöchnerin sowohl als Ehefrau eines Arbeiters, als auch als Arbeiterin auf die Dauer von 14 Tagen und erforderlichenfalls auch länger hinaus alltäglich besonders hergestellte Mahlzeiten, bestehend aus Warmbier und Weißbrot oder Fleisch und Gemüse oder Braten und Zubehör mit Milch, Brödchen usw. gewährt werden (auswärts Wohnende erhalten hierfür eine Geldvergütung von zehn Mark). Rekonvalescenten wird ferner in gleicher Weise im Einverständnis mit dem behandelnden Arzte stärkender Wein oder kräftiges Essen, Fleisch, Gemüse 2c. gewährt und in dringenden Fällen auch für Beschaffung von Wäsche oder Kleidungsstücken gesorgt.

Die ausgedehnte Inanspruchnahme gerade dieser Privatwohlthätigkeit zeigt, daß trotz der gesetzlichen und der vorstehend genannten, von der Firma ins Leben gerufenen Wohlfahrtseinrichtungen zahlreiche Verhältnisse eintreten, in denen zur Linderung von Not und Elend in entsprechender Weise der Privatwohlthätigkeit noch gar viele Wege offen stehen.

II. Handfertigkeit und Hausfleiß.

Der XV. Kongreß des Deutschen Vereins für Knaben-Handarbeit

tagte vom 30. September bis 2. Oktober in Karlsruhe mit besonderem Erfolg, da Baden der erste deutsche Staat ist, der dem erziehlichen Handfertigkeitsunterricht in seinem Unterrichtsgesetz eine Stelle eingeräumt und die fakultative Einführung desselben innerhalb des Lehrplans der Schule gestattet hat. Der Kongreß wurde, durch den Vereinsvorsitzenden v. Schenckendorff geleitet, in der städtischen Festhalle abgehalten, woselbst auch die außerordentlich reich beschickte „südwestdeutsche Handfertigkeits-Ausstellung" arrangiert war. Unter den Teilnehmern am Kongreß befanden sich außer zahlreichen deutschen Delegierten auch Teilnehmer aus Österreich, der Schweiz, Schweden und Norwegen. Nach den Begrüßungsanreden durch den Vorsitzenden und durch zahlreiche Vertreter von staatlichen und städtischen Behörden, durch Korporationsvertreter usw. hielt Dr. P. Jessen, Direktor am Kgl. Kunstgewerbemuseum in Berlin, den ersten Vortrag über das Thema: „Der Handfertigkeitsunterricht und die große volkswirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit." Redner wies hin auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Ziele der Erziehung und der Schule bei dem gewaltigen Aufschwung des deutschen Bildungs- und Erwerbslebens und dem mit der zunehmenden Bevölkerung wachsenden Wettkampfe der Volksgenossen. Die Zahl derer, die in den werkthätigen Berufen, in Industrie und Gewerbe, ihr Brod finden, sei in 13 Jahren (1882—1895) um 29 pCt. gestiegen. Der Wunsch nach praktischer Vorbildung der den steigenden Bedarf entsprechenden Zahl von Männern, deren Hand und Auge durch frühe Übung geschickt gemacht worden seien, werde immer dringender. Schon aus diesen Gründen sei die Förderung des Handfertigkeitsunterrichts eine nationale Sache. Redner schloß: „Noch steht Deutschland in der Sache der Handfertigkeit unter den Nationen erst an zwölfter Stelle.

Gerade unsere Konkurrenten haben die Handfertigkeit mit Energie aufgegriffen. Es ist hohe Zeit, daß auch wir für die heutigen und künftigen Wirtschaftskriege die Vorteile des werkthätigen Unterrichts benutzen. Mögen die dabei beteiligten Kreise dies ins Auge fassen, ehe die bittere Not uns zwingt." — Von allgemeinem Interesse war gleichfalls der nun folgende Vortrag des Lehrers Gärtig-Posen über den gegenwärtigen Stand des Handfertigkeitsunterrichts in Deutschland, weil sein Bericht auf einer neuen, im Auftrage des Vereins unternommenen Erhebung beruhte. Redner bemerkte zunächst, daß die derzeitige Bewegung für den Knaben-Handarbeitsunterricht am 10. Oktober auf eine 24jährige Vergangenheit zurückblicke. In dieser Zeit sei die Idee der Sache zwar in die weitesten Kreise des deutschen Volkes getragen worden und hätten sich über 2000 Lehrer bereits der Bewegung angeschlossen, doch aber ließen die inneren wie äußeren Verhältnisse des neuen Unterrichtsfaches noch viel zu wünschen übrig. Der anfängliche Hausindustrie- und Hausfleiß-Unterricht sei glücklicherweise fast ganz geschwunden; nur in einzelnen holsteinschen Orten und in 17 Blindenanstalten, sowie 5 anderen geschlossenen Erziehungs-Anstalten werde er noch betrieben. Die meisten übrigen geschlossenen Erziehungs-Anstalten Deutschlands, darunter 18 Waisenhäuser, 46 Taubstummen-Anstalten, hätten den erziehlichen Arbeits-Unterricht eingeführt. Das Bestreben, schon in der Schule direkt für den gewerblichen Beruf vorzubereiten, hat in Deutschland nur in 2 Schulen Bedeutung erlangt. Die Mehrheit der deutschen Hausfleißschulen verfolgt nur pädagogische Zwecke. Insgesamt bestehen z. Zt. in Deutschland, und zwar in 605 Orten 861 Schulen und Anstalten, die in 1514 Werkstätten Arbeitsunterricht betreiben. Hiervon gehören 836 Schulen und Anstalten der pädagogischen Richtung an. 570 Arbeitsschulen in 435 Orten mit 948 Werkstätten zählt Preußen, 291 in 176 Orten mit 596 Werkstätten das übrige Deutschland. Die industriereichen Bezirke stehen voran. In Preußen: Oberschlesien und die Rheinprovinz, im übrigen Deutschland: das Königreich Sachsen. Die 1514 Schülerwerkstätten entfallen auf 286 selbständige Handfertigkeits-Schulen und auf 238 Volksschulen, darunter 16 Hülfsschulen mit obligatorischem Betriebe, 17 Mittelschulen, 41 höhere Schulen — darunter 8 Gymnasien, 6 Realgymnasien, 12 Real- und Oberrealschulen und 15 Internate —, 7 Präparanden-Anstalten, 26 Lehrer-Seminare, 93 Knabenhorte und der Rest auf verschiedenartige geschlossene Erziehungs-Anstalten. Die Organisation des Arbeits-Unterrichts in den

einzelnen Schulen und Anstalten ist eine recht vielseitige. 69 Anstalten haben den gesamten vom deutschen Verein empfohlenen Arbeitsgang eingeführt, darunter 16 ohne die Vorarbeiten; von den übrigen begnügen sich mit 3 Arbeitsfächern 177 Schulen und Anstalten, 261 mit 2 und der Rest mit 1 Arbeitsfache. 535 Werkstätten betreiben Holzschnitzen, 527 Papparbeit, 336 Hobelbankarbeit, davon 68 eng verbunden mit Holzschnitzen, 77 die Arbeit der Vorstufe, 35 Metall-, 28 ländliche Holzarbeit, je 11 Drechseln und Modellieren in Thon. Im pädagogischen Arbeitsunterricht haben sich drei Richtungen gebildet. Die praktisch-formale Richtung betrachtet die Handarbeit als allgemeines Bildungsmittel; die Vertreter des reinen Anwendungs-Unterrichts wünschen nur die sogenannte Schulhandfertigkeit; die dritte Richtung will den Arbeitsunterricht zur Grundlage einzelner Schulunterrichtsfächer machen und durch ihn auf die Methode des Schulunterrichts einwirken. Die beiden ersten Richtungen verschmelzen mehr und mehr. In der dritten werden von Professor Kumpa in Darmstadt, Schulinspektor Scherer in Worms und Rektor Brückmann in Königsberg i. Pr. zur Zeit eingehende Versuche in Volksschulen unternommen. Auch innerhalb der rein erziehlichen Richtung zeigen einzelne Schulen mannigfache Eigenartigkeiten, so die zu Osnabrück, Bockenheim, Glauchau, im Kreise Neurode i. Schl. usw. Arbeitsgang und Methode seien theoretisch wie praktisch völlig durchgebildet. Zahlreiche Lehrer und Vereine haben sich dieser Arbeit unterzogen. Die Beteiligung der deutschen Lehrerschaft an den Bestrebungen des deutschen Vereins ist eine beständig wachsende. Über 2200 deutsche Lehrer hätten sich bis jetzt zu Handfertigkeits-Lehrern ausbilden lassen, darunter 950 in Leipzig und 1250 in 80 Kursen, die im übrigen Deutschland in 33 Orten veranstaltet worden sind. Die materiellen Verhältnisse des Arbeitsunterrichts sind zwar noch keine befriedigenden, doch brächten verschiedene Städte für die Sache nennenswerte Opfer, so Mülhausen i. E., Charlottenburg, Mannheim, Straßburg i. E., Altona u. a. Der Begeisterung, die in Kreisen der Führer und Handfertigkeits-Lehrer für den Arbeitsunterricht andauernd vorhanden ist, sei die erfreuliche Entwickelung und die segensreiche Gestaltung des erziehlichen Arbeitsunterrichts vor allem zu verdanken. — Den am 2. Oktober abgehaltenen Vereinstag leitete der Vorsitzende v. Schenckendorff mit einem warm empfundenen Nachruf für den verstorbenen Direktor des Lehrer-Seminars für Knaben-Handarbeit in Leipzig, Dr. Götze, ein. Er hob dessen unermüdliche, aufopfernde

Thätigkeit im Dienste der guten Sache, seinen hervorragenden Anteil an der innern Ausgestaltung der Methode, an der Schaffung der vorzüglichen Normallehrgänge und vor allem an der Gründung und der Organisation der Lehrerbildungsanstalt in Leipzig hervor.

Der Vereinsschatzmeister Landesrat Schmedding aus Münster i. W. berichtete über die wirtschaftliche Lage des Vereins, indem er einen Überblick über die Rechnungsergebnisse des Jahres 1898 sowie den Haushaltplan des laufenden Jahres gab. Darnach stellten sich 1898 die Einnahmen auf 29 045 Mk. und die Ausgaben auf 27 480 Mk. Unter den Einnahmen befinden sich namentlich Zuschüsse von verschiedenen Staatsregierungen in Höhe von 18 200 Mk.

Der Haushaltplan des Jahres 1899 ist in Einnahme und Ausgabe auf 27 000 Mk. festgesetzt.

Herr Oberrealschuldirektor Röggerath-Hirschberg berichtete über die Einrichtung von erziehlichen, hygienischen und volkswirtschaftlich-socialen Abteilungen des deutschen Vereins, welche sich im Laufe des Jahres gebildet, ihre Aufgaben festgestellt und die Ausführung derselben bereits begonnen haben.

Es folgte der Vortrag des Herrn Lehrer Neumann, Leiters der Handfertigkeitsschule in Görlitz, über das Thema: „Sind die in letzter Zeit erhobenen Bedenken gegen den Handfertigkeitsunterricht gerechtfertigt?“ Der Vortragende zählte alles auf, was namentlich in Lehrervereinen, aber auch in der Presse gegen den Handfertigkeitsunterricht vorgebracht wurde, und wies nach, daß alle Vorwürfe unberechtigt seien, daß sie entweder auf Mangel an genügender Kenntnis der Sache und namentlich auf Mangel an Kenntnis der Ziele des Vereins beruhten. Der Vortrag wird in weiten Kreisen gedruckt verbreitet werden.

In der Vereinsversammlung wurde er durch eine fast ausschließlich zustimmende Debatte noch, soweit dies überhaupt möglich war, ergänzt und folgende Resolution von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme angenommen: „I. Die von dem Landes-Lehrerverein preußischer Volksschulen und dem deutschen Lehrerverein veranstaltete Beratung und Beschlußfassung über die Frage, wie sich die zu diesen Verbänden gehörigen Lehrervereine zur Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen stellen, hat die erfreuliche Folge gehabt, 1. daß jetzt fast die gesamte Lehrerschaft der deutschen Volksschulen diese Frage in den Bereich ihrer Beratungen gezogen hat; 2. daß der erziehliche Wert des Handfertigkeits-

unterrichts von der Mehrzahl der Lehrervereine im allgemeinen anerkannt und seine Pflege neben der Schule mit freiwilligem Besuch, sowie in geschlossenen Erziehungsanstalten, Hülfsschulen und Knabenhorten empfohlen wird. II. Wenn die Frage der obligatorischen Einführung des Unterrichts in den Lehrplan teils unbedingt, teils zur Zeit verneinend beantwortet worden ist, so kann der deutsche Verein, als der Träger dieser Bestrebungen in Deutschland, diese Beantwortung dahin ergänzen, daß auch er die obligatorische Einführung nach Lage der bestehenden Schulverhältnisse und der gegenwärtigen Entwickelung des Handarbeitsunterrichts zur Zeit nicht für thunlich hält. III. Der deutsche Verein kann sich daher 1. der unter I 2 von den deutschen Lehrervereinen empfohlenen Stellungnahme nur anschließen, hält aber, um die Segnungen dieses Unterrichts allmählich der gesamten männlichen Jugend zuwenden zu können, für erforderlich, 2. daß zur Gewinnung eines zureichenden Beurteilungs-Materials in einer Reihe frei sich meldender Schulen und Seminare, bei denen die Vorbedingungen für eine gute Durchführung vorhanden sind, versuchsweise nach bestimmtem Plane fortschreitende Einrichtungen für den Handfertigkeitsunterricht geschaffen werden." — Es folgte der Vortrag des Dr. Pabst, Direktor des deutschen Lehrer-Seminars für Knabenhandarbeit zu Leipzig: Über die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichts in höheren Schulen und Lehrer-Seminaren. Er führte etwa folgendes aus: daß die Lehrer-Seminare als die Stätten, aus denen die Quellen unseres volkstümlichen Schulwesens fließen, vor allem dazu berufen seien, den Handfertigkeitsunterricht zu betreiben. Auf die Form aber, in der dies geschehe, komme es vor allem an; es sei nicht gleichgültig, ob man mit irgend einem technischen Fache beginne, oder ob man die technischen Fächer in den Dienst des anderen Unterrichts stelle, oder ob man endlich den Hauptwert auf die methodische Ausbildung lege. Den richtigen Weg werde man finden, wenn man den Charakter der Seminare als Richtschnur nehme. Die Seminare seien Berufsschulen, doch so, daß dieser Charakter erst auf den höheren Stufen klar hervortrete, auf den unteren Stufen sei die Erziehungsschule mit der Berufsschule verbunden. Daraus folge, daß der Handfertigkeitsunterricht am Seminar sowohl nach seiner erziehlichen Seite hin als auch mit Rücksicht auf die durch ihn vermittelte Fachbildung verwertet werden müsse. Der Redner zeigt nun, wie er diese Ziele an dem von ihm im sechsklassigen Seminar zu Cöthen organisierten Handfertigkeitsunterricht zu verwirklichen gesucht habe, und

giebt einen Überblick über die historische Entwickelung des Unterrichtszweiges in der dortigen Anstalt. Er zeigt im einzelnen, wie durch den Handfertigkeitsunterricht sowohl die Fachbildung in der Naturlehre, Mathematik, Geographie, im Zeichnen und in anderen Disziplinen gefördert werden könne, wie aber namentlich auch die methodische Ausbildung der Seminaristen gefördert werde. Es seien also 3 Punkte hervorzuheben: 1. Förderung des Unterrichts durch Vertiefung der Anschauungen, gründliche Einsicht in den Zusammenhang der Bedingungen usw. 2. Förderung der methodischen Ausbildung. 3. Erziehliche Momente (Selbständigkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Ausdauer). — Die letzteren Gesichtspunkte gelten für alle Schulen, also auch für Seminare und Mittelschulen. Wenn sich die volle Wirksamkeit des Handfertigkeitsunterrichts entfalten solle, so dürfe er den Zusammenhang mit den Wissensfächern nicht verlieren; je enger sich derselbe herstellen lasse, um so besser sei es für alle Zweige. Für den Handfertigkeitsunterricht aber gelte vor allem, daß er nicht dilettantenhaft oder oberflächlich angefaßt werden dürfe, denn „in die Tiefe mußt du steigen, soll sich dir das Wesen zeigen, nur Beharrung führt zum Ziel, nur die Fülle führt zur Klarheit". Dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommene Vortrag bildete den letzten Gegenstand der Tagesordnung.

Mit nochmaligem herzlichem Danke an alle, die zum Gelingen des Kongresses beigetragen haben und mit einem Hoch auf die Stadt Karlsruhe schloß der Vorsitzende v. Schenckendorff die erfolgreichen Verhandlungen.

Hausfleißvereine.

Obwohl wir voll und ganz für die Wichtigkeit des erzieherischen Handfertigkeitsunterrichts eintreten, halten wir doch auch die Bestrebungen für den ländlichen Hausfleiß, namentlich für solche vom Verkehr abseits liegende Ortschaften, deren Bewohner in der Pflege von Geselligkeit und in betreff der Verwendung ihrer freien Zeit fast ausschließlich auf den Wirtshausverkehr angewiesen sind, für einen großen Segen. In Nordschleswig erfüllen die Hausfleißvereine nicht nur den Zweck, Lehrer und Lernende, letztere jung und alt, um eine gemeinsame Idee zusammen zu schaaren, sie erfüllen nebenbei noch eine reformgesellige Aufgabe, indem sie gelegentlich der

Veranstaltung von Ausstellungen und der Prämiierung und Verlosung der ausgestellten Gegenstände fast immer einen mit Ball verbundenen Unterhaltungsabend veranstalten, bei welchem jeder Alkoholgenuß versagt ist und der — vielleicht gerade wegen des letzterwähnten Umstandes — stets in heiterster Fröhlichkeit und zu allseitiger Zufriedenheit verläuft. An diesen Unterhaltungsabenden werden an gemeinsamer Tafel bei Kaffee und Kuchen meistens 1—2 Vorträge von Freunden der Hausfleißvereine gehalten, hierdurch wird immer von neuem die Förderung der guten Sache weiteren Kreisen ans Herz gelegt. Materielle Unterstützung wird den Hausfleißvereinen öfter durch Zuwendung von Sparkassen-Überschüssen zu teil. Nur wenige Vereine haben unter 50 Mitglieder, die meisten Vereine zählen ihre Mitgliederzahl nach Hunderten. Die Ausstellungen sind meistens von 400 bis 800 Personen besucht. Prämien-Diplome über ausgestellte selbstgefertigte Gegenstände gelten als Hausschatz, man findet sie oft eingerahmt an bevorzugter Stelle in der ländlichen Wohnung prangend. Der Jahresbeitrag der Mitglieder beträgt fast bei allen Vereinen nur 1 Mk. jährlich. Diejenigen, welche am Unterricht teilnehmen, zahlen außerdem halbjährlich für den Unterricht 1 Mk., Kinder zahlen jährlich 50 Pf. Unterrichtsgeld. Die Hausfleißlehrer, meistens tüchtige Handwerksmeister, oft auch in Handfertigkeit ausgebildete Lehrer, begnügen sich mit geringer Vergütung, so daß die Betriebskosten durch die Mitglieder- und Unterrichtsgelder und durch freiwillige Spenden gedeckt werden können. Der Vorstand der Hausfleißvereine setzt sich aus einem Vorsitzenden und 3—4 Beisitzern zusammen, welche die Leitungsgeschäfte unter sich verteilen. Das vielseitige Interesse für die Sache wird u. a. dadurch bezeugt, daß Personen aus allen Klassen sich unter den Vorstandsmitgliedern befinden: Geistliche, emeritierte Küster, Lehrer, Hufner, Ärzte, Kapitäne, Baumeister usw.

Nach Berichten in der nordschleswigschen Tagespresse haben sich im Laufe des Jahres 1899 nachfolgende Hausfleißvereine durch Ausdehnung ihrer Thätigkeit sowie durch Arrangements wohlgelungener und stark besuchter Ausstellungen besonders bemerkbar gemacht:

Hausfleißverein für das Kirchspiel Aller und Umgebung;
" des Alsischen Landbauvereins (Insel Alsen);
" für Fädstedt und Hjortwadt (Vorsitzender Lehrer Iwersen in Ramptrup);
" für das Kirchspiel Feldstedt (Vorsitzender Hufner Matthiesen in Trasbüll);

Hausfleißverein für die Güter Gramm und Nübel (Vorsitzender Baumeister Theilmann in Grammby);
" für Gravenstein und Umgebung (meist Weberei- und Teppicharbeiter), auch Sundewitter Hausfleißverein genannt (Vorsteherin Frl. Hörlück).
" für Jels und Umgebung (Vorsitzender Have in Grönnebeck);
" für Loitkirkeby (Vorsitzender Küster Todsen-Loit);
" in Stevning;
" für die Kirchspiele Skrave und Schottburg;
" für die Kirchspiele Thürstrup und Hjerndrup und den Flecken Christiansfeld (größter Hausfleißverein in Nordschleswig, Vorsitzende: M. Dall in Seggelund und Küster Hansen in Thürstrup);
" für Vedsted;
" für das Kirchspiel Wittstedt (Vorsitzender Hufner P. Ulldall in Högelund).

In Schweden sind gleichfalls die Hausfleißvereine über das ganze Land verbreitet, ihre Produkte sind jedoch mehr auf den Absatz in weitere Kreise berechnet und finden ja auch thatsächlich, namentlich die Holzarbeiten, weite Verbreitung. Anfang Oktober 1899 bildete sich in Stockholm ein „Hausfleißverein für Schweden", welcher die Förderung des Hausfleißes dadurch erstreben will, daß er in Stockholm eine permanente Ausstellung errichtet, die gegen niedrige Provision zum Ausstellen und Verkauf Hausfleißgegenstände aufnehmen soll, welche für Schweden eigentümlich und von der Jury des Vereins gutgeheißen sind. Ferner soll dieselbe passende Muster und erforderliche Bestellungen auf Hausfleißarbeiten bewirken. Das Präsidium des Vereins übernahm der als Präses gewählte Prinz Eugen von Schweden. — Der schwedische Verein „Die Freunde der Handarbeit" eröffnete am 24. November 1899 in Stockholm, anläßlich seines 25jährigen Bestehens, eine unter dem Protektorat der Kronprinzessin stehende Jubiläumsausstellung in Anwesenheit des Kronprinzen und vieler hochgestellten Personen. Der Besuch der Ausstellung wird in nordischen Blättern als besonders lohnend bezeichnet.

P. Schmidt.

III. Litteratur über die Arbeiterfrage.

Bibliographie*)

(nach Materien geordnet).

I. Sociale Frage und Arbeiterfrage im allgemeinen.

Zeitschriften (Ergänzung vom Jahrgang 1898, S. 425).

Avenir social, l'. Revue mensuelle du parti ouvrier belge et de la Féderation des conseillers communaux socialistes. 4e année 1899. In-8. Administration: 35 rue des Sables, à Bruxelles. Par an, Belgique, fr. 3,—, union postale, fr. 5,—.

Blätter, schweizerische, für Wirtschafts- und Socialpolitik. Halbmonatsschrift mit Beilage: Socialpolitisches Archiv. Red.: R. Reichesberg. VII. Jahrg. 1899. gr. 8. 24 Nrn. Bern, Steiger & Co. Vierteljährlich Fr. 3,—.

Economist, De. Opgericht door J. L. de Bruyn Kops. 48e jaargang. 1899. Afl. 1/2. 's-Gravenhage, H. L. Smits. gr. 8. Per jrg. fl. 8,—.

Gewerkschaft, die. Revue f. Socialpolitik. Organ der Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs und des Vereins der Gewerberichter. Red. v. B. Karpeles. Neue Folge. 1. Bd. April 1899 — März 1900. 24 Nrn. gr. 8. Wien, Volksbuchh. fl. 6,60, einzelne Nrn. fl. —,35.

Leben, neues. Zeitschrift für sociale Reformbestrebungen auf der Grundlage vernunftgemäßer Lebens- und Heilkunst. Hrsg. v. J. H. Franke. 1. Jahrg. Septbr.—Dezbr. 1899. 13 Nrn. gr. 4. Säckingen. Leipzig, C. F. Tiefenbach in Komm. ℳ 1,60.

Monatsschrift f. christliche Sozial-Reform. Begründet von weil. Frhr. Karl von Vogelsang. Red.: M. v. Vogelsang. 20. Jg. 1899. 12 Hefte. gr. 8. Basel, Buchdr. des Basler Volksblatt. ℳ 8,—.

Ugeblad, socialdemokratisk, for Kolding og Omegn. Udgivet af de samvirkende Arbejderforeninger i Kolding. Redaktør: L. V. Hansen. 1899. 52 Nr. i Fol. Kolding. 4 Kr.

A. Selbständige Litteratur.

Ansiaux, Maur., Travail de nuit des ouvrièrs de l'industrie dans les pays etrangers. Bruxelles, Société belge de librairie.

Antoine. C., Cours d'économie sociale. 2e édition. In-8, XII-700 p. Paris, Guillaumin et Ce. fr. 9.—.

Arbeiders-Jaarboekje over 1899. Uitgegeven door de Sociaaldemocratische arbeiderspartij. Rotterdam, H. Masereeuw. Kl. 8. (87 blz.) fl. —,10.

---

*) Die Redaktion des „Arbeiterfreund" erklärt sich gern bereit, den Lesern des „Arbeiterfreund" resp. den Mitgliedern des „Centralvereins" zur Beschaffung oder **leihweisen Überlassung** aller in der **„Bibliographie"** aufgeführten Fachschriften und Aufsätze, soweit solches thunlich, behülflich zu sein. Die **geehrten Verlagsbuchhandlungen** ersuchen wir um Einsendung resp. um Anzeige von neu erschienenen einschlägigen Schriften.

Arbeiterführer f. Leipzig und Umgebung. Nachschlagewerk. 12. (VI, 146 S. m. 1 farb. Plan.) Leipzig, R. Lipinski. *M* —.50.

Arbeitertag, der schweizerische, in Luzern am 3. April 1899. 8. (103 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. Fr. 1,—.

Barolin, J., Entlastung der Gemeinden. Lösung der socialen Frage durch Schaffg. des socialen Staates im freien Staate. gr. 8. (15 S.) Wien, Selbstverlag. fl. —,40.

— — der sociale Staat im Staate. 8. (20 S.) Leipzig, Wilh. Friedrich. *M* —.50.

Bebel, Aug., Attentate und Socialdemokratie. gr. 8. (16 S.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts. *M* —,10.

Berner, E., Das rote Einmaleins. Ein sociales Bilderbuch. 3. Aufl. (64 S.) Wien, Volksbuchhandlung. fl. —.20.

Bernstein, Ed., Die Voraussetzungen des Socialismus und die Aufgaben der Socialdemokratie. gr. 8. (X, 188 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 3,—.

Beukemann, Dr. Wilh., Zur Frage der wirtschaftlichen und socialen Entwicklung. gr. 8. (30 S.) Hamburg, L. Friederichsen & Co. *M* —,60.

Biedermann, Prof. Karl, Vorlesungen über Socialismus und Socialpolitik. 8. (205 S.) Breslau, Schles. Buchdruckerei 2c. *M* 3,—, geb. 4,—.

Blanc, L., Organisation der Arbeit. Nach der 9., umgearb. u. durch ein Kapitel vermehrte Auflage des Originals übers. v. R. Prager. Berlin, R. L. Prager. (X, 232 S.) *M* 5,—, geb. 6,—.

Blatchford, R., Im Reiche der Freiheit. Briefe über den Socialismus. Aus dem Engl. v. H. Wright. gr. 8. (XII, 228 S.) Wien, Volksbuchh. fl. 1,—.

Blondel, G., Les ennemis de notre progrès économique. 2e édition. In-8, 38 p. Paris, imp. Levé.

Blütenstrauß, ein, christlich-sozialer Parteithätigkeit. 12. (47 S.) Wien, Volksbuchh. fl. —.10.

Büchner, Prof. Dr. L., Die sociale Frage. gr. 8. (16 S.) Berlin, H. Walther. *M* —,20.

Buhl, Prof. Dr. Frants, Die socialen Verhältnisse der Israeliten. gr. 8. (V, 130 S.) Berlin, Reuther & Reichard. *M* 2,—.

Calwer, R., Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. gr. 8. (32 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. *M* —.10.

Carlyle, Thom., Socialpolitische Schriften. Aus dem Engl. v. E. Pfannkuche und P. Hensel. 3. Bd.: Einst und Jetzt. gr. 8. (VIII, 406 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* 6,—, geb. 6,80.

Claassen, W., Schweizer Bauernpolitik im Zeitalter Ulrich Zwinglis. Berlin, Felber. (XIII, 168 S. m. Tab.) *M* 5,—.

Coste, A., Les principes d'une sociologie objective. In-8, IV, 247 p. Paris, F. Alcan. fr. 3,75.

Dix, A, Wurzeln der Wirtschaft. gr. 8. (IV, 234 S.) Leipzig, Freund & Wittig. *M* 4,—.

Donati. V., Anarchia o socialismo? Napoli, Chiurazzi. 16. p. 150. L. 1,50.

Dühring, Dr. Eug., Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Aufl. gr. 8. (XIII, 653 S.) Leipzig, C. G. Naumann. *M* 10,— geb. 12,—.

Du Gers. J. L., Le programme socialiste français. Auch, imp. Capin. (28 p.)

Ebeling, Dr. Heinr., Kirchenpolitik, Socialismus, Staatspolitik im Lichte der Bibel. gr. 8. (176 S.) Zwickau, J. Hermann. *M.* 2,—.

Elchthal, E. d', Socialisme et Problèmes sociaux. In-18 jésus, 275 p. Paris, F. Alcan. fr. 2.50.

„Einheits-Staat", der kommende, und dessen (ger-)echter Socialismus! Von Karl Kieninger. gr. 8. (XXXII, 404 S.) Münster, F. C. Mickl. *M* 3,—.

Felix, L., Entwicklungsgeschichte des Eigentums unter kulturgeschichtlichem und wirtschaftlichem Gesichtspunkte. IV. Teil: Der Einfluß von Staat und Recht auf die Entwicklung des Eigentums. 2. Hälfte. 1. Abt. (Das Mittelalter.) gr. 8. (XII, 776 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M.* 15.—.

Ferri, E., Socialisme en wetenschap. Vertaald door H. Troelstra. Amsterdam, H. J. Poutsma. 8. (115 blz.) fl. —,55.

Fingerzeige für das Studium der Socialwissenschaften. Vortrag. 12. (14 S.) Aschaffenburg, C. Krebs. ℳ —,30.

Fischer, E., Hoch die Führer der Socialdemokratie!! gr. 8. (32 S.) Berlin, H. Walther. ℳ —,20.

— — Im Kampf mit den Führern der Socialdemokratie. gr. 8. (48 S.) Berlin, H. Walther. ℳ —,20.

Fragen, moderne ärztliche, auf socialem Gebiete. gr. 8. (48 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ 1,—.

Gedanken, sociale, eines Optimisten. gr. 8. (48 S.) Berlin, Dr. R. Wrede. ℳ 1,—.

Genossenschaftswesen, das, und sein Verhältnis zur gewerkschaftlichen u. politischen Thätigkeit der Arbeiter. (48 S.) Zürich, Grütliverein. Fr. —,40.

Giddings, F. E., Principios de sociologia por A. Posada. Madrid, Moreno. En 4. 544 p. peset. 10,50.

Gilliès de Pélichy, Le régime du travail dans les principaux ports de mer de l'Europe. In-8. II-162-392 p. Bruxelles, L. Lagaert. fr. 9,—.

— — L'organisation du travail dans les ports flamands sous l'ancien régime et à l'époque moderne. In-8, III-88-320 p. Louvain, Pollounis et Ceuterick. fr. 7.

Goldschmidt, S., Die Landarbeiter in der Provinz Sachsen sowie den Herzogtümern Braunschweig und Anhalt. Mit einer Vorbemerkung von M. Weber. (IV, 158 S.) Tübingen, H. Laupp. ℳ 5.—.

Goldstein, Dr. Ferd., Urchristentum und Socialdemokratie. gr. 8. (III, 191 S.) Zürich, C. Schmidt. ℳ 3,—.

Gotthardt, Fabrikarbeiter Carl, 15 Jahre Socialdemokrat! Wahrheitsgetreue Schilderungen des inneren Wesens der Socialdemokratie. 8. (39 S.) Magdeburg, A. Rathke. ℳ —,20.

Graziudei, A., La produzione capitalistica. Torino 1898, fratelli Bocca. 8. p. XII, 246. L. 4,—.

Grodetzky, M., La question agraire et son rôle social. In-8. VI-104 p. Bruxelles, impr. F. Tilbury. fr. —,50.

Grunenberg, A., Die Landarbeiter in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover östlich der Weser, sowie in dem Gebiete des Fürstentums Lübeck und der freien Städte Lübeck, Hamburg und Bremen. (X, 212 S.) Tübingen, H. Laupp. ℳ 6,60.

Grupp, Dr. Geo., Niedergang des norddeutschen Bauernstandes seit der Reformation. Frankfurt a. M., P. Breuer. ℳ —,50.

Guesde, J., Le Socialisme au jour le jour. In-18 jésus, VII-492 p. Paris, Giard et Brière. fr. 3,50.

Gumplowicz, L., The outlines of sociology; tr. by F. W. Moore. Philadelphia. (229 p.) $ 1.

Hainisch, Dr. Mich., Der Kampf ums Dasein und die Socialpolitik. gr. 8. (75 S.) Wien, F. Deuticke. fl. 2,—.

Hamilton, C. G., Dal detto al fatto nel socialismo. Firenze 1898, libr. edit. s. Raffaele. 16. p. IV, 396. L. 3,—.

Helle, M., Uebermenschentum und Zuchtstaat. Ein Anarchistenideal. gr. 8. (63 S.) Mainz, Verlags-Anstalt u. Druckerei. ℳ —,75.

Hertwig, Dir. Osc., Die Lehre vom Organismus und ihre Beziehung zur Socialwissenschaft. gr. 8. (36 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 1,—.

Hertz, Frdr. Otto, Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Socialismus. Mit einer Vorrede v. Ed. Bernstein. gr. 8. (VIII, 143 S.) Wien, L. Rosner. fl. 2,—.

Hirsch, P., Die Knebelung der Arbeiterklasse durch das preußische Junkerparlament. I. gr. 8. (48 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. ℳ —,20.

Hitze, Dr. F., Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. gr. 8. (145 u. 46 S.) Berlin, Germania in Komm. ℳ 2,—.

Hoffmann, B. A., Die sociale Frage der Gegenwart und die Versuche ihrer Lösung. gr. 8. (32 S.) Regensburg, Nationale Verlagsanstalt. *M* —,60.

Hubert-Valleroux, P., Les Associations ouvrières et les Associations patronales, In-8, 365 p. Paris, Gauthier-Villars.

Hug, Domkapitul. Gall. Jos., Rundschreiben Leo XIII. üb. die Arbeiterfrage u. das christliche Leben. 2. Aufl. gr. 8. (XII, 136 S.) Freiburg (Schweiz), Universitäts-Buchh. Fr. —, 80; geb. Fr. 1,40.

Käser, E., Das Paradies der Socialdemokratie. 5. Aufl. 8. (24 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* —,15.

Kaftan, J., Das Verhältnis der lutherischen Kirche zur socialen Frage. gr. 8. (23 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* —,60.

Kalthoff, Pastor A., Die Wertschätzung der Arbeit. Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn.

Kampffmeyer, P., Mehr Macht. Kritische Streiflichter auf das Erfurter Programm der deutschen Socialdemokratie. gr. 8. (39 S.) Berlin, Verlag der socialist. Monatshefte. *M* —,30.

Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. 3. Aufl. 8. (VIII, 262 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 1,50; geb. *M* 2,—.

Köhler, Herm., Socialistische Irrlehren und ihre Widerlegung. gr. 8. (IV, 272 S.) Leipzig, J. C. Hinrichs Verl. *M* 4,40; geb. *M* 5,40.

Krasinski, Dr. Graf Adam, Geschichtliche Darstellung der Bauernverhältnisse in Polen 1764—1774. I. u. II. Teil. Krakau, Verlag des Verfassers 1898. (184 u. 166 S.)

Ladenbauer, Priest. Gymn.-Prof. Dr., Das sociale Wirken der katholischen Kirche in der Diöcese Budweis (Königr. Böhmen). (XII, 335 S.) Wien, Mayer & Co. fl. 4,80.

Landarbeiter, die, in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands. Hrsg. v. M. Weber. gr. 8. Tübingen, H. Laupp.

Larcher, E., et Ollier, J., Questions criminelles et sociales. In-8, 272 p. Paris, A. Rousseau. fr. 6,—.

Lasalle, F., The workingman's programme; tr., with an introd., by E. Peters. New York, The International Pub. Co. 62 p. D. cl, 10 c.

Laudati, G., La difesa sociale. Trani 1898, tip. di V. Vecchi. 8. p. 143. L. 7.

Le Bon, G., Psychologie du socialisme. In-8. VII-502 p. Paris 1898. F. Alcan. fr. 7,50.

— The Psychology of Socialism. 8vo. pp. XV—415. London, T. Fisher Unwin. sh. 16.

Lichtenberger, A., Le Socialisme et la Révolution française. In-8, 320 p. Paris, F. Alcan. fr. 5,—.

Lipps, Thdr., Die ethischen Grundfragen. gr. 8. (III, 308 S.) Hamburg, L. Voß. *M* 5,—; geb. *M* 6,—.

Lupi, D., L'idea sociale nell' istituto giuridico della tutela. S. Giovanni Valdarno 1898. tip. di M. Righi e C. 8. (p. 71.)

Luxemburg, Roja, Socialreform od. Revolution? gr. 8. (80 S.) Leipzig, Volkszeitg. *M* —,30.

Macleod, H. D., The Elements of Economics. Vol. I. Re-issue. Cr. 8vo, pp. 438. London, Longmans. sh. 3. 6.

— Vol. 2. Part I. Completing Pure Economics. Cr. 8vo. pp. 390. London, Longmans. sh. 3. 6.

Maier, Gust., Sociale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung. (IV, 172 S.) Leipzig, B. G. Teubner. *M* —,90.

Maltis, Landbriefträger, In elfter Stunde ein letztes Wort zur Personalreform bei der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung. gr. 8. (24 S. m. 1 Tab.) Leipzig, S. Schnurpfeil. *M* —,20.

Manzini, V., La necidiva nella sociologia, nella legislazione e nella scienza del diritto penale. Firenze, fratelli Cammelli. 8. p. XXIII, 641. L. 10.

Marx, K., Secret Diplomatic History of the Eigtheenth Century. Cr. 8vo, sd., pp. 96. London, Sonnenschein. sh. 1.

— Critique de l'économie politique. Traduit de l'allemand par L. Remy. In-16, XI-276 p. Paris, Schleicher frères. fr. 3,50.

Maſſow, C. v., Die ſociale Frage vom konſervativen Standpunkt. (47 S.) Stuttgart, H. Belfers Verlag. ℳ —,80.

Maſaryk, Prof. **Th. G.**, Die philoſophiſchen und ſociologiſchen Grundlagen des Marxismus. gr. 8. (XV, 600 S.) Wien, C. Konegen. fl. 12,—.

Merkel, † Prof. **Adf.**, Fragmente zur Socialwiſſenſchaft. Mit einem Bildnis des Verf. in Heliograv. gr. 8. (VII, 354 S.) Straßburg, K. J. Trübner. ℳ 9,—.

Merlino, S., Formes et Essence du socialisme. In-18 jésus, XLV-298 p. Paris 1898, Giard et Brière. fr. 3.50.

Muſer, Osk., Demokratie und Socialismus. (44 S.) (Flugſchriften der deutſchen Volkspartei, 4. Heft.) Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer. ℳ —,60.

Neumann-Hofer, Dr. **Adf.**, Die Entwickelung der Socialdemokratie bei den Wahlen zum deutſchen Reichstage. Statiſtiſch dargeſtellt. 2. Ausg. gr. 8. (75 S.) Berlin, C. Skopnik. ℳ 1,—.

Norden, D., Sociale Bedeutung des Boden-Eigentums. gr. 8. (VII, 46 S.) Leipzig, O. Wigand. ℳ 1,—.

Nordmann, M. G., Die Geſtaltung des landwirtſchaftl. Betriebes mit Rückſicht auf den herrſch. Arbeitermangel. gr. 8. (106 S.) Berlin, P. Parey. ℳ 3,—.

Nouvion-Jacquet, A., De quelques lois spéciales au louage de travail. Préface de P. Beauregard. 2e édition, revue, corrigée et augmentée. (179 p.) Paris, Larose.

Oppenheimer, Frz., Die ſociale Bedeutung der Genoſſenſchaft. gr. 8. (28 S.) Berlin, Verlag der ſocialiſt. Monatshefte. ℳ —,50.

Oreſt, Pylades, Kampfesweiſe, ſocialdemokratiſche. Eine Antwort auf die Broſchüre Frz. Schuhmeiers: „Chriſtlich-ſocial od. ſocialdemokratiſch?" (47 S.) Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Peſch, Heinr., S. J., Die ſociale Befähigung der Kirche. 2. Aufl. gr. 8. (VII, 639 u. XII S.) Berlin, Germania ℳ 4,—.

Pflüger, P., Socialwiſſenſchaftliche Volksbibliothek. Heft 1—15. Zürich, Grütliverein. à Fr. —,10.

Philippovich, E. v., Grundriß der politiſchen Oekonomie. 1. Bd. Allgemeine Volkswirtſchaftslehre. 3. Aufl. Lex.-8. (XII, 405 S.) Tübingen, J. C. B. Mohr. ℳ 9,60; geb. ℳ 10,60.

— Daſſelbe. 2. Bd. Volkswirtſchaftspolitik. 1. Tl. 1. u. 2. Aufl. gr. 8. (VIII, 325 S.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. ℳ 7,40; geb. ℳ 8,40.

Protokoll über die Verhandlungen des nationalſocialen Vereins (3. Delegiertentag) zu Darmſtadt vom 25—28. Sept. 1898. 8. (119 S.) Berlin-Schöneberg, Verlag der „Hilfe". ℳ —,50.

— daſſelbe (4. Vertretertag) zu Göttingen v. 1.—4. Okt. 1899. gr. 8. (128 S.) Ebenda ℳ —,50.

— über die Verhandlungen der Konferenz der ſocialdemokratiſchen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg. Abgeh. zu Berlin am 27. Dezbr. 1898. 8. (46 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. ℳ —,50.

Protokolle über die Verhandlungen der Kommiſſion f. Arbeiterſtatiſtik vom 17., 18., 19. u. 21. Nov. 1898 und die Vernehmung von Auskunftsperſonen über die Verhältniſſe der in Gaſt- und Schankwirtſchaften beſchäftigten Perſonen. (III, 119 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 1,20.

Reichesberg, Prof. Dr. **N.**, Die Sociologie, die ſociale Frage und der ſogen. Rechtsſocialismus. gr. 8. (131 S.) Bern, Steiger & Co. ℳ 2,50.

Reinhardt, L., V. D. M.: Die einheitliche Lebensauffaſſung als Grundlage für die ſociale Neugeburt. gr. 8. (VIII, 424 S.) Straßburg, L. Beuſt. ℳ 3,60.

Rendſa, Carl, Die wichtigſten Fragen des Volkswohls und der ſocialen Verhältniſſe. gr. 8. (50 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ —,80.

Rieu, F., La Coopération ouvrière à travers les âges. In-8, 272 p. Paris 1898, Chévalier-Marescq et Ce. fr. 4.

Röhl, Friedr., Kultur, Alkohol und Socialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1899, Selbstverlag.

Rommel, Dr. O., Das Recht zu leben. Sociale Betrachtungen. 8. (III, 94 S.) München, A. Schupp. ℳ 1,—.

Ropp, G. Frhr. v. der, Socialpolitische Bewegungen im Bauernstande vor dem Bauernkriege. gr. 8. (16 S.) Marburg, N. G. Elwerts Verl. ℳ —,40.

Schmidt, H., Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz und die erste deutsche Arbeiterbewegung. 1833—1836. 8. (151 S.) Zürich, Grütliverein. Fr. 1,50.

Skedl, A., Die sociale Bedeutung der neuen Civilprozeßgesetze. gr. 8. (22 S.) Czernowitz, H. Pardini. fl. —,60.

Solari, S., Economisti e sociologi di fronte all' agricoltura. Parma, Salesiana, 8. (p. 246.) L. 1,50.

Sommerlad, Th., Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern. gr. 8. (VII, 120 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 3.—.

Socialstaat, der schweizerische. Eine Umschau im Jahre 1950. (16 S.) Zürich, Grütliverein. Fr. —,10.

Socialstatistik. Bd. I. Udgivet ved A. N. Kiær og E. Hanssen. VIII, 108 og 119 S.) Kristiania, Gröndal & Son. 1 kr. 50 öre. Bd. II. Udarbeidet ved Kommissionens Sekretariat (1897) XII. 615 Sider i 8. 4 kr. Bd. III. Udarbeidet ved Kommissionens Sekret. (1898). X, 1303 Sider i 8. 4 kr. 30 öre

Socialismus und Socialdemokratie. (72 S.) Leipzig, Verlag für Kunst und Wissenschaft. ℳ —,10.

Spencer, H., Los datos de la sociología. Madrid, A. Avrial. 2 vols. En 4. 297 y 300 p. peset. 13.

State Trials, Political and Social. Selected and Edit. by H. L. Stephen. 2 vols. Cr. 8vo. London, Duckworth. sh. 5.

Stegemann, Reg.-R. Dr., Tanne und Wieda. Geschichte zweier Harzer Arbeiter-Genossenschaften. gr. 8. (VIII, 158 S.) Braunschweig, Verlag für kaufmännisches Unterrichtswesen u. Wirthschaftskunde. ℳ 3,60.

Steinmetz, S. R., Der Krieg als sociolog. Problem. Amsterdam, W. Versluys. gr. 8. (59 blz.) fl. —,75.

Stork, A., Geschichte, Volkswirtschaft u. sociales Leben der Gemeinde Beiertheim, Bez.-Amt Karlsruhe. Mit 8 Taf. Abbildgn. gr. 8. (56 u. 32 S.) Karlsruhe, A. Bielefeld in Komm. ℳ 1,50.

Tildsley, Dr. John L., Die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze der Chartistenbewegung. (139 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 3,50.

Tobias, H., Der Anarchismus und die anarchistische Bewegung (42 S.) Berlin, L. Simion. ℳ 1,—.

Toestand, de. Der werklieden in de bonsobsdrijven te Amsterdam. (60 blz.) Amsterdam, Joh. Müller. fl. —,35.

Troelstra, P. J., De sociaal-demokratische arbeiderspartij in Nederland. 2e, veel vermeerderde druk. Amsterdam. J. A. Fortuyn. 8. (59 blz.) fl. —,10.

Tucker, B. R., State socialism and anarchism. New York, B. R. Tucker. (33 p.) pap. 5 c.

Verhandlungen des Gesamtparteitages der Socialdemokratie in Österreich, abgehalten zu Brünn vom 24. bis 29. Septbr. 1899. (Nach dem stenograph. Protokolle.) gr. 8. (XVI, 144 S.) Wien, Volksbuchh. ℳ —,50.

— die, des 10. evangelisch-socialen Kongresses, abgeh. zu Kiel am 25. u. 26. Mai 1899. Nach den stenograph. Protokollen. gr. 8. (V, 138 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. ℳ 2,—.

— der 4. Hauptversammlung der freien kirchlich-socialen Konferenz zu Berlin am 11. u. 12. April 1899. gr. 8. (III, 152 S.) Berlin, Buchh. der Berliner Stadtmission. ℳ 1,50.

Vidari, E., La presente vita italiana politica e sociale. Milano, Ulrico Hoepli. 8. p. VIII, 259. L. 4,50.

Volkslexikon, evangelisches, zur Orientierung in den socialen Fragen der Gegenwart, hrsg. vom evangelisch-socialen Centralausschuß f. die Provinz Schlesien und in Verbindung mit Fachgelehrten red. von T. Schäfer. (In 12 Heften) à Heft ℳ —,50. Bielefeld, Velhagen & Klasing.

Vollmar, G. v., Über die nächsten Aufgaben der deutschen Socialdemokratie. 2. Aufl. gr. 8. (51 S.) München, M. Erst. ℳ —,40.

Walcher, K., Der Socialdemokrat am Ende des 19. Jahrh. 8. (VII, 95 S.) Graz, Styria. fl. —,60.

Walcker, Priv.-Doz. Dr. **Karl,** Geschichte d. Nationalökonomie u. des Socialismus. 4. Aufl. gr. 8. (VII, 132 S.) Leipzig, Roßberg. ℳ 4,—.

Walter, F., Socialpolitik u. Moral. 8. (XV, 346 S.) Freiburg i. B., Herder. ℳ 3,60.

Wehberg, Dr. **Heinr.,** Beiträge z. Entwickelung u. Begründung des Socialismus. I. 8. (64 S.) Hagen, H. Risel & Co. ℳ 1,50.

Weltkongreß und Weltarmee oder d. Weltfriede. Ein Versuch zur Lösung der „socialen Frage". gr. 8. (IV, 136 S.) Dresden, E. Pierson. ℳ 2,—.

Wille, der, zum Kampf. Socialpolit. Fachfimpelei ꝛc. gr. 8. (28 S.) Leipzig, A. Strauch. ℳ —,50.

Wolff, E., Grundriß der preußisch-deutschen socialpolitischen u. Volkswirtschafts-Geschichte vom Ende des 30jähr. Krieges bis zur Gegenwart (1640—1898.) gr. 8. (VII, 232 S.) Berlin, Weidmann. Geh. ℳ 3,60

Wollny, Dr. **F.,** Die wahren Gründe wider den Socialismus. gr. 8. (24 S.) Leipzig, O. Mutze. ℳ —,40.

Wrangel-Waldburg, Frhr. **v.,** Die Entwickelung des bäuerlichen Besitzes und die Arbeiterfrage in Ostpreußen. gr. 8. (23 S.) Berlin, E. Apolant. ℳ —,50.

Zenker, Ernst Viet., Die Gesellschaft. I. Bd. gr. 8. (VII, 232 S.) Berlin, G. Reimer. ℳ 5,—.

Ziegler, Prof. Dr. **Theob.,** Die sociale Frage, eine sittliche Frage. 6. Aufl. 8. (II, 183 S.) Leipzig, G. J. Göschen. ℳ 2,50; geb. ℳ 3,—.

— Die geistigen und socialen Strömungen des 19. Jahrh. 1.—5. Tauf. (VIII, 714 S.) Berlin, G. Bondi. ℳ 10,–; geb. ℳ 12,50.

B. Gelegenheitsschriften.

Guradze, Der Bauer in Posen. (Diss.) I. T. Halle 1898. (90 S.)

Hill, William, Internationaler Friedenskreuzzug. Die Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter aller Länder. London 1899. (8 S.)

Hornig, Die Lage der ländlichen Arbeiter in der Grafschaft Glatz. (Diss.) Jena 1899. (60 S.)

Moch, Alois, Die socialen Verhältnisse der Malteserkommende Gröbnig zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Programm des Kgl. Kath. Gymnasiums Leobschütz 1898.

Vertinse, Prof., Der Materialismus u. seine verderblichen Folgen für die geistige u. sittliche Entwicklung der Menschheit. (Progr. d. Freiberger Real-Gymnasiums 1898. (24 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Adler, Georg, Die sociale Frage im Mittelalter (Die Zukunft, Bd. 24, 1898, S. 49 u. 119).

Aldrich, Morton A., Die Arbeiterbewegung in Australien und Neuseeland. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, XV. Bd.).

Anslaux, Maur., Une enquête sociale. Le travail du nuit des ouvrières. (Reformé sociale 1898. Octobre.)

Arbetarefrågen, den norrländska. (Ekonomisk Tidskrift, Stockholm, 1899, V.)

Arbeiterbewegung, die, auf den Werken des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins (Mitt. d. Ver. zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftl. Interessen in Rheinland und Westfalen, 1898, Heft 3).

Arbeiter, die, des Hamburger Hafens. (Das Schiff, 1898, No. 940—942.)

Arnold, Edw., An idyll of labour. (Humanitarian 1898. No. 1/2.)

Bang, Guft., Ein Blick auf die Geſchichte der däniſchen Socialdemokratie. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., 1. Bd.)
Bernard, A., Le socialisme dans le clergé. (Journal des Economists 1898, février.)
Bernſtein, Ed., Der Kampf der Socialdemokratie und die Revolution der Geſellſchaft. (Neue Zeit, 16. Jahrg., 1. Bd.)
Benkemann, Dr. W., Social u. Socialpolitik. (Beil. z. Allg. Zeitg. 1899, No. 65.)
— — Zur Frage der wirtſchaftlichen u ſocialen Entwicklung. (Beil. z. Münch. Allg. Zeitg. 1898, No. 276/277.)
Blondel. G., Les questions sociales en Allemagne d'après de récents ouvrages. (Reforme sociale 1898, IV. serie.)
Bouët, H., Le socialisme en Angleterre. (Journal des Economistes 1898. Juin.)
Bräutigam, L., Vier Wochen Erntearbeiter. (Das Leben, Vierteljahresſchrift, Wien 1898, 1. Heft.)
Brentano, Lujo, Socialpolitiſche Klopffechterei. (Beil. z. Allg. Zeitg. 1899, No. 91.)
— — Socialpolitiſcher Dilettantismus oder Arbeiterorganiſation. (Beil. z. Allg. Ztg. 1899, No. 79 u. 84.)
Clément. H., La vie ouvrière aux Etats-Unis. (La Reforme sociale, 1898. No. 58.)
Dix, A., Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung. (Schweizeriſche Blätter für Wirtſchafts- und Socialpolitik 1898, No. 13/14.)
Dyche, John A., The jewish workman (Contemporary Review, January 1898.)
Ericsson, Den norska arbetarekommissionens socialstatistik. (Economisk Tidskrift, Stockholm 1899, Haft 8.)
Farnam, H. W., Labor crises and their periods in the United States. (The Yale Review 1898, No. 2.)
Fonsalme, A., Revue des questions ouvrières et de prevoyance. (Revue polit. et parlementaire 1898, Avril.)
Fontaine, A., Les associations ouvrières de production. (Journal de la Société statistique de Paris 1898, p. 271.)
Fuld, Rechtsanwalt Dr. Ludwig, Die dritte Republik und die Arbeiterfrage. (Das Leben, Wien 1898, S. 76.)
Garnett, Lucy M. J., Domestic slavery in Turkey. (Humanitarian 1898, No. 1/2)
Guyot, Yves, Le socialisme et l'individualisme. (Journal des Economistes 1898, Juin.)
Hugo, C., Die Lage der ſtädtiſchen Arbeiter in Karlsruhe. Ein Beitrag zur ſtädtiſchen Arbeiterpolitik. (Neue Zeit 1898/99, 1. Bd.)
Kraffel, Franz W., Die Lage der ungariſchen Feldarbeiter und das Feldarbeitergeſetz. (Monatsſchrift f. chriſtl. Socialreform 1898, 5. Heft.)
Laponge, Vacher de, Fundamental laws of anthroposociology. (Journal of Political Economy. Chicago 1897, No. 4.)
Lindenberg, Fernando, Die Arbeiterbewegung Dänemarks. (Schweiz. Blätter für Wirtſchafts- und Socialpolitik 1898).
Müller, Hans, Die ſchweizeriſche Socialdemokratie. (dieſelben 1897, No. 22.)
— — Socialwiſſenſchaft und Arbeiterbewegung. (dieſelben 1898.)
Oncken, Prof. A., Die ſociale Frage im Lichte der Philoſophie. (dieſelben 1897, No. 22.)
Peiſker, J., Zur Socialgeſchichte Böhmens. (Zeitſchrift f. Social- u. Wirtſchaftsgeſchichte, Weimar, V. Bd., 4. Heft.)
Powers, L. G., Modern social reform and old christians ideas. (The Yale Review 1898, No. 4.)
Renard, G., Le regime socialiste (mécanisme de l'organisation politique). (Revue socialiste 1897, No. 156.)
Rivière, L.. Les jardins ouvriers aux Etats-Unis. (La Reforme sociale 1898, No. 58.)
Roſegger, P., Das Eindringen der Socialdemokratie in die Alpen. (Fleiſcher's „Deutſche Revue", Märzheft 1899.)
Schmid, Hans, Zum landwirtſchaftlichen Arbeitermangel in der Schweiz. (Deutſche Worte 1898, No. 10.)

Schmid, Mor., Die Eisenbahnerbewegung in Deutschland. (Monatsschrift f. christl. Socialreform 1898, 4. Heft.)

Simmel, Georg, Zur Philosophie der Arbeit. (Neue deutsche Rundschau, Berlin 1899, Maiheft.)

Spencer, Herbert, What is social evolution? (The nineteenth Century 1898, September.)

v. Wenckstern, Der Bankerott des wissenschaftlichen Socialismus und die Socialdemokratie. (Beil. z. Allg. Ztg. 1899, No. 94 u. 95.)

II. Fabrikwesen. — Kinderarbeit. — Arbeiterschutz. — Arbeitszeit. — Sonntagsfrage.

Zeitschriften (Fortsetzung aus Jahrgang 1898, S. 435).

Eisenbahn-Werkmeister, der, Zeitschrift f. techn. Betriebs- u. Werkstättenleitg. Red.: Ingen. J. Steinbach. 7. Jahrg. 1899. 12 Nr. gr. 4. Berlin, H. Klokow. Halbjährlich ℳ 3,—.

Industrie, die. Organ des Central-Verbandes deutscher Industrieller. Berlin.

Industrie, deutsche. Wochenschrift f. Industrie, Handel u. Technik, Patente und Gebrauchsmuster. Herausg. von Reg.-R. a. D. Dr. Arth. v. Studnitz und Hauptm. a. D. Ingen. Max. Pleßner. 1. Jahrgg. April–Dezbr. 1899. 39 Nrn. Fol. Berlin, Deutsch. Druck- u. Verlagshaus. Vierteljährl. ℳ 2,—.

Industrie, die. Organ für die Interessen der österreich. Industrie. Ausschließliches Organ des Central-Verbandes der Industriellen Oesterreichs. Hrsg. u. Red.: Dr. Jos. Grunzel. IV. Jahrg. 1899. 52 Nrn. Fol. Wien, L. Weiß. fl. 22,—; vierteljährlich fl. 6, –.

Mitteilungen des Gewerbe-hygienischen Museums in Wien. Redigiert vom Obmann des Museum-Vereins, k. k. Ministerialrat, Centralgewerbeinspektor a. D. Dr. Migerka. Wien, Verlag des „Gew.-hyg.-Museums", I Reichsratsstraße 23.

Revue pratique du droit industriel, sous la direction de M. Bodeux. 2e année, 1899. In-8. Liége, Henri Poncelet, 48, rue des Clarisses. Par an, Belgique fr. 10; union postale fr. 11,50.

Revue des questions de droit industriel. Recueil de doctrine, de législation et de jurisprudence industrielles, publiée sous la direction de J. Smeysters. 2e année, 1899. In-8. Tamines, C. Duculot-Roulin. Par an, Belgique fr. 10, étranger fr. 12.

Fabrikwesen. A. Selbständige Litteratur.

Beck, Ingen. Priv.-Doz. **Thdr.,** Beiträge zur Geschichte des Maschinenbaues. (VII, 559 S. mit 806 Fig.) Berlin, J. Springer. ℳ 9,—; geb. ℳ 10,—.

Bericht über den VII. allgemeinen deutschen Bergmannstag zu München vom 30. VIII. bis inkl. 1. IX. 1898. (108 S. m. Abbildgn. u. 11 Taf.) Essen, G. D. Baedeker. ℳ 6,—.

Berufs- und Gewerbestatistik vom 14. VI. 1895. Gewerbestatistik der Großstädte. Bearbeitet im Kaiserl. statistischen Amte in Berlin. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. à ℳ 5,—.

— desgl.; Gewerbestatistik der Verwaltungsbezirke. 2 Teile. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ 5,—.

Bettgenhäuser, R., Die Industrie des Herzogtums Braunschweig. I. Tl. Braunschweig, Handelskammer. (X, 245 S.) ℳ 3,—.

Brabrook, E. W., Provident Societies and Industrial Welfare. London, Blackie. sh. 2/6,—.

Borght, Prof. Dr. **R. van der,** Beiträge zur Geschichte der deutschen Reisstärke-Industrie. gr. 8. (100 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 2,50.

Chronik, illustrierte, d. Sächs.-Thüringischen Industrie- u. Gewerbeausstellung in Leipzig 1897. Leipzig 1899, Meisenbach, Riffarth & Co. (222 S.) Geb. ℳ 10,—.

Delacourtie, E., Eléments de législation commerciale et industrielle. In-16, VI-264 p. Paris, Hachette et Ce. fr. 3,—.

Duffner, Arth. H., Die Entwickelung der Strohindustrie im bad. Schwarzwald bis auf die neueste Zeit. gr. 8. (IV, 24 S.) Emmendingen, Druck- und Verlagsgesellschaft vorm. Dölter. ℳ —,75.

Eheberg, Prof. K. Th., Die industrielle Entwickelung Bayerns seit 1800. Erlangen, H. Blaesing. (28 S.) ℳ 1,20.

Ehrenstein, Th., Die Lage der Malzindustrie in Oesterreich-Ungarn. Wien, M. Breitenstein. fl. —,50.

Ergebnisse der in Oesterreich vorgenommenen Gewerbezählung nach dem Stande vom 1. VI. 1897. Verf. u. hrsg. vom arbeitsstatist. Amte im k. k. Handelsministerium. gr. 4. (XL, 381 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. fl. 3,60.

Freese, Heinr., Fabrikantenglück! Ein Weg, der dazu führen kann. 8. (87 S. m. 1 Abbildg.) Eisenach, M. Wilckens. ℳ 1,50.

Groß-Industrie, die, Oesterreichs. Festgabe der Industriellen Oesterreichs zum 50jähr. Regierungs-Jubiläum des Kaisers Franz Josef I. 1898. 5 Bde. gr. Fol. (1. Bd. IX, 348 S. mit Abbildgn., 5 Lichtdr.-Taf. und 1 Bildnis.) Wien, L. Weiß. Geb. in Leinw. ℳ 125,—; Luxus-(Kais.-)Ausg., geb. in Ldr. m. Goldschn. ℳ 335,—.

Grunzel, Sekr. Jos., Die Reichenberger Tuchindustrie in ihrer Entwickelung vom zünftigen Handwerk zur modernen Großindustrie. (185 S.) Prag, H. Dominicus. ℳ 2,—.

Hage, Rob., Regierungsschutz und Industrie in Oesterreich. (31 S.) Warnsdorf u. Wien. Dorn. fl. 0,80.

Hallvich, H., Anfänge der Großindustrie in Oesterreich. (74 S. mit Abbildg. u. 5 Bildnissen.) Wien, L. Weiß. ℳ 1,—.

Hauptergebnisse, die, der Gewerbezählung vom 14. 6. 1895 im Großh. Mecklenburg-Schwerin (Beiträge zur Statistik Mecklenburgs. 13 Bd., 3. Heft, 1. Abt.) Schwerin, Stiller. ℳ 2,—.

Hausindustrie u. Hausarbeit in Deutschland u. Oesterreich. I. Bd. Süddeutschland u. Schlesien. (Bd. 84 d. Schriften des Vereins f. Socialpolitik.) Leipzig, Duncker & Humblot. (XX, 506 S.) ℳ 11,60.

— II. Bd. Die Hausindustrie der Frauen in Berlin. (Bd. 85.) Ebenda. (LX, 616 S.) ℳ 15,60.

— III. Bd. Mittel- und Westdeutschland, Oesterreich. (Bd. 86.) (VII, 550 S.) ℳ 12,40.

— IV. Bd. Gesetzgebung, Statistik und Uebersichten. (Bd. 87.) (VIII, 277 S.) ℳ 7,—.

Herrmann, Lehr. Dr. **O.,** Steinbruchindustrie u. Steinbruchgeologie, insbes. des Kgr. Sachsens. Mit 6 Taf. nach photograph. Aufnahmen des Verf. u. 17 Textfig. gr. 8. (XVI, 428 S.) Berlin, Gebr. Borntraeger. ℳ 10,—; geb. in Leinw. ℳ 11,50.

Jahresberichte der industriellen Gesellschaft von Mülhausen. 1898. Lex. 8. (197 S. m. 2 Tab. u. 18 Taf.) Mülhausen i. E., (C. Detloff). ℳ 6,—.

Kirchner, Ingen. **Ernst,** Das Papier. III. Tl. Die Halbstofflehre der Papierindustrie. Lex. 8. (V, 248 S.) Biberach (Dorn). Geb. in Leinw. ℳ 8,—.

Klee, Heinr., u. **Meurer, Hans Chr.,** Die Sandsteinziegel-Industrie in ihrer historischen, technischen und wirtschaftlichen Bedeutung. 2. Aufl. 8. (VIII, 141 S.) Köln, Leipzig, O. Gracklauer. ℳ 1,50.

Kohler, Prof. Dr. **J.,** Industrierechtliche Abhandlungen u. Gutachten. 1. Heft. 12. (IV, 236 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 2,—.

Lemberg, Heinr., Die Steinkohlenzechen des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks. 5. Aufl. 8. (89, 18 u. 6 S.) Dortmund, C. L. Crüger. ℳ 3,—.

Liefmann, R., Ueber Wesen und Formen des Verlags (der Hausindustrie). (Volksw. Abh. d. badischen Hochschule, 3. Bd., 1. Heft.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. (VIII, 132 S.) ℳ 3,40.

Marshall, A., Elements of Economics of Industry. 3rd ed. Cr. 8vo, pp. 438. London. Macmillan. sh. 3. 6.

Meerscheidt-Huelleſſem-Kuggen, Frhr v., Was unſerer Provinz frommt. Betrachtung über Hebg. der Induſtrie in den Oſtmarken u. der Arbeiterfrage. gr. 8. (52 S.) Königsberg, Gräfe & Unzer, Sort. *M* —,50.

Menger, A., The Right to the Whole Produce of Labour. Cr. 8vo, pp. 392. London, Macmillan. sh. 6.

Mohr, Dr. **Paul,** Die Entwickelung d Großbetriebs i. d. Getreidemüllerei Deutſchlands. gr. 8 (XV, 294 S. m. 1 Tab.) Berlin, Siemenroth & Troſchel. *M* 6,50.

Oelsner, Webſch.-Dir. **G. Herm.,** Die Webmaterialienkunde. 2. Aufl. gr. 8. (106 S. m. 6 Holzſchn.) Altona, A. Send. *M* 2,50.

Paniowski, Red. **Aug.,** Die Montaninduſtrie Oberſchleſiens vor 100 Jahren (1799). gr. 8. (26 S. m. 1 Abbildg.) Kattowitz, G. Siwinna. *M* —,80.

Paxmann, Bergmſtr. **H.,** Die Kaliinduſtrie in ihrer Bedeutung u. Entwickelung v. privat- u. nationalwirtſchaftlichen Geſichtspunkten. 2. Aufl. Lex. 8. (III, 128 S.) Staßfurt, R. Weicke. *M* 3,60.

Peters, M., Die Entwickelung der deutſchen Rhederei ſeit Beginn dieſes Jahrhunderts. 1. Bd. gr. 8. (VIII, 185 S.) Jena, G. Fiſcher. *M* 4,50.

Pieper, C., Gewerbe- und Induſtrieſchutz. gr. 8. Berlin, Polytechn. Buchh. A. Seydel. *M* 2,—.

Rannig, A. G., Die Bedeutung der Induſtrie für Oeſterreich. Wien, G. Speliński. (114 S.) fl. 1,50.

Riedl, Rich., Die deutſchen Gewerbezählungen und die Reform der Gewerbeſtatiſtik in Oeſterreich. Wien, Verlag der Handels- u. Gewerbekammer.

Rothwell, R. P., The mineral industry in the United States and other countries to the end of 1897. Volume VI. New York, The Scientific Publishing Co. (984 pp.) $ 5,—.

Schneider, Robert, Entwickelung des niederrh.-weſtfäliſchen Bergbaues und der Eiſen-Induſtrie mit beſonderer Berückſichtigung der Arbeiterverhältniſſe. Bochum 1899. (46 S.) Selbſtverlag des Verfaſſers (Kanalſtraße 23). *M* —,60.

Schubert, Fabrikdir. a. D. Prof. **Max,** Die Papierverarbeitung. I. Die Kartonagen-Induſtrie. Mit 479 Illuſtr. u. 2 Muſterbeilagen. gr. 8. (IX, 311 S.) Berlin, M. Krayn. *M* 10,—; geb. *M* 11,50.

Setzmaſchine, die, u. ihre ſociale Bedeutung f. das Buchdruckgewerbe. 1.—10. Tauſ. gr. 8. (15 S.) Berlin, R Schwarz. *M* —,30

Statistik over Norges Fabrikanlaeg ved Udgangen af Aaret 1895. Udgiven af det statistiske Centralbureau. XXVI og 104 Sider i 8. 1 kr.

Steinberg, Jul., Induſtrie und Ueberſpekulation. gr. 8 (33 S.) Bonn, F. Cohen. *M* —,60.

Suttner, B. v., Das Maſchinenzeitalter. Zukunftsvorleſungen über unſere Zeit. 3 Aufl. Dresden, Pierſon. (VIII. 355 S.) *M* 3,50.

Treptow, Prof. **E.,** Bergbau, einſchließlich Steinbruchbetrieb u. Edelſteingewinnung. Geſchichte ꝛc. Mit 396 Text-Abbildgn., ſowie 6 Beilagen. Lex. 8. (VI, 364 S.) Leipzig, O. Spamer. *M* 6,—; geb. in Leinw. *M* 7,20

— Proff. DDr. **F. Wüſt,** u. **W. Borchers,** Bergbau und Hüttenweſen. Mit 608 Text-Abbildgn., ſowie 12 Beilagen. Lex. 8. (VIII, 605 S.) Ebenda. *M* 10,—; geb. in Leinw. *M* 12,—

Undersökning af tobaksindustrien i Sverige. på uppdrag af Kongl. Kommerskollegium och under dess öfverinseende verkstäld af H. Elmqvist. 374 sid. Stockholm. Samson & Wallin. 1 kr.

Wüſt, F., u. W. Borchers, Proff. DDr., Eiſen- u. Metallhüttenkunde. Mit 212 Text-Abbildgn. u. 6 Beilagen. Lex. 8. (V, 395 S.) Leipzig, O. Spamer. *M* 6,—; geb. in Leinw. *M* 7,20.

Zycha, A., Das Recht des älteſten deutſchen Bergbaues bis ins 13. Jahrh. gr. 8. (172 S.) Berlin, F. Vahlen. *M* 4,—.

B. Gelegenheitsſchriften.

Eheberg, Prof. Dr., Die induſtrielle Entwickelung Bayerns ſeit 1800. (Rede beim Antritt des Protektorats d. Univerſ. Erlangen 1897. 36 S. Erlanger Univerſitätsſchriften 1898.)

Erinnerung, zur, an das 50jähr. Geschäftsjubiläum der Blaubeurer Cementfabrik von E. Schwenk in Ulm a. D. 1899 (8 S.)
Feier, zur, des 25jähr. Bestehens der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zu Rheinelbe b. Gelsenkirchen. Düsseldorf, 1898 (64 S.).
Faber, Arthur, Zum 50jähr. Jubiläum der Firma Gutbrod & Co. in Stuttgart-Bietigheim 1847/97. (58 S.)
Geschichte des Buchgewerbes in Anhalt. Festschrift z. 150j. Bestehen der Cöthenschen Zeitung und des 50j. Bestehens der Firma Schettler in Cöthen. 1898. (56 S.)
Geschichte der Firma Wilhelm Baensch. Dresden 1898. Festschrift.
Jahresbericht des Bundes der Industriellen für das Geschäftsjahr 1896/97. Berlin J. Harrwitz Nachf. (47 S.)
Jahresbericht des Vereins f. d. bergbaulichen Interessen Niederschlesiens f. d. J. 1898 Waldenburg 1899. (20 S.)
Kuntzemüller, Dr. **Otto,** Hannoverscher Courier 1849—1899. Festschrift z. 50j. Bestehen d. Zeitung Hannover 1899 (106 S.)
Lederwerke, vorm Mayer, Michel & Deninger in Mainz. 1798—1898. Festschrift. (44 S. u. Tabellen).
Protokoll des IX. Verbandstages des Centralverbandes d. Industriellen Österreichs. Wien, 3. Febr. 1899. (82 S.)
Rückblick auf die Entwickelung der Maschinenfabrik Henschel & Sohn in Cassel. Festschrift aus Anlaß der Vollendung der 5000. Lokomotive herausgegeben. 1899. (88 S. u. 11 Taf.)
Theinhardt, Ferd., Erinnerungsblätter aus meinem Leben (Geschichtliches über die Schriftgießerei und das Typographische Gewerbe enthaltend). Berlin 1899. (50 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterpersonal, das, in den Gewerbebetrieben nach der Beschäftigungsweise der Arbeiter im Hamburgischen Staate. (Statistik des Hamburgischen Staates. XVIII. Heft.) Hamburg, O. Meißner.
Arbeiterzählung, Ergebnis der, in Dresden vom 2. Mai 1898 (Mitteilung des Statistischen Amts der Stadt Dresden. 9. Heft).
Ballod, Carl, Die Bedeutung der Landwirtschaft und der Industrie in Deutschland. (Jahrbuch für Gesetzgebung ꝛc von Schmoller 1898, Heft 3.)
— Die Industrie Rußlands. (dasselbe 1898, Heft 2.)
Bär, Dr. Staatsarchivar. Der Piesberg (=Bergbau) vor 100 Jahren. (Mitt. des Vereins f. Geschichte Osnabrücks, 1898. S. 120—133.)
Beumer, Abgeordn. **W.,** Düsseldorfs Handel u. Industrie. (Festschrift d. Stadt Düsseldorf f. die 70. Vers. deutscher Naturforscher u. Aerzte 1898, S. 50—62.)
Brentano, Lujo, Ein klassisches Gebiet der Arbeitswilligen (Konfektionsindustrie). (Beil. z. Allg. Ztg. 1899 Nr. 78.)
Burkhardt, C. A. H., Die französische Kolonie für Gewerbe und Industrie in Weimar. (Zeitschrift f. Kulturgeschichte, 1898, Heft 1/2.)
Carus, Fritz, Die Lage der österreichischen Textilindustrie. (Handelsmuseum, Wien, 1898.)
Deutsch, G., Die Anfänge des Fabrikwesens in Brünn. (Österr.-Ungarische Revue 1898, XXIII. Bd.)
Fabrikarbeiter u. Fabrikarbeiterinnen, die jugendlichen, im Jahre 1897. (Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. R., 1898, Heft IV.)
Fleißner, Herm., Die sächsische Sandsteinindustrie. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., 1. Band.)
Fontaine, Arthur, Les associations ouvrières de production. (Journal de la Société de statistique de Paris 1898, No. 8.)
Geschichte der Württembergischen Industrie im 18. Jahrhundert. (Gewerbeblatt f. Württemberg 1899, Nr. 38.)
Khull, Prof. **Ferd.,** Beschreibung des Salzbergwerkes zu Aussee (1595). [Zeitschrift f. Kulturgeschichte, Weimar, V. Bd. Heft 4/5.]

Kirchner, E., Die Papiermühlen bei Chemnitz. (Mitt. d. Vereins f. Chemnitzer Geschichte, X, 1899, S. 86.)

Kleinwächter, Fr., Industriekartelle. (Das Leben, Vierteljahrsschrift, II. Jahrg. Wien 1898, 1. Heft.)

Lommatzsch, Assessor **G.,** Die Industrie der Steine und Erden im Königreiche Sachsen nach der Berufs- und Gewerbezählung v. 14. Juni 1895. (Zeitschrift des Kgl. sächs. statist. Bureaus, 1898, Heft 3/4, Dresden.)

— Bergbau-, Hütten- u. Salinenwesen, Torfgräberei im Königreich Sachsen nach der Berufs- u. Gewerbezählung v. 14. Juni 1895. (Ebenda.)

Märtens, O., Die schweizerische Brauindustrie u. ihre Arbeiter. (Schweizerische Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik. 1897, Nr. 22.)

Martin, Assessor **Rud.,** Großbetrieb und Handwerk vor 600 Jahren. (Preußische Jahrbücher v. Delbrück, 1898. 2. Heft.)

Mayr, G. v., Die belgische Industrie- und Gewerbezählung vom Herbst 1896. (Allgem. statist. Archiv, 1898, 1. Halbband.)

Migerka, Dr. **F.,** k. k. Ministerialrat und Central-Gewerbeinspektor a. D., Das Wachstum der österreich. Industrie u. die Wandlung d. Arbeitsverhältnisses in den letzten fünfzig Jahren. (In: Die Großindustrie Oesterreichs, Bd. I, S. 129 bis 145.)

Rosenfeld, Siegfr., Die Arbeiter in den österreichischen Tabakfabriken. (Statist. Monatsschrift, Wien, Neue Folge, III. Jahrg.)

Rother, R., Beitrag z. Meeraner Industriegeschichte. (Schönburgische Geschichtsblätter. Waldenburg, Kästner 1899, Heft 3.)

Schmidt, J., Beitrag zur Entwickelung der Großindustrie in Deutschland im Zeitraum 1882 bis 1895. (Neue Zeit 1897/98, II. Bd.)

Schwiedland, E., Formen und Begriff der Hausindustrie. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. III. Folge, 16. Bd.)

Stein, E. v., Die Leinenindustrie Oesterreichs. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 36.)

Wächter, Assessor **G.,** Die Textilindustrie im Königreiche Sachsen nach der Berufs- u. Gewerbezählung v. 14. Juni 1895. (Zeitschrift des Kgl. sächs. statist. Bureaus 1898. Heft 3/4. Dresden.)

Willoughby, W. F., The concentration of industry in the United States. (The Yale Review 1898, No 1.)

Zahn, Friedrich, Die Entwickelung der deutschen Textilindustrie. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik, III. Folge, 15. Bd.)

Zeitlinger, Mich., Die österreichische Sensenindustrie in den Jahren 1848—1898. (Handelsmuseum, Wien 1898.)

Zuckergroßindustrie, die Bauern und Arbeiter im Dienste derselben. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 33.)

Kinderarbeit und gewerblicher Kinderschutz.

A. Selbständige Litteratur.

Children's Labour Question, The. Reprinted from The Daily News. Cr. 8vo, sd., pp. 156. London, "Daily News" Office. 6 d.

Erwerbsthätigkeit, die, der Karlsruher Volksschulkinder. (Beiträge z. Statistik der Stadt Karlsruhe, Nr. 7.) Karlsruhe, Braunsche Hofbuchdruckerei. (18 S.) ℳ —,80.

Kinder-Ausbeutung, die, in der Hausindustrie u. ihre Bekämpfung. 8. (26 S.) Zürich, Buchh. d. schweiz. Grütlivereins. Fr. —,30.

Nintchitch, M, A., La Réglementation légale du travail souterrain des femmes et des enfants (législation française et étrangère) [thèse]. In-8, 370 p. Paris, Giard et Brière.

Pechell, M. L. and **Nolan, James, J.,** Professions for Boys, and How to Enter them. (326 p.) London, Simpkin. 3/6.

Zimmermann, F. W. R., Statistische Erhebung über die erwerbsthätige Beschäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken f. das Herzogtum Braunschweig 1898. (Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig 1898.) Braunschweig, J. H. Meyer.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

Agahd, Lehrer **K.,** Die Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder im Deutschen Reich. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, Heft 3/4.)

Hampden, A., The working girl of to-day. (The nineteenth Century, May 1898.)

Kelley, Florence, Die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit im Staate Illinois. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, Heft 3/4.)

Losch, Finanzassessor Dr., Die Kinderarbeit in Württemberg. (Württembergische Jahrbücher f. Statistik u. Landeskunde 1898, S. 149—200.)

Moulder, Priscilla E., Child labour in factories. (Humanitarian 1898, No. 3.)

Rauchberg, Prof. **H.,** Die Erhebung über Frauen- und Kinderarbeit in den Ver. Staaten. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 1. Heft.)

Rudloff, Hans L., Frauen- und Kinderarbeit in der italienischen Landwirtschaft. (Beil. z. Allg. Ztg. Nr. 174 vom 2. Aug. 1899.)

Spencer, F. H., Child labour and the half-time system. (The Economic Review 1898, No. 4.)

Strunz, Karl, Die erwerbsmäßige Kinderarbeit und die Schule. (Neue Zeit, I. Bd. 1898/99.)

Thätigkeit, gewerbliche, von Kindern in Dresden. (Mitt. des statist. Amtes der Stadt Dresden. 9. Heft.)

Verordnung betr. die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern u. von Mädchen in Gast- und Schankwirtschaften. (Amtsblatt der freien und Hansestadt Hamburg 1898.)

— betr. die Verwendung von schulpflichtigen Kindern zum Austragen von Zeitungen, Brot u. Milch. (Ebenda.)

Arbeiterschutz und Fabrikgesetzgebung.

A. Selbständige Litteratur.

Albrecht, C., Die persönliche Freiheit des Individuums und die Arbeiterschutz-Vorlage. gr. 8. (15 S.) Berlin, H. Walther. *M* —,30.

Annuaire de l'Association internationale pour la protection de la propriété industrielle. (2e année. 1898.) Deuxième congrès (Londres, juin 1898). In-8, XXXVI-497 p. Paris, Le Soudier.

Anweisung vom 9. August 1899 zur Ausführung der Gewerbeordnung. Tit. I, II, IV, V. Amtliche Ausg. gr. 8. (32 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. *M* —,20.

Auszug aus der Bergpolizeiverordnung f. die Braunkohlen-Briketfabriken im Bezirke des kgl. Oberbergamts zu Halle a. S. v. 14. Mai 1898. gr. 16. (13 S.) Leipzig, C. E. M. Pfeffer. *M* —,10.

— aus den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung üb. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter vom 30. Dezbr. 1898 und der Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendl. Arbeitern in Ziegeleien vom 18. Oktober 1898. (Reichsgesetzblatt S. 1061.) Plakat. qu. gr. Fol. Hagen, O. Hammerschmidt. *M* —,30.

— dasselbe über die Beschäftigung v. Arbeiterinnen über 16 Jahre v. 30. Dezbr. 1898 und der Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen u. jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien vom 18. Oktober 1898. (Reichsgesetzblatt S. 1051.) Plakat. qu. Fol. (Ebd.) *M* —,30.

Bender, A., Taschenbuch f. Fabrikanten u. Betriebsleiter, sowie Gewerbeaufsichtsbeamte und Polizeibehörden. 8. (VII, 253 S.) Glogau, C. Flemming. geb. *M* 3,60.

Berggesetz, österreichisches. 9. Aufl. Nachträge. (IV, 128 S.) Wien, Manz. fl. 1,—.

Bericht der k. k. Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1898. Lex.-8. (LXI, 421 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. fl. 4,—.

— der Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen. Hamburg, Gräfe & Sillem. (215 S., 6 Taf., 1 Karte und 39 Anlagen.) ℳ 3,—.

— des k. k. Gewerbe-Inspektors für die öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien (Amtssitz: Wien), aus dem Bericht der k. k. Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1898. Lex.-8. (XLVII, 18 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. fl. —,40.

— des schweizerischen Arbeitersekretariats über die Anwendung des eidgenössischen Fabrikgesetzes. 8. (40 S.) Zürich, Buchh. des schweizerischen Grütlivereins. Fr. —,30.

Berichte der Kantonsregierungen über die Ausführung des Bundesgesetzes betr. die Arbeit in den Fabriken 1897 u. 1898. Veröffentlicht vom schweizerischen Industriedepartement. (Deutsch u. französisch.) gr. 8. (III, 159 S.) Aarau, H. R. Sauerländer & Co. Fr. 1,80.

Bergwerks-Inspektion, die, in Oesterreich. Berichte der k. k. Bergbehörden üb. ihre Thätigkeit im Jahre 1896 bei Handhabung der Bergpolizei und Beaufsichtigung der Bergarbeiterverhältnisse. Veröffentlicht vom k. k. Ackerbauministerium. 5. Jahrg. 1896. 2. Lfg. gr. 8. (III u. S. 287—457.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. 1899. fl. 1,80.

Chailley-Bert, J. et **A. Fontaine,** Lois sociales. Deuxième supplément, donnant les textes de 1896, de 1897 et du premier semestre 1898. In-8, 46 p. Nancy 1898, Berger-Levrault et Ce. fr. 2,—.

Compte rendu des travaux du dixième congrès national corporatif (quatrième de la Confédération générale du travail). tenu à Rennes les 25, 27, 28, 29, 30 septembre et 1er octobre 1898. In-8, 392 p. Rennes 1898, impr. des Arts et Manufactures.

Conseil supérieur du travail (institué par arrêté royal du 7 avril 1892). Cinquième session, 1897—1898. In-4, 31 p. à 2 col. Bruxelles 1898, P. Weissenbruch. fr. 1,50.

Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung. gr. 4. (36 S.) Berlin, Heymann. ℳ 2,—.

Evert, G., Der Arbeiterschutz u. seine Entwickelung im 19. Jahrh. gr. 8. (VII, 40 S. m. 1 Tab.) Ebenda. ℳ 1,—.

Humann, L., Katechismus des Arbeiterrechts. 8. (47 S.) Flöha, A. Peitz & Sohn. ℳ —,50.

Jahresbericht der großherzogl. badischen Fabrikinspektion f. d. J. 1898. gr. 8. (V, 140 S.) Karlsruhe, F. Thiergarten. ℳ 3,—.

— 1898er, des Gewerbeaufsichtsbeamten f. Reuß Aelt. L. Hulek. gr. 8. (43 S.) Greiz, E. Schlemm Nachf. ℳ —,70.

— üb. die Thätigkeit des Gewerbeaufsichtsbeamten f. den Aufsichtsbez. Lübeck im J. 1898. (Von Gewerbeinsp. Johannsen.) gr. 4. (20 S.) Lübeck, Lübcke & Hartmann. ℳ —,50.

Jahresberichte, die, der königl. bayerischen Fabriken- u. Gewerbe-Inspektoren f. d. J. 1898. gr. 8. (LIII, 503 S.) München, Th. Ackermann. ℳ 7,—.

— der Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Herzogt. Braunschweig f. d. J. 1898. gr. 8. (55 S.) Braunschweig. J. H. Meyer. Kart. ℳ 1,50.

— der königl. preußischen Regierungs- u. Gewerberäte u. Bergbehörden f. 1898. Amtliche Ausg. gr. 8. (XXXIX, 690 S.) Berlin, R. v. Decker. ℳ 8,70; geb. in Leinw. ℳ 9.40.

— der königl. sächsischen Gewerbe-Inspektoren f. 1898. gr. 8. (VIII, 563 S. m. 2 Taf.) Dresden, A. Schröer.

— der Gewerbe-Aufsichtsbeamten im Königr. Württemberg f. d. J. 1898. gr. 8. (IV, 185 S. m. 1 Tab.) Stuttgart, H. Lindemann in Komm. ℳ 2,—.

Jehle, Gewerbeinsp. Rat **Ludw.,** Die Gesundheitsverhältnisse in den Gewerbebetrieben. Vortrag. (32 S. m. 2 Tab.) Wien, Perles. fl. —,20.

Lamprecht, Bergingen. **Rob.**, Die Grubenbrandbewältigung. Beschreibung sämtl. Methoden der Grubenbrandbewältigung u. der hierfür erforderl. Vorrichtgn. als Dammbauten, Athmungs- u. Rettungsapparate ꝛc. Mit 7 lith. Taf. gr. 8. (XX, 142 S.) Leipzig, A. Felix ℳ 7,—.

Lang, Otto, Die Revision des schweiz. Fabrikgesetzes. 8. (48 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. Fr. —,40.

Mitteilungen, amtliche, aus den Jahresberichten der (deutschen) Gewerbe-Aufsichtsbeamten, XXII. Jahrg. 1897. gr. 8. (XIII, 437 u. 57 S.) Berlin, W. T. Bruer. ℳ 8 55; geb. ℳ 9,25.

Neukamp, Landger.-R. Dr. **Ernst**, Die Reichsgewerbeordnung in ihrer neuesten Gestalt nebst Ausführungsvorschriften. 3. Aufl. (XIII, 621 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 3,50.

Plotke, Gewerbe-Insp. **Emil**, Die Gewerbe-Inspektion in Deutschland. Ihre Entwickelung, Organisation u. Aufgaben. gr. 8. (IV, 116 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 1,60.

Rapports annuels de l'inspection du travail. 3e année, 1897. In-8, VIII-285 p. et pll. hors texte. Bruxelles 1898, J. Lebègue et Cie. fr. 3.50.

Roth, Reg.- u. Med.-R. Dr., Gewerbetechn. Hülfsarbeiter Tschorn, Gewerbeinspektions-Assist. Dr. Welzel, Die Rechte u. Pflichten der Unternehmer gewerblicher Anlagen, Arbeitgeber u. Arbeitnehmer. (XV, 787 S.) Berlin, R. Schoetz. Kart. ℳ 15,—.

Sammlungen, die, des gewerbe-hygienischen Museums in Wien. Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter in gewerblichen Betrieben. Wien 1890, Spielhagen & Schurig. (244 S.)

Schwiedland, E., Ziele und Wege einer Heimarbeitsgesetzgebung. gr. 8. (199 S.) Wien. Manz. fl. 4,—.

Staub, M., Evangelische Reflexionen über den I. internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich vom 23. bis 28. August 1897. 2 Vorträge. gr. 8. (IV, 34 S.) Zürich, Fäsi & Beer. Fr. —,80.

Tarde, G., Les Lois sociales. Esquisse d'une sociologie. 2e édition. In-18 jésus. 166 p. Paris, F. Alcan.

Verwaltungsberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsaß-Lothringen f. d. J. 1898. gr. 8. (121 S.) Straßburg, Straßburger Druckerei u. Verlagsanstalt. ℳ 1,50.

Weigelsperg, Frhr. **V. v.**, Compendium der auf das Gewerbewesen bezugnehmenden Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften. IX. Nachtragsheft. Mit e. Register. gr. 8. (IV, 97 S.) Wien, Manz. fl. 1,80.

Wengler, Reg.-R. **Alfr.**, Das deutsche Gewerberecht nach der Reichsgewerbeordnung u. der sonstigen neuen Gesetzgebung. gr. 8. (VI, 120 S.) Leipzig, Verlag der Handels-Akademie Leipzig. Geb. ℳ 2,75.

Wetten en reglementen betreffende den arbeid der vrouwen en kinderen. de politie over de gerangschikte gestichten, het betalen van het loongeld aan de werklieden, de werkplaats-reglementen en het opzicht over den arbeid. Pet. in-8, 280 p. Bruxelles. J. Lebègue et Cie. fr. 1,25.

Willis, W. A., The Workmens Compensation Act, 1897. Containing the Rules and Regulations under the Act, The Employers' Liability Act, 1880. 6th ed. Cr. 8vo, pp. 262. London. Butterworth. sh. 3/6.

B. Gelegenheitsschriften.

Todd, Edw. Arth., Die Wirkung des gesetzl. Schutzes auf die Lage d. jugendl. Fabrikarbeiter Deutschlands. Diss. d. Univers. Halle a. S., 1897. (60 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Bekanntmachung betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken u. auf Zink- u. Bleierzbergwerken im Reg.-Bez. Oppeln. (Reichsgesetz-Blatt 1897.)

— betr. Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten. (Ebenda.)

Bericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten im Herzogtum Sachsen-Altenburg f. d. Jahr 1898. Altenburg 1899. (26 S.) (In Statist. Mitteil. aus dem Herzogtum S.-A.)

Borght, Prof. van der, Die niederländische Fabrikinspektion in den Jahren 1894—1896. (Archiv für soc. Gesetzgebung u. Statistik 1898, 2. Heft.)

Bundesgesetz betr. die Fabrikation und den Betrieb von Zündhölzchen. (Sanitarisch-demogr. Wochenbulletin d. Schweiz Nr. 23 v. 1899.)

Fleury, J., Le Congrès international de la législation douanaière et de la règlementation du travail. (Journal des Economistes 1898. Octobre.)

Francke, E., Die Arbeiterverhältnisse im Hafen zu Hamburg. (Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung 2c. 1898, 3. Heft.)

Fürth, Henriette, Berichte der preußischen Fabrikeninspektoren für 1897. (Deutsche Worte 1898, Nr 8.)

Guyot, Yoes, La conférence de Berlin et la législation internationale du travail. (Revue politique et parlementaire 1898, No. 42.)

Lang, O., Das schweizerische Fabrikgesetz nach zwanzigjährigem Bestand. (Neue Zeit. I. Bd. 1898,99.)

Laur, E., Beschlüsse des internationalen Kongresses für Arbeiterschutz in Bezug auf die Landwirtschaft. (Schweiz. Bl. f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1898).

Riedl, R., Eine vorgeschrittene Fabrikgesetzgebung (Schmollers Jahrbuch 1899, I, S. 315).

Rouxel, La protection du travail au Brésil. (Journal des Economistes, année LVI Decbr.)

Schaffung, die, eines unteren Aufsichtsapparates im Bergwerksbetrieb. (Mitteil. d. Ver. z Wahrung d gemeins. wirtschaftl. Interessen i. Rheinl. u. Westf. 1898.)

Scheidegger, J., Die Zielpunkte einer schweizerischen Fabrik-Gesetzgebung. (Zeitschrift für schweiz Statistik 1898, 5. Liefg.)

Schilder, Sigmund, Die Regelung der Heimarbeit (Gegenwart 1898, I. S. 321).

Schuler (Fabrikinsp.), Eine vorgeschrittene Fabrikgesetzgebung. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, Breslau 1898, Heft 4/5.)

Simon, Helene, Die englische Fabrikgesetzgebung. (Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung 2c. 1898, 2. Heft.)

Tönnis, Prof. Ferd., Die Enquete über Zustände der Arbeit im Hamburger Hafen. (Archiv f. soc. Gesetzgeb. u. Statistik 1898, Heft 3/4)

Vanderrydt, H., Die Arbeitsinspektion in Belgien während der Jahre 1895 u. 1898. (Dasselbe, 1898, Heft 2.)

Arbeitszeit. A. Selbständige Litteratur.

Ruin, der angebliche, des Kleinhandels durch den Ladenschluß. gr. 8. (35 S.) Hamburg, Leipzig, H. Beyer in Komm. ℳ —,20.

Schromm, Binnenschiffahrts-Insp., Regelung der Nachtruhe im Schiffahrtsgewerbe. (10 S. m. 1 Taf.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ —,80.

den Tex, G. M., Arbeidsduur en drankmisbruik. Amsterdam, Gebr. Schröder. fl. —,60.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

d'Aulnis de Bourouill, Prof. J., De agitatie over den nachtarbeid der bakkersgezellen, in verband met de uitkomsten de heroepstelling van 1889. (de Economist. Amsterdam 1898. Februari en Maart.)

Davidson, Om den lagstadgade begränsningen of arbetstiden. (Ueber die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit.) (Ekonomisk Tidskrift, Stockholm, 1899, II.)

Mac, John, Neue Fortschritte zur Achtstundenbewegung in England. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik, 1898, 1. Heft.)

Schuler (Fabrikinsp.), Zwanzig Jahre Normalarbeitstag in der Schweiz. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, Breslau 1898, Heft 8/9.)

Schumacher-Zarchlin, H., Zur Geschichte des Normalarbeitstages. (Zeitschrift für Social- u. Wirtschaftsgeschichte, 1898, Heft 1, Weimar).

Sonntagsfrage. A. Selbständige Litteratur.

Barth, Dr. P., Schlaf u. Sonntag u. deren gesundheitliche Bedeutung. Vortrag. 8. (15 S.) Basel, C. F. Lendorff. ℳ —,20.

Dietterle, Prof. Dr. Johs., „Was kann v. unserer Seite geschehen, um dem Sonntage seine sociale Bedeutung zu sichern?" Vortrag. gr. 8. (37 S.) Pirna, C. Diller & Sohn in Komm. ℳ —,40.

Engelmann, P., Le Repos du dimanche dans l'industrie (thèse). In-8, 262 p. Paris, Arthur Rousseau.

Mielke, Gfr., Der Sonntag. (54 S.) Stuttgart, G. Belser. ℳ 1,—.

Roth, Rechtsprakt. Dr. **Chrn.,** Sonntagsfeier u. Sonntagsruhe in Bayern unter Berücksicht. der einschlägigen Gesetze u. Verordnungen 2c. 8. (VIII, 176 S.) München, J. Schweitzer Verl. Kart. ℳ 2,50.

Schäfer, Ph., Die Sonn- u. Festtagsruhe für Handelsgewerbe, Handwerk u. Industrie in der Stadt Mainz. Mainz, Quasthoff. (30 S.) ℳ —,40.

Teichmann, Past. **A.,** Die Sonntagsfeier. Vortrag. 8. (III, 56 S.) Wolfenbüttel, J. Zwißler. ℳ —,50

Travail du dimanche. Vol. IV. Belgique. Consultation des conseils de l'industrie et du travail. Enquête dans les grands magasins. Consultation de l'association pour le repos du dimanche en Belgique. In-8, XLII-82 XXXVIII-224-27 p. et 1 p. d'errata Bruxelles, J. Lebègue et Ce fr. 3.

Vömel, Pfr. **Alex.,** „Ein kostbares Kleinod." Ein Beitrag zur Sonntagsfrage. 12. (30 S.) Barmen, Wupperthaler Traktat-Gesellschaft. ℳ —,15.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

Feier, die, der Sonn- und Festtage betr. (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1898).

Heilighaltung, äußere, der Sonn- und Feiertage (Sächs.-Altenb. Gesetzsammlung 1897).

Julin, A., Le travail du dimanche en Belgique d'apres l'enquête de l'Office du travail belge. (Reforme sociale 1898).

Sonntagsruhe an den in die Woche fallenden gesetzlichen Einzelfesttagen (Mitt. d. Vereins z. W. d. gem. w. Interessen v. Rheinl. u. W., 1899, 3).

III. Gewerbe- und Handwerkerfrage. — Innungs- und Vereinswesen. — Lehrlings- und gewerbliche Bildungsfrage.

Zeitschriften (Ergänzung vom Jahrgang 1899, S. 44).

Archivio di diritto industriale in rapporto al diritto penale. Anno I, 1899. Torino, tip. Roux, Frassati e C. 8. p. 20.

Gewerbe, das, Organ für den schweizer. Handwerkerstand. 16. Jahrg. 1899. 52 Nrn. Fol. Bern, Büchler & Co. Fr. 5,30.

Gewerbe-Zeitung, aargauische. Jahrg. 1899. 24 Nrn. Fol. Aarau, H. R. Sauerländer & Co. Fr. 4,—.

Die Gewerkschaft. Revue für Socialpolitik. Herausgeg. von Anton Hueber, redigiert von Dr. Benno Karpeles. Neue Folge Bd. I. Wien, Volksbuchh. Erscheint in 24 Nrn. Jährl. fl. 4 —.

Handwerkerblatt, rheinisches. Red.: P. Bentz. 1. Jahrg. Mai 1899—April 1900. 52 Nrn. gr. 4. Wiesbaden, P. Plaum. Viertelj. ℳ —,75.

Gewerbe- und Handwerkerfrage im Allgemeinen.

A. Selbständige Litteratur.

Anweisung vom 22. III. 1899 zur Ausführung der Gewerbeordnung Titel III. Amtliche Ausg. gr. 8. (16 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ —,20.

Bauer, Fachschul-Leit. **Hans,** Katechismus der Buchbinderei. (340 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 4,—.

Behse, Dr. **W. H.,** Der Zimmermann. 10. Aufl., hrsg. v. Postbauinsp. Herm. Robrade. Mit e. Atlas v. 44 Foliotaf., enth. 652 Abbildgn. gr. 8. (X, 176 S. m. Abbildgn.) Leipzig, B. F. Voigt. *M* 9,—.

Bericht des k. k. Handelsministeriums üb. die Förderung des Kleingewerbes im J. 1898. gr. 4. (204 S. m. Abbildgn. u. 3 Karten.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. fl. 1,50.

Berufsstatistik für das Herzogtum Sachsen-Meiningen. (Statistik des Herzogtums Sachsen-Meiningen, VII. Bd., Nr. 1.) Meiningen, Keyßnersche Hofbuchdruckerei.

Berufs- u. Gewerbezählung vom 14. Juni 1895. Gewerbestatistik für das Reich im Ganzen. (XIV, 543 S.) (Statistik des deutschen Reichs.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. *M* 6,—.

— — Die berufliche u. sociale Gliederung des deutschen Volkes nach der Berufszählung vom 14. VI. 1895. (X, 279 und 427 S. mit 7 farb. Tafeln und 18 farb. Karten.) Ebenda. *M* 8,—.

Berufszählung, Hauptergebnisse der, vom 14. VI. 1895 in den Herzogtümern Sachsen-Koburg und Gotha. (Mitteilungen des statist. Bureaus des herzogl. Staatsministeriums zu Gotha 1897.) Gotha, C. F. Thienemann.

Boch, R. v., Geschichte der Töpferarbeiter von Staffordshire im 19. Jahrh. (332 S.) Stuttgart, J. G. Cotta Nachf.

Cnyrim, A., Das Bäckergewerbe der Neuzeit. 6. Aufl. Hrsg. von Bäckermstr. L. Jost. Mit zahlreichen Textabbildgn. u. e. Atlas v. 11 Taf. (in Fol.). gr. 8. (XII, 322 S.) Leipzig, B. F. Voigt. *M* 6,75.

Dittrich, Die wirtschaftliche Förderung des gewerblichen Mittelstandes und das Reichsgesetz vom 26. VII. 1897. gr. 8. (35 S.) Berlin, Mitscher & Röstell. *M* 1,—.

Ergebnisse, die, der Berufszählung vom 14. VI. 1895. (73 S.) (Beiträge zur Statistik der Stadt Karlsruhe. Nr. 8.) gr. 4. Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdr. *M* 2,80.

Ergebnisse der in Oesterreich vorgenommenen Gewerbezählung nach dem Stande vom 1. VI. 1897. Verf. u. hrsg. vom arbeitsstatist. Amte im k. k. Handelsministerium. gr. 4. (XL, 381 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. fl. 3,60.

Erzberger, Handwerkeranw. Red. Matth., Material zur Handwerkerfrage. 12. (32 S.) Stuttgart, Deutsches Volksblatt. *M* —,20.

Gewerbe-Verzeichnis in systematischer u. alphabetischer Ordnung nach der Berufs- u. Gewerbezählung vom 14. VI. 1895. Hrsg. v. kaiserl. statist. Amt. gr. 4. (99 S.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. *M* 1,—.

Handwerker-Kalender f. Baden. 1. Jahrg. 1899. 12. (216 u. III S.) Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdr. u. Verl. Geb. *M* 1,—.

Hauptergebnisse, die, der Gewerbezählung vom 14. VI. 1895 im Großherzogt. Mecklenburg-Schwerin. (IV, 79 S.) Schwerin, Stiller & Co. *M* 2,—.

Hentschel, F. M., Praktisches Lehrbuch der Kammgarnspinnerei. 2. Aufl. Mit 96 Abbildgn. u. vielen Tab. gr. 8. (XIV, 336 S.) Stuttgart, A. Bergsträßer. *M* 7,—; geb. *M* 8,—.

Hoch, Ingen. Baugewerksch.-Lehr. **Jul.,** Technologie der Schlosserei. 1. Tl. Mit 256 in den Text gedr. Abbildgn. (XVI, 430 S.) *M* 6,—. Dasselbe, 2. Tl. Mit 288 in den Text gedr. Abbildgn. (XVI, 416 S.) Leipzig, J. J. Weber. *M* 6.—.

Knoke, Ob.-Ingen. **J. O.,** Die Kraftmaschinen des Kleingewerbes. 2. Aufl. gr. 8. (XII, 529 S. m. 452 Fig.) Berlin, J. Springer. Geb. *M* 12,—.

Krier, Dir. J. Bern., Der Beruf. 24 Konferenzen, den Zöglingen des bischöfl. Konviktes zu Luxemburg geh. 3. Aufl. 12. (XII, 378 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 2,—; geb. *M* 2,80.

Kustermann, R., Das Mühlengewerbe im rechtsrheinischen Bayern. 74 S. Stuttgart, J. G. Cotta Nachf. *M* 2,—.

Lipperheide, Frieda, Das Spitzenklöppeln. Nachgelassenes Werk. hoch 4. (XVI, 63 u. 44 S. m. Abbildgn. u. 1 Bildnis.) Berlin, F. Lipperheide. *M* 4,50.

Marfels, Carl, Die Not der Gewerbetreibenden und die Bodenreform. Berlin, J. Harrwitz Nachf. ℳ —,50.

Mendelſon, Dr. Max, Die Stellung des Handwerks in den hauptſächlichſten der ehemals zünftigen Gewerbe. (X, 240 S.) gr. 8. Jena, G. Fiſcher. ℳ 4,50.

Meſſing, Ludwig, Die Wiener Fleiſchfrage mit Ausblicken auf Produktion, Gewerbe und Konſumverhältniſſe. 58 S. Wien, Frick. fl. 1,—.

Mühlpfordt, W., Die Handwerkerfrage und das neue Handwerkergeſetz. (57 S.) Königsberg i. Pr., W. Koch. ℳ 1,—.

Protokoll, ſtenographiſches, des III. öſterreichiſch-ungariſchen Bäckertages vom 1. bis 3. Jänner 1898. Wien, Verlag des „Zeitgeiſt" 1898. (88 S.) fl. —,40.

Rauſch, Wilh., Der Stellmacher. 4. Aufl. Mit e. Atlas v. 400 Abbildgn. auf 25 Foliotaf. gr. 8. (VIII, 124 S.) Leipzig, B. F. Voigt. ℳ 7,50.

Résultats statistiques du recensement des industries et professions (dénombrement général de la population du 29 mars 1896). T. Ier. In-4, III-651 p. Paris, Impr. nationale.

Retzbach, Dr. Ant., Die Handwerker- und die Kreditgenoſſenſchaften. (VIII, 133 S.) Freiburg i. B., Geſchäftsſtelle des Charitas-Verbandes f. das kathol. Deutſchland. ℳ 2,—.

Reymann, C., Eiſenb.-Maſchineninſp. i. P., Führer f. das gewerbliche Leben. 12. (VIII, 356 S. m. Abbildgn.) Berlin, G. Siemens. Geb. ℳ 2,—.

Schwiedland, Dr. E., Ziele u. Wege e. Heimarbeitsgeſetzgebung. Gutachten, dem k. k. Handelsminiſterium erſtattet. gr. 8. (199 S.) Wien, Manz. fl. 4,—.

Stegemann, Das neue Handwerkergeſetz. Gemeinverſtändlich dargeſtellt. 3. Aufl. 5. u. 6. Tauſend. gr. 8. (64 S.) Braunſchweig, Verlag f. kaufmänniſch. Unterrichtsweſen u. Wirtſchaftskunde. ℳ —,40.

Trefz, Dr. Fritz, Das Wirtsgewerbe in München. Eine wirtſchaftl. und ſociale Studie. Stuttgart, Cotta Nachf. (X, 240 S.) ℳ 5,—.

Unterſuchungen üb. die Lage des Hauſiergewerbes in Deutſchland. 4. Bd. (XIII, 461 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 10,20.

— üb. d. Lage d. Hauſiergewerbes in Oeſterreich. (LXXI, 339 S.) Ebenda. ℳ 9,60.

Was willſt du werden? Die Berufsarten des Mannes in Einzeldarſtellgn. Der Apotheker. 2. Aufl. 8. (44 S.) Leipzig, P. Beyer. ℳ —,50.

— dasſelbe. Der Bautechniker. 2. Aufl. 8. (42 S.) Ebd. ℳ —,50.

Wengler, A., Das deutſche Gewerberecht nach der Reichsgewerbeordnung ꝛc. gr. 8. (VI, 120 S.) Leipzig, Verlag der Handelsakademie Leipzig. Geb. ℳ 2,75.

Zimmermann, Dr. F. W., Finanzrat, Die Ergebniſſe der Berufs- und Gewerbezählung v. 14. 6. 1895 im Herzogtum Braunſchweig. 3. Abt. (II, S. 129—211.) Braunſchweig, Schulbuchh. ℳ —,75.

Zur Handwerkerfrage. Das Klebegeſetz. Burſchen-Bataillone. Praktiſche Vorſchläge z. Löſung d. ſocialen Frage. 8. (39 S.) Hamm, Breer & Thiemann. ℳ —,30.

Zuſammenſtellung, ſtatiſtiſche, über die Arbeits- u. Lohnverhältniſſe im Bäckergewerbe in Wien und vielen anderen öſterreichiſchen Städten und Ortſchaften. Herausgegeben von der Gewerkſchaft der Bäckerarbeiter Niederöſterreichs. Wien XVI, Lerchenfelder-Gürtel. (160 S.) fl. 1,—.

B. Gelegenheitsſchriften.

Kuntze, Kurt, Das Hauſiergewerbe der Satzunger (Sächſ. Erzgeb.) (Diſſ. d. Univ. Leipzig. 180 S.)

Kreuzkam, Th., Das Baugewerbe in Leipzig. (Diſſ. d. Univ. Leipzig. 88 S.)

Tarjanz, Sedrak, Das Gewerbe bei den Armeniern. (Diſſ. d. Univ. Leipzig, 1897. 62 S.)

Vogel, O., Dir. d. Realgymnaſiums zu Perleberg, Zur Geſchichte des Perleberger Schuhmacher- und Lohgerbergewerks (Programmſchrift 1898. 26 S.)

C. Aufſätze und Ausſchnitte.

Abänderung der Gewerbeordnung betr. Geſetz vom 26. Juli 1897. (Innungen, Innungsausſchüſſe, Handwerkerkammern, Innungsverbände. R.-Geſ.-Bl. 1897.)

Brandt, L. O., Aus der Geschichte des Saalfelder Fleischerhandwerks. (Schriften d. Vereins f. Sachsen-Meiningen'sche Geschichte ꝛc., Hildburghausen 1898, 29. H.)

Geißler, Arthur, Geh. Ob.-R.-R., Die Gewerbebetriebe im Königreiche Sachsen. a. Hauptergebnisse nach Gewerbegruppen. (Zeitschrift des Kgl. sächs. statistisch. Bureaus 1898, Heft 1/2.)

Gewerbegesetz, ein schweizerisches. (Organisation d. Kleingewerbes in der Schweiz. Zeitschrift für Socialwissenschaft, Breslau 1898, Heft 8/9.)

Grätzer, Rud., Zur Statistik der Innungsmeister unter den deutschen Handwerkern. (Schmoller's Jahrb. f. Gesetzgeb. ꝛc. 1898, 2. Heft.)

Hilse, B., Die Bestrebungen zum Schutze der Bauhandwerker gegen Werklohnverluste. (Archiv f. öffentl. Recht 1898, 2. Heft.)

Krasiel, Franz W., Der Bauschwindel und der gegenwärtige Stand der Bauhandwerkerfrage. (Handelsmuseum. Wien 1898, No. 33.)

Losch, Hermann, Berufskombinationen. (Beilage z. Allgem. Zeitg., No. 171 vom 29. Juli 1899.)

Märtens, Otto, Das schweizerische Schneidergewerbe und die Lage und Organisation seiner Arbeiter. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1898.)

v. Mayr, Die Bedeutung des Nebenberufs für die allgemeine Berufsstatistik. (Beil. z. Allg. Zeitg., München, No. 160 v. 17. Juli 1899.)

Scheidegger, J., Präs. des Schweizer Gewerbevereins in Bern, Die Zielpunkte einer schweiz. Gewerbegesetzgebung (Zeitschr. f. Schweiz. Statistik 1898, S. 432.)

v. Scheel, H., Die deutsche Berufs- und Betriebszählung vom 14. Juni 1895. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik, III. Folge, 15. Bd.)

Thomsen, Benno, Die Rettung des Kleingewerbes. (Gegenwart 1898, I, S. 81.)

Voigt, Paul, Erwiderung auf den Artikel: Zur Statistik der Innungsmeister unter den deutschen Handwerkern von Rud. Grätzer. (Schmoller's Jahrbuch für Gesetzgebung ꝛc. 1898, 2. Heft.)

Welker, Georg, Die hauptberuflich Selbständigen im preußischen Staate. (Zeitschrift des Kgl. preuß. statist. Bureaus 1898, Heft 1/2.)

Zahn, Dr. **Fried.,** Die berufliche und sociale Gliederung des deutschen Volkes. (Beil. z. Allg. Ztg. 1899, No. 142.)

— Der Nebenerwerb. (Ebenda, No. 201 v. 4. Sept. 1899.)

Gewerbliches Vereinswesen. A. Selbständige Litteratur.

Blütezeit, aus der, des Innungs- und Zunftwesens. („Volksaufklärung" Nr. 16.) Warnsdorf i. B., Opitz. fl. —,08.

Genossenschaften, die gewerblichen, Niederösterreichs in den Jahren 1854, 1865 u. 1898. Verf. vom statist. Bureau der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer. (XLVI, 238 S.) Wien, Braumüller. fl. 4,—.

Genossenschaftswesen, das, u. sein Verhältnis zur gewerkschaftlichen und politischen Thätigkeit der Arbeiter. Preisarbeiten. 8. (38 S.) Zürich, Buchh. des schweiz. Grütlivereins. Fr. —,40.

Handbuch f. die Mitglieder des deutschen Werkmeister-Verbandes f. d. J. 1899. 8. Jahrg. gr. 8. (266 S. m. 1 Karte.) Düsseldorf. (Leipzig, Schulze & Co.) *M* 7,—.

Jahrbuch für den deutschen Fleischer-Verband 1899. Herausg. v. Obermeister Gg. Schwarz u. Schriftführer Ant. Schwarz. 12. (160 S. u. Schreibkalender m. 5 eingedr. Bildnissen.) Leipzig, Jüstel & Göttel. Geb. *M* 1,—.

Korthaus, C. J., Die Rohstoff- u. Werkgenossenschaft der Tischler zu Osnabrück. gr. 8. (16 S.) Köln, J. P. Bachem. *M* —,25.

Merlin, R., Les Associations ouvrières et patronales: Syndicats professionnels et agricoles; Sociétés coopératives de consommation, de production, d'épargne et de crédit, de construction; Mutualités d'assistance et d'assurance. In-8, VII-519 p. Paris, A. Rousseau. fr. 8,—.

Report . . . Trades unions in 1897, with comparative Statistics pro 1892—1896. London, Darling & Son. (268 p.) 1 sh. 4½ d.

Retzbach, A., Die Handwerker und die Kreditgenossenschaften. Ein Beitrag zur Handwerkerorganisation. gr. 8. (VIII, 133 S.) Freiburg i. B., Geschäftsstelle des Charitas-Verbandes f. d. kathol. Deutschland. *M* 2,—.

B. Gelegenheitsschriften.

Brügel, Carl, Die Ansbacher Schneiderzunft. Diss. d. Univ. Erlangen, 1898. (46 S.)

Crüger, Dr. **Hans,** Anwalt ꝛc., Aus Vergangenheit u. Gegenwart der deutschen Genossenschaften. Festschrift z. 40. Allg. Genossenschaftstag. Berlin 1899. (94 S.)

Jahresbericht d. Gewerbevereins Karlsruhe i. B. mit Bericht über die Thätigkeit des Landesverbandes badischer Gewerbevereine pro 1898. Karlsruhe 1899. (32 S.)

Moll, Gerichtsreferendar **E.,** Die neuere Gewerkschaft nach dem preuß Berggesetz v. 24. Juni 1865 systematisch dargestellt. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898.) (60 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Beumer, Dr., Die englischen Gewerkvereine. (Mitteil. d. Vereins z. Wahrung gem. wirtsch. Interessen 1899, S. 39—57.)

Brandt, L. O., Die Vertretung des Handwerks in den deutschen Handelskammern. (Handelsmuseum 1898, 13. Bd.)

Crüger, Dr. **Hans,** Zur Organisation des Handwerks. (Gewerbebl. aus Württemberg 1898, Nr. 41.)

Flaix, Fournier de, Les syndicats professionnels. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, No. 3.)

Galton, F. W., Die Fortschritte der englischen Gewerkvereine. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, Heft 3/4.)

Gottschaldt, A., Mitteilungen aus der Lade der Maurer-Innung zu Chemnitz. (Mitteil. d. Vereins f. Chemnitzer Geschichte X, 1899, S. 69.)

Hasbach, W., Die Zukunft der Koalitionsfreiheit und die Gewerkvereine. (Gegenwart 1898, I, S. 177.)

Hilse, Benno, Zwangsinnung oder freie Innung. (Ebenda 1898, I, S. 257.)

Hugo, C., Die Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., 1. Bd.)

Poersch, Br., Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle. (Ebenda, 16. Jahrg., Nr. 4.)

Valleroux, Hubert, De la capacité civile des syndicats professionnels. (Sociale Réforme 1898, Août.)

Wiedfeldt, Müllerei- und Bäckereigenossenschaften in Deutschland und Frankreich. (Handelsmuseum, Wien 1898.)

Gewerbliche Ausbildung und Lehrlingsfrage.

A. Selbständige Litteratur.

Bericht, 27., der Gewerbeschul-Kommission in Wien über ihre Wirksamkeit im Schuljahr 1897/98 gr. 8. (396 S. m. 3 Tab.) Wien, C. Conegen. fl. 2,—.

Beyer, Kaufm. Bücherrev. **Engelb.,** Gewerblicher Volksratgeber f. Jedermann. Ein zuverlässiges Hülfs- und Formularbuch. gr. 8. (XV, 368 S.) Berlin, A. W. Hayns Erben. Kart. ℳ 2,50.

Droese, Max, Wie muß der Handwerker seine Bücher führen? Ein prakt. Wegweiser. gr. 8. (61 S.) Berlin, H. Steinitz. ℳ 1,—.

Eschner, Lehr. **Max,** Illustrierte Gewerbekunde f. Schulen u. zur Selbstbelehrung. 1. Teil. Das Nahrungsgewerbe. Mit 250 Abbildgn., 10 Tab. und 2 Uebersichtskarten. gr. 8. (VI, 178 S.) Stuttgart, Hobbing & Büchle. ℳ 1,20; kart. ℳ 1,50.

Gehrig, Kreisgsch.-Insp. **H.,** u. Handwerker- u. Kunstgewerbesch.-Lehr. F. Stillcke, Lese- u. Lehrbuch f. gewerbliche Fortbildungsschulen u. andere gewerbliche Lehranstalten. 2. Aufl. gr. 8. (XII, 596 S. m. Abbildgn.) Gera, Th. Hofmann. ℳ 2,20; geb. ℳ 2,70.

Gräve, Lehrer **Wilh.,** Die Fürsorge für die gewerbliche Jugend. (26 S.) Bonn, F. Soennecken. ℳ —,60.

Hack, G., Was der Kaufmann und Gewerbetreibende vom Bürgerlichen Gesetzbuch wissen muß. 2. Aufl. gr. 8. (106 S.) Leipzig, Verlag der Handelsakademie Leipzig. Geb. ℳ 2,75.

Harries, Fr., und **W. Andermann,** Lehrer, Buchführung für Handwerker. 8. (48 S.) Hannover, L. Oft. *M* —,40.

Heyd, Lehrer **G.,** Praktische Anleitung zur gewerblichen Buchführung für Bäcker und Gastwirte. 3. Aufl. 8. (IV, 46 S.) Eßlingen, W. Langguth. *M* 1,—.

Heymann, Th., und **A. Uebel,** Lehrer, Aufgaben zur Buchführung eines Gewerbetreibenden. Wittenberg, R. Herrosé. In Heften à *M* —,10.

Kistermann, Carl, Wie soll der Handwerker seine Bücher führen? gr. 8. (73 S.) Düsseldorf, F. Wolfrum. *M* 1,—.

Krauth, Reg.-R. **Thdr.,** Aufgaben für das gewerbliche Rechnen. Für Gewerbeschulen, gewerbl. Fortbildungsschulen 2c. zusammengestellt. 4. Aufl. gr. 8. (VI, 71 u. Auflösgn. 15 S. m. Fig. u. 1 Taf.) Karlsruhe, A. Bielefeld. *M* 1,20.

Lange, Thdr., Werde ein Mann! Mitgabe für die Lehrzeit. 4 Aufl. 12. (266 S.) Leipzig, O. Spamer. Geb. *M* 1,50.

Lehrbrief des Bundes deutscher Stellmacher- und Wagner-Innungen. Fol. (1 Bl.) Berlin, Laubsch & Everth. Auf Leinw., gebrochen in 12, in Leinw.-Decke *M* 1,—.

Mitteilungen über die Ausstellung gewerblicher Unterrichtsanstalten des Königr. Sachsen im Jahre 1898. Mit Beurteilungen. Dresden 1899. (148 S.)

Müller, Prof. **Rud.,** Wie das Reichenberger „Nordböhmische Gewerbe-Museum" entstanden ist. Kulturgeschichtliche Skizze. 8. (23 S.) Reichenberg i. B. Selbstverlag. fl. —,60.

Schneiderhan, Sem.-Oberlehrer **Joh.,** Die schriftlichen Arbeiten aus dem gewöhnlichen Geschäftsleben. Mit 8 Beilagen in Mappe. gr. 8. (52 S.) Stuttgart, Muth. *M* —,45.

Uebersichts-Karte der gewerblichen Unterrichtsanstalten in Oesterreich. Entworfen und gezeichnet von Dr. Karl Peucker. Bearb. v. Minist.-Sekr. Dr. Adolf Müller. Wien, Artaria & Co. In Karton fl. 3,—; auf Leinwand fl. 5,—; mit Stäben fl. 7,50.

Wiglitzky, Handels- und Gewerbek.-Sekr. Dr. **Hub.,** Das Bukowiner Gewerbe-Museum im ersten Jahrzehnt seines Bestandes 1887—1897. gr. 8. (140 S. m. 1 Abb. u. 1 Tab.) Czernowitz, H. Pardini. fl. 2, - .

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Bestimmungen, allgemeine, für Lehrlingsverhältnisse. (Gew.-Bl. a. Württembg. 1898, No. 18 u. 19.)

Gesellenprüfungen, die, n. d. Gew.-O.-Nov. v. 26. Juli 1897. (Ebenda 1898, No. 6.)

Grempe P. M., Lehrlingsausbildung i. d. Metallindustrie (Neue Zeit, 16. J. 1. Bd.)

Grundbestimmungen für die Errichtung von Lehrlingswerkstätten im Königr. Württemberg. (Gew.-Bl. aus Württemberg 1898, No. 10, 11 u. 22.)

Lee, Jos., The textile school at Lowell. (Journal of Social Science, No. 35, 1897.)

Lehrlingsverhältnisse, die, nach dem Gesetz betr. Abänderung der Gew.-O. v. 26. Juli 1897. (Gew.-Bl. aus Württemberg 1898, No. 20. Nach einem Vortrage des Prof. Dr. v. Schönberg in Tübingen.)

Meister und Lehrlinge auf dem Lande. (Ebenda 1898, No. 16.)

Statistik der Lehrlingsstiftungen in Stuttgart und den übrigen großen Städten Württembergs. (Statist. Monatsschr. d. Stadt Stuttgart 1898, S. 117.)

IV. Frauenfrage (auch Arbeiterinnenfrage enthaltend.)

(Mit Ausschluß des Frauenstudiums und der politischen Frauenfrage.)

Zeitschriften (Ergänzung von Jahrgang 1899, S. 53.)

Dokumente der Frauen. Herausgegeben in Wien von Auguste Fickert, Marie Lang, Rosa Mayreder. I. Bd. Wien 1899. Verlag d. Dokumente der Frauen. Monatlich erscheinen 2 Hefte. Einzelne No. fl. —,15; halbj. fl. 1,50.

Frauenberuf. Blätter f. Fragen d. weibl. Erziehung, Ausbildung, Berufs- und Hülfsthätigkeit. Herausgeg. v. schwäb. Frauenverein in Stuttgart. Red.: Frau M. Kübel. 2. Jahrg. Oktbr. 1898—Septbr. 1899. 52 Nrn. gr. 4. Stuttgart, Kolbstr. 4c, A. Lindheimer. Halbjährl. *M* 1,—.

Frauenwelt, die. Wochenschrift für kathol. Hausfrauen u. Töchter. Red.: Albert Kleinsorge. 1. Jahrg. Dezbr. 1898—Novbr. 1899. 52 Nrn. hoch 4. Dülmen, C. Pütz. Vierteljährlich ℳ —,75.

Frauen-Zeitung, sächsische, f. d. Interessen d. Frauen aller Stände. Red.: C. Hege. 2. Jg. Okt. 1898—Sept. 1899. 52 Nrn. Fol. Leipzig-Volkmarsdorf, K. Pröhl. Vierteljährl. ℳ —,75.

Haus und Welt. Illustr. Zeitschr. f. d. deutschen Frauen. Hrsg. v. M. Herbert und E. M. Hamann. 1. Jahrg. Sept. 1899—Aug. 1900. 52 Nrn. hoch 4. Dortmund, A. Wulf. Vierteljährlich ℳ 2,—.

A. Selbständige Litteratur.

Adams-Lehmann, Frau **H. B.,** Die Vorbereitung der Frau zur Lebensarbeit. Vortrag. 12. (25 S.) Zürich, Th. Schröter. Fr. —,50.

Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre vom 30. Dez. 1898 und der Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung v. Arbeiterinnen u. jugendl. Arbeitern in Ziegeleien v. 19. Okt. 1898. (Reichsgesetzblatt S. 1061.) Plakat. qu. gr. Fol. Hagen, O. Hammerschmidt. ℳ —,30.

Donnelly, Eleanor C., Girlhood's hand-book of woman. 12. (203 S.) Freiburg i. B., Herder. Geb. ℳ 3,—.

Fischer-Lette, Marie, Jesu Jüngerin. Ein Wegweiser für der christlichen Jungfrau Liebesthätigkeit. 8. (X, 97 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. ℳ 1,—.

Francke, Dr. **Walth.,** Die Krankenpflegerin. Forderungen, Leistungen, Aussichten in diesem Beruf. (Frauen-Berufe.) 8. (47 S.) Leipzig, E. Kempe. ℳ —,50.

Gordon, Emy, geb. Freiin v. Beulwitz, Selbsthülfe der Frau. 8. (VIII, 152 S.) Stuttgart, Hobbing & Büchle. ℳ —,50.

Gründler, Past. **O.,** Frauenelend und Frauenmission in Indien. Mit Vorwort von D. Warneck. 3. Aufl. 8. (84 S. m. Abb.) Basel, Missionsbuchh. Fr. —,25.

Günther, C., Das Recht der Frau auf Arbeit, eine sociolog. Betrachtung. gr. 8. (14 S.) Berlin, G. Wattenbach. ℳ 1,—.

Hacker, Dr. **Hans,** Die Aerztin. Forderungen, Leistungen, Aussichten in diesem Berufe. (Frauenberufe.) 8. (43 S.) Leipzig, E. Kempe. ℳ —,50.

Hagen, Schriftstell. **Luise,** und höh. Mädchensch.-Lehr. Anna Beyer, Die Erziehung der weiblichen Jugend in den höheren Berufsklassen unseres Volkes vom 15. bis zum 20. Lebensjahre. Zwei gekrönte Preisschriften. 2. Aufl. gr. 8. (IV, 89 S.) Erfurt, C. Villaret. ℳ 1,50.

Hamann, E. M., Erhebet Euch! Ein Wort an Mann und Frau über die Frau. (125 S.) München, R. Abt. ℳ 1,50.

Hasse, Else, Moderne Frauenbildung und ihr sittlicher Gehalt. Ein Beitrag zur Erziehungsfrage unserer Töchter. 2. Aufl. gr. 8. (40 S.) Braunschweig, R. Sattler. ℳ —,80.

Hassel, Henriette, Geschichte d. deutschen Frauenwelt i. d. Kulturbewegung d. Zeiten bis z. Gegenwart. 8. (IX, 386 S.) Braunschweig, Bock & Co. in Komm. ℳ 8,—.

Jahresbericht des Vereins für erweiterte Frauenbildung in Wien. X. Vereinsj. Oktober 1897 bis Oktober 1898. gr. 8. (60 S. m. 1 Bildnis.) Wien, Bermann & Altmann in Komm. fl. —,50.

Ichenhaeuser, E., Zur Frauenfrage. Berlin, C. Duncker. ℳ 3,20.

Kalthoff, Pastor **A.,** Die Frauenfrage. Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn.

Ketelhodt, Freifrau **Luise v.,** Ursprung und Leitmotiv der Frauenbewegung. gr. 8. (16 S.) Berlin, F. Dümmlers Verl. ℳ —,30.

Krüger, Auguste, u. Frz. Jul. Dillon, Großes illustriertes Frauen-Lexikon. Mit vielen Farbendruckbildern, 24 Taf. u. ca. 1300 Textillustr. 2 Bde. gr. 8. (VIII, 1155, 80 u. XCIV S.) Berlin, W. Herlet. Geb ℳ 20,—.

Lohr, Gen.-Superint. Oberhofpred. **Wilh.,** Predigt zur Eröffnung des ersten deutschen evangelischen Frauentages. 8. (15 S.) Kassel, E. Röttger. ℳ —,25.

Mancke, Maria, Die Schriftstellerinnen. Forderungen, Leistungen, Aussichten in diesem Berufe. (Frauenberufe.) 8. (47 S.) Leipzig, E. Kempe. ℳ —,50.

— (William Forster), Fräulein Doktor. Ringen und Streben eines deutschen Mädchens. gr. 8. (IV, 260 S. m. 8 Bildern.) Elberfeld, S Lucas. ℳ 2,—

Marchal, V., Das Bild der christlichen Frau. 4. Aufl. der deutschen Bearbeitung. gr. 16. (V, 318 S.) Regensburg, F. Pustet. *M* 1,60; geb. *M* 2,40.

Mazel, J., L'Interdiction du travail de nuit des femmes, dans la législation française (thèse). In-8, 112 p. Paris, Larose.

Moeller, Prof. Dr., Die Hausfrau in ihrem Schalten und Walten. gr. 8. (VIII, 904 S. m Abbildgn.) Ulm, J. Ebner. Geb. *M* 6,80.

Monteton, v. O., Chercher la femme! Ein Beitrag zur socialen Frage. Berlin, Militärverlag, R. Felix. (44 S.) *M* —,75.

Nathusius, D. v., u. Hofpred. a. D. Ad. Stöcker, Die Frauenfrage. Aus den Verhandlgn. der 4. Hauptversammlg. der freien kirchlich-socialen Konferenz zu Berlin am 11. und 12. April 1899. Referate. Berlin, Buchh. der Berliner Stadtmission. *M* —,50.

— Bibel und Frauenbewegung. Ebenda. *M* —,50.

Pierstorff, Zimmer, Wychgram, Frauenberuf und Frauenerziehung. Vier Vorträge zur Frauenfrage. gr. 8. (III, 123 S.) Hamburg, L. Gräfe & Sillem. *M* 2,—.

Planck, wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. G., Die rechtliche Stellung der Frau nach dem bürgerlichen Gesetzbuche. gr. 8. (30 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* —,60.

Rösler, A., Wahre und falsche „Frauen-Emanzipation". gr. 8. (60 S.) Stuttgart, J. Roth. *M* —,60.

Schultze, Oberlehrer Dr., Ueber Frauenbildung. Referat und Diskussion. Berlin, Buchhdlg. der Berliner Stadtmission. *M* —,50.

Schwabe, Kontoristin **Jenny,** Forderungen, Leistungen, Aussichten in diesem Berufe. (Frauenberufe.) 8. (44 S.) Leipzig, C. Kempe. *M* —,50.

— „Fräulein". Die Kindergärtnerin. Forderungen, Leistungen, Aussichten in diesen Berufen. (Frauenberufe.) 8. (48 S.) Ebenda. *M* —,50.

Silbermann, Gen.-Sekr. Dr., Kaufmännische Unterrichtsanstalten f. weibliche Angestellte. (VII, 60 S.) Braunschweig, Braunschweiger Verlag f. kaufmänn. Unterrichtswesen u. Wirtschaftskunde. *M* 1,50.

Socialismus, der, u. die Frau in Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft. Von Germanicus. Bebel im Lichte der Bibel. 2. Teil. gr. 8. (VI, 254 S.) Leipzig, A. Deichert Nachf. *M* 3,—.

Steffenhagen, Frau M., Frauenfrage und Frauenbewegung. Vortrag. gr. 8. (14 S.) Kiel, E. Marquardsen. *M* —,20.

Stetson, Charlotte Perkins, Women and Economics. (347 p.) Boston, Small, Maynard & Co. sh. 1,50.

Stöcker, Hofpred. a. D., Ueber Frauenarbeit. Referat und Diskussion. Aus den Verhandlgn. des Frauenkursus der freien kirchlich-socialen Konferenz zu Berlin am 13. bis 15. April 1899. (III, 63 S.) Berlin, Buchhdlg. der Berliner Stadtmission. *M* —,50.

Suter, F., Die Frau in der christlichen Gesellschaft. 8. (VII, 142 S.) München, R. Abt *M* 1,50.

Theimer, Camilla, Die Frau der Zukunft. 8. (162 S.) Wien, Gesellschaft für graphische Industrie in Komm. fl. 2,—.

Verhandlungen des Frauenkursus der freien kirchlich-socialen Konferenz zur Einführung der Frauen in die verschiedenen Gebiete der gegenwärtigen Frauenbewegung unter christlichem Gesichtspunkte zu Berlin vom 13—15. Apr. 1899. gr. 8. (III, 31, 41 u. 63 S.) Berlin, Buchh. der Berliner Stadtmission. *M* 1,50.

Weißer A., Schleiermachers 10 Gebote der Frau. Ein Beitrag zur Frauenfrage. 8. (II, 63 S. m. Bildn.) Pyrmont, Vereins-Buchdr. *M* —,75.

Werner, Pfarr. **Jul.,** Die Geschichte und der gegenwärtige Stand der Frauenbewegung. Aus den Verhandlungen der freien kirchlich-socialen Konferenz zu Berlin vom 13. bis 15. April 1899. Referat und Diskussion. (III, 31 S.) Berlin, Buchh. der Berliner Stadtmission. *M* —,50.

Wetzel, Rev. F. X., The christian housewife. From the German. 12. (119 S.) Freiburg i. B., Herder. Geb. *M* 1,25.

Wilson, Mona, Our Industrial Laws: Working Women in Factories, Workshops, Shops and Laundries, and how to help them. (79 p.) London, Duckworth & Co. sh. 1,—.

Women's work and wages. London, Grapho Press. (100 p.) sh. —,6.

Yarros, V., u. S. E. Holmes, Die Frauenfrage. A. d. Engl. v. G. Schumm. 1. u. 2. Tauf. gr. 8. (17 S.) Berlin, B. Zack. ℳ —,40.

Zepler, W., Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin? Vortrag. gr. 8. (15 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. ℳ —,10.

Zetkin, Clara, Der Student und das Weib. gr. 8. (20 S.) Berlin, Verlag der socialistischen Monatshefte.

B. Gelegenheitsschriften.

Marc, Victor, Stellung der Frauen in Babylonien. (Diss. d. Universität Breslau 1898. 30 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Beschäftigung, die, von Frauen im englischen Postdienst. (Archiv für Post und Telegraphie 1899, No. 21.)

Böhm, Schuldirektor **Hermann,** Der hauswirtschaftliche Unterricht i. e. Leipziger Volksschule. (Der Bildungsverein 1898, No. 10.)

Bury, Yetta Blaze de, French women in French industry. (Fortnigthly Review, July 1898.)

Carpenter, Susan, Chemistry as a profession of women. (Humanitarian 1898, No. 1/2.)

Collet, Clara E., The Industrial Employment of Women (Journal of the Royal Statistical Society 1898. p. 219—260.)

— The extent and effects of the industrial employment of women. (Journal of the Royal Statistical Society, June 1898.)

Courant, Maur., La femme chinoise dans la famille et dans la société. (Revue des Deux Mondes 1897.)

Kempin, Emilie, Grenzlinien der Frauenbewegung. (Jahrbuch f. Gesetzgebung 2c. v. Schmoller, 1897, 4. Heft.)

Lory, K., Die deutsche Frau am Ausgange zweier Jahrhunderte. (Das Leben, Vierteljahrsschrift, II. Jahrg. Wien 1898, 1. Heft.)

Rauchberg, Prof. **H.,** Die Erhebung über Frauen- und Kinderarbeit i. d. Ver. Staaten. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 1. Heft.)

V. Arbeiter- und Volksversicherung, Volksheilstätten. — Haftpflicht. — Unfallverhütung und Unfallstatistik. — Berufskrankheiten. — Samariterdienst.

Zeitschriften (Ergänzung vom Jahrgang 1899, S. 56).

Nachrichten, amtliche, des Reichs Versicherungsamts. 15. Jahrg. 1899. 24 Nrn. 4. Berlin, A. Asher & Co. ℳ 8,—.

Das rothe Kreuz. Central-Organ für alle deutschen Wohlfahrts- und Wohlthätigkeitsbestrebungen, für öffentliche Gesundheitspflege, mit besonderer Berücksichtigung des Heilstättenwesens. Herausg. von Dr Gotthold Pannwitz, Oberstabsarzt. XVII. Jg. 1899. Berlin. Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. Jährl. ℳ 6.

Arbeiter- und Volksversicherung im allgemeinen sowie zusammengefaßte Einzelversicherungszweige. A. Selbständige Litteratur.

Bürger, Kombinierte Lohnlisten für die Kranken- u. die Invaliditäts- u. Altersversicherung. Berlin, Heymann.

Costier, P., Des retraites ouvrières (thèse). In-8, 362 p. Alais, impr. Brabo.

Cribier, P., Des conditions de souscription du contrat de travail. In-8, XXVIII, 214 p. Laval, impr. Barnéoud & Cᵉ.

Duranthon, J., Du rôle des associations professionnelles ouvrières dans les institutions de prévoyance (thèse). In-8, VIII-223 p. Bordeaux, impr. Demachy, Pech & Cᵉ.

Funk, Dr. Geo., Die Arbeiterversicherungsgesetze des Deutschen Reiches. 8. (VI, 114 S.) Heidelberg, C. Weiß, Verl. Geb. *M* 1,20

Gamer, Karl, Die wichtigsten Bestimmungen der Arbeiterversicherungs-Gesetze. 8. (II, 91 S.) Stuttgart, H. Lindemann. *M* —,80.

Gorges, Schuldir. Adf., Die Arbeiterversicherungen, in Recheneinheiten f. Fortbildungsschüler bearbeitet. gr. 8. (34 S.) Auerbach, P. G. Caspari. *M* —,25; Auflösungen (11 S.) *M* —,80.

Heilinger, A., Die Pensionsversorgung des Gewerbestandes. Eine Forderung der Gewerbepolitik. 8. (15 S.) Wien, Manz. fl. —,40.

Humann, Ls., Katechismus des Arbeiterrechts. 8. (47. S.) Flöha, A. Peitz & Sohn. *M* —,50.

Législation du travail en Italie. Loi du 17 mars 1898 et Règlement du 25 septembre 1898. In-8, 55 p. Paris 1898, secrétariat général du comité, 20, rue Louis-le-Grand.

Mataja, Minist.-R. Dr. Vict., Grundriß des Gewerberechts in der Arbeiterversicherung. (137 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,60.

Neumann, C., Die kleine Lebensversicherung (Volks-, Arbeiter- u. Sterbekassen-Versicherung) 1899. gr. 16. (88 S.) Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Kart. *M* 1,25.

Reichsgesetzgebung, die, auf dem Gebiete der Arbeiter-Versicherung. Erläutert und mit den für das Reich und für Bayern gültigen Vollzugsbestimmungen herausgeg. von bayr. Verwaltungsbeamten. 3. Ergänzungsbändchen. 8. (VII, 119 S.) Ansbach, C. Brügel & Sohn. Kart. *M* 1,50.

Schubert, Franz, Die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Königreich Sachsen. 8. (194 S.) Leipzig, Sächs. Volksschriften-Verlag. *M* 1,20.

Schütze, Dr. Carl, Die sociale Reichsgesetzgebung und ihre sanitären Postulate. Vortrag. gr. 8. (31 S.) Jena, G. Fischer. *M* —,60.

Schweikert, Lehr. J., Der praktische Landmann und Führer durch die Arbeiterschutz-Gesetze. gr. 8. (IV, 117 S.) Horb, P. Christian. *M* —,45; Lösungen (11 S.) *M* —,15.

Seeler, Rechtsanw. R. v., Die Arbeiterversicherung in Rußland. (41 S.) Berlin, A. Troschel. *M* 1,20.

Seelmann, Hans, Das Streitverfahren bei den Reichsversicherungsgesetzen. gr. 8. (IV, 54 S.) Berlin, A. Troschel. *M* 1,20.

Taschen-Kalender 1899 zum Gebrauche b. Handhabung d Arbeiterversicherungsgesetze. Zusammengestellt und herausgeg. von E. Götze und P. Schindler. 11. Jahrg. 2 Teile. gr. 16. Berlin, Liebel. Geb. *M* 7,50.

— für die Interessenten und Organe der österr. Arbeiterversicherung. Zusammengestellt von Red. Sigm. Kaff. 1. Jahrg. gr. 16. (232 S. m. Tagebuch.) Wien 1, Volksbuchh. Geb. fl. 2,—.

Wengler, A., Das deutsche Arbeiterrecht in seiner Gestaltung durch die neue Gesetzgebung üb. die Arbeiterversicherung. gr. 8. (VI, 106 S) Leipzig, Verl. d. Handels-Akademie Leipzig. Geb. *M* 2,75.

Zacher, Die Arbeiterversicherung im Auslande. 5. Heft. Die Arbeiterversicherung in England (Großbritannien). (99 S.) Lex.-8. Berlin, A. Troschel. *M* 2,—.

— Die Arbeiterversicherung im Auslande. 6. Heft. Die Arbeiterversicherung in Italien. (132 S.) Lex.-8. Ebenda. *M* 3.—.

— Die Arbeiterversicherung im Auslande. 7. u. 8. Heft. Die Arbeiterversicherung in Oesterreich und Ungarn. (133 S.) Lex.-8. Ebenda. *M* 3,—.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

Block, Maur., L'influence de l'assurance ouvrière sur l'assistance publique. (Revue politique et parlementaire 1898, Janvier.)

Bödiker, Vereinfachung der Arbeiterversicherung. (Deutsche Revue, Oktober 1898.)
Bourouill, d'Auluis de, En nieuw plan tot pensioenverzekering van werklieden. (de Economist, s'Gravenhage 1898, Novbr.)
Condiani, A., Assurances contre l'incendie: L'Assurance des industries mécaniques. Les industries travaillant le bois. (Moniteur des assurances, Janvier 1898.)
Titges, Rudolf, Die Arbeiterversicherung im Auslande. (Deutsche Industrie-Ztg., Berlin 1899, No. 40—42.)
Frankenberg, H. v., Die reichsgesetzliche Familienversicherung. (Schmollers Jahrbuch 1899, Bd. I, S. 109.)
— Der tote Punkt der deutschen Arbeiterversicherung. (Archiv f. sociale Gesetzgebung und Statistik 1898. 1. Heft.)
— Der Zwang in der deutschen Arbeiterversicherung. (Archiv f. öffentliches Recht 1898. 2. Heft.
Helmer, P. A., Das französische Gesetz, betr. die Hülfskassen vom 1. April 1898. (Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik III. Folge, 16. Band.)
Nordenmark, Om arbetareförsäkring. (Ekon. Tidskrift, Stockholm 1899, VI.)
Simon, Helene, Die staatliche Untersuchung der mit Gefahren für Leib und Gesundheit der Arbeiter verbundenen Industrien in Großbritannien. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., 1. Bd.)
Virgilii, Prof. Filippo, Die sociale Gesetzgebung in Italien. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 6. Heft.)
Weber, Alfred, Die Entwickelung der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung seit 1890. (Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung ꝛc. 1897, 4. Heft.)

Volksheilstätten.

Bekämpfung, die, der Schwindsucht durch Heilstätten f. Lungenkranke. Denkschrift. gr. 8. (63 S.) Berlin, A.-G. Pionier. *M* 1,—.
Bericht über den Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit. Berlin, 24.—27. Mai 1899. Herausgeg. von der Kongreßleitung. Unter Mitwirkung der Abteilungsvorstände red. v. Gen.-Sekr. Dr. Pannwitz. gr. 8. (XV, 855 S. m. 16 farb. Taf.) Berlin, Wilhelmplatz 2, Bureau des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose. Geb. *M* 10,—.
Pannwitz, Dr. **Gotth.,** Deutsche Industrie u. Technik bei Einrichtung u. Betrieb von Sanatorien und Krankenhäusern. Denkschrift. gr. 4. (206 S. m. Abb. u. Plänen.) Berlin, Das rothe Kreuz. Geb. *M* 4,—.
Mosler, Geh. Med.-R. Dir. Prof. Dr. **Frdr.,** Ueber Entstehung und Verhütung der Tuberkulose als Volkskrankheit, mit besond. Berücksichtigung d. Errichtung von Volksheilstätten. 7 Vorträge. gr. 8. (XV, 103 S.) Wiesbaden, J. F. Bergmann. *M* 2,—.
Predöhl, Dr. **Ang.,** Leitende Gesichtspunkte bei der Auswahl u. Nachbesichtigung der in Heilstätten behandelten Lungenkranken. Sonderabdruck. (8 S.)
Reiche, Dr. **J.,** Die Erfolge der Heilstättenbehandlung Lungenschwindsüchtiger. Sonderabdruck. Leipzig, Georg Thieme. (20 S. u. Tab.)
Smith, Dr. **A.,** Ueber Temperenz-Anstalten und Volksheilstätten für Nervenkranke. 2. Aufl. gr. 8. (IV, 71 S.) Würzburg, A. Stubers Verl. *M* —,60.
Sommerfeld, Dr. **Th.,** Zur Geschichte der Lungenheilstättenfrage in den letzten 3 Jahren. gr. 8. (96 S.) Berlin, O. Coblentz. *M* 1,—.
Taeschner, Dr., Die Bekämpfung der Lungenschwindsucht und die Nutzlosigkeit sog. Lungenheilstätten. gr. 8. (30 S.) Berlinische Verlagsanstalt. *M* —,75.
Volksheilstätte, die, des Kreises Altena bei Lüdenscheid. 4. (VIII, 112 S. m. Plänen u. 2 Taf.) Lüdenscheid, P. Dalichow.
— die, vom Rothen Kreuz Grabowsee. Festschrift. gr. 8. (217 S. m. Abb., Kurven u. 11 Bl. Plänen.) Berlin, Das Rothe Kreuz. *M* 3,—.
Witzleben, Landesassess. **G. v.,** Ueber d. Heilverfahren b. Versicherungsanstalten. (Preuß. Jahrb. 1898, 1. Heft.)

Unfallversicherung. A. Selbständige Litteratur.

Begasse, J., Examen pratique du projet de loi sur la réparation des accidents du travail. Pet. in-8, 48 p. Liége, Demarteau. fr. -,75,

Bericht über die Thätigkeit der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt f. Mähren u. Schlesien pro 1897. gr. 4. (54 S. m. 1 Tab.) Brünn, R. M. Rohrer. fl. 2,—.

Boissard, A., Les Accidents du travail. In-8, 56 p. Paris, Sueur-Charruey.

Bürger, Dr., Lohnlisten für Mitglieder der Berufsgenossenschaften. Berlin, Carl Heymann.

Desseln, E., Les Accidents du travail. In 16, 54 p. Langres, libr. Rallet-Bideaud. fr. —,60.

Duparc, G., La loi sur les accidents du travail. In-8, 27 p. Chartres, impr. Durand.

Gobert, A., Des assurances contre les accidents du travail agricole en Allemagne et en Autriche (thèse). In-8, 328 p. Reims, impr. Gobert.

Guillot. P., Commentaire de la loi du 9 avril 1898 et des décrets-règlements concernant la responsabilité des accidents dont les ouvriers. 2e éd. Petit in-16, 240 p. Paris, Marchal & Billard. fr. 3,—.

Laß, L., Das Prozeßrecht in Unfallversicherungssachen. gr. 8. (XI, 648 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ 10,—; geb. ℳ 12,—.

Lecouturier, G., Traité théorique et pratique des accidents du travail. In-8. 331 p. Paris. Fontemoing. fr. 7,40.

Loi sur les accidents du travail. Texte officiel, In-8, 32 p. Mayenne, impr. Soudée & Colin. fr. 1,25.

— sur les responsabilités des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail (9 avril 1898), suivie des décrets des 28 février et 5 mars 1899 et des arrêtés des 29, 30 et 31 mars 1899 qui en règlent l'application. In-32, 31 p. Bordeaux, impr. Delagrange. fr. —,50.

— concernant les responsabilités des accidents dont les ouvriers. 2e éd. In-8, 104 p. Paris, comité central des houillères de France, 55, rue de Châteaudun.

— du 9 avril 1898 concernant les responsabilités des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail. In-8, 32 p. Limoges, Charles-Lavauzelle. fr. —,30.

— officielle sur les accidents du travail. In-16, 32 p. Paris, Arnaud & Ce.

Losseau, L., De la réparation des accidents du travail. Bibliographie des travaux en langue française. In-8, 376 p. Bruxelles, impr. de l'Alliance typographique. fr. 10,—.

Merth, Bernh., Ueber landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. gr. 8. (36 S.) Budweis, Oesterreich. Bauernbund. fl. —,20.

Monnier, A., La Législation anglaise sur la réparation des accidents du travail (thèse). In-8, XV-365 p. Paris, Larose.

Riet, C., Législation anglaise sur la responsabilité en matière d'accidents (thèse). In-8, II-222 p. Paris, Larose.

Sachet, A., Traité théorique et pratique de la législation sur les accidents du travail. In-8, 899 p. Paris, Larose. fr. 12,—.

Salvatore, A., Legge e regolamente per gl' infortuni degli operai sul lavoro. Milano. 1900, Ulrico Hoepli. 16. p. VII. 302.

Serre, E., Les Accidents du travail. In-8, 363 p. Nancy, Berger-Levrault & Ce. fr. 6,—.

Valensi, R., La Loi sur les accidents du travail. In-8, 388 p. Paris, Marchal & Billard. fr. 6,—.

Zusammenstellung der Entschädigungssätze, welche das Reichsversicherungsamt bei dauernden Unfallschäden gewährt hat. 2. Aufl. gr. 8. (41 S.) Berlin, A. Troschel. ℳ 1,20.

B. Gelegenheitsschriften.

Bericht des Vorstandes Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt f. Mähren u. Schlesien pro 1897. Brünn 1899. (32 S.)

— der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt f. Böhmen 1897. Prag 1898, Selbstverlag der Anstalt.

Geschäftsbericht der Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft pro 1898. Bochum 1899. (50 u. 10 S.)

Verwaltungsbericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft f. das Jahr 1898. Berlin 1899. (26 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterunfallversicherung, die, in Frankreich. (Masius' Rundschau 1898, 10. H.)

Bellom, Maur., Les accidents du travail en Angleterre. (Revue de politique et parlementaire 1898, Février.)

— Note sur la Statistique de l'Assurance contre les accidents dans les mines Allemandes. (Journal de la Société du Statistique de Paris 1898, p. 23 ff.)

Cheysson, Les accidents du travail et la pension aux ayants-droit des ouvriers tués. (Reforme sociale 1898, Août.)

— Les accidents du travail et la garantie de l'indemnité. (Reforme sociale 1898, IV. serie.)

Falkenburg, Philipp, Der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes in den Niederlanden. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik III. Folge, 15. Bd.)

Flux, A. W., Compensation for industrial accidents. (Transactions of the Manchester Statistical Society, session 1897/98.)

Francois, G., La nuova legge francese sulla responsabilità degli infortuni sul lavoro. (Giornale degli Economisti, Agosto 1898.)

Hammarskjöld, Till frågan om beredande af olycksfallsersättning åt arbetare. (Ekon. Tidskrift, Stockholm 1899, VI.)

Pagot, E., Décisions relat. à l'assurance-accidents. (Le Moniteur des Assurances, tome XXIX, No. 351.)

Pic. P. Etude critique de la loi du 9 avril 1898 sur les accidents du travail. (Revue d'économie politique 1898, No. 7.)

Unfallversicherungsgesetze, die Stellung des Centralverbandes deutscher Industrieller zu dem Entwurf eines Gesetzes v. 17. 9. 96., betr. die Abänderung der. (Verhandl. d. Centralverb. d. J., No. 77.)

Wolff, H. W., Das Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetz. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 6. Heft.)

Invaliden- und Altersversicherung. A. Selbständige Litteratur.

Bericht der IX. Kommission des Reichstags über den Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes. Fol. (161 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 8,—.

Booth, Charles, Old age Pensions and the aged Poor. (4 p.) London, Macmillan. 6 d.

Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes mit dem Texte des Gesetzes und Denkschrift. gr. 4. (249 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ 5,—.

Freund, Dr. **Rich.,** Das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899. Handausgabe m. Anmerkgn. 8. (IV, 165 S.) Berlin, J. J. Heine Geb. ℳ 2,—.

— Wegweiser durch das Invalidenversicherungsgesetz. 13. Aufl. 12. (32 S.) Berlin, J. J. Heine. ℳ —,50.

Gebhard, Dir. **H.,** Das Invalidenversicherungsgesetz. Vortrag. gr. 8. (40 S.) Berlin, A. Troschel. ℳ 1,—.

Groß, J. G., Tabelle zur Ermittelung des durchschnittlichen Grundbetrages bei der Berechnung von Invalidenrenten. gr. 8. (7 S.) Cassel, J. G. Oncken Nachf. ℳ —,40.

Hallbauer, Oberlandesger.-R. **Max,** Das neue Invalidenversicherungsgesetz. Eine Darlegung in Gesprächsform für jedermann. 2. Aufl. (74. u 75. Tausend der Gesamtausgabe.) (VII, 88 S.) Leipzig, Alb. Berger. ℳ —,80.

Hoffmann, F., Invalidenversicherungsgesetz. Bekanntmachung vom 19. Juli 1899. (XVI, 252 S.) Berlin, C. Heymann. Geb. in Leinw. ℳ 1,60.

Invalidenversicherungsgesetz. Vom 13. Juli 1899. Mit ausführl. Sachregister. 12. (124 S.) Breslau, J. U. Kerns Verl. ℳ —,60.

— Daff. Mit Gegenüberstellung des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. gr. 8. (93 S.) Berlin, A. Troschel. ℳ —,80.

— Vom 13. Juli 1899. 12. (95 S.) Berlin, F. Dümmlers Verl. ℳ —,50.

Linn, Dr., Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899. Textausg. m. Hervorhebung der Neuerungen usw. (V, 104 S.) Berlin, Schulze & Co. ℳ —,75.

Metcalfe, John, The case for Universal old age Pensions. (232 p.) London, Simpkin. 2 sh. 6 d.

Possanner, Dr. **Benno** Frhr. v., Die Pensionen und Provisionen d. k. k. österr. Civilstaatsbediensteten u. Staatsarbeiter. gr. 8. (XLIV, 966 S.) Wien, Manz. fl. 18,80; geb. fl. 21,20.

Provision for Old Age in certain European Countries. London 1899, Eyre & Spottiswoode. (60 S.)

Soden, Amtm. **Thdr.** Frhr. v., Das Invalidenversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 u. 13. Juli 1899. (IV, 128 S.) Leipzig, Alb. Berger. ℳ 1,60.

Stempel, Dr. **Walth.,** Die Untersuchung u. Begutachtung der Invalidenrentenanwärter. gr. 8. (III, 178 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 4,—.

Suft, Ortskrankenk.-Beamt. **Thdr.,** Das Wissenswerteste aus dem Gesetz über die Invalidenversicherung vom 13. Juli 1899. 3. Aufl. gr. 8. (40 S.) Chemnitz, A. Langer. ℳ —,25.

Walther, Dr., Kontrollbuch zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin, Carl Heymann.

Wiedemann, R., Invalidenversicherungsgesetz. Vom 13. Juli 1899. 12. (XVI, 178 S.) Halensee b. Berlin, Friedrichsruherstr. 13, Selbstverlag. Kart. ℳ 1,30.

B. Gelegenheitsschriften.

Engelmann, Emil, Beiträge zur Rechtsstellung der Organe der Armenpflege im Invaliditäts- u. Altersversicherungsgesetze. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 16 S.)

Handhabung des Heilverfahrens bei Versicherten durch die Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1898 und Ergebnisse des Heilverfahrens bei lungenkranken Versicherten bis Ende 1898. Hamburg. (40 S.)

Krautwig, Ger.-Ref. **Jodocus,** §§ 148 u. 151 des Reichsgesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 46 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Beratungen über den Entwurf des Invalidenversicherungsgesetzes innerhalb der rheinisch-westfälischen Industrie (Mitteil. d. Vereins z. Wahrung d. gem. wirtsch. Interessen 2c. 1899, S. 1 ff.)

Eggenberger, Dr. **J.,** Die Grundzahlen, Rentenbarwerte und Jahresprämien einer kombinierten Alters- und Invaliditätsversorgung (Zeitschr. f. schweizerische Statistik 1899, 3. Lfg., S. 415—427.)

Holland, Bern., Old age pensions. (Economic Journal, September 1898.)

Kirchberg, Ernst, Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Hausweber. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik III. Folge, 16. Bd.)

Kögler, Statistik der Heilbehandlung bei den deutschen Invaliditätsversicherungsanstalten 1897. (Statistische Monatsschrift, Wien 1899, S. 265.)

Loch, C. S., Fallacies about old age pensions. (The Nineteenth Century. Nov. 1898.)

Nachweisung d. Geschäfts- u. Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten für das Jahr 1897. (Annalen des Deutschen Reichs 1899, No. 7.)

Verordnung, den Vollzug der Invaliditäts- und Altersversicherung betr. (Badisches Gesetz- u. Verordn.-Blatt 1898.)

Witzleben, Günther v., Die Vorschläge zur Reform d. Invaliditäts- u. Altersversicherung. (Schmoller's Jahrbuch 1899, I, S. 333.)

Krankenversicherung. A. Selbständige Litteratur.

Arbeiter-Krankenversicherung. (Charlottenburger Statistik, 3. Heft.) Charlottenburg, Ad. Gertz.

Astor, Joh. Bapt., Zur Geschichte und Statistik der freien Arztwahl in Berlin. gr. 8. (VII, 157 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 3,—.

Born sen., Ingen. **W.**, Abschaffung v. 20 000 Krankenkassen. 8. (24 S.) Berlin H. Zitelmann. ℳ —,30.

Dronke, Dr., Arzneiverkehr für Krankenkassen. Anleitung zur Sparsamkeit bei dem Verordnen für Krankenkassen. 3. Aufl. 12. (XIV, 244 S.) Köln, P. Neubner. ℳ 2,50.

Fischer-Remscheid, Dr., Kassenärzte oder freie Arztwahl? gr. 8. (31 S.) Remscheid, G. Schmidt. ℳ —,50.

Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege. Herausgeg. v. DDr. Geo. Liebe, Paul Jacobsohn, George Meyer. 2. Bd. 2. Abt. gr. 8. (351 S.) Berlin, A. Hirschwald. ℳ 9,—.

Hoffmann, F., Kranken-Versicherungsgesetz und Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen, nebst Ausführungsbestimmungen. (VII, 313 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ 1,60.

Koller, Phil., Die Gebahrung und die Krankheitsstatistik der Czernowitzer Bezirkskrankenkasse v. 1. Aug. 1889 bis 31. Dez. 1893. (XLVII, 253 S.) Czernowitz, H. Pardini. fl. 4,—.

Krankenversicherung, Statistik der, i. J. 1897. (Tabellenwerk 191 S.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ 5,—.

Landmann, Dr. **F.**, Die Geschäftspraxis der Apotheker und die Krankenkassen. gr. 8. (56 S.) Leipzig, F. E. Fischer. ℳ 1,—.

Verzeichnis der Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen des Deutschen Reiches. Lex.-8. (III, 184 S.) Berlin, A. Troschel. ℳ 6,—.

Waal Malefijt, J. H. de, De Duitsche wet op de ziekteverzekering en de voorgenomen arbeidersverzekering hier te lande. Breukelen, „De Vecht". Roy. 8. (57 blz.) fl. —,40.

B. Gelegenheitsschriften.

Etzel, Wilh., Die Krankenversicherung der land- u. forstwirtschaftl. Arbeiter ꝛc. in Wittenberg. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 142 S.)

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse zu Dresden aus dem Jahre 1898. (12 S. u. Rechnungsabschluß 2 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Gräf, Ed., Die Krankenversicherung in Deutschland. (Neue Zeit 1897/98, II. Bd.)

Krankenversicherung, zur Statistik der. (Vierteljahrshefte z. Statistik d. Deutsch. Reichs 1898, 2. Heft.)

— in Breslau in den Jahren 1891—1895. (Breslauer Statistik, Bd. XIX, H. 4, S. 1—126.)

Mosthaf, Minist.-R. **v.**, Statistik der (Arbeiter-)Krankenversicherung in Württemberg. (Amtsbl. d. Kgl. Württbg. Min. d. Innern sowie „Gewerbebl. a. Württemberg" 1899, Nr. 13.)

Rosenfeld, Siegfr., Beiträge z. Reform d. Krankenversicherungsgesetzes. (Deutsche Worte, Wien 1898, Heft 3/4.)

Statistik d. Krankenversicherung d. Arbeiter i. Großh. Hessen. (Mitteilg. d. Großh. hessisch. Centralstelle f. Landesstatistik 1898, Nr. 675.)

Haftpflicht.

Jäger, F., Die Umwandlungsklage im deutschen Haftrechte jetzt und nach 1900. gr. 8. (VI, 42 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ —,80.

Kaan, J., Gegenwärtiger Stand der Frage der Entschädigung für Betriebsunfälle in den europäischen Kulturstaaten. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 34.)

Mitteilungen des deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes. Herausg. von dem Verbands-Vorstande. Red. v. R. van der Borght. gr. 8. Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 3,—.

Unfallverhütung und Unfallstatistik. A. Selbständige Litteratur.

Ergebnisse der zum Zwecke der Revision der Gefahrenklasseneinteilung überprüften Unfallstatistik der Jahre 1890—1896. gr. 4. (X, 471 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. fl. 3,—.

Unfallverhütungsvorschriften d. See-Berufsgenossenschaft f. Dampfer. 4. (88 S.) Hamburg, L. Friederichsen & Co. ℳ —,80.

— d. See-Berufsgenossenschaft f. Segelschiffe. 4. (35 S.) Ebenda. ℳ —,80.

Weber, Reg.-R. Dr. **C. L.,** Erläuterungen zu den Sicherheitsvorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker. 2. Aufl. 8. (VII, 141 S.) Berlin, J. Springer. Kart. ℳ 2,—.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

Bellom, Maur., Note sur la statistique de l'assurance contre les accidents dans les mines allemandes. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, No. 1.)

Lange, Ernst, Die Statistik der Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung im Deutschen Reich für das Jahr 1896. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, Heft 3/4.)

Revision, die, der Gefahrenklassen i. d. Unfallversicherung. (Das Handelsmuseum, Wien 1899. Nr. 21.)

Unfallverhütungsvorschriften der land- u. forstwirtschaftl. Berufsgenossenschaft f. d. Kgr. Sachsen v. 24. Mai 1897. („Tharandter forstl. Jahrb.", 48. Bd. S. 310.)

Zusammenstellung der Verunglückungen mit mehr als vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit und der tötlichen Verunglückungen im Oberbergamtsbezirk Breslau. (Zeitschr. d. Oberschl. Berg- u. Hüttenm.-Vereins 1899, S. 322—325.)

Berufskrankheiten.

Kuhn, app. Arzt **Fritz,** Die Nekrosenbildung in den Kiefern. (Diss. d. Universität Breslau 1898. 84 S.)

Laudenheimer, Dr. **Rud.,** Die Schwefelkohlenstoff-Vergiftung d. Gummi-Arbeiter. gr. 8. (VII, 232 S. m. Abb. u. 2 Taf.) Leipzig, Veit & Co. ℳ 8,—.

Maschke, Dr. **Max,** Die augenärztliche Unfallpraxis. 8. (XII, 120 S. m. 1 Tab.) Wiesbaden. J. F. Bergmann. Geb. ℳ 3,60.

Neißler, Dr. **Max,** Ueber Luftstaub-Infektion. (Diss. d. Univ. Breslau 1898. 32 S.)

Rosenfeld, Dr. **Siegfried,** Betriebsunfälle im Wiener Kleingewerbe. (Statistische Monatsschrift, Wien 1898, S. 443.)

Samariterwesen.

Baur, Dr. **A.,** Das Samariterbüchlein. 16. (36 S. m. 12 z. t. farb. Abb.) Stuttgart, Muth. ℳ —,40.

Hülfe, erste. Taschenkalender 1900 für Freunde des Roten Kreuzes. 64. (43 S.) München, Seitz & Schauer. ℳ —,20.

Lamberg, Inspektionsarzt Dr. **J.,** Die erste Hülfe bei plötzlichen Erkrankungen und Verletzungen. 12. (95 S.) Wien, A. Hartleben. fl. —,75.

Meyer, G., Das Samariter- und Rettungswesen im Deutschen Reiche. München, Seitz & Schauer. (37 S.) ℳ 1,—.

Spiegel, Dr. **Ign.,** Einführung in die erste Hülfe bei Unfällen. gr. 8. (V, 137 S.) Wien, C. Konegen. fl. 2,—.

VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte.

Zeitschriften.

Gewerbegericht, das. Monatsschrift des Verbandes deutscher Gewerbegerichte. Herausg. v. Stadtr. Dr. K. Flesch. 5. Jahrg. Okt. 1899—Sept. 1900. 12 Nrn. hoch 4. Berlin, G. Reimer. ℳ 2, - .

A. Selbständige Litteratur.

Arbeitseinstellungen u. Aussperrungen, die, im Gewerbebetriebe in Oesterreich während des Jahres 1897. gr. 8. (125 u. 267 S.) Wien, A. Hölder. fl. 2,40.

Aflönings- och pensionsstatistik 1899. VII och 62 Sider. Bidrag. Stockholm, Samson & Wallin. 1 kr. 10 öre.

Bäckerstreik und Brotboykott in Hamburg i. J. 1898. gr. 8. (104 S.) Hamburg, H. O. Persiehl. ℳ —,50.

Birkenbihl, Die Gesinde-Ordnungen für die preußische Monarchie. Pflichten und Rechte der Herrschaft und des Gesindes. 4. Aufl. gr. 16. (VI, 134 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. Kart. ℳ 1,—.

Bleich, Jul., Lohn-Berechnungs-Tabellen für sämtliche Decimal-Münz-Systeme. 4. Aufl. gr. 8. (III, 100 S.) Berlin, H. S. Hermann. ℳ 1,50.

Borght, Prof. Dr. **R. van der,** Die Weiterbildung des Koalitionsrechtes der gewerblichen Arbeiter in Deutschland. gr. 8. (65 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,—.

Brentano, Prof. Geh. Hofr. Dr **Lujo,** Reaktion oder Reform? Gegen die Zuchthausvorlage! gr. 8. (61 S.) Berlin, Verlag der „Hilfe". ℳ —,80.

— Der Schutz der Arbeitswilligen. (35 S.) Berlin, L. Simion. ℳ 1,—.

Bürger, Dr., Lohnlisten für Mitglieder der Berufsgenossenschaften. Berlin, Carl Heymann.

— Kombinierte Lohnlisten für die Kranken- und die Invaliditäts- und Altersversicherung. Ebenda.

Bunzel, Julius, Ein ungarischer Feldarbeiter-Gesetzentwurf. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 15. Bd.)

Burdick, F. M., The law of partnership. Boston, Little, Braun & Co. 111 + 422 p. 12. cl. $ 2,50; shp. $ 3.

Collet, Miss, Report on the Money Wages of indoor Domestic Servants. London 1899, Eyre & Spottiswoode. (50 p.)

Cuny, E., Der Schutz der Arbeitswilligen. (31 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ —,60.

Dienstbotenordnung. 12. (23 S.) Hamburg, O. Meißners Verl. ℳ —,30.

Drucker, H. L., Ontwerp van wet tot regeling van de arbeidsovereenkomst. s'-Gravenhage, Gebr. J. & H. van Langenhuysen. Roy. 8. (84 blz.) Gecart. fl. —,50.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Nebst Denkschrift. Fol. (21 u. 50 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ 1,60.

Eulenburg, Dr. **Frz.,** Zur Frage der Lohnermittelung. gr. 8. (VI, 150 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 3,—.

Francke, Oberlandesger.-R. a. D. **W. Ch.,** Das Dienstboten-Edikt f. d. Herzogtum Lauenburg vom 22. Dezbr. 1732, wie es von Neujahr 1900 an gilt. (54 S.) Lübeck, E. Schmersahl Nachf. ℳ —,60.

— Die hannoverschen Dienstboten-Ordnungen. Hannover, C. Meyer. Kart. ℳ 2,—.

— Die Gesinde-Ordnung vom 8. Nov. 1810, wie sie v. Neujahr 1900 an Geltung hat. 12. (90 S.) Ebenda. Kart. ℳ —,75.

— Die Gesinde-Ordnung für den lübeckischen Freistaat. 8. (58 S.) Lübeck, E. Schmersahl Nachf. Kart. ℳ —,60.

— Die Gesinde-Ordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein. 8. (47 S.) Kiel, Lipsius & Tischer. Kart. ℳ 1,—.

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Dienstboten vom 3. Febr. 1868, in der durch das Gesetz vom 20. Aug. 1898 abgeänderten Fassung. 8. (24 S.) Hannover, J. A. Binders Nachf. ℳ —,40.

Gesinde-Ordnung preußische, die vollständige. 8. Aufl. 12. (39 S.) Breslau, J. U. Kerns Verl. ℳ —,[illegible]

— für Mecklenburg. 8. (32 S.) Neubrandenburg, C. [illegible]. ℳ —,40.

— revidierte, für das Königreich Sachsen vom 2. Mai 1892 mit Berücksichtigung der Abänderung derselben v. 31. Mai 1898. Text-Ausg. gr. 8. (46 S.) [illegible] A. Leitz & Sohn. ℳ [illegible]

Hachenburg, Dr. **M.,** [illegible] im bürgerlichen Gesetzbuch. 8. (85 S.) [illegible] ℳ 1,50.

Hall, F. S., [illegible] Roy. 8. [illegible] London, P. S. King & Son. [illegible]

Hattendorff, [illegible] gr. 8. (32 S.) [illegible] ℳ —,50.

Ingwer, Dr. J., Die Rechtsstreitigkeiten vor dem Gewerbegerichte. 12. (IV, 360 S.) Wien, C. Konegen. ℳ 3,—.

König, Dr. F., Das Gesinderecht oder die Rechtsverhältnisse zwischen Herrschaft und Gesinde. 8. (48 S.) Braunschweig, F. Euler. ℳ —,50.

— Das Gesinde- und Mietrecht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. 8. (48 u. 64 S.) Ebenda. ℳ 1,—.

Köster, Jos., Streik und Terrorismus der socialdemokratischen Gewerkschaften. (40 S.) Berlin, H. Walther. ℳ —,20.

Legien, C., Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. 9. (224 S.) Hamburg, C. Legien. ℳ 1,50.

Lembke, Joh. C., Ueber einige Bestimmungsgründe des Arbeitslohnes. gr. 8. (VI, 128 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 2,20.

Leproux, M., La Grève des ouvriers mineurs du pays de Galles en 1898. In-8, 71 p. Paris 1898, lib. Vᵉ Dunod.

Lloyd, H. Demarest, Labor copartnership. (356 p.) New York, Harper. $ 1,—.

Mitsch, Polizeikomm., Die Rechtsverhältnisse zwischen Dienstherrschaften u. Dienstboten i. Großherzogt. Baden. 4. Aufl. 12. (20 S.) Heidelberg, A. Wolff. ℳ —,50.

Mugdan, Stadtr. **Leo.,** Das Reichsgesetz betr. die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890. (266 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,80.

„Multiplikator", Tabelle mit ausgerechneten Zahlen einer Anzahl von Tagen, Stunden oder Stücken usw. nach einem beliebigen Einheitspreis. Hülfsapparat bei Lohnzahlungen. Berlin SW., Hugo Kretschmann, Lindenstraße 37.

Nieder, Abg. Landger.-Dir., Gesinde-Ordnung für Württemberg. Gültig v. 1. Jan. 1900 ab. 8. (IV, 64 S.) Ellwangen, J. Heß. ℳ —,80.

Office du travail. Statistique des grèves, l'année 1898. In-8, XVIII-334 p. Paris, impr. nationale.

Pitié, M., Du salaire à la tâche et du marchandage (thèse). In-8, 207 p. Paris. Rousseau.

Rampacher, D., Gesinde-Ordnung für das Königreich Württemberg. Gesetz vom 28. Juli 1899. gr. 8. (22 S.) Ulm, J. Ebner. ℳ —,50.

Recorbet, J, Etude historique et législative du payement du salaire en nature (thèse). In-8, 238 p. Lyon, impr. Chambefort.

Reichel, H., Das Gewerbegericht. Anh.: Kaufmännische „Schiedsgerichte". (52 S.) Herrnhut. ℳ —,50.

Röpke, A., Die Hamburgische Dienstboten-Ordnung nebst e. Anhang: Zusammenstellung d. Wohlfahrtseinrichtgn. f. Dienstboten. 8. (VIII, 103 S.) Hamburg. L. Voß. Kart. ℳ 1,50.

Roussel, F., La Grève générale et le syndicat Guérard. In-8, 32 p. Paris 1898, impr. Davy.

Schulz, E. u. E. Dieckmann, Handbuch der Berechnung des Tage- u. Stundenlohnes. schmal gr. 8. (48 S.) Essen, G. D. Baedeker. Kart. ℳ 1,50.

Schwiedland, E., Obligatorische Mindestlöhne in Viktoria. (Jahrbüch. f. Nationalökonomie u. Statistik. III. Folge, 16. Band.)

Thalberg, M., Der Dienstvertrag nach schweizerischem Obligationenrecht. gr. 8. (181 S.) Zürich, Art. Institut Orell Füßli. fr. 3, - .

Underhill's Law of Partnership. Post 8, 200 p. London, Butterworth. 3 sh. 6 d.

Werftdienstordnung. Teil II, Abschn. 5: Werkstattsordnung. gr. 8. (VI, 293 S.) Berlin, E. S. Mittler & Sohn. ℳ 6,—.

Wiliquet, C., Les grèves et le maintien de l'ordre. 3ᵉ édition. In-16, 42 p. Frameries, impr. Dufrane-Friart. fr. 1,—.

Will, Dr. **Dionysius,** Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Elsaß-Lothringen. gr. 8. (XII, 143 S.) Freiburg i. B., Herder. ℳ 2,—.

„Zuchthausvorlage", die sogenannte, und der deutsche Reichstag. gr. 8. (106 S.) Leipzig, F. Luckhardt. ℳ 2,—.

B. Gelegenheitsschriften.

Denkschrift zur Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Mannheim. Mannheim 1899. (28 S.)

Kentenich, Franz, Rechtliche Behandlung des Zufalls beim Werkvertrag. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 40 S.)
Neuhaus, Gg., Die Gewerbegerichte. (Diss. d. Univ. Greifswald. 38 S.)
Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Dem Bürgerausschuß der Stadt Mannheim vorgelegt am 21. Febr. 1899. (28 S.)
Schmahl, Ger.-Ref. **Gottfr.,** Rechtliche Behandlung des Zufalls beim Werkvertrag. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 46 S.)
Welsch, Ref. **Bruno,** Haftet der creductor operis aus dem Werkverdingungsvertrage für die culpa der Arbeiter? (Diss. Greifswald 1898. 62 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterbewegung, die, auf den Werken des Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins. (Mitt. d. Ver. z. Wahrg. d. gem. wirtsch. Interessen i. Rheinland u. Westfalen 1898)
Arbeitslöhne in Deutschland nach den Ergebnissen der Invalidenversicherung. (Christlich-sociale Blätter 1898, Heft 7/8.)
Arbeitsverträge mit Farbigen. Verordnung des Kaiserl. Gouverneurs in Deutsch-Ostafrika. (Kolonialblatt 1898.)
Bellet, Daniel, Le salaire et la concurrence industrielle de l'ouvrier japonais. (Journal des Economistes 1898, Août.)
Bisgaard, Den store Lockout (der große Ausstand in Kopenhagen 1899). (Nat.-Oek. Tidskrift 1899, 8. Heft.)
Blankenstein, Die Rechtskraft der Arbeitsordnungen. (Archiv f. öffentliches Recht 1897, Heft 1.)
Bowley, A. L., The Statistics of Wages in the United Kingdom during the last Hundred Years. Part I. Agricultural Wages. (Journal of the Royal Stat. Society 1898, p. 702—722.)
Brentano, Prof. Dr. **L.,** Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Rede vom 3. Okt. 1899. (Münchener Neueste Nachrichten 1899, Nr. 457 u. 459.)
Davidson, Socialdemokrati och storstrejk. (Ekon. Tidskrift, Stockholm 1899, VI.)
Einhauser, Rud., Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmergewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. (Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft 1898, Heft 1/2.)
Elm, A. v., Die Wahrheit im Streik der Hafenarbeiter u. Seeleute i. Hamburg im Jahre 1896/97. (Jahrbuch f. Gesetzgebung &c. von Schmoller, 1897, 4. Heft.)
Falkner, Roland, Wage statistics in theory and practice. (American Statistical Ass., Boston 1899, No. 46.)
Festsetzungen, neue, des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter. (Zeitschrift d. kgl. bayr. statist. Bureaus 1898, München.)
Freundlich, J., Zur Reform der Gewerbegerichte in Oesterreich. (Die neue Zeit 1898, II. Band.)
Hewart, The wages of London vestry employees. (Econ. Journal, Sept. 1898.)
Hewins, The regulation of wages by the justices of the peace. (Dass.)
Hilse, Dr. **Bruno,** Die Bestrebungen zum Schutze der Bauhandwerker gegen Werklohnverluste. (Archiv f. öffentl. Recht, Freiburg i B. 1898, S. 316 ff.)
Kaff, S., Die Streikbewegung in Oesterreich 1896. (Deutsche Worte, Wien 1898, Nr. 8.)
Katscher, Soll der Geschäftsgewinn geteilt werden? (Deutsches Wochenblatt 1898, Nr. 34, 35.)
Katzenstein, Simon, Die Rechtsstellung der Arbeiterkoalitionen im Deutschen Reich. (Neue Zeit 1898/99, Nr. 1.)
Kelley, Florence, Das Sweatingsystem in den Vereinigten Staaten. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 2. Heft.)
Klopp, Wiard., Der Surrogatcharakter des Lohnvertrages in der Großindustrie. (Monatsschrift f. christl. Socialreform 1897, Heft 11/12.)
Kollmann, Paul, Die Heuerleute im oldenburgischen Münsterlande. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 16. Bd.)

Krejcsi, E. R. J., Ungarischer Gesetzentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen den Arbeitgebern und den landwirtschaftlichen Arbeitern. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1898, 1. Heft.)

L'évolution du salariat. (Société Libérale, Gand 1898, Série VII, No. 4.)

Lorenz, Max, Socialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. (Preuß. Jahrbücher von Delbrück, 1898, 1. Heft.)

Macrosty, H. W., Das gewerbliche Schiedswesen in Neuseeland. (Neue Zeit, II. Bd., 1897/98.)

Marx, Carl, Salaire, prix et profits. (Le social Devenir 1898, No. 5.)

March, Lucien. Les salaires et la durée du travail dans l'industrie française. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, No. 10.)

— Quelques exemples de distribution du salaires. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, p. 193, 241.)

Organisation der Streik-Statistik, die, in England, Frankreich, Italien, Oesterreich und den vereinigten Staaten von Amerika. (Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. Reichs 1898, Heft IV.)

Polizei und Ausstände der Arbeiter. (Deutsche Gem. Ztg. 1898, Nr. 10.)

Pollak, Rud., Gewerbegerichte. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 24/25.)

Resch, Fr., Hofdreschordnung des Rittergutes Oberwura. (Schönburg. Geschichtsblätter, Waldenburg, Kästner, 1899, Heft 3.)

Richter, Otto, Die Organisation der deutschen Streikstatistik. (Beil. z. Münch. Allg. Ztg. 1899, Nr. 19.)

Schaefer, Dr. jur. **Karl,** Veränderte Rechtsprechung in betreff der Lohnzahlung an Arbeiter 2c. (Trucksystem u. a.) (Gewerbebl. a. Württemberg 1898, Nr. 52.)

Schiedsgerichte, die, der Arbeiterversicherung. (Christl.-soc. Blätter 1898, H 9/10.)

Statistik, zur, der Streiks und Aussperrungen 1899. (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1899.)

Taglöhne, die ortsüblichen, gewöhnlicher Tagearbeiter im Deutschen Reich. (Gewerkverein 1898, S. 42 ff.)

Trap, Cordt., Die dänische Arbeiterversicherung. insbes. das Unfallversich.-Gesetz vom 7. Jan. 1898. (Archiv f. soc. Gesetzgebung u. Statistik 1898, 2. Heft.)

Trenter, Assessor Dr., Statistik des Kontraktbruches für das Jahr 1897 u. Mahnruf an die ländlichen Arbeiter. (Zeitschr. d. Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Sachsen 1898, S. 136—138.)

Versicherung gegen Verluste aus Arbeitseinstellungen. (Masius Rundschau 1898, 12. Heft.)

Waxweiler. Analyse économique de la participation aux bénéfices. (Revue d'économique politique 1898, No. 4.)

Wild, G., Gratifikation oder Tantieme? (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898, Nr. 1/2.)

Zur Statistik der Löhne der städtischen Arbeiter in Dresden. (Mitteil. d. statist. Amtes d. Stadt Dresden, 9. Heft.)

VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen.

Zeitschriften (Ergänzung zu Jahrgang 1899, S. 71).

Blätter, gemeinnützige, f. Groß-Frankfurt. Zeitschr. f. sociale Heimatkunde. Hrsg.: Dr. W. Kobelt. 1. Jahrg. Juli 1899 bis Juni 1900. 12 Nrn. gr. 8. Frankfurt a. M., R. Hülsen. *M* 2,—.

Das Rothe Kreuz. Centralorgan für alle deutschen Wohlfahrts- u. Wohlthätigkeitsbestrebungen. Herausg.: Oberstabsarzt Dr. Gotthold Pannwitz. Jährlich 24 Nrn. Mit Beiblättern: „Haus und Herd" u. „Bürgerkunde". Jährl. *M* 6,—.

Samaritan, der barmherzige. Zeitschr. z. Förderung d. christl. Nächstenliebe. Hrsg. v. Deutschordens-Conventе zu Lana. Red: Vinc. Prangner. 1. Jahrg. 1899. 12 Nrn. gr. 4. Bozen, A. Auer & Co. fl. 2,80.

Volkswohl, das. Halbmonatsschrift zur Förderung des wahren Volkswohles in Hinsicht auf Gesundheitspflege, Wissenschaft und Technik, Handel und Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft. 5. Jahrg. 1899. 24 Nrn. gr. 8. Pahan Paradies-druckerei und Verlagsanstalt. ℳ 3,60.

Wollen, ernstes. Monatsschrift. Hrsg. von Mitarbeitern der früheren „Verkündigung" M. v. Egidy's. Hrsg.: A. Deutsch u. H. Driesmans. 1. Jahrg. April 1899 bis März 1900. 12 Nrn. gr. 8. Berlin, Geschäftsstelle. Halbjährl. ℳ 1,25.

A. Selbständige Litteratur.

Bericht über die 3. Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande. 8. (98 S.) Berlin, Trowitzsch & Sohn. ℳ —,80.

Finsler, Dr. G., Geschichte der Zürcherischen Hülfsgesellschaft 1799—1899. (103 S. m. 1 Stahlstich-Bildnis.) Zürich, Füßli & Beer. fr. 3,60.

Fuchs, Geo. Frdr., Sparkassen und genossenschaftliche Spar- und Darlehnskassen in ihrem Verhältnisse zu einander und zum Volkswohl. Eine Studie. (46 S.) Stuttgart, H. Belser. ℳ —,80.

Fürth, Henriette, Das Ziehkinderwesen in Frankfurt am Main und Umgebung. Frankfurt a. M., Mahlau & Waldschmidt. (23 S.) ℳ —,40.

Hagenbach-Burckhardt, Prof. Dr. **C.,** Die Krippen und ihre hygienische Bedeutung. gr. 8. (III, 35 S.) Jena, G. Fischer. ℳ —,75.

Hardeland, Past. **Thdr.,** Die Heilsarmee nach Geschichte, Wesen und Wert. (41 S.) Stuttgart, H. Belser. ℳ —,60.

Herbach, K., Christliche Arbeiterfürsorge. (42 S.) Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Kley, Dr. **W.,** Bei Krupp. Eine socialpolitische Reiseskizze. gr. 8. (X, 166 S. m. 3 Taf.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 3,60.

Kolde, Prof. Dr. **Th.,** Die Heilsarmee (the salvation army), ihre Geschichte und ihr Wesen. 2. Aufl. gr. 8. (IV, 204 S.) Leipzig, A. Deichert Nachf. ℳ 3,20.

Krüger-Marquardt, Helene, Not. Zum Besten der Kinderfürsorge. (16 S.) Bonn, H. Behrendt. ℳ —,50.

Migerka, Katharina, Auch eine sociale Aufgabe. gr. 8. (20 S.) Wien, G. Szelinski. fl. —,40.

Niemann, Superint. **A.,** Der Johanniterorden. Seine Bedeutung f. d. christl. Liebesthätigkeit in alter u. neuer Zeit. gr. 8. (39 S.) Gütersloh, C. Bertelsmann. ℳ —,60.

Oesterreich's Wohlfahrtseinrichtungen 1848—1898. Festschrift. [illegible] 1898. Chef-Red.: H. Heger. (In 4 Bdn.) 1. Bd. Armenpflege und Wohlthätigkeit in Oesterreich. Red. v. E. Mischler. (XIV u. XLII, 470 S.) gr. 8. Wien, M. Perles. Subskr.-Pr. f. 1—4: fl. 40,—.

Pecha, Archit. Alb. H., Der Musterkindergarten [illegible] des Vereins f. Kindergarten u. Kinder-Horte [illegible] Bealeitworte von Oberlehrer [illegible] Mueller. gr. 8. [illegible] A. Pichler's Wwe. & Sohn. fl. —,60.

Post, J., Neuere Erfindungen auf dem Gebiete der [illegible] gr. 8. (31 S.) Dresden, v. Zahn & Jaensch. ℳ 1,—.

Rendia, C., [illegible] S. Krauß. ℳ —,[illegible].

v. Reyher, [illegible] Verein [illegible] (2 S.).

Rundgang, [illegible]

Ruppersdt, C., [illegible]

Salomon, [illegible] **Max** [illegible] —,[illegible].

Seemann, H., Ländliche Wohlfahrtspflege. Vortrag. gr. 8. (16 S.) Güstrow, Opitz & Co. ℳ —,50.

Vraagstuk, het, van de verzorging der verwaarloosde kinderen. Amsterdam. S. L. van Looy. fl. 1,—.

Werner, A., Die örtlichen Stiftungen für die Zwecke des Unterrichts und der Wohlthätigkeit. 4. (X, 236 S.) Augsburg, M. Rieger. ℳ 3,60.

Werther, O. v., Menschenpflichten. gr. 8. (28 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ —,50.

Wohlfahrtseinrichtungen, die, Berlins und seiner Vororte. Ein Auskunftsbuch, herausgeg. v. d. Auskunftsstelle der deutschen Gesellschaft f. eth. Kultur. 2. Aufl. gr. 8. (XXII, 427 S.) Berlin, J. Springer. Geb. ℳ 3,— u. ℳ 3,60.

Wohlfahrtspflege, die, im Kreise. Die individuelle Hygiene des Arbeiters. Vorberichte u. Verhandlungen d. VII. Konferenz der Centralstelle f. Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Berlin, C. Heymann. (IV, 274 S.) ℳ 5,—.

Wohlthätigkeits-Anstalten und -Vereine im Königreich Württemberg. gr. 8. (72 S.) Stuttgart, W. Kohlhammer. ℳ 1,—.

B. Gelegenheitsschriften.

Aufruf zur Beteiligung an der Wohlfahrtspflege auf dem Lande im Bezirke der Amtshauptmannschaft Borna. Audigast 1898. (8 S.)

Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens d. Altonaischen Unterstützungsinstituts am 28. Jan. 1899. Altona 1899. (78 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterfürsorge in der Stadt Düsseldorf. (Festschrift z. 70. Versammlg. deutsch. Naturforscher und Aerzte, Düsseldorf 1899, S. 198 ff.)

Arbeiterheim, das neue, der Kaiserlichen Werft zu Kiel. (Ill. Ztg., Leipzig, Nr. 2920 v. 15. Juni 1899.)

Malarce, A. de, Notice historique et administrative sur l'institution des bureaux d'épargne des manufactures. Paris, impr. nationale.

Petersen, Hugo, Ein Schritt zur praktischen Lösung der socialen Frage (Geselliges Nähertreten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter). (Die Kritik, Nr. 163.)

Polizeiordnung betr. das gewerbsmäßige Halten v. Kostkindern. (Landesverordn. des Fürstentums Schaumburg-Lippe, XVII. Bd.)

Radics, P. v., Die Wohlthätigkeit in Krain. (Oesterr.-Ungarische Revue 1898, XXIII. Bd.)

Schmid, Hans, Die Fürsorge für Nahrung und Kleidung armer Schulkinder in der Schweiz. (Deutsche Worte 1898, Nr. 6.)

Wohlfahrtseinrichtungen der kgl. bayer. Staatseisenbahnen i. J. 1896. (Archiv f. Eisenbahnwesen 1898, 3. Heft.)

— d. kgl. bayer. Staatseisenbahnen i. J. 1897. (Ebenda, 1899, 4. Heft.)

— d. kgl. württbg. Verkehrsanstalten. (Ebenda, 1899, S. 1227.)

VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonien und Naturalverpflegungsstationen.

Zeitschriften.

Arbeiterbewegung, die. Zeitschr. f. alle Arbeitgeber. Red.: M. Koppe. 2. Jg. 1899. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, M. Warschauer. Vierteljährlich ℳ 1,50.

Arbeitsmarkt, der. Halbmonatsschrift d. Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte. Zugleich Organ d. Verbandes deutsch. Arbeitsnachweise. Hrsg.: Dr. J. Jastrow. 3. Jahrg. Okt. 1899 bis Sept. 1900. 24 Nrn. hoch 4. Berlin, G. Reimer. Halbjährlich ℳ 2,—.

Bulletin de l'office du travail. Paris, impr. nationale. (Publication du Ministère du commerce.)

Revue du travail. Bruxelles.

A. Selbständige Litteratur.

Arbeitsnehmer, die beschäftigungslosen, in Sachsen-Koburg u. Gotha a. 14. Juni und 2. Dez. 1895, zusammengestellt nach Verwaltungsbezirken. (Mitt. d. statist. Bureaus d. herzogl. Staatsminist. zu Gotha 1897.) Gotha, C. F. Thienemann.

Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig am 5. Sept. 1898. Hrsg. vom Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona. 8. (107 S.) Hamburg, Verlagsanstalt u. Druckerei. ℳ 1,50.

Berndt, Paul, Die Arbeitslosigkeit, ihre Bekämpfung und Statistik. gr. 8. (103 S. m. graph. Darstellgn.) Berlin, A. Troschel. ℳ 2,—.

Cuny, E., Der Schutz der Arbeitswilligen. gr. 8. (III, 31 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ —,60.

Dufour, J., Etude historique sur les théories du droit au travail (thèse). In-8, 118 p. Paris, Larose.

Eckert, H., Ueber die beste Organisation des Arbeitsnachweises. Mit Formularen u. lith. Beilagen. Gekrönte Preis-Schrift. gr. 8. (VIII, 48 S. m. 2 Taf.) Freiburg i. B., Lorenz & Waetzel. ℳ 1,20.

Eyck, Erich, Die Arbeitslosigkeit und die Grundfragen der Arbeitslosen-Versicherung. (34 S.) Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer. ℳ —,60.

Fiebelkorn, Dr. **Max,** Die Arbeitervermittelung in der Ziegelindustrie. (48 S.) Berlin, Verlag der Thonindustrie. ℳ —,60.

Freund, R., Der Arbeitsnachweis. Eine socialpolit. Studie. gr. 8. (23 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ —,40.

Greulich, H., Die Arbeitskammer der Stadt Zürich. Rede. 8. (32 S.) Zürich, Grütliverein. fr. —,20.

Grung, F., Kapital u. Kredit auf dem Arbeitsmarkt. gr. 8. (8 S.) Hamburg, J. Kriebel. ℳ —,40.

Günther, Carl, Das Recht der Frau auf Arbeit. gr. 8. (14 S.) Berlin, G. Wattenbach. ℳ 1,—.

Jahresbericht, 11., des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats f. d. J. 1897. gr. 8. (100 S.) Zürich, Grütliverein. fr. 1,—.

— 12., des schweizerischen Arbeitersekretariats f. d. J. 1898. gr. 8. (110 S.) Zürich, Grütliverein. fr. 1,—.

Otto, B., Das Recht auf Arbeit und die Arbeiterinteressen. gr. 8. (64 S.) Leipzig, Sellmann & Henne. ℳ —,60.

Priester, Dr. **O.,** Arbeitsämter. gr. 8. (37 S.) Frankfurt a. M., Gebr. Knauer. ℳ —,80.

Reichesberg, Prof. Dr. **N.,** Der Kampf gegen d. Arbeitslosigkeit in der Schweiz. gr. 8. (80 S.) Bern, Steiger & Co. fr. 1,50.

Rupprecht, Conr., Die Errichtung einer allgemeinen freiwilligen Beschäftigungs-Anstalt in Graz. gr. 8. (40 S.) Graz, Leuschner & Lubensky in Komm. fl. —,70.

Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Nr. 1. gr. 8. Berlin, C. Heymann. (XVI, 132 S.) ℳ 2,—.

Vivier, P., L'assurance contre le chômage involontaire. (256 p.) Paris, A. Rousseau.

Weigert, O., Arbeitsnachweise und Schutz der Arbeitswilligen. gr. 8. (V, 93 S.) Berlin, F. Dümmler. ℳ 2,—.

No. 3. De werkloosheid in eenige vakverenigingen te Amsterdam in het jaar 1898. (8 blz., m. 1 graph. tab.) Amsterdam, Joh. Muller. fl. —,15.

B. Gelegenheitsschriften.

Geschäftsbericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin f. d. J. 1898. (34 S.)

Jahrbuch der Hamburger Arbeiter-Kolonie 1899. Hamburg, Rothenburgsort 1899. (24 S.)

Jahresbericht, IV., des Vereins für Arbeitsnachweis in Wiesbaden pro 1898. Wiesbaden 1899. (16 S.)

Protokoll über die 14. ordentliche Sitzung des Central-Vorstandes deutscher Arbeiter-Kolonien am 20. April 1899. (52 S.)

— der sechsten ordentlichen Gesamtverbands-Versammlung zu Berlin am 19. April 1899. Potsdam 1899. (74 S.)

Statistischer Bericht üb. d. Geschäftsthätigkeit d. öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen der Rhein- und Maingegend 1898—1899. Bearbeitet vom statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. (18 S. m. Tab. u. Taf.)

Tabellen über die Arbeitsvermittlung der allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt in Köln 1897/98. Köln.

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Allgemeine (preußische) Verfügung (Minister d. Innern und Minister d. Handels) betr. die kommunalen 2c. Arbeitsnachweisstellen. (Grotefend, Gesetzgebungs-Material 1898, S. 58—60.)

Arbeitsnachweis, zur Frage des. (Mitt. d. Ver. z. Wahrg. d. gem. wirtsch. Interessen f. Rheinland u. Westfalen, 1899, Nr. 3.)

Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter Württembergs 1894—1898. (Mitt. d. kgl. statist. Landesamtes, Stuttgart 1899, Nr. 1.)

Bieder, H., Luzernische Verordnung betr. den Arbeitsnachweis (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898.)

Fleischmann, Adolf, Schutz vor Arbeitslosigkeit. (Deutsche Gemeindezeitg. 1898, Nr. 46.)

Haenisch, Konrad, Zur Frage der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung. (Die neue Zeit 1897/98, II. Bd.)

Hofmann, E., Die Arbeitslosenversicherung in St.-Gallen und Bern. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1898, Heft 1/2.)

Jastrow, J., Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 16. Bd.)

Loeger, Reg.-Ass. **H. v.**, Die Naturalverpflegungsstationen. (Zeitschr. d. kgl. preuß. statist. Bur. 1899, I.)

Mehring, O., Kleine Bilder aus der großen Stadt. Das Recht auf Arbeit. (Monatsschr. f. christl. Socialreform 1898, 1. Heft.)

Mischler, Prof. Dr. **G.**, Die steiermärkische Arbeitsvermittlung. (Statist. Monatsschrift, Wien 1898, S. 459.)

Priester, Dr. **Oskar**, Ueber Arbeitsämter. (Berichte des freien deutschen Hochstifts, Frankfurt a. M. 1898, S. 88—123.)

Pulligny, M. de, Les asiles de nuit et l'assistance par le travail à Paris. (Reforme sociale 1898.)

Rehfeld, R., Das Anwachsen der großen Städte u. der Arbeitermangel auf dem Lande. (Zeitschr. d. Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Sachsen 1898, Nr. 12.)

Richter, wiss. Hülfsarbeiter **Otto**, Die „Labor Statistics" in den Vereinigten Staaten von Amerika. (Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. Reiches 1899, Heft 3; siehe ferner: Die amtliche Arbeiterstatistik in England, Jahrg. 1894, Heft 3; in Frankreich, Jahrg. 1895, Heft 3, und in Oesterreich, Jahrg. 1896, Heft 3.)

Schanz, Prof. **G.**, Die Arbeitslosenversicherung und die deutsche Volkspartei. (Preuß. Jahrbücher 1898, Heft 3/4.)

Schilder, S., Die Arbeitsvermittelung in Oesterreich. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, Breslau 1898, 11. Heft.)

Schmid, Hans, Die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz, speziell in Zürich. (Deutsche Worte 1898, 1/2. Heft.)

Schwarzwald, Hermann, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. (Neue deutsche Rundschau, Berlin, Fischer, Februarheft 1899.)

Statut für das städtische Arbeitsamt in Ludwigsburg. (Gewerbebl. a. Württemb. 1898, Nr. 16.)

— für das städtische Arbeitsamt in Reutlingen, nebst Geschäftsordnung. (Ebenda, 1898, Nr. 17.)

Verrijn Stuart, C. A., Plaatsing van werklieden en arbeidsbeurzen. (de Economist 1898, Februari en Maart.)

Versicherungskasse, die stadtkölnische, gegen Arbeitslosigkeit im Winter 1897/98. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. III. Folge, 16. Band.)

Willoughby, W. F., Insurance against unemployment. (Political Science Quarterly 1897, No. 3.)

Werkloosheid, de, te Amsterdam 1898. (Statistische Mededeelingen der Gemeente Amsterdam, Amsterdam 1899, No. 3.)

IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen.

Zeitschriften (Ergänzung zu Jahrgang 1899, S. 75).

Blätter f. Volksbibliotheken u. Lesehallen. Red.: Gräfel. 1. Jahrg. 1900. 12 Nrn. Leipzig, O. Harrassowitz. *M* 4,—.

Jünglings, des, Freund. Blätter f. d. erwachsene männliche Jugend. Herausgeg. von B Mehmke. 3. Jahrg. 1899. 52 Nrn. Lex.-8. Stuttgart, M. Holland in Komm. *M* 1,—.

Kompaß f. das arbeitende Volk. Organ der kath. Arbeiter-Vereine d. Prov. Westfalen. Red.: Herm. Dreier. 1. Jahrg. Juli 1899 bis Juni 1900. 52 Nrn. Imp. 4. Hamm, Breer & Thiemann. Vierteljährl. *M* —,50.

Mitteilungen über die Volksvorlesungen und verwandten Bestrebungen im Rhein- und Maingebiet. 1. Jahrg. 1899. 12 Nrn. gr. 8. Frankfurt a. M., R. Hülsen. *M* 2,—.

Volkserzieher, der. Blatt f. Familie, Schule u. öffentliches Leben. Begründer u. Red.: Wilh. Schwaner. 3. Jahrg. 1899. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, Verlag des „Volkserzieher". Vierteljährl. *M* 1,—.

Volksunterhaltung, die. Zeitschrift f. d. gesamten Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksunterhaltung. Hrsg. v Dr. Raph. Löwenfeld. 1. Jahrg. Okt. 1898 bis Sept. 1899. 12 Hefte. gr. 8. Berlin, F. Dümmler's Verl. *M* 2,—.

A. Selbständige Litteratur.

Arbeiter-Kalender, illustrierter, 1900 Herausg. v. Stadtpfarr. Th. Traub. 4. (49 u. XI S.) Stuttgart, Buchh. f. inn. Mission. *M* —,20.

Familienabend, der. Eine Sammlg. von Programmen nebst vollständiger Stoffdarbietg. Für Gemeinde-, Volks- und Vereinsfeste. 10. Heft. Weihnachtsfeier. 2. Aufl. gr. 8. (32 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes. *M* —,40.

— dasselbe. 7. Heft. Reformations- und Luther-Abend. (31 S.) Ebenda. *M* —,40.

Festbericht der XIV. internationalen Konferenz der christlichen Jünglingsvereine v. 6.—10. Juli 1898. gr. 8. (IX, 385 S. m. Abb. u. 1 Taf.) Basel, A. Geering. *M* 5,40.

Fischer-Lette, Marie, Das einzige Mittel zur Erhaltung des Familienglücks. 8. (75 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. *M* 1,—.

Gräve, Lehrer **Wilh.,** Die Fürsorge für die gewerbliche Jugend. 26 S. (Sammlung pädagogischer Vorträge, 7. Heft.) Bonn, F. Sönnecken. *M* —,60.

Hammerstein, P. L. v., J. S.: Meister Breckmann, wie er wieder zum Glauben kam und aufhörte, Socialdemokrat zu sein. 4. Aufl. 8. (IV, 115 u. II S.) Trier, Paulinus-Druckerei. *M* —,50.

Hasse, Paul, Leitfaden f. weibliche Jugendpflege. gr. 8. (VIII, 336 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutschen Jünglingsbundes. Geb. *M* 2,80.

Haßl, Guido, Weihnachten im Bahnwärterhaus. Weihnachtsspiel. Für Arbeitervereine frei bearb. 12. (41 S.) Augsburg, Kranzfelder. *M* —,50.

Jahrbuch f. 1898 des christlichen Vereins junger Männer zu Berlin. gr. 8. (104 S.) Berlin, Deutsche ev. Buch- und Traktat-Gesellschaft. *M* —,50.

— des ostdeutschen Jünglingsbundes f. d. Jahr 1899. Hrsg. vom Bundesvorstand. gr. 8. (24 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes in Komm. *M* —,20.

Jünglingsfreund. Jahrbuch f. 1899. 2. Jg. Hrsg. v. Pfarr. Herm. Faulhaber. 12. (59 S. m. Abb.) Schw. Hall, Buchh. f. inn. Mission. ℳ —,25.

Huppert, Dr. **Phil.,** Oeffentliche Lesehallen. Ihre Aufgabe, Geschichte und Einrichtung. gr. 8. (IV, 96 S.) Köln, J. P. Bachem. ℳ 1,—.

Keferstein, Dr. **Horst,** Die Bedeutung einer gesteigerten Volksbildung für die wirtschaftliche Entwickelung unseres Volkes. Bielefeld, A. Helmich. ℳ —,50. — Volksbildung u. Volksbildner. (38 S.) Langensalza, L. Beyer & Söhne. ℳ —,60.

Közle, G., Der Mann als Familienvater. Ein Vortrag. gr. 8. (15 S.) Berlin, Leipzig, H. G. Wallmann in Komm. ℳ —,25.

Landmanns, des, Winterabende. Belehrendes u. Unterhaltendes aus allen Zweigen der Landwirtschaft. Paderborn, F. Schöningh.

Lippert, Jul., Das Volksbildungswesen zur Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph I. 1848—1898. (15 S. m. 1 Bildn.) Prag, F. Haerpfner. fl. —,20.

Lüer, A., Die Volksschulerziehung im Zeitalter der Socialreform. gr. 8. (VIII, 324 S.) Leipzig, E. Wunderlich. ℳ 3,—; geb. ℳ 3,60.

Monroe, Will. S., Die Entwickelung des socialen Bewußtseins der Kinder. (88 S.) Berlin, Reuther & Reichard. ℳ 2,—.

Nörrenberg, C., Die Bücherhallenbewegung im Jahre 1897. (24 S.) Berlin, R. Gaertner. ℳ —,75.

Petschar, M., Die socialen Zustände und das Gymnasium. gr. 8. (III, 83 S.) Freiburg i. B., Herder. ℳ 1,20.

Pflüger, P., Freiheit und Gleichheit. Rede. (8 S.) Zürich, Grütliverein. fr. —,10. — Bewegung und Ziel. (16 S.) Ebenda. fr. ,10.

Ratmann, Fritz, Prologe und Festgedichte f. evang. Jünglingsvereine u. Vereine verwandter Art. (48 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes. ℳ —,60.

Schultze, Dr. **Ernst,** Volksbildung u. Volkswohlstand. gr. 8. (IV, 84 S.) Stettin, H. Dannenberg & Co. ℳ 1,60.

Schönbach, Ant. E., Ueber Lesen und Bildung. Umschau u. Ratschläge. 6. Aufl. 10. bis 12. Tauf. gr. 8 (XV, 369 S.) Graz, Leuschner & Lubensky. fl. 4,—.

Sendschreiben an die Fürsten und Standesherren Deutschlands v. Lebensheimer Erziehungsverein. gr. 8. (7 S.) Elberfeld, Baedeker. ℳ —,50.

Sobota, Prof. **Ant.,** Das Recht auf Erziehung. Ein Beitrag z. Lösung d. socialen Frage. gr. 8 (22 S.) Wien, J. Eisenstein & Co. fl. —,50.

Sohnrey's, Heinr., Dorfgeschichten. 1. Reihe. 1. Bd. Friedesinchens Lebenslauf. 3. Aufl. Mit Buchschmuck von O. Ewel. 8. (439 S.) Leipzig, G. H. Meyer. ℳ 3,50; geb. ℳ 4.50.

Steinhauser, Dr. **Rob.,** Das deutsche Volkstheater in Wien 1889—1899. Denkschrift zur Feier des 10jähr. Bestandes dieser Bühne, herausg. v. Vereine des deutschen Volkstheaters in Wien. gr. 8. (132 S.) Wien, A. W. Künast. fl. 2,40.

Thiel, Lehrer **Peter Jhs.,** Ein Tag in Lebensheim. (39 S.) Elberfeld, Baedeker. ℳ —,50.

Treu dem Verein. Festspiel für Feste kathol. Arbeiter- und Männervereine. (20 S.) Kempten, J. Kösel. ℳ —,25.

Vischer, Lic. **Eberh.,** Was ist gute Lektüre? 8. (28 S.) Basel, R. Reich. fr. —,40.

Voigt, Dr. **Ad.,** Unserer Jugend Not und Hülfe. Eine Werbeschrift f. d. christl. Vereine junger Männer und Jünglingsvereine. 8. (48 S.) Leipzig, J. C. Hinrichs Verlag. ℳ —,50.

Volkserziehungs-Schriften, Lebensheimer. 1. Heft. gr. 8. Elberfeld, Baedeker in Komm. ℳ —,50.

Wartmann, E., 100 Spiele im Zimmer u. im Freien f. evangelische Jünglingsvereine und Vereine verwandter Art. (56 S.) Berlin, Buchh. des ostdeutschen Jünglingsbundes. ℳ —,60.

Zur Erinnerung an das fünfjähr. Bestehen des christlichen Vereins junger Männer zu Dresden. 8. (49 S. m. Abb.) Dresden, J. Naumann in Komm. ℳ —,25.

B. Gelegenheitsschriften.

Bücher für Volksbibliotheken. Herausg. v. d. Gesellschaft f. Verbreitung v. Volksbildung. Mit 1 Nachtrag. Danzig 1898. (22 u. 2 S.)

Christlicher Verein junger Männer z. Dresden 1883—1888. Dresden 1888. (91 S.)
Jahresbericht, vierter, der ersten öffentlichen Lesehalle (der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur) zu Berlin f. d. J. 1888. Berlin 1888. (31 S.)
Wie gründet und leitet man ländliche Volksbibliotheken? III. Ausgabe. Herausg. v. d. Gesellschaft f. Verbreitung v. Volksbildung. Berlin 1888. (24 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeitersöhne, preußische, auf den preußischen Universitäten. (Christliche Blätter 1887, Heft 1/2.)
Busemann, „Volksuniversitäten" in Rußland. (Heil z. Alt. 19. 1887, Nr. 42.)
Feldegg, F. v., Der moderne Bildungsbegriff. (Das Leben 1888, 1. Heft.)
Hecht, Marie, Bericht über Volksunterhaltungsabende und die Betheiligung der Frauen an derartigen Veranstaltungen. (Neue Bahnen 1888, Nr. 2.)
Höhnel, F., Oeffentliche Vorlesungen. (Oesterr. Ges. 1888, Nr. 12.)
Körrenberg, T. C., [illegible] (Neue Bahnen 1888, Nr. 9.)
Weick, Frch. v., Das Fabrikschulwesen im Kgr. Sachsen. [illegible] 1889, I. S. 65.

X. Lebenshaltung der Arbeiter.

(Wohnung. — Ernährung. — Kleidung. — Gesundheit. — Sparsamkeit. — Arbeitsmarkt. — Arbeitsnachweis. — Lohn.)

Wohnungsfrage.

A. Selbständige Literatur.

Alex. C. E. [illegible]
Alter, Louis Geo., [illegible]
Behrendt, Paul, [illegible]
Tannstädter L. [illegible]
Eichner, Max, [illegible]
Geier [illegible]
Gronemann C. [illegible]
Kamp [illegible]
Kaven, Ludw. [illegible]
Kien L. [illegible]
Landolt C. [illegible]

Latscha, J. u. W. Teudt, Nationale Ansiedelung u. Wohnungsreform. 2. Aufl. gr. 8. (33 S. m. 2 Plän.) Frankfurt a. M., R. Eckin. ℳ —,80.

Lechler, Paul, Der erste Schritt z. nationalen Wohnungsreform. Vortrag. gr. 8. (28 S.) Berlin. E. Hofmann & Co. ℳ —,50.

Mansion House Council (the) on the Dwellings of the Poor. Report for the year ending December 31st 1898. London, Cassell. sh. 1.

Mielke, Rob., Die Bauernhäuser in der Mark. gr. 8. (V, 40 S. m. 88 Abb.) Berlin, P. Stankiewicz. ℳ 1,—.

Mitteilungen aus den Ergebnissen der Wohnungs- 2c. Erhebung in der Stadt Zürich im Okt.—Nov. 1898. Zürich, Städt. Statist. Amt 1899. (88 S.)

Nerinox, A., Les Habitations ouvrières à Berlin. In-8, 23 p. Paris, impr. Levé, 54, rue de Seine.

Rieper, F., Das eigene Heim. Eine Sammlung v. einfachen, freistehenden Einfamilienhäusern. 26 Taf. m. erklär. Text. gr. 8. (6 S.) Leipzig, B. F. Voigt. In Mappe ℳ 3,—.

Ost, Polizeiarzt W., Die Wohnungsfrage in der Stadt Bern. Bern, Buchdruckerei Berner Tageblatt. (27 S.) fr. —,40.

Pflüger, Pfarr. P., Die Wohnungsfrage m. besonderer Berücksichtigung d. Stadt Zürich. (32 S.) Zürich, Buchh. d. schweiz. Grütlivereins. fr. —,20.

Pietzcker, Herm., Die Wohnungs-Enquête i. d. Stadt Luzern v. 10. Mai b. 3. Juli 1897. Mit 50 erklär. Tab. hoch 4. (III, 167 S.) Luzern, A. Gebhardt. ℳ 3,20.

Reichs-Wohnungsgesetz, ein. gr. 8. (32 S.) Frankfurt a. M., R. Hülsen. ℳ 1,—.

Reinhold, Alfr., Das ländliche Wohnhaus. Studie über prakt. Anlage v. kleinen Landhäusern und Cottages in Verbindung mit Gärten. gr. 8. (VII, 79 S. m. 76 Abb.) Wien, A. Hartleben. fl. 3,—; geb. fl. 4,—.

Rocholl, Dr. Heinr., Mein Heim — mein Glück! 2. Aufl. 8. (63 S.) Leipzig, G. Strübig. Kart. ℳ 1,—.

Rupprecht, C., Die Wohnungsfrage. gr. 8. (60 S.) Graz, Leuschner & Lubensky. fl. —,70.

Schindler-Escher, C., „Klein, aber mein." 7 Projekte f. einzelnstehende Häuschen mit Stall, und Bericht über 3 bei Zürich gebaute Familienhäuschen. Mit 8 Plänen u. 8 Lichtdr. nach Zeichngn. v. Prof. Ernst Gladbach. 6. Aufl. gr. 4. (32 S.) Zürich, A. Raustein. fr. 2,40.

Singer, K., Die Wohnungen der Minderbemittelten i. München u. die Schaffung unkündb. kl. Wohngn. gr. 8. (84 S. m. Abb.) München, J. Lindauer. ℳ —,50.

Teudt, W., s. Latscha, J.

Thompson, C. N., A treatise on the law of building and loan associations, with forms. 2d ed. Chicago, Callaghan & Co. c. 76+832 p. O. shp., $ 6.

Wohlgemuth, Dir., Taschenbuch für Baugenossenschaften, Bau- und Sparvereine. Eine Anweisg. f. deren Gründung und Einrichtung. Nach dessen Tode vollendet u. bearb. v. Revis. Dr. Fritz Schneider, nebst e. Anleitg. z. Buchführung v. E. Syring. (X, 334 S. m. 4 Taf.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 6,—; geb. ℳ 7,—.

Wohnungselend, das, und seine Abhülfe in Frankfurt a. M. gr. 8. (III, 54 S.) Frankfurt a. M., Hülsen. ℳ —,60.

B. Gelegenheitsschriften.

Ergebnisse der Thätigkeit der Unternehmungen zur Herstellung billiger kleiner Wohnungen.

— die wichtigsten, der Wohnungsstatistik in der Stadt Lübeck vom 2. Dez. 1895. Lübeck 1899, Gebr. Borchers. (10 S.)

Geschäftsbericht des gemeinnützigen Bauvereins zu Dresden pro 1898/99.

— 1898/99 des Wohnungsfürsorgevereins in Düsseldorf. (8 S.)

Hecht, Archit. Emil, Die bauliche Entwickelung Nürnbergs unter besond. Berücks. d. Arbeiterwohnungsfrage. Nürnberg 1898. (16 S.)

Leitfaden für Wohnungspfleger. Hamburg 1898. (76 S.)

Schmid, Moritz, Sekretär des bayrischen Eisenbahner-Verbandes, Die Wohnungsverhältnisse der Bediensteten und Arbeiter d. kgl. bayr. Staatseisenbahn. Denkschrift. München 1899. (16 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Aders'sche Wohnungsstiftung für Arbeiter in Düsseldorf. (Festschrift der Stadt Düsseldorf f. d. 70. Vers. Deutscher Naturforscher u. Aerzte 1898, S. 199—204.)

Berthold, A., Das Hamburgische Gesetz betr. die Wohnungspflege. (Archiv f. soziale Gesetzgebung und Statistik 1898, Heft 1 2.)

Bischoff, Polizeikommissär. Die Beteiligung der Armenpflege bei der Untersuchung von Mietwohnungen. (Verwaltungsber. d. Stadt Worms 1898 99, S. 520—524.)

Buxton, Noel, Labour houses. (The Economic Review, No. 385, July 1898.)

Denyer, C. H., Recent progress in the housing of the poor. (Economic Journal, vol. VII, 1897, Dec.)

Höhne, Archit. **Felix,** Die Notwendigkeit der Abänderung des sächsischen Baupolizeirechts. (Deutsche Hausbesitzer-Ztg. 1899.)

Horn, H., Die Hausbesitzervereine und die Baugenossenschaften. (Bl. f. Genossenschaftswesen 1899, Nr. 37.)

Hugo, C., Zur Wohnungsfrage. (Neue Zeit 1898 99, Nr. 39 u. 40.)

Jaeger, Dr., Die städtische Wohnungsfrage. (Christl.-soziale Blätter 1898, H. 1/2.)

May, Max, Die Förderung gemeinnütziger Bauthätigkeit. (Deutsche Gemeinde-Zeitung 1899, Nr. 24 v. 17. Juni.)

Mülberger, Arth., Gouvernementale Träumereien über die Wohnungsfrage. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1898.)

Richter, Divisionspfarrer **W.,** Die militärische Arbeiterkolonie Haselhorst bei Spandau. (Heer und Flotte 1899, Heft 11.)

Rouxel, Les habitations à bon marché. (Journal des Economistes 1898, Mars.)

Rudloff, Hans L., Italienische Landarbeiterwohnungen. (Beil. z. Allgem. Ztg., Nr. 228 v. 6. Okt. 1899.)

Wirken der Baugenossenschaften in einem Verbande. (Mitt. d. 39. Allg. Genossenschaftstages 1898. Berlin 1898, S. 77—87.)

Wohnverhältnisse im Königreich Bayern in Stadt und Land. (Generalbericht d. Sänitäts-Verwaltg. im Königr. Bayern. München 1899, S. 214—221.)

Uebrige Bedürfnisfragen der unteren Volksklassen.

Aereboe, Dr., Praktische Vorschläge über Einrichtung d. landwirtschaftlichen Buchführung, m. besond. Berücksichtigung der kleineren Wirtschaften. Vortrag. gr. 8. (46 S.) Dresden, G. Schönfeld. ℳ —,60.

Arbeits- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter und ihrer Familien i. J. 1897. (Beiträge z Statistik d. Stadt Karlsruhe.) Karlsruhe, Braun'sche Hofbuchdruckerei. (38 S.)

Böhm, Hermann, Bericht üb. d. städtische Haushaltungsschule zu Leipzig-Plagwitz 1898/99. (8 S.)

How the English Workman Lives. By a German Coal Miner. (E. Dückershoff.) Translated by C. H. D'E. Leppington. Cr. 8vo, sd., pp. 106. London, P. S. King. sh. 1.

Jordan, Emilie, Zwei Wochen im Haushalt. (47 S.) Wiesbaden, A. Deffner. ℳ —,10.

May, Max, Ueber den Einfluß der Konsumgenossenschaften auf den Arbeiterhaushalt. (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898.)

May, R. E., Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute". gr. 8. (48 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 1,—.

Niederer, Ida, Die Küche des Mittelstandes. Anleitung, billig und gut zu leben. 4. Aufl. 8. (VIII, 80 S.) Frauenfeld, J. Huber. Kart. fr. 1,—.

Prato, Katharina, Die Haushaltungskunde. 2. Abt. Anleitung zu den häuslichen Geschäften. 7. Aufl. gr. 8. (196 S.) Graz, Styria. geb. fl. 1,30.

Stephens, W. Walker, Higher Life for Working People. (140 p.) London, Longmans. 3 sh. 6 d.

Tenerelli, F. G., Le basi economiche dell' individuo, della famiglia, dello stato: prolusione. Catania. Niccolò Giannotta. 8. p. 54. L. 1,—.

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken.

A. Selbständige Litteratur.

Aereboe, J. H., J. H. Wichern und die Brüder des Rauhen Hauses. (16 S.) Berlin, Buchhandlung des Ostdeutschen Jünglingsbundes. ℳ —,10.

Alberts, Pastor Herm., Gustav Werner v. Reutlingen. (16 S.) Ebd. ℳ —,10.

Crome, Johanna, Mary Carpenter, die Freundin der gefährdeten Kinder. (16 S.) Ebenda. ℳ —,10.

Dawson, W. H., German socialism and Ferdinand Lasalle. New York, C. Scribner's Sons. 300 p. 12. cl., $ 1,—.

Eichner, Hilfsgeistl. Karl, Wilhelm Löhe. (16 S.) Berlin, Buchh. d. Ostdeutsch. Jünglingsvereins. ℳ —,10.

Falkenfeld, Max, Marx u. Nietzsche. gr. 8. (29 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ —,60.

Fester, Rich., Machiavelli. (204 S.) Stuttgart, F. Frommann. ℳ 3,—.

Fischer, E., Etwas über die „kleinen" u. „großen" Führer der Socialdemokratie. 8. (23 S.) Berlin, H. Zitelmann. ℳ —,30.

German, Wilh., Der fränkische Dichter u. Bauer, Mathematiker u. Buchdrucker Stephan Heuß. Ein Lebensbild. 8. (44 S. m. 1 Bildnis.) Schw. Hall, W. German's Verl. ℳ —,65.

Giuffrida, V., Il III° volume del capitale di Karl Marx. Catania, Niccolò Giannotta. 16. p. (III), 151. L. 2,—.

Gothein, Eberh., Johann Georg Schlosser als badischer Beamter. (109 S.) Heidelberg, C. Winter. ℳ 1,20.

Grabski, Dr. Stanisl., Karl Marlo (Karl Georg Winkelblech) als Socialtheoretiker. (116 S.) Bern. K. J. Wyß. fr. 1,60.

Herbach, K., Die eigentlichen Führer der Socialdemokratie. Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Höveler, Rekt. P., Adolf Kolping als katholischer Volksschriftsteller. gr. 8. (48 S.) Düsseldorf, L. Schwann. ℳ —,50.

Horn, W. O. v., (W. Oertel), Der Engel der Gefangenen (Elisabeth Fry). Ein weibl. Lebensb. 3. Aufl. 12. (95 S. m. 4 Abb.) Kart. ℳ —,50; geb. ℳ —,75.

Jentsch, Karl, Rodbertus. gr. 8. (259 S.) Stuttgart, F. Frommann. ℳ 3,—; geb. ℳ 3,80.

Kautsky, Karl, Bernstein und das socialdemokratische Programm. Eine Antikritik. gr. 8. (VIII, 195 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. ℳ 2.—.

Kley, W., Bei Krupp. Eine socialpolit. Reiseskizze. (165 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 3,60.

Kronenberg, Dr. M., Moderne Philosophen. Porträts und Charakteristiken. (Hermann Lotze — F. Alb. Lange — Victor Cousin — Ludwig Feuerbach — Max Stirner.) gr. 8. (XI, 221 S.) München, C. H. Beck. ℳ 4,50; geb. ℳ 5,50.

Lassalle's, Ferd., Gesamtwerke. Herausg. v. Erich Blum. 1. u. 2. Bd. Politische Reden und Schriften. gr. 8. (VII, 538 S.) Leipzig, K. F. Pfau. à ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Lebensbild, ein, des verewigten Präsidenten Dr. Lette. Zu seinem 100jährg. Geburtstage. (Von Marie Fischer, geb. Lette.) 2. Aufl. gr. 8. (108 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. ℳ 1,—.

Lewes, G. H., The life of Maximilian Robespierre, with extracts from his unpublished correspondence. New-York, C. Scribner's Sons. 25+397 p. por. 1 il. 12. cl., $ 1,50.

Linderberg, F., Karl Marx og den historiske Socialisme. I. 150 Sider i. 8. Kjøbenhavn, Lehmann & Stage. kr. 2,—.

Masaryk, Th. G., Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. gr. 8. (XV, 600 S.) Wien, C. Konegen. fl. 12.—.

Müller's, Georg, Vermächtnis an uns. gr. 8. (VIII, 94 S. m. Bildn.) Neukirchen, Missionsbuchh. Stursberg & Co. ℳ —,80; geb. ℳ 1,25.

Parisius, Ludf., Schulze-Delitzsch und Alwin Sörgel. Beiträge zur Geschichte d. deutschen Genossenschaftsbewegung. (II, 78 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,25.

Schramm-Macdonald, Hugo, u. Bruno Indeich, Erreichte Ziele. (Ergänz.-Bd. d. Werkes: Der Weg zum Erfolg durch eigene Kraft.) gr. 8. (VIII, 261 S.) Heidelberg, G. Weiß, Verl. ℳ 2,50; geb. ℳ 3,50.

Slonimski, L., Versuch einer Kritik d. Karl Marx'schen ökonomischen Theorien. Aus dem Russ. v. M. Schapiro. 8. (IV, 203 S.) Berlin, J. Räde. ℳ 2,50.

Sommerlad, Priv.-Doz. Dr. Theo, Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern. gr. 8. (VII, 120 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 3,—.

Stein, Armin, (H. Nietschmann), Johann Friedrich Oberlin. Ein Lebensbild. 8. (VII, 247 S.) Halle, E. Strien. ℳ 2,70; geb. in Leinw. ℳ 3,40.

Thompson, D D, John Wesley as a social reformer. New York, Eaton & Mains. (113 pp.) $ —,50.

Warne, Frederick G., Georg Müller. Aus dem Engl. gr. 8. (237 S. m. 1 Bildn.) Frankfurt a. M., J. Schergens. ℳ 1,50; geb. ℳ 2,40.

Weisengrün, P., Das Ende des Marxismus. gr. 8. (80 S.) Leipzig, O. Wigand. ℳ 1,50.

Zacharias, Tina, Tolstoi's Moral. (15 S.) Zürich, Verlag der Züricher Diskussionen. fr. —,60.

B. Gelegenheitsschriften.

Fechheimer, Samuel S., Ueber die Bedeutung Ruskins für das Leben und die Erziehung in England. (Diss. Jena 1898. 64 S.)

Simonsfeld, Prof., Heinrich Wilhelm Riehl als Kulturhistoriker. Festrede. München, Kgl. Bayr. Akademie, 1898.

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Felton, Katharine, A. Rousier's theory of the evolution of the laborer. (Journal of Political Economy, Chicago 1898. No. 3.)

Friedjung, Heinr., Alexander Peez. (Zu s. 70. Geburtstage.) (Beil. z. Münch. Allg. Ztg. 1899, No. 20.)

Grillenberger, Karl. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., Nr. 4.)

Hobson, A., Edward Bellamy and the utopian romance. (The Humanitarian 1898, No. 3.)

Jellos, Gregor, Alexander Herzens socialpolitische Ideen. (Jahrbuch f. Gesetzgebung 2c. v. G. Schmoller, 1898, 1. Heft.)

Limousin, Ch. M., De la pretendue folie de Fourier. (Revue d'économie politique 1898, No. 6.)

Villey, E., Charles Fourier. (Revue d'économie politique 1898. No. 1.)

Wedding, Prof. Dr. Geh. Bergrat, Johann Friedrich Wedding. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Eisenhuttenwesens. (Verhandl. d. Ver. z. Beförderg. d. Gewerbfleißes, 1899, Heft 8.)

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur.

Atlanticus. Ein blik in den toekomststaat. Amsterdam, J. F. Sikken. 8o. (128 blz.) fl. —,75.

Auch ein Rückblick aus dem Jahre 2000. gr. 8. (24 S. Dresden, Sächs. Druckerei und Verlagsanstalt J. W. Quidde & Co. ℳ —,10.

Berner, Ernst, Das rote Einmaleins oder: So leben wir! Ein sociales Bilderbuch. 3. Aufl. schmal gr. 8. (64 S.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Bolle, Carl, Die Kosmier. Erzählungen a. d. kommunist. Weltepoche. I. Jaffos Gruß. gr. 8. (447 S.) Bern, Steiger & Co. fr. 4,—.

Bücher, Prof. Dr. **Karl,** Arbeit und Rhythmus. 2. Aufl. gr. 8. (X, 412 S.) Leipzig, B. G. Teubner. ℳ 6,—; geb. ℳ 6,80.

Czekansky, Lehrer Frz., Hammer und Ambos. Eine Geschichte aus dem Arbeiterleben. Wien, A. Pichlers Wwe. & Sohn. fl. 1,—.

— Glück auf, ihr Knappen all! Eine Erzählung aus dem Reiche der Kohle. Ebd. fl. 1,—.

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken.

A. Selbständige Litteratur.

Aereboe, J. H., J. H. Wichern und die Brüder des Rauhen Hauses. (16 S.) Berlin, Buchhandlung des Ostdeutschen Jünglingsbundes. *M* —,10.

Alberts, Pastor Herm., Gustav Werner v. Reutlingen. (16 S.) Ebd. *M* —,10.

Crome, Johanna, Mary Carpenter, die Freundin der gefährdeten Kinder. (16 S.) Ebenda. *M* —,10.

Dawson, W. H., German socialism and Ferdinand Lasalle. New York, C. Scribner's Sons. 300 p. 12. cl., $ 1,—.

Eichner, Hilfsgeistl. Karl, Wilhelm Löhe. (16 S.) Berlin, Buchh. d. Ostdeutsch. Jünglingsvereins. *M* —,10.

Falkenfeld, Max, Marx u. Nietzsche. gr. 8. (29 S.) Leipzig, W. Friedrich. *M* —,60.

Fester, Rich., Machiavelli. (204 S.) Stuttgart, F. Frommann. *M* 3,—.

Fischer, E., Etwas über die „kleinen" u. „großen" Führer der Socialdemokratie. 8. (23 S.) Berlin, H. Zitelmann. *M* —,30.

German, Wilh., Der fränkische Dichter u. Bauer, Mathematiker u. Buchdrucker Stephan Heuß. Ein Lebensbild. 8. (44 S. m. 1 Bildnis.) Schw. Hall, W. German's Verl. *M* —,65.

Giuffrida, V., Il III° volume del capitale di Karl Marx. Catania, Niccolò Giannotta. 16. p. (III), 151. L. 2,—.

Gothein, Eberh., Johann Georg Schlosser als badischer Beamter. (109 S.) Heidelberg, C. Winter. *M* 1,20.

Grabski, Dr. Stanisl., Karl Marlo (Karl Georg Winkelblech) als Socialtheoretiker. (116 S.) Bern. K. J. Wyß. fr. 1,60.

Herdach, K., Die eigentlichen Führer der Socialdemokratie. Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Hövelcr, Rekt. P., Adolf Kolping als katholischer Volksschriftsteller. gr. 8. (48 S.) Düsseldorf, L. Schwann. *M* —,50.

Horn, W. O. v., (W. Oertel), Der Engel der Gefangenen (Elisabeth Fry). Ein weibl. Lebensb. 3. Aufl. 12. (95 S. m. 4 Abb.) Kart. *M* —,50; geb. *M* —,75.

Jentsch, Karl, Rodbertus. gr. 8. (259 S.) Stuttgart, F. Frommann. *M* 3,—; geb. *M* 3,80.

Kautsky, Karl, Bernstein und das socialdemokratische Programm. Eine Antikritik. gr. 8. (VIII, 195 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 2.—.

Kley, W., Bei Krupp. Eine socialpolit. Reiseskizze. (165 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,60.

Kronenberg, Dr. M., Moderne Philosophen. Porträts und Charakteristiken. (Hermann Lotze — F. Alb. Lange — Victor Cousin — Ludwig Feuerbach — Max Stirner.) gr. 8. (XI, 221 S.) München, C. H. Beck. *M* 4,50; geb. *M* 5,50.

Lassalle's, Ferd., Gesamtwerke. Herausg. v. Erich Blum. 1. u. 2. Bd. Politische Reden und Schriften. gr. 8. (VII, 538 S.) Leipzig, K. F. Pfau. à *M* 3,—; geb. *M* 4,—.

Lebensbild, ein, des verewigten Präsidenten Dr. Lette. Zu seinem 100jährg. Geburtstage. (Von Marie Fischer, geb. Lette.) 2. Aufl. gr. 8. (108 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. *M* 1,—.

Lewes, G. H., The life of Maximilian Robespierre, with extracts from his unpublished correspondence. New-York, C. Scribner's Sons. 25+397 p. por. 1 il. 12. cl., $ 1,50.

Linderberg, F., Karl Marx og den historiske Socialisme. I. 150 Sider i. 8. Kjobenhavn, Lehmann & Stage. kr. 2,—.

Masaryk, Th. G., Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. gr. 8. (XV, 600 S.) Wien, C. Konegen. fl. 12,—.

Müller's, Georg, Vermächtnis an uns. gr. 8. (VIII, 94 S. m. Bildn.) Neukirchen, Missionsbuchh. Stursberg & Co. *M* —,80; geb. *M* 1,25.

Parisius, Ludf., Schulze-Delitzsch und Alwin Sörgel. Beiträge zur Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung. (II, 78 S.) Berlin, J. Guttentag.

III. Litteratur über die Arbeiterfrage.

Schramm-Macdonald, Eugen, u. Hermann Jaderich, Erreichte Ziele. (Ergänz.-Bd. z. Werke: Der Weg zum Erfolg durch eigene Kraft.) gr. 8. (VIII, 261 S. Heidelberg, H. Merk, Verl. ℳ 2,50; geb. ℳ 3,50.

Sieminski, L., Versuch einer Kritik d. Karl Marx'schen ökonomischen Theorien. Aus dem Manuscr. d. Verf. übers. v. M. Schapiro. 8. (IV, 203 S. Berlin, J. Made. ℳ 2,50.

Sommerlad, Prof. Dr. Theo, Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern. (= Zeitfragen, 7. Jahrg., 1. Heft.) gr. 8. (VII, 130 S. Leipzig, J. J. Weber. ℳ 3.

Stein, Erwin, [Pseud. für Hermann Mieriamann], Johann Friedrich Oberlin. Ein Lebensbild. 8. (VII, 247 S. Halle, E. Strien. ℳ 2,70; geb. m. Goldschn. ℳ 3,40.

Thompson, J. H., John Wesley as a social reformer. New York, Eaton & Mains. 12°. pp. $ —,50.

Varnz, Ferdinand G., Georg Müller. Aus dem Engl. gr. 8. (237 S. m. 1 Stahlst. Frankfurt a. M., J. Zwergens. ℳ 1,50; geb. ℳ 2,40.

Weisengrün, B., Das Ende des Marxismus. gr. 8. (30 S. Leipzig, C. Bigand. ℳ 1,50.

Zacharias, Hans, Tolstoi's Moral. 15 S. Zürich, Verlag der Züricher Discussionen. kl. —,60.

B. Gelegenheitsschriften.

Fechheimer, Emanuel S., Ueber die Bedeutung Ruskins für das Leben und die Erziehung in England. Diss. Jena 1896. 8. S.

Zimmermann, Prof., Heinrich Wilhelm Adolf, als Naturschilderer. Festrede. München, Kgl. Bayr. Akademie, 1896.

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Fetter, Katharine, A Russian's theory of the evolution of the laborer. (Journal of Political Economy. Chicago 1896. No. 3.

Friedmann, Heinr., Alexander Peez. (= Lit. Ztg. Jhg. 1896, No. 9.) Bell. z. Münch. Ztg. Jhg. 1896, No. 9.

Grillenberger, Karl, Die neue Zeit. 14. Jhrg., Nr. 4

Hobson, A., Edward Bellamy and the Nationalist romance. The Humanitarian (Boston). No. 3.)

Jellos, Gregor, Alexander Herzens sozialistische Ideen. Jahrbuch f. Gesetzgebung etc. 20. Jhrg. 3. Heft.

Limousin, Ch. M., De la prétendue baisse de l'intérêt. Revue d'économie politique 1896. No. 6.

Villey, E., Charles Fourier. Revue d'économie politique 1896. No. 1.)

Wedding, Prof. Dr. Otto Schiff, Lehrer Friedrich Wedding. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Fortbildungsschulwesens. Sonderabd. d. Ver. z. Beförderg. d. Gewerbfleißes, 1896. Heft 3.

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur.

Adamson, Ein Kind im Sturmwind. Amsterdam J. F. Sikkon. 80. (198 blz.) fl. —,—.

Auch ein Kind aus dem Volke. 1896. gr. 8. 24 S. Dresden, Schäfl Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Filiale & Co. ℳ —,10.

Berner, Ernst, Das neue Testament. Wie es lehrt. Wie es lebt. Wie es wirkt. Ein soziales Bibelbuch. 3. Aufl. (Titel in Rot u. Schw.) 8. (X, 112 S. Leipzig, Leipziger Hilfsbuch. ℳ —,50.

Bolle, Carl, Die neue Zeit. Erzählungen z. d. Jahrhundertwende. 1. Auflösung. (Neue Folge. Nr. 4.) gr. 8. (VIII, 112 S. Berlin, Schall & Grund. kl. 1,—.

Bücher, Prof. Dr. Karl, Arbeit und Rhythmus. 2. Aufl. gr. 8. (X, 412 S. Leipzig, B. G. Teubner. ℳ 6,—; geb. in Leinw. ℳ 6,40.

Czekanowski, Doktor Fritz, Schwarz und Rothe. Eine Geschichte aus dem Arbeiterleben. Zürich, J. J. Lutz & Cie. (C. Sturm). kl. 1,—.

— Glück auf, die Arbeiterin! Eine Erzählung aus dem Reiche der Kohle. Ebd. kl. 1,—.

Das also sind die Roten!! Was der Huber-Hiasl über die Socialdemokraten zu erzählen weiß. 8. (29 S.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl —,10.

Gumplowicz, Ludw., Sociologische Essays. 8. (V, 174 S.) Innsbruck, Wagner. fl. 2,—.

Haag, Paul, Evangelisch-social. Lyrisches und Dramatisches f. festl. Stunden. 8. (24 S.) Karlsruhe, Ev. Schriftenverein. ℳ —,20.

Kralik, Dr. **Rich. v.**, Die sociale Bedeutung d. christlichen Kunst. gr. 8. (13 S.) München, R. Abt. ℳ —,30.

Kreowski, Ernst, Schlagende Wetter. Sociale Gedichte. 8. (IV, 96 S.) Bamberg, Handels-Druckerei. Geb. ℳ 1,60.

Kümmel, Konr., Der Schreinermax. 8 Geschichten aus dem Leben eines christl. Handwerkers u. seiner Familie. Mit 27 Orig.-Illustr. (VIII, 544 S.) Kempten, J. Kösel. ℳ 2,40; geb. ℳ 3,—.

Liechtenstein, Prinz Alois, Das Reich der Römer. Socialpolit. Studie. (63 S.) Wien, W. Braumüller. fl. —,20.

Maifestschrift 1899. Red.: W. Ellenbogen. Fol. (8 S. m. 2 farb. Illustr. u. 1 farb. Taf.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Manndorff, Freih. **Rud. v.**, Staatsromane und Gesellschaftsideale. (Monatsschr. für christl. Socialreform 1897, Heft 11/12.)

Meßner, Jos., Handwerksburschen. Bilder aus dem Volksleben. (138 S.) Wien, C. Daberkow. fl. —,20.

Salburg, Gräfin **Edith**, Des armen Mannes Liederbuch. Mit Illustr. v. Rud. Jettmar. 8. (133 S.) Leipzig, Grübel & Sommerlatte. Geb. ℳ 5,—.

— Was die Wirklichkeit erzählt. 1. Buch „Carrière„. Skizzenbuch aus der großen Welt. gr. 8. (VI, 203 S. m. Bildnis.) Ebenda. ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Schlicht, Freih. **v.**, Armentypen. (134 S.) Berlin, Schall & Grund. ℳ 3,50.

Sewett, Arth., Der Armenpastor. Ein socialer Roman. 8. (227 S.) Dresden, C. Reißner. ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Stimmen der Freiheit. Blütenlese der hervorragendsten Schöpfungen unserer Arbeiter- u. Volksdichter. Nürnberg, äußere Bayreutherstr. 1, Verlag d. litterar. Bureaus. In 50 Heften à ℳ —.10.

Wagener, Bruno, Heilandsliebe. Ein sociales Drama. 8. (VIII, 76 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ 1,50.

Walther, F. O., Der Arbeiter. Ein Sittenbild aus dem Volke. gr. 8. (74 S.) Dresden, H. B. Schulze. ℳ 1,—.

Weber-M. Gladbach, Pfarr. Lic., Friede sei mit diesem Hause. Ein Predigt- u. Andachtsbuch für das deutsch-evangelische Bürger- und Arbeiterhaus. Dresden, R. H. Dietrich. In 50 Heften à ℳ —,20.

IV. Vierteljahrs-Chronik.

Rückblick auf 1899.

Die Jahreswende, mag damit ein Jahrhundert [illegible] einzelnes Jahr zu Ende gehen, fordert jeden [illegible] Rückblicken in die Vergangenheit auf, damit er [illegible] für die Zukunft. Das Jahr 1899 schließt mit [illegible] mit einem fieberhaften [illegible] von [illegible] November [illegible] mittelbar [illegible]

[illegible]

Die allgemeine Teilnahme an dem südafrikanischen Kriege hat zwar das Interesse für die Kämpfe im Innern der einzelnen Staaten etwas abgeschwächt, aber die gewaltigen Gegensätze und Gärungen auf dem socialen, kirchlichen und politischen Gebiete sind doch nur für Augenblicke zurückgedrängt und werden in nächster Zukunft wieder überall hervortreten. Jede Nation verlangt in den äußeren und inneren Kämpfen und Gärungen der Gegenwart nach Herrschern und Führern, nach Errettern und Kraftmenschen, die imstande sein möchten, die stürmischen Elemente zu beruhigen, die Gegensätze und Widersprüche auszugleichen und Macht, Ruhm und Reichtum überall zu verbreiten. Vor 1900 Jahren sehnten sich Juden und Heiden in dem ausgedehnten Römerreiche auch nach einem Erretter, von dem sie hofften, daß er die Herrschaft des Römerreiches brechen werde. Der Erretter ist gekommen, aber nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Ölzweige in der Hand und mit der Gottesliebe und Menschenliebe im Herzen, um uns das Reich Gottes schon hier auf Erden und dasjenige Glück zu bringen, welches inwendig in uns ist und allein die Widersprüche und Härten des Daseins ausgleichen kann. Das Reich Gottes ist durch Christus und viele treue christliche und jüdische Helfer, die Christi Beispiel gefolgt sind, immer weiter auf Erden verbreitet worden; aber das Römerreich und noch viele andere mächtige Reiche sind dahingesunken und an Stelle von Weltreichen sind viele große, mittlere und kleine Staaten getreten, welche ebenbürtig und friedlich nebeneinander, nicht aber übereinander an der Verbreitung höherer Kultur auf der ganzen Welt unter allen Völkern mitwirken sollen. — In dem Wetteifer der Völker für Verbreitung einer höheren Weltkultur bedarf jedes Volk natürlich tüchtiger Führer und soll ihnen freudig folgen, sobald sie sich bewährt haben. Aber gute Führer, Herrscher und Heerführer können allein nichts ausrichten ohne gutgeschulte, tüchtige Soldaten, gute Lehrer brauchen fleißige strebsame Schüler, und gute Unternehmer bedürfen der willigen und treuen Arbeiter, um ihre Lebensaufgabe zu erfüllen. Jeder Staat ist ein Volkskörper mit vielen Gliedern, welche alle ineinander greifen und sich gegenseitig dienen müssen, ohne miteinander zu streiten, wer der vornehmste und unentbehrlichste sei. Jedermann soll sich in dem Berufe, in welchen er hineingestellt ist, als mitverantwortlich für das Gedeihen des ganzen großen Volksorganismus fühlen. Wir werden für die Ausnahmefälle des Krieges noch lange streitbarer, wohlgerüsteter Armeen und Flotten bedürfen, um unsere eigene Stellung in der Welt zu behaupten und an unserem Teile

auch den Weltfrieden mit sichern zu helfen; aber ebenso nötig sind uns für die normalen Friedenszeiten viele rüstig schaffende Männer und Frauen, welche an der Beschaffung von allerlei sachlichen, geistigen und idealen Gütern arbeiten und Wohlfahrt, Gesittung und kulturelle Fortschritte verbreiten helfen. Möge das Deutsche Reich seine wiedergewonnene Machtstellung in der Welt immer nur dazu brauchen, im Innern ein einträchtiges Zusammenwirken aller Volksklassen und Berufsstände zu fördern und nach Außen den Weltfrieden zu wahren. Was könnte es Deutschland nützen, wenn es am Ende des Jahrhunderts seine Besitzungen ebensoweit ausgedehnt hätte wie jetzt England und sich im ungerechten Ankämpfen gegen Völker, die seiner Weltherrschaft und Weltgeltung im Wege stehen, verbluten würde? Niemand ist aber sicher vor Überschätzung seiner Macht und seines Einflusses auf Erden. Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle!

Mit dem innigen Wunsche, daß Deutschland seine Macht und seinen Einfluß in der Welt auf die Verbreitung der kulturellen Wohlfahrt zunächst im eigenen Volke und darüber hinaus auch auf alle fremden Völker verwenden möge, wollen wir in das neue Jahr vertrauensvoll eintreten und dasselbe als ein neues Arbeitsfeld und Erntefeld freudig begrüßen! —

Dresden, am Jahresschlusse 1899.

Victor Böhmert.

Berichte und Notizen.

Wirtschaftliches.

(Abgeschlossen am 15. Dezember 1899.)

Internationale Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Internationaler Handelskongreß, an welchem auch eine Anzahl deutsche Vertreter sich beteiligten, tagte Mitte Oktober in Philadelphia. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen des Kongresses wurden in einer Reihe von Resolutionen zusammengefaßt, die nach Mitteilungen der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" nachstehende Vorschläge machen:

1) Eine offizielle internationale Vereinigung für Registrierung der Handelsmarken.
2) Allgemeine Einführung eines Packetpostsystems.
3) Internationale Vereinheitlichung der Handels-Statistik.
4) Ein internationales Bureau für Sammlung und Verbreitung von Ernte-Berichten.

Die allgemeine Teilnahme an dem südafrikanische
zwar das Interesse für die Kämpfe im Innern der einze
etwas abgeschwächt, aber die gewaltigen Gegensätze und
dem socialen, kirchlichen und politischen Gebiete sind
Augenblicke zurückgedrängt und werden in nächster Z.
überall hervortreten. Jede Nation verlangt in den
inneren Kämpfen und Gärungen der Gegenwart nach
Führern, nach Errettern und Kraftmenschen, die imstand
die stürmischen Elemente zu beruhigen, die Gegensätze un
auszugleichen und Macht, Ruhm und Reichtum überall
Vor 1900 Jahren sehnten sich Juden und Heiden in
ten Römerreiche auch nach einem Erretter, von dem sie
die Herrschaft des Römerreiches brechen werde. Der
kommen, aber nicht mit dem Schwerte, sondern mit d
der Hand und mit der Gottesliebe und Menschenliebe
uns das Reich Gottes schon hier auf Erden und da
bringen, welches inwendig in uns ist und allein die A
Härten des Daseins ausgleichen kann. Das Reich
Christus und viele treue christliche und jüdische He
Beispiel gefolgt sind, immer weiter auf Erden verbrei
das Römerreich und noch viele andere mächtige R
gesunken und an Stelle von Weltreichen sind viele gr
kleine Staaten getreten, welche ebenbürtig und friedli
nicht aber übereinander an der Verbreitung höhere
ganzen Welt unter allen Völkern mitwirken sollen. –
eifer der Völker für Verbreitung einer höheren Weltk
Volk natürlich tüchtiger Führer und soll ihnen freud
sie sich bewährt haben. Aber gute Führer, Herrsche
können allein nichts ausrichten ohne gutgeschulte,
gute Lehrer brauchen fleißige strebsame Schüler, und
bedürfen der willigen und treuen Arbeiter, um ihre
erfüllen. Jeder Staat ist ein Volkskörper mit viele
alle ineinander greifen und sich gegenseitig dienen
einander zu streiten, wer der vornehmste und
Jedermann soll sich in dem Berufe, in welchen er h
mitverantwortlich für das Gedeihen des ganzen gr
mus fühlen. Wir werden für die Ausnahmefälle
lange streitbarer, wohlgerüsteter Armeen und Flo
unsere eigene Stellung in der Welt zu behaupten un

am
ig . Oktober in
ei n Kiautschou
ohl Hineintragung
Lag ann-Hohenaspe
hese der deutschen
des Referenten

em
nat stande, daß der
unb nalen Existenz, zu
deut grenzten Verschuld-
ylt en Landwirtschaft.
die Erwägung und

enen ländlichen Hypotheken
usw. Hinreichend gesichert
chenden Eintragungen für
bung des Personalkredits —

dre te; das sind jene ersten
eckt sind, ohne Gebäude, ohne
gefähr mit der Mündelgeldzone
r Verschuldungsgrenze durch den
Staatsanleihen in hierzu nötiger
Zinsdifferenz a) bis zur Grund-
en Staat.
b- und Subhastationsfällen, oder

Vorsitzenden A. Damaschke wieder-

iffahrts-Betriebe hat sich am
Oskar Martens einberufenen Ver-
n Vorsitzenden wählte man Direktor
dann, dem Arbeitgeber-Verband von

teressen der chemischen Industrie
uptversammlung am 26. September in
s Kommerzienrats Holtz ab. Die Ver-
ng um eine zeitgemäße, den Fortschritten
eitung, welche den mit der Koncessionierung
n zur Richtschnur dient, zu ersuchen. Es
, dem Verein das Recht zu verleihen, in die
eins wählen zu lassen, sowie auch, die vom
dung eines deutschen Industrierates zu unter-
von Delegierten für die Beratungen über
e beschlossen.

Die allgemeine Teilnahme an dem südafrikanischen Kriege hat zwar das Interesse für die Kämpfe im Innern der einzelnen Staaten etwas abgeschwächt, aber die gewaltigen Gegensätze und Gärungen auf dem socialen, kirchlichen und politischen Gebiete sind doch nur für Augenblicke zurückgedrängt und werden in nächster Zukunft wieder überall hervortreten. Jede Nation verlangt in den äußeren und inneren Kämpfen und Gärungen der Gegenwart nach Herrschern und Führern, nach Errettern und Kraftmenschen, die imstande sein möchten, die stürmischen Elemente zu beruhigen, die Gegensätze und Widersprüche auszugleichen und Macht, Ruhm und Reichtum überall zu verbreiten. Vor 1900 Jahren sehnten sich Juden und Heiden in dem ausgedehnten Römerreiche auch nach einem Erretter, von dem sie hofften, daß er die Herrschaft des Römerreiches brechen werde. Der Erretter ist gekommen, aber nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Ölzweige in der Hand und mit der Gottesliebe und Menschenliebe im Herzen, um uns das Reich Gottes schon hier auf Erden und dasjenige Glück zu bringen, welches inwendig in uns ist und allein die Widersprüche und Härten des Daseins ausgleichen kann. Das Reich Gottes ist durch Christus und viele treue christliche und jüdische Helfer, die Christi Beispiel gefolgt sind, immer weiter auf Erden verbreitet worden; aber das Römerreich und noch viele andere mächtige Reiche sind dahingesunken und an Stelle von Weltreichen sind viele große, mittlere und kleine Staaten getreten, welche ebenbürtig und friedlich nebeneinander, nicht aber übereinander an der Verbreitung höherer Kultur auf der ganzen Welt unter allen Völkern mitwirken sollen. — In dem Wetteifer der Völker für Verbreitung einer höheren Weltkultur bedarf jedes Volk natürlich tüchtiger Führer und soll ihnen freudig folgen, sobald sie sich bewährt haben. Aber gute Führer, Herrscher und Heerführer können allein nichts ausrichten ohne gutgeschulte, tüchtige Soldaten, gute Lehrer brauchen fleißige strebsame Schüler, und gute Unternehmer bedürfen der willigen und treuen Arbeiter, um ihre Lebensaufgabe zu erfüllen. Jeder Staat ist ein Volkskörper mit vielen Gliedern, welche alle ineinander greifen und sich gegenseitig dienen müssen, ohne miteinander zu streiten, wer der vornehmste und unentbehrlichste sei. Jedermann soll sich in dem Berufe, in welchen er hineingestellt ist, als mitverantwortlich für das Gedeihen des ganzen großen Volksorganismus fühlen. Wir werden für die Ausnahmefälle des Krieges noch lange streitbarer, wohlgerüsteter Armeen und Flotten bedürfen, um unsere eigene Stellung in der Welt zu behaupten und an unserem Teile

auch den Weltfrieden mit sichern zu helfen; aber ebenso nötig sind uns für die normalen Friedenszeiten viele rüstig schaffende Männer und Frauen, welche an der Beschaffung von allerlei sachlichen, geistigen und idealen Gütern arbeiten und Wohlfahrt, Gesittung und kulturelle Fortschritte verbreiten helfen. Möge das Deutsche Reich seine wiedergewonnene Machtstellung in der Welt immer nur dazu brauchen, im Innern ein einträchtiges Zusammenwirken aller Volksklassen und Berufsstände zu fördern und nach Außen den Weltfrieden zu wahren. Was könnte es Deutschland nützen, wenn es am Ende des Jahrhunderts seine Besitzungen ebensoweit ausgedehnt hätte wie jetzt England und sich im ungerechten Ankämpfen gegen Völker, die seiner Weltherrschaft und Weltgeltung im Wege stehen, verbluten würde? Niemand ist aber sicher vor Überschätzung seiner Macht und seines Einflusses auf Erden. Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle!

Mit dem innigen Wunsche, daß Deutschland seine Macht und seinen Einfluß in der Welt auf die Verbreitung der kulturellen Wohlfahrt zunächst im eigenen Volke und darüber hinaus auch auf alle fremden Völker verwenden möge, wollen wir in das neue Jahr vertrauensvoll eintreten und dasselbe als ein neues Arbeitsfeld und Erntefeld freudig begrüßen! —

Dresden, am Jahresschlusse 1899.

Victor Böhmert.

Berichte und Notizen.

Wirtschaftliches.

(Abgeschlossen am 15. Dezember 1899.)

Internationale Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Internationaler Handelskongreß, an welchem auch eine Anzahl deutsche Vertreter sich beteiligten, tagte Mitte Oktober in Philadelphia. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen des Kongresses wurden in einer Reihe von Resolutionen zusammengefaßt, die nach Mitteilungen der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" nachstehende Vorschläge machen:

1) Eine offizielle internationale Vereinigung für Registrierung der Handelsmarken.
2) Allgemeine Einführung eines Packetpostsystems.
3) Internationale Vereinheitlichung der Handels-Statistik.
4) Ein internationales Bureau für Sammlung und Verbreitung von Ernte-Berichten.

allgemein
Interesse
geschwächt,
len, kirchl
cke zurückg
hervortrete
Kämpfen
nach Erre
ischen Ele
ichen und
00 Jahren
erreiche au
schaft des
aber nicht
d und mit
Reich Go
welches in
des Dasein
und viele
gefolgt sin
merreich u
und an S
Staaten getre
er übereina
Welt unter
r Völker für
türlich tücht
bewährt hab
allein nichts
rer brauchen
der willigen
Jeder Staa
inander greife
zu streiten,
nn soll sich in
twortlich für
len. Wir we
reitbarer, wo
gene Stellung

IV Vierteljahrs-Chronik.

...musеums zu Philadelphia durch die Regierungen
...wendung internationalen Schiedsgerichtsverfahrens.
...ung des mittelamerikanischen Kanals.
...werbliche Rechtsschutz-Kongreß war vom
...mmelt. Dieser Vereinigung haben sich bis jetzt
...s Gewerbetreibende, aus aller Herren Ländern
...Vertreter von zehn Vertragsstaaten erschienen.
...ts auf den früheren Kongressen, als unbedingt
...meine Markenregistrierung platzzugreifen habe,
...ß des gewerblichen Eigentums besondere Rück-
...n Bezug auf die Erwerbung von Patenten ein-
...n vereinbart werden sollen. Eine breite Er-
...ernationalen Schutzes der Muster und Modelle.
...elstands-Kongreß wurde am 18. September
...250 Teilnehmern eröffnet. Auch aus Deutsch-
...nz, aus Württemberg und Baden waren Ver-
...rten die drei im Amte befindlichen belgischen
...und van den Heuvel. Der Antwerpener
...nungsrede die Notwendigkeit des Zusammen-
...r Staaten in dem Kampf um ihre Existenz
...len Mächte des Großkapitals sowohl als
...eine derartige internationale Bekämpfung
...r Anwendung übereinstimmender Polizei-
...me Zurückschraubung der neuzeitlichen
...ndern durch eine gemeinsame Belehrung
...ngewerbe seine Stellung als berech-
...lten kann. Die heutige europäische
...Arbeit der mittleren Bürgerklassen;
...eine Gefährdung der europäischen
...lismus, wie auch den Arbeiterstand
...nzuhalten, sollte die vornehmste
...urgerlichen Parteien sein." Nach
...Kongreß in vier Sektionen, in
...en umfassen alle Gebiete des
...eren Wettbewerbs, insbesondere
...der Rabattvereine usw.

...nd **Versammlungen.** Ein
...rreichischen Kornhaus-
...Organisationen fand am
...geordneten Geheimen Rat
...welche in der Hauptsache
...Geheimer Rat Professor
...inister dem Ausbau der
...inen ständigen deutschen
...elmäßig zu wiederholen.

Der Bund der deutschen Bodenreformer hielt am 14. Oktober in Berlin seine 10. Hauptversammlung ab. Die Landordnung von Kiautschou wurde als ein Erfolg der Bestrebungen des Bundes und als eine Hineintragung der Bodenreform in die deutsche Kolonialpolitik bezeichnet. Pohlmann-Hohenaspe referierte über den Hauptgegenstand der Tagesordnung: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Bodenreform. Folgende Thesen des Referenten fanden Annahme:

„Der Bund der deutschen Bodenreformer sieht in dem Umstande, daß der vaterländische Boden, diese Grundlage unserer gesammten nationalen Existenz, zu einer bloßen Handelsware geworden und damit auch der unbegrenzten Verschuldbarkeit ausgeliefert ist, die tiefste Ursache der Notlage der deutschen Landwirtschaft. Zu einer grundlegenden Reform auf diesem Gebiete empfiehlt er die Erwägung und Erfüllung folgender Vorschläge:

1) Festlegung einer Grenze, bis zu welcher die vorhandenen ländlichen Hypotheken als durch den Landbesitz selbst, incl. Gebäude, Inventar usw. hinreichend gesichert anzusehen sind, und Erklärung aller darüber hinausgehenden Eintragungen für Personalschulden, in Verbindung mit Maßregeln zur Hebung des Personalkredits — Verschuldungsgrenze.

2) Festlegung einer zweiten Grenze, die der Grundrente; das sind jene ersten Hypotheken, welche durch den Boden als solche gedeckt sind, ohne Gebäude, ohne Melioration usw. für größeren und mittleren Besitz ungefähr mit der Mündelgeldzone zusammenfallend, für kleinen etwas darunter bleibend.

3) Uebernahme sämmtlicher Hypotheken bis zur Verschuldungsgrenze durch den Staat zu unverändertem Zinsfuß, Aufnahme von Staatsanleihen in hierzu nötiger Höhe und Amortisierung durch die sich ergebene Zinsdifferenz a) bis zur Grundrentengrenze für den Besitzer, b) von da ab für den Staat.

4) Einführung obligatorisch bei Kauf-, Erb- und Subhastationsfällen, oder durch freien Entschluß der Betheiligten.

Bei der Vorstandswahl wurde zum ersten Vorsitzenden A. Damaschke wiedergewählt.

Ein Verein deutscher Binnenschiffahrts-Betriebe hat sich am 22. September in Berlin in einer von Dr. Oskar Martens einberufenen Versammlung der Interessenten konstituiert. Zum Vorsitzenden wählte man Direktor Dzondi-Hamburg. Der Verein beschloß sodann, dem Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona als Mitglied beizutreten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 26. September in Straßburg i. E. unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Holtz ab. Die Versammlung beschloß, die preußische Regierung um eine zeitgemäße, den Fortschritten der Technik entsprechende Revision der Anleitung, welche den mit der Konzessionierung gewerblicher Anlagen betrauten Behörden zur Richtschnur dient, zu ersuchen. Es wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, dem Verein das Recht zu verleihen, in die Bezirkseisenbahnräte Mitglieder des Vereins wählen zu lassen, sowie auch, die vom Bunde der Industriellen angeregte Bildung eines deutschen Industrierates zu unterstützen. Ferner wurde die Entsendung von Delegierten für die Beratungen über die Errichtung einer Reichshandelsstelle beschlossen.

5) Unterstützung des Handelsmuseums zu Philadelphia durch die Regierungen und Handelskammern.
6) Möglichst weitgehende Anwendung internationalen Schiedsgerichtsverfahrens.
7) Möglichst schleunige Herstellung des mittelamerikanischen Kanals.

Der 3. Internationale Gewerbliche Rechtsschutz-Kongreß war vom 2. bis 4. Oktober in Zürich versammelt. Dieser Vereinigung haben sich bis jetzt 604 Mitglieder, teils Juristen, teils Gewerbetreibende, aus aller Herren Ländern angeschlossen. Es waren etwa 100 Vertreter von zehn Vertragsstaaten erschienen. Auch in Zürich wurde es, wie bereits auf den früheren Kongressen, als unbedingt erforderlich erklärt, daß eine allgemeine Markenregistrierung platzzugreifen habe, daß die Gesetzgebungen auf den Schutz des gewerblichen Eigentums besondere Rücksicht zu nehmen hätten, und daß in Bezug auf die Erwerbung von Patenten einheitliche Vorschriften für alle Staaten vereinbart werden sollen. Eine breite Erörterung veranlaßte die Frage des internationalen Schutzes der Muster und Modelle.

Der I. Internationale Mittelstands-Kongreß wurde am 18. September in Antwerpen in Gegenwart von 250 Teilnehmern eröffnet. Auch aus Deutschland, insbesondere aus der Rheinprovinz, aus Württemberg und Baden waren Vertreter anwesend. Den Ehrenvorsitz führten die drei im Amte befindlichen belgischen Minister Smet de Nayer, Libaert und van den Heuvel. Der Antwerpener Abgeordnete Koch betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der kleinbürgerlichen Klassen aller Staaten in dem Kampf um ihre Existenz und in der Bekämpfung der internationalen Mächte des Großkapitals sowohl als des Socialismus. „Wir denken uns jedoch eine derartige internationale Bekämpfung des internationalen Socialismus nicht unter Anwendung übereinstimmender Polizeimaßregeln, auch nicht durch eine gemeinsame Zurückschraubung der neuzeitlichen Entwickelung der Technik und des Verkehrs, sondern durch eine gemeinsame Belehrung über die Mittel und Wege, wie auch das Kleingewerbe seine Stellung als berechtigtes Mitglied des wirtschaftlichen Lebens erhalten kann. Die heutige europäische Kultur ist im Wesentlichen das Erzeugnis der Arbeit der mittleren Bürgerklassen; deshalb bedeutet die Zerstörung des Mittelstandes eine Gefährdung der europäischen Gesittung überhaupt, was ebenso den Großkapitalismus, wie auch den Arbeiterstand bedrohen würde. Eine solche Entwickelung hintanzuhalten, sollte die vornehmste Aufgabe aller europäischen Staaten und aller bürgerlichen Parteien sein." Nach Beendigung der Eröffnungssitzung teilte sich der Kongreß in vier Sektionen, in denen die Einzelfragen bearbeitet werden. Dieselben umfassen alle Gebiete des Genossenschaftswesens, der Kreditfrage und des unlauteren Wettbewerbs, insbesondere die Frage der Warenhäuser, der Abzahlungsgeschäfte, der Rabattvereine usw.

Inländische wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Genossenschaftstag der deutschen und österreichischen Kornhausvereinigungen und genossenschaftlicher Verkaufs-Organisationen fand am 1. Dezember in Halle a. S. unter dem Vorsitze des Abgeordneten Geheimen Rat Haas-Offenbach statt. Es waren 44 Vertreter anwesend, welche in der Hauptsache über die Ausgestaltung des Kornhausgeschäftes berieten. Geheimer Rat Professor Dr. Conrad-Berlin versicherte, daß der Landwirtschaftsminister dem Ausbau der Kornhaussache unverändert wohlwolle. Die Konferenz setzte einen ständigen deutschen Kornhausausschuß ein und beschloß die Kornhauskonferenzen regelmäßig zu wiederholen.

Der Bund der deutschen Bodenreformer hielt am 14. Oktober in Berlin seine 10. Hauptversammlung ab. Die Landordnung von Kiautschou wurde als ein Erfolg der Bestrebungen des Bundes und als eine Hineintragung der Bodenreform in die deutsche Kolonialpolitik bezeichnet. Pohlmann-Hohenaspe referierte über den Hauptgegenstand der Tagesordnung: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Bodenreform. Folgende Thesen des Referenten fanden Annahme:

„Der Bund der deutschen Bodenreformer sieht in dem Umstande, daß der vaterländische Boden, diese Grundlage unserer gesammten nationalen Existenz, zu einer bloßen Handelsware geworden und damit auch der unbegrenzten Verschuldbarkeit ausgeliefert ist, die tiefste Ursache der Notlage der deutschen Landwirtschaft. Zu einer grundlegenden Reform auf diesem Gebiete empfiehlt er die Erwägung und Erfüllung folgender Vorschläge:

1) Festlegung einer Grenze, bis zu welcher die vorhandenen ländlichen Hypotheken als durch den Landbesitz selbst, incl. Gebäude, Inventar usw. hinreichend gesichert anzusehen sind, und Erklärung aller darüber hinausgehenden Eintragungen für Personalschulden, in Verbindung mit Maßregeln zur Hebung des Personalkredits — Verschuldungsgrenze.

2) Festlegung einer zweiten Grenze, die der Grundrente; das sind jene ersten Hypotheken, welche durch den Boden als solche gedeckt sind, ohne Gebäude, ohne Melioration usw. für größeren und mittleren Besitz ungefähr mit der Mündelgeldzone zusammenfallend, für kleinen etwas darunter bleibend.

3) Uebernahme sämmtlicher Hypotheken bis zur Verschuldungsgrenze durch den Staat zu unverändertem Zinsfuß, Aufnahme von Staatsanleihen in hierzu nötiger Höhe und Amortisierung durch die sich ergebene Zinsdifferenz a) bis zur Grundrentengrenze für den Besitzer, b) von da ab für den Staat.

4) Einführung obligatorisch bei Kauf-, Erb- und Subhastationsfällen, oder durch freien Entschluß der Betheiligten.

Bei der Vorstandswahl wurde zum ersten Vorsitzenden A. Damaschke wiedergewählt.

Ein Verein deutscher Binnenschiffahrts-Betriebe hat sich am 22. September in Berlin in einer von Dr. Oskar Martens einberufenen Versammlung der Interessenten konstituiert. Zum Vorsitzenden wählte man Direktor Dzondi-Hamburg. Der Verein beschloß sodann, dem Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona als Mitglied beizutreten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 26. September in Straßburg i. E. unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Holtz ab. Die Versammlung beschloß, die preußische Regierung um eine zeitgemäße, den Fortschritten der Technik entsprechende Revision der Anleitung, welche den mit der Konzessionierung gewerblicher Anlagen betrauten Behörden zur Richtschnur dient, zu ersuchen. Es wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, dem Verein das Recht zu verleihen, in die Bezirkseisenbahnräte Mitglieder des Vereins wählen zu lassen, sowie auch, die vom Bunde der Industriellen angeregte Bildung eines deutschen Industrierates zu unterstützen. Ferner wurde die Entsendung von Delegierten für die Beratungen über die Errichtung einer Reichshandelsstelle beschlossen.

Linn, Dr., Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899. Textausg. m. Hervorhebung der Neuerungen usw. (V, 104 S.) Berlin, Schulze & Co. ℳ —,75.

Metcalfe, John, The case for Universal old age Pensions. (232 p.) London, Simpkin. 2 sh. 6 d.

Poffanner, Dr. **Benno** Frhr. v., Die Pensionen und Provisionen d. k. k. österr. Civilstaatsbediensteten u. Staatsarbeiter. gr. 8. (XLIV, 966 S.) Wien, Manz. fl. 18,80; geb. fl. 21,20.

Provision for Old Age in certain European Countries. London 1899, Eyre & Spottiswoode. (60 S.)

Soden, Amtm. **Thdr.** Frhr. v., Das Invalidenversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 u. 13. Juli 1899. (IV, 128 S.) Leipzig, Alb. Berger. ℳ 1,60.

Stempel, Dr. **Walth.,** Die Untersuchung u. Begutachtung der Invalidenrentenanwärter. gr. 8. (III, 178 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 4,—.

Suft, Ortskrankenk.-Beamt. **Thdr.,** Das Wissenswerteste aus dem Gesetz über die Invalidenversicherung vom 13. Juli 1899. 3. Aufl. gr. 8. (40 S.) Chemnitz, A. Langer. ℳ —,25.

Walther, Dr., Kontrollbuch zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin, Carl Heymann.

Wiedemann, R., Invalidenversicherungsgesetz. Vom 13. Juli 1899. 12. (XVI, 178 S.) Halensee b. Berlin, Friedrichsruherstr. 13, Selbstverlag. Kart. ℳ 1,30.

B. Gelegenheitsschriften.

Engelmann, Emil, Beiträge zur Rechtsstellung der Organe der Armenpflege im Invaliditäts- u. Altersversicherungsgesetze. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 16 S.)

Handhabung des Heilverfahrens bei Versicherten durch die Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1898 und Ergebnisse des Heilverfahrens bei lungenkranken Versicherten bis Ende 1898. Hamburg. (40 S.)

Krantwig, Ger.-Ref. **Jodocus,** §§ 148 u. 151 des Reichsgesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 46 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Beratungen über den Entwurf des Invalidenversicherungsgesetzes innerhalb der rheinisch-westfälischen Industrie (Mitteil. d. Vereins z. Wahrung d. gem. wirtsch. Interessen 2c. 1899, S. 1 ff.)

Eggenberger, Dr. **J.,** Die Grundzahlen, Rentenbarwerte und Jahresprämien einer kombinierten Alters- und Invaliditätsversorgung (Zeitschr. f. schweizerische Statistik 1899, 3. Lfg., S. 415—427.)

Holland, Bern., Old age pensions. (Economic Journal, September 1898.)

Kirchberg, Ernst, Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Hausweber. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik III. Folge, 16. Bd.)

Kögler, Statistik der Heilbehandlung bei den deutschen Invaliditätsversicherungsanstalten 1897. (Statistische Monatsschrift, Wien 1899, S. 265.)

Loch, C. S., Fallacies about old age pensions. (The Nineteenth Century, Nov. 1898.)

Nachweisung d. Geschäfts- u. Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten für das Jahr 1897. (Annalen des Deutschen Reichs 1899, No. 7.)

Verordnung, den Vollzug der Invaliditäts- und Altersversicherung betr. (Badisches Gesetz- u. Verordn.-Blatt 1898.)

Witzleben, Günther v., Die Vorschläge zur Reform d. Invaliditäts- u. Altersversicherung. (Schmoller's Jahrbuch 1899, I, S. 333.)

Krankenversicherung. A. Selbständige Litteratur.

Arbeiter-Krankenversicherung. (Charlottenburger Statistik, 3. Heft.) Charlottenburg, Ad. Gertz.

Astor, Joh. Bapt., Zur Geschichte und Statistik der freien Arztwahl in Berlin. gr. 8. (VII, 157 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. ℳ 3,—.

Born sen., Ingen. **W.**, Abschaffung v. 20 000 Krankenkassen. 8. (24 S.) Berlin, H. Zitelmann. *M* —,30.

Dronke, Dr., Arzneiverkehr für Krankenkassen. Anleitung zur Sparsamkeit bei dem Verordnen für Krankenkassen. 3. Aufl. 12. (XIV, 244 S.) Köln, P. Neubner. *M* 2,50.

Fischer-Remscheid, Dr., Kassenärzte oder freie Arztwahl? gr. 8. (31 S.) Remscheid, G. Schmidt. *M* —,50.

Handbuch der Krankenversorgung und Krankenpflege. Herausgeg. v. DDr. Geo. Liebe, Paul Jacobsohn, George Meyer. 2. Bd. 2. Abt. gr. 8. (351 S.) Berlin, A. Hirschwald. *M* 9,—.

Hoffmann, F., Kranken-Versicherungsgesetz und Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen, nebst Ausführungsbestimmungen. (VII, 313 S.) Berlin, C. Heymann. *M* 1,60.

Koller, Phil., Die Gebahrung und die Krankheitsstatistik der Czernowitzer Bezirkskrankenkasse v. 1. Aug. 1889 bis 31. Dez. 1893. (XLVII, 253 S.) Czernowitz, H. Pardini. fl. 4,—.

Krankenversicherung, Statistik der, i. J. 1897. (Tabellenwerk 191 S.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. *M* 5,—.

Landmann, Dr. **F.**, Die Geschäftspraxis der Apotheker und die Krankenkassen. gr. 8. (56 S.) Leipzig, F. C. Fischer. *M* 1,—.

Verzeichnis der Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen des Deutschen Reiches. Lex.-8. (III, 184 S.) Berlin, A. Troschel. *M* 6,—.

Waal Malefijt, J. H. de, De Duitsche wet op de ziekteverzekering en de voorgenomen arbeidersverzekering hier te lande. Breukelen, „De Vecht". Roy. 8. (57 blz.) fl. —,40.

B. Gelegenheitsschriften.

Etzel, Wilh., Die Krankenversicherung der land- u. forstwirtschaftl. Arbeiter ꝛc. in Wittenberg. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 142 S.)

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse zu Dresden aus dem Jahre 1898. (12 S. u. Rechnungsabschluß 2 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Gräf, Ed., Die Krankenversicherung in Deutschland. (Neue Zeit 1897/98, II. Bd.)

Krankenversicherung, zur Statistik der. (Vierteljahrshefte z. Statistik d. Deutsch. Reichs 1898, 2. Heft.)

— in Breslau in den Jahren 1891—1895. (Breslauer Statistik, Bd. XIX, H. 4, S. 1—126.)

Mosthaf, Minist.-R. **v.**, Statistik der (Arbeiter-)Krankenversicherung in Württemberg. (Amtsbl. d. Kgl. Württbg. Min. d. Innern sowie „Gewerbebl. a. Württemberg" 1899, Nr. 13.)

Rosenfeld, Siegfr., Beiträge z. Reform d. Krankenversicherungsgesetzes. (Deutsche Worte, Wien 1898, Heft 3/4.)

Statistik d. Krankenversicherung d. Arbeiter i. Großh. Hessen. (Mitteilg. d. Großh. hessisch. Centralstelle f. Landesstatistik 1898, Nr. 675.)

Haftpflicht.

Jäger, F., Die Umwandlungsklage im deutschen Haftrechte jetzt und nach 1900. gr. 8. (VI, 42 S.) Berlin, C. Heymann. *M* —,80.

Kaan, J., Gegenwärtiger Stand der Frage der Entschädigung für Betriebsunfälle in den europäischen Kulturstaaten. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 34.)

Mitteilungen des deutschen Haftpflicht-Schutzverbandes. Herausg. von dem Verbands-Vorstande. Red. v. R. van der Borght. gr. 8. Berlin, Siemenroth & Troschel. *M* 3,—.

Unfallverhütung und Unfallstatistik. A. Selbständige Litteratur.

Ergebnisse der zum Zwecke der Revision der Gefahrenklasseneinteilung überprüften Unfallstatistik der Jahre 1890—1896. gr. 4. (X, 471 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. fl. 3,—.

Unfallverhütungsvorschriften d. See-Berufsgenossenschaft f. Dampfer. 4. (88 S.) Hamburg, L. Friederichsen & Co. ℳ —,80.

— d. See-Berufsgenossenschaft f. Segelschiffe. 4. (35 S.) Ebenda. ℳ —,80.

Weber, Reg.-R. Dr. **C. L.,** Erläuterungen zu den Sicherheitsvorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker. 2. Aufl. 8. (VII, 141 S.) Berlin, J. Springer. Kart. ℳ 2,—.

B. Aufsätze und Ausschnitte.

Bellom, Maur., Note sur la statistique de l'assurance contre les accidents dans les mines allemandes. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, No. 1.)

Lange, Ernst, Die Statistik der Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung im Deutschen Reich für das Jahr 1896. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, Heft 3/4.)

Revision, die, der Gefahrenklassen i. d. Unfallversicherung. (Das Handelsmuseum, Wien 1899. Nr. 21.)

Unfallverhütungsvorschriften der land- u. forstwirtschaftl. Berufsgenossenschaft f. d. Kgr. Sachsen v. 24. Mai 1897. („Tharandter forstl. Jahrb.", 48. Bd. S. 310.)

Zusammenstellung der Verunglückungen mit mehr als vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit und der tötlichen Verunglückungen im Oberbergamtsbezirk Breslau. (Zeitschr. d. Oberschl. Berg- u. Hüttenm.-Vereins 1899, S. 322—325.)

Berufskrankheiten.

Kuhn, app. Arzt **Fritz,** Die Nekrosenbildung in den Kiefern. (Diss. d. Universität Breslau 1898. 84 S.)

Laudenheimer, Dr. **Rud.,** Die Schwefelkohlenstoff-Vergiftung d. Gummi-Arbeiter. gr. 8. (VII, 232 S. m. Abb. u. 2 Taf.) Leipzig, Veit & Co. ℳ 8,—.

Maschke, Dr. **Max,** Die augenärztliche Unfallpraxis. 8. (XII, 120 S. m. 1 Tab.) Wiesbaden. J. F. Bergmann. Geb. ℳ 3,60.

Neißler, Dr. **Max,** Ueber Luftstaub-Infektion. (Diss. d. Univ. Breslau 1898. 32 S.)

Rosenfeld, Dr. **Siegfried,** Betriebsunfälle im Wiener Kleingewerbe. (Statistische Monatsschrift, Wien 1898, S. 443.)

Samariterwesen.

Baur, Dr. **A.,** Das Samariterbüchlein. 16. (36 S. m. 12 z. t. farb. Abb.) Stuttgart, Muth. ℳ —,40.

Hülfe, erste. Taschenkalender 1900 für Freunde des Roten Kreuzes. 64. (43 S.) München, Seitz & Schauer. ℳ —,20.

Lamberg, Inspektionsarzt Dr. **J.,** Die erste Hülfe bei plötzlichen Erkrankungen und Verletzungen. 12. (95 S.) Wien, A. Hartleben. fl. —,75.

Meyer, G., Das Samariter- und Rettungswesen im Deutschen Reiche. München, Seitz & Schauer. (37 S.) ℳ 1,—.

Spiegel, Dr. **Ign.,** Einführung in die erste Hülfe bei Unfällen. gr. 8. (V, 137 S.) Wien, C. Konegen. fl. 2,—.

VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte.

Zeitschriften.

Gewerbegericht, das. Monatsschrift des Verbandes deutscher Gewerbegerichte. Herausg. v. Stadtr. Dr. K. Flesch. 5. Jahrg. Okt. 1899—Sept. 1900. 12 Nrn. hoch 4. Berlin, G. Reimer. ℳ 2, - .

A. Selbständige Litteratur.

Arbeitseinstellungen u. Aussperrungen, die, im Gewerbebetriebe in Oesterreich während des Jahres 1897. gr. 8. (125 u. 267 S.) Wien, A. Hölder. fl. 2,40.

Aflönings- och pensionsstatistik 1899. VII och 62 Sider. Bidrag. Stockholm, Samson & Wallin. 1 kr. 10 öre.

Bäckerstreik und Brotboykott in Hamburg i. J. 1898. gr. 8. (104 S.) Hamburg, H. O. Persiehl. ℳ —,50.

Birkenbihl, Die Gesinde-Ordnungen für die preußische Monarchie. Pflichten und Rechte der Herrschaft und des Gesindes. 4. Aufl. gr. 16. (VI, 134 S.) Berlin, Siemenroth & Troschel. Kart. ℳ 1,—.

Bleich, Jul., Lohn-Berechnungs-Tabellen für sämtliche Decimal-Münz-Systeme. 4. Aufl. gr. 8. (III, 100 S.) Berlin, H. S. Hermann. ℳ 1,50.

Borght, Prof. Dr. **R. van der,** Die Weiterbildung des Koalitionsrechtes der gewerblichen Arbeiter in Deutschland. gr. 8. (65 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,—.

Brentano, Prof. Geh. Hofr. Dr. **Lujo,** Reaktion oder Reform? Gegen die Zuchthausvorlage! gr. 8. (61 S.) Berlin, Verlag der „Hilfe". ℳ —,80.

— Der Schutz der Arbeitswilligen. (35 S.) Berlin, L. Simion. ℳ 1,—.

Bürger, Dr., Lohnlisten für Mitglieder der Berufsgenossenschaften. Berlin, Carl Heymann.

— Kombinierte Lohnlisten für die Kranken- und die Invaliditäts- und Altersversicherung. Ebenda.

Bunzel, Julius, Ein ungarischer Feldarbeiter-Gesetzentwurf. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 15. Bd.)

Burdick, F. M., The law of partnership. Boston, Little, Braun & Co. 111 + 422 p. 12. cl. $ 2,50; shp. $ 3.

Collet, Miss, Report on the Money Wages of indoor Domestic Servants. London 1899, Eyre & Spottiswoode. (50 p.)

Cuny, C., Der Schutz der Arbeitswilligen. (31 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ —,60.

Dienstbotenordnung. 12. (23 S.) Hamburg, O. Meißners Verl. ℳ —,30.

Drucker, H. L., Ontwerp van wet tot regeling van de arbeidsovereenkomst. s'-Gravenhage, Gebr. J. & H. van Langenhuysen. Roy. 8. (84 blz.) Gecart. fl. —,50.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Nebst Denkschrift. Fol. (21 u. 50 S.) Berlin, C. Heymann. ℳ 1,60.

Eulenburg, Dr. **Frz.,** Zur Frage der Lohnermittelung. gr. 8. (VI, 150 S.) Jena. G. Fischer. ℳ 3,—.

Francke, Oberlandesger.-R. a. D. **W. Ch.,** Das Dienstboten-Edikt f. d. Herzogtum Lauenburg vom 22. Dezbr. 1732, wie es von Neujahr 1900 an gilt. (54 S.) Lübeck, E. Schmersahl Nachf. ℳ —,60.

— Die hannoverschen Dienstboten-Ordnungen. Hannover, C. Meyer. Kart. ℳ 2,—.

— Die Gesinde-Ordnung vom 8. Nov. 1810, wie sie v. Neujahr 1900 an Geltung hat. 12. (90 S.) Ebenda. Kart. ℳ ,75.

— Die Gesinde-Ordnung für den lübeckischen Freistaat. 8. (58 S.) Lübeck, E. Schmersahl Nachf. Kart. ℳ —,60.

— Die Gesinde-Ordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein. 8. (47 S.) Kiel, Lipsius & Tischer. Kart. ℳ 1,—.

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Dienstboten vom 3. Febr. 1868, in der durch das Gesetz vom 20. Aug. 1898 abgeänderten Fassung. 8. (24 S.) Bonndorf, J. A. Binders Nachf. ℳ —,40.

Gesinde-Ordnung (preußische), die vollständige. 8. Aufl. 12. (39 S.) Breslau, J. U. Kerns Verl. ℳ —,30.

— für Mecklenburg. 8. (32 S.) Neubrandenburg, C. Brünslow. ℳ —,40.

— revidierte, für das Königreich Sachsen vom 2. Mai 1892 mit Berücksichtigung der Abänderung derselben v. 31. Mai 1898. Text-Ausg. gr. 8. (46 S.) Flöha, A. Peitz & Sohn. ℳ —,50.

Hachenburg, Dr. **M.,** Dienstvertrag und Werkvertrag im bürgerlichen Gesetzbuch. 8. (85 S.) Mannheim, J. Bensheimers Verl. ℳ 1,50.

Hall, F. S., Sympathetic Strikes and Sympathetic Lock-outs. Roy. 8. 118 p. London, P. S. King & Son. sh. 4,—.

Hattendorff, Reg.-R., Das Gesinderecht des Reg.-Bez. Stade. gr. 8. (32 S.) Stade, F. Schaumburg. ℳ —,50.

Ingwer, Dr. J., Die Rechtsstreitigkeiten vor dem Gewerbegerichte. 12. (IV, 360 S.) Wien, C. Konegen. ℳ 3,—.

König, Dr. F., Das Gesinderecht oder die Rechtsverhältnisse zwischen Herrschaft und Gesinde. 8. (48 S.) Braunschweig, F. Euler. ℳ —,50.

— Das Gesinde- und Mietrecht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. 8. (48 u. 64 S.) Ebenda. ℳ 1,—.

Köster, Jos., Streik und Terrorismus der socialdemokratischen Gewerkschaften. (40 S.) Berlin, H. Walther. ℳ —,20.

Legien, C., Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. 9. (224 S.) Hamburg, C. Legien. ℳ 1,50.

Lembke, Joh. C., Ueber einige Bestimmungsgründe des Arbeitslohnes. gr. 8. (VI, 128 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 2,20.

Leproux, M., La Grève des ouvriers mineurs du pays de Galles en 1898. In-8, 71 p. Paris 1898, lib. Ve Dunod.

Lloyd, H. Demarest, Labor copartnership. (356 p.) New York, Harper. $ 1,—.

Mitsch, Polizeikomm., Die Rechtsverhältnisse zwischen Dienstherrschaften u. Dienstboten i. Großherzogt. Baden. 4. Aufl. 12. (20 S.) Heidelberg, A. Wolff. ℳ —,50.

Mugdan, Stadtr. Leo., Das Reichsgesetz betr. die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890. (266 S.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 1,80.

„Multiplikator", Tabelle mit ausgerechneten Zahlen einer Anzahl von Tagen, Stunden oder Stücken usw. nach einem beliebigen Einheitspreis. Hülfsapparat bei Lohnzahlungen. Berlin SW., Hugo Kretschmann, Lindenstraße 37.

Nieder, Abg. Landger.-Dir., Gesinde-Ordnung für Württemberg. Gültig v. 1. Jan. 1900 ab. 8. (IV, 64 S.) Ellwangen, J. Heß. ℳ —,80.

Office du travail. Statistique des grèves, l'année 1898. In-8, XVIII-334 p. Paris, impr. nationale.

Pittié, M., Du salaire à la tâche et du marchandage (thèse). In-8, 207 p. Paris. Rousseau.

Rampacher, D., Gesinde-Ordnung für das Königreich Württemberg. Gesetz vom 28. Juli 1899. gr. 8. (22 S.) Ulm, J. Ebner. ℳ —,50.

Recorbet, J, Etude historique et législative du payement du salaire en nature (thèse). In-8, 238 p. Lyon, impr. Chambefort.

Reichel, H., Das Gewerbegericht. Anh.: Kaufmännische „Schiedsgerichte". (52 S.) Herrnhut. ℳ —,50.

Röpke, A., Die Hamburgische Dienstboten-Ordnung nebst e. Anhang: Zusammenstellung d. Wohlfahrtseinrichtgn. f. Dienstboten. 8. (VIII, 103 S.) Hamburg, L. Voß. Kart. ℳ 1,50.

Roussel, F., La Grève générale et le syndicat Guérard. In-8, 32 p. Paris 1898, impr. Davy.

Schulz, E. u. E. Dieckmann, Handbuch der Berechnung des Tage- u. Stundenlohnes. schmal gr. 8. (48 S.) Essen, G. D. Baedeker. Kart. ℳ 1,50.

Schwiedland, E., Obligatorische Mindestlöhne in Viktoria. (Jahrbüch. f. Nationalökonomie u. Statistik. III. Folge, 16. Band.)

Thalberg, M., Der Dienstvertrag nach schweizerischem Obligationenrecht. gr. 8. (181 S.) Zürich, Art. Institut Orell Füßli. fr. 3,- .

Underhill's Law of Partnership. Post 8, 200 p. London, Butterworth. 3 sh. 6 d.

Werftdienstordnung. Teil II, Abschn. 5: Werkstattsordnung. gr. 8. (VI, 293 S.) Berlin, E. S. Mittler & Sohn. ℳ 6,—.

Williquet, C., Les grèves et le maintien de l'ordre. 3e édition. In-16, 42 p. Frameries, impr. Dufrane-Friart. fr. 1,—.

Will, Dionysius, Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Elsaß-Lothringen. gr. 8. (XII, 143 S.) Freiburg i. B., Herder. ℳ 2,—.

„Zuchthausvorlage", die sogenannte, und der deutsche Reichstag. gr. 8. (106 S.) Leipzig, F. Luckhardt. ℳ 2,—.

B. Gelegenheitsschriften.

Denkschrift zur Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Mannheim. Mannheim 1899. (28 S.)

Kentenich, Franz, Rechtliche Behandlung des Zufalls beim Werkvertrag. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 40 S.)
Neuhaus, Gg., Die Gewerbegerichte. (Diss. d. Univ. Greifswald. 38 S.)
Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Dem Bürgerausschuß der Stadt Mannheim vorgelegt am 21. Febr. 1899. (28 S.)
Schmahl, Ger.-Ref. **Gottfr.,** Rechtliche Behandlung des Zufalls beim Werkvertrag. (Diss. d. Univ. Erlangen 1898. 46 S.)
Welsch, Ref. **Bruno,** Haftet der creductor operis aus dem Werkverdingungsvertrage für die culpa der Arbeiter? (Diss. Greifswald 1898. 62 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterbewegung, die, auf den Werken des Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins. (Mitt. d. Ver. z. Wahrg. d. gem. wirtsch. Interessen i. Rheinland u. Westfalen 1898.)
Arbeitslöhne in Deutschland nach den Ergebnissen der Invalidenversicherung. (Christlich-sociale Blätter 1898, Heft 7/8.)
Arbeitsverträge mit Farbigen. Verordnung des Kaiserl. Gouverneurs in Deutsch-Ostafrika. (Kolonialblatt 1898.)
Bellet, Daniel, Le salaire et la concurrence industrielle de l'ouvrier japonais. (Journal des Economistes 1898, Août.)
Bisgaard, Den store Lockout (der große Ausstand in Kopenhagen 1899). (Nat.-Oek. Tidskrift 1899, 8. Heft.)
Blankenstein, Die Rechtskraft der Arbeitsordnungen. (Archiv f. öffentliches Recht 1897, Heft 1.)
Bowley, A. L., The Statistics of Wages in the United Kingdom during the last Hundred Years. Part I. Agricultural Wages. (Journal of the Royal Stat. Society 1898, p. 702—722.)
Brentano. Prof. Dr. **L.,** Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Rede vom 3. Okt. 1899. (Münchener Neueste Nachrichten 1899, Nr. 457 u. 459.)
Davidson, Socialdemokrati och storstrejk. (Ekon. Tidskrift, Stockholm 1899, VI.)
Einhauser, Rud., Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmergewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. (Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft 1898, Heft 1/2.)
Elm, A. v., Die Wahrheit im Streik der Hafenarbeiter u. Seeleute i. Hamburg im Jahre 1896/97. (Jahrbuch f. Gesetzgebung ꝛc. von Schmoller, 1897, 4. Heft.)
Falkner, Roland, Wage statistics in theory and practice. (American Statistical Ass., Boston 1899, No. 46.)
Festsetzungen, neue, des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter. (Zeitschrift d. kgl. bayr. statist. Bureaus 1898, München.)
Freundlich, J., Zur Reform der Gewerbegerichte in Oesterreich. (Die neue Zeit 1898, II. Band.)
Hewart, The wages of London vestry employees. (Econ. Journal, Sept. 1898.)
Hewins, The regulation of wages by the justices of the peace. (Dass.)
Hilse, Dr. **Benno,** Die Bestrebungen zum Schutze der Bauhandwerker gegen Werklohnverluste. (Archiv f. öffentl. Recht, Freiburg i. B. 1898, S. 316 ff.)
Kaff, S., Die Streikbewegung in Oesterreich 1896. (Deutsche Worte, Wien 1898, Nr. 8.)
Katscher, Soll der Geschäftsgewinn geteilt werden? (Deutsches Wochenblatt 1898, Nr. 34, 35.)
Katzenstein, Simon, Die Rechtsstellung der Arbeiterkoalitionen im Deutschen Reich. (Neue Zeit 1898/99, Nr. 1.)
Kelley, Florence, Das Sweatingsystem in den Vereinigten Staaten. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik 1898, 2. Heft.)
Klopp, Wiard., Der Surrogatcharakter des Lohnvertrages in der Großindustrie. (Monatsschrift f. christl. Socialreform 1897, Heft 11/12.)
Kollmann, Paul, Die Heuerleute im oldenburgischen Münsterlande. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 16. Bd.)

Krejcsi, E. N. J., Ungarischer Gesetzentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen den Arbeitgebern und den landwirtschaftlichen Arbeitern. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1898, 1. Heft.)

L'évolution du salariat. (Société Libérale, Gand 1898, Série VII, No. 4.)

Lorenz, Max, Socialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. (Preuß. Jahrbücher von Delbrück, 1898, 1. Heft.)

Macrosty, H. W., Das gewerbliche Schiedswesen in Neuseeland. (Neue Zeit, II. Bd., 1897/98.)

Marx, Carl, Salaire, prix et profits. (Le social Devenir 1898, No. 5.)

March, Lucien, Les salaires et la durée du travail dans l'industrie française. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, No. 10.)

— Quelques exemples de distribution du salaires. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1898, p. 193, 241.)

Organisation der Streik-Statistik, die, in England, Frankreich, Italien, Oesterreich und den vereinigten Staaten von Amerika. (Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. Reichs 1898, Heft IV.)

Polizei und Ausstände der Arbeiter. (Deutsche Gem. Ztg. 1898, Nr. 10.)

Pollak, Rud., Gewerbegerichte. (Handelsmuseum, Wien 1898, Nr. 24/25.)

Resch, Fr., Hofdreschordnung des Rittergutes Oberwura. (Schönburg. Geschichtsblätter, Waldenburg, Kästner, 1899, Heft 3.)

Richter, Otto, Die Organisation der deutschen Streikstatistik. (Beil. z. Münch. Allg. Ztg. 1899, Nr. 19.)

Schaefer, Dr. jur. **Karl,** Veränderte Rechtsprechung in betreff der Lohnzahlung an Arbeiter ꝛc. (Truckſystem u. a.) (Gewerbebl. a. Württemberg 1898, Nr. 52.)

Schiedsgerichte, die, der Arbeiterversicherung. (Christl.-soc. Blätter 1898, H 9/10.)

Statistik, zur, der Streiks und Aussperrungen 1899. (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1899.)

Tagelöhne, die ortsüblichen, gewöhnlicher Tagearbeiter im Deutschen Reich. (Gewerkverein 1898, S. 42 ff.)

Trap, Cordt., Die dänische Arbeiterversicherung, insbes. das Unfallversich.-Gesetz vom 7. Jan. 1898. (Archiv f. soc. Gesetzgebung u. Statistik 1898, 2. Heft.)

Trenter, Assessor Dr., Statistik des Kontraktbruches für das Jahr 1897 u. Mahnruf an die ländlichen Arbeiter. (Zeitschr. d. Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Sachsen 1898, S. 136—138.)

Versicherung gegen Verluste aus Arbeitseinstellungen. (Masius Rundschau 1898, 12. Heft.)

Waxweiler. Analyse économique de la participation aux bénéfices. (Revue d'économique politique 1898, No. 4.)

Wild, G., Gratifikation oder Tantieme? (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898, Nr. 1/2.)

Zur Statistik der Löhne der städtischen Arbeiter in Dresden. (Mitteil. d. statist. Amtes d. Stadt Dresden, 9. Heft.)

VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen.

Zeitschriften (Ergänzung zu Jahrgang 1899, S. 71).

Blätter, gemeinnützige, f. Groß-Frankfurt. Zeitschr. f. sociale Heimatkunde. Hrsg.: Dr. W. Kobelt. 1. Jahrg. Juli 1899 bis Juni 1900. 12. Nrn. gr. 8. Frankfurt a. M., R. Hülsen. *M.* 2,—.

Das Rothe Kreuz. Centralorgan für alle deutschen Wohlfahrts- u. Wohlthätigkeitsbestrebungen. Herausg.: Oberstabsarzt Dr. Gotthold Pannwitz. Jährlich 24 Nrn. Mit Beiblättern: „Haus und Herd" u. „Bürgerkunde". Jährl. *M* 6,—.

Samaritan, der barmherzige. Zeitschr. z. Förderung d. christl. Nächstenliebe. Hrsg. v. Deutschordens-Convente zu Lana. Red: Vinc. Prangner. 1. Jahrg. 1899. 12 Nrn. gr. 4. Bozen, A. Auer & Co. fl. 2,80.

Volkswohl, das. Halbmonatsschrift zur Förderung des wahren Volkswohles in Hinsicht auf Gesundheitspflege, Wissenschaft und Technik, Handel und Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft. 5. Jahrg. 1899. 24 Nrn. gr. 8. Passau, Paradiesdruckerei und Verlagsanstalt. *M* 3,60.

Wollen, ernstes. Monatsschrift. Hrsg. von Mitarbeitern der früheren „Versöhnung" M. v. Egidy's. Hrsg.: R. Deutsch u. H. Driesmans. 1. Jahrg. April 1899 bis März 1900. 12 Nrn. gr. 8. Berlin, Geschäftsstelle. Halbjährl. *M* 1,25.

A. Selbständige Litteratur.

Bericht über die 3. Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande. 8. (98 S.) Berlin, Trowitzsch & Sohn. *M* —,80.

Finsler, Dr. **G.,** Geschichte der Zürcherischen Hülfsgesellschaft 1799—1899. (95 S. m. 1 Stahlstich-Bildnis.) Zürich, Fäsi & Beer. fr. 3,60.

Fuchs, Geo. Frdr., Sparkassen und genossenschaftliche Spar- und Dahrlehnskassen in ihrem Verhältnisse zu einander und zum Volkswohl. Eine Studie. (46 S.) Stuttgart, H. Belser. *M* —,80.

Fürth, Henriette, Das Ziehkinderwesen in Frankfurt am Main und Umgebung. Frankfurt a. M., Mahlau & Waldschmidt. (23 S.) *M* —,40.

Hagenbach-Burckhardt, Prof. Dr. **E.,** Die Krippen und ihre hygienische Bedeutung. gr. 8. (III, 35 S.) Jena, G. Fischer. *M* —,75.

Hardeland, Past. **Thdr.,** Die Heilsarmee nach Geschichte, Wesen und Wert. (34 S.) Stuttgart, H. Belser. *M* —,60.

Herdach, K., Christliche Arbeiterfürsorge. (42 S.) Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Kley, Dr. **W.,** Bei Krupp. Eine socialpolitische Reiseskizze. gr. 8. (X, 165 S. m. 3 Taf.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,60.

Kolde, Prof. Dr. **Th.,** Die Heilsarmee (the salvation army), ihre Geschichte und ihr Wesen. 2. Aufl. gr. 8. (IV, 204 S.) Leipzig, A. Deichert Nachf. *M* 3,25.

Krüger-Marquardt, Helene, Not. Zum Besten der Kinderfürsorge. (15 S.) Bonn, H. Behrendt. *M* —,50.

Migerka, Katharina, Auch eine sociale Aufgabe. gr. 8. (20 S.) Wien, G. Szelinski. fl. —,40.

Niemann, Superint. **A.,** Der Johanniterorden. Seine Bedeutung f. d. christl. Liebesthätigkeit in alter u. neuer Zeit. gr. 8. (39 S.) Gütersloh, C. Bertelsmann. *M* —,60.

Oesterreich's Wohlfahrtseinrichtungen 1848—1898. Festschrift. Wien 1898. Chef.-Red.: H. Heger. (In 4 Bdn.) 1. Bd. Armenpflege und Wohlthätigkeit in Oesterreich. Red. v. E. Mischler. (XIV u. XLII, 470 S.) gr. 8. Wien, M. Perles. Subskr.-Pr. f. 1—4: fl. 40,—.

Pecha, Archit. **Alb. H.,** Der Musterkindergarten. Pläne nach den Grundsätzen des Vereins f. Kindergärten u. Kinderbewahranstalten in Oesterreich, nebst e. Begleitworte von Oberlehrer Jos. Kugler. gr. 8. (25 S. m. 3 Taf.) Wien, A. Pichler's Wwe. & Sohn. fl. —,60.

Post, J., Neuere Richtungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. Vortrag. gr. 8. (31 S.) Dresden, v. Zahn & Jaensch. *M* 1,—.

Rendsa, C., Die wichtigsten Fragen des Volkswohls. gr. 8. (50 S.) Leipzig, W. Friedrich. *M* —,80.

v. Reyher, General, Der Hülfsverein in Dresden. Zum 50jähr. Jubiläum des Vereins. Dresden 1898. (32 S.)

Rundgang, ein, durch Bethel, Sarepta, Nazareth, Wilhelmsdorf, nach Mitteilungen von Pastor v. Bodelschwingh zusammengestellt. 3. Aufl. 8. (80 S. m. Abb. u. 1 Panorama.) Bethel, Buchh. d. Anstalt Bethel. *M* —,40.

Rupprecht, C., Die Errichtung e. allgemeinen freiwilligen Beschäftigungsanstalt in Graz auf Grund der Hoffer-Stiftung. gr. 8. (40 S.) Graz, Leuschner & Lubensky. fl. —,70.

Salomon, stellv. Gen.-Sek. San.-R. Dr. **Max,** Die Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten in ihrem Kampfe gegen die Tuberkulose. gr. 8. (24 S.) Berlin, F. Dümmler's Verlag. *M* —,50.

Seemann, H., Ländliche Wohlfahrtspflege. Vortrag. gr. 8. (16 S.) Güstrow, Opitz & Co. *M* —,50.

Vraagstuk, het, van de verzorging der verwaarloosde kinderen. Amsterdam, S. L. van Looy. fl. 1,—.

Werner, A., Die örtlichen Stiftungen für die Zwecke des Unterrichts und der Wohlthätigkeit. 4. (X, 236 S.) Augsburg, M. Rieger. *M* 3,60.

Werther, O. v., Menschenpflichten. gr. 8. (28 S.) Leipzig, W. Friedrich. *M* —,50.

Wohlfahrtseinrichtungen, die, Berlins und seiner Vororte. Ein Auskunftsbuch, herausgeg. v. d. Auskunftsstelle der deutschen Gesellschaft f. eth. Kultur. 2. Aufl. gr. 8. (XXII, 427 S.) Berlin, J. Springer. Geb. *M* 3,— u. *M* 3,60.

Wohlfahrtspflege, die, im Kreise. Die individuelle Hygiene des Arbeiters. Vorberichte u. Verhandlungen d. VII. Konferenz der Centralstelle f. Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Berlin, C. Heymann. (IV, 274 S.) *M* 5,—.

Wohlthätigkeits-Anstalten und -Vereine im Königreich Württemberg. gr. 8. (72 S.) Stuttgart, W. Kohlhammer. *M* 1,—.

B. Gelegenheitsschriften.

Aufruf zur Beteiligung an der Wohlfahrtspflege auf dem Lande im Bezirke der Amtshauptmannschaft Borna. Audigast 1898. (8 S.)

Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens d. Altonaischen Unterstützungsinstituts am 28. Jan. 1899. Altona 1899. (78 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiterfürsorge in der Stadt Düsseldorf. (Festschrift z. 70. Versammlg. deutsch. Naturforscher und Aerzte, Düsseldorf 1899, S. 198 ff.)

Arbeiterheim, das neue, der Kaiserlichen Werft zu Kiel. (Ill. Ztg., Leipzig, Nr. 2920 v. 15. Juni 1899.)

Maiarce, A. de, Notice historique et administrative sur l'institution des bureaux d'épargne des manufactures. Paris, impr. nationale.

Petersen, Hugo, Ein Schritt zur praktischen Lösung der socialen Frage (Geselliges Nähertreten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter). (Die Kritik, Nr. 163.)

Polizeiordnung betr. das gewerbsmäßige Halten v. Kostkindern. (Landesverordn. des Fürstentums Schaumburg-Lippe, XVII. Bd.)

Radics, P. v., Die Wohlthätigkeit in Krain. (Oesterr.-Ungarische Revue 1898, XXIII. Bd.)

Schmid, Hans, Die Fürsorge für Nahrung und Kleidung armer Schulkinder in der Schweiz. (Deutsche Worte 1898, Nr. 6.)

Wohlfahrtseinrichtungen der kgl. bayer. Staatseisenbahnen i. J. 1896. (Archiv f. Eisenbahnwesen 1898, 3. Heft.)

— d. kgl. bayer. Staatseisenbahnen i. J. 1897. (Ebenda, 1899, 4. Heft.)

— d. kgl. württbg. Verkehrsanstalten. (Ebenda, 1899, S. 1227.)

VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonien und Naturalverpflegungsstationen.

Zeitschriften.

Arbeiterbewegung, die. Zeitschr. f. alle Arbeitgeber. Red.: M. Koppe. 2. Jg. 1899. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, M. Warschauer. Vierteljährlich *M* 1,50.

Arbeitsmarkt, der. Halbmonatsschrift d. Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte. Zugleich Organ d. Verbandes deutsch. Arbeitsnachweise. Hrsg.: Dr. J. Jastrow. 3. Jahrg. Okt. 1899 bis Sept. 1900. 24 Nrn. hoch 4. Berlin, G. Reimer. Halbjährlich *M* 2,—.

Bulletin de l'office du travail. Paris, impr. nationale. (Publication du Ministère du commerce.)

Revue du travail. Bruxelles.

A. Selbständige Litteratur.

Arbeitsnehmer, die beschäftigungslosen, in Sachsen-Koburg u. Gotha a. 14. Juni und 2. Dez. 1895, zusammengestellt nach Verwaltungsbezirken. (Mitt. d. statist. Bureaus d. herzogl. Staatsminist. zu Gotha 1897.) Gotha, C. F. Thienemann.

Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig am 5. Sept. 1898. Hrsg. vom Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona. 8. (107 S.) Hamburg, Verlagsanstalt u. Druckerei. ℳ 1,50.

Berndt, Paul, Die Arbeitslosigkeit, ihre Bekämpfung und Statistik. gr. 8. (103 S. m. graph. Darstellgn.) Berlin, A. Troschel. ℳ 2,—.

Cuny, E., Der Schutz der Arbeitswilligen. gr. 8. (III, 31 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ —,60.

Dufour, J., Etude historique sur les théories du droit au travail (thèse). In-8, 118 p. Paris, Larose.

Eckert, H., Ueber die beste Organisation des Arbeitsnachweises. Mit Formularen u. lith. Beilagen. Gekrönte Preis-Schrift. gr. 8. (VIII, 48 S. m. 2 Taf.) Freiburg i. B., Lorenz & Waetzel. ℳ 1,20.

Eyck, Erich, Die Arbeitslosigkeit und die Grundfragen der Arbeitslosen-Versicherung. (34 S.) Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer. ℳ —,60.

Fiebelkorn, Dr. Max, Die Arbeitervermittelung in der Ziegelindustrie. (48 S.) Berlin, Verlag der Thonindustrie. ℳ —,60.

Freund, R., Der Arbeitsnachweis. Eine socialpolit. Studie. gr. 8. (23 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ —,40.

Grenlich, H., Die Arbeitskammer der Stadt Zürich. Rede. 8. (32 S.) Zürich, Grütliverein. fr. —,20.

Grung, F., Kapital u. Kredit auf dem Arbeitsmarkt. gr. 8. (8 S.) Hamburg, J. Kriebel. ℳ —,40.

Günther, Carl, Das Recht der Frau auf Arbeit. gr. 8. (14 S.) Berlin, G. Wattenbach. ℳ 1,—.

Jahresbericht, 11., des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats f. d. J. 1897. gr. 8. (100 S.) Zürich, Grütliverein. fr. 1,—.

— 12., des schweizerischen Arbeitersekretariats f. d. J. 1898. gr. 8. (110 S.) Zürich, Grütliverein. fr. 1,—.

Otto, B., Das Recht auf Arbeit und die Arbeiterinteressen. gr. 8. (64 S.) Leipzig, Sellmann & Henne. ℳ —,60.

Priester, Dr. O., Arbeitsämter. gr. 8. (37 S.) Frankfurt a. M., Gebr. Knauer. ℳ —,80.

Reichesberg, Prof. Dr. N., Der Kampf gegen d. Arbeitslosigkeit in der Schweiz. gr. 8. (80 S.) Bern, Steiger & Co. fr. 1,50.

Rupprecht, Conr., Die Errichtung einer allgemeinen freiwilligen Beschäftigungs-Anstalt in Graz. gr. 8. (40 S.) Graz, Leuschner & Lubensky in Komm. fl. —,70.

Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Nr. 1. gr. 8. Berlin, C. Heymann. (XVI, 132 S.) ℳ 2,—.

Vivier, P., L'assurance contre le chômage involontaire. (256 p.) Paris, A. Rousseau.

Weigert, O., Arbeitsnachweise und Schutz der Arbeitswilligen. gr. 8. (V, 93 S.) Berlin, F. Dümmler. ℳ 2,—.

No. 3. De werkloosheid in eenige vakverenigingen te Amsterdam in het jaar 1898. (8 blz., m. 1 graph. tab.) Amsterdam, Joh. Müller. fl. —,15.

B. Gelegenheitsschriften.

Geschäftsbericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin f. d. J. 1898. (34 S.)

Jahrbuch der Hamburger Arbeiter-Kolonie 1899. Hamburg, Rothenburgsort 1899. (24 S.)

Jahresbericht, IV., des Vereins für Arbeitsnachweis in Wiesbaden pro 1898. Wiesbaden 1899. (16 S.)

Protokoll über die 14. ordentliche Sitzung des Central-Vorstandes deutscher Arbeiter-Kolonien am 20. April 1899. (52 S.)

— der sechsten ordentlichen Gesamtverbands-Versammlung zu Berlin am 19. April 1899. Potsdam 1899. (74 S.)

Statistischer Bericht üb. d. Geschäftsthätigkeit d. öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen der Rhein- und Maingegend 1898—1899. Bearbeitet vom statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. (18 S. m. Tab. u. Taf.)

Tabellen über die Arbeitsvermittlung der allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt in Köln 1987/98. Köln.

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Allgemeine (preußische) Verfügung (Minister d. Innern und Minister d. Handels) betr. die kommunalen 2c. Arbeitsnachweisstellen. (Grotefend, Gesetzgebungs-Material 1898, S. 58—60.)

Arbeitsnachweis, zur Frage des. (Mitt. d. Ver. z. Wahrg. d. gem. wirtsch. Interessen f. Rheinland u. Westfalen, 1899, Nr. 3.)

Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter Württembergs 1894—1898. (Mitt. d. kgl. statist. Landesamtes, Stuttgart 1899, Nr. 1.)

Bieder, H., Luzernische Verordnung betr. den Arbeitsnachweis (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898.)

Fleischmann, Adolf, Schutz vor Arbeitslosigkeit. (Deutsche Gemeindezeitg. 1898, Nr. 46.)

Haenisch, Konrad, Zur Frage der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung. (Die neue Zeit 1897/98, II. Bd.)

Hofmann, E., Die Arbeitslosenversicherung in St.-Gallen und Bern. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1898, Heft 1/2.)

Jastrow, J., Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 16. Bd.)

Loeger, Reg.-Ass. **H. v.,** Die Naturalverpflegungsstationen. (Zeitschr. d. kgl. preuß. statist. Bur. 1899, I.)

Mehring, O., Kleine Bilder aus der großen Stadt. Das Recht auf Arbeit. (Monatsschr. f. christl. Socialreform 1898, 1. Heft.)

Mischler, Prof. Dr. **G.,** Die steiermärkische Arbeitsvermittlung. (Statist. Monatsschrift, Wien 1898, S. 459.)

Priester, Dr. **Oskar,** Ueber Arbeitsämter. (Berichte des freien deutschen Hochstifts, Frankfurt a. M. 1898, S. 88—123.)

Pulligny, M. de, Les asiles de nuit et l'assistance par le travail à Paris. (Reforme sociale 1898.)

Rehfeld, R., Das Anwachsen der großen Städte u. der Arbeitermangel auf dem Lande. (Zeitschr. d. Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Sachsen 1898, Nr. 12.)

Richter, wiss. Hülfsarbeiter **Otto,** Die „Labor Statistics" in den Vereinigten Staaten von Amerika. (Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. Reiches 1899, Heft 3; siehe ferner: Die amtliche Arbeiterstatistik in England, Jahrg. 1894, Heft 3; in Frankreich, Jahrg. 1895, Heft 3, und in Oesterreich, Jahrg. 1896, Heft 3.)

Schanz, Prof. **G.,** Die Arbeitslosenversicherung und die deutsche Volkspartei. (Preuß. Jahrbücher 1898, Heft 3/4.)

Schilder, S., Die Arbeitsvermittelung in Oesterreich. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, Breslau 1898, 11. Heft.)

Schmid, Hans, Die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz, speziell in Zürich. (Deutsche Worte 1898, 1/2. Heft.)

Schwarzwald, Hermann, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. (Neue deutsche Rundschau, Berlin, Fischer, Februarheft 1899.)

Statut für das städtische Arbeitsamt in Ludwigsburg. (Gewerbebl. a. Württembg. 1898, Nr. 16.)

— für das städtische Arbeitsamt in Reutlingen, nebst Geschäftsordnung. (Ebenda, 1898, Nr. 17.)

Verrijn Stuart, C. A., Plaatsing van werklieden en arbeidsbeurzen. (de Economist 1898, Februari en Maart.)

Versicherungskasse, die stadtkölnische, gegen Arbeitslosigkeit im Winter 1897/98. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 16. Band.)

Willoughy, W. F., Insurance against unemployment. (Political Science Quarterly 1897, No. 3.)

Werkloosheid, de, te Amsterdam 1898. (Statistische Mededeelingen der Gemeente Amsterdam, Amsterdam 1899, No. 3.)

IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen.

Zeitschriften (Ergänzung zu Jahrgang 1899, S. 75).

Blätter f. Volksbibliotheken u. Lesehallen. Red.: Gräsel. 1. Jahrg. 1900. 12 Nrn. Leipzig, O. Harrassowitz. *M* 4,—.

Jünglings, des, Freund. Blätter f. d. erwachsene männliche Jugend. Herausgeg. von B Mehmke. 3. Jahrg. 1899. 52 Nrn. Lex.-8. Stuttgart, M. Holland in Komm. *M* 1,—.

Kompaß f. das arbeitende Volk. Organ der kath. Arbeiter-Vereine d. Prov. Westfalen. Red.: Herm. Dreier. 1. Jahrg. Juli 1899 bis Juni 1900. 52 Nrn. Imp. 4. Hamm, Breer & Thiemann. Vierteljährl. *M* —,50.

Mitteilungen über die Volksvorlesungen und verwandten Bestrebungen im Rhein- und Maingebiet. 1. Jahrg. 1899. 12 Nrn. gr. 8. Frankfurt a. M., R. Hülsen. *M* 2,—.

Volkserzieher, der. Blatt f. Familie, Schule u. öffentliches Leben. Begründer u. Red.: Wilh. Schwaner. 3. Jahrg. 1899. 52 Nrn. gr. 4. Berlin, Verlag des „Volkserzieher". Vierteljährl. *M* 1,—.

Volksunterhaltung, die. Zeitschrift f. d. gesamten Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksunterhaltung. Hrsg. v Dr. Raph. Löwenfeld. 1. Jahrg. Okt. 1898 bis Sept. 1899. 12 Hefte. gr. 8. Berlin, F. Dümmler's Verl. *M* 2,—.

A. Selbständige Litteratur.

Arbeiter-Kalender, illustrierter, 1900 Herausg. v. Stadtpfarr. Th. Traub. 4. (49 u. XI S.) Stuttgart, Buchh. f. inn. Mission. *M* —,20.

Familienabend, der. Eine Sammlg. von Programmen nebst vollständiger Stoffdarbietg. Für Gemeinde-, Volks- und Vereinsfeste. 10. Heft. Weihnachtsfeier. 2. Aufl. gr. 8. (32 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes. *M* —,40.

— dasselbe. 7. Heft. Reformations- und Luther-Abend. (31 S.) Ebenda. *M* —,40.

Festbericht der XIV. internationalen Konferenz der christlichen Jünglingsvereine v. 6.—10. Juli 1898. gr. 8. (IX, 385 S. m. Abb. u. 1 Taf.) Basel, A. Geering. *M* 5,40.

Fischer-Lette, Marie, Das einzige Mittel zur Erhaltung des Familienglücks. 8. (75 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. *M* 1,—.

Gräve, Lehrer **Wilh.,** Die Fürsorge für die gewerbliche Jugend. 26 S. (Sammlung pädagogischer Vorträge, 7. Heft.) Bonn, F. Sönnecken. *M* —,60.

Hammerstein, P. L. v., J. S.: Meister Breckmann, wie er wieder zum Glauben kam und aufhörte, Socialdemokrat zu sein. 4. Aufl. 8. (IV, 115 u. II S.) Trier, Paulinus-Druckerei. *M* —,50.

Hasse, Paul, Leitfaden f. weibliche Jugendpflege. gr. 8. (VIII, 336 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutschen Jünglingsbundes. Geb. *M* 2,80.

Haßl, Guido, Weihnachten im Bahnwärterhaus. Weihnachtsspiel. Für Arbeitervereine frei bearb. 12. (41 S.) Augsburg, Kranzfelder. *M* —,50.

Jahrbuch f. 1898 des christlichen Vereins junger Männer zu Berlin. gr. 8. (104 S.) Berlin, Deutsche ev. Buch- und Traktat-Gesellschaft. *M* —,50.

— des ostdeutschen Jünglingsbundes f. d. Jahr 1899. Hrsg. vom Bundesvorstand. gr. 8. (24 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes in Komm. *M* —,20.

Jünglingsfreund. Jahrbuch f. 1899. 2. Jg. Hrsg. v. Pfarr. Herm. Faulhaber. 12. (59 S. m. Abb.) Schw. Hall, Buchh. f. inn. Mission. *M* —,25.

Huppert, Dr. **Phil.,** Oeffentliche Lesehallen. Ihre Aufgabe, Geschichte und Einrichtung. gr. 8. (IV, 96 S.) Köln, J. P. Bachem. *M* 1,—.

Keferstein, Dr. **Horst,** Die Bedeutung einer gesteigerten Volksbildung für die wirtschaftliche Entwickelung unseres Volkes. Bielefeld, A. Helmich. *M* —,50.

— Volksbildung u. Volksbildner. (38 S.) Langensalza, L. Beyer & Söhne. *M* —,60.

Közle, G., Der Mann als Familienvater. Ein Vortrag. gr. 8. (15 S.) Berlin, Leipzig, H. G. Wallmann in Komm. *M* —,25.

Landmanns, des, Winterabende. Belehrendes u. Unterhaltendes aus allen Zweigen der Landwirtschaft. Paderborn, F. Schöningh.

Lippert, Jul., Das Volksbildungswesen zur Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph I. 1848—1898. (15 S. m. 1 Bildn.) Prag, F. Haerpfner. fl. —,20.

Lüer, A., Die Volksschulerziehung im Zeitalter der Socialreform. gr. 8. (VIII, 324 S.) Leipzig, E. Wunderlich. *M* 3,—; geb *M* 3,60.

Monroe, Will. S., Die Entwickelung des socialen Bewußtseins der Kinder. (88 S.) Berlin, Reuther & Reichard. *M* 2,—.

Nörrenberg, C., Die Bücherhallenbewegung im Jahre 1897. (24 S.) Berlin, R. Gaertner. *M* —,75.

Petschar, M., Die socialen Zustände und das Gymnasium. gr. 8. (III, 83 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 1,20.

Pflüger, P., Freiheit und Gleichheit. Rede. (8 S.) Zürich, Grütliverein. fr. —,10.

— Bewegung und Ziel. (16 S.) Ebenda. fr. ,10.

Ratmann, Fritz, Prologe und Festgedichte f. evang. Jünglingsvereine u. Vereine verwandter Art. (48 S.) Berlin, Buchh. d. ostdeutsch. Jünglingsbundes. *M* —,60.

Schultze, Dr. **Ernst,** Volksbildung u. Volkswohlstand. gr. 8. (IV, 84 S.) Stettin, H. Dannenberg & Co. *M* 1,60.

Schönbach, Ant. E., Ueber Lesen und Bildung. Umschau u. Ratschläge. 6. Aufl. 10. bis 12. Tauf. gr. 8. (XV, 369 S.) Graz, Leuschner & Lubensky. fl. 4,—.

Sendschreiben an die Fürsten und Standesherren Deutschlands v. Lebensheimer Erziehungsverein. gr. 8. (7 S.) Elberfeld, Baedeker. *M* —,50.

Sobota, Prof. **Ant.,** Das Recht auf Erziehung. Ein Beitrag z. Lösung d. socialen Frage. gr. 8 (22 S.) Wien, J. Eisenstein & Co. fl. —,50.

Sohnrey's, Heinr., Dorfgeschichten. 1. Reihe. 1. Bd. Friedefinchens Lebenslauf. 3. Aufl. Mit Buchschmuck von O. Ewel. 8. (439 S.) Leipzig, G. H. Meyer. *M* 3,50; geb. *M* 4.50.

Steinhauser, Dr. **Rob.,** Das deutsche Volkstheater in Wien 1889—1899. Denkschrift zur Feier des 10jähr. Bestandes dieser Bühne, herausg. v. Vereine des deutschen Volkstheaters in Wien. gr. 8. (132 S.) Wien, A. W. Künast. fl. 2,40.

Thiel, Lehrer **Peter Jhs.,** Ein Tag in Lebensheim. (39 S.) Elberfeld, Baedeker. *M* —,50.

Treu dem Verein. Festspiel für Feste kathol. Arbeiter- und Männervereine. (20 S.) Kempten, J. Kösel. *M* —,25.

Vischer, Lic. **Eberh.,** Was ist gute Lektüre? 8. (28 S.) Basel, R. Reich. fr. —,40.

Voigt, Dr. **Ad.,** Unserer Jugend Not und Hülfe. Eine Werbeschrift f. d. christl. Vereine junger Männer und Jünglingsvereine. 8. (48 S.) Leipzig, J. C. Hinrichs Verlag. *M* —,50.

Volkserziehungs-Schriften, Lebensheimer. 1. Heft. gr. 8. Elberfeld, Baedeker in Komm. *M* —,50.

Wartmann, E., 100 Spiele im Zimmer u. im Freien f. evangelische Jünglingsvereine und Vereine verwandter Art. (56 S.) Berlin, Buchh. des ostdeutschen Jünglingsbundes. *M* —,60.

Zur Erinnerung an das fünfjähr. Bestehen des christlichen Vereins junger Männer zu Dresden. 8. (49 S. m. Abb.) Dresden, J. Naumann in Komm. *M* —,25.

B. Gelegenheitsschriften.

Bücher für Volksbibliotheken. Herausg. v. d. Gesellschaft f. Verbreitung v. Volksbildung. Mit 1 Nachtrag. Danzig 1898. (22 u. 2 S.)

Christlicher Verein junger Männer z. Dresden 1893—1898. Dresden 1899. (90 S.)
Jahresbericht, vierter, der ersten öffentlichen Lesehalle (der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur) zu Berlin f. d. J. 1898. Berlin 1899. (20 S.)
Wie gründet und leitet man ländliche Volksbibliotheken? III. Ausgabe. Herausg. v. d. Gesellschaft f. Verbreitung v. Volksbildung. Berlin 1898. (24 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeitersöhne, preußische, auf den preußischen Universitäten. (Christlich-sociale Blätter 1897, Heft 19/20.)
Busemann, „Volksuniversitäten" in Rußland. (Beil. z. Allg. Ztg. 1899, Nr. 92.)
Feldegg, F. v., Der moderne Bildungsbegriff. (Das Leben 1898, 4. Heft.)
Hecht, Marie, Bericht über Volksunterhaltungsabende und die Beteiligung von Frauen an derartigen Veranstaltungen. (Neue Bahnen 1899, Nr. 23.)
Höhnel, F., Oeffentliche Lesehallen. (Litterarisches Echo 1899, Nr. 12.)
Nörrenberg, D. C., Deutsche Bibliotheks-Politik. (Hochschul-Nachr. 1898, Nr. 90.)
Welck, Freih. **v.**, Das Fabrikschulwesen im Kgr. Sachsen. (Schmollers Jahrbuch 1899, I, S. 53.)

X. Lebenshaltung der Arbeiter.

(Wohnung. — Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung.)
(Kochunterricht s. Abschnitt IV.)

Wohnungsfrage.

A. Selbständige Litteratur.

Allan, C. E., Housing of the Working Classes Acts. 8vo, (pp. LXVIII—215.) London, Butterworth. 7 sh. 6 d.
Aster, Archit. **Geo.**, Entwürfe zum Bau billiger Häuser für Arbeiter und kleine Familien mit Angabe der Baukosten. 9. Aufl. hoch 4. (15 Taf. m. 6 S. Text.) Gera, Th. Schneider. *M* 3,—.
Behrendt, Paul, Der deutsche Verein „Arbeiterheim" und seine Versuchsstation. 2. Aufl. gr. 8. (24 u. Jahresrechnung 15 S. m. 1 Abb. u. 1 Plan.) Bethel, Buchh. der Anstalt Bethel. *M* —,25.
Damaschke, A., Wohnungsnot und Bodenfrage. gr. 8. (29 S.) Halle, J. Krause. *M* —,30.
Eschner, Max, Natur und Menschenhand im Dienste des Hauses. 2. Bd. Unser Haus- und Handgerät. Unser Haus. Mit 156 Bildern, nach der Natur und dem Leben gezeichnet von Bruno Héroux. gr. 8. (IX, 393 S.) Stuttgart, Hobbing & Büchle. *M* 6,—; geb. *M* 7,—.
Gesetz betr. d. Wohnungspflege. 12. (12 S.) Hamburg, O. Meißners Verl. *M* —,40; kart. *M* —,60.
Großmann, E., Billige Wohnhäuser i. moderner Bauart. Mustergiltig ausgeführte Ein- u. Zwei-Familienhäuser zu Baupreisen v. 8—15 000 Mark. In 10 Liefgn. à 8 Taf. Ravensburg, O. Maier. à *M* 1,50.
Kamp, Die Wohnungsnot und ihre Abhülfe durch ein Reichs-Wohnungsgesetz. 4. Zehntaus. gr. 16. (56 S.) Frankfurt a. M., J. Alt. *M* —,20.
Klasen, Archit. **Ludw.**, Landhäuser im Schweizerstil und in ähnlichen Stilarten. Eine Sammlung billig zu erbauender Familienhäuser f. eine od. zwei Familien. 25 Taf. m. erl. Text. gr. 4. (VIII S.) Leipzig, B. F. Voigt. In Mappe *M* 7,50.
Kley, W., Bei Krupp. Eine socialpolit. Reiseskizze unter besond. Berücksichtigung der Arbeiter-Wohnungsfürsorge. Mit vielen Skizzen, graph. Taf. u. Tab. gr. 8. (X, 165 S. m. 3 Taf.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,60.
Landolt, C., Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Bern vom 17. Febr. bis 11. März 1896. gr. 8. (VII, 711 S. m. 2 farb. Plän.) Bern, Neukomm & Zimmermann. *M* 12,—.
— Zur Wohnungsfrage. (21 S.) Bern, Steiger & Co. fr. —,30.

Latscha, J. u. W. Teudt, Nationale Ansiedelung u. Wohnungsreform. 2. Aufl. gr. 8. (33 S. m. 2 Plän.) Frankfurt a. M., R. Ecklin. ℳ —,80.

Lechler, Paul, Der erste Schritt z. nationalen Wohnungsreform. Vortrag. gr. 8. (28 S.) Berlin. E. Hofmann & Co. ℳ —,50.

Mansion House Council (the) on the Dwellings of the Poor. Report for the year ending December 31st 1898. London, Cassell. sh. 1.

Mielke, Rob., Die Bauernhäuser in der Mark. gr. 8. (V, 40 S. m. 88 Abb.) Berlin, P. Stankiewicz. ℳ 1,—.

Mitteilungen aus den Ergebnissen der Wohnungs- ꝛc. Erhebung in der Stadt Zürich im Okt.—Nov. 1898. Zürich, Städt. Statist. Amt 1899. (88 S.)

Nerincx, A., Les Habitations ouvrières à Berlin. In-8, 23 p. Paris, impr. Levé, 54, rue de Seine.

Nieper, F., Das eigene Heim. Eine Sammlung v. einfachen, freistehenden Einfamilienhäusern. 26 Taf. m. erklär. Text. gr. 8. (6 S.) Leipzig, B. F. Voigt. In Mappe ℳ 3,—.

Ost, Polizeiarzt W., Die Wohnungsfrage in der Stadt Bern. Bern, Buchdruckerei Berner Tageblatt. (27 S.) fr. —,40.

Pflüger, Pfarr. P., Die Wohnungsfrage m. besonderer Berücksichtigung d. Stadt Zürich. (32 S.) Zürich, Buchh. d. schweiz. Grütlivereins. fr. —,20.

Pietzcker, Herm., Die Wohnungs-Enquête i. d. Stadt Luzern v. 10. Mai b. 3. Juli 1897. Mit 50 erklär. Tab. hoch 4. (III, 167 S.) Luzern, A. Gebhardt. ℳ 3,20.

Reichs-Wohnungsgesetz, ein. gr. 8. (32 S.) Frankfurt a. M., R. Hülsen. ℳ 1,—.

Reinhold, Alfr., Das ländliche Wohnhaus. Studie über prakt. Anlage v. kleinen Landhäusern und Cottages in Verbindung mit Gärten. gr. 8. (VII, 79 S. m. 76 Abb.) Wien, A. Hartleben. fl. 3,—; geb. fl. 4,—.

Rocholl, Dr. Heinr., Mein Heim — mein Glück! 2. Aufl. 8. (63 S.) Leipzig, G. Strübig. Kart. ℳ 1,—.

Ruprecht, C., Die Wohnungsfrage. gr. 8. (60 S.) Graz, Leuschner & Lubensky. fl. —,70.

Schindler-Escher, C., „Klein, aber mein." 7 Projekte f. einzelnstehende Häuschen mit Stall, und Bericht über 3 bei Zürich gebaute Familienhäuschen. Mit 8 Plänen u. 8 Lichtdr. nach Zeichngn. v. Prof. Ernst Gladbach. 6. Aufl. gr. 4. (32 S.) Zürich, A. Raustein. fr. 2,40.

Singer, K., Die Wohnungen der Minderbemittelten i. München u. die Schaffung unkündb. kl. Wohngn. gr. 8. (84 S. m. Abb.) München, J. Lindauer. ℳ —,50.

Teudt, W., s. Latscha, J.

Thompson, C. N., A treatise on the law of building and loan associations, with forms. 2d ed. Chicago, Callaghan & Co. c. 76+832 p. O. shp., $ 6.

Wohlgemuth, Dir., Taschenbuch für Baugenossenschaften, Bau- und Sparvereine. Eine Anweisg. f. deren Gründung und Einrichtung. Nach dessen Tode vollendet u. bearb. v. Revis. Dr. Fritz Schneider, nebst e. Anleitg. z. Buchführung v. E. Syring. (X, 334 S. m. 4 Taf.) Berlin, J. Guttentag. ℳ 6,—; geb. ℳ 7,—.

Wohnungselend, das, und seine Abhülfe in Frankfurt a. M. gr. 8. (III, 54 S.) Frankfurt a. M., Hülsen. ℳ —,60.

B. Gelegenheitsschriften.

Ergebnisse der Thätigkeit der Unternehmungen zur Herstellung billiger kleiner Wohnungen.

— die wichtigsten, der Wohnungsstatistik in der Stadt Lübeck vom 2. Dez. 1895. Lübeck 1899, Gebr. Borchers. (10 S.)

Geschäftsbericht des gemeinnützigen Bauvereins zu Dresden pro 1898/99.

— 1898/99 des Wohnungsfürsorgevereins in Düsseldorf. (8 S.)

Hecht, Archit. Emil, Die bauliche Entwickelung Nürnbergs unter besond. Berücks. d. Arbeiterwohnungsfrage. Nürnberg 1898. (16 S.)

Leitfaden für Wohnungspfleger. Hamburg 1898. (76 S.)

Schmid, Moritz, Sekretär des bayrischen Eisenbahner-Verbandes, Die Wohnungsverhältnisse der Bediensteten und Arbeiter d. kgl. bayr. Staatseisenbahn. Denkschrift. München 1899. (16 S.)

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Aders'sche Wohnungsstiftung für Arbeiter in Düsseldorf. (Festschrift der Stadt Düsseldorf f. d. 70. Vers. Deutscher Naturforscher u. Aerzte 1898, S. 199—204.)

Berthold, A., Das Hamburgische Gesetz betr. die Wohnungspflege. (Archiv f. sociale Gesetzgebung und Statistik 1898, Heft 1/2.)

Bischoff, Polizeikommissär. Die Beteiligung der Armenpflege bei der Untersuchung von Mietwohnungen. (Verwaltungsber. d. Stadt Worms 1898/99, S. 520—524.)

Buxton, Noel, Labour houses. (The Economic Review, No. 385, July 1898.)

Denyer, C. H., Recent progress in the housing of the poor. (Economic Journal, vol. VII, 1897, Dec.)

Höhne, Archit. **Felix,** Die Notwendigkeit der Abänderung des sächsischen Baupolizeirechts. (Deutsche Hausbesitzer-Ztg. 1899.)

Horn, H., Die Hausbesitzervereine und die Baugenossenschaften. (Bl. f. Genossenschaftswesen 1899, Nr. 37.)

Hugo, C., Zur Wohnungsfrage. (Neue Zeit 1898 99, Nr. 39 u. 40.)

Jaeger, Dr., Die städtische Wohnungsfrage. (Christl.-sociale Blätter 1898, H. 1/2.)

May, Max, Die Förderung gemeinnütziger Bauthätigkeit. (Deutsche Gemeinde-Zeitung 1899, Nr. 24 v. 17. Juni.)

Mülberger, Arth., Gouvernementale Träumereien über die Wohnungsfrage. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1898.)

Richter, Divisionspfarrer **W.,** Die militärische Arbeiterkolonie Haselhorst bei Spandau. (Heer und Flotte 1899, Heft 11.)

Rouxel, Les habitations à bon marché. (Journal des Economistes 1898, Mars.)

Rudloff, Hans L., Italienische Landarbeiterwohnungen. (Beil. z. Allgem. Ztg., Nr. 228 v. 6. Okt. 1899.)

Wirken der Baugenossenschaften in einem Verbande. (Mitt. d. 39. Allg. Genossenschaftstages 1898. Berlin 1898, S. 77—87.)

Wohnverhältnisse im Königreich Bayern in Stadt und Land. (Generalbericht d. Sänitäts-Verwaltg. im Königr. Bayern. München 1899, S. 214—221.)

Uebrige Bedürfnisfragen der unteren Volksklassen.

Aereboe, Dr., Praktische Vorschläge über Einrichtung d. landwirtschaftlichen Buchführung, m. besond. Berücksichtigung der kleineren Wirtschaften. Vortrag. gr. 8. (46 S.) Dresden, G. Schönfeld. ℳ —,60.

Arbeits- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter und ihrer Familien i. J. 1897. (Beiträge z Statistik d. Stadt Karlsruhe.) Karlsruhe, Braun'sche Hofbuchdruckerei. (38 S.)

Böhm, Hermann, Bericht üb. d. städtische Haushaltungsschule zu Leipzig-Plagwitz 1898/99. (8 S.)

How the English Workman Lives. By a German Coal Miner. (E. Dückershoff.) Translated by C. H. D'E. Leppington. Cr. 8vo, sd., pp. 106. London, P. S. King. sh. 1.

Jordan, Emilie, Zwei Wochen im Haushalt. (47 S.) Wiesbaden, A. Deffner. ℳ —,10.

May, Max, Ueber den Einfluß der Konsumgenossenschaften auf den Arbeiterhaushalt. (Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1898.)

May, R. E., Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute". gr. 8. (48 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 1,—.

Niederer, Ida, Die Küche des Mittelstandes. Anleitung, billig und gut zu leben. 4. Aufl. 8. (VIII, 80 S.) Frauenfeld, J. Huber. Kart. fr. 1,—.

Prato, Katharina, Die Haushaltungskunde. 2. Abt. Anleitung zu den häuslichen Geschäften. 7. Aufl. gr. 8. (196 S.) Graz, Styria. geb. fl. 1,30.

Stephens, W. Walker, Higher Life for Working People. (140 p.) London, Longmans. 3 sh. 6 d.

Tenerelli, F. G., Le basi economiche dell' individuo, della famiglia, dello stato: prolusione. Catania. Niccolò Giannotta. 8. p. 54. L. 1,—.

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken.

A. Selbständige Litteratur.

Aereboe, J. H., J. H. Wichern und die Brüder des Rauhen Hauses. (16 S.) Berlin, Buchhandlung des Ostdeutschen Jünglingsbundes. *M* —,10.

Alberts, Pastor Herm., Gustav Werner v. Reutlingen. (16 S.) Ebd. *M* —,10.

Crome, Johanna, Mary Carpenter, die Freundin der gefährdeten Kinder. (16 S.) Ebenda. *M* —,10.

Dawson, W. H., German socialism and Ferdinand Lasalle. New York, C. Scribner's Sons. 300 p. 12. cl., $ 1,—.

Eichner, Hilfsgeistl. Karl, Wilhelm Löhe. (16 S.) Berlin, Buchh. d. Ostdeutsch. Jünglingsvereins. *M* —,10.

Falkenfeld, Max, Marx u. Nietzsche. gr. 8. (29 S.) Leipzig, W. Friedrich. *M* —,60.

Fester, Rich., Machiavelli. (204 S.) Stuttgart, F. Frommann. *M* 3,—.

Fischer, E., Etwas über die „kleinen" u. „großen" Führer der Socialdemokratie. 8. (23 S.) Berlin, H. Zitelmann. *M* —,30.

German, Wilh., Der fränkische Dichter u. Bauer, Mathematiker u. Buchdrucker Stephan Heuß. Ein Lebensbild. 8. (44 S. m. 1 Bildnis.) Schw. Hall, W. German's Verl. *M* —,65.

Giuffrida, V., Il III° volume del capitale di Karl Marx. Catania, Niccolò Giannotta. 16. p. (III), 151. L. 2,—.

Gothein, Eberh., Johann Georg Schlosser als badischer Beamter. (109 S.) Heidelberg, C. Winter. *M* 1,20.

Grabski, Dr. Stanisl., Karl Marlo (Karl Georg Winkelblech) als Socialtheoretiker. (116 S.) Bern. K. J. Wyß. fr. 1,60.

Herdach, K., Die eigentlichen Führer der Socialdemokratie. Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

Höveler, Rekt. P., Adolf Kolping als katholischer Volksschriftsteller. gr. 8. (48 S.) Düsseldorf, L. Schwann. *M* —,50.

Horn, W. O. v., (W. Oertel), Der Engel der Gefangenen (Elisabeth Fry). Ein weibl. Lebensb. 3. Aufl. 12. (95 S. m. 4 Abb.) Kart. *M* —,50; geb. *M* —,75.

Jentsch, Karl, Rodbertus. gr. 8. (259 S.) Stuttgart, F. Frommann. *M* 3,—; geb. *M* 3,80.

Kautsky, Karl, Bernstein und das socialdemokratische Programm. Eine Antikritik. gr. 8. (VIII, 195 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. *M* 2.—.

Kley, W., Bei Krupp. Eine socialpolit. Reiseskizze. (165 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 3,60.

Kronenberg, Dr. M., Moderne Philosophen. Porträts und Charakteristiken. (Hermann Lotze — F. Alb. Lange — Victor Cousin — Ludwig Feuerbach — Max Stirner.) gr. 8. (XI, 221 S.) München, C. H. Beck. *M* 4.50; geb. *M* 5,50.

Lassalle's, Ferd., Gesamtwerke. Herausg. v. Erich Blum. 1. u. 2. Bd. Politische Reden und Schriften. gr. 8. (VII, 538 S.) Leipzig, K. F. Pfau. à *M* 3,—; geb. *M* 4,—.

Lebensbild, ein, des verewigten Präsidenten Dr. Lette. Zu seinem 100jährg. Geburtstage. (Von Marie Fischer, geb. Lette.) 2. Aufl. gr. 8. (108 S.) Carlshorst-Berlin, H. Friedrich. *M* 1,—.

Lewes, G. H., The life of Maximilian Robespierre, with extracts from his unpublished correspondence. New-York, C. Scribner's Sons. 25+397 p. por. 1 il. 12. cl., $ 1,50.

Linderberg, F., Karl Marx og den historiske Socialisme. I. 150 Sider i. 8. Kjøbenhavn, Lehmann & Stage. kr. 2,—.

Masaryk, Th. G., Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. gr. 8. (XV, 600 S.) Wien, C. Konegen. fl. 12,—.

Müller's, Georg, Vermächtnis an uns. gr. 8. (VIII, 94 S. m. Bildn.) Neukirchen, Missionsbuchh. Stursberg & Co. *M* —,80; geb. *M* 1,25.

Parisius, Ludf., Schulze-Delitzsch und Alwin Sörgel. Beiträge zur Geschichte d. deutschen Genossenschaftsbewegung. (II, 78 S.) Berlin, J. Guttentag. *M* 1,25.

Schramm-Macdonald, Hugo, u. Bruno Judeich, Erreichte Ziele. (Ergänz.-Bd. d. Werkes: Der Weg zum Erfolg durch eigene Kraft.) gr. 8. (VIII, 261 S.) Heidelberg, G. Weiß, Verl. ℳ 2,50; geb. ℳ 3,50.

Slonimski, L., Versuch einer Kritik d. Karl Marx'schen ökonomischen Theorien. Aus dem Russ. v. M. Schapiro. 8. (IV, 203 S.) Berlin, J. Räde. ℳ 2,50.

Sommerlad, Priv.-Doz. Dr. **Theo,** Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern. gr. 8. (VII, 120 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 3,—.

Stein, Armin, (H. Nietschmann), Johann Friedrich Oberlin. Ein Lebensbild. 8. (VII, 247 S.) Halle, E. Strien. ℳ 2,70; geb. in Leinw. ℳ 3,40.

Thompson, D D, John Wesley as a social reformer. New York, Eaton & Mains. (113 pp.) $ —,50.

Warne, Frederick G., Georg Müller. Aus dem Engl. gr. 8. (237 S. m. 1 Bildn.) Frankfurt a. M., J. Schergens. ℳ 1,50; geb. ℳ 2,40.

Weisengrün, P., Das Ende des Marxismus. gr. 8. (80 S.) Leipzig, O. Wigand. ℳ 1,50.

Zacharias, Tina, Tolstoi's Moral. (15 S.) Zürich, Verlag der Züricher Diskussionen. fr. —,60.

B. Gelegenheitsschriften.

Fechheimer, Samuel S., Ueber die Bedeutung Ruskins für das Leben und die Erziehung in England. (Diss. Jena 1898. 64 S.)

Simonsfeld, Prof., Heinrich Wilhelm Riehl als Kulturhistoriker. Festrede. München, Kgl. Bayr. Akademie, 1898.

C. Aufsätze und Ausschnitte.

Felton, Katharine, A. Rousier's theory of the evolution of the laborer. (Journal of Political Economy, Chicago 1898, No. 3.)

Friedjung, Heinr., Alexander Peez. (Zu s. 70. Geburtstage.) (Beil. z. Münch. Allg. Ztg. 1899, No. 20.)

Grillenberger, Karl. (Die neue Zeit, 16. Jahrg., Nr. 4.)

Hobson, A., Edward Bellamy and the utopian romance. (The Humanitarian 1898, No. 3.)

Jellos, Gregor, Alexander Herzens socialpolitische Ideen. (Jahrbuch f. Gesetzgebung ꝛc. v. G. Schmoller, 1898, 1. Heft.)

Limousin, Ch. M., De la pretendue folie de Fourier. (Revue d'économie politique 1898, No. 6.)

Villey, E., Charles Fourier. (Revue d'économie politique 1898, No. 1.)

Wedding, Prof. Dr. Geh. Bergrat, Johann Friedrich Wedding. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Eisenhüttenwesens. (Verhandl. d. Ver. z. Beförderg. d. Gewerbfleißes, 1899, Heft 8.)

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur.

Atlanticus. Ein blik in den toekomststaat. Amsterdam, J. F. Sikken. 8o. (128 blz.) fl. —,75.

Auch ein Rückblick aus dem Jahre 2000. gr. 8. (24 S.) Dresden, Sächs. Druckerei und Verlagsanstalt J. W. Quidde & Co. ℳ —,10.

Berner, Ernst, Das rote Einmaleins oder: So leben wir! Ein sociales Bilderbuch. 3. Aufl. schmal gr. 8. (64 S.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Bolle, Carl, Die Kosmier. Erzählungen a. d. kommunist. Weltepoche. I. Jaufos Gruß. gr. 8. (147 S.) Bern, Steiger & Co. fr. 4,—.

Bücher, Prof. Dr. **Karl,** Arbeit und Rhythmus. 2. Aufl. gr. 8. (X, 412 S.) Leipzig, B. G. Teubner. ℳ 6,—; geb. ℳ 6,80.

Czekansky, Lehrer **Frz.,** Hammer und Amboß. Eine Geschichte aus dem Arbeiterleben. Wien, A. Pichlers Wwe. & Sohn. fl. 1,—.

— Glück auf, ihr Knappen all! Eine Erzählung aus dem Reiche der Kohle. Ebd. fl. 1,—.

Das also sind die Roten!! Was der Huber-Hiasl über die Socialdemokraten zu erzählen weiß. 8. (29 S.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl —,10.

Gumplowicz, Ludw., Sociologische Essays. 8. (V, 174 S.) Innsbruck, Wagner. fl. 2,—.

Haag, Paul, Evangelisch-social. Lyrisches und Dramatisches f. festl. Stunden. 8. (24 S.) Karlsruhe, Ev. Schriftenverein. ℳ —,20.

Kralik, Dr. **Rich. v.**, Die sociale Bedeutung d. christlichen Kunst. gr. 8. (13 S.) München, R. Abt. ℳ —,30.

Kreowski, Ernst, Schlagende Wetter. Sociale Gedichte. 8. (IV, 96 S.) Bamberg, Handels-Druckerei. Geb. ℳ 1,60.

Kümmel, Konr., Der Schreinermax. 8 Geschichten aus dem Leben eines christl. Handwerkers u. seiner Familie. Mit 27 Orig.-Illustr. (VIII, 544 S.) Kempten, J. Kösel. ℳ 2,40; geb. ℳ 3,—.

Liechtenstein, Prinz Alois, Das Reich der Römer. Socialpolit. Studie. (63 S.) Wien, W. Braumüller. fl. —,20.

Maifestschrift 1899. Red.: W. Ellenbogen. Fol. (8 S. m. 2 farb. Illustr. u. 1 farb. Taf.) Wien, Wiener Volksbuchh. fl. —,20.

Manndorff, Freih. **Rud. v.**, Staatsromane und Gesellschaftsideale. (Monatsschr. für christl. Socialreform 1897, Heft 11/12.)

Meßner, Jos., Handwerksburschen. Bilder aus dem Volksleben. (138 S.) Wien, C. Daberkow. fl. —,20.

Salburg, Gräfin **Edith**, Des armen Mannes Liederbuch. Mit Illustr. v. Rud. Jettmar. 8. (133 S.) Leipzig, Grübel & Sommerlatte. Geb. ℳ 5,—.

— Was die Wirklichkeit erzählt. 1. Buch „Carrière„. Skizzenbuch aus der großen Welt. gr. 8. (VI, 203 S. m. Bildnis.) Ebenda. ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Schlicht, Freih. **v.**, Armentypen. (134 S.) Berlin, Schall & Grund. ℳ 3,50.

Sewett, Arth., Der Armenpastor. Ein socialer Roman. 8. (227 S.) Dresden, C. Reißner. ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Stimmen der Freiheit. Blütenlese der hervorragendsten Schöpfungen unserer Arbeiter- u. Volksdichter. Nürnberg, äußere Bayreutherstr. 1, Verlag d. litterar. Bureaus. In 50 Heften à ℳ —.10.

Wagener, Bruno, Heilandsliebe. Ein soziales Drama. 8. (VIII, 76 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ 1,50.

Walther, F. O., Der Arbeiter. Ein Sittenbild aus dem Volke. gr. 8. (74 S.) Dresden, H. B. Schulze. ℳ 1,—.

Weber-M. Gladbach, Pfarr. Lic., Friede sei mit diesem Hause. Ein Predigt- u. Andachtsbuch für das deutsch-evangelische Bürger- und Arbeiterhaus. Dresden, R. H. Dietrich. In 50 Heften à ℳ —,20.

IV. Vierteljahrs-Chronik.

Rückblick auf 1899.

Die Jahreswende, mag damit ein Jahrhundert oder nur ein einzelnes Jahr zu Ende gehen, fordert jeden denkenden Menschen zu Rückblicken in die Vergangenheit auf, damit er daraus Lehren ziehe für die Zukunft. Das Jahr 1899 schließt mit Krieg und Mord und mit einem fieberhaften Bangen von Millionen, welche an dem im November 1899 ausgebrochenen südafrikanischen Kriege entweder unmittelbar beteiligt sind oder doch die lebhafteste Teilnahme für das welthistorische Ringen eines schlichten Bauernvolkes mit dem seemächtigen England empfinden. Die Buren verteidigen nur ihre Freiheit und Selbständigkeit und diejenige ihres Nachbarstaates, während die Engländer für ihr sog. Weltreich kämpfen und den ganzen Osten Afrikas vom Kap bis zur Nilmündung unter ihr Scepter beugen möchten. Das ist ein tragischer Konflikt von weltwirtschaftlicher Bedeutung. Die neutralen Großmächte, deren Schiffe von den englischen Seeleuten im Weltmeer angehalten, untersucht und von ihrer Fahrt abgelenkt werden, können jeden Augenblick in den Kampf verwickelt werden. Wenn auch die Erwerbsthätigkeit in den am Kriege noch unbeteiligten Staaten nicht unterbrochen ist, so wird sie doch allerwärts durch den schwierigen Geldmarkt und speziell im deutschen Reiche durch den von der deutschen Reichsbank am 19. Dezember 1899 auf 7 pCt. erhöhten Zinsfuß sehr gehemmt und stark beeinflußt. Die Störung des Geldmarktes und die an den Krieg sich knüpfenden Möglichkeiten von politischen Verwickelungen nötigen die Unternehmer, größere Finanzpläne und eine weitere Ausdehnung der Industrie sowie des Handels und der Schiffahrt zu vertagen. Gerade die englischen Kaufleute und Konsumenten, welche mit zu den besten Abnehmern der deutschen Produzenten gehörten, werden sich in nächster Zukunft sehr einschränken müssen, und es droht daher an vielen Orten Stockung des in hohem Aufschwunge begriffenen Erwerbslebens einzutreten.

Die allgemeine Teilnahme an dem südafrikanischen Kriege hat zwar das Interesse für die Kämpfe im Innern der einzelnen Staaten etwas abgeschwächt, aber die gewaltigen Gegensätze und Gärungen auf dem socialen, kirchlichen und politischen Gebiete sind doch nur für Augenblicke zurückgedrängt und werden in nächster Zukunft wieder überall hervortreten. Jede Nation verlangt in den äußeren und inneren Kämpfen und Gärungen der Gegenwart nach Herrschern und Führern, nach Errettern und Kraftmenschen, die imstande sein möchten, die stürmischen Elemente zu beruhigen, die Gegensätze und Widersprüche auszugleichen und Macht, Ruhm und Reichtum überall zu verbreiten. Vor 1900 Jahren sehnten sich Juden und Heiden in dem ausgedehnten Römerreiche auch nach einem Erretter, von dem sie hofften, daß er die Herrschaft des Römerreiches brechen werde. Der Erretter ist gekommen, aber nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Ölzweige in der Hand und mit der Gottesliebe und Menschenliebe im Herzen, um uns das Reich Gottes schon hier auf Erden und dasjenige Glück zu bringen, welches inwendig in uns ist und allein die Widersprüche und Härten des Daseins ausgleichen kann. Das Reich Gottes ist durch Christus und viele treue christliche und jüdische Helfer, die Christi Beispiel gefolgt sind, immer weiter auf Erden verbreitet worden; aber das Römerreich und noch viele andere mächtige Reiche sind dahingesunken und an Stelle von Weltreichen sind viele große, mittlere und kleine Staaten getreten, welche ebenbürtig und friedlich nebeneinander, nicht aber übereinander an der Verbreitung höherer Kultur auf der ganzen Welt unter allen Völkern mitwirken sollen. — In dem Wetteifer der Völker für Verbreitung einer höheren Weltkultur bedarf jedes Volk natürlich tüchtiger Führer und soll ihnen freudig folgen, sobald sie sich bewährt haben. Aber gute Führer, Herrscher und Heerführer können allein nichts ausrichten ohne gutgeschulte, tüchtige Soldaten, gute Lehrer brauchen fleißige strebsame Schüler, und gute Unternehmer bedürfen der willigen und treuen Arbeiter, um ihre Lebensaufgabe zu erfüllen. Jeder Staat ist ein Volkskörper mit vielen Gliedern, welche alle ineinander greifen und sich gegenseitig dienen müssen, ohne miteinander zu streiten, wer der vornehmste und unentbehrlichste sei. Jedermann soll sich in dem Berufe, in welchen er hineingestellt ist, als mitverantwortlich für das Gedeihen des ganzen großen Volksorganismus fühlen. Wir werden für die Ausnahmefälle des Krieges noch lange streitbarer, wohlgerüsteter Armeen und Flotten bedürfen, um unsere eigene Stellung in der Welt zu behaupten und an unserem Teile

auch den Weltfrieden mit sichern zu helfen; aber ebenso nötig sind uns für die normalen Friedenszeiten viele rüstig schaffende Männer und Frauen, welche an der Beschaffung von allerlei sachlichen, geistigen und idealen Gütern arbeiten und Wohlfahrt, Gesittung und kulturelle Fortschritte verbreiten helfen. Möge das Deutsche Reich seine wiedergewonnene Machtstellung in der Welt immer nur dazu brauchen, im Innern ein einträchtiges Zusammenwirken aller Volksklassen und Berufsstände zu fördern und nach Außen den Weltfrieden zu wahren. Was könnte es Deutschland nützen, wenn es am Ende des Jahrhunderts seine Besitzungen ebensoweit ausgedehnt hätte wie jetzt England und sich im ungerechten Ankämpfen gegen Völker, die seiner Weltherrschaft und Weltgeltung im Wege stehen, verbluten würde? Niemand ist aber sicher vor Überschätzung seiner Macht und seines Einflusses auf Erden. Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle!

Mit dem innigen Wunsche, daß Deutschland seine Macht und seinen Einfluß in der Welt auf die Verbreitung der kulturellen Wohlfahrt zunächst im eigenen Volke und darüber hinaus auch auf alle fremden Völker verwenden möge, wollen wir in das neue Jahr vertrauensvoll eintreten und dasselbe als ein neues Arbeitsfeld und Erntefeld freudig begrüßen! —

Dresden, am Jahresschlusse 1899.

Victor Böhmert.

Berichte und Notizen.

Wirtschaftliches.

(Abgeschlossen am 15. Dezember 1899.)

Internationale Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Internationaler Handelskongreß, an welchem auch eine Anzahl deutsche Vertreter sich beteiligten, tagte Mitte Oktober in Philadelphia. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen des Kongresses wurden in einer Reihe von Resolutionen zusammengefaßt, die nach Mitteilungen der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" nachstehende Vorschläge machen:

1) Eine offizielle internationale Vereinigung für Registrierung der Handelsmarken.
2) Allgemeine Einführung eines Packetpostsystems.
3) Internationale Vereinheitlichung der Handels-Statistik.
4) Ein internationales Bureau für Sammlung und Verbreitung von Ernte-Berichten.

5) Unterstützung des Handelsmuseums zu Philadelphia durch die Regierungen und Handelskammern.
6) Möglichst weitgehende Anwendung internationalen Schiedsgerichtsverfahrens.
7) Möglichst schleunige Herstellung des mittelamerikanischen Kanals.

Der 3. Internationale Gewerbliche Rechtsschutz-Kongreß war vom 2. bis 4. Oktober in Zürich versammelt. Dieser Vereinigung haben sich bis jetzt 604 Mitglieder, teils Juristen, teils Gewerbetreibende, aus aller Herren Ländern angeschlossen. Es waren etwa 100 Vertreter von zehn Vertragsstaaten erschienen. Auch in Zürich wurde es, wie bereits auf den früheren Kongressen, als unbedingt erforderlich erklärt, daß eine allgemeine Markenregistrierung platzzugreifen habe, daß die Gesetzgebungen auf den Schutz des gewerblichen Eigentums besondere Rücksicht zu nehmen hätten, und daß in Bezug auf die Erwerbung von Patenten einheitliche Vorschriften für alle Staaten vereinbart werden sollen. Eine breite Erörterung veranlaßte die Frage des internationalen Schutzes der Muster und Modelle.

Der I. Internationale Mittelstands-Kongreß wurde am 18. September in Antwerpen in Gegenwart von 250 Teilnehmern eröffnet. Auch aus Deutschland, insbesondere aus der Rheinprovinz, aus Württemberg und Baden waren Vertreter anwesend. Den Ehrenvorsitz führten die drei im Amte befindlichen belgischen Minister Smet de Nayer, Libaert und van den Heuvel. Der Antwerpener Abgeordnete Koch betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der kleinbürgerlichen Klassen aller Staaten in dem Kampf um ihre Existenz und in der Bekämpfung der internationalen Mächte des Großkapitals sowohl als des Socialismus. „Wir denken uns jedoch eine derartige internationale Bekämpfung des internationalen Socialismus nicht unter Anwendung übereinstimmender Polizeimaßregeln, auch nicht durch eine gemeinsame Zurückschraubung der neuzeitlichen Entwickelung der Technik und des Verkehrs, sondern durch eine gemeinsame Belehrung über die Mittel und Wege, wie auch das Kleingewerbe seine Stellung als berechtigtes Mitglied des wirtschaftlichen Lebens erhalten kann. Die heutige europäische Kultur ist im Wesentlichen das Erzeugnis der Arbeit der mittleren Bürgerklassen; deshalb bedeutet die Zerstörung des Mittelstandes eine Gefährdung der europäischen Gesittung überhaupt, was ebenso den Großkapitalismus, wie auch den Arbeiterstand bedrohen würde. Eine solche Entwickelung hintanzuhalten, sollte die vornehmste Aufgabe aller europäischen Staaten und aller bürgerlichen Parteien sein." Nach Beendigung der Eröffnungssitzung teilte sich der Kongreß in vier Sektionen, in denen die Einzelfragen bearbeitet werden. Dieselben umfassen alle Gebiete des Genossenschaftswesens, der Kreditfrage und des unlauteren Wettbewerbs, insbesondere die Frage der Warenhäuser, der Abzahlungsgeschäfte, der Rabattvereine usw.

Inländische wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Genossenschaftstag der deutschen und österreichischen Kornhausvereinigungen und genossenschaftlicher Verkaufs-Organisationen fand am 1. Dezember in Halle a. S. unter dem Vorsitze des Abgeordneten Geheimen Rat Haas-Offenbach statt. Es waren 44 Vertreter anwesend, welche in der Hauptsache über die Ausgestaltung des Kornhausgeschäftes berieten. Geheimer Rat Professor Dr. Conrad-Berlin versicherte, daß der Landwirtschaftsminister dem Ausbau der Kornhaussache unverändert wohlwolle. Die Konferenz setzte einen ständigen deutschen Kornhausausschuß ein und beschloß die Kornhauskonferenzen regelmäßig zu wiederholen.

Der Bund der deutschen Bodenreformer hielt am 14. Oktober in Berlin seine 10. Hauptversammlung ab. Die Landordnung von Kiautschou wurde als ein Erfolg der Bestrebungen des Bundes und als eine Hineintragung der Bodenreform in die deutsche Kolonialpolitik bezeichnet. Pohlmann-Hohenaspe referierte über den Hauptgegenstand der Tagesordnung: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Bodenreform. Folgende Thesen des Referenten fanden Annahme:

„Der Bund der deutschen Bodenreformer sieht in dem Umstande, daß der vaterländische Boden, diese Grundlage unserer gesammten nationalen Existenz, zu einer bloßen Handelsware geworden und damit auch der unbegrenzten Verschuldbarkeit ausgeliefert ist, die tiefste Ursache der Notlage der deutschen Landwirtschaft. Zu einer grundlegenden Reform auf diesem Gebiete empfiehlt er die Erwägung und Erfüllung folgender Vorschläge:

1) Festlegung einer Grenze, bis zu welcher die vorhandenen ländlichen Hypotheken als durch den Landbesitz selbst, incl. Gebäude, Inventar usw. hinreichend gesichert anzusehen sind, und Erklärung aller darüber hinausgehenden Eintragungen für Personalschulden, in Verbindung mit Maßregeln zur Hebung des Personalkredits — Verschuldungsgrenze.

2) Festlegung einer zweiten Grenze, die der Grundrente; das sind jene ersten Hypotheken, welche durch den Boden als solche gedeckt sind, ohne Gebäude, ohne Melioration usw. für größeren und mittleren Besitz ungefähr mit der Mündelgeldzone zusammenfallend, für kleinen etwas darunter bleibend.

3) Uebernahme sämmtlicher Hypotheken bis zur Verschuldungsgrenze durch den Staat zu unverändertem Zinsfuß, Aufnahme von Staatsanleihen in hierzu nötiger Höhe und Amortisierung durch die sich ergebene Zinsdifferenz a) bis zur Grundrentengrenze für den Besitzer, b) von da ab für den Staat.

4) Einführung obligatorisch bei Kauf-, Erb- und Subhastationsfällen, oder durch freien Entschluß der Betheiligten.

Bei der Vorstandswahl wurde zum ersten Vorsitzenden A. Damaschke wiedergewählt.

Ein Verein deutscher Binnenschiffahrts-Betriebe hat sich am 22. September in Berlin in einer von Dr. Oskar Martens einberufenen Versammlung der Interessenten konstituiert. Zum Vorsitzenden wählte man Direktor Dzondi-Hamburg. Der Verein beschloß sodann, dem Arbeitgeber-Verband von Hamburg-Altona als Mitglied beizutreten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 26. September in Straßburg i. E. unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Holtz ab. Die Versammlung beschloß, die preußische Regierung um eine zeitgemäße, den Fortschritten der Technik entsprechende Revision der Anleitung, welche den mit der Konzessionierung gewerblicher Anlagen betrauten Behörden zur Richtschnur dient, zu ersuchen. Es wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, dem Verein das Recht zu verleihen, in die Bezirkseisenbahnräte Mitglieder des Vereins wählen zu lassen, sowie auch, die vom Bunde der Industriellen angeregte Bildung eines deutschen Industrierates zu unterstützen. Ferner wurde die Entsendung von Delegierten für die Beratungen über die Errichtung einer Reichshandelsstelle beschlossen.

Der Verein deutscher Eisengießereien hielt am 26. September in München unter dem Vorsitze des Geheimen Kommerzienrats Buderus seine 31. Generalversammlung ab. Der Verein umfaßt zur Zeit 233 der namhaftesten deutschen Eisengießereien. Der vom Geschäftsführer Scherenberg-Elberfeld erstattete Jahresbericht konstatierte eine günstige industrielle Lage und eine weitere Verstärkung in der Großeisen- und Montanindustrie, so daß die Erzeugung den Anforderungen nicht mehr in vollem Umfange genügen konnte. Dieser günstigen Lage entsprechend entwickelte sich auch im Berichtsjahr eine sehr rege Thätigkeit in den deutschen Eisengießereien. Nach einem Vortrage des Abgeordneten Dr. Beumer-Düsseldorf über den Schutz der Arbeitswilligen nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Hauptversammlung des Vereins der deutschen Eisengießereien erklärt strenge Bestimmungen bezüglich des Schutzes der Arbeitswilligen für notwendig, weil die terroristischen Elemente an die Stelle der Koalitionsfreiheit den Koalitionszwang setzen, der mit der Wahrung der individuellen Freiheit und mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unverträglich ist. Unter voller Wahrung der Koalitionsfreiheit muß dieser Terrorismus durch gesetzgeberische Maßnahmen im Interesse des deutschen Arbeiters, des deutschen Arbeitgebers und der deutschen Arbeit bekämpft werden, und die Hauptversammlung spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß der deutsche Reichstag in seiner Herbsttagung zu derartigen geeigneten gesetzgeberischen Maßnahmen seine Mitwirkung nicht versagen werde." Es wurde ferner beschlossen, dahin zu wirken, daß gemeinsame Festsetzungen von Minimalpreisen für bestimmte Klassen von Gußwaren bezw. Artikel, sowie über Verkaufsbedingungen abgeschlossen werden könnten.

Ein Verband der Lederhändler Deutschlands ist Mitte Dezember in Leipzig gegründet worden. Etwa 130 Firmen aus allen Teilen des Reichs hatten bereits im Voraus ihren Beitritt zum Verband erklärt.

Eine deutsche Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen ist am 11. Oktober in Berlin gebildet, um einen geeigneten Sammelpunkt für eine zweckmäßige Lösung der einschlägigen Fragen zu bieten und die zur Ausarbeitung von Entwürfen und zur Anstellung von Versuchen erforderlichen Mittel aufzubringen.

Ausstellungswesen. Eine Internationale Gartenbauausstellung soll 1900 in Dresden stattfinden. — Eine Internationale Ausstellung für Volkswohl, Hygiene und Sport, welche jedoch von privater Seite ausgeht, soll vom 29. März bis 15. April 1900 in Leipzig (Krystallpalast) stattfinden.

Socialles.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Die diesjährige Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik wurde am 25. September in Breslau von Professor Dr. Schmoller-Berlin eröffnet. Ueber die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung sprach Dr. A. Weber-Berlin, nachdem der erste Referent über diesen Gegenstand, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wilhelmi-Berlin, seinen angekündigten Vortrag plötzlich abgesagt hatte. Als Korreferent sprang Professor von Philippovich-Wien ein, welcher gemeinsam mit Dr. Weber die Untersuchungen des Vereins über die Lage der Hausindustrie und Heimarbeit geleitet hatte.

Dr. Weber-Berlin erörterte eingehend die atomistische Natur der Hausindustrie und zeigte, wie alle Versuche, eine einheitliche Begriffsbestimmung der Hausindustrie aufzustellen, gescheitert seien. In der Frage der gesetzlichen Regelung suchte er nachzuweisen, daß der Staat keine Interesse an der Erhaltung einer Arbeiterverfassung habe, die sich auf eine unterwertige Arbeiterklasse und auf die Erzeugung minderwertiger Güter stütze. Er verlangte möglichste Einschränkung der Hausindustrie durch eine socialpolitische Wohnungspolitik und ferner durch eine Eisenbahnpolitik, die es der Fabrikindustrie ermögliche, in vom Verkehr abgelegenen Gegenden Fuß zu fassen. — Professor von Philippovich-Wien war in seinem Referate davon überzeugt, daß die Hausindustrie sich nicht beseitigen lasse und daß man auf absehbare Zeit mit ihrem Vorhandensein rechnen müsse. Als Ziel einer gesunden Hausindustriepolitik stellte er die Forderungen: höheren Lohn, gesunde Werkstätten und kürzere Arbeitszeit auf; dagegen lehnte er auf Grund der in Österreich gemachten Erfahrungen eine die Hausindustrie als solche regelnde Gesetzgebung ab: zur Durchführung seiner Politik verlangte er eine durchgehende Werkstättenschutzpolitik, die sich nach der englischen Gesetzgebung zu richten habe, und staatlich festgesetzte Mindestlöhne, deren Festlegung durch vom Staat genehmigte Ausschüsse unter Mitwirkung von Unternehmern und Arbeitern geschehe. Auch die Debatte war für die Hauptfrage, nämlich wie die Gesetzgebung auf diesem Gebiete eingreifen soll, wenig ergiebig; für ein gesetzgeberisches Einschreiten bei Ausbeutung der Kinderarbeit seitens der Eltern trat mit warmen Worten der Staatsminister a. D. von Berlepsch ein.

Am zweiten Sitzungstage gab Professor Stieda-Leipzig eine meisterhafte Uebersicht der Lage, Berechtigung und Gesetzgebung des Hausierhandels. Im Deutschen Reich giebt es etwa 130000 Hausierer, die in drei Gruppen zerfallen. Erstens Hausierer, die Leistungen anbieten oder Erzeugnisse ihrer eigenen Wirtschaft in den Handel bringen. Der Betrieb erfordert keine hohen Spesen, er ermöglicht vielen kleinen Leuten, meist kümmerlich aber anständig ihr Leben zu fristen. Gegen das Bestehen dieses Hausierhandels bestehen keine wesentlichen Bedenken. Zweitens die sogenannten Warenhausierer, welche in mehrere Klassen zerfallen. Während auf einigen Gebieten der Hausierhandel zu einer Lebensfrage für die Bevölkerung wird, z. B. im sächsischen Erzgebirge, wirkt er auf anderen durch Vertrieb minderwertiger Ware oder durch unnötigen Anreiz zum Kaufen geradezu schädlich. Gegen den Hausierhandel mit Vieh sollte die Gesetzgebung einschreiten, da er oft nur den Deckmantel zu einer wucherischen Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung abgiebt; auch die Wanderlager und Wanderauktionen müßten eingeschränkt werden. Drittens die Hausierer, die nicht arbeiten wollen oder können, die auf das Mitleid des Publikums spekulieren; ihre völlige Beseitigung ist anzustreben. Die Debatte brachte nach dem erschöpfenden Vortrag wenig neue Gesichtspunkte; gegen eine etwaige Einschränkung des Hausierhandels mit Vieh trat Bergrat Gothein auf.

Über die Entwicklungstendenzen im modernen Kleinhandel hielten Referate Professor Sombart, Professor Rathgen-Marburg, Dr. Rocke, Syndikus der Handelskammer Hannover. Sombart führte folgendes aus: Unter Detailhandel sei diejenige wirtschaftliche Thätigkeit zu verstehen, die durch Absatz von Waren — genußreife Produktion — an letzte Konsumenten einen Gewinn zu erzielen suche. Drei Entwicklungstendenzen ließen sich in der Gegenwart beobachten. Erstens die qualitative Entwicklung des Detailhandels; das Kapital habe die Vorbedingungen für die heutige Ausdehnung des Detailhandels erst geschaffen; es schädige hier und

da den Handwerker, hebe den Arbeiterstand, ermögliche die Bildung kleiner Vermögen und bringe schließlich mit der Gründung von Warenhäusern in den Kreis des Detailhandels ein. Zweitens, die Neuorganisation der Handelsformen in der Gruppierung der Waren, in der Umgestaltung der Betriebe, in der Neugestaltung der Geschäftsgrundsätze. An die Stelle des alten Branchengeschäfts trete das Bedarfsartikelgeschäft und schließlich die Warenkombination in den Warenhäusern. Beim Warenhaus handle es sich ferner um zwei ganz verschiedene Dinge; zwei verschiedene Typen ergebe hier die Qualifizierung der Qualität: das Warenhaus für Massenartikel, der sogenannte Bazar, und das Qualitätswarenhaus, das sogenannte Großwarenhaus. Die dritte Tendenz zeige sich in dem Bestreben, den Zwischenhandel auszuschalten; der Fabrikant und Importeur suche ihn zu umgehen, und die Konsumenten begründen Einkaufsgenossenschaften. Jedes staatliche und gesetzgeberische Eingreifen sei in diesem Kampfe höherer mit niederen Betriebsformen zu verwerfen. Die Gewerbefreiheit sei im weitesten Sinne notwendig; nur wo es sich um die Beschäftigung der Arbeiter handle, sei ein Schutz geboten. Die Losung der Zukunft heiße: durch Freiheit zu Reichtum und Macht. Rathgen streifte in seinem Vortrage die Warenhäuser und Bazare, in lichtvoller Weise suchte er dagegen die Bedeutung der Konsumvereine für die arbeitenden Klassen hervorzuheben und warm trat er für ihren Bestand gegenüber den Angriffen der Detailisten ein. Die Ausführungen von Rocke stützten sich auf die von der Handelskammer in Hannover ausgeführte Enquete über die Lage des Kleinhandels, er brachte wenig Neues vor. Die sich an diese Reden anschließende lange Debatte verlief sich bald in Einzelheiten. — Aus dem Schlußworte Schmollers mögen folgende Sätze noch mitgeteilt sein: „Wir halten es für unsere Pflicht und unser Recht, die Stimme zu erheben, daß nicht unsere egoistischen wirtschaftlichen Interessen, sondern Maßhalten, Vernunft, Gerechtigkeit in den Kämpfen entscheiden sollen. Wir werden uns auch künftig bemühen, gerecht und vernünftig zu sein. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß eine festgeordnete Gesellschaft nur in einer Monarchie eine gesunde Entwicklung nehmen kann. Das betonen wir ganz besonders gegenüber den socialistischen Experimenten der Arbeiterbewegung. Aber wir betonen auch, ohne sociale Reformen wird die ganze Zukunft unseres Vaterlandes, ja die ganze Kultur schwer bedroht."

Auf dem IV. Nationalsocialen Delegiertentag, welcher am 2. Oktober in Göttingen eröffnet wurde, erstattete Professor Naumann den politischen Jahresbericht, in dem er einen bemerkbaren Aufschwung der nationalsocialen Partei konstatierte. Geheimer Hofrat Professor Dr. Sohm-Leipzig sprach über die Entwickelung des Staatsgedankens in Deutschland und führte aus, daß wir erst am Anfange des Freiheitsstaates ständen, daß aber die Freiheit nicht, wie man früher gemeint, der Macht feindlich sei, sondern daß beide sich gegenseitig fördern und ergänzen. Nach einem weiteren Vortrage Brentanos über die sogenannte Zuchthausvorlage fand eine Resolution für Erhaltung und Stärkung der Koalitionsfreiheit einstimmig Annahme, ebenso ein Antrag v. Gerlach, wonach alle gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden sollen, die die Frauen an der Organisation hindern. Redakteur Damaschke-Berlin vertrat in seinem Referat über ein nationalsociales Kommunalprogramm seine bodenreformerischen Grundsätze, auch Referent Pohlmann vertrat solche in seinem Referat über das nationalsoeiale Agrarierprogramm. Bei den lebhaften Diskussionen warnte Professor Brentano vor allzu großer Anlehnung an die Ideen der Bodenreformer.

Die XIX. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit tagte Ende September in Breslau. Nach dem von Seyffahrt-Krefeld erstatteten Jahresbericht zählt der Verein zur Zeit circa 500 Mitglieder. Stadtrat Dr. Münsterberg-Berlin berichtete über die Erstattung von Unterstützungen durch die Unterstützten selbst und durch ihre Angehörigen. Er betonte, daß auch in dieser Frage zu individualisieren sei und daß das Hauptaugenmerk weniger der rechtlichen Seite des Erstattungsanspruches als der praktischen Seite seiner Durchführung zugewendet sein müsse. Eine genaue Prüfung der Erstattungsansprüche sei schon deshalb nötig, um die zur Erstattung verpflichteten Unterstützten und ihre Angehörigen nicht zu stark in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu schädigen. Der Korreferent Stadtrat Ludwig Wolf-Leipzig kam zu ähnlichen Ergebnissen und empfahl zur Besserstellung der Gemeinden in dieser Frage die allgemeine Einführung eines Verwaltungsverfahrens, wie es in Preußen bestehe. — Direktor Dr. Buehl-Hamburg sprach über „Arbeitseinrichtungen für Zwecke der öffentlichen Armenpflege" und empfahl im Verlauf seiner Ausführungen eine Verbindung zwischen Armenpflege und Arbeitsnachweis. Verschiedene Arbeitseinrichtungen ließen sich vielleicht auch zu einem Zuchtmittel gegen gewisse Kategorien säumiger Nährpflichtiger ausgestalten. — Direktor Stalmann-Hamburg behandelte die „Beaufsichtigung der in Familienpflege untergebrachten Kinder" und trat als Anstaltsdirektor dennoch für Familienpflege unter gewissen Voraussetzungen warm ein. Die organisierte Frauenthätigkeit könne auf diesem Gebiete fruchtbare Erfolge zeitigen. Die Beaufsichtigung müsse sich über die Zeit der eigentlichen Waisenpflege hinaus auch auf die Zeit nach dem Eintritt der Pfleglinge in ein Lehr- oder Dienstverhältnis erstrecken. — Dr. Kayser-Worms sprach über die „Bedeutung der National- und Geldunterstützung." Auch hier ist nach individualisierenden Grundsätzen zu verfahren, jenachdem es sich um die wirthschaftlichen Fähigkeiten und die moralischen Eigenschaften der zu Unterstützenden handelt. Auch die Gewohnheit sei hier zu berücksichtigen. Korreferent Stadtrat Martius-Breslau sprach mehr für Natural- als für Geldunterstützung, jedoch werde namentlich in größeren Städten schon aus technischen Rücksichten das System der Geldunterstützungen die Hauptgrundlage der Armenpflege bilden müssen. — Ueber den letzten Verhandlungsgegenstand: „Die Krankenpflege und Hauspflege auf dem Lande" sprachen Regierungsrat Düttmann-Oldenburg und Dr. Blum-Heidelberg. Beide Redner stützten ihre Ausführungen auf die in Baden bestehenden mustergültigen Einrichtungen. Bei der Abstimmung gelangten folgende Thesen zur Annahme:

1. Die Schaffung geordneter Krankenpflege auf dem Lande ist ein dringendes Bedürfnis.
2. Arten und Formen der Krankenpflege sind den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Als eine erprobte und besonders geeignete Form ist die Anstellung von Landkrankenpflegerinnen, wie sie durch den Badischen Frauenverein erfolgt, zu bezeichnen. Außerdem sind die Träger der öffentlichen Armenpflege und der socialen Versicherung gesetzlich zur Gewährung von Krankenhauspflege, soweit dies die Natur der Krankheit erfordert, zu verpflichten.
3. Es empfiehlt sich, für größere Bezirke freiwillige Organisationen einzurichten oder, soweit vorhanden, zu benützen, die der Forderung geordneter

Landkrankenpflege allgemeine Anerkennung verschaffen, ihre zweckmäßige Durchführung fördern, insbesondere auch auf die finanzielle Beteiligung der Gemeinden, der weiteren Kommunalverbände sowie auch der Träger der socialen Versicherung hinwirken.

Die diesjährige Hauptversammlung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke fand am 28. September zu Stettin unter dem Vorsitze des Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim statt. Zunächst berichtete Geheimer Sanitätsrat Baer über seine Eindrücke bei Gelegenheit seiner Teilnahme an dem Pariser internationalen Kongreß für die Alkoholfrage im April 1899. Er schilderte den Stand der Alkoholfrage in Frankreich, wo der Alkoholgenuß eine solche Ausdehnung gewonnen habe, daß auf 70 Einwohner eine Schankstätte entfalle und wo der Alkoholismus als maladie de l'espèce bezeichnet werde, auf die manche als national angesehene Eigenart zurückzuführen sei. Den Kampf übernehme in der Hauptsache ein sehr weit verbreiteter Verein, der die Abstinenz konzentriert alkoholischer Getränke zum Prinzip habe, aber auch viele Totalabstinenzler zu Mitgliedern zähle. Als Mittel des Kampfes werde in Frankreich vornehmlich die Heranziehung der Jugend benutzt, Unterweisung der Jugend in der Alkoholfrage, Gründung von Jugendvereinen. Auf dem Kongreß sei diese Einwirkung auf das heranwachsende Geschlecht als äußerst wirksam von allen Seiten gekennzeichnet worden. Bemerkenswert sei auf dem Kongreß die Beteiligung einerseits vieler aktiver französischer Offiziere und andererseits vieler Socialdemokraten gewesen. Die Rede des Führers der belgischen Socialdemokratie habe eine der wichtigsten Episoden des Kongresses gebildet.

Im Anschluß hieran berichtete Herr Baer noch über seine Teilnahme am Berliner Tuberkulosenkongreß und wies auf die Beziehungen zwischen Tuberkulose und Trunksucht hin.

Das zweite Thema der Tagesordnung lautete: „Die Trinkerversorgung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch". Berichterstatter war Regierungsrat Hermes-Merseburg. Derselbe wies im Eingange seines Referats darauf hin, daß die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Trunksuchts-Vormundschaft eine brauchbare Grundlage zur Organisierung der Trinkerfürsorge im Wege der Anstaltsbehandlung bieten, daß sie jedoch zu ihrer sichern und wirksamen Handhabung eines Ausbaues durch Maßnahmen der Verwaltung bedürfen. Diese Maßnahmen würden bestehen in:

a) Bezeichnung der zur Aufnahme bevormundeter Trunksüchtiger geeigneten Heilanstalten und Feststellung der an deren Einrichtung zu machenden Anforderungen;
b) Regelung der Voraussetzungen für die Aufnahme und Festhaltung bevormundeter Trunksüchtiger in der Anstalt;
c) polizeiliche Unterstützung des Vormunds und der Trinkerheilanstalt bei Erfüllung ihrer Aufgaben;
d) finanzielle Unterstützung der Anstaltsbehandlung unbemittelter Trunksüchtiger aus öffentlichen Mitteln, thunlichst auch durch Gründung öffentlicher Trinkerheilanstalten. In erster Linie würden hierbei die Landarmenverbände und die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten in Frage kommen, wie denn die Berliner Versicherungsanstalt auf diesem Wege durch

Gewährung eines hypothekarischen Darlehens an die Berliner Trinkerheilanstalt bereits vorgehe.

Von allen Teilnehmern an der anschließenden lebhaften Diskussion wurde gewünscht, daß der deutsche Verein seinen Einfluß dahin ausübe, daß die maßgebenden Behörden die Errichtung von Trinkerheilanstalten förderten. Der Vorstand wird schließlich beauftragt, den Vortrag von Dr. Hermes, sowie die Schrift des Dr. Colla über Trinkerbehandlung allen in Betracht kommenden Verwaltungsbehörden unter Hinweis auf die ihnen darin empfohlene Beteiligung an der Trinkerfürsorge zur Kenntniß zu bringen.

P. Dr. Martius berichtet von einem Aufrufe des Landesbankrats Dr. Osius an die akademischen Korporationen und dessen Erfolg. Es sind mehrere Antworten eingegangen, großenteils von tiefem Eingehen und Verständnis zeugend. Besonders dankbar hervorgehoben werden die Ansprachen mehrerer Rektoren von Universitäten vor den Studierenden. Er stellt als Hauptziel hin, die akademischen Trinksitten und -regeln zu verbessern.

Der Vereinsgeistliche von Stettin, P. Thimm, behandelte die Alkoholgefahr, von der die erwerbsarbeitende schulentlassene Jugend bedroht ist, und die Verwaltungsmaßregeln und die gesetzgeberische Mitwirkung (im Herrenhause) zum Schutze der so bedrohten Jugend. Er schließt sich im Weiteren dem Vorschlage v. Massow's, den selbstständig für Lohn arbeitenden, aber von ihren Eltern entfernt wohnenden jungen Leuten Abwesenheitsvormünder zu bestellen, an.

Da Professor Dr. Kamp verhindert war, sein Thema „Die Fortbildungsschule und ihre Mitarbeit an der Mäßigkeitssache" zu behandeln, trat der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Böhmert an seine Stelle mit einer Schilderung der Dresdener Einrichtungen zum Jugendschutz, die vom Landrichter Böhmert angeregt und größtenteils durch dessen Bemühungen entstanden sind. Er erzählte u. a. von den Kinderfahrten zu Schiff oder Wagen in den Haidepark, wo für Tausende von Knaben und Mädchen Gelegenheit zu Spielen und Gartenarbeiten geboten wird.

P. Hennig aus Berlin berichtete über das, was die Jünglingsvereine, und Pfarrvikar Neumann über das, was die katholischen Gesellenvereine für die Bewahrung der männlichen Jugend thun. Hier und dort schließen sich an diese Vereine andere an, die dem sittlichen Schutz der jungen Mädchen gelten. Professor Bernheim betont die Mitwirkung der Universitäten und empfiehlt Einführung von Sportsübungen in das studentische Leben. Dr. Zenker-Stettin richtet einen Apell an die Stettiner Stadtverwaltung, Plätze für Turnen und für Spiele der Jugend einzurichten. Zum Schluß der Diskussion wird der Vorstand beauftragt, die im Verlaufe derselben gegebenen Anregungen im Auge zu behalten und ihm anheimgegeben, die Frage weiter bearbeiten zu lassen.

Der vierte Punkt der Tagesordnung war der Vortrag des Herrn Dr. Schultze über Volksbildung und Kneipenwesen. Der Redner schilderte in eingehender Weise zunächst die englischen Volksbildungsbestrebungen, unter denen die University settlements eine große Rolle spielen und wies an der Hand der Beispiele nach, welchen eindämmenden Einfluß diese Bestrebungen auf das Kneipenleben haben. Die Verhältnisse, welche der Vortragende unter den Siebenbürger Sachsen zu beobachten Gelegenheit hatte, bestätigen dasselbe. Einen gleichen Eifer für Volksbildung wünscht der Redner für Deutschland, wo ihm der Bildungshunger des Volkes entgegenkommen würde. Reicher Beifall lohnte diese Rede wie die früheren.

In der 71. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, welche Ende September in München abgehalten wurde, fanden auch Verhandlungen über verschiedene Themata humanitären Charakters statt. In der Sektion für Kinderheilkunde, Hygiene usw. hielt Professor Biedert-Hagenau einen sehr bemerkenswerten Vortrag über die wissenschaftliche, staatliche und humanitäre Notwendigkeit einer Versuchsanstalt für Ernährung, welches sich mit der praktischen Lösung der Fragen für Säuglingsernährung, Nährwerte, Nahrungsvolumina, Ausnutzung der Nahrung usw. befassen solle. — In der Sektion für Unterricht usw. kam die Frage der Einführung einer rationellen Schulreform zu umfassender Diskussion. Dr. Schmid-Monnard-Halle sprach über die Folge der Überbürdung der Schuljugend, Dr. Herberich-München trat für mehr Berücksichtigung der Naturwissenschaften im Unterrichtsplan ein und für entsprechende Einschränkung des griechischen und lateinischen Unterrichts. In der Diskussion trat Dr. Petruschky-Danzig für eine zweckmäßige pädagogische Umgestaltung der Unterrichtshygiene ein. Die folgenden Schlußsätze fanden von der Versammlung einstimmig Annahme:

„1. Für den höheren Schulunterricht kann die Naturwissenschaft ebenso geeignete Grundlagen bieten, wie die sprachlich historischen Fächer. Für die Gegenwart ist anzustreben die Vollberechtigung aller neunklassigen höheren Schulen. 2. Zur Beseitigung der immer noch in weitem Umfang und zum Teil sogar in hohem Grade bestehenden Überbürdung sowie zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen der Schüler sind folgende Maßnahmen zu treffen: a) Beschränkung und Vereinfachung des Unterrichtsstoffes, soweit es den Unterrichtszielen entspricht, b) Beschränkung der häuslichen schriftlichen Arbeiten und des Memorierstoffes, sowie Eindämmung der vielfach noch herrschenden Neigung zum Verbalismus, c) Fortfall des wissenschaftlichen Nachmittagsunterrichts, d) Festsetzung der Zahl der wissenschaftlichen Unterrichtsstunden auf 24 wöchentlich im Maximum, e) Einführung von 10- bis 15minutigen Pausen nach jeder Unterrichtsstunde in freien Räumen, f) Abschaffung aller Übergangs- und Versetzungsprüfungen, insbesondere auch der sogenannten Abschlußprüfung zur Erlangung des Befähigungsscheines znm Einjährig-Freiwilligen Dienst, g) Erleichterung der Abiturientenprüfung durch Fortfall der mündlichen Prüfung für den Fall, daß die Jahresleistungen und der Ausfall der schriftlichen Prüfungen zufriedenstellend waren, h) die gymnastischen Uebungen sollen niemals zwischen wissenschaftlichen Lehrstunden liegen. 3. Zur Beseitigung der ebenfalls in ausgedehntem Maße bestehenden Überbürdung der Lehrer muß außerdem noch: a) die Normalzahl ihrer wöchentlichen Unterrichtsstunden je nach dem Alter auf höchstens 16 bis 18 festgesetzt werden, a) die Normal- und Maximalzahlen der Schüler einer Klasse in folgender Weise geregelt werden, mit der Bestimmung, daß bei Ueberschreitung der Maximalzahl geteilt werden muß: Untere Klassen 30 bis 40, mittlere 25 bis 30, obere Klassen 20 bis 25, c) verboten werden, daß die Abiturientenprüfung der Schüler zugleich als eine Gelegenheit zur Prüfung der Leistungen der betreffenden Lehrer oder gar der Anstalt als solcher betrachtet wird, d) müssen die akademisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen dem Einkommen, Rang, den allgemeinen Beförderungsverhältnissen und der Art der Titelbezeichnung nach mit den Richtern und Verwaltungsbeamten auf gleiche Stufe gestellt werden. 4. Zweckmäßig erscheint es ferner: a) das Schuljahr soll nach Schluß der großen Ferien beginnen, b) die Ferien so zu ordnen, daß in der heißen Zeit (Juli-September) eine längere ununterbrochene Ferienzeit (etwa zwei Monate) besteht, c) die sogenannten Vorschulklassen an den

höheren Schulen sämtlich abzuschaffen, d) elementaren Unterricht in der Hygiene bei Lehrern und Schülern einzuführen, e) zur Erteilung dieses Unterrichts sowie zur gesundheitlichen Ueberwachung der Schule und der Schüler an den höheren Lehranstalten Schulärzte anzustellen, f) mehr als bisher die akademisch gebildeten Lehrer zu leitenden Stellen in der höheren Unterrichtsverwaltung zu berufen."

Ferner wird die deutsche Staatsregierung ersucht, jährliche statistische Erhebungen über den Gesundheitszustand von Lehrern und Schülern anzustellen. Für die Gründung eines allgemeinen deutschen Vereins für Schulhygiene im Anschluß an den Verein für Volkshygiene in Berlin wurde eine vorbereitende Kommission gewählt, bestehend aus den Herren: Griesbach, Cohn, Recknagel, Kormann, Kerschensteiner, Herberich und Weyl.

Die XI. Allgemeine Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine fand in Dortmund vom 8. bis 10. Oktober statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Vorträge: „Das Kellnerinnenwesen" (Generalsekretär Henning-Berlin), „Was läßt sich gegen das weitere Umsichgreifen des Karnevals thun? (Pastor Hötzel-Köln). „Was kann geschehen, um die sittlichen Gefahren der großen Ausstellungen zu bekämpfen?" (Pfarrer Lic. Weber). „Die Pflichten des deutschen Mannes in Haus und Familie" (Pfarrer Niemeyer-Eichlingshofen). „Die Aufgabe aller christlichen Männer im Kampfe gegen die Unsittlichkeit" (Pfarrer Lic. Weber-M.-Gladbach). „Die Frau als Hüterin der Reinheit im Familienleben" (Pfarrer Waubke-Müsen). „Die Frau als Hüterin der Reinheit im gesellschaftlichen Leben" (Pastor Heinersdorff-Elberfeld). „Der Staat und die Prostitution" (Referent Oberlandesgerichtsrat Schmölder-Hamm). „Das Familienleben in den Industriegegenden" (Referent Pastor Mahling-Hamburg).

Die 20. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins fand vom 1. bis 4. Oktober in Königsberg i. Pr. unter dem Vorsitze von Fräulein Auguste Schmidt-Leipzig statt. Nachdem letztere in dem von ihr erstatteten Jahresbericht das weitere Erstarken, aber auch die weiteren Aufgaben des Bundes dargelegt, erstattete Fräulein Dr. Windscheid-Leipzig den Geschäftsbericht über die vom Verein gegründeten und geleiteten Gymnasialkurse für Mädchen. Die Zahl der Schülerinnen schwankt zwischen 60 bis nahezu 100. Der Lehrgang ist von acht auf neun Semester erweitert worden. Das erfreulichste Resultat sei die vom königlich sächsischen Ministerium erteilte Erlaubnis der Zulassung von Mädchen zum Maturitätsexamen. Alle fünf Abiturientinnen haben sich dem Studium zugewendet. Zwei studierten Medizin, je eine klassische Philologie, neuere Philosophie und Archäologie. — Frau Luise Pache-Leipzig referierte über Rechtsschutz für Frauen: Es sei in Leipzig ein Büreau eingerichtet, um namentlich solchen Frauen hülfreich beizustehen, die sich scheuten, ihre Klagen vor Männerohren zu bringen. Das Büreau sei von 646 Klientinnen im abgelaufenen Jahre besucht worden Frau Dr. Henriette Goldschmidt-Leipzig sprach über „Die Frau in der bürgerlichen Gemeinde": Immer mehr trete die sociale Aufgabe in den Vordergrund der Frauenthätigkeit; Hospitäler, Fabrikinspektion; Gesindeordnung, Krankenpflege — alle diese Dinge erforderten die geistige Mitarbeit der Frau. Frau Helene v. Forster-Nürnberg behandelte hierauf „Reform des Kostkinderwesens" und empfahl besonders Bestellung eines Generalvormundes jedesmal für eine größere Anzahl von Kostkindern. — Fräulein M. Henschke-Leipzig nahm das Wort zu einem Vortrage über das Thema „obligatorische Fortbildungsschulen für Mädchen":

Die Verrohung oder Versittlichung unseres Volkes hängt zum großen Teil von den Einflüssen ab, die in dem Übergangsalter, das den Schuljahren folgt, auf die junge Generation ausgeübt werden, und da ist die Fortbildungsschule die einzige erziehende Kraft, die für die nachschulpflichtige Jugend in Frage kommt. Dazu kommt die Förderung der praktischen beruflichen Tüchtigkeit, für die wiederum die Fortbildungsschule sich als unentbehrlich erweist, hinzu. Mit der Hebung der Berufstüchtigkeit ist die Hebung der Erwerbsfähigkeit von selbst gegeben. Die Fortbildungsschule für Mädchen speziell hat ihren Schülerinnen an Kenntnissen und Fertigkeiten das zu geben, was zum Hausgebrauch erforderlich ist, und hat sie andererseits in ihrer erwerblichen Thätigkeit zu unterstützen. Ein Eingreifen des Staates wäre aber schon jetzt erwünscht, nämlich die Ausdehnung des § 120 der Reichs-Gewerbeordnung, nach welchem die Gemeinden ermächtigt sind, die obligatorische Fortbildungsschule für Knaben durch Ortsstatut einzuführen, auch auf die Schule für Mädchen. Unser Ideal für die Zukunft ist die allgemeine obligatorische Mädchenfortbildungsschule. — Dann kam ein Referat über Obst- und Gartenbau als Erwerb für Frauen, das Fräulein Bluhm-Spandau übernahm. Danach ist die 1894 begründete Schule zur Ausbildung von Frauen im Obst- und Gartenbau bisher von 108 Schülerinnen besucht gewesen. Die meisten derselben haben bereits selbständige Stellungen gewonnen.

Fräulein Alice Salomon-Berlin sprach über Arbeiterinnenschutz: Die Forderung „Gleicher Lohn bei gleichen Leistungen" gegenüber der Männerarbeit wird wohl immer ein frommer Wunsch bleiben, weil sich die Höhe des Lohnes nicht bloß nach den „Leistungen", sondern auch nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und noch vielen anderen Bestimmungsgründen richtet. Den letzten Vortrag hielt Frau Bieber-Böhm-Berlin über „Bestrebungen zur Hebung der Sittlichkeit. Unter all den wichtigen Reformversuchen für das Wohl der Frauen, führt Rednerin aus, sind die im Interesse der Sittlichkeit die wichtigsten. Zu bekämpfen ist u. a. der Alkohol in jeder Gestalt, da er der größte Feind der Selbstbeherrschung und somit der Sittlichkeit ist.

In einer nicht öffentlichen Sitzung erstattete Frau Marie Stritt-Dresden Bericht über den Internationalen Frauenkongreß in London. Fräulein Dr. Anna Gebser sprach hierauf über die Reform der Frauenkleidung: Die jetzige Kleidung sei unschön, weil sie die natürliche Form des Körpers verunstalte, sie sei unhygienisch und unpraktisch. Naturgemäße Kleidung habe auch eine große sociale Bedeutung für alle schwer Arbeitenden, wie Dienstmädchen, Fabrikarbeiterinnen usw. Lebhaft wendet sich Rednerin gegen das Korsett. Dann bespricht sie die Ziele des „Allgemeinen Vereins für Verbesserung der Frauenkleidung" in Berlin und die Erfolge der dortigen Ausstellung für Frauenkleider-Reform. (Ausführlichen Bericht siehe „Neue Bahnen" 1899 Nr. 20.)

Auf dem 4. deutschen Fortbildungsschultage, welcher am 30. September in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, berichtete Schuldirektor Pache-Leipzig, daß die angeregte Vereinigung der drei Vereine: deutscher Verein für das Gewerbeschulwesen, Verein für das deutsche Fortbildungsschulwesen und Verein für das kaufmännische Fortbildungswesen, erreicht sei, ohne daß einer dieser Vereine seine Unabhängigkeit aufgebe. Alle drei Jahre findet eine gemeinsame Versammlung statt, und ein gemeinschaftlicher Vorstand wird geschaffen durch das Zusammentreten der Vorsitzenden der drei Vereine. Es wurde eine Resolution angenommen zu

Gunsten einer Verbindung zwischen Jugendspielen und der Fortbildungsschule, auch stimmte die Versammlung den Leitsätzen des Schuldirektors Scharf aus Magdeburg zu, in denen die Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen, zunächst für die männliche Jugend, für dringend nötig erklärt wird.

Der Verband deutscher Krankenpflegeanstalten vom Roten Kreuz hielt seine diesjährige Generalversammlung am 30. September in Wiesbaden ab. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, des Rechtsanwalts Dr. Osius in Kassel, hat sich der Verband seit den fünf Jahren seines Bestehens wesentlich befestigt. Die Zahl der Schwestern beläuft sich auf 937, im Mobilmachungsfall auf 973. Die Frage der Begründung einer Schwesternpensionskasse ist ihrer Erledigung wesentlich näher gerückt. Der Zentralverband hat dazu ein Grundkapital von 200 000 Mk. gestiftet, von dem der dritte Teil bereits ausgezahlt worden ist. In Betreff des Schutzes des Roten Kreuzes (es handelt sich dabei um Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Oberinnen- und Schwesterntitels) wurde der Ausschuß beauftragt, von neuem die wünschenswerten Maßnahmen in Erwägung zu ziehen und sachdienliche Anträge bei den Behörden zu stellen. Der Nachmittagssitzung wohnte die Kaiserin Friedrich mit dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen bei. Dr. Liermann und Dr. E. Cohn aus Frankfurt a. M. hielten Vorträge über die technische Schulung der Schwestern, während sich die Oberin von Wallmenich aus München über das Wesen der Schwestern vom Roten Kreuz verbreitete.

Ein deutscher Verein für Versicherungswissenschaften ist am 26. September in Berlin in's Leben gerufen worden. Dr. Emminghaus-Gotha bezeichnete als Zweck des Vereins die Pflege und Förderung der Versicherungswissenschaft, die durch gemeinschaftlichen Gedankenaustausch, durch engere persönliche Beziehungen, durch Sammlung und Herausgabe von wissenschaftlichen Arbeiten einer höheren Entwickelung zugeführt werden soll. Hierbei sollen alle einschlägigen Gebiete: Versicherungsrecht, Administration, mathematische und sonstige Versicherungstechnik, Statistik usw. berücksichtigt werden. Dem Verein sind zur Zeit beigetreten 180 Mitglieder und 36 Gesellschaften und Korporationen. Die weitere Organisation des Vereins wurde einem Ausschuß von 21 Herren anvertraut. Zum Vorsitzenden wurde Professor Dr. jur. Emminghaus-Gotha und zum Schriftführer Dr. jur. Neumann-Berlin gewählt. — Das Vermögen des alten „Kollegium für Lebensversicherungswissenschaft" in Höhe von 3500 Mk. nebst einer wertvollen Bibliothek wurden dem Verein überwiesen.

Preisausschreiben. Der Arbeiterbauverein zu Kassel schrieb fünf Preise von 200 bis 800 Mk., im Ganzen von 2200 Mk., für die besten Entwürfe von Arbeiterwohnungen aus. — Die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen in Gumbinnen bewilligte 2000 Mk. für Preise zur Erlangung von Bauplänen und Anschlägen für ländliche Arbeiterwohnungen. — Der Allgemeine deutsche Sprachverein schrieb einen Preis von 1000 Mk. aus für die Sammlung und Bearbeitung des Wortschatzes der deutschen Seemannssprache. — Die vom Zentralausschuß zur Förderung der Volks- und Jugendspiele ausgeschriebenen Preise über die Veranstaltung von Jugendfesten an höheren Schulen erwarben Oberlehrer Schröder-Hadersleben, Oberlehrer Peters-Kiel, Lehrer Lange-Schöneberg und Vorschullehrer Hinz-Hadersleben. Im Ganzen waren 22 Arbeiten eingegangen.

Arbeiterfrage.

Versammlungen und Vereinigungen in der Arbeiterfrage. Die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands wurde am 16. Oktober in Hannover eröffnet. Die Versammlungen leitete Apotheker Steinmetz-Leipzig, es waren gegen 150 Delegierte anwesend. Direktor Uhlmann-Leipzig erstattete den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr, Haverkorn-Leipzig berichtete über den Kongreß zur Bekämpfung der Lungentuberkulose in Berlin. Dr. Otte-Leipzig berichtete über die Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis in Brüssel. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig angenommen, wonach die Streichung der gesetzlichen Bestimmung erstrebt werden soll, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung eines Krankengeldes ausgeschlossen werden kann.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag von Dr. Friedeberg-Berlin über die derzeitige Fürsorge für Krankenkassen-Mitglieder und ihre Mängel. Redner befürwortete das Fallenlassen der Bestimmung, daß Kranke den ganzen Tag über zu Hause verbleiben sollen, und in großen Städten die Schaffung von Anlagen, in denen erholungsbedürftige Lungen- und Nervenkranke sich tagsüber ergehen könnten. Ferner befürwortete er erleichterte Unterbringung von Kranken in Krankenhäusern, Gewährung einer genügenden Zeit für Kranke zu ihrer Behandlung, Einschränkung der Bestimmungen über Simulation, Erhöhung der Krankengelder, da in Krankheitsfällen die Haushaltausgaben nicht fielen, sondern stiegen, und andere für die Versicherungsnehmer mildere Bestimmungen. Der Korreferent Aschemann-Berlin führt aus, daß man als Verwaltungsbeamter einen anderen Standpunkt einnehmen müsse, wie Referent als Arzt. Nach längerer Debatte wurden zum Krankenversicherungsgesetz folgende Abänderungsvorschläge beschlossen: „Zu § 1. Antrag auf Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes auf die Dienstboten. Die Fassung in gleicher Weise wie diejenige des § 1 des Invaliden-Versicherungsgesetzes ist wünschenswert. — § 2a. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf selbständige Gewerbetreibende, Kanzleigehülfen bei Oberämtern, Gerichten, Landes-Zentralbehörden, Techniker, Musiker, Aushülfsdiener u. dgl. — Zu § 6. Antrag auf Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen als gesetzliche Mindestleistung. — Zu § 20 Abs. 2. Die Feststellung des durchschnittlichen Tagelohnes kann auch u. s. w. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf in diesem Falle nicht über den Betrag von sechs Mark festgestellt werden. — Zu § 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablaufe der Krankenunterstützungszeit bis zum Tode dürfte auf zwei Jahre auszudehnen sein.“ Nach einem Vortrag von Dr. Jastrow-Charlottenburg über die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Arbeitsnachweis wurde nach längerer Debatte über Organisationsfragen des Arbeitsnachweises eine Resolution, wonach dem Arbeitsnachweise und den Verhältnissen des Arbeitsmarktes Aufmerksamkeit zugewendet werden soll, nahezu mit Einstimmigkeit angenommen. — Große Beachtung und Anerkennung fanden die von der Ortskrankenkasse Leipzig bearbeiteten, auf Einrichtung und Ausdehnung der Krankenkassen bezüglichen graphischen Darstellungen. — Es wurden weiter Resolutionen angenommen, welche auf übertragbare Anrechnung von Beitragszahlungen und auf eine allmähliche Beseitigung der Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen

zielten. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag Hesse-Dresden auf gesetzliche Festlegung der freien Ärztewahl und Honorierung der ärztlichen Einzelleistungen angenommen. Folgender Antrag der Ortskrankenkasse Stuttgart fand Annahme: „Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Beiträge und Eintrittsgelder für die in ihren Betrieben beschäftigten Personen auch dann einzuzahlen, wenn sie denselben Arbeiten im Akkord zur Ausführung übergeben. Entstehen Zweifel darüber, ob der Akkordant als selbständiger Arbeitgeber anzusehen ist, so hat die Krankenkasse das Recht, hierüber Ermittelungen bei den zuständigen Behörden anzustellen und die Vorlegung etwa abgeschlossener Akkordverträge zu verlangen." Würz-Stuttgart begründete einen Antrag, bei der Reichsregierung den Antrag auf Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an sämtlichen Landes-Universitäten, sowie Zulassung derselben zum ärztlichen Beruf zu stellen. Referent betonte namentlich die großen Gefahren, welche für die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen und die Kassen selbst dadurch entständen, daß die Scham die Frauen verhindere, sich rechtzeitig um ärztliche Hülfe zu bemühen, daß sie vielmehr damit so lange warteten, bis es nicht mehr anders gehe In der Debatte fand dieser Antrag mehrfache Unterstützung und wurde ebenso wie der damit in Verbindung stehende Antrag der Ortskrankenkasse Barmen, bei dem Bundesrat vorstellig zu werden, möglichst bald die Behandlung der Frage betreffs Anstellung von im Ausland approbierten Ärztinnen als Kassenärztinnen für das Reichsgebiet herbeizuführen, angenommen. — Auf Antrag der Freien Vereinigung der Krankenkassen mit freier Ärztewahl in Berlin wurden zum Unfallversicherungsgesetz folgende Beschlüsse gefaßt: „§ 55 Abs. 1. Dem Bevollmächtigten der Krankenkasse, welcher an der Untersuchung des Unfalles teilgenommen hat, wird unter Zugrundelegung des am Orte für seinen Beruf üblichen Tagelohnes, für den halben Tag die Hälfte und für längere Zeit das Volle des Lohnsatzes als Entschädigung gewährt. Von der Ortspolizeibehörde ist die stattgefundene Wahrnehmung des Termins zu bescheinigen. — § 58 Abs. 2. Es sind die Worte: „so ist sobald als möglich" zu streichen und dafür zu setzen: „so ist von der fünften bis zum Ablauf der dreizehnten Woche die ihnen zu gewährende Entschädigung festzustellen." — Weiterhin gelangten folgende Anträge der Vereinigten Ortskrankenkasse Cottbus zur Annahme: a) Die Generalversammlung des Zentralverbandes zu Hannover wolle eine engere gegenseitige Fühlungnahme zwischen dem Zentralverbande und den übrigen in Deutschland bestehenden Kassenverbänden ins Auge fassen, und zwar zunächst dergestalt, daß gegenseitig die Verhandlungsprotokolle ausgetauscht und in allen generellen Fragen möglichste Einstimmigkeit der Beschlüsse gesichert werde. — b) Die Generalversammlung des Centralverbandes zu Hannover wolle beschließen, daß auf den künftigen Generalversammlungen stets ein bestimmter Zeitraum für die Besprechung praktischer Verwaltungsfragen, für Vorträge aus dem praktischen Verwaltungsleben mit darauf folgenden Diskussionen usw. reserviert werde. Als ersten derartigen Besprechungsgegenstand wünscht die Vereinigte Ortskrankenkasse zu Cottbus auf die Tagesordnung gesetzt zu haben: Austausch der Erfahrungen über Einrichtung und Bewährung von Familienunterstützung nach § 21 Abs. 1 Ziffer 5 und 7 des Krankenversicherungsgesetzes. — Nachdem in Bezug auf die Heranziehung säumiger Arbeitgeber zur Nachmeldung versicherungspflichtiger Personen und zur Nachzahlung hinterzogener Beiträge Erfahrungen ausgetauscht und verschiedene Ratschläge gegeben worden waren, trat

man in eine Besprechung über die Deckung der den Krankenkassen durch die verlangten Mehrleistungen zufallenden erhöhten Ausgaben ein, beschloß jedoch, über diesen Gegenstand erst endgültig in der nächsten Generalversammlung, welche in Nürnberg stattfinden soll, zu beraten.

Die I. Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe tagte am 10. Oktober zu Karlsruhe unter dem Vorsitz des Baumeisters Felisch-Berlin. Der Bund charakterisiert sich in seiner Thätigkeit und seinen Beschlüssen als ein Kampfbund gegen den Arbeitnehmerverband mit seinem Sitz in Hamburg. Die Versammlung sprach sich aus für die Annahme nur solcher aus Streikorten zugereister Arbeiter, welche im Besitze eines Entlassungsscheines seien, für den unparitätischen Arbeitsnachweis, für die Bildung eines großen Reservefonds zur Unterstützung von durch Streiks in Not geratene Kollegen und für die sog. Zuchthausvorlage. Über letzterwähnten Punkt gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ersucht die verbündeten Regierungen und den Reichstag, gesetzliche Bestimmungen vorzubereiten und denselben zuzustimmen, welche unter voller Gewährleistung der den Arbeitern gewährten Koalitionsfreiheit Auswüchse derselben beseitigen und sowohl Arbeitswilligen als auch den Arbeitgebern den nötigen Schutz zu gewähren." — Der Versammlung war vom 7.—9. Oktober, gleichfalls unter Leitung von Felisch-Berlin, der 14. Verbandstag der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften voraufgegangen, der gleichfalls u. a. eine Resolution zu Gunsten des Gesetzentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses angenommen hatte. Von den weiteren Beschlüssen dieses Verbandstages sind diejenigen über das Verhältnis zwischen den Beamten der staatlichen Gewerbeaufsicht und den Beauftragten der Berufsgenossenschaften bemerkenswert. Diese lauten: „1. In den § 139b der Gewerbe-Ordnung eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher durch Anordnung der Landesregierungen die Aufsicht über die Ausführung der Unfallverhütung in den berufsgenossenschaftlichen Betrieben auf Antrag des Genossenschaftsvorstandes den Beauftragten der zuständigen Berufsgenossenschaft ausschließlich übertragen werden kann; 2. den § 120e der Gewerbeordnung dahin zu erweitern, daß den Berufsgenossenschaften unter Mitwirkung der Arbeitervertreter entweder eine entscheidende Mitwirkung bei dem Erlaß von Unfallverhütungs-Vorschriften seitens der staatlichen Organe gewährt wird, oder daß die Betriebe derjenigen Berufsgenossenschaften, die den Erlaß eigener zweckentsprechender Unfallverhütungs-Vorschriften und eine wirksame Kontrolle über deren Durchführung nachzuweisen vermögen, auf Beschluß der Landesregierung von der Befolgung der staatlicherseits erlassenen Vorschriften befreit werden. Auch sei dahin zu wirken, daß das Institut der Beauftragten vervollkommnet werde, und zwar nach Bedürfnis durch Anstellung besoldeter Beauftragten. Auch erachtet es der Verband für geboten, daß der Beauftragte der Genossenschaft mit den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten bezüglich der Befugnisse gleichgestellt werde."

Der Internationale Kongreß für Unfallgesetzgebung und sociale Versicherung, der 1889 in Paris, 1891 in Bern, 1892 in Mailand und 1897 in Brüssel tagte, wird am 25. Juni 1900 wieder in Paris zusammentreten.

Der diesjährige socialdemokratische Parteitag tagte vom 9.—14. Okt. in Hannover und beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Stellungnahme zu dem

Bernstein'schen Buch über die Socialdemokratie. Ohne auf die tagelangen Diskussionen über dieses Thema hier näher einzugehen, verweisen wir auf das soeben erschienene „Protokoll über den Parteitag" (Berlin, Verlag des „Vorwärts") und bemerken, daß die Bernstein-Diskussion mit der Annahme der von Bebel vorgeschlagenen Resolution, gegen wenige Stimmen, endete. Diese Resolution lautete: „Die bisherige Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzuheben oder zu ändern. Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hülfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der socialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmöglichste Wohlfahrt aller zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbarende Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes oder um eine ernsthafte Verbesserung der socialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt. Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in jeder Gründung solcher Genossenschaften, wie in der Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei. In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkte. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen. Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen noch ihre Taktik noch ihren Namen zu ändern, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken." Außerdem nahm der Parteitag Resolutionen an für eine „auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volksvertheidigung" an Stelle des stehenden Heeres, gegen die Zuchthausvorlage und für einen Ausbau und eine Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse und für Vermehrung der Agitation unter den Frauen. Der nächste Parteitag wird in Mainz stattfinden.

Totenschau.

von Baensch, Wilhelm, Geh. Kommerzienrat und Konsul a. D. in Dresden, Inhaber einer Verlagsbuchhandlung und Buchdruckerei, hervorragender, kenntnisreicher Fachmann im Buchgewerbe, † dortselbst am 27. November im 72. Lebensjahr.

Bichler, Eduard, Bijouterie-Fabrikant in Pforzheim, früher liberaler Abgeordneter, verdient durch seine gemeinnützige Thätigkeit für seine Vaterstadt, † dortselbst am 18. Oktober im 81. Lebensjahre.

Bücklers, Jacob, Geh. Kommerzienrat, Mitbegründer und ältester Chef der Firma Schoeller, Bücklers & Co. in Düren, verdient durch eine fast 50jährige Thätigkeit um die Förderung der Flachsspinnerei, seit 1866 Mitglied des Centralvereins, † dortselbst am 2. Oktober im 73. Lebensjahre.

Conrad, Wilhelm, Geh. Kommerzienrat, bis 1882 Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Begründer, Vorsitzender und Aufsichtsratsmitglied einer Anzahl industrieller Unternehmungen, ebenso Begründer der Villenkolonie Wannsee bei Berlin, deren Kirche er mit einem Kostenaufwand von 200 000 Mark erbaute, seit 1873 Mitglied des Centralvereins, † am 24. Dezember dortselbst im 78. Lebensjahre.

Gumprecht, Adolf, Verlagsbuchhändler und Schriftsteller, als letzterer besonders in hygienischer und volkserziehlicher Hinsicht, Verfasser von „Reiseschule" (4. Aufl. 1899), „Aus den Lebenserfahrungen eines Siebzigers" (1891), spätere Auflagen mit Vorwort des Pastors v. Bodelschwingh, „Wider den Trunk" (Dresden 1879), sowie von vielen Flugschriften und Aufsätzen in den Organen für die Bekämpfung der Trunksucht. Die unermüdliche gemeinnützige Wirksamkeit Gumprechts machte sich innerhalb des Centralvereins, dem er seit 1876 angehörte, insbesondere durch die von ihm 1877 veranlaßte Begründung der „Social-Correspondenz" mit Prof. Dr. Böhmert und Assessor Dr. v. Studnitz in Dresden, sowie durch von ihm für den „Arbeiterfreund" geschriebene Abhandlungen geltend. Gumprecht betrieb seine buchhändlerische Thätigkeit von 1853—1869 in Leipzig, ging dann auf Reisen und ließ sich 1874 dauernd in Meran, Tirol, nieder, woselbst er sich durch seine Thätigkeit für das Aufblühen des Kurortes, durch Förderung evangelisch-kirchlicher Interessen und durch Anregung praktischer hygienischer Maßnahmen große Verdienste erwarb. Gumprecht war am 7. Dezember 1818 in Erfurt geboren und † zu Meran am 23. Dezember. Ehre seinem Andenken!

Lenz-Heymann, Louise, geb. am 11. Februar 1825 zu St. Georgen im badischen Schwarzwalde, weit bekannt durch ihr reges opferwilliges Interesse für alle volksfreundlichen Bestrebungen, insbesondere im Hinblick auf die Bewegung für Frauenstudium, in welchem Sinn sie bereits vor einigen Jahren dem „Allgemeinen deutschen Frauenverein" in Leipzig die Zinsen eines Kapitales von 200 000 Mark für Stipendien schenkte und auch diesem Verein, sowie dem Staat des Kanton Bern den Hauptteil ihres großen Vermögens testamentarisch als „Ferdinand-Luise-Lenz-Stiftungen" für Frauenstudium vermacht hat, seit 1890 Mitglied des Centralvereins, † am 23. November zu Bern. (Nekrolog und Testament siehe „Neue Bahnen", Organ des Allgemeinen deutschen Frauenvereins Nr. 1 vom 1. Januar 1900.)

Meckel, Arthur, Kommerzienrat, Chef der weltbekannten Seidenfirma Meckel & Co. in Elberfeld, seit 1875 Mitglied des Centralvereins, † daselbst am 18. November.

von Miaskowski, August, Geh. Hofrat, Dr. phil. et jur., von 1891—1897 ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Leipzig, Direktor des dortigen staatswissenschaftlichen Seminars, vorher als Hochschullehrer in Basel, Breslau und Wien thätig, hervorragend durch seine wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen auf den Gebieten des Grundeigentums, des Erbrechts, der Agrarfrage, sowie auch des Versicherungswesens, längere Zeit Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, geb. am 26. Januar 1838 zu Pernau (Livland), † in Leipzig am 22. November.

Nasse, Rudolf, Geh. Oberbergrat, vortragender Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, als Verfasser zahlreicher Schriften auf geologischem, bergtechnischem und wirtschaftlichem Gebiete, sowie durch die von ihm und Bergrat Krümmer ausgeführte und durch öffentlichen Bericht (Saarbrücken 1891) dargelegte Instruktionsreise und Erforschung der Bergarbeiter-Verhältnisse in Großbritannien, geb. am 1. Juli 1837 zu Marburg, † in Berlin am 2. Dezember.

Weisbach, Valentin, Rentier in Berlin, ein edelmütiger Förderer von Wissenschaft, Kunst und Menschenwohl, welcher dem Centralverein seit 1882 als Mitglied angehörte und für denselben als langjähriger Schatzmeister und Mitglied des Vorstandes in besonders aufopfernder Weise wirkte (Nekrolog siehe am Anfang des vorliegenden Heftes!). Weisbach hat sich um die Förderung der Kleinwohnungsfrage in der Reichshauptstadt hervorragend verdient gemacht, † am 23. Oktober zu Berlin im 57. Lebensjahre.

Ehren-Tafel.

Fürst Albert von Thurn und Taxis stiftete aus Anlaß des 150jährigen Residenzjubiläums seines Hauses in der Stadt Regensburg folgende Beträge: 10 000 Mk. den Armen der Stadt Regensburg, 10 000 Mk. dem Mathilde-Margarethe-Kinderspital, 10 000 Mk. der Thurn und Taxis'schen Säkularstiftung, 100 000 Mk. zur Beschaffung weiterer Freiplätze im katholischen Bruderhause, 20 000 Mk. zur Restaurierung des Stadttheaters, 16 000 Mk. für städtische Straßenregulierung, 20 000 Mk. dem Kirchenbauverein St. Cäcilia, 6000 Mk. dem Konvent der Karmeliten, 1000 Mk. dem Verschönerungsverein Regensburgs, 1000 Mk. für Wöchnerinnen-Unterstützung, 500 Mk. der Kranken-Hülfskasse der freiwilligen Feuerwehr, 2000 Mk. einigen Kriegervereins-Hülfskassen, 1000 Mk. dem St. Vincenz-Verein für Krankenpflege, 5500 Mk. einigen katholischen Arbeitervereinen, 1500 Mk. für die Armen von Stadtamhof.

Ehrentafel.

Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar schenkte 40 000 Mk. zum Bau einer evangelischen Kirche in Stenschewo, in dessen Umgebung er große Güter besitzt.

Baschwitz, Hermann, Kaufmann in Berlin, überwies dem Asylhaus der Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung der Kaufmannschaft den Betrag von 2000 Mk.

Becker, Ida und Wilhelm, in Berlin begründeten mit einem Kapital von 810 680 Mk. eine Stiftung für ein Blindenasyl in Berlin.

Berliner Magistrat überwies den Betrag von 100 000 Mk. als Stipendienstiftung der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg.

Bienert, Frau verw. Kommerzienrat, in Plauen b. Dr. erhöhte die von ihrem verstorbenen Gemahl s. Z. gemachte Freibettstiftung der Kinderheilanstalt um 5000 Mk.

Biesenthaler Magistrat schenkte zum Zweck der Errichtung einer Heimstätte für deutsche Veteranen, Invaliden und Beamten ein Terrain von 120 Morgen groß.

Böninger, Theodor, Kommerzienrat in Duisburg, überwies anläßlich seiner 25jährigen Thätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Duisburg-Ruhrorter Bank der Pensionskasse derselben den Betrag von 25 000 Mk.

— Frau des Vorgenannten und Kommerzienrat Haniel in Düsseldorf überwiesen der Stadt Ruhrort zum Andenken an ihre verstorbene Mutter den Betrag von 100 000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke.

Born, Sigismund, Begründer der in Berlin bestehenden gleichnamigen Stiftung für Unterstützung verarmter Kaufleute, hat dieser Stiftung weitere 25 000 Mk. überwiesen.

Crüwell, Karl, weil. Kaufmann in Annaberg, testierte 6000 Mk. für ein Diakonissenheim und 6000 Mk. zur Ausbildung mittelloser Konfirmanden.

Dresden. Ein nicht genannt sein wollender Kaufmann in Dresden schenkte der Stadt 15 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke. (Dr.-N. 31. 7. 99.)

Fricke, weil. Kaufmann in Berlin, vermachte testamentarisch der Stadt Berlin ein Legat von 100 000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke.

Friedländer, Frau Dr. Fanny, in Berlin überwies dem Unterstützungsverein deutscher Buchhändler und Buchhandlungsgehülfen in Leipzig den Betrag von 10 000 Mk.

Fritz, Rentiersfamilie in Hildesheim, vermachte der Stadt für Wohlthätigkeitszwecke Stiftungen in Höhe von 210 000 Mk., außer-

Ehrentafel.

dem erhebliche Beträge für das dortige Frauenstift, für das Römermuseum und zur Restauration der im 12. Jahrhundert erbauten Michaeliskirche.

Fritzsche, Julius Friedrich, Erben in Leipzig überwiesen laut Testamentsbestimmung den Betrag von 8400 Mk. dem Stammvermögen des städtischen Krankenhauses.

Fromberg, Kommerzienrat in Berlin, stiftete 1000 Mk. für die oberbayerischen Überschwemmten.

Fuchs, Joh. Valentin, Rentier in Dresden, vermachte der Taubstummenanstalt 1000 Mk., dem Albertverein 4000 Mk.

Gantenberg, F. W., Wäschefabrikbesitzer und Stadtrat in Aue, errichtete anläßlich des 25jährigen Geschäftsjubiläums mit dem Betrage von 10 000 Mk. eine Unterstützungskasse für die Beamten und Arbeiter seines Geschäfts.

Georgi, Oberbürgermeister a. D., Geh. Rat, Dr., stiftete 15 000 Mk. für einige Leipziger Wohlthätigkeitsinstitute.

Haniel s. Böninger.

Harkort, Frau Kommerzienrat Pet, in Wetter a. d. Ruhr überwies den Schönthaler Stahl- und Eisenwerken 50 000 Mk. zur Bildung eines Beamten-Unterstützungsfonds.

Hausenblas, Franz, technischer Direktor der Maschinen- und Bronzewarenfabrik L. A. Riedinger in Augsburg, stiftete anläßlich seines 25jährigen Dienstjubiläums der Arbeiter-Unterstützungskasse der Firma den Betrag von 2000 Mk.

Heis, Gustav, Rentner in Trier, testierte sein Vermögen im Betrage von 200 000 Mk. der Stadt zur Erziehung von sechs Waisenkindern.

Helm, Privatierseheleute in Nürnberg, stifteten letztwillig 50 000 Mk. für Augenkranke und 2300 Mk. für andere Wohlfahrtszwecke.

Hemmerde, Privatus in Hamburg, früher Industrieller in Hannover, schenkte dem Asyl für obdachlose Männer in Hamburg den Betrag von 100 000 Mk., wie er solches bereits früher in gleicher Höhe gethan.

Herfurth, weil. Industrieller, dann Rentner in Hainichen, stiftete testamentarisch 20 000 Mk. für städtische Arme sowie dem dortigen Militärverein 3000 Mk. für Unterstützungszwecke.

Herms, Sattlermeister in Leipzig, vermachte dem städtischen Armenamte ein Kapital von 1000 Mk.

Herzog, Rudolf, Konfektionsfirma in Berlin, stiftete 3000 Mk. für die oberbayrischen Überschwemmten.

Ehrentafel.

Herxheimer, Dr. Salomon, weil. Sanitätsrat, und Frau in Frankfurt a. M. stifteten 100 000 Mk. zur Errichtung einer Anstalt für unentgeltliche Behandlung unbemittelter Hautkranker.

Hölterhoff, Otto, Rentner, früher Großindustrieller in Honnef b. Bonn, hat zur Erinnerung an seine verstorbene Gemahlin, Tochter des früheren Professors Böcking in Bonn, sein ganzes Vermögen im Betrage von ca. 1 500 000 Mk. für die Errichtung eines „Damenheim" gestiftet. Die Insassen müssen einen Lehrkursus in einer bewährten Lehranstalt für Haushaltungsschulen durchgemacht haben, weil die mit dem Damenheim zu verbindende „Haushaltungslehrschule für Mädchen aller christlichen Konfessionen aus dem Volke" sowie ein gleichfalls damit zu verbindendes Haushaltungspensionat für Waisenmädchen von dem erstgenannten geleitet werden sollen.

Hösch, Eberhard, Großindustrieller in Düren, schenkte der Stadt 60 000 Mk. zur Erwerbung, resp. zum Ausbau eines Platzes für die Errichtung eines Moltkedenkmals.

— Karl Hugo, weil. Fabrikbesitzer, dann Rentner in Düren, vermachte testamentarisch 20 000 Mk. für die Stadtbibliothek, 50 000 Mk. für den städtischen Singverein, 6000 Mk. für das städtische Krankenhaus.

Hofstötter, weil. Kaufmann und Fabrikbesitzer, Erben, in Passau schenkten 4000 Mk. zur Begründung einer Christspende-Stiftung an arme Kinder.

Jung, Frau Auguste, Witwe des Fabrikbesitzers Pedro Jung in Hanau, hat für die städtische Schulanstalt dortselbst 225 000 Mk. vermacht, außerdem erhielten noch verschiedene gemeinnützige Anstalten ansehnliche Legate.

Kolbe, Dr., Inhaber der chemischen Fabrik v. Heyden in Radebeul b. Dresden, schenkte einen Betrag von 10 000 Mk. zum Bau des ersten größeren Arbeiterwohnhauses des Dresdner Spar- und Bauvereins.

Köthen, Karl, Fabrikbesitzer in Freiberg i. S., hat seine Arbeiter in dem Sinne am Geschäftsgewinn beteiligt, daß denselben alljährlich Anfang Oktober ein ansehnliches Geldgeschenk nach Maßgabe der Arbeitsleistung und der Arbeitsdauer des einzelnen überreicht wird. Zum ersten mal ist in diesem Jahre diese Gratifikation in Gestalt eines Sparkassenbuches überreicht worden.

Kuhtz, Wilh. Fr. Hermann, Rentier in Berlin, vermachte der Stadt ein Wohlthätigkeitslegat von 20 400 Mk.

Ehrentafel.

Lange, Theodor, Generaldirektor, Präsident des Intern. Transport-Versicherungsverbandes in Berlin, stiftete eine ihm zum 25jähr. Dienstjubiläum überwiesene Spende von 15 000 Mk. als „Theodor Lange-Stiftung" dem Verein zur Rettung Schiffbrüchiger für Prämien und stiftete außerdem ein Rettungsboot im Werte von 5000 Mk.

Mammen, Fr. August, weil. Kaufmann und Industrieller in Plauen, und Gemahlin stifteten letztwillig 20 000 Mk. der dortigen Kinderbewahranstalt.

Manheimer, B., Bankier in Berlin, stiftete 1000 Mk. für die oberbayrischen Überschwemmten.

Mendelssohn-Bartholdy, Ernst v., Geh. Kommerzienrat, Robert v. Mendelssohn und Franz v. Mendelssohn in Berlin stifteten zusammen den Betrag von 10 000 Mk. für die durch Hochwasser geschädigten Einwohner Oberbayerns.

Niewand, Justizrat in Halle, vermachte 2 000 000 Mk. zu Wohlfahrtseinrichtungen für die Bergleute der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gesellschaft.

Otto, F. E., Fabrikant und Stadtverordneter in Dortmund, stiftete 50 000 Mk. als Beitrag für die Errichtung eines Bismarck-Denkmals dortselbst.

Pfähler, Adolf, früher Kaufmann in Hamburg, hat ferner (vgl. S. 357) testamentarisch gestiftet: 15 000 Mk. für das Viktoriastift in Kreuznach, 15 000 Mk. der Adolfstiftung in Wiesbaden, 6000 Mk. dem ev. Rettungshaus in Wiesbaden, 6000 Mk. dem Näherinnenheim in Eppenhain, 6000 Mk. der Blindenanstalt in Wiesbaden, 3000 Mk. der Armenverwaltung Wiesbadens. Der einen großen Betrag bildende Vermögensrest fließt dem Kreis Saarbrücken zum Besten Hülfsbedürftiger zu.

Pflaum, Simon, Bankier in Fürth, errichtete zum Gedächtnis seiner Gattin zur Ausbildung von Mädchen eine Stiftung von 10 000 Mk.

Pintsch, Julius, Kommerzienrat in Berlin, schenkte für die oberbayrischen Überschwemmten den Betrag von 1000 Mk.

Renck, Frau Etatsrätin, in Neumünster i. H. hinterließ im Einverständnis mit ihrem bereits 1888 verstorbenen Mann der Stadt für Wohlthätigkeitszwecke ca. 300 000 Mk., nachdem schon früher der Stadt 440 000 Mk. von der Familie Renck überwiesen worden waren. Außerdem erhielt die Stadt den prächtigen Park der Familie Renck als Stadtpark sowie 20 000 Mk. zur Erhaltung desselben.

Ehrentafel.

Riedler, Prof., Rektor der technischen Hochschule zu Charlottenburg, schenkte der Hochschule Maschinen im Werte von 100 000 Mk. sowie dem Verein deutscher Ingenieure ein von ihm verfaßtes großes Werk über Arbeitsmaschinen, dessen voller Verkaufsertrag der Hülfskasse des Vereins zufließen soll. Der Schenkgeber trägt die gesamten Herstellungskosten des Werkes.

Sarfert, weil. Kommerzienrat in Reichenbach i. V., testierte 60 000 Mk. zur Errichtung von Kinderbewahr- und Kinderbeschäftigungsanstalten dortselbst.

Sieland, Frau verw., geb. Wagner, in Leipzig hinterließ der Stadt ein Vermächtnis von reichlich 100 000 Mk. zur Begründung einer E. F. Sieland-Stiftung für verwaiste Jungfrauen aus den besseren Ständen und testierte außerdem 15 000 Mk. an den Theater-Pensionsfond und 15 000 Mk. an die Becker'sche Blindenstiftung.

Steche, Otto, in Leipzig-Plagwitz schenkte dem Kirchenvorstand von Plagwitz einen wertvollen Bauplatz zum Zweck der Errichtung eines Heims für alleinstehende Frauen und Mädchen, während einige Großindustrielle die benötigte Bausumme von 120 000 Mk. schenkungsweise stifteten.

Stecher, Moritz, Lederwerkbesitzer in Freiberg i. S., errichtete anläßlich des 40jährigen Geschäftsjubiläums eine Stecherstiftung zum Besten der Angestellten der Firma.

Talbot, Kommerzienrat in Aachen, vermachte seiner Arbeiter-Pensionskasse 100 000 Mk. und für wohlthätige Stiftungen 200 000 Mk.

Veit, Geh. Kommerzienrat in Berlin, überwies anläßlich seiner 50jährigen Zugehörigkeit zur Firma Robert Warschauer & Co. der Reuterstiftung den Betrag von 15 000 Mk.

Voerster, Buchhändler, Erben, in Leipzig überwiesen der Biener'schen Blindenanstalt die Summe von 1000 Mk., dem Leipziger Lehrerinnenverein 5000 Mk.

Warschauer, Robert, & Co., Bankhaus in Berlin, stiftete 3000 Mk. zum Besten der oberbayrischen Überschwemmten sowie anläßlich des 50jährigen Bestehens dem Wohlthätigkeitsfonds der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft 60 000 Mk.

Wittmack, Weinhändler in Flensburg, stiftete testamentarisch der dortigen Seemannsstiftung 3000 Mk., dem Frauenverein für Krankenpflege 1000 Mk., der Kleinkinderschule 500 Mk.

Wünsche, Emil, Direktor der A.-G. für photographische Industrie vorm. Emil Wünsche in Dresden, stiftete anläßlich des 10jähr.

Ehrentafel.

Bestehens der Gesellschaft 10 000 Mk. zum Besten notleidender Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Karl-Zeiß-Stiftung in Jena spendete dem dortigen Frauenverein zur Errichtung eines eigenen Hauses den Betrag von 15 000 Mk.

Zwickau. Ein Kohlenbergwerksbesitzer stiftete 10 000 Mk. als Grundstock einer Begräbniskasse und sicherte bis auf weiteres dieser Kasse eine jährliche Beihülfe von 2000 Mk. zu.

Außerordentliche Zuwendungen für die Wohlfahrt ihrer Angestellten und Arbeiter, sowie für sonstige gemeinnützige Zwecke spendeten im vierten Vierteljahr 1899 folgende deutsche Aktiengesellschaften, industrielle Vereine und ähnliche Körperschaften:

(Hierunter nachträglich noch diejenigen Zuwendungen für 1899, welche bisher nicht aufgeführt waren.)

Aachen. Aachener Stahlwarenfabrik vorm. Karl Spranemeyer: 1000 Mk. Gewinnanteile den Arbeitern.

— Kleinbaugesellschaft: 3000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Alfeld a. d. Leine. Hannoversche Papier-Fabriken: 6000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Anklam. Pommersche Zuckerfabrik: 7550 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Annweiler i. d. Pfalz. Emaillierwerke vorm. Frz. Ullrich: 3000 Mk. an Gratifikationen.

Ars a. d. Mosel. Lothringer Eisenwerke: 6000 Mk. zu Gratifikationen und Unterstützungen.

Augsburg. Zahnräderfabrik vorm. Joh. Renk: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Maschinen- u. Bronzewarenfabrik vorm. L. A. Riedinger: 12 000 Mk. für Gratifikationen an Beamte und Meister, 20 000 Mk. Geschenk an die Arbeiter-Unterstützungskasse, 30 000 Mk. zur Gründung eines Beamten-Pensionsfonds, 10 000 Mk. dem Dispositionskonto.

— Kronenbräu vorm. M. Wahl: 19 000 Mk. für Gratifikationen.

— Gesellschaft für Gasindustrie: 15 000 Mk. dem Unterstützungskonto für Angestellte und Arbeiter, 25 000 Mk. dem Dispositionskonto.

Bedburg. Rheinische Linoleumwerke: 9000 Mk. Gratifikationen an Beamte und für Stiftungen.

Ehrentafel.

Berlin. Akkumulatorenfabrik: 9000 Mk. zu Gratifikationen und Unterstützungen, 4568 Mk. dem Dispositionsfonds für mildthätige Zwecke, 100 000 Mk. für einen zu gründenden Unterstützungs- und Pensionsfonds für Beamte.

— Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.-G.: 50 000 Mk. dem Beamtenfonds, 40 000 Mk. dem Arbeiterfonds.

— Bock-Brauerei: 15 000 Mk. zur Bildung eines Unterstützungsfonds, 6000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

— Elektrizitätswerke: 95 098 Mk. Gratifikationen für die Beamten, Dotation der Krankenkasse und des Pensionsfonds, 80 000 Mk. Beisteuer zu der Stiftung für weibliche Angestellte und Angehörige resp. Hinterbliebene der Angestellten.

— Deutsche Gasglühlicht A.-G.: 15 000 Mk. Remuneration, 6000 Mk. Unterstützungen.

— Admiralsgartenbad: 15 000 Mk. zur Begründung eines Pensionsfonds für die Angestellten, anläßlich des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft.

— Berlin-Gubener Hutfabrik vorm. A. Cohn: 6000 Mk. Gratifikationen an die Angestellten.

— Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft: 352 500 Mk. Gratifikationen an Beamte und Dotierung des Pensionsfonds, 352 500 Mk. für Wohlfahrtseinrichtungen.

— Schultheißbrauerei: 100 000 Mk. Gratifikationen und Unterstützungen.

— A.-G. für elektrische Licht- und Kraftanlagen: 3000 Mk. Gratifikationen.

— Maschinenbau A.-G. vorm. L. Schwartzkopff: 35 000 Mk. Gratifikationen, 10 000 Mk. Stiftungsbeitrag.

— A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation: 15 000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 10 000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds.

— A.-Brauerei-G. Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer: 10 000 Mk. Gratifikationen.

— „Archimedes", A.-G. für Stahl- und Eisenindustrie: 25 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— A.-G. vorm. Frister & Roßmann: 16 284 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Allg. Berliner Omnibus A.-G.: 16 408 Mk. dem Dispositionsfonds.

— Allg. Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Berlin. Cichorienfabrik vorm. H. L. Voigt: 2700 Mk. Gratifikationen.
— Berliner Holz-Comptoir (Holzverwertungsfabriken): 8630 Mk. Tantieme an die Beamten, 8630 Mk. Pensions- und Unterstützungsfonds.
— Brauerei Pfefferberg vorm. Schneider & Hillig: 10 000 Mk. Gratifikationsfonds, 5000 Mk. Unterstützungsfonds.
— Weißbierbrauerei: 680 Mk. dem Dispositionsfonds.
— Erste Deutsche Fein-Jute-Garnspinnerei: 1500 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.
— Norddeutsche Eiswerke: 10 225 Mk. Gratifikationen an die Beamten.
— Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken: 3000 Mk. Remuneration für Angestellte.

Bielefeld. Maschinenfabrik vorm. Dürkopp & Co.: 15 000 Mk. Unterstützungs- und Pensionsfonds.
— Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Hengstenberg & Co.: 2000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Bismarckhütte O.-Schl. Bismarckhütte: 30 000 Mk. für die Arbeiter-Unterstützungskasse (Sigismund Born-Stiftung), 30 000 Mk. der zu gründenden Beamten-Pensionskasse, 28 000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter, 10 000 Mk. für die geplante technische Hochschule in Breslau, 10 000 Mk. zum Bau einer Kirche.

Bochum. Westfälische Stahlwerke: 250 000 Mk. dem Dispositionsfonds, 243 414 Mk. Gewinnanteil und Gratifikationen, 40 000 Mk. Unterstützungfonds für Beamte und Arbeiter.
— Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation: 250 000 Mk. der Arbeiterstiftung (Baare-Gedächtnis-Stiftung), 50 000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.
— Eisenhütte „Westfalia“: 4000 Mk. an Gratifikationen.

Böllberg-Halle. Hildebrandsche Mühlenwerke: 6000 Mk. Gratifikationen.

Braunschweig. Maschinenfabrik und Maschinenbauanstalt G. Luther: 30 000 Mk. für Gratifikationen und Unterstützungen.

Bremen-Besigheim. Oelfabriken: 2000 Mk. Gratifikationen.
— A.-G. „Weser“: 5000 Mk. zur Gründung einer Beamten-Pensionskasse.

Breslau. A.-G. für Eisenbahn-Wagenbau: 10 000 Mk. für den Bau einer technischen Hochschule in Breslau, 3000 Mk. für das Kaiser Friedrich-Denkmal, 50 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Burbach. Luxemburger Bergwerks- u. Saarbrücker Eisenhütten A.-G. Burbacher Hütte: 100 000 Mk. für die Arbeiter-Sparkasse.

Charlottenburg. Berliner A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation vorm. Freund & Co.: 8000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds, 12 000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Chemnitz. Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann: 15 000 Mk. dem Dispositionsfonds für Beamten, 10 000 Mk. der Arbeiter Unterstützungskasse.

— Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Joh. Zimmermann: 6000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Aktien-Lagerbier-Brauerei Schloß Chemnitz: 10 000 Mk. dem Wohlfahrtskonto.

Crimmitschau. Maschinenfabrik: 1000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Culm a. W. Höcherlbräu: 3000 Mk. Gratifikationen.

Cunnersdorf bei Hirschberg. Schlesische Cellulose- und Papierfabriken: 1000 Mk. dem Arbeiterfonds.

Dessau. Aktienbrauerei zum Feldschlößchen: 2340 Mk. Gratifikationen.

Dortmund. Eisen- und Stahlwerk Hoesch: 150 000 Mk. der Beamten-Pensionskasse, 50 000 Mk. dem Albert Hoesch-Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Maschinenfabrik „Deutschland": 30 000 Mk. zur Begründung einer Beamten-Pensionskasse, 9016 Mk. für den Arbeiter-Unterstützungsfonds, 6000 Mk. Gratifikationen.

— Aktienbrauerei: 10 000 Mk. Unterstützungsfonds.

— Eisenwerk Rothe Erde: 25 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Dresden-Döhlen. A.-G. für Glasindustrie, vorm. Fr. Siemens: 15 000 Mk. als Gewinnbeteiligungsbetrag an alle Arbeiter, welche zwei Jahre (je ein Wochenlohn) resp. ein Jahr (½ Wochenlohn) ununterbrochen bei der Firma beschäftigt und in dieser Zeit nicht unentschuldigt von der Arbeit fern geblieben waren.

— Sächsische Gußstahlfabrik: 35 000 Mk. Gratifikationen, 25 000 Mk. der Beamten-Pensionskasse, 30 000 Mk. dem Dispositionsfonds zum Besten des Fabrikpersonals, 3000 Mk. der Arbeiterschulkasse.

— Elektron, A.-G.: 1500 Mk. Gratifikationen.

— Papierfabrik: 10 137 Mk. Tantieme für Beamte, 5000 Mk. dem Unfall- u. Unterstützungskonto, 3000 Mk. d. Beamten-Pensionskasse.

— Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Seck: 10 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungskonto, 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfondskonto, 2500 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfondskonto in Schmiedeberg.

Ehrentafel.

Dresden. Sächsische Elektrizitätswerke vorm. Pöschmann & Co.: 2500 Mk. Gratifikationen, 3000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Brauerei zum Felsenkeller: 15 000 Mk. an den Unterstützungsfonds, 16 000 Mk. an Beamte und Arbeitnehmer.

Duisburg. Maschinenbau-A.-G. vorm. Bechem & Keetmann: 50 000 Mark für Arbeiterwohnungs-Vermehrung.

Durlach. Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei: 4000 Mk. Gratifikationen.

Düsseldorf. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Karl Weyer & Co.: 48 950 Mk. für den Unterstützungsfonds.

— Eisenhüttengesellschaft: 5000 Mk. dem Arbeiterfonds.

— Adlerbrauerei vorm. Rudolf Dorst: 1600 Mk. Gratifikationen.

Elsenthal. Holzstoff- und Papierfabrik Menzel & Co.: 1408 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Eschweiler-Aue. Eisenwalzwerk: 5000 Mk. zur Bildung eines Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds.

— Bergwerksverein: 80 000 Mk. der Beamten- und Arbeiterkasse.

Essen a. d. Ruhr Maschinenbau-A.-G. „Union": 11 139 Mk. Gewinnanteile, 11 482 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsbestand und Belohnungen.

— Arenbergsche A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb: 100 000 Mk. den Unterstützungskassen.

Eutin. Eutin-Lübecker-Eisenbahngesellschaft: 3000 Mk. der Pensions-, Witwen- und Waisenkasse.

Flensburg. Schiffsbau-Gesellschaft: 130 000 Mk. Zuweisung an den Dispositionsfonds, 52 557 Mk. Zuweisung an den Unterstützungsfonds für Beamte, 30 000 Mk. dem Fonds für Wohlfahrtseinrichtungen.

Frankfurt a. M. Bierbrauerei-Gesellschaft vorm. Henninger & Sohn: 15 000 Mk. an Gratifikationen.

— Elektricitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co.: 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 30 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

— Schuhfabrik vorm. Otto Herz & Co.: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 5000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

— Kempfs Aktienbrauerei: 3950 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Frankenthal. Maschinen- und Armaturfabrik vorm. Klein, Schanzlin & Becker: 10 000 Mk. dem Unterstützungs- und Pensionsfonds.

— Schnellpressenfabrik Albert & Co. bestimmte zum 40jähr. Jubiläum

Ehrentafel.

der Firma und gelegentlich der Fertigstellung der 5000sten Maschine den Betrag von 60 000 Mk. für eine Stiftung, die den Arbeitern während der Sommermonate Erholungsaufenthalt in gesunden Gebirgsorten ermöglichen soll.

Frauſtadt. Zuckerfabrik: 18 000 Mk. für Remunerationen an Beamte, 1000 Mk. der Arbeiterkrankenkasse, 2000 Mk. der Armenkasse der Stadt Frauſtadt, 500 Mk. Beitrag für wohlthätige Zwecke.

Freiburg i. Br. Löwenbrauerei vorm. Louis Sinner: 9000 Mk. Gratifikationen.

— i. Schl. A.-G. für Schlesische Leinen-Industrie vorm. Kramsta & Söhne: 15 000 Mk. dem Pensionsfonds, 15 000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 13 651 Mk. dem Unterstützungskonto, 8500 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Friedrichsfeld i. Baden. Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation: 10 000 Mk. Gratifikationen.

Fürth. Aktienbrauerei vorm. Gebr. Grüner: 3377 Mk. der Arbeiter-Pensions- und Unterstützungskasse an Zinsen, 3000 Mk. der Pensionskasse.

Gaggenau. Eisenwerke: 4000 Mk. Gratifikationen.

Gelsenkirchen. Schalker Gruben- und Hüttenverein: 100 000 Mk. an Zuwendung zum Pensionsfonds.

— Gußstahl- und Eisenwerke vorm. Munscheid & Co.: 20 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Georgenburg. Zuckerfabrik „Union": 6500 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Golzern. Maschinenbauanstalt vorm. Gottschald & Nötzli: 4000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 1000 Mk. der Fortbildungs- und Handwerkerschule, 5000 Mk. Gratifikationen.

Görlitz. A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial: 50 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Maschinenbauanstalt und Eisengießerei: 20 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 18 000 Mk. Gratifikationen für Beamte, 12 000 Mk. der Beamten-Witwenkasse, 5000 Mk. für ein Arbeiterfest, 1000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke.

— Aktienbrauerei: 9364 Mk. für den Dispositionsfonds, 15 000 Mk. für den Beamten-Pensions- und Arbeiter-Unterstützungsfonds, 4750 Mk. Gratifikationen an die Beamten und das Fabrikpersonal.

Gotha. Waggonfabrik vorm. Fritz Bothmann & Glück: 1800 Mk. Gratifikationen, 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Greiz. Vereinsbrauerei: 6000 Mk. Gratifikationen.

Ehrentafel.

Grünwinkel. Gesellschaft für Brauerei und Preßhefenfabrikation vorm. G. Sinner: 1095 Mk. dem Wohlfahrtskonto.

Gütersloh. Dampffleischwarenfabrik Vogt & Wolff: 5050 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Halle a. d. S. Deutsch-amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Gust. Krebs: 3000 Mk. Gratifikationen.

Hamburg. Breitenburger Portland-Cementfabrik: 5000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

— Brauerei „Germania": 6000 Mk. Tantième für die Beamten.

— Hamburger Aktienbrauerei: 4880 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Malzfabrik: 4000 Mk. Gratifikationen an Vorstand und Beamte.

Hanau. Hofbrauhaus Hanau vorm. G. Ph. Nicolay: 5000 Mk. für Gratifikationen.

Hannover. Portland-Cementfabrik: 8000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 25 000 Mk. dem Dispositionsfonds zur Wohlfahrt der Arbeiter.

— Hannoversche Maschinenbau-A.-G. vorm. Georg Egestorff: 50 000 Mark dem Arbeiter-Dispositionsfonds, 50 000 Mk. der Witwen- und Waisenkasse, 30 000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Meister.

— Telephonfabrik vorm. J. Berliner: 5000 Mk. Remunerationen, 2000 Mk. dem Dispositionsfonds für Arbeiterzwecke.

— Eisenwerk Wülfel: 3000 Mk. dem Dispositionsfonds, 3000 Mk. der Arbeiter-Unterstützungskasse.

Harpen. Bergbau-A.-G.: 45 000 Mk. Zuwendung für gemeinnützige Zwecke, 45 000 Mk. Zuwendung zum Bau von Haushaltungs- und Kleinkinderschulen.

Heidelberg. Aktienbrauerei vorm. Kleinlein: 5000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Heilbronn a. N. Salzwerke: 5000 Mk. dem Pensions- und Unterstützungsfonds.

— Zuckerfabrik: 10 000 Mk. zu Gratifikationen, 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Hirschberg i. Schl. Lederfabrik vorm. Heinrich Knoch & Co.: 6000 Mark dem Unterstützungsfonds.

Hohenkrug i. P. Pommersche Papierfabrik: 6000 Mk. dem Arbeitersparfonds, 3000 Mk. für Arbeiter-Wohlfahrtszwecke.

Kalk b. Köln. Façoneisenwalzwerk L. Mannstädt & Co.: 8000 Mk. für die Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskassen.

Kappel. Maschinenfabrik: 30 000 Mk. für Arbeiter- 2c. Zwecke.

Ehrentafel.

Karlsruhe. Nähmaschinenfabrik vorm. Haid & Neu: Geldgeschenke bis zu 100 Mk. an die Arbeiter gelegentlich der am 2. Oktober erfolgten Fertigstellung der 500 000sten Nähmaschine.

Kelsterbach. Süddeutsche Waggonfabrik: 150 000 Mk. für Arbeiterwohnungen.

Kiefersfelden. A.-G. für Marmorindustrie: 5000 Mk. dem Personalexigenzfonds.

Kiel. Brauerei „Zur Eiche": 4000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Kirrweiler. Blech- und Emaillirwarenfabrik: 16 346 Mk. zu Gewinnanteilen und Belohnungen.

Köln a. Rh. „Helios", Elektricitäts-A.-G.: 100 000 Mk. dem Verfügungsfonds, 30 000 Mk. Belohnungen, 40 000 Mk. dem Unterstützungs- und Versorgungsbestand.

— A.-G. für Rheinisch-Westfälische Industrie: 4663 Mk. Gratifikationen.

— -Klettenberg. Cito-Fahrradwerke: 11 427 Mk. Gewinnanteile den Beamten.

— -Müsener Aktien-Bergwerksverein: 2879 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Königsberg i. Pr. Pferdeeisenbahn-Gesellschaft: 2000 Mk. dem Unterstützungsfonds, 2700 Mk. Gratifikationen.

— Ostpreußische Südbahn: 32 400 Mk. Remunerationen.

Kottbuser Maschinenbauanstalt und Eisengießerei: 20 933 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Kulmbach. Reichelbräu: 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Exportbrauerei vorm. Rizzi: 9000 Mk. Gratifikationen, 4000 Mk. dem Arbeiterfonds.

— Erste Kulmbacher Aktien-Export-Bierbrauerei: 7500 Mk. dem Pensions- und Unterstützungsfonds.

Laar b. Ruhrort. Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb: 100 000 Mk. dem Dispositionsfonds zur Unterstützung von Beamten und Arbeitern.

Lampertsmühle b. Kaiserslautern. Baumwollspinnerei und -Weberei vorm. G. F. Grohé-Henrich: 10 000 Mk. Gratifikationen.

Landsberg a. W. Ferd. Bendix Söhne, A.-G. für Holzbearbeitung: 5000 Mk. dem Arbeiterpensionsfonds.

— Maschinenbau-Anstalt, Eisengießerei und Dampfkesselfabrik, H. Paulsch: 12 492 Mk. Remuneration, 3000 Mk. Pensionskasse, 3000 Mk. Witwenkasse.

Landshut. A.-G. für chemische Produkte vorm. Scheidemantel: 17 000 Mk. zu Gratifikationen.

Ehrentafel.

Langenoels. Schlesische Holzindustrie-Gesellschaft vorm. Ruscheway & Schmidt: 5400 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Lauchhammer. Vereinigte vorm. Gräfl. Einsiedelsche Werke: 20 000 Mark dem Beamtenfonds.

Laurahütte. Vereinigte Königs- und Laurahütte: 1 269 968 Mk. zu Arbeiter-Wohlfahrtszwecken.

Leipzig-Sellerhausen. Maschinenbau-Anstalt Kirchner & Co.: 10 000 Mark der Beamten- und Arbeiterkasse, 18 000 Mk. für Belohnungen.

— Vereinsbierbrauerei: 6496 Mk. Gewinnanteile an die Beamten (außer Vorstand und Aufsichtsrat).

— Aktienbrauerei zu Gohlis b. Leipzig: 7000 Mk. Gratifikationen und Gewinnanteile an die Beamten.

— Große Leipziger Straßenbahn: 20 000 Mk. dem Beamten-Unterstützungsfonds.

Leopoldshall. Concordia, chemische Fabrik auf Aktien: 5000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Linden. Lindener Aktienbrauerei vorm. Brande & Mayer: 2871 Mark Ergänzung des Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 20 000 Mk. einmalige Zuwendung dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Lobenstein. Erste oberländische Dampfbierbrauerei-A.-G.: 1920 Mk. Gratifikationen.

Ludwigshafen a. Rh. Aktienbrauerei: 6000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Lüneburg. Wachsbleiche vorm. J. Börstling: 7500 Mk. Gratifikationen, 5000 Mk. zur Gründung eines Arbeiter-Pensionsfonds.

Magdeburg. Allgemeine Gas-Aktien-Gesellschaft: 10 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

— Straßen-Eisenbahngesellschaft: 61 078 Mk. dem Dispositionsfonds.

Mainz. Verein für chemische Industrie: 5000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.

Mannheim. A.-G. für Seilindustrie vorm. Ferd. Wolff: 100 000 Mark einem Dispositionsfonds, 5000 Mk. Gratifikationen.

— Badische A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport: 10 600 Mk. Gratifikationen.

— Badische Brauerei: 10 000 Mk. Unterstützungsfonds, 10 000 Mk. Belohnungen.

— Zellstofffabrik Waldhof: 20 000 Mk. dem Pensionsfonds.

Markranstädt. Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei vorm. Louis Walters Nachfolger: 1000 Mk. der Arbeiter-Unterstützungskasse.

Ehrentafel.

Masmünster i. E.. Baumwollspinnerei und -Weberei Nap. Köchlin & Co.: 4334 Mk. dem Arbeiterfonds.

Meißen. Jacobiwerke: 6000 Mk. Gratifikationen, 16 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Aktienbrauerei Felsenkeller: 1500 Mk. für Gratifikationen, 2639 Mark Gewinnanteil an die Beamten.

Mülhausen i. E. Elsässische Maschinenbau-Gesellschaft: 200 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

— Baumwoll-Gesellschaft vorm. Schlumberger fils & Co.: 27 944 Mk. für den Unterstützungsfonds.

— Spinnerei und Weberei vorm. Kullmann & Co: 2708 Mk. dem Dispositionsfonds.

Mülheim (Ruhr). Bergwerksverein Friedrich-Wilhelmshütte: 30 000 Mark zu einem Beamten-Unterstützungs- und Pensionsfonds.

München. Gasbeleuchtungs-Gesellschaft: 50 000 Mk. zur Verteilung an die Arbeiter.

— Chromolithographische Kunstanstalt: 1125 Mk. für Remunerationen.

— Salvatorbrauerei: 2000 Mk. Unterstützungsfonds.

— Bürgerliches Brauhaus: 10 000 Mk. zur Verstärkung des Fonds für Personalexigenz, 10 000 Mk. zur Verstärkung des Grundstocks für Errichtung einer Arbeiter-Unterstützungskasse.

— Aktienbrauerei zum Eberl-Faber: 25 000 Mk. dem Dispositionsfonds.

Neckerau-Mannheim. A.-G. für Seilindustrie: 5000 Mk. Gratifikationen, 100 000 Mk. für Errichtung eines Dispositionsfonds.

Neidenfels (Pfalz). Gebr. Hemmer, Maschinenfabrik: 7607 Mk. für Arbeiter-Wohlfahrtszwecke.

Neustadt-Harzburg. Mathildenhütte: 1430 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Nürnberg. Aktienbrauerei: 6000 Mk. dem Dispositionsfonds.

— Brauhaus: 5000 Mk. Gratifikationen.

— Vereinigte Pinselfabriken: 2500 Mk. dem Fonds für Wohlfahrtseinrichtungen, 1250 Mk. Gratifikationen.

— -Muggenhof. Nürnberger Velocipedfabrik „Herkules" vorm. Karl Marschütz & Co.: 25 659 Mk. für Tantiemen, Gratifikationen und Unterstützungen.

— Brauerei vorm. Henninger: 6000 Mk. dem Dispositionsfonds.

— Bierbrauereigesellschaft vorm. Gebr. Lederer: 2000 Mk. für Gratifikationen.

Oberbruck i. E. A.-G. vormals Zeller Frères & Cie.: 23 020 Mk. dem Dispositionsfonds.

Ehrentafel.

Oberrad b. Frankfurt a. M. Brauerei Stern: 6800 Mk. zu Gratifikationen, 10 000 Mk. zur Errichtung eines Unterstützungsfonds.

Offstein. Zuckerfabrik: 2800 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 3000 Mk. dem Arb.-Wohlf.-Fonds.

Osnabrück. Georgs-Marien Bergwerks- u. Hüttenwerke: 50 000 Mk. der Pensionskasse, 106 000 Mk. dem Arbeiterdispositionsfonds.

Penig. Patentpapierfabrik: 10 000 Mk. der Arbeiter-Pensionskasse, 10 000 Mk. der Arbeiter-Witwen- und Waisenkasse, 10 000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.

— Maschinenfabrik und Eisengießerei: 2000 Mk. Gratifikationen an Beamte, 5000 Mk. dem Arbeiterwohlfahrtsfonds.

Pirna. Malzfabrik vorm. Lipps & Co.: 4000 Mk. zu Gratifikationen für Beamte und Arbeiter.

Plauen i. V. Gardinenfabrik: 10 000 Mk. für den Pensionsfonds.

— b. Dr. Sächsische Malzfabrik: 1850 Mk. für Gratifikationen an die Beamten.

Posen. Bierbrauerei vorm. Gebr. Hugger: 4000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter.

— Chemische Fabrik vorm. Milch: 10 000 Mk. Unterstützungsfonds f. Beamte.

Rombach. Hüttenwerke: 10 000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds, 12 000 Mk. Restzuschuß zum Bau der Kirche.

Rostock. Mahn & Ohlerich, Bierbrauerei: 2000 Mk. dem Unterstützungsfondskonto.

Salzungen. A.-G. Saline u. Solbad: 8635 Mk. dem Dispositionsfonds.

Sangerhausen. Aktien-Dampfbrauerei Feldschlößchen: 2918 Mk. Tantieme u. Gratifikationen an die Beamten.

Schalke. Gruben- und Hüttenverein: 100 000 Mk. dem Pensionsfonds.

— F. Kuppersbusch & Söhne: 10 000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Schweinfurt. Vereinigte chemische Fabriken: 8000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Speyer a. Rh. Bayrische Bierbrauereigesellschaft vorm. H. Schwartz: 5000 Mk. Remuneration an Beamte und Arbeiter, 1000 Mk. Beitrag an das Hist. Museum, 300 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

— Brauereigesellschaft zur Sonne vorm. G. Weltz: 3324 Mk. Zuweisung zum Unterstützungsfonds.

Ehrentafel.

Straßburg i. E.: Straßenbahngesellschaft: 10 000 Mk. dem Pensions- und Unterstützungsfonds.

Staßfurt. Staßfurter chemische Fabrik vorm. Vorster & Grünberg: 12 000 Mk. Gratifikationen, 10 000 Mk. Unterstützungsfonds.

Stuttgart. Deutsche Verlagsanstalt: 25 000 Mk. für Gratifikationen, 10 000 Mk. dem Invalidenfonds, 11 000 Mk. an die Beamten.

Thale. Eisenhüttenwerk: 6000 Mk. dem Arbeiterdispositionsfonds, 6000 Mk. für den Kirchenbau in Thale, 6000 Mk. an Gratifikationen.

Trier. Winzer-Verein: 5621 Mk. dem Aufsichtsrat zu gemeinnützigen Zwecken des Bauern- und Winzerstandes zur Verfügung gestellt.

Unna-Königsborn i. W. A.-G. für Bergbau, Salinen- und Solbad-Betrieb: 7410 Mk. dem Dispositionsfonds.

Venusberg. Gebr. Schüller A.-G.: 1179 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Waghäusel. Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation: 10 000 Mk. Gratiale an Beamte und Angestellte.

Weingarten. Maschinenfabrik: 7300 Mk. an Gratifikationen, 2000 Mk. zur Bildung eines Arbeiterunterstützungsfonds.

Weißwasser O.-L. Schlesische A.-G. für chemische Industrie: 3300 Mk. für Beamte.

Westerregeln. Alkaliwerke: 40 000 Mk. dem Pensions-Unterstützungsfonds.

Witten. Gußstahlwerk: 50 000 Mk. dem Beamten-Pensionsfonds, 15 000 Mk. zu Belohnungen an Beamte und Meister, 30 000 Mk. für Arbeiterprämien und Unterstützungszwecke.

Worms a. Rh. Filter- und Brautechnische Maschinenfabrik vorm. L. A. Enzinger: 9364 Mk. dem Dispositionsfonds, 15 000 Mk. dem Beamten-Pensions- und Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Zabrze O.-S. Konsolidirte Redenhütte: 6000 Mk. zu Gratifikationen an Beamte.

Zell i. W. Mechanische Weberei: 5000 Mk. dem Dispositionsfonds.

In vorstehendem Verzeichnis befinden sich aufgeführt, ohne daß die Höhe der Summe oder des Wertes für diese Zuwendungen ermittelt werden konnte: 2 Bauplätze für Asyle, 1 Park, 4 Stiftungen, Gewinnbeteiligungsprämien und Geldgeschenke.

Zusammenstellung

der in der „Ehrentafel" des „Arbeiterfreund" pro Oktober bis Dezember 1899 zahlenmäßig aufgeführten, von Industriellen, Privaten und Aktiengesellschaften ꝛc. des Deutschen Reichs den Werksbeamten, Arbeitern und deren Angehörigen, sowie auch den unbemittelten Volksklassen im allgemeinen gemachten außerordentlichen Geschenke und Stiftungen.

Gesamtbetrag aller Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse . . . . . Mk. 15 748 608

Hiervon entfallen auf:	von Privaten Mk.	von Aktiengesellschaften ꝛc. Mk.	In Summa Mk.
Pensions- und Unterstützungsfonds, sowie Stiftungen f. Werksbeamte, Arbeiter u. deren Angehörige	327 000	3 009 354	3 336 354
Prämien, Gratifikationen, Gewinnanteile	—	1 843 268	1 843 268
nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke	2 000 000	2 989 522	4 989 522
nicht besonders bezeichnete gemeinnützige Zwecke	1 008 700	61 179	1 069 879
Kinderfürsorge	105 500	—	105 500
Altenheime und Bürgerasyle	373 000	—	373 000
Krankenpflege u. Genesenenfürsorge	186 900	1 000	187 900
Gesundheitspflege (auch Bäder, sowie für Arbeiterferien)	—	60 000	60 000
Blinden- u. Taubstummen-Fürsorge	848 680	—	848 680
Obdachlosen-Fürsorge	100 000	—	100 000
Wohnungsfürsorge	10 000	235 000	245 000
Erziehungs- und Unterrichtszwecke	1 941 000	49 000	1 990 000
Bildungszwecke (auch Bibliotheken)	220 000	20 000	240 000
Kirchliche Zwecke	60 000	28 000	88 000
Armenunterstützung im allgemeinen	35 500	2 000	37 500
Kunstpflege (Museen, Denkmäler)	181 000	4 000	185 000
Rettung Schiffbrüchiger	20 000	—	20 000
Für Ueberschwemmte	19 000	—	19 000
Festlichkeiten für Angestellte und Arbeiter	5 000	5 000	10 000
	7 441 280	8 307 323	15 748 603

Die Zahl der bei diesen Spenden beteiligten Faktoren beläuft sich auf 279, hierunter befinden sich 217 Aktiengesellschaften ꝛc. und 62 private Arbeitgeber resp. ehemalige Arbeitgeber und deren Rechtsnachfolger.

Dezember 1899. Peter Schmidt.

V. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 27. Oktober 1899,
Königin Augustastraße 25/27 im Reichsversicherungsamt.
(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) Vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender, Dr. Rösing, Dr. Schmoller, Schrader, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: Dr. Böhmert-Dresden, Dr. Lachmann, Niethammer-Kriebstein, Dr. Post; c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Dr. Albrecht, Blanckertz, Goldschmidt, Herrfurth, Kalle-Wiesbaden, Kohlert, Lent, Mugdan, Graf Pilati-Lüneburg, Rospatt, von Schlittgen-Malmitz, Dr. Sering, Sombart-Magdeburg, Spindler, Dr. von Studnitz.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7½ Uhr und macht folgende Mitteilungen:

Der Centralverein hat durch den am 23. Oktober d. J. eingetretenen Tod seines verdienten Schatzmeisters Herrn Valentin Weisbach einen herben Verlust erlitten. Am Sarge ist ein Kranz niedergelegt worden, auch ist ein ehrender Nachruf veröffentlicht. Die Anwesenden ehren den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Am 10. Mai d. J., dem 100jährigen Geburtstage des Mitbegründers und ehemaligen langjährigen Vorsitzenden des Centralvereins, des im Jahre 1868 verstorbenen Präsidenten Dr. Adolf Lette, sind in Berlin Gedächtnisfeiern veranstaltet worden, bei denen, und zwar im Rathause der Vorsitzende, und im Berliner Handwerkerverein Vorstands-Mitglied Dr. Rösing den Verein vertreten haben. Auf das Grab des Verewigten ist ein Kranz niedergelegt worden.

Ferner wurde mehreren um den Centralverein verdienten Männern vom Vorsitzenden namens des Vereins Glückwünsche ausgesprochen und zwar:

dem langjährigen Mitgliede Herrn Gumprecht in Meran zu seinem 80. Geburtstage;

dem Mitgliede des Ausschusses und langjährigen Redakteur des Arbeiterfreund, Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Victor Böhmert in Dresden zu seinem 70. Geburtstage;

dem Vorstandsmitgliede und ältesten Mitgliede des Centralvereins, Herrn Sanitätsrat Dr. Neumann zu seinem 80. Geburtstage.

Die Versammlung nahm diese Mitteilungen zustimmend entgegen.

Die seit der letzten Sitzung eingegangenen Drucksachen wurden zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Durch die im Frühjahre versandten Einladungen zum Beitritt hat der Centralverein 87 neue Mitglieder gewonnen und zwar: 19 Behörden, Körperschaften, Vereine; 24 Aktien- und andere Gesellschaften; 6 persönliche Mitglieder in Berlin; 16 persönliche Mitglieder in preußischen Provinzen und 22 persönliche Mitglieder in anderen deutschen Staaten. Der Nettoüberschuß aus den Jahresbeiträgen dieser Mitglieder für 1899 beträgt etwa 400 Mark. Der Verein zählt nach diesem Zuwachs gegenwärtig 1125 Mitglieder.

II. Wahlen. Der auswärtige Ausschuß ist durch zwei Mitglieder zu ergänzen. In den Vorstand ist ein Mitglied an Stelle des verstorbenen Herrn Weisbach und in den Ausschuß der Berliner Mitglieder an Stelle des in den auswärtigen Ausschuß eintretenden Herrn Minlos ein Mitglied zu wählen.

Nach Nennung von Namen mehrerer Kandidaten wird beschlossen, die Wahl bis zu der bevorstehenden Hauptversammlung der Mitglieder zu vertagen.

III. Zu Revisoren für die Prüfung der Jahresrechnung für 1898 werden die Herren Geheimer Kommerzienrat Spindler und Landes-Ökonomierat Nobbe gewählt, ersterer zugleich, nach Erledigung der Revision, an Stelle des verstorbenen Herrn Weisbach zum Schatzmeister.

Zur Aufbewahrung der Effekten-Stämme des Vereinsvermögens, welche bisher in den Händen des Herrn Spindler waren, erklärt sich Herr Fabrikbesitzer Dr. Lachmann bereit.

Zur Erleichterung des Schatzmeisters soll künftig der Vereinssekretär die Jahresbeiträge der Mitglieder einsammeln und in größeren Posten an die Kasse abliefern.

Der Vorsitzende wurde ermächtigt, in diesem Sinne mit Herrn Spindler zu verhandeln. —

IV. Die Proponenten von Vorschlägen für eine Sammlung und Veröffentlichung aller freiwilligen Aufwendungen für Arbeiter-Wohlfahrt haben die beabsichtigte Besprechung mit anderen geeigneten Persönlichkeiten bisher nicht abhalten können.

Es wird vorgeschlagen, die weitere Berathung über den Gegenstand zu vertagen, bis das Ergebnis der in der Ausführung begriffenen Bestandsaufnahme der gemeinnützigen Vereine und Anstalten in der Provinz Hannover übersehen werden kann.

Die Proponenten, denen die in Hannover benutzten Fragebogen zugängig gemacht werden sollen, werden hiernach die Angelegenheit weiter verfolgen.

V. Über den Fortgang der vorerwähnten Bestandsaufnahme macht Herr Dr. Post einige Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Vorlegung des gesamten Materials binnen wenigen Wochen zu erwarten ist.

VI. Herr Schrader sagt die Veröffentlichung seines durch spätere Beobachtungen zu vervollständigenden Berichtes über den Haushaltungs-Unterricht im „Arbeiterfreund" zu.

VII. Es wird beschlossen, die diesjährige ordentliche Hauptversammlung der Vereinsmitglieder Freitag den 8. Dezember abends 7 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnug: Jahresbericht und Wahlen.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

v. w. o.

Dr. Herzog,	Dr. J. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Ordentliche Hauptversammlung der Mitglieder.

Berlin, den 8. Dezember 1899 Abends 7 Uhr,
Königin Augustastraße 25/27, im Reichsversicherungsamt.

Die nach dem Beschluß des vereinigten Vorstandes und Ausschusses vom 27. Oktober d. J. auf heute anberaumte ordentliche Hauptversammlung der Mitglieder wurde von dem Vorsitzenden des Vorstandes, Wirklichen Geheimen Rat, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog um 7¼ Uhr mit einer Begrüßung der Anwesenden eröffnet. Sodann stellte der Vorsitzende fest, daß die nach dem Statut erforderliche öffentliche Bekanntmachung unter dem 29. Oktober d. J. in vier Blättern, in der National-, Vossischen, Magdeburgischen und Kölnischen Zeitung stattgefunden hat. Die betreffenden Belagsblätter waren zur Stelle. Die letzte ordentliche Hauptversammlung wurde am 9. Dezember v. J. abgehalten.

Hiernach wurde in die Tagesordnung eingetreten und

I. Der Jahresbericht vom Vorsitzenden wie folgt erstattet.

Der 10. Mai d. J. war, gleich wie für eine Anzahl anderer gemeinnütziger Vereine, so auch für den Centralverein ein Gedenktag. Er war der 100 jährige Geburtstag seines Mitbegründers, des ehemaligen hochverdienten langjährigen Präsidenten Dr. Adolf Lette, dessen Hülle am 7. Dezember 1868 zu Grabe getragen wurde. Bei den zu seiner Ehrung in Berlin von dem Lette-Verein und dem Berliner Handwerkerverein veranstalteten Gedächtnis-Feiern ist der Centralverein durch Mitglieder des Vorstandes vertreten gewesen.

Auch einigen noch lebenden, um den Centralverein verdienten Mitgliedern wurde an Tagen, an denen sie bedeutsame Lebensabschnitte vollendet

hatten, ehrende Teilnahme namens des Vereins durch Dank- und Glückwunschschreiben ausgedrückt, nämlich dem Herrn Gumprecht-Meran, dem Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Victor Böhmert-Dresden und dem jetzt ältesten, dem Centralverein seit dem Jahre 1851 angehörenden Mitgliede, Herrn Sanitätsrat Dr. Neumann in Berlin. Die letzteren beiden Herren waren in der Versammlung erschienen und sprachen auf eine nochmalige mündliche Beglückwünschung seitens des Vorsitzenden ihren Dank aus. —

Vorstand und Ausschuß. In der nach der vorjährigen Hauptversammlung abgehaltenen Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses waren zum Vorsitzenden Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, zum stellv. Vorsitzenden Staatsminister Herrfurth, zum Schriftführer Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat, Präsident Dr. Rösing, zum Schatzmeister Rentier Valentin Weisbach wiedergewählt worden. Der bisherige Vereinssekretär Rüdiger wurde wiederum bestätigt.

Die in der letzten Hauptversammlung gewählten, nicht anwesend gewesenen Mitglieder, nämlich vom Vorstand Herr Professor Dr. Schmoller, vom Berliner Ausschuß die Herren Dr. Hammacher, Jessen, Schenck und Dr. von Studnitz, und vom auswärtigen Ausschuß die Herren Freiherr v. d. Goltz-Bonn, Kalle-Wiesbaden, Köhn-Nürnberg, Dr. Marcus-Bremen und Graf Pilati-Lüneburg, sind von ihrer Wahl in Kenntnis gesetzt worden und haben sie angenommen.

Durch den Tod des Schatzmeisters Herrn Valentin Weisbach hat der Centralverein einen herben Verlust erlitten. Er hat dem Verein als Schatzmeister eine lange Reihe von Jahren hindurch mit Eifer und Treue gedient und dessen Interessen mit gutem Erfolge gefördert.

An Stelle des Herrn Weisbach wurde in der Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 27. Oktober d. J. Herrn Geheimer Kommerzienrat Spindler, zum Schatzmeister gewählt; er hat inzwischen das Amt übernommen.

Der Vorsitzende begrüßte den anwesenden Herrn Spindler, indem er ihm zugleich den Dank im Namen des Vereins für die Bereitwilligkeit zur Übernahme des Amtes aussprach; Herr Spindler dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach, das Interesse des Vereins zu fördern.

Infolge Verlegung seines Wohnsitzes von Berlin nach Wiesbaden ist Herr Minlos auf seinen Wunsch aus dem Ausschuß der Berliner Mitglieder zum Bedauern seiner Kollegen ausgeschieden. —

Mitglieder. Das im Heft 4 des „Arbeiterfreund" für 1898 veröffentlichte Verzeichnis der Mitglieder für das Jahr 1898 weist nach 1071 Mitglieder,

davon sind verstorben	9	— "
freiwillig ausgetreten	26	35 "
und es verblieben		1036 Mitglieder.

V. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 27. Oktober 1899,
Königin Augustastraße 25/27 im Reichsversicherungsamt.
(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) Vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender, Dr. Rösing, Dr. Schmoller, Schrader, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: Dr. Böhmert-Dresden, Dr. Lachmann, Niethammer-Kriebstein, Dr. Post; c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Dr. Albrecht, Blanckertz, Goldschmidt, Herrfurth, Kalle-Wiesbaden, Kohlert, Lent, Mugdan, Graf Pilati-Lüneburg, Rospatt, von Schlittgen-Malmitz, Dr. Sering, Sombart-Magdeburg, Spindler, Dr. von Studnitz.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7½ Uhr und macht folgende Mitteilungen:

Der Centralverein hat durch den am 23. Oktober d. J. eingetretenen Tod seines verdienten Schatzmeisters Herrn Valentin Weisbach einen herben Verlust erlitten. Am Sarge ist ein Kranz niedergelegt worden, auch ist ein ehrender Nachruf veröffentlicht. Die Anwesenden ehren den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Am 10. Mai d. J., dem 100jährigen Geburtstage des Mitbegründers und ehemaligen langjährigen Vorsitzenden des Centralvereins, des im Jahre 1868 verstorbenen Präsidenten Dr. Adolf Lette, sind in Berlin Gedächtnisfeiern veranstaltet worden, bei denen, und zwar im Rathause der Vorsitzende, und im Berliner Handwerkerverein Vorstands-Mitglied Dr. Rösing den Verein vertreten haben. Auf das Grab des Verewigten ist ein Kranz niedergelegt worden.

Ferner wurde mehreren um den Centralverein verdienten Männern vom Vorsitzenden namens des Vereins Glückwünsche ausgesprochen und zwar:

dem langjährigen Mitgliede Herrn Gumprecht in Meran zu seinem 80. Geburtstage;

dem Mitgliede des Ausschusses und langjährigen Redakteur des Arbeiterfreund, Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Victor Böhmert in Dresden zu seinem 70. Geburtstage;

dem Vorstandsmitgliede und ältesten Mitgliede des Centralvereins, Herrn Sanitätsrat Dr. Neumann zu seinem 80. Geburtstage.

Die Versammlung nahm diese Mitteilungen zustimmend entgegen.

Die seit der letzten Sitzung eingegangenen Drucksachen wurden zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Durch die im Frühjahre versandten Einladungen zum Beitritt hat der Centralverein 87 neue Mitglieder gewonnen und zwar: 19 Behörden, Körperschaften, Vereine; 24 Aktien- und andere Gesellschaften; 6 persönliche Mitglieder in Berlin; 16 persönliche Mitglieder in preußischen Provinzen und 22 persönliche Mitglieder in anderen deutschen Staaten. Der Nettoüberschuß aus den Jahresbeiträgen dieser Mitglieder für 1899 beträgt etwa 400 Mark. Der Verein zählt nach diesem Zuwachs gegenwärtig 1125 Mitglieder.

II. Wahlen. Der auswärtige Ausschuß ist durch zwei Mitglieder zu ergänzen. In den Vorstand ist ein Mitglied an Stelle des verstorbenen Herrn Weisbach und in den Ausschuß der Berliner Mitglieder an Stelle des in den auswärtigen Ausschuß eintretenden Herrn Minlos ein Mitglied zu wählen.

Nach Nennung von Namen mehrerer Kandidaten wird beschlossen, die Wahl bis zu der bevorstehenden Hauptversammlung der Mitglieder zu vertagen.

III. Zu Revisoren für die Prüfung der Jahresrechnung für 1898 werden die Herren Geheimer Kommerzienrat Spindler und Landes-Ökonomierat Nobbe gewählt, ersterer zugleich, nach Erledigung der Revision, an Stelle des verstorbenen Herrn Weisbach zum Schatzmeister.

Zur Aufbewahrung der Effekten-Stämme des Vereinsvermögens, welche bisher in den Händen des Herrn Spindler waren, erklärt sich Herr Fabrikbesitzer Dr. Lachmann bereit.

Zur Erleichterung des Schatzmeisters soll künftig der Vereinssekretär die Jahresbeiträge der Mitglieder einsammeln und in größeren Posten an die Kasse abliefern.

Der Vorsitzende wurde ermächtigt, in diesem Sinne mit Herrn Spindler zu verhandeln. —

IV. Die Proponenten von Vorschlägen für eine Sammlung und Veröffentlichung aller freiwilligen Aufwendungen für Arbeiter-Wohlfahrt haben die beabsichtigte Besprechung mit anderen geeigneten Persönlichkeiten bisher nicht abhalten können.

Es wird vorgeschlagen, die weitere Berathung über den Gegenstand zu vertagen, bis das Ergebnis der in der Ausführung begriffenen Bestandsaufnahme der gemeinnützigen Vereine und Anstalten in der Provinz Hannover übersehen werden kann.

Die Proponenten, denen die in Hannover benutzten Fragebogen zugängig gemacht werden sollen, werden hiernach die Angelegenheit weiter verfolgen.

V. Über den Fortgang der vorerwähnten Bestandsaufnahme macht Herr Dr. Post einige Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Vorlegung des gesamten Materials binnen wenigen Wochen zu erwarten ist.

VI. Herr Schrader sagt die Veröffentlichung seines durch spätere Beobachtungen zu vervollständigenden Berichtes über den Haushaltungs-Unterricht im „Arbeiterfreund" zu.

VII. Es wird beschlossen, die diesjährige ordentliche Hauptversammlung der Vereinsmitglieder Freitag den 8. Dezember abends 7 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnug: Jahresbericht und Wahlen.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

v. w. o.

Dr. Herzog,	Dr. J. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Ordentliche Hauptversammlung der Mitglieder.

Berlin, den 8. Dezember 1899 Abends 7 Uhr,
Königin Augustastraße 25/27, im Reichsversicherungsamt.

Die nach dem Beschluß des vereinigten Vorstandes und Ausschusses vom 27. Oktober d. J. auf heute anberaumte ordentliche Hauptversammlung der Mitglieder wurde von dem Vorsitzenden des Vorstandes, Wirklichen Geheimen Rat, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog um 7¼ Uhr mit einer Begrüßung der Anwesenden eröffnet. Sodann stellte der Vorsitzende fest, daß die nach dem Statut erforderliche öffentliche Bekanntmachung unter dem 29. Oktober d. J. in vier Blättern, in der National-, Vossischen, Magdeburgischen und Kölnischen Zeitung stattgefunden hat. Die betreffenden Belagsblätter waren zur Stelle. Die letzte ordentliche Hauptversammlung wurde am 9. Dezember v. J. abgehalten.

Hiernach wurde in die Tagesordnung eingetreten und

I. Der Jahresbericht vom Vorsitzenden wie folgt erstattet.

Der 10. Mai d. J. war, gleich wie für eine Anzahl anderer gemeinnütziger Vereine, so auch für den Centralverein ein Gedenktag. Er war der 100jährige Geburtstag seines Mitbegründers, des ehemaligen hochverdienten langjährigen Präsidenten Dr. Adolf Lette, dessen Hülle am 7. Dezember 1868 zu Grabe getragen wurde. Bei den zu seiner Ehrung in Berlin von dem Lette-Verein und dem Berliner Handwerkerverein veranstalteten Gedächtnis-Feiern ist der Centralverein durch Mitglieder des Vorstandes vertreten gewesen.

Auch einigen noch lebenden, um den Centralverein verdienten Mitgliedern wurde an Tagen, an denen sie bedeutsame Lebensabschnitte vollendet

hatten, ehrende Teilnahme namens des Vereins durch Dank- und Glückwunschschreiben ausgedrückt, nämlich dem Herrn Gumprecht-Meran, dem Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Victor Böhmert-Dresden und dem jetzt ältesten, dem Centralverein seit dem Jahre 1851 angehörenden Mitgliede, Herrn Sanitätsrat Dr. Neumann in Berlin. Die letzteren beiden Herren waren in der Versammlung erschienen und sprachen auf eine nochmalige mündliche Beglückwünschung seitens des Vorsitzenden ihren Dank aus. —

Vorstand und Ausschuß. In der nach der vorjährigen Hauptversammlung abgehaltenen Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses waren zum Vorsitzenden Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, zum stellv. Vorsitzenden Staatsminister Herrfurth, zum Schriftführer Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat, Präsident Dr. Rösing, zum Schatzmeister Rentier Valentin Weisbach wiedergewählt worden. Der bisherige Vereinssekretär Rüdiger wurde wiederum bestätigt.

Die in der letzten Hauptversammlung gewählten, nicht anwesend gewesenen Mitglieder, nämlich vom Vorstand Herr Professor Dr. Schmoller, vom Berliner Ausschuß die Herren Dr. Hammacher, Jessen, Schenck und Dr. von Studnitz, und vom auswärtigen Ausschuß die Herren Freiherr v. d. Goltz-Bonn, Kalle-Wiesbaden, Köhn-Nürnberg, Dr. Marcus-Bremen und Graf Pilati-Lüneburg, sind von ihrer Wahl in Kenntnis gesetzt worden und haben sie angenommen.

Durch den Tod des Schatzmeisters Herrn Valentin Weisbach hat der Centralverein einen herben Verlust erlitten. Er hat dem Verein als Schatzmeister eine lange Reihe von Jahren hindurch mit Eifer und Treue gedient und dessen Interessen mit gutem Erfolge gefördert.

An Stelle des Herrn Weisbach wurde in der Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 27. Oktober d. J. Herrn Geheimer Kommerzienrat Spindler, zum Schatzmeister gewählt; er hat inzwischen das Amt übernommen.

Der Vorsitzende begrüßte den anwesenden Herrn Spindler, indem er ihm zugleich den Dank im Namen des Vereins für die Bereitwilligkeit zur Übernahme des Amtes aussprach; Herr Spindler dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach, das Interesse des Vereins zu fördern.

Infolge Verlegung seines Wohnsitzes von Berlin nach Wiesbaden ist Herr Minlos auf seinen Wunsch aus dem Ausschuß der Berliner Mitglieder zum Bedauern seiner Kollegen ausgeschieden. —

Mitglieder. Das im Heft 4 des „Arbeiterfreund“ für 1898 veröffentlichte Verzeichnis der Mitglieder für das Jahr 1898 weist nach 1071 Mitglieder,

davon sind verstorben	9 —	"
freiwillig ausgetreten	26 35	"
und es verblieben		1036 Mitglieder.

Anfang dieses Jahres wurden neue Einladungen zum Beitritt zum Centralverein versandt, und es wurden 89 Mitglieder gewonnen. Hiernach schließt das, nach § 31 des Statuts im nächsten Heft 4 des „Arbeiterfreund“ zu veröffentlichende Verzeichnis der Mitglieder für das Jahr 1899 mit der Zahl 1125.

Dieselben verteilen sich auf:

A.	Behörden, Körperschaften, Vereine ꝛc.	mit 234
B.	Aktien- und andere Gesellschaften	„ 201
C.	Ständige Mitglieder	„ 6
D.	Persönliche Mitglieder in Berlin und Vororten . .	„ 215
E.	Auswärtige persönliche Mitglieder im preußischen Staat	„ 263
F.	Persönliche Mitglieder in anderen deutschen Staaten .	„ 199
G.	„ „ außerhalb Deutschlands . . .	„ 7

Jahresrechnung und Kassenführung. Die Prüfung der Jahresrechnung für 1898 hat infolge längerer Abwesenheit und Krankheit des Herrn Weisbach erst nach dessen Tode, am 7. November d. J. stattfinden können, und sie wurde von den zu Revisoren gewählten Herren Geheimen Kommerzienrat Spindler und Landesökonomierat Nobbe unter Hinzuziehung des Vereinssekretärs vorgenommen. Gleichzeitig wurde eine Kassenrevision abgehalten.

Nach der darüber aufgenommenen Verhandlung ist die Rechnung richtig und die Kasse in Ordnung befunden worden. Die Revisoren haben die Erteilung der Entlastung des Herrn Schatzmeisters bezw. seiner Rechtsnachfolger beantragt, worüber in der heute noch stattfindenden Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses Beschluß gefaßt werden wird.

Sogleich nach erfolgter Prüfung der Rechnung und der Kasse übernahm Herr Geheimrat Spindler die Kassenutensilien, Bücher und die Kasse mit den Zinsscheinen der Effekten und den Baarbeständen. Die Verwahrung der Stämme hat Herr Fabrikbesitzer Dr. Edm. Lachmann übernommen.

Zur Erleichterung des Schatzmeisters ist die Einrichtung getroffen worden, daß die Einsammlung der Jahresbeiträge der Mitglieder nicht mehr, wie bisher, durch den Schatzmeister, sondern durch den Vereinssekretär bewirkt wird, der dafür eine angemessene Kaution stellt und die Eingänge in größeren Posten an den Schatzmeister abführt. Die dieserhalb notwendigen Mitteilungen an die Vereinsmitglieder — wegen der Zahlung der Beiträge an den Vereinssekretär — werden rechtzeitig veranlaßt werden. —

Die Rechnung der Kasse für das Jahr 1898 schließt ab mit einem Kapitalbestande an Effekten im Nennwert von . . . . . 38 000 Mk.
und einer Hypothek zu 3½ pCt. über . . . . . 50 000 „

Ferner mit einem Barbestande von 8423,94 Mk.

In dem Kapitalbestande ist enthalten

das W. Borchertsche unveräußerliche Legat mit . . .		15 000 Mk.
die Bernstein-Stiftung mit unveräußerlichen	5000 Mk.	
und mit verfügbaren	2000 "	7 000 "
Die laufenden Einnahmen des Jahres 1898 betrugen an		
Zinsen		3 137,75 "
und an Beiträgen der Mitglieder		13 559,00 "
	zusammen	16 696,75 Mk.
Hierzu kommen außerordentliche, zum Teil durchlaufende Einnahmeposten im Betrage von		948.10 Mk.
Es betrugen also die Gesamt-Einnahmen		17 644,85 Mk

Die laufenden Ausgaben betrugen:		
Für Besoldung	900,00 Mk.	
Bureaukosten	287,46 "	
Mietsentschädigung	150,00 "	
Gesamtkosten der, sämtlichen Vereinsmitgliedern zugesandten Exemplare des „Arbeiterfreund"	6 309,74 "	
Abonnement auf die Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen	204,00 "	
Jahresbeitrag zur Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen	2 000,00 "	
Subvention für die Fortführung der Socialkorrespondenz	2 000,00 "	
Beihülfe zur Durchführung einer Bestandsaufnahme der gemeinnützigen Vereine und Anstalten in der Provinz Hannover, 1. Rate . . .	500,00 "	
Teilbetrag der zur Gewinnung neuer Mitglieder versandten Beitritts-Einladungen usw.	110,00 "	
Beihülfe zur Förderung der öffentlichen Lesehalle in der Neuen Schönhauserstraße zu Berlin aus den Mitteln der Bernstein-Stiftung .	200,00 "	
Für den Ankauf von Effekten . .	311,65 "	
Summe aller Ausgaben		12 972,85 Mk.
Es beträgt also der Überschuß des Jahres 1898 . . .		4 672,00 Mk.
Hierzu der Barbestand aus dem Jahre 1897		3 751 94 "
Ergiebt einen Barbestand von		8 423,94 Mk.

„Arbeiterfreund und Socialkorrespondenz". Als Haupt-Organ des Centralvereins bildet der „Arbeiterfreund" das Bindemittel für die Vereinsmitglieder. Er erscheint in vier Vierteljahrsheften und steht im 37. Jahrgange. Sein Inhalt ist z. B. in folgende Hauptabschnitte eingeteilt:

I. Abhandlungen. II. Literatur über die Arbeiterfrage. III. Vierteljahrs-Chronik. Ferner werden in einem besonderen Abschnitt unter „Innere Angelegenheiten des Centralvereins" die Protokolle über die Hauptversammlungen der Mitglieder, Auszüge aus den Protokollen über die Sitzungen des vereinigten Vorstandes und Ausschusses und — im vierten Hefte — die Liste der Vereinsmitglieder fortlaufend veröffentlicht.

Infolge der Verhandlungen des vereinigten Vorstandes und Ausschusses hat im laufenden Jahre die unter dem Abschnit III, Vierteljahrs-Chronik, bisher nur in beschränktem Umfange gebrachte Ehrentafel, in welcher freiwillige Aufwendungen für gemeinnützige und Arbeiter-Wohlfahrtszwecke mitgeteilt werden, eine Vervollständigung und Erweiterung erfahren.

Der Bedarf an Exemplaren dieses seines Hauptorgans stellte sich für den Centralverein im Jahre 1898 auf 1087 Exemplare. In dieser Zahl sind enthalten die an eine Anzahl Behörden, Institute und Vereine abgegebenen Freiexemplare.

Der Verleger hat außerdem an Buchhändler und Private 158 Exemplare abgesetzt und es betrug die Gesamtauflage des Jahrganges 1898 1245 Exemplare.

Das andere Organ des Centralvereins, die „Socialkorrespondenz" erscheint in zwei Auflagen. Die erste, die „Zeitungsausgabe", nur als Manuskript für Redaktionen bestimmt, liefert wöchentlich zwei Nummern für den vierteljährlichen Abonnementspreis von 5 Mk. Ihre Artikel, durchweg Originalaufsätze, dürfen ohne Quellenangabe abgedruckt werden und gehen daher, teils direkt teils indirekt in zahlreiche Provinzial- und Lokalblätter über, wodurch sie in Volkskreise dringen, für welche die Zeitungen und großen Volks- und Familienblätter unerreichbar sind.

Die andere, die „Allgemeine Ausgabe", welche unter dem Titel „Volkswohl" in Wochennummern zu 1,60 Mk. vierteljährlich erscheint, ist für das Publikum bestimmt.

Zur Fortführung der „Socialkorrespondenz" ist seit Jahren eine Beihülfe von 2000 Mk. gewährt worden. Nach den Beschlüssen des Vorstandes und Ausschusses und dem Vertrage mit dem Redakteur des „Arbeiterfreund" kommt diese Summe jedoch nur dann voll zur Auszahlung, wenn die für den „Arbeiterfreund" vorgesehenen Aufwendungskosten nicht überschritten werden. Anderen Falles wird der überschreitende Betrag von dem Subventionsbetrag gekürzt. —

Sitzungen und Verhandlungsgegenstände. Der vereinigte Vorstand und Ausschuß hat seit der letzten Hauptversammlung der Mitglieder zwei Sitzungen abgehalten, am 9. Dezember 1898 und am 27. Oktober 1899. In

denselben wurden die Verwaltungsangelegenheiten des Vereins, Feststellung des Etats und die Rechnungslegung erledigt.

Ferner wurden die Verhandlungen fortgesetzt über den, aus einer Besprechung der im „Arbeiterfreund" fortlaufend erscheinenden „Ehrentafel", hervorgegangenen Vorschlag, die bekannt werdenden freiwilligen Zuwendungen für Arbeiter-Wohlfahrts- und sonstige gemeinnützige Zwecke systematisch zu ordnen und periodisch zu veröffentlichen, um dadurch über die bezüglichen Leistungen einen besseren Überblick zu gewinnen. An diesen Vorschlag anknüpfend wurden weitergehende Vorschläge gemacht, welche dahin gehen, möglichst sämtliche Aufwendungen, welche von Unternehmern zu Gunsten der Arbeiter gemacht werden, durch eine Enquete zu ermitteln und statistisch zu bearbeiten. Zur Vorbereitung dieser Vorschläge hat sich ein Ausschuß gebildet, der in Thätigkeit ist.

Die von dem Verbande deutscher Wohlfahrtsvereine beschlossene Bestandsaufnahme der im deutschen Reiche vorhandenen gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorge-Vereine und Anstalten, welche von dem Centralverein angeregt worden und finanziell unterstützt wird, ist in der Provinz Hannover als Versuch begonnen und soweit durchgeführt, daß die Enquete durch Fragebogen abgeschlossen ist. Die Arbeit hat bei den Behörden der Provinz, bei Vereinen und Privaten große Teilnahme gefunden, so daß die Beantwortung der Fragen zum größten Teil sorgfältig und vollständig erfolgt ist. Die statistische Bearbeitung ist im Gange. Von dem Ergebnis wird abhängen, ob das Unternehmen fortgeführt werden soll. Es wird auch bei der Durchführung der vorerwähnten, von einer Kommission des Ausschusses unseres Centralvereins zu beratenden Vorschläge eine Ermittelung der Aufwendungen von Unternehmern zu Gunsten der Arbeiter in Betracht zu ziehen sein. —

Nach seinem Vortrage eröffnete der Vorsitzende die Diskussion und stellte, da sich niemand zum Worte meldete, das Einverständnis der Versammlung fest. —

II. Wahlen. Nach den Bestimmungen des Statuts währt die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses drei Jahre. Es bestehen daher je drei Gruppen, deren eine alljährlich ausscheidet.

Jetzt scheiden aus:

a) Vom Vorstande, die Herren:
   1. Staatssekretär a. D. Dr. Herzog.
   2. Staatsminister Herrfurth,
   3. Geh. Regierungsrat Dr. Zacher.

b) Vom Ausschuß der Berliner Mitglieder, die Herren:
   1. Fabrikbesitzer R. Blanckertz,
   2. Generaldirektor Fr. Goldschmidt,
   3. Königl. Baurat A. Lent,
   4. Wirklicher Geheimer Rat Lohmann,

5. Stadtrat L. Mugdan,
6. Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Poſt,

c) Vom Ausſchuß der auswärtigen Mitglieder, die Herren:

1. Dr. Wilhelm Blum, Heidelberg,
2. Geh. Regierungsrat Dr. Victor Böhmert-Dresden,
3. Sekretär der Handelskammer Dr. Genſel-Leipzig,
4. Kommerzienrat Niethammer-Kriebſtein,
5. Graf Oriola, Büdesheim;

außerdem iſt zu beſetzen:

6. die durch den Tod des Herrn Geh. Regierungsrat Knebel frei gewordene Stelle.

Es wurde Akklamationswahl und zugleich Wiederwahl ſämmtlicher genannten Herren vorgeſchlagen und dieſer Vorſchlag einſtimmig angenommen. In die freie Stelle wurde durch Akklamation Herr Fabrikbeſitzer Louis Simons-Elberfeld einſtimmig gewählt.

An Stelle des verſtorbenen Herrn Weisbach wurde Herr Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Poſt in den Vorſtand mit der Amtsdauer für das Jahr 1900 gewählt. Hierdurch wurde in der Gruppe des Ausſchuſſes der Berliner Mitglieder mit der Amtsdauer 1900/1902 eine Stelle frei. In letztere wurde durch Akklamation einſtimmig Herr Stadtrat Dr. Münſterberg gewählt.

In die Gruppe des Ausſchuſſes der Berliner Mitglieder mit der Amtsdauer 1900, wurde an Stelle des nach Wiesbaden verzogenen Herrn Minlos der Fabrikbeſitzer Herr Dr. Martius und in die Gruppe des Ausſchuſſes der auswärtigen Mitglieder mit der Amtsdauer 1900/1901, an Stelle des freiwillig ausgetretenen Herrn Fabrikbeſitzer Seyffardt-Crefeld, Herr Landesrat Brandts-Düſſeldorf, beide durch Akklamation einſtimmig in der Vorausſetzung gewählt, daß ſie vom 1. Januar 1900 dem Verein als Mitglieder beitreten werden.

Die anweſenden gewählten Herren Dr. Herzog, Dr. Zacher, Dr. Poſt, Blanckertz, Dr. Münſterberg, Dr. Böhmert erklärten auf Befragen des Vorſitzenden die Annahme der Wahl. Die nicht anweſenden gewählten Herren werden durch den Vorſitzenden von ihrer Wahl in Kenntnis geſetzt werden.

Für das Jahr 1900 bilden hiernach die folgenden Herren den Vorſtand:

1. Dr. Neumann, Sanitätsrat, Kurfürſtenſtraße 126.
2. K. Schrader, Eiſenbahn-Direktor a. D., Steglitzerſtraße 68.
3. Dr. Poſt, Geheimer Ober-Regierungsrat, Schaperſtraße 32.

Zu 1—3 Amtszeit 1900.

4. Dr. Röſing, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat, Vorſitzender der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, Königin Auguſta-Straße 51.
5. Dr. Schmoller, Univerſitäts-Profeſſor, Wormſerſtraße 13.
6. Carl Spindler, Geheimer Kommerzienrat, Wallſtraße 58.

Zu 4—6 Amtszeit 1900, 1901.

7. Dr. Herzog, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär a. D., Derfflingerstraße 5.
8. E. L. Herrfurth, Staatsminister, Kleiststraße 9.
9. Dr. Zacher, Geheimer Regierungsrat, Königin Augusta-Straße 19.

Zu 7—9 Amtszeit 1900, 1901, 1902.

Schluß der Versammlung 7¾ Uhr.

v.	w.	o.
Dr. Herzog,	Dr. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 8. Dezember 1899, im Reichsversicherungsamt.
(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender, Dr. Neumann, Dr. Rösing, K. Schrader, C. Spindler, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: R. Blanckertz, Dr. Böhmert-Dresden, O. Jessen, K. Kohlert, Dr. Edm. Lachmann, Dr. Münsterberg, Dr. Post, Th. Rospatt, Sombart-Magdeburg, c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Dr. Albrecht, Dr. Gensel-Leipzig, Herrfurth, Kalle-Wiesbaden, Köhn-Nürnberg, Mugdan, Niethammer-Kriebstein, Nobbe, Graf Pilati-Lüneburg, von Schlittgen-Kotzenau.

Nach dem Schluß der Hauptversammlung der Mitglieder trat der Vorstand und Ausschuß um 7¾ Uhr zu einer Sitzung zusammen. Es wurden die bisherigen Inhaber der betreffenden Ämter, nämlich die Herren Staatssekretär a. D. Dr. Herzog zum Vorsitzenden, Staatsminister Herrfurth zum stellv. Vorsitzenden, Präsident Dr. Rösing zum Schriftführer wieder-, und Geheimer Kommerzienrat Spindler zum Schatzmeister neugewählt. Der Vereinssekretär Rüdiger wurde wiederum bestätigt.

Der Vorsitzende machte Mitteilung von den eingegangenen Drucksachen, ferner von der inzwischen stattgehabten Prüfung der Jahresrechnung für 1898 und von der Übernahme der Kasse durch den neuen Schatzmeister Herrn Geh. Kommerzienrat Spindler, worüber seitens der Revisoren eine Verhandlung aufgenommen worden ist. Die in dieser Verhandlung beantragte Entlastung der Rechtsnachfolger des verstorbenen Herrn Schatzmeisters Weisbach wurde erteilt.

Der Schatzmeister legte den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1900 vor. Es ist beabsichtigt, zu dem bisherigen Kapitalvermögen, 38 000 Mk. Nennwert in Effekten und 50 000 Mk. in einer Hypothek,

aus den bei der Diskonto-Gesellschaft in laufender Rechnung befindlichen Barbeständen für 10 000 Mk. Wertpapiere anzuschaffen, so daß der gesamte Kapitalbestand in Effekten und Dokumenten einen Nennwert von 98 000 Mk. darstellt, einschließlich von 15 000 Mk. des Borchertschen Legats und 7000 Mk. der Bernstein-Stiftung. Die Zinsen werden auf 3481 Mk., die Jahresbeiträge der Mitglieder auf 13 391 Mk. veranschlagt.

Bei den Ausgaben schlägt der Schatzmeister eine anderweite Normierung des Gehalts des Vereinssekretärs und der Mietsentschädigung vor, welche genehmigt wird. Die übrigen Ausgaben bleiben dieselben wie im Vorjahre. Bei Gegenüberstellung der veranschlagten Einnahmen und der feststehenden Ausgabeposten verbleibt bei dem Dispositionsfonds ein Betrag von 4137 Mk. zur Verwendung für unvorhergesehene Zwecke.

Demgemäß wurde der Etat nach den Vorschlägen des Schatzmeisters mit dem Betrage von 16 872 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgestellt und genehmigt. —

Der Bibliothek-Kommission der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur wurde auf ihren Antrag, der von mehreren Mitgliedern des Vorstandes und Ausschusses unterstützt wurde, eine einmalige Beihülfe von 500 Mk. zur Förderung der von ihr unterhaltenen öffentlichen Lesehalle bewilligt; dazu sollen die disponiblen Zinsen des laufenden Jahres aus der Bernstein-Stiftung verwendet, der Rest aber soll aus dem allgemeinen Dispositionsfonds genommen werden.

Die in früheren Sitzungen begonnene Besprechung über die Veröffentlichung freiwilliger Aufwendungen für Arbeiter-Wohlfahrts- und sonstige gemeinnützige Zwecke leitete der Vorsitzende mit einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen ein. Von dem Ausschusse, der sich unter der Leitung des Herrn Weisbach gebildet hat, sind die vorbehaltenen näheren Vorschläge noch nicht gemacht worden.

Inzwischen hat Herr Dr. Böhmert einen Fragebogen ausgearbeitet und den Wunsch ausgedrückt, der Centralverein möge nach Maßgabe dieses Fragebogens eine Enquête in Berlin und im Königreich Sachsen veranstalten, welche Dr. Böhmert unter der ev. bereits zugesagten Mitwirkung des städtischen statistischen Bureaus zu Berlin für durchführbar hält. Von der Großindustrie erhofft Dr. Böhmert Entgegenkommen und Mitarbeit und er beantragt, für diesen Zweck aus den Mitteln des Centralvereins einen Beitrag zur Verfügung zu stellen.

Gegen diesen Vorschlag wurden im Hinblick darauf, daß beabsichtigt ist, die bereits vollendete, gegenwärtig im reichsstatistischen Amte in Bearbeitung befindliche hannöversche Enquete event. im übrigen Deutschland fortzusetzen, Bedenken nach der Richtung erhoben, daß eine Störung der letzteren Enquete eintreten könne, wenn der Centralverein den Plan des Herrn Dr. Böhmert ausführen würde. Es wurde als Ergebnis der weiteren Diskussion festgestellt,

daß zwar ein grundsätzlicher Widerspruch gegen den Plan nicht vorhanden ist, daß es aber für zweckmäßig erachtet wird, das Ergebnis der hannöverischen Enquete vorerst abzuwarten.

Die Kommission solle inzwischen zusammentreten, die beiderseitigen Fragebogen vergleichen und dem Plenum des Vorstandes und Ausschusses Vorschläge zur Beschlußfassung unterbreiten.

Herrn Dr. Böhmerts weiterem Wunsch, seinen Entwurf im nächsten 4. Heft des „Arbeiterfreund" zu veröffentlichen, wird entgegengehalten, daß es zweckmäßig sei, damit zu warten, bis die event. Vorschläge der Kommission vorgelegt und beraten seien, doch wird ihm die Veröffentlichung unter seinem Namen freigestellt.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr.

v. w. o.

Dr. Herzog,	Dr. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Verzeichnis der Mitglieder im Vereinsjahre 1899.

A. Behörden, Körperschaften und Vereine.

a. Berlin.

1. Königliches Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin; '98.
2. Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin; '89.
3. Reichsversicherungsamt, W. Königin Augustastraße 25—27; '90.
4. Central-Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche zu Berlin, W. Genthinerstr. 38; '90.
5. Landwirtschaftlicher Provinzial-Verein für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz (vertreten durch seinen Generalsekretär, Königl. Landes-Ökonomierat Dr. Freiherrn von Canstein) NW. Werftstraße 9 I; '92.
6. Älteste der Kaufmannschaft von Berlin, C. Neue Friedrichstraße 51; '95. **(50 Mk. Jahresbeitrag.)**
7. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg in Berlin, Matthäikirchstr. 19; '98.

b. Provinz Ostpreußen.

8. Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Königsberg; '64.
9. Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg; '64.
10. Ostpreußischer landwirtschaftlicher Centralverein in Königsberg, Lange Reihe 3; '72.
11. Magistrat zu Memel; '86.
12. Königliche Regierung zu Königsberg; '90.
13. Königliche Regierung zu Gumbinnen; '92.
14. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Ostpreußen zu Königsberg i. Pr.; '94.
15. Königliche Eisenbahn-Direktion in Königsberg i. Pr.; '95.

c. Provinz Westpreußen.

16. Magistrat der Stadt Danzig; '80.
17. Königliche Regierung zu Danzig; '89.
18. Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig; '90.
19. Magistrat zu Thorn; '92.
20. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Danzig; '98.
21. Magistrat der Stadt Elbing; '98.

d. Provinz Brandenburg.

22. Handwerker-Verein in Luckenwalde; '73.
23. Verein für Handel und Gewerbe (Vorsitzender: Ober-Ingenieur Artelt) in Potsdam, Lennéstraße; '73.
24. Magistrat der Stadt Guben; '74.
25. Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Frankfurt a. O. (Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Adolph); '75.
26. Magistrat in Brandenburg a. H.; '77.

27. Magiſtrat der Reſidenzſtadt Potsdam; '80.
28. Magiſtrat zu Frankfurt a. O.; '83.
29. Magiſtrat zu Eberswalde; '86.
30. Königliche Regierung zu Frankfurt a. O.; '90
31. Königliche Regierung zu Potsdam; '92.

e. Provinz Pommern.

32. Magiſtrat der Stadt Greifswald; '75.
33. Vorſteheramt der Kaufmannſchaft in Stettin; '78. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
34. Königl. Regierung zu Stralſund; '80.
35. Königl. Regierung zu Köslin; '89.
36. Landwirtſchaftskammer für die Provinz Pommern zu Stettin, Kronenhofſtraße 12; '90. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
37. Königliche Regierung zu Stettin; '92.
38. Landwirtſchaftskammer für die Provinz Pommern in Stettin, für dieſelbe Herr von Wolffradt in Greifswald; '95. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
39. Königliche Eiſenbahn-Direktion zu Stettin; '98.
40. Vorſtand der Invaliditäts- und Altersverſicherungs-Anſtalt Pommern in Stettin; '99.

f. Provinz Poſen.

41. Magiſtrat der Stadt Bromberg; '64.
42. Handelskammer in Poſen, Wilhelmsplatz 19; '64.
43. Magiſtrat der Stadt Poſen; '79.
44. Königliche Regierung zu Bromberg; '92.
45. Provinzial-Verband der Provinz Poſen (vertreten durch den Landeshauptmann) in Poſen; '94.
46. Königliche Eiſenbahn-Direktion in Poſen; '95.
47. Königliche Regierung zu Poſen; '99.

g. Provinz Schleſien.

48. Handelskammer in Breslau; '58.
49. Gewerbe-Verein in Kattowitz; '64.
50. Verein zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klaſſen im Kreiſe Waldenburg i. Schl. zu Waldenburg; '78.
51. Königl. Eiſenbahn-Direktion zu Breslau; '83.
52. Gewerbe-Verein zu Beuthen O. Schl.; '83.
53. Magiſtrat zu Ratibor; '86.
54. Magiſtrat der Königl. Haupt- und Reſidenzſtadt Breslau; '89.
55. Magiſtrat der Stadt Beuthen O. Schl.; '89.
56. Königliche Berginſpektion zu Zabrze; '89.
57. Königliches Ober-Bergamt zu Breslau; '90.
58. Oberſchleſiſcher Berg- u. Hüttenmänniſcher Verein zu Kattowitz; '90.
59. Magiſtrat zu Görlitz; '90.
60. Königliche Eiſenbahn-Direktion Kattowitz; '99.

h. Provinz Sachſen.

61. Königliche Eiſenbahn-Direktion in Erfurt; '74.
62. Magiſtrat der Stadt Halle a. S.; '77.
63. Königl. Regierung zu Erfurt; '79.
64. Königl. Regierung, Abteilung des Innern zu Merſeburg; '80.
65. Magiſtrat der Stadt Naumburg a. S.; '89.
66. Magiſtrat der Stadt Magdeburg; '89.
67. Königliches Regierungs-Präſidium zu Magdeburg; '90.

68. Königliches Ober-Bergamt zu Halle a S.; '92.
69. Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein in Halle a. S.; '92.
70. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Halle a. d. Saale; '98.

i. Provinz Schleswig-Holstein.

71. Magistrat der Stadt Kiel; '74.
72. Magistrat der Stadt Altona; '77.
73. Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde zu Kiel, Schuhmacherstr. 16; '79.
74. Magistrat der Stadt Flensburg; '80.
75. Magistrat der Stadt Rendsburg; '86.
76. Magistrat der Stadt Neumünster i. Holst.; '89.
77. Königliches Kommerz-Kollegium in Altona; '95.
78. Kaiserliches Kanal-Amt in Kiel; '98.
79. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Schleswig-Holstein in Kiel; 99.

k. Provinz Hannover.

80. Magistrat der Stadt Göttingen a. L.; '77.
81. Königl. Oberbergamt zu Clausthal; '78.
82. Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt Hannover; '80.
83. Magistrat zu Einbeck; '86.
84. Magistrat zu Emden; '86.
85. Magistrat zu Hameln; '86.
86. Magistrat zu Hildesheim; '86.
87. Magistrat zu Peine; '86.
88. Magistrat zu Osnabrück; '89.
89. Königliche Regierung zu Aurich; '89.
90. Königliche Regierung zu Lüneburg; '89.
91. Königliche Regierung zu Stade; '90.
92. Königliche Regierung zu Hildesheim; '90.
93. Königliche Landwirtschafts-Gesellschaft zu Hannover; '92.
94. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt zu Hannover; '98.
95. Kaiserliche Werft zu Wilhelmshaven; '99.
96. Königliche Regierung zu Osnabrück; '99.

l. Provinz Westfalen.

97. Handelskammer in Bochum Scharnhorststr. 4; '64.
98. Magistrat der Stadt Dortmund; '75.
99. Königl. Oberbergamt in Dortmund; '80.
100. Der Magistrat zu Hörde; '86.
101. Der Magistrat in Soest; '86.
102. Königliche Regierung zu Arnsberg; '89.
103. Königliche Regierung zu Minden; '89.
104. Königliche Regierung zu Münster; '89.
105. Magistrat der Stadt Witten; '89.
106. Magistrat der Stadt Bielefeld; '89.
107. Magistrat zu Hamm; '90.
108. Magistrat zu Bochum; '90.
109. Vorstand des allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum; '90.
110. Die Stadt Hagen i W.; '92
111. Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalt Westfalen in Münster i. W.; '98.
112. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Münster i. W ; 99.

m. Provinz Hessen-Nassau.

113. Die Stadt Wiesbaden, Namens derselben Dr. v. Ibell, Erster Bürgermeister; '86.
114. Magistrat zu Frankfurt a. M.; '90.

115. Kreisausschuß für den Obertaunus-Kreis zu Homburg v. d. H.; '95.
116. Königliche Eisenbahn-Direktion in Kassel; '98.
117. Königliche Eisenbahn-Direktion in Frankfurt a. M.; 98.
118. Institut für Gemeinwohl in Frankfurt a. M., Alte Rothhofstr. 1; 99.
119. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hessen-Nassau in Cassel; 99.

n. Rheinprovinz.

120. Magistrat der Stadt Barmen; '66.
121. Landwirtschaftlicher Verein für Rheinpreußen in Bonn; Weberstraße 100; '74.
122. Magistrat der Stadt Elberfeld; '74.
123. Handelskammer in Köln; '74.
124. Königliche Eisenbahn-Direktion in Elberfeld; '74.
125. Bibliothek der Königlich Technischen Hochschule in Aachen; '75.
126. Städtische Verwaltung zu Saarbrücken; '77.
127. Königl. Bergwerks-Direktion in Saarbrücken; '77.
128. Bürgermeisteramt der Stadt Oberhausen (Reg.-Bez. Düsseldorf); '77.
129. Bürgermeisteramt in Neuwied; '77.
130. Handelskammer zu Essen a. Ruhr; '77.
131. Handelskammer in Krefeld; '80.
132. Magistrat der Stadt Düsseldorf; '80.
133. Königl. Regierung, Abteilung des Innern, in Düsseldorf; '81.
134. Vorstand des Saarbrücker Knappschaftsvereins in Saarbrücken; '83.
135. Stadt Mülheim a. d. Ruhr; '83.
136. Stadtverwaltung zu Duisburg; '86.
137. Oberbürgermeisteramt zu Essen a. R.; '86.
138. Bürgermeisteramt zu Kirn (Nahe) Reg.-Bez. Koblenz; '86.
139. Bürgermeisteramt der Stadt Koblenz; '89.
140. Gewerbeverein für Aachen, Burtscheid und Umgegend (Vorsitzender, Professor a. d. techn. Hochschule Dr. Heinzerling) in Aachen; '89.
141. Handelskammer in Solingen; '89.
142. Bürgermeisteramt der Stadt Kreuznach; '89.
143. Königliche Regierung zu Köln; '90.
144. Stadtgemeinde Mülheim a. Rh.; '90.
145. Handelskammer für Aachen und Burtscheid zu Aachen; '90.
146. Königliches Ober-Bergamt zu Bonn; '92.
147. Der Landkreis Essen (Ruhr); '92.
148. Verein für Technik und Industrie in Barmen; '92.
149. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Saarbrücken; '95.
150. Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen (Ruhr); '97.
151. Königliche Regierung zu Aachen; '98.
152. Oberbürgermeisteramt der Stadt Aachen; '98.
153. Königliche Eisenbahn-Direktion Essen (Ruhr); '99.
154. Vorstand des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit in Aachen; '99.
155. Königliche Regierung zu Koblenz; '99.

o. Freie und Hansestädte.

156. Statistisches Bureau der Steuerdeputation in Hamburg, Heiligengeistkirchhof 6; '73.
157. Handelskammer in Bremen; '77.
158. Gewerbekammer in Lübeck; '80.
159. Handelsstatistisches Bureau (Verwaltungsgebäude) in Hamburg; '86.
160. Stadt- und Landamt zu Lübeck; '89.
161. Magistrat zu Bergedorf bei Hamburg; '90.

162. Gewerbekammer zu Hamburg, Bohnenstraße 21; '92.
163. Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Alters-Versicherung in Lübeck; '98.

p. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt.

164. Magistrat der Stadt Bernburg; '77.
165. Magistrat zu Köthen; '77.
166. Stadtmagistrat zu Schöningen i. Braunschweig; '83.
167. Stadtmagistrat zu Oldenburg i. Großh.; '83.
168. Stadtmagistrat zu Helmstedt i. Braunschweig; '83.
169. Stadtmagistrat zu Braunschweig; '89. **(50 Mk. Jahresbeitrag.)**
170. Herzogliche Salzwerks-Direktion zu Leopoldshall b. Staßfurt; '90.
171. Rat der Stadt Rostock; '90.
172. Großherzogliche Eisenbahn-Direktion in Oldenburg; '98.
173. Central-Genossenschaft in Silberhütte (Anhalt); '98.
174. Versicherungsanstalt Oldenburg in Oldenburg i. Gr.; '99.

q. Königreich Sachsen.

175. Handelskammer in Leipzig; '74.
176. Rat der Stadt Leipzig; '77.
177. Der Revierausschuß in dem Bergrevier Freiberg i. S.; '77.
178. Stadtrat in Plauen i. Voigtl.; '83.
179. Königlich Sächsisches Bergamt zu Freiberg i. S.; '84.
180. Königl. Sächs. Altersrentenbank in Dresden; '85.
181. Rat der Stadt Chemnitz; '86.
182. Rat der Haupt- und Residenzstadt Dresden; '86.
183. Stadtrat zu Reichenbach i. Voigtl.; '86.
184. Stadtrat zu Zschopau i. S.; '86.
185. Stadtrat zu Zwickau; '86.
186. Königl. Sächsisches Ober-Hüttenamt Freiberg i. S.; '89.
187. Handels- und Gewerbekammer zu Plauen; '89.
188. Handwerkerverein zu Chemnitz, Theaterstraße 80; '89.
189. Stadtrat zu Zittau; '92.
190. Königl. Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen in Dresden; '98. **(30 Mark Jahresbeitrag.)**
191. Vorstand der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen in Dresden; '99.

r. Thüringische Staaten.

192. Gewerbe-Verein in Gera; '73.
193. Stadtrat in Gera (Fürstent. Reuß); '77.
194. Stadtrat zu Ronneburg (Sachsen-Altenburg); '77.
195. Stadtrat zu Altenburg (Herz. S.-A.); '86.
196. Stadtrat zu Gotha; '89.
197. Thüringische Versicherungsanstalt in Weimar; 98.

s. Hessen, Bayern, Württemberg.

198. Vorstand der Handels- und Gewerbekammer in Ulm; '73.
199. Königl. bayr. General-Bergwerks- und Salinen-Administration in München; '74.
200. Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen (Vorsitzender Geh. Hofrat Dr. Ed. Pfeiffer) in Stuttgart; '74.
201. Großh. Bürgermeisterei in Offenbach a. M.; '77.
202. Handels- und Gewerbekammer in Reutlingen (Württemberg); '82. **(25 Mark Jahresbeitrag.)**
203. Großherz. Bürgermeisterei zu Darmstadt; '86.
204. Stadtmagistrat in Würzburg (Dr. Steible, rechtsk. Bürgermeister); '86.
205. Armenpflegschaftsrat zu Regensburg; '89.

206. Gemeinderat zu Stuttgart; '89.
207. Großherzogliche Bürgermeisterei zu Mainz; '89.
208. Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft in Stuttgart, Gaisburgerstraße 4a I; '89.
209. Königlich Württemb. Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart; '90.
210. Großherzogl. Centralstelle für die Gewerbe zu Darmstadt; '90.
211. Großherzogl. Hessische Bürgermeisterei zu Gießen; '90.
212. Königl. Württemb. Ministerium des Innern zu Stuttgart; '91.
213. Großherzogl. Handelskammer zu Offenbach a. M.; '92. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
214. Stadtgemeinde Ulm (Namens derselben Oberbürgermeister Wagner); '94.
215. Stadtmagistrat zu Nürnberg; '95.
216. Bürgermeisteramt zu Ludwigshafen a. Rh.; '95. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
217. Königlich Preußische und Großherzoglich Hessische Eisenbahn-Direktion in Mainz; '98.
218. Vorstand der Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg in Augsburg; '98.
219. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Großherz. Hessen in Darmstadt; '99.
220. Vorstand der Württemb. Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt in Stuttgart, Gartenstr. 29A; '99.
221. Versicherungsanstalt für Oberfranken in Bayreuth; '99.
222. Königliche Generaldirektion der Bayerischen Staatseisenbahnen in München; '99.

t. Baden- und Elsaß-Lothringen.

223. Handelskammer in Straßburg i./E.; '73.
224. General-Direktion der Großh. Badischen Staats-Eisenbahnen in Karlsruhe; '74.
225. Stadtgemeinde zu Pforzheim; '77.
226. Armenrat zu Heidelberg; '86.
227. Stadtrat zu Mannheim; '86.
228. Armenrat der Stadt Colmar; '86.
229. Bürgermeisteramt der Stadt Straßburg i. E.; '89.
230. Stadtrat zu Karlsruhe i. B.; '89.
231. Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogtum Baden zu Karlsruhe; '90.
232. Großh. Badisches Landes-Versicherungsamt in Karlsruhe; '94.
233. Kaiserl. Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen in Straßburg i. E.; '98.
234. Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Elsaß-Lothringen in Straßburg (Elsaß); '99.

B. Aktien- und andere Gesellschaften.

a. Berlin und Vororte.

1. Siemens & Halske, Aktien-Gesellschaft, SW. Markgrafenstraße 94; '64. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
2. Gebrüder Heyl & Co., G. m. b. H., Charlottenburg, Salz-Ufer 8; '74.
3. Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktien-Gesellschaft für Bergbau. und Hüttenbetrieb, W. Französischestraße 60; '85.
4. „Nordstern", Lebensvers.-Aktienges. (Direktor Gerkrath), W. Kaiserhofstr. 3; '85.
5. Posener Spritaktiengesellschaft (Filiale), C. An der Stadtbahn 47I; '88.
6. Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), N. Fennstraße 11/12; '89.
7. Aktien-Gesellschaft Mix & Genest, Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiter-Fabrik, W., Bülowstr. 67; '89.

8. Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation, SO. Lohmühlenstraße 27; '90.
9. Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co., W Charlottenstraße 35a; '90.
10. Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Broncewaren und Zinkguß (vorm. J. C. Spinn & Sohn), S. Wasserthorstraße 9; '90.
11. C. Schlesinger-Trier & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, W. Jägerstraße 59-60; '90.
12. Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft, NW. Schiffbauerdamm 22; '92.
13. Deutsche Cementbau-Ges., vorm. Paul Stolte, Akt.-Ges. W. Kötheners straße 12; '95.
14. Aktien-Gesellschaft Ludw. Loewe & Co., NW. Dorotheenstraße 43-44; '98. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
15. Deutsche Messingwerke Flunkert, Kretzer & Eveking, S. Alexandrinenstraße 95; '98.
16. Accumulatorenfabrik, Akt.-Gesellsch., Berlin NW., Luisenstr. 31a; '99.
17. „Archimedes", Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin SW., Alexandrinenstr. 2/3; '99.
18. Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke Aktiengesellschaft, vorm. W. A. Boese & Co. in Berlin SO., Köpnickerstr. 154; '99.

b. Provinz Ostpreußen.

19. Ostpreußische Südbahn-Gesellschaft zu Königsberg i. Pr.; '90.

c. Provinz Brandenburg.

20. Norddeutsche Kartoffelmehl-Fabrik m. b. H., Carl Wahl, in Cüstrin II; '90.
21. Grube Ilse bei Calau; '92.
22. Aktien-Gesellschaft H. Pauckſch in Landsberg a. W.; '98.
23. Niederlausitzer Kohlenwerke in Fürstenberg a. O.; '98,
24. Ullersdorfer Werke, Kunstziegelei und Thonwarenfabrik Nieder-Ullersdorf (Kr. Sorau); '99.
25. Aktiengesellschaft A. Lehnigk in Betschau i. L.; '99.

d. Provinz Pommern.

26. „Union", Fabrik chemischer Produkte (General-Direktor Käsemacher) zu Stettin; '90.
27. Vereinigte Stralsunder Spielkarten-Fabriken, Aktien-Gesellschaft in Stralsund; '90. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
28. Pommerscher Industrie-Verein auf Aktien in Stettin; '90.

e. Provinz Schlesien.

29. Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Betrieb Lipine bei Bahnhof Morgenroth (Direktor: Kgl. Bergrat Scherbening); '73.
30. Gesellschaft m. b. H. Meyer Kauffmann in Breslau, Karlsstraße 9/10; 75.
31. Georg von Giesche's Erben, Bergwerks-Gesellschaft, in Breslau; '77. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
32. Eisenhüttenwerk „Marienhütte", Aktiengesellschaft (Generaldirektor Major a. D. von Schlittgen), zu Kotzenau; '77.
33. Bismarck-Hütte, Aktien-Gesellschaft für Eisenhütten-Betrieb (Direktor Wilh. Kollmann), in Bismarckhütte O.-Schl.; '85.
34. Handelsgesellschaft C. Kulmiz, Ida Marienhütte bei Saarau i. Schl.; '86.
35. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft in Friedenshütte p. Morgenroth O.-Schl.; '89.
36. Steinkohlenbergwerk „Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung" in Hermsdorf, R.-B. Breslau; '89.
37. Direktion der Dampfschiffs-Reederei Emanuel Friedlaender & Co. zu Breslau; '90.

38. Kattowitzer Aktien-Ges. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb in Kattowitz; '90.
39. Erdmannsdorfer Aktien-Gesellschaft für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei zu Zillerthal i. R.; '90.
40. Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau; '95.
41. Elektrische Straßenbahn Breslau in Gräbschen bei Breslau '95.
42. Siegersdorfer Werke vorm. Friedr. Hoffmann, Aktien-Ges. in Siegersdorf; '95.
43. Zuckersiederei Gutschdorf in Gutschdorf bei Großrosen (Kr. Striegau); '95.
44. Zuckerfabrik Fraustadt; '99.
45. Papierfabrik Sacrau in Breslau; '99.
46. Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke, Aktiengesellschaft in Zabrze; '99.

f. Provinz Sachsen.

47. „Hermania", Aktiengesellschaft (Dr. Hermann), in Schönebeck a. E. (vorm. Königl. Pr. chem. Fabrik); '73.
48. Staßfurter chemische Fabrik (vorm. Vorster & Grueneberg), Aktiengesellschaft, zu Staßfurt; '77.
49. Vereinigte vorm. Gräfl. Einsiedelsche Werke zu Lauchhammer; '82.
50. Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwertung (Direktor Julius Kublow) in Halle a. S.; '85.
51. Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei (Vorst. Königl. Kommerzienrat Riedel) in Halle a. S.; '90.
52. Kaliwerke, Aschersleben; 90.
53. Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges. in Weißenfels; '95.
54. Direktion des „Friedr. Krupp Grusonwerk" in Magdeburg-Buckau: '95.

g. Provinz Schleswig-Holstein.

55. Hermann Wuppermann, G. m. b. H. in Pinneberg, Holstein; '83.
56. Elbschloßbrauerei Nienstädten in Nienstädten bei Altona; '95.
57. Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania" in Kiel; '98.
58. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft in Flensburg; '98.
59. Chemische Düngerfabrik in Rendsburg; '98.

h. Provinz Hannover.

60. Hannoversche Centralheizungs- und Apparate-Bau-Anstalt im Hainholz vor Hannover; '90.
61. Portland-Cement-Fabrik „Germania" (H. Manske & Co.) in Lehrte; '90.
62. Kontinental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie in Hannover; '92.
63. Osterholzer Reiswerke, G. m. b. H in Osterholz-Scharmbeck; '92.
64. Portland-Cement-Fabrik Hemmoor in Hemmoor (Oste); '98.

i. Provinz Westfalen.

65. Direktion der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld; '63.
66. „Union", Aktiengesellschaft, Abteilung: „Kohlenbergbau" in Dortmund; '73.
67. Hessen-Nassauischer Hüttenverein in Amalienhütte b. Laasphe; '73.
68. Altenloh, Brinck & Co., Gesellschaft m. b. H., in Milspe; '77.
69. Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke, vormals Munscheid & Co. in Gelsenkirchen; '80.
70. Hibernia, Bergwerks-Gesellschaft in Herne; '80.
71. Aktiengesellschaft „Schalker Gruben- und Hüttenverein" in Gelsenkirchen; '89.
72. Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum; '89.

73. Maschinenfabrik „Deutschland" in Dortmund; '89.
74. Bergbau-Aktien-Gesellschaft „Pluto" zu Wanne i. Westf.; '90.
75. Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft zu Dortmund; '90. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
76. Aktien-Gesellschaft für Kohlendestillation zu Bulmke b. Gelsenkirchen; '90.
77. Hasper Eisen- und Stahlwerk (Krieger & Co.) zu Haspe; '90.
78. Bergwerksgesellschaft Dahlbusch bei Gelsenkirchen; '92.
79. Westfälische Stahlwerke zu Bochum; '98.
80. Hörder Bergwerks- und Hüttenverein in Hörde; '99.
81. Westfälische Jute-Spinnerei und Weberei, Ahaus in Westfalen; '99.

k. Provinz Hessen-Nassau.

82. Heddernheimer Kupferwerk, vorm. F. A. Hesse Söhne in Heddernheim bei Frankfurt a. M.; '74.
83. Metallgesellschaft in Frankfurt a. M.; '82.
84. Farbwerke, vorm. Meister, Lucius & Brüning, zu Höchst a. M.; '83.
85. Portland-Cementfabrik Dyckerhoff & Söhne in Amöneburg bei Biebrich a. Rh.; '89.
86. Gesellschaft des echten Naxos-Schmirgels „Naxos Union" (Julius Pfungst) in Frankfurt a. M.; '90.
87. Akkumulatoren-Werke, System Pollak, in Frankfurt a. M.; '98.
88. Gesellschaft für Linde's Eismaschinen in Wiesbaden; '99.

l. Rheinprovinz.

89. Ges. m. b. H. D. Peters & Co., mechanische Weberei in Neviges (Kreis Elberfeld); '64.
90. Kölner Bergwerks-Verein (Vorstand: Berg-Rat a. D. Krabler) in Altenessen; '73.
91. Gasmotorenfabrik in Deutz; '75.
92. Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft „Berzelius" in Bensberg bei Köln; '77.
93. Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen (a. d. Ruhr.); '77.
94. Aktiengesellschaft zu Stolberg und in Westfalen, in Aachen; '77.
95. Vereinigte Köln-Rottweiler Pulver-Fabriken in Köln, Blaubach 45/49; '80.
96. Eschweiler Bergwerksverein zu Eschweiler (Reg.-Bez. Aachen); '82.
97. Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Humboldt" in Kalk b. Köln; '83.
98. Aktiengesellschaft für Eisenindustrie und Brückenbau, vorm. J. C. Harkort (Generaldirektor: Otto Offergold) in Duisburg; '83.
99. Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke (vorm. Ferd. Heye) in Gerresheim b. Düsseldorf; '83.
100. Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft in Burbach a. Saar bei Malstatt-Burbach; '85.
101. Maschinenfabrik vorm. Langen & Hundhausen in Grevenbroich; '89.
102. Duisburger Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vorm. Bechem & Keetmann, in Duisburg; '89.
103. Bergische Stahl-Industrie-Gesellschaft Remscheid; '89.
104. Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier zu Kohlscheid bei Aachen; '90.
105. Essener Bergwerks-Verein „König Wilhelm" in Berge-Borbeck; '90.
106. Bergwerks-Gesellschaft „Vereinigter Bonifacius" bei Gelsenkirchen, in Kray, R.-B. Düsseldorf; '90.
107. Rhein. Dynamitfabrik zu Opladen; '90.
108. Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik, vorm. Dürr & Co. in Ratingen; '92.
109. Bedburger Wollindustrie, Aktien-Gesellschaft in Bedburg; '95.

110. Rheinische Stahlwerke in Meiderich, Kreis Ruhrort; '95.
111. Vorstand der Duisburger Kupferhütte in Duisburg; '95.
112. J. P. Bemberg, Baumwoll-Industrie-Gesellschaft in Barmen; '95.
113. Rheinische Chamotte- und Dinaswerke, Centrale, in Eschweiler; '98.
114. Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat in Essen (Ruhr), '98.
115. Deutsch-Österr. Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf; '98.
116. Eschweiler Eisenwerk Aktiengesellschaft in Eschweiler-Aue; '99.
117. Haarener Tuchfabrik, G. m. b. H., in Haaren, Rheinland; '99.
118. Kölnische Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Köln; '99.
119. Dürener Metallwerke Hupert & Harkort, G. m. b. H., in Düren (Rheinland); '99.
120. Aachener Diskonto-Gesellschaft in Aachen; '99.
121. Ehrhard & Sehmer, G. m. b. H., Schleifmühle in Saarbrücken; '99.
122. Direktion des Bonner Bergwerks- und Hütten-Verein, Cementfabrik bei Obercassel b. Bonn a. Rh.; '99.

m. Freie und Hansestädte.

123. Alsensche Portland-Cement-Fabriken in Hamburg; '73.
124. Deutsche Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft in Hamburg; '89.
125. Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst; '90.
126. Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg; '90.
127. Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft zu Lübeck; '90.
128. Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft in Hamburg; '92.
129. Bergedorfer Eisenwerk in Bergedorf; '92.
130. Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffbek; '92.
131. Sprengstoffwerke Dr. R. Nahusen & Co., Komm.-Ges. in Hamburg; '98.
132. Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft „Carbonit" in Hamburg „Nobelshof"; '98.

n. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt.

133. Rhein. Aktien-Verein für Zuckerfabrikation in Alten b. Dessau; '73.
134. Dessauer Aktien-Zucker-Raffinerie in Dessau; '83.
135. Aktien-Gesellschaft Voigtländer & Sohn in Braunschweig; '85.
136. Direktion der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft in Blankenburg a. H.; '90.
137. Deutsche Kontinental-Gas-Gesellschaft in Dessau; '92.
138. Bernburger Saalmühlen in Bernburg; '98.

o. Königreich Sachsen.

139 Färberei und Appretur-Anstalt, Georg Schleber, Aktiengesellschaft in Reichenbach i. V.; '74.
140. Ges. m. b. H. chemische Fabrik von Heyden in Radebeul b. Dresden; '75.
141. Patentpapierfabrik zu Penig; '77.
142. Compagnie Laferme, Tabak- und Cigaretten-Fabriken, Aktiengesellschaft in Dresden; '80.
143. Hermann Wünsche's Erben, G. m. b. H. in Ebersbach i. S.; '85.
144. Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei, vorm. Seidel & Naumann in Dresden; '99.
145. Fabrik Leipziger Musikwerke (vorm. Paul Ehrlich & Co.) in Leipzig-Gohlis; '85.
146. „Königin Marienhütte", Aktiengesellschaft in Cainsdorf i. S.; '89.
147. „Kette", Deutsche Elbschiffahrts-Gesellschaft in Dresden; '89.
148. Direktion der Dresdener Straßenbahn in Dresden, Georg-Platz 14; '90.

149. Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur, Akt.-Ges. in Dresden; '90.
150. Werkzeugmaschinenfabrik „Union" (vorm. Diehl) in Chemnitz; '90.
151. Vereinigte Eschebachsche Werke, Aktiengesellschaft in Dresden; '95.
152. Dresdener Dynamitfabrik in Dresden; '98.
153. Vereinigte Fabriken Photographischer Papiere in Dresden, Blumenstraße 80; '98.
154. A.-G. Arno & Moritz Meister in Erdmannsdorf (Sachsen); '98.

p. Thüringische Staaten.

155. Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf in Veilsdorf (Sachsen-Meiningen); '95.
156. Metallwarenfabrik Thiel & Bardenheuer in Ruhla i. Thüring.; '95.

q. Hessen, Bayern und Württemberg.

157. Zwirnerei und Nähfadenfabrik „Göggingen" in Göggingen bei Augsburg (Bayern); '74.
158. Mechan. Baumwoll-Spinn- und Weberei in Kempten (Bayern) (Direktor: Kommerzienrat Heinrich Düwell); '74.
159. Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Miesbach (Oberbayern); '77.
160. Gustav Werner-Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen (in Württemberg); '82.
161. Badische Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen a. Rh.; '83.
162. Mechanische Bindfadenfabrik (Kommerzienrat A. Probst) zu Immenstadt (Bayern); '83.
163. Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg; '83.
164. Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München (Direktor: A. Hertrich); '85.
165. Württ. Metallwarenfabrik zu Geislingen a. Steige; '86.
166. Baumwoll-Spinnerei und Weberei „Lampertsmühle", vorm. G. F. Grohs-Henrich, bei Kaiserslautern; '89.
167. Waggonfabrik Gebrüder Gastell, G. m. b. H. in Mombach b. Mainz; '89.
168. Aktien-Maschinenbau-Anstalt, vorm. Venuleth & Ellenberger in Darmstadt; '89
169. Elektricitäts-Aktien-Gesellschaft, vorm. Schuckert & Co., in Nürnberg; '89.
170. Neue Baumwoll-Spinnerei Hof in Hof i. Bayern; '90.
171. Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken in Rottweil; '90.
172. Luxische Industriewerke, A.-G. in Ludwigshafen a. Rh.; '90.
173. Porzellanfabrik Tirschenreuth, Aktien-Gesellschaft in Tirschenreuth in Bayern; '92.
174. Allgemeiner deutscher Versicherungs-Verein (Generaldirektor C. G. Nolt) in Stuttgart; '92.
175. Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München, Ludwigstr. 2; '92.
176. Württembergische Kattunmanufaktur in Heidenheim a. Brenz; '95.
177. Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt & Co. in Mühlheim a. Main b. Frankfurt a. Main; '95.
178. Zuckerfabrik Frankenthal A. W.; '98. **(25 Mark Jahresbeitrag.)**
179. Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Nürnberg in Nürnberg; '98.
180. Ludwigshafener Walzmühle, Ludwigshafen a. Rh.; '99.
181. Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg; '99.
182. Direktion der „Vereinigte Pinselfabriken" in Nürnberg; '99.
183. Bürstenfabrik Erlangen, A.-G., vorm. Emil Kränzlein (Direktor Hr. Kommerzienrat Emil Kränzlein), Erlangen; '99.
184. Kathreiner's Malzkaffeefabriken, G. m. b. H., in München; '99.

r. Baden und Elsaß-Lothringen.

185. Spinnerei St. Blasien (Baden); '72.
186. Maschinenbau-Gesellschaft in Karlsruhe; '74.
187. Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Waghäusel (Direktor: Schöttle); '74.
188. Aktiengesellschaft für Uhrenfabrikation Lenzkirch (Baden); '77.
189. Aktiengesellschaft für Textil-Industrie vorm. Dollfus, Mieg & Co. in Mülhausen i. E.; '80.
190. Administration der Minen von Buchsweiler in Buchsweiler (Unter-Elsaß); '90.
191. Kolmauer Baumwollspinnerei und Weberei zu Waldkirch in Baden; '90.
192. Pechelbronner Ölbergwerke in Schiltigheim bei Straßburg i/E.; '92.
193. Verein Chemischer Fabriken in Mannheim; '93.
194. Portland-Cement-Werk Heidelberg vorm. Schifferdecker & Söhne in Heidelberg; '95.
195. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Zweigniederlassung in Karlsruhe (Baden); '95.
196. Carl Freudenberg, G. m. b. H., in Weinheim (Baden); '95.
197. Els. Konserven-Fabrik und Import-Gesellschaft in Schiltigheim bei Straßburg i. E.; '98.
198. Maschinenfabrik Gritzner, Aktien-Gesellschaft in Durlach; '98.
199. Holzzellstoff- u. Papierfabriken, Aktien-Ges. in Neustadt (Schwarzwald); '98.
200. Spinnerei und Weberei Steinen in Steinen (Baden); '98.
201. Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft in Straßburg (Elsaß); '99.

C. Ständige Mitglieder,

d. h. solche, die durch einmalige Zahlung eines Beitrages die immerwährende Mitgliedschaft erlangt haben.

1. Königlich Preußisches Ministerium des Innern in Berlin; '98.
2. Gustav Gebhard, Kommerzienrat u. Konsul in Berlin W. Stülerstr. 13; '73.
3. Königl. Eisenbahn-Direktion in Köln; '73.
4. Dr. Eduard Pfeiffer, Geh. Hofrat in Stuttgart, Seestraße 10; '73.
5. Dr. Wilh. Abegg, Kommerz- und Admiralitätsrat a. D., Direktor der deutschen Hypothekenbank in Berlin W. Tiergartenstraße 17a; '74.
6. Frau Dr. J. Bernstein, verw. Professor in Berlin W. Stülerstraße 6; '96.

D. Persönliche Mitglieder in Berlin und dessen Vororten.

1. Fritz Abelsdorff, i. F. Abelsdorff & Meyer, W. Oberwallstraße 12/13; '96.
2. S. Adam, W. Leipzigerstraße 27/28; '85.
3. Dr. H. Albrecht, Professor, Schriftsteller, W. Köthenerstraße 23; '97.
4. Max Altmann, Rentier, W. Regentenstraße 17; '84.
5. E. Arnhold, Kommerzienrat, W. Französischestraße 60/61; '98.
6. Dr. jur. Aschrott, Landgerichtsrath, W. Hohenzollernstraße 19; '92.
7. Wilh. Backhaus, in Firma A. Wunderlich Nachf., W. Karlsbad 15; '92.
8. M. Baumann, Fabrikbesitzer, i. F. Albert Kryszat & Co., N. Kolonieſtr. 3, 4; '92.
9. C. Bechstein, Geh. Kommerzienrat, N. Johannisstraße 6; '89.
10. Emil Becker & Hoffbauer, Teppichfabrik, Hoflieferanten, SO. Engel-Ufer 8; '89.
11. Becker & Ulmann, NW. Invalidenstraße 50/51; '89.
12. George Bendix, Kaufmann und Fabrikbesitzer, C. Klosterstraße 83; '90.
13. Hugo Bendix, Fabrikbesitzer, C. Klosterstraße 83; '90.
14. Dr. Alfred Bernard, Rentner, W. Joachimsthalerstraße 12; '90.
15. Graf Bernstorff, Geh. Ober-Regierungsrat, W. Rauchstr. 5; '89.
16. Fräulein Pauline Bessert-Nettelbeck, W. Corneliusstr. 7; '83.

17. R. Bialon, Kommerzienrat, N. Johannisstraße 2; '89.
18. Simon Bing, W. Potsdamerstr. 118c; '86.
19. S. Blanckertz, Kommerzienrat, W. Stülerstraße 1; '64.
20. Rudolf Blanckertz, Fabrikbesitzer, NO. Georgenkirchstraße 44; '98.
21. Julius Bleichröder, Bankier, W. Voßstraße 8; '70.
22. Dr. Bödiker, Wirkl. Geheimer Ober-Regierungsrat, W. Nollendorfplatz 1; '98.
23. E. Boer, Kommerzienrat, SW. Großbeerenstraße 4; '92.
24. C. Bolle, Kommerzienrat, NW. Alt-Moabit 99—103; '89
25. A. Borsig, Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei, in Tegel; '86.
26. Frau Geh. Kommerzienrat Anna Borsig, NW. Alt-Moabit 86; '89.
27. Conrad Borsig, Fabrikbesitzer, NW. Alt-Moabit 86, I; '99.
28. Heinrich Buchholtz & Co., N. Fehrbellinerstraße 81; '74.
29. Dr. W. Cahn, Kaiserl. Geh. Legationsrat, W. Maienstraße 5; '92.
30. M. von Carnap, Rentier, W. Bendlerstraße 17; '89.
31. Paul Carney, Rentner, W. Augsburgerstraße 41; '73.
32. Dr. jur. Georg Caro, Kommerzienrat, W. Unter den Linden 3a; '92.
33. Wilh. Conrad, Geh. Kommerzienrat, W. Regentenstraße 24; '73.
34. Frhr. von Cramm-Burgdorf, Excellenz, Wirkl. Geh. Rat, außerordentl. Gesandter und Bevollmächtigter zum Bundesrat, W. Ansbacherstr. 56; '80.
35. Dr. Dade, Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, SW. Königgrätzerstraße 43; '96.
36. Dr. L. Darmstädter, W. Landgrafenstraße 18a; '73.
37. Ludwig Delbrück, Banquier, W. Mauerstraße 61/62; '90.
38. H. Delbrück, Kammergerichtsrat, Gr.-Lichterfelde, Sternstraße 15; '85.
39. A. Demuth, Königl. Hofbuchbinder, W. Mohrenstraße 58; '90.
40. A. F. Dinglinger, W. Französische Straße 28; '86.
41. Joh. Bapt. Dotti, Militäreffekten-Fabrik, SO. Neanderstraße 4; '89.
42. Dr. Graf Douglas, Majoratsherr, W. Bendlerstraße 15; '90.
43. Sholto von Douglas, Bergwerks- und Hüttenbesitzer, NW. Alsenstraße 7; '92.
44. Heinrich Eisner, Fabrikbesitzer, W. Bellevuestraße 14; '85.
45. Feig & Pinkus, Bankgeschäft, NW. Unter den Linden 78; '73.
46. Georg Foerster, Geh. Ob.-Reg.-Rat, Kolonie Grunewald, Hagenstr. 79; '90.
47. Hermann Frenkel, in Firma Jacquier & Securius, C. An der Stechbahn 3/4; '92.
48. Fritz Friedlaender, Kommerzienrat, (in Firma Emanuel Friedlaender & Co.), W. Unter den Linden 8; '90.
49. Gebrüder Friedländer (Firma), W. Unter den Linden 28; '98.
50. Dr. Fürst, Geheimer Ober-Bergrat, Vortr. Rat im Ministerium für Handel u. Gewerbe, W. Tauenzienstraße 6; '99.
51. Carl Gerold, W. Unter den Linden 24; '85.
52. Dr. phil. W. Godeffroy, Rentier, W. Wilhelmstraße 59; '92.
53. Fr. Goldschmidt, General-Direktor, NO. Landsberger Allee 27; '89.
54. Ludwig Grünfeld, in Firma F. B. Grünfeld, W. Leipzigerstraße 25; '99.
55. Julius Grünwald, Kaufmann, i. F. Julius Cunow & Co., N. Oranienburgerstraße 59; '92.
56. Julius Guttentag, Generalkonsul und Bankier, NW. Neustädtische Kirchstraße 3; '89.
57. Martin Haeffner, Albuminfabrik, O. im Städt. Viehhof; '85.
58. Dr. jur. Fr. Hammacher, Rentier, W. Kurfürstenstr. 115; '73.
59. A. von Hansemann, Geheim. Kommerzienrat, W. Tiergartenstraße 31; '89.
60. James Hardy, Bankier, W. Behrenstraße 4; '82.
61. Hermann Hecht, Kaufmann, Kolonie Grunewald, Königs-Allee 35; '92.
62. O. Hellwig, Excellenz, Wirklicher Geheimer Rat, W. Rankestraße 5; '95.
63. Graf Guido Henckel von Donnersmarck, W. Pariser Platz 2; '89.
64. R. Henneberg, Kgl. Kommerzienrat, (Firma: Rietschel & Henneberg), S. Brandenburgstr. 81; '83.
65. Fr. Aug. Herbig, Verlagsbuchhandlung, W. Schönebergerufer 13; '66.
66. E. L. Herrfurth, Excellenz, Staatsminister, W. Kleiststraße 9; '94.
67. Rudolph Hertzog (Firma), O. Breitestraße 12-18; '98.

68. Wm. Herz, Geheimer Kommerzienrat, NW. Dorotheenstraße 1; '89.
69. Dr. jur. C. Herzog, Excellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Staats-Sekretär a. D., W. Derfflingerstraße 5; '89.
70. Carl v. d. Heydt, Banquier, W. v. d. Heydtstraße 18; '99.
71. Rudolf Hofmann, Verlagsbuchhändler, SW. Zimmerstraße 135; '85.
72. H. A. Holland, Ratszimmermeister a. D., SW. Wartenburgstraße 8; '92.
73. O. Jessen, Direktor der Handwerkerschule, SW. Hedemannstraße 16; '84.
74. Heinrich Jordan, Kommerzienrat SW. Markgrafenstraße 107; '86.
75. Bernhard Joseph, Fabrikant, S. Ritterstraße 26; '85.
76. N. Israel (Firma), C. Spandauerstraße 28; '95.
77. E. Kaselowsky, Kommerzienrat, N. Chausseestraße 17/18; '89.
78. Dr. R. von Kaufmann, Professor, Geh. Reg.-Rat, W. Maaßenstr. 5; '89.
79. Gustav Knauer, Spediteur, W. Lützow-Ufer 31; 95.
80. Ludw. Knaus, Maler und Professor, W. Hildebrandtstraße 17; '89.
81. Koch & Bein, Königl. Hoflieferanten, SW. Ritterstraße 49; '83.
82. F. Königs, Bankier, W. Wilhelmstraße 41; '85.
83. Leopold Königsberger, Fabrikbesitzer, SW. Beuthstraße 18—21; '92.
84. Carl Kohlert, Ingenieur, Direktor der Aktien-Ges. H. F. Eckert in Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 162-165; '96.
85. Wilhelm Kopetzky, Kommerzienrat, W. Behrenstraße 59; '86.
86. Kraft & Lewin, W. Französischestr. 33d; '85.
87. W. von Krause, Banquier, W. Wilhelmstraße 66; '75.
88. Max Krause, Kommerzienrat, SW. Beuthstraße 7 II; '85.
89. Max Krayn & Co., Lampenfabrik, S. Böckhstraße 7; '92.
90. Krecke, Landgerichts-Rat, NW. Curhavenerstraße 13; '85.
91. Dr. Ernst Kronecker, Kammergerichtsrat, W. Kurfürstendamm 241; '92.
92. Clemens Krumhoff, Kaufmann, C. Kaiser-Wilhelmstr. 48; '82.
93. Dr. jur. Paul Lachmann (Firma: Neue Berliner Messingwerke Wilhelm Borchert jun.), SW. Kochstraße 30; '86.
94. Dr. Edmund Lachmann (Firma: Neue Berliner Messingwerke Wilhelm Borchert jun.), SW. Kochstraße 30; '86.
95. Dr. Felix Landau, Rechtsanwalt, W. Jägerstraße 58, I; '86.
96. Eugen Landau, Generalkonsul, W. Wilhelmstraße 70b; '98.
97. Hugo Landau, Kommerzienrat, W. Wilhelmstraße 71; '89.
98. Herm. Landsberger, Kaufmann, C. Hausvoigtei-Platz 6/7; '72.
99. Dr. Oscar Lassar, Professor an der Universität, NW. Karlstr. 19; '89.
100. W. Ledermann, Geh. Kommerzienrat, W. Wilhelmstraße 60; '92.
101. Aktiengesellschaft Anton und Alfred Lehmann, W. Taubenstraße 21; '71.
102. A. Lent, Königl. Baurat, W. Matthäikirchstraße 3c; '90.
103. Dr. Rudolf Leo, Magistrats-Assessor, W. Dörnbergstraße 7; '96.
104. L. Lessing, Rittergutsbesitzer, W. Voßstraße 17; '92.
105. Julius Lewisohn, N. Friedrichstraße 131a; '86.
106. Dr. jur. M. Leyke, Direktor, Gr. Lichterfelde, Augustastraße 14; '94.
107. Dr. Carl Liebermann, Geh. Regierungsrat und Professor, W. Matthäikirchstraße 29; '72. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
108. Georg Liebermann, Stadtverordneter, Kaufmann und Fabrikbesitzer, W. Bellevuestraße 8; '75 **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
109. M. Liebermann, Geh. Kommerzienrat, W. Thiergartenstraße 16; '96. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
110. Dr. jur. P. Liepmann, Amtsgerichtsrath, Charlottenburg, Knesebeckstr. 98; '92.
111. Franz Freiherr von Lipperheide, Verlagsbuchhändler, W. Potsdamerstr. 38; '85.
112. Litthauer, Justizrat, SW. Lindenstraße 11; '98.
113. J. Löwe, Kommerzienrat, NW. Dorotheenstraße 43/44; '98.
114. Th. Lohmann, Excellenz, Wirkl. Geh. Rat, Unterstaatssekretär, W. Lützowstraße 64/65; '90.
115. Freiherr von Magnus, Rittmeister a. D., W. Unter den Linden 31; '95.
116. Paul Mankiewicz, Direktor der Deutschen Bank, W. Mauerstr. 29/32; '99.
117. Franz Marck, Kaufmann, W. Königin Augustastraße 52; '92.

118. Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, Geh. Kommerzienrat, W. Jägerstraße 53; '89.
119. Franz von Mendelssohn, Bankier, W. Jägerstraße 51; '90.
120. Karl Mengel, Rechtsanwalt und Notar, W. Potsdamerstraße 55; '92.
121. Paul Mengers, Fabrikbesitzer, W. Karlsbad 28; '92.
122. A. Messel, Professor, W. Potsdamerstraße 121d; '89.
123. Albert Ph. Meyer, NW. Rauchstraße 19; '86.
124. Dr. med. Max Ph. Meyer, Sanitätsrat, W. Maaßenstraße 27; '92.
125. Dr. W. Michaelis, Cement-Techniker, NO. Friedenstraße 19; '90.
126. Julius Möller, Kgl. Kommerzienrat (Firma: Möller & Schreiber), NW. Schiffbauerdamm 5; '74.
127. Carl Morgenstern, Kaufmann, W. Bendlerstraße 27; '89.
128. Dr. Benno Mühsam, Rechtsanwalt, W. Genthinerstraße 5; '92.
129. Albert Müller, Fabrikdirektor, W. Potsdamerstraße 119; '86.
130. A. Dotti, Regierungs-Baumeister, Kolonie Grunewald, Winklerstr. 18; '92.
131. Wilh. Müller, Gold- u. Silberwaaren-Engrosgeschäft, C. Gertraudtenstraße 10—12; '90
132. Dr. jur. E. Münsterberg, Stadtrat, W. Dörnbergstraße 7; '97.
133. Leo Mugdan, Stadtrat, W. Kurfürstenstraße 55; '86.
134. Dr. Hermann Munk, Professor, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, W. Matthäikirchstraße 4; '92.
135. W. Munk, Landgerichtsdirektor, W. Burggrafenstr. 18; '95.
136. Dr. Neuhaus, Geh. Ober-Regierungsrat und vortr. Rat im Kgl. Ministerium für Handel und Gewerbe, W. Schaperstraße 33; '89.
137. Dr. med. S. Neumann, Sanitätsrat, W. Kurfürstenstraße 126; '51.
138. Max Neumann, Rentier, W. Potsdamerstraße 10; '89.
139. Dr. phil. Georg Noah, Fabrikbesitzer, i. F.: C. Wilh. Kayser & Co. (Martinickenfelde) Kaiserin-Augusta-Allee 26; '92.
140. M. Nobbe, Landes-Ökonomierat, W. Keithstraße 17; '96.
141. Anton Ohlert, SW. Kochstraße 9; '86.
142. Hugo Oppenheim, Kommerzienrat, W. Behrenstraße 48; '92.
143. Gustav Oppermann (Firma R. F. Liedtke), W. Unter den Linden 12; '89.
144. Ludolf Parisius, Schriftsteller, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18; '64.
145. Albert Pfaff, Kommerzienrat, W. Behrenstraße 31; '89.
146. Pohle, Rechtsanwalt und Notar, C. An der Stadtbahn 42; 86.
147. Dr. J. Post, Geh. Ober-Regierungs-Rat, W. Schaperstraße 32; '95.
148. Rud. Pringsheim, Kaufmann, W. Wilhelmstraße 67; '92.
149. Dr. H. Preuß, Privatdozent a. d. Universität, W. Matthäikirchstraße 29; '94.
150. Carl Rakenius, Fabrikbesitzer, (Firma: Carl Rakenius & Co.), SW. Zimmerstraße 98; '86.
151. Adolph vom Rath, Rentier, W. Viktoriastraße 6; '88.
152. Louis Ravené, Kaufmann, C. Wallstraße 5—8; '89.
153. Ferdinand Reichenheim, Rentier, W. Tiergartenstraße 16; '61.
154. Heinrich Rickert, Landesdirektor a. D., Mitgl. d. Reichstages und d. Hauses der Abgeordneten, SW. Dessauerstraße 19; '82.
155. Dr. jur. Joh. Rösing, Kaiserl. Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rat, Präsident der Verw. d. Reichs-Invalidenfonds, W Königin-Augustastraße 51 I; '76.
156. Hermann Rose, Gen.-Dir. d. Newyorker Germania, W. Leipziger Platz 12; '85.
157. Dr. Edm. Rose, Geh. Medizinalrat und Professor, dirig. Arzt in Bethanien, W. Tauenzienstr. 8; '90.
158. N. Rosenfeld & Co., Königl. Hoflieferanten, W. Mohrenstr. 11/12; '86.
159. Hugo Rosenthal, Fabrikant, W. Königgrätzerstraße 8; '85.
160. Rospatt, Stadt-Baurat a. D. u. Stadtältester, W. Lützow-Ufer 1a; '86.
161. Jul. Rütgers, W. Kurfürstenstraße 135; '83.
162. E. Russell, Generalkonsul, W. Behrenstraße 43/44; '90.
163. S. Salomon, Rentier, W. Potsdamerstraße 123b; '89.
164. Eduard Sanden, Bankdirektor, NW. Charlottenstraße 42; '89.
165. Schäffer & Öhlmann, Fabrikanten, N. Chausseestraße 40; '95.

166. F. Schenck, Rechtsanwalt, Dt.-Wilmersdorf, Güntzelstraße 42; '89.
167. Otto Schlick, C. Prenzlauerstraße 20; '86.
168. Schlottmann & Co., Fabrikanten, C. Klosterstraße 69/70; '89.
169. Johannes Schlutius, Fabrikbesitzer, Karow i. Mecklbg.; '92.
170. C. H. Herm. Schmidt, Ofenfabrik SW. Kommandantenstraße 85; '86.
171. Dr. Gustav Schmoller, Universitätsprofessor, W. Wormserstraße 13; '66.
172. Arthur Schnitzler, Rittergutsbesitzer, W. Kurfürstendamm 251/252; '92.
173. K. Schrader, Eisenbahndirektor a. D., Mitgl. d. Reichstags, W. Steglitzerstr. 68; '76.
174. F. W. Schütt, Kommerzienrat, NW. Moabit, Stromstraße 1—3; '86.
175. Schulz & Schlichting, Architekten, NW. Hinderinstraße 8; '90.
176. Ad. Schwabacher, Bankier, W. Hohenzollernstraße 20; '84.
177. A. Schwartzkopff, Fabrikant in Reinickendorf, Hauptstraße 24; '92.
178. Dr. phil. Ed. Seler, Privat-Docent a. d. Universität, in Steglitz, Kaiser Wilhelmstraße 3; '89.
179. Dr. M. Sering, Professor der Staatswissenschaften, W. Uhlandstr. 79/80; '94.
180. Carl Friedrich von Siemens, Ingenieur, W. Hohenzollernstraße 6; '98.
181. Wilhelm von Siemens, Civil-Ingenieur, W. Thiergartenstr. 10; '90.
182. Leonhard Simion, Verlagsbuchhändler, SW. Wilhelmstraße 121; '73.
183. Simon, Rentier, W. Behrenstraße 67; '92.
184. James Simon, i. Fa. Gebr. Simon, C. Klosterstraße 80/82; '96.
185. Dr. Heinrich Soetbeer, Generalsekretär des Deutschen Handelstages, C. Neue Friedrichstraße 53/54; '97.
186. Dr. Arthur Sperling, prakt. Arzt, W. Keithstraße 5; '98.
187. Carl Spindler, Geheimer Kommerzienrat, C. Wallstraße 12; '77.
188. F. Sponnagel (Firma: van Baerle & Sponnagel), N. Hermsdorferstr. 8; '83.
189. R. Stöckhardt, Geheimer Ober-Regierungs-Rat, NW. Klopstockstraße 60; '90.
190. G. Struve, Stadtrath, W. Lützowplatz 10; '91.
191. Dr. Arthur von Studnitz, Regierungsrat a. D., SW. Lindenstraße 26; '80.
192. Dr. Gustav Tiktin, Justizrath, W. Taubenstraße 44; '89.
193. Emil Uhles, Kammergerichtsrat, W. Thiergartenstraße 3a; '98.
194. Eduard Veit, Geh. Kommerzienrat, W. Behrenstraße 48; '85.
195. A. Venzky, i. Fa. Stadion, Brecht & Co., SW. Krausenstraße 39; '90.
196. Ferd. Vogts & Co., SW. Alte Jakobstraße 18/19; '83.
197. Voigt, Landgerichtsdirektor, SW. Leipzigerstraße 73; '85.
198. H. Wallich, Bankdirektor und Konsul, W. Bellevuestraße 18a; '89.
199. Robert Warschauer, Bankier, W. Behrenstraße 48; '89.
200. Dr. H. Wedding, Geh. Bergrat u. Professor, W. Genthinerstr. 13, Villa C; '74.
201. Dr. phil. Max Otto Weigert, Stadtrat und Fabrikbesitzer (Firma: Weigert & Co.), W. Kielganstraße 2; '70.
202. B. Weisbach, Rentier, W. Thiergartenstraße 4; '82. **(36 Mk. Jahresbeitrag).** (†)
203. Dr. theol. Weiß, Professor, Wirkl. Oberkonsistorialrat, W. Landgrafenstr. 3; '90.
204. Ad. Wendelstadt, Geh. Regierungsrat u. Vortr. Rat im Handelsministerium, NW. Brücken-Allee 3; '99.
205. J. H. Werner, Hof-Juwelier Sr. Majestät des Kaisers und Königs, W. Friedrichstr. 173; '95.
206. Rudolf Wertheim, Kommerzienrat, i. Fa. H. & R. Wertheim, W. Potsdamerstr. 21a; '92. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
207. P. Wimmel & Co., Hof-Steinmetzmeister, NW. Lehrterstraße 18; '85.
208. C. Winckelmann, Fabrikbesitzer, NW. Alt-Moabit 91/92; '89.
209. Witte, Geh. Ober-Regierungsrat, W. Bayreutherstraße 33II; '82.
210. A. E. Witting, Architekt, SO. Schmidstraße 7; '75.
211. Frau Kommerzienrätin Wollheim, W. Französischestraße 60/61; '73.
212. A. Woworsky, Rentier, W. Kleiststraße 43; '83.
213. Dr. Zacher, Kaiserl. Geh. Regierungsrat, Mitgl. des Reichsversicherungsamts, W. Königin Auguststraße 19; '96.
214. F. Zimmermann & Sohn, SW. Tempelhofer Ufer 34; '92.
215. Arthur Zwicker, General-Konsul, Bankier, C. Gertraudtenstr. 16; '73.

E. Auswärtige persönliche Mitglieder im preußischen Staate.

a. Provinz Ostpreußen.

1. Hch. Gerlach, Geheimer Kommerzienrat in Memel; '99.
2. Louis Großkopf, Kommerzienrat in Königsberg; '83.
3. Robert Kleyenstüber, Konsul in Königsberg i. Pr.; '90.
4. Siegfried, Rittergutsbesitzer in Carben bei Heiligenbeil; '92.
5. Hermann Teschendorff, Kaufmann in Königsberg i. Pr.; '90.

b. Provinz Westpreußen.

6. Dr. H. Abegg, Geh. Sanitäts- und Medizinalrat in Danzig; '80.
7. Heinrich M. Boehm, Kommerz- und Admiralitätsrat in Zoppot; '77.
8. R. Damme, Geheimer Kommerzienrat in Danzig; '99.
9. John Gibsone, Geheimer Kommerzienrat in Danzig; '77.
10. Arie Goldfarb, Tabakfabrikant, Beigeordneter in Pr.-Stargard; '90.
11. Dr. Großmann, Regierungs-Assessor in Marienwerder, Wpr.; '90.
12. Herzfeld & Victorius, Eisengießerei und Emaillierwerk in Graudenz; 98.
13. Johannes Ick in Danzig; '95.
14. Kittler, Kaufmann und Stadtrat, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, in Thorn; '90.
15. Gustav Obuch, Justizrat in Löbau W.-Pr.; '64.
16. Theodor Rodenacker, Rheder in Danzig; '98.
17. Otto Steffens, Kaufmann in Danzig; '77.
18. Fa. Gustav Weese, Hoflieferant in Thorn; '90.
19. Fritz Wieler, in Firma Wieler & Hardtmann in Danzig, Hundegasse 112; '90.

c. Provinz Brandenburg.

20. Max Bahr, Fabrikant in Landsberg a. W.; '90.
21. Dr. Baumert, Rechtsanwalt in Spandau, Breitestraße 52; '92.
22. Beckmann, Regierungs- und Gewerberat in Frankfurt a. O.; '95.
23. C. von Gneist, Regierungsrat, in Potsdam, Behlertstraße 33; '96.
24. Karl Goldschmidt in Luckenwalde; '64.
25. Karl Marggraff, Fabrikbesitzer, i. Fa. Marggraff & Engel, in Wolfswinkel b. Eberswalde; '74.
26. Wilhelm Meinicke, Stadtrat u. Fabrikbesitzer in Brandenburg a. H.; '90.
27. Paul Mende, Kommerzienrat in Frankfurt a. O.; '80.
28. Fr. Paeske, Gerichtsassessor a. D. und Rittergutsbesitzer auf Conraden bei Reetz, Kreis Arnswalde; '92.
29. Richard Röpicke, Kommerzienrat, Mitgl. des Reichstages, in Tornow bei Potsdam; '99. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
30. Dr. Roth, Regierungs- und Medizinalrat in Potsdam; '93.
31. G. Sarre, Gutsbesitzer in Herzershof bei Manschnow, Kreis Lebus; '92.
32. Schidlower, Rechtsanwalt und Notar in Köpenick; '85.
33. de Terra, Eisenbahn-Direktor in Guben; '96.
34. Graf von Zieten-Schwerin, Ehren-Präsident des Central-Vorstand deutscher Arbeiter-Kolonien, in Wustrau, R.-B. Potsdam; '90.

d. Provinz Pommern.

35. Dr. Amelung, Direktor der Germania, Leb.-Vers.-Akt.-Ges. in Stettin, Paradeplatz 16; '83. (†)
36. R. Bergemann, Kgl. Hof-Spediteur in Stettin; '92.
37. F. Ivers, Schiffsreeder und Generalkonsul in Stettin; '90.
38. August Kolbe, Kommerzienrat in Zanow i. Pommern; '89.

39. Dr. A. Martin, Universitätsprofessor in Greifswald; '89.
40. August Rassow, Rentier in Wolgast; '77.
41. Schlutow, Geh. Kommerzien- und Stadtrat in Stettin; '82.
42. Karl Westphal, Fabrikbesitzer in Stolp; '82.

e. Provinz Posen.

43. Selig Auerbach & Söhne in Posen; '90.
44. Michael Herz, Kommerzienrat in Posen; '83.
45. Moritz Jaffé, Kaufmann und Gerichtsassessor a. D. in Posen; '99.
46. Orgler, Geheimer Justizrat in Posen; '83.

f. Provinz Schlesien.

47. Beuchelt & Co., Fabrik für Brückenbau und Eisenkonstruktionen in Grünberg; '86.
48. Dittrich, Kreisgerichtsrat a. D. in Liegnitz, Neue Goldbergerstraße 64; '51. (†)
49. E. Erxleben & Co., Mechanische Weberei in Gnadenfrei i. Schl.; '90.
50. W. Fitzner, Kommerzienrat in Laurahütte; '73.
51. Heinrich Frahne, Kgl. Kommerzienrat in Landeshut i. Schl.; '90.
52. Georg Freudenberg, Fabrikbesitzer, in Firma Främbs & Freudenberg in Schweidnitz; '99.
53. Gothein, Königl. Bergrath, Syndikus des Handelskammer, Mitglied des Hauses der Abgeordneten in Breslau-Kleinburg; '89.
54. Alfred Gruschwitz, Fabrikbesitzer in Neusalz a. O.; '92. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
55. W. Güttler, Pulverfabriken in Reichenstein i. Schl.; '92.
56. Robert Haenschke, Geh. Kommerzienrat in Waldenburg i. Schl.; '86.
57. Hahn & Koplowitz, Neißer Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt in Neuland-Neiße; '90.
58. Heinrich Heimann Geh. Kommerzienrat in Breslau, Ring 33; '92.
59. Dr. Georg Kauffmann, Fabrikbesitzer in Wüstegiersdorf; '98.
60. Frau Siegfried Kaufmann, Fabrikbesitzerin in Görlitz; 99.
61. Heinrich von Korn, Besitzer der Schlesischen Zeitung in Breslau; '98.
62. Georg von Kramsta, Bergwerks- und Rittergutsbesitzer in Frankenthal b. Neumarkt i./Schl.; '73.
63. von Kulmiz, Rittergutsbesitzer auf Gutwohne, Kreis Öls; '92.
64. Paul Methner, Kommerzienrat, in Landeshut i. Schl.; '95.
65. Otto Müller, Kommerzienrat in Görlitz; '85.
66. Dr. Nitsche, Sanitätsrat in Salzbrunn; '90.
67. Fürst von Pleß, Durchlaucht, zu Pleß; '73.
68. Emil Pyrkosch, Fabrikbesitzer und Stadtrat in Ratibor; '95.
69. Franz Rosenberger, Fabrikbesitzer in Oberlangenbielau; '95.
70. H. Schmidt, Rentier, Görlitz, Bismarckstraße 14; '90.
71. Schöffer & Co., Stadtmühle und Brotfabrik in Liegnitz; '95.
72. A. Schoenawa, in Hoffnungshütte bei Ratiborhammer; '83.
73. F. Schweitzer, Zimmermeister in Beuthen O./Schl.; '75.
74. Emil Stolle, Erster Bürgermeister in Königshütte O.-S.; '90.
75. Graf v. Tiele-Winklersche Hauptverwaltung in Kattowitz; '99.
76. Dr. E. Websky, Geh. Kommerzienrat in Wüstewaltersdorf (Breslau); '73.

g. Provinz Sachsen.

77. Otto Allendorff, Königl. Kommerzienrat in Schönebeck a. Elbe; '95.
78. A. Bauer, Steingut-Fabrik in Neustadt-Magdeburg; '75.
79. Louis Bauermeister, Gruben- und Fabrikbesitzer, Mitglied des Reichstages in Deutsche Grube b. Bitterfeld; '92.
80. Dr. jur. Karl Bennecke in Loederburg bei Staßfurt, Reg.-Bez. Magdeburg; '77.

81. Freiherr von Berlepsch, Excellenz, Staatsminister, in Seebach b. Großengottern; '92.
82. H. C. Bestehorn, Königl. Kommerzienrat in Aschersleben; '98.
83. Ludwig Bethcke, Königl. Geheimer Kommerzienrat in Halle a. S.; '90.
84. Max Bieler, Kaufmann und Fabrikbesitzer (Firma Ephraim Greiner) in Stützerbach b. Schmiedefeld, Kr. Schleusingen; '95.
85. Julius Blancke, Stadtrat und Fabrikbesitzer in Merseburg; '73.
86. Wilhelm Brauns in Quedlinburg; '85.
87. Claes & Flentje in Mühlhausen i. Th.; '86.
88. A. Dehne, Kgl. Geheimer Kommerzienrat, i. Fa. A. L. G. Dehne in Halle (Saale); '98. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
89. Gebr. Dietrich in Weißenfels; '83.
90. Gebrüder Dippe in Quedlinburg; '98. **(15 Mark Jahresbeitrag.)**
91. Dommerich & Co. in Buckau-Magdeburg; '77.
92. Kurt Elze, Rechtsanwalt und Notar, Stadtrat in Halle a. S., Brüderstr. 7; '85.
93. Gebr. Forstreuter in Oschersleben; '90.
94. E. Hübner, Kommerzienrat, in Firma Wegelin & Hübner in Halle a. S.; '89.
95. C. Klamroth, auf Kloster Gröningen, R.-B. Magdeburg; '92.
96. Wilh. Kux Nachfolger in Halberstadt; '83.
97. Ferd. Lucius, Geh. Kommerzienrat, Mitglied des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, in Erfurt; '90.
98. Fr. Meyer's Sohn, Zuckerraffinerie in Tangermünde; '92.
99. Neubauer, Geh. Kommerzienrat in Magdeburg, Breite Weg 212; '90.
100. Reinicke & Co., Malzfabrik in Halle a. S.; '85.
101. von Richter, Geh. Regierungsrat, Landrat in Weißenfels; '90.
102. J. F. Riemann, Mech. Bunt-Weberei in Nordhausen; '90.
103. Arthur Schmid, Amtmann, in Bergen b. Großrodensleben; '92.
104. C. M. Sombart, Rentier und Stadtverordneter in Magdeburg-Friedrichstadt; '95.
105. R. Stengel, Grund- und Bergwerksbesitzer, Mitgl. d. Hauses d. Abgeordneten, in Staßfurt; '81.
106. Fritz Wolff, Königl. Kommerzienrat in Erfurt; '95.
107. M. von Zimmermann, Königl. Amtsrat auf Benkendorf b. Delitz a. B. (Bez. Halle); '92.

h. Provinz Schleswig-Holstein.

108. Dr. W. Ahlmann, Bankier in Kiel; '71.
109. Anthon & Söhne, Eisengießerei u. Maschinenfabrikbesitzer in Flensburg; '89.
110. Bokelmann, Geheimer Regierungsrat in Kiel; '84.
111. C. E. Gätkes Glasfabriken in Altona-Ottensen, Friedens-Allee 260; '92.
112. Dr. Albert Hänel, Professor, Mitgl. d. Reichstages in Kiel, Bergstraße 2; '71.
113. P. Chr. Hansen, Landesversicherungsrath in Kiel, Fleethöre 60; '75.
114. C. Hedrich, Dampfmühle in Altona; '90.
115. Georg Howaldt, Kommerzienrath in Kiel; '83.
116. L. P. H. Maaß Erben, Buchdruckereibesitzer in Flensburg; '77.
117. J. H. Mohr i. Fa. A. L. Mohr in Altona-Bahrenfeld; '98.
118. A. Sartori, Geheimer Kommerzienrat (Firma: Sartori & Berger) in Kiel; '83.
119. B. H. Schröder, Fabrik- und Gutsbesitzer in Wesselburen i. Holstein; '95.
120. C. Sieveking, Justizrat in Altona; '83.
121. Thomsen, Excellenz, Vice-Admiral, in Kiel, Hohenbergstraße 22 I; '98.
122. Fräulein M. Thomsen in Kiel, Hohenbergstraße 22 III; '98.

i. Provinz Hannover.

123. Gerh. Becker, Ökonomierat in Ülzen; '92.
124. W. P. Berding, Kommerzienrat, in Linden-Hannover, Blumenstraße 7a; '73
125. J. Börstling, Lüneburger Wachsbleiche in Lüneburg; '99.
126. Hermann Borchers i. Fa. Gebr. Borchers in Goslar; '92.
127. von Borries, Regierungs- und Baurat in Hannover, Herrenstr. 15; '90.

128. A. Brauer in Lüneburg; '98.
129. Carl Breiding & Sohn in Soltau; '83.
130. E. Eger, Fabrikant in Harburg (Elbe); '98.
131. A. Haarmann, Kommerzienrat, Generaldirektor in Osnabrück; '83.
132. Frau von Hoppenstedt, in Schladen, Provinz Hannover; '90.
133. Höveler & Dieckhaus, Metallscheideanstalt in Papenburg; '99.
134. Keferstein, Oberbürgermeister in Lüneburg; '73.
135. J. C. König & Ebhardt in Hannover; '77.
136. Gebrüder Körting in Körtingsdorf bei Hannover; '89.
137. Ernst Kromschröder, Fabrikant in Osnabrück, Bergstr. 3 A; '89.
138. Jos. L. Meyer, Schiffsbaumeister in Papenburg a. d. Ems; '92.
139. Noblée & Thorl, Schwefelraffinerie und Mineralölfabrik, Harburg (Elbe); '99.
140. M. Graf Pilati in Lünebnrg; '90.
141. Adolf Reese, Senator, i. Fa. Reese Gebrüder, Wollgarnspinnerei in Bodenwerder (Weser); '98.
142. Dr. R. Wahrendorff, Aiyl Ilten b. Lehrte; '92.
143. Wilhelm Weitz in Lüneburg; '95.
144. Wolff & Co., Pulver- und Schießbaumwollfabrik in Walsrode; '98.
145. Woltmann, Legge-Inspektor in Göttingen; '74.

k. Provinz Westfalen.

146. Ammon & Gebr. Vopelius, Glasfabrik in Witten a. Ruhr; '90.
147. M. van Delden, Kommerzienrat in Gronau i. W.; '90.
148. H. A. & W. Dresler, Drahtwerk in Creuzthal; '98.
149. Eicken & Co. in Hagen; '77.
150. Paul Eicken in Hagen i. W., Concordiastraße 20; '98.
151. G. Engelhardt & Co., Schuhfabrik in Cassel; '99.
152. Werner Frentrop i. Fa. Frentrop & Co. in Bocholt; '98. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
153. Fröhlich & Wolff, Mech. Spinnerei und Weberei in Cassel; '99.
154. Henschel & Sohn, Maschinenfabrik in Cassel; '99.
155. Hünnebeck, Rechtsanwalt und Notar in Bochum; '90.
156. F. A. Kümpers, Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Rheine; '90.
157. Gebrüder Kugel in Lüdenscheid; '79.
158. Gebrüder Laurenz in Ochtrup; '92.
159. Löfken & Piepmeyer in Münster i. W.; '95.
160. B. F. Lürding, Hüttendirektor in Hohenlimburg; '73.
161. K. & Th. Möller, Maschinenfabrik zu Kupferhammer bei Brackwede; '68.
162. Gebrüder Müllensiefen in Crengeldanz bei Witten a. Ruhr; '73.
163. Gebrüder Noelle in Lüdenscheid; '73.
164. Gustav Selve, Geheimer Kommerzienrat (Basse & Selve) in Altena; '82.
165. P. C. Turck Wwe. in Lüdenscheid; '64.
166. Friedrich Zaun, Handelskammerpräsident in Minden; '80. (†)

l. Provinz Hessen-Nassau.

167. Se. Königl. Hoheit Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Philippsruhe b. Hanau, '92.
168. Sal. Ben. Goldschmidt in Frankfurt (Main), Friedenstraße 1; '98.
169. Gottschalk & Co., Mechanische Weberei in Kassel; '90.
170. Dr. Grimm, Professor, in Wiesbaden, Mainzerstraße 13; '90.
171. Hartmann & Braun, Fabrik elektrotechnischer Apparate in Bockenheim-Frankfurt a. M.; '95.
172. Fritz Kalle, Stadtrat in Wiesbaden, Victoriastraße 12; '73.
173. R. Küstner (P. G. Hosse Wwe.) in Hanau; '80.
174. Dr. Jos. Landgraf, in Wiesbaden, Adelheidstraße 82; '95.
175. Wilh. Lindheimer, Kgl. Oberamtmann in Hof-Schwalbach bei Kronberg im Taunus; '92.

176. Dr. Eugen Lucius in Frankfurt a. M., Mainzerstraße 42; '80.
177. E. G. May Söhne in Frankfurt a. M.; '85.
178. Emil Minlos, Rentier in Wiesbaden; '89.
179. Dr. jur. H. Oswalt, Justizrat in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstr. 68; '85.
180. H. Rubensohn in Kassel; '83.
181. C. von Scharfenberg in Kalkhof b. Wanfried a. W.; '90.
182. Julius Schröder (Schröder & Stadelmann) in Oberlahnstein; '75.
183. Dr. Seidel, Regierungsrat in Wiesbaden, Kaiser Friedrichstraße 25; '98.
184. Voigt & Haeffner in Bockenheim, Falkstraße 2; '90.
185. D. Wiegand, Ingenieur in Wiesbaden, Frankfurterstraße 10; '90.

m. Rheinprovinz.

186. Christoph Andreae in Mülheim am Rhein; '74.
187. M. Beer, Bankier in Essen (Ruhr); '91.
188. Felix Bischoff, Werkzeug-Gußstahl-Fabrik in Duisburg; '90. **(100 Mk. Jahresbeitrag.)**
189. Robert Böker, Kommerzienrat in Remscheid, Scharffstraße 3; '92.
190. Dr. Otto Böninger, Kommerzienrat in Duisburg; '83.
191. Dr. Henry T. Böttinger, Direktor der Farbenfabriken, Mitgl. d. Hauses der Abgeordneten, in Elberfeld; '90.
192. Boltz, Justizrat, Mitgl. d. Reichstages, in Saarbrücken; '98.
193. Dr. Brüggemann, Justizrath in Saarbrücken, Kronprinzenstraße 13; '86.
194. Jakob Bücklers, Geheimer Kommerzienrat in Düren; '66.
195. A. Büttner, Ingenieur und Fabrikant in Urdingen a. Rh.; '90.
196. Hermann Busch, Kaufmann in M.-Gladbach; Königsplatz 4; '68.
197. Paul Chrzescinski, Weingroßhandlung in Elberfeld; '99.
198. Gottfr. Conze, Kommerzienrat in Langenberg (Rheinland); '91. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
199. Elven, Justizrat in Köln, Norbertstraße 15; '83.
200. W. Ermen & Engels in Engelskirchen, R.-Bz. Köln; '73.
201. Johann Maria Farina in Köln, Jülichsplatz 4; '90.
202. Felten & Guilleaume, Carlswerk in Mülheim a. Rh.; '90.
203. August Ferber, Fabrikbesitzer in Burtscheid; '90.
204. Karl Friederichs, Geheimer Kommerzienrat, in Remscheid; '83.
205. Dr. Frhr. v. d. Goltz, Geh. Regierungsrat in Poppelsdorf-Bonn; '66.
206. F. W. Greef in Viersen; '74.
207. Julius Grillo, Kommerzienrat, in Neumühl-Hamborn; '91.
208. Alex van Gülpen, i. Fa. Lensing & van Gülpen, Kaffee-Großhandlung, in Emmerich; '95.
209. Haniel & Lueg in Düsseldorf-Grafenberg; '92.
210. R. Hasenclever, Generaldirektor der chemischen Fabrik „Rhenania" in Aachen; '74.
211. C. Heckmann, Kupfer- und Messingwerk in Duisburg-Hochfeld; '90.
212. J. N. Heidemann, Kommerzienrat, in Köln, Blaubach 45/49; '80.
213. J. A. Henckels in Solingen; '92.
214. Herminghaus & Co. in Elberfeld; '75.
215. Robert Heuser, Kaufmann und Stadtverordneter in Köln, Neumarkt 8; '73.
216. Dr. A. Hinsberg, Rechtsanwalt, in Barmen, Dörnerbrückenstraße 3; '96.
217. Jung & Simons in Elberfeld; '95.
218. Louis Kannengießer, Generaldirektor, in Mülheim a. d. Ruhr; '95.
219. Georg Kieffer, Hebezeugfabrik in Köln (Sülz); '99.
220. Ernst Königs, Bankdirektor in Köln, Zeughausstraße 2; '73.
221. Dr. Kraaz, Königl. Gewerbe-Inspektor in Bonn, Gluckstraße 9; '98.
222. Leop. Krawinkel, Wollspinnerei in Bergneustadt; '90.
223. Friedrich Krupp in Essen; '74.
224. Friedr. Alfr. Krupp, Geh. Kommerzienrat, Mitglied des Reichstages in Essen; '75. **(36 Mk. Jahresbeitrag.)**
225. J. J. Langen & Söhne in Köln a. Rh.; '86.
226. W. Leiendecker & Co., Fabrik für Bleiprod. in Köln-Ehrenfeld; '99.

227. E. Matthes & Weber in Duisburg; '95.
228. Meckel & Co. in Elberfeld; '75.
229. Gust. von Mevissen, Geh. Kommerzienrat in Köln; '73.
230. Dr. jur. Paul Meyer, Ober-Regierungsrat bei der Königl. Eisenbahn-Direktion in Elberfeld; '78. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
231. Michael Michels (Firma: Geschw. Michels) in Krefeld; '73. (†)
232. Ferd. Möhlau & Söhne, Fabrikbesitzer in Düsseldorf; '64.
233. C. Mühlinghaus Pet. Joh. Sohn in Lennep (Reg.-Bez. Düsseldorf); '85.
234. Chr. Müller & Sohn in Bergneustadt (Reg.-Bez. Köln); '85.
235. Wilhelm von der Nahmer, in Firma A. von der Nahmer, Alexanderwerk in Remscheid; '90.
236. Adolf von der Nahmer, Teilhaber der Firma: Alexanderwerk, A. von der Nahmer in Remscheid, Wiedenhofstraße 6; '93.
237. O. Frhr. von Pelser-Berensberg in Herzogenrath (Aachen); '95.
238. P. Peters, vorm. H. Schläger & Co., Fabrik feuerfester Produkte in Eschweiler bei Aachen; '95.
239. Pfeifer & Langen in Elsdorf (Rheinland); '83.
240. Eug. Pfeifer, Fabrikant, Haus Annaberg Friesdorf-Rheinland; '89.
241. Robert Rhodius in Linz a. Rh.; '92.
242. Rothschild, Justizrat in Trier; '76.
243. Fritz Em. Saatweber, Direktor der Barmer Besatzindustrie, vorm. Saatweber & Co. in Barmen, Mühlenweg 17; '90.
244. Heinr. Schniewind sen., Seidenwaren-Fabrikant in Elberfeld; '98. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
245. Ph. Schoeller, Kommerzienrat, in Firma Gebr. Schoeller, Teppichfabrik in Düren; '90.
246. Arnold Schröder in Burgthal bei Burg a. d. Wupper; '73.
247. Wilhelm Schröder & Co. in Krefeld; '79.
248. Theodor Sehmer in St. Johann a. Saar, Mainzerstraße 95; '82.
249. L. F. Seyffardt, Fabrikbesitzer in Krefeld; '73.
250. Johann Simons Erben in Elberfeld; '73.
251. F. Soennecken, Schreibwarenfabrikant in Bonn-Poppelsdorf; '98.
252. Albrecht Stein, Fabrikbesitzer in Wetzlar; '95.
253. Math. Stinnes in Mülheim a. d. R.; '92.
254. Gebr. Stollwerck, Königl. Preuß. und Kaiserl. Österr. Hof-Chokoladen Fabrikanten in Köln; '83.
255. H. Stursberg, Superintendent in Bonn; '83.
256. Villeroy & Boch in Mettlach; '89.
257. Leo Vossen, Kommerzienrat in Aachen; '98.
258. A. Wagner, Glasfabrikant in Mariannenthaler Hütte b. Sulzbach, Kr. Saarbrücken; '86.
259. G. Wieghardt, Maschinen-Fabrik in Berge-Borbeck; '74.
260. Johann Wülfing & Sohn in Lennep; '95. **(50 Mark Jahresbeitrag.)**
261. Richard Zanders in Bergisch-Gladbach; '95.

n. Hohenzollernsche Lande.

262. B. Baruch & Söhne in Hechingen; '90.
263. Ludwig Weil (Firma: M. J. Weil & Söhne) in Hechingen; '76.

F. Persönliche Mitglieder außerhalb Preußens.

a. Freie Hansestädte.

1. Dr. C. Bigot (Firma: Morgenstern, Bigot & Co.) in Billwärder bei Hamburg; '83.
2. Heinr. Claußen, Präsident der Bürgerschaft in Bremen, Gerhardstraße 11; '90.
3. F. H. Desenitz & A. Jacobi in Hamburg, Wendenstr. 183/185; '89.

4. Hild. ten Doornkat-Koolman, in Bremen, Contrescarpe 8a; 89. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
5. Carl H. von Eicken in Hamburg, St. Pauli, '80.
6. Leopold Engelhardt & Biermann in Bremen; '83.
7. Alb. Gröning, Senator in Bremen, Löningstraße 19; '92.
8. J. H. Heidmann, i. Fa.: H. W. Heidmann in Hamburg, Hafenstr. 97; '94.
9. Dr. G. Hertz, Senator in Hamburg, Magdalenenstraße 3; '73.
10. Th. Heye, Geb. Kommerzienrat in Hamburg, Admiralitätsstraße 59; '79.
11. Koch & Bergfeld in Bremen: '86.
12. Julius Lachmann, Spritfabrikant in Hamburg, Alterwall 41; '89.
13. F. Laeiß in Hamburg; '90.
14. Lambert Leisewitz in Bremen; '95.
15. Dr. Marcus, Senator in Bremen, Contrescarpe 125; '80.
16. Heinr. Aug. Müller in Hamburg, Große Bleichen 36; '73.
17. Münchmeyer & Co. in Hamburg, Alter Jungfernstieg 11; '99.
18. Heinrich Freiherr von Ohlendorff in Hamburg; '83.
19. Heinr. W. A. Schmidt, Lederfabrik in Hamburg, Vereinsstraße; '90.
20. Steinway & Sons, Hof-Pianofabrik in Hamburg, St. Pauli, Neue Rosenstraße 20—24; '90.
21. Dr. Heinrich Traun in Hamburg, Meyerstraße 60; '83.
22. Dr. Versmann, Präsident des Senats in Hamburg, Alster-Terrastr. 5; '80. (†)
23. Robert Wichmann, in Firma Reese & Wichmann in Hamburg; '90.

b. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt u. Lippe-Detmold.

24. Busch, Barnewitz & Co., Konservenfabrik in Wolfenbüttel; '89.
25. Rud. Dinglinger in Köthen; '77.
26. F. W. Drosten in Bentwisch i. M. (Rostock); '92.
27. Dr. Carl Eggers, Senator a. D. in Rostock, Kaiser Wilhelmstraße 32; '92.
28. Jüdel, Kommerzienrat in Braunschweig; '99.
29. Carl Lahusen in Delmenhorst i. Oldenburg; '90.
30. Albrecht Meier, Fabrikbesitzer in Walkenried; '89.
31. R. Nizze, Bürgermeister in Ribnitz i. M.; '73.
32. Dr. Oechelhäuser, Königl. Preuß. Geh. Kommerzienrat, in Dessau; '90.
33. W. von Oechelhäuser, Generaldirektor der Deutschen Kontinental-Gas-Ges. in Dessau; '92.
34. Piper, Oberamtsrichter in Rostock i. M.; '77.
35. F. Pitzschke, Oberamtmann in Sandersleben (Anhalt); '92.
36. Plaut & Schreiber zu Jeßnitz in Anhalt; '74.
37. Louis Wittig, Geheimer Kommerzienrat in Köthen, Anh.; '89.

c. Königreich Sachsen.

38. Georg Adler, Kommerzienrat in Buchholz i. S.; '75.
39. Bruno Adam, Königl. Baurat in Dresden-A., König Johannstraße 2; '90.
40. A. W. Bär & Co. in Zschopau i. Sachsen; '89.
41. A. H. A. Bergmann, Waldheimer Parfümerie- und Toiletteseifen-Fabrik in Waldheim i. S.; '89.
42. Adolf Bleichert & Co., Fabrik für den Bau von Drahtseilbahnen, in Leipzig-Gohlis; '86.
43. Friedrich Bode, Civil-Ingenieur in Dresden-Blasewitz; '92.
44. Dr. Karl Böhme, Justizrat in Annaberg (Erzgebirge); '83.
45. Dr. Viktor Böhmert, Geh. Reg.-Rat und Professor, in Dresden N., Hospitalstraße 4; '72.
46. Carl von Carlowitz, Kammerherr, auf Kukukstein b. Liebstadt i. S.; 92.
47. E. J. Clauß Nachf., Baumwollspinnerei in Plauen b. Flöha i. S.; '90.
48. Heinrich Dietel, Kammgarnspinnerei in Wilkau; '80.
49. Graf von Einsiedel in Reibusdorf bei Zittau i. S.; '92.

50. Dr. Arthur Esche in Dresden, Canalettostraße 9; '98.
51. Eugen Esche, Fabrikant in Chemnitz; '92.
52. Adolf Eulitz, Oekonomierat in Dresden-A., Prazerstraße 58; '92.
53. Ernst Friedemann, Fabrikbesitzer in Limbach (Sachsen); '98.
54. Hermann Fritzsche, i. Fa. Schimmel & Co. in Leipzig; '75.
55. Robert Gärtner in Burgstädt; '83.
56. Adolf Geipel i. Fa. Geipel & Schellhammer, Cigarrenfabrik in Bautzen; 98.
57. Gelbke & Benedictus in Dresden; '90.
58. Dr. Genfel, Sekretär der Handelskammer in Leipzig; '77.
59. C. G. Großmann, Fabrik von Canevas und Deckenstoffen in Großröhrsdorf i. S.; '90.
60. Carl Gutbier (in Firma: Gutbier & Co.) in Leipzig-Lindenau; '85.
61. Dr. Hamm, Oberreichsanwalt in Leipzig, Beethovenstraße 12; '98.
62. Max E. Hauschild, Kommerzienrat in Hohenfichte i. S.; '77.
63. Oskar Hauschild in Hohenfichte i. S.; '90.
64. J. Hebbinghaus in Leipzig, Bismarckstraße 16; '90.
65. Heine & Co., Chemische Fabrik in Leipzig, Schreberstraße 6; '90.
66. Oswald Hoffmann in Neugersdorf i. Sachsen; '89.
67. Bernhard Hüffer, in Firma Hüffer & Co. in Leipzig; '99.
68. Eugen Hülsmann, Thonwaren-Fabrik in Altenbach b. Wurzen; '92.
69. Erdmann Kircheis in Aue; (Erzgebirge) '73.
70. Ernst Kirchner, Kommerzienrat in Leipzig-Volkmarsdorf; '89.
71. Wm. Knoop, Konsul in Dresden, Ferdinandstraße 21; '95.
72. Karl Krause, Maschinenfabrik in Leipzig; 92.
73. Albert Lange, Kommerzienrat, Fa. Dr. Geitners Argentanfabrik, F. A. Lange in Auerhammer bei Aue i. S.; '98.
74. Langer & Hachenberger in Leipzig; '99.
75. J. M. Lehmann, Maschinenfabrik in Dresden-Löbtau; '89.
76. J. G. Leistner in Chemnitz; '85.
77. Lobeck & Co., Kgl. Hoflieferanten in Dresden-Löbtau; '80.
78. D. Magnus, Maschinenfabr. u Eisengießerei in Leipzig-Cutritzsch; '77.
79. F. A. Mayer, in Firma Freze & Co., in Leipzig, Katharinenstr. 11; '99.
80. Jul. F. Meißner, Kommerzienrat (Firma: Meißner & Buch) in Leipzig, Sidonienstraße 18; '85.
81. Ernst Mey, Königl. Kommerzienrat (in Firma: Mey & Edlich), in Plagwitz-Leipzig; '75.
82. Oskar Meyer, Banquier und Stadtverordneter in Leipzig, Schillerstr. 6; '99.
83. A. Niethammer, Geheimer Kommerzienrat (Firma: Kübler & Niethammer) in Kriebstein bei Waldheim; '77.
84. Dr. Nodig, Amtsrichter in Borna; '90.
85. L. Offermann, Geh. Kommerzienrat, Direktor der Leipziger Wollkämmerei in Leipzig, Bismarckstraße; '75. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
86. Dr. Julius Petersen, Reichsgerichtsrat in Leipzig, Schützen-Straße 12; '85.
87. Max Pommer, Architekt in Leipzig, Plagwitzerstraße 51b; '99.
88. C. A. Preibisch, Kommerzienrat, in Reichenau bei Zittau; '80.
89. Dr. jur. A. Prüfer, Privat-Dozent in Leipzig, Schwägrichenstraße 6; '99.
90. Anton Reiche in Plauen-Dresden; '86.
91. Fr. Reinhardt, Direktor der Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co., A.-G. in Leipzig-Reudnitz; '90.
92. Walther Reinhardt in Bautzen, Taschenberg 10; '99.
93. C. E. Rost & Co., Maschinenfabrik in Dresden; '85.
94. Dr. Arwed Roßbach, Königl. Sächs. Baurat, Mitglied des Rates d. Stadt Leipzig in Leipzig; '99.
95. Sachs, Justizrat, Rechtsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig; '99.
96. E. Sachsse & Co., Fabrik ätherischer Öle in Leipzig-Reudnitz; '90.
97. C. F. Schäffer, in Firma Berger & Voigt, in Leipzig, Neumarkt 3; '99.
98. Dr. Paul Scheven in Dresden, Kurfürstenstraße 5; 91.
99. Gustav Schiebler, Stadtrat in Frankenberg i. Sachsen; '80.

100. Schlimpert & Co. in Leipzig-Reudnitz; '86.
101. Dr. Schloßmann, Privatdocent an der Königl. technischen Hochschule in Dresden, Franklinstraße 7; '98.
102. Karl Schmelzer sen. Kammgarnspinnerei in Lichtentanne (Sachsen); 98.
103. Peter Schmidt, Bibliothekar am Kgl. Sächs. Statistischen Bureau, Redakteur in Königswald-Klotzsche; '80.
104. Oswald Schmollig (in Firma: C. G. Hübner) in Pulsnitz; '85.
105. C. H. Schönherr i. Fa. J. C. Kreller & Co. in Leipzig; '77.
106. Alexander Schumann in Leipzig-Reudnitz; '95.
107. R. Sohm, Professor in Leipzig, Plagwitzerstraße 51; '99.
108. Stöhr & Co., Kammgarn-Spinnerei in Leipzig-Plagwitz; '90.
109. Ph. Swiderski, Maschinenfabrikant in Leipzig, Karl Tauchnitzstraße 51; '95.
110. A. Täschner, Rechtsanwalt in Freiberg i. S.; '76.
111. Dr. Tröndlin, Bürgermeister in Leipzig, Dresdenerstr. 3; '77.
112. L. Uebel in Plauen i. V.; '82.
113. Gebr. Uebel, Mechanische Weberei in Netzschkau i. V.; '83.
114. C. Uhlmann, Baurat in Stollberg, Erzgebirge; '82.
115. Alfred Vörster, Vorsitzender der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter, in Leipzig, Hospitalstraße 10; '96.
116. Hugo Zietz, Inh. der Orientalischen Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze" in Dresden; 98.
117. J. C. Zische & Söhne in Schönbach b. Löbau i. S.; '89.

d. Thüringische Staaten.

118. Se. Durchlaucht Heinrich XIV. jüngere Linie, regierender Fürst Reuß, Herr zu Gera ꝛc., Schloß Osterstein bei Gera; '70.
119. Max Baumgärtel, i. Fa. Julius Römpler, Fabrik elastischer Strümpfe und Bänder in Zeulenroda (Reuß ä. L.); '95.
120. Brettmann, Königl. Eisenbahn-Direktor in Jena, Erfurterstr. 9; '90.
121. Richard Burkhardt, i. Fa. Burkhardt & Co., in Altenburg, Wettinerstraße 33; '77.
122. Dr. jur. A. Emminghaus, Professor, Direktor der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha; '72.
123. Fr. Feistkorn, Kammgarnspinnerei in Gera (Reuß); '90.
124. R. Froebel in Hirschberg a. Saale (Reuß); '90.
125. von Haeseler in Gotha; '92.
126. von Helldorff, Excellenz, Staatsminister in Altenburg; '95.
127. Louis Hirsch, Färbereibesitzer in Gera; '80.
128. Dr. J. F. Holtz in Eisenach, Marienhöhe 1; '89.
129. Dr. phil. Martin Keibel in Eisenach, Kapellenstraße 9; '94. (†)]
130. Lange & Pöhler in Arnstadt; '95.
131. Marbersteig, Rechtsanwalt in Weimar; '86.
132. Prüssing & Co., Sächsisch-Thüringische Portland-Cementfabrik in Göschwitz; '99.
133. Franz Schilling, Hof-Glockengießermeister, Inhaber d. Fa. Carl Friedrich Ulrich in Apolda; '95.
134. Edmund Schmidt, Kommerzienrat in Altenburg, S.-A.; '98.
135. J. G. Schmidt jun. Söhne, Kammgarnspinnerei in Altenburg, S.-A.; '98.
136. Wilhelm Spaethe in Gera; '77.
137. Stier, Geh. Regierungs-Rat, Direktor der Mitteldeutschen Bodenkredit-Anstalt in Greiz i. V.; '98.

e. Hessen, Bayern und Württemberg.

138. R. Avenarius, Hauptmann a. D. und Fabrikbesitzer in Gaualgesheim a. Rh. (Hessen); '98.
139. Rudolf Bamberger, Bankier in Mainz; '73.
140. A. Bembé, Möbel- und Parkettbodenfabrik in Mainz; '90.

141. Wilh. Binder, Silberwarenfabrik, in Schwäb. Gmünd (Württemberg); '80.
142. P. Bruckmann & Söhne, Silberwarenfabrik in Heilbronn; '92.
143. Dr. Dittmar, Excellenz, Justizminister, in Darmstadt, Heerdweg 66; '77.
144. Doerr & Reinhart in Worms a. Rh.; '77.
145. Erhard & Söhne, Metallwarenfabrik in Schwäb. Gmünd; '95.
146. Gebr. Fahr & Co., Lederfabrik in Pirmasens; '90.
147. Hermann Franck, Geh. Kommerzienrat in Ludwigsburg (Württemberg); '80.
148. Louis Feistmann, Fabrikant und Stadtverordneter in Offenbach, Ludwigstraße 8; '99.
149. Dr. Gaffky, Geh. Medizinalrat, Professor in Gießen, Hofmannstraße 9; '90.
150. L. Gminder, Kommerzienrat in Reutlingen; '98.
151. Dr. Gutfleisch, Rechtsanwalt in Gießen; '77.
152. H. von Haas, Senatspräsident am Königl. Oberlandesgericht Bamberg; '98.
153. Haueisen & Sohn, Sensenfabrik in Neuenbürg (Württ.); '74.
154. W. Heyder, Fabrikdirektor in Augsburg; '95.
155. Hch. Hornschuch, Kommerzienrat (in Firma Weber & Ott) in Fürth in Bayern; '90.
156. Huppe & Bender in Offenbach a. M.; '83.
157. Georg Kaeß, Kommerzienrat u. Gutsbesitzer, in Haunstetten bei Augsburg; '98.
158. Knoll & Co., Chemische Fabrik in Ludwigshafen a. Rh.; '99.
159. Theodor Köhn, Stadtbaurat a. D. und Direktor in Nürnberg, Aeußerer Laufer Platz 5; '96.
160. Hermann Krum, Papierfabrikant in Göppingen (Württemberg); '99.
161. Ernst Laiblin, Papierfabrikant in Pfullingen; '89.
162. Richard Landerer, Ökonomierat zu Göppingen (Württ.); 78.
163. Paul Lechler, Fabrikant in Stuttgart; '99.
164. E. Merck, Chemische Fabrik in Darmstadt, Mühlstraße 33; '98.
165. F. G. Metzger, Hoflebkuchenfabrik in Nürnberg; '82.
166. Dr. Neumann, Professor in Tübingen; '89.
167. E. Nister in Nürnberg; '95.
168. K. Oehler in Offenbach a. M.; '73.
169. Graf Oriola, Mitglied des Reichstages, auf Büdesheim (Oberhessen); '92.
170. H. Otto, Kommerzienrat in Nürtingen bei Stuttgart; '80.
171. Heinr. Otto in Reichenbach a. Fils (Württemberg); '95.
172. Zacharias Reif, Kommerzienrat in Nürnberg; '89.
173. N. Rominger jr. in Stuttgart, Königstraße 35; '82.
174. H. Schaffstädt, Maschinenfabrik in Gießen; '99.
175. Gustav Schwanhäusser, Kommerzienrat in Nürnberg; '82.
176. Dr. von Steiner, Geh. Kommerzienrat in Stuttgart; '99.
177. Stockmayer, Rechtsanwalt und Gemeinderat in Stuttgart; '98.
178. Dr. v. Winckel, Professor an der Universität in München, Sonnenstr. 16a; '83.
179. Johannes Zeltner, Fabrikbesitzer in Nürnberg; '89.
180. Gebr Zoeppritz in Mergelstetten (Württemberg); '74.

f. Baden und Elsaß-Lothringen.

181. Gebr. Adt in Forbach i. Lothr.; '85.
182. Dr. Wilhelm Blum in Heidelberg; '76.
183. Bourcart fils & Co., in Gebweiler i. Elsaß; '90.
184. H. Engelhard, Tapetenfabrik in Mannheim; '90.
185. F. H. Esch, in Firma Esch & Co., Fabrik Irischer Öfen in Mannheim; '92.
186. Max Frey, Kommerzienrat in Mülhausen (Elsaß); '98.
187. Louis Hirsch in Mannheim; '95.
188. Dr. Lobstein in Heidelberg, Schloßberg 55; '83.
189. Karl Ludwig, Politiker und Schriftsteller, Oberkirch-Gaisbach (Baden); '99.
190. Max May in Heidelberg, Hauptstraße 44; '73.
191. C. Neddermann, i. Firma Straßburger Gummiwaren-Fabrik R. Neddermann in Straßburg i. E.; '92.
192. Wolf Netter & Jacobi, Fabrikanten in Straßburg i. E.; '90.

193. Dr. Julian Reis in Heidelberg, Bergheimerstraße 51; '98.
194. Carl Reuther, in Firma Bopp & Reuther, in Mannheim; '90.
195. Dr. Sigmund Schott, Regierungs-Assessor in Mannheim, A 3. 6; '97.
196. Utzschneider & Co. in Saargemünd i. E.; '83.
197. Dr. jur. M. Weber, Professor in Heidelberg, Leopoldstraße 53b; '94.
198. H. Widmann, Firma Dyckerhoff & Widmann in Karlsruhe; '89.
199. Dr. Gustav Wolff, Geheimer Regierungsrat in Straßburg i. E., Kaiserliches Ministerium, Allerheiligenstraße 8; '79.

g. Außerhalb des Deutschen Reiches.

200. W. B. Adolf Gumprecht in Meran (Tirol), Villa Rebhof; '76.
201. Dr. Hanckwitz, Stabsarzt, in Obermais b. Meran (Tirol); '89.
202. Arthur Krupp in Berndorf (Nieder-Österreich); '89.
203. Frau L. Lenz-Heymann in Bern (Schweiz), Schanzlistraße 15; '90. **(24 Mark Jahresbeitrag.)**
204. Karl Ruß-Suchard, Chokoladenfabrikant in Neuchatel (Schweiz); '90.
205. Dr. Karl von Scherzer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. k. k. Apostol. Majestät in Görz, Küstenland (Österreich); '90.
206. Rudolph Schoeller, Kaiserlich deutscher Konsul in Falkenburg-Zürich (Schweiz); '77.

Rekapitulation.

Zu A.	Behörden und Vereine ꝛc.	234
Zu B.	Aktien- ꝛc. Gesellschaften	201
Zu C.	Ständige Mitglieder	6
Zu D.	Mitglieder in Berlin und Vororten	215
Zu E.	Auswärtige persönliche Mitglieder im preußischen Staate	263
Zu F.	Persönliche Mitglieder außerhalb Preußens	206
	Summa	1125

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses
für das Geschäftsjahr 1900.
(Nach der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)

I. Der Vorstand.

1. Dr. S. Neumann, Sanitätsrat, W. Kurfürstenstr. 126.
2. Dr. J. Post, Geh. Ob.-Regierungsrat, W. Schaperstr. 32.
3. K. Schrader, Eisenbahn-Direktor a. D., W. Steglitzerstr. 68.

(Gewählt zu 1—3 in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897.)
Zu 1—3 Amtszeit 1900.

4. Dr. Joh. Rösing, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat, Präsident der Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds, W. Königin Augustastraße 51, Schriftführer.
5. Dr. Schmoller, Professor, W. Wormserstraße 13.
6. Carl Spindler, Geh. Komm.-R., S. Wallstr. 58, Schatzmeister.

(Gewählt zu 4—6 in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)
Zu 4—6 Amtszeit 1900, 1901.

7. Dr. Herzog, Excellenz, Wirkl. Geh. Rat, Staatssekretär a. D., W. Derfflingerstr. 5, Vorsitzender.
8. E. L. Herrfurth, Excellenz, Staatsminister, W. Kleiststr. 9, stellv. Vorsitzender.
9. Dr. Zacher, Kaiserl. Geh. Regierungsrat, Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, W. Königin Augustastraße 19.

(Gewählt zu 7—9 in der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)
Zu 7—9 Amtszeit 1900, 1901, 1902.

II. Der Ausschuß (Berliner Mitglieder).

1. Karl Kohlert, Ingenieur, Direktor der Aktien-Ges. H. F. Eckert, Friedrichsberg-Berlin.
2. Dr. Edmund Lachmann, Fabrikbesitzer, SW. Kochstr. 30.
3. Dr. C. A. Martius, Fabrikbesitzer, W. Voßstr. 8.
4. Th. Rospatt, Stadt-Baurat a. D. und Stadtältester, W. Lützow-Ufer 1a.
5. Dr. M. Sering, Professor der Staatswissenschaften, W. Uhlandstraße 79/80.
6. Dr. Max Weigert, Stadtrat und Fabrikbesitzer, W. Kielganstr. 2.

(Gewählt zu 1 und 4—6 in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897; zu 2 in der Vorstandssitzung am 7. Mai 1898; zu 3 in der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)
Zu 1—6 Amtszeit 1900.

7. Dr. H. Albrecht, Professor, W. Köthenerstraße 23.
8. Dr. Fr. Hammacher, Rentier, W. Kurfürstenstr. 115,
9. O. Jessen, Direktor der Berliner Handwerkerschule, SW. Hedemannstr. 16.
10. M. Nobbe, Königl. Landes-Ökonomierat, W. Keithstraße 17.
11. F. Schenck, Rechtsanwalt, Dt.-Wilmersdorf, Güntzelstr. 42.
12. Dr. A. v. Studnitz, Regierungsrat a. D., SW. Lindenstr. 26.

(Gewählt zu 7—12 in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)
Zu 7—12 Amtszeit 1900, 1901.

13. R. Blanckertz, Fabrikbesitzer, NO. Georgenkirchstr. 44.
14. Fr. Goldschmidt, Generaldirektor, NO. Landsberger Allee 27.
15. A. Lent, Königl. Baurat, W. Matthäikirchstr. 3.
16. Th. Lohmann, Excellenz, Wirkl. Geheimer Rat, Unterstaatssekretär, W. Lützowstr. 64/65.
17. L. Mugdan, Stadtrath, W. Kurfürstenstr. 55.
18. Dr. E. Münsterberg, Stadtrat, W. Dörnbergstr. 7.

(Gewählt zu 13–18 in der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)
Zu 13—18 Amtszeit 1900, 1901, 1902.

III. Der Ausschuß (auswärtige Mitglieder).

1. Dr. Emminghaus, Direktor der Lebensversicherungsbank für Deutschland, Gotha.
2. Dr. Eduard Pfeiffer, Geh. Hofrat, Stuttgart, Seestr. 10.
3. v. Schlittgen, Generaldirektor, Major a. D., in Kotzenau.
4. Schlutow, Geheimer Kommerzienrat, Stettin.
5. Max Sombart, Rentier, Stadtverordneter, Magdeburg-Friedrichstadt.
6. Dr. M. Weber, Universität-Professor, Heidelberg, Leopoldstr. 53 b.

(Zu 1—6 gewählt in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897.)
Zu 1—6 Amtszeit 1900.

7. Brandts, Landesrat, Düsseldorf, Kronprinzenstr. 42.
8. Dr. Freiherr v. d. Goltz, Geheimer Regierungsrat, Bonn.
9. F. Kalle, Stadtrat, Wiesbaden, Victoriastr. 12.
10. Theodor Köhn, Stadtbaurat a. D., Vorstandsmitglied der „Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen", Nürnberg.
11. Dr. Marcus, Senator, Bremen, Contrescarpe 125.
12. M. Graf Pilati, Lüneburg.

(Zu 8—12 gewählt in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898; zu 7 in der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)
Zu 7—12 Amtszeit 1900, 1901.

13. Dr. Wilhelm Blum, Heidelberg.
14. Dr. Viktor Böhmert, Geh. Regierungsrat und Professor, Dresden. Hospitalstr. 4.
15. Dr. Gensel, Sekretär der Handelskammer, Leipzig.
16. A. Niethammer, Geheimer Kommerzienrat, Kriebstein bei Waldheim i. S.
17. Graf Oriola, Mitgl. d. Reichstages, Büdesheim, Oberhessen.
18. Louis Simons, (i. Fa. Joh. Simons Erben) Fabrikbesitzer, Elberfeld.

(Zu 13—18 gewählt in der Generalversammlung am 8. Dezember 1899.)
Zu 13—18 Amtszeit 1900, 1901, 1902.

Sachregister.

Akkordarbeit 149.
Aktiengesellschaften 39. 89. 112 ff. 209. 225. 236 ff. 269. 328. 360 ff. 406. 407. 412.
Alkoholismus s. „Trunksuchtsbekämpfung".
Altenheime 111. 119. 236. 244. 357. 359. 368. 406. 517.
Altersversicherung 41. 97. 101. 351.
Alterszulagen an Arbeiter (s. a. „Prämien", „Treuelohn") 21. 29. 39. 419.
Anleihen, kommunale 335.
Anteilsystem s. „Gewinnbeteiligung".
Anticorrosivum 92.
Arbeiterausschüsse 38. 106. 152. 171. 175. 182. 199. 220. 221.
Arbeiterfrage und Arbeiterverhältnisse im allgemeinen 12 ff. 18. 31. 88. 89. 93. 97. 101. 123. 210. 247. 393. 397. 482. 484.
Arbeiterkolonien 88. 156. 226.
Arbeitermangel 91. 97. 98. 107. 210.
Arbeiterschutz 18. 90 92. 98. 168. 171. 189. 210. 217. 225. 268. 484. 485. 492.
—, Internationale Vereinigung zur Förderung desselben 226.
Arbeitervereine, evangelische 226.
Arbeiterwanderungen 93. 98.
Arbeiterzählungen in Sachsen 169.
Arbeitgeber im allgemeinen 13. 30. 33. 36. 39. 42. 90. 92. 211. 350. 369. 393. 404. 405. 410. 484. 496.
Arbeitgeberbund 350. 496.
Arbeitsbeirat in Österreich 169.
Arbeitseinstellungen 39. 106. 174. 206. 210. 229. 324. 496.
Arbeitskammern 169. 227. 323.
Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis 12. 20. 91. 97. 101. 105. 107. 116. 141. 147. 151. 170. 183. 196. 198 ff. 210. 228. 323. 328. 350. 354. 371. 398. 400. 406. 487. 494. 496.
Arbeitsnachweise, Verband deutscher 107. 400.
Arbeitsräume 217.
Arbeitsstätten, deutsche, in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter 186. 415.
Arbeitswilligenschutz 210. 333. 484. 496.
Arbeitszeit 32. 40. 89. 91. 92. 100. 149. 152 194. 205. 215. 348.
Armennot; Verein gegen — in Dresden 398 ff.
Armenpflege und Wohlthätigkeit; deutscher Verein für — 103. 400. 487.
Armenwesen 19. 103. 110. 119. 141. 147. 244. 336. 337. 346. 352. 358. 368. 384. 396. 398. 400. 406. 487. 501. 517.
Ärztliche Sprechstunden für Arbeiter 192. 223.
Ärztetag, deutscher 223.
Asyle s. „Altenheime".
Ausfuhr s. „Handel".
Auskunftsstellen 211. 491.
Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande 106.
Aussteller, Verein deutscher 102.
Ausstellungswesen 102. 189. 215. 255. 256. 270. 274. 335. 393. 484.
Auswanderungswesen 211. 223. 343.
Auswandererwohlfahrt, Verein für 223.

Bäckereigewerbe 90.
Badeeinrichtungen 23. 24. 110. 113. 119. 188. 192. 222. 349. 353. 358. 368. 370. 406. 517.
Bankwesen 94. 95. 96. 212. 213. 230. 392. 479.
Baugenossenschaft, Berliner 370.
Baugenossenschaftenverband, deutscher 331.
Bauprämien für Arbeiterwohnungen 191.
Beamtenfragen 89. 90. 112. 187. 352.
Befähigungsnachweis 100. 343.
Beisetzung Bismarcks 87.
Befestigung s. „Ernährungsverhältnisse".
Beleuchtungswesen 344.
Beobachtungsstationen, socialwissenschaftliche 89.
Bergbau 106. 204. 210. 229. 230.

Bergleute, Gewerkverein christlicher 106.
Berliner Straßenverkehr 1.
Berufsgenossenschaftstag 349.
Berufsverhältnisse 100. 105. 154. 169. 359.
Bevölkerungsfragen 14. 395.
Bewahranstalten s. „Kinderfürsorge".
Bibliographie der Arbeiterfrage 44. 430 ff.
Bibliothekswesen 35. 106. 119. 192. 218. 244. 272. 273. 336. 343. 368. 396. 406. 493. 517. 528.
Biergenuß der Arbeiter 89. 92.
Bildungswesen (s. a. „Bibliotheken", „Unterricht" u. s. w.) 19. 25. 33. 35. 103. 119. 136. 203. 208. 218. 223. 242. 244. 249 ff. 270. 368. 392. 399. 406. 422. 488. 489. 517.
Binnenschiffahrtsbetriebe, Verein deutscher 483.
Binnenschiffahrtskongreß 332.
Blindenfürsorge 359. 406. 500. 504. 517.
Bodenfragen s. „Grundbesitz".
Böhmertfeier in Dresden 335.
Brennereien s. „Spiritusindustrie".
Buchdruckertag, deutscher 350.
Buchhändler-Lehranstalt in Leipzig 109.
Bund der Industriellen 210.
Bund der Landwirthe 99.
Butterausfuhr 99.

Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen 28. 224. 286 ff.
Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen 27. 28. 120. 210. 369. 394. 400. 405. 410 ff. 518.
Centralvorstand deutscher Arbeiterkolonien 226.
Charitastag 104.
Checkverkehr 212. 330.
Chemische Industrie 415 ff. 483.
—, Verein zur Wahrung der Interessen der 483.
Cigarrenfabrikation 31. 89. 91. 92. 93.

Dampfkessel und Dampfmaschinen 15. 101.
Darlehnskassen 214. 331.
Diakonie s. „Krankenpflege".
Dienstalterspramien s. „Treuelohn".
Dienstunterrichtsbücher für Eisenbahner 35.
Differenzialzölle 95.

Eheverhältnisse s. „Familienleben".
Ehrentafel 109. 232. 329. 352. 405. 499. 524. 525.
Einigungsämter 92.
Einkommensteuer 16. 17. 334.
Eisenbahnwesen 25. 34. 87. 101. 211. 303. 400. 484.
Eisenbahnerverband, bayrischer 34.
Eisengießereien; Verein deutscher 484.
Eisenindustrie 215. 484.
Eismilch 99.
Elektrizität 484.
Enthaltsamkeit s. „Trunksuchtsbekämpfung".
Entlassenenfürsorge 145. 158.
Entwurf eines Reichsgesetzes für private Versicherungen 2 ff.
Erhebung über Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen 410 ff. 415 ff.
Erholung (s. a. „Ferien" 2c.) 23. 24.
Ernährungsverhältnisse 23. 24. 89. 91. 94. 96. 102. 181. 188. 192. 197. 205. 417. 418. 490.
Erntcergebnisse 481.
Erwerbsthätigkeit; Verein zur Förderung der — des weibl. Geschlechts 124. 126.
Erziehungsfragen 9. 119. 128. 162. 244. 246. 352. 357. 369. 406. 422 ff. 427. 517.
Ethische Fragen 220. 249. 480.
Evangelisch-socialer Kongreß 104. 220.
Exportprämien 94.

Fabrikeninspektion s. „Gewerbeinspektion".
Fabrikwesen i. Allg. 15. 88. 123. 166. 220. 349.
Fachvereine 25. 91.
Familienleben 139. 154. 195. 348. 487. 495.
Februarrevolution in Paris 248. 249.
Ferien für Arbeiter 23. 406. 420.
Ferienkolonien 23. 420.
Fernsprechwesen 97. 107.
Festlichkeiten für Arbeiter 189. 366. 368. 406. 418. 517.
Festspiele; Reichsverein für vaterländische 103. 493.
Feuerversicherung 3. 10. 111. 112.
Feuerwehr 111. 189. 193. 360. 368. 406.
Fischerei 42. 215.
Fleischbeschau 96. 102. 212. 342.
Fleischverbrauch und Fleischversorgung 93. 96. 102.
Forstverein, deutscher 333.
Fortbildungs- und Fachschulen 18. 19. 25. 109. 490. 491. 492.
Fortbildungsschultag, deutscher 492.
Fragebogen für Arbeiterwohlfahrt 416 ff. 528. 529.
Frachtwesen 101.
Flottenwesen s. „Schiffahrt".
Fragebogen über Arbeiterwohlfahrtsbestrebungen 412. 413.
Frauenarbeit 23. 31. 90. 91. 126. 143. 156. 198. 222. 340. 400. 406. 492.
Frauenfrage 222. 223. 340. 345. 348. 352. 391. 392. 491. 495. 498.

Frauen-Hülfs- und -Pflege-Vereine; Verband der deutschen 346.
Frauenkongreß, internationaler 340.
Frauenverein; Allg. deutscher 491.
Frauentag; deutsch-evangelischer 345.
Freifahrtwesen 35.
Freihandel s. „Zollfragen".
Freizügigkeit 98.
Friedenskonferenzen 209. 326. 342.
Fürstenschule zu Meißen 247. 248.

Gartenbau 33. 191. 235. 492.
Gartenhäuser 191.
Gefängnisinspektion 159.
Gegenseitigkeit in der Versicherung 6. 7 ff.
Gehestiftung 27.
Geistige Getränke s. „Trunksuchtsbekämpfung".
Gemälde zur Bekämpfung der Trunksucht 105.
Gemeindeverwaltung 19. 99. 102. 141. 142. 335. 345. 399.
Gemeinnützigkeit i. allg. 119. 127. 143. 145. 246 ff. 390 ff. 406.
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 228.
Genesenenfürsorge (s. a „Heilstätten", „Krankenpflege") 20. 102. 113. 119. 244. 368. 406.
Genossenschaftstag, deutscher 329.
Genossenschaftswesen 22. 35. 88. 93. 99. 193. 212 ff. 229. 252. 261. 297 ff. 329. 330. 335. 482.
Gesangespflege 188. 192. 355. 360.
Geselligkeitsreform 30. 104. 134. 181. 192. 227. 336. 399.
Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel 145.
— für Verbreitung von Volksbildung, deutsche 208. 218.
Gesellschaften mit beschränkter Haftung 214.
Gesetzgebungs-Aufgaben 1 ff.
Gesundheitspflege (s. a. „Badeeinrichtungen" u. s. w.) 19. 32. 119. 217. 222. 244. 344. 345. 349. 357. 368. 374. 406. 490. 517.
—; Deutscher Verein für öffentliche 103. 344.
Getreideverkehr 94. 330.
Gewerbegerichte 25. 92. 185. 328. 482.
Gewerbehallen 268 ff.
Gewerbeinspektion 20 ff. 88. 89 ff. 106. 166 ff. 230. 286. 349. 483. 496.
— durch Frauen 90.
Gewerbliche und industrielle Fragen (s. a. „Handwerk") 13. 15. 16. 42. 43. 87. 89. 92. 209. 235. 482.
Gewerkschaften 227. 228.
Gewerkschaftskongreß, deutscher 228.
Gewerkvereine 25. 41. 106.
Gewinnbeteiligung (s. a. „Prämien") 21. 29. 36. 115. 118. 142. 182. 238. 239. 276. 291. 351. 397. 406. 407. 508.
Gratifikationen s. „Prämien".
Grundbesitzfragen (s. a. „Wohnungswesen") 8. 96. 333. 343. 483.
Gründungen 328.
Gymnasialkurse für Mädchen 491.

Haftpflichtverband, deutscher 107.
Haidefahrten 402. 489.
Handarbeit für Mädchen (s. a. „Haushalts-Unterricht") 18. 23. 191.
—; Deutscher Verein für Knaben- 422.
Handel (s. a. „Zollfragen") 1. 10. 72. 94. 99. 101. 209. 211. 214. 215. 248. 259. 260. 327. 332. 335. 351. 384. 479. 481. 483. 484. 485.
Handel und Gewerbe; Bund für 210.
Handelskongreß, internationaler 481.
Handelskrisis 1857 259.
Handelstag, deutscher 94.
Handelsverträge; Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen 99.
Handfertigkeit 269. 422.
Handwerkerfrage 15. 25. 91. 100. 123. 125. 160. 246. 252. 266. 302. 343.
Haus- und Grundbesitzer-Verband, deutscher 333.
Hausfleißvereine 427.
Haushaltunterricht 103. 191. 193. 352. 489. 502.
Hausindustrie 484. 485.
Häuserpreise 93.
Hausierhandel 485.
Heilstätten (s. „Krankenpflege") 102. 109. 114. 208. 215. 232 ff. 358. 360.
—; Centralkomité zur Errichtung von — 192.
Heimatliebe 107. 383.
Heizungsfragen 35. 189. 420.
Heuerbureaus 105.
Hochschulkurse 223. 392.
Hochwassergefahren 328. 406. 501.
Holzzerkleinerung 156.
Hülfskassen s. „Pensionskassen", „Unterstützungskassen" 2c.
Hungersnot in Usarame 211.
Hygienische Institute 281 ff.
Hypothekenwesen 96. 483.

Industrielle Verhältnisse (s. a. „Handel", „Volkswirtschaft" u. s. w.) 13. 15. 16. 42. 43. 87. 89. 92. 209. 235. 484 ff.
Industrieller; Centralverband deutscher — 100.
Industrierat, deutscher 210. 483.
Innere Angelegenheiten des „C.-V." siehe „Centralverein".

Innungswesen s. „Handwerkerfrage".
Institut für Gemeinwohl 27.
Invaliditätsversicherung 97. 100. 101. 110. 216. 225. 331. 349. 419.
Jahresrechnung u. Voranschlag des „C.-V." 522. 523. 527. 528.
Jubiläen 11. 29. 126. 186. 189. 335. 352. 356. 366. 418. 421.
Jubiläumsstiftung der technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg 352 ff. 360. 367.
Jugendliche Arbeiter 91. 98. 153. 154. 167. 190. 489.
Jugendspiele s. „Spiele".

Kaiser Wilhelm-Kanal 100.
Kanalschiffahrt; Centralverein zur Hebung deutscher Fluß- u. — 101.
Kanalwesen 100. 101. 209. 327. 332. 482. 483.
Kantinenwesen, Beseitigung desselben 89.
Kartelle 88. 229. 484.
Katholiken-Generalversammlung 343.
Kaufleute, Centralverein deutscher 335.
Kaufmännische Vereine, Verband ders. 348.
Keilhauer Erziehungsanstalt 128.
Kesselstein 92.
Kinderarbeit, Kinderschutz u. Kinderfürsorge 23. 91. 103. 109. 110. 111. 119. 166. 190. 223. 224. 232. 243. 244. 275. 337. 344. 352. 353 ff. 368. 406. 420. 485. 487. 491. 499. 500. 517.
Kirchenbau u. kirchliche Fragen 104. 111. 118. 119. 192. 220. 235. 243. 244. 250. 348. 406. 500. 517.
Kleidungsreform 492.
Koalitionsrecht der Arbeiter 91. 210. 217. 227. 333. 484. 486.
Kochunterricht s. „Hauswirtschaft".
Kohlenkonsum 35. 189. 420.
Kolonialverein, deutscher 211. 333.
Kolonialwesen 86. 209. 211. 327. 333. 371.
Kolonisation, innere 106.
Kommission zur Untersuchung der gewerblichen Verhältnisse in Sachsen im Jahre 1848 12.
Komité für Volkswohl 104.
Kongreß deutscher Volkswirte 125. 260. 377. 386.
Konsumvereine 22. 35. 93. 193.
Kontrakte mit Arbeitern 91. 92. 98. 143. 174. 177.
Kornhausgenossenschaften 94. 330. 482.
Krankenpflege (s. a. „Heilstätten") 20. 22. 112. 115. 119. 192. 244. 346. 352. 355. 368. 406. 487. 493. 500 ff. 517.
Krankenpflege-Anstalten; Verband deutscher 493.
Krankenversicherung 21. 25. 26. 194. 223. 227. 418. 494.
Kreditgenossenschaften, Vereinigung deutscher 212.
Kreditwesen (s. a. „Bankwesen") 89. 94. 96. 212. 214. 230. 252. 259. 329. 331. 483.
Kunstpflege 24. 105. 119. 188. 192. 234. 244. 355. 360. 368. 406. 517.
Kurpfuscherei 105. 223

Lagerhalter 230.
Landordnung von Kiautschou 483.
Landwirtschaft 92. 94. 96. 98. 107. 127. 209. 214. 330. 342. 344. 483.
Landwirtschaftliche Central-Darlehnskasse f. Deutschland 214.
Landwirtschaftl. Genossenschaftstag, deutscher 330.
Landwirtschaftsrat, deutscher 94. 210.
Lebensversicherung 214.
Lederhändler; Verband deutscher 484.
Lederindustrie 215. 484.
Lehrlingswesen 15. 25. 91. 125.
Lehrer als Volkszähler 395. 399.
Lesehallen (s. „Bibliotheken").
Litteratur über die Arbeiterfrage 201. 321. 430.
Lohnwesen (s. a. „Prämien") 16. 17. 21. 29. 31. 35. 38. 39. 88. 89. 91. 93. 97. 100. 106. 115. 118. 143. 149. 152. 175. 180. 182. 187. 205. 219. 229. 238. 276. 291. 351. 397. 406.
Lungenheilstätten s. „Heilstätten".

Mädchenhandel 340.
Mädchenheime 23.
Mangel an Arbeitern 91. 97. 98. 107. 210.
Markenschutz 482.
Marxistischer Socialismus 201 ff.
Maschinenbauanstalten; Verein deutscher 101.
Maschinenwesen 15. 87. 91. 101.
Materialien s. Arbeiterfürsorge 198. 411.
Maul- und Klauenseuche 342.
Maximalarbeitstag s. „Arbeitszeit".
Mehlzölle 96. 97.
Métayage-Vertrag 42.
Mietzinssparkassen 22.
Milchwirtschaftliche Vereine, deutsche 99.
Militärwesen 216. 218. 222. 347. 381. 420. 480. 497.
Mißbrauch geistiger Getränke; Deutscher Verein gegen 398. 400. 488.
— Int. Kongreß gegen 217.
Mitgliederverzeichnisse des „C.-V." 120—122. 521. 522. 530. ff.
Mittagspausen 92.
Mittelstandskongreß, int. 482.
Monopole 3 ff. 397.
Mühlenindustrieller; Verband deutscher 101.

Müllerbund, deutscher 350. 351.
Münzwesen 108.
Museen für Arbeiterwohlfahrt 27. 268 ff.
Museum für Handel 482.
Musikpflege 24. 192. 234. 355.

Nachbarschaftsgilden 218.
Nähunterricht 18. 23.
Nahrungsmitteluntersuchung 96. 102. 212. 344.
Nationalfeste 103. 493.
Nationalsocialer Verein 486.
Nationalverein, deutscher 384.
Naturalverpflegungsstationen 156. 226.
Naturforscher- und Aerztekongreß 490.
Naturwissenschaften 370. 427. 490.
Nautischer Verein, deutscher 100.
Navigationsschulen 100.
Neu-Guinea 211.
Notstände 328.

Obdachlosigkeit 406. 501. 517.
Obstbau 492.
Oekonomisches Museum der arbeitenden Klassen 270 ff.
Organisation der Arbeiter (s. a. „Genossenschaften", „Gewerkschaften", „Gewerkvereine") 91. 210. 217. 227. 228. 333. 484. 486.

Papierindustrie 93.
Parkanlagen 20. 110. 337. 356. 367. 503.
Patentwesen 482.
Pausen der Arbeiter 92.
Pensionskassen 110. 111. 112. 119. 187. 232 ff. 244. 291. 303 ff. 330. 352 ff. 368. 406. 493. 500 ff. 517.
Pferdeeinfuhr 95.
Politik 1. 86. 99. 108. 123. 138. 202 ff. 208. 209. 265. 301. 327. 339. 342. 378. 384. 385. 479. 486. 497.
Postwesen 97. 107. 146. 208. 211. 327. 394. 481.
Prämien an Arbeiter (s. a. „Gewinnbeteiligung", „Treuelohn") 21. 29. 39. 41. 109. 112. 119. 187. 191. 235 ff. 244. 352 ff. 368. 406. 419. 420. 500 ff. 517.
Preisausschreiben 38. 105. 217, 224. 252. 348. 357. 493.
Preisverhältnisse 35. 88. 93. 330. 484.
Preßwesen 1. 164. 260. 379. 380. 396. 425.
Prüfung der Geschäftsbücher 40. 43.

Rauchbelästigung 345.
Rechtsschutzkongreß, int. 482.
Reklamewesen 1.
Religiöse Fragen (s. a. „Kirchliche Fragen") 220. 222. 249. 348. 480.
Rentenstellen 349. 350.
Rettungswesen zur See 100. 106. 349. 406. 503. 517.
Rettung Schiffbrüchiger; Deutsche Gesellschaft zur 222. 380. 406. 503.
Rotes Kreuz s. „Krankenpflege".
Rückblick auf 1899 479.

Saccharin 95.
Sachsenstiftung 184.
Samoafrage 208. 211. 327.
Scheinlehrverträge 91.
Schiedsgerichte s. „Gewerbegerichte".
Schiffbrüchige, Deutsche Gesellschaft zur Rettung 222. 380. 406. 503.
Schifferbund, Deutscher 101.
Schiffahrt 100. 101. 106. 115. 209. 211. 222. 258. 260. 327. 332. 349. 378. 406. 479. 483. 503.
Schiffsbautechnische Gesellschaft, Deutsche 212.
Schlachtviehkontrolle 96.
Schleswig-Holsteinischer Befreiungskrieg 11. 385.
Schreibstuben für Arbeitslose 144. 145.
Schulärzte 344.
Schulbäder 222 490.
Schulhygiene, Deutscher Verein für 490.
Schulwesen s „Unterricht".
Schutz Arbeitswilliger 210. 333. 484. 496.
Schutz der Kinder gegen Ausbeutung und Mißhandlung; Deutscher Verein zum 103.
Schutzvorrichtuugen s. „Arbeiterschutz".
Seemannsberuf 100. 105.
Seemannsheime 100. 115.
Seemannsverband, Deutscher 105.
Seeschifferverein, Deutscher 100.
Selbsthülfe (s. a. „Genossenschaftswesen") 2. 10.
Sittlichkeitsbestrebungen 22 147. 172. 340. 399. 402. 489. 491. 492.
Socialdemokratrie 12 26. 201 ff. 218. 221. 227. 229. 482 488. 496.
Socialdemokratischer Parteitag 496 ff.
Sociale Museen 27. 38 108. 268.
Socialpolitik; Verein für 484.
Sonntagsfrage 92. 172. 206. 343.
Spanisch-amerikanischer Krieg 86. 208.
Sparkassen und Sparsinn 19. 21. 22. 41. 106. 115 119. 189. 193. 213. 244. 331. 353. 406. 419. 420. 502.
Sparkassenverband, Deutscher 213.
Speiseanstalten 23. 24. 89. 188. 192. 197. 417. 418.
Spiele 24. 103. 347. 489. 493.
—; Kongreß für Volks- u. Jugend- 347. 493.

Spiritusindustrie 95. 331.
Städtetag, Allg. preußischer 102.
Statistik i. allg. u. statistisch. Darstellungen 105. 107. 141. 144. 154. 155. 213. 216. 222. 229. 254. 321. 336. 344. 350. 395 ff. 398. 400.
Statuten: Arbeitsbestimmungen s. „Arbeitslose" 151.
— Kasse für Arbeitslosenversicherung 198.
— des gewerbhygienischen Museums in Wien 278.
Steinschlagen 148. 149.
Stempelsteuer 5.
Sterbekassen 5. 7.
Steuer- und Wirtschaftsreformer 98.
Steuerwesen 4. 5. 16. 17. 19. 98. 101. 111 334. 335. 351.
Stiftungen (s. a. „Ehrentafel") 23. 27. 43. 184. 194. 214. 222. 232 ff. 244. 245. 337. 352 ff. 369. 406. 416. 421. 498. 499 ff.
Strafentlassenen-Fürsorge 145. 158.
Straßenbahnen, Verein deutscher 334.
Streiks s. „Arbeitseinstellungen".
Studentenverhältnisse 249 ff. 391. 392. 398.
Sturmschädenversicherung 107.
Südafrikanischer Krieg 479.
Syphilis 491.

Tabakindustrie 31. 89—93. 397.
Tanganyika-See 211.
Taubstummenfürsorge 406.
Theaterwesen 24. 110.
Textilindustrie 15. 186. 190.
Tierschutz 368. 406.
Tierseuchenschutz 341.
Totenschau 107. 230. 351. 498.
Transportwesen 10.
Transvaalfrage 327. 479.
Treuelohn (s. a. „Prämien") 21. 29. 40. 188. 353. 359. 419.
Trunksuchtbekämpfung 31. 89. 92. 104. 105. 217. 251. 336. 343. 348. 398. 399. 400. 401. 402. 428. 488.
Tuberkulosekongreß 215. 488.
Turnen 33. 103. 111. 191. 489.

Ueberschwemmungen 328. 406. 501.
Umsatzsteuer 111.
Umschau, wirtschaftlich-sociale 86. 207. 326.
Unfallverhütungsausstellung 284.
Unfallversicherung 349. 350. 496.
Unterricht 18. 19. 23. 25. 35. 103. 106. 109. 119. 188. 190. 191. 193. 219. 223. 244. 247. 248. 344. 345. 352. 355. 363. 368. 392. 395. 406. 422. 426. 489. 490. 491. 502. 519.
Unterstützungskassen 5. 7. 35. 109 ff. 119. 187. 193. 195. 232 ff. 244. 304 ff. 354 ff. 406. 517.
„Urania", Gesellschaft in Berlin 370.
Urlaub an Arbeiter u. Beamte 23. 35. 420.
Usambara-Eisenbahn 211.

Vereinswesen i. allg. 133. 143. 192. 301.
Verkehrswesen 1. 10. 25. 34. 87. 97. 99. 101. 107. 115. 146. 209. 211. 215. 258. 303. 327. 332. 334. 349. 378. 383. 394. 400. 406. 479. 481. 482. 484.
Verschuldungsgrenze 483.
Versicherungswesen i. allg. 1 ff. 19. 25. 88. 94. 96. 100. 214. 216. 328. 493.
Versicherungswissenschaften; Deutscher Verein für 493.
Vertragsverhältnisse 91. 92. 98. 143. 174. 177.
Vesper der Arbeiter s. „Pausen".
Veterinär-medizinischer Kongreß 341.
Viehsperren 212. 342.
Volksbäder; Deutsche Gesellschaft für 222. 370.
Volksbibliotheken s. „Bibliotheken".
Volksbildung; Deutsche Gesellschaft für Verbreitung von 103. 400.
Volkserziehung s. „Erziehung".
Volksheime 336. 398. 399. 401.
Volkshochschulen 223. 392.
Volkshygiene; Deutscher Verein für 349.
Volksküchen s. „Speiseanstalten".
Volksunterhaltung 30. 104. 336. 398.
Volksverein für das katholische Deutschland 344.
Volkswirtschaft 11. 14. 26. 40. 86. 87. 98. 125. 126. 209. 219. 328. 333. 376. 390. 422. 479.
Volkswirtschaftlicher Kongreß 125. 260. 386. 377 ff.
„Volkswohl", Verein in Dresden 398 ff.
Volkszählung 395.
Vorschußverein, erster, in Sachsen 252.

Währungsfrage 108.
Wanderarbeiter 93. 98.
Wärmehallen 370.
Wasserbau und Wasserrecht 94. 101.
Weihnachtsgeschenke an Arbeiter (s. auch „Prämien") 187. 232. 420.
Werkmeisterverband, Deutscher 229.
Wickelmacher 31.
Wirtschaftliche Interessen; Verein zur Wahrung derselben 333.
Witterungskunde 96.
Witwen- und Waisenfürsorge 111. 116. 234. 236. 358. 359. 364. 366.

Wöchnerinnenpflege 421.
Wohlfahrtseinrichtungen f. Arbeiter (ſ. a. „Ehrentafel") 11. 20. 23. 28. 29. 35. 39. 97. 106. 108. 110. 181. 186. 190. 204. 224. 234. 244. 286. 303. 329. 352 ff. 368. 369. 406. 410. 417 ff. 517. 525.
Wohnungen; Verein zur Verbeſſerung von kleinen — in Berlin 370.
Wohnungsſyſtem ten Brink 93.
Wohnungsweſen 19. 20. 24. 34. 93. 108. 109. 113. 116. 119. 170. 188. 191. 217. 225. 227. 232. 239. 244. 303 ff. 325. 331. 334. 337. 356. 368. 369. 406. 417. 493. 502. 517.
Zeiß-Stiftung 43.
Zollfragen 95. 96. 97. 99. 262. 332. 351. 377 ff.
Zuckerinduſtrie 94.

Perſonen-Namen-Regiſter.

(Nebenſächlich aufgeführte Namen ſind weggelaſſen.)

König Albert von Sachſen 11.
Großherzog von Heſſen 109.
Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg 211.
Herzog Ernſt Günther zu Schleswig-Holſtein 352.
Fürſt Albert von Thurn u. Taxis 499.
Prinz Bernhard von Sachſen-Weimar 500.
Kaiſerin Auguſte Viktoria 102.
Königin Carola von Sachſen 102.

Wilhelm I. 376. 377. 385.
Friedrich Wilhelm IV. 376.
Friedrich VII. von Dänemark 385.
Napoleon III. 256.

A.

Abbé 43. 232.
Abraham 352.
Adler 352.
Amelang 230.
Armin, Graf zur Lippe 127.
Arnhold 352.
von Arnim 97.
Arnſtädt 352.
Auerbach 109.

B.

v. Baenſch 498.
Baer 488.
Bamberger 107.
Barrett 161.
Baſchwitz 500.
Baſſe u. Selve 352.
Baumgärtel 109. 232.
Bechſtein 353.
Becker 500.
Beer 248.
Beermann 232.
Beiſel 334.
v. Below 14.
Bennigſen 384.
Berg 232.
v. Berlepſch 485.
Bernhard, Graf zur Lippe 128.
Bernſtein 201. 497 ff.
Berthold 230.
Bertram 222.
Beumer 333. 484.
Beutler 103.
Bichler 498.
Bieber-Böhm 340. 492.
Biebert 490.
Bienert 23. 232. 353. 500.
Bierling 23. 230.
Fürſt Bismarck 87. 89. 99. 108. 141. 255. 385. 503.
Bleichert 353.
Blohm u. Voß 353.
Blondel 277.
Blum 487.
v. Boch 109.
Böckh 413.
Böcking 353.
v. Bodelſchwingh 374.
Böhm 109.
Böhmert, Karl 337. 400. 401.
Böhmert, Otto V. 402.
Böhmert, Victor 11. 29. 36. 104. 126. 141. 146. 166. 203. 245. 269. 297. 335. 376. 410. 414. 481. 489. 518.
Böhmert, W. 402.
Bollinger 216.
Bolze 109.
Böninger 500.
Borchert 369.
Born 500.
Borſig 353.
v. Böttticher 285.
Boyſen 100.
Bragadirn 353.
Brämer 124.
Brandts 225.
Braun 264. 387.
Brauns 212. 232.
Brentano 486.
Bucher 230. 255.
Büchner 231.
Bücklers 498.
Buehl 487.
v. Bülow 87. 209.
Bureau 38.
Bürger 233.
Burmeiſter 108.

C.

Cadbury 231.
Camanni 37.
Graf Caprivi 87. 108.
Caſella 353.
v. Cetto 96. 97.
Graf Chambrun 37. 38. 108. 276.
Chrambach 109.
Claußen 383.
Clemen 108. 233.
Collenbuſch 22. 30. 338.
Collmann 218.
Conrad 482. 498.
Cosmar 353.

v. Crailsheim 34.
v. Cramer-Klett 353.
Crüger 297. 329. 330.
Crüwell 500.

D.

Dade 96.
Damaſchke 221. 483. 486.
Dämling 233.
Dammann 96.
Degenhardt 340.
Dehler 353.
Dehne 353.
Delbrück 102.
Dietel, J. H. G. 30.
Dietel u. Schmitt 23.
Dignowitz 353.
Dorn v. Marwaldt 332.
Drage 213.
Dückershoff 204.
Duckwitz 381.
Dunbar 284.
Düttmann 487.
Duvigneau 351.
Dyckerhoff u. Söhne 353.

E.

Ebhardt 330.
Eger 353.
v. Egidy 108.
Ehret 354.
Ehrhardt 354.
Einhauſer 42.
Emminghaus 1. 127. 380. 493.
Engel 254. 255.
Engels 201.
Erckens 354.
v. Erffa 94.
Eringard 281.
Erismann 344.
Eſchebach 23. 24. 233. 354.

F.

Faber 354.
Faucher 387. 394.
Faure 86.
Feliſch 496.
Felten u. Guilleaume 354.
Fiſcher 21. 124.
Förſter 32. 233. 396.
Freeſe 220.
Freudenberg 233.
Freund 400.
Fricke 500.
Friedeberg 494.
Friedheim 109.
Friedländer 354. 500.
Fritz 500.
Fritzſche 231. 501.
Fromberg 501.
Frommer 42.
Fuchs 354. 501.
Funch-Loy 95.
Funke u. Hueck 354.

G.

Gamper 339.
Gantenberg 501.
Gärtig 423.
Gebhardt 216. 329.
Gebſer 492.
Gehe 27.
Geißler 324. 396.
Genſel 399.
Georgi 501.
Gerſon 233.
Gerſtle 354.
Gilman 37.
Glackemeyer 212.
v. Glaſenapp 98.
v. Gneiſt 394. 400.
Goldſchmidt 491.
Görlt 233.
v. Goßler 282.
Götze 424.
Gregg 231.
Grohmann 14. 21.
Grunert 233.
Gumbrecht 387.
Gumprecht 373. 396. 401. 498. 518.
Günther 109. 227.
Gutſche 219.

H.

Hagens 233.
Hahn 99. 354.
Haniel 500.
Haniel u. Lueg 110. 354.
Hänel-Claus 109.
Hanſen 100.
Hardt 354.
Harkort 254. 255. 501.
Harleß 250.
Hartmann 234. 413.
Haſſel 11.
Hauſenblas 501.
Hauſer 224. 346.
Heckmann 355.
Heer 355.
Heim 344.
Heis 501.
Helm 501.
Hemmerde 501.
Henke 110.
Henſchel 110. 355.
Henſchke 491.
Herberich 490.
Herfurth 355. 501.
Hermes 488.
Herms 501.
Herrmann 347.
Hertzog 501.
Herzheimer 502.
Herz 110.
Herzog 224. 234. 400.
Heſſel 21.
v. Heyden 414. 415.
v. d. Heydt 355.
v. Hirſch 231.
Hitze 287.
Hoeſch 231. 234. 351. 355.
Hoffmann 231. 355.
Hofſtötter 502.
Fürſt v. Hohenlohe 102.
Hölterhof 502.
v. Holtzendorff 126.
Holzmann 355.
Hoppe 355.
Höſch 502.
Hueck 355.
Hüffer 355.

J.

Israel 110.
Jäger 330.
Jaſtrow 494.
Jeſſen 422.
Jung 355. 502.
Juſt 339.

K.

Kaftan 220.
Kamp 489.
Kappeler 388.
Karcher 351.
Katſcher 27. 28. 43. 276. 296. 303.
Kayſer 487.
Kerber 110.
Kiaer 400.
Kinder 212.
Kirbach 356.
Kleber 234.
Klein 169. 351.
Klepperbein 110.
Klippel 356.
Koch 482.
Köhler 216.
Kolbe 21. 23. 356. 415. 421. 502.
Köthen 502.

v. Kramſta 356.
Kratz 110.
Kreutzberg 263.
Kreutziger u. Henke 110.
Kröner 234.
Krügelſtein 356.
Krupp 110. 234. 356.
Kübler u. Niethammer 22.
Küchenmeiſter 21.
Kuhn 356.
Kuhtz 502.
v. Kulmiz 234.
Kunheim 356.
Kuntze 20.
Kürſchner 13.

L.

Lachmann 349.
Laeciß 222.
Lammers 379.
Landré 281.
Lange 203. 234. 393. 503.
Langebach 14.
v. Langsdorff 96.
Lanz 142. 194. 200. 356.
Laſalle 299.
Laſſar 222.
Lechler 225.
Leclaire 38.
Lenz-Heymann 498.
Legrand 217.
Le Play 256. 275.
Lette 123. 210. 260. 378. 386. 518. 520.
Leyden 102.
Liebermann 356.
Lindorfer 356.
zur Lippe 127. 231.
Loeſcher 110.
Loewe 113.
Lohmann 234.
Löning 266.
Lorenz 347. 356.
Löſer 234.
Loubat 84.
Löwenthal 348.
Lürmann 356.

M.

Maerker 94. 95.
Maffei 356.
Maier 234.
Mammen 503.
Manheimer 357. 503.
Martius 487.
Marx 201. 351. 357.
Mathy 261.
Maurenbrecher 220.
May 93. 197.
Meckel 498.
Meier 222. 260. 386.
Meinert 104.
Meiſel 331.
Mende 357.
v. Mendel 96.
v. Mendelsſohn 111. 503.
Merck 234.
Merkel 111.
Merlin 38.
Merton 27.
v. Meviſſen 351.
Meyer 108. 357.
v. Miaskowski 499.
Migerka 168. 277. 285.
Miquel 384. 385.
Mohr 381.
Möller 285. 357.
Möller u. Schreiber 357.
Morgenſtern 15. 24. 396.
Mouſſon 111.
Münſterberg 290. 487.

N.

Nachtigal 381.
Naſſe 499.
Nathuſius 222.
Naumann 23. 486.
Nehrlich 235.
Neumann 425. 519.
Neumeyer 96.
Niewand 503.
Noblé 357.
Nöggerath 425.
Nöther 111.

O.

Oberbrayer 14.
Oechelhäuſer 211.
Oelwein 332.
Oldenburg 357.
Oppenheim 357.
Orelli 389.
Ott-Trümpler 393.
Otte 494.
Otto 503.

P.

Pabſt 426.
Pache 491.
Pannwitz 216.
Pätzmann 111.
Paulſen 221.
Perſiehl 357.
Petruſchky 490.
Pfaff 357.
Pfähler 357. 503.
Pflaum 503.
Pfund 24.
v. Philippovich 484.
Piening 235.
Pieper 344.
Pietſch 358.
Pintzſch 503.
Planck 358.
Pleſſe 249.
v. Podbielski 97.
Pohlmann 483. 486.
Graf v. Poſadowsky 216. 227. 288.
v. Poſchinger 358.
Poſt 27. 32.
Praußnitz 284.
Preßler 358.
Prießnitz 215.
Probſt 111.

Q.

Quentin 211.
v. Querfurth 235.
Quiſtorp 232.

R.

Rabe 330.
Raiffeiſen 214.
Rappoldi 31.
Rathgen 485.
Herzog v. Ratibor 215.
Ravené 358.
Reiche 22.
Reinicke 94.
Reiß 158.
Renck 503.
Rhodes 87.
Richter 321.
Rickert 384.
Rickmers 111.
Riedler 504.
Riggenbach 145.
Ritter 94.
Robert 36. 351.
Robin 222.
v. Rocke 486.
v. Roeder 94.
Roesler 295.
v. d. Ropp 100.
Roſcher 250. 251.
Roſe 392.
Röſicke 285.
Röſing 381.
Rubner 217. 222.
Rudolf 186.

S.

Sarfert 108. 111. 504.
Sartori 100.

Schäfer u. Budenberg 358.
v. Scheel 321.
Scheibler 232.
v. Schenkendorff 103. 422. 424. 427.
Scheurer, Lauth u. Co. 293.
Scheven 337. 345. 402.
Schichau 358.
Schieß 358.
Schjerning 216.
Schleber 108.
Schleſinger 358.
Schloß 37. 42.
Schlutter 358.
Schmedding 425.
Schmelzer 358.
Schmid-Monnard 490.
Schmidt, Auguſte 491.
Schmidt, P. 125. 189. 244. 268. 325. 337. 358. 368. 396. 405. 414. 429. 517.
Schmits 359.
Schmoller 484. 486.
Schneider 96. 213. 235.
Schöller 359.
Schott 235.
Schrader 352.
Schüll 359.
Schultze 31. 220. 489.
Schulze 132. 231.
Schulze-Delitzſch 252. 260. 297. 329.
Schröder 22.
Schuſter 111.
Schwander 147.
Schwartze 111.
Schwerin 352.
Sedlmayr 359.
Seidel u. Naumann 23.
Seige 235.
Selle 375.
Selve 235.
Sendig 14.
Sieland 504.
Sieler 235.
Siemens & Halske 113. 291.
Simion 394.
Simon 359.
Simſon 125.
Smidt 381.
Smith 39.
Soetbeer 94. 384.
v. Soden 95.
Sohm 486.
Sombart 485.
Später 359.
Spindler 235. 359. 360. 521.
Stalmann 487.
Steche 504.
Stecher 504.
Steen 327.
v. Stein 249.
Steinfeld 212.
Stieda 485.
Stöhr 359.
Straff 235.
Struckmann 400.
v. Studnitz 374. 394. 396. 498.
v. Stumm 112. 289.
Sturm 112.
Sturmhöfel 14.
Sulzberger 114.

T.

Talbot 504.
Tarnow 359.
Taube 225.
ten Brinck 93.
de Terra 35.
Tews 219.
Thiele 212.
Thimm 489.
Thomaſius 359.
Tiburtius 340.
Tonne 235.
Toosbye 235.
Traus 281.
Treu 338.
Trombert 36. 37.
Twining 269.

V.

Vanlaer 38.
v. Varnbüler 378.
Veit 504.
Veitmeyer 359.
Vetter 236.
Vieweg 236.
Virchow 297.
Villeroy und Boch 23.
Voerſter 359. 504.
Vogel 339.
Völker 232.
Vollborn 330.

W.

Wagner 221. 360.
v. Wangenheim 95. 99.
Warſchauer 504.
Warweiler 38.
Weber 112. 484.
Weichelt 236.
Weigert 94.
Weisbach 369. 411. 499. 518.
Weisflog 236.
v. Welſer 97.
Wenzel 349.
Wertheim 360.
Windſcheid 491.
Wittmack 504.
Wollheim 360.
Wolf 360. 487.
Wolff 112. 236. 387.
Worrishoffer 89.
Wright 322.
Wünſche 504.
Wupperman 112.
Wurm 287.

Z.

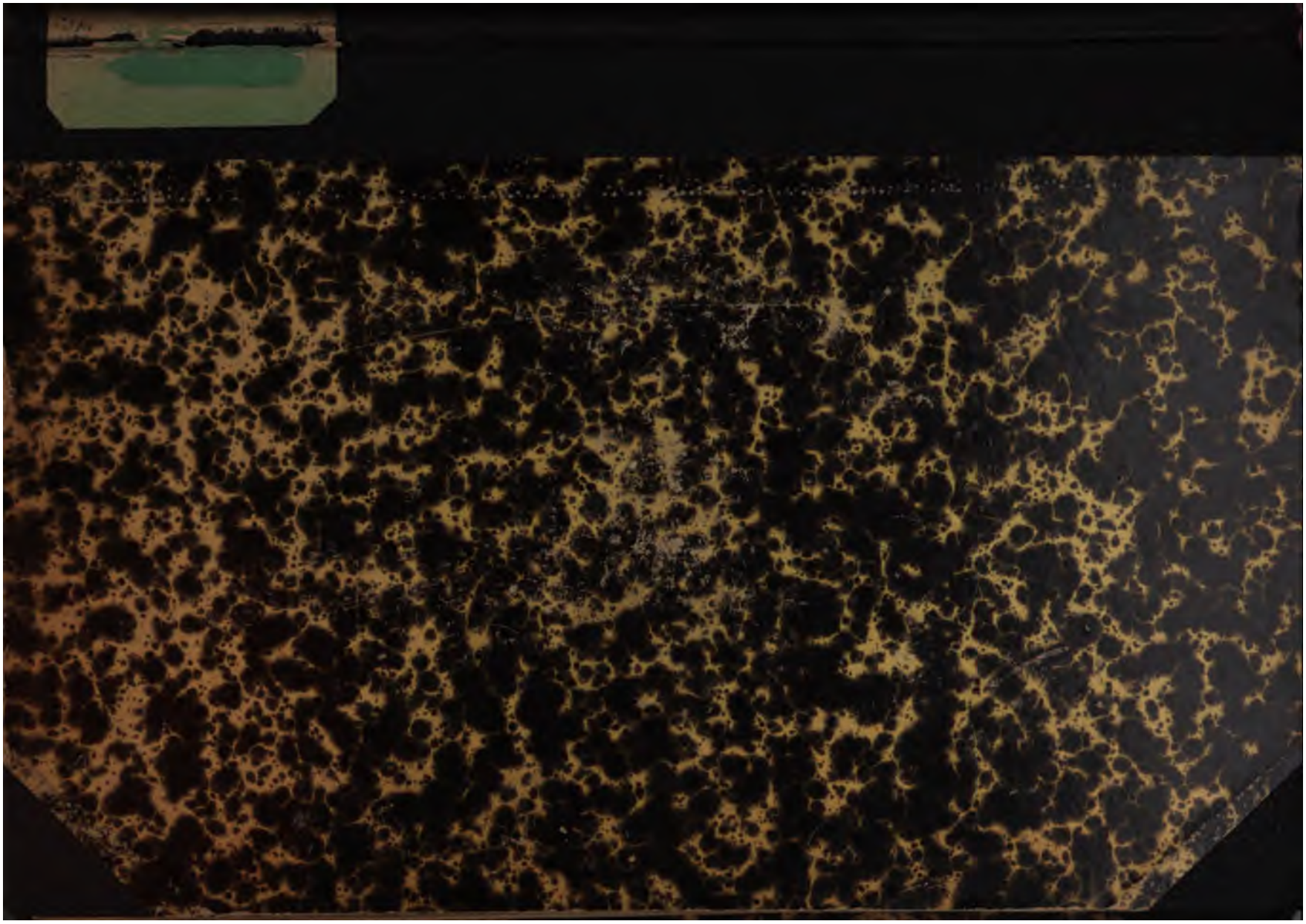
Zander 229.
Zeiß 43.
Zeuner 394.
Zuber & Co. 292.
Zuhoffen 112.

Litteratur-Register.

[illegible]

HD
4802
A7
V.37
1899

Stanford University Libraries
3 6105 015 263 093

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305